



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

N° 35

2015

STATISTISCHE ANALYSEN



Rheinland-Pfalz 2060

Vierte regionalisierte
Bevölkerungsvorausberechnung
(Basisjahr 2013)

Korrigierte Fassung vom 22.07.2015



Herausgeber:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Mainzer Straße 14-16

56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0

Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de

Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion:

Referate „Analysen“ und „Veröffentlichungen“

Beteiligtes Referat: „Bevölkerung, Gebiet, Zensus“

Autoren:

Dr. Ludwig Böckmann, Sofie Jedinger, Thomas Kirschey

Erschienen im Juli 2015

2. korrigierte Fassung vom 22.07.2015, Änderungen auf S. 64

Preis: 15,00 EUR

Kostenfreier Download im Internet: http://www.statistik.rlp.de/analysen/rp2060_bj2013.pdf

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2015



In den letzten Jahren hat die Zuwanderung aus dem Ausland nach Deutschland und nach Rheinland-Pfalz deutlich zugenommen. Ursache hierfür sind im Wesentlichen Sondereffekte: Seit dem 1. Mai 2011 haben die mittel- und osteuropäischen Länder, die 2004 der Europäischen Union beigetreten sind, die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der gesamten Europäischen Union. Seit 2010 schwelt die „Eurokrise“, von der vor allem südeuropäische Mitgliedsländer der Währungsunion betroffen sind. Im Nahen Osten und in Afrika verschärfen sich seit einigen Jahren gewalttätige Konflikte bzw. sind neu entstanden. Seit dem 1. Januar 2014 haben auch Bulgarien und Rumänien die volle Freizügigkeit innerhalb der EU. Und nicht zuletzt verlief in den letzten Jahren die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland günstiger als in den meisten anderen Ländern der Europäischen Währungsunion. Diese Ereignisse haben sich zum Teil überlagert.

Es stellt sich die Frage, welche Auswirkungen die verstärkte Zuwanderung auf die künftige Entwicklung der Zahl und der Altersstruktur der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz, seinen kreisfreien Städten und Landkreisen haben wird. Dies soll die vierte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung mit dem Basisjahr 2013 zeigen. Wir haben die Wanderungsannahmen an die Gegebenheiten im neuen Stützzeitraum der Vorausberechnung – die Jahre 2009 bis 2013 – angepasst. In der mittleren Variante gehen wir nun mittel- und langfristig von einem jährlichen Wanderungsüberschuss in Höhe von 6 000 Personen aus (+2 000 gegenüber der dritten regionalisierten Vorausberechnung). Für die obere Variante haben wir den jährlichen Wanderungsgewinn auf 10 000 Personen angehoben (ebenfalls +2 000 gegenüber der letzten Vorausberechnung). Für die untere Variante wird die Annahme einer ausgeglichenen Wanderungsbilanz beibehalten, weil diese Variante weiterhin als Referenzvariante dient, um isoliert die Auswirkungen der natürlichen Bevölkerungsbewegungen und der Variation der Wanderungsannahmen aufzeigen zu können. In allen drei Fällen gehen wir in den ersten Jahren der Vorausberechnung von der aktuell hohen Nettozuwanderung aus und führen sie bis 2021 allmählich auf die langfristigen Zielsalden zurück. Auch das ist eine Modellannahme; denn niemand kann voraussagen, wie sich die Nettozuwanderung in den kommenden Jahren tatsächlich entwickeln wird.

Die Annahmen zur Geburtenrate und zum Anstieg der Lebenserwartung bleiben gegenüber der dritten regionalisierten Vorausberechnung in allen drei Varianten nahezu unverändert. Weder bei den Geburten noch bei der Lebenserwartung zeigen sich im Stützzeitraum der neuen Vorausberechnung Trendänderungen, die eine Anpassung dieser Annahmen erforderlich gemacht hätten.

Auch diesmal gilt uneingeschränkt: Wir legen eine Vorausberechnung vor, die auf Annahmen beruht, die durch statistische Auswertungen eines vergangenen Stützzeitraums gewonnen wurden. Es handelt sich um Rechnungen, deren Modellcharakter zunimmt, je weiter man in die Zukunft geht und je kleinräumiger die regionale Gliederung gewählt wird. Deshalb müssen Bevölkerungsvorausberechnungen regelmäßig an neue Entwicklungen angepasst werden.

Die Ergebnisse der neuen Vorausberechnung stellen wir in den Kapiteln V und VI sowie in einem umfangreichen Tabellenanhang für das Land, die kreisfreien Städte und die Landkreise vor. Der Vergleich mit

Vorwort

den Ergebnissen der letzten Vorausberechnung zeigt, dass die Bevölkerungszahl mittel- und langfristig langsamer sinken wird. An der demografischen Alterung der Gesellschaft wird sich aber grundsätzlich nichts ändern.

Die Ergebnisse der neuen Vorausberechnung werden Grundlage für weitere Untersuchungen zu den Folgen des demografischen Wandels sein. Neben der Bevölkerungsvorausberechnung auf der Ebene der verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden, die wir im Herbst 2015 vorlegen, werden wir die Auswirkungen der künftigen Bevölkerungsentwicklung auf Kinderbetreuung und Schulen, Erwerbspersonenpotenzial, Pflegebedarf und Gesundheitseinrichtungen untersuchen. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen werden wir 2016 sukzessive in der Reihe „Statistische Analysen“ veröffentlichen.

Bad Ems, im Juli 2015



(Jörg Berres)

Präsident des Statistischen Landesamtes

Vorwort	3
Hinweise	6
Verzeichnisse	7
Kernaussagen	9
I. Bevölkerungsentwicklung in Rheinland-Pfalz bis 2013	13
II. Regionale Bevölkerungsentwicklung in Rheinland-Pfalz bis 2013	30
III. Methodik der Bevölkerungsvorausberechnung	47
IV. Annahmen der Bevölkerungsvorausberechnung	53
V. Ergebnisse der Bevölkerungsprojektion für Rheinland-Pfalz bis 2060	62
VI. Regionale Ergebnisse der Bevölkerungsprojektion für Rheinland-Pfalz bis 2060	79
Tabellenanhang	93
Glossar	165

Gebietsstand zum 1. Juli 2014:

Die Abgrenzung der kreisfreien Städte und Landkreise erfolgt für den kompletten Betrachtungszeitraum – also auch für die Jahre in der Vergangenheit – gemäß des Gebietsstands zum Stichtag 1. Juli 2014.

Verzicht auf Rundung der Ergebnisse:

Wegen der Notwendigkeit, die Ergebnisse der vierten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung über den gesamten Untersuchungszeitraum auch für kleinere kreisfreie Städte und Landkreise in der Untergliederung nach Altersgruppen darzustellen, wird auf eine Rundung der Ergebnisse verzichtet. Dadurch soll allerdings nicht der Eindruck erweckt werden, dass es sich um exakt vorausberechenbare Werte handelt.

Grafikverzeichnis

G 1:	Bevölkerung 1950–2013	13
G 2:	Bevölkerungsbewegungen 1950–2013	14
G 3:	Lebendgeborene, Gestorbene und natürlicher Saldo 1950–2013	15
G 4:	Frauen im gebärfähigen Alter 1950–2013	16
G 5:	Geburtenrate und Bestandserhaltungsniveau 1950–2013	17
G 6:	Saldo der Wanderungen über die Landesgrenze 1950–2013 nach Herkunfts- bzw. Zielgebieten	19
G 7:	Wanderungssaldo mit dem Ausland 2010–2013 nach ausgewählten Herkunftsgebieten	20
G 8a:	Aufbau der Bevölkerung 1950 nach Alter und Geschlecht	23
G 8b:	Aufbau der Bevölkerung 2013 nach Alter und Geschlecht	23
G 9:	Medianalter 1950–2013	24
G 10:	Lebenserwartung bei der Geburt 1949/51–2010/12 nach Geschlecht	25
G 11:	Bevölkerung 1950 und 2013 nach Altersgruppen	26
G 12:	Jugend-, Alten- und Gesamtquotient 1950–2013	27
G 13:	Bevölkerung in den kreisfreien Städten und Landkreisen 2000–2013	31
G 14:	Saldo der natürlichen und der räumlichen Bevölkerungsbewegung zwischen dem 31. Dezember 2008 und dem 31. Dezember 2013	33
G 15:	Bevölkerung 2008–2013 nach Verwaltungsbezirken	38
G 16:	Jugendquotient 2000 und 2013 nach Verwaltungsbezirken	42
G 17:	Altenquotient 2000 und 2013 nach Verwaltungsbezirken	43
G 18:	Geburtenrate 1950–2060	57
G 19:	Lebenserwartung 1949/51, 2010/12 und 2060 nach Geschlecht	58
G 20:	Wanderungssaldo 1950–2060	59
G 21:	Bevölkerung 2000–2060	63
G 22:	Bevölkerung im Alter von unter 20 Jahren 2000–2060	66
G 23:	Bevölkerung im Alter von 20 bis unter 65 Jahren 2000–2060	68
G 24:	Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter 2000–2060	69
G 25a:	Aufbau der Bevölkerung 2035 nach Alter und Geschlecht	72
G 25b:	Aufbau der Bevölkerung 2060 nach Alter und Geschlecht.....	72
G 26:	Jugend-, Alten- und Gesamtquotient bei unterschiedlicher Altersabgrenzung 2000–2060 (mittlere Variante)	75
G 27:	Bevölkerung in den kreisfreien Städten und Landkreisen 2013–2035	80
G 28:	Saldo der natürlichen und der räumlichen Bevölkerungsbewegung 2013–2035 (mittlere Variante)	83
G 29:	Jugendquotient in den kreisfreien Städten und Landkreisen 2000–2060 (mittlere Variante)	88
G 30:	Jugendquotient 2013–2060 nach Verwaltungsbezirken (mittlere Variante)	89
G 31:	Altenquotient in den kreisfreien Städten und Landkreisen 2000–2060 (mittlere Variante)	90
G 32:	Altenquotient 2013–2060 nach Verwaltungsbezirken (mittlere Variante).....	91

Kartenverzeichnis

K 1:	Bevölkerung 2013–2035 nach Verwaltungsbezirken (mittlere Variante).....	81
K 2:	Bevölkerung 2013–2060 nach Verwaltungsbezirken (mittlere Variante).....	86

Tabellenverzeichnis

T 1:	Annahmen der Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung	54
T 2:	Altersstruktur der Bevölkerung, Jugend-, Alten- und Gesamtquotient sowie Medianalter 2013–2060 ...	73
T 3:	Personen im erwerbsfähigen Alter bei unterschiedlicher Altersabgrenzung 2013–2060	74

Übersichtsverzeichnis

Ü 1:	Bilanzielle Überschüsse zwischen dem 31. Dezember 2008 und dem 31. Dezember 2013, zensusbedingte Bestandserhöhung und Bevölkerungswachstum nach Verwaltungsbezirken	34
------	--	----

Kernaussagen ...

... zur Bevölkerungsentwicklung im Land bis 2013

- Seit 1950 ist die Bevölkerung in Rheinland-Pfalz um knapp eine Million gestiegen. Heute leben etwa vier Millionen Menschen in Rheinland-Pfalz.
- Die Bevölkerungszahl erreichte 2004 den bisherigen Höchststand (4 061 105). Seitdem ist die Einwohnerzahl des Landes tendenziell rückläufig; 2011 lebten erstmals seit 1996 wieder weniger als vier Millionen Menschen in Rheinland-Pfalz. Zuletzt hat sich die Bevölkerungszahl wieder leicht erhöht (2012: +245; 2013: +4 088 Einwohnerinnen bzw. Einwohner).
- Der Zensus 2011 zeigte, dass in Rheinland-Pfalz weniger Menschen leben, als nach der Fortschreibung der Volkszählungsergebnisse von 1987 zu erwarten war: Statt 3 999 117 lebten am 31. Dezember 2011 im Land 3 990 033 Menschen, also 9 084 weniger als angenommen.
- Seit 1972 übertrifft die Zahl der Sterbefälle die Zahl der Geburten. Dieses natürliche Defizit ist in den letzten Jahren immer größer geworden. Steigende Sterbefälle führten 2013 zum bislang größten Defizit in der Bilanz der natürlichen Bevölkerungsbewegungen (–13 500 Personen).
- Seit 1977 liegt die Geburtenrate bei etwa 1,4 Kindern je Frau. Von 2001 bis 2012 lag ihr Wert durchgängig leicht darunter. Im Jahr 2013 wurde wieder eine Geburtenrate von 1,4 Kindern je Frau erreicht.
- Seit 2010 steigt die Nettozuwanderung und übertraf 2013 die Salden der letzten 20 Jahre deutlich: Aus dem Ausland wanderten netto 20 000 Personen nach Rheinland-Pfalz zu. Brutto waren es fast 52 000 Zuwanderer, etwa drei Viertel davon kamen aus Europa.
- Wichtige Ursachen für die gestiegene Nettozuwanderung aus dem Ausland sind die „Eurokrise“, die Arbeitnehmerfreizügigkeit für die mittel- und osteuropäischen Länder, die 2004 bzw. 2007 der Europäischen Union beitraten, und die Konflikte in verschiedenen Ländern Afrikas und Asiens.
- Der Anteil der jüngeren Menschen unter 20 Jahren fiel seit der Gründung des Landes von 31 auf 18 Prozent; zugleich stieg der Anteil älterer Menschen über 65 Jahre von neun auf 21 Prozent. Seit 2007 leben im Land mehr ältere als jüngere Menschen.
- Im Jahr 1950 lag das Medianalter bei 32 Jahren; 2013 belief es sich auf 46 Jahre. Heute ist die Hälfte der Bevölkerung also bereits 46 Jahre oder älter.

... zur regionalen Bevölkerungsentwicklung bis 2013

- Zwischen 2009 und 2013 verlief die Bevölkerungsentwicklung regional sehr unterschiedlich.
- Während die kreisfreien Städte 0,7 Prozent Einwohnerinnen und Einwohner hinzugewannen, verloren die Landkreise 0,9 Prozent. Derzeit lebt in Rheinland-Pfalz gut ein Viertel der Menschen in den kreisfreien Städten und etwas weniger als drei Viertel leben in den Landkreisen.

Kernaussagen

- Von 2009 bis 2013 erzielten fünf der zwölf kreisfreien Städte Bevölkerungszuwächse: Frankenthal, Koblenz, Landau, Mainz und Trier. Den mit Abstand größten Bevölkerungsrückgang musste Pirmasens hinnehmen.
- Unter den 24 Landkreisen gab es drei Kreise mit Bevölkerungsgewinnen, die anderen hatten zum Teil deutliche Verluste. Zuwächse erzielten der Eifelkreis Bitburg-Prüm, Trier-Saarburg und Mainz-Bingen. Die größten Verluste gab es zwischen 2009 und 2013 in den Kreisen Altenkirchen, Birkenfeld, Kusel sowie Südwestpfalz.
- Obwohl der Zensus 2011 auf Landesebene nur eine geringe Korrektur der Bevölkerungszahl von –0,2 Prozent ergab, wurden in einigen Verwaltungsbezirken größere prozentuale Abweichungen festgestellt: Von den kreisfreien Städten verzeichnete Ludwigshafen die stärkste Bestandsminderung und Pirmasens den höchsten Bevölkerungszuwachs. Bei den Landkreisen gab es den größten zensusbedingten Bevölkerungsrückgang in Bad Dürkheim und im Rhein-Pfalz-Kreis, den größten Zuwachs im Eifelkreis Bitburg-Prüm.
- Mainz ist im Stützzeitraum der einzige Verwaltungsbezirk mit einem Geburtenüberschuss und einem Wanderungsgewinn. In Pirmasens gab es – bezogen auf die Einwohnerzahl – das mit Abstand größte Geburtendefizit und das einzige Wanderungsdefizit aller kreisfreien Städte.
- Mit Ausnahme von Pirmasens wiesen alle kreisfreien Städte in ihren Gesamtwanderungsbilanzen Überschüsse aus. Kaiserslautern, Koblenz und Landau verbuchten – auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner bezogen – die höchsten Wanderungsgewinne.
- Alle Landkreise wiesen Geburtendefizite in ihren natürlichen Bilanzen aus. Aufgrund von Wanderungsgewinnen konnten die Landkreise Germersheim, Mainz-Bingen und Trier-Saarburg sowie der Rhein-Pfalz-Kreis dennoch Bevölkerungszuwächse erzielen.
- In den kreisfreien Städten und in den Landkreisen lag das Medianalter im Jahr 2000 bei jeweils 40 Jahren. Bis 2013 ist dieses Durchschnittsalter in den Städten um drei auf 43 Jahre und in den Kreisen sogar um sieben auf 47 Jahre gestiegen.
- In den kreisfreien Städten kamen 2013 auf 100 Personen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren 28 jüngere Menschen unter 20 Jahren; in den Landkreisen waren es 31. In allen kreisfreien Städten und Landkreisen sank der Jugendquotient. Am niedrigsten ist der Jugendquotient in der kreisfreien Stadt Trier (24), am höchsten im Landkreis Neuwied (33).
- In den kreisfreien Städten erreichte der Altenquotient einen Durchschnittswert von 32. In den Landkreisen ist der Altenquotient mit einem Wert von 34 im Schnitt nur etwas höher als in den kreisfreien Städten. Am niedrigsten ist der Altenquotient in Trier (27) und am höchsten in Pirmasens (44).

... zur Methode der Bevölkerungsvorausberechnung

- Für die Bevölkerungsvorausberechnung nach der Methode der geburtsjahrgangsweisen Fortschreibung werden Informationen über das Geschlecht und die einzelnen Geburtsjahrgänge der Bevölkerung benötigt.
- Die Berechnung erfolgt auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise unter Verwendung von kreis- und altersspezifischen Fruchtbarkeits-, Sterbe- sowie Wanderungsziffern. Zur Ermittlung der Sterbefälle und der Wanderungen ist zudem eine Differenzierung der Ziffern nach dem Geschlecht erforderlich.

- Der Berechnungsprozess wiederholt sich über den gesamten Berechnungszeitraum bis zum Jahr 2060 und erzeugt für jede kreisfreie Stadt und jeden Landkreis für jedes Jahr einen neuen Bevölkerungsbestand. Die Aufsummierung der regionalen Ergebnisse führt zum Landesergebnis.

... zu den Annahmen der vierten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung

- Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung zeigen, wie sich die Zahl und die Altersstruktur der Bevölkerung unter bestimmten Annahmen zu den Einflussgrößen Geburtenrate, Lebenserwartung und Wanderungssaldo verändern.
- Wegen den bestehenden Unsicherheiten hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung der Einflussgrößen wird anhand der Ergebnisse von drei Modellvarianten ein Entwicklungskorridor aufgespannt.
- Die Geburtenrate liegt in allen Varianten bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau.
- Die Lebenserwartung nimmt in allen drei Varianten bis 2060 bei Frauen von heute 83 auf 89 Jahre und bei Männern von 78 auf 85 Jahre zu.
- Der Wanderungssaldo liegt 2014 und 2015 bei etwa 24 000 Nettozuzügen. Von 2016 bis 2021 wird in allen Varianten ein Rückgang des Wanderungssaldos unterstellt, der danach bis 2060 konstant ist. Bei der unteren Variante ist er ausgeglichen, bei der mittleren Variante liegt er bei +6 000 und bei der oberen Variante bei +10 000 Nettozuzügen pro Jahr.
- Zusätzliche Annahme zum regionalen Wanderungsgeschehen: Den Berechnungen liegt in der Regel der sogenannte „Ceteris-paribus-Ansatz“ zugrunde, d. h., die geschlechts- und altersspezifische regionale Verteilung der Zuzüge und Fortzüge wird sich künftig so fortsetzen wie im Stützzeitraum von 2009 bis 2013.

... zur Bevölkerungsentwicklung im Land von 2013 bis 2060 (mittlere Variante)

- Die Bevölkerungszahl sinkt mittelfristig bis 2035 um 152 800 Personen von knapp vier auf 3,84 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner (-3,8 Prozent). Das entspricht etwa der Bevölkerungszahl des Jahres 1991.
- Mittelfristig nimmt die Zahl der unter 20-Jährigen um 95 300 auf 637 500 Personen ab (-13 Prozent), die der 20- bis 65-Jährigen sinkt um 408 800 auf 2,03 Millionen Personen (-17 Prozent). Dagegen steigt die Zahl der 65-Jährigen und Älteren um 351 400 auf 1,17 Millionen Personen (+43 Prozent).
- Die Bevölkerungszahl sinkt langfristig bis 2060 um 627 000 Personen auf 3,37 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner (-16 Prozent). Das entspricht etwa der Bevölkerungszahl des Jahres 1959.
- Langfristig nimmt die Zahl der unter 20-Jährigen um 207 000 auf 526 000 Personen ab (-28 Prozent), die der 20- bis 65-Jährigen sinkt um 716 000 auf 1,72 Millionen Personen (-29 Prozent). Dagegen steigt die Zahl der 65-Jährigen und Älteren um 296 000 auf 1,12 Millionen Personen (+36 Prozent).
- Mittel- und langfristig kommt es also zu einer deutlichen Verschiebung der Altersstruktur: Der Anteil der jungen Menschen (unter 20-Jährige) an der Bevölkerung sinkt von 18 Prozent im Basisjahr 2013 mittelfristig auf 17 und langfristig auf 16 Prozent, der der Menschen im erwerbsfähigen Alter (20- bis 65-Jährige) von 61 mittelfristig auf 53 und langfristig auf 51 Prozent. Dagegen steigt der Anteil der 65-Jährigen und Älteren von 21 mittelfristig auf 31 und langfristig auf 33 Prozent.

Kernaussagen

- Das Medianalter der Bevölkerung erhöht sich von 46 Jahren mittelfristig auf 50 und langfristig auf 52 Jahre.
- Der Jugendquotient ändert sich in der Zukunft nur geringfügig: Er steigt von 30 Personen im Alter von unter 20 Jahren je 100 Personen zwischen 20 und 65 Jahren sowohl mittel- als auch langfristig auf 31.
- Der Altenquotient erhöht sich dagegen kontinuierlich: Er steigt von 34 Personen über 65 Jahre je 100 Personen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren mittelfristig auf 58 und langfristig auf 65.

... zur regionalen Bevölkerungsentwicklung von 2013 bis 2060 (mittlere Variante)

- Auch in Zukunft verläuft die Bevölkerungsentwicklung regional sehr unterschiedlich.
- Bis 2035 steigt die Bevölkerungszahl in den kreisfreien Städten um 4 200 Personen auf 1,03 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner (+0,4 Prozent). In den Landkreisen sinkt sie dagegen um 157 000 Personen auf 2,81 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner (-5,3 Prozent).
- Mittelfristig verzeichnen sieben kreisfreie Städte einen Einwohnerzuwachs, die übrigen fünf müssen teilweise große Einbußen hinnehmen.
- In 21 Landkreisen nimmt die Bevölkerung mittelfristig ab, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß. Drei Landkreise verzeichnen noch einen Einwohnerzuwachs.
- Die kreisfreien Städte Ludwigshafen (+5,1 Prozent), Trier (+3,7 Prozent) und Mainz (+2,8 Prozent) wachsen mit den jeweils angrenzenden Landkreisen Rhein-Pfalz-Kreis (+2,2 Prozent), Trier-Saarburg (+1,9 Prozent) und Mainz-Bingen (+3 Prozent) bis 2035 am stärksten.
- Am kräftigsten fällt der mittelfristige Bevölkerungsrückgang in den kreisfreien Städten Pirmasens (-15 Prozent) und Zweibrücken (-9,7 Prozent) sowie den umliegenden Landkreisen Birkenfeld (-15 Prozent), Kusel (-14 Prozent) und Südwestpfalz (-13 Prozent) aus.
- Bis 2060 sinkt die Bevölkerungszahl in den kreisfreien Städten um 99 000 Personen auf 930 000 Einwohnerinnen und Einwohner (-9,6 Prozent). In den Landkreisen fällt der Bevölkerungsrückgang um 528 000 Personen auf 2,44 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner deutlich stärker aus (-18 Prozent).
- Der Jugendquotient steigt bis 2035: In den kreisfreien Städten kommen dann auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter 30 Personen im Alter unter 20 Jahren, in den Landkreisen werden es 32 Personen sein. Heute sind es in den kreisfreien Städten 28 und in den Landkreisen 31.
- Der Altenquotient nimmt bereits mittelfristig deutlich zu: In den kreisfreien Städten steigt er von 32 auf 46; in den Landkreisen von 34 auf 63.
- Bis 2060 erhöht sich der Altenquotient in den kreisfreien Städten von 32 auf 54; in den Landkreisen wird er sich mit einem Anstieg von 34 auf 69 sogar verdoppeln.

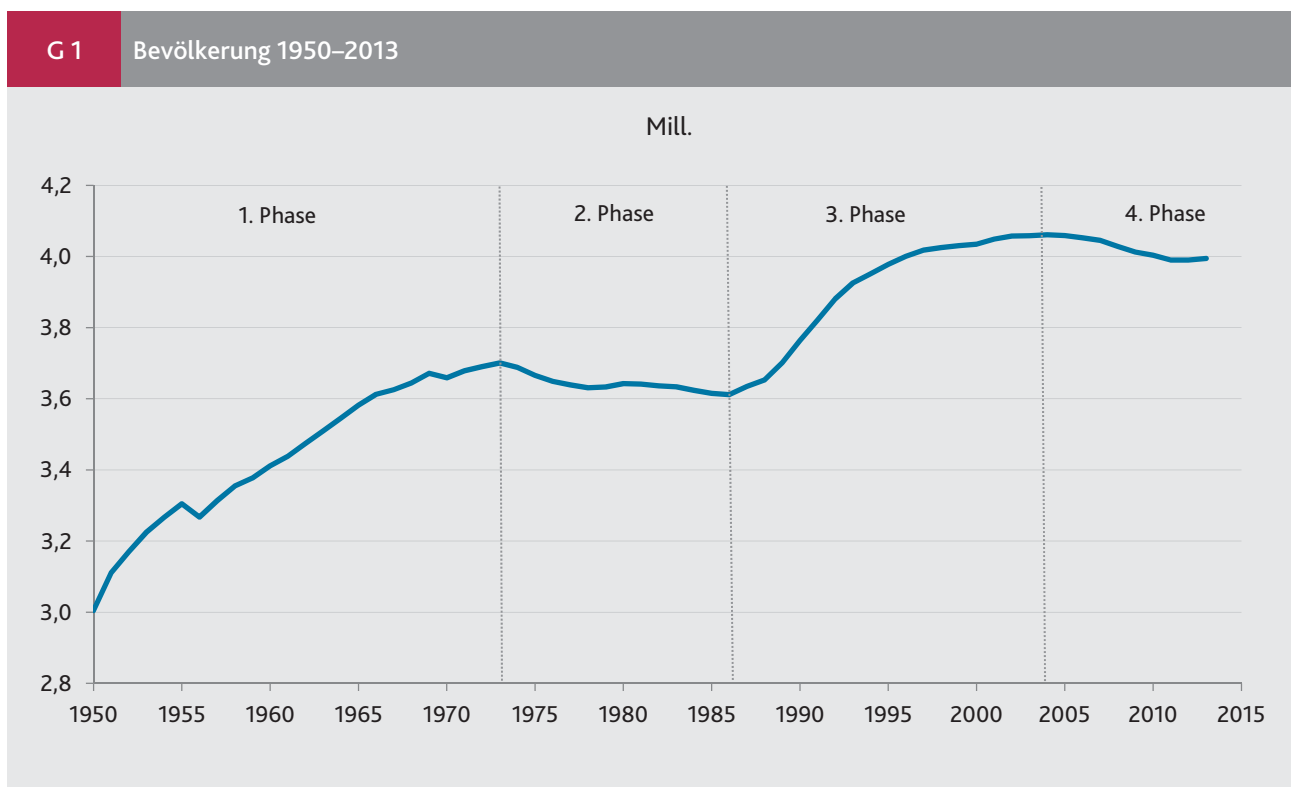
I. Bevölkerungsentwicklung in Rheinland-Pfalz bis 2013

Rheinland-Pfalz hat in seiner bisherigen Geschichte einen kräftigen Bevölkerungszuwachs erlebt. Bei der Gründung wohnten im Land weniger als drei Millionen Einwohnerinnen und Einwohner, Ende 2013 waren es knapp vier Millionen. Dieser Bevölkerungszuwachs ging einher mit einer fast kontinuierlichen Alterung der Gesellschaft. Abzulesen ist dies z. B. an der Entwicklung der Anteile jüngerer bzw. älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung. Der Anteil der jüngeren Menschen unter 20 Jahren fiel seit der Gründung des Landes von 31 auf 18 Prozent; zugleich stieg der Anteil älterer Menschen über 65 Jahre von neun auf knapp 21 Prozent. Seit 2007 leben im Land mehr ältere als jüngere Menschen. Demografischer Wandel findet in Rheinland-Pfalz also schon seit langer Zeit statt.

Bisherige Bevölkerungsentwicklung verlief in vier Phasen

Der deutliche Anstieg der Bevölkerungszahl in Rheinland-Pfalz verlief nicht stetig; vier Entwicklungsphasen lassen sich unterscheiden: Die erste Phase der rheinland-pfälzischen Bevölkerungsentwicklung reichte von 1950 bis Mitte der 70er-Jahre. In diesem Zeitraum ist die Bevölkerungszahl des Landes fast kontinuierlich gestiegen. Zwischen 1950 und 1973 kamen rund 700 000 Einwohner hinzu (+23 Prozent). In der zweiten Phase, die von 1973 bis etwa Mitte der 80er-Jahre dauerte, nahm die Einwohnerzahl

Bevölkerungszahl steigt zwischen 1950 und 1973 um 700 000



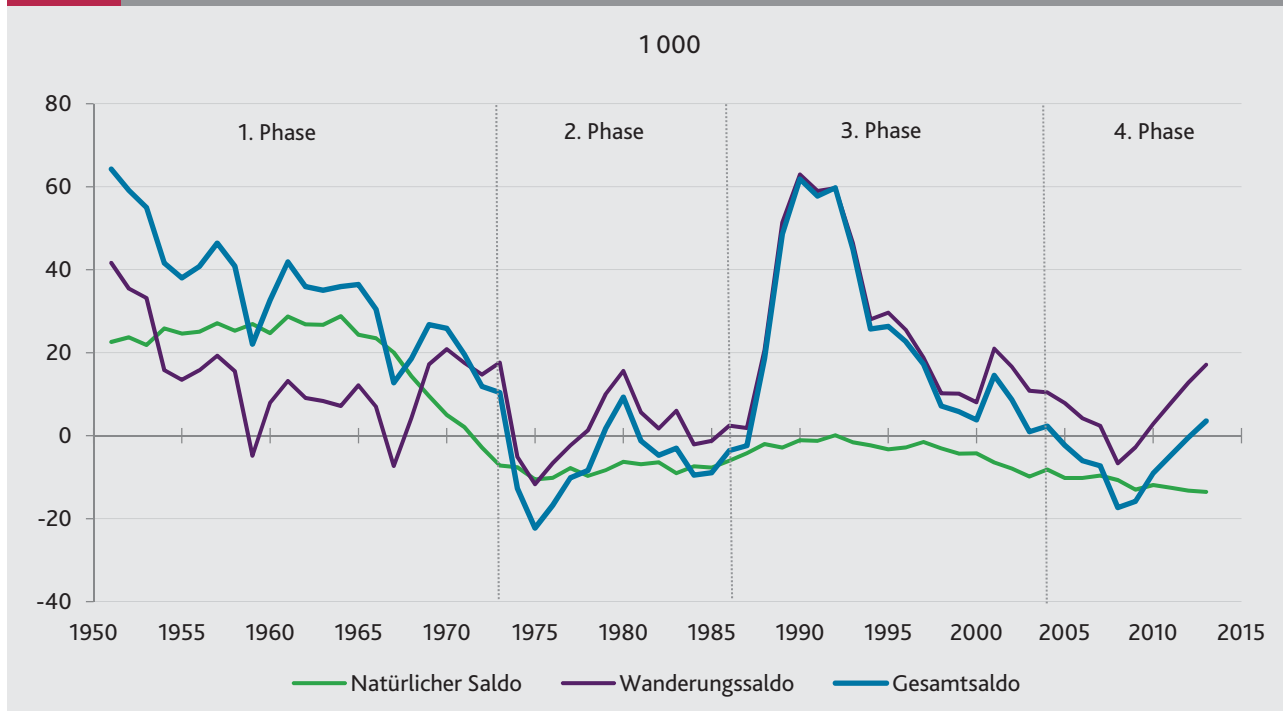
Info Zensus 2011 – Einwohnerzahl des Landes etwas niedriger als erwartet

Nach fast einem Vierteljahrhundert wurde in Deutschland zum Stichtag 9. Mai 2011 erstmals wieder eine umfassende Bestandsaufnahme der Bevölkerung durchgeführt (Zensus 2011). In den westlichen Bundesländern, so auch in Rheinland-Pfalz, hatte es eine solche Bestandsaufnahme zuletzt im Mai 1987 gegeben. Zwischen zwei Volkszählungstichtagen wird die Bevölkerungszahl Jahr für Jahr statistisch fortgeschrieben. Im Laufe der Zeit entstehen bei einer solchen Bevölkerungsfortschreibung Ungenauigkeiten (z. B. durch Erfassungslücken).

Die Fortschreibung der Ergebnisse des Zensus 2011 zum Ende des Jahres 2011 zeigte, dass zu diesem Zeitpunkt in Rheinland-Pfalz weniger Menschen lebten, als nach der Fortschreibung der Volkszählungsergebnisse von 1987 zu erwarten war: Statt 3 999 117 lebten am 31. Dezember 2011 im Land nur 3 990 033 Menschen, also 9 084 weniger als angenommen. Mit -0,2 Prozent war der Unterschied – in Anbetracht des langen Zeitraums zwischen den beiden Bestandsaufnahmen – erstaunlich gering. Allerdings zeigen sich hinsichtlich der Geschlechts- und der Altersstruktur der Bevölkerung sowie ihrer regionalen Verteilung größere Abweichungen.

tendenziell ab (-89 000 bzw. -2,4 Prozent). In der dritten Phase der demografischen Entwicklung erhöhte sich die Bevölkerungszahl des Landes um 450 000 (+12 Prozent). Im Jahr 1996 wurde erstmals die Marke von vier Millionen überschritten und 2004 der bisherige Höchststand der Bevölkerungszahl erreicht (4 061 105). Seitdem ist die Einwohnerzahl des Landes tendenziell rückläufig; 2011 lebten erstmals seit 1996 wieder weniger als vier Millionen Menschen in Rheinland-Pfalz. In den beiden darauffolgenden

G 2 Bevölkerungsbewegungen 1950–2013



Jahren stieg die Bevölkerungszahl aufgrund kräftiger Zuwanderung zwar wieder leicht, im Gesamtzeitraum der vierten Phase von 2004 bis 2013 verringerte sich die Zahl jedoch um 66 700 bzw. 1,6 Prozent.

Natürliche und räumliche Bewegungen ändern den Bevölkerungsbestand

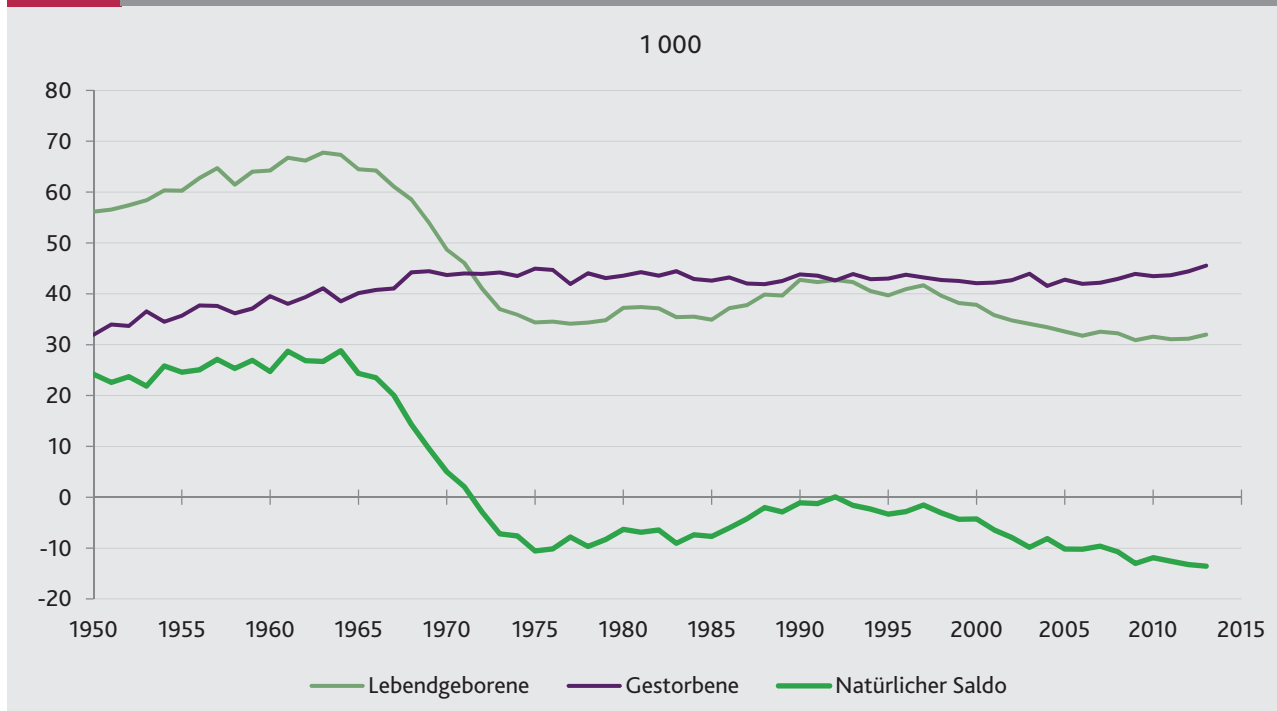
Der Bevölkerungsstand eines Landes ändert sich durch natürliche und räumliche Bevölkerungsbewegungen: Geburten und Zuzüge erhöhen die Einwohnerzahl, Sterbefälle und Fortzüge verringern sie. Die Differenz zwischen den Geburten und den Sterbefällen ist der „Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung“. Die Differenz aus Zuzügen und Fortzügen wird „Saldo der räumlichen Bevölkerungsbewegung“ oder „Wanderungssaldo“ genannt.

Geburten und Sterbefälle sowie Zu- und Fortzüge bestimmen die Bevölkerungsentwicklung

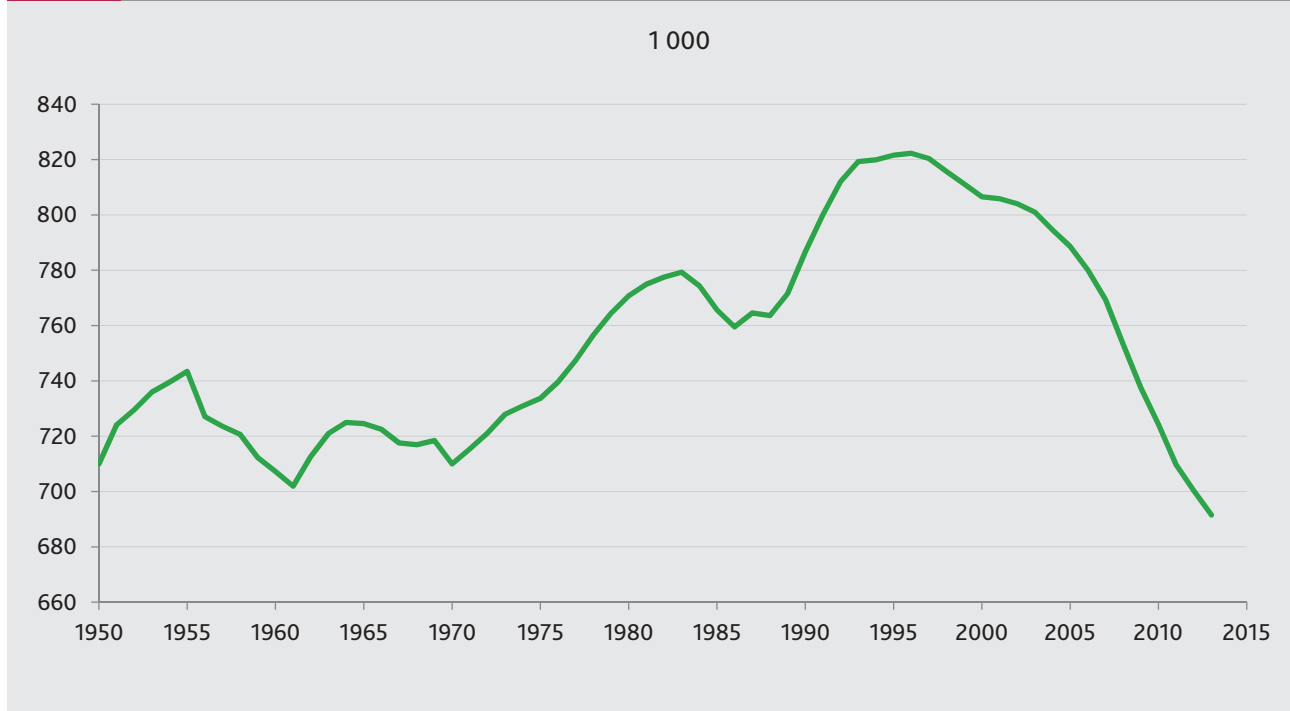
Die erste Phase der demografischen Entwicklung in Rheinland-Pfalz (von 1950 bis 1973) war weitgehend durch Überschüsse sowohl in der Bilanz der natürlichen als auch in der Bilanz der räumlichen Bevölkerungsbewegung geprägt. Wesentliches Kennzeichen der zweiten und dritten Phase der rheinland-pfälzischen Bevölkerungsentwicklung sind Defizite in der natürlichen Bilanz. In der zweiten Phase (von 1974 bis 1986) waren in den meisten Jahren die Wanderungsüberschüsse nicht groß genug, um die Geburtendefizite auszugleichen oder die Wanderungsbilanz war ebenfalls negativ. Erst in der dritten Entwicklungsphase (von 1987 bis 2004) wies die Wanderungsbilanz durchgängig so hohe Überschüsse aus, dass die anhaltenden Defizite in der Bilanz der natürlichen Bevölkerungsbewegung nicht nur ausgeglichen, sondern sogar überkompensiert wurden. In der vierten Phase der rheinland-pfälzischen Bevölkerungsentwicklung (seit 2004) wurden die Geburtendefizite tendenziell größer und die Wanderungsüberschüsse verringerten

In der dritten Phase wächst die Bevölkerung nur dank hoher Wanderungsgewinne

G 3 Lebendgeborene, Gestorbene und natürlicher Saldo 1950–2013



G 4 Frauen im gebärfähigen Alter 1950–2013



sich deutlich. In den Jahren 2008 und 2009 war die Wanderungsbilanz sogar erstmals seit Mitte der 80er-Jahre wieder im Defizit. Als Folge sank die Bevölkerungszahl des Landes seit 2004. Am aktuellen Rand war der Wanderungsgewinn sogar erneut als das Geburtendefizit, sodass die Bevölkerungszahl ab 2012 wieder leicht stieg.

Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung gerät wegen sinkender Geburtenzahlen immer tiefer ins Minus

Geburtenentwicklung bestimmt den natürlichen Saldo

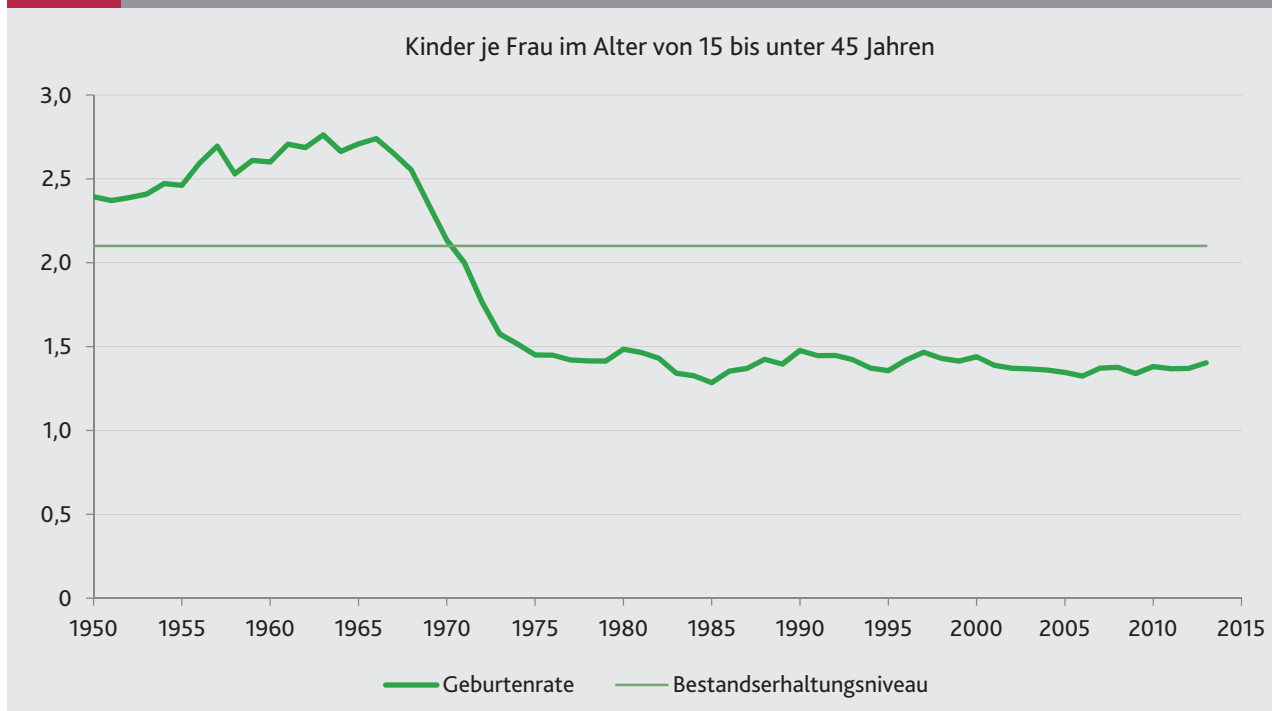
Eine Untersuchung des Saldos der natürlichen Bevölkerungsbewegung zeigt, dass für den längerfristigen, trendmäßigen Verlauf in erster Linie die Geburtenentwicklung verantwortlich ist. Die Gestorbenenzahl ist von 1950 bis 1963 zwar deutlich gestiegen (+28 Prozent), schwankt seitdem aber um einen Mittelwert von 43 000 Sterbefällen pro Jahr. Die Zahl der Geburten hat zwischen 1950 und 1963 ebenfalls deutlich zugenommen (+21 Prozent). Im Jahr 1963 wurde ein Rekord von rund 67 800 Geburten registriert. In diesem Jahr gab es etwa 41 100 Sterbefälle, sodass im Ergebnis ein hoher Überschuss in der Bilanz der natürlichen Bevölkerungsbewegung entstand (+26 700). In den folgenden Jahren ist die Zahl der Geburten kräftig gesunken, bis 1977 hat sie sich gegenüber 1963 nahezu halbiert auf nur noch 34 100 Geburten. Bereits 1972 starben in Rheinland-Pfalz erstmals mehr Menschen als geboren wurden. Der Saldo in der rheinland-pfälzischen Bilanz der natürlichen Bevölkerungsbewegung ist in diesem Jahr also negativ geworden und bis heute im Minus geblieben. Im Jahr 2009 wurden in Rheinland-Pfalz die wenigsten Kinder seit der Gründung des Landes geboren: Nur noch 30 881 Kinder kamen zur Welt. Bei rund 43 900 Gestorbenen ergab sich ein Defizit in der natürlichen Bilanz in Höhe von etwa 13 000 Personen. Seither hat die Zahl der Geburten

wieder etwas zugenommen; 2013 wurden knapp 32 000 Kinder geboren. Allerdings erreichte die Zahl der Sterbefälle in diesem Jahr mit 45 500 einen Höchststand; dies führte zum bislang größten Defizit in der Bilanz der natürlichen Bevölkerungsbewegungen.

Auf die Geburtenzahl wirken zwei Einflussgrößen: die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter und die Geburtenrate. Zu den Frauen im sogenannten „gebärfähigen Alter“ werden üblicherweise die 15- bis 45-Jährigen gezählt, mitunter auch noch die 45- bis 50-Jährigen. Die Geburtenrate misst die durchschnittliche Zahl der Kinder, die eine Frau im Laufe ihres Lebens zur Welt bringt. Die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter schwankte von 1950 bis 1972 ohne einen erkennbaren längerfristigen Trend um einen Mittelwert von rund 721 000. Ab 1972 stieg ihre Zahl kräftig. Ein wesentlicher Grund hierfür war, dass die Mädchen aus den geburtenstarken Jahrgängen (1954 bis 1967) sukzessive in diese Altersgruppe hineingewachsen sind und gleichzeitig Frauen aus schwächer besetzten älteren Geburtsjahrgängen diese Gruppe verließen. Von Ende der 80er-Jahre bis Mitte der 90er-Jahre vergrößerte sich die Gruppe der Frauen im Alter zwischen 15 und 45 Jahren darüber hinaus durch die hohe Zuwanderung. Im Jahr 1996 waren in Rheinland-Pfalz rund 822 300 Frauen im gebärfähigen Alter. Seit 1997 sinkt die Zahl der Frauen in dieser Altersgruppe. Ursache für diese Entwicklung ist, dass seitdem die Frauen aus den geburtenstarken Jahrgängen diese Altersgruppe wieder verlassen und nur noch deutlich schwächer besetzte jüngere Geburtsjahrgänge nachrücken. Heute gibt es 130 800 Frauen weniger in dieser Altersgruppe als 1996 (–19 Prozent). Der Rückgang wäre noch deutlich höher ausgefallen, wenn es in den letzten Jahren nicht eine kräftige Zuwanderung gegeben hätte. In den Jahren 2010 bis 2013 sind netto fast 18 000 Frauen im Alter zwischen 15 und 45 Jahren aus dem Ausland nach Rheinland-Pfalz gekommen. Dennoch wird die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter in den nächsten Jahrzehnten

Seit 1997 sinkt die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter

G 5 Geburtenrate und Bestandserhaltungsniveau 1950–2013



weiter sinken. Dies ist Folge der rückläufigen Geburtenentwicklung in Rheinland-Pfalz wie in Deutschland und in Europa seit den 70er-Jahren. Mit der Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter wird – bei unveränderter Geburtenrate – in Zukunft auch die Zahl der Geburten weiter abnehmen.

Seit 1971:
Geburtenrate unter
dem Bestands-
erhaltungsniveau

Der gravierende Geburtenrückgang zwischen Ende der 60er- und Mitte der 70er-Jahre erklärt sich nicht durch die Entwicklung der Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter. In Anbetracht der zunächst relativ konstanten und dann steigenden Zahl von Frauen im gebärfähigen Alter lässt sich dieser Geburtenrückgang nur durch eine Änderung des sogenannten „generativen Verhaltens“ erklären. In der Tat hat die Geburtenrate, die dieses Verhalten statistisch zum Ausdruck bringt, in dieser Zeit eine bemerkenswerte Entwicklung genommen. Von 1950 bis zum Beginn der 70er-Jahre lag diese Rate über dem sogenannten Bestandserhaltungsniveau. Die bestandserhaltende Geburtenrate sorgt dafür, dass die Sterbefälle gerade ausgeglichen werden, sodass die Bevölkerungszahl eines Gebiets allein aufgrund der natürlichen Bevölkerungsbewegung unverändert bleibt. Zur Bestandserhaltung sind in Deutschland und in Rheinland-Pfalz durchschnittlich 2,1 Kinder je Frau erforderlich. Im Jahr 1950 belief sich die Geburtenrate auf durchschnittlich 2,39 Kinder je Frau. In den folgenden Jahren ist sie sogar tendenziell gestiegen. Den historischen Höchststand erreichte die Rate in Rheinland-Pfalz 1963 mit einem Wert von 2,76 Kindern je Frau. Bis 1967 bewegte sie sich auf diesem hohen Niveau, um danach kräftig zu fallen. Im Jahr 1971 wurde das Bestandserhaltungsniveau unterschritten und 1977 der Wert von etwa 1,4 Kindern pro Frau erreicht. Zwischen 1977 und 2000 schwankte die Geburtenrate um diesen niedrigen Stand. Von 2001 bis 2012 lag ihr Wert durchgängig unter 1,4 Kindern je Frau; der bislang niedrigste Wert ergab sich 2006 mit nur noch 1,32 Kindern je Frau. Im Jahr 2013 wurde erstmals nach mehr als einem Jahrzehnt wieder eine Geburtenrate von 1,4 Kindern je Frau erreicht.

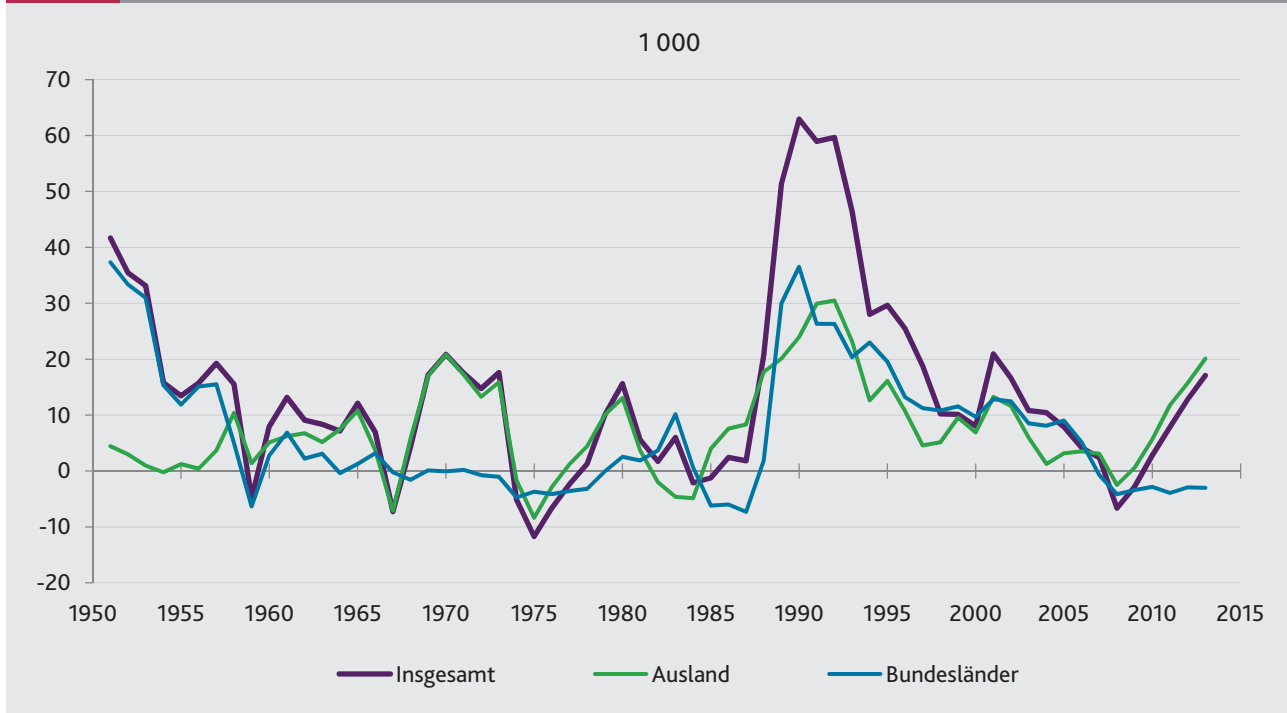
Frauen sind bei der
Geburt ihres ersten
Kindes immer älter

Der rapide Rückgang der sogenannten Periodenfertilität in der Bundesrepublik Deutschland und in Rheinland-Pfalz innerhalb von nur wenigen Jahren wird oft als „Pillenknick“ bezeichnet. Hier überlagern sich zwei Verhaltensänderungen: ein verringerter Kinderwunsch und die Verschiebung von Elternschaft in einen späteren Lebensabschnitt. Im Jahr 1963 – dem Jahr mit der bislang höchsten Zahl an Lebendgeborenen – hatten die Frauen im Alter von 24 Jahren die höchste Geburtenziffer. Von 1 000 Frauen in diesem Alter wurden 200 Kinder zur Welt gebracht. Fünfzig Jahre später bekamen 31-jährige Frauen – relativ gesehen – die meisten Kinder. Von 1 000 Frauen in diesem Alter wurden (nur noch) 105 Kinder zur Welt gebracht. Mehr als jedes zweite Baby, das 2013 geboren wurde, hatte eine Mutter, die zum Zeitpunkt der Geburt 30 Jahre oder älter war (55 Prozent).

Familienpolitische
Maßnahmen sollen
demografischen
Wandel beeinflussen

Wesentliche Ursachen für den Rückgang der Geburtenraten waren zum einen die ab den 60er-Jahren gestiegene Bildungs- und Erwerbsbeteiligung von Frauen und zum anderen die Pluralisierung der Lebensformen in der Gesellschaft. Die Politik trug dieser Entwicklung lange nicht Rechnung; die traditionelle Rollenverteilung in der Familie stand noch viele Jahre im Vordergrund. Die familienpolitischen Maßnahmen, die in den letzten Jahren eingeleitet wurden, wie z. B. die Schaffung von mehr Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren, von Ganztagsbetreuungsmöglichkeiten in Kindertagesstätten und Schulen oder die Gewährung von Elternzeit und Elterngeld, sollen eine Verbesserung

G 6 Saldo der Wanderungen über die Landesgrenze 1950–2013 nach Herkunfts- bzw. Zielgebieten

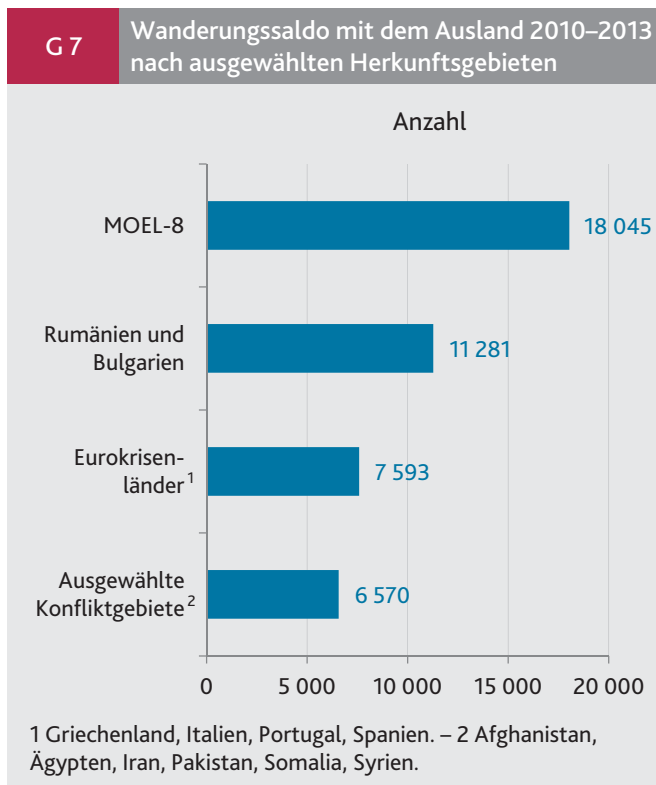


bringen. Ob sich ein Erfolg – in Form einer steigenden Geburtenrate – in einem überschaubaren Zeitrahmen einstellen wird, kann derzeit noch nicht beurteilt werden. Der leichte Anstieg der Geburtenrate am aktuellen Rand ist möglicherweise auch auf die seit 2010 deutlich höhere Zuwanderung aus dem Ausland zurückzuführen. Mit Blick auf die Herausforderungen durch den demografischen Wandel, die fast alle Lebensbereiche betreffen, muss die Gesellschaft sowohl eine hohe Bildungs- und Erwerbsbeteiligung der Frauen als auch eine hohe Geburtenrate anstreben.

Saldo der Wanderungen über die Landesgrenze sehr volatil

Der Saldo der Wanderungsbilanz war in der Vergangenheit sehr beweglich; längerfristige Trends sind kaum auszumachen. Das Bild ist durch heftige Ausschläge nach oben und nach unten gekennzeichnet. Allerdings wiesen die jährlichen Wanderungsbilanzen seit 1950 fast nur Überschüsse aus. Defizite gab es in den 64 Jahren des Betrachtungszeitraums nur zehn Mal, zuletzt 2008 und 2009. Im Jahr 2008 verzeichnete das Land einen Wanderungsverlust in Höhe von gut 6 600 und 2009 von etwa 2 800 Personen. Das hohe Wanderungsdefizit 2008 dürfte zu einem erheblichen Teil auf einen Sondereinfluss zurückzuführen sein: Im Zuge des Versands der Steuer-Identifikationsnummern fanden Bereinigungen in den Melderegistern statt, die als Fortzüge verbucht worden sind und damit die Jahresbilanz der Wanderungen verfälscht haben. Ab 2010 gab es wieder einen Wanderungsüberschuss. Im Jahr 2013 war der Wanderungsgewinn von 17 100 Personen erstmals seit 2004 sogar wieder so hoch, dass das Geburtendefizit überkompensiert wurde und die Bevölkerungszahl leicht zunahm. Im Gesamtzeitraum 1950 bis 2013 belief sich der durchschnittliche jährliche Überschuss in der rheinland-pfälzischen Wan-

Wanderungsbilanz seit 1950 überwiegend im Plus



derungsbilanz auf knapp 16 000 Personen. Dieser Durchschnittswert wird jedoch von den extrem hohen Überschüssen in den Jahren 1950 bis 1953 sowie 1989 bis 1996 deutlich nach oben gezogen. Ohne diese „Ausreißer“ ist der durchschnittliche Wanderungsgewinn mit 7 900 Personen pro Jahr nur etwa halb so hoch.

Die räumlichen Bevölkerungsbewegungen über die rheinland-pfälzische Landesgrenze werden durch die Wanderungsverflechtungen mit den Nachbarländern Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland geprägt. Seit 2007 befindet sich die Wanderungsbilanz mit dieser Ländergruppe durchgängig im Defizit. Seither hat Rheinland-Pfalz fast 11 300 Personen durch Abwanderung in die benachbarten Bundesländer „verloren“.

Die Wanderungen zwischen den übrigen alten Bundesländern und Rheinland-Pfalz waren zu Beginn

der 50er-Jahre noch sehr stark durch Kriegsfolgen geprägt. Rheinland-Pfalz erzielte in dieser Zeit hohe Wanderungsüberschüsse. Von Mitte der 60er- bis Ende der 80er-Jahre war die Wanderungsbilanz mit den übrigen alten Ländern durchgängig im Minus. Erst ab 1989 stellten sich wieder Überschüsse ein, die bis 2005 anhielten. Seitdem ist die Wanderungsbilanz mit den übrigen alten Bundesländern wieder negativ. Zwischen 2006 und 2013 kumulierte sich das Wanderungsdefizit gegenüber Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Niedersachsen oder Schleswig-Holstein auf mehr als 15 700 Menschen.

Ab 1989 viele Nettozuzüge aus Ostdeutschland nach der Wende

Mit der DDR gab es nur bis 1961 Wanderungsverflechtungen in nennenswertem Umfang. Zwischen 1951 und 1961 kamen rund elf Prozent der Zuzüge nach Rheinland-Pfalz aus der DDR. Von den Fortzügen gingen dagegen nur 2,2 Prozent dorthin. Nachdem die deutsch-deutsche Grenze ab 1961 nahezu undurchlässig wurde, nahm die Zuwanderung aus der DDR zwangsläufig deutlich ab: In den meisten Jahren nach 1961 lag ihr Anteil an den gesamten Zuzügen nach Rheinland-Pfalz bei unter einem Prozent. Der Anteil der Fortzüge aus Rheinland-Pfalz in die DDR blieb in allen Jahren zwischen 1961 und 1989 unter einem halben Prozent. Mit der Öffnung der Grenze schoss die Zuwanderung aus dem östlichen Teil Deutschlands in die Höhe. In den Jahren 1989 und 1990 lag der Anteil an der gesamten Zuwanderung bei 15 bzw. 13 Prozent. Danach normalisierte sich die Zuwanderung aus den neuen Ländern (ohne Berlin). Vor allem ab 2009 sind netto immer weniger Menschen aus diesen Ländern nach Rheinland-Pfalz gezogen. Im Jahr 2013 wurde in der Wanderungsbilanz mit den neuen Ländern erstmals seit der Deutschen Einheit sogar ein Defizit verbucht (–154 Personen).

Der Wanderungssaldo mit dem Ausland weist sehr starke Schwankungen auf, wofür insbesondere kräftige Ausschläge bei der Zuwanderung verantwortlich sind. Im Zuge des Wirtschaftsaufschwungs entstand in Westdeutschland schon in den 50er-Jahren

ein Mangel an Arbeitskräften. Zwischen 1955 und 1968 schloss die Bundesrepublik Deutschland deshalb mit acht Staaten sogenannte Anwerbeverträge, was von Mitte der 50er-Jahre bis Anfang der 70er-Jahre zu einem hohen Zuzug von Arbeitskräften aus dem Ausland nach Westdeutschland und auch nach Rheinland-Pfalz führte. Der Anteil der Außenwanderung an der gesamten Zuwanderung stieg von acht Prozent in den 50er-Jahren auf 22 Prozent in den 60er- und knapp 28 Prozent in den 70er-Jahren. In dieser Zeit spiegelte sich in der Entwicklung der Zuwanderung und des Wanderungssaldos mit dem Ausland auch der Konjunkturverlauf wider. In den Rezessionsjahren 1966/67 war der Einbruch bei der Zuwanderung aus dem Ausland so groß, dass sogar der Saldo der Gesamtwanderungsbilanz negativ wurde. Die Rezession Mitte der 70er-Jahre, die einen nachhaltigen Anstieg der Arbeitslosigkeit zur Folge hatte, führte Ende 1973 zum Anwerbestopp und zur Gewährung von Rückkehrhilfen für „Gastarbeiter“. Dadurch sanken die Zuzüge aus dem Ausland rapide und die Fortzüge nahmen deutlich zu, die Gesamtwanderungsbilanz geriet erneut ins Defizit. Ab Ende der 70er-Jahre wurde die Zuwanderung aus dem Ausland von einem verstärkten Familiennachzug geprägt. In den 80er-Jahren gab es darüber hinaus einen wachsenden Zustrom von Asylsuchenden und ab Ende der 80er-Jahre schließlich eine kräftige Zuwanderung aus Mittel- und Osteuropa sowie von Bürgerkriegsflüchtlingen aus Südosteuropa. In dieser Zeit stieg der Anteil der Zuwanderung aus dem Ausland an der gesamten Zuwanderung auf 37 Prozent. Nachdem dieser enorme Zuwanderungsstrom Ende der 90er-Jahre nachließ, erzielte Rheinland-Pfalz in der Folgezeit nur noch moderate Wanderungsgewinne gegenüber dem Ausland. Der negative Saldo 2008 und der ungewöhnlich geringe Überschuss 2009 sind – wie bereits erwähnt – auf Bereinigungen in den Melderegistern zurückzuführen („Karteileichen“ wurden vor allem 2008, aber wohl auch 2009 als Fortzüge in das Ausland gebucht). Ab 2010 stieg die Nettozuwanderung wieder steil an und übertraf 2013 die Salden der letzten 20 Jahre deutlich: Netto wanderten 20 000 Personen nach Rheinland-Pfalz zu. Brutto waren es fast 52 000, eine der höchsten Zuwanderungen aus dem Ausland. Ihr Anteil an den gesamten Zuzügen über die Landesgrenze nach Rheinland-Pfalz lag bei 43 Prozent, dem höchsten Wert in der Geschichte des Landes. Diese Entwicklung hat verschiedene, sich überlagernde Ursachen:

Eine wichtige Ursache für die gestiegene Nettozuwanderung aus dem Ausland nach Deutschland und nach Rheinland-Pfalz ist die sogenannte „Eurokrise“, von der seit 2010 vor allem Griechenland, Italien, Portugal und Spanien betroffen sind. Die Krise hat dort zu sinkender Wirtschaftsleistung und steigender Arbeitslosigkeit geführt. Als Folge ist in diesen Ländern ein Auswanderungsdruck entstanden. Ein großer Teil der Auswanderer entschied sich für Deutschland als Zielland, da die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage hier vergleichsweise günstig blieb. Noch 2009 war die rheinland-pfälzische Wanderungsbilanz mit Griechenland, Italien und Portugal im Defizit, und gegenüber Spanien gab es nur ein sehr kleines Plus. In der Folgezeit sind hohe Wanderungsüberschüsse entstanden. In den Jahren 2010 bis 2013 belief sich der kumulierte Wanderungsüberschuss gegenüber dieser Ländergruppe auf knapp 7 600 Personen; das waren etwa 14 Prozent des gesamten Überschusses gegenüber dem Ausland.

Eine zweite wichtige Ursache für die hohe Zuwanderung ist die Arbeitnehmerfreizügigkeit für die mittel- und osteuropäischen Länder, die 2004 bzw. 2007 der Europäischen

Wanderungssaldo mit dem Ausland schwankt stark

Höchste Nettozuwanderung aus dem Ausland nach der Öffnung Mittel- und Osteuropas

Vergleichsweise gute Wirtschaftslage macht Deutschland für Zuwanderer attraktiv

Arbeitnehmerfreizügigkeit in Mittel- und Osteuropa erleichtert die EU-Binnenmigration

Union beigetreten sind. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowenien, der Slowakei, Tschechien und Ungarn (MOEL-8) gilt die Freizügigkeit seit dem 1. Mai 2011. Aus diesen acht Ländern sind seitdem netto mehr als 16 000 Menschen nach Rheinland-Pfalz zugewandert (34 Prozent der gesamten Nettozuwanderung). Allein aus Polen kamen von 2011 bis 2013 netto fast 11 000 Menschen (23 Prozent). Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Bulgarien und Rumänien gilt die Freizügigkeit seit dem 1. Januar 2014. Jahresdaten aus der Wanderungsstatistik liegen für 2014 noch nicht vor. Ein Vergleich der Monatsdaten für Januar bis Oktober 2013 und 2014 zeigt aber einen Anstieg der Nettozuzüge aus Bulgarien und Rumänien von 3 600 Personen auf 6 000 Personen (+65 Prozent). Für diese beiden Länder war aber – wie bei den MOEL-8 – schon seit dem EU-Beitritt 2007 eine deutliche Zunahme der Nettozuwanderung zu beobachten. Zwischen 2007 und 2013 sind aus diesen beiden Ländern netto 14 600 Menschen zugewandert; das ist ein Viertel der gesamten Nettozuwanderung aus dem Ausland nach Rheinland-Pfalz in diesem Zeitraum.

Viele Menschen aus Konfliktgebieten flüchten nach Deutschland

Eine dritte wichtige Ursache für die hohe Zuwanderung der letzten Jahre nach Rheinland-Pfalz und nach Deutschland sind die teils politisch und teils religiös motivierten gewalttätigen Konflikte in verschiedenen Ländern Afrikas und Asiens. So sind aus Afghanistan, Ägypten, Iran, Pakistan, Somalia und Syrien zwischen 2010 und 2013 netto 6 600 Menschen – überwiegend Asylsuchende – zugezogen. Das waren zwölf Prozent der gesamten Nettozuwanderung aus dem Ausland nach Rheinland-Pfalz in diesem Zeitraum. Die Daten für die Monate Januar bis Oktober 2014 zeigen, dass sich die Nettozuwanderung aus diesen sechs Ländern im Vergleich zum Vorjahreszeitraum mit einer Steigerung von 2 400 auf 4 400 erheblich erhöht hat (+86 Prozent).

Drei von vier Zuwanderern kommen aus Europa

Festzuhalten ist, dass die kräftige Zuwanderung am aktuellen Rand stark durch Sondereffekte beeinflusst wird. Eine wesentliche Frage für die künftige Bevölkerungsentwicklung ist, ob die jährlichen Außenwanderungsüberschüsse für Rheinland-Pfalz so hoch bleiben werden, dass dadurch – wie im Jahr 2013 – die wachsenden Geburtendefizite ausgeglichen bzw. übertroffen werden können. Von den Zuwanderern aus dem Ausland stammen mehr als drei Viertel aus Europa (2013: 78 Prozent), insbesondere aus Mittel-, Ost- und Südeuropa (2013: 56 Prozent). Das Zuwanderungspotenzial aus diesen Herkunftsländern dürfte – demografisch und ökonomisch bedingt – in Zukunft aber deutlich kleiner werden. Die meisten Länder in Europa haben ähnliche demografische Probleme wie Deutschland und Rheinland-Pfalz. Aufgrund geringer Geburtenraten in der Vergangenheit und bereits erfolgter Abwanderung wird sich die Altersgruppe der 20- bis 35-Jährigen, die vor allem aus beruflichen Gründen die mobilste Altersgruppe in der Gesellschaft ist, in den meisten europäischen Ländern in der nächsten Zeit deutlich verringern. In den mittel-, ost- und südeuropäischen Ländern könnten darüber hinaus die ökonomischen „Push-Faktoren“ kleiner werden, wenn die Eurokrise überwunden ist und sich durch zunehmende Integration in den Binnenmarkt der Europäischen Union eine günstigere wirtschaftliche Entwicklung ergibt und dadurch die Einkommensunterschiede zu den westeuropäischen Ländern geringer werden.

Alternde Gesellschaften konkurrieren um qualifizierte Zuwanderung aus dem Ausland

Oft wird auf große Migrationspotenziale außerhalb Europas verwiesen. Unbestritten gibt es diese Potenziale in einigen Regionen der Welt (z. B. in Asien und in Afrika). Allerdings werden in vielen entwickelten Ländern der Welt die demografischen Probleme in den nächsten Jahrzehnten deutlich zunehmen. Zuwanderung gilt in vielen dieser Länder

als eine Option, diese Probleme zu lindern. Deshalb wird es in Zukunft um die wanderungswilligen, jungen und gut ausgebildeten Menschen einen harten internationalen Wettbewerb geben, in dem Deutschland und Rheinland-Pfalz bestehen müssen.

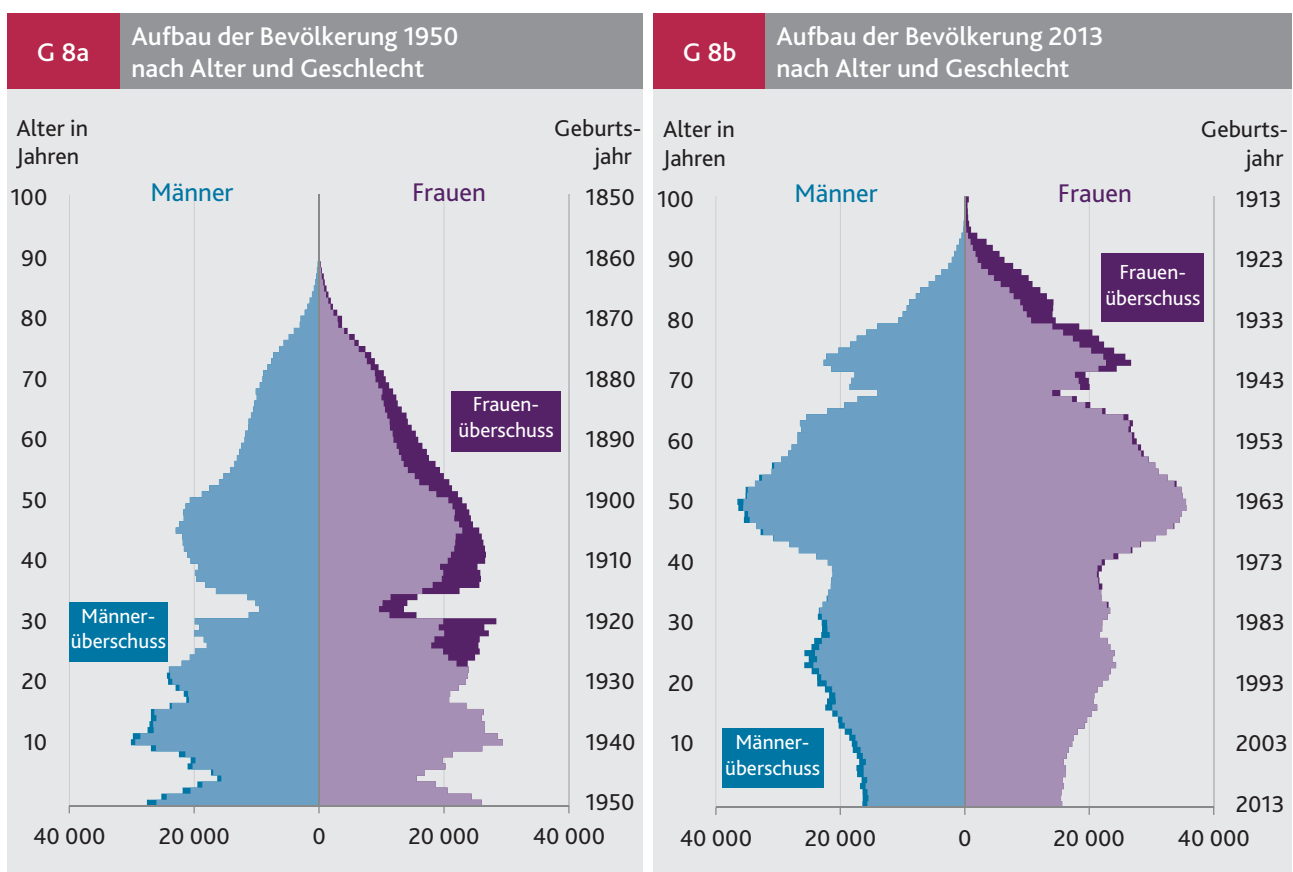
Bevölkerung „altert“ schon seit Jahrzehnten

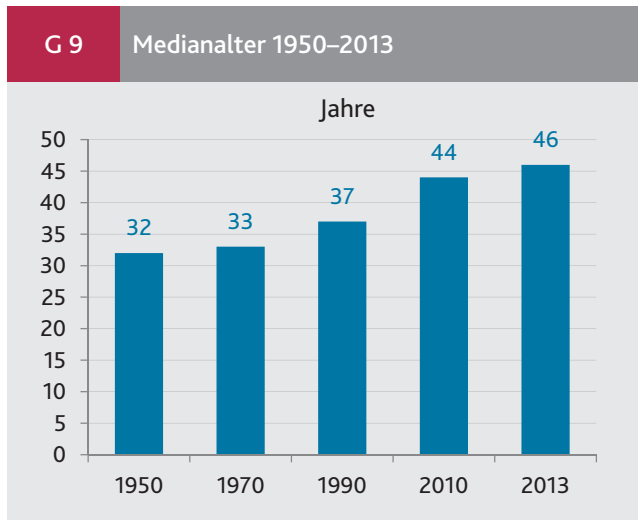
Die bisherigen Betrachtungen befassten sich mit der Veränderung der Gesamtbevölkerung und ihren Ursachen. Im Hinblick auf die Konsequenzen der Bevölkerungsentwicklung für die verschiedenen Lebensbereiche sind jedoch die altersstrukturellen Verschiebungen von viel größerer Bedeutung als die Entwicklung der Gesamtzahl. Diese Strukturverschiebungen sind schon sehr lange im Gange.

Ein Eindruck von dem gesellschaftlichen Alterungsprozess, der auch als „demografische Alterung“ bezeichnet wird, lässt sich durch einen Vergleich der „Bevölkerungspyramiden“ für die Jahre 1950 und 2013 gewinnen. Die Bevölkerungspyramide gibt den Altersaufbau einer Bevölkerung, getrennt nach Männern und Frauen, wieder. Wie der Vergleich zeigt, ist das sogenannte Modalalter, also das am häufigsten besetzte Altersjahr oder – bildlich gesprochen – die breiteste Stelle der „Pyramide“, deutlich nach oben gewandert. Im Jahr 1950 war in der rheinland-pfälzischen Bevölkerungspyramide das 10. Altersjahr am häufigsten besetzt, im Jahr 2013 war es das 50. Altersjahr.

Demografischer Wandel: Schrumpfung und Alterung der Gesellschaft

Eine andere, oft verwendete demografische Kennziffer, die das Ausmaß der gesellschaftlichen Alterung statistisch exakter erfasst, ist das sogenannte Medianalter. Das





Medianalter ist ein Durchschnittsalter. Es teilt die Bevölkerung in zwei gleich große Gruppen – die eine Gruppe ist jünger und die andere älter als das Medianalter. Im Jahr 1950 lag das Medianalter bei 32 Jahren. Im Jahr 2013 beläuft es sich auf 46 Jahre, d. h., die Hälfte der Bevölkerung ist heute bereits 46 Jahre oder älter. In einem Zeitraum von 64 Jahren ist das Medianalter um 14 Jahre, also um mehr als zwei Monate pro Jahr gestiegen.

Die Bevölkerung ist demnach bereits in den vergangenen sechseinhalb Jahrzehnten stark gealtert. In den kommenden Jahrzehnten wird sich dieser Alterungsprozess unaufhaltsam fortsetzen. Ursache

für die demografische Alterung war in den ersten beiden Dekaden des Betrachtungszeitraums die steigende Lebenserwartung. Heute altert die Gesellschaft zum einen, weil die Lebenserwartung weiter steigt, und zum anderen, weil aufgrund der schon seit Langem niedrigen Geburtenrate weniger junge Menschen „nachwachsen“ – bildlich gesprochen wird der Fuß der Bevölkerungspyramide immer schmäler. Gebremst wird die Alterung der Gesellschaft durch die Zuwanderung, weil die Zuwanderer im Schnitt erheblich jünger sind als die ansässige Bevölkerung. Das Medianalter der Zuwanderer aus dem Ausland lag 2013 bei 29 Jahren, das der ansässigen Bevölkerung bei 46 Jahren.

Steigende Lebenserwartung und niedrige Geburtenrate bewirken die demografische Alterung

Ein wichtiger Grund für die demografische Alterung war und ist also die steigende Lebenserwartung der Menschen. Im Jahr 1950 lag die durchschnittliche Lebenserwartung eines neugeborenen Mädchens bei 68,5 Jahren und die eines neugeborenen Knaben bei 64,6 Jahren. Nach der aktuellen Sterbetafel 2010/12 kann ein neugeborenes Mädchen heute im Durchschnitt mit 82,7 Lebensjahren rechnen; ein neugeborener Knabe hat die Chance, 77,8 Jahre zu leben. Damit ist in den vergangenen Jahrzehnten die Lebenserwartung bei den Frauen um 14,2 Jahre und bei den Männern um 13,2 Jahre gestiegen. Bei beiden Geschlechtern hat sich die Lebenserwartung seit 1950 also im Durchschnitt um 20 Prozent bzw. um fast drei Monate pro Jahr erhöht. Bevölkerungswissenschaftler rechnen damit, dass sie auch in Zukunft weiter deutlich zunehmen wird.

Steigende Lebenserwartung stellt die Finanzierung der Sozialversicherungen vor große Probleme

Relativ noch stärker als die Lebenserwartung Neugeborener ist die sogenannte fernere Lebenserwartung älterer Menschen gestiegen. Beispielsweise hatte 1950 eine Frau im Alter von 65 Jahren im Schnitt noch 13,7 Lebensjahre vor sich, heute sind es 20,6 Lebensjahre. Ihre verbleibende Lebenszeit ist also um 6,9 Jahre bzw. 50 Prozent gestiegen. Ein 65-jähriger Mann hatte 1950 noch eine fernere Lebenserwartung von 12,8 Jahren, heute sind es 17,4 Jahre. Das ist eine Zunahme um 4,6 Jahre bzw. 36 Prozent. Bevölkerungsexperten rechnen damit, dass die fernere Lebenserwartung älterer Menschen auch in Zukunft weiter kräftig steigen wird. Dies bringt erhebliche Belastungen für die umlagefinanzierte Rentenversicherung und für die Haushalte des Bundes, der Länder und der Kommunen durch Pensionsverpflichtungen gegenüber ihren Beamtinnen und Beamten mit sich. Die Gesetzgeber haben darauf mit einer Erhöhung des Renteneintrittsalters reagiert. Seit 2012 steigt das gesetzliche Renteneintrittsalter für Versicherte der Geburtsjahrgänge 1947 bis 1963 schrittweise bis 2029. Bei Versicherten, die vor

dem 1. Januar 1947 geboren sind, liegt die Regelaltersgrenze bei 65 Jahren. Ab dem Geburtsjahrgang 1964 gilt eine Altersgrenze von 67 Jahren. Experten erwarten aber, dass bis 2029 die fernere Lebenserwartung der Frauen und Männer im Alter von 65 Jahren um mindestens drei weitere Lebensjahre zunehmen wird.

Das Medianalter spiegelt als statistische Kennzahl nur global die langfristigen altersstrukturellen Veränderungen wider. Die Betrachtung ausgewählter Altersgruppen gibt ein differenzierteres Bild: Seit 2007 leben in Rheinland-Pfalz mehr ältere als jüngere Menschen. Die Zahl der unter

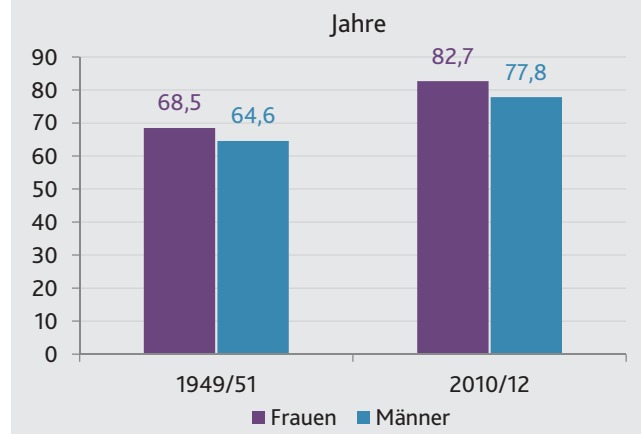
20-Jährigen ist von 1950 bis heute um 22 Prozent gesunken. Zwar nahm sie infolge des Geburtenanstiegs und der Zuwanderung (Familienmitwanderung) zunächst kräftig zu – bis zum Höchststand 1969 um mehr als ein Viertel. Aufgrund des anschließenden Geburteneinbruchs verringerte sie sich dann aber sehr deutlich. Gleichzeitig hat sich die Zahl der Menschen über 65 Jahre seit 1950 fast verdreifacht. Wesentliche Ursache für den kräftigen Anstieg der Zahl älterer Menschen im Gesamtzeitraum ist die beträchtliche Verlängerung der (ferneren) Lebenserwartung.

Aufgrund dieser Entwicklungen haben sich im Jahr 2013 gegenüber 1950 auch die Anteile der Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung deutlich verschoben. Der Anteil der jüngeren Menschen unter 20 Jahren ist um 13 Prozentpunkte gesunken, und zwar von 31 auf 18 Prozent. Der Anteil der 65-Jährigen und Älteren an der Gesamtbevölkerung lag 1950 bei neun Prozent und ist bis 2013 auf 21 Prozent gestiegen. Er hat sich also mehr als verdoppelt. Dadurch kommt heute auf einen über 65-Jährigen nicht einmal mehr ein unter 20-Jähriger, im Jahr 1950 waren es noch mehr als drei.

Dagegen ist der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 65 Jahren an der Gesamtbevölkerung heute ähnlich hoch wie 63 Jahre zuvor: Er lag 1950 bei 59 Prozent und liegt 2013 bei 61 Prozent. Zwischenzeitlich war dieser Anteil allerdings auf 55 Prozent gesunken (bis Ende der 60er-Jahre) und anschließend auf 63 Prozent gestiegen (bis Anfang der 90er-Jahre). Der gesellschaftliche Alterungsprozess wirkt sich natürlich auch innerhalb der Bevölkerungsgruppe im erwerbsfähigen Alter aus. Die Zahl der jüngeren Menschen im Alter von 20 bis 35 Jahren, die ganz wesentlich dazu beitragen, dass neues Wissen und neue Fähigkeiten in die Arbeitswelt hineingetragen werden, hat 1992 mit 933 000 Personen ihren Höchststand erreicht und ist seitdem um fast ein Viertel auf etwa 700 000 Personen gesunken. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung ist von 20 Prozent im Jahr 1950 bis Anfang der 90er-Jahre auf 24 Prozent gestiegen und anschließend bis 2013 auf 18 Prozent zurückgegangen. Ab 2009 nahm die Zahl der jüngeren Menschen zwischen 20 und 35 Jahren allerdings wieder zu. Zwischen 2008 und 2013 hat sich diese Altersgruppe um mehr als 21 000 Personen vergrößert (+3,1 Prozent). Diese Entwicklung wird sich in den nächsten Jahren noch weiter fortsetzen. Zum einen, weil momentan die Kinder der Babyboomer, die ab Mitte der 80er-Jahre geboren wurden, noch in diese

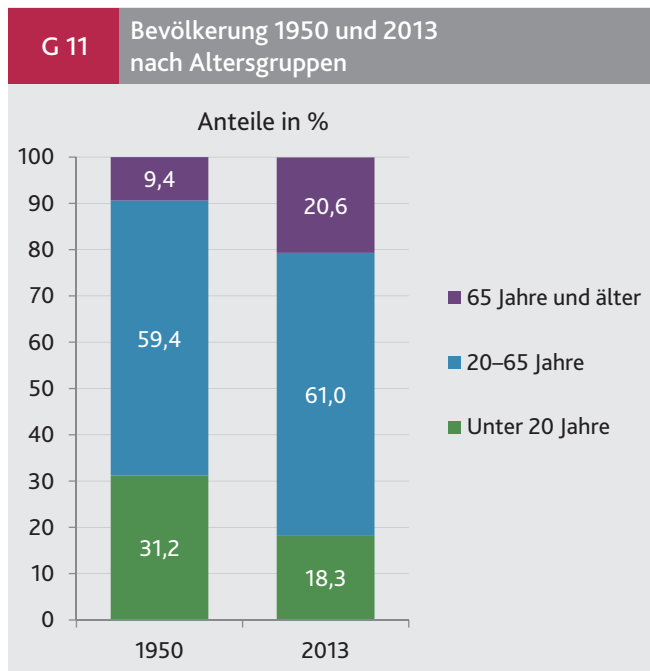
G 10

Lebenserwartung bei der Geburt
1949/51–2010/12 nach Geschlecht



Seit 2007 gibt es mehr über 65-Jährige als unter 20-Jährige

Alterungsprozess auch bei der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zu beobachten



Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter: Wanderungsgewinne aus dem Ausland übertreffen Verluste in benachbarte Bundesländer

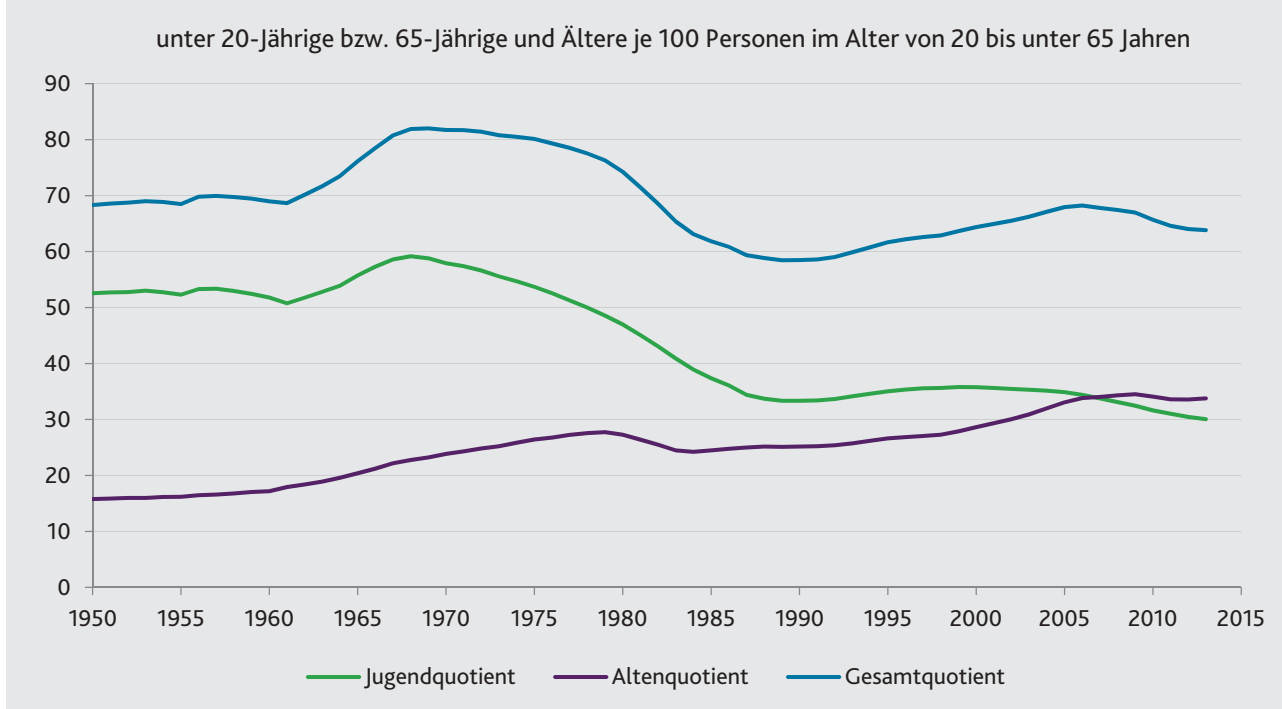
Altersgruppe hinein wachsen, zum anderen aber auch, weil durch die seit 2010 gestiegene Zuwanderung aus dem Ausland die Bevölkerung in den jüngeren Altersgruppen zunimmt.

In diesem Zusammenhang ist ein erneuter Blick auf die aktuelle Zuwanderung aus dem Ausland interessant: Die hohen Wanderungsgewinne gegenüber dem Ausland seit 2010 leisten einen Beitrag dazu, die Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, die 1998 begonnen hat, abzubremsten. Nach einem Rückgang um 68 000 Personen zwischen 1997 und 2009 ist die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter seitdem wieder um 35 000 gestiegen. Zwischen 2010 und 2013 kamen netto 40 700 Menschen im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 65 Jahren aus dem Ausland nach Rheinland-Pfalz. Gleichzeitig zogen aber netto 14 500 Menschen im erwerbsfähigen Alter aus Rheinland-Pfalz in andere Bundesländer fort (davon 8 600 in die vier angrenzenden Bundesländer). Durch Wanderungen vergrößerte sich das Erwerbspersonenpotenzial von 2010 bis 2013 also um 26 200 Personen. Die Wanderungsverluste gegenüber anderen Bundesländern betreffen in erster Linie die 20- bis 35-Jährigen: Im betrachteten Zeitraum zogen von ihnen netto 18 500 Personen dorthin fort (davon 14 100 in die angrenzenden Bundesländer). Dieser Verlust wurde durch Nettozuzüge aus dem Ausland nicht nur ausgeglichen, sondern sogar überkompensiert. Aus dem Ausland kamen netto 26 500 Personen in dieser Altersgruppe. Deshalb ergab sich bei den jüngeren Menschen im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 35 Jahren für Rheinland-Pfalz seit 2010 ein Plus von etwa 8 000 Personen.

Vielfältige Herausforderungen durch den demografischen Wandel

Verschiebungen in der Altersstruktur der Bevölkerung bringen in vielen Bereichen erhebliche Anpassungserfordernisse mit sich. Weniger jüngere Menschen reduzieren den Bedarf an Kinderbetreuungseinrichtungen sowie an Schulen und Hochschulen. Mehr ältere (und häufig allein lebende) Menschen erhöhen den Bedarf an kleineren Wohnungen, neuen Wohnformen, seniorengerechter Infrastruktur, Altenbetreuungs- und Pflegeeinrichtungen. Das bestehende umlagenfinanzierte Pflege- und Rentenversicherungssystem wird durch die demografische Alterung belastet: Es gibt mehr Bezieher von Renten und Pflegeleistungen, aber immer weniger Beitragszahler. Auch die Wirtschaft wird durch die Strukturverschiebungen vor große Herausforderungen gestellt. Umfang und Altersstruktur der Menschen, die am Erwerbsleben teilnehmen, verändern sich. Der Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials muss durch eine höhere Erwerbsbeteiligung, eine längere Lebensarbeitszeit sowie durch Kapitalintensivierung und technischen Fortschritt kompensiert werden, damit die Wirtschaftsleistung in der Zukunft nicht schrumpft. Die Alterung stellt wachsende Anforderungen an die Weiterbildung und an die Gestaltung der Arbeitsplätze. Die Struktur der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen wandelt sich: Ältere Menschen haben andere Konsumpräferenzen als jüngere. Dies erfordert eine entsprechende Anpassung sowohl des Güterangebots als

G 12 Jugend-, Alten- und Gesamtquotient 1950–2013



auch der Produktionsstrukturen. Auch die politischen Prozesse in einer Demokratie sind vom demografischen Wandel betroffen, weil die demografische Alterung auch die wahlberechtigte Bevölkerung und die Gruppe der Menschen trifft, die in politischen Parteien und Interessenorganisationen aktiv sind. Bei der Bundestagswahl 2013 war bereits jeder zweite Wahlberechtigte 50 Jahre oder älter, jeder Vierte war 65 Jahre oder älter und zählt somit nicht mehr zur Erwerbsbevölkerung. In den nächsten Jahrzehnten wird der Anteil älterer Menschen an der Gesamtzahl der Wahlberechtigten stetig größer werden; dadurch wird ihr politischer Einfluss zunehmen. Unter dem Stichwort „Gerontokratie“ wird diskutiert, welche politischen Auswirkungen die zunehmende Alterung der Gesellschaft haben könnte. Gelegentlich wird befürchtet, dass der Reformbedarf, der durch den demografischen Wandel entsteht, nicht den politischen Präferenzen älterer Wählerinnen und Wähler entspricht und deshalb die Durchsetzung von Reformen schwieriger werden könnte.

Ökonomische und politische Folgen der demografischen Alterung

Rein ökonomisch betrachtet müssen die „Lasten“, die aus der Altersstruktur der Bevölkerung resultieren, ganz überwiegend von der erwerbstätigen Bevölkerung getragen werden. Sie erstellt – bei gegebenem Stand des technischen und organisatorischen Wissens und unter Einsatz von Kapital – das Güterangebot und erwirtschaftet damit das gesamtwirtschaftliche Einkommen, das verteilt und für Ausgaben verwendet werden kann. Als Kennzahlen für die Belastungen der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter werden häufig sogenannte „Lastquotienten“ berechnet.

Der Jugendquotient bezieht die Zahl der unter 20-Jährigen auf die Zahl der 20- bis 65-Jährigen. Dieser Quotient gibt also an, wie viele (in der Regel) noch nicht Erwerbs-

Wichtige Kennzahl:
Verhältnis der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zur übrigen Bevölkerung

tätige von der Gruppe der Erwerbsfähigen „finanziert“ werden müssen. Der Jugendquotient lag 1950 bei 53, ist bis 1968 auf einen Spitzenwert von 59 gestiegen und danach wegen des Geburtenrückgangs und der steigenden Zahl von Personen im erwerbsfähigen Alter kontinuierlich gesunken. Aktuell liegt der Jugendquotient bei 30, d. h., auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter kommen nur noch 30 noch nicht Erwerbstätige.

Der Altenquotient bezieht die Zahl der 65-Jährigen und Älteren, die in der Regel nicht mehr erwerbstätig sind, auf die 20- bis 65-Jährigen. Der Altenquotient lag 1950 bei 16 und ist bis 2013 auf 34 gestiegen. Im Jahr 1950 kamen auf 100 Erwerbsfähige im Alter von 20 bis 65 Jahren also 16 nicht mehr Erwerbstätige, heute sind es mehr als doppelt so viele. Die Gesamtlast ist wegen der gegenläufigen Bewegung von sinkendem Jugendquotienten und steigendem Altenquotienten gegenüber 1950 unverändert geblieben. Der Gesamtquotient lag 1950 bei 68, erhöhte sich bis Ende der 60er-Jahre – vor allem wegen des Geburtenanstiegs – auf 82 und ist inzwischen wieder auf 64 gefallen.

In der Vergangenheit konnten die notwendigen Anpassungen, die mit der demografischen Alterung verbunden waren, von der Gesellschaft weitgehend spannungsfrei bewältigt werden. Allerdings werden sich die altersstrukturellen Verschiebungen und damit die Erfordernisse zur Anpassung in den nächsten Jahrzehnten deutlich verstärken. Etwa ab 2020 kommt die „Babyboomer“-Generation ins Rentenalter. Dadurch wird – wie die Bevölkerungsprojektion für Rheinland-Pfalz bis 2060 zeigt – der Altenquotient stark nach oben getrieben.

Info Zensus 2011 – Korrekturen in einzelnen Altersgruppen

Obwohl die Gesamtbevölkerungszahl von Rheinland-Pfalz infolge des Zensus 2011 nur wenig korrigiert werden musste, gab es in einzelnen Altersgruppen stärkere Korrekturen nach oben und nach unten. Durch den Zensus 2011 wurde festgestellt, dass in Rheinland-Pfalz am 31. Dezember 2011 rund 300 Kinder weniger unter zehn Jahren leben als auf Basis der Fortschreibung der Volkszählung 1987 erwartet wurden. Größere Korrekturen nach unten mussten bei den 20- bis 35-Jährigen (–5 000 Personen), bei den 35- bis 50-Jährigen (–2 000 Personen) und vor allem bei den 80-Jährigen und Älteren (–7 900 Personen) vorgenommen werden. Dagegen lebten in der Altersgruppe der 50- bis 65-Jährigen deutlich mehr Menschen in Rheinland-Pfalz als bisher angenommen (+4 900 Personen).

Der Zensus 2011 zeigt auch, dass in Rheinland-Pfalz wesentlich weniger Männer, aber mehr Frauen leben als aufgrund der Fortschreibung der Volkszählungsergebnisse von 1987 erwartet wurde: Im Zuge der Bestandsaufnahme wurde eine um 14 500 geringere Zahl an Männern und eine um gut 6 700 höhere Zahl an Frauen festgestellt.

Die vierte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung trägt diesen strukturellen Korrekturen durch den Zensus 2011 Rechnung. Ihr liegt das Fortschreibungsergebnis zum 31. Dezember 2013 auf Basis des Zensus 2011 zugrunde.

Fazit

Seit 1950 verzeichnete Rheinland-Pfalz einen Einwohnerzuwachs um ein Drittel auf vier Millionen. Besonders kräftig ist die Einwohnerzahl in den 50er- und 60er-Jahren und von Mitte der 80er- bis Mitte der 90er-Jahre gestiegen. Wesentliche Ursachen hierfür waren zunächst der hohe Geburtenüberschuss und später die starke Zuwanderung. Zwischen 2004 und 2011 sank die rheinland-pfälzische Einwohnerzahl. Aufgrund der vermehrten Zuzüge aus dem Ausland kam es in den Jahren 2012 und 2013 aber wieder zu einem leichten Bevölkerungszuwachs. Die Einwohnerzahl liegt aktuell bei etwa vier Millionen.

Bereits seit Jahrzehnten altert die Gesellschaft. Es handelt sich um einen langfristig angelegten und kontinuierlich fortschreitenden Prozess, der in Zukunft größere Herausforderungen mit sich bringen wird als der Rückgang der Bevölkerungszahl. Während sich der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 65 Jahren nur wenig verändert hat, ist der Anteil der jüngeren Menschen unter 20 Jahren deutlich gesunken. Der Anteil der Älteren über 65 Jahren ist dagegen kräftig gestiegen. Die Folge dieser Entwicklung ist, dass es in Rheinland-Pfalz bereits seit 2007 mehr ältere Menschen über 65 Jahren als jüngere Menschen unter 20 Jahren gibt. In Zukunft werden diese altersstrukturellen Verschiebungen – selbst dann, wenn es für die nächsten Jahre hohe Wanderungsüberschüsse geben sollte – kontinuierlich voranschreiten; sie sind nicht mehr umkehrbar. Die Gesellschaft hat sich auf die Altersstrukturverschiebungen bereits in der Vergangenheit mit Flexibilität und Reformbereitschaft eingestellt. Diese werden in Zukunft in noch höherem Maße gefordert sein.

II. Regionale Bevölkerungsentwicklung in Rheinland-Pfalz bis 2013

Nachdem in Kapitel I unter der Überschrift „Bevölkerungsentwicklung in Rheinland-Pfalz bis 2013“ ausführlich die langfristigen demografischen Veränderungen im Land beschrieben wurden, erfolgt in diesem Kapitel eine regional differenzierte Betrachtung auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise. Für die Entwicklung der Bevölkerungszahl wird der Zeitraum 2009 bis 2013 gewählt; das ist der „Stützzeitraum“ der vierten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung.¹ Altersstrukturelle Entwicklungen verlaufen in der Regel sehr träge. Für die Beschreibung dieser Entwicklungen, die auf regionaler Ebene genauso wichtig sind wie die Veränderungen der Bevölkerungszahl, wählen wir den Zeitraum 2000 bis 2013.

Am 1. Juli 2014 gab es im Zuge der Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz auf der Ebene der Verbandsgemeinden umfangreiche Änderungen des Gebietsstands, die in zwei Fällen auch die Kreisebene betrafen und daher für die regionalisierte Vorausberechnung bis 2060 relevant sind. Deshalb wurden für die Vergangenheitsbetrachtungen in diesem Kapitel alle Auswertungen auf Basis des neuen Gebietsstands vorgenommen.

Wachsende Städte und schrumpfende Landkreise

Kreisfreie Städte wachsen, Landkreise verlieren Bevölkerung

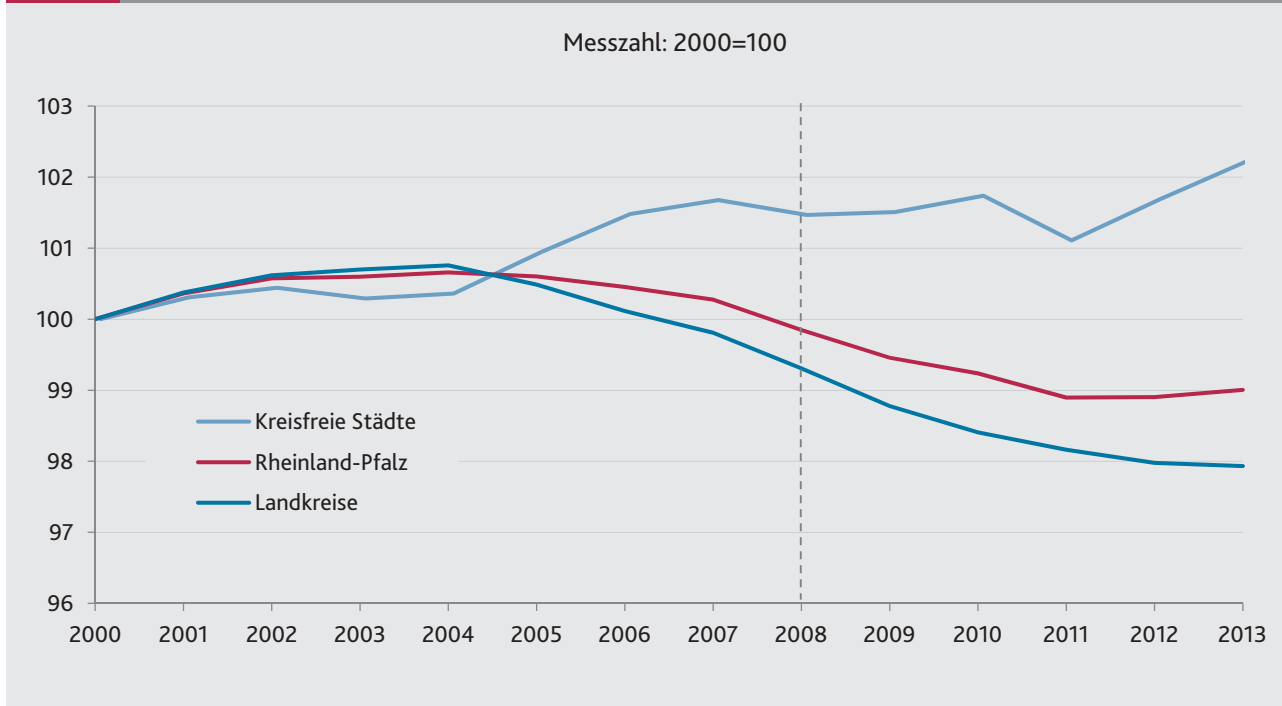
Die Bevölkerungszahl von Rheinland-Pfalz ist seit dem Jahr 2005 tendenziell gesunken. Am aktuellen Rand wurde dieser Abwärtstrend zwar gestoppt – seit 2011 ist wieder ein leichtes Bevölkerungswachstum zu beobachten. Trotzdem sank die Einwohnerzahl des Landes im Betrachtungszeitraum 2009 bis 2013 um 18 300 auf 3,994 Millionen (–0,5 Prozent; einschließlich der zensusbedingten Bestandskorrektur). Während die kreisfreien Städte 7 700 bzw. 0,8 Prozent Einwohnerinnen und Einwohner hinzugewannen, verloren die Landkreise 41 700 bzw. 1,4 Prozent. Im Jahr 2013 hatten die kreisfreien Städte 1,029 Millionen und die Landkreise 2,966 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Folglich lebt in Rheinland-Pfalz derzeit gut ein Viertel der Menschen in den kreisfreien Städten und etwas weniger als drei Viertel in den Landkreisen.

Nicht alle kreisfreien Städte verzeichnen Bevölkerungszuwachs

Nicht in allen kreisfreien Städten nahm die Einwohnerzahl im Betrachtungszeitraum zu, und nicht alle Landkreise mussten Einbußen hinnehmen. Bevölkerungszuwächse erzielten fünf der zwölf kreisfreien Städte. Die stärksten Zuwächse verzeichneten Koblenz, Mainz und Trier. Gewachsen sind aber auch Frankenthal und Landau. Hohe Verluste gab es dagegen für Neustadt an der Weinstraße, Worms und Pirmasens. Interessant ist, dass sich zwischen 2009 und 2013 ehemals schrumpfende Städte positiv entwickelt haben. So konnte die kreisfreie Stadt Koblenz, die im Vergleichszeitraum 2004 bis 2008 noch Einbußen verzeichnete (–1,2 Prozent), im Betrachtungszeitraum prozentual den stärksten Zuwachs an Einwohnerinnen und Einwohnern erzielen

¹ Für eine Beschreibung der regionalen Bevölkerungsentwicklung seit 1950 siehe Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Rheinland-Pfalz 2050 – Zweite regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2006). Bad Ems 2007.

G 13 Bevölkerung in den kreisfreien Städten und Landkreisen 2000–2013



(+4,1 Prozent). Die gegenteilige Entwicklung war in Ludwigshafen und in Worms zu beobachten. Dort nahm die Bevölkerungszahl im Betrachtungszeitraum ab (–1,2 Prozent bzw. –2,1 Prozent). Von 2004 bis 2008 hatten diese beiden Städte noch Einwohnerinnen und Einwohner hinzugewonnen (+0,4 bzw. +1,2 Prozent). Den mit Abstand größten Bevölkerungsrückgang musste erneut Pirmasens hinnehmen (–3 Prozent). Hier setzte sich ein langfristiger Trend fort, allerdings etwas abgeschwächt (2004 bis 2008: –5,9 Prozent).

Mehrere kreisfreie Städte mit Trendänderungen

Unter den 24 Landkreisen gab es nur drei Kreise mit Bevölkerungsgewinnen und demnach 21 Kreise mit zum Teil erheblichen Verlusten. Zuwächse erzielten die Landkreise im Westen des Landes an der Grenze zu Luxemburg sowie im Ballungsraum Rhein-Main. Am stärksten legte die Einwohnerzahl im Eifelkreis Bitburg-Prüm und in Trier-Saarburg (jeweils +1,4 Prozent) zu, gefolgt von Mainz-Bingen (+1 Prozent). Während Bitburg-Prüm in der zweiten Hälfte des letzten Jahrzehnts noch zu den Landkreisen mit schrumpfender Bevölkerungszahl gehörte, konnten Mainz-Bingen und Trier-Saarburg schon in der Vergangenheit Einwohnerzuwächse erzielen. Der stärkste Bevölkerungsrückgang war zwischen 2009 und 2013 im Kreis Birkenfeld zu beobachten (–5,3 Prozent). Hohe Verluste gab es aber auch für die Landkreise Altenkirchen im Westerwald (–4 Prozent) sowie Kusel und Südwestpfalz im Süden des Landes (beide –3,9 Prozent). In allen vier Kreisen setzten sich Trends aus der Vergangenheit fort.²

Fast alle Landkreise verlieren Bevölkerung

Im Zeitraum 2009 bis 2013 gibt es für die Veränderung der Bevölkerungszahl zwei Gründe:

² Für die regionale Entwicklung 2000 bis 2005 und 2005 bis 2010 vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Rheinland-Pfalz 2060 – Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010). Bad Ems 2012.

- Zum einen verändern natürliche und räumliche Bevölkerungsbewegungen die Einwohnerzahl. Solche Veränderungen ergaben sich im Betrachtungszeitraum 2009 bis 2013 in unterschiedlichsten Konstellationen. In Grafik 14 sind diese Konstellationen dargestellt: Blaue Punkte kennzeichnen Kombinationen von Salden in der natürlichen Bilanz und in der Wanderungsbilanz, die in einem Verwaltungsbezirk „bewegungsbedingt“ zu einem Bevölkerungszuwachs führen; orange Punkte kennzeichnen Kombinationen, die zu einem Bevölkerungsrückgang führen.³
- Zum anderen hatte die Bestandsaufnahme im Rahmen des Zensus 2011 einmalige Korrekturen zur Folge, die auf der Landesebene zwar vergleichsweise gering ausfielen, auf der regionalen Ebene aber zum Teil beträchtlich waren: Unter den kreisfreien Städten ergab sich die stärkste Bestandsverminderung für Ludwigshafen (–4,2 Prozent) und die größte Bestandskorrektur nach oben für Pirmasens (+1,6 Prozent). In den Landkreisen war die Spannweite der Bestandskorrekturen kleiner: Sie reichte von einer Minderung um 1,1 Prozent im Landkreis Bad Dürkheim sowie im Rhein-Pfalz-Kreis bis zu einer Erhöhung um 2,1 Prozent im Eifelkreis Bitburg-Prüm.

Fast alle kreisfreien Städte erzielen Wanderungsüberschüsse

Bevölkerungswachstum: Wanderungsgewinne größer als Geburtendefizite

Für elf der zwölf kreisfreien Städte wiesen die natürlichen Bilanzen im Betrachtungszeitraum Geburtendefizite aus. Zehn dieser elf kreisfreien Städte verzeichneten allerdings zugleich Überschüsse in ihren Wanderungsbilanzen. Aufgrund von Bevölkerungsbewegungen wächst die Bevölkerungszahl aber nur dann, wenn der Wanderungsüberschuss größer ist als das Geburtendefizit. Das war in acht Städten der Fall: In Frankenthal, Kaiserslautern, Koblenz, Landau, Ludwigshafen, Speyer, Trier und Worms wurden die Geburtendefizite durch Nettozuwanderungen überkompensiert, sodass die Einwohnerzahlen dieser Städte durch Bevölkerungsbewegungen zunahm (Teilquadrant IIa).

Dass die Statistik für Kaiserslautern, Ludwigshafen, Speyer und Worms dennoch Bevölkerungsrückgänge ausweist, ist auf Bestandsminderungen im Rahmen des Zensus 2011 zurückzuführen. In Kaiserslautern (–2,8 Prozent), Ludwigshafen (–4,2 Prozent) und Worms (–3 Prozent) fielen die zensusbedingten Korrekturen besonders hoch aus. In Speyer war die Bestandskorrektur zwar schwach (–0,6 Prozent), aber dennoch hoch genug, um das ebenfalls schwache bewegungsbedingte Bevölkerungswachstum überzukompensieren.

In Neustadt und Zweibrücken waren die Wanderungsüberschüsse kleiner als die Geburtendefizite, sodass sich die Einwohnerzahlen beider Städte bewegungsbedingt verringerten (Teilquadrant IIb). In Neustadt wurde dieser Bevölkerungsrückgang durch die Zensuskorrektur noch verstärkt, in Zweibrücken dagegen abgeschwächt.

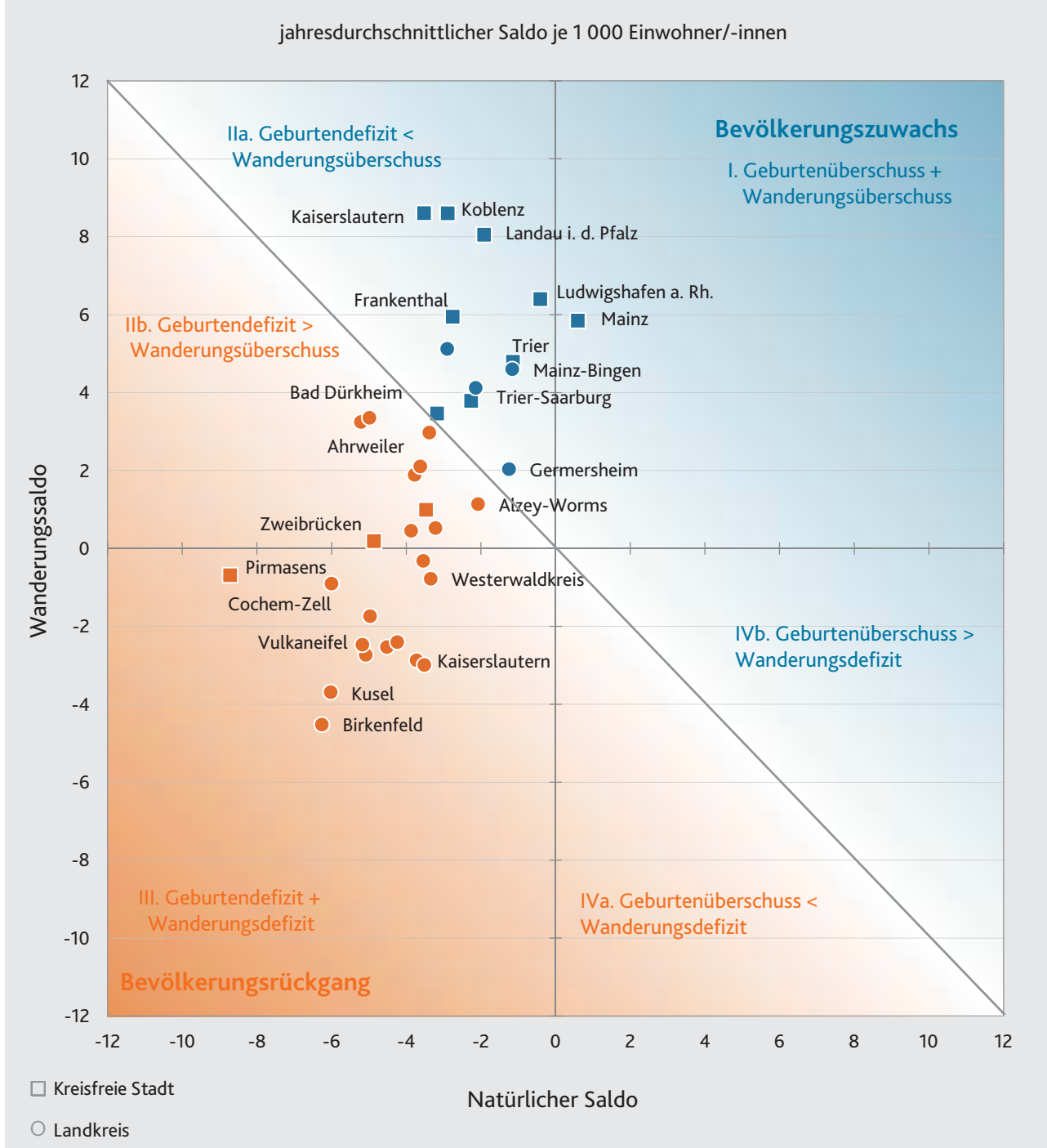
Nur in Mainz gibt es mehr Geburten als Sterbefälle

Die kreisfreien Städte Mainz und Pirmasens zeigen ganz andere Entwicklungsmuster: Mainz ist im Betrachtungszeitraum der einzige rheinland-pfälzische Verwaltungsbezirk mit einem Geburtenüberschuss, hier wurden also mehr Menschen geboren als gestorben sind. Zugleich registrierte Mainz einen hohen Nettozuzug. Deshalb war die Landes-

³ Aus Gründen der Übersichtlichkeit lassen sich nicht alle Punkte bezeichnen. In der Anhangstabelle AT 3 sind die Werte für alle kreisfreien Städte und Landkreise enthalten.

G 14

Saldo der natürlichen und der räumlichen Bevölkerungsbewegung zwischen dem 31. Dezember 2008 und dem 31. Dezember 2013



hauptstadt der einzige Verwaltungsbezirk in Rheinland-Pfalz, in dem das Bevölkerungswachstum von einem Geburtenüberschuss und einem Wanderungsgewinn getragen wurde (Quadrant I). Der Zensus 2011 hatte nahezu keine Auswirkung auf den Bevölkerungsbestand der Stadt Mainz.

Genau Gegenteiliges war in Pirmasens zu beobachten: Die Stadt im Süden des Landes musste im Zeitraum 2009 bis 2013 nicht nur das – bezogen auf die Einwohnerzahl – mit

Kreisfreie Stadt Landkreis Region Land	Geburten- überschuss	Überschuss in der Wanderungsbilanz					Zensus- bedingte Bestands- erhöhung	Bevölkerungs- wachstum
		insgesamt	Außenwanderungen			Binnenwan- derungen		
			insgesamt	mit dem Ausland	mit anderen Bundesländern			
Frankenthal (Pfalz), St.		x	x	x	x	x		x
Kaiserslautern, St.		x	x	x		x		
Koblenz, St.		x	x	x	x	x	x	x
Landau i. d. Pfalz, St.		x	x	x	x	x		x
Ludwigshafen a. Rh., St.		x	x	x	x			
Mainz, St.	x	x	x	x	x	x	x	x
Neustadt a. d. Weinstr., St.		x	x	x		x		
Pirmasens, St.						x	x	
Speyer, St.		x	x	x	x			
Trier, St.		x	x	x			x	x
Worms, St.		x	x	x		x		
Zweibrücken, St.		x	x	x		x	x	
Ahrweiler		x	x	x	x	x		
Altenkirchen (Ww.)								
Alzey-Worms		x	x	x			x	
Bad Dürkheim		x	x	x		x		
Bad Kreuznach		x	x	x		x	x	
Berncastel-Wittlich			x				x	
Birkenfeld								
Cochem-Zell			x				x	
Donnersbergkreis							x	
Eifelkreis Bitburg-Prüm		x	x				x	x
Germersheim		x	x	x				
Kaiserslautern							x	
Kusel							x	
Mainz-Bingen		x	x	x	x	x		x
Mayen-Koblenz		x					x	
Neuwied		x	x					
Rhein-Hunsrück-Kreis							x	
Rhein-Lahn-Kreis								
Rhein-Pfalz-Kreis		x	x	x	x	x		
Südliche Weinstraße		x	x	x				
Südwestpfalz								
Trier-Saarburg		x	x				x	x
Vulkaneifel			x				x	
Westerwaldkreis							x	

Gebietsstand: 1. Juli 2014

Pirmasens schrumpft durch Geburtendefizit und Wanderungsverluste

Abstand größte Geburtendefizit sondern als einzige kreisfreie Stadt auch ein Wanderungsdefizit hinnehmen. Als Folge dieses Doppeldefizits (Quadrant III) verringerte sich die Bevölkerungszahl von Pirmasens. Die Einwohnerzahl der Stadt sank dennoch nicht so stark wie in der Vergangenheit (von 2004 bis 2008: -5,9 Prozent), weil sie im Zuge des Zensus 2011 um 1,6 Prozent nach oben korrigiert wurde. Bemerkenswert ist, dass Pirmasens im Jahr 2013 erstmals seit 1994 wieder einen Wanderungsüberschuss erzielen konnte, der allerdings geringer ausfiel als das Geburtendefizit.

Nur in wenigen Landkreisen sind die Wanderungsüberschüsse höher als die Geburtendefizite

Alle 24 Landkreise verbuchten im Betrachtungszeitraum Geburtendefizite. Lediglich vier Kreise haben aufgrund von Bevölkerungsbewegungen dennoch Einwohnerzuwächse erzielt (Teilquadrant IIa): Nur in den Kreisen Germersheim, Mainz-Bingen und Trier-Saarburg sowie im Rhein-Pfalz-Kreis übertrafen die Wanderungsüberschüsse die Geburten-defizite. Im Vergleich der Landkreise erzielten Mainz-Bingen und der Rhein-Pfalz-Kreis – bezogen auf 1000 Einwohnerinnen und Einwohner – die höchsten Wanderungsüberschüsse. Trotzdem mussten der Kreis Germersheim und der Rhein-Pfalz-Kreis infolge von Zensuskorrekturen leichte Bevölkerungsrückgänge hinnehmen. Auch für den Landkreis Mainz-Bingen gab es eine Bestandskorrektur nach unten, die aber geringer ausfiel als der deutliche Überschuss in der konsolidierten Bewegungsbilanz, sodass die Bevölkerungszahl im Betrachtungszeitraum dennoch zulegte. In Trier-Saarburg wurde die Bevölkerungszahl durch den Zensus nach oben korrigiert, was den bewegungsbedingten Bevölkerungszuwachs noch verstärkte.

Acht weitere Landkreise verzeichneten zwar ebenfalls Überschüsse in ihren Wanderungsbilanzen: Ahrweiler, Alzey-Worms, Bad Dürkheim, Bad Kreuznach, Eifelkreis Bitburg-Prüm, Mayen-Koblenz, Neuwied und Südliche Weinstraße. Diese Überschüsse waren aber zu klein, um die Geburtendefizite auszugleichen, sodass die Einwohnerzahlen dieser Landkreise bewegungsbedingt sanken (Teilquadrant IIb). Dass im Eifelkreis Bitburg-Prüm die Bevölkerungszahl trotzdem stieg, ist der einmaligen zensusbedingten Bestandserhöhung zu verdanken. In den Kreisen Alzey-Worms, Bad Kreuznach und Mayen-Koblenz wurden die Bevölkerungszahlen durch den Zensus 2011 ebenfalls nach oben korrigiert. Diese Korrekturen reichten aber nicht aus, um die bewegungsbedingten Defizite auszugleichen. In den Kreisen Neuwied und Südliche Weinstraße fielen auch die Bestandskorrekturen negativ aus.

In den übrigen zwölf rheinland-pfälzischen Landkreisen waren neben den natürlichen Bilanzen auch die Wanderungsbilanzen defizitär; der bewegungsbedingte Bevölkerungsschwund wurde also durch Doppeldefizite verursacht (Teilquadrant III). Dies gilt insbesondere für die Landkreise Birkenfeld und Kusel, wo – bezogen auf 1000 Einwohnerinnen und Einwohner – sowohl die Geburten- als auch die Wanderungsdefizite besonders hoch waren. In den Landkreisen Altenkirchen, Birkenfeld und Südwestpfalz sowie im Rhein-Lahn-Kreis wurden die bewegungsbedingten Doppeldefizite durch die zensusbedingte Bestandskorrektur noch verstärkt. In den Kreisen Bernkastel-Wittlich, Cochem-Zell, Kaiserslautern, Kusel, Vulkaneifel sowie im Donnersberg-, Rhein-Hunsrück- und Westerwaldkreis wurden sie dagegen durch den Zensus zum Teil deutlich abgemildert.

In acht Landkreisen sind die Wanderungsgewinne kleiner als die Geburtendefizite

In zwölf Landkreisen gibt es Wanderungs- und Geburtendefizite

Wanderungsgeschehen wird durch die Wanderung über die Bundesgrenze dominiert

Bei defizitären natürlichen Bilanzen bestimmen – einmalige Bestandskorrekturen außen vor gelassen – die Wanderungsbewegungen, ob die Einwohnerzahl eines Kreises steigt oder sinkt. Vor allem vor dem Hintergrund der starken Wanderungsbewegungen am

Wanderungsverflechtungen

aktuellen Rand ist in diesem Zusammenhang die Frage interessant, woher die Nettozuzüge in die Regionen kommen. Die Nettozuwanderungen über die Grenze eines Kreises setzen sich zusammen aus den Nettozuwanderungen aus anderen Verwaltungsbezirken des Landes (Binnenwanderungen innerhalb des Landes) und den Nettozuwanderungen über die Landesgrenze von Rheinland-Pfalz (Außenwanderungen). Diese Außenwanderungen bestehen aus den Nettozuwanderungen aus dem Ausland und den Nettozuwanderungen aus anderen Bundesländern, die aus Sicht des Landes ebenfalls Außenwanderungen sind.

Inzwischen verliert Rheinland-Pfalz Bevölkerung an das übrige Bundesgebiet

Die Analyse der Wanderungsbilanzen der kreisfreien Städte und Landkreise zeigt, dass sich die Außenwanderungen mit den anderen Bundesländern gegenüber früheren Jahren deutlich verändert haben. Während die meisten kreisfreien Städte und viele Landkreise zwischen 2004 und 2008 noch Nettozuzüge aus dem übrigen Bundesgebiet verbuchen konnten, gilt dies zwischen 2009 und 2013 nur noch für wenige Verwaltungsbezirke. Die konsolidierte Wanderungsbilanz der zwölf kreisfreien Städte zeigt, dass der jahresdurchschnittliche Nettozuzug von 2 900 auf nur noch 500 Personen gesunken ist. In der zusammengefassten Wanderungsbilanz der 24 Landkreise hat sich der jahresdurchschnittliche Überschuss im Zeitraum 2004 bis 2008 (+560 Personen) im Stützzeitraum in ein Defizit verwandelt (-3700 Personen). Es zeigt sich aber auch, dass die meisten Verwaltungsbezirke des Landes vor allem in den Jahren 2012 und 2013 eine vergleichsweise hohe Nettozuwanderung aus dem Ausland verzeichneten. Diese Nettozuwanderung beruhte aber – wie in Kapitel I dargelegt – zu einem erheblichen Teil auf Sondereffekten. Da die Wanderungsbewegungen des Stützzeitraums Grundlage für die regionale Bevölkerungsvorausberechnung sind, stellt sich die Frage, wie lange diese Sondereffekte anhalten und für einen hohen Nettozustrom aus dem Ausland sorgen.

Hohe Nettozuwanderung aus dem Ausland

In den Teilwanderungsbilanzen der kreisfreien Städte zeigen sich die unterschiedlichsten Konstellationen:

- Elf der zwölf kreisfreien Städte weisen in ihren Gesamtwanderungsbilanzen Überschüsse aus.
- Nur zwei kreisfreie Städte müssen Außenwanderungsdefizite hinnehmen.
- In allen kreisfreien Städten sind die Zuzüge aus dem Ausland höher als die Fortzüge; alle Städte haben also einen Wanderungsüberschuss gegenüber dem Ausland.
- Dagegen weisen nur sechs kreisfreie Städte auch gegenüber den anderen Bundesländern Wanderungsüberschüsse aus.
- Nur zwei der zwölf kreisfreien Städte haben Defizite in ihren Binnenwanderungsbilanzen mit den 35 anderen Verwaltungsbezirken des Landes.

Die kreisfreien Städte Kaiserslautern und Koblenz verbuchten – auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner bezogen – die höchsten Überschüsse in ihren Gesamtwanderungsbilanzen; mit geringem Abstand folgt Landau. Kaiserslautern und Koblenz kamen im Betrachtungszeitraum 2009 bis 2013 jahresdurchschnittlich jeweils auf 8,6 und Landau auf 8,1 Nettozuwanderer je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner.

- Die Nettozuzüge nach **Kaiserslautern** erfolgten überwiegend aus anderen Verwaltungsbezirken des Landes, waren also Binnenwanderungen. In der Außenwanderungsbilanz gab es auch einen Überschuss, der aber wesentlich geringer ausfiel als der Überschuss in der Binnenwanderungsbilanz. Da Kaiserslautern gegenüber der Gruppe der anderen Bundesländer – wie die meisten anderen Verwaltungsbezirke des Landes – Einwohnerinnen und Einwohner verlor, stammt der Außenwanderungsüberschuss allein aus dem Ausland.
- Ein anderes Bild zeigt sich in **Koblenz**. Diese Stadt erzielte ihre Wanderungsgewinne in ähnlicher Größenordnung durch Außen- und durch Binnenwanderungen. Die Außenwanderungsgewinne der Stadt kamen anders als in Kaiserslautern nicht nur aus dem Ausland, sondern auch aus anderen Bundesländern.
- In **Landau** waren die Überschüsse in der Außenwanderungsbilanz deutlich höher als die Binnenwanderungsüberschüsse. Bei den Außenwanderungen nach Landau wiederum waren die Überschüsse mit den anderen Bundesländern wesentlich höher als die mit dem Ausland.

In allen drei Städten wurde das Wanderungsgeschehen gegenüber den anderen Verwaltungsbezirken in Rheinland-Pfalz, aber auch gegenüber den anderen Bundesländern durch einen Sondereffekt „verzerrt“. Kaiserslautern führte 2009, Koblenz 2012 und Landau 2010 eine Zweitwohnsitzabgabe ein. In allen drei Städten war in den betreffenden Jahren ein kräftiger Anstieg der Zuzüge aus anderen rheinland-pfälzischen Verwaltungsbezirken und aus anderen Bundesländern zu beobachten.

Steigende Zuzugszahlen durch Einführung von Zweitwohnsitzsteuern

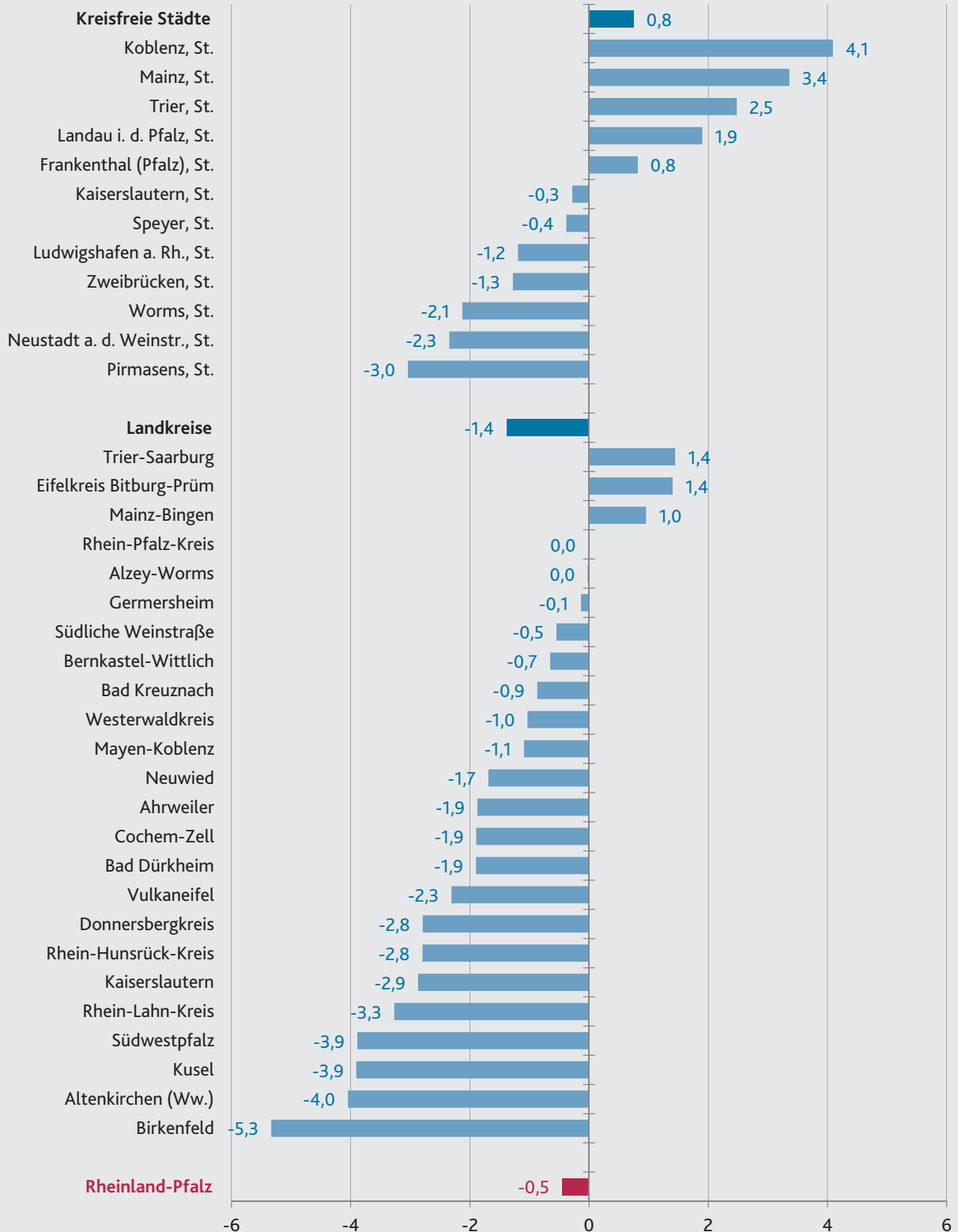
Ein interessanter Fall ist Ludwigshafen: Auch Ludwigshafen führte 2012 eine Zweitwohnsitzabgabe ein. Sie hatte aber – anders als in Kaiserslautern, Koblenz und Landau – nur vergleichsweise geringe Auswirkungen auf die Außenzuwanderung aus anderen Bundesländern und die Binnenzuwanderungen aus den anderen Verwaltungsbezirken des Landes. Über den gesamten Stützzeitraum zusammengefasst blieb die Binnenwanderungsbilanz von Ludwigshafen negativ und das Plus in der Außenwanderungsbilanz kam überwiegend durch die Nettozuwanderung aus dem Ausland zustande.

Bei den Wanderungen über die Landesgrenze wiesen unter den kreisfreien Städten nur Pirmasens und Zweibrücken Verluste aus.

- **Pirmasens** konnte diesen Verlust nicht durch Nettozuwanderungen aus anderen rheinland-pfälzischen Verwaltungsbezirken, also durch Binnenwanderungen, ausgleichen. Deshalb ist Pirmasens die einzige kreisfreie Stadt in Rheinland-Pfalz, die im Betrachtungszeitraum eine defizitäre Gesamtwanderungsbilanz hatte (jahresdurchschnittlich $-0,7$ Nettoabwanderer je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner). Eine genauere Betrachtung zeigt, dass die Außenwanderungsverluste der Stadt durch Abwanderung in andere Bundesländer verursacht wurden. Gegenüber dem Ausland erzielte auch Pirmasens einen Wanderungsgewinn.
- In **Zweibrücken** blieb das Außenwanderungsdefizit leicht unter dem Binnenwanderungsüberschuss, sodass die Gesamtwanderungsbilanz der Stadt für den Betrachtungszeitraum einen knappen Überschuss verbuchte (durchschnittlich $+0,2$ Nettozuwanderer je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner). Auch in Zweibrücken gingen

G 15 Bevölkerung 2008–2013 nach Verwaltungsbezirken

Veränderung in %



die Außenwanderungsverluste allein auf vergleichsweise hohe Abwanderungen in andere Bundesländer zurück; die Wanderungsbilanz mit dem Ausland war im Plus.

Mit jahresdurchschnittlich +24 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner hatte die kreisfreie Stadt Trier im Betrachtungszeitraum den höchsten Außenwanderungsüberschuss; und zwar mit großem Abstand vor allen anderen Verwaltungsbezirken in Rheinland-Pfalz. Dieser enorme Wanderungsüberschuss kam allein durch Nettozuwanderungen aus dem Ausland zustande; der Saldo mit den anderen Bundesländern war dagegen negativ. Ursache für die hohe Nettozuwanderung aus dem Ausland nach Trier ist die dort ansässige rheinland-pfälzische Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende. Die Asylbegehrenden bleiben aber ganz überwiegend nicht dauerhaft in Trier, sondern werden nach wenigen Monaten auf andere rheinland-pfälzische Kommunen verteilt. Folge dieser Umverteilung ist, dass Trier in seiner Binnenwanderungsbilanz im Betrachtungszeitraum ein hohes Defizit verbuchte. Mit durchschnittlich 19 Nettofortzügen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner hatte die Stadt den mit weitem Abstand höchsten Binnenwanderungsverlust aller Verwaltungsbezirke in Rheinland-Pfalz. Deshalb liegt der Gesamtwanderungsüberschuss von Trier mit durchschnittlich 4,8 Nettozuwanderern je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner sogar unter dem Durchschnitt der kreisfreien Städte (durchschnittlich +5,5 Nettozuwanderer je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner).

Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende in Trier sorgt für viele Zuzüge aus dem Ausland ...

... und zugleich für hohe Binnenfortzüge

Für die 24 Landkreise zeigen sich ebenfalls unterschiedlichste Konstellationen in den Teilwanderungsbilanzen und eine große Spannweite der Salden.

- Nur die Hälfte der 24 Landkreise hat in ihren Gesamtwanderungsbilanzen Überschüsse.
- In acht der zwölf Landkreise mit Defiziten in den Gesamtwanderungsbilanzen sind sowohl die Außen- als auch die Binnenwanderungsbilanzen defizitär.
- In 23 Landkreise ziehen mehr Personen aus dem Ausland zu als dorthin fortziehen. Folglich weist nur ein Landkreis gegenüber dem Ausland ein Wanderungsdefizit aus.
- In 21 Landkreisen sind die Wanderungsbilanzen gegenüber der Gruppe der anderen Bundesländer im Minus. Demnach gibt es nur drei Landkreise, die Wanderungsüberschüsse gegenüber dem restlichen Bundesgebiet erzielen.
- Bei 14 der 24 Landkreise sind die Binnenwanderungsbilanzen, also die Bilanz der Wanderungen mit den anderen rheinland-pfälzischen Verwaltungsbezirken, defizitär. Nur zehn erzielen also bei den Binnenwanderungen Überschüsse.

Zu den Wanderungsgewinnern zählen vor allem die Landkreise, die an Luxemburg angrenzen bzw. im Einflussbereich großer Ballungsräume in den benachbarten Bundesländern liegen. Den höchsten Überschuss in der Gesamtwanderungsbilanz verbuchte im Betrachtungszeitraum der Rhein-Pfalz-Kreis (jahresdurchschnittlich +5,1 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner), gefolgt von Mainz-Bingen (+4,6 Personen), Trier-Saarburg (+4,1 Personen), Bad Dürkheim (+3,4 Personen) und Ahrweiler (+3,2 Personen).

Grenzregionen ziehen Zuwanderer an

Nettozüge kommen überwiegend aus dem Ausland, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg sowie Hessen

Eine differenzierte Betrachtung zeigt, dass von den Gesamtwanderungsgewinnern die Kreise Ahrweiler, Alzey-Worms, Bad Dürkheim, Bad Kreuznach, Germersheim, Mainz-Bingen, Trier-Saarburg und Südliche Weinstraße sowie der Eifelkreis Bitburg-Prüm und der Rhein-Pfalz-Kreis hohe Außenwanderungsgewinne erzielten. Diese Außenwanderungsgewinne kamen vor allem aus dem Ausland. Die höchsten Zuwanderungen aus dem Ausland verzeichneten die an der Grenze zu Luxemburg liegenden Verwaltungsbezirke Eifelkreis Bitburg-Prüm (durchschnittlich +4,6 Personen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner) und Trier-Saarburg (+3,4 Personen). In der Bilanz der Wanderungen mit den anderen Bundesländern verbuchten nur der Kreis Ahrweiler an der Grenze zu Nordrhein-Westfalen, der Kreis Mainz-Bingen am Rand der Metropolregion Rhein-Main und der Rhein-Pfalz-Kreis im rheinland-pfälzischen Teil der Metropolregion Rhein-Neckar Wanderungsgewinne. Die anderen sieben Kreise waren in dieser Bilanz Wanderungsverlierer.

In ihren Binnenwanderungsbilanzen wiesen drei der zwölf Kreise, die in ihren Gesamtwanderungsbilanzen Überschüsse verbuchten, Verluste aus: Alzey-Worms, Eifelkreis Bitburg-Prüm und Germersheim.

Fast alle Landkreise sind Binnenwanderungsverlierer

Unter den zwölf Wanderungsverlierern hatten die Kreise Birkenfeld und Kusel – auf 1000 Einwohnerinnen und Einwohner bezogen – die mit Abstand größten Verluste (jahresdurchschnittlich –4,5 bzw. –3,7 Personen).

- Der Kreis **Birkenfeld** wies im Vergleich der Landkreise den höchsten Außenwanderungsverlust aus (–2,5 Personen). Dieser Verlust wurde durch das vergleichsweise höchste Außenwanderungsdefizit gegenüber anderen Bundesländern verursacht (–3,9 Personen). In der Wanderungsbilanz gegenüber dem Ausland erzielte der Kreis – wie fast alle Landkreise – einen Überschuss. Auch in der Binnenwanderungsbilanz verbuchte Birkenfeld im Vergleich der Landkreise das zweithöchste Defizit (–2 Personen).
- Für den Kreis **Kusel** zeigt sich eine ähnliche Konstellation: Der Landkreis wies einen (leichten) Überschuss in der Wanderungsbilanz mit dem Ausland und Defizite in den Wanderungsbilanzen mit den anderen Bundesländern und den anderen Verwaltungsbezirken des Landes aus.

Kaiserslautern ist der einzige Landkreis mit Wanderungsverlusten gegenüber dem Ausland

Wanderungsverlierer waren außerdem die Kreise Altenkirchen, Bernkastel-Wittlich, Cochem-Zell, Kaiserslautern, Südwestpfalz und Vulkaneifel sowie der Donnersberg-, der Rhein-Hunsrück-, der Rhein-Lahn- und der Westerwaldkreis. In der Regel entstanden die Wanderungsverluste durch Defizite sowohl in der Wanderungsbilanz gegenüber der Gruppe der anderen Bundesländer als auch gegenüber den anderen Verwaltungsbezirken im Land. Der Landkreis Kaiserslautern ist der einzige Verwaltungsbezirk in Rheinland-Pfalz, der im Betrachtungszeitraum darüber hinaus auch ein (leichtes) Wanderungsdefizit gegenüber dem Ausland hinnehmen musste. Den höchsten Binnenwanderungsverlust verzeichnete der Landkreis Vulkaneifel (–2,6 Personen).

Regionale Unterschiede in der demografischen Alterung

Da Altersstrukturverschiebungen erst in größeren Zeitabständen sichtbar werden, wählen wir in diesem Abschnitt die Jahre 2000 bis 2013 als Untersuchungszeitraum. In allen

Regionen von Rheinland-Pfalz ist die Bevölkerung in diesem Zeitraum „demografisch gealtert“. Im Jahr 2000 lag das Medianalter sowohl in den kreisfreien Städten als auch in den Landkreisen bei 40 Jahren. Innerhalb von nur dreizehn Jahren ist dieses Durchschnittsalter in den Städten um drei auf 43 Jahre und in den Kreisen sogar um sieben auf 47 Jahre gestiegen. Die Landkreise sind demografisch also deutlich schneller „gealtert“ als die kreisfreien Städte. Diese Entwicklung ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Landkreise seit vielen Jahren jüngere Menschen durch Nettoabwanderung an die kreisfreien Städte verlieren.

Landkreise altern schneller als kreisfreie Städte

Zwischen den einzelnen Verwaltungsbezirken zeigen sich beträchtliche Unterschiede hinsichtlich der Altersstruktur und der Entwicklung der Altersstruktur. Bereits im Jahr 2000 wiesen Mainz sowie Trier die jüngste Bevölkerung unter den kreisfreien Städten auf: Das Medianalter betrug jeweils 38 Jahre. Es steigerte sich bis 2013 lediglich um ein Jahr auf nunmehr 39 Jahre. Im Vergleich aller kreisfreien Städte entwickelte sich die demografische Alterung in Mainz und Trier damit unterdurchschnittlich. Beide Städte weisen auch im Jahr 2013 die jüngste Altersstruktur aller rheinland-pfälzischen Verwaltungsbezirke auf. Die Landeshauptstadt verbucht seit vielen Jahren stetig hohe Zuzüge von jüngeren Menschen zwischen 18 und 25 Jahren, die zur Ausbildung, zum Studium oder aus beruflichen Gründen nach Mainz streben. An der gesamten Nettozuwanderung dieser Altersgruppe in die zwölf kreisfreien Städte zwischen 2000 und 2013 hatte die Landeshauptstadt einen Anteil von 39 Prozent. Ähnliches lässt sich auch für die Universitätsstadt Trier feststellen. An dem gesamten Zuzug jüngerer Menschen in die rheinland-pfälzischen kreisfreien Städte hatte Trier einen Anteil von 22 Prozent.

Mainz und Trier haben die jüngste Bevölkerungsstruktur dank hoher Zuzüge jüngerer Menschen

Die stärkste Alterung im Vergleich der kreisfreien Städte verzeichneten Neustadt, Pirmasens und Speyer (jeweils +6 Jahre), gefolgt von Zweibrücken (+5 Jahre). Pirmasens ist die „älteste“ kreisfreie Stadt in Rheinland-Pfalz: Das Medianalter liegt hier bei 49 Jahren. Es übersteigt damit das mediane Durchschnittsalter der Bevölkerung in den kreisfreien Städten um sechs Jahre und das in der Landeshauptstadt sogar um zehn Jahre. Wesentlich Ursache hierfür ist die über viele Jahre anhaltende hohe Nettoabwanderung von jüngeren Menschen.

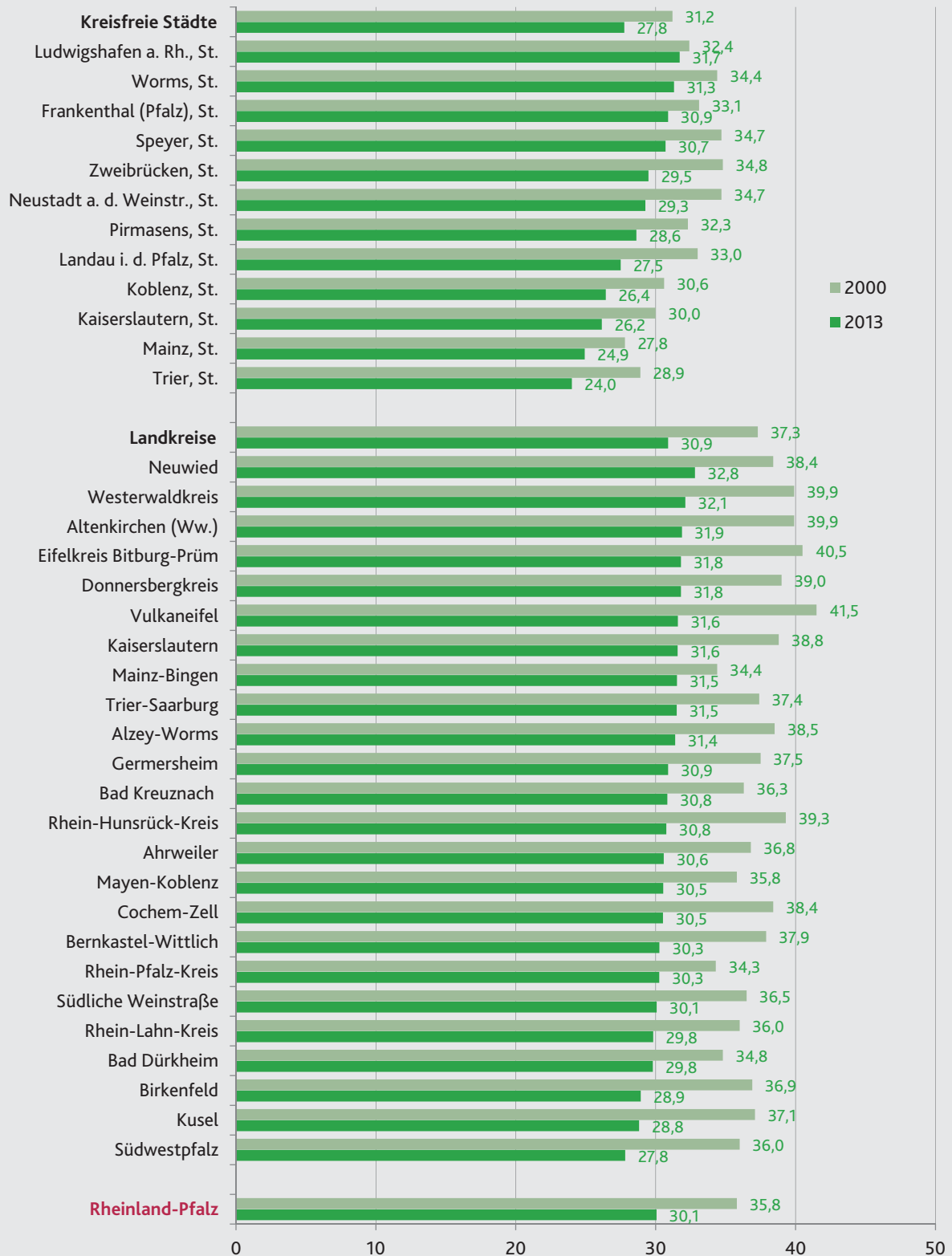
Pirmasens ist die kreisfreie Stadt mit der ältesten Bevölkerung

Bei den Landkreisen ist die Spannweite der Medianalter deutlich kleiner. Im Landkreis Germersheim war das mediane Durchschnittsalter im Vergleich der 24 Landkreise am niedrigsten; es stieg in den vergangenen 13 Jahren um sechs auf 44 Jahre. Mit durchschnittlich 48 Jahren sind die Bevölkerungen in den Kreisen Ahrweiler, Bad Dürkheim, Birkenfeld, Cochem-Zell, Kusel, Südwestpfalz und Vulkaneifel im landesweiten Vergleich am ältesten. Mit einem Plus von acht Jahren stieg das Medianalter in den Kreisen Ahrweiler, Cochem-Zell und Vulkaneifel am stärksten. Im Rhein-Hunsrück-Kreis stieg das Medianalter ebenfalls um acht Jahre, von 39 auf 47 Jahre. Dies hat ähnliche Ursachen wie in Pirmasens.

Besonders interessant ist ein Blick auf die Relation zwischen der jüngeren bzw. der älteren Bevölkerung einerseits und der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter andererseits. Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter erwirtschaftet im Wesentlichen das gesamtwirtschaftliche Einkommen, aus dem auch die Bedürfnisse der in der Regel noch nicht erwerbstätigen Jüngeren und der in der Regel nicht mehr erwerbstätigen Älteren „mitfinanziert“ werden müssen (durch familiäre und/oder institutionelle Umverteilung).

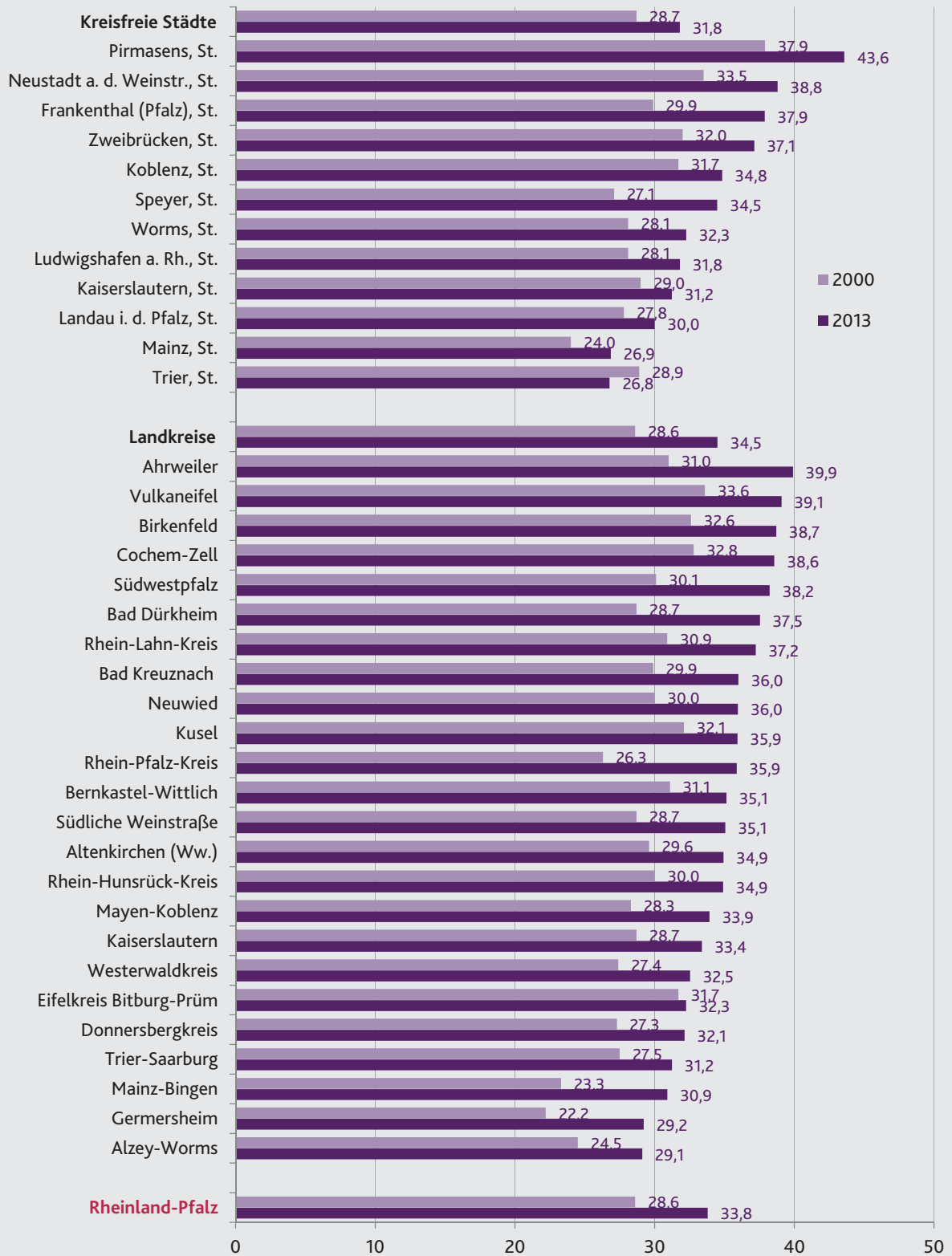
G 16 Jugendquotient 2000 und 2013 nach Verwaltungsbezirken

unter 20-Jährige je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren



G 17 Altenquotient 2000 und 2013 nach Verwaltungsbezirken

65-Jährige und Ältere je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren



Jugendquotient sinkt
in den Landkreisen
stärker als in den
kreisfreien Städten

Der Jugendquotient bezieht die Zahl der unter 20-Jährigen auf die Zahl der 20- bis 65-Jährigen. Im Landesdurchschnitt kamen 2013 auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter 30 jüngere Menschen unter 20 Jahren; in den kreisfreien Städten waren es 28 und in den Landkreisen 31. In allen kreisfreien Städten und Landkreisen ist der Jugendquotient gesunken. In den Städten verringerte er sich im Schnitt um 3,5 jüngere Personen und in den Landkreisen um 6,4 jüngere Personen je 100 Personen im erwerbsfähigen Alter.

Die landesweit niedrigsten Jugendquotienten ergaben sich 2013 in den Universitätsstädten Trier und Mainz mit 24 bzw. 25 unter 20-Jährigen je 100 Personen im erwerbsfähigen Alter. Seit 2000 verringerte sich der Quotient in Mainz um 2,9 und in Trier um 4,9 unter 20-Jährige je 100 Personen im erwerbsfähigen Alter. In größeren Universitätsstädten ist auf der einen Seite die Geburtenrate niedrig und der Saldo der Familienmitwanderung von Kindern und Jugendlichen üblicherweise gering, oft sogar negativ. Auf der anderen Seite findet eine starke Zuwanderung in die Altersgruppe der 20- bis 65-Jährigen statt. In Mainz erhöhte sich seit 2000 zwar auch die Zahl der unter 20-Jährigen (+0,3 Prozent), aber die Zahl der 20- bis 65-Jährigen nahm deutlich stärker zu (+12 Prozent). Ludwigshafen und Worms hatten im Vergleich der kreisfreien Städte die höchsten Jugendquotienten; hier kamen auf 100 Personen zwischen 20 und 65 Jahren 32 bzw. 31 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene. Seit 2000 verringerte sich der Quotient in Ludwigshafen um 0,7 und in Worms um 3,1 Jüngere je 100 Personen im erwerbsfähigen Alter. In beiden Städten war im Beobachtungszeitraum sowohl die Zahl der unter 20-Jährigen als auch die Zahl der 20- bis 65-Jährigen rückläufig. Die Zahl der Jüngeren nahm aber prozentual stärker ab als die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Am deutlichsten war der Rückgang des Jugendquotienten im Vergleich der kreisfreien Städte in Landau und in Neustadt (-5,5 bzw. -5,4 jüngere Personen je 100 Personen im erwerbsfähigen Alter).

Landkreise haben
einen höheren
Jugendquotienten als
die kreisfreien Städte

Im Vergleich der Landkreise ist die Spannweite der Jugendquotienten geringer. Sie reicht von 28 unter 20-Jährigen je 100 Personen im erwerbsfähigen Alter im Landkreis Südwestpfalz bis 33 im Landkreis Neuwied. Der landesweit stärkste Rückgang dieser Kennzahl ergab sich im Kreis Vulkaneifel (-9,9 jüngere Personen je 100 Personen im erwerbsfähigen Alter). Deutlich schwächer fiel der Rückgang in Mainz-Bingen aus (-2,9 jüngere Personen je 100 Personen im erwerbsfähigen Alter). In Mainz-Bingen verringerte sich die Zahl der unter 20-Jährigen seit 2000 nur vergleichsweise wenig (-6,9 Prozent), in der Vulkaneifel stark (-26 Prozent). Die Zahl der 20- bis 65-Jährigen nahm in Mainz-Bingen leicht zu (+1,7 Prozent) und in der Vulkaneifel ab (-3,2 Prozent).

Altenquotient steigt
in den Landkreisen
stärker als in den
kreisfreien Städten

Der Altenquotient setzt die Zahl der 65-Jährigen und Älteren, die in der Regel nicht mehr erwerbstätig sind, in Relation zu der Zahl der Personen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren. Im landesweiten Durchschnitt lag der Altenquotient 2013 bei 34 älteren Menschen je 100 Personen im erwerbsfähigen Alter. In den kreisfreien Städten erreichte der Quotient einen Durchschnittswert von 32. Im Vergleich der zwölf kreisfreien Städte ist die Spannweite erheblich. Sie reicht von einem Wert von 27 in den Universitätsstädten Mainz und Trier bis zu einem Wert von 44 in Pirmasens. In Trier ist der Altenquotient seit 2000 sogar gesunken (-2,1 ältere Menschen je 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter). In Frankenthal dagegen ist er besonders stark gestiegen (+8 ältere

Menschen je 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter). Die Entwicklung in Trier erklärt sich durch einen vergleichsweise sehr schwachen Anstieg der Zahl der älteren Menschen (+4,5 Prozent) und einem gleichzeitig deutlichen Anstieg der Zahl der 20- bis 65-Jährigen (+13 Prozent). Der kräftige Anstieg in Frankenthal ist auf eine starke Zunahme der Zahl der über 65-Jährigen (+21 Prozent) bei gleichzeitigem Rückgang der Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter zurückzuführen (-4,3 Prozent). Die Zahl der älteren Menschen erhöht sich in den kreisfreien Städten weniger durch Nettozuwanderungen als vielmehr durch die „Alterung im Bevölkerungsbestand“: Die Nettowanderung bei den 65-Jährigen und Älteren war zwischen 2000 und 2013 im Mittel aller kreisfreien Städte negativ. Es findet also eine Nettoabwanderung statt (so z. B. in Mainz und Trier), die aber durch die Bestandsalterung überkompensiert wird. Immer stärker besetzte Jahrgänge wachsen in diese Altersgruppe hinein; darüber hinaus steigt die (Rest-)Lebenserwartung älterer Menschen stetig.

In den Landkreisen ist der Altenquotient im Schnitt etwas höher als in den kreisfreien Städten: Auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter kommen in den Kreisen im Durchschnitt 34 ältere Menschen. Aber auch bei den Landkreisen gibt es eine große Spannweite. Sie reicht von einem Wert von 29 in den Kreisen Alzey-Worms und Germersheim bis zu einem Wert von 40 im Landkreis Ahrweiler. Im Untersuchungszeitraum ist der Altenquotient in fast allen Verwaltungsbezirken von Rheinland-Pfalz gestiegen, zum Teil sogar sehr kräftig. Den landesweit höchsten Anstieg des Altenquotienten gab es im Rhein-Pfalz-Kreis (+9,6 ältere Menschen je 100 Personen im erwerbsfähigen Alter). Deutlich geringer fiel der Anstieg im Vergleich der Landkreise im Eifelkreis Bitburg-Prüm aus (+0,6). Im Rhein-Pfalz-Kreis erhöhte sich die Zahl der älteren Menschen um ein Drittel, während die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter sank (-1,9 Prozent). Im Eifelkreis Bitburg-Prüm erklärt sich der schwache Anstieg des Quotienten dadurch, dass die Zahl der älteren Menschen (+6,6 Prozent) und die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter (+4,6 Prozent) fast gleichstark zunahm. In vielen Landkreisen steigt der

Altenquotient in den Landkreisen 2013 höher als in den kreisfreien Städten

Info

Zensus 2011

Einige kreisfreie Städte haben deutlich weniger Einwohnerinnen und Einwohner als angenommen

Die Ergebnisse des Zensus 2011 zeigen, dass in Rheinland-Pfalz weniger Menschen leben als durch die Fortschreibung der Volkszählungsergebnisse von 1987 festgestellt wurde. Auf Landesebene war die Abweichung mit -0,2 Prozent allerdings erstaunlich gering. In einigen der 36 Verwaltungsbezirke des Landes wurden erheblich stärkere Abweichungen festgestellt:

In der Gruppe der kreisfreien Städte wurde die Bevölkerungszahl durch den Zensus um 1,1 Prozent nach unten korrigiert. Die stärkste Bestandsminderung musste mit -4,2 Prozent Ludwigshafen hinnehmen. Es gab aber auch kreisfreie Städte mit Bestandserhöhungen; den höchsten prozentualen zensusbedingten Bevölkerungszuwachs verzeichnete Pirmasens mit +1,6 Prozent.

Die Landkreise verbuchten durch den Zensus 2011 einen leichten Bevölkerungszuwachs (+0,1 Prozent). Auch die Spannweite der Korrekturen war geringer als bei den kreisfreien Städten: Den größten zensusbedingten Bevölkerungsrückgang mussten mit -1,1 Prozent der Landkreis Bad Dürkheim und der Rhein-Pfalz-Kreis hinnehmen; den größten Zuwachs gab es mit +2,1 Prozent für den Eifelkreis Bitburg-Prüm.

Altenquotient auch aufgrund von Nettozuwanderung älterer Menschen: In den meisten Landkreisen gab es – anders als in den kreisfreien Städten – bei den 65-Jährigen und Älteren Wanderungsgewinne.

Fazit

Im Untersuchungszeitraum 2009 bis 2013 ist die Einwohnerzahl von Rheinland-Pfalz gesunken. Die kreisfreien Städte konnten in diesem Zeitraum allerdings insgesamt einen Bevölkerungszuwachs verzeichnen, während die Landkreise einen Bevölkerungsrückgang hinnehmen mussten. Sowohl in der Gruppe der kreisfreien Städte als auch in der Gruppe der Landkreise gab es große Spannweiten in der Entwicklung: Bei den kreisfreien Städten reichten sie von –3 Prozent in Pirmasens bis +4,1 Prozent in Koblenz. Bei den Landkreisen verlor Birkenfeld mit –5,3 Prozent am stärksten und der Eifelkreis Bitburg-Prüm und der Landkreis Trier-Saarburg legten mit +1,4 Prozent am kräftigsten zu.

Die Bevölkerung in Rheinland-Pfalz ist seit 2000 beträchtlich demografisch gealtert. Das Medianalter stieg von 40 auf 46 Jahre. Auch bei der Alterung zeigen sich erhebliche regionale Unterschiede. In den kreisfreien Städten nahm das Medianalter um drei und in den Landkreisen um sieben Jahre zu. In Mainz und Trier hat sich das mediane Durchschnittsalter seit 2000 lediglich um ein Jahr erhöht. Am stärksten stieg es mit einem Plus von acht Jahren in den Kreisen Ahrweiler, Cochem-Zell und Vulkaneifel.

III. Methodik der Bevölkerungsvorausberechnung

Als Basis der vierten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung dienen die Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung zum 31. Dezember 2013. Deshalb wird das Jahr 2013 als „Basisjahr“ und die Bevölkerung dieses Jahres als „Basisbevölkerung“ bezeichnet. Die Verwendung des Bevölkerungsbestandes zum Jahresende hat den Vorteil, dass alle Komponenten der Bevölkerungsbewegung – Geburten, Sterbefälle, Zuzüge und Fortzüge – jeweils für das gesamte Kalenderjahr vorliegen und damit als Grundlage für die Berechnung der künftigen Entwicklung direkt genutzt werden können. Die bei der Vorausberechnung angewandte Methode der geburtsjahrgangweisen Fortschreibung der Bevölkerung in die Zukunft erfordert eine nach Geschlecht und einzelnen Geburtsjahrgängen untergliederte Basisbevölkerung. Da es das Ziel ist, mit der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung auch Ergebnisse für die kreisfreien Städte und Landkreise bereitzustellen, müssen alle Angaben in entsprechender regionaler Gliederungstiefe in das Modell eingehen.

Vierte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung mit Basisjahr 2013

Beschreibung des Rechenmodells

Vereinfacht ausgedrückt ergibt sich die Bevölkerung zum Ende des ersten Jahres der Projektion aus der Basisbevölkerung durch Addition der Geborenen und der Zuzüge sowie durch Subtraktion der Sterbefälle und der Fortzüge in diesem Jahr.

Der Ablauf im Rechenmodell stellt sich allerdings im Detail etwas anders dar als nach dieser reinen Zuordnung in erhöhende bzw. vermindernde Komponenten der Bevölkerungsbewegung. Gerechnet wird auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise unter Verwendung von kreis- und altersspezifischen Fruchtbarkeits-, Sterbe- sowie Wanderungsziffern. Bei der Berechnung der Sterbefälle und der Wanderungen ist zudem eine Differenzierung der Ziffern nach dem Geschlecht erforderlich.

Im Rechenmodell werden kreis-, geschlechts- und altersspezifische Ziffern verwendet

Zunächst werden die Komponenten der natürlichen Bevölkerungsbewegung ermittelt. Die Basisbevölkerung wird um die Zahl der berechneten Sterbefälle vermindert. Die überlebenden Personen rücken anschließend in das nächste Altersjahr vor. Danach wird die Zahl der Neugeborenen errechnet. Diese bilden die neue Altersgruppe der unter Einjährigen des ersten Projektionsjahres.

Natürliche Bevölkerungsbewegung: Sterbefälle und Geburten

Daran schließt sich die Berechnung der Komponenten der räumlichen Bevölkerungsbewegung an. Wegen des relativ stabilen Zusammenhangs zwischen der Bevölkerungszahl und den Fortzügen werden für die kreisfreien Städte und Landkreise zunächst die fortziehenden Personen vorausberechnet und ihren Zielgebieten zugeordnet.

Räumliche Bevölkerungsbewegung: Fortzüge ...

Die Fortzüge über die Landesgrenze bilden die Grundlage zur Ermittlung der Zahl der Zuzüge über die Landesgrenze: Der durch die Modellannahmen vorgegebene Wanderungssaldo wird zu der Gesamtzahl der Fortzüge über die Landesgrenze addiert; daraus ergibt sich die erforderliche Zahl der Zuzüge über die Landesgrenze. Diese werden, differenziert nach ihrem Herkunftsgebiet auf die kreisfreien Städte und Landkreise verteilt.

... und Zuzüge

Vorausberechnung bis zum Jahr 2060

Dieser Prozess wiederholt sich über den gesamten Berechnungszeitraum bis zum Jahr 2060 und erzeugt für jede kreisfreie Stadt und jeden Landkreis für jedes Jahr einen neuen Bevölkerungsbestand. Die Aufsummierung der regionalen Ergebnisse führt zum Landeswert.

Der aktuelle Stand und die Altersstruktur der Bevölkerung prägen die weitere Entwicklung für einen längeren Zeitraum. Darüber hinaus werden die Ergebnisse der Modellrechnungen von den einzelnen Komponenten der Bevölkerungsbewegung bestimmt.

Ermittlung der Zahl der Gestorbenen

Anwendung von alters- und geschlechtsspezifischen Sterbeziffern

Da in Rheinland-Pfalz der Anstieg der Lebenserwartung in den letzten Jahren kontinuierlich erfolgte, kann – von der bekannten Altersstruktur im Basisjahr ausgehend – die Zahl der Sterbefälle relativ gut abgeschätzt werden. Im Modell erfolgt die Berechnung unter Verwendung von Sterbeziffern. Da das Sterberisiko vom Alter abhängt, werden altersspezifische Sterbeziffern verwendet. Darüber hinaus ist das Sterberisiko von Männern höher als das von Frauen gleichen Alters; dies erfordert auch eine geschlechtsspezifische Betrachtung.

Kreisspezifische Sterbeziffern werden an Landesentwicklung angepasst

Für die Vergangenheit lässt sich fast durchgängig über alle Altersjahre ein Rückgang der Sterbeziffern feststellen. Bei der modellierten Erhöhung der Lebenserwartung auf Landesebene wird die beobachtete Entwicklung der Sterblichkeit für die Jahre bis 2060 fortgeschrieben. Ausgehend von der Lebenserwartung nach der aktuellen Sterbetafel 2010/12 werden die Sterbeziffern für alle Altersjahre nach dem Geschlecht differenziert so weit abgesenkt, dass sich in der Sterbetafel des Jahres 2060 die Lebenserwartung ergibt, die in den Modellannahmen festgelegt wurde. Die kreisspezifischen Sterbeziffern werden bis zum Alter von 85 Jahren unter Berücksichtigung des Landestrends und den beobachteten regionalen Abweichungen ermittelt. Für die 86-Jährigen und Älteren werden landesdurchschnittliche Sterbeziffern unterstellt, da diese Altersjahre teilweise – insbesondere bei den Männern – für eine kreisspezifische Differenzierung zu schwach besetzt sind.

Berechnung der Zahl der Sterbefälle auf Kreisebene

Die Zahl der Sterbefälle wird für die einzelnen Projektionsjahre auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise für jedes Altersjahr getrennt nach dem Geschlecht anhand der festgelegten Sterbeziffern berechnet (insgesamt 7 272 Ziffern je Projektionsjahr).

Ermittlung der Zahl der Geborenen

Geburtenrate als Summe altersspezifischer Fruchtbarkeitsziffern

Die Zahl der Geborenen wird mittels altersspezifischer Fruchtbarkeitsziffern der 15- bis unter 45-jährigen Frauen berechnet. Die zur Beschreibung der Geburtenhäufigkeit verwendete zusammengefasste Geburtenziffer ergibt sich als Summe der 30 altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern. Basierend auf den letzten zehn Beobachtungsjahren von 2004 bis 2013 wird mittels Trendextrapolation die künftige Entwicklung der altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern abgeschätzt. Die so errechnete Geburtenrate liegt mit 1,39 leicht unterhalb des in der Bevölkerungsvorausberechnung langfristig angenommenen Wertes von 1,4 Kindern je Frau und muss für die Projektion zunächst entspre-

chend angehoben werden. Dies wird durch einen Anstieg der Fruchtbarkeitsziffern über alle Altersjahre und für alle kreisfreien Städte und Landkreise für das Jahr 2014 erreicht. Danach bleibt die Geburtenrate über den gesamten Zeitraum in ihrer Höhe konstant.

Aufgrund der Vergangenheitsentwicklung zeigt sich auch für die nächsten Jahre ein leichter Trend zu einem höheren Alter der Mütter bei der Geburt. So werden heute die relativ meisten Kinder von Frauen im Alter von 31 Jahren geboren und damit rund drei Jahre später als noch 1990. Aber auch im Zehn-Jahres-Vergleich zeigen sich Unterschiede. In der Relation zur Besetzung der Altersjahrgänge der Frauen entfielen 2013 etwa 35 Prozent aller Lebendgeborenen auf Mütter im Alter von 29 bis 33 Jahren. Im Jahr 2004 waren es noch 33 Prozent. Der Anteil der 35-jährigen und älteren Mütter erhöhte sich in der letzten Dekade von 17 auf 21 Prozent. Dagegen sank der Anteil der unter 25-jährigen Mütter von 20 auf 16 Prozent.

Die Berechnung der Zahl der Geborenen für die einzelnen Projektionsjahre erfolgt auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise für jedes Altersjahr der 15- bis unter 45-jährigen Frauen anhand der festgelegten altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern (insgesamt 1 080 Ziffern je Projektionsjahr).

Die berechnete Zahl der Geborenen wird anschließend anhand der sogenannten Sexualproportion nach dem Geschlecht aufgeteilt. Im langjährigen Landesdurchschnitt entfallen auf 100 Mädchengeburten etwa 105 Knabengeburten. Da diese Verhältniszahl im Zeitablauf relativ konstant war und keine Änderung absehbar ist, wird sie in den Modellrechnungen auch für die Zukunft als konstant angenommen.

Leichter Trend zu höherem Alter der Mütter bei der Geburt

Berechnung der Zahl der Geborenen auf Kreisebene

Etwa 105 Knabengeburten auf 100 Mädchengeburten

Ermittlung des Wanderungsgeschehens

Der Zusammenhang zwischen der Bevölkerungszahl und den Fortzügen war in der Vergangenheit relativ stabil. Deshalb werden für die kreisfreien Städte und Landkreise zunächst die fortziehenden Personen vorausberechnet. Dies erfolgt mittels kreis-, alters- und geschlechtsspezifischer Fortzugsziffern (insgesamt 7 272 Ziffern je Projektionsjahr), die als Durchschnittswerte des fünfjährigen Stützzeitraumes von 2009 bis 2013 gebildet und über den gesamten Vorausberechnungszeitraum konstant gehalten werden. Bei den Zielgebieten wird zwischen den Fortzügen innerhalb von Rheinland-Pfalz (Binnenwanderung) und den Fortzügen über die Landesgrenze (Außenwanderung) unterschieden. Die Fortzüge in eine kreisfreie Stadt oder einen Landkreis innerhalb des Landes führen dort zu den entsprechenden Binnenzuzügen. Ab der vierten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung werden die Fortzüge über die Landesgrenze zusätzlich differenziert nach Fortzügen in das übrige Bundesgebiet bzw. nach Fortzügen in das Ausland.

Unterscheidung des Wanderungsgeschehens in Binnen- bzw. Außenwanderung

In den Modellrechnungen werden die Binnenwanderungen zwischen den Kreisen auf der Grundlage einer Verflechtungsmatrix ermittelt. Die Fortzüge in eine kreisfreie Stadt oder einen Landkreis innerhalb des Landes führen dort unmittelbar zu den entsprechenden Binnenzuzügen. Die gesamten Zuzüge aufgrund der Binnenwanderung in einen Kreis ergeben sich durch Aufsummierung der entsprechenden Fortzüge aus den übrigen Kreisen. Da die Zahl der fortziehenden Personen aufgrund der verwendeten Fortzugszif-

Verflechtungsmatrix zur Verteilung der Binnenwanderung im Land

fern differenziert nach Alter, Geschlecht und Zielgebiet berechnet wird, liegt den zuziehenden Personen unmittelbar die jeweilige Alters- und Geschlechtsstruktur zugrunde.

Zuzüge über die Landesgrenze werden getrennt nach Herkunftsgebiet berechnet

Zusätzlich zur originären Berechnung der Fortzugszahlen bilden die Fortzüge über die Landesgrenze außerdem die Grundlage zur Ermittlung der Zahl der Zuzüge über die Landesgrenze: Der durch die Modellannahmen vorgegebene Wanderungssaldo über die Landesgrenze wird zu der Gesamtzahl der Fortzüge über die Landesgrenze addiert, sodass sich die erforderliche Zahl der Zuzüge über die Landesgrenze ergibt. Diese Berechnung erfolgt in der vierten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung differenziert nach dem Wanderungsgeschehen mit dem übrigen Bundesgebiet bzw. dem Ausland. Anders als in den vorausgegangenen regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnungen lässt sich damit das Wanderungsgeschehen für die drei Modellvarianten nicht mehr nur nach der Höhe, sondern zusätzlich getrennt nach den Ziel- bzw. Herkunftsgebieten außerhalb des Landes steuern.

Aufteilung der zuziehenden Personen nach Alter, Geschlecht und Zielgebiet

Nach der Berechnung der Gesamtzahl der Zuzüge aus dem übrigen Bundesgebiet bzw. dem Ausland erfolgt die Aufteilung dieser zuziehenden Personen nach Alter und Geschlecht sowie deren Verteilung auf die kreisfreien Städte und Landkreise. Sowohl die Differenzierung nach dem Herkunftsgebiet als auch die räumliche Verteilung der Zuzüge innerhalb des Landes erfolgen anhand von Durchschnittswerten, die für den fünfjährigen Stützzeitraum von 2009 bis 2013 berechnet und über den gesamten Vorausberechnungszeitraum konstant gehalten werden.

Anmerkungen zum Rechenmodell

Überarbeitung der Ermittlung des Wanderungsgeschehens

Bei der Beschreibung der Ermittlung des künftigen Wanderungsgeschehens wurde bereits darauf hingewiesen, dass ab der vierten Bevölkerungsvorausberechnung die Fortzüge über die Landesgrenze zusätzlich differenziert nach Fortzügen in das übrige Bundesgebiet bzw. in das Ausland werden. Bisher wurde bei den Modellrechnungen lediglich bei den Zuzügen über die Landesgrenze hinsichtlich des Herkunftsgebietes zwischen Zuzügen aus dem übrigen Bundesgebiet bzw. dem Ausland unterschieden. Durch diese Änderung ergibt sich nun die Möglichkeit – unabhängig voneinander – Annahmen über die Entwicklung des künftigen Wanderungssaldos mit dem übrigen Bundesgebiet bzw. dem Ausland zu treffen. Dies war aufgrund des aktuellen Wanderungsgeschehens notwendig, da der stark angestiegene Wanderungssaldo – insbesondere der Jahre 2011 bis 2013 – in erster Linie durch das Wanderungsgeschehen mit dem Ausland verursacht wurde.

„Ceteris-paribus-Ansatz“ bei dritter regionalisierter Bevölkerungsvorausberechnung

Bei der dritten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010) kam – anders als bei den vorausgegangenen Bevölkerungsvorausberechnungen – bei der Ermittlung des künftigen Wanderungsgeschehens konsequent der Gedanke des „Ceteris-paribus-Ansatzes“ zur Anwendung. Das bedeutet, dass die kreis-, alters- und geschlechtsspezifischen Fortzugsziffern als ungewogenes arithmetisches Mittel über den gesamten Stützzeitraum von 2006 bis 2010 berechnet wurden. Auch bei der Verteilung der fortziehenden Personen auf ihre Zielgebiete – sowohl innerhalb von Rheinland-Pfalz als auch über die Landesgrenze – gingen alle Jahre mit einem Fünftel in die Durchschnittsberechnung ein. Gleiches galt für die Aufteilung der über die Landes-

grenze zuziehenden Personen nach Alter und Geschlecht sowie deren Verteilung auf die kreisfreien Städte und Landkreise. Der Verzicht auf nachträgliche Eingriffe verschafft in der Regel mehr Klarheit bei der Ergebnisinterpretation. Zudem können die Ergebnisse leichter durch „Vor-Ort-Kenntnisse“ ergänzt werden.

Würde bei der vierten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung ebenfalls konsequent dem „Ceteris-paribus-Ansatz“ gefolgt, käme es in der kreisfreien Stadt Trier bis zum Jahr 2060 zu einem unplausibel starken Bevölkerungsrückgang. Diese hohen Verluste hängen mit der in Kapitel II „Regionale Bevölkerungsentwicklung in Rheinland-Pfalz bis 2013“ bereits beschriebenen Sonderrolle von Trier zusammen: Von 2009 bis 2013 wies Trier den mit Abstand höchsten Außenwanderungsüberschuss aller Verwaltungsbezirke von Rheinland-Pfalz auf. Der besonders hohe Wanderungsüberschuss – insbesondere des Jahres 2013 – beruht auf dem Umstand, dass in Trier die rheinland-pfälzische Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende ihren Hauptstandort und eine Außenstelle hat. Die Asylbegehrenden werden nach wenigen Monaten auf andere rheinland-pfälzische Kommunen verteilt, weswegen Trier im Betrachtungszeitraum gleichzeitig den mit deutlichem Abstand höchsten Binnenwanderungsverlust aller Verwaltungsbezirke in Rheinland-Pfalz hatte. Der Gesamtwanderungsüberschuss von Trier lag deshalb sogar unter dem Durchschnitt der kreisfreien Städte.

Sonderrolle der kreisfreien Stadt Trier durch Hauptstandort der Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende

Bei den Modellannahmen der vierten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung werden in allen Varianten für die Jahre 2014 und 2015 hohe Wanderungsüberschüsse über die Landesgrenze von etwa 24 000 Personen jährlich unterstellt. Diese hohen Nettozuzüge werden in allen drei Vorausberechnungsvarianten bis zum Jahr 2021 auf die langfristig als konstant angenommenen Wanderungssalden zurückgeführt (untere Variante: 0; mittlere Variante: +6 000; obere Variante: +10 000 Personen jährlich). Der Grund für die gewählten Wanderungsannahmen wird in Kapitel IV „Annahmen der Bevölkerungsvorausberechnung“ beschrieben. Da die Zuzüge im Modell also langfristig geringer ausfallen, kommen auch weniger zuziehende Personen in Trier an. Gleichzeitig würde der „Ceteris-paribus-Ansatz“ aber die hohen Fortzugsziffern von Trier bis zum Jahr 2060 beibehalten. Durch die nachlassenden Zuzüge käme es ab 2021 zu einem unrealistisch hohen Bevölkerungsrückgang in Trier. Aus diesem Grund ist es in diesem Fall erforderlich, die Fortzugsziffern für die kreisfreie Stadt Trier anzupassen. Diese Anpassung erfolgte, indem anstelle eines ungewichteten ein gewichteter Durchschnitt der Fortzugsziffern im Stützzeitraum der Jahre 2009 bis 2013 angewendet wurde. Die sehr hohen Fortzugsziffern des Jahres 2013 wurden an die Entwicklung der Zuzüge über die Landesgrenze angepasst, indem bei der Durchschnittsbildung ihr Gewicht für die Jahre 2014 und 2015 höher und danach – analog zum rückläufigen Wanderungsüberschuss – bis 2021 immer schwächer gewählt wurde.

Abweichung vom „Ceteris-paribus-Ansatz“ ausschließlich bei der kreisfreien Stadt Trier

Bevölkerungsvorausberechnungen sind mit Unsicherheiten behaftet, die umso größer sind, je kleinräumiger sie vorgenommen werden. Ursache für die Unsicherheiten sind weniger die natürlichen Bevölkerungsbewegungen – Geburtenraten und Sterbeziffern ändern sich selten sprunghaft – als vielmehr die Wanderungsströme. Dies zeigte sich bereits bei der Beschreibung der jüngeren Vergangenheit in Kapitel II „Regionale Bevölkerungsentwicklung in Rheinland-Pfalz bis 2013“. Darüber hinaus gibt es in fast allen Jahren Sondereffekte, die sich selbst bei einem Stützzeitraum von fünf Jahren noch auf

Unsicherheiten von Bevölkerungsvorausberechnungen verstärken sich bei kleinräumiger Betrachtung

die Durchschnittswerte auswirken und zu „ungewöhnlichen“ Vorausberechnungsergebnissen führen können. Beispiele aus dem Stützzeitraum von 2009 bis 2013 sind etwa die Einführungen von Zweitwohnsitzsteuern in den kreisfreien Städten Kaiserslautern (2009), Landau (2010) sowie Koblenz und Ludwigshafen (2012). Für die Zukunft sind ebenfalls Änderungen der regionalen Wanderungsströme absehbar, wenn neben der zentralen Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende in Trier die Nebenstelle in Ingelheim (Landkreis Mainz-Bingen) ausgebaut wird sowie weitere Standorte in Hermeskeil (Landkreis Trier-Saarburg) und Kusel (Landkreis Kusel) hinzukommen sollten. Bei der Ergebnisinterpretation ist daher zu berücksichtigen, dass auch künftig regionale Sondereffekte auftreten können, die Entwicklungen auslösen, die sich nicht über den gesamten Projektionszeitraum fortsetzen. Solche Einflüsse lassen sich über die hier gewählte Vorgehensweise einer vergangenheitsbasierten Bevölkerungsvorausberechnung nicht abbilden.

IV. Annahmen der Bevölkerungsvorausberechnung

Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung zeigen, wie sich die Zahl und die Altersstruktur der Bevölkerung unter bestimmten Annahmen zu den Einflussgrößen Geburtenrate, Lebenserwartung und Wanderungssaldo verändern, ohne dass für Annahmensetzungen und Rahmenbedingungen Eintrittswahrscheinlichkeiten angegeben werden. Hierdurch unterscheiden sie sich von Prognoserechnungen: Eine Prognose würde für jeden einzelnen Parameter und dessen Entwicklung die Festlegung wissenschaftlicher und auch politischer Hypothesen mit den jeweiligen Eintrittswahrscheinlichkeiten voraussetzen. Die Modellrechnungen erfolgen dagegen in erster Linie auf der Grundlage bisheriger Erkenntnisse und daraus abgeleiteter alternativer Parametersetzungen zur Beschreibung eines möglichen Entwicklungskorridors.

Modellrechnungen
statt Prognosen

Der Zweck langfristiger Vorausberechnungen der Bevölkerungszahl und -struktur besteht darin, auf der Grundlage heute verfügbarer Erkenntnisse zukünftige Entwicklungen zu projizieren und deren Auswirkungen zu analysieren. Es geht also nicht darum, die Bevölkerungszahl für ein bestimmtes Jahr exakt „vorauszusagen“. Vielmehr sollen Entwicklungstendenzen aufgezeigt werden, die sich bei Eintreffen der Annahmen ergeben. Bei der Darstellung der Ergebnisse der vierten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung wird zwischen einem mittelfristigen Zeitraum bis 2035 und dem langfristigen Projektionshorizont bis 2060 unterschieden.

Aufgrund der im Zeitablauf immer schwerer abzuschätzenden Entwicklung der einzelnen Parameter verstärkt sich bei langfristigen Bevölkerungsvorausberechnungen auch auf der Landesebene der Modellcharakter.

Obwohl die im Folgenden beschriebenen Modellannahmen bezogen auf Rheinland-Pfalz getroffen werden, liegen den Berechnungen kreisspezifische Fruchtbarkeits-, Sterbe- bzw. Wanderungsziffern zugrunde. Wegen der Notwendigkeit, die Bevölkerungszahlen über den gesamten Untersuchungszeitraum auch für kleinere kreisfreie Städte und Landkreise in der Untergliederung nach Altersgruppen darzustellen, wird auf eine Rundung der Ergebnisse verzichtet. Dadurch soll allerdings nicht der Eindruck erweckt werden, dass es sich um exakt vorausberechenbare Werte handelt.

Berechnungen
liegen kreis-
spezifische Ziffern
zugrunde

Modellvarianten

Wegen der bestehenden Unsicherheiten hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung der Einflussgrößen wird anhand der Ergebnisse von drei Modellvarianten ein Entwicklungskorridor aufgespannt. In diesem Korridor würden sich die Bevölkerungszahl und der Altersaufbau entwickeln, wenn sich die aktuellen demografischen Trends in der Zukunft fortsetzten. Ungeachtet dessen sind allerdings auch Parameterkonstellationen denkbar, die zu Bevölkerungszahlen und Entwicklungen der Altersstruktur außerhalb dieses Korridors führen können.

Drei Varianten zur
künftigen Bevölke-
rungsentwicklung

Wie bei der dritten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010) wurden auch bei der aktuellen vierten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung

T 1 Annahmen der Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung

Merkmal	Rheinland-Pfalz 2060 Dritte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010)	Rheinland-Pfalz 2060 Vierte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2013)
Obere Variante		
Geburtenrate	1,4	1,4
Lebenserwartung	... steigt von 2008/2010 bis 2060: bei Frauen von 82,4 auf 89,2 Jahre bei Männern von 77,5 auf 85 Jahre	... steigt von 2010/2012 bis 2060: bei Frauen von 82,7 auf 88,7 Jahre bei Männern von 77,8 auf 84,8 Jahre
Wanderungssaldo	... steigt bis 2015 auf +8 000 Personen jährlich; danach bis 2060 konstant	... steigt 2014 und 2015 auf etwa +24 000 Personen jährlich; von 2016 bis 2021 Rückgang auf +10 000 Personen jährlich; danach bis 2060 konstant
Mittlere Variante		
Geburtenrate	1,4	1,4
Lebenserwartung	... steigt von 2008/2010 bis 2060: bei Frauen von 82,4 auf 89,2 Jahre bei Männern von 77,5 auf 85 Jahre	... steigt von 2010/2012 bis 2060: bei Frauen von 82,7 auf 88,7 Jahre bei Männern von 77,8 auf 84,8 Jahre
Wanderungssaldo	... sinkt bis 2015 auf +4 000 Personen jährlich; danach bis 2060 konstant	... steigt 2014 und 2015 auf etwa +24 000 Personen jährlich; von 2016 bis 2021 Rückgang auf +6 000 Personen jährlich; danach bis 2060 konstant
Untere Variante		
Geburtenrate	1,4	1,4
Lebenserwartung	... steigt von 2008/2010 bis 2060: bei Frauen von 82,4 auf 89,2 Jahre bei Männern von 77,5 auf 85 Jahre	... steigt von 2010/2012 bis 2060: bei Frauen von 82,7 auf 88,7 Jahre bei Männern von 77,8 auf 84,8 Jahre
Wanderungssaldo	... sinkt bis 2015 auf 0; danach bis 2060 konstant	... steigt 2014 und 2015 auf etwa +24 000 Personen jährlich; von 2016 bis 2021 Rückgang auf 0; danach bis 2060 konstant

mit dem Basisjahr 2013 lediglich die Annahmen zum künftigen Saldo der Wanderungen über die Landesgrenze variiert. Dagegen wurden in allen drei Varianten die gleichen Annahmen zur weiteren Entwicklung der Geburtenrate und zum Anstieg der Lebenserwartung verwendet. Dadurch werden die Auswirkungen des am stärksten von Unsicherheit geprägten Parameters transparenter. Zwar sind auch bei der Geburtenrate und der Lebenserwartung in der Zukunft abweichende Verläufe möglich, die im Modell ge-

setzten Annahmen basieren aber auf einer stabileren Vergangenheitsentwicklung und sind außerdem weniger schwankungsanfällig als das künftige Wanderungsgeschehen. Bisher wurden bei den regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnungen einheitliche Annahmen zur Entwicklung des Wanderungssaldos über die Landesgrenze getroffen. Ab der vierten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung werden für die Wanderungsverflechtungen mit dem übrigen Bundesgebiet und dem Ausland separate Annahmen festgelegt. Da beide Wanderungssalden in den letzten Jahren in entgegengesetzter Richtung verliefen, wird diese Entwicklung in der vierten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung entsprechend berücksichtigt.

Den weiteren Untersuchungen liegen drei Modellvarianten mit gemeinsamen Annahmen für die künftige Entwicklung der Geburtenrate und der Lebenserwartung in Rheinland-Pfalz zugrunde:

- Die **Geburtenrate** liegt in allen drei Varianten der Modellrechnungen über den gesamten Zeitraum bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau.
- Die **Lebenserwartung** nimmt in allen drei Varianten – im Vergleich zur aktuellen Sterbetafel 2010/2012 – bis 2060 bei Frauen von 82,7 auf 88,7 Jahre und bei Männern von 77,8 auf 84,8 Jahre zu.

Hinsichtlich des zukünftigen landesweiten Wanderungsgeschehens werden dagegen unterschiedliche Annahmen getroffen:

Drei Modellvarianten

- **Untere Variante:** Ausgehend von den im Stützzeitraum stark gestiegenen Wanderungsgewinnen wird für 2014 und 2015 ein Wanderungssaldo von 24 400 bzw. 24 000 Personen angenommen. Zwischen 2016 und 2021 wird ein rasches Nachlassen des Nettozuzugs aus dem Ausland unterstellt. Danach gleichen sich die Nettozuzüge aus dem Ausland und die Nettofortzüge ins übrige Bundesgebiet genau aus, sodass die Wanderungsbilanz bis 2060 ausgeglichen ist.
- **Mittlere Variante:** Die sehr hohen jährlichen Wanderungsgewinne gegenüber dem Ausland gehen bis 2021 auf 9 000 Nettozuzüge zurück. Dieser Wanderungsgewinn kann den Wanderungsverlust gegenüber dem Bundesgebiet in Höhe von 3 000 Nettofortzügen mehr als ausgleichen, sodass der langfristige jährliche Gesamtsaldo von 2021 bis 2060 bei 6 000 Nettozuzügen liegt.
- **Obere Variante:** Die sehr hohen jährlichen Wanderungsgewinne gegenüber dem Ausland lassen bis 2021 nach und stabilisieren sich auf einem langfristigen Niveau von 13 000 Nettozuzügen. Dieser Wanderungsüberschuss kann das Wanderungsdefizit gegenüber den übrigen Bundesländern in Höhe von 3 000 Nettofortzügen überkompensieren, sodass sich der langfristige jährliche Gesamtsaldo von 2021 bis 2060 auf 10 000 Nettozuzüge beläuft.

Insbesondere bei der Interpretation der regionalisierten Ergebnisse auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise ist als zusätzliche Annahme über das regionale Wanderungsgeschehen zu berücksichtigen, dass den Berechnungen der „Ceteris-paribus-Ansatz“ zugrunde liegt. Das bedeutet, dass sich die geschlechts- und altersspezifische regionale Verteilung der Zuzüge und Fortzüge auch in der Zukunft so fortsetzen wird,

Zusätzliche Annahme zum regionalen Wanderungsgeschehen

Abweichung vom „Ceteris-paribus-Ansatz“ ausschließlich für die kreisfreie Stadt Trier

wie sie sich im Stützzeitraum von 2009 bis 2013 ergeben hat. Für die kreisfreie Stadt Trier (Sitz der zentralen Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende) machte die dadurch bedingte Sonderentwicklung im Stützzeitraum allerdings eine Anpassung der Berechnung der Fortzüge notwendig. Die konsequente Anwendung des „Ceteris-paribus-Ansatzes“ hätte dort andernfalls eine unplausible Bevölkerungsentwicklung ergeben. Diese Modellanpassung ist in Kapitel III „Methodik der Bevölkerungsvorausberechnung“ erläutert.

In Tabelle 1 sind die Annahmen der vierten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2013) im Überblick dargestellt. Zum Vergleich sind den Annahmen der aktuellen Vorausberechnung die Annahmen der dritten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010) gegenübergestellt.

Abweichung der Geschlechts- und Altersstruktur nach dem Zensus 2011 hat ...

In Kapitel I „Bevölkerungsentwicklung in Rheinland-Pfalz bis 2013“ wurde darauf hingewiesen, dass sich nach der Fortschreibung der Bevölkerung auf Grundlage der Ergebnisse des Zensus 2011 im Vergleich zur Fortschreibung der Volkszählungsergebnisse von 1987 hinsichtlich der Geschlechts- und der Altersstruktur der Bevölkerung größere Abweichungen ergaben.

... keinen Einfluss auf die Geburtenrate und ...

Die Neuberechnung der Geburtenrate auf Basis der Zensusbevölkerung führte allerdings nur zu einer marginalen Änderung. Sie lag für die Jahre 2012 und 2013 um etwa 0,1 Prozent unter dem früher berechneten Wert. Dies hat keinen Einfluss auf die Ableitung der Annahmen zur künftigen Geburtenentwicklung.

... eine geringfügige Auswirkung auf die Lebenserwartung

Bei der Neuberechnung der allgemeinen Sterbetafel 2010/12 ergaben sich durch die Berücksichtigung der Ergebnisse des Zensus 2011 etwas geringere Werte für die Lebenserwartung als in den zuvor erstellten verkürzten Sterbetafeln auf der Grundlage der Volkszählungsergebnisse von 1987. Zudem ist die Lebenserwartung in den letzten Jahren etwas schwächer gestiegen, was ebenfalls zu der Annahme einer geringfügig niedrigeren künftigen Lebenserwartung beigetragen hat.

Modellannahme zur Geburtenrate

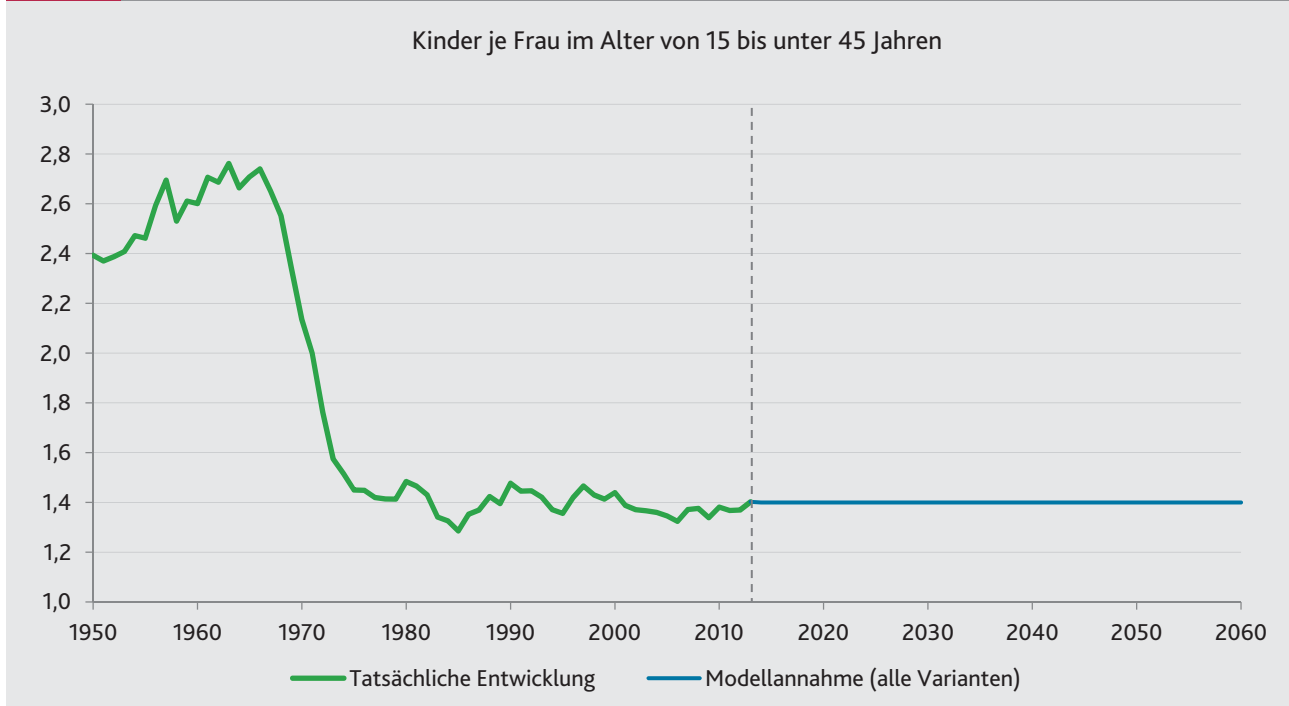
Geburtenrate seit fast 40 Jahren bei etwa 1,4 Kindern je Frau

Die Geburtenrate (zusammengefasste Geburtenziffer) ist eine Maßzahl zur Beurteilung der Geburtenneigung in einer Gesellschaft. Sie gibt an, wie viele Kinder eine Frau im Laufe ihres Lebens durchschnittlich bekommt. Seit 1977 liegt die Geburtenrate etwa bei 1,4 Kindern je Frau. Von 2001 bis 2012 lag ihr Wert durchgängig unter 1,4 Kindern je Frau mit einem Durchschnitt von 1,36 Kindern je Frau. Im Jahr 2006 wurden lediglich 1,32 Kinder je Frau ermittelt, im Jahr 2013 belief sich die Geburtenrate in Rheinland-Pfalz auf 1,4 Kinder je Frau.

Annahme: Geburtenrate bleibt langfristig bei einem Wert von 1,4 Kindern je Frau

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung wird trotz der in den vergangenen Jahren in Kraft getretenen familienpolitischen Maßnahmen (Einführung des Elterngeldes zum 1. Januar 2007; in Rheinland-Pfalz seit dem 1. August 2010 Anspruch auf einen beitragsfreien Kindertagesstättenplatz vom vollendeten zweiten Lebensjahr an; in Deutschland seit dem 1. August 2013 Anspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder in Tagespflege vom vollendeten ersten Lebensjahr an) für die nächsten Jahre

G 18 Geburtenrate 1950–2060



bei allen drei Modellvarianten eine Geburtenrate von 1,4 Kindern je Frau unterstellt. Da die weitere Entwicklung nicht abgeschätzt werden kann, wird dieser Wert über den gesamten Zeitraum bis 2060 als konstant angenommen. Diese Annahme der vierten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2013) entspricht damit derjenigen, die bereits bei der dritten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010) getroffen wurde.

Modellannahme zur Lebenserwartung

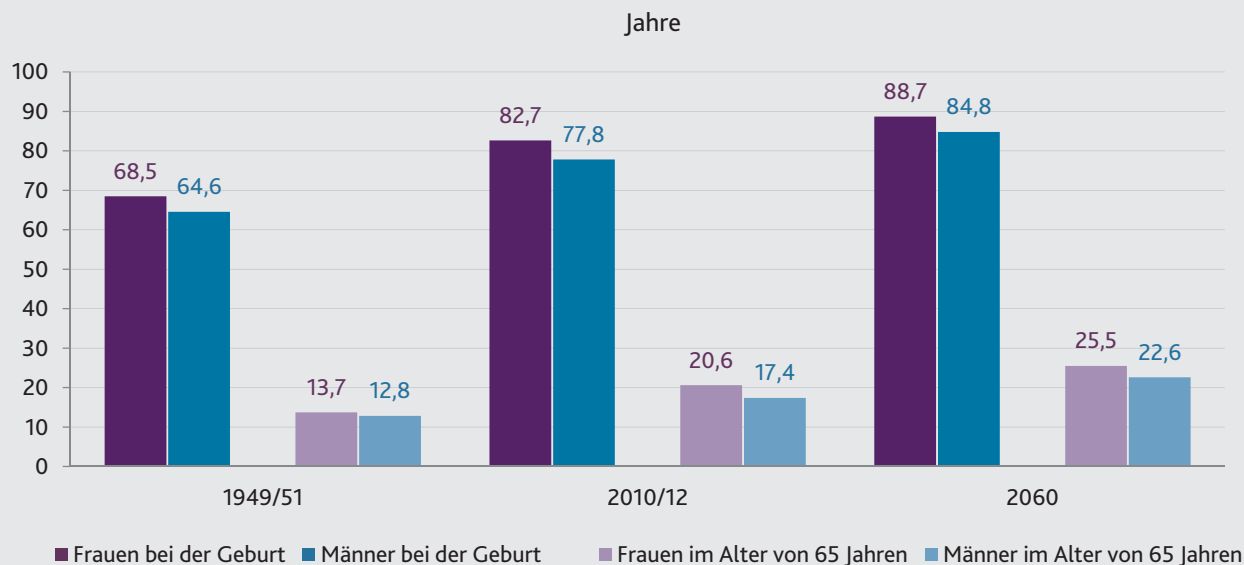
Die durchschnittliche Lebenserwartung ist im langfristigen Vergleich erheblich gestiegen. Während um 1950 die Lebenserwartung eines neugeborenen Mädchen durchschnittlich bei 68,5 Jahren lag, waren es um das Jahr 2000 bereits 81,1 Jahre. Nach der aktuellen Sterbetafel 2010/12 beträgt die Lebenserwartung der Frauen bei der Geburt derzeit 82,7 Jahre. Die Lebenserwartung eines Knaben war stets niedriger. So hatte 1950 ein Neugeborener im Durchschnitt nur 64,6 Lebensjahre zu erwarten. 50 Jahre später waren es bereits 75,2 Jahre. Zurzeit beträgt die Lebenserwartung der Männer bei der Geburt 77,8 Jahre.

Lebenserwartung bei der Geburt: Mädchen 83 Jahre, Jungen 78 Jahre

Nachdem der Anstieg der Lebenserwartung zunächst in erster Linie auf den Rückgang der sehr hohen Säuglings- und Kindersterblichkeit zurückzuführen war, reduzierte sich in den letzten Jahrzehnten die Sterblichkeit vor allem im höheren Alter deutlich. Verbesserungen in den Bereichen Hygiene, Ernährung, Wohnsituation und Arbeitsbedingungen sowie insbesondere der medizinisch-technische Fortschritt führten zu einem weiteren allgemeinen Rückgang der Sterblichkeit. So erwarten einen Mann, der heute mit 65 Jahren aus dem Erwerbsleben ausscheidet, durchschnittlich 17,4 Jahre Ruhe-

Lebenserwartung nach vollendetem 65. Lebensjahr liegt für Frauen bei 20 und für Männer bei 17 Jahren

G 19 Lebenserwartung 1949/51, 2010/12 und 2060 nach Geschlecht¹



¹ Jahre 1949/51: Sterbetafel für das frühere Bundesgebiet ohne Berlin und Saarland; Jahre 2010/12: Sterbetafel für Rheinland-Pfalz auf Basis des Zensus 2011; Jahr 2060: Modellannahme zur künftigen Lebenserwartung (alle Varianten).

stand; gegenüber 1950 sind dies 4,6 Jahre mehr. Im gleichen Zeitraum nahm die fernere Lebenserwartung einer 65-jährigen Frau um 6,9 Jahre auf heute 20,6 Jahre zu.

Annahme für 2060:
Lebenserwartung steigt für Frauen auf 89 und für Männer auf 85 Jahre

Für die künftige Entwicklung wurden durchgängig sinkende Sterbewahrscheinlichkeiten berechnet. Die Differenzierung nach Alter und Geschlecht ist wegen des altersabhängigen Sterberisikos und der durchweg höheren Sterbewahrscheinlichkeit der Männer notwendig. In allen Modellvarianten führt die Fortschreibung des Trends über den gesamten Projektionszeitraum zu einer Zunahme der Lebenserwartung einer bzw. eines Neugeborenen bis 2060 auf dann 88,7 bzw. 84,8 Jahre. Für die 65-Jährigen würde diese Entwicklung einer Zunahme der ferneren Lebenserwartung bei Frauen und bei Männern auf dann 25,5 bzw. 22,6 Jahre entsprechen.

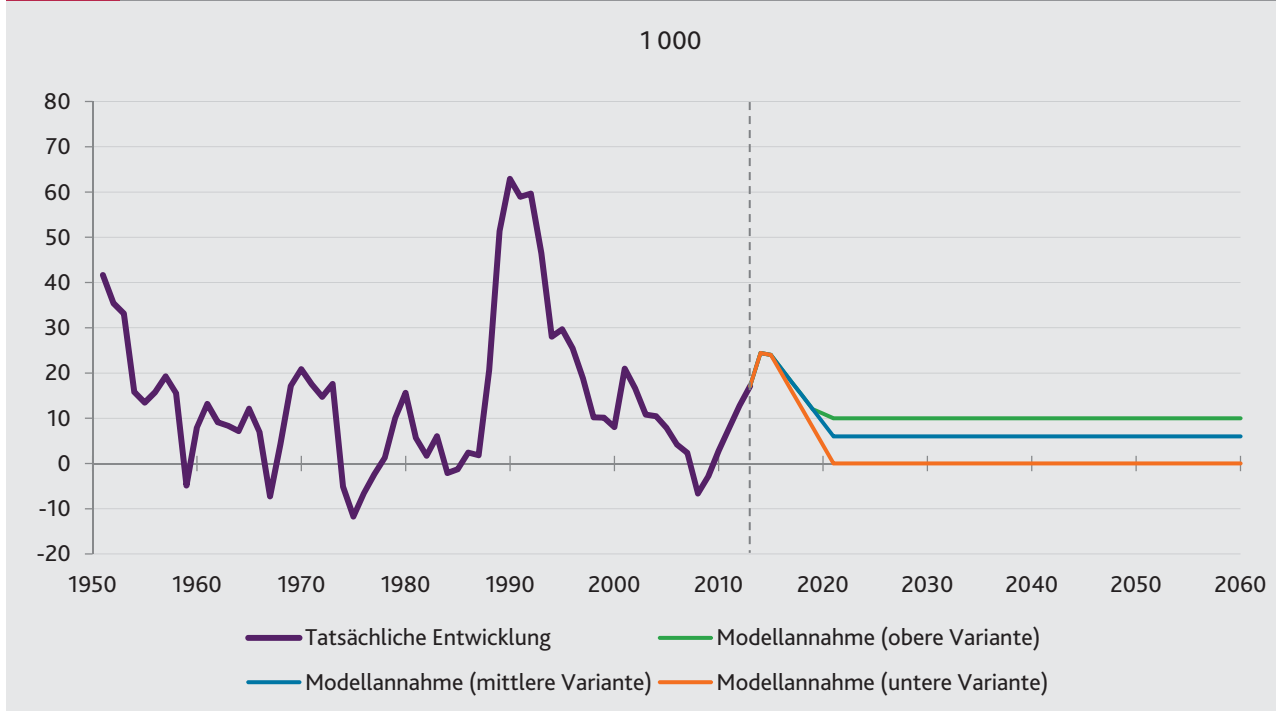
Damit liegen die Modellannahmen zur Lebenserwartung für die vierte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2013) geringfügig unter den Annahmen, die bei der dritten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010) zugrunde gelegt wurden. Dort wurde in den drei Varianten eine langfristige Steigerung der Lebenserwartung eines Neugeborenen auf 89,2 (Frauen) bzw. 85 Jahre (Männer) unterstellt.

Modellannahmen zum Wanderungssaldo

Wanderungsdefizit gegenüber den anderen Bundesländern

Die Modellannahmen zum Wanderungssaldo wurden aus der Entwicklung der Wanderungen im Stützzeitraum von 2009 bis 2013 abgeleitet. Die Wanderungsbilanz gegenüber dem Bundesgebiet war in diesem Zeitraum vergleichsweise stabil und schwankte nur geringfügig. Im Mittel wies Rheinland-Pfalz gegenüber den übrigen Bundesländern ein Wanderungsdefizit in Höhe von rund 3 200 Personen auf. Derzeit gibt es keinen Hinweis auf mögliche Abweichungen von diesem Muster, weswegen auch in Zukunft von

G 20 Wanderungssaldo 1950–2060



einem negativen Wanderungssaldo gegenüber den anderen Bundesländern ausgegangen wird. Aus diesem Grund wird angenommen, dass das Wanderungsdefizit gegenüber den übrigen Bundesländern auch weiterhin 3 000 Personen betragen wird.

Im Gegensatz zu den Wanderungsverflechtungen mit dem Bundesgebiet haben sich die Wanderungen mit dem Ausland im Stützzeitraum beträchtlich gewandelt. Im Jahr 2009 betrug der Nettozuzug aus dem Ausland knapp 600 Personen. Innerhalb von vier Jahren stieg der Nettozuzug um das 35-fache und lag im Jahr 2013 bei über 20 000 Personen. Verantwortlich für diese extreme Zunahme sind verschiedene politische und wirtschaftliche Faktoren, wie die Krise in Südeuropa, die gestiegene EU-Binnenmigration infolge der Freizügigkeit für mittel- und osteuropäische Länder und der guten Arbeitsmarktsituation in Deutschland sowie die Flüchtlingswelle aus Syrien und anderen Konfliktgebieten. Im Jahr 2014 steigerte sich der Wanderungsgewinn aus dem Ausland nochmals beträchtlich und übertraf mit mehr als 27 000 Personen den Vorjahreswert.

Hohe Wanderungsgewinne gegenüber dem Ausland

Diese Information wurde in der vorliegenden Vorausberechnung bereits berücksichtigt. Aufgrund der in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegenen Wanderungsgewinne aus dem Ausland wurde auch für das Jahr 2015 mit einem ähnlich hohen Wert wie im Vorjahr gerechnet. Für den Zeitraum zwischen 2016 und 2020 wurde in allen drei Modellvarianten von einem allmählichen Nachlassen der Wanderungsgewinne aus dem Ausland ausgegangen. Für den langfristigen Durchschnitt zwischen 2021 und 2060 wurde in der mittleren Variante ein Wanderungsgewinn von 9 000 und der oberen Variante von 13 000 Nettozuzügen pro Jahr unterstellt. Mit diesen Werten wird der jüngsten Wanderungsentwicklung Rechnung getragen. Die Wanderungsgewinne aus dem Ausland hatten im Stützzeitraum im Durchschnitt bei knapp 10 800 Nettozuzügen gelegen.

Langfristig wird in der mittleren Variante ein Gesamtwanderungssaldo von plus 6 000 Nettozuzügen pro Jahr erwartet

Wie schon in den vorangegangenen Vorausberechnungen illustriert die untere Variante die Bevölkerungsentwicklung für den Fall eines ausgeglichenen Wanderungssaldos. Dabei wurde angenommen, dass bis ins Jahr 2060 ein Wanderungsgewinn gegenüber dem Ausland von 3 000 Nettozuzügen erzielt wird, der allerdings durch einen Wanderungsverlust in Höhe von 3 000 Nettofortzügen gegenüber dem Bundesgebiet komplett aufgezehrt wird.

Künftige Wanderungsentwicklung
sehr unsicher

Die sehr unterschiedliche Entwicklung der Wanderungssalden gegenüber den anderen Bundesländern und dem Ausland begründet, warum bei der vierten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung erstmals beide Wanderungsströme getrennt voneinander modelliert wurden. Da sich die Wanderungssalden gegenüber den anderen Bundesländern im Stützzeitraum relativ konstant verhielten, ist die Fortschreibung dieser Entwicklung in die Zukunft plausibel. Hingegen ließ sich bei den Wanderungssalden gegenüber dem Ausland ein klarer Trend steigender Wanderungsgewinne erkennen. Diese können jedoch rasch nachlassen, wenn sich etwa die Situation in den Konfliktgebieten ändert oder wenn die EU-Binnenwanderungsströme aufgrund geänderter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen in andere EU-Staaten fließen oder wenn der Wanderungsdruck in den neuen EU-Beitrittsländern aufgrund eines sinkenden Wohlstandsgefälles und des demografischen Wandels in den Herkunftsländern nachlässt. Solche Kehrtwenden sind grundsätzlich sehr schwer abzusehen, in der Vergangenheit hat es sie jedoch häufiger gegeben. Wird das Wanderungsgeschehen seit 1950 betrachtet, war die Entwicklung äußerst volatil: Wendepunkte gab es ungefähr alle zehn Jahre, wobei es eine erhebliche Bandbreite der Wanderungssalden gab. Der niedrigste Saldo wurde 1975 mit einem Defizit von über 8 000 Personen beobachtet, während das Maximum im Jahr 1992 mit einem Plus von mehr als 30 000 Nettozuzügen erreicht wurde. Dass zwischen diesen beiden Extremwerten lediglich 17 Jahre liegen, verdeutlicht die grundsätzliche Unsicherheit einer Vorausberechnung, die sich über einen Zeitraum von 47 Jahren erstreckt.

Angenommene Wanderungsüberschüsse
deutlich höher
als bei der letzten
Vorausberechnung

Die in der vierten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung festgelegten Wanderungsannahmen liegen aufgrund der beschriebenen aktuellen Entwicklung deutlich oberhalb der Annahmen der dritten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung. Dort wurde für die obere Variante entsprechend des damaligen langjährigen Wanderungsüberschusses ein Plus von 8 000 Personen pro Jahr unterstellt; für die mittlere Variante wurde ein konstanter Wert von +4 000 angenommen. Für die untere Variante wurde eine langfristig ausgeglichene Wanderungsbilanz festgelegt. Die jetzt angenommenen hohen Wanderungssalden – insbesondere für die Jahre 2014 bis 2020 – führen allein in diesen ersten sieben Projektionsjahren gegenüber der dritten Bevölkerungsvorausberechnung zu einem zusätzlichen kumulierten Wanderungsüberschuss von 69 500 Personen (obere Variante), 94 500 Personen (mittlere Variante) bzw. 106 500 Personen (untere Variante). Ab 2021 übertreffen die neuen Wanderungssalden die der alten Berechnung bis zum Projektionshorizont – also über einen Zeitraum von 40 Jahren – um jährlich 2 000 Personen (obere und mittlere Variante). In der unteren Variante bestehen für diesen Zeitraum – aufgrund der ausgeglichenen Wanderungsbilanz – dann keine Unterschiede mehr.

Betonung des Modellcharakters der Bevölkerungsvorausberechnungen

Aus den Annahmen zum Wanderungsgeschehen wird der Modellcharakter der Vorausberechnungen noch einmal sehr deutlich. Natürlich darf nicht davon ausgegangen werden, dass die konstanten Werte in jedem der kommenden Jahre bis 2060 eintreffen – es handelt sich vielmehr um einen Durchschnittswert über den gesamten Zeitraum. Wie schon in der Vergangenheit kann es stets zu Abweichungen von den gesetzten Annahmen kommen. Bei der Nettozuwanderung über die Landesgrenze kommt hinzu, dass der Wanderungssaldo als Differenz aus den Zuzügen und den Fortzügen über die Landesgrenze berechnet wird. Da sich beide Komponenten kurzfristig auch in unterschiedliche Richtungen verändern können, sind jederzeit relativ starke Abweichungen des jährlichen Wanderungssaldos vom langjährigen Durchschnitt denkbar.

Modellcharakter
wird durch
konstante Annahmen
verdeutlicht

Ziel der Modellrechnungen ist es, aufzuzeigen, wie sich die grundlegenden Entwicklungstendenzen mittel- bis langfristiger demografischer Prozesse anhand der festgelegten Annahmen auf die Zahl und vor allem auf die Altersstruktur der Bevölkerung auswirken. Kurzfristige und zeitlich begrenzte Abweichungen von den Modellannahmen üben hierauf nur einen geringen Einfluss aus.

V. Ergebnisse der Bevölkerungsprojektion für Rheinland-Pfalz bis 2060

Bei der Darstellung der Ergebnisse der vierten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung wird zwischen einem mittelfristigen Zeitraum bis 2035 und dem langfristigen Projektionshorizont bis 2060 unterschieden. Anhand der drei berechneten Modellvarianten wird zunächst ein möglicher Ergebniskorridor der demografischen Entwicklung aufgezeigt. Die detaillierte Kommentierung der künftigen Bevölkerungsentwicklung hinsichtlich Zahl und Struktur erfolgt darauf aufbauend in erster Linie anhand der Ergebnisse der mittleren Variante der Modellrechnungen.

Wegen der Notwendigkeit, die Ergebnisse der vierten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung über den gesamten Untersuchungszeitraum auch für kleinere kreisfreie Städte und Landkreise in der Untergliederung nach Altersgruppen darzustellen, wird auf eine Rundung der Ergebnisse verzichtet. Dadurch soll allerdings nicht der Eindruck erweckt werden, dass es sich um exakt vorausberechenbare Werte handelt.

Mittelfristige Bevölkerungsentwicklung bis 2035

Bevölkerungsrückgang bis 2035 zwischen 2,1 und 6,7 Prozent

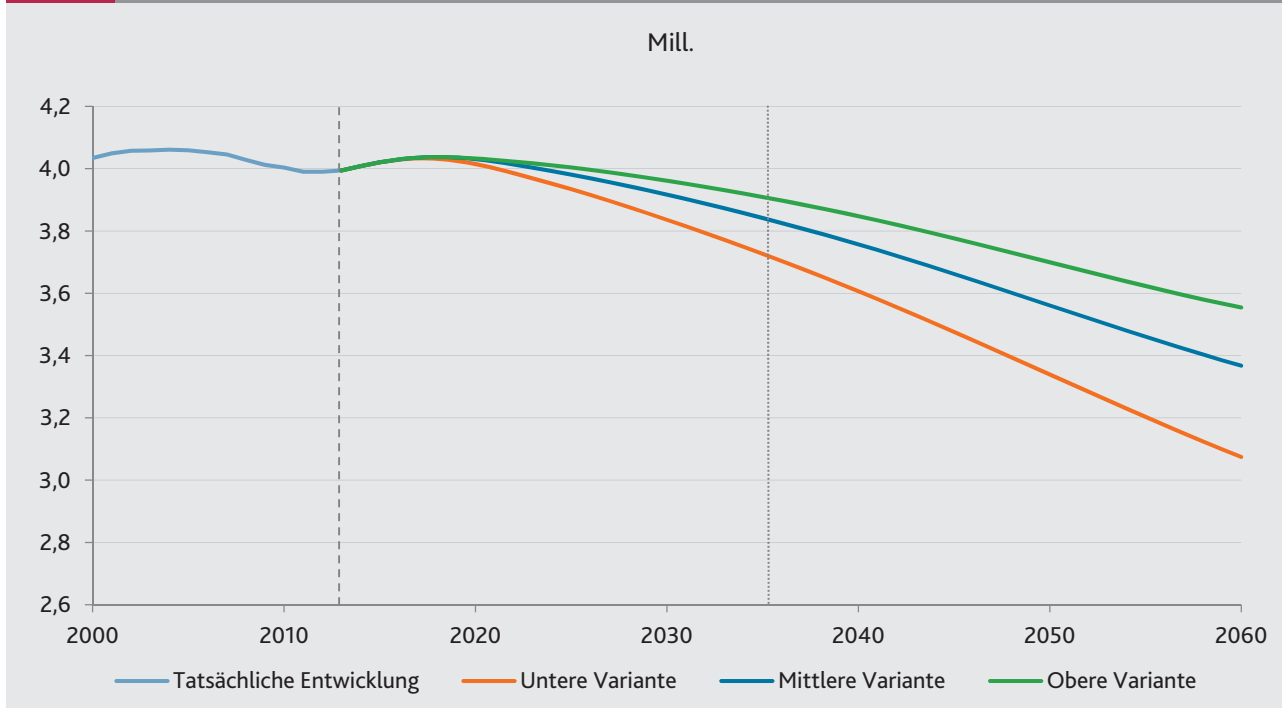
Bis zum Jahr 2035 wird sich die Einwohnerzahl von Rheinland-Pfalz gegenüber 2013, dem Basisjahr der Berechnungen, bereits spürbar verringern. Die Bandbreite des Bevölkerungsrückgangs beträgt zwischen 6,7 Prozent in der unteren und 2,1 Prozent in der oberen Variante. Für das Jahr 2035 wäre demnach eine Einwohnerzahl zwischen 3,73 und 3,91 Millionen zu erwarten. Der untere Wert entspricht etwa der rheinland-pfälzischen Bevölkerungszahl der Jahre 1973 und 1989; der obere Wert der des Jahres 1993.

Mittlere Variante: Bevölkerungszahl sinkt bis 2035 um 3,8 Prozent

Unter den Annahmen der mittleren Variante ist bis 2035 mit einer Verringerung der Bevölkerungszahl um 3,8 Prozent zu rechnen; sie würde von knapp unter vier auf 3,84 Millionen Menschen sinken. Damit wäre in etwa wieder die Bevölkerungszahl des Jahres 1991 erreicht. Der Rückgang um 152 800 Personen in den nächsten 22 Jahren bedeutet eine durchschnittliche Abnahme von jährlich etwa 6 900 Personen bzw. 0,18 Prozent. Diese Entwicklung vollzieht sich allerdings nicht kontinuierlich. Nachdem bereits in den Jahren 2012 und 2013 leichte Bevölkerungszuwächse zu beobachten waren, führen die gewählten Modellannahmen auch in den Jahren von 2014 bis 2018 zu einem weiteren Anstieg der Bevölkerungszahl auf etwa 4,04 Millionen Menschen. Die Zuwachsraten erreichen dabei zu Beginn ihr Maximum von 0,34 Prozent und gehen anschließend zurück. Ab 2019 kehrt sich die Entwicklung um. Es kommt – wie bereits in den Jahren von 2005 bis 2011 – zu sinkenden Bevölkerungszahlen. Die Abnahmeraten liegen in den ersten Projektionsjahren bis 2025 bei unter 0,3 Prozent und verstärken sich danach bis 2035 auf 0,4 Prozent.

Diese Entwicklung ist auf den künftigen Verlauf der Komponenten der Bevölkerungsbewegung zurückzuführen. Dies lässt sich anhand der Salden der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Differenz der Geburten und Sterbefälle) sowie der räumlichen

G 21 Bevölkerung 2000–2060



Bevölkerungsbewegung (Differenz der Zuzüge und Fortzüge) verdeutlichen: Das seit 1972 fast durchgängig bestehende Geburtendefizit wird von 2014 bis 2018 durch den in der Modellrechnung angenommenen Wanderungsgewinn übertroffen. Danach reicht die Nettozuwanderung nicht mehr aus, um das Geburtendefizit zu kompensieren.

Mittelfristig sinkt die Zahl der Geborenen von etwa 32 000 im Jahr 2013 um mehr als 14 Prozent auf knapp 27 400 Kinder im Jahr 2035. Ursächlich hierfür ist – unter der Annahme einer konstanten Geburtenrate von 1,4 Kindern je Frau – die rückläufige Zahl der potenziellen Mütter: Die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter von 15 bis 45 Jahren geht von 691 500 im Jahr 2013 auf etwa 589 600 im Jahr 2035 zurück (–15 Prozent). Andererseits hat das Vorrücken stärker besetzter Jahrgänge in ein höheres Lebensalter einen Anstieg der jährlichen Sterbefälle von etwa 45 500 im Jahr 2013 auf knapp 49 200 im Jahr 2035 zur Folge (+8 Prozent). Dieser „Schereneffekt“ bewirkt, dass das natürliche Defizit in der mittleren Variante bereits bis 2035 von derzeit 13 500 auf dann 21 800 ansteigen wird (+61 Prozent).

Weniger Geburten und mehr Sterbefälle führen zu größerem natürlichem Defizit

Neben den natürlichen Bewegungskomponenten beeinflusst das Wanderungsgeschehen die Bevölkerungszahl. Der künftige Wanderungssaldo ist durch die Annahmensetzung festgelegt. In der mittleren Variante wird – ausgehend von den im Stützzeitraum der Bevölkerungsvorausberechnung sehr stark gestiegenen Wanderungsgewinnen – für 2014 und 2015 ein Wanderungssaldo über die Landgrenze von 24 400 bzw. 24 000 Personen angenommen. Von 2016 bis 2021 geht der Wanderungsüberschuss auf jährlich 6 000 Personen zurück und verbleibt dann für den weiteren Zeitraum auf diesem Niveau. Dies bedingt – in Verbindung mit dem dargestellten Geburtendefizit – die beschriebene Entwicklung der Bevölkerungszahl: Bis 2018 gibt es Bevölkerungs-

Mittlere Variante: langfristig jährlicher Wanderungsüberschuss von 6 000 Personen

zuwächse, allerdings mit abnehmender Tendenz. Danach kommt es zu einem sich stetig vergrößernden Bevölkerungsrückgang, weil dann der Wanderungsüberschuss das bestehende Geburtendefizit nicht mehr ausgleichen kann.

Langfristige Bevölkerungsentwicklung bis 2060

Bevölkerungsrückgang bis 2060 zwischen elf und 23 Prozent

Im weiteren Verlauf wirken sich die unterschiedlichen Annahmensetzungen in den einzelnen Modellvarianten noch deutlicher aus. Bis zum Jahr 2060 geht die Bevölkerungszahl in Rheinland-Pfalz nach der unteren Variante um etwa 920 000 Menschen auf dann unter 3,1 Millionen zurück. Eine noch niedrigere Bevölkerungszahl wurde im Land lediglich 1950 registriert. Unter den Annahmen der oberen Variante gäbe es am Ende des Projektionszeitraums noch rund 3,55 Millionen Menschen, was einem Rückgang um etwa 440 000 Personen über den gesamten Zeitraum entspricht. Eine Bevölkerungszahl dieser Größenordnung wurde in der Vergangenheit 1964 beobachtet. Die sich insgesamt ergebende Bandbreite der relativen Veränderung gegenüber dem Jahr 2013 umfasst einen Rückgang zwischen 23 Prozent in der unteren Variante und elf Prozent in der oberen Variante.

Mittlere Variante: Bevölkerungszahl sinkt bis 2060 um 16 Prozent

Anhand der mittleren Variante soll auch hier die künftige Entwicklung ausführlicher dargestellt werden. Nach dieser Variante würden im Jahr 2060 in Rheinland-Pfalz noch etwa 3,37 Millionen Menschen leben. Das entspricht etwa der Bevölkerungszahl des Jahres 1959. Der Bevölkerungsrückgang beläuft sich über den gesamten Projektionszeitraum auf 627 000 Personen bzw. 16 Prozent. In diesen 47 Jahren entspricht das einer durchschnittlichen Abnahme von jährlich etwa 13 300 Personen bzw. 0,36 Prozent. Für den Zeitraum von 2035 bis 2060 kommt es zu durchschnittlichen Rückgängen von 19 000 Personen bzw. 0,53 Prozent. Nach dem Jahr 2035 steigen die jährlichen Abnahmeraten von zunächst 0,4 Prozent bis um das Jahr 2050 auf 0,6 Prozent und gehen anschließend geringfügig zurück.

Zahl der Geburten sinkt kontinuierlich während die Zahl der Sterbefälle zunächst steigt, langfristig aber sinkt

Auch diese Entwicklung erklärt sich aus dem errechneten Geburtendefizit und dem unterstellten Wanderungssaldo. Die Zahl der Geborenen sinkt im weiteren Verlauf der Projektion auf etwa 23 200 jährlich und liegt damit 2060 etwa 27 Prozent unter dem heutigen Wert von 32 000. Der Grund hierfür besteht – bei konstanter Geburtenrate – darin, dass die Zahl der Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahren auch langfristig beträchtlich abnimmt, und zwar bis 2060 um fast 200 000 auf nur noch 493 000 (–29 Prozent). Dieser Prozess verläuft kontinuierlich über den gesamten Projektionszeitraum. Die Zahl der jährlichen Sterbefälle steigt dagegen – vor allem wegen der ins höhere Lebensalter vorrückenden geburtenstarken Jahrgänge der 1950er- und 1960er-Jahre. Sie erreicht im Jahr 2048 ihren Höchstwert von etwa 51 500 und liegt damit um 5 900 höher als 2013 (+13 Prozent). Danach geht die Zahl der Sterbefälle bis zum Jahr 2060 wieder auf etwa 47 000 zurück, da die Altersjahrgänge mit der höchsten Sterblichkeit langfristig immer schwächer besetzt sind. Diese Entwicklung hat zur Folge, dass sich das natürliche Defizit bereits bis 2035 auf 21 800 erhöhen wird, danach bis 2050 auf sein Maximum von 26 500 steigt und anschließend bis 2060 wieder auf etwa 23 700 zurückgeht.

Diesem Geburtendefizit steht in der mittleren Variante der – annahmegemäß – langfristig unveränderte Wanderungsüberschuss von jährlich 6 000 Menschen gegenüber.

Folglich sinkt die Bevölkerungszahl zunächst auch nach dem Jahr 2035 immer stärker und erreicht ihre höchsten absoluten Rückgänge von über 20 000 Menschen um das Jahr 2050. Zum Ende des Projektionszeitraums schwächt sich die Schrumpfung der Bevölkerungszahl etwas ab, verbleibt aber auf hohem Niveau.

Stärkster Bevölkerungsrückgang um das Jahr 2050

Auswirkungen auf die Altersstruktur

Neben dem Bevölkerungsrückgang ergibt sich als bedeutsameres Problem die demografische Alterung der Gesellschaft. Die Altersstruktur verschiebt sich zugunsten der älteren und zulasten der jüngeren Bevölkerungsgruppen. Dies soll in erster Linie anhand der drei Hauptaltersgruppen (unter 20 Jahre, 20 bis 65 Jahre, 65 Jahre und älter) dargestellt werden. Diese Abgrenzung wurde gewählt, weil aktuell und auch in der Zukunft die unter 20-Jährigen in der Regel noch nicht, die über 65-Jährigen dagegen größtenteils nicht mehr erwerbstätig sind.

Untersuchung anhand der drei Hauptaltersgruppen

Im Anhang finden sich Tabellenübersichten mit Ergebnissen aller Modellvarianten für Rheinland-Pfalz sowie für die zwölf kreisfreien Städte, 24 Landkreise und fünf Planungsregionen. Neben den Bevölkerungszahlen für die Jahre 2035 und 2060 sind in diesen Tabellen außerdem Anteilswerte und auf das Basisjahr 2013 bezogene Messzahlen ausgewiesen. Als Ergänzung zu den drei Hauptaltersgruppen sind dort zusätzlich die Ergebnisse für zehn bedarfsorientiert abgegrenzte Altersgruppen aufgeführt.

Ergebnisübersichten im Tabellenanhang

Die Hauptaltersgruppe der unter 20-Jährigen ist fünfmal untergliedert. Die unter 3-Jährigen sowie die 3- bis 6-Jährigen haben einen Bedarf an Kindertagesstättenplätzen. Der Bedarf des Schulbereichs umfasst die 6- bis 10-Jährigen (Primarstufe), die 10- bis 16-Jährigen (Sekundarstufe I) sowie die 16- bis 20-Jährigen (Sekundarstufe II). Zudem haben die Jugendlichen und jungen Erwachsenen einen Bedarf an Ausbildungsplätzen. Die 45 Jahre umfassende Hauptaltersgruppe der erwerbsfähigen Personen ist in die drei Altersgruppen der 20- bis 35-Jährigen, der 35- bis 50-Jährigen sowie der 50- bis 65-Jährigen gegliedert. Diese Einteilung in jeweils 15 Altersjahre umfassende Gruppen ermöglicht einen schnellen Überblick über die künftige Altersstruktur des Erwerbspotenzials. Schließlich werden die Ergebnisse für die Hauptaltersgruppe der nicht mehr Erwerbstätigen für die Altersgruppen der 65- bis 80-jährigen („Junge Alte“) und der 80-jährigen und älteren Seniorinnen und Senioren („Hochbetagte“) getrennt nachgewiesen. Insbesondere in der Gruppe der über 80-Jährigen gibt es einen Bedarf an Pflegeplätzen.

Zehn bedarfsorientiert abgegrenzte Altersgruppen

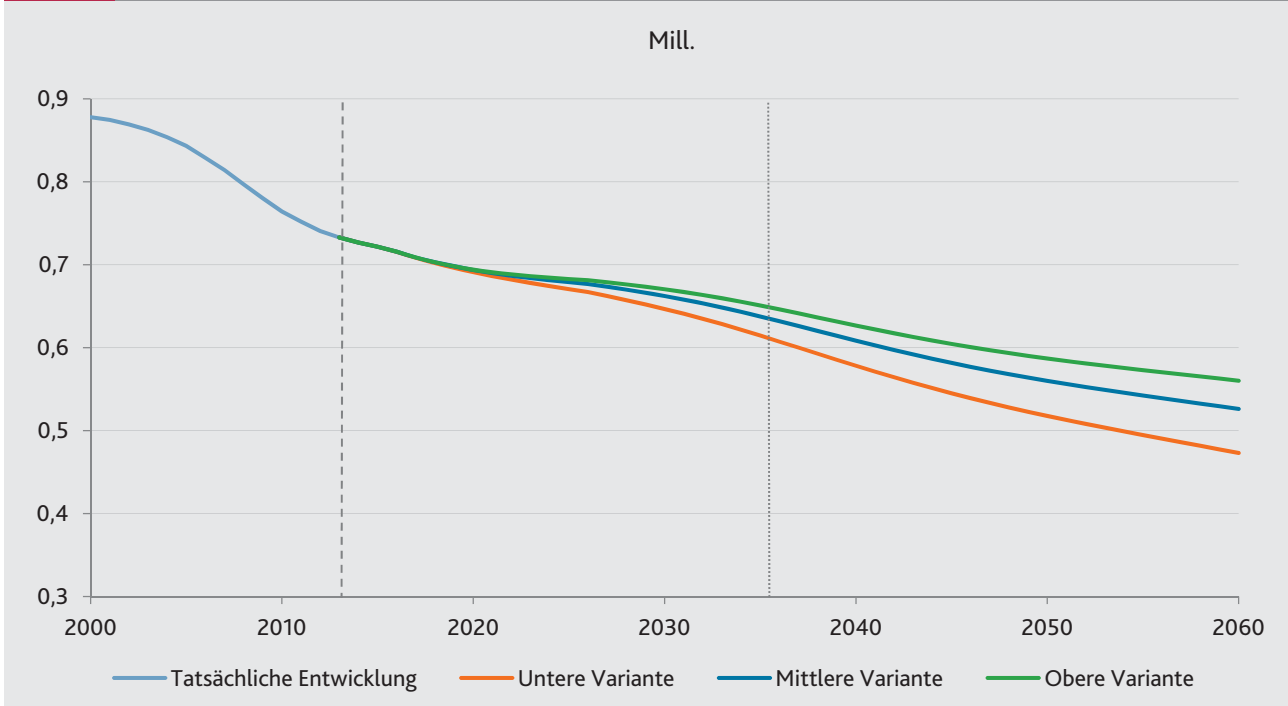
Mittelfristige Entwicklung bei den unter 20-Jährigen bis 2035

Die Zahl der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen sinkt bereits seit dem Jahr 2000. Diese Entwicklung wird sich nach den Berechnungen bis 2035 weiter fortsetzen. Gegenüber etwa 732 800 im Jahr 2013 werden dann nur noch 614 500 (untere Variante) bzw. 650 800 Menschen (obere Variante) im Alter von unter 20 Jahren in Rheinland-Pfalz leben. Das sind 118 300 bzw. 82 000 junge Menschen weniger als heute, was einem Rückgang um 16 bzw. elf Prozent entspricht.

Zahl der unter 20-Jährigen sinkt bis 2035 um elf bis 16 Prozent

Nach den Ergebnissen der mittleren Variante wird die Zahl der unter 20-Jährigen bis 2035 um 95 300 auf dann 637 500 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene abneh-

G 22 Bevölkerung im Alter von unter 20 Jahren 2000–2060



Mittlere Variante:
Zahl der unter
20-Jährigen geht
bis 2035 um
13 Prozent zurück

men. Diese Verringerung um 13 Prozent gegenüber 2013 verläuft dabei in den ersten Jahren des Projektionszeitraums nicht gleichmäßig. Zunächst sind bis 2020 jährliche Rückgänge von etwa 0,8 Prozent zu erwarten. Danach verringern sich die Abnahmeraten und liegen um 2025 bei 0,3 Prozent. Anschließend verstärkt sich der Rückgang wieder und beläuft sich im Jahr 2035 etwa auf 0,9 Prozent.

Sinkende Zahl der
Geborenen ...

Ursächlich hierfür ist die Entwicklung der Geborenenzahlen in den letzten Jahren. Zu Beginn der 90er-Jahre gab es wegen der stark besetzten Müttergeneration – als Folge der hohen Geburtenzahlen bis Ende der 60er-Jahre – und der verstärkten Zuwanderung nach Rheinland-Pfalz einen „kleinen Babyboom“ mit einem Höchststand von 42700 Geborenen im Jahr 1990. Tendenziell wurden danach von Jahr zu Jahr weniger Kinder geboren. Mit Ausnahme des Jahres 1995 gab es bis 1997 aber mehr als 40 000 Geborene. Trotz Zwischenjahren mit leichten Zuwächsen sank deren Zahl danach bis auf ihren Tiefststand von 30 900 Geborenen im Jahr 2009. Zuletzt erhöhte sie sich in den Jahren 2012 und 2013 auf 31200 bzw. 32000 Geborene. Für die Zukunft ist unter der Annahme der konstanten Geburtenrate in Verbindung mit einer zahlenmäßig schwächer besetzten Müttergeneration tendenziell von weiter sinkenden Geborenenzahlen auszugehen. Die aktuell hohe Zuwanderung führt allerdings bis um das Jahr 2020 dazu, dass die Zahl der Geborenen zunächst leicht steigt. Mittelfristig sinkt die Zahl der Geborenen danach aber auf etwa 27 400 Kinder im Jahr 2035.

... führt zu kontinuierlicher
Verkleinerung
der Altersgruppe der
unter 20-Jährigen

Daher ist jeder in die Altersgruppe „nachrückende“ Jahrgang – also die Neugeborenen des Jahres – jeweils kleiner als der „ausscheidende“ Jahrgang der dann 20-Jährigen. In der Folge wird deshalb die Altersgruppe stetig kleiner. Die unterschiedlichen Abnahmeraten werden von den jeweiligen Differenzen in den Besetzungszahlen der nach-

rückenden bzw. ausscheidenden Jahrgänge verursacht. Bei der Interpretation dieser Entwicklung ist zu berücksichtigen, dass sich erstmals 2033 – wenn die Geborenen des Basisjahres 2013 ihren 20. Geburtstag feiern – nur noch Personen in dieser Altersgruppe befinden, die im Rahmen der Bevölkerungsvorausberechnung projiziert wurden.

Mittelfristige Entwicklung bei den 20- bis 65-Jährigen bis 2035

Auch die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter sinkt mittelfristig stärker als die der Gesamtbevölkerung. Die Spannweite des Rückgangs beträgt zwischen 20 Prozent in der unteren und 15 Prozent in der oberen Variante. Bis 2035 würde demnach die Zahl der 20- bis 65-Jährigen von heute 2,44 Millionen auf dann etwa 1,94 bis 2,08 Millionen zurückgehen.

Zahl der 20- bis 65-Jährigen sinkt bis 2035 um 15 bis 20 Prozent

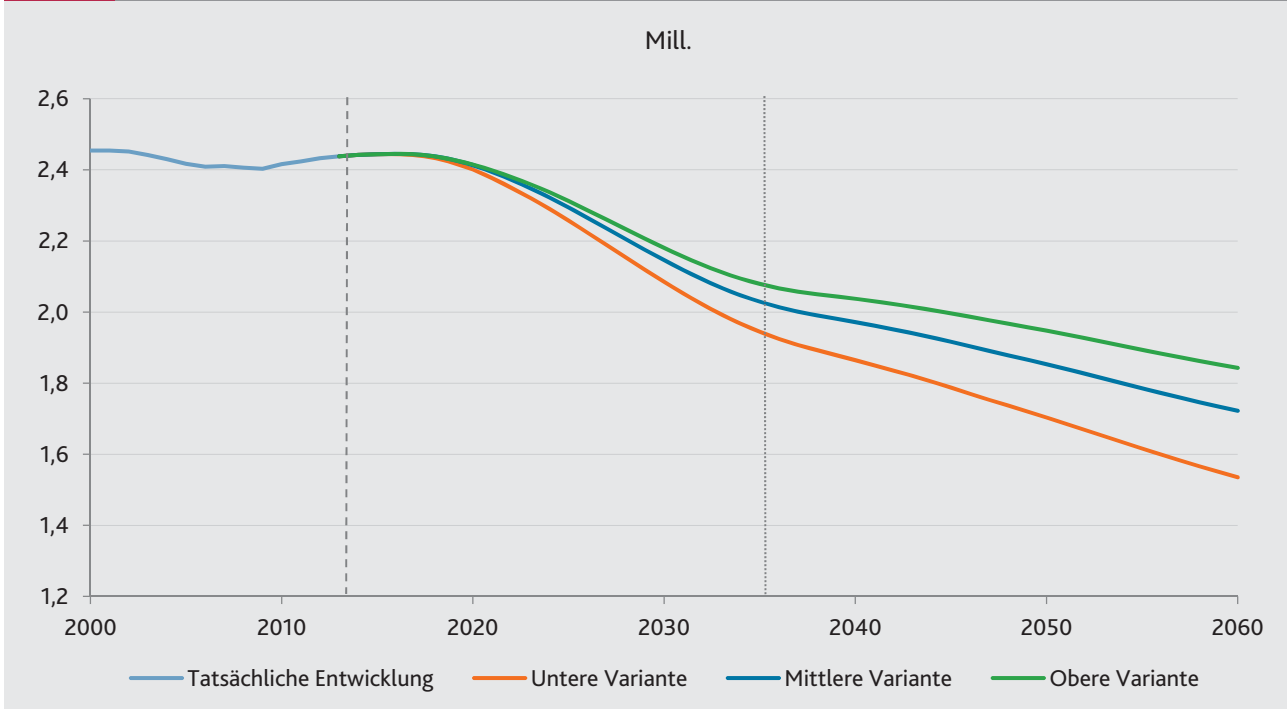
Unter den Annahmen der mittleren Variante ist bis 2035 mit einer Verringerung der Bevölkerung im Alter von 20 bis 65 Jahren um 17 Prozent zu rechnen; die Zahl der Erwerbsfähigen würde auf 2,03 Millionen Menschen sinken. Der Rückgang um 408 800 Personen in den nächsten 22 Jahren bedeutet rein rechnerisch eine durchschnittliche Abnahme um etwa 18 600 Personen jährlich (–0,8 Prozent). Der tatsächliche Verlauf wird sich allerdings anders darstellen. Bis zum Jahr 2016 sind wegen der hohen Nettozuzüge zunächst leicht steigende Besetzungszahlen in der Altersgruppe zu erwarten. Danach setzt auch hier ein Rückgang mit zunehmenden jährlichen Abnahmeraten ein. Ab 2024 werden diese mehr als ein Prozent betragen. Vor allem in den Jahren von 2025 bis 2031 wird sich der absolute Rückgang auf etwa 28 100 bis 30 200 Menschen belaufen. Die jährlichen Abnahmeraten betragen dann etwa 1,3 Prozent. Danach schwächt sich der Rückgang wieder ab. Im Jahr 2035 wird Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter nur noch um 17 800 bzw. 0,9 Prozent sinken.

Mittlere Variante: Zahl der 20- bis 65-Jährigen geht bis 2035 um 17 Prozent zurück

Die Ursache dieses Verlaufs liegt mittelfristig in der tatsächlichen Altersstruktur der Bevölkerung, wird aber kurzfristig durch die – annahmegemäß – hohen Wanderungsüberschüsse spürbar beeinflusst. Ohne diese Nettozuzüge über die Landesgrenze würde die Besetzungszahl vom ersten Projektionsjahr an sinken, da der in die Altersgruppe der 20- bis 65-Jährigen nachrückende Geburtsjahrgang 1994 im Basisjahr zahlenmäßig deutlich schwächer besetzt war als der in die Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren „ausscheidende“ Geburtsjahrgang 1949. Diese – rein aus der natürlichen Bevölkerungsentwicklung abgeleitete – theoretische Zahl der Erwerbsfähigen wird auch in der Zukunft immer kleiner, da die ausscheidenden Altersjahrgänge durchweg stärker besetzt sind als die nachrückenden. Dies gilt insbesondere für die Zeit nach 2025, wenn die geburtenstarken Jahrgänge von 1961 bis 1966 aus der Altersgruppe ausscheiden. Nach dem Jahr 2033 schwächt sich der Rückgang der Altersgruppenbesetzung deutlich ab. In den ersten Jahren der Vorausberechnung wird die beschriebene rückläufige Entwicklung durch die hohen Nettozuzüge zunächst überkompensiert und anschließend etwas abgeschwächt. Von den aus dem Bundesgebiet nach Rheinland-Pfalz zuziehenden Personen sind durchschnittlich 77 Prozent im Alter von 20 bis 65 Jahren. Von den Zuziehenden aus dem Ausland sind es sogar 82 Prozent. Zudem sind 17 bzw. 16 Prozent jünger als 20 Jahre und verstärken künftig ebenfalls die Altersgruppe der erwerbsfähigen Personen.

Besetzungszahl der nachrückenden und ausscheidenden Geburtsjahrgänge bestimmt Entwicklung der Altersgruppe

G 23 Bevölkerung im Alter von 20 bis unter 65 Jahren 2000–2060



Mittelfristige Entwicklung bei den 65-Jährigen und Älteren bis 2035

Zahl der 65-Jährigen und Älteren steigt bis 2035 um mehr als 40 Prozent

Im Gegensatz zu den beiden anderen Hauptaltersgruppen steigt die Zahl der 65-jährigen und älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger bis zum Jahr 2035 deutlich an. Während heute 823 400 Seniorinnen und Senioren in Rheinland-Pfalz leben, liegt die Zahl der über 65-Jährigen schon mittelfristig bei 1,167 (untere Variante) bzw. 1,179 Millionen (obere Variante). Dies entspricht einem Anstieg um 42 bzw. 43 Prozent. Bis zu diesem Zeitpunkt zeigen sich für die drei Modellvarianten nur geringfügige Unterschiede.

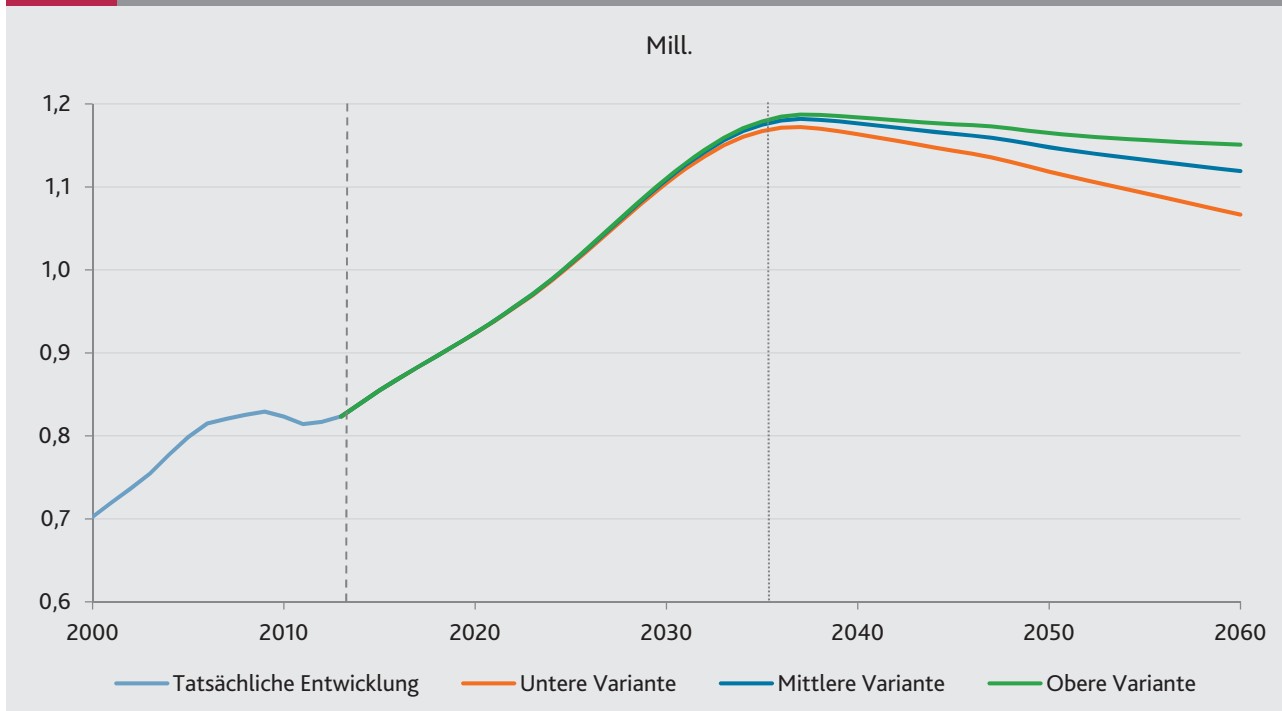
Mittlere Variante: Zahl der 65-Jährigen und Älteren nimmt bis 2035 um 43 Prozent zu

Aufgrund der gewählten Modellannahmen ist auch in der mittleren Variante bis zum Jahr 2035 mit einer Zunahme der nicht mehr erwerbstätigen Bevölkerung um 43 Prozent zu rechnen. Dies entspricht einem Anstieg um 351 400 auf dann 1,175 Millionen Seniorinnen und Senioren. Bei einer durchschnittlichen jährlichen Erhöhung um 16 000 Personen bzw. 1,6 Prozent verläuft die Entwicklung in dieser Altersgruppe gleichmäßiger als bei den jüngeren Hauptaltersgruppen. Die Steigerungsraten betragen anfänglich etwa 1,8 Prozent. Insbesondere für die Jahre 2024 bis 2029 sind jährliche Steigerungsraten von bis zu zwei Prozent zu erwarten. Absolut betrachtet bedeutet dies für diese Jahre eine durchschnittliche Erhöhung der Altersgruppenbesetzung von etwa 20 000 Personen. Für das Jahr 2035 ergibt sich nur noch ein Anstieg um 7 500 Seniorinnen und Senioren bzw. 0,6 Prozent.

Aktuelle Altersstruktur und Sterbefälle bestimmen Entwicklung der Altersgruppe

Eine Ursache der künftigen Besetzung dieser Altersgruppe liegt in der aktuellen Altersstruktur der Bevölkerung. Zusätzlich ist hier aber auch die Zahl der Sterbefälle der 65-Jährigen und Älteren zu berücksichtigen. Im Jahr 2013, dem Basisjahr der Modellrechnungen, entfielen etwa 85 Prozent der Gestorbenen auf die Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter. Dies wird unter den Annahmen der Modellrechnungen auch in

G 24 Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter 2000–2060



den nächsten Jahren so bleiben. Für die nahe Zukunft werden etwa 45 000 Gestorbene jährlich vorausberechnet; davon stammen demnach etwa 38 500 aus dieser Altersgruppe. Die Zahl des 2014 neu in die obere Altersgruppe aufrückenden Geburtsjahrgangs 1949 ist mit fast 52 000 dagegen deutlich höher. Dies führt zu dem beschriebenen Anstieg der Altersgruppenbesetzung. Ab 2020 kommt es sogar zu einem sich beschleunigenden Anstieg, weil dann sukzessive die geburtenstarken Jahrgänge in die Gruppe der 65-Jährigen und Älteren vorrücken. Ab dem Jahr 2030 schwächt sich der Anstieg wieder deutlich ab. Zum einen werden die nachrückenden Geburtsjahrgänge kontinuierlich kleiner, zum anderen entfallen dann auf die Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren etwa 90 Prozent der Gestorbenen. Bei etwa 49 000 Gestorbenen stammen dann mehr als 44 000 aus dieser Altersgruppe.

Langfristige Entwicklung bei den unter 20-Jährigen bis 2060

Die rückläufige Entwicklung wird sich bei der Zahl der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen auch langfristig bis zum Jahr 2060 fortsetzen. Nach den Berechnungen werden gegenüber etwa 732 800 im Jahr 2013 dann nur noch 473 100 (untere Variante) bzw. 560 200 Menschen (obere Variante) im Alter von unter 20 Jahren im Land leben. Das sind 259 800 bzw. 172 600 junge Menschen weniger als heute, was einem Rückgang um 35 bzw. 24 Prozent entspricht.

Zahl der unter 20-Jährigen sinkt bis 2060 um 24 bis 35 Prozent

Nach den Ergebnissen der mittleren Variante wird die Zahl der unter 20-Jährigen vom Basisjahr 2013 bis zum Jahr 2060 um 206 700 auf 526 100 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene abnehmen. Der Rückgang über den gesamten Zeitraum beträgt 28 Prozent. Nach dem Jahr 2035 kommt es zu einer Verringerung der Besetzungszahl in der

Mittlere Variante: Zahl der unter 20-Jährigen sinkt bis 2060 um 28 Prozent

Altersgruppe um fast 111 400 Personen bzw. 17 Prozent. Die sich während dieser 25 Jahre ergebenden, rückläufigen jährlichen Abnahmeraten von 0,9 bis 0,6 Prozent folgen – wegen der als konstant angenommenen Geburtenrate – in erster Linie der sinkenden Zahl der potenziellen Mütter zwischen 15 und 45 Jahren um 97 800 bzw. 16 Prozent. Darüber hinaus wird die Entwicklung aber auch von dem künftigen Wanderungsgeschehen beeinflusst.

Langfristige Entwicklung bei den 20- bis 65-Jährigen bis 2060

Zahl der 20- bis 65-Jährigen sinkt bis 2060 um 24 bis 37 Prozent

Auch in der langfristigen Betrachtung sinkt die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter zunehmend stärker als die Gesamtbevölkerungszahl. Bis 2060 wird sich die Zahl der 20- bis 65-Jährigen gegenüber 2013 deutlich verringern. Die Spannweite des Rückgangs beträgt zwischen 37 Prozent in der unteren und 24 Prozent in der oberen Variante. Für das Jahr 2060 wären demnach etwa 1,53 bis 1,84 Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter zu erwarten.

Mittlere Variante: Zahl der 20-bis 65-Jährigen geht bis 2060 um 29 Prozent zurück

Unter den Annahmen der mittleren Variante ist bis 2060 mit einer Verringerung der Bevölkerung im Alter von 20 bis 65 Jahren um etwa 716 000 Menschen bzw. 29 Prozent zu rechnen; die Zahl der Erwerbsfähigen würde von 2,44 auf 1,72 Millionen Personen sinken. Wird der mittelfristige Betrachtungszeitraum als Bezug gewählt, so geht die Zahl der 20- bis 65-Jährigen in den Jahren von 2035 bis 2060 um rund 307 200 Erwerbsfähige bzw. 15 Prozent zurück. In diesen 25 Jahren sinkt die Besetzung der Altersgruppe kontinuierlich mit Abnahmeraten von zunächst 0,8 Prozent. Diese verringern sich allmählich und erreichen ihre niedrigsten Werte von 0,5 Prozent in den Jahren um 2040. Dies ist der Zeitraum, in dem die geburtenschwachen Jahrgänge aus Mitte der 70er-Jahre in das Rentenalter vorrücken und die Altersgruppe verlassen. Danach steigen die jährlichen Abnahmeraten wieder leicht an und pendeln sich auf einem Niveau von etwa 0,7 Prozent ein.

Langfristige Entwicklung bei den 65-Jährigen und Älteren bis 2060

Zahl der 65-Jährigen und Älteren steigt bis 2060 um 30 bis 40 Prozent

Über den gesamten Zeitraum bis 2060 erhöht sich die Zahl der 65-jährigen und älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger sehr deutlich. Während heute 823 400 Seniorinnen und Senioren in Rheinland-Pfalz leben, liegt die Zahl der über 65-Jährigen schon nach den Berechnungen der unteren Variante bei 1,07 Millionen. In der oberen Variante würde die Zahl der nicht mehr Erwerbstätigen sogar auf 1,15 Millionen steigen. Der relative Anstieg würde demnach zwischen 30 und 40 Prozent betragen.

Mittlere Variante: Zahl der 65-Jährigen und Älteren nimmt bis 2060 um 36 Prozent zu

In der mittleren Variante ist bis 2060 mit einer Zunahme in der Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren um 36 Prozent zu rechnen. Dies entspricht einem Anstieg um 295 700 auf dann fast 1,12 Millionen Seniorinnen und Senioren. Gegenüber dem Jahr 2035 kommt es allerdings langfristig zu einem Rückgang um 55 700 Menschen bzw. 4,7 Prozent. Zunächst gibt es bis zum Jahr 2037 noch jährliche Zuwachsraten der Altersgruppe, die von 0,4 auf 0,2 Prozent sinken. Die Ursache dieser Entwicklung wurde bereits bei der mittelfristigen Betrachtung erklärt: Nach 2030 verringert sich der Anstieg, da immer schwächer besetzte Altersjahrgänge in die Altersgruppe aufrücken. Diese

übertreffen allerdings anfangs noch die Zahl der Sterbefälle aus dieser Altersgruppe. Ab 2038 kehrt sich die Entwicklung um. Dann überwiegen die Sterbefälle und die Besetzung der Altersgruppe sinkt bis zum Projektionshorizont leicht.

Demografische Alterung

Ein optischer Eindruck des mittel- und langfristigen gesellschaftlichen Alterungsprozesses – der demografischen Alterung – lässt sich durch einen Vergleich der Bevölkerungspyramiden auf der Grundlage der mittleren Variante der Modellrechnungen für die Jahre 2035 und 2060 gewinnen. Die Bevölkerungspyramide zeigt den Altersaufbau einer Bevölkerung, getrennt nach Männern und Frauen. In der Pyramide des Jahres 2035 sind an der breitesten Stelle immer noch die geburtenstarken Jahrgänge der 60er-Jahre erkennbar. Diese sowie die geburtenschwachen Jahrgänge Mitte der 70er-Jahre prägen die künftige Entwicklung der Altersgruppen der 20- bis 65-Jährigen sowie im weiteren Verlauf der 65-Jährigen und Älteren. Ähnlich markante und deutlich identifizierbare Altersjahrgänge kann es künftig im Rechenmodell aufgrund der gewählten Annahmen, die zu einer Verstetigung der Entwicklung führen, nicht mehr geben. In der Realität ist allerdings auch für die Zukunft zu erwarten, dass die Bevölkerungspyramiden nicht so „glatt geschliffen“ aussehen, wie dies beispielsweise für das Jahr 2060 der Fall ist, sondern auch durch singuläre Ereignisse geprägt sein werden.

Besonders deutlich werden die künftigen Veränderungen im Altersaufbau, wenn die jeweiligen Anteile der Hauptaltersgruppen an der Bevölkerung verglichen werden. Im Basisjahr der Modellrechnungen gab es in Rheinland-Pfalz folgende Konstellation: Von 100 Personen waren 18 jünger als 20 Jahre, 21 waren 65 Jahre und älter. Die übrigen 61 Personen standen dementsprechend im Alter von 20 bis 65 Jahren.

Dies wird sich bereits in den nächsten Jahren deutlich ändern. Der Anteil der unter 20-Jährigen sinkt mittelfristig bis 2035 um 1,7 Prozentpunkte auf knapp 17 Prozent. Die Altersgruppe der Erwerbsfähigen zwischen 20 und 65 Jahren nimmt im gleichen Zeitraum um 8,2 Prozentpunkte auf dann rund 53 Prozent ab. Dagegen steigt der Anteil der 65-Jährigen und Älteren um zehn Prozentpunkte auf fast 31 Prozent im Jahr 2035.

Langfristig kommt es zu einer deutlicheren Änderung der Altersstruktur zugunsten der älteren und zulasten der jüngeren Bevölkerungsgruppen. Der Anteil der unter 20-Jährigen sinkt bis zum Jahr 2060 um einen weiteren Prozentpunkt. Der Rückgang des Bevölkerungsanteils der 20- bis 65-Jährigen ist voraussichtlich etwas stärker. Dieser sinkt nach 2035 um weitere 1,7 Prozentpunkte. Folglich kommen 2060 auf 100 Personen nur noch rund 16 unter 20-Jährige und 51 Personen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren. Dagegen steigt der Anteil der Seniorinnen und Senioren an der Bevölkerung – trotz des ab 2038 einsetzenden leichten absoluten Rückgangs – auch langfristig. Im Jahr 2060 wird ein Drittel der rheinland-pfälzischen Bevölkerung 65 Jahre oder älter sein.

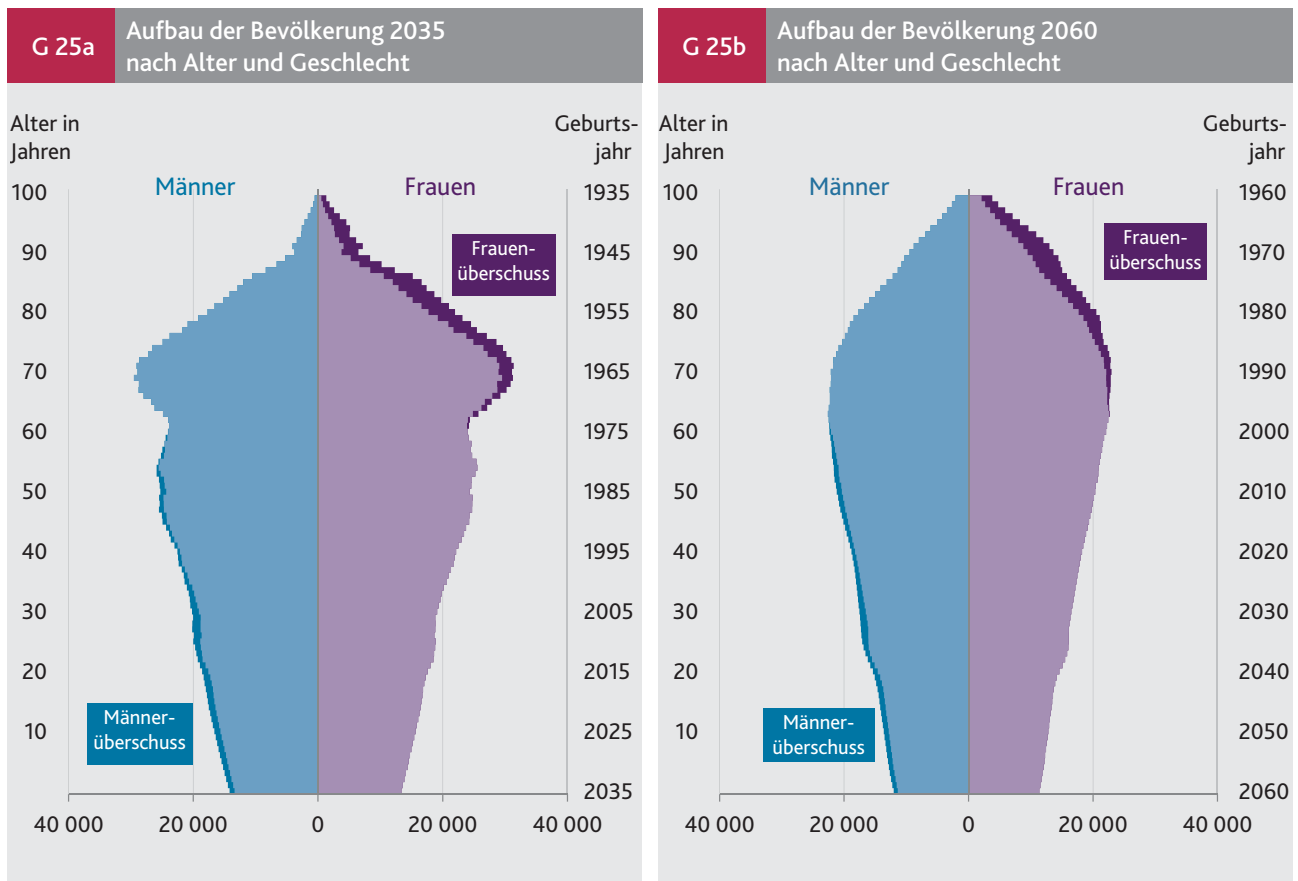
Eine demografische Kennziffer, die das Ausmaß des Alterungsprozesses kompakt in einer Zahl verdeutlicht, ist das sogenannte Medianalter. Das Medianalter ist ein Durchschnittsalter. Es teilt die Bevölkerung in zwei gleich große Gruppen – die eine Gruppe ist jünger und die andere älter als das Medianalter. Im Jahr 2013 lag das Medianalter bei

Bevölkerungs-
pyramiden
2035 und 2060
veranschaulichen
künftige Alters-
struktur

Anteil der
20- bis 65-Jährigen
sinkt von heute
61 Prozent ...

... bis 2035 auf
53 Prozent

Langfristig ist etwa
jede bzw. jeder Dritte
65 Jahre oder älter



Medianalter steigt langfristig von 46 auf 52 Jahre

46 Jahren. Bereits mittelfristig, also bis zum Jahr 2035, wird es um vier Jahre höher bei 50 Jahren liegen. Nach den Ergebnissen der mittleren Variante ist bis zum Jahr 2060 mit einem Anstieg auf 52 Jahre zu rechnen. Über den gesamten Projektionszeitraum der Bevölkerungsvorausberechnung wird das Medianalter damit um etwa sechs Jahre steigen.

Jugendquotient ändert sich über den gesamten Projektionszeitraum nur geringfügig

Der Jugend- und der Altenquotient werden vor allem deshalb berechnet, um einen Eindruck von den ökonomischen Lasten des demografischen Wandels zu bekommen. Die Wirtschaftsleistung wird in erster Linie von den 20- bis 65-Jährigen erbracht. Sie stellen überwiegend das Arbeitskräftepotenzial. Der Jugendquotient bezieht die Zahl der unter 20-Jährigen auf die Zahl der 20- bis 65-Jährigen. Dieser Quotient gibt also an, wie viele (in der Regel) noch nicht Erwerbstätige auf 100 Erwerbsfähige kommen. Ausgehend von einem Wert von 30 im Jahr 2013 sinkt der Jugendquotient in der mittleren Variante geringfügig bis zu seinem Tiefststand von unter 29 um das Jahr 2020. Danach steigt er mittelfristig bis 2035 wieder leicht auf einen Wert von über 31. Ab dem Jahr 2040 bis zum Ende des Projektionshorizonts 2060 verringert sich der Jugendquotient wieder auf unter 31. Im Jahr 2060 kommen auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter 31 noch nicht Erwerbstätige.

Altenquotient steigt mittelfristig von heute 34 auf 58 ...

Der Altenquotient bezieht die Zahl der 65-Jährigen und Älteren, die in der Regel nicht mehr erwerbstätig sind, auf die Zahl der 20- bis 65-Jährigen. Der Altenquotient lag 2013 bei einem Wert von 34. Bereits 2007 übertraf er erstmals seit der Gründung des Landes den Jugendquotienten. Nach den Ergebnissen der mittleren Variante wird dies über den gesamten Vorausberechnungszeitraum – mit stetig wachsendem Abstand –

T 2 Altersstruktur der Bevölkerung, Jugend-, Alten- und Gesamtquotient¹ sowie Medianalter 2013–2016

Jahr ²	Bevölkerung				JQ ₂₀₋₆₅	AQ ₂₀₋₆₅	GQ ₂₀₋₆₅	Medianalter ³
	Insgesamt	Alter in Jahren						
		unter 20	20 – 65	65 und älter				Jahre
Anzahl	Anteile in %							
2013	3 994 366	18,3	61,0	20,6	30,1	33,8	63,8	46
2015	4 020 552	17,9	60,8	21,3	29,5	35,0	64,5	46
2020	4 031 085	17,2	59,9	22,9	28,7	38,3	67,0	47
2025	3 981 201	17,1	57,6	25,3	29,6	43,9	73,5	48
2030	3 916 834	16,9	54,8	28,3	30,9	51,6	82,5	49
2035	3 841 610	16,6	52,8	30,6	31,4	57,9	89,3	50
2040	3 756 759	16,2	52,5	31,3	30,9	59,7	90,5	50
2045	3 662 154	15,9	52,3	31,8	30,3	60,7	91,1	51
2050	3 561 088	15,7	52,0	32,2	30,2	61,9	92,1	51
2055	3 460 338	15,7	51,6	32,7	30,4	63,4	93,8	51
2060	3 367 364	15,6	51,1	33,2	30,6	65,0	95,5	52

1 Unter 20-Jährige bzw. 65-Jährige und Ältere je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren. – 2 Für 2013: Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung Zensus 2011, ab 2015: Ergebnisse der Modellrechnungen (mittlere Variante). – 3 Das Medianalter teilt die Bevölkerung in zwei gleich große Gruppen: 50 Prozent sind jünger, 50 Prozent sind älter.

auch so bleiben. Aufgrund der beschriebenen Entwicklung in den Hauptaltersgruppen steigt der Altenquotient mittelfristig bis 2035 bereits um 24 Punkte auf etwa 58. Die höchsten Zunahmen sind um das Jahr 2030 zu erwarten. Langfristig schwächen sich die Zuwächse ab, der Altenquotient steigt aber kontinuierlich weiter und liegt 2060 bei einem Wert von 65. Auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter kommen langfristig also 65 nicht mehr Erwerbstätige.

... und langfristig auf 65

Einen interessanten Aspekt legt zusätzlich die Betrachtung des Gesamtquotienten offen. Dieser gibt an, wie viele Nichterwerbstätige auf 100 erwerbsfähige Personen kommen. Da es sich beim Gesamtquotienten um die Summe des Jugend- und des Altenquotienten handelt, erklärt sich die künftige Entwicklung aus deren jeweiligen Verläufen. Ausgehend von einem Wert von 64 im Jahr 2013 steigt der Gesamtquotient in der mittleren Variante kontinuierlich bis 2035 auf einen Wert von 89. Die jährlichen Zuwächse schwächen sich zwar bereits ab 2030 ab, es kommt aber bis zum Ende des Projektionszeitraums zu einer weiteren Erhöhung bis auf einen Gesamtquotienten von 96. Im Jahr 2060 kommen auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter fast genauso viele noch nicht bzw. nicht mehr Erwerbstätige.

Langfristig fast genauso viele Nichterwerbstätige wie Personen im erwerbsfähigen Alter

Alternative Abgrenzung der Hauptaltersgruppen

Bei der Kommentierung der Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnung wurde für die Untersuchung der demografischen Alterung die Grenze zwischen den beiden oberen Altersgruppen bei 65 Jahren gesetzt. Für die so abgegrenzten drei Hauptaltersgruppen (unter 20 Jahre, 20 bis unter 65 Jahre, 65 Jahre und älter) ergeben sich die beschriebenen mittel- und langfristigen Verläufe. Seit 2012 steigt das gesetzliche Renteneintrittsalter stufenweise bis 2029 von 65 auf 67 Jahre. Alternativ zu der bisherigen Darstellung

Renteneintrittsalter beeinflusst Abgrenzung der Hauptaltersgruppen

T 3 Personen im erwerbsfähigen Alter bei unterschiedlicher Altersabgrenzung 2013–2060

Jahr ¹	Alter in Jahren		Erhöhung der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter durch die Abgrenzung 20 – 67 Jahre gegenüber 20 – 65 Jahre	
	20 – 65	20 – 67	Anzahl	%
2013	2 438 087	2 522 318	84 231	3,5
2015	2 443 986	2 546 839	102 853	4,2
2020	2 413 778	2 520 604	106 826	4,4
2025	2 294 553	2 416 870	122 317	5,3
2030	2 146 382	2 275 021	128 639	6,0
2035	2 029 238	2 141 029	111 791	5,5
2040	1 971 767	2 063 881	92 114	4,7
2045	1 916 518	2 011 225	94 707	4,9
2050	1 853 367	1 946 823	93 456	5,0
2055	1 785 391	1 879 347	93 956	5,3
2060	1 722 083	1 811 872	89 789	5,2

¹ Für 2013: Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung Zensus 2011, ab 2015: Ergebnisse der Modellrechnungen (mittlere Variante).

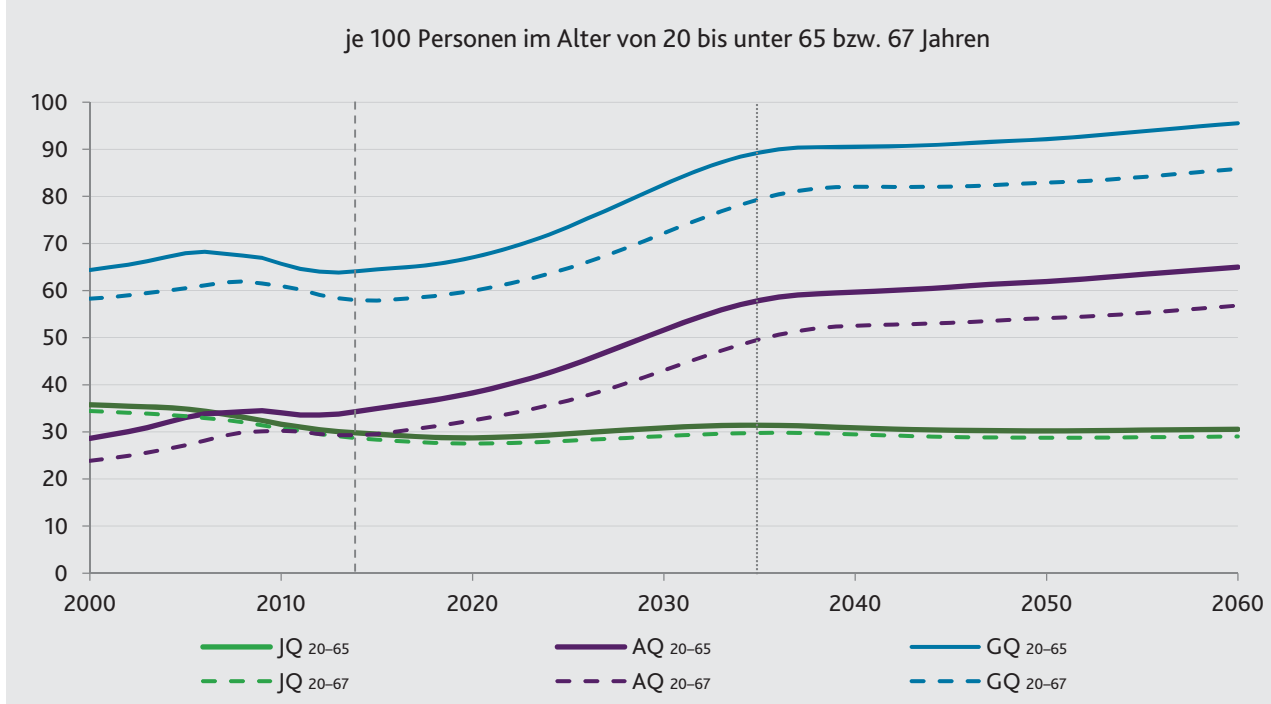
Neuabgrenzung der Hauptaltersgruppen führt zu höherer Zahl an Erwerbstätigen

soll daher untersucht werden, wie sich diese Erhöhung des Renteneintrittsalters auf die Zahl der erwerbsfähigen Personen sowie auf den Jugend-, Alten- und Gesamtquotienten auswirken würde. Daher werden die drei Hauptaltersgruppen entsprechend angepasst (unter 20 Jahre, 20 bis unter 67 Jahre, 67 Jahre und älter). Die im Juli 2014 in Kraft getretene Regelung, dass besonders langjährig Versicherte, die mindestens 45 Jahre in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert waren, schon mit 63 Jahren ohne Abschläge in Rente gehen können, wird an dieser Stelle nicht weiter untersucht. Diese Regelung betrifft in vollem Umfang lediglich die Geburtsjahrgänge bis 1952, danach wird das Renteneintrittsalter stufenweise angehoben. Personen, die ab 1964 geboren wurden, können diese Rentenart erst wieder mit 65 Jahren erhalten.

Zuwachs an Erwerbstätigen durch Geburtsjahrgänge 1963 und 1964 im Jahr 2029 am höchsten

Die Frage, wie sich die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter bei einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit verändern würde, lässt sich auf den ersten Blick leicht beantworten: Wird die Zeitspanne der Erwerbsfähigkeit um zwei von 45 auf 47 Jahre ausgedehnt, vergrößert sich – rein rechnerisch – die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter um die Angehörigen von zwei Altersjahrgängen bzw. – bei gleich stark besetzten Jahrgängen – um 4,4 Prozent. Da die Altersjahrgänge aber teilweise sehr unterschiedlich besetzt sind, kann die tatsächliche Zunahme der potenziellen Arbeitskräfte deutlich variieren. Im Jahr 2013 betrifft die unterschiedliche Abgrenzung die Geburtsjahrgänge 1947 und 1948. Da diese Jahrgänge vergleichsweise schwach besetzt sind, beträgt der „Gewinn“ an Erwerbsfähigen nur 3,5 Prozent. Immerhin handelt es sich aber um 84 200 Personen im Alter von 65 und 66 Jahren. In den folgenden Jahren werden nach und nach immer stärker besetzte Jahrgänge in diese Altersgruppe nachrücken. Im Jahr 2020 entspricht die Erhöhung mit 4,4 Prozent genau dem theoretischen Durchschnitt. Die betroffenen Altersjahrgänge 1954 und 1955 umfassen dann bereits etwa 107 000 zusätzliche erwerbsfähige Personen. Das Maximum wird im Jahr 2029 erreicht. Dann stellen die geburtenstarken Altersjahrgänge 1963 und 1964 mehr als 130 000 zusätzliche

G 26

Jugend-, Alten- und Gesamtquotient bei unterschiedlicher Altersabgrenzung 2000–2060
(mittlere Variante)

Erwerbsfähige. Damit übertrifft die Altersgruppe der 20- bis 67-Jährigen die der 20- bis 65-Jährigen um sechs Prozent. Nach einem zwischenzeitlichen Rückgang bis zum Jahr 2040 auf 4,7 Prozent – aufgrund der geburtenschwachen Jahrgänge 1974 und 1975 – steigt die Relation bis zum Projektionshorizont im Jahr 2060 wieder an. Langfristig beträgt der relative „Gewinn“ an Personen im erwerbsfähigen Alter etwa fünf Prozent.

Mit der alternativen Abgrenzung der Hauptaltersgruppen liegt der Jugendquotient JQ_{20-67} durchgängig unter dem Wert der für die Untersuchung gewählten Abgrenzung (JQ_{20-65}). Die geringsten Differenzen ergeben sich im Jahr 2013 mit einem Punkt. Die größten Unterschiede gibt es mit 1,7 bzw. 1,8 Punkten um das Jahr 2030. Der Jugendquotient JQ_{20-67} liegt dann bei 29, in der Abgrenzung JQ_{20-65} dagegen bei 31. Langfristig fällt die Differenz mit 1,5 Punkten bis zum Jahr 2060 nur geringfügig niedriger aus. Auch die absoluten Werte der Jugendquotienten ändern sich langfristig kaum.

Neuabgrenzung der Hauptaltersgruppen ändert den Jugendquotienten kaum ...

Beim Altenquotienten fallen die Differenzen deutlich stärker aus. Auch hier zeigen sich die größten Unterschiede mit knapp neun Punkten um das Jahr 2032. Der Altenquotient AQ_{20-67} läge dann bei 46, der Altenquotient AQ_{20-65} schon fast bei 55. Langfristig bleibt der Abstand mit etwa acht Punkten im Jahr 2060 auf diesem Niveau (AQ_{20-67} : 57; AQ_{20-65} : 65). Für den Gesamtquotienten werden folglich ebenfalls um das Jahr 2032 die größten Differenzen von über zehn Punkten errechnet (GQ_{20-67} : 75; GQ_{20-65} : 86). Dieser Abstand bleibt langfristig auf diesem hohen Niveau. Der Gesamtquotient GQ_{20-67} beläuft sich im Jahr 2060 auf 86; in der Abgrenzung GQ_{20-65} wäre ein Wert von 96 zu erwarten.

... führt aber zu niedrigeren Alten- und Gesamtquotienten

Unterschiede zwischen der vierten und der dritten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung

Die Ergebnisse der vierten Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2013) liegen durchgängig deutlich oberhalb der Ergebnisse der dritten Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010). Diese Entwicklung gilt für alle drei Modellvarianten und soll hier anhand der mittleren Variante erläutert werden.

Bevölkerungszahl der vierten Vorausberechnung für 2035 ist um 157 000 Personen höher

Unter den Annahmen der mittleren Variante würde sich die Bevölkerungszahl von 2013 bis 2035 von knapp 3,994 auf 3,842 Millionen Menschen verringern. Das entspricht einem Rückgang um 152 800 Personen bzw. 3,8 Prozent. Dagegen wurde bei der dritten Bevölkerungsvorausberechnung für den mittelfristigen Zeitraum ein Rückgang von 3,986 auf 3,685 Millionen Menschen vorausberechnet. Das entspricht einem Rückgang um 301 400 Personen bzw. 7,6 Prozent. Damit liegt bei der vierten Bevölkerungsvorausberechnung die Bevölkerungszahl für das Jahr 2035 um 157 000 Personen höher.

Bevölkerungszahl der vierten Vorausberechnung für 2060 ist um 180 000 Personen höher

Bis zum Jahr 2060 vergrößern sich diese Ergebnisabweichungen. Dann beträgt in der mittleren Variante die Einwohnerzahl nach der neuen Projektion 3,37 Millionen (–627 000 Personen bzw. –16 Prozent). Bei der dritten Bevölkerungsvorausberechnung wurde bis zum Projektionshorizont ein Rückgang auf 3,19 Millionen erwartet (–800 000 Personen bzw. –20 Prozent). Damit liegt bei der vierten Bevölkerungsvorausberechnung die Bevölkerungszahl für das Jahr 2060 um etwa 180 000 Personen höher.

Unterschiede sind in erster Linie auf die geänderten Wanderungsannahmen, ...

Der Grund für diese Differenz ist größtenteils auf die geänderten Modellannahmen zum künftigen Wanderungsgeschehen zurückzuführen. Wie bereits in Kapitel IV „Annahmen der Bevölkerungsvorausberechnung“ beschrieben, liegen die in der vierten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung festgelegten Wanderungsannahmen aufgrund der aktuellen Entwicklung deutlich oberhalb der Annahmen der dritten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung. Dort wurde für die mittlere Variante ein konstanter Wert von +4 000 angenommen. Die jetzt angenommenen hohen Wanderungssalden – insbesondere für die Jahre 2014 bis 2020 – führen allein in diesen ersten sieben Projektionsjahren in der mittleren Variante gegenüber der dritten Bevölkerungsvorausberechnung zu einem zusätzlichen kumulierten Wanderungsüberschuss von etwa 95 000 Personen. Ab 2021 übertreffen die neuen Wanderungssalden die der alten Berechnung bis zum Projektionshorizont – also über einen Zeitraum von 40 Jahren – um jährlich 2 000 Personen. Bis zum Jahr 2035 beträgt der zusätzliche kumulierte Wanderungsüberschuss demnach 125 000 Personen, bis zum Jahr 2060 entsprechend 175 000 Personen.

... aber auch auf die höhere Bevölkerung des Basisjahres ...

Darüber hinaus liegt die Bevölkerungszahl des Basisjahres 2013 um etwa 8 000 Personen höher als in der dritten Bevölkerungsvorausberechnung projiziert. Einerseits war die Nettozuwanderung in den Jahren 2012 und 2013 in der Summe um etwa 17 000 Personen höher als angenommen, andererseits führte die durch den Zensus 2011 bedingte Bestandskorrektur zu einer um etwa 9 000 Personen niedrigeren Bevölkerungszahl.

... sowie die Auswirkungen auf die Zahl künftiger Geburten und Sterbefälle zurückzuführen

Schließlich ergeben sich in der Zukunft Auswirkungen auf die Altersstruktur sowie auf die Komponenten der natürlichen Bevölkerungsentwicklung, obwohl sich die Annahmen zur Entwicklung der Geburtenrate und des Anstiegs der Lebenserwartung gegenüber der dritten Bevölkerungsvorausberechnung nicht geändert haben.

Die kumulierte Zahl der Geborenen wird in der mittleren Variante der vierten Bevölkerungsvorausberechnung bis 2035 etwa um 23 000 sowie bis 2060 um 52 000 höher sein. Dagegen liegt die kumulierte Zahl der Gestorbenen bis zum Jahr 2035 etwa um 1 000 niedriger sowie bis zum Jahr 2060 um knapp 54 000 höher als bei der dritten Bevölkerungsvorausberechnung. Beide Entwicklungen lassen sich durch die wanderungsbedingt höhere Bevölkerungszahl erklären. Die über die Landesgrenze zuziehenden Personen sind durchschnittlich jünger als die ansässige Bevölkerung. Etwa die Hälfte ist im Alter von 18 bis 35 Jahren, das Medianalter liegt bei 30 Jahren. Das führt in der Folge unmittelbar zu höheren Geburtenzahlen. Der Einfluss auf die Zahl der Gestorbenen wirkt sich dagegen erst langfristig aus, da sich die zusätzliche Bevölkerung ganz überwiegend in Altersjahren mit einem geringen Sterberisiko befindet. In den ersten Jahren überwiegt noch ein weiterer Aspekt: Von der Bestandskorrektur der Bevölkerungszahl nach dem Zensus waren in erster Linie Personen in einem Alter von 80 Jahren und älter betroffen, die einem höheren Sterberisiko unterliegen. Da diese Personen nicht mehr in der Ausgangsbevölkerung des Basisjahres 2013 enthalten sind, kommt es in den ersten Projektionsjahren trotz steigender Bevölkerungszahl sogar zu weniger Sterbefällen, als dies bei der dritten Bevölkerungsvorausberechnung der Fall war.

Zahl der Geborenen deutlich höher; Zahl der Gestorbenen mittelfristig niedriger, langfristig aber höher

Trotz der durchgängig höheren Bevölkerungszahl ist die Auswirkung der höheren Zuwanderung auf die Altersstruktur nur sehr gering. Nach der vierten Bevölkerungsvorausberechnung wird sich das Medianalter bis 2035 von heute 46 auf dann 50 Jahre erhöhen und bis 2060 auf 52 Jahre steigen. Bei der dritten Bevölkerungsvorausberechnung lagen die künftigen Werte jeweils um ein Jahr niedriger.

Höhere Bevölkerungszahl hat kaum Auswirkungen auf das Medianalter, ...

Bei der dritten Bevölkerungsvorausberechnung ergab sich für die Anteile der Hauptaltersgruppen an der Bevölkerung für das Jahr 2035: 16,4 Prozent jünger als 20 Jahre, 52,6 Prozent zwischen 20 und 65 Jahren sowie 31 Prozent 65 Jahre und älter. Bei der vierten Bevölkerungsvorausberechnung sind die Anteile nahezu identisch: 16,6 Prozent jünger als 20 Jahre, 52,8 Prozent zwischen 20 und 65 Jahren sowie 30,6 Prozent 65 Jahre und älter. Dies ändert sich auch bei der langfristigen Betrachtung kaum. Die Anteilswerte für das Jahr 2060 lauteten bei der dritten Bevölkerungsvorausberechnung: 15,4 Prozent jünger als 20 Jahre, 50,8 Prozent zwischen 20 und 65 Jahren sowie 33,7 Prozent 65 Jahre und älter. Bei der vierten Bevölkerungsvorausberechnung ist die Altersstruktur geringfügig günstiger: 15,6 Prozent jünger als 20 Jahre, 51,1 Prozent zwischen 20 und 65 Jahren sowie 33,2 Prozent 65 Jahre und älter.

... die Anteile der Hauptaltersgruppen an der Bevölkerung ...

Da bei der Berechnung der Jugend- und Altenquotienten die Hauptaltersgruppen in Relation gesetzt werden, ergeben sich auch dort so gut wie keine Änderungen. Bei der dritten Bevölkerungsvorausberechnung wurde für 2035 ein Jugendquotient von 31 sowie für 2060 von 30 erwartet. Der Altenquotient lag damals für 2035 bei 59 sowie für 2060 bei 66. Der neu berechnete Jugendquotient liegt mittel- und langfristig bei 31, der Altenquotient für 2035 bei 58 sowie für 2060 bei 65.

... sowie auf den Jugend- und Altenquotient

Der Grund für die fast unveränderte Altersstruktur liegt auf der Hand. Das Wandergeschehen führte in der Vergangenheit regelmäßig zu einer leichten Verjüngung der Bevölkerung. Das wird auch für die künftige Entwicklung angenommen. Dabei handelt es sich allerdings um regelmäßig wiederkehrende jährliche Einmaleffekte. Wenn

nämlich die über die Landesgrenze zuziehenden Personen langfristig ansässig werden, altern sie natürlich ebenso wie die übrige Bevölkerung. Wer heute im Alter von etwa 25 Jahren zuwandert, ist im Jahr 2060 etwa 70 Jahre alt. Die in der Vorausberechnung angenommenen sehr hohen Nettozuzüge der Jahre bis 2020 wirken sich daher auf die Altersstruktur der Bevölkerung langfristig nur geringfügig aus.

Fazit

Nach den leichten Bevölkerungszuwächsen in den Jahren 2012 und 2013 führt die hohe Nettozuwanderung auch in den Jahren 2014 bis 2018 zu einem Anstieg der Bevölkerungszahl auf etwa 4,04 Millionen Einwohner. Danach kehrt sich die Entwicklung um. Unter den Annahmen der mittleren Variante ist von 2013 bis 2035 mit einer Verringerung der Bevölkerungszahl um 152 800 Personen bzw. 3,8 Prozent zu rechnen; sie würde von knapp vier auf 3,84 Millionen Einwohner sinken. Langfristig verstärkt sich die rückläufige Entwicklung. Im Jahr 2060 werden in Rheinland-Pfalz noch etwa 3,37 Millionen Menschen leben. Der Bevölkerungsrückgang beläuft sich damit über den gesamten Projektionszeitraum auf 627 000 Personen bzw. 16 Prozent.

Auch die demografische Alterung der Gesellschaft setzt sich verstärkt fort. Die Altersstruktur verschiebt sich zugunsten der älteren und zulasten der jüngeren Bevölkerungsgruppen. Im Jahr 2013 waren von 100 Personen 18 jünger als 20 Jahre, etwa 21 waren 65 Jahre und älter. Mittelfristig werden es 2035 noch 17 Jüngere aber schon 31 Ältere sein. Im Jahr 2060 sind von 100 Personen 16 jünger als 20 Jahre, 33 werden 65 Jahre und älter sein. Das Medianalter wird sich bis 2035 von heute 46 auf 50 Jahre erhöhen und bis 2060 auf 52 Jahre steigen.

Die Veränderungen der Besetzungszahlen der Hauptaltersgruppen führen zu einem deutlichen Anstieg des Altenquotienten. Auf 100 Personen im Alter von 20 bis 65 Jahren kamen 2013 etwa 34 Personen, die älter als 65 Jahre waren. Im Jahr 2035 werden es etwa 58 Personen sein. Im Jahr 2060 erreicht der Altenquotient einen Wert von 65. Auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter kommen langfristig 65 nicht mehr Erwerbstätige. Der Jugendquotient ändert sich über den gesamten Projektionszeitraum nur geringfügig. Er steigt von heute 30 bis 2035 leicht auf einen Wert von über 31. Auch langfristig kommen auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter etwa 31 noch nicht Erwerbstätige.

VI. Regionale Ergebnisse der Bevölkerungsprojektion für Rheinland-Pfalz bis 2060

Die Modellrechnungen zum demografischen Wandel in Rheinland-Pfalz zeigen, dass sich Bevölkerungszahl und -struktur auch in Zukunft regional unterschiedlich entwickeln werden. Mit dem Terminus „regional“ ist in diesem Kapitel – wie schon im Kapitel II „Regionale Bevölkerungsentwicklung in Rheinland-Pfalz bis 2013“ – die Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise gemeint. Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden hier vorwiegend die Ergebnisse der mittleren Variante der Modellrechnungen – und diese auch nur für kreisfreie Städte und Landkreise mit markanten Entwicklungen – vorgestellt und kommentiert. Die Darstellung der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung erfolgt in diesem Kapitel – wie im Kapitel V „Ergebnisse der Bevölkerungsprojektion für Rheinland-Pfalz bis 2060“ – für zwei Zeitabschnitte: Die mittelfristige Betrachtung reicht vom Basisjahr 2013 bis zum Jahr 2035 und die langfristige Betrachtung bis zum Jahr 2060.

Mittelfristige Bevölkerungsentwicklung in den Regionen bis 2035

Die Einwohnerzahl von Rheinland-Pfalz wird, sofern die Annahmen der mittleren Variante der Bevölkerungsvorausberechnung zutreffen, bereits mittelfristig um 153 000 Einwohnerinnen und Einwohner bzw. 3,8 Prozent sinken. Die regionalisierte Rechnung zeigt, dass sich die Bevölkerung in den kreisfreien Städten und Landkreisen in gegensätzliche Richtungen entwickeln wird: Nach der mittleren Variante wird die Bevölkerung in den kreisfreien Städten bis 2035 um 4 200 Personen bzw. 0,4 Prozent wachsen, während die Bevölkerungszahl in den Landkreisen bis 2035 um 157 000 Personen bzw. 5,3 Prozent schrumpfen wird.

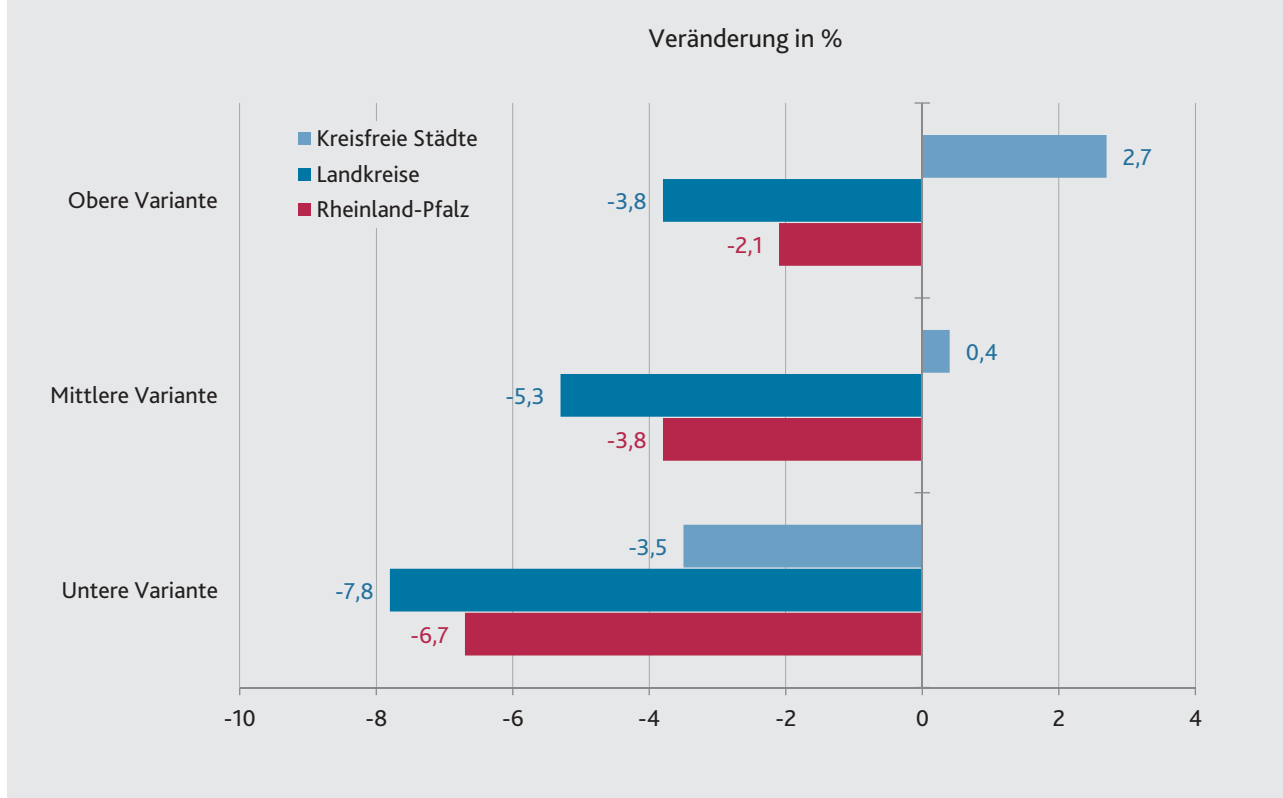
Von den insgesamt knapp vier Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern, die Rheinland-Pfalz heute hat, lebt ein Viertel in den kreisfreien Städten und drei Viertel in den Landkreisen. Im Jahr 2035 wird Rheinland-Pfalz nach der mittleren Variante der Modellrechnungen noch 3,84 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner zählen. Davon werden 1,03 Millionen in den kreisfreien Städten und 2,81 Millionen in den Landkreisen leben. Bei der Verteilung der Bevölkerung auf kreisfreie Städte und Landkreise werden die Städte also mittelfristig ein etwas höheres Gewicht erhalten. Diese Verschiebung wird aber hauptsächlich vom Bevölkerungsrückgang in den Landkreisen verursacht und weniger vom Bevölkerungszuwachs der kreisfreien Städte.

Bei einer langfristig ausgeglichenen Wanderungsbilanz, wie sie der unteren Variante der Modellrechnungen zugrunde gelegt ist, würde nicht nur die Bevölkerungszahl in den Kreisen zurückgehen, sondern auch in den kreisfreien Städten: Unter dieser Annahme müssten die kreisfreien Städte bis 2035 mit einem Rückgang der Einwohnerzahl um 36 000 Personen bzw. 3,5 Prozent und die Landkreise mit einer Bevölkerungsabnahme um 232 000 Personen bzw. 7,8 Prozent rechnen. Im Land insgesamt würde sich die Einwohnerzahl mittelfristig um 268 000 Personen bzw. 6,7 Prozent auf 3,73 Millionen reduzieren.

Einwohnerzahl der kreisfreien Städte nimmt nach der mittleren Variante bis 2035 noch leicht zu

Untere Variante: Bevölkerungsrückgang in kreisfreien Städten und Landkreisen

G 27 Bevölkerung in den kreisfreien Städten und Landkreisen 2013–2035



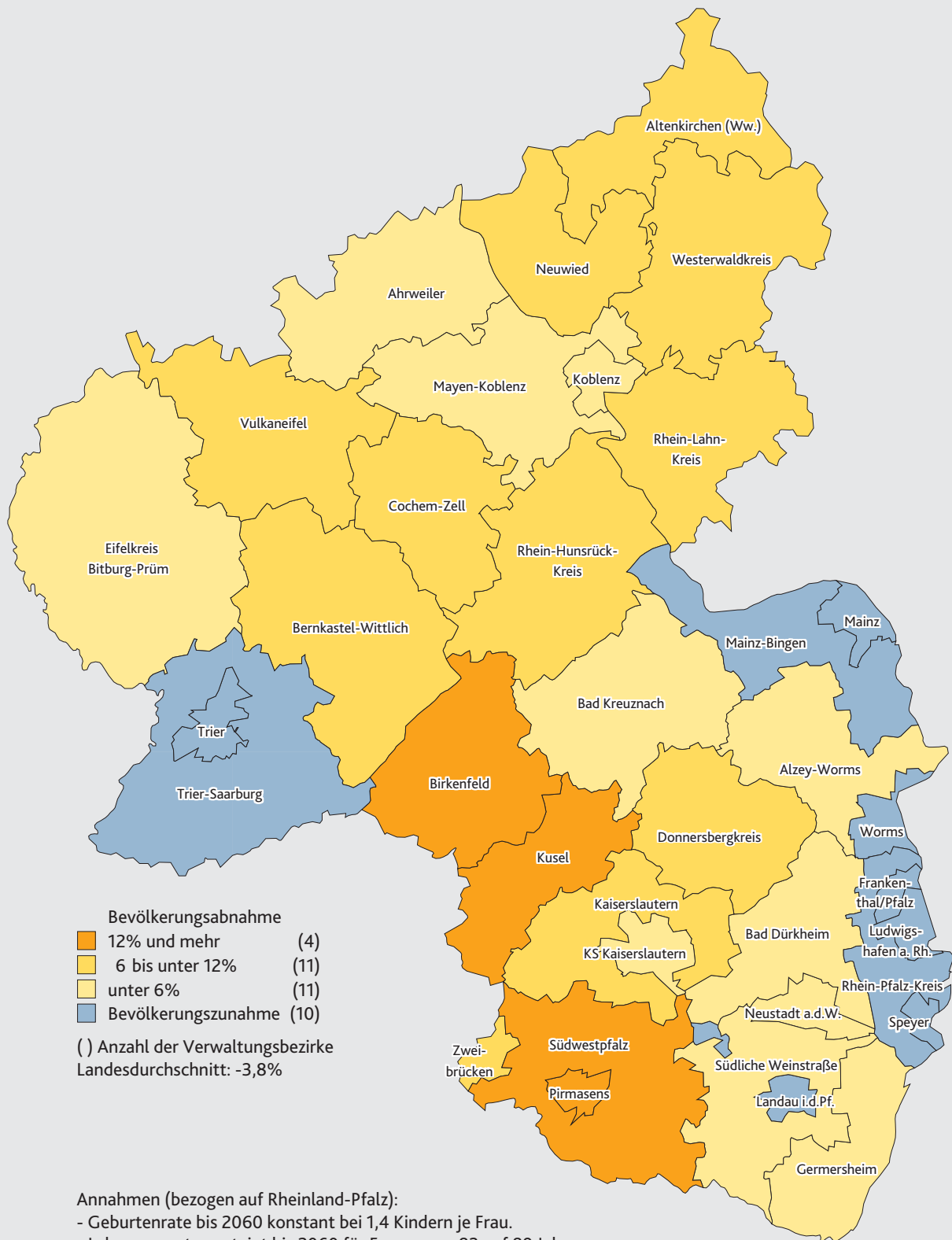
Obere Variante:
kein Bevölkerungsrückgang in den kreisfreien Städten

Bei hohen Wanderungsgewinnen, wie sie für die obere Variante angenommen wurden, wird die Bevölkerung in den kreisfreien Städten bis 2035 mit +28 000 Personen bzw. +2,7 Prozent noch etwas stärker wachsen als in der mittleren Variante. In den Landkreisen wird sich die Bevölkerungszahl selbst in der oberen Variante um 113 000 Personen bzw. 3,8 Prozent verringern. Für das Land insgesamt bedeutet dies einen Rückgang um 85 000 Personen bzw. 2,1 Prozent auf 3,91 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner.

Sieben der zwölf kreisfreien Städte werden bis 2035 Einwohnerinnen und Einwohner hinzugewinnen

Die differenziertere Betrachtung der kreisfreien Städte, die – wie eingangs erwähnt – nur anhand der Ergebnisse der mittleren Variante erfolgen soll, zeigt, dass mittelfristig sieben der zwölf kreisfreien Städte noch einen Einwohnerzuwachs verzeichnen werden. Den stärksten Anstieg kann die kreisfreie Stadt Ludwigshafen erwarten (+5,1 Prozent). Der Grund dafür ist, dass Ludwigshafen – sofern man von Trier aufgrund des bereits erläuterten Sondereffektes absieht – im Stützzeitraum den höchsten Außenwanderungssaldo mit dem Ausland aufweist. Das hat zur Folge, dass Ludwigshafen von den in der Vorausberechnung angenommenen hohen Nettozuzügen aus dem Ausland unmittelbar profitiert. Die Bevölkerung von Trier wird am zweitstärksten wachsen (+3,7 Prozent), gefolgt von Mainz (+2,8 Prozent). Fünf kreisfreie Städte werden bis zum Jahr 2035 Bevölkerung verlieren. Die stärksten Rückgänge werden auch in Zukunft Pirmasens (–15 Prozent) und Zweibrücken (–9,7 Prozent) verzeichnen. Ein leichter Bevölkerungsrückgang ist in den kreisfreien Städten Kaiserslautern (–2,6 Prozent), Koblenz (–2,3 Prozent) und Neustadt an der Weinstraße (–2,9 Prozent) zu erwarten. Während Kaiserslautern und Koblenz im Stützzeitraum noch gewachsen sind, wird sich dieser Trend mittelfristig nicht fortsetzen. Der Grund dafür ist die Zusammensetzung der Wanderungsgewinne,

K 1 Bevölkerung 2013–2035 nach Verwaltungsbezirken (mittlere Variante)



Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz):

- Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau.
- Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre.
- Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei +24 000; 2016 bis 2021 Rückgang in der mittleren Variante auf +6 000; danach bis 2060 konstant.

aus denen sich die Einwohnerzuwächse im Stützzeitraum ergaben: Kaiserslautern profitierte hauptsächlich von sehr hohen Binnenwanderungsgewinnen infolge der Einführung der Zweitwohnsitzsteuer im Jahr 2009, verlor aber als eine der wenigen kreisfreien Städte im Stützzeitraum Einwohnerinnen und Einwohner an das übrige Bundesgebiet. Auch Koblenz erzielte im Stützzeitraum sehr hohe Wanderungsgewinne, u. a. weil die Einführung der Zweitwohnsitzsteuer 2012 der kreisfreien Stadt sowohl Einwohnerzuwächse aus dem Land als auch aus dem Bundesgebiet brachte. Allerdings profitierte Koblenz nur wenig von der gestiegenen Nettozuwanderung aus dem Ausland, weswegen auch nur wenig der künftigen Wanderungsgewinne aus dem Ausland auf Koblenz entfällt.

Die meisten Landkreise haben mittelfristig weniger Einwohnerinnen und Einwohner

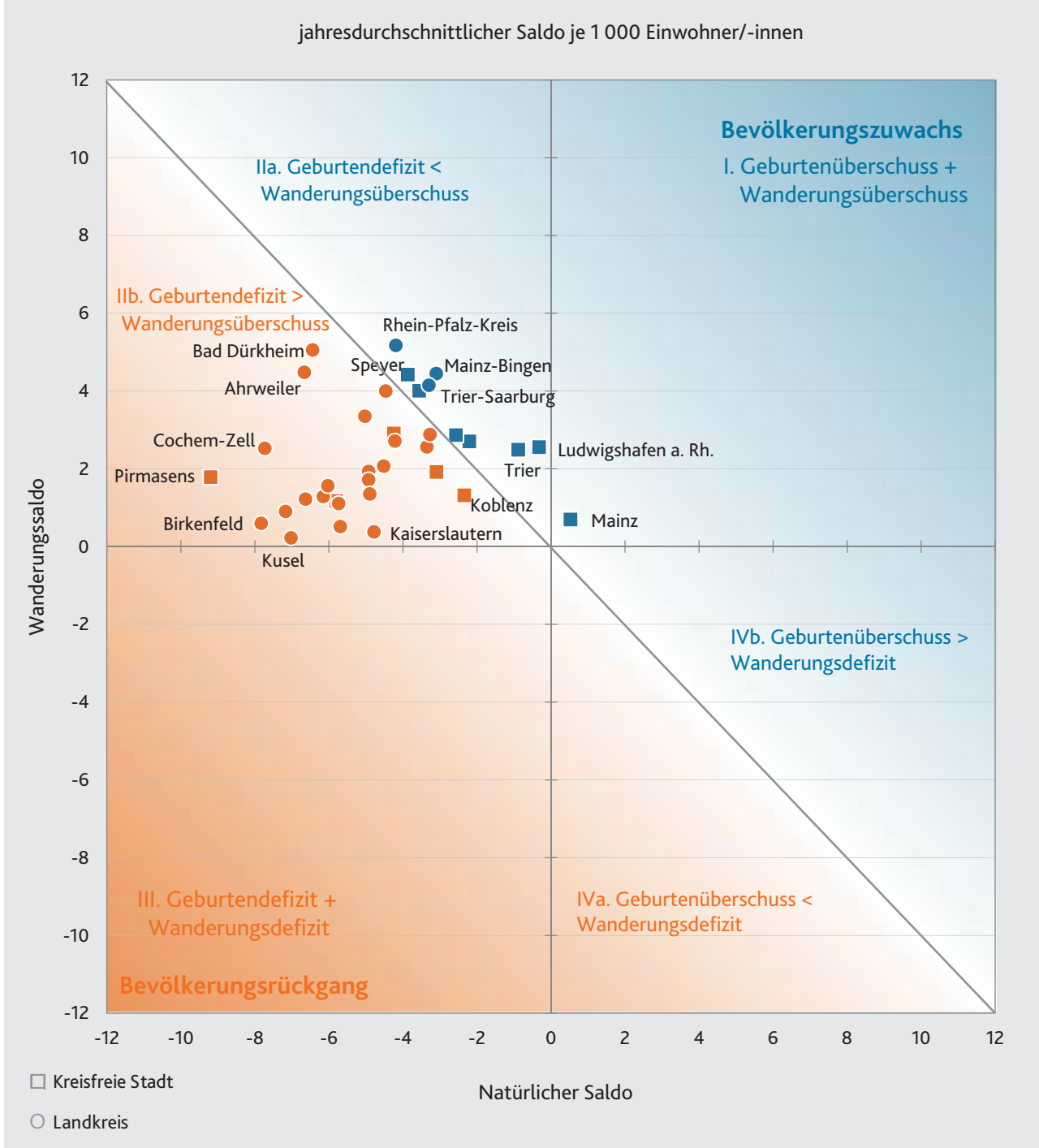
Fast alle Landkreise werden mittelfristig Bevölkerung verlieren, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß. Am stärksten wird der Bevölkerungsrückgang in den Kreisen Birkenfeld (-15 Prozent), Kusel (-14 Prozent) und Südwestpfalz (-13 Prozent) ausfallen. Diese drei Landkreise bilden mit den kreisfreien Städten Pirmasens und Zweibrücken eine zusammenhängende Region an der Grenze zum Saarland, in der sich unter den Annahmen der Vorausberechnung landesweit die stärksten Einwohnerrückgänge ergeben. Die Landkreise Mainz-Bingen (+3 Prozent), Trier-Saarburg (+1,9 Prozent) sowie der Rhein-Pfalz-Kreis (+2,2 Prozent) werden hingegen im Jahr 2035 sogar mehr Einwohnerinnen und Einwohner haben als heute. Diese drei Landkreise grenzen jeweils an eine der drei kreisfreien Städte mit den höchsten Einwohnerzuwächsen (Ludwigshafen, Trier und Mainz), sodass sich in diesen Regionen das Bevölkerungswachstum konzentriert. Diese Verwaltungsbezirke profitieren von der Nähe zu der wirtschaftsstarke Rhein-Main- bzw. Rhein-Necker-Region sowie im Fall von Trier und Trier-Saarburg von der Nähe zu Luxemburg.

Die Bevölkerungsentwicklung der einzelnen Verwaltungsbezirke ergibt sich aus dem natürlichen Saldo und dem Wanderungssaldo. Mainz ist der einzige Verwaltungsbezirk des Landes, dessen Bevölkerungswachstum bis 2035 die Folge von Geburtenüberschüssen und Wanderungsgewinnen sein wird (in Grafik G28, Quadrant I). Alle übrigen 35 Verwaltungsbezirke weisen Geburtendefizite und Wanderungsgewinne auf (Quadrant II). Neben Mainz werden neun weitere Verwaltungsbezirke ihre Einwohnerzahl bis 2035 steigern, und zwar weil ihre Wanderungsgewinne die Geburtendefizite überkompensieren (Teilquadrant IIa): die kreisfreien Städte Frankenthal, Landau, Ludwigshafen, Speyer, Trier und Worms sowie die Landkreise Mainz-Bingen, Trier-Saarburg und der Rhein-Pfalz-Kreis. Die übrigen 26 Verwaltungsbezirke weisen zwar ebenfalls Wanderungsgewinne auf, die aber zu niedrig sind, um das Geburtendefizit ausgleichen zu können (Teilquadrant IIb).

Deutliche Unterschiede beim Geburtendefizit zwischen den kreisfreien Städten

Beim natürlichen Saldo zeigen sich zwischen den kreisfreien Städten große Unterschiede. Die jahresdurchschnittliche Zahl der Todesfälle wird im Mittel der kreisfreien Städte die Zahl der Geburten um 3,1 je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner übersteigen. Nur in Mainz wird sich die Situation anders darstellen, wenn die Annahmen der mittleren Variante zutreffen. Bezogen auf 1000 Einwohnerinnen und Einwohner wird zwischen 2013 und 2035 die Zahl der Geburten die Zahl der Gestorbenen um 0,5 pro Jahr übersteigen. Die kreisfreien Städte Trier und Ludwigshafen werden die geringsten Geburtendefizite aufweisen: In Trier wird die Zahl der Gestorbenen die Zahl der Geborenen um

G 28 Saldo der natürlichen und der räumlichen Bevölkerungsbewegung 2013–2035 (mittlere Variante)



0,9 übersteigen; in Ludwigshafen wird es im Jahr – bezogen auf 1000 Einwohnerinnen und Einwohner – 0,3 Todesfälle mehr als Geburten geben. In Pirmasens wird den Berechnungen zufolge die Zahl der Sterbefälle die Zahl der Geborenen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner im Jahresdurchschnitt um 9,2 übertreffen.

In den Landkreisen fallen die natürlichen Defizite deutlich höher aus als in den kreisfreien Städten; allerdings sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Landkreisen ge-

Geburtendefizite
in den Landkreisen
höher als in den
kreisfreien Städten

ringer: Die jahresdurchschnittliche Zahl der Gestorbenen wird je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner im Mittel aller Landkreise die Zahl der Geburten um 5,3 übersteigen. Das geringste Geburtendefizit wird der Landkreis Mainz-Bingen aufweisen (-3,1), gefolgt von den Landkreisen Germersheim und Trier-Saarburg (jeweils -3,3). Die Differenz zwischen der Zahl der Geborenen und der Zahl der Gestorbenen wird in den Landkreisen Birkenfeld (-7,8), Cochem-Zell (-7,7) und Kusel (-7) am größten ausfallen. Vor allem die Zahl der Gestorbenen ist dafür verantwortlich: Diese Landkreise wiesen bereits im Stützzeitraum eine überdurchschnittlich hohe Zahl an Sterbefällen auf; die Geburtenzahl entsprach dagegen dem Durchschnitt der Landkreise.

Alle kreisfreien
Städte mit Wande-
rungsgewinnen

Die Unterschiede zwischen den kreisfreien Städten fallen beim Wanderungssaldo geringer aus als beim natürlichen Saldo. Der mittelfristige jahresdurchschnittliche Wanderungssaldo könnte sich in den kreisfreien Städten auf 2,4 Nettozuzüge je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner belaufen. Alle kreisfreien Städte werden positive Wanderungsbilanzen aufweisen. Speyer (+4,4) und Frankenthal (+4) dürften bis zum Jahr 2035 die höchsten Wanderungsgewinne haben. Mainz könnte die kreisfreie Stadt mit den geringsten Wanderungsgewinnen sein (+0,7), wenn die Annahmen der Vorausberechnung zutreffen. Hinter den Durchschnittswerten der Vorausberechnungsjahre 2014 bis 2035 stehen anfangs hohe Wanderungsgewinne gegenüber dem Ausland, die später aber annahmegemäß nachlassen. Bis 2020 darf Mainz nach den Annahmen hohe Wanderungsgewinne erwarten. Sobald die Zuzüge aber nachlassen, sinkt auch der Gesamtwanderungsüberschuss von Mainz, weil die Fortzüge weniger stark sinken. Anders als der Entwicklung der Zuzüge liegt der Entwicklung der Fortzüge keine Annahme zugrunde, sondern sie werden im Sinne des „Ceteris-paribus-Ansatzes“ allein aus der Vergangenheitsentwicklung im Stützzeitraum berechnet. Relativ zur Einwohnerzahl wies Mainz hier die mit Abstand höchsten Fortzüge ins übrige Bundesgebiet aus.

Höchste Wande-
rungsgewinne im
rheinland-pfälzischen
Teil der Region
Rhein-Neckar

In den Landkreisen wird der Wanderungssaldo mit jahresdurchschnittlich 2,3 Nettozuzügen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner nur geringfügig kleiner ausfallen als in den kreisfreien Städten. Genau wie alle kreisfreien Städte werden auch alle Landkreise bis 2035 Wanderungsgewinne verbuchen. Mit jahresdurchschnittlich 5,2 bzw. 5,1 Nettozuzügen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohnern könnten der Rhein-Pfalz-Kreis sowie der Landkreis Bad Dürkheim am stärksten profitieren. Zusammen mit den Spitzenreitern unter den kreisfreien Städten Speyer und Frankenthal bilden der Rhein-Pfalz-Kreis und der Kreis Bad Dürkheim damit einen zusammenhängenden Raum, der an die kreisfreie Stadt Ludwigshafen grenzt und Teil der wirtschaftsstarken Metropolregion Rhein-Neckar ist. Die Landkreise mit den geringsten jahresdurchschnittlichen Wanderungsgewinnen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner dürften im Südwesten des Landes an der Grenze zum Saarland sowie im Norden an der Grenze zu Nordrhein-Westfalen zu finden sein: Es sind die Landkreise Altenkirchen (+0,5), Birkenfeld (+0,6), Kaiserslautern (+0,4), Kusel (+0,2) und Südwestpfalz (+0,9).

2013 bis 2060: Langfristige Bevölkerungsentwicklung in den Regionen

Bis 2060 wird die Bevölkerungszahl sehr viel stärker abnehmen als in der mittleren Frist bis 2035. Nach der mittleren Variante der Modellrechnungen wird der Bevölkerungs-

rückgang dabei langfristig in den Landkreisen stärker ausfallen als in den kreisfreien Städten. Er wird sich – wenn die Annahmen der mittleren Variante in der langen Frist zutreffen – in den Kreisen auf 18 Prozent und in den Städten auf 9,6 Prozent belaufen. In den kreisfreien Städten würden 2060 noch 930 000 Menschen leben (–99 000 Personen). Die Landkreise würden demnach 2060 nur noch 2,44 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner zählen (–528 000 Personen).

Alle kreisfreien Städte und Landkreise sind von einem Rückgang der Bevölkerung betroffen

Treten die Annahmen der unteren Variante der Vorausberechnung mit einem langfristig ausgeglichenen Wanderungssaldo ein, so könnte die Bevölkerung in den kreisfreien Städten bis 2060 um 19 Prozent auf 838 000 Einwohnerinnen und Einwohner sinken (–190 000 Personen). Die Einwohnerzahl in den Landkreisen würde sich nach diesem Szenario langfristig um 25 Prozent auf 2,24 Millionen reduzieren (–730 000 Personen).

Untere Variante: Langfristig sinkt Bevölkerungszahl in den Landkreisen um ein Viertel

Sollten die Annahmen der oberen Variante der Vorausberechnung mit höheren Wanderungsgewinnen zutreffen, würde die Bevölkerung in den kreisfreien Städten 2060 um 3,9 Prozent auf 989 000 Menschen (–40 000 Personen) und in den Landkreisen um 13 Prozent auf 2,57 Millionen abnehmen (–400 000 Personen).

Während die kreisfreien Städte bis 2035 nach der mittleren Variante der Vorausberechnung noch größtenteils Bevölkerung hinzugewinnen, verlieren in der langfristigen Betrachtung bis 2060 alle kreisfreien Städte Bevölkerung. Die geringsten Einbußen wird Ludwigshafen mit drei Prozent haben, während sich die Einwohnerzahl in Pirmasens um 29 Prozent verringern könnte. Diese Entwicklung wäre gemäß der mittleren Variante der Bevölkerungsvorausberechnung zu erwarten.

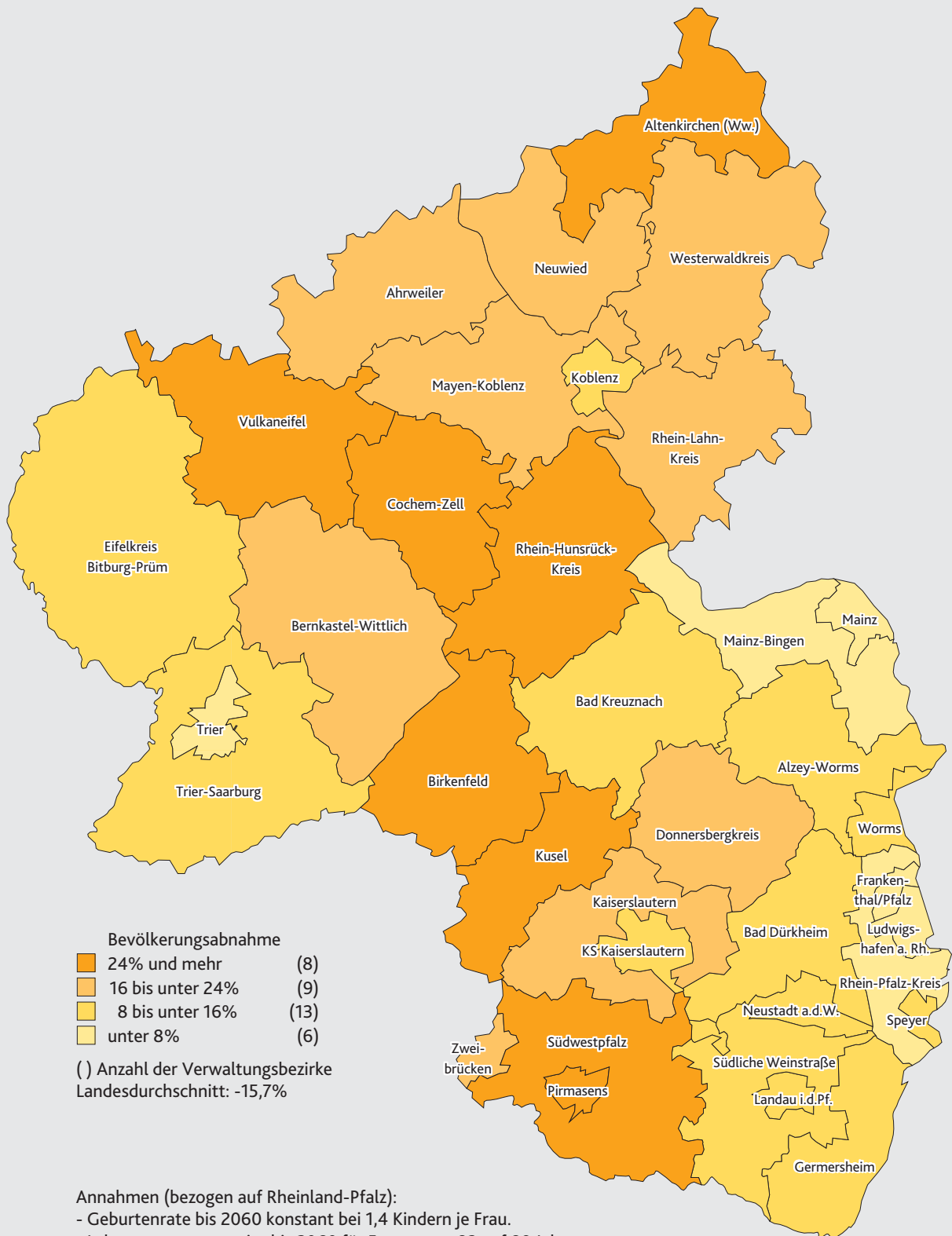
Langfristiger Bevölkerungsrückgang in allen kreisfreien Städten

Sollte der Wanderungssaldo hingegen langfristig ausgeglichen sein (untere Variante), werden Ludwigshafen und Pirmasens (–13 bzw. –35 Prozent) deutlich höhere Bevölkerungsrückgänge aufweisen. Sollte sich das künftige Wanderungsgeschehen aber wie in der oberen Variante der Bevölkerungsvorausberechnung entwickeln, werden Ludwigshafen und Trier bis 2060 als einzige Verwaltungsbezirke noch ein Bevölkerungswachstum verzeichnen (+3,2 bzw. +3 Prozent). Auch in dieser Variante wird die Bevölkerungszahl in Pirmasens deutlich abnehmen, und zwar um gut ein Viertel.

Bis 2060 werden nach der mittleren Variante der Vorausberechnung auch alle Landkreise weniger Einwohnerinnen und Einwohner zählen als 2013. Die Landkreise Mainz-Bingen (–7,2 Prozent), Trier-Saarburg (–8,3 Prozent) sowie der Rhein-Pfalz-Kreis (–7,3 Prozent) – also die Landkreise nahe der Städte Mainz, Trier bzw. Ludwigshafen – werden die geringsten Bevölkerungsrückgänge aufweisen. Im Südwesten des Landes liegen die Landkreise, in denen die Bevölkerung langfristig am stärksten zurückgehen wird: Birkenfeld (–29 Prozent) und Kusel (–30 Prozent).

In jeder Variante wird die Einwohnerzahl aller Landkreise langfristig abnehmen

Sollte es langfristig keine Wanderungsgewinne geben – wie in der unteren Variante der Bevölkerungsvorausberechnung unterstellt ist – wird die Bevölkerungsabnahme deutlich stärker ausfallen: Mainz-Bingen (–15 Prozent), Rhein-Pfalz-Kreis (ebenfalls –15 Prozent) und Trier-Saarburg (–17 Prozent) sowie Birkenfeld (–36 Prozent) und Kusel (–35 Prozent). Sollte sich das künftige Wanderungsgeschehen aber wie in der oberen Variante der Bevölkerungsvorausberechnung entwickeln, wird die Bevölkerungszahl in den Landkreisen Mainz-Bingen (–2,2 Prozent) und Trier-Saarburg (–2,4 Prozent) sowie



Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz):

- Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau.
- Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre.
- Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei +24 000; 2016 bis 2021 Rückgang in der mittleren Variante +6 000; danach bis 2060 konstant.

im Rhein-Pfalz-Kreis (-2,1 Prozent) bis 2060 nur geringfügig abnehmen. Neben den Kreisen Birkenfeld und Kusel wird auch der Kreis Südwestpfalz deutlich weniger Einwohnerinnen und Einwohner haben (jeweils -26 Prozent).

Bei einer langfristigen Vorausberechnung über einen Zeitraum von knapp 50 Jahren muss allerdings noch einmal ausdrücklich auf den Modellcharakter der Berechnungen hingewiesen werden. Die Unwägbarkeiten insbesondere hinsichtlich der Wanderungsströme sind sehr groß.

Mittel- und langfristige Entwicklung der regionalen Altersstrukturen

Die bereits in der Vergangenheit beobachteten altersstrukturellen Verschiebungen in den Regionen von Rheinland-Pfalz werden sich in Zukunft fortsetzen. Dies soll vor allem anhand der Entwicklung der regionalen Jugend- und Altenquotienten verdeutlicht werden.

Wie bereits in Kapitel II „Regionale Bevölkerungsentwicklung in Rheinland-Pfalz bis 2013“ dargelegt, ist der Jugendquotient, also das Verhältnis der jüngeren Bevölkerung unter 20 Jahren zur erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter zwischen 20 und 65 Jahren, in den kreisfreien Städten niedriger als in den Landkreisen. Im Jahr 2013 kamen in den kreisfreien Städten auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter 28 jüngere Menschen unter 20 Jahren, in den Landkreisen waren es 31. In den kreisfreien Städten ist der Bevölkerungsanteil der Jüngeren etwas geringer als in den Landkreisen; zugleich ist der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter etwas größer.

Jugendquotient in kreisfreien Städten niedriger als in Landkreisen

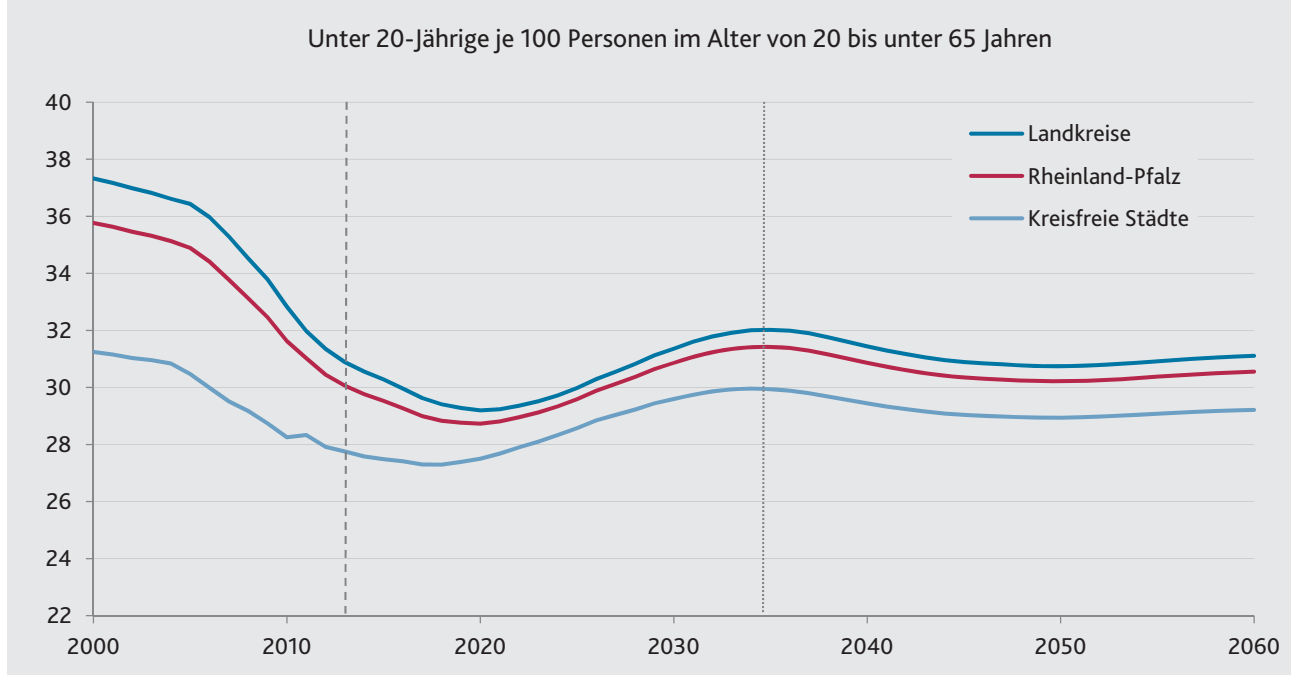
Bis 2035 wird der Jugendquotient – nach den Ergebnissen der mittleren Variante der Bevölkerungsvorausberechnung – sowohl in den Städten als auch in den Landkreisen steigen. Im Jahr 2035 kommen in den kreisfreien Städten auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter 30 Personen im Alter unter 20 Jahren, in den Kreisen werden es 32 Personen sein. Im Land insgesamt wird der Jugendquotient dann 31 betragen. Diese Entwicklung wird weniger durch einen steigenden Bevölkerungsanteil junger Menschen verursacht, als vielmehr durch einen sinkenden Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung: In den kreisfreien Städten wird der Bevölkerungsanteil der unter 20-Jährigen um 0,4 und in den Landkreisen um 2,3 Prozentpunkte sinken. Der Anteil der 20- bis 65-Jährigen wird sich in den kreisfreien Städten bis zum Jahr 2035 um 5,9 und in den Landkreisen um 9,1 Prozentpunkte verringern.

Jugendquotient wird in kreisfreien Städten und Landkreisen mittelfristig steigen

Die genauere Betrachtung des zeitlichen Verlaufs des Jugendquotienten bis 2060 zeigt, dass die Entwicklung keinen kontinuierlichen Trend aufweist. Bis etwa 2020 wird der Jugendquotient sowohl in den kreisfreien Städten als auch in den Landkreisen fallen. Anschließend wird er bis etwa 2035 stetig steigen. Danach wird der Quotient bis etwa 2050 erneut sinken. Der zwischenzeitliche Anstieg wird durch die „Babyboomer“-Generation verursacht: Sie wird etwa ab 2020 sukzessive die Altersgruppe der 20- bis 65-Jährigen verlassen und ins Rentenalter eintreten. Deshalb wird die Altersgruppe der 20- bis 65-Jährigen zeitweilig prozentual stärker schrumpfen als die Altersgruppe der unter 20-Jährigen. Nach dem Jahr 2050 wird der Jugendquotient – sofern die Annahmen der mittleren Variante langfristig eintreten – wieder geringfügig steigen, um im Jahr 2060

Vorübergehender Anstieg des Jugendquotienten durch die „Babyboomer-Generation“

G 29 Jugendquotient in den kreisfreien Städten und Landkreisen 2000–2060 (mittlere Variante)



in den kreisfreien Städten bei 29 und in den Landkreisen bei 31 zu liegen. Im Zuge der mittel- und langfristigen Entwicklung werden sich die Jugendquotienten der kreisfreien Städte und der Landkreise bereits in den nächsten Jahren angleichen, wobei der Abstand im Jahr 2024 am geringsten sein wird.

Die Untersuchung der Altersstrukturentwicklung für die kreisfreien Städte zeigt, dass Ludwigshafen und Trier, also die Städte mit dem aktuell höchsten bzw. niedrigsten Jugendquotienten, auch in Zukunft den höchsten bzw. niedrigsten Wert aufweisen werden. In Ludwigshafen kommen heute auf 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter 32 unter 20-Jährige. Mittelfristig wird der Jugendquotient in Ludwigshafen auf einen Wert von 34 steigen, bevor er 2060 wieder leicht auf einen Wert von 33 sinkt. Eine ganz ähnliche Entwicklung ist auch in Trier zu beobachten, allerdings auf einem etwas niedrigeren Niveau: Heute stehen dort 100 Menschen im erwerbsfähigen Alter 24 junge Menschen unter 20 Jahren gegenüber; mittel- und langfristig werden es etwa 26 sein.

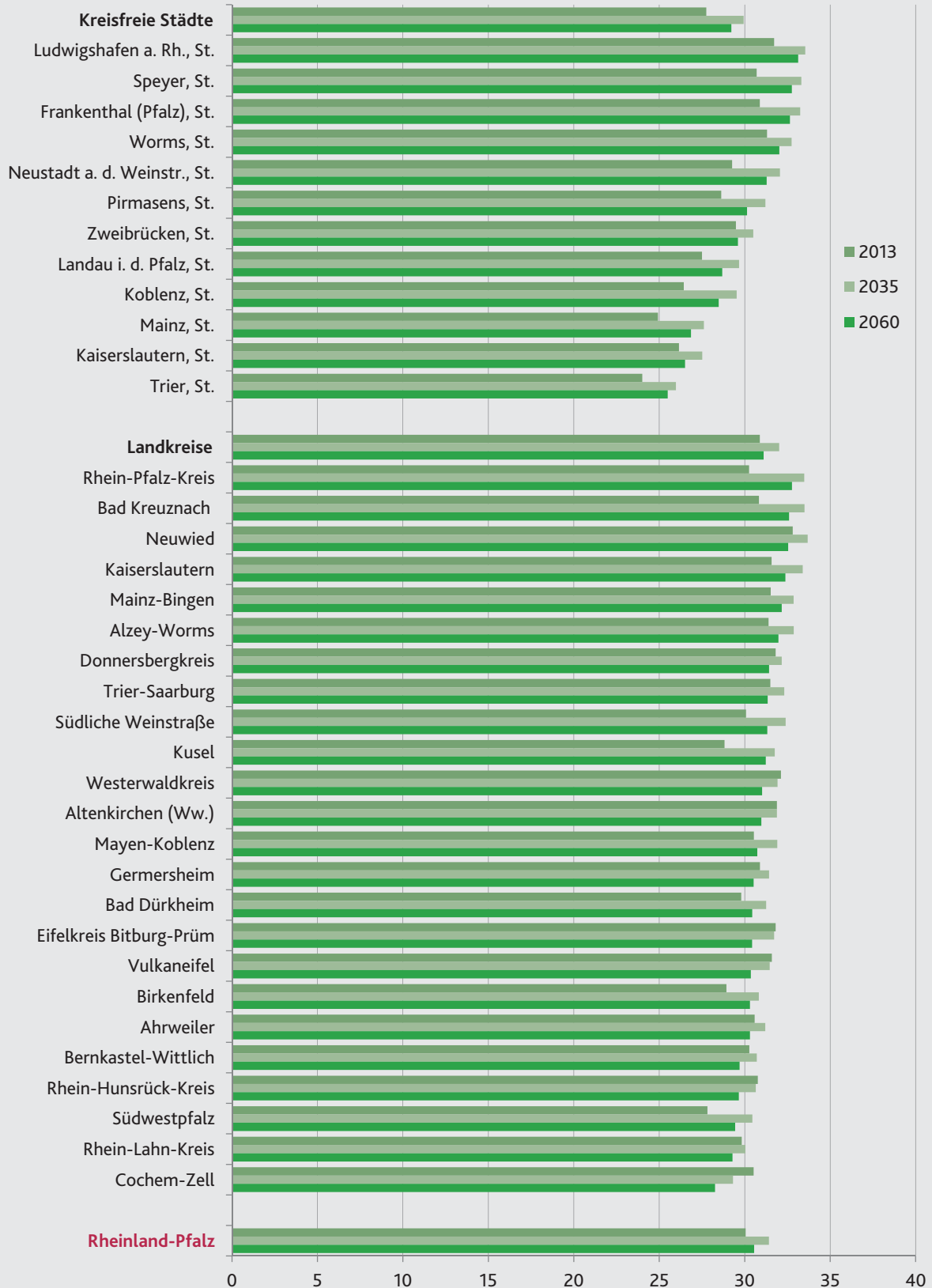
Jugendquotient sinkt
in fünf Kreisen bereits
mittelfristig

Während der Jugendquotient im Durchschnitt der Landkreise mittelfristig vorübergehend steigt, wird es in einigen Kreisen bereits bis 2035 einen Rückgang geben (Cochem-Zell, Eifelkreis Bitburg-Prüm, Rhein-Hunsrück-Kreis, Vulkaneifel und Westerwaldkreis). Auch in diesen Landkreisen nimmt die erwerbsfähige Bevölkerung ab, weil die geburtenstarken Jahrgänge das Rentenalter erreichen. Gleichzeitig sinkt aber die Zahl der unter 20-Jährigen stärker.

In den Jahren 2035 und 2060 wird der Landkreis Cochem-Zell den niedrigsten Jugendquotienten haben. Die meisten unter 20-Jährigen – relativ zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter gesehen – werden mittel- und langfristig in den Landkreisen Bad Kreuznach, Neuwied, Trier-Saarburg sowie im Rhein-Pfalz-Kreis leben.

G 30 Jugendquotient 2013–2060 nach Verwaltungsbezirken (mittlere Variante)

Unter 20-Jährige je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren



Zukunft regional

Altenquotient ändert sich stärker als Jugendquotient

Der Altenquotient bezieht die Zahl der älteren Menschen über 65 Jahre auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 20 bis 65 Jahren. Dieser Quotient verändert sich in den nächsten Jahrzehnten sehr viel stärker als der Jugendquotient. Er wird überall kontinuierlich steigen. Zurzeit kommen in den kreisfreien Städten auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter 32 ältere Menschen über 65 Jahre, in den Landkreisen sind es 34.

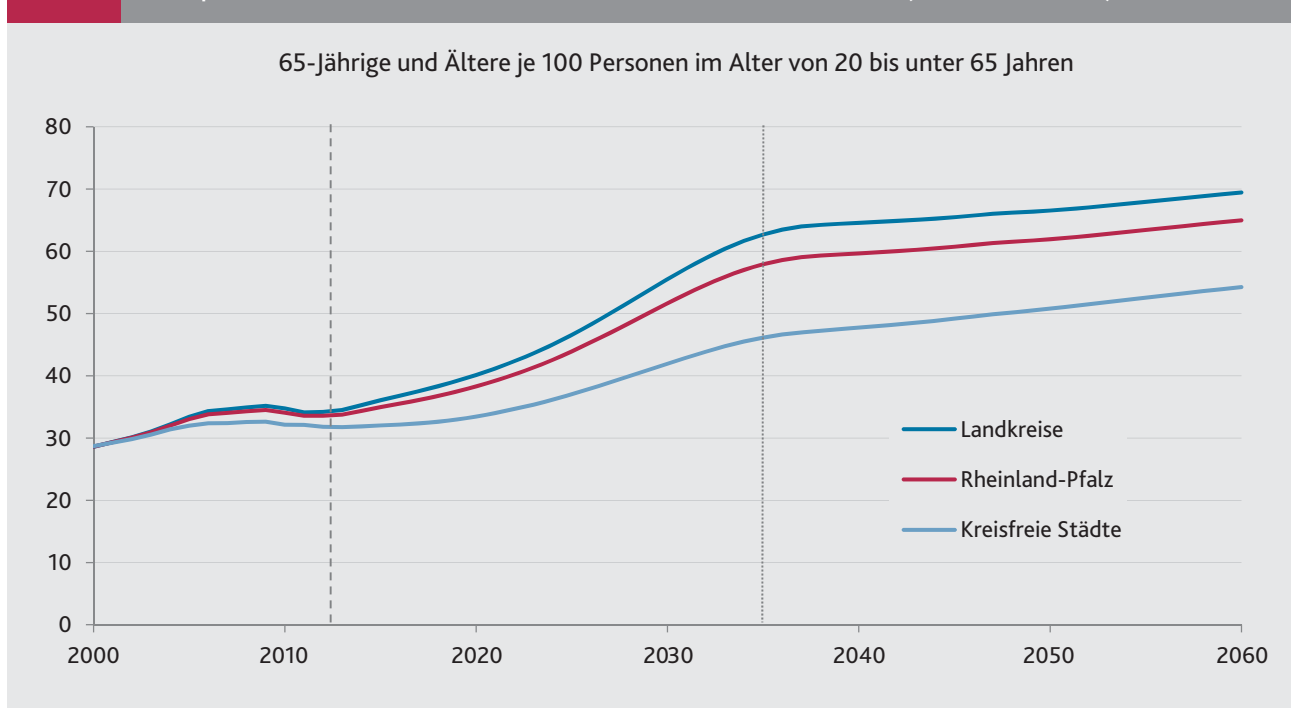
Altenquotient steigt bereits mittelfristig in allen Verwaltungsbezirken deutlich

Bereits mittelfristig wird der Altenquotient deutlich zunehmen, weil bereits ab 2020 bis etwa 2035 die geburtenstarken Jahrgänge die Altersgruppe der 20- bis 65-Jährigen verlassen und in die Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren wechseln. In den kreisfreien Städten wird der Quotient mittelfristig von 32 auf 46 steigen; in den Landkreisen von 34 auf 63. Damit werden in den kreisfreien Städten und Landkreisen 2035 auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter ungefähr 50 Prozent mehr über 65-Jährige kommen als heute. Sowohl in den kreisfreien Städten als auch in den Landkreisen wird die Zahl der 65-Jährigen und Älteren steigen. In den Landkreisen wird dieser Anstieg bis 2035 deutlich stärker ausfallen: Während heute in den kreisfreien Städten und Landkreisen jeweils etwa ein Fünftel der Bevölkerung 65 Jahre und älter ist, werden es in den Städten 2035 26 Prozent und in den Landkreisen 32 Prozent sein.

Altenquotient steigt auch langfristig

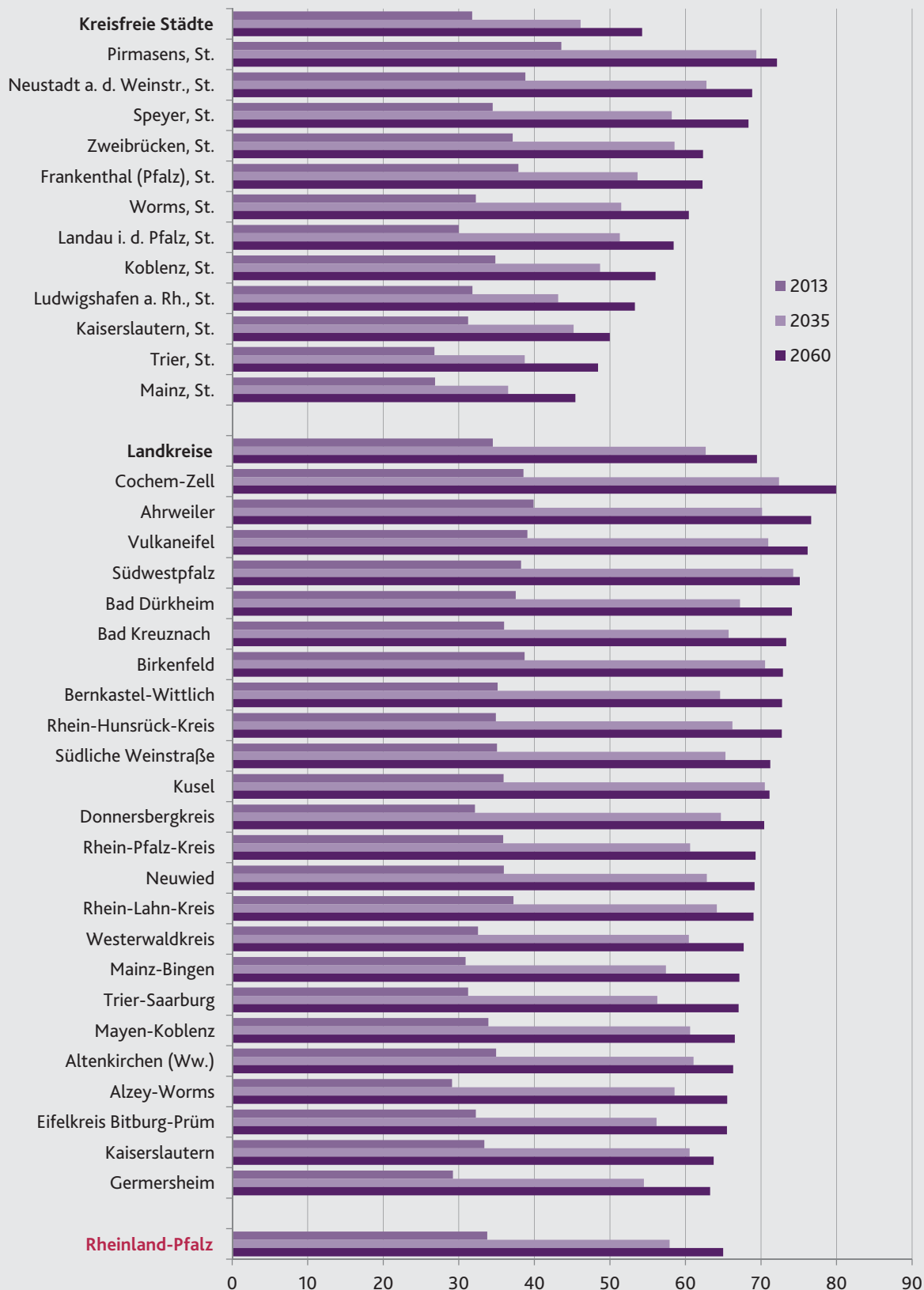
Auch nach 2035 wird der Altenquotient weiter zunehmen. Im Jahr 2060 wird er in den kreisfreien Städten bei 54 und in den Landkreisen sogar bei 69 liegen. Ursache hierfür ist, dass die Altersgruppe der 20- bis 65-Jährigen ab 2035 weiter schrumpfen wird, weil immer weniger junge Menschen in diese Bevölkerungsgruppe hineinwachsen. Da auch weiterhin junge Menschen von den Landkreisen in die größeren kreisfreien Städte wandern, sind die kreisfreien Städte von dieser Entwicklung stärker betroffen als die Landkreise.

G 31 Altenquotient in den kreisfreien Städten und Landkreisen 2000–2060 (mittlere Variante)



G 32 Altenquotient 2013–2060 nach Verwaltungsbezirken (mittlere Variante)

65-Jährige und Ältere je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren



Kreisfreie Städte im Jahr 2060: überdurchschnittlicher Altenquotient in Pirmasens

Aktuell haben die kreisfreien Städte Mainz und Trier mit einem Wert von 27 die niedrigsten Altenquotienten. Das wird auch mittel- und langfristig so bleiben: Bereits im Jahr 2035 nimmt der Altenquotient in Mainz einen Wert von 37 und in Trier von 39 an. Im Jahr 2060 werden in Mainz auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter 45 über 65-Jährige kommen; in Trier werden es 48 sein. Bemerkenswert ist, dass Pirmasens bereits heute einen ähnlichen Altenquotienten aufweist, wie ihn Mainz 2060 haben könnte. Pirmasens hat mit einem Wert von 44 aktuell den höchsten Altenquotienten aller Verwaltungsbezirke. Dieser Wert wird bereits 2035 um 25 Punkte auf 69 steigen. Langfristig, also im Jahr 2060, werden in Pirmasens 100 Personen im erwerbsfähigen Alter 72 Seniorinnen und Senioren über 65 Jahre gegenüberstehen.

Landkreise im Jahr 2060: überdurchschnittlicher Altenquotient in Cochem-Zell

Der Landkreis mit dem niedrigsten Altenquotienten ist heute Alzey-Worms (29); mittel- und langfristig wird jedoch Germersheim den niedrigsten Wert aufweisen: Im Jahr 2035 werden dort auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter 55 über 65-Jährige kommen; 2060 werden es 63 sein. Den höchsten Altenquotienten weist aktuell der Landkreis Ahrweiler auf (40). Mittelfristig wird das Verhältnis von über 65-Jährigen zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in der Südwestpfalz am höchsten sein (74); langfristig im Kreis Cochem-Zell. In Cochem-Zell wird sich der Altenquotient von aktuell 39 auf 80 im Jahr 2060 mehr als verdoppeln.

Fazit

Die Bevölkerungsentwicklung wird auch in Zukunft regional sehr unterschiedlich verlaufen. Unter den Annahmen der mittleren Variante wird es mittelfristig in den meisten kreisfreien Städten und einigen angrenzenden Landkreisen noch Bevölkerungszuwächse geben. Fünf kreisfreie Städte und die meisten Landkreise werden jedoch bereits bis 2035 einen Rückgang ihrer Einwohnerzahl hinnehmen müssen. Langfristig wird es nach der mittleren Variante bis 2060 überall zu mehr oder weniger starken Bevölkerungsrückgängen kommen.

Auch wenn es große Unterschiede zwischen den einzelnen Verwaltungsbezirken gibt und weiterhin geben wird, setzt sich die demografische Alterung ausnahmslos in allen kreisfreien Städten und Landkreisen fort. Dadurch, dass zwischen 2020 und 2035 die geburtenstarken Jahrgänge aus dem erwerbsfähigen Alter in die Gruppe der 65-Jährigen und Älteren wechseln, wird sich die Altersstruktur in den kreisfreien Städten und Landkreisen schon mittelfristig stark verändern. Überall werden den 20- bis 65-Jährigen deutlich mehr Personen gegenüberstehen, die älter als 65 Jahre sind. Damit ist absehbar, dass selbst bei jährlichen Wanderungsgewinnen von 6 000 Personen – wie sie für die mittlere Variante der Bevölkerungsvorausberechnung langfristig angenommen werden – der demografische Alterungsprozess weiter voranschreiten und die Gesellschaft in Zukunft prägen wird.

Tabellenanhang



Bevölkerungsentwicklung in Rheinland-Pfalz bis 2013

AT 1: Bevölkerung 1950–2013 nach Altersgruppen	99
--	----

Regionale Bevölkerungsentwicklung in Rheinland-Pfalz bis 2013

AT 2: Bevölkerung 1970–2013 nach Verwaltungsbezirken und Regionen	100
AT 3: Bevölkerungsbewegung zwischen dem 31. Dezember 2008 und dem 31. Dezember 2013 nach Verwaltungsbezirken und Regionen	102
AT 4: Wanderungsbewegung zwischen dem 31. Dezember 2008 und dem 31. Dezember 2013 nach Verwaltungsbezirken und Regionen	103
AT 5: Wanderungsbewegung zwischen dem 31. Dezember 2008 und dem 31. Dezember 2013 nach Verwaltungsbezirken und Regionen	104
AT 6: Bevölkerungsveränderung zwischen dem 31. Dezember 2008 und dem 31. Dezember 2013 nach Verwaltungsbezirken	105
AT 7: Bevölkerung 2000 und 2013 nach Altersgruppen, Verwaltungsbezirken und Regionen.....	106
AT 8: Medianalter, Jugend-, Alten- und Gesamtquotient 2000 und 2013 nach Verwaltungsbezirken und Regionen	107

Ergebnisse der Bevölkerungsprojektion für Rheinland-Pfalz bis 2060

AT 9: Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen – Ergebnisübersicht der Varianten	108
AT 10: Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen – Untere Variante	109
AT 11: Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen – Mittlere Variante	110
AT 12: Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen – Obere Variante	111

Regionale Ergebnisse der Bevölkerungsprojektion für Rheinland-Pfalz bis 2060

AT 13: Bevölkerung 2013–2060 nach Verwaltungsbezirken und Regionen –Ergebnisübersicht der Varianten	112
AT 14: Bevölkerung 2013–2060 nach Verwaltungsbezirken und Regionen – Untere Variante	114
AT 15: Bevölkerung 2013–2060 nach Verwaltungsbezirken und Regionen – Mittlere Variante	116
AT 16: Bevölkerung 2013–2060 nach Verwaltungsbezirken und Regionen – Obere Variante	118
AT 17: Bevölkerung 2035 und 2060 nach Altersgruppen, Verwaltungsbezirken und Regionen	120
AT 18: Medianalter, Jugend-, Alten- und Gesamtquotient 2035 und 2060 nach Verwaltungsbezirken und Regionen.....	121
AT 19: Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen – Kreisfreie Stadt Frankenthal (Pfalz)	122
AT 20: Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen – Kreisfreie Stadt Kaiserslautern	123
AT 21: Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen – Kreisfreie Stadt Koblenz	124

Tabellenanhang

AT 22: Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen – Kreisfreie Stadt Landau i. d. Pfalz	125
AT 23: Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen – Kreisfreie Stadt Ludwigshafen a. Rh.	126
AT 24: Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen – Kreisfreie Stadt Mainz	127
AT 25: Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen – Kreisfreie Stadt Neustadt a. d. Weinstr.	128
AT 26: Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen – Kreisfreie Stadt Pirmasens	129
AT 27: Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen – Kreisfreie Stadt Speyer	130
AT 28: Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen – Kreisfreie Stadt Trier	131
AT 29: Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen – Kreisfreie Stadt Worms	132
AT 30: Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen – Kreisfreie Stadt Zweibrücken	133
AT 31: Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen – Landkreis Ahrweiler	134
AT 32: Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen – Landkreis Altenkirchen (Ww.)	135
AT 33: Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen – Landkreis Alzey-Worms	136
AT 34: Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen – Landkreis Bad Dürkheim	137
AT 35: Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen – Landkreis Bad Kreuznach	138
AT 36: Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen – Landkreis Bernkastel-Wittlich	139
AT 37: Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen – Landkreis Birkenfeld	140
AT 38: Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen – Landkreis Cochem-Zell	141
AT 39: Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen – Donnersbergkreis	142
AT 40: Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen – Eifelkreis Bitburg-Prüm	143
AT 41: Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen – Landkreis Germersheim	144
AT 42: Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen – Landkreis Kaiserslautern	145
AT 43: Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen – Landkreis Kusel	146
AT 44: Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen – Landkreis Mainz-Bingen	147
AT 45: Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen – Landkreis Mayen-Koblenz	148
AT 46: Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen – Landkreis Neuwied	149
AT 47: Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen – Rhein-Hunsrück-Kreis	150
AT 48: Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen – Rhein-Lahn-Kreis	151
AT 49: Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen – Rhein-Pfalz-Kreis	152
AT 50: Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen – Landkreis Südliche Weinstraße	153
AT 51: Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen – Landkreis Südwestpfalz	154
AT 52: Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen – Landkreis Trier-Saarburg	155
AT 53: Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen – Landkreis Vulkaneifel	156
AT 54: Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen – Westerwaldkreis	157

AT 55: Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen – Kreisfreie Städte	158
AT 56: Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen – Landkreise	159
AT 57: Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen – Region Mittelrhein-Westerwald	160
AT 58: Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen – Region Rheinhessen-Nahe	161
AT 59: Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen – Region Rhein-Neckar (rheinland-pfälzischer Teil)	162
AT 60: Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen – Region Trier	163
AT 61: Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen – Region Westpfalz	164



AT 1 Bevölkerung 1950–2013 nach Altersgruppen

Alter in Jahren	1950 ¹	1970	1980	1990	2000	2010	2013
Anzahl							
unter 3	145 711	156 205	106 541	126 775	116 741	95 507	96 033
3 – 6	104 357	183 661	103 058	119 836	125 221	98 359	98 628
6 – 10	178 539	259 076	158 397	156 583	179 219	141 541	134 948
10 – 16	331 911	351 176	350 194	222 146	279 474	246 953	230 274
16 – 20	177 581	215 480	263 874	166 149	177 143	181 758	172 961
20 – 35	611 378	718 540	761 356	913 043	763 723	689 491	703 154
35 – 50	690 692	707 732	725 464	729 558	956 286	901 272	826 061
50 – 65	482 980	586 970	603 386	732 142	734 354	825 565	908 872
65 – 80	252 579	415 594	475 952	451 728	546 679	598 333	599 014
80 und älter	29 024	64 498	94 260	145 550	155 717	224 966	224 421
unter 20	938 099	1 165 598	982 064	791 489	877 798	764 118	732 844
20 – 65	1 785 050	2 013 242	2 090 206	2 374 743	2 454 363	2 416 328	2 438 087
65 und älter	281 603	480 092	570 212	597 278	702 396	823 299	823 435
Insgesamt	3 004 752	3 658 932	3 642 482	3 763 510	4 034 557	4 003 745	3 994 366
Anteile in %							
unter 3	4,8	4,3	2,9	3,4	2,9	2,4	2,4
3 – 6	3,5	5,0	2,8	3,2	3,1	2,5	2,5
6 – 10	5,9	7,1	4,3	4,2	4,4	3,5	3,4
10 – 16	11,0	9,6	9,6	5,9	6,9	6,2	5,8
16 – 20	5,9	5,9	7,2	4,4	4,4	4,5	4,3
20 – 35	20,3	19,6	20,9	24,3	18,9	17,2	17,6
35 – 50	23,0	19,3	19,9	19,4	23,7	22,5	20,7
50 – 65	16,1	16,0	16,6	19,5	18,2	20,6	22,8
65 – 80	8,4	11,4	13,1	12,0	13,5	14,9	15,0
80 und älter	1,0	1,8	2,6	3,9	3,9	5,6	5,6
unter 20	31,2	31,9	27,0	21,0	21,8	19,1	18,3
20 – 65	59,4	55,0	57,4	63,1	60,8	60,4	61,0
65 und älter	9,4	13,1	15,7	15,9	17,4	20,6	20,6
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 1950=100							
unter 3	100	107,2	73,1	87,0	80,1	65,5	65,9
3 – 6	100	176,0	98,8	114,8	120,0	94,3	94,5
6 – 10	100	145,1	88,7	87,7	100,4	79,3	75,6
10 – 16	100	105,8	105,5	66,9	84,2	74,4	69,4
16 – 20	100	121,3	148,6	93,6	99,8	102,4	97,4
20 – 35	100	117,5	124,5	149,3	124,9	112,8	115,0
35 – 50	100	102,5	105,0	105,6	138,5	130,5	119,6
50 – 65	100	121,5	124,9	151,6	152,0	170,9	188,2
65 – 80	100	164,5	188,4	178,8	216,4	236,9	237,2
80 und älter	100	222,2	324,8	501,5	536,5	775,1	773,2
unter 20	100	124,3	104,7	84,4	93,6	81,5	78,1
20 – 65	100	112,8	117,1	133,0	137,5	135,4	136,6
65 und älter	100	170,5	202,5	212,1	249,4	292,4	292,4
Insgesamt	100	121,8	121,2	125,3	134,3	133,2	132,9

¹ Ergebnis der Volkszählung.

Tabellenanhang

AT 2 Bevölkerung 1970–2013 nach Verwaltungsbezirken und Regionen

Kreisfreie Stadt Landkreis Region Land	1970	1980	1990	2000	2010	2013
	Anzahl					
Frankenthal (Pfalz), St.	41 493	43 725	46 966	47 763	46 793	47 332
Kaiserslautern, St.	100 696	98 745	99 351	99 825	99 184	97 162
Koblenz, St.	120 079	113 676	108 733	107 950	106 417	110 643
Landau i. d. Pfalz, St.	38 537	36 522	37 274	41 122	43 615	43 825
Ludwigshafen a. Rh., St.	178 542	159 399	162 173	162 233	164 351	161 518
Mainz, St.	174 858	187 392	179 486	182 870	199 237	204 268
Neustadt a. d. Weinstr., St.	51 820	50 328	51 988	53 917	52 855	52 400
Pirmasens, St.	57 320	49 615	47 680	45 212	40 384	40 101
Speyer, St.	42 184	43 864	46 553	49 776	49 857	49 740
Trier, St.	103 598	95 536	97 835	99 410	105 260	107 233
Worms, St.	77 064	73 603	76 503	80 361	81 736	80 296
Zweibrücken, St.	38 339	34 923	33 918	35 719	33 944	34 084
Ahrweiler	104 699	110 660	116 582	129 462	127 443	126 102
Altenkirchen (Ww.)	121 805	122 618	126 489	137 223	131 952	128 373
Alzey-Worms	96 284	96 895	105 232	124 183	124 760	125 213
Bad Dürkheim	115 297	116 213	124 669	133 815	132 757	131 041
Bad Kreuznach	147 667	146 765	149 590	157 576	155 544	155 297
Bernkastel-Wittlich	108 281	105 514	106 757	112 789	110 049	110 643
Birkenfeld	93 473	87 288	86 987	90 294	83 243	80 673
Cochem-Zell	64 308	60 207	60 725	64 439	62 298	62 118
Donnersbergkreis	67 080	66 808	69 813	78 401	75 878	75 192
Eifelkreis Bitburg-Prüm	93 112	89 172	91 502	96 468	94 008	96 158
Germersheim	92 999	100 733	109 509	123 362	124 838	125 434
Kaiserslautern	96 728	95 783	100 028	110 103	105 428	104 117
Kusel	78 907	75 099	76 759	78 685	72 602	71 098
Mainz-Bingen	152 116	158 488	172 197	194 156	202 310	203 338
Mayen-Koblenz	187 424	189 708	194 349	210 812	210 269	209 785
Neuwied	148 685	154 919	163 576	184 278	180 995	179 454
Rhein-Hunsrück-Kreis	89 163	91 656	94 579	106 605	103 256	101 854
Rhein-Lahn-Kreis	120 459	118 017	121 369	129 082	123 601	121 375
Rhein-Pfalz-Kreis	116 223	125 767	135 339	146 986	148 475	149 068
Südliche Weinstraße	98 174	95 296	101 338	109 375	109 002	109 026
Südwestpfalz	103 571	98 681	100 629	105 378	98 887	96 599
Trier-Saarburg	120 180	125 038	128 966	138 720	142 670	144 337
Vulkaneifel	56 620	55 707	58 980	64 367	61 267	60 765
Westerwaldkreis	161 147	168 122	179 086	201 840	198 580	198 704
Rheinland-Pfalz	3 658 932	3 642 482	3 763 510	4 034 557	4 003 745	3 994 366
kreisfreie Städte	1 024 530	987 328	988 460	1 006 158	1 023 633	1 028 602
Landkreise	2 634 402	2 655 154	2 775 050	3 028 399	2 980 112	2 965 764
Mittelrhein-Westerwald	1 117 769	1 129 583	1 165 488	1 271 691	1 244 811	1 238 408
Rheinhausen-Nahe	741 462	750 431	769 995	829 440	846 830	849 085
Rhein-Neckar ¹	775 269	771 847	815 809	868 349	872 543	869 384
Trier	481 791	470 967	484 040	511 754	513 254	519 136
Westpfalz	542 641	519 654	528 178	553 323	526 307	518 353

1 Rheinland-pfälzischer Teil.
Gebietsstand: 1. Juli 2014

noch:
AT 2

Bevölkerung 1970–2013 nach Verwaltungsbezirken und Regionen

Kreisfreie Stadt Landkreis Region Land	1970	1980	1990	2000	2010	2013
	Messzahlen: 1970=100					
Frankenthal (Pfalz), St.	100	105,4	113,2	115,1	112,8	114,1
Kaiserslautern, St.	100	98,1	98,7	99,1	98,5	96,5
Koblenz, St.	100	94,7	90,6	89,9	88,6	92,1
Landau i. d. Pfalz, St.	100	94,8	96,7	106,7	113,2	113,7
Ludwigshafen a. Rh., St.	100	89,3	90,8	90,9	92,1	90,5
Mainz, St.	100	107,2	102,6	104,6	113,9	116,8
Neustadt a. d. Weinstr., St.	100	97,1	100,3	104,0	102,0	101,1
Pirmasens, St.	100	86,6	83,2	78,9	70,5	70,0
Speyer, St.	100	104,0	110,4	118,0	118,2	117,9
Trier, St.	100	92,2	94,4	96,0	101,6	103,5
Worms, St.	100	95,5	99,3	104,3	106,1	104,2
Zweibrücken, St.	100	91,1	88,5	93,2	88,5	88,9
Ahrweiler	100	105,7	111,3	123,7	121,7	120,4
Altenkirchen (Ww.)	100	100,7	103,8	112,7	108,3	105,4
Alzey-Worms	100	100,6	109,3	129,0	129,6	130,0
Bad Dürkheim	100	100,8	108,1	116,1	115,1	113,7
Bad Kreuznach	100	99,4	101,3	106,7	105,3	105,2
Bernkastel-Wittlich	100	97,4	98,6	104,2	101,6	102,2
Birkenfeld	100	93,4	93,1	96,6	89,1	86,3
Cochem-Zell	100	93,6	94,4	100,2	96,9	96,6
Donnersbergkreis	100	99,6	104,1	116,9	113,1	112,1
Eifelkreis Bitburg-Prüm	100	95,8	98,3	103,6	101,0	103,3
Germersheim	100	108,3	117,8	132,6	134,2	134,9
Kaiserslautern	100	99,0	103,4	113,8	109,0	107,6
Kusel	100	95,2	97,3	99,7	92,0	90,1
Mainz-Bingen	100	104,2	113,2	127,6	133,0	133,7
Mayen-Koblenz	100	101,2	103,7	112,5	112,2	111,9
Neuwied	100	104,2	110,0	123,9	121,7	120,7
Rhein-Hunsrück-Kreis	100	102,8	106,1	119,6	115,8	114,2
Rhein-Lahn-Kreis	100	98,0	100,8	107,2	102,6	100,8
Rhein-Pfalz-Kreis	100	108,2	116,4	126,5	127,8	128,3
Südliche Weinstraße	100	97,1	103,2	111,4	111,0	111,1
Südwestpfalz	100	95,3	97,2	101,7	95,5	93,3
Trier-Saarburg	100	104,0	107,3	115,4	118,7	120,1
Vulkaneifel	100	98,4	104,2	113,7	108,2	107,3
Westerwaldkreis	100	104,3	111,1	125,3	123,2	123,3
Rheinland-Pfalz	100	99,6	102,9	110,3	109,4	109,2
kreisfreie Städte	100	96,4	96,5	98,2	99,9	100,4
Landkreise	100	100,8	105,3	115,0	113,1	112,6
Mittelrhein-Westerwald	100	101,1	104,3	113,8	111,4	110,8
Rheinhausen-Nahe	100	101,2	103,8	111,9	114,2	114,5
Rhein-Neckar ¹	100	99,6	105,2	112,0	112,5	112,1
Trier	100	97,8	100,5	106,2	106,5	107,8
Westpfalz	100	95,8	97,3	102,0	97,0	95,5

1 Rheinland-pfälzischer Teil.
Gebietsstand: 1. Juli 2014

Tabellenanhang

AT 3

 Bevölkerungsbewegung zwischen dem 31. Dezember 2008 und dem 31. Dezember 2013
 nach Verwaltungsbezirken und Regionen

Kreisfreie Stadt Landkreis Region Land	Natürlicher Saldo			Wanderungssaldo		
	Summe	Jahresdurchschnitt		Summe	Jahresdurchschnitt	
	Anzahl	je 1 000 Einwohner/-innen		Anzahl	je 1 000 Einwohner/-innen	
Frankenthal (Pfalz), St.	-647	-129	-2,8	1 396	279	5,9
Kaiserslautern, St.	-1 726	-345	-3,5	4 216	843	8,6
Koblenz, St.	-1 564	-313	-2,9	4 658	932	8,6
Landau i. d. Pfalz, St.	-417	-83	-1,9	1 752	350	8,1
Ludwigshafen a. Rh., St.	-333	-67	-0,4	5 174	1 035	6,4
Mainz, St.	595	119	0,6	5 880	1 176	5,9
Neustadt a. d. Weinstr., St.	-914	-183	-3,5	261	52	1,0
Pirmasens, St.	-1 763	-353	-8,7	-139	-28	-0,7
Speyer, St.	-790	-158	-3,2	863	173	3,5
Trier, St.	-605	-121	-1,1	2 540	508	4,8
Worms, St.	-913	-183	-2,3	1 529	306	3,8
Zweibrücken, St.	-829	-166	-4,9	32	6	0,2
Ahrweiler	-3 303	-661	-5,2	2 057	411	3,2
Altenkirchen (Ww.)	-2 948	-590	-4,5	-1 649	-330	-2,5
Alzey-Worms	-1 298	-260	-2,1	713	143	1,1
Bad Dürkheim	-3 285	-657	-5,0	2 211	442	3,4
Bad Kreuznach	-2 935	-587	-3,8	1 471	294	1,9
Bernkastel-Wittlich	-1 961	-392	-3,5	-175	-35	-0,3
Birkenfeld	-2 577	-515	-6,3	-1 860	-372	-4,5
Cochem-Zell	-1 875	-375	-6,0	-292	-58	-0,9
Donnersbergkreis	-1 411	-282	-3,7	-1 086	-217	-2,9
Eifelkreis Bitburg-Prüm	-1 727	-345	-3,6	1 003	201	2,1
Germersheim	-779	-156	-1,2	1 271	254	2,0
Kaiserslautern	-1 847	-369	-3,5	-1 568	-314	-3,0
Kusel	-2 177	-435	-6,0	-1 332	-266	-3,7
Mainz-Bingen	-1 173	-235	-1,2	4 651	930	4,6
Mayen-Koblenz	-3 386	-677	-3,2	553	111	0,5
Neuwied	-3 494	-699	-3,9	410	82	0,5
Rhein-Hunsrück-Kreis	-2 181	-436	-4,2	-1 231	-246	-2,4
Rhein-Lahn-Kreis	-3 051	-610	-5,0	-1 065	-213	-1,7
Rhein-Pfalz-Kreis	-2 153	-431	-2,9	3 798	760	5,1
Südliche Weinstraße	-1 842	-368	-3,4	1 619	324	3,0
Südwestpfalz	-2 494	-499	-5,1	-1 338	-268	-2,7
Trier-Saarburg	-1 534	-307	-2,1	2 954	591	4,1
Vulkaneifel	-1 587	-317	-5,2	-756	-151	-2,5
Westerwaldkreis	-3 331	-666	-3,3	-773	-155	-0,8
Rheinland-Pfalz	-64 255	-12 851	-3,2	37 748	7 550	1,9
kreisfreie Städte	-9 906	-1 981	-1,9	28 162	5 632	5,5
Landkreise	-54 349	-10 870	-3,7	9 586	1 917	0,6
Mittelrhein-Westerwald	-25 133	-5 027	-4,0	2 668	534	0,4
Rheinhausen-Nahe	-8 301	-1 660	-2,0	12 384	2 477	2,9
Rhein-Neckar ¹	-11 160	-2 232	-2,6	18 345	3 669	4,2
Trier	-7 414	-1 483	-2,9	5 566	1 113	2,2
Westpfalz	-12 247	-2 449	-4,7	-1 215	-243	-0,5

1 Rheinland-pfälzischer Teil.
Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 4

Wanderungsbewegung zwischen dem 31. Dezember 2008 und dem 31. Dezember 2013
nach Verwaltungsbezirken und Regionen

Kreisfreie Stadt Landkreis Region Land	Außenwanderungssaldo			Binnenwanderungssaldo		
	Summe	Jahresdurchschnitt		Summe	Jahresdurchschnitt	
	Anzahl	je 1 000 Einwohner/-innen		Anzahl	je 1 000 Einwohner/-innen	
Frankenthal (Pfalz), St.	910	182	3,9	486	97	2,1
Kaiserslautern, St.	701	140	1,4	3 515	703	7,2
Koblenz, St.	2 158	432	4,0	2 500	500	4,6
Landau i. d. Pfalz, St.	1 152	230	5,3	600	120	2,8
Ludwigshafen a. Rh., St.	6 630	1 326	8,2	-1 456	-291	-1,8
Mainz, St.	3 906	781	3,9	1 974	395	2,0
Neustadt a. d. Weinstr., St.	135	27	0,5	126	25	0,5
Pirmasens, St.	-529	-106	-2,6	390	78	1,9
Speyer, St.	925	185	3,7	-62	-12	-0,2
Trier, St.	12 761	2 552	24,1	-10 221	-2 044	-19,3
Worms, St.	1 244	249	3,1	285	57	0,7
Zweibrücken, St.	-131	-26	-0,8	163	33	1,0
Ahrweiler	1 983	397	3,1	74	15	0,1
Altenkirchen (Ww.)	-1 414	-283	-2,2	-235	-47	-0,4
Alzey-Worms	750	150	1,2	-37	-7	-0,1
Bad Dürkheim	1 336	267	2,0	875	175	1,3
Bad Kreuznach	186	37	0,2	1 285	257	1,7
Bernkastel-Wittlich	411	82	0,7	-586	-117	-1,1
Birkenfeld	-1 042	-208	-2,5	-818	-164	-2,0
Cochem-Zell	286	57	0,9	-578	-116	-1,9
Donnersbergkreis	-396	-79	-1,0	-690	-138	-1,8
Eifelkreis Bitburg-Prüm	1 096	219	2,3	-93	-19	-0,2
Germersheim	1 828	366	2,9	-557	-111	-0,9
Kaiserslautern	-790	-158	-1,5	-778	-156	-1,5
Kusel	-642	-128	-1,8	-690	-138	-1,9
Mainz-Bingen	3 441	688	3,4	1 210	242	1,2
Mayen-Koblenz	-476	-95	-0,5	1 029	206	1,0
Neuwied	75	15	0,1	335	67	0,4
Rhein-Hunsrück-Kreis	-587	-117	-1,1	-644	-129	-1,3
Rhein-Lahn-Kreis	-763	-153	-1,2	-302	-60	-0,5
Rhein-Pfalz-Kreis	1 875	375	2,5	1 923	385	2,6
Südliche Weinstraße	761	152	1,4	858	172	1,6
Südwestpfalz	-744	-149	-1,5	-594	-119	-1,2
Trier-Saarburg	1 719	344	2,4	1 235	247	1,7
Vulkaneifel	38	8	0,1	-794	-159	-2,6
Westerwaldkreis	-1045	-209	-1,0	272	54	0,3
Rheinland-Pfalz	37 748	7 550	1,9	0	0	0,0
kreisfreie Städte	29 862	5 972	5,8	-1 700	-340	-0,3
Landkreise	7 886	1 577	0,5	1 700	340	0,1
Mittelrhein-Westerwald	217	43	0,0	2 451	490	0,4
Rheinessen-Nahe	8 485	1 697	2,0	3 899	780	0,9
Rhein-Neckar ¹	15 552	3 110	3,6	2 793	559	0,6
Trier	16 025	3 205	6,2	-10 459	-2 092	-4,0
Westpfalz	-2 531	-506	-1,0	1 316	263	0,5

¹ Rheinland-pfälzischer Teil.
Gebietsstand: 1. Juli 2014

Kreisfreie Stadt Landkreis Region Land	Außenwanderungssaldo mit dem Ausland			Außenwanderungssaldo mit dem Bundesgebiet		
	Summe	Jahresdurchschnitt		Summe	Jahresdurchschnitt	
	Anzahl	je 1 000 Einwohner/-innen		Anzahl	je 1 000 Einwohner/-innen	
Frankenthal (Pfalz), St.	596	119	2,5	314	63	1,3
Kaiserslautern, St.	1 451	290	3,0	-750	-150	-1,5
Koblenz, St.	973	195	1,8	1 185	237	2,2
Landau i. d. Pfalz, St.	449	90	2,1	703	141	3,2
Ludwigshafen a. Rh., St.	4 423	885	5,5	2 207	441	2,7
Mainz, St.	2 691	538	2,7	1 215	243	1,2
Neustadt a. d. Weinstr., St.	162	32	0,6	-27	-5	-0,1
Pirmasens, St.	291	58	1,4	-820	-164	-4,1
Speyer, St.	701	140	2,8	224	45	0,9
Trier, St.	13 394	2 679	25,3	-633	-127	-1,2
Worms, St.	1 855	371	4,6	-611	-122	-1,5
Zweibrücken, St.	339	68	2,0	-470	-94	-2,8
Ahrweiler	1 275	255	2,0	708	142	1,1
Altenkirchen (Ww.)	392	78	0,6	-1 806	-361	-2,8
Alzey-Worms	1 513	303	2,4	-763	-153	-1,2
Bad Dürkheim	1 550	310	2,4	-214	-43	-0,3
Bad Kreuznach	1 188	238	1,5	-1 002	-200	-1,3
Bernkastel-Wittlich	1 545	309	2,8	-1 134	-227	-2,0
Birkenfeld	576	115	1,4	-1 618	-324	-3,9
Cochem-Zell	843	169	2,7	-557	-111	-1,8
Donnersbergkreis	327	65	0,9	-723	-145	-1,9
Eifelkreis Bitburg-Prüm	2 174	435	4,6	-1 078	-216	-2,3
Germersheim	1 859	372	3,0	-31	-6	0,0
Kaiserslautern	-33	-7	-0,1	-757	-151	-1,4
Kusel	182	36	0,5	-824	-165	-2,3
Mainz-Bingen	2 901	580	2,9	540	108	0,5
Mayen-Koblenz	778	156	0,7	-1 254	-251	-1,2
Neuwied	956	191	1,1	-881	-176	-1,0
Rhein-Hunsrück-Kreis	587	117	1,1	-1 174	-235	-2,3
Rhein-Lahn-Kreis	691	138	1,1	-1 454	-291	-2,4
Rhein-Pfalz-Kreis	1 807	361	2,4	68	14	0,1
Südliche Weinstraße	904	181	1,7	-143	-29	-0,3
Südwestpfalz	242	48	0,5	-986	-197	-2,0
Trier-Saarburg	2 439	488	3,4	-720	-144	-1,0
Vulkaneifel	620	124	2,0	-582	-116	-1,9
Westerwaldkreis	1 180	236	1,2	-2 225	-445	-2,2
Rheinland-Pfalz	53 821	10 764	2,7	-16 073	-3 215	-0,8
kreisfreie Städte	27 325	5 465	5,3	2 537	507	0,5
Landkreise	26 496	5 299	1,8	-18 610	-3 722	-1,3
Mittelrhein-Westerwald	7 675	1 535	1,2	-7 458	-1 492	-1,2
Rheinessen-Nahe	10 724	2 145	2,5	-2 239	-448	-0,5
Rhein-Neckar ¹	12 451	2 490	2,9	3 101	620	0,7
Trier	20 172	4 034	7,8	-4 147	-829	-1,6
Westpfalz	2 799	560	1,1	-5 330	-1 066	-2,0

1 Rheinland-pfälzischer Teil.
Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 6

Bevölkerungsveränderungen zwischen dem 31. Dezember 2008 und dem 31. Dezember 2013
nach Verwaltungsbezirken

Kreisfreie Stadt Landkreis Land	Bevölkerungsbewegungen			2011	Bevölkerungsveränderung	
	Natürlicher Saldo	Wanderungs- saldo	Summe der Salden	Bestands- korrektur durch Zensus	= Bewegungen + Bestands- korrekturen	aufgrund Fortschreibung
	1	2	3=1+2	4	5=3+4	6
Geburtenüberschuss und Wanderungsüberschuss						
Mainz, St.	595	5 880	6 475	45	6 520	6 645
Geburtendefizit und Wanderungsüberschuss						
Bestandserhöhung durch Zensus						
Koblenz, St.	-1 564	4 658	3 094	1 277	4 371	4 350
Trier, St.	-605	2 540	1 935	609	2 544	2 593
Zweibrücken, St.	-829	32	-797	354	-443	-441
Alzey-Worms	-1 298	713	-585	530	-55	-31
Bad Kreuznach	-2 935	1 471	-1 464	3	-1 461	-1 363
Eifelkreis Bitburg-Prüm	-1 727	1 003	-724	1 944	1 220	1 330
Mayen-Koblenz	-3 386	553	-2 833	528	-2 305	-2 317
Trier-Saarburg	-1 534	2 954	1 420	612	2 032	2 054
Bestandsminderung durch Zensus						
Frankenthal (Pfalz), St.	-647	1 396	749	-385	364	384
Kaiserslautern, St.	-1 726	4 216	2 490	-2 827	-337	-274
Landau i. d. Pfalz, St.	-417	1 752	1 335	-481	854	817
Ludwigshafen a. Rh., St.	-333	5 174	4 841	-6 923	-2 082	-1 949
Neustadt a. d. Weinstr., St.	-914	261	-653	-619	-1 272	-1 258
Speyer, St.	-790	863	73	-324	-251	-190
Worms, St.	-913	1 529	616	-2 441	-1 825	-1 744
Ahrweiler	-3 303	2 057	-1 246	-1 210	-2 456	-2 407
Bad Dürkheim	-3 285	2 211	-1 074	-1 480	-2 554	-2 535
Germersheim	-779	1 271	492	-708	-216	-169
Mainz-Bingen	-1 173	4 651	3 478	-1 628	1 850	1 928
Neuwied	-3 494	410	-3 084	-41	-3 125	-3 083
Rhein-Pfalz-Kreis	-2 153	3 798	1 645	-1 671	-26	-16
Südliche Weinstraße	-1 842	1 619	-223	-575	-798	-599
Geburtendefizit und Wanderungsdefizit						
Bestandserhöhung durch Zensus						
Pirmasens, St.	-1 763	-139	-1 902	649	-1 253	-1 257
Bernkastel-Wittlich	-1 961	-175	-2 136	1 332	-804	-727
Cochem-Zell	-1 875	-292	-2 167	929	-1 238	-1 198
Donnersbergkreis	-1 411	-1 086	-2 497	334	-2 163	-2 158
Kaiserslautern	-1 847	-1 568	-3 415	303	-3 112	-3 075
Kusel	-2 177	-1 332	-3 509	610	-2 899	-2 889
Rhein-Hunsrück-Kreis	-2 181	-1 231	-3 412	494	-2 918	-2 928
Vulkaneifel	-1 587	-756	-2 343	885	-1 458	-1 436
Westerwaldkreis	-3 331	-773	-4 104	1 960	-2 144	-2 075
Bestandsminderung durch Zensus						
Altenkirchen (Ww.)	-2 948	-1 649	-4 597	-888	-5 485	-5 412
Birkenfeld	-2 577	-1 860	-4 437	-169	-4 606	-4 544
Rhein-Lahn-Kreis	-3 051	-1 065	-4 116	-6	-4 122	-4 102
Südwestpfalz	-2 494	-1 338	-3 832	-106	-3 938	-3 909
Rheinland-Pfalz	-64 255	37 748	-26 507	-9 084	-35 591	-33 985
kreisfreie Städte	-9 906	28 162	18 256	-11 066	7 190	7 676
Landkreise	-54 349	9 586	-44 763	1 982	-42 781	-41 661

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 7 Bevölkerung 2000 und 2013 nach Altersgruppen, Verwaltungsbezirken und Regionen

Kreisfreie Stadt Landkreis Region Land	2000			2013		
	Alter in Jahren					
	unter 20	20 – 65	65 und älter	unter 20	20 – 65	65 und älter
	Anteile in %					
Frankenthal (Pfalz), St.	20,3	61,4	18,3	18,3	59,3	22,4
Kaiserslautern, St.	18,9	62,9	18,2	16,6	63,5	19,8
Koblenz, St.	18,9	61,6	19,5	16,4	62,0	21,6
Landau i. d. Pfalz, St.	20,5	62,2	17,3	17,5	63,5	19,0
Ludwigshafen a. Rh., St.	20,2	62,3	17,5	19,4	61,2	19,5
Mainz, St.	18,3	65,9	15,8	16,4	65,9	17,7
Neustadt a. d. Weinstr., St.	20,6	59,5	19,9	17,4	59,5	23,1
Pirmasens, St.	19,0	58,8	22,3	16,6	58,1	25,3
Speyer, St.	21,4	61,8	16,7	18,6	60,5	20,9
Trier, St.	18,3	63,3	18,3	15,9	66,3	17,8
Worms, St.	21,2	61,5	17,3	19,1	61,1	19,7
Zweibrücken, St.	20,9	60,0	19,2	17,7	60,0	22,3
Ahrweiler	21,9	59,6	18,5	17,9	58,7	23,4
Altenkirchen (Ww.)	23,6	59,0	17,5	19,1	59,9	20,9
Alzey-Worms	23,6	61,4	15,0	19,6	62,3	18,1
Bad Dürkheim	21,3	61,2	17,6	17,8	59,8	22,4
Bad Kreuznach	21,9	60,2	18,0	18,5	59,9	21,6
Bernkastel-Wittlich	22,4	59,2	18,4	18,3	60,5	21,2
Birkenfeld	21,8	59,0	19,2	17,3	59,7	23,1
Cochem-Zell	22,4	58,4	19,2	18,1	59,1	22,8
Donnersbergkreis	23,5	60,1	16,4	19,4	61,0	19,6
Eifelkreis Bitburg-Prüm	23,5	58,1	18,4	19,4	61,0	19,7
Germersheim	23,5	62,6	13,9	19,3	62,5	18,3
Kaiserslautern	23,1	59,7	17,2	19,1	60,6	20,2
Kusel	21,9	59,1	19,0	17,5	60,7	21,8
Mainz-Bingen	21,8	63,4	14,8	19,4	61,6	19,0
Mayen-Koblenz	21,8	60,9	17,3	18,6	60,8	20,6
Neuwied	22,8	59,4	17,8	19,4	59,3	21,3
Rhein-Hunsrück-Kreis	23,2	59,1	17,7	18,6	60,4	21,1
Rhein-Lahn-Kreis	21,6	59,9	18,5	17,9	59,9	22,3
Rhein-Pfalz-Kreis	21,4	62,3	16,4	18,2	60,2	21,6
Südliche Weinstraße	22,1	60,5	17,4	18,2	60,6	21,2
Südwestpfalz	21,7	60,2	18,1	16,8	60,2	23,0
Trier-Saarburg	22,7	60,6	16,7	19,4	61,4	19,2
Vulkaneifel	23,7	57,1	19,2	18,5	58,6	22,9
Westerwaldkreis	23,8	59,8	16,4	19,5	60,7	19,8
Rheinland-Pfalz	21,8	60,8	17,4	18,3	61,0	20,6
kreisfreie Städte	19,5	62,5	17,9	17,4	62,7	19,9
Landkreise	22,5	60,3	17,2	18,7	60,5	20,9
Mittelrhein-Westerwald	22,3	59,8	17,8	18,5	60,2	21,3
Rheinhausen-Nahe	21,3	62,4	16,4	18,3	62,2	19,5
Rhein-Neckar ¹	21,4	61,7	16,9	18,5	60,8	20,8
Trier	22,1	59,9	18,0	18,3	61,8	19,9
Westpfalz	21,5	60,3	18,2	17,7	60,9	21,3

¹ Rheinland-pfälzischer Teil.
Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 8

Medianalter, Jugend-, Alten- und Gesamtquotient¹ 2000 und 2013
nach Verwaltungsbezirken und Regionen

Kreisfreie Stadt Landkreis Region Land	2000				2013			
	Medianalter	JQ ₂₀₋₆₅	AQ ₂₀₋₆₅	GQ ₂₀₋₆₅	Medianalter	JQ ₂₀₋₆₅	AQ ₂₀₋₆₅	GQ ₂₀₋₆₅
Frankenthal (Pfalz), St.	41	33,1	29,9	63,0	45	30,9	37,9	68,8
Kaiserslautern, St.	40	30,0	29,0	59,0	43	26,2	31,2	57,4
Koblenz, St.	41	30,6	31,7	62,3	44	26,4	34,8	61,3
Landau i. d. Pfalz, St.	39	33,0	27,8	60,8	43	27,5	30,0	57,5
Ludwigshafen a. Rh., St.	40	32,4	28,1	60,5	43	31,7	31,8	63,5
Mainz, St.	38	27,8	24,0	51,8	39	24,9	26,9	51,8
Neustadt a. d. Weinstr., St.	42	34,7	33,5	68,2	48	29,3	38,8	68,1
Pirmasens, St.	43	32,3	37,9	70,2	49	28,6	43,6	72,2
Speyer, St.	40	34,7	27,1	61,8	46	30,7	34,5	65,2
Trier, St.	38	28,9	28,9	57,8	39	24,0	26,8	50,8
Worms, St.	40	34,4	28,1	62,5	44	31,3	32,3	63,6
Zweibrücken, St.	41	34,8	32,0	66,8	46	29,5	37,1	66,6
Ahrweiler	40	36,8	31,0	67,8	48	30,6	39,9	70,5
Altenkirchen (Ww.)	39	39,9	29,6	69,5	46	31,9	34,9	66,8
Alzey-Worms	39	38,5	24,5	63,0	45	31,4	29,1	60,5
Bad Dürkheim	41	34,8	28,7	63,5	48	29,8	37,5	67,3
Bad Kreuznach	40	36,3	29,9	66,2	47	30,8	36,0	66,8
Bernkastel-Wittlich	40	37,9	31,1	69,0	47	30,3	35,1	65,4
Birkenfeld	41	36,9	32,6	69,5	48	28,9	38,7	67,6
Cochem-Zell	40	38,4	32,8	71,2	48	30,5	38,6	69,1
Donnersbergkreis	39	39,0	27,3	66,3	46	31,8	32,1	64,0
Eifelkreis Bitburg-Prüm	39	40,5	31,7	72,2	45	31,8	32,3	64,1
Germersheim	38	37,5	22,2	59,7	44	30,9	29,2	60,1
Kaiserslautern	40	38,8	28,7	67,5	46	31,6	33,4	65,0
Kusel	41	37,1	32,1	69,2	48	28,8	35,9	64,7
Mainz-Bingen	39	34,4	23,3	57,7	45	31,5	30,9	62,4
Mayen-Koblenz	40	35,8	28,3	64,1	46	30,5	33,9	64,5
Neuwied	40	38,4	30,0	68,4	46	32,8	36,0	68,8
Rhein-Hunsrück-Kreis	39	39,3	30,0	69,3	47	30,8	34,9	65,7
Rhein-Lahn-Kreis	41	36,0	30,9	66,9	47	29,8	37,2	67,1
Rhein-Pfalz-Kreis	41	34,3	26,3	60,6	47	30,3	35,9	66,1
Südliche Weinstraße	40	36,5	28,7	65,2	47	30,1	35,1	65,1
Südwestpfalz	41	36,0	30,1	66,1	48	27,8	38,2	66,1
Trier-Saarburg	39	37,4	27,5	64,9	45	31,5	31,2	62,7
Vulkaneifel	40	41,5	33,6	75,1	48	31,6	39,1	70,7
Westerwaldkreis	39	39,9	27,4	67,3	45	32,1	32,5	64,7
Rheinland-Pfalz	40	35,8	28,6	64,4	46	30,1	33,8	63,8
kreisfreie Städte	40	31,2	28,7	59,9	43	27,8	31,8	59,5
Landkreise	40	37,3	28,6	65,9	47	30,9	34,5	65,4
Mittelrhein-Westerwald	40	37,3	29,8	67,1	46	30,8	35,4	66,2
Rheinessen-Nahe	39	34,1	26,2	60,3	45	29,4	31,3	60,8
Rhein-Neckar ²	40	34,6	27,5	62,1	46	30,4	34,2	64,6
Trier	39	36,8	30,1	66,9	45	29,6	32,1	61,8
Westpfalz	40	35,6	30,2	65,8	47	29,1	35,0	64,1

¹ Unter 20-Jährige bzw. 65-Jährige und Ältere je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren.

² Rheinland-pfälzischer Teil.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 9 Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen

Rheinland-Pfalz

Ergebnisübersicht der Varianten

Alter in Jahren	Basisjahr 2013	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
		2035	2060	2035	2060	2035	2060
Anzahl							
unter 3	96 033	80 180	63 554	84 182	71 386	86 611	76 457
3 – 6	98 628	84 645	66 534	88 646	74 528	91 038	79 697
6 – 10	134 948	119 540	92 525	124 565	103 190	127 454	110 055
10 – 16	230 274	193 570	146 819	199 944	162 681	203 397	172 783
16 – 20	172 961	136 561	103 646	140 206	114 336	142 317	121 211
20 – 35	703 154	552 947	441 105	582 868	498 207	601 459	535 312
35 – 50	826 061	664 127	505 660	697 510	571 677	717 181	614 306
50 – 65	908 872	727 831	587 972	748 860	652 199	760 758	693 358
65 – 80	599 014	817 740	610 484	824 372	650 157	827 786	674 550
80 und älter	224 421	349 293	456 088	350 457	469 003	351 068	476 445
unter 20	732 844	614 496	473 078	637 543	526 121	650 817	560 203
20 – 65	2 438 087	1 944 905	1 534 737	2 029 238	1 722 083	2 079 398	1 842 976
65 und älter	823 435	1 167 033	1 066 572	1 174 829	1 119 160	1 178 854	1 150 995
Insgesamt	3 994 366	3 726 434	3 074 387	3 841 610	3 367 364	3 909 069	3 554 174
Anteile in %							
unter 3	2,4	2,2	2,1	2,2	2,1	2,2	2,2
3 – 6	2,5	2,3	2,2	2,3	2,2	2,3	2,2
6 – 10	3,4	3,2	3,0	3,2	3,1	3,3	3,1
10 – 16	5,8	5,2	4,8	5,2	4,8	5,2	4,9
16 – 20	4,3	3,7	3,4	3,6	3,4	3,6	3,4
20 – 35	17,6	14,8	14,3	15,2	14,8	15,4	15,1
35 – 50	20,7	17,8	16,4	18,2	17,0	18,3	17,3
50 – 65	22,8	19,5	19,1	19,5	19,4	19,5	19,5
65 – 80	15,0	21,9	19,9	21,5	19,3	21,2	19,0
80 und älter	5,6	9,4	14,8	9,1	13,9	9,0	13,4
unter 20	18,3	16,5	15,4	16,6	15,6	16,6	15,8
20 – 65	61,0	52,2	49,9	52,8	51,1	53,2	51,9
65 und älter	20,6	31,3	34,7	30,6	33,2	30,2	32,4
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2013=100							
unter 3	100	83,5	66,2	87,7	74,3	90,2	79,6
3 – 6	100	85,8	67,5	89,9	75,6	92,3	80,8
6 – 10	100	88,6	68,6	92,3	76,5	94,4	81,6
10 – 16	100	84,1	63,8	86,8	70,6	88,3	75,0
16 – 20	100	79,0	59,9	81,1	66,1	82,3	70,1
20 – 35	100	78,6	62,7	82,9	70,9	85,5	76,1
35 – 50	100	80,4	61,2	84,4	69,2	86,8	74,4
50 – 65	100	80,1	64,7	82,4	71,8	83,7	76,3
65 – 80	100	136,5	101,9	137,6	108,5	138,2	112,6
80 und älter	100	155,6	203,2	156,2	209,0	156,4	212,3
unter 20	100	83,9	64,6	87,0	71,8	88,8	76,4
20 – 65	100	79,8	62,9	83,2	70,6	85,3	75,6
65 und älter	100	141,7	129,5	142,7	135,9	143,2	139,8
Insgesamt	100	93,3	77,0	96,2	84,3	97,9	89,0

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in allen Varianten; danach bis 2060 konstant: untere Variante bei 0, mittlere Variante bei +6 000, obere Variante bei +10 000.

AT 10 Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen

Rheinland-Pfalz

Untere Variante

Alter in Jahren	2013	2020	2025	2030	2035	2060
Anzahl						
unter 3	96 033	98 374	93 176	86 275	80 180	63 554
3 – 6	98 628	100 443	97 589	91 319	84 645	66 534
6 – 10	134 948	134 862	133 960	128 232	119 540	92 525
10 – 16	230 274	207 412	205 058	202 237	193 570	146 819
16 – 20	172 961	149 779	140 713	138 580	136 561	103 646
20 – 35	703 154	700 758	637 219	586 732	552 947	441 105
35 – 50	826 061	723 340	715 039	698 049	664 127	505 660
50 – 65	908 872	977 291	905 359	800 580	727 831	587 972
65 – 80	599 014	624 280	707 664	792 280	817 740	610 484
80 und älter	224 421	299 198	298 278	311 900	349 293	456 088
unter 20	732 844	690 870	670 496	646 643	614 496	473 078
20 – 65	2 438 087	2 401 389	2 257 617	2 085 361	1 944 905	1 534 737
65 und älter	823 435	923 478	1 005 942	1 104 180	1 167 033	1 066 572
Insgesamt	3 994 366	4 015 737	3 934 055	3 836 184	3 726 434	3 074 387
Anteile in %						
unter 3	2,4	2,4	2,4	2,2	2,2	2,1
3 – 6	2,5	2,5	2,5	2,4	2,3	2,2
6 – 10	3,4	3,4	3,4	3,3	3,2	3,0
10 – 16	5,8	5,2	5,2	5,3	5,2	4,8
16 – 20	4,3	3,7	3,6	3,6	3,7	3,4
20 – 35	17,6	17,5	16,2	15,3	14,8	14,3
35 – 50	20,7	18,0	18,2	18,2	17,8	16,4
50 – 65	22,8	24,3	23,0	20,9	19,5	19,1
65 – 80	15,0	15,5	18,0	20,7	21,9	19,9
80 und älter	5,6	7,5	7,6	8,1	9,4	14,8
unter 20	18,3	17,2	17,0	16,9	16,5	15,4
20 – 65	61,0	59,8	57,4	54,4	52,2	49,9
65 und älter	20,6	23,0	25,6	28,8	31,3	34,7
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2013=100						
unter 3	100	102,4	97,0	89,8	83,5	66,2
3 – 6	100	101,8	98,9	92,6	85,8	67,5
6 – 10	100	99,9	99,3	95,0	88,6	68,6
10 – 16	100	90,1	89,0	87,8	84,1	63,8
16 – 20	100	86,6	81,4	80,1	79,0	59,9
20 – 35	100	99,7	90,6	83,4	78,6	62,7
35 – 50	100	87,6	86,6	84,5	80,4	61,2
50 – 65	100	107,5	99,6	88,1	80,1	64,7
65 – 80	100	104,2	118,1	132,3	136,5	101,9
80 und älter	100	133,3	132,9	139,0	155,6	203,2
unter 20	100	94,3	91,5	88,2	83,9	64,6
20 – 65	100	98,5	92,6	85,5	79,8	62,9
65 und älter	100	112,1	122,2	134,1	141,7	129,5
Insgesamt	100	100,5	98,5	96,0	93,3	77,0

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in der unteren Variante auf 0; danach bis 2060 konstant.

AT 11 Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen

Rheinland-Pfalz

Mittlere Variante

Alter in Jahren	2013	2020	2025	2030	2035	2060
Anzahl						
unter 3	96 033	98 884	95 010	89 319	84 182	71 386
3 – 6	98 628	100 888	99 194	94 227	88 646	74 528
6 – 10	134 948	135 359	135 607	131 610	124 565	103 190
10 – 16	230 274	208 002	207 063	206 107	199 944	162 681
16 – 20	172 961	150 297	142 102	140 994	140 206	114 336
20 – 35	703 154	707 178	654 196	611 173	582 868	498 207
35 – 50	826 061	727 472	728 330	721 408	697 510	571 677
50 – 65	908 872	979 128	912 027	813 801	748 860	652 199
65 – 80	599 014	624 617	709 117	795 681	824 372	650 157
80 und älter	224 421	299 260	298 555	312 514	350 457	469 003
unter 20	732 844	693 430	678 976	662 257	637 543	526 121
20 – 65	2 438 087	2 413 778	2 294 553	2 146 382	2 029 238	1 722 083
65 und älter	823 435	923 877	1 007 672	1 108 195	1 174 829	1 119 160
Insgesamt	3 994 366	4 031 085	3 981 201	3 916 834	3 841 610	3 367 364
Anteile in %						
unter 3	2,4	2,5	2,4	2,3	2,2	2,1
3 – 6	2,5	2,5	2,5	2,4	2,3	2,2
6 – 10	3,4	3,4	3,4	3,4	3,2	3,1
10 – 16	5,8	5,2	5,2	5,3	5,2	4,8
16 – 20	4,3	3,7	3,6	3,6	3,6	3,4
20 – 35	17,6	17,5	16,4	15,6	15,2	14,8
35 – 50	20,7	18,0	18,3	18,4	18,2	17,0
50 – 65	22,8	24,3	22,9	20,8	19,5	19,4
65 – 80	15,0	15,5	17,8	20,3	21,5	19,3
80 und älter	5,6	7,4	7,5	8,0	9,1	13,9
unter 20	18,3	17,2	17,1	16,9	16,6	15,6
20 – 65	61,0	59,9	57,6	54,8	52,8	51,1
65 und älter	20,6	22,9	25,3	28,3	30,6	33,2
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2013=100						
unter 3	100	103,0	98,9	93,0	87,7	74,3
3 – 6	100	102,3	100,6	95,5	89,9	75,6
6 – 10	100	100,3	100,5	97,5	92,3	76,5
10 – 16	100	90,3	89,9	89,5	86,8	70,6
16 – 20	100	86,9	82,2	81,5	81,1	66,1
20 – 35	100	100,6	93,0	86,9	82,9	70,9
35 – 50	100	88,1	88,2	87,3	84,4	69,2
50 – 65	100	107,7	100,3	89,5	82,4	71,8
65 – 80	100	104,3	118,4	132,8	137,6	108,5
80 und älter	100	133,3	133,0	139,3	156,2	209,0
unter 20	100	94,6	92,6	90,4	87,0	71,8
20 – 65	100	99,0	94,1	88,0	83,2	70,6
65 und älter	100	112,2	122,4	134,6	142,7	135,9
Insgesamt	100	100,9	99,7	98,1	96,2	84,3

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in der mittleren Variante auf +6 000; danach bis 2060 konstant.

AT 12 Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen

Rheinland-Pfalz

Obere Variante

Alter in Jahren	2013	2020	2025	2030	2035	2060
Anzahl						
unter 3	96 033	98 936	95 827	91 021	86 611	76 457
3 – 6	98 628	100 947	99 839	95 779	91 038	79 697
6 – 10	134 948	135 415	136 381	133 276	127 454	110 055
10 – 16	230 274	208 075	207 925	208 111	203 397	172 783
16 – 20	172 961	150 380	142 795	142 257	142 317	121 211
20 – 35	703 154	708 094	663 143	625 835	601 459	535 312
35 – 50	826 061	728 001	734 582	734 205	717 181	614 306
50 – 65	908 872	979 331	915 033	820 735	760 758	693 358
65 – 80	599 014	624 651	709 685	797 307	827 786	674 550
80 und älter	224 421	299 266	298 672	312 833	351 068	476 445
unter 20	732 844	693 753	682 767	670 444	650 817	560 203
20 – 65	2 438 087	2 415 426	2 312 758	2 180 775	2 079 398	1 842 976
65 und älter	823 435	923 917	1 008 357	1 110 140	1 178 854	1 150 995
Insgesamt	3 994 366	4 033 096	4 003 882	3 961 359	3 909 069	3 554 174
Anteile in %						
unter 3	2,4	2,5	2,4	2,3	2,2	2,2
3 – 6	2,5	2,5	2,5	2,4	2,3	2,2
6 – 10	3,4	3,4	3,4	3,4	3,3	3,1
10 – 16	5,8	5,2	5,2	5,3	5,2	4,9
16 – 20	4,3	3,7	3,6	3,6	3,6	3,4
20 – 35	17,6	17,6	16,6	15,8	15,4	15,1
35 – 50	20,7	18,1	18,3	18,5	18,3	17,3
50 – 65	22,8	24,3	22,9	20,7	19,5	19,5
65 – 80	15,0	15,5	17,7	20,1	21,2	19,0
80 und älter	5,6	7,4	7,5	7,9	9,0	13,4
unter 20	18,3	17,2	17,1	16,9	16,6	15,8
20 – 65	61,0	59,9	57,8	55,1	53,2	51,9
65 und älter	20,6	22,9	25,2	28,0	30,2	32,4
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2013=100						
unter 3	100	103,0	99,8	94,8	90,2	79,6
3 – 6	100	102,4	101,2	97,1	92,3	80,8
6 – 10	100	100,3	101,1	98,8	94,4	81,6
10 – 16	100	90,4	90,3	90,4	88,3	75,0
16 – 20	100	86,9	82,6	82,2	82,3	70,1
20 – 35	100	100,7	94,3	89,0	85,5	76,1
35 – 50	100	88,1	88,9	88,9	86,8	74,4
50 – 65	100	107,8	100,7	90,3	83,7	76,3
65 – 80	100	104,3	118,5	133,1	138,2	112,6
80 und älter	100	133,4	133,1	139,4	156,4	212,3
unter 20	100	94,7	93,2	91,5	88,8	76,4
20 – 65	100	99,1	94,9	89,4	85,3	75,6
65 und älter	100	112,2	122,5	134,8	143,2	139,8
Insgesamt	100	101,0	100,2	99,2	97,9	89,0

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in der oberen Variante auf +10 000; danach bis 2060 konstant.

AT 13 Bevölkerung 2013–2060 nach Verwaltungsbezirken und Regionen

Ergebnisübersicht der Varianten

Kreisfreie Stadt Landkreis Region Land	Basisjahr 2013	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
		2035	2060	2035	2060	2035	2060
		Anzahl					
Frankenthal (Pfalz), St.	47 332	46 157	39 486	47 857	43 591	48 805	46 178
Kaiserslautern, St.	97 162	91 111	75 182	94 609	83 242	96 672	88 395
Koblenz, St.	110 643	104 912	87 954	108 074	95 846	109 941	100 906
Landau i. d. Pfalz, St.	43 825	43 076	36 417	44 297	39 614	45 029	41 747
Ludwigshafen a. Rh., St.	161 518	162 721	140 296	169 776	156 459	173 966	166 750
Mainz, St.	204 268	202 466	173 189	210 076	191 268	214 581	202 750
Neustadt a. d. Weinstr., St.	52 400	48 654	39 942	50 884	44 971	52 206	48 077
Pirmasens, St.	40 101	33 196	26 168	34 028	28 294	34 520	29 743
Speyer, St.	49 740	48 666	41 498	50 326	45 708	51 340	48 415
Trier, St.	107 233	104 213	88 176	111 245	101 756	115 524	110 462
Worms, St.	80 296	77 839	65 788	80 885	72 934	82 686	77 479
Zweibrücken, St.	34 084	29 975	24 137	30 783	26 296	31 264	27 726
Ahrweiler	126 102	116 881	95 886	120 079	104 428	121 956	109 853
Altenkirchen (Ww.)	128 373	112 148	89 991	114 478	96 820	115 817	101 160
Alzey-Worms	125 213	119 601	99 181	123 009	108 334	124 987	114 099
Bad Dürkheim	131 041	123 489	102 754	127 037	112 300	129 066	118 319
Bad Kreuznach	155 297	145 836	120 181	149 689	130 578	151 877	137 160
Bernkastel-Wittlich	110 643	100 318	80 709	103 492	88 782	105 344	94 054
Birkenfeld	80 673	66 831	51 814	68 824	56 882	70 004	60 088
Cochem-Zell	62 118	53 837	42 607	55 388	46 666	56 320	49 249
Donnersbergkreis	75 192	66 300	53 187	67 857	57 623	68 755	60 430
Eifelkreis Bitburg-Prüm	96 158	89 438	73 187	92 958	81 707	95 037	87 093
Germersheim	125 434	120 307	100 494	124 354	110 498	126 690	116 937
Kaiserslautern	104 117	91 579	73 344	94 421	80 456	96 085	85 040
Kusel	71 098	59 974	46 370	61 231	50 079	61 967	52 456
Mainz-Bingen	203 338	203 496	172 718	209 526	188 692	213 010	198 819
Mayen-Koblenz	209 785	194 373	159 451	198 614	171 639	201 047	179 327
Neuwied	179 454	163 358	133 385	167 141	143 964	169 326	150 781
Rhein-Hunsrück-Kreis	101 854	88 745	70 290	91 478	77 167	93 059	81 554
Rhein-Lahn-Kreis	121 375	107 459	86 857	109 943	93 854	111 423	98 324
Rhein-Pfalz-Kreis	149 068	147 863	126 150	152 417	138 203	155 086	145 865
Südliche Weinstraße	109 026	105 074	87 285	107 906	95 049	109 551	99 989
Südwestpfalz	96 599	82 512	64 044	84 105	68 841	85 009	71 869
Trier-Saarburg	144 337	141 955	119 284	147 092	132 424	150 109	140 817
Vulkaneifel	60 765	52 549	41 535	53 917	45 257	54 716	47 694
Westerwaldkreis	198 704	179 525	145 450	183 814	157 142	186 294	164 569
Rheinland-Pfalz	3 994 366	3 726 434	3 074 387	3 841 610	3 367 364	3 909 069	3 554 174
kreisfreie Städte	1 028 602	992 986	838 233	1 032 840	929 979	1 056 534	988 628
Landkreise	2 965 764	2 733 448	2 236 154	2 808 770	2 437 385	2 852 535	2 565 546
Mittelrhein-Westerwald	1 238 408	1 121 238	911 871	1 149 009	987 526	1 165 183	1 035 723
Rheinhessen-Nahe	849 085	816 069	682 871	842 009	748 688	857 145	790 395
Rhein-Neckar ¹	869 384	846 007	714 322	874 854	786 393	891 739	832 277
Trier	519 136	488 473	402 891	508 704	449 926	520 730	480 120
Westpfalz	518 353	454 647	362 432	467 034	394 831	474 272	415 659

1 Rheinland-pfälzischer Teil.

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in allen Varianten; danach bis 2060 konstant: untere Variante bei 0, mittlere Variante bei +6 000, obere Variante bei +10 000.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

noch:
AT 13

Bevölkerung 2013–2060 nach Verwaltungsbezirken und Regionen

Ergebnisübersicht der Varianten

Kreisfreie Stadt Landkreis Region Land	Basisjahr 2013	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
		2035	2060	2035	2060	2035	2060
		Messzahl: 2013=100					
Frankenthal (Pfalz), St.	100	97,5	83,4	101,1	92,1	103,1	97,6
Kaiserslautern, St.	100	93,8	77,4	97,4	85,7	99,5	91,0
Koblenz, St.	100	94,8	79,5	97,7	86,6	99,4	91,2
Landau i. d. Pfalz, St.	100	98,3	83,1	101,1	90,4	102,7	95,3
Ludwigshafen a. Rh., St.	100	100,7	86,9	105,1	96,9	107,7	103,2
Mainz, St.	100	99,1	84,8	102,8	93,6	105,0	99,3
Neustadt a. d. Weinstr., St.	100	92,9	76,2	97,1	85,8	99,6	91,8
Pirmasens, St.	100	82,8	65,3	84,9	70,6	86,1	74,2
Speyer, St.	100	97,8	83,4	101,2	91,9	103,2	97,3
Trier, St.	100	97,2	82,2	103,7	94,9	107,7	103,0
Worms, St.	100	96,9	81,9	100,7	90,8	103,0	96,5
Zweibrücken, St.	100	87,9	70,8	90,3	77,2	91,7	81,3
Ahrweiler	100	92,7	76,0	95,2	82,8	96,7	87,1
Altenkirchen (Ww.)	100	87,4	70,1	89,2	75,4	90,2	78,8
Alzey-Worms	100	95,5	79,2	98,2	86,5	99,8	91,1
Bad Dürkheim	100	94,2	78,4	96,9	85,7	98,5	90,3
Bad Kreuznach	100	93,9	77,4	96,4	84,1	97,8	88,3
Bernkastel-Wittlich	100	90,7	72,9	93,5	80,2	95,2	85,0
Birkenfeld	100	82,8	64,2	85,3	70,5	86,8	74,5
Cochem-Zell	100	86,7	68,6	89,2	75,1	90,7	79,3
Donnersbergkreis	100	88,2	70,7	90,2	76,6	91,4	80,4
Eifelkreis Bitburg-Prüm	100	93,0	76,1	96,7	85,0	98,8	90,6
Germersheim	100	95,9	80,1	99,1	88,1	101,0	93,2
Kaiserslautern	100	88,0	70,4	90,7	77,3	92,3	81,7
Kusel	100	84,4	65,2	86,1	70,4	87,2	73,8
Mainz-Bingen	100	100,1	84,9	103,0	92,8	104,8	97,8
Mayen-Koblenz	100	92,7	76,0	94,7	81,8	95,8	85,5
Neuwied	100	91,0	74,3	93,1	80,2	94,4	84,0
Rhein-Hunsrück-Kreis	100	87,1	69,0	89,8	75,8	91,4	80,1
Rhein-Lahn-Kreis	100	88,5	71,6	90,6	77,3	91,8	81,0
Rhein-Pfalz-Kreis	100	99,2	84,6	102,2	92,7	104,0	97,9
Südliche Weinstraße	100	96,4	80,1	99,0	87,2	100,5	91,7
Südwestpfalz	100	85,4	66,3	87,1	71,3	88,0	74,4
Trier-Saarburg	100	98,3	82,6	101,9	91,7	104,0	97,6
Vulkaneifel	100	86,5	68,4	88,7	74,5	90,0	78,5
Westerwaldkreis	100	90,3	73,2	92,5	79,1	93,8	82,8
Rheinland-Pfalz	100	93,3	77,0	96,2	84,3	97,9	89,0
kreisfreie Städte	100	96,5	81,5	100,4	90,4	102,7	96,1
Landkreise	100	92,2	75,4	94,7	82,2	96,2	86,5
Mittelrhein-Westerwald	100	90,5	73,6	92,8	79,7	94,1	83,6
Rheinessen-Nahe	100	96,1	80,4	99,2	88,2	100,9	93,1
Rhein-Neckar ¹	100	97,3	82,2	100,6	90,5	102,6	95,7
Trier	100	94,1	77,6	98,0	86,7	100,3	92,5
Westpfalz	100	87,7	69,9	90,1	76,2	91,5	80,2

1 Rheinland-pfälzischer Teil.

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in allen Varianten; danach bis 2060 konstant: untere Variante bei 0, mittlere Variante bei +6 000, obere Variante bei +10 000.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 14 Bevölkerung 2013–2060 nach Verwaltungsbezirken und Regionen

Untere Variante

Kreisfreie Stadt Landkreis Region Land	2013	2020	2025	2030	2035	2060
	Anzahl					
Frankenthal (Pfalz), St.	47 332	48 712	48 090	47 203	46 157	39 486
Kaiserslautern, St.	97 162	99 640	96 995	94 087	91 111	75 182
Koblenz, St.	110 643	112 654	110 699	107 943	104 912	87 954
Landau i. d. Pfalz, St.	43 825	45 013	44 616	43 932	43 076	36 417
Ludwigshafen a. Rh., St.	161 518	170 236	168 725	166 030	162 721	140 296
Mainz, St.	204 268	212 997	210 819	207 051	202 466	173 189
Neustadt a. d. Weinstr., St.	52 400	53 086	51 661	50 182	48 654	39 942
Pirmasens, St.	40 101	38 369	36 536	34 792	33 196	26 168
Speyer, St.	49 740	51 152	50 608	49 770	48 666	41 498
Trier, St.	107 233	112 323	109 647	106 927	104 213	88 176
Worms, St.	80 296	82 747	81 443	79 778	77 839	65 788
Zweibrücken, St.	34 084	33 358	32 272	31 117	29 975	24 137
Ahrweiler	126 102	126 207	123 600	120 453	116 881	95 886
Altenkirchen (Ww.)	128 373	124 674	120 725	116 509	112 148	89 991
Alzey-Worms	125 213	126 506	124 810	122 548	119 601	99 181
Bad Dürkheim	131 041	131 727	129 536	126 765	123 489	102 754
Bad Kreuznach	155 297	156 025	153 435	149 967	145 836	120 181
Bernkastel-Wittlich	110 643	109 770	106 876	103 680	100 318	80 709
Birkenfeld	80 673	77 073	73 486	70 078	66 831	51 814
Cochem-Zell	62 118	60 446	58 231	56 043	53 837	42 607
Donnersbergkreis	75 192	73 286	71 099	68 755	66 300	53 187
Eifelkreis Bitburg-Prüm	96 158	96 824	94 658	92 201	89 438	73 187
Germersheim	125 434	127 767	125 894	123 381	120 307	100 494
Kaiserslautern	104 117	101 917	98 610	95 166	91 579	73 344
Kusel	71 098	68 096	65 431	62 707	59 974	46 370
Mainz-Bingen	203 338	210 237	209 537	207 215	203 496	172 718
Mayen-Koblenz	209 785	208 669	204 780	199 970	194 373	159 451
Neuwied	179 454	177 641	173 443	168 611	163 358	133 385
Rhein-Hunsrück-Kreis	101 854	99 440	95 897	92 340	88 745	70 290
Rhein-Lahn-Kreis	121 375	118 589	115 167	111 399	107 459	86 857
Rhein-Pfalz-Kreis	149 068	153 452	152 578	150 679	147 863	126 150
Südliche Weinstraße	109 026	110 395	109 212	107 442	105 074	87 285
Südwestpfalz	96 599	92 958	89 556	86 069	82 512	64 044
Trier-Saarburg	144 337	148 649	147 343	145 049	141 955	119 284
Vulkaneifel	60 765	58 920	56 848	54 732	52 549	41 535
Westerwaldkreis	198 704	196 182	191 192	185 613	179 525	145 450
Rheinland-Pfalz	3 994 366	4 015 737	3 934 055	3 836 184	3 726 434	3 074 387
kreisfreie Städte	1 028 602	1 060 287	1 042 111	1 018 812	992 986	838 233
Landkreise	2 965 764	2 955 450	2 891 944	2 817 372	2 733 448	2 236 154
Mittelrhein-Westerwald	1 238 408	1 224 502	1 193 734	1 158 881	1 121 238	911 871
Rheinessen-Nahe	849 085	865 585	853 530	836 637	816 069	682 871
Rhein-Neckar ¹	869 384	891 540	880 920	865 384	846 007	714 322
Trier	519 136	526 486	515 372	502 589	488 473	402 891
Westpfalz	518 353	507 624	490 499	472 693	454 647	362 432

¹ Rheinland-pfälzischer Teil.

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in der unteren Variante auf 0; danach bis 2060 konstant.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

noch:
AT 14

Bevölkerung 2013–2060 nach Verwaltungsbezirken und Regionen

Untere Variante

Kreisfreie Stadt Landkreis Region Land	2013	2020	2025	2030	2035	2060
	Messzahl: 2013=100					
Frankenthal (Pfalz), St.	100	102,9	101,6	99,7	97,5	83,4
Kaiserslautern, St.	100	102,6	99,8	96,8	93,8	77,4
Koblenz, St.	100	101,8	100,1	97,6	94,8	79,5
Landau i. d. Pfalz, St.	100	102,7	101,8	100,2	98,3	83,1
Ludwigshafen a. Rh., St.	100	105,4	104,5	102,8	100,7	86,9
Mainz, St.	100	104,3	103,2	101,4	99,1	84,8
Neustadt a. d. Weinstr., St.	100	101,3	98,6	95,8	92,9	76,2
Pirmasens, St.	100	95,7	91,1	86,8	82,8	65,3
Speyer, St.	100	102,8	101,7	100,1	97,8	83,4
Trier, St.	100	104,7	102,3	99,7	97,2	82,2
Worms, St.	100	103,1	101,4	99,4	96,9	81,9
Zweibrücken, St.	100	97,9	94,7	91,3	87,9	70,8
Ahrweiler	100	100,1	98,0	95,5	92,7	76,0
Altenkirchen (Ww.)	100	97,1	94,0	90,8	87,4	70,1
Alzey-Worms	100	101,0	99,7	97,9	95,5	79,2
Bad Dürkheim	100	100,5	98,9	96,7	94,2	78,4
Bad Kreuznach	100	100,5	98,8	96,6	93,9	77,4
Bernkastel-Wittlich	100	99,2	96,6	93,7	90,7	72,9
Birkenfeld	100	95,5	91,1	86,9	82,8	64,2
Cochem-Zell	100	97,3	93,7	90,2	86,7	68,6
Donnersbergkreis	100	97,5	94,6	91,4	88,2	70,7
Eifelkreis Bitburg-Prüm	100	100,7	98,4	95,9	93,0	76,1
Germersheim	100	101,9	100,4	98,4	95,9	80,1
Kaiserslautern	100	97,9	94,7	91,4	88,0	70,4
Kusel	100	95,8	92,0	88,2	84,4	65,2
Mainz-Bingen	100	103,4	103,0	101,9	100,1	84,9
Mayen-Koblenz	100	99,5	97,6	95,3	92,7	76,0
Neuwied	100	99,0	96,7	94,0	91,0	74,3
Rhein-Hunsrück-Kreis	100	97,6	94,2	90,7	87,1	69,0
Rhein-Lahn-Kreis	100	97,7	94,9	91,8	88,5	71,6
Rhein-Pfalz-Kreis	100	102,9	102,4	101,1	99,2	84,6
Südliche Weinstraße	100	101,3	100,2	98,5	96,4	80,1
Südwestpfalz	100	96,2	92,7	89,1	85,4	66,3
Trier-Saarburg	100	103,0	102,1	100,5	98,3	82,6
Vulkaneifel	100	97,0	93,6	90,1	86,5	68,4
Westerwaldkreis	100	98,7	96,2	93,4	90,3	73,2
Rheinland-Pfalz	100	100,5	98,5	96,0	93,3	77,0
kreisfreie Städte	100	103,1	101,3	99,0	96,5	81,5
Landkreise	100	99,7	97,5	95,0	92,2	75,4
Mittelrhein-Westerwald	100	98,9	96,4	93,6	90,5	73,6
Rheinessen-Nahe	100	101,9	100,5	98,5	96,1	80,4
Rhein-Neckar ¹	100	102,5	101,3	99,5	97,3	82,2
Trier	100	101,4	99,3	96,8	94,1	77,6
Westpfalz	100	97,9	94,6	91,2	87,7	69,9

1 Rheinland-pfälzischer Teil.

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in der unteren Variante auf 0; danach bis 2060 konstant.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 15 Bevölkerung 2013–2060 nach Verwaltungsbezirken und Regionen

Mittlere Variante

Kreisfreie Stadt Landkreis Region Land	2013	2020	2025	2030	2035	2060
	Anzahl					
Frankenthal (Pfalz), St.	47 332	48 941	48 813	48 419	47 857	43 591
Kaiserslautern, St.	97 162	100 194	98 591	96 631	94 609	83 242
Koblenz, St.	110 643	113 097	112 013	110 173	108 074	95 846
Landau i. d. Pfalz, St.	43 825	45 173	45 109	44 792	44 297	39 614
Ludwigshafen a. Rh., St.	161 518	171 309	171 875	171 157	169 776	156 459
Mainz, St.	204 268	214 131	214 160	212 537	210 076	191 268
Neustadt a. d. Weinstr., St.	52 400	53 444	52 684	51 804	50 884	44 971
Pirmasens, St.	40 101	38 489	36 891	35 378	34 028	28 294
Speyer, St.	49 740	51 390	51 318	50 945	50 326	45 708
Trier, St.	107 233	113 720	113 326	112 410	111 245	101 756
Worms, St.	80 296	83 207	82 799	81 968	80 885	72 934
Zweibrücken, St.	34 084	33 455	32 598	31 691	30 783	26 296
Ahrweiler	126 102	126 585	124 858	122 664	120 079	104 428
Altenkirchen (Ww.)	128 373	124 909	121 542	118 040	114 478	96 820
Alzey-Worms	125 213	126 920	126 138	124 864	123 009	108 334
Bad Dürkheim	131 041	132 152	130 900	129 186	127 037	112 300
Bad Kreuznach	155 297	156 481	154 895	152 594	149 689	130 578
Bernkastel-Wittlich	110 643	110 156	108 131	105 877	103 492	88 782
Birkenfeld	80 673	77 355	74 296	71 491	68 824	56 882
Cochem-Zell	62 118	60 665	58 872	57 136	55 388	46 666
Donnersbergkreis	75 192	73 451	71 649	69 794	67 857	57 623
Eifelkreis Bitburg-Prüm	96 158	97 292	96 106	94 668	92 958	81 707
Germersheim	125 434	128 322	127 558	126 224	124 354	110 498
Kaiserslautern	104 117	102 283	99 741	97 143	94 421	80 456
Kusel	71 098	68 239	65 899	63 562	61 231	50 079
Mainz-Bingen	203 338	210 988	211 903	211 362	209 526	188 692
Mayen-Koblenz	209 785	209 145	206 334	202 807	198 614	171 639
Neuwied	179 454	178 068	174 853	171 171	167 141	143 964
Rhein-Hunsrück-Kreis	101 854	99 803	97 016	94 260	91 478	77 167
Rhein-Lahn-Kreis	121 375	118 867	116 083	113 072	109 943	93 854
Rhein-Pfalz-Kreis	149 068	154 012	154 366	153 801	152 417	138 203
Südliche Weinstraße	109 026	110 727	110 287	109 349	107 906	95 049
Südwestpfalz	96 599	93 107	90 118	87 126	84 105	68 841
Trier-Saarburg	144 337	149 252	149 303	148 572	147 092	132 424
Vulkaneifel	60 765	59 070	57 341	55 642	53 917	45 257
Westerwaldkreis	198 704	196 686	192 835	188 524	183 814	157 142
Rheinland-Pfalz	3 994 366	4 031 085	3 981 201	3 916 834	3 841 610	3 367 364
kreisfreie Städte	1 028 602	1 066 550	1 060 177	1 047 905	1 032 840	929 979
Landkreise	2 965 764	2 964 535	2 921 024	2 868 929	2 808 770	2 437 385
Mittelrhein-Westerwald	1 238 408	1 227 825	1 204 406	1 177 847	1 149 009	987 526
Rheinhausen-Nahe	849 085	869 082	864 191	854 816	842 009	748 688
Rhein-Neckar ¹	869 384	895 470	892 910	885 677	874 854	786 393
Trier	519 136	529 490	524 207	517 169	508 704	449 926
Westpfalz	518 353	509 218	495 487	481 325	467 034	394 831

1 Rheinland-pfälzischer Teil.

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in der mittleren Variante auf +6 000; danach bis 2060 konstant.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

noch:
AT 15

Bevölkerung 2013–2060 nach Verwaltungsbezirken und Regionen

Mittlere Variante

Kreisfreie Stadt Landkreis Region Land	2013	2020	2025	2030	2035	2060
	Messzahl: 2013=100					
Frankenthal (Pfalz), St.	100	103,4	103,1	102,3	101,1	92,1
Kaiserslautern, St.	100	103,1	101,5	99,5	97,4	85,7
Koblenz, St.	100	102,2	101,2	99,6	97,7	86,6
Landau i. d. Pfalz, St.	100	103,1	102,9	102,2	101,1	90,4
Ludwigshafen a. Rh., St.	100	106,1	106,4	106,0	105,1	96,9
Mainz, St.	100	104,8	104,8	104,0	102,8	93,6
Neustadt a. d. Weinstr., St.	100	102,0	100,5	98,9	97,1	85,8
Pirmasens, St.	100	96,0	92,0	88,2	84,9	70,6
Speyer, St.	100	103,3	103,2	102,4	101,2	91,9
Trier, St.	100	106,0	105,7	104,8	103,7	94,9
Worms, St.	100	103,6	103,1	102,1	100,7	90,8
Zweibrücken, St.	100	98,2	95,6	93,0	90,3	77,2
Ahrweiler	100	100,4	99,0	97,3	95,2	82,8
Altenkirchen (Ww.)	100	97,3	94,7	92,0	89,2	75,4
Alzey-Worms	100	101,4	100,7	99,7	98,2	86,5
Bad Dürkheim	100	100,8	99,9	98,6	96,9	85,7
Bad Kreuznach	100	100,8	99,7	98,3	96,4	84,1
Berncastel-Wittlich	100	99,6	97,7	95,7	93,5	80,2
Birkenfeld	100	95,9	92,1	88,6	85,3	70,5
Cochem-Zell	100	97,7	94,8	92,0	89,2	75,1
Donnersbergkreis	100	97,7	95,3	92,8	90,2	76,6
Eifelkreis Bitburg-Prüm	100	101,2	99,9	98,5	96,7	85,0
Germersheim	100	102,3	101,7	100,6	99,1	88,1
Kaiserslautern	100	98,2	95,8	93,3	90,7	77,3
Kusel	100	96,0	92,7	89,4	86,1	70,4
Mainz-Bingen	100	103,8	104,2	103,9	103,0	92,8
Mayen-Koblenz	100	99,7	98,4	96,7	94,7	81,8
Neuwied	100	99,2	97,4	95,4	93,1	80,2
Rhein-Hunsrück-Kreis	100	98,0	95,3	92,5	89,8	75,8
Rhein-Lahn-Kreis	100	97,9	95,6	93,2	90,6	77,3
Rhein-Pfalz-Kreis	100	103,3	103,6	103,2	102,2	92,7
Südliche Weinstraße	100	101,6	101,2	100,3	99,0	87,2
Südwestpfalz	100	96,4	93,3	90,2	87,1	71,3
Trier-Saarburg	100	103,4	103,4	102,9	101,9	91,7
Vulkaneifel	100	97,2	94,4	91,6	88,7	74,5
Westerwaldkreis	100	99,0	97,0	94,9	92,5	79,1
Rheinland-Pfalz	100	100,9	99,7	98,1	96,2	84,3
kreisfreie Städte	100	103,7	103,1	101,9	100,4	90,4
Landkreise	100	100,0	98,5	96,7	94,7	82,2
Mittelrhein-Westerwald	100	99,1	97,3	95,1	92,8	79,7
Rheinessen-Nahe	100	102,4	101,8	100,7	99,2	88,2
Rhein-Neckar ¹	100	103,0	102,7	101,9	100,6	90,5
Trier	100	102,0	101,0	99,6	98,0	86,7
Westpfalz	100	98,2	95,6	92,9	90,1	76,2

1 Rheinland-pfälzischer Teil.

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in der mittleren Variante auf +6 000; danach bis 2060 konstant.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 16 Bevölkerung 2013–2060 nach Verwaltungsbezirken und Regionen

Obere Variante

Kreisfreie Stadt Landkreis Region Land	2013	2020	2025	2030	2035	2060
	Anzahl					
Frankenthal (Pfalz), St.	47 332	48 969	49 137	49 045	48 805	46 178
Kaiserslautern, St.	97 162	100 269	99 381	98 075	96 672	88 395
Koblenz, St.	110 643	113 151	112 638	111 408	109 941	100 906
Landau i. d. Pfalz, St.	43 825	45 191	45 336	45 258	45 029	41 747
Ludwigshafen a. Rh., St.	161 518	171 446	173 417	174 045	173 966	166 750
Mainz, St.	204 268	214 291	215 797	215 612	214 581	202 750
Neustadt a. d. Weinstr., St.	52 400	53 497	53 190	52 720	52 206	48 077
Pirmasens, St.	40 101	38 501	37 060	35 711	34 520	29 743
Speyer, St.	49 740	51 422	51 649	51 616	51 340	48 415
Trier, St.	107 233	113 920	115 234	115 596	115 524	110 462
Worms, St.	80 296	83 270	83 440	83 199	82 686	77 479
Zweibrücken, St.	34 084	33 466	32 756	32 005	31 264	27 726
Ahrweiler	126 102	126 642	125 451	123 878	121 956	109 853
Altenkirchen (Ww.)	128 373	124 942	121 938	118 889	115 817	101 160
Alzey-Worms	125 213	126 976	126 764	126 161	124 987	114 099
Bad Dürkheim	131 041	132 204	131 525	130 479	129 066	118 319
Bad Kreuznach	155 297	156 539	155 609	154 003	151 877	137 160
Bernkastel-Wittlich	110 643	110 206	108 731	107 090	105 344	94 054
Birkenfeld	80 673	77 382	74 698	72 264	70 004	60 088
Cochem-Zell	62 118	60 689	59 168	57 733	56 320	49 249
Donnersbergkreis	75 192	73 469	71 919	70 359	68 755	60 430
Eifelkreis Bitburg-Prüm	96 158	97 360	96 816	96 040	95 037	87 093
Germersheim	125 434	128 390	128 362	127 774	126 690	116 937
Kaiserslautern	104 117	102 334	100 295	98 222	96 085	85 040
Kusel	71 098	68 256	66 120	64 032	61 967	52 456
Mainz-Bingen	203 338	211 084	213 002	213 597	213 010	198 819
Mayen-Koblenz	209 785	209 201	207 044	204 327	201 047	179 327
Neuwied	179 454	178 117	175 524	172 544	169 326	150 781
Rhein-Hunsrück-Kreis	101 854	99 855	97 550	95 299	93 059	81 554
Rhein-Lahn-Kreis	121 375	118 910	116 531	114 012	111 423	98 324
Rhein-Pfalz-Kreis	149 068	154 080	155 212	155 521	155 086	145 865
Südliche Weinstraße	109 026	110 768	110 795	110 421	109 551	99 989
Südwestpfalz	96 599	93 132	90 369	87 674	85 009	71 869
Trier-Saarburg	144 337	149 324	150 227	150 485	150 109	140 817
Vulkaneifel	60 765	59 092	57 592	56 160	54 716	47 694
Westerwaldkreis	198 704	196 751	193 605	190 105	186 294	164 569
Rheinland-Pfalz	3 994 366	4 033 096	4 003 882	3 961 359	3 909 069	3 554 174
kreisfreie Städte	1 028 602	1 067 393	1 069 035	1 064 290	1 056 534	988 628
Landkreise	2 965 764	2 965 703	2 934 847	2 897 069	2 852 535	2 565 546
Mittelrhein-Westerwald	1 238 408	1 228 258	1 209 449	1 188 195	1 165 183	1 035 723
Rheinhausen-Nahe	849 085	869 542	869 310	864 836	857 145	790 395
Rhein-Neckar ¹	869 384	895 967	898 623	896 879	891 739	832 277
Trier	519 136	529 902	528 600	525 371	520 730	480 120
Westpfalz	518 353	509 427	497 900	486 078	474 272	415 659

¹ Rheinland-pfälzischer Teil.

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in der oberen Variante auf +10 000; danach bis 2060 konstant.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

noch:
AT 16

Bevölkerung 2013–2060 nach Verwaltungsbezirken und Regionen

Obere Variante

Kreisfreie Stadt Landkreis Region Land	2013	2020	2025	2030	2035	2060
	Messzahl: 2013=100					
Frankenthal (Pfalz), St.	100	103,5	103,8	103,6	103,1	97,6
Kaiserslautern, St.	100	103,2	102,3	100,9	99,5	91,0
Koblenz, St.	100	102,3	101,8	100,7	99,4	91,2
Landau i. d. Pfalz, St.	100	103,1	103,4	103,3	102,7	95,3
Ludwigshafen a. Rh., St.	100	106,1	107,4	107,8	107,7	103,2
Mainz, St.	100	104,9	105,6	105,6	105,0	99,3
Neustadt a. d. Weinstr., St.	100	102,1	101,5	100,6	99,6	91,8
Pirmasens, St.	100	96,0	92,4	89,1	86,1	74,2
Speyer, St.	100	103,4	103,8	103,8	103,2	97,3
Trier, St.	100	106,2	107,5	107,8	107,7	103,0
Worms, St.	100	103,7	103,9	103,6	103,0	96,5
Zweibrücken, St.	100	98,2	96,1	93,9	91,7	81,3
Ahrweiler	100	100,4	99,5	98,2	96,7	87,1
Altenkirchen (Ww.)	100	97,3	95,0	92,6	90,2	78,8
Alzey-Worms	100	101,4	101,2	100,8	99,8	91,1
Bad Dürkheim	100	100,9	100,4	99,6	98,5	90,3
Bad Kreuznach	100	100,8	100,2	99,2	97,8	88,3
Bernkastel-Wittlich	100	99,6	98,3	96,8	95,2	85,0
Birkenfeld	100	95,9	92,6	89,6	86,8	74,5
Cochem-Zell	100	97,7	95,3	92,9	90,7	79,3
Donnersbergkreis	100	97,7	95,6	93,6	91,4	80,4
Eifelkreis Bitburg-Prüm	100	101,3	100,7	99,9	98,8	90,6
Germersheim	100	102,4	102,3	101,9	101,0	93,2
Kaiserslautern	100	98,3	96,3	94,3	92,3	81,7
Kusel	100	96,0	93,0	90,1	87,2	73,8
Mainz-Bingen	100	103,8	104,8	105,0	104,8	97,8
Mayen-Koblenz	100	99,7	98,7	97,4	95,8	85,5
Neuwied	100	99,3	97,8	96,1	94,4	84,0
Rhein-Hunsrück-Kreis	100	98,0	95,8	93,6	91,4	80,1
Rhein-Lahn-Kreis	100	98,0	96,0	93,9	91,8	81,0
Rhein-Pfalz-Kreis	100	103,4	104,1	104,3	104,0	97,9
Südliche Weinstraße	100	101,6	101,6	101,3	100,5	91,7
Südwestpfalz	100	96,4	93,6	90,8	88,0	74,4
Trier-Saarburg	100	103,5	104,1	104,3	104,0	97,6
Vulkaneifel	100	97,2	94,8	92,4	90,0	78,5
Westerwaldkreis	100	99,0	97,4	95,7	93,8	82,8
Rheinland-Pfalz	100	101,0	100,2	99,2	97,9	89,0
kreisfreie Städte	100	103,8	103,9	103,5	102,7	96,1
Landkreise	100	100,0	99,0	97,7	96,2	86,5
Mittelrhein-Westerwald	100	99,2	97,7	95,9	94,1	83,6
Rheinessen-Nahe	100	102,4	102,4	101,9	100,9	93,1
Rhein-Neckar ¹	100	103,1	103,4	103,2	102,6	95,7
Trier	100	102,1	101,8	101,2	100,3	92,5
Westpfalz	100	98,3	96,1	93,8	91,5	80,2

1 Rheinland-pfälzischer Teil.

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in der oberen Variante auf +10 000; danach bis 2060 konstant.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 17 Bevölkerung 2035 und 2060 nach Altersgruppen, Verwaltungsbezirken und Regionen¹

Kreisfreie Stadt Landkreis Region Land	2035			2060		
	Alter in Jahren					
	unter 20	20 – 65	65 und älter	unter 20	20 – 65	65 und älter
	Anteile in %					
Frankenthal (Pfalz), St.	17,8	53,5	28,7	16,7	51,3	31,9
Kaiserslautern, St.	15,9	57,9	26,2	15,0	56,7	28,3
Koblenz, St.	16,6	56,1	27,3	15,4	54,2	30,4
Landau i. d. Pfalz, St.	16,4	55,3	28,3	15,3	53,4	31,2
Ludwigshafen a. Rh., St.	19,0	56,6	24,4	17,8	53,6	28,6
Mainz, St.	16,8	60,9	22,3	15,6	58,0	26,4
Neustadt a. d. Weinstr., St.	16,5	51,3	32,2	15,6	50,0	34,4
Pirmasens, St.	15,6	49,9	34,6	14,9	49,4	35,7
Speyer, St.	17,4	52,2	30,4	16,3	49,7	34,0
Trier, St.	15,8	60,7	23,5	14,7	57,5	27,8
Worms, St.	17,8	54,3	28,0	16,6	52,0	31,4
Zweibrücken, St.	16,1	52,9	31,0	15,4	52,1	32,5
Ahrweiler	15,5	49,7	34,8	14,6	48,3	37,0
Altenkirchen (Ww.)	16,5	51,8	31,7	15,7	50,7	33,6
Alzey-Worms	17,2	52,2	30,6	16,2	50,6	33,2
Bad Dürkheim	15,7	50,4	33,9	14,9	48,9	36,2
Bad Kreuznach	16,8	50,2	33,0	15,8	48,6	35,6
Bernkastel-Wittlich	15,7	51,2	33,1	14,7	49,4	35,9
Birkenfeld	15,3	49,7	35,0	14,9	49,2	35,9
Cochem-Zell	14,5	49,6	35,9	13,6	48,0	38,4
Donnersbergkreis	16,3	50,8	32,9	15,6	49,5	34,9
Eifelkreis Bitburg-Prüm	16,9	53,2	29,9	15,5	51,0	33,4
Germersheim	16,9	53,8	29,3	15,8	51,6	32,6
Kaiserslautern	17,2	51,6	31,2	16,5	51,0	32,5
Kusel	15,7	49,4	34,9	15,4	49,4	35,2
Mainz-Bingen	17,3	52,6	30,2	16,1	50,2	33,7
Mayen-Koblenz	16,6	51,9	31,5	15,6	50,7	33,7
Neuwied	17,1	50,9	32,0	16,1	49,6	34,3
Rhein-Hunsrück-Kreis	15,6	50,8	33,6	14,7	49,4	35,9
Rhein-Lahn-Kreis	15,5	51,5	33,0	14,8	50,4	34,8
Rhein-Pfalz-Kreis	17,3	51,5	31,2	16,2	49,5	34,3
Südliche Weinstraße	16,4	50,6	33,0	15,5	49,4	35,2
Südwestpfalz	14,9	48,8	36,3	14,4	48,9	36,7
Trier-Saarburg	17,1	53,0	29,8	15,8	50,4	33,8
Vulkaneifel	15,5	49,4	35,1	14,7	48,4	36,9
Westerwaldkreis	16,6	52,0	31,4	15,6	50,3	34,1
Rheinland-Pfalz	16,6	52,8	30,6	15,6	51,1	33,2
kreisfreie Städte	17,0	56,8	26,2	15,9	54,5	29,6
Landkreise	16,4	51,4	32,2	15,5	49,9	34,6
Mittelrhein-Westerwald	16,3	51,7	32,1	15,3	50,3	34,4
Rheinhausen-Nahe	17,0	54,1	28,9	15,9	52,1	32,0
Rhein-Neckar ²	17,2	52,9	30,0	16,1	50,9	33,0
Trier	16,3	54,0	29,7	15,2	51,7	33,1
Westpfalz	16,0	51,9	32,1	15,4	51,4	33,3

¹ Ergebnisse der Mittleren Variante. – ² Rheinland-pfälzischer Teil.
Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 18

Medianalter, Jugend-, Alten- und Gesamtquotient¹ 2035 und 2060
nach Verwaltungsbezirken und Regionen²

Kreisfreie Stadt Landkreis Region Land	2035				2060			
	Medianalter	JQ ₂₀₋₆₅	AQ ₂₀₋₆₅	GQ ₂₀₋₆₅	Medianalter	JQ ₂₀₋₆₅	AQ ₂₀₋₆₅	GQ ₂₀₋₆₅
Frankenthal (Pfalz), St.	48	33,2	53,7	86,9	50	32,6	62,3	94,9
Kaiserslautern, St.	44	27,5	45,2	72,7	46	26,5	50,0	76,5
Koblenz, St.	45	29,5	48,7	78,2	48	28,5	56,0	84,5
Landau i. d. Pfalz, St.	46	29,7	51,3	81,0	49	28,7	58,4	87,1
Ludwigshafen a. Rh., St.	45	33,5	43,2	76,7	48	33,1	53,3	86,4
Mainz, St.	42	27,6	36,5	64,1	44	26,9	45,4	72,3
Neustadt a. d. Weinstr., St.	51	32,1	62,8	94,8	53	31,3	68,8	100,1
Pirmasens, St.	52	31,2	69,4	100,6	53	30,1	72,1	102,3
Speyer, St.	50	33,3	58,2	91,5	52	32,8	68,3	101,1
Trier, St.	43	26,0	38,7	64,7	46	25,5	48,4	73,9
Worms, St.	47	32,7	51,5	84,2	50	32,0	60,4	92,5
Zweibrücken, St.	49	30,5	58,6	89,0	51	29,6	62,3	91,9
Ahrweiler	53	31,2	70,1	101,3	55	30,3	76,6	106,9
Altenkirchen (Ww.)	51	31,9	61,1	93,0	52	31,0	66,3	97,3
Alzey-Worms	50	32,9	58,6	91,4	52	32,0	65,5	97,5
Bad Dürkheim	53	31,3	67,2	98,5	55	30,4	74,1	104,5
Bad Kreuznach	51	33,5	65,7	99,2	53	32,6	73,3	105,9
Bernkastel-Wittlich	52	30,7	64,6	95,3	54	29,7	72,8	102,5
Birkenfeld	53	30,8	70,5	101,4	54	30,3	72,9	103,2
Cochem-Zell	54	29,3	72,4	101,7	56	28,3	80,0	108,2
Donnersbergkreis	52	32,2	64,7	96,9	53	31,4	70,4	101,8
Eifelkreis Bitburg-Prüm	50	31,7	56,2	87,9	52	30,4	65,5	95,9
Germersheim	49	31,4	54,5	85,9	51	30,5	63,3	93,8
Kaiserslautern	50	33,4	60,6	94,0	51	32,4	63,7	96,1
Kusel	53	31,8	70,5	102,3	53	31,2	71,1	102,4
Mainz-Bingen	50	32,9	57,4	90,3	52	32,2	67,1	99,3
Mayen-Koblenz	50	31,9	60,6	92,5	52	30,7	66,5	97,3
Neuwied	51	33,7	62,8	96,5	53	32,5	69,2	101,7
Rhein-Hunsrück-Kreis	52	30,6	66,2	96,9	54	29,7	72,8	102,4
Rhein-Lahn-Kreis	52	30,0	64,1	94,2	53	29,3	69,0	98,3
Rhein-Pfalz-Kreis	50	33,5	60,6	94,1	53	32,8	69,3	102,0
Südliche Weinstraße	52	32,4	65,3	97,7	54	31,3	71,2	102,6
Südwestpfalz	54	30,4	74,3	104,7	55	29,4	75,1	104,6
Trier-Saarburg	50	32,3	56,3	88,6	52	31,3	67,0	98,4
Vulkaneifel	53	31,5	71,0	102,4	55	30,4	76,2	106,5
Westerwaldkreis	51	31,9	60,4	92,4	53	31,0	67,7	98,7
Rheinland-Pfalz	50	31,4	57,9	89,3	52	30,6	65,0	95,5
kreisfreie Städte	45	29,9	46,1	76,1	48	29,2	54,3	83,5
Landkreise	51	32,0	62,7	94,7	53	31,1	69,5	100,6
Mittelrhein-Westerwald	51	31,5	62,0	93,5	53	30,5	68,3	98,8
Rheinessen-Nahe	48	31,3	53,5	84,8	50	30,5	61,5	92,1
Rhein-Neckar ³	49	32,5	56,7	89,1	51	31,7	64,9	96,6
Trier	49	30,3	55,0	85,2	52	29,3	64,0	93,3
Westpfalz	50	30,8	61,7	92,6	52	29,9	64,8	94,7

1 Unter 20-Jährige bzw. 65-Jährige und Ältere je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren. – 2 Ergebnisse der Mittleren Variante. –

3 Rheinland-pfälzischer Teil.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 19 Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen

Kreisfreie Stadt Frankenthal (Pfalz)

Ergebnisübersicht der Varianten

Alter in Jahren	Basisjahr 2013	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
		2035	2060	2035	2060	2035	2060
Anzahl							
unter 3	1 204	1 092	894	1 147	1 006	1 179	1 077
3 – 6	1 197	1 128	919	1 188	1 035	1 213	1 105
6 – 10	1 589	1 576	1 268	1 650	1 428	1 682	1 516
10 – 16	2 642	2 562	2 027	2 659	2 257	2 702	2 392
16 – 20	2 030	1 819	1 439	1 869	1 575	1 897	1 677
20 – 35	8 689	7 262	5 980	7 691	6 768	7 945	7 300
35 – 50	9 373	8 409	6 562	8 907	7 497	9 199	8 104
50 – 65	9 983	8 693	7 195	9 006	8 100	9 188	8 645
65 – 80	7 694	9 244	7 472	9 346	8 006	9 398	8 335
80 und älter	2 931	4 372	5 730	4 394	5 919	4 402	6 027
unter 20	8 662	8 177	6 547	8 513	7 301	8 673	7 767
20 – 65	28 045	24 364	19 737	25 604	22 365	26 332	24 049
65 und älter	10 625	13 616	13 202	13 740	13 925	13 800	14 362
Insgesamt	47 332	46 157	39 486	47 857	43 591	48 805	46 178
Anteile in %							
unter 3	2,5	2,4	2,3	2,4	2,3	2,4	2,3
3 – 6	2,5	2,4	2,3	2,5	2,4	2,5	2,4
6 – 10	3,4	3,4	3,2	3,4	3,3	3,4	3,3
10 – 16	5,6	5,6	5,1	5,6	5,2	5,5	5,2
16 – 20	4,3	3,9	3,6	3,9	3,6	3,9	3,6
20 – 35	18,4	15,7	15,1	16,1	15,5	16,3	15,8
35 – 50	19,8	18,2	16,6	18,6	17,2	18,8	17,5
50 – 65	21,1	18,8	18,2	18,8	18,6	18,8	18,7
65 – 80	16,3	20,0	18,9	19,5	18,4	19,3	18,0
80 und älter	6,2	9,5	14,5	9,2	13,6	9,0	13,1
unter 20	18,3	17,7	16,6	17,8	16,7	17,8	16,8
20 – 65	59,3	52,8	50,0	53,5	51,3	54,0	52,1
65 und älter	22,4	29,5	33,4	28,7	31,9	28,3	31,1
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2013=100							
unter 3	100	90,7	74,3	95,3	83,6	97,9	89,5
3 – 6	100	94,2	76,8	99,2	86,5	101,3	92,3
6 – 10	100	99,2	79,8	103,8	89,9	105,9	95,4
10 – 16	100	97,0	76,7	100,6	85,4	102,3	90,5
16 – 20	100	89,6	70,9	92,1	77,6	93,4	82,6
20 – 35	100	83,6	68,8	88,5	77,9	91,4	84,0
35 – 50	100	89,7	70,0	95,0	80,0	98,1	86,5
50 – 65	100	87,1	72,1	90,2	81,1	92,0	86,6
65 – 80	100	120,1	97,1	121,5	104,1	122,1	108,3
80 und älter	100	149,2	195,5	149,9	201,9	150,2	205,6
unter 20	100	94,4	75,6	98,3	84,3	100,1	89,7
20 – 65	100	86,9	70,4	91,3	79,7	93,9	85,8
65 und älter	100	128,2	124,3	129,3	131,1	129,9	135,2
Insgesamt	100	97,5	83,4	101,1	92,1	103,1	97,6

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in allen Varianten; danach bis 2060 konstant: untere Variante bei 0, mittlere Variante bei +6 000, obere Variante bei +10 000.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 20 Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen

Kreisfreie Stadt Kaiserslautern

Ergebnisübersicht der Varianten

Alter in Jahren	Basisjahr 2013	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
		2035	2060	2035	2060	2035	2060
Anzahl							
unter 3	2 351	2 101	1 665	2 224	1 888	2 297	2 034
3 – 6	2 231	2 038	1 605	2 151	1 812	2 217	1 950
6 – 10	2 886	2 746	2 126	2 877	2 390	2 953	2 565
10 – 16	4 636	4 281	3 238	4 446	3 631	4 537	3 875
16 – 20	4 041	3 262	2 484	3 376	2 781	3 440	2 958
20 – 35	23 610	20 110	16 064	21 416	18 385	22 240	19 884
35 – 50	18 013	16 201	12 324	17 081	14 031	17 590	15 132
50 – 65	20 112	15 793	13 252	16 280	14 748	16 547	15 717
65 – 80	14 009	17 034	13 191	17 183	14 079	17 261	14 627
80 und älter	5 273	7 545	9 233	7 575	9 497	7 590	9 653
unter 20	16 145	14 428	11 118	15 074	12 502	15 444	13 382
20 – 65	61 735	52 104	41 640	54 777	47 164	56 377	50 733
65 und älter	19 282	24 579	22 424	24 758	23 576	24 851	24 280
Insgesamt	97 162	91 111	75 182	94 609	83 242	96 672	88 395
Anteile in %							
unter 3	2,4	2,3	2,2	2,4	2,3	2,4	2,3
3 – 6	2,3	2,2	2,1	2,3	2,2	2,3	2,2
6 – 10	3,0	3,0	2,8	3,0	2,9	3,1	2,9
10 – 16	4,8	4,7	4,3	4,7	4,4	4,7	4,4
16 – 20	4,2	3,6	3,3	3,6	3,3	3,6	3,3
20 – 35	24,3	22,1	21,4	22,6	22,1	23,0	22,5
35 – 50	18,5	17,8	16,4	18,1	16,9	18,2	17,1
50 – 65	20,7	17,3	17,6	17,2	17,7	17,1	17,8
65 – 80	14,4	18,7	17,5	18,2	16,9	17,9	16,5
80 und älter	5,4	8,3	12,3	8,0	11,4	7,9	10,9
unter 20	16,6	15,8	14,8	15,9	15,0	16,0	15,1
20 – 65	63,5	57,2	55,4	57,9	56,7	58,3	57,4
65 und älter	19,8	27,0	29,8	26,2	28,3	25,7	27,5
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2013=100							
unter 3	100	89,4	70,8	94,6	80,3	97,7	86,5
3 – 6	100	91,3	71,9	96,4	81,2	99,4	87,4
6 – 10	100	95,1	73,7	99,7	82,8	102,3	88,9
10 – 16	100	92,3	69,8	95,9	78,3	97,9	83,6
16 – 20	100	80,7	61,5	83,5	68,8	85,1	73,2
20 – 35	100	85,2	68,0	90,7	77,9	94,2	84,2
35 – 50	100	89,9	68,4	94,8	77,9	97,7	84,0
50 – 65	100	78,5	65,9	80,9	73,3	82,3	78,1
65 – 80	100	121,6	94,2	122,7	100,5	123,2	104,4
80 und älter	100	143,1	175,1	143,7	180,1	143,9	183,1
unter 20	100	89,4	68,9	93,4	77,4	95,7	82,9
20 – 65	100	84,4	67,4	88,7	76,4	91,3	82,2
65 und älter	100	127,5	116,3	128,4	122,3	128,9	125,9
Insgesamt	100	93,8	77,4	97,4	85,7	99,5	91,0

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in allen Varianten; danach bis 2060 konstant: untere Variante bei 0, mittlere Variante bei +6 000, obere Variante bei +10 000.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 21 Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen

Kreisfreie Stadt Koblenz

Ergebnisübersicht der Varianten

Alter in Jahren	Basisjahr 2013	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
		2035	2060	2035	2060	2035	2060
Anzahl							
unter 3	2 828	2 663	2 110	2 784	2 354	2 855	2 508
3 – 6	2 614	2 547	1 997	2 654	2 221	2 719	2 367
6 – 10	3 325	3 359	2 596	3 484	2 873	3 556	3 052
10 – 16	5 254	5 141	3 928	5 312	4 322	5 395	4 569
16 – 20	4 113	3 569	2 757	3 670	3 021	3 728	3 193
20 – 35	25 292	20 521	16 441	21 528	18 430	22 157	19 711
35 – 50	21 352	19 479	14 845	20 353	16 635	20 868	17 791
50 – 65	21 963	18 283	15 359	18 757	16 879	19 038	17 862
65 – 80	16 964	19 593	15 703	19 743	16 594	19 817	17 157
80 und älter	6 938	9 757	12 218	9 789	12 517	9 808	12 696
unter 20	18 134	17 279	13 388	17 904	14 791	18 253	15 689
20 – 65	68 607	58 283	46 645	60 638	51 944	62 063	55 364
65 und älter	23 902	29 350	27 921	29 532	29 111	29 625	29 853
Insgesamt	110 643	104 912	87 954	108 074	95 846	109 941	100 906
Anteile in %							
unter 3	2,6	2,5	2,4	2,6	2,5	2,6	2,5
3 – 6	2,4	2,4	2,3	2,5	2,3	2,5	2,3
6 – 10	3,0	3,2	3,0	3,2	3,0	3,2	3,0
10 – 16	4,7	4,9	4,5	4,9	4,5	4,9	4,5
16 – 20	3,7	3,4	3,1	3,4	3,2	3,4	3,2
20 – 35	22,9	19,6	18,7	19,9	19,2	20,2	19,5
35 – 50	19,3	18,6	16,9	18,8	17,4	19,0	17,6
50 – 65	19,9	17,4	17,5	17,4	17,6	17,3	17,7
65 – 80	15,3	18,7	17,9	18,3	17,3	18,0	17,0
80 und älter	6,3	9,3	13,9	9,1	13,1	8,9	12,6
unter 20	16,4	16,5	15,2	16,6	15,4	16,6	15,5
20 – 65	62,0	55,6	53,0	56,1	54,2	56,5	54,9
65 und älter	21,6	28,0	31,7	27,3	30,4	26,9	29,6
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2013=100							
unter 3	100	94,2	74,6	98,4	83,2	101,0	88,7
3 – 6	100	97,4	76,4	101,5	85,0	104,0	90,6
6 – 10	100	101,0	78,1	104,8	86,4	106,9	91,8
10 – 16	100	97,8	74,8	101,1	82,3	102,7	87,0
16 – 20	100	86,8	67,0	89,2	73,5	90,6	77,6
20 – 35	100	81,1	65,0	85,1	72,9	87,6	77,9
35 – 50	100	91,2	69,5	95,3	77,9	97,7	83,3
50 – 65	100	83,2	69,9	85,4	76,9	86,7	81,3
65 – 80	100	115,5	92,6	116,4	97,8	116,8	101,1
80 und älter	100	140,6	176,1	141,1	180,4	141,4	183,0
unter 20	100	95,3	73,8	98,7	81,6	100,7	86,5
20 – 65	100	85,0	68,0	88,4	75,7	90,5	80,7
65 und älter	100	122,8	116,8	123,6	121,8	123,9	124,9
Insgesamt	100	94,8	79,5	97,7	86,6	99,4	91,2

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in allen Varianten; danach bis 2060 konstant: untere Variante bei 0, mittlere Variante bei +6 000, obere Variante bei +10 000.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 22 Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen

Kreisfreie Stadt Landau i. d. Pfalz

Ergebnisübersicht der Varianten

Alter in Jahren	Basisjahr 2013	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
		2035	2060	2035	2060	2035	2060
Anzahl							
unter 3	1 062	1 002	802	1 046	894	1 071	952
3 – 6	1 074	1 005	794	1 047	885	1 072	942
6 – 10	1 445	1 374	1 076	1 434	1 186	1 465	1 264
10 – 16	2 313	2 126	1 641	2 194	1 805	2 228	1 918
16 – 20	1 758	1 505	1 181	1 542	1 302	1 563	1 378
20 – 35	9 881	8 266	6 685	8 665	7 502	8 905	8 027
35 – 50	8 891	7 714	5 929	8 022	6 616	8 223	7 078
50 – 65	9 054	7 601	6 434	7 789	7 052	7 910	7 482
65 – 80	5 978	8 743	6 772	8 806	7 142	8 836	7 393
80 und älter	2 369	3 740	5 103	3 752	5 230	3 756	5 313
unter 20	7 652	7 012	5 494	7 263	6 072	7 399	6 454
20 – 65	27 826	23 581	19 048	24 476	21 170	25 038	22 587
65 und älter	8 347	12 483	11 875	12 558	12 372	12 592	12 706
Insgesamt	43 825	43 076	36 417	44 297	39 614	45 029	41 747
Anteile in %							
unter 3	2,4	2,3	2,2	2,4	2,3	2,4	2,3
3 – 6	2,5	2,3	2,2	2,4	2,2	2,4	2,3
6 – 10	3,3	3,2	3,0	3,2	3,0	3,3	3,0
10 – 16	5,3	4,9	4,5	5,0	4,6	4,9	4,6
16 – 20	4,0	3,5	3,2	3,5	3,3	3,5	3,3
20 – 35	22,5	19,2	18,4	19,6	18,9	19,8	19,2
35 – 50	20,3	17,9	16,3	18,1	16,7	18,3	17,0
50 – 65	20,7	17,6	17,7	17,6	17,8	17,6	17,9
65 – 80	13,6	20,3	18,6	19,9	18,0	19,6	17,7
80 und älter	5,4	8,7	14,0	8,5	13,2	8,3	12,7
unter 20	17,5	16,3	15,1	16,4	15,3	16,4	15,5
20 – 65	63,5	54,7	52,3	55,3	53,4	55,6	54,1
65 und älter	19,0	29,0	32,6	28,3	31,2	28,0	30,4
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2013=100							
unter 3	100	94,4	75,5	98,5	84,2	100,8	89,6
3 – 6	100	93,6	73,9	97,5	82,4	99,8	87,7
6 – 10	100	95,1	74,5	99,2	82,1	101,4	87,5
10 – 16	100	91,9	70,9	94,9	78,0	96,3	82,9
16 – 20	100	85,6	67,2	87,7	74,1	88,9	78,4
20 – 35	100	83,7	67,7	87,7	75,9	90,1	81,2
35 – 50	100	86,8	66,7	90,2	74,4	92,5	79,6
50 – 65	100	84,0	71,1	86,0	77,9	87,4	82,6
65 – 80	100	146,3	113,3	147,3	119,5	147,8	123,7
80 und älter	100	157,9	215,4	158,4	220,8	158,5	224,3
unter 20	100	91,6	71,8	94,9	79,4	96,7	84,3
20 – 65	100	84,7	68,5	88,0	76,1	90,0	81,2
65 und älter	100	149,6	142,3	150,4	148,2	150,9	152,2
Insgesamt	100	98,3	83,1	101,1	90,4	102,7	95,3

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in allen Varianten; danach bis 2060 konstant: untere Variante bei 0, mittlere Variante bei +6 000, obere Variante bei +10 000.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 23 Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen

Kreisfreie Stadt Ludwigshafen a. Rh.

Ergebnisübersicht der Varianten

Alter in Jahren	Basisjahr 2013	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
		2035	2060	2035	2060	2035	2060
Anzahl							
unter 3	4 829	4 479	3 659	4 724	4 135	4 871	4 438
3 – 6	4 666	4 467	3 642	4 697	4 102	4 838	4 392
6 – 10	6 002	5 994	4 837	6 280	5 430	6 450	5 806
10 – 16	9 036	9 351	7 433	9 711	8 294	9 924	8 841
16 – 20	6 796	6 599	5 251	6 818	5 841	6 946	6 211
20 – 35	32 344	27 989	22 958	29 814	26 244	30 956	28 352
35 – 50	34 215	30 905	24 318	33 011	28 033	34 280	30 422
50 – 65	32 211	31 891	26 194	33 260	29 641	34 030	31 914
65 – 80	22 847	28 947	24 885	29 307	26 973	29 487	28 247
80 und älter	8 572	12 099	17 119	12 154	17 766	12 184	18 127
unter 20	31 329	30 890	24 822	32 230	27 802	33 029	29 688
20 – 65	98 770	90 785	73 470	96 085	83 918	99 266	90 688
65 und älter	31 419	41 046	42 004	41 461	44 739	41 671	46 374
Insgesamt	161 518	162 721	140 296	169 776	156 459	173 966	166 750
Anteile in %							
unter 3	3,0	2,8	2,6	2,8	2,6	2,8	2,7
3 – 6	2,9	2,7	2,6	2,8	2,6	2,8	2,6
6 – 10	3,7	3,7	3,4	3,7	3,5	3,7	3,5
10 – 16	5,6	5,7	5,3	5,7	5,3	5,7	5,3
16 – 20	4,2	4,1	3,7	4,0	3,7	4,0	3,7
20 – 35	20,0	17,2	16,4	17,6	16,8	17,8	17,0
35 – 50	21,2	19,0	17,3	19,4	17,9	19,7	18,2
50 – 65	19,9	19,6	18,7	19,6	18,9	19,6	19,1
65 – 80	14,1	17,8	17,7	17,3	17,2	16,9	16,9
80 und älter	5,3	7,4	12,2	7,2	11,4	7,0	10,9
unter 20	19,4	19,0	17,7	19,0	17,8	19,0	17,8
20 – 65	61,2	55,8	52,4	56,6	53,6	57,1	54,4
65 und älter	19,5	25,2	29,9	24,4	28,6	24,0	27,8
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2013=100							
unter 3	100	92,8	75,8	97,8	85,6	100,9	91,9
3 – 6	100	95,7	78,1	100,7	87,9	103,7	94,1
6 – 10	100	99,9	80,6	104,6	90,5	107,5	96,7
10 – 16	100	103,5	82,3	107,5	91,8	109,8	97,8
16 – 20	100	97,1	77,3	100,3	85,9	102,2	91,4
20 – 35	100	86,5	71,0	92,2	81,1	95,7	87,7
35 – 50	100	90,3	71,1	96,5	81,9	100,2	88,9
50 – 65	100	99,0	81,3	103,3	92,0	105,6	99,1
65 – 80	100	126,7	108,9	128,3	118,1	129,1	123,6
80 und älter	100	141,1	199,7	141,8	207,3	142,1	211,5
unter 20	100	98,6	79,2	102,9	88,7	105,4	94,8
20 – 65	100	91,9	74,4	97,3	85,0	100,5	91,8
65 und älter	100	130,6	133,7	132,0	142,4	132,6	147,6
Insgesamt	100	100,7	86,9	105,1	96,9	107,7	103,2

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in allen Varianten; danach bis 2060 konstant: untere Variante bei 0, mittlere Variante bei +6 000, obere Variante bei +10 000.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 24 Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen

Kreisfreie Stadt Mainz

Ergebnisübersicht der Varianten

Alter in Jahren	Basisjahr 2013	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
		2035	2060	2035	2060	2035	2060
Anzahl							
unter 3	5 499	5 145	4 124	5 424	4 661	5 597	5 005
3 – 6	5 113	5 001	3 978	5 255	4 479	5 406	4 797
6 – 10	6 396	6 660	5 230	6 950	5 854	7 119	6 256
10 – 16	9 373	10 057	7 783	10 391	8 655	10 573	9 217
16 – 20	7 160	7 110	5 554	7 319	6 165	7 444	6 550
20 – 35	56 925	47 344	38 316	50 099	43 474	51 817	46 813
35 – 50	41 472	39 062	30 502	41 058	34 502	42 232	37 053
50 – 65	36 177	35 716	29 760	36 826	33 040	37 448	35 120
65 – 80	26 385	31 880	28 270	32 206	30 148	32 362	31 295
80 und älter	9 768	14 491	19 672	14 548	20 290	14 583	20 644
unter 20	33 541	33 973	26 669	35 339	29 814	36 139	31 825
20 – 65	134 574	122 122	98 578	127 983	111 016	131 497	118 986
65 und älter	36 153	46 371	47 942	46 754	50 438	46 945	51 939
Insgesamt	204 268	202 466	173 189	210 076	191 268	214 581	202 750
Anteile in %							
unter 3	2,7	2,5	2,4	2,6	2,4	2,6	2,5
3 – 6	2,5	2,5	2,3	2,5	2,3	2,5	2,4
6 – 10	3,1	3,3	3,0	3,3	3,1	3,3	3,1
10 – 16	4,6	5,0	4,5	4,9	4,5	4,9	4,5
16 – 20	3,5	3,5	3,2	3,5	3,2	3,5	3,2
20 – 35	27,9	23,4	22,1	23,8	22,7	24,1	23,1
35 – 50	20,3	19,3	17,6	19,5	18,0	19,7	18,3
50 – 65	17,7	17,6	17,2	17,5	17,3	17,5	17,3
65 – 80	12,9	15,7	16,3	15,3	15,8	15,1	15,4
80 und älter	4,8	7,2	11,4	6,9	10,6	6,8	10,2
unter 20	16,4	16,8	15,4	16,8	15,6	16,8	15,7
20 – 65	65,9	60,3	56,9	60,9	58,0	61,3	58,7
65 und älter	17,7	22,9	27,7	22,3	26,4	21,9	25,6
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2013=100							
unter 3	100	93,6	75,0	98,6	84,8	101,8	91,0
3 – 6	100	97,8	77,8	102,8	87,6	105,7	93,8
6 – 10	100	104,1	81,8	108,7	91,5	111,3	97,8
10 – 16	100	107,3	83,0	110,9	92,3	112,8	98,3
16 – 20	100	99,3	77,6	102,2	86,1	104,0	91,5
20 – 35	100	83,2	67,3	88,0	76,4	91,0	82,2
35 – 50	100	94,2	73,5	99,0	83,2	101,8	89,3
50 – 65	100	98,7	82,3	101,8	91,3	103,5	97,1
65 – 80	100	120,8	107,1	122,1	114,3	122,7	118,6
80 und älter	100	148,4	201,4	148,9	207,7	149,3	211,3
unter 20	100	101,3	79,5	105,4	88,9	107,7	94,9
20 – 65	100	90,7	73,3	95,1	82,5	97,7	88,4
65 und älter	100	128,3	132,6	129,3	139,5	129,9	143,7
Insgesamt	100	99,1	84,8	102,8	93,6	105,0	99,3

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in allen Varianten; danach bis 2060 konstant: untere Variante bei 0, mittlere Variante bei +6 000, obere Variante bei +10 000.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 25 Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen

Kreisfreie Stadt Neustadt a. d. Weinstr.

Ergebnisübersicht der Varianten

Alter in Jahren	Basisjahr 2013	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
		2035	2060	2035	2060	2035	2060
Anzahl							
unter 3	1 215	1 070	862	1 132	979	1 169	1 052
3 – 6	1 308	1 122	893	1 181	1 011	1 215	1 081
6 – 10	1 737	1 581	1 238	1 658	1 394	1 698	1 486
10 – 16	2 813	2 488	1 902	2 583	2 134	2 633	2 260
16 – 20	2 050	1 770	1 354	1 820	1 513	1 844	1 600
20 – 35	8 729	6 871	5 547	7 355	6 396	7 667	6 942
35 – 50	10 219	8 146	6 296	8 750	7 317	9 130	8 000
50 – 65	12 230	9 404	7 545	10 011	8 759	10 360	9 530
65 – 80	8 532	11 070	7 934	11 248	8 775	11 338	9 272
80 und älter	3 567	5 132	6 371	5 146	6 693	5 152	6 854
unter 20	9 123	8 031	6 249	8 374	7 031	8 559	7 479
20 – 65	31 178	24 421	19 388	26 116	22 472	27 157	24 472
65 und älter	12 099	16 202	14 305	16 394	15 468	16 490	16 126
Insgesamt	52 400	48 654	39 942	50 884	44 971	52 206	48 077
Anteile in %							
unter 3	2,3	2,2	2,2	2,2	2,2	2,2	2,2
3 – 6	2,5	2,3	2,2	2,3	2,2	2,3	2,2
6 – 10	3,3	3,2	3,1	3,3	3,1	3,3	3,1
10 – 16	5,4	5,1	4,8	5,1	4,7	5,0	4,7
16 – 20	3,9	3,6	3,4	3,6	3,4	3,5	3,3
20 – 35	16,7	14,1	13,9	14,5	14,2	14,7	14,4
35 – 50	19,5	16,7	15,8	17,2	16,3	17,5	16,6
50 – 65	23,3	19,3	18,9	19,7	19,5	19,8	19,8
65 – 80	16,3	22,8	19,9	22,1	19,5	21,7	19,3
80 und älter	6,8	10,5	16,0	10,1	14,9	9,9	14,3
unter 20	17,4	16,5	15,6	16,5	15,6	16,4	15,6
20 – 65	59,5	50,2	48,5	51,3	50,0	52,0	50,9
65 und älter	23,1	33,3	35,8	32,2	34,4	31,6	33,5
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2013=100							
unter 3	100	88,1	70,9	93,2	80,6	96,2	86,6
3 – 6	100	85,8	68,3	90,3	77,3	92,9	82,6
6 – 10	100	91,0	71,3	95,5	80,3	97,8	85,5
10 – 16	100	88,4	67,6	91,8	75,9	93,6	80,3
16 – 20	100	86,3	66,0	88,8	73,8	90,0	78,0
20 – 35	100	78,7	63,5	84,3	73,3	87,8	79,5
35 – 50	100	79,7	61,6	85,6	71,6	89,3	78,3
50 – 65	100	76,9	61,7	81,9	71,6	84,7	77,9
65 – 80	100	129,7	93,0	131,8	102,8	132,9	108,7
80 und älter	100	143,9	178,6	144,3	187,6	144,4	192,2
unter 20	100	88,0	68,5	91,8	77,1	93,8	82,0
20 – 65	100	78,3	62,2	83,8	72,1	87,1	78,5
65 und älter	100	133,9	118,2	135,5	127,8	136,3	133,3
Insgesamt	100	92,9	76,2	97,1	85,8	99,6	91,8

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in allen Varianten; danach bis 2060 konstant: untere Variante bei 0, mittlere Variante bei +6 000, obere Variante bei +10 000.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 26 Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen

Kreisfreie Stadt Pirmasens

Ergebnisübersicht der Varianten

Alter in Jahren	Basisjahr 2013	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
		2035	2060	2035	2060	2035	2060
Anzahl							
unter 3	910	695	537	723	595	738	635
3 – 6	917	713	543	739	605	754	648
6 – 10	1 181	984	740	1 019	819	1 036	873
10 – 16	2 051	1 579	1 159	1 626	1 273	1 657	1 352
16 – 20	1 607	1 155	838	1 187	924	1 205	977
20 – 35	6 366	4 701	3 668	4 917	4 086	5 054	4 375
35 – 50	7 403	5 495	4 080	5 745	4 566	5 882	4 859
50 – 65	9 519	6 168	4 888	6 302	5 337	6 396	5 688
65 – 80	7 056	7 812	5 258	7 869	5 536	7 893	5 723
80 und älter	3 091	3 894	4 457	3 901	4 553	3 905	4 613
unter 20	6 666	5 126	3 817	5 294	4 216	5 390	4 485
20 – 65	23 288	16 364	12 636	16 964	13 989	17 332	14 922
65 und älter	10 147	11 706	9 715	11 770	10 089	11 798	10 336
Insgesamt	40 101	33 196	26 168	34 028	28 294	34 520	29 743
Anteile in %							
unter 3	2,3	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1
3 – 6	2,3	2,1	2,1	2,2	2,1	2,2	2,2
6 – 10	2,9	3,0	2,8	3,0	2,9	3,0	2,9
10 – 16	5,1	4,8	4,4	4,8	4,5	4,8	4,5
16 – 20	4,0	3,5	3,2	3,5	3,3	3,5	3,3
20 – 35	15,9	14,2	14,0	14,4	14,4	14,6	14,7
35 – 50	18,5	16,6	15,6	16,9	16,1	17,0	16,3
50 – 65	23,7	18,6	18,7	18,5	18,9	18,5	19,1
65 – 80	17,6	23,5	20,1	23,1	19,6	22,9	19,2
80 und älter	7,7	11,7	17,0	11,5	16,1	11,3	15,5
unter 20	16,6	15,4	14,6	15,6	14,9	15,6	15,1
20 – 65	58,1	49,3	48,3	49,9	49,4	50,2	50,2
65 und älter	25,3	35,3	37,1	34,6	35,7	34,2	34,8
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2013=100							
unter 3	100	76,4	59,0	79,5	65,4	81,1	69,8
3 – 6	100	77,8	59,2	80,6	66,0	82,2	70,7
6 – 10	100	83,3	62,7	86,3	69,3	87,7	73,9
10 – 16	100	77,0	56,5	79,3	62,1	80,8	65,9
16 – 20	100	71,9	52,1	73,9	57,5	75,0	60,8
20 – 35	100	73,8	57,6	77,2	64,2	79,4	68,7
35 – 50	100	74,2	55,1	77,6	61,7	79,5	65,6
50 – 65	100	64,8	51,3	66,2	56,1	67,2	59,8
65 – 80	100	110,7	74,5	111,5	78,5	111,9	81,1
80 und älter	100	126,0	144,2	126,2	147,3	126,3	149,2
unter 20	100	76,9	57,3	79,4	63,2	80,9	67,3
20 – 65	100	70,3	54,3	72,8	60,1	74,4	64,1
65 und älter	100	115,4	95,7	116,0	99,4	116,3	101,9
Insgesamt	100	82,8	65,3	84,9	70,6	86,1	74,2

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in allen Varianten; danach bis 2060 konstant: untere Variante bei 0, mittlere Variante bei +6 000, obere Variante bei +10 000.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 27 Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen

Kreisfreie Stadt Speyer

Ergebnisübersicht der Varianten

Alter in Jahren	Basisjahr 2013	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
		2035	2060	2035	2060	2035	2060
Anzahl							
unter 3	1 356	1 179	958	1 237	1 079	1 278	1 158
3 – 6	1 284	1 195	966	1 248	1 082	1 288	1 159
6 – 10	1 695	1 645	1 311	1 705	1 458	1 750	1 557
10 – 16	2 837	2 612	2 034	2 697	2 258	2 733	2 401
16 – 20	2 073	1 813	1 415	1 868	1 568	1 890	1 658
20 – 35	8 284	6 846	5 588	7 219	6 331	7 458	6 797
35 – 50	10 563	8 567	6 723	9 079	7 662	9 393	8 264
50 – 65	11 265	9 649	7 790	9 981	8 736	10 192	9 358
65 – 80	7 549	10 335	8 051	10 446	8 669	10 497	9 068
80 und älter	2 834	4 825	6 662	4 846	6 865	4 861	6 995
unter 20	9 245	8 444	6 684	8 755	7 445	8 939	7 933
20 – 65	30 112	25 062	20 101	26 279	22 729	27 043	24 419
65 und älter	10 383	15 160	14 713	15 292	15 534	15 358	16 063
Insgesamt	49 740	48 666	41 498	50 326	45 708	51 340	48 415
Anteile in %							
unter 3	2,7	2,4	2,3	2,5	2,4	2,5	2,4
3 – 6	2,6	2,5	2,3	2,5	2,4	2,5	2,4
6 – 10	3,4	3,4	3,2	3,4	3,2	3,4	3,2
10 – 16	5,7	5,4	4,9	5,4	4,9	5,3	5,0
16 – 20	4,2	3,7	3,4	3,7	3,4	3,7	3,4
20 – 35	16,7	14,1	13,5	14,3	13,9	14,5	14,0
35 – 50	21,2	17,6	16,2	18,0	16,8	18,3	17,1
50 – 65	22,6	19,8	18,8	19,8	19,1	19,9	19,3
65 – 80	15,2	21,2	19,4	20,8	19,0	20,4	18,7
80 und älter	5,7	9,9	16,1	9,6	15,0	9,5	14,4
unter 20	18,6	17,4	16,1	17,4	16,3	17,4	16,4
20 – 65	60,5	51,5	48,4	52,2	49,7	52,7	50,4
65 und älter	20,9	31,2	35,5	30,4	34,0	29,9	33,2
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2013=100							
unter 3	100	86,9	70,6	91,2	79,6	94,2	85,4
3 – 6	100	93,1	75,2	97,2	84,3	100,3	90,3
6 – 10	100	97,1	77,3	100,6	86,0	103,2	91,9
10 – 16	100	92,1	71,7	95,1	79,6	96,3	84,6
16 – 20	100	87,5	68,3	90,1	75,6	91,2	80,0
20 – 35	100	82,6	67,5	87,1	76,4	90,0	82,0
35 – 50	100	81,1	63,6	86,0	72,5	88,9	78,2
50 – 65	100	85,7	69,2	88,6	77,5	90,5	83,1
65 – 80	100	136,9	106,6	138,4	114,8	139,1	120,1
80 und älter	100	170,3	235,1	171,0	242,2	171,5	246,8
unter 20	100	91,3	72,3	94,7	80,5	96,7	85,8
20 – 65	100	83,2	66,8	87,3	75,5	89,8	81,1
65 und älter	100	146,0	141,7	147,3	149,6	147,9	154,7
Insgesamt	100	97,8	83,4	101,2	91,9	103,2	97,3

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in allen Varianten; danach bis 2060 konstant: untere Variante bei 0, mittlere Variante bei +6 000, obere Variante bei +10 000.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 28 Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen

Kreisfreie Stadt Trier

Ergebnisübersicht der Varianten

Alter in Jahren	Basisjahr 2013	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
		2035	2060	2035	2060	2035	2060
Anzahl							
unter 3	2 637	2 342	1 855	2 561	2 196	2 699	2 417
3 – 6	2 475	2 235	1 764	2 473	2 117	2 623	2 348
6 – 10	3 157	3 025	2 365	3 372	2 869	3 584	3 197
10 – 16	4 779	4 659	3 595	5 176	4 377	5 512	4 881
16 – 20	4 025	3 601	2 771	3 962	3 357	4 188	3 736
20 – 35	30 754	24 691	19 656	26 986	23 265	28 428	25 619
35 – 50	20 581	18 812	14 455	20 543	17 226	21 593	19 025
50 – 65	19 786	19 041	15 489	20 018	18 014	20 578	19 618
65 – 80	13 244	18 403	15 693	18 705	17 316	18 854	18 319
80 und älter	5 795	7 404	10 533	7 449	11 019	7 465	11 302
unter 20	17 073	15 862	12 350	17 544	14 916	18 606	16 579
20 – 65	71 121	62 544	49 600	67 547	58 505	70 599	64 262
65 und älter	19 039	25 807	26 226	26 154	28 335	26 319	29 621
Insgesamt	107 233	104 213	88 176	111 245	101 756	115 524	110 462
Anteile in %							
unter 3	2,5	2,2	2,1	2,3	2,2	2,3	2,2
3 – 6	2,3	2,1	2,0	2,2	2,1	2,3	2,1
6 – 10	2,9	2,9	2,7	3,0	2,8	3,1	2,9
10 – 16	4,5	4,5	4,1	4,7	4,3	4,8	4,4
16 – 20	3,8	3,5	3,1	3,6	3,3	3,6	3,4
20 – 35	28,7	23,7	22,3	24,3	22,9	24,6	23,2
35 – 50	19,2	18,1	16,4	18,5	16,9	18,7	17,2
50 – 65	18,5	18,3	17,6	18,0	17,7	17,8	17,8
65 – 80	12,4	17,7	17,8	16,8	17,0	16,3	16,6
80 und älter	5,4	7,1	11,9	6,7	10,8	6,5	10,2
unter 20	15,9	15,2	14,0	15,8	14,7	16,1	15,0
20 – 65	66,3	60,0	56,3	60,7	57,5	61,1	58,2
65 und älter	17,8	24,8	29,7	23,5	27,8	22,8	26,8
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2013=100							
unter 3	100	88,8	70,3	97,1	83,3	102,4	91,7
3 – 6	100	90,3	71,3	99,9	85,5	106,0	94,9
6 – 10	100	95,8	74,9	106,8	90,9	113,5	101,3
10 – 16	100	97,5	75,2	108,3	91,6	115,3	102,1
16 – 20	100	89,5	68,8	98,4	83,4	104,0	92,8
20 – 35	100	80,3	63,9	87,7	75,6	92,4	83,3
35 – 50	100	91,4	70,2	99,8	83,7	104,9	92,4
50 – 65	100	96,2	78,3	101,2	91,0	104,0	99,2
65 – 80	100	139,0	118,5	141,2	130,7	142,4	138,3
80 und älter	100	127,8	181,8	128,5	190,1	128,8	195,0
unter 20	100	92,9	72,3	102,8	87,4	109,0	97,1
20 – 65	100	87,9	69,7	95,0	82,3	99,3	90,4
65 und älter	100	135,5	137,7	137,4	148,8	138,2	155,6
Insgesamt	100	97,2	82,2	103,7	94,9	107,7	103,0

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in allen Varianten; danach bis 2060 konstant: untere Variante bei 0, mittlere Variante bei +6 000, obere Variante bei +10 000.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 29 Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen

Kreisfreie Stadt Worms

Ergebnisübersicht der Varianten

Alter in Jahren	Basisjahr 2013	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
		2035	2060	2035	2060	2035	2060
Anzahl							
unter 3	2 203	1 901	1 523	2 022	1 739	2 094	1 878
3 – 6	2 162	1 930	1 537	2 045	1 749	2 112	1 882
6 – 10	2 936	2 666	2 096	2 807	2 374	2 882	2 544
10 – 16	4 651	4 219	3 266	4 393	3 666	4 491	3 914
16 – 20	3 417	3 014	2 342	3 107	2 607	3 173	2 786
20 – 35	15 189	12 804	10 352	13 709	11 904	14 278	12 928
35 – 50	16 398	13 874	10 756	14 751	12 351	15 265	13 407
50 – 65	17 504	14 965	12 166	15 443	13 638	15 708	14 570
65 – 80	11 473	15 674	12 424	15 799	13 310	15 864	13 829
80 und älter	4 363	6 792	9 326	6 809	9 596	6 819	9 741
unter 20	15 369	13 730	10 764	14 374	12 135	14 752	13 004
20 – 65	49 091	41 643	33 274	43 903	37 893	45 251	40 905
65 und älter	15 836	22 466	21 750	22 608	22 906	22 683	23 570
Insgesamt	80 296	77 839	65 788	80 885	72 934	82 686	77 479
Anteile in %							
unter 3	2,7	2,4	2,3	2,5	2,4	2,5	2,4
3 – 6	2,7	2,5	2,3	2,5	2,4	2,6	2,4
6 – 10	3,7	3,4	3,2	3,5	3,3	3,5	3,3
10 – 16	5,8	5,4	5,0	5,4	5,0	5,4	5,1
16 – 20	4,3	3,9	3,6	3,8	3,6	3,8	3,6
20 – 35	18,9	16,4	15,7	16,9	16,3	17,3	16,7
35 – 50	20,4	17,8	16,3	18,2	16,9	18,5	17,3
50 – 65	21,8	19,2	18,5	19,1	18,7	19,0	18,8
65 – 80	14,3	20,1	18,9	19,5	18,2	19,2	17,8
80 und älter	5,4	8,7	14,2	8,4	13,2	8,2	12,6
unter 20	19,1	17,6	16,4	17,8	16,6	17,8	16,8
20 – 65	61,1	53,5	50,6	54,3	52,0	54,7	52,8
65 und älter	19,7	28,9	33,1	28,0	31,4	27,4	30,4
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2013=100							
unter 3	100	86,3	69,1	91,8	78,9	95,1	85,2
3 – 6	100	89,3	71,1	94,6	80,9	97,7	87,0
6 – 10	100	90,8	71,4	95,6	80,9	98,2	86,6
10 – 16	100	90,7	70,2	94,5	78,8	96,6	84,2
16 – 20	100	88,2	68,5	90,9	76,3	92,9	81,5
20 – 35	100	84,3	68,2	90,3	78,4	94,0	85,1
35 – 50	100	84,6	65,6	90,0	75,3	93,1	81,8
50 – 65	100	85,5	69,5	88,2	77,9	89,7	83,2
65 – 80	100	136,6	108,3	137,7	116,0	138,3	120,5
80 und älter	100	155,7	213,8	156,1	219,9	156,3	223,3
unter 20	100	89,3	70,0	93,5	79,0	96,0	84,6
20 – 65	100	84,8	67,8	89,4	77,2	92,2	83,3
65 und älter	100	141,9	137,3	142,8	144,6	143,2	148,8
Insgesamt	100	96,9	81,9	100,7	90,8	103,0	96,5

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in allen Varianten; danach bis 2060 konstant: untere Variante bei 0, mittlere Variante bei +6 000, obere Variante bei +10 000.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 30 Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen

Kreisfreie Stadt Zweibrücken

Ergebnisübersicht der Varianten

Alter in Jahren	Basisjahr 2013	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
		2035	2060	2035	2060	2035	2060
Anzahl							
unter 3	779	622	490	646	538	664	575
3 – 6	800	662	515	686	570	700	607
6 – 10	1 082	924	713	960	791	975	837
10 – 16	1 904	1 509	1 146	1 562	1 266	1 582	1 334
16 – 20	1 467	1 080	813	1 112	891	1 125	939
20 – 35	6 271	4 712	3 710	4 925	4 142	5 052	4 434
35 – 50	6 414	5 336	4 023	5 542	4 494	5 686	4 819
50 – 65	7 771	5 663	4 556	5 816	5 065	5 906	5 358
65 – 80	5 406	6 496	4 777	6 553	5 048	6 587	5 274
80 und älter	2 190	2 971	3 394	2 981	3 491	2 987	3 549
unter 20	6 032	4 797	3 677	4 966	4 056	5 046	4 292
20 – 65	20 456	15 711	12 289	16 283	13 701	16 644	14 611
65 und älter	7 596	9 467	8 171	9 534	8 539	9 574	8 823
Insgesamt	34 084	29 975	24 137	30 783	26 296	31 264	27 726
Anteile in %							
unter 3	2,3	2,1	2,0	2,1	2,0	2,1	2,1
3 – 6	2,3	2,2	2,1	2,2	2,2	2,2	2,2
6 – 10	3,2	3,1	3,0	3,1	3,0	3,1	3,0
10 – 16	5,6	5,0	4,7	5,1	4,8	5,1	4,8
16 – 20	4,3	3,6	3,4	3,6	3,4	3,6	3,4
20 – 35	18,4	15,7	15,4	16,0	15,8	16,2	16,0
35 – 50	18,8	17,8	16,7	18,0	17,1	18,2	17,4
50 – 65	22,8	18,9	18,9	18,9	19,3	18,9	19,3
65 – 80	15,9	21,7	19,8	21,3	19,2	21,1	19,0
80 und älter	6,4	9,9	14,1	9,7	13,3	9,6	12,8
unter 20	17,7	16,0	15,2	16,1	15,4	16,1	15,5
20 – 65	60,0	52,4	50,9	52,9	52,1	53,2	52,7
65 und älter	22,3	31,6	33,9	31,0	32,5	30,6	31,8
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2013=100							
unter 3	100	79,8	62,9	82,9	69,1	85,2	73,8
3 – 6	100	82,8	64,4	85,8	71,3	87,5	75,9
6 – 10	100	85,4	65,9	88,7	73,1	90,1	77,4
10 – 16	100	79,3	60,2	82,0	66,5	83,1	70,1
16 – 20	100	73,6	55,4	75,8	60,7	76,7	64,0
20 – 35	100	75,1	59,2	78,5	66,1	80,6	70,7
35 – 50	100	83,2	62,7	86,4	70,1	88,6	75,1
50 – 65	100	72,9	58,6	74,8	65,2	76,0	68,9
65 – 80	100	120,2	88,4	121,2	93,4	121,8	97,6
80 und älter	100	135,7	155,0	136,1	159,4	136,4	162,1
unter 20	100	79,5	61,0	82,3	67,2	83,7	71,2
20 – 65	100	76,8	60,1	79,6	67,0	81,4	71,4
65 und älter	100	124,6	107,6	125,5	112,4	126,0	116,2
Insgesamt	100	87,9	70,8	90,3	77,2	91,7	81,3

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in allen Varianten; danach bis 2060 konstant: untere Variante bei 0, mittlere Variante bei +6 000, obere Variante bei +10 000.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 31 Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen

Landkreis Ahrweiler

Ergebnisübersicht der Varianten

Alter in Jahren	Basisjahr 2013	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
		2035	2060	2035	2060	2035	2060
Anzahl							
unter 3	2 791	2 254	1 780	2 357	1 990	2 423	2 125
3 – 6	2 855	2 429	1 901	2 536	2 122	2 603	2 262
6 – 10	3 938	3 480	2 684	3 609	2 979	3 691	3 163
10 – 16	7 384	5 745	4 349	5 920	4 802	6 017	5 086
16 – 20	5 651	4 083	3 096	4 187	3 399	4 242	3 597
20 – 35	19 115	14 891	11 817	15 631	13 268	16 071	14 208
35 – 50	25 514	19 238	14 705	20 116	16 514	20 646	17 672
50 – 65	29 339	23 266	18 762	23 890	20 679	24 249	21 887
65 – 80	21 405	28 604	20 636	28 869	21 972	29 005	22 824
80 und älter	8 110	12 891	16 156	12 964	16 703	13 009	17 029
unter 20	22 619	17 991	13 810	18 609	15 292	18 976	16 233
20 – 65	73 968	57 395	45 284	59 637	50 461	60 966	53 767
65 und älter	29 515	41 495	36 792	41 833	38 675	42 014	39 853
Insgesamt	126 102	116 881	95 886	120 079	104 428	121 956	109 853
Anteile in %							
unter 3	2,2	1,9	1,9	2,0	1,9	2,0	1,9
3 – 6	2,3	2,1	2,0	2,1	2,0	2,1	2,1
6 – 10	3,1	3,0	2,8	3,0	2,9	3,0	2,9
10 – 16	5,9	4,9	4,5	4,9	4,6	4,9	4,6
16 – 20	4,5	3,5	3,2	3,5	3,3	3,5	3,3
20 – 35	15,2	12,7	12,3	13,0	12,7	13,2	12,9
35 – 50	20,2	16,5	15,3	16,8	15,8	16,9	16,1
50 – 65	23,3	19,9	19,6	19,9	19,8	19,9	19,9
65 – 80	17,0	24,5	21,5	24,0	21,0	23,8	20,8
80 und älter	6,4	11,0	16,8	10,8	16,0	10,7	15,5
unter 20	17,9	15,4	14,4	15,5	14,6	15,6	14,8
20 – 65	58,7	49,1	47,2	49,7	48,3	50,0	48,9
65 und älter	23,4	35,5	38,4	34,8	37,0	34,5	36,3
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2013=100							
unter 3	100	80,8	63,8	84,5	71,3	86,8	76,1
3 – 6	100	85,1	66,6	88,8	74,3	91,2	79,2
6 – 10	100	88,4	68,2	91,6	75,6	93,7	80,3
10 – 16	100	77,8	58,9	80,2	65,0	81,5	68,9
16 – 20	100	72,3	54,8	74,1	60,1	75,1	63,7
20 – 35	100	77,9	61,8	81,8	69,4	84,1	74,3
35 – 50	100	75,4	57,6	78,8	64,7	80,9	69,3
50 – 65	100	79,3	63,9	81,4	70,5	82,7	74,6
65 – 80	100	133,6	96,4	134,9	102,6	135,5	106,6
80 und älter	100	159,0	199,2	159,9	206,0	160,4	210,0
unter 20	100	79,5	61,1	82,3	67,6	83,9	71,8
20 – 65	100	77,6	61,2	80,6	68,2	82,4	72,7
65 und älter	100	140,6	124,7	141,7	131,0	142,3	135,0
Insgesamt	100	92,7	76,0	95,2	82,8	96,7	87,1

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in allen Varianten; danach bis 2060 konstant: untere Variante bei 0, mittlere Variante bei +6 000, obere Variante bei +10 000.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 32 Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen

Landkreis Altenkirchen (Ww.)

Ergebnisübersicht der Varianten

Alter in Jahren	Basisjahr 2013	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
		2035	2060	2035	2060	2035	2060
Anzahl							
unter 3	3 046	2 347	1 824	2 422	2 002	2 467	2 117
3 – 6	3 163	2 525	1 951	2 602	2 133	2 645	2 253
6 – 10	4 468	3 604	2 745	3 695	2 990	3 752	3 149
10 – 16	7 707	5 857	4 367	5 973	4 729	6 038	4 968
16 – 20	6 150	4 157	3 093	4 223	3 346	4 267	3 499
20 – 35	21 026	15 462	12 060	16 009	13 298	16 338	14 085
35 – 50	26 343	19 702	14 785	20 389	16 341	20 795	17 352
50 – 65	29 587	22 451	17 888	22 930	19 436	23 177	20 406
65 – 80	19 747	25 607	18 262	25 762	19 190	25 843	19 775
80 und älter	7 136	10 436	13 016	10 473	13 355	10 495	13 556
unter 20	24 534	18 490	13 980	18 915	15 200	19 169	15 986
20 – 65	76 956	57 615	44 733	59 328	49 075	60 310	51 843
65 und älter	26 883	36 043	31 278	36 235	32 545	36 338	33 331
Insgesamt	128 373	112 148	89 991	114 478	96 820	115 817	101 160
Anteile in %							
unter 3	2,4	2,1	2,0	2,1	2,1	2,1	2,1
3 – 6	2,5	2,3	2,2	2,3	2,2	2,3	2,2
6 – 10	3,5	3,2	3,1	3,2	3,1	3,2	3,1
10 – 16	6,0	5,2	4,9	5,2	4,9	5,2	4,9
16 – 20	4,8	3,7	3,4	3,7	3,5	3,7	3,5
20 – 35	16,4	13,8	13,4	14,0	13,7	14,1	13,9
35 – 50	20,5	17,6	16,4	17,8	16,9	18,0	17,2
50 – 65	23,0	20,0	19,9	20,0	20,1	20,0	20,2
65 – 80	15,4	22,8	20,3	22,5	19,8	22,3	19,5
80 und älter	5,6	9,3	14,5	9,1	13,8	9,1	13,4
unter 20	19,1	16,5	15,5	16,5	15,7	16,6	15,8
20 – 65	59,9	51,4	49,7	51,8	50,7	52,1	51,2
65 und älter	20,9	32,1	34,8	31,7	33,6	31,4	32,9
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2013=100							
unter 3	100	77,1	59,9	79,5	65,7	81,0	69,5
3 – 6	100	79,8	61,7	82,3	67,4	83,6	71,2
6 – 10	100	80,7	61,4	82,7	66,9	84,0	70,5
10 – 16	100	76,0	56,7	77,5	61,4	78,3	64,5
16 – 20	100	67,6	50,3	68,7	54,4	69,4	56,9
20 – 35	100	73,5	57,4	76,1	63,2	77,7	67,0
35 – 50	100	74,8	56,1	77,4	62,0	78,9	65,9
50 – 65	100	75,9	60,5	77,5	65,7	78,3	69,0
65 – 80	100	129,7	92,5	130,5	97,2	130,9	100,1
80 und älter	100	146,2	182,4	146,8	187,1	147,1	190,0
unter 20	100	75,4	57,0	77,1	62,0	78,1	65,2
20 – 65	100	74,9	58,1	77,1	63,8	78,4	67,4
65 und älter	100	134,1	116,3	134,8	121,1	135,2	124,0
Insgesamt	100	87,4	70,1	89,2	75,4	90,2	78,8

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in allen Varianten; danach bis 2060 konstant: untere Variante bei 0, mittlere Variante bei +6 000, obere Variante bei +10 000.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 33 Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen

Landkreis Alzey-Worms

Ergebnisübersicht der Varianten

Alter in Jahren	Basisjahr 2013	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
		2035	2060	2035	2060	2035	2060
Anzahl							
unter 3	3 109	2 587	2 068	2 705	2 310	2 776	2 469
3 – 6	3 162	2 792	2 208	2 910	2 459	2 975	2 622
6 – 10	4 460	4 004	3 113	4 152	3 457	4 225	3 662
10 – 16	8 045	6 548	4 989	6 727	5 513	6 820	5 811
16 – 20	5 715	4 540	3 467	4 626	3 799	4 684	4 001
20 – 35	20 326	15 997	12 887	16 811	14 476	17 325	15 533
35 – 50	27 282	21 667	16 643	22 760	18 816	23 398	20 207
50 – 65	30 403	24 045	19 479	24 687	21 561	25 043	22 909
65 – 80	16 707	26 798	19 865	26 972	21 108	27 071	21 851
80 und älter	6 004	10 623	14 462	10 659	14 835	10 670	15 034
unter 20	24 491	20 471	15 845	21 120	17 538	21 480	18 565
20 – 65	78 011	61 709	49 009	64 258	54 853	65 766	58 649
65 und älter	22 711	37 421	34 327	37 631	35 943	37 741	36 885
Insgesamt	125 213	119 601	99 181	123 009	108 334	124 987	114 099
Anteile in %							
unter 3	2,5	2,2	2,1	2,2	2,1	2,2	2,2
3 – 6	2,5	2,3	2,2	2,4	2,3	2,4	2,3
6 – 10	3,6	3,3	3,1	3,4	3,2	3,4	3,2
10 – 16	6,4	5,5	5,0	5,5	5,1	5,5	5,1
16 – 20	4,6	3,8	3,5	3,8	3,5	3,7	3,5
20 – 35	16,2	13,4	13,0	13,7	13,4	13,9	13,6
35 – 50	21,8	18,1	16,8	18,5	17,4	18,7	17,7
50 – 65	24,3	20,1	19,6	20,1	19,9	20,0	20,1
65 – 80	13,3	22,4	20,0	21,9	19,5	21,7	19,2
80 und älter	4,8	8,9	14,6	8,7	13,7	8,5	13,2
unter 20	19,6	17,1	16,0	17,2	16,2	17,2	16,3
20 – 65	62,3	51,6	49,4	52,2	50,6	52,6	51,4
65 und älter	18,1	31,3	34,6	30,6	33,2	30,2	32,3
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2013=100							
unter 3	100	83,2	66,5	87,0	74,3	89,3	79,4
3 – 6	100	88,3	69,8	92,0	77,8	94,1	82,9
6 – 10	100	89,8	69,8	93,1	77,5	94,7	82,1
10 – 16	100	81,4	62,0	83,6	68,5	84,8	72,2
16 – 20	100	79,4	60,7	80,9	66,5	82,0	70,0
20 – 35	100	78,7	63,4	82,7	71,2	85,2	76,4
35 – 50	100	79,4	61,0	83,4	69,0	85,8	74,1
50 – 65	100	79,1	64,1	81,2	70,9	82,4	75,4
65 – 80	100	160,4	118,9	161,4	126,3	162,0	130,8
80 und älter	100	176,9	240,9	177,5	247,1	177,7	250,4
unter 20	100	83,6	64,7	86,2	71,6	87,7	75,8
20 – 65	100	79,1	62,8	82,4	70,3	84,3	75,2
65 und älter	100	164,8	151,1	165,7	158,3	166,2	162,4
Insgesamt	100	95,5	79,2	98,2	86,5	99,8	91,1

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in allen Varianten; danach bis 2060 konstant: untere Variante bei 0, mittlere Variante bei +6 000, obere Variante bei +10 000.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 34 Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen

Landkreis Bad Dürkheim

Ergebnisübersicht der Varianten

Alter in Jahren	Basisjahr 2013	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
		2035	2060	2035	2060	2035	2060
Anzahl							
unter 3	2 782	2 365	1 900	2 483	2 131	2 552	2 283
3 – 6	3 036	2 604	2 074	2 728	2 317	2 799	2 479
6 – 10	4 223	3 787	2 967	3 943	3 307	4 029	3 523
10 – 16	7 636	6 215	4 771	6 408	5 283	6 510	5 599
16 – 20	5 658	4 339	3 337	4 443	3 674	4 502	3 898
20 – 35	18 630	14 841	12 017	15 631	13 530	16 111	14 520
35 – 50	27 609	21 404	16 462	22 495	18 622	23 108	19 998
50 – 65	32 071	25 137	20 474	25 879	22 754	26 297	24 205
65 – 80	21 865	29 921	21 873	30 123	23 328	30 241	24 191
80 und älter	7 531	12 876	16 879	12 904	17 354	12 917	17 623
unter 20	23 335	19 310	15 049	20 005	16 712	20 392	17 782
20 – 65	78 310	61 382	48 953	64 005	54 906	65 516	58 723
65 und älter	29 396	42 797	38 752	43 027	40 682	43 158	41 814
Insgesamt	131 041	123 489	102 754	127 037	112 300	129 066	118 319
Anteile in %							
unter 3	2,1	1,9	1,8	2,0	1,9	2,0	1,9
3 – 6	2,3	2,1	2,0	2,1	2,1	2,2	2,1
6 – 10	3,2	3,1	2,9	3,1	2,9	3,1	3,0
10 – 16	5,8	5,0	4,6	5,0	4,7	5,0	4,7
16 – 20	4,3	3,5	3,2	3,5	3,3	3,5	3,3
20 – 35	14,2	12,0	11,7	12,3	12,0	12,5	12,3
35 – 50	21,1	17,3	16,0	17,7	16,6	17,9	16,9
50 – 65	24,5	20,4	19,9	20,4	20,3	20,4	20,5
65 – 80	16,7	24,2	21,3	23,7	20,8	23,4	20,4
80 und älter	5,7	10,4	16,4	10,2	15,5	10,0	14,9
unter 20	17,8	15,6	14,6	15,7	14,9	15,8	15,0
20 – 65	59,8	49,7	47,6	50,4	48,9	50,8	49,6
65 und älter	22,4	34,7	37,7	33,9	36,2	33,4	35,3
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2013=100							
unter 3	100	85,0	68,3	89,3	76,6	91,7	82,1
3 – 6	100	85,8	68,3	89,9	76,3	92,2	81,7
6 – 10	100	89,7	70,3	93,4	78,3	95,4	83,4
10 – 16	100	81,4	62,5	83,9	69,2	85,3	73,3
16 – 20	100	76,7	59,0	78,5	64,9	79,6	68,9
20 – 35	100	79,7	64,5	83,9	72,6	86,5	77,9
35 – 50	100	77,5	59,6	81,5	67,4	83,7	72,4
50 – 65	100	78,4	63,8	80,7	70,9	82,0	75,5
65 – 80	100	136,8	100,0	137,8	106,7	138,3	110,6
80 und älter	100	171,0	224,1	171,3	230,4	171,5	234,0
unter 20	100	82,8	64,5	85,7	71,6	87,4	76,2
20 – 65	100	78,4	62,5	81,7	70,1	83,7	75,0
65 und älter	100	145,6	131,8	146,4	138,4	146,8	142,2
Insgesamt	100	94,2	78,4	96,9	85,7	98,5	90,3

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in allen Varianten; danach bis 2060 konstant: untere Variante bei 0, mittlere Variante bei +6 000, obere Variante bei +10 000.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 35 Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen

Landkreis Bad Kreuznach

Ergebnisübersicht der Varianten

Alter in Jahren	Basisjahr 2013	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
		2035	2060	2035	2060	2035	2060
Anzahl							
unter 3	3 815	3 138	2 490	3 281	2 778	3 366	2 963
3 – 6	3 952	3 331	2 626	3 474	2 918	3 560	3 105
6 – 10	5 208	4 721	3 662	4 896	4 048	4 993	4 296
10 – 16	9 049	7 736	5 840	7 945	6 434	8 052	6 787
16 – 20	6 678	5 463	4 105	5 573	4 490	5 634	4 725
20 – 35	24 600	19 161	15 307	20 075	17 125	20 631	18 309
35 – 50	31 877	24 725	18 875	25 867	21 158	26 525	22 652
50 – 65	36 613	28 473	22 783	29 200	25 125	29 602	26 621
65 – 80	24 438	34 019	24 903	34 266	26 418	34 380	27 340
80 und älter	9 067	15 069	19 590	15 112	20 084	15 134	20 362
unter 20	28 702	24 389	18 723	25 169	20 668	25 605	21 876
20 – 65	93 090	72 359	56 965	75 142	63 408	76 758	67 582
65 und älter	33 505	49 088	44 493	49 378	46 502	49 514	47 702
Insgesamt	155 297	145 836	120 181	149 689	130 578	151 877	137 160
Anteile in %							
unter 3	2,5	2,2	2,1	2,2	2,1	2,2	2,2
3 – 6	2,5	2,3	2,2	2,3	2,2	2,3	2,3
6 – 10	3,4	3,2	3,0	3,3	3,1	3,3	3,1
10 – 16	5,8	5,3	4,9	5,3	4,9	5,3	4,9
16 – 20	4,3	3,7	3,4	3,7	3,4	3,7	3,4
20 – 35	15,8	13,1	12,7	13,4	13,1	13,6	13,3
35 – 50	20,5	17,0	15,7	17,3	16,2	17,5	16,5
50 – 65	23,6	19,5	19,0	19,5	19,2	19,5	19,4
65 – 80	15,7	23,3	20,7	22,9	20,2	22,6	19,9
80 und älter	5,8	10,3	16,3	10,1	15,4	10,0	14,8
unter 20	18,5	16,7	15,6	16,8	15,8	16,9	15,9
20 – 65	59,9	49,6	47,4	50,2	48,6	50,5	49,3
65 und älter	21,6	33,7	37,0	33,0	35,6	32,6	34,8
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2013=100							
unter 3	100	82,3	65,3	86,0	72,8	88,2	77,7
3 – 6	100	84,3	66,4	87,9	73,8	90,1	78,6
6 – 10	100	90,6	70,3	94,0	77,7	95,9	82,5
10 – 16	100	85,5	64,5	87,8	71,1	89,0	75,0
16 – 20	100	81,8	61,5	83,5	67,2	84,4	70,8
20 – 35	100	77,9	62,2	81,6	69,6	83,9	74,4
35 – 50	100	77,6	59,2	81,1	66,4	83,2	71,1
50 – 65	100	77,8	62,2	79,8	68,6	80,9	72,7
65 – 80	100	139,2	101,9	140,2	108,1	140,7	111,9
80 und älter	100	166,2	216,1	166,7	221,5	166,9	224,6
unter 20	100	85,0	65,2	87,7	72,0	89,2	76,2
20 – 65	100	77,7	61,2	80,7	68,1	82,5	72,6
65 und älter	100	146,5	132,8	147,4	138,8	147,8	142,4
Insgesamt	100	93,9	77,4	96,4	84,1	97,8	88,3

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in allen Varianten; danach bis 2060 konstant: untere Variante bei 0, mittlere Variante bei +6 000, obere Variante bei +10 000.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 36 Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen

Landkreis Bernkastel-Wittlich

Ergebnisübersicht der Varianten

Alter in Jahren	Basisjahr 2013	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
		2035	2060	2035	2060	2035	2060
Anzahl							
unter 3	2 505	1 956	1 510	2 058	1 710	2 124	1 840
3 – 6	2 626	2 092	1 602	2 196	1 807	2 264	1 940
6 – 10	3 732	3 004	2 258	3 136	2 526	3 224	2 715
10 – 16	6 469	5 014	3 681	5 203	4 090	5 281	4 374
16 – 20	4 914	3 573	2 611	3 679	2 889	3 721	3 083
20 – 35	17 789	12 994	10 092	13 712	11 465	14 165	12 379
35 – 50	22 920	17 322	12 865	18 286	14 693	18 856	15 873
50 – 65	26 182	20 375	15 787	20 996	17 686	21 356	18 940
65 – 80	16 720	23 749	17 113	23 956	18 336	24 071	19 107
80 und älter	6 786	10 239	13 190	10 270	13 580	10 282	13 803
unter 20	20 246	15 639	11 662	16 272	13 022	16 614	13 952
20 – 65	66 891	50 691	38 744	52 994	43 844	54 377	47 192
65 und älter	23 506	33 988	30 303	34 226	31 916	34 353	32 910
Insgesamt	110 643	100 318	80 709	103 492	88 782	105 344	94 054
Anteile in %							
unter 3	2,3	1,9	1,9	2,0	1,9	2,0	2,0
3 – 6	2,4	2,1	2,0	2,1	2,0	2,1	2,1
6 – 10	3,4	3,0	2,8	3,0	2,8	3,1	2,9
10 – 16	5,8	5,0	4,6	5,0	4,6	5,0	4,7
16 – 20	4,4	3,6	3,2	3,6	3,3	3,5	3,3
20 – 35	16,1	13,0	12,5	13,2	12,9	13,4	13,2
35 – 50	20,7	17,3	15,9	17,7	16,5	17,9	16,9
50 – 65	23,7	20,3	19,6	20,3	19,9	20,3	20,1
65 – 80	15,1	23,7	21,2	23,1	20,7	22,8	20,3
80 und älter	6,1	10,2	16,3	9,9	15,3	9,8	14,7
unter 20	18,3	15,6	14,4	15,7	14,7	15,8	14,8
20 – 65	60,5	50,5	48,0	51,2	49,4	51,6	50,2
65 und älter	21,2	33,9	37,5	33,1	35,9	32,6	35,0
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2013=100							
unter 3	100	78,1	60,3	82,2	68,3	84,8	73,5
3 – 6	100	79,7	61,0	83,6	68,8	86,2	73,9
6 – 10	100	80,5	60,5	84,0	67,7	86,4	72,7
10 – 16	100	77,5	56,9	80,4	63,2	81,6	67,6
16 – 20	100	72,7	53,1	74,9	58,8	75,7	62,7
20 – 35	100	73,0	56,7	77,1	64,4	79,6	69,6
35 – 50	100	75,6	56,1	79,8	64,1	82,3	69,3
50 – 65	100	77,8	60,3	80,2	67,6	81,6	72,3
65 – 80	100	142,0	102,4	143,3	109,7	144,0	114,3
80 und älter	100	150,9	194,4	151,3	200,1	151,5	203,4
unter 20	100	77,2	57,6	80,4	64,3	82,1	68,9
20 – 65	100	75,8	57,9	79,2	65,5	81,3	70,6
65 und älter	100	144,6	128,9	145,6	135,8	146,1	140,0
Insgesamt	100	90,7	72,9	93,5	80,2	95,2	85,0

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in allen Varianten; danach bis 2060 konstant: untere Variante bei 0, mittlere Variante bei +6 000, obere Variante bei +10 000.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 37 Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen

Landkreis Birkenfeld

Ergebnisübersicht der Varianten

Alter in Jahren	Basisjahr 2013	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
		2035	2060	2035	2060	2035	2060
Anzahl							
unter 3	1 772	1 308	1 009	1 382	1 149	1 428	1 238
3 – 6	1 783	1 361	1 044	1 436	1 187	1 482	1 279
6 – 10	2 577	1 933	1 464	2 035	1 657	2 088	1 785
10 – 16	4 484	3 210	2 359	3 330	2 644	3 399	2 834
16 – 20	3 305	2 279	1 658	2 352	1 846	2 399	1 981
20 – 35	12 815	8 821	6 831	9 325	7 762	9 636	8 381
35 – 50	15 493	11 062	8 143	11 596	9 247	11 926	9 956
50 – 65	19 814	12 892	9 854	13 257	10 982	13 450	11 684
65 – 80	13 270	16 415	10 781	16 538	11 492	16 610	11 901
80 und älter	5 360	7 550	8 671	7 573	8 916	7 586	9 049
unter 20	13 921	10 091	7 534	10 535	8 483	10 796	9 117
20 – 65	48 122	32 775	24 828	34 178	27 991	35 012	30 021
65 und älter	18 630	23 965	19 452	24 111	20 408	24 196	20 950
Insgesamt	80 673	66 831	51 814	68 824	56 882	70 004	60 088
Anteile in %							
unter 3	2,2	2,0	1,9	2,0	2,0	2,0	2,1
3 – 6	2,2	2,0	2,0	2,1	2,1	2,1	2,1
6 – 10	3,2	2,9	2,8	3,0	2,9	3,0	3,0
10 – 16	5,6	4,8	4,6	4,8	4,6	4,9	4,7
16 – 20	4,1	3,4	3,2	3,4	3,2	3,4	3,3
20 – 35	15,9	13,2	13,2	13,5	13,6	13,8	13,9
35 – 50	19,2	16,6	15,7	16,8	16,3	17,0	16,6
50 – 65	24,6	19,3	19,0	19,3	19,3	19,2	19,4
65 – 80	16,4	24,6	20,8	24,0	20,2	23,7	19,8
80 und älter	6,6	11,3	16,7	11,0	15,7	10,8	15,1
unter 20	17,3	15,1	14,5	15,3	14,9	15,4	15,2
20 – 65	59,7	49,0	47,9	49,7	49,2	50,0	50,0
65 und älter	23,1	35,9	37,5	35,0	35,9	34,6	34,9
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2013=100							
unter 3	100	73,8	56,9	78,0	64,8	80,6	69,9
3 – 6	100	76,3	58,6	80,5	66,6	83,1	71,7
6 – 10	100	75,0	56,8	79,0	64,3	81,0	69,3
10 – 16	100	71,6	52,6	74,3	59,0	75,8	63,2
16 – 20	100	69,0	50,2	71,2	55,9	72,6	59,9
20 – 35	100	68,8	53,3	72,8	60,6	75,2	65,4
35 – 50	100	71,4	52,6	74,8	59,7	77,0	64,3
50 – 65	100	65,1	49,7	66,9	55,4	67,9	59,0
65 – 80	100	123,7	81,2	124,6	86,6	125,2	89,7
80 und älter	100	140,9	161,8	141,3	166,3	141,5	168,8
unter 20	100	72,5	54,1	75,7	60,9	77,6	65,5
20 – 65	100	68,1	51,6	71,0	58,2	72,8	62,4
65 und älter	100	128,6	104,4	129,4	109,5	129,9	112,5
Insgesamt	100	82,8	64,2	85,3	70,5	86,8	74,5

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in allen Varianten; danach bis 2060 konstant: untere Variante bei 0, mittlere Variante bei +6 000, obere Variante bei +10 000.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 38 Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen

Landkreis Cochem-Zell

Ergebnisübersicht der Varianten

Alter in Jahren	Basisjahr 2013	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
		2035	2060	2035	2060	2035	2060
Anzahl							
unter 3	1 308	943	718	992	812	1 023	871
3 – 6	1 405	1 022	771	1 071	865	1 097	926
6 – 10	2 028	1 495	1 107	1 558	1 235	1 595	1 320
10 – 16	3 764	2 511	1 806	2 587	2 000	2 633	2 141
16 – 20	2 709	1 801	1 294	1 841	1 423	1 874	1 521
20 – 35	9 593	6 768	5 153	7 101	5 817	7 328	6 258
35 – 50	12 498	8 908	6 515	9 339	7 381	9 609	7 931
50 – 65	14 646	10 687	8 278	11 020	9 214	11 200	9 816
65 – 80	10 135	13 698	9 264	13 850	9 962	13 922	10 363
80 und älter	4 032	6 004	7 701	6 029	7 957	6 039	8 102
unter 20	11 214	7 772	5 696	8 049	6 335	8 222	6 779
20 – 65	36 737	26 363	19 946	27 460	22 412	28 137	24 005
65 und älter	14 167	19 702	16 965	19 879	17 919	19 961	18 465
Insgesamt	62 118	53 837	42 607	55 388	46 666	56 320	49 249
Anteile in %							
unter 3	2,1	1,8	1,7	1,8	1,7	1,8	1,8
3 – 6	2,3	1,9	1,8	1,9	1,9	1,9	1,9
6 – 10	3,3	2,8	2,6	2,8	2,6	2,8	2,7
10 – 16	6,1	4,7	4,2	4,7	4,3	4,7	4,3
16 – 20	4,4	3,3	3,0	3,3	3,0	3,3	3,1
20 – 35	15,4	12,6	12,1	12,8	12,5	13,0	12,7
35 – 50	20,1	16,5	15,3	16,9	15,8	17,1	16,1
50 – 65	23,6	19,9	19,4	19,9	19,7	19,9	19,9
65 – 80	16,3	25,4	21,7	25,0	21,3	24,7	21,0
80 und älter	6,5	11,2	18,1	10,9	17,1	10,7	16,5
unter 20	18,1	14,4	13,4	14,5	13,6	14,6	13,8
20 – 65	59,1	49,0	46,8	49,6	48,0	50,0	48,7
65 und älter	22,8	36,6	39,8	35,9	38,4	35,4	37,5
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2013=100							
unter 3	100	72,1	54,9	75,8	62,1	78,2	66,6
3 – 6	100	72,7	54,9	76,2	61,6	78,1	65,9
6 – 10	100	73,7	54,6	76,8	60,9	78,6	65,1
10 – 16	100	66,7	48,0	68,7	53,1	70,0	56,9
16 – 20	100	66,5	47,8	68,0	52,5	69,2	56,1
20 – 35	100	70,6	53,7	74,0	60,6	76,4	65,2
35 – 50	100	71,3	52,1	74,7	59,1	76,9	63,5
50 – 65	100	73,0	56,5	75,2	62,9	76,5	67,0
65 – 80	100	135,2	91,4	136,7	98,3	137,4	102,2
80 und älter	100	148,9	191,0	149,5	197,3	149,8	200,9
unter 20	100	69,3	50,8	71,8	56,5	73,3	60,5
20 – 65	100	71,8	54,3	74,7	61,0	76,6	65,3
65 und älter	100	139,1	119,8	140,3	126,5	140,9	130,3
Insgesamt	100	86,7	68,6	89,2	75,1	90,7	79,3

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in allen Varianten; danach bis 2060 konstant: untere Variante bei 0, mittlere Variante bei +6 000, obere Variante bei +10 000.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 39 Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen

Donnersbergbereich

Ergebnisübersicht der Varianten

Alter in Jahren	Basisjahr 2013	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
		2035	2060	2035	2060	2035	2060
Anzahl							
unter 3	1 748	1 316	1 027	1 372	1 140	1 401	1 214
3 – 6	1 870	1 439	1 115	1 497	1 234	1 531	1 317
6 – 10	2 705	2 100	1 598	2 169	1 767	2 218	1 881
10 – 16	4 791	3 492	2 594	3 572	2 854	3 625	3 026
16 – 20	3 474	2 428	1 802	2 477	1 977	2 506	2 086
20 – 35	11 662	8 540	6 676	8 910	7 451	9 127	7 951
35 – 50	15 688	11 624	8 675	12 114	9 707	12 386	10 375
50 – 65	18 512	13 158	10 384	13 445	11 390	13 610	12 013
65 – 80	10 596	15 622	10 774	15 706	11 371	15 746	11 725
80 und älter	4 146	6 581	8 542	6 595	8 732	6 605	8 842
unter 20	14 588	10 775	8 136	11 087	8 972	11 281	9 524
20 – 65	45 862	33 322	25 735	34 469	28 548	35 123	30 339
65 und älter	14 742	22 203	19 316	22 301	20 103	22 351	20 567
Insgesamt	75 192	66 300	53 187	67 857	57 623	68 755	60 430
Anteile in %							
unter 3	2,3	2,0	1,9	2,0	2,0	2,0	2,0
3 – 6	2,5	2,2	2,1	2,2	2,1	2,2	2,2
6 – 10	3,6	3,2	3,0	3,2	3,1	3,2	3,1
10 – 16	6,4	5,3	4,9	5,3	5,0	5,3	5,0
16 – 20	4,6	3,7	3,4	3,7	3,4	3,6	3,5
20 – 35	15,5	12,9	12,6	13,1	12,9	13,3	13,2
35 – 50	20,9	17,5	16,3	17,9	16,8	18,0	17,2
50 – 65	24,6	19,8	19,5	19,8	19,8	19,8	19,9
65 – 80	14,1	23,6	20,3	23,1	19,7	22,9	19,4
80 und älter	5,5	9,9	16,1	9,7	15,2	9,6	14,6
unter 20	19,4	16,3	15,3	16,3	15,6	16,4	15,8
20 – 65	61,0	50,3	48,4	50,8	49,5	51,1	50,2
65 und älter	19,6	33,5	36,3	32,9	34,9	32,5	34,0
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2013=100							
unter 3	100	75,3	58,8	78,5	65,2	80,1	69,5
3 – 6	100	77,0	59,6	80,1	66,0	81,9	70,4
6 – 10	100	77,6	59,1	80,2	65,3	82,0	69,5
10 – 16	100	72,9	54,1	74,6	59,6	75,7	63,2
16 – 20	100	69,9	51,9	71,3	56,9	72,1	60,0
20 – 35	100	73,2	57,2	76,4	63,9	78,3	68,2
35 – 50	100	74,1	55,3	77,2	61,9	79,0	66,1
50 – 65	100	71,1	56,1	72,6	61,5	73,5	64,9
65 – 80	100	147,4	101,7	148,2	107,3	148,6	110,7
80 und älter	100	158,7	206,0	159,1	210,6	159,3	213,3
unter 20	100	73,9	55,8	76,0	61,5	77,3	65,3
20 – 65	100	72,7	56,1	75,2	62,2	76,6	66,2
65 und älter	100	150,6	131,0	151,3	136,4	151,6	139,5
Insgesamt	100	88,2	70,7	90,2	76,6	91,4	80,4

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in allen Varianten; danach bis 2060 konstant: untere Variante bei 0, mittlere Variante bei +6 000, obere Variante bei +10 000.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 40 Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen

Eifelkreis Bitburg-Prüm

Ergebnisübersicht der Varianten

Alter in Jahren	Basisjahr 2013	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
		2035	2060	2035	2060	2035	2060
Anzahl							
unter 3	2 331	1 845	1 433	1 967	1 652	2 042	1 793
3 – 6	2 494	1 995	1 534	2 120	1 762	2 204	1 912
6 – 10	3 426	2 884	2 171	3 046	2 481	3 142	2 678
10 – 16	5 842	4 824	3 521	5 031	3 994	5 159	4 299
16 – 20	4 551	3 410	2 490	3 530	2 802	3 599	3 016
20 – 35	16 514	12 410	9 670	13 195	11 141	13 677	12 098
35 – 50	19 944	16 390	12 115	17 384	14 007	17 968	15 194
50 – 65	22 151	18 189	14 599	18 894	16 554	19 308	17 793
65 – 80	13 355	19 848	15 104	20 113	16 360	20 239	17 128
80 und älter	5 550	7 643	10 550	7 678	10 954	7 699	11 182
unter 20	18 644	14 958	11 149	15 694	12 691	16 146	13 698
20 – 65	58 609	46 989	36 384	49 473	41 702	50 953	45 085
65 und älter	18 905	27 491	25 654	27 791	27 314	27 938	28 310
Insgesamt	96 158	89 438	73 187	92 958	81 707	95 037	87 093
Anteile in %							
unter 3	2,4	2,1	2,0	2,1	2,0	2,1	2,1
3 – 6	2,6	2,2	2,1	2,3	2,2	2,3	2,2
6 – 10	3,6	3,2	3,0	3,3	3,0	3,3	3,1
10 – 16	6,1	5,4	4,8	5,4	4,9	5,4	4,9
16 – 20	4,7	3,8	3,4	3,8	3,4	3,8	3,5
20 – 35	17,2	13,9	13,2	14,2	13,6	14,4	13,9
35 – 50	20,7	18,3	16,6	18,7	17,1	18,9	17,4
50 – 65	23,0	20,3	19,9	20,3	20,3	20,3	20,4
65 – 80	13,9	22,2	20,6	21,6	20,0	21,3	19,7
80 und älter	5,8	8,5	14,4	8,3	13,4	8,1	12,8
unter 20	19,4	16,7	15,2	16,9	15,5	17,0	15,7
20 – 65	61,0	52,5	49,7	53,2	51,0	53,6	51,8
65 und älter	19,7	30,7	35,1	29,9	33,4	29,4	32,5
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2013=100							
unter 3	100	79,2	61,5	84,4	70,9	87,6	76,9
3 – 6	100	80,0	61,5	85,0	70,6	88,4	76,7
6 – 10	100	84,2	63,4	88,9	72,4	91,7	78,2
10 – 16	100	82,6	60,3	86,1	68,4	88,3	73,6
16 – 20	100	74,9	54,7	77,6	61,6	79,1	66,3
20 – 35	100	75,1	58,6	79,9	67,5	82,8	73,3
35 – 50	100	82,2	60,7	87,2	70,2	90,1	76,2
50 – 65	100	82,1	65,9	85,3	74,7	87,2	80,3
65 – 80	100	148,6	113,1	150,6	122,5	151,5	128,3
80 und älter	100	137,7	190,1	138,3	197,4	138,7	201,5
unter 20	100	80,2	59,8	84,2	68,1	86,6	73,5
20 – 65	100	80,2	62,1	84,4	71,2	86,9	76,9
65 und älter	100	145,4	135,7	147,0	144,5	147,8	149,7
Insgesamt	100	93,0	76,1	96,7	85,0	98,8	90,6

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in allen Varianten; danach bis 2060 konstant: untere Variante bei 0, mittlere Variante bei +6 000, obere Variante bei +10 000.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 41 Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen

Landkreis Germersheim

Ergebnisübersicht der Varianten

Alter in Jahren	Basisjahr 2013	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
		2035	2060	2035	2060	2035	2060
Anzahl							
unter 3	3 120	2 563	2 049	2 708	2 318	2 798	2 492
3 – 6	3 253	2 757	2 180	2 894	2 455	2 975	2 627
6 – 10	4 560	3 942	3 067	4 111	3 422	4 197	3 657
10 – 16	7 585	6 447	4 911	6 660	5 423	6 744	5 773
16 – 20	5 683	4 534	3 443	4 643	3 787	4 697	4 023
20 – 35	22 521	17 601	14 124	18 689	16 082	19 371	17 348
35 – 50	27 168	22 012	16 919	23 232	19 259	23 953	20 779
50 – 65	28 652	24 230	19 434	24 961	21 678	25 378	23 103
65 – 80	17 315	25 921	19 774	26 125	21 092	26 225	21 923
80 und älter	5 577	10 300	14 593	10 331	14 982	10 352	15 212
unter 20	24 201	20 243	15 650	21 016	17 405	21 411	18 572
20 – 65	78 341	63 843	50 477	66 882	57 019	68 702	61 230
65 und älter	22 892	36 221	34 367	36 456	36 074	36 577	37 135
Insgesamt	125 434	120 307	100 494	124 354	110 498	126 690	116 937
Anteile in %							
unter 3	2,5	2,1	2,0	2,2	2,1	2,2	2,1
3 – 6	2,6	2,3	2,2	2,3	2,2	2,3	2,2
6 – 10	3,6	3,3	3,1	3,3	3,1	3,3	3,1
10 – 16	6,0	5,4	4,9	5,4	4,9	5,3	4,9
16 – 20	4,5	3,8	3,4	3,7	3,4	3,7	3,4
20 – 35	18,0	14,6	14,1	15,0	14,6	15,3	14,8
35 – 50	21,7	18,3	16,8	18,7	17,4	18,9	17,8
50 – 65	22,8	20,1	19,3	20,1	19,6	20,0	19,8
65 – 80	13,8	21,5	19,7	21,0	19,1	20,7	18,7
80 und älter	4,4	8,6	14,5	8,3	13,6	8,2	13,0
unter 20	19,3	16,8	15,6	16,9	15,8	16,9	15,9
20 – 65	62,5	53,1	50,2	53,8	51,6	54,2	52,4
65 und älter	18,3	30,1	34,2	29,3	32,6	28,9	31,8
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2013=100							
unter 3	100	82,1	65,7	86,8	74,3	89,7	79,9
3 – 6	100	84,8	67,0	89,0	75,5	91,5	80,8
6 – 10	100	86,4	67,3	90,2	75,0	92,0	80,2
10 – 16	100	85,0	64,7	87,8	71,5	88,9	76,1
16 – 20	100	79,8	60,6	81,7	66,6	82,7	70,8
20 – 35	100	78,2	62,7	83,0	71,4	86,0	77,0
35 – 50	100	81,0	62,3	85,5	70,9	88,2	76,5
50 – 65	100	84,6	67,8	87,1	75,7	88,6	80,6
65 – 80	100	149,7	114,2	150,9	121,8	151,5	126,6
80 und älter	100	184,7	261,7	185,2	268,6	185,6	272,8
unter 20	100	83,6	64,7	86,8	71,9	88,5	76,7
20 – 65	100	81,5	64,4	85,4	72,8	87,7	78,2
65 und älter	100	158,2	150,1	159,3	157,6	159,8	162,2
Insgesamt	100	95,9	80,1	99,1	88,1	101,0	93,2

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in allen Varianten; danach bis 2060 konstant: untere Variante bei 0, mittlere Variante bei +6 000, obere Variante bei +10 000.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 42 Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen

Landkreis Kaiserslautern

Ergebnisübersicht der Varianten

Alter in Jahren	Basisjahr 2013	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
		2035	2060	2035	2060	2035	2060
Anzahl							
unter 3	2 489	1 962	1 541	2 068	1 741	2 132	1 875
3 – 6	2 593	2 116	1 652	2 226	1 861	2 300	2 005
6 – 10	3 611	3 044	2 339	3 187	2 624	3 282	2 812
10 – 16	6 482	5 004	3 745	5 195	4 184	5 298	4 463
16 – 20	4 753	3 472	2 580	3 582	2 873	3 631	3 050
20 – 35	16 816	12 641	9 961	13 309	11 260	13 724	12 102
35 – 50	20 985	16 613	12 440	17 406	14 054	17 868	15 099
50 – 65	25 317	17 474	14 174	17 968	15 711	18 247	16 706
65 – 80	15 258	20 518	14 395	20 706	15 327	20 810	15 917
80 und älter	5 813	8 735	10 517	8 774	10 821	8 793	11 011
unter 20	19 928	15 598	11 857	16 258	13 283	16 643	14 205
20 – 65	63 118	46 728	36 575	48 683	41 025	49 839	43 907
65 und älter	21 071	29 253	24 912	29 480	26 148	29 603	26 928
Insgesamt	104 117	91 579	73 344	94 421	80 456	96 085	85 040
Anteile in %							
unter 3	2,4	2,1	2,1	2,2	2,2	2,2	2,2
3 – 6	2,5	2,3	2,3	2,4	2,3	2,4	2,4
6 – 10	3,5	3,3	3,2	3,4	3,3	3,4	3,3
10 – 16	6,2	5,5	5,1	5,5	5,2	5,5	5,2
16 – 20	4,6	3,8	3,5	3,8	3,6	3,8	3,6
20 – 35	16,2	13,8	13,6	14,1	14,0	14,3	14,2
35 – 50	20,2	18,1	17,0	18,4	17,5	18,6	17,8
50 – 65	24,3	19,1	19,3	19,0	19,5	19,0	19,6
65 – 80	14,7	22,4	19,6	21,9	19,1	21,7	18,7
80 und älter	5,6	9,5	14,3	9,3	13,4	9,2	12,9
unter 20	19,1	17,0	16,2	17,2	16,5	17,3	16,7
20 – 65	60,6	51,0	49,9	51,6	51,0	51,9	51,6
65 und älter	20,2	31,9	34,0	31,2	32,5	30,8	31,7
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2013=100							
unter 3	100	78,8	61,9	83,1	69,9	85,7	75,3
3 – 6	100	81,6	63,7	85,8	71,8	88,7	77,3
6 – 10	100	84,3	64,8	88,3	72,7	90,9	77,9
10 – 16	100	77,2	57,8	80,1	64,5	81,7	68,9
16 – 20	100	73,0	54,3	75,4	60,4	76,4	64,2
20 – 35	100	75,2	59,2	79,1	67,0	81,6	72,0
35 – 50	100	79,2	59,3	82,9	67,0	85,1	72,0
50 – 65	100	69,0	56,0	71,0	62,1	72,1	66,0
65 – 80	100	134,5	94,3	135,7	100,5	136,4	104,3
80 und älter	100	150,3	180,9	150,9	186,2	151,3	189,4
unter 20	100	78,3	59,5	81,6	66,7	83,5	71,3
20 – 65	100	74,0	57,9	77,1	65,0	79,0	69,6
65 und älter	100	138,8	118,2	139,9	124,1	140,5	127,8
Insgesamt	100	88,0	70,4	90,7	77,3	92,3	81,7

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in allen Varianten; danach bis 2060 konstant: untere Variante bei 0, mittlere Variante bei +6 000, obere Variante bei +10 000.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 43 Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen

Landkreis Kusel

Ergebnisübersicht der Varianten

Alter in Jahren	Basisjahr 2013	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
		2035	2060	2035	2060	2035	2060
Anzahl							
unter 3	1 501	1 149	885	1 189	984	1 215	1 047
3 – 6	1 629	1 250	958	1 294	1 065	1 323	1 134
6 – 10	2 279	1 804	1 367	1 870	1 509	1 904	1 612
10 – 16	3 896	2 988	2 201	3 072	2 435	3 124	2 587
16 – 20	3 131	2 149	1 568	2 189	1 736	2 220	1 832
20 – 35	11 010	7 814	6 059	8 109	6 731	8 288	7 163
35 – 50	14 037	10 071	7 425	10 419	8 210	10 602	8 753
50 – 65	18 109	11 497	8 997	11 746	9 806	11 895	10 351
65 – 80	11 065	14 902	9 626	14 978	10 158	15 026	10 434
80 und älter	4 441	6 350	7 284	6 365	7 445	6 370	7 543
unter 20	12 436	9 340	6 979	9 614	7 729	9 786	8 212
20 – 65	43 156	29 382	22 481	30 274	24 747	30 785	26 267
65 und älter	15 506	21 252	16 910	21 343	17 603	21 396	17 977
Insgesamt	71 098	59 974	46 370	61 231	50 079	61 967	52 456
Anteile in %							
unter 3	2,1	1,9	1,9	1,9	2,0	2,0	2,0
3 – 6	2,3	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,2
6 – 10	3,2	3,0	2,9	3,1	3,0	3,1	3,1
10 – 16	5,5	5,0	4,7	5,0	4,9	5,0	4,9
16 – 20	4,4	3,6	3,4	3,6	3,5	3,6	3,5
20 – 35	15,5	13,0	13,1	13,2	13,4	13,4	13,7
35 – 50	19,7	16,8	16,0	17,0	16,4	17,1	16,7
50 – 65	25,5	19,2	19,4	19,2	19,6	19,2	19,7
65 – 80	15,6	24,8	20,8	24,5	20,3	24,2	19,9
80 und älter	6,2	10,6	15,7	10,4	14,9	10,3	14,4
unter 20	17,5	15,6	15,1	15,7	15,4	15,8	15,7
20 – 65	60,7	49,0	48,5	49,4	49,4	49,7	50,1
65 und älter	21,8	35,4	36,5	34,9	35,2	34,5	34,3
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2013=100							
unter 3	100	76,5	59,0	79,2	65,6	80,9	69,8
3 – 6	100	76,7	58,8	79,4	65,4	81,2	69,6
6 – 10	100	79,2	60,0	82,1	66,2	83,5	70,7
10 – 16	100	76,7	56,5	78,9	62,5	80,2	66,4
16 – 20	100	68,6	50,1	69,9	55,4	70,9	58,5
20 – 35	100	71,0	55,0	73,7	61,1	75,3	65,1
35 – 50	100	71,7	52,9	74,2	58,5	75,5	62,4
50 – 65	100	63,5	49,7	64,9	54,1	65,7	57,2
65 – 80	100	134,7	87,0	135,4	91,8	135,8	94,3
80 und älter	100	143,0	164,0	143,3	167,6	143,4	169,8
unter 20	100	75,1	56,1	77,3	62,2	78,7	66,0
20 – 65	100	68,1	52,1	70,2	57,3	71,3	60,9
65 und älter	100	137,1	109,1	137,6	113,5	138,0	115,9
Insgesamt	100	84,4	65,2	86,1	70,4	87,2	73,8

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in allen Varianten; danach bis 2060 konstant: untere Variante bei 0, mittlere Variante bei +6 000, obere Variante bei +10 000.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 44 Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen

Landkreis Mainz-Bingen

Ergebnisübersicht der Varianten

Alter in Jahren	Basisjahr 2013	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
		2035	2060	2035	2060	2035	2060
Anzahl							
unter 3	5 044	4 332	3 486	4 538	3 901	4 662	4 167
3 – 6	5 469	4 808	3 840	5 026	4 286	5 154	4 573
6 – 10	7 612	6 921	5 455	7 189	6 058	7 345	6 447
10 – 16	12 511	11 209	8 705	11 521	9 597	11 692	10 146
16 – 20	8 826	7 745	6 033	7 912	6 611	8 006	6 975
20 – 35	31 835	26 825	21 764	28 142	24 394	28 953	26 101
35 – 50	46 067	36 907	28 789	38 766	32 477	39 854	34 856
50 – 65	47 283	41 944	34 064	43 212	37 804	43 921	40 199
65 – 80	29 223	44 750	34 847	45 099	37 116	45 275	38 504
80 und älter	9 468	18 055	25 735	18 121	26 448	18 148	26 851
unter 20	39 462	35 015	27 519	36 186	30 453	36 859	32 308
20 – 65	125 185	105 676	84 617	110 120	94 675	112 728	101 156
65 und älter	38 691	62 805	60 582	63 220	63 564	63 423	65 355
Insgesamt	203 338	203 496	172 718	209 526	188 692	213 010	198 819
Anteile in %							
unter 3	2,5	2,1	2,0	2,2	2,1	2,2	2,1
3 – 6	2,7	2,4	2,2	2,4	2,3	2,4	2,3
6 – 10	3,7	3,4	3,2	3,4	3,2	3,4	3,2
10 – 16	6,2	5,5	5,0	5,5	5,1	5,5	5,1
16 – 20	4,3	3,8	3,5	3,8	3,5	3,8	3,5
20 – 35	15,7	13,2	12,6	13,4	12,9	13,6	13,1
35 – 50	22,7	18,1	16,7	18,5	17,2	18,7	17,5
50 – 65	23,3	20,6	19,7	20,6	20,0	20,6	20,2
65 – 80	14,4	22,0	20,2	21,5	19,7	21,3	19,4
80 und älter	4,7	8,9	14,9	8,6	14,0	8,5	13,5
unter 20	19,4	17,2	15,9	17,3	16,1	17,3	16,2
20 – 65	61,6	51,9	49,0	52,6	50,2	52,9	50,9
65 und älter	19,0	30,9	35,1	30,2	33,7	29,8	32,9
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2013=100							
unter 3	100	85,9	69,1	90,0	77,3	92,4	82,6
3 – 6	100	87,9	70,2	91,9	78,4	94,2	83,6
6 – 10	100	90,9	71,7	94,4	79,6	96,5	84,7
10 – 16	100	89,6	69,6	92,1	76,7	93,5	81,1
16 – 20	100	87,8	68,4	89,6	74,9	90,7	79,0
20 – 35	100	84,3	68,4	88,4	76,6	90,9	82,0
35 – 50	100	80,1	62,5	84,2	70,5	86,5	75,7
50 – 65	100	88,7	72,0	91,4	80,0	92,9	85,0
65 – 80	100	153,1	119,2	154,3	127,0	154,9	131,8
80 und älter	100	190,7	271,8	191,4	279,3	191,7	283,6
unter 20	100	88,7	69,7	91,7	77,2	93,4	81,9
20 – 65	100	84,4	67,6	88,0	75,6	90,0	80,8
65 und älter	100	162,3	156,6	163,4	164,3	163,9	168,9
Insgesamt	100	100,1	84,9	103,0	92,8	104,8	97,8

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in allen Varianten; danach bis 2060 konstant: untere Variante bei 0, mittlere Variante bei +6 000, obere Variante bei +10 000.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 45 Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen

Landkreis Mayen-Koblenz

Ergebnisübersicht der Varianten

Alter in Jahren	Basisjahr 2013	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
		2035	2060	2035	2060	2035	2060
Anzahl							
unter 3	4 918	4 061	3 198	4 228	3 543	4 327	3 765
3 – 6	5 141	4 372	3 406	4 535	3 761	4 632	3 989
6 – 10	7 195	6 265	4 795	6 460	5 271	6 579	5 566
10 – 16	12 405	10 233	7 679	10 470	8 370	10 583	8 803
16 – 20	9 296	7 102	5 363	7 223	5 798	7 305	6 098
20 – 35	34 325	26 611	21 203	27 772	23 568	28 499	25 106
35 – 50	44 286	35 530	26 670	36 800	29 558	37 505	31 403
50 – 65	48 948	37 905	31 200	38 590	33 877	38 955	35 574
65 – 80	31 746	44 115	32 592	44 315	34 096	44 417	34 989
80 und älter	11 525	18 179	23 345	18 221	23 797	18 245	24 034
unter 20	38 955	32 033	24 441	32 916	26 743	33 426	28 221
20 – 65	127 559	100 046	79 073	103 162	87 003	104 959	92 083
65 und älter	43 271	62 294	55 937	62 536	57 893	62 662	59 023
Insgesamt	209 785	194 373	159 451	198 614	171 639	201 047	179 327
Anteile in %							
unter 3	2,3	2,1	2,0	2,1	2,1	2,2	2,1
3 – 6	2,5	2,2	2,1	2,3	2,2	2,3	2,2
6 – 10	3,4	3,2	3,0	3,3	3,1	3,3	3,1
10 – 16	5,9	5,3	4,8	5,3	4,9	5,3	4,9
16 – 20	4,4	3,7	3,4	3,6	3,4	3,6	3,4
20 – 35	16,4	13,7	13,3	14,0	13,7	14,2	14,0
35 – 50	21,1	18,3	16,7	18,5	17,2	18,7	17,5
50 – 65	23,3	19,5	19,6	19,4	19,7	19,4	19,8
65 – 80	15,1	22,7	20,4	22,3	19,9	22,1	19,5
80 und älter	5,5	9,4	14,6	9,2	13,9	9,1	13,4
unter 20	18,6	16,5	15,3	16,6	15,6	16,6	15,7
20 – 65	60,8	51,5	49,6	51,9	50,7	52,2	51,3
65 und älter	20,6	32,0	35,1	31,5	33,7	31,2	32,9
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2013=100							
unter 3	100	82,6	65,0	86,0	72,0	88,0	76,6
3 – 6	100	85,0	66,3	88,2	73,2	90,1	77,6
6 – 10	100	87,1	66,6	89,8	73,3	91,4	77,4
10 – 16	100	82,5	61,9	84,4	67,5	85,3	71,0
16 – 20	100	76,4	57,7	77,7	62,4	78,6	65,6
20 – 35	100	77,5	61,8	80,9	68,7	83,0	73,1
35 – 50	100	80,2	60,2	83,1	66,7	84,7	70,9
50 – 65	100	77,4	63,7	78,8	69,2	79,6	72,7
65 – 80	100	139,0	102,7	139,6	107,4	139,9	110,2
80 und älter	100	157,7	202,6	158,1	206,5	158,3	208,5
unter 20	100	82,2	62,7	84,5	68,7	85,8	72,4
20 – 65	100	78,4	62,0	80,9	68,2	82,3	72,2
65 und älter	100	144,0	129,3	144,5	133,8	144,8	136,4
Insgesamt	100	92,7	76,0	94,7	81,8	95,8	85,5

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in allen Varianten; danach bis 2060 konstant: untere Variante bei 0, mittlere Variante bei +6 000, obere Variante bei +10 000.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 46 Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen

Landkreis Neuwied

Ergebnisübersicht der Varianten

Alter in Jahren	Basisjahr 2013	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
		2035	2060	2035	2060	2035	2060
Anzahl							
unter 3	4 342	3 506	2 753	3 643	3 038	3 719	3 222
3 – 6	4 454	3 787	2 945	3 924	3 248	4 001	3 435
6 – 10	6 360	5 428	4 153	5 595	4 557	5 688	4 819
10 – 16	11 364	8 909	6 704	9 131	7 300	9 235	7 697
16 – 20	8 366	6 236	4 696	6 354	5 084	6 426	5 363
20 – 35	28 402	21 904	17 328	22 797	19 195	23 351	20 426
35 – 50	36 710	28 390	21 459	29 503	23 855	30 145	25 397
50 – 65	41 222	32 059	25 960	32 757	28 327	33 152	29 844
65 – 80	27 730	37 039	26 910	37 282	28 361	37 417	29 266
80 und älter	10 504	16 100	20 477	16 155	20 999	16 192	21 312
unter 20	34 886	27 866	21 251	28 647	23 227	29 069	24 536
20 – 65	106 334	82 353	64 747	85 057	71 377	86 648	75 667
65 und älter	38 234	53 139	47 387	53 437	49 360	53 609	50 578
Insgesamt	179 454	163 358	133 385	167 141	143 964	169 326	150 781
Anteile in %							
unter 3	2,4	2,1	2,1	2,2	2,1	2,2	2,1
3 – 6	2,5	2,3	2,2	2,3	2,3	2,4	2,3
6 – 10	3,5	3,3	3,1	3,3	3,2	3,4	3,2
10 – 16	6,3	5,5	5,0	5,5	5,1	5,5	5,1
16 – 20	4,7	3,8	3,5	3,8	3,5	3,8	3,6
20 – 35	15,8	13,4	13,0	13,6	13,3	13,8	13,5
35 – 50	20,5	17,4	16,1	17,7	16,6	17,8	16,8
50 – 65	23,0	19,6	19,5	19,6	19,7	19,6	19,8
65 – 80	15,5	22,7	20,2	22,3	19,7	22,1	19,4
80 und älter	5,9	9,9	15,4	9,7	14,6	9,6	14,1
unter 20	19,4	17,1	15,9	17,1	16,1	17,2	16,3
20 – 65	59,3	50,4	48,5	50,9	49,6	51,2	50,2
65 und älter	21,3	32,5	35,5	32,0	34,3	31,7	33,5
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2013=100							
unter 3	100	80,7	63,4	83,9	70,0	85,7	74,2
3 – 6	100	85,0	66,1	88,1	72,9	89,8	77,1
6 – 10	100	85,3	65,3	88,0	71,7	89,4	75,8
10 – 16	100	78,4	59,0	80,4	64,2	81,3	67,7
16 – 20	100	74,5	56,1	76,0	60,8	76,8	64,1
20 – 35	100	77,1	61,0	80,3	67,6	82,2	71,9
35 – 50	100	77,3	58,5	80,4	65,0	82,1	69,2
50 – 65	100	77,8	63,0	79,5	68,7	80,4	72,4
65 – 80	100	133,6	97,0	134,4	102,3	134,9	105,5
80 und älter	100	153,3	194,9	153,8	199,9	154,2	202,9
unter 20	100	79,9	60,9	82,1	66,6	83,3	70,3
20 – 65	100	77,4	60,9	80,0	67,1	81,5	71,2
65 und älter	100	139,0	123,9	139,8	129,1	140,2	132,3
Insgesamt	100	91,0	74,3	93,1	80,2	94,4	84,0

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in allen Varianten; danach bis 2060 konstant: untere Variante bei 0, mittlere Variante bei +6 000, obere Variante bei +10 000.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 47 Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen

Rhein-Hunsrück-Kreis

Ergebnisübersicht der Varianten

Alter in Jahren	Basisjahr 2013	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
		2035	2060	2035	2060	2035	2060
Anzahl							
unter 3	2 269	1 666	1 283	1 763	1 457	1 823	1 572
3 – 6	2 397	1 825	1 390	1 920	1 566	1 974	1 685
6 – 10	3 417	2 630	1 969	2 750	2 205	2 816	2 359
10 – 16	6 323	4 436	3 228	4 574	3 570	4 648	3 800
16 – 20	4 508	3 162	2 281	3 235	2 508	3 279	2 662
20 – 35	16 146	11 395	8 797	12 051	10 001	12 461	10 789
35 – 50	20 978	15 233	11 254	16 146	12 904	16 686	13 974
50 – 65	24 359	17 797	13 637	18 271	15 219	18 515	16 254
65 – 80	15 381	21 324	14 708	21 463	15 698	21 535	16 258
80 und älter	6 076	9 277	11 743	9 305	12 039	9 322	12 201
unter 20	18 914	13 719	10 151	14 242	11 306	14 540	12 078
20 – 65	61 483	44 425	33 688	46 468	38 124	47 662	41 017
65 und älter	21 457	30 601	26 451	30 768	27 737	30 857	28 459
Insgesamt	101 854	88 745	70 290	91 478	77 167	93 059	81 554
Anteile in %							
unter 3	2,2	1,9	1,8	1,9	1,9	2,0	1,9
3 – 6	2,4	2,1	2,0	2,1	2,0	2,1	2,1
6 – 10	3,4	3,0	2,8	3,0	2,9	3,0	2,9
10 – 16	6,2	5,0	4,6	5,0	4,6	5,0	4,7
16 – 20	4,4	3,6	3,2	3,5	3,3	3,5	3,3
20 – 35	15,9	12,8	12,5	13,2	13,0	13,4	13,2
35 – 50	20,6	17,2	16,0	17,7	16,7	17,9	17,1
50 – 65	23,9	20,1	19,4	20,0	19,7	19,9	19,9
65 – 80	15,1	24,0	20,9	23,5	20,3	23,1	19,9
80 und älter	6,0	10,5	16,7	10,2	15,6	10,0	15,0
unter 20	18,6	15,5	14,4	15,6	14,7	15,6	14,8
20 – 65	60,4	50,1	47,9	50,8	49,4	51,2	50,3
65 und älter	21,1	34,5	37,6	33,6	35,9	33,2	34,9
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2013=100							
unter 3	100	73,4	56,5	77,7	64,2	80,3	69,3
3 – 6	100	76,1	58,0	80,1	65,3	82,4	70,3
6 – 10	100	77,0	57,6	80,5	64,5	82,4	69,0
10 – 16	100	70,2	51,1	72,3	56,5	73,5	60,1
16 – 20	100	70,1	50,6	71,8	55,6	72,7	59,1
20 – 35	100	70,6	54,5	74,6	61,9	77,2	66,8
35 – 50	100	72,6	53,6	77,0	61,5	79,5	66,6
50 – 65	100	73,1	56,0	75,0	62,5	76,0	66,7
65 – 80	100	138,6	95,6	139,5	102,1	140,0	105,7
80 und älter	100	152,7	193,3	153,1	198,1	153,4	200,8
unter 20	100	72,5	53,7	75,3	59,8	76,9	63,9
20 – 65	100	72,3	54,8	75,6	62,0	77,5	66,7
65 und älter	100	142,6	123,3	143,4	129,3	143,8	132,6
Insgesamt	100	87,1	69,0	89,8	75,8	91,4	80,1

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in allen Varianten; danach bis 2060 konstant: untere Variante bei 0, mittlere Variante bei +6 000, obere Variante bei +10 000.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 48 Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen

Rhein-Lahn-Kreis

Ergebnisübersicht der Varianten

Alter in Jahren	Basisjahr 2013	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
		2035	2060	2035	2060	2035	2060
Anzahl							
unter 3	2 629	2 083	1 632	2 169	1 812	2 219	1 930
3 – 6	2 851	2 248	1 749	2 335	1 937	2 387	2 057
6 – 10	3 939	3 209	2 465	3 320	2 720	3 386	2 880
10 – 16	6 951	5 242	3 956	5 389	4 336	5 467	4 579
16 – 20	5 298	3 719	2 801	3 795	3 054	3 852	3 217
20 – 35	18 923	14 133	11 131	14 745	12 388	15 123	13 208
35 – 50	24 980	18 988	14 378	19 713	15 982	20 136	17 045
50 – 65	28 751	21 708	17 391	22 159	18 959	22 425	19 957
65 – 80	19 968	25 319	18 233	25 475	19 219	25 567	19 809
80 und älter	7 085	10 810	13 121	10 843	13 447	10 861	13 642
unter 20	21 668	16 501	12 603	17 008	13 859	17 311	14 663
20 – 65	72 654	54 829	42 900	56 617	47 329	57 684	50 210
65 und älter	27 053	36 129	31 354	36 318	32 666	36 428	33 451
Insgesamt	121 375	107 459	86 857	109 943	93 854	111 423	98 324
Anteile in %							
unter 3	2,2	1,9	1,9	2,0	1,9	2,0	2,0
3 – 6	2,3	2,1	2,0	2,1	2,1	2,1	2,1
6 – 10	3,2	3,0	2,8	3,0	2,9	3,0	2,9
10 – 16	5,7	4,9	4,6	4,9	4,6	4,9	4,7
16 – 20	4,4	3,5	3,2	3,5	3,3	3,5	3,3
20 – 35	15,6	13,2	12,8	13,4	13,2	13,6	13,4
35 – 50	20,6	17,7	16,6	17,9	17,0	18,1	17,3
50 – 65	23,7	20,2	20,0	20,2	20,2	20,1	20,3
65 – 80	16,5	23,6	21,0	23,2	20,5	22,9	20,1
80 und älter	5,8	10,1	15,1	9,9	14,3	9,7	13,9
unter 20	17,9	15,4	14,5	15,5	14,8	15,5	14,9
20 – 65	59,9	51,0	49,4	51,5	50,4	51,8	51,1
65 und älter	22,3	33,6	36,1	33,0	34,8	32,7	34,0
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2013=100							
unter 3	100	79,2	62,1	82,5	68,9	84,4	73,4
3 – 6	100	78,8	61,3	81,9	67,9	83,7	72,2
6 – 10	100	81,5	62,6	84,3	69,1	86,0	73,1
10 – 16	100	75,4	56,9	77,5	62,4	78,7	65,9
16 – 20	100	70,2	52,9	71,6	57,6	72,7	60,7
20 – 35	100	74,7	58,8	77,9	65,5	79,9	69,8
35 – 50	100	76,0	57,6	78,9	64,0	80,6	68,2
50 – 65	100	75,5	60,5	77,1	65,9	78,0	69,4
65 – 80	100	126,8	91,3	127,6	96,2	128,0	99,2
80 und älter	100	152,6	185,2	153,0	189,8	153,3	192,5
unter 20	100	76,2	58,2	78,5	64,0	79,9	67,7
20 – 65	100	75,5	59,0	77,9	65,1	79,4	69,1
65 und älter	100	133,5	115,9	134,2	120,7	134,7	123,6
Insgesamt	100	88,5	71,6	90,6	77,3	91,8	81,0

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in allen Varianten; danach bis 2060 konstant: untere Variante bei 0, mittlere Variante bei +6 000, obere Variante bei +10 000.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 49 Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen

Rhein-Pfalz-Kreis

Ergebnisübersicht der Varianten

Alter in Jahren	Basisjahr 2013	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
		2035	2060	2035	2060	2035	2060
Anzahl							
unter 3	3 595	3 157	2 588	3 307	2 893	3 398	3 091
3 – 6	3 683	3 493	2 837	3 642	3 164	3 735	3 374
6 – 10	4 967	5 016	4 015	5 200	4 456	5 315	4 738
10 – 16	8 572	8 159	6 418	8 399	7 055	8 533	7 481
16 – 20	6 329	5 622	4 417	5 745	4 846	5 813	5 115
20 – 35	22 823	18 937	15 625	19 972	17 610	20 625	18 905
35 – 50	31 576	26 613	20 775	28 057	23 584	28 915	25 395
50 – 65	35 333	29 541	24 368	30 492	27 207	31 004	29 017
65 – 80	23 908	32 902	25 422	33 146	27 156	33 263	28 218
80 und älter	8 282	14 423	19 685	14 457	20 232	14 485	20 531
unter 20	27 146	25 447	20 275	26 293	22 414	26 794	23 799
20 – 65	89 732	75 091	60 768	78 521	68 401	80 544	73 317
65 und älter	32 190	47 325	45 107	47 603	47 388	47 748	48 749
Insgesamt	149 068	147 863	126 150	152 417	138 203	155 086	145 865
Anteile in %							
unter 3	2,4	2,1	2,1	2,2	2,1	2,2	2,1
3 – 6	2,5	2,4	2,2	2,4	2,3	2,4	2,3
6 – 10	3,3	3,4	3,2	3,4	3,2	3,4	3,2
10 – 16	5,8	5,5	5,1	5,5	5,1	5,5	5,1
16 – 20	4,2	3,8	3,5	3,8	3,5	3,7	3,5
20 – 35	15,3	12,8	12,4	13,1	12,7	13,3	13,0
35 – 50	21,2	18,0	16,5	18,4	17,1	18,6	17,4
50 – 65	23,7	20,0	19,3	20,0	19,7	20,0	19,9
65 – 80	16,0	22,3	20,2	21,7	19,6	21,4	19,3
80 und älter	5,6	9,8	15,6	9,5	14,6	9,3	14,1
unter 20	18,2	17,2	16,1	17,3	16,2	17,3	16,3
20 – 65	60,2	50,8	48,2	51,5	49,5	51,9	50,3
65 und älter	21,6	32,0	35,8	31,2	34,3	30,8	33,4
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2013=100							
unter 3	100	87,8	72,0	92,0	80,5	94,5	86,0
3 – 6	100	94,8	77,0	98,9	85,9	101,4	91,6
6 – 10	100	101,0	80,8	104,7	89,7	107,0	95,4
10 – 16	100	95,2	74,9	98,0	82,3	99,5	87,3
16 – 20	100	88,8	69,8	90,8	76,6	91,8	80,8
20 – 35	100	83,0	68,5	87,5	77,2	90,4	82,8
35 – 50	100	84,3	65,8	88,9	74,7	91,6	80,4
50 – 65	100	83,6	69,0	86,3	77,0	87,7	82,1
65 – 80	100	137,6	106,3	138,6	113,6	139,1	118,0
80 und älter	100	174,1	237,7	174,6	244,3	174,9	247,9
unter 20	100	93,7	74,7	96,9	82,6	98,7	87,7
20 – 65	100	83,7	67,7	87,5	76,2	89,8	81,7
65 und älter	100	147,0	140,1	147,9	147,2	148,3	151,4
Insgesamt	100	99,2	84,6	102,2	92,7	104,0	97,9

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in allen Varianten; danach bis 2060 konstant: untere Variante bei 0, mittlere Variante bei +6 000, obere Variante bei +10 000.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 50 Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen

Landkreis Südliche Weinstraße

Ergebnisübersicht der Varianten

Alter in Jahren	Basisjahr 2013	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
		2035	2060	2035	2060	2035	2060
Anzahl							
unter 3	2 499	2 136	1 716	2 232	1 912	2 293	2 040
3 – 6	2 576	2 348	1 866	2 447	2 072	2 508	2 207
6 – 10	3 616	3 379	2 631	3 503	2 912	3 577	3 091
10 – 16	6 334	5 482	4 177	5 629	4 601	5 712	4 853
16 – 20	4 831	3 783	2 922	3 871	3 201	3 917	3 367
20 – 35	16 660	13 312	10 807	13 968	12 128	14 362	12 963
35 – 50	22 948	18 388	14 060	19 220	15 797	19 713	16 921
50 – 65	26 416	20 836	17 206	21 397	19 000	21 716	20 148
65 – 80	17 104	25 162	18 553	25 367	19 710	25 469	20 460
80 und älter	6 042	10 248	13 347	10 272	13 716	10 284	13 939
unter 20	19 856	17 128	13 312	17 682	14 698	18 007	15 558
20 – 65	66 024	52 536	42 073	54 585	46 925	55 791	50 032
65 und älter	23 146	35 410	31 900	35 639	33 426	35 753	34 399
Insgesamt	109 026	105 074	87 285	107 906	95 049	109 551	99 989
Anteile in %							
unter 3	2,3	2,0	2,0	2,1	2,0	2,1	2,0
3 – 6	2,4	2,2	2,1	2,3	2,2	2,3	2,2
6 – 10	3,3	3,2	3,0	3,2	3,1	3,3	3,1
10 – 16	5,8	5,2	4,8	5,2	4,8	5,2	4,9
16 – 20	4,4	3,6	3,3	3,6	3,4	3,6	3,4
20 – 35	15,3	12,7	12,4	12,9	12,8	13,1	13,0
35 – 50	21,0	17,5	16,1	17,8	16,6	18,0	16,9
50 – 65	24,2	19,8	19,7	19,8	20,0	19,8	20,2
65 – 80	15,7	23,9	21,3	23,5	20,7	23,2	20,5
80 und älter	5,5	9,8	15,3	9,5	14,4	9,4	13,9
unter 20	18,2	16,3	15,3	16,4	15,5	16,4	15,6
20 – 65	60,6	50,0	48,2	50,6	49,4	50,9	50,0
65 und älter	21,2	33,7	36,5	33,0	35,2	32,6	34,4
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2013=100							
unter 3	100	85,5	68,7	89,3	76,5	91,8	81,6
3 – 6	100	91,1	72,4	95,0	80,4	97,4	85,7
6 – 10	100	93,4	72,8	96,9	80,5	98,9	85,5
10 – 16	100	86,5	65,9	88,9	72,6	90,2	76,6
16 – 20	100	78,3	60,5	80,1	66,3	81,1	69,7
20 – 35	100	79,9	64,9	83,8	72,8	86,2	77,8
35 – 50	100	80,1	61,3	83,8	68,8	85,9	73,7
50 – 65	100	78,9	65,1	81,0	71,9	82,2	76,3
65 – 80	100	147,1	108,5	148,3	115,2	148,9	119,6
80 und älter	100	169,6	220,9	170,0	227,0	170,2	230,7
unter 20	100	86,3	67,0	89,1	74,0	90,7	78,4
20 – 65	100	79,6	63,7	82,7	71,1	84,5	75,8
65 und älter	100	153,0	137,8	154,0	144,4	154,5	148,6
Insgesamt	100	96,4	80,1	99,0	87,2	100,5	91,7

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in allen Varianten; danach bis 2060 konstant: untere Variante bei 0, mittlere Variante bei +6 000, obere Variante bei +10 000.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 51 Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen

Landkreis Südwestpfalz

Ergebnisübersicht der Varianten

Alter in Jahren	Basisjahr 2013	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
		2035	2060	2035	2060	2035	2060
Anzahl							
unter 3	1 938	1 472	1 141	1 525	1 258	1 557	1 337
3 – 6	1 951	1 616	1 240	1 674	1 364	1 703	1 443
6 – 10	2 858	2 354	1 769	2 431	1 937	2 464	2 055
10 – 16	5 318	3 953	2 894	4 056	3 148	4 096	3 333
16 – 20	4 117	2 780	2 024	2 824	2 200	2 852	2 315
20 – 35	14 430	10 070	7 858	10 435	8 683	10 655	9 208
35 – 50	19 488	13 956	10 210	14 420	11 318	14 698	12 024
50 – 65	24 256	15 922	12 541	16 230	13 650	16 410	14 325
65 – 80	16 234	21 386	13 792	21 492	14 496	21 546	14 914
80 und älter	6 009	9 003	10 575	9 018	10 787	9 028	10 915
unter 20	16 182	12 175	9 068	12 510	9 907	12 672	10 483
20 – 65	58 174	39 948	30 609	41 085	33 651	41 763	35 557
65 und älter	22 243	30 389	24 367	30 510	25 283	30 574	25 829
Insgesamt	96 599	82 512	64 044	84 105	68 841	85 009	71 869
Anteile in %							
unter 3	2,0	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	1,9
3 – 6	2,0	2,0	1,9	2,0	2,0	2,0	2,0
6 – 10	3,0	2,9	2,8	2,9	2,8	2,9	2,9
10 – 16	5,5	4,8	4,5	4,8	4,6	4,8	4,6
16 – 20	4,3	3,4	3,2	3,4	3,2	3,4	3,2
20 – 35	14,9	12,2	12,3	12,4	12,6	12,5	12,8
35 – 50	20,2	16,9	15,9	17,1	16,4	17,3	16,7
50 – 65	25,1	19,3	19,6	19,3	19,8	19,3	19,9
65 – 80	16,8	25,9	21,5	25,6	21,1	25,3	20,8
80 und älter	6,2	10,9	16,5	10,7	15,7	10,6	15,2
unter 20	16,8	14,8	14,2	14,9	14,4	14,9	14,6
20 – 65	60,2	48,4	47,8	48,8	48,9	49,1	49,5
65 und älter	23,0	36,8	38,0	36,3	36,7	36,0	35,9
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2013=100							
unter 3	100	76,0	58,9	78,7	64,9	80,3	69,0
3 – 6	100	82,8	63,6	85,8	69,9	87,3	74,0
6 – 10	100	82,4	61,9	85,1	67,8	86,2	71,9
10 – 16	100	74,3	54,4	76,3	59,2	77,0	62,7
16 – 20	100	67,5	49,2	68,6	53,4	69,3	56,2
20 – 35	100	69,8	54,5	72,3	60,2	73,8	63,8
35 – 50	100	71,6	52,4	74,0	58,1	75,4	61,7
50 – 65	100	65,6	51,7	66,9	56,3	67,7	59,1
65 – 80	100	131,7	85,0	132,4	89,3	132,7	91,9
80 und älter	100	149,8	176,0	150,1	179,5	150,2	181,6
unter 20	100	75,2	56,0	77,3	61,2	78,3	64,8
20 – 65	100	68,7	52,6	70,6	57,8	71,8	61,1
65 und älter	100	136,6	109,5	137,2	113,7	137,5	116,1
Insgesamt	100	85,4	66,3	87,1	71,3	88,0	74,4

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in allen Varianten; danach bis 2060 konstant: untere Variante bei 0, mittlere Variante bei +6 000, obere Variante bei +10 000.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 52 Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen

Landkreis Trier-Saarburg

Ergebnisübersicht der Varianten

Alter in Jahren	Basisjahr 2013	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
		2035	2060	2035	2060	2035	2060
Anzahl							
unter 3	3 560	3 050	2 409	3 243	2 763	3 362	2 995
3 – 6	3 965	3 288	2 573	3 490	2 947	3 615	3 194
6 – 10	5 166	4 669	3 588	4 921	4 100	5 072	4 423
10 – 16	8 756	7 659	5 783	7 986	6 549	8 175	7 028
16 – 20	6 492	5 375	4 054	5 564	4 565	5 666	4 897
20 – 35	23 141	18 759	14 891	19 912	17 096	20 621	18 520
35 – 50	32 035	26 491	20 124	28 057	23 160	28 983	25 124
50 – 65	33 514	29 099	23 503	30 026	26 495	30 549	28 414
65 – 80	19 937	30 969	24 302	31 260	26 113	31 414	27 254
80 und älter	7 771	12 596	18 057	12 633	18 636	12 652	18 968
unter 20	27 939	24 041	18 407	25 204	20 924	25 890	22 537
20 – 65	88 690	74 349	58 518	77 995	66 751	80 153	72 058
65 und älter	27 708	43 565	42 359	43 893	44 749	44 066	46 222
Insgesamt	144 337	141 955	119 284	147 092	132 424	150 109	140 817
Anteile in %							
unter 3	2,5	2,1	2,0	2,2	2,1	2,2	2,1
3 – 6	2,7	2,3	2,2	2,4	2,2	2,4	2,3
6 – 10	3,6	3,3	3,0	3,3	3,1	3,4	3,1
10 – 16	6,1	5,4	4,8	5,4	4,9	5,4	5,0
16 – 20	4,5	3,8	3,4	3,8	3,4	3,8	3,5
20 – 35	16,0	13,2	12,5	13,5	12,9	13,7	13,2
35 – 50	22,2	18,7	16,9	19,1	17,5	19,3	17,8
50 – 65	23,2	20,5	19,7	20,4	20,0	20,4	20,2
65 – 80	13,8	21,8	20,4	21,3	19,7	20,9	19,4
80 und älter	5,4	8,9	15,1	8,6	14,1	8,4	13,5
unter 20	19,4	16,9	15,4	17,1	15,8	17,2	16,0
20 – 65	61,4	52,4	49,1	53,0	50,4	53,4	51,2
65 und älter	19,2	30,7	35,5	29,8	33,8	29,4	32,8
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2013=100							
unter 3	100	85,7	67,7	91,1	77,6	94,4	84,1
3 – 6	100	82,9	64,9	88,0	74,3	91,2	80,6
6 – 10	100	90,4	69,5	95,3	79,4	98,2	85,6
10 – 16	100	87,5	66,0	91,2	74,8	93,4	80,3
16 – 20	100	82,8	62,4	85,7	70,3	87,3	75,4
20 – 35	100	81,1	64,3	86,0	73,9	89,1	80,0
35 – 50	100	82,7	62,8	87,6	72,3	90,5	78,4
50 – 65	100	86,8	70,1	89,6	79,1	91,2	84,8
65 – 80	100	155,3	121,9	156,8	131,0	157,6	136,7
80 und älter	100	162,1	232,4	162,6	239,8	162,8	244,1
unter 20	100	86,0	65,9	90,2	74,9	92,7	80,7
20 – 65	100	83,8	66,0	87,9	75,3	90,4	81,2
65 und älter	100	157,2	152,9	158,4	161,5	159,0	166,8
Insgesamt	100	98,3	82,6	101,9	91,7	104,0	97,6

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in allen Varianten; danach bis 2060 konstant: untere Variante bei 0, mittlere Variante bei +6 000, obere Variante bei +10 000.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 53 Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen

Landkreis Vulkaneifel

Ergebnisübersicht der Varianten

Alter in Jahren	Basisjahr 2013	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
		2035	2060	2035	2060	2035	2060
Anzahl							
unter 3	1 328	999	766	1 044	859	1 070	919
3 – 6	1 366	1 083	824	1 136	918	1 160	984
6 – 10	2 030	1 560	1 164	1 628	1 291	1 660	1 382
10 – 16	3 701	2 602	1 897	2 674	2 094	2 724	2 225
16 – 20	2 822	1 860	1 344	1 899	1 490	1 916	1 575
20 – 35	9 295	6 599	5 076	6 884	5 708	7 061	6 122
35 – 50	11 878	8 750	6 447	9 131	7 233	9 349	7 721
50 – 65	14 429	10 353	8 125	10 621	8 972	10 786	9 524
65 – 80	9 959	13 074	9 006	13 207	9 591	13 293	9 998
80 und älter	3 957	5 669	6 886	5 693	7 101	5 697	7 244
unter 20	11 247	8 104	5 995	8 381	6 652	8 530	7 085
20 – 65	35 602	25 702	19 648	26 636	21 913	27 196	23 367
65 und älter	13 916	18 743	15 892	18 900	16 692	18 990	17 242
Insgesamt	60 765	52 549	41 535	53 917	45 257	54 716	47 694
Anteile in %							
unter 3	2,2	1,9	1,8	1,9	1,9	2,0	1,9
3 – 6	2,2	2,1	2,0	2,1	2,0	2,1	2,1
6 – 10	3,3	3,0	2,8	3,0	2,9	3,0	2,9
10 – 16	6,1	5,0	4,6	5,0	4,6	5,0	4,7
16 – 20	4,6	3,5	3,2	3,5	3,3	3,5	3,3
20 – 35	15,3	12,6	12,2	12,8	12,6	12,9	12,8
35 – 50	19,5	16,7	15,5	16,9	16,0	17,1	16,2
50 – 65	23,7	19,7	19,6	19,7	19,8	19,7	20,0
65 – 80	16,4	24,9	21,7	24,5	21,2	24,3	21,0
80 und älter	6,5	10,8	16,6	10,6	15,7	10,4	15,2
unter 20	18,5	15,4	14,4	15,5	14,7	15,6	14,9
20 – 65	58,6	48,9	47,3	49,4	48,4	49,7	49,0
65 und älter	22,9	35,7	38,3	35,1	36,9	34,7	36,2
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2013=100							
unter 3	100	75,2	57,7	78,6	64,7	80,6	69,2
3 – 6	100	79,3	60,3	83,2	67,2	84,9	72,0
6 – 10	100	76,8	57,3	80,2	63,6	81,8	68,1
10 – 16	100	70,3	51,3	72,3	56,6	73,6	60,1
16 – 20	100	65,9	47,6	67,3	52,8	67,9	55,8
20 – 35	100	71,0	54,6	74,1	61,4	76,0	65,9
35 – 50	100	73,7	54,3	76,9	60,9	78,7	65,0
50 – 65	100	71,8	56,3	73,6	62,2	74,8	66,0
65 – 80	100	131,3	90,4	132,6	96,3	133,5	100,4
80 und älter	100	143,3	174,0	143,9	179,5	144,0	183,1
unter 20	100	72,1	53,3	74,5	59,1	75,8	63,0
20 – 65	100	72,2	55,2	74,8	61,5	76,4	65,6
65 und älter	100	134,7	114,2	135,8	119,9	136,5	123,9
Insgesamt	100	86,5	68,4	88,7	74,5	90,0	78,5

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in allen Varianten; danach bis 2060 konstant: untere Variante bei 0, mittlere Variante bei +6 000, obere Variante bei +10 000.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 54 Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen

Westerwaldkreis

Ergebnisübersicht der Varianten

Alter in Jahren	Basisjahr 2013	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
		2035	2060	2035	2060	2035	2060
Anzahl							
unter 3	4 721	3 694	2 869	3 836	3 169	3 922	3 363
3 – 6	5 113	4 021	3 095	4 169	3 412	4 254	3 617
6 – 10	7 142	5 773	4 383	5 965	4 815	6 062	5 089
10 – 16	12 616	9 511	7 092	9 742	7 738	9 865	8 136
16 – 20	9 167	6 652	4 968	6 789	5 393	6 866	5 652
20 – 35	32 423	24 344	19 006	25 359	21 103	25 999	22 447
35 – 50	42 863	32 143	24 114	33 452	26 870	34 216	28 651
50 – 65	45 390	35 926	28 456	36 743	31 104	37 212	32 806
65 – 80	28 811	40 847	29 319	41 091	30 891	41 207	31 862
80 und älter	10 458	16 614	22 148	16 668	22 647	16 691	22 946
unter 20	38 759	29 651	22 407	30 501	24 527	30 969	25 857
20 – 65	120 676	92 413	71 576	95 554	79 077	97 427	83 904
65 und älter	39 269	57 461	51 467	57 759	53 538	57 898	54 808
Insgesamt	198 704	179 525	145 450	183 814	157 142	186 294	164 569
Anteile in %							
unter 3	2,4	2,1	2,0	2,1	2,0	2,1	2,0
3 – 6	2,6	2,2	2,1	2,3	2,2	2,3	2,2
6 – 10	3,6	3,2	3,0	3,2	3,1	3,3	3,1
10 – 16	6,3	5,3	4,9	5,3	4,9	5,3	4,9
16 – 20	4,6	3,7	3,4	3,7	3,4	3,7	3,4
20 – 35	16,3	13,6	13,1	13,8	13,4	14,0	13,6
35 – 50	21,6	17,9	16,6	18,2	17,1	18,4	17,4
50 – 65	22,8	20,0	19,6	20,0	19,8	20,0	19,9
65 – 80	14,5	22,8	20,2	22,4	19,7	22,1	19,4
80 und älter	5,3	9,3	15,2	9,1	14,4	9,0	13,9
unter 20	19,5	16,5	15,4	16,6	15,6	16,6	15,7
20 – 65	60,7	51,5	49,2	52,0	50,3	52,3	51,0
65 und älter	19,8	32,0	35,4	31,4	34,1	31,1	33,3
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2013=100							
unter 3	100	78,2	60,8	81,3	67,1	83,1	71,2
3 – 6	100	78,6	60,5	81,5	66,7	83,2	70,7
6 – 10	100	80,8	61,4	83,5	67,4	84,9	71,3
10 – 16	100	75,4	56,2	77,2	61,3	78,2	64,5
16 – 20	100	72,6	54,2	74,1	58,8	74,9	61,7
20 – 35	100	75,1	58,6	78,2	65,1	80,2	69,2
35 – 50	100	75,0	56,3	78,0	62,7	79,8	66,8
50 – 65	100	79,1	62,7	80,9	68,5	82,0	72,3
65 – 80	100	141,8	101,8	142,6	107,2	143,0	110,6
80 und älter	100	158,9	211,8	159,4	216,6	159,6	219,4
unter 20	100	76,5	57,8	78,7	63,3	79,9	66,7
20 – 65	100	76,6	59,3	79,2	65,5	80,7	69,5
65 und älter	100	146,3	131,1	147,1	136,3	147,4	139,6
Insgesamt	100	90,3	73,2	92,5	79,1	93,8	82,8

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in allen Varianten; danach bis 2060 konstant: untere Variante bei 0, mittlere Variante bei +6 000, obere Variante bei +10 000.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 55 Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen

Kreisfreie Städte

Ergebnisübersicht der Varianten

Alter in Jahren	Basisjahr 2013	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
		2035	2060	2035	2060	2035	2060
Anzahl							
unter 3	26 873	24 291	19 479	25 670	22 064	26 512	23 729
3 – 6	25 841	24 043	19 153	25 364	21 668	26 157	23 278
6 – 10	33 431	32 534	25 596	34 196	28 866	35 150	30 953
10 – 16	52 289	50 584	39 152	52 750	43 938	53 967	46 954
16 – 20	40 537	36 297	28 199	37 650	31 545	38 443	33 663
20 – 35	232 334	192 117	154 965	204 324	176 927	211 957	191 182
35 – 50	204 894	182 000	140 813	192 842	160 930	199 341	173 954
50 – 65	207 575	182 867	150 628	189 489	169 009	193 301	180 862
65 – 80	147 137	185 231	150 430	187 211	161 596	188 194	168 539
80 und älter	57 691	83 022	109 818	83 344	113 436	83 512	115 514
unter 20	178 971	167 749	131 579	175 630	148 081	180 229	158 577
20 – 65	644 803	556 984	446 406	586 655	506 866	604 599	545 998
65 und älter	204 828	268 253	260 248	270 555	275 032	271 706	284 053
Insgesamt	1 028 602	992 986	838 233	1 032 840	929 979	1 056 534	988 628
Anteile in %							
unter 3	2,6	2,4	2,3	2,5	2,4	2,5	2,4
3 – 6	2,5	2,4	2,3	2,5	2,3	2,5	2,4
6 – 10	3,3	3,3	3,1	3,3	3,1	3,3	3,1
10 – 16	5,1	5,1	4,7	5,1	4,7	5,1	4,7
16 – 20	3,9	3,7	3,4	3,6	3,4	3,6	3,4
20 – 35	22,6	19,3	18,5	19,8	19,0	20,1	19,3
35 – 50	19,9	18,3	16,8	18,7	17,3	18,9	17,6
50 – 65	20,2	18,4	18,0	18,3	18,2	18,3	18,3
65 – 80	14,3	18,7	17,9	18,1	17,4	17,8	17,0
80 und älter	5,6	8,4	13,1	8,1	12,2	7,9	11,7
unter 20	17,4	16,9	15,7	17,0	15,9	17,1	16,0
20 – 65	62,7	56,1	53,3	56,8	54,5	57,2	55,2
65 und älter	19,9	27,0	31,0	26,2	29,6	25,7	28,7
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2013=100							
unter 3	100	90,4	72,5	95,5	82,1	98,7	88,3
3 – 6	100	93,0	74,1	98,2	83,9	101,2	90,1
6 – 10	100	97,3	76,6	102,3	86,3	105,1	92,6
10 – 16	100	96,7	74,9	100,9	84,0	103,2	89,8
16 – 20	100	89,5	69,6	92,9	77,8	94,8	83,0
20 – 35	100	82,7	66,7	87,9	76,2	91,2	82,3
35 – 50	100	88,8	68,7	94,1	78,5	97,3	84,9
50 – 65	100	88,1	72,6	91,3	81,4	93,1	87,1
65 – 80	100	125,9	102,2	127,2	109,8	127,9	114,5
80 und älter	100	143,9	190,4	144,5	196,6	144,8	200,2
unter 20	100	93,7	73,5	98,1	82,7	100,7	88,6
20 – 65	100	86,4	69,2	91,0	78,6	93,8	84,7
65 und älter	100	131,0	127,1	132,1	134,3	132,7	138,7
Insgesamt	100	96,5	81,5	100,4	90,4	102,7	96,1

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in allen Varianten; danach bis 2060 konstant: untere Variante bei 0, mittlere Variante bei +6 000, obere Variante bei +10 000.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 56 Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen

Landkreise Ergebnisübersicht der Varianten

Alter in Jahren	Basisjahr 2013	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
		2035	2060	2035	2060	2035	2060
Anzahl							
unter 3	69 160	55 889	44 075	58 512	49 322	60 099	52 728
3 – 6	72 787	60 602	47 381	63 282	52 860	64 881	56 419
6 – 10	101 517	87 006	66 929	90 369	74 324	92 304	79 102
10 – 16	177 985	142 986	107 667	147 194	118 743	149 430	125 829
16 – 20	132 424	100 264	75 447	102 556	82 791	103 874	87 548
20 – 35	470 820	360 830	286 140	378 544	321 280	389 502	344 130
35 – 50	621 167	482 127	364 847	504 668	410 747	517 840	440 352
50 – 65	701 297	544 964	437 344	559 371	483 190	567 457	512 496
65 – 80	451 877	632 509	460 054	637 161	488 561	639 592	506 011
80 und älter	166 730	266 271	346 270	267 113	355 567	267 556	360 931
unter 20	553 873	446 747	341 499	461 913	378 040	470 588	401 626
20 – 65	1 793 284	1 387 921	1 088 331	1 442 583	1 215 217	1 474 799	1 296 978
65 und älter	618 607	898 780	806 324	904 274	844 128	907 148	866 942
Insgesamt	2 965 764	2 733 448	2 236 154	2 808 770	2 437 385	2 852 535	2 565 546
Anteile in %							
unter 3	2,3	2,0	2,0	2,1	2,0	2,1	2,1
3 – 6	2,5	2,2	2,1	2,3	2,2	2,3	2,2
6 – 10	3,4	3,2	3,0	3,2	3,0	3,2	3,1
10 – 16	6,0	5,2	4,8	5,2	4,9	5,2	4,9
16 – 20	4,5	3,7	3,4	3,7	3,4	3,6	3,4
20 – 35	15,9	13,2	12,8	13,5	13,2	13,7	13,4
35 – 50	20,9	17,6	16,3	18,0	16,9	18,2	17,2
50 – 65	23,6	19,9	19,6	19,9	19,8	19,9	20,0
65 – 80	15,2	23,1	20,6	22,7	20,0	22,4	19,7
80 und älter	5,6	9,7	15,5	9,5	14,6	9,4	14,1
unter 20	18,7	16,3	15,3	16,4	15,5	16,5	15,7
20 – 65	60,5	50,8	48,7	51,4	49,9	51,7	50,6
65 und älter	20,9	32,9	36,1	32,2	34,6	31,8	33,8
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2013=100							
unter 3	100	80,8	63,7	84,6	71,3	86,9	76,2
3 – 6	100	83,3	65,1	86,9	72,6	89,1	77,5
6 – 10	100	85,7	65,9	89,0	73,2	90,9	77,9
10 – 16	100	80,3	60,5	82,7	66,7	84,0	70,7
16 – 20	100	75,7	57,0	77,4	62,5	78,4	66,1
20 – 35	100	76,6	60,8	80,4	68,2	82,7	73,1
35 – 50	100	77,6	58,7	81,2	66,1	83,4	70,9
50 – 65	100	77,7	62,4	79,8	68,9	80,9	73,1
65 – 80	100	140,0	101,8	141,0	108,1	141,5	112,0
80 und älter	100	159,7	207,7	160,2	213,3	160,5	216,5
unter 20	100	80,7	61,7	83,4	68,3	85,0	72,5
20 – 65	100	77,4	60,7	80,4	67,8	82,2	72,3
65 und älter	100	145,3	130,3	146,2	136,5	146,6	140,1
Insgesamt	100	92,2	75,4	94,7	82,2	96,2	86,5

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in allen Varianten; danach bis 2060 konstant: untere Variante bei 0, mittlere Variante bei +6 000, obere Variante bei +10 000.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 57 Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen

Region Mittelrhein-Westerwald

Ergebnisübersicht der Varianten

Alter in Jahren	Basisjahr 2013	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
		2035	2060	2035	2060	2035	2060
Anzahl							
unter 3	28 852	23 217	18 167	24 194	20 177	24 778	21 473
3 – 6	29 993	24 776	19 205	25 746	21 265	26 312	22 591
6 – 10	41 812	35 243	26 897	36 436	29 645	37 125	31 397
10 – 16	73 768	57 585	43 109	59 098	47 167	59 881	49 779
16 – 20	55 258	40 481	30 349	41 317	33 026	41 839	34 802
20 – 35	205 245	156 029	122 936	162 993	137 068	167 327	146 238
35 – 50	255 524	197 611	148 725	205 811	166 040	210 606	177 216
50 – 65	284 205	220 082	176 931	225 117	193 694	227 923	204 406
65 – 80	191 887	256 146	185 627	257 850	195 983	258 730	202 303
80 und älter	71 864	110 068	139 925	110 447	143 461	110 662	145 518
unter 20	229 683	181 302	137 727	186 791	151 280	189 935	160 042
20 – 65	744 974	573 722	448 592	593 921	496 802	605 856	527 860
65 und älter	263 751	366 214	325 552	368 297	339 444	369 392	347 821
Insgesamt	1 238 408	1 121 238	911 871	1 149 009	987 526	1 165 183	1 035 723
Anteile in %							
unter 3	2,3	2,1	2,0	2,1	2,0	2,1	2,1
3 – 6	2,4	2,2	2,1	2,2	2,2	2,3	2,2
6 – 10	3,4	3,1	2,9	3,2	3,0	3,2	3,0
10 – 16	6,0	5,1	4,7	5,1	4,8	5,1	4,8
16 – 20	4,5	3,6	3,3	3,6	3,3	3,6	3,4
20 – 35	16,6	13,9	13,5	14,2	13,9	14,4	14,1
35 – 50	20,6	17,6	16,3	17,9	16,8	18,1	17,1
50 – 65	22,9	19,6	19,4	19,6	19,6	19,6	19,7
65 – 80	15,5	22,8	20,4	22,4	19,8	22,2	19,5
80 und älter	5,8	9,8	15,3	9,6	14,5	9,5	14,0
unter 20	18,5	16,2	15,1	16,3	15,3	16,3	15,5
20 – 65	60,2	51,2	49,2	51,7	50,3	52,0	51,0
65 und älter	21,3	32,7	35,7	32,1	34,4	31,7	33,6
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2013=100							
unter 3	100	80,5	63,0	83,9	69,9	85,9	74,4
3 – 6	100	82,6	64,0	85,8	70,9	87,7	75,3
6 – 10	100	84,3	64,3	87,1	70,9	88,8	75,1
10 – 16	100	78,1	58,4	80,1	63,9	81,2	67,5
16 – 20	100	73,3	54,9	74,8	59,8	75,7	63,0
20 – 35	100	76,0	59,9	79,4	66,8	81,5	71,3
35 – 50	100	77,3	58,2	80,5	65,0	82,4	69,4
50 – 65	100	77,4	62,3	79,2	68,2	80,2	71,9
65 – 80	100	133,5	96,7	134,4	102,1	134,8	105,4
80 und älter	100	153,2	194,7	153,7	199,6	154,0	202,5
unter 20	100	78,9	60,0	81,3	65,9	82,7	69,7
20 – 65	100	77,0	60,2	79,7	66,7	81,3	70,9
65 und älter	100	138,8	123,4	139,6	128,7	140,1	131,9
Insgesamt	100	90,5	73,6	92,8	79,7	94,1	83,6

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in allen Varianten; danach bis 2060 konstant: untere Variante bei 0, mittlere Variante bei +6 000, obere Variante bei +10 000.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 58 Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen

Region Rheinhessen-Nahe

Ergebnisübersicht der Varianten

Alter in Jahren	Basisjahr 2013	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
		2035	2060	2035	2060	2035	2060
Anzahl							
unter 3	21 442	18 411	14 700	19 352	16 538	19 923	17 720
3 – 6	21 641	19 223	15 233	20 146	17 078	20 689	18 258
6 – 10	29 189	26 905	21 020	28 029	23 448	28 652	24 990
10 – 16	48 113	42 979	32 942	44 307	36 509	45 027	38 709
16 – 20	35 101	30 151	23 159	30 889	25 518	31 340	27 018
20 – 35	161 690	130 952	105 457	138 161	119 135	142 640	128 065
35 – 50	178 589	147 297	113 708	154 798	128 551	159 200	138 131
50 – 65	187 794	158 035	128 106	162 625	142 150	165 172	151 103
65 – 80	121 496	169 536	131 090	170 880	139 592	171 562	144 720
80 und älter	44 030	72 580	97 456	72 822	100 169	72 940	101 681
unter 20	155 486	137 669	107 054	142 723	119 091	145 631	126 695
20 – 65	528 073	436 284	347 271	455 584	389 836	467 012	417 299
65 und älter	165 526	242 116	228 546	243 702	239 761	244 502	246 401
Insgesamt	849 085	816 069	682 871	842 009	748 688	857 145	790 395
Anteile in %							
unter 3	2,5	2,3	2,2	2,3	2,2	2,3	2,2
3 – 6	2,5	2,4	2,2	2,4	2,3	2,4	2,3
6 – 10	3,4	3,3	3,1	3,3	3,1	3,3	3,2
10 – 16	5,7	5,3	4,8	5,3	4,9	5,3	4,9
16 – 20	4,1	3,7	3,4	3,7	3,4	3,7	3,4
20 – 35	19,0	16,0	15,4	16,4	15,9	16,6	16,2
35 – 50	21,0	18,0	16,7	18,4	17,2	18,6	17,5
50 – 65	22,1	19,4	18,8	19,3	19,0	19,3	19,1
65 – 80	14,3	20,8	19,2	20,3	18,6	20,0	18,3
80 und älter	5,2	8,9	14,3	8,6	13,4	8,5	12,9
unter 20	18,3	16,9	15,7	17,0	15,9	17,0	16,0
20 – 65	62,2	53,5	50,9	54,1	52,1	54,5	52,8
65 und älter	19,5	29,7	33,5	28,9	32,0	28,5	31,2
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2013=100							
unter 3	100	85,9	68,6	90,3	77,1	92,9	82,6
3 – 6	100	88,8	70,4	93,1	78,9	95,6	84,4
6 – 10	100	92,2	72,0	96,0	80,3	98,2	85,6
10 – 16	100	89,3	68,5	92,1	75,9	93,6	80,5
16 – 20	100	85,9	66,0	88,0	72,7	89,3	77,0
20 – 35	100	81,0	65,2	85,4	73,7	88,2	79,2
35 – 50	100	82,5	63,7	86,7	72,0	89,1	77,3
50 – 65	100	84,2	68,2	86,6	75,7	88,0	80,5
65 – 80	100	139,5	107,9	140,6	114,9	141,2	119,1
80 und älter	100	164,8	221,3	165,4	227,5	165,7	230,9
unter 20	100	88,5	68,9	91,8	76,6	93,7	81,5
20 – 65	100	82,6	65,8	86,3	73,8	88,4	79,0
65 und älter	100	146,3	138,1	147,2	144,8	147,7	148,9
Insgesamt	100	96,1	80,4	99,2	88,2	100,9	93,1

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in allen Varianten; danach bis 2060 konstant: untere Variante bei 0, mittlere Variante bei +6 000, obere Variante bei +10 000.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 59 Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen

Region Rhein-Neckar (rheinland-pfälzischer Teil)

Ergebnisübersicht der Varianten

Alter in Jahren	Basisjahr 2013	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
		2035	2060	2035	2060	2035	2060
Anzahl							
unter 3	21 662	19 043	15 428	20 016	17 347	20 609	18 583
3 – 6	22 077	20 119	16 171	21 072	18 123	21 643	19 366
6 – 10	29 834	28 294	22 410	29 484	24 993	30 163	26 638
10 – 16	49 768	45 442	35 314	46 940	39 110	47 719	41 518
16 – 20	37 208	31 784	24 759	32 619	27 307	33 069	28 927
20 – 35	148 561	121 925	99 331	129 004	112 591	133 400	121 154
35 – 50	182 562	152 158	118 044	160 773	134 387	165 914	144 961
50 – 65	197 215	166 982	136 640	172 776	152 927	176 075	163 402
65 – 80	132 792	182 245	140 736	183 914	150 851	184 754	157 107
80 und älter	47 705	78 015	105 489	78 256	108 757	78 393	110 621
unter 20	160 549	144 682	114 082	150 131	126 880	153 203	135 032
20 – 65	528 338	441 065	354 015	462 553	399 905	475 389	429 517
65 und älter	180 497	260 260	246 225	262 170	259 608	263 147	267 728
Insgesamt	869 384	846 007	714 322	874 854	786 393	891 739	832 277
Anteile in %							
unter 3	2,5	2,3	2,2	2,3	2,2	2,3	2,2
3 – 6	2,5	2,4	2,3	2,4	2,3	2,4	2,3
6 – 10	3,4	3,3	3,1	3,4	3,2	3,4	3,2
10 – 16	5,7	5,4	4,9	5,4	5,0	5,4	5,0
16 – 20	4,3	3,8	3,5	3,7	3,5	3,7	3,5
20 – 35	17,1	14,4	13,9	14,7	14,3	15,0	14,6
35 – 50	21,0	18,0	16,5	18,4	17,1	18,6	17,4
50 – 65	22,7	19,7	19,1	19,7	19,4	19,7	19,6
65 – 80	15,3	21,5	19,7	21,0	19,2	20,7	18,9
80 und älter	5,5	9,2	14,8	8,9	13,8	8,8	13,3
unter 20	18,5	17,1	16,0	17,2	16,1	17,2	16,2
20 – 65	60,8	52,1	49,6	52,9	50,9	53,3	51,6
65 und älter	20,8	30,8	34,5	30,0	33,0	29,5	32,2
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2013=100							
unter 3	100	87,9	71,2	92,4	80,1	95,1	85,8
3 – 6	100	91,1	73,2	95,4	82,1	98,0	87,7
6 – 10	100	94,8	75,1	98,8	83,8	101,1	89,3
10 – 16	100	91,3	71,0	94,3	78,6	95,9	83,4
16 – 20	100	85,4	66,5	87,7	73,4	88,9	77,7
20 – 35	100	82,1	66,9	86,8	75,8	89,8	81,6
35 – 50	100	83,3	64,7	88,1	73,6	90,9	79,4
50 – 65	100	84,7	69,3	87,6	77,5	89,3	82,9
65 – 80	100	137,2	106,0	138,5	113,6	139,1	118,3
80 und älter	100	163,5	221,1	164,0	228,0	164,3	231,9
unter 20	100	90,1	71,1	93,5	79,0	95,4	84,1
20 – 65	100	83,5	67,0	87,5	75,7	90,0	81,3
65 und älter	100	144,2	136,4	145,2	143,8	145,8	148,3
Insgesamt	100	97,3	82,2	100,6	90,5	102,6	95,7

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in allen Varianten; danach bis 2060 konstant: untere Variante bei 0, mittlere Variante bei +6 000, obere Variante bei +10 000.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 60 Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen

Region Trier

Ergebnisübersicht der Varianten

Alter in Jahren	Basisjahr 2013	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
		2035	2060	2035	2060	2035	2060
Anzahl							
unter 3	12 361	10 192	7 973	10 873	9 180	11 297	9 964
3 – 6	12 926	10 693	8 297	11 415	9 551	11 866	10 378
6 – 10	17 511	15 142	11 546	16 103	13 267	16 682	14 395
10 – 16	29 547	24 758	18 477	26 070	21 104	26 851	22 807
16 – 20	22 804	17 819	13 270	18 634	15 103	19 090	16 307
20 – 35	97 493	75 453	59 385	80 689	68 675	83 952	74 738
35 – 50	107 358	87 765	66 006	93 401	76 319	96 749	82 937
50 – 65	116 062	97 057	77 503	100 555	87 721	102 577	94 289
65 – 80	73 215	106 043	81 218	107 241	87 716	107 871	91 806
80 und älter	29 859	43 551	59 216	43 723	61 290	43 795	62 499
unter 20	95 149	78 604	59 563	83 095	68 205	85 786	73 851
20 – 65	320 913	260 275	202 894	274 645	232 715	283 278	251 964
65 und älter	103 074	149 594	140 434	150 964	149 006	151 666	154 305
Insgesamt	519 136	488 473	402 891	508 704	449 926	520 730	480 120
Anteile in %							
unter 3	2,4	2,1	2,0	2,1	2,0	2,2	2,1
3 – 6	2,5	2,2	2,1	2,2	2,1	2,3	2,2
6 – 10	3,4	3,1	2,9	3,2	2,9	3,2	3,0
10 – 16	5,7	5,1	4,6	5,1	4,7	5,2	4,8
16 – 20	4,4	3,6	3,3	3,7	3,4	3,7	3,4
20 – 35	18,8	15,4	14,7	15,9	15,3	16,1	15,6
35 – 50	20,7	18,0	16,4	18,4	17,0	18,6	17,3
50 – 65	22,4	19,9	19,2	19,8	19,5	19,7	19,6
65 – 80	14,1	21,7	20,2	21,1	19,5	20,7	19,1
80 und älter	5,8	8,9	14,7	8,6	13,6	8,4	13,0
unter 20	18,3	16,1	14,8	16,3	15,2	16,5	15,4
20 – 65	61,8	53,3	50,4	54,0	51,7	54,4	52,5
65 und älter	19,9	30,6	34,9	29,7	33,1	29,1	32,1
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2013=100							
unter 3	100	82,5	64,5	88,0	74,3	91,4	80,6
3 – 6	100	82,7	64,2	88,3	73,9	91,8	80,3
6 – 10	100	86,5	65,9	92,0	75,8	95,3	82,2
10 – 16	100	83,8	62,5	88,2	71,4	90,9	77,2
16 – 20	100	78,1	58,2	81,7	66,2	83,7	71,5
20 – 35	100	77,4	60,9	82,8	70,4	86,1	76,7
35 – 50	100	81,7	61,5	87,0	71,1	90,1	77,3
50 – 65	100	83,6	66,8	86,6	75,6	88,4	81,2
65 – 80	100	144,8	110,9	146,5	119,8	147,3	125,4
80 und älter	100	145,9	198,3	146,4	205,3	146,7	209,3
unter 20	100	82,6	62,6	87,3	71,7	90,2	77,6
20 – 65	100	81,1	63,2	85,6	72,5	88,3	78,5
65 und älter	100	145,1	136,2	146,5	144,6	147,1	149,7
Insgesamt	100	94,1	77,6	98,0	86,7	100,3	92,5

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in allen Varianten; danach bis 2060 konstant: untere Variante bei 0, mittlere Variante bei +6 000, obere Variante bei +10 000.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

AT 61 Bevölkerung 2013–2060 nach Altersgruppen

Region Westpfalz

Ergebnisübersicht der Varianten

Alter in Jahren	Basisjahr 2013	Untere Variante		Mittlere Variante		Obere Variante	
		2035	2060	2035	2060	2035	2060
Anzahl							
unter 3	11 716	9 317	7 286	9 747	8 144	10 004	8 717
3 – 6	11 991	9 834	7 628	10 267	8 511	10 528	9 104
6 – 10	16 602	13 956	10 652	14 513	11 837	14 832	12 635
10 – 16	29 078	22 806	16 977	23 529	18 791	23 919	19 970
16 – 20	22 590	16 326	12 109	16 747	13 382	16 979	14 157
20 – 35	90 165	68 588	53 996	72 021	60 738	74 140	65 117
35 – 50	102 028	79 296	59 177	82 727	66 380	84 712	71 061
50 – 65	123 596	85 675	68 792	87 787	75 707	89 011	80 158
65 – 80	79 624	103 770	71 813	104 487	76 015	104 869	78 614
80 und älter	30 963	45 079	54 002	45 209	55 326	45 278	56 126
unter 20	91 977	72 239	54 652	74 803	60 665	76 262	64 583
20 – 65	315 789	233 559	181 965	242 535	202 825	247 863	216 336
65 und älter	110 587	148 849	125 815	149 696	131 341	150 147	134 740
Insgesamt	518 353	454 647	362 432	467 034	394 831	474 272	415 659
Anteile in %							
unter 3	2,3	2,0	2,0	2,1	2,1	2,1	2,1
3 – 6	2,3	2,2	2,1	2,2	2,2	2,2	2,2
6 – 10	3,2	3,1	2,9	3,1	3,0	3,1	3,0
10 – 16	5,6	5,0	4,7	5,0	4,8	5,0	4,8
16 – 20	4,4	3,6	3,3	3,6	3,4	3,6	3,4
20 – 35	17,4	15,1	14,9	15,4	15,4	15,6	15,7
35 – 50	19,7	17,4	16,3	17,7	16,8	17,9	17,1
50 – 65	23,8	18,8	19,0	18,8	19,2	18,8	19,3
65 – 80	15,4	22,8	19,8	22,4	19,3	22,1	18,9
80 und älter	6,0	9,9	14,9	9,7	14,0	9,5	13,5
unter 20	17,7	15,9	15,1	16,0	15,4	16,1	15,5
20 – 65	60,9	51,4	50,2	51,9	51,4	52,3	52,0
65 und älter	21,3	32,7	34,7	32,1	33,3	31,7	32,4
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Messzahl: 2013=100							
unter 3	100	79,5	62,2	83,2	69,5	85,4	74,4
3 – 6	100	82,0	63,6	85,6	71,0	87,8	75,9
6 – 10	100	84,1	64,2	87,4	71,3	89,3	76,1
10 – 16	100	78,4	58,4	80,9	64,6	82,3	68,7
16 – 20	100	72,3	53,6	74,1	59,2	75,2	62,7
20 – 35	100	76,1	59,9	79,9	67,4	82,2	72,2
35 – 50	100	77,7	58,0	81,1	65,1	83,0	69,6
50 – 65	100	69,3	55,7	71,0	61,3	72,0	64,9
65 – 80	100	130,3	90,2	131,2	95,5	131,7	98,7
80 und älter	100	145,6	174,4	146,0	178,7	146,2	181,3
unter 20	100	78,5	59,4	81,3	66,0	82,9	70,2
20 – 65	100	74,0	57,6	76,8	64,2	78,5	68,5
65 und älter	100	134,6	113,8	135,4	118,8	135,8	121,8
Insgesamt	100	87,7	69,9	90,1	76,2	91,5	80,2

Annahmen (bezogen auf Rheinland-Pfalz): Geburtenrate bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Wanderungssaldo 2014 und 2015 bei etwa +24 000; von 2016 bis 2021 Rückgang in allen Varianten; danach bis 2060 konstant: untere Variante bei 0, mittlere Variante bei +6 000, obere Variante bei +10 000.

Gebietsstand: 1. Juli 2014

Glossar



Altenquotient

Der Altenquotient gibt die Zahl der 65-jährigen und älteren Personen bezogen auf 100 Personen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren an. Da die über 65-Jährigen in der Regel nicht mehr erwerbstätig sind, misst diese Kennziffer die „Belastung“ der erwerbsfähigen und in der Regel erwerbstätigen Generation zwischen 20 und 65 Jahren durch die nicht mehr erwerbstätigen Personen.

Altersstruktur

Zusammensetzung einer Bevölkerung nach Altersjahren oder Altersgruppen.

Alterung, demografische

Verschiebung der Altersstruktur zugunsten älterer und zulasten jüngerer Bevölkerungsgruppen, die in einem Anstieg des Medianalters zum Ausdruck kommt.

Bevölkerung

Zur Bevölkerung eines Gebietes zählen alle Personen, die in diesem Gebiet ihre alleinige oder ihre Hauptwohnung (vorwiegend genutzte Wohnung) haben.

Bevölkerungsbewegung, natürliche

Unter natürlicher Bevölkerungsbewegung versteht man die Veränderung von Bestand und Struktur der Bevölkerung eines Gebiets im Zeitablauf durch Lebendgeborene und Gestorbene.

Bevölkerungsbewegung, räumliche (Wanderungen)

Veränderung von Bestand und Struktur der Bevölkerung eines Gebietes im Zeitablauf durch dauerhafte Verlagerungen des Wohnorts von Personen zwischen abgegrenzten Gebietseinheiten. Es ist zu unterscheiden zwischen Abwanderung (Fortzug aus der betrachteten Gebietseinheit) und Zuwanderung (Zuzug in die betrachtete Gebietseinheit). Außerdem ist zu unterscheiden zwischen Binnenwanderung und Außenwanderung. Binnenwanderung findet innerhalb der Grenzen einer größeren Gebietseinheit statt (hier: Wanderung innerhalb von Rheinland-Pfalz). Außenwanderung geht über die Grenzen dieser Gebietseinheit hinaus (hier: Wanderung über die Landesgrenze).

Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter umfasst alle Personen in dem Alter, in dem üblicherweise eine Erwerbstätigkeit ausgeübt oder gesucht wird. Je nach Untersuchungsgegenstand sind unterschiedliche Altersabgrenzungen möglich. Für langfristige Vergleichszwecke wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter häufig mit der Altersgruppe der 20- bis 65-Jährigen gleichgesetzt.

Bevölkerungsprojektion

Vorausberechnung der künftigen Bevölkerungsentwicklung aufgrund von alternativen Annahmen über die Fruchtbarkeit, die Sterblichkeit sowie die Zu- und Fortzüge.

Bevölkerungspyramide

Anschauliche grafische Darstellung der Struktur einer Bevölkerung nach Geschlecht und Alter. Der Bevölkerungspyramide liegen die absoluten (gelegentlich auch relativen) Häufigkeiten der Männer und der Frauen einer jeden Altersgruppe zugrunde. Von der Bevölkerungspyramide können mit einem Blick die für eine Bevölkerung prägenden demografischen Prozesse abgelesen werden.

Demografie

Statistisch fundierte Lehre von der Bevölkerung.

Fertilität

Als Fertilität (Fruchtbarkeit) wird der demografische Prozess der Vermehrung der Bevölkerung bezeichnet.

Fortzugsziffer

Diese Ziffer bezieht die Zahl der jährlichen Fortzüge aus einer abgegrenzten Gebietseinheit auf 1000 Einwohner/-innen dieser Gebietseinheit.

Fruchtbarkeitsziffer, altersspezifische (altersspezifische Geburtenziffer)

Diese Ziffer bezieht die Zahl der Kinder, die von Frauen eines bestimmten Alters innerhalb eines Jahres zur Welt gebracht werden, auf die Gesamtzahl der weiblichen Bevölkerung des gleichen Alters. Üblicherweise wird diese Ziffer mit 1000 multipliziert.

Geburtenrate (zusammengefasste Geburtenziffer)

Zur Berechnung dieser wichtigen demografischen Maßzahl wird zunächst für jedes Altersjahr die Zahl der Lebendgeborenen eines bestimmten Zeitraums auf die (durchschnittliche) Zahl der Frauen dieses Altersjahrs im gleichen Zeitraum bezogen und üblicherweise mit 1000 multipliziert. Die errechneten altersspezifischen Geburtenziffern für alle Frauen im gebärfähigen Alter (15 bis unter 45 Jahre) werden summiert; die Summe heißt Geburtenrate (zusammengefasste Geburtenziffer).

Geburtenrate, allgemeine

Diese Ziffer bezieht die Zahl der Lebendgeborenen in einem bestimmten Zeitraum (meistens ein Jahr) auf die Gesamtbevölkerung (üblicherweise wird die Ziffer mit 1000 multipliziert).

Gesamtquotient

Der Gesamtquotient entspricht der Summe aus dem Jugend- und dem Altenquotienten.

Jugendquotient

Der Jugendquotient gibt die Zahl der unter 20-Jährigen bezogen auf 100 Personen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren an. Da die unter 20-Jährigen häufig noch nicht erwerbstätig sind, misst diese Kennziffer die „Belastung“ der erwerbsfähigen und in der Regel erwerbstätigen Generation zwischen 20 und 65 Jahren durch die noch nicht erwerbstätigen Personen.

Lebenserwartung

Zahl der in einem bestimmten Alter im Durchschnitt noch zu erwartenden Lebensjahre, unter Zugrundelegung der Sterblichkeitsverhältnisse eines zurückliegenden Beobachtungszeitraums. Eine häufig verwendete Kennzahl ist hier die Lebenserwartung bei der Geburt. Darüber hinaus lassen sich auch sogenannte „fernere“ Lebenserwartungen nach Alter und Geschlecht ableiten.

Medianalter

Messziffer zur Beschreibung der Altersstruktur einer Bevölkerung. Die Bevölkerung wird in zwei gleich große Gruppen geteilt; 50 Prozent der Bevölkerung sind jünger und 50 Prozent älter als das Medianalter. Die Zunahme des Medianalters einer Bevölkerung bedeutet, dass sie demografisch altert, eine Abnahme, dass sie sich demografisch verjüngt.

Modellrechnung

Vorausberechnung künftiger Entwicklungen aufgrund von Annahmen über die relevanten Tatbestände (z. B. bei der Bevölkerungsentwicklung die Geburtenrate, die Lebenserwartung und die Wanderungen), ohne dass den Annahmen Eintrittswahrscheinlichkeiten zugeordnet werden.

MOEL-8

Die Abkürzung MOEL-8 steht für die acht mittel- und osteuropäischen Länder, die am 1. Mai 2004 der Europäischen Union beigetreten sind: Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik und Ungarn. Seit 2011 gilt für diese Staaten die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit, d. h., der deutsche Arbeitsmarkt ist für Arbeitskräfte aus diesen Ländern uneingeschränkt offen.

Mortalität

Als Mortalität (Sterblichkeit) wird der demografische Prozess der Verringerung der Bevölkerung und der Veränderung ihrer Struktur durch Sterbefälle bezeichnet.

Planungsregion (Landesplanerische Region, Raumordnungsregion)

Die Planungsregionen geben die Einzugsbereiche der Oberzentren wieder und sollen näherungsweise regionale Arbeits- und Wohnungsmärkte repräsentieren. Eine Region setzt sich aus mehreren kreisfreien Städten und Landkreisen zusammen. In Rheinland-Pfalz gibt es fünf Planungsregionen: Mittelrhein-Westerwald, Rheinhessen-Nahe, Rhein-Neckar (rheinland-pfälzischer Teil), Rheinpfalz, Trier und Westpfalz.

Sterbetafel

Zusammenstellung der Lebenserwartung in Abhängigkeit von Alter und Geschlecht.

Sterbeziffer, allgemeine

Diese Ziffer bezieht die Zahl der Sterbefälle einer Bevölkerung in einem bestimmten Zeitraum (meistens ein Jahr) auf die Gesamtbevölkerung. Üblicherweise wird die Ziffer mit 1000 multipliziert.

Sterbeziffer, standardisierte

Die standardisierte Sterbeziffer gibt an, wie hoch die Sterberate in einem bestimmten Zeitraum gewesen wäre, wenn die Bevölkerungsstruktur nach Alter und Geschlecht dem Aufbau einer vorgegebenen Standardbevölkerung entsprochen hätte. Sie ermöglicht zeitliche und regionale Vergleiche hinsichtlich der Sterblichkeit in einer Bevölkerung.

Volkszählung 1987

Volkszählungen dienen der Feststellung der amtlichen Einwohnerzahlen zum jeweiligen Erhebungsstichtag und liefern darüber hinaus flächendeckend differenzierte demografische Strukturdaten, die u. a. als Ausgangsbasis für die laufende Fortschreibung des Bevölkerungsstandes zwischen zwei Zählungen genutzt werden. In Rheinland-Pfalz wurden in den Jahren 1950, 1961, 1970, 1987 und 2011 Volkszählungen durchgeführt.

Zensus 2011

Der Zensus 2011 bezeichnet die jüngste Volkszählung, die am 9. Mai 2011 durchgeführt wurde. Durch die Verwendung einer registergestützten Methode musste nicht mehr jeder Einwohner befragt werden, da Informationen aus Verwaltungsregistern genutzt werden konnten.

Zuzugsziffer

Diese Ziffer bezieht die Zahl der jährlichen Zuzüge in eine abgegrenzte Gebietseinheit auf 1000 Einwohner/-innen dieser Gebietseinheit.

Impressum

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Dort können Sie kostenlos alle Statistischen Analysen herunterladen.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Referate „Analysen“ und „Veröffentlichungen“

Beteiligtes Referat: „Bevölkerung, Gebiet, Zensus“

Autoren: Dr. Ludwig Böckmann, Sofie Jedinger, Thomas Kirschey

Titelgrafik: Romy Siemens

Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz

Erschienen im Juli 2015
2. korrigierte Fassung vom 22.07.2015, Änderungen auf S. 64

Preis: 15,00 EUR

Kostenfreier Download im Internet: http://www.statistik.rlp.de/analysen/rp2060_bj2013.pdf



Datenblatt

6. Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für den Freistaat Sachsen 2015 bis 2030

Ausgewählte Ergebnisse für den
Freistaat Sachsen

Gebietsstand: 1. Januar 2016

Zeichenerklärung

- Nichts vorhanden (genau Null)
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- ... Angabe fällt später an
- / Zahlenwert nicht sicher genug
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- () Aussagewert ist eingeschränkt
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl
- s geschätzte Zahl

Inhalt

	Seite
Vorbemerkungen	2
Methodik, Datenbasis und Annahmen	3
Begriffserklärung	3
Ergebnisdarstellung für Sachsen	4
Tabellen	
1. Bevölkerungsentwicklung 2000 bis 2030	6
2. Bevölkerungsfortschreibung nach ausgewählten Merkmalen	7
3. Demographische Indikatoren 2014, 2020, 2025 und 2030	8
Bevölkerung am 31. Dezember 2014, 2020, 2025 und 2030	
4. im erwerbsfähigen Alter	9
5. nach Altersgruppen des Stadtentwicklungskonzeptes (SEKo)	10
6. nach Altersgruppen in 10-Jahresschritten	11
7. nach Kinder-, Jugend- und Seniorenaltersgruppen	12
8. nach Altersgruppen in 5-Jahresschritten	13

Vorbemerkungen

Die 6. Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (6. RBV) für den Freistaat Sachsen stellt die voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung bis 2030 dar. Ausgehend von den aktuellen demografischen Trends und Strukturen werden die Veränderungen in der Größe und im Altersaufbau der sächsischen Bevölkerung aufgezeigt. Neben den Auswertungen für das Land, die Landkreise und Kreisfreien Städte stehen Ergebnisse auch für Gemeinden ab 5 000 Einwohner und für ausgewählte Regionstypen wie zum Beispiel Planungsregionen zur Verfügung.

Aus Gründen der statistischen Belastbarkeit sind die regionale und die demografische Gliederungstiefe von Vorausberechnungsergebnissen in Abhängigkeit von der Einwohnerzahl gestaffelt. Maßgebend ist die amtliche Einwohnerzahl am 31. Dezember 2014.

Staffelung für die Veröffentlichung von regionalisierten Vorausberechnungsergebnissen

Merkmal	Größenklasse von ... bis unter ... Einwohner			
	unter 5 000	5 000 - 15 000	15 000 - 25 000	25 000 und mehr
Bevölkerungsfortschreibung				
Insgesamt	x	x	x	x
Ausgewählte Merkmale	x	x	x	x
Voraussichtliche Bevölkerung				
Insgesamt		x	x	x
Demografische Indikatoren				
Altersgruppen	erwerbsfähiges Alter	x	x	x
	SEKo		x	x
	10-Jahresschritte		x	x
	Kinder, Jugend, Senioren			x
	5-Jahresschritte			x

x - Daten vorhanden

Alle Angaben in diesem Datenblatt basieren auf dem Gebietsstand zum 1. Januar 2016.

Weitere Ergebnisse und Auswertungsoptionen stehen in der GENESIS-Online Datenbank bereit. Die Nutzung der sächsischen Datenbank GENESIS-Online ist grundsätzlich kostenfrei und ohne Registrierung möglich. Registrierten Nutzern stehen zusätzliche Funktionalitäten zur Verfügung.

Link zur Genesisdatenbank: <https://www.statistik.sachsen.de/genonline/online/logon>

Nutzerspezifische Regionen

Darüber hinaus bietet das Statistische Landesamt auf Anfrage Ad-hoc-Auswertungen an (prognose@statistik.sachsen.de). Dazu zählen insbesondere Auswertungen nach nutzerspezifisch definierten Aussageeinheiten (Aggregate von Gemeindeergebnissen). Bei der Bildung von Regionen, die Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern enthalten, sind folgende Rahmenbedingungen einzuhalten:

- Die Gesamteinwohnerzahl der Region zum 31.12.2014 beträgt mindestens 5 000 Einwohner.
- Die Region besteht aus mindestens drei Gemeinden.
- Mindestens zwei Gemeinden dieser Region verfügen zum 31.12.2014 über eine Einwohnerzahl von unter 5 000 Einwohnern.

Darstellung der Vorausberechnungsergebnisse

Die in der vorliegenden Veröffentlichung publizierten Vorausberechnungsergebnisse zur Bevölkerung wurden auf volle Hundert gerundet. Damit soll verdeutlicht werden, dass kein Anspruch auf das tatsächliche Eintreten dieser Vorausberechnung erhoben wird. Alle Berechnungen basieren gleichwohl auf Zahlenwerten bis zur Einerstelle. Beim Download der Daten im xlsx-Format werden Ihnen die Daten auf Einer- und Zehnerstelle genau zur Verfügung gestellt.

Datengrundlage - Berücksichtigung des Zensus 2011

Ausgangspunkt der Vorausberechnung ist der auf Basis des Zensusstichtages 9. Mai 2011 fortgeschriebene Einwohnerbestand zum 31. Dezember 2014. Die Prognoseparameter wurden ebenfalls auf Basis der durch den Zensus 2011 neu justierten Bevölkerungszahlen für 2011 bis 2014 berechnet und analysiert.

- 1990 bis 2010: Bevölkerungsfortschreibung auf Basis der Registerdaten vom 3. Oktober 1990
- 2011 bis 2014: Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus vom 9. Mai 2011
- 2015 bis 2030: 6. Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für den Freistaat Sachsen bis 2030

Methodik, Datenbasis und Annahmen

Methodik und Datenbasis										
Prognosemodell	Deterministisches Komponentenmodell									
Genutzte Software	SIKURS									
Vorausberechnungsgebiet	Sachsen									
Vorausrechnungseinheiten	Landkreise, Kreisfreie Städte und Gemeinden									
Demografische Gliederung	100 Altersjahre und Geschlecht									
Startpunkt der Vorausberechnung	Bevölkerungsbestand 31. Dezember 2014									
Basiszeitraum	2011 bis 2013, z. T. 2014									
Annahmen für Sachsen										
Anzahl der Varianten	Zwei									
Geburtenhäufigkeit	Zusammengefasste Geburtenziffer (Kinder je Frau): Ausgangswert 2014: 1,57 Variante 1: Anstieg auf 1,7 bis 2018, dann bis 2020 konstant, anschließend Absenkung auf 1,6 bis 2028, bis 2030 konstant Variante 2: Anstieg auf 1,6 bis 2028, danach konstant									
Lebenserwartung bei der Geburt	<table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>Jungen</th> <th>Mädchen</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Allgemeine Sterbetafel 2010/2012:</td> <td>77,3 Jahre</td> <td>83,3 Jahre</td> </tr> <tr> <td>Anstieg bis 2030 auf:</td> <td>80,2 Jahre</td> <td>85,8 Jahre</td> </tr> </tbody> </table>		Jungen	Mädchen	Allgemeine Sterbetafel 2010/2012:	77,3 Jahre	83,3 Jahre	Anstieg bis 2030 auf:	80,2 Jahre	85,8 Jahre
	Jungen	Mädchen								
Allgemeine Sterbetafel 2010/2012:	77,3 Jahre	83,3 Jahre								
Anstieg bis 2030 auf:	80,2 Jahre	85,8 Jahre								
Binnenwanderungen	Binnenwanderungsmuster stabilisieren sich bis 2030 auf dem Durchschnitt der letzten 5 Jahre									
Wanderungssaldo mit dem Bundesgebiet und dem Ausland	Wanderungsgewinne im Vorausberechnungszeitraum 2015 bis 2030: Variante 1: 280 000 Personen Variante 2: 170 000 Personen									

Mehr Informationen unter:

<https://www.statistik.sachsen.de/html/40866.htm>

Begriffserklärung

Bevölkerungsfortschreibung

Die laufende Fortschreibung der Bevölkerung zwischen den Volkszählungen dient zur Ermittlung der Zahl und der Zusammensetzung der Bevölkerung (Geschlecht, Alter, Familienstand und Staatsangehörigkeit) sowie ihrer Veränderungen für gegebene Zeitpunkte. Basis der jetzigen Fortschreibung ist der Zensus 2011.

Bevölkerung im nichterwerbsfähigen Alter

Zur Bevölkerung im nichterwerbsfähigen Alter zählen die Personen im Alter unter 20 Jahren und die Anzahl der Personen im Alter von 65 und mehr Jahren.

Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

Zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zählen die Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren.

Jugendquotient

Der Jugendquotient ist definiert als das Verhältnis der Anzahl der Personen unter 20 Jahren zu 100 Personen derselben Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter.

Altenquotient

Der Altenquotient ist definiert als das Verhältnis der Anzahl der Personen im Alter von 65 und mehr Jahren zu 100 Personen derselben Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter.

Gesamtquotient

Der Gesamtquotient ist definiert als das Verhältnis der Anzahl der Personen einer Bevölkerung im nichterwerbsfähigen Alter zu 100 Personen derselben Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter.

Ergebnisdarstellung für Sachsen

Am Jahresende 2014 lebten knapp 4,1 Millionen Einwohner in Sachsen. Im Jahr 2030 wird der Freistaat Sachsen voraussichtlich zwischen knapp 3,9 und 4,0 Millionen Einwohner haben. Das bedeutet, 2030 leben voraussichtlich zwischen 58 000 und 204 000 bzw. 1,4 bis 5,0 Prozent weniger Menschen im Freistaat Sachsen als Ende 2014. Der Bevölkerungsrückgang verläuft nach den neuen Erkenntnissen langsamer als in der 2011 veröffentlichten 5. Regionalisierten Bevölkerungsprognose ermittelt.

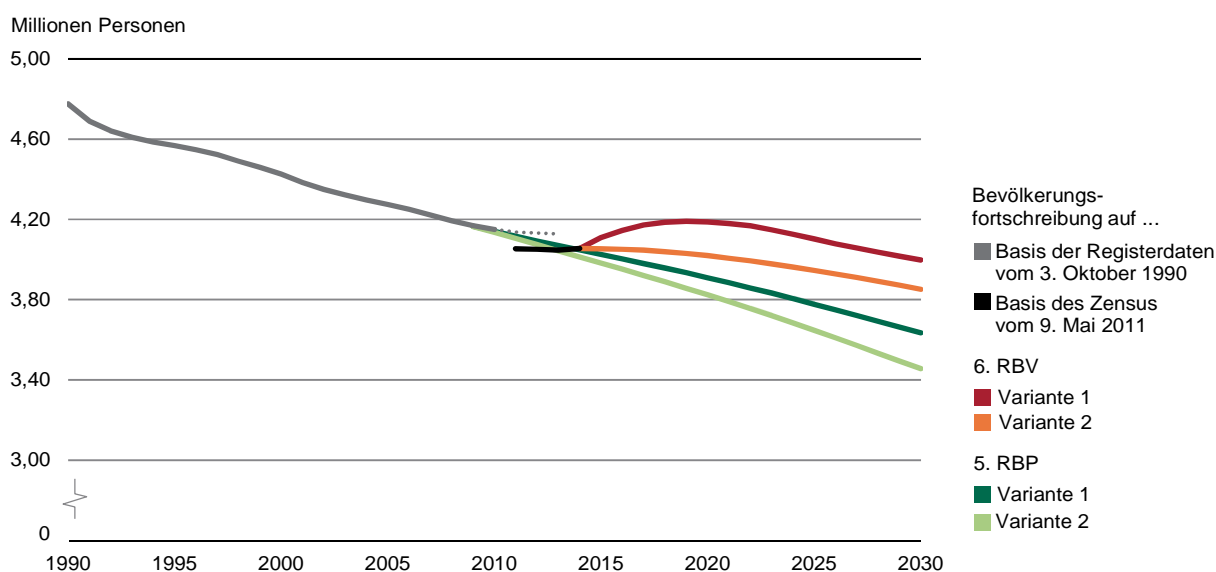
Nach den Ergebnissen der 6. Regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung werden der Bevölkerungsrückgang und die damit verbundene Alterung der Bevölkerung weiter anhalten.

Trotz steigender Geburtenrate wird die Zahl der Geburten 2030 niedriger sein als 2014. Ursache hierfür ist die rückläufige Anzahl der potentiellen Mütter. Gegenüber derzeit 36 000 Lebendgeborenen werden 2030 zwischen 29 000 und 31 000 Lebendgeborene erwartet. Das entspricht ungefähr der Zahl der Lebendgeborenen in Sachsen am Ende der 1990er Jahre. Als unmittelbare Folge des Alterungsprozesses der Bevölkerung ist langfristig trotz steigender Lebenserwartung mit einer weiteren Zunahme der Sterbefälle von derzeit 51 000 auf 57 000 bis 2030 zu rechnen. Stärker besetzte Jahrgänge rücken in höhere Altersjahre vor und sind somit höheren Mortalitätsrisiken ausgesetzt. Damit übersteigt die Zahl der Gestorbenen immer mehr die Zahl der Geborenen. Das Geburtendefizit wächst dadurch von 15 000 Personen im Jahr 2014 auf 26 000 bzw. 27 000 Personen im Jahr 2030. Die Differenz der Zu- und Fortzüge bleibt entsprechend den Annahmen bis auf wenige Jahre im positiven Bereich. Der modellierte Wegzug der Schutzsuchenden übersteigt nur in einem kleinen Zeitfenster um das Jahr 2025 die erwarteten Zuzüge. In der Variante 2 wirkt sich dieser Effekt nicht in diesem Maße aus. Das Geburtendefizit wird über den Prognosezeitraum betrachtet die bestimmende Größe der Bevölkerungsbilanz bleiben.

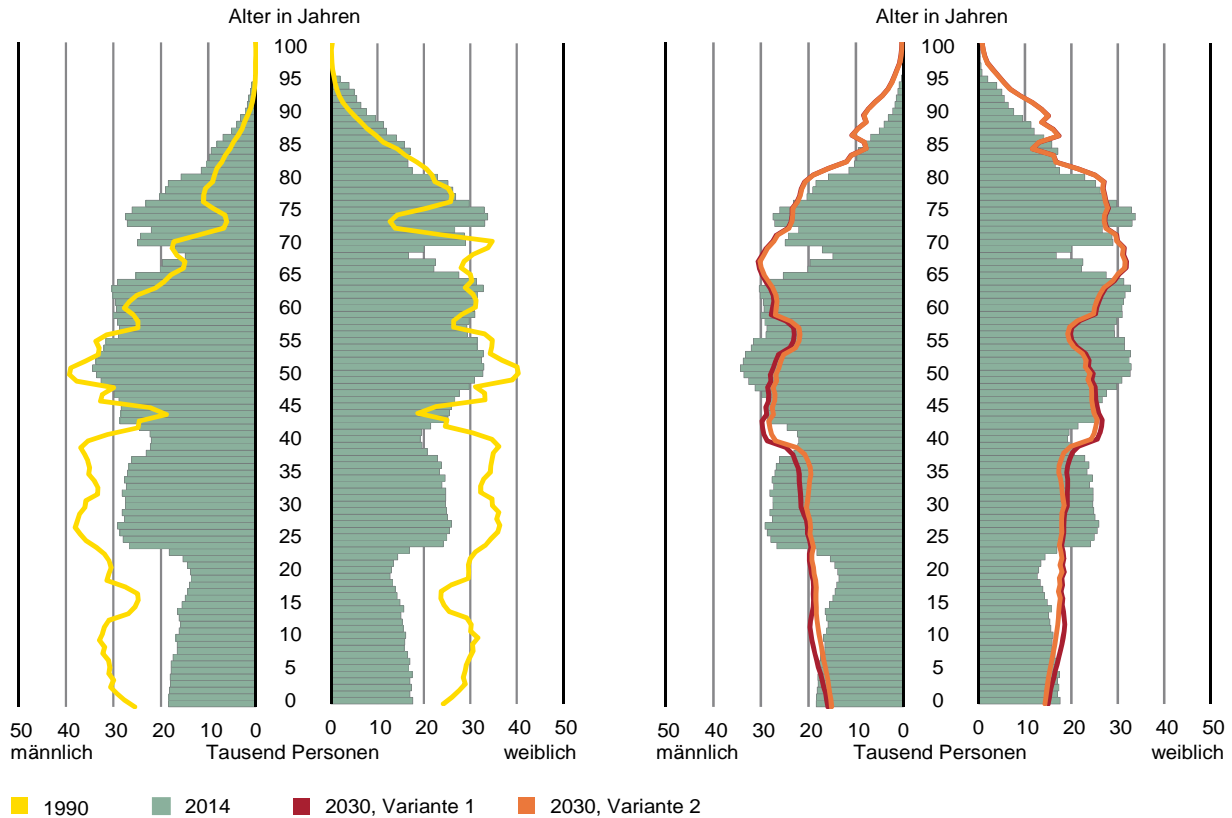
Der Rückgang der Gesamteinwohnerzahl wird von einer fortgesetzten Alterung der Bevölkerung begleitet. Das Durchschnittsalter, ein Indikator für die Alterung einer Bevölkerung, steigt in Sachsen um etwa ein Jahr von derzeit 46,7 Jahre auf 47,6 Jahre bzw. 48,1 Jahre im Jahr 2030.

Bedeutsam sind aber vor allem die sich verändernden Relationen zwischen den Altersgruppen. Ende 2014 waren knapp 16 Prozent der Bevölkerung jünger als 20 Jahre. Die Personen im Erwerbsalter von 20 bis unter 65 Jahren stellten 59 Prozent der Bevölkerung. Ein Viertel der sächsischen Bevölkerung war 65 Jahre und älter. Bis zum Ende des Prognosezeitraums 2030 wird der Anteil der unter 20 Jährigen an der Gesamteinwohnerzahl weniger stark steigen (bis zu 2 Prozentpunkte) als der der über 65 Jährigen (etwa 5 Prozentpunkte). Dies hat zur Folge, dass der Anteil der über 65- Jährigen an der Gesamteinwohnerzahl auf bis zu 31 Prozent 2030 steigt, während der Anteil der Personen im Erwerbsalter auf 52 Prozent um bis zu 7 Prozentpunkte sinkt.

Bevölkerung im Freistaat Sachsen 1990 bis 2030



Bevölkerung im Freistaat Sachsen 1990, 2014 und 2030 nach Alter und Geschlecht



Quelle: 1990 - Bevölkerungsfortschreibung auf Basis der Registerdaten vom 3. Oktober 1990
 2014 - Bevölkerungsfortschreibung auf Basis der Zensusdaten vom 9. Mai 2011
 2030 - 6. Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung bis 2030

Bevölkerung des Freistaates Sachsen am 31. Dezember 2014, 2020, 2025 und 2030 nach Kreisfreien Städten und Landkreisen (in 1 000)

Kreisfreie Stadt Landkreis Land	Bevölkerungs- fortschreibung	Voraussichtliche Bevölkerung					
		Variante 1			Variante 2		
		2014	2020	2025	2030	2020	2025
Chemnitz, Stadt	243,5	249,0	242,6	236,3	242,5	236,0	230,1
Erzgebirgskreis	349,6	345,9	329,2	311,4	329,5	312,0	294,9
Mittelsachsen	312,7	313,7	301,8	288,6	299,0	286,6	274,1
Vogtlandkreis	232,4	232,6	223,4	212,9	221,2	211,4	201,4
Zwickau	325,1	324,7	312,1	297,6	308,8	294,9	281,2
Dresden, Stadt	536,3	582,3	587,1	591,7	564,8	577,2	583,1
Bautzen	306,6	309,4	298,3	284,8	294,0	281,9	269,4
Görlitz	260,2	257,9	245,3	232,7	247,2	235,4	223,6
Meißen	243,7	249,8	244,5	237,3	238,2	232,5	226,2
Sächsische Schweiz- Osterzgebirge	246,0	253,8	248,6	241,2	242,9	237,6	230,9
Leipzig, Stadt	544,5	602,0	612,9	617,7	586,3	603,7	609,5
Leipzig	257,6	264,5	260,0	254,5	253,2	249,2	244,7
Nordsachsen	197,0	200,6	196,3	190,9	191,6	187,0	182,4
Freistaat Sachsen	4 055,3	4 186,3	4 102,1	3 997,5	4 019,2	3 945,4	3 851,4

6. Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für den Freistaat Sachsen

1. Bevölkerungsentwicklung 2000 bis 2030

Freistaat Sachsen

Jahr	Bevölkerungs- fortschreibung
2000	4 425 581
2001	4 384 192
2002	4 349 059
2003	4 321 437
2004	4 296 284
2005	4 273 754
2006	4 249 774
2007	4 220 200
2008	4 192 801
2009	4 168 732
2010	4 149 477
2011	4 054 182
2012	4 050 204
2013	4 046 385
2014	4 055 274

Jahr	Voraussichtliche Bevölkerung			
	Variante 1		Variante 2	
	1 000	2014 = 100	1 000	2014 = 100
2015	4 107,7	101,3	4053,7	100,0
2016	4 145,3	102,2	4050,6	99,9
2017	4 172,7	102,9	4045,7	99,8
2018	4 185,2	103,2	4038,9	99,6
2019	4 189,2	103,3	4030,0	99,4
2020	4 186,3	103,2	4019,2	99,1
2021	4 178,9	103,0	4006,3	98,8
2022	4 166,8	102,8	3992,4	98,4
2023	4 148,5	102,3	3977,6	98,1
2024	4 126,2	101,8	3961,9	97,7
2025	4 102,1	101,2	3945,4	97,3
2026	4 078,0	100,6	3927,9	96,9
2027	4 057,1	100,0	3909,6	96,4
2028	4 036,6	99,5	3890,7	95,9
2029	4 017,0	99,1	3871,2	95,5
2030	3 997,5	98,6	3851,4	95,0

6. Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für den Freistaat Sachsen

2. Bevölkerungsfortschreibung nach ausgewählten Merkmalen

Freistaat Sachsen

Merkmal	Bevölkerungsfortschreibung					
	2000	2010	2011	2012	2013	2014
absolut						
Bevölkerung						
Männlich	2 144 676	2 031 630	1 978 178	1 978 504	1 979 164	1 987 607
Weiblich	2 280 905	2 117 847	2 076 004	2 071 700	2 067 221	2 067 667
Insgesamt	4 425 581	4 149 477	4 054 182	4 050 204	4 046 385	4 055 274
Alter von... bis						
unter ... Jahren						
unter 20	846 740	603 053	602 132	614 593	628 710	646 184
20 - 65	2 755 166	2 522 456	2 448 929	2 432 612	2 416 328	2 397 858
65 und mehr	823 675	1 023 968	1 003 121	1 002 999	1 001 347	1 011 232
Insgesamt	4 425 581	4 149 477	4 054 182	4 050 204	4 046 385	4 055 274
unter 5	150 261	170 172	171 049	172 852	174 176	177 358
5 - 10	128 925	159 763	159 392	162 325	165 711	168 237
10 - 15	271 649	146 233	149 779	153 187	156 141	159 207
15 - 20	295 905	126 885	121 912	126 229	132 682	141 382
20 - 25	279 271	263 005	237 448	214 047	190 464	170 426
25 - 30	243 123	266 915	258 665	261 290	264 034	267 777
30 - 35	307 775	250 627	250 635	254 736	257 126	260 515
35 - 40	360 511	229 011	212 913	216 397	225 417	235 704
40 - 45	332 392	293 664	274 820	263 107	249 321	236 979
45 - 50	340 861	343 233	326 011	316 359	303 869	291 723
50 - 55	257 670	314 127	312 489	319 064	326 855	329 191
55 - 60	295 830	320 734	308 398	302 600	298 132	299 221
60 - 65	337 733	241 140	267 550	285 012	301 110	306 322
65 - 70	252 110	271 084	233 844	223 648	209 733	206 091
70 - 75	220 243	294 627	299 400	293 758	287 650	276 989
75 - 80	168 015	197 716	206 968	219 523	235 508	248 014
80 - 85	87 142	145 793	145 114	144 494	141 899	147 498
85 und mehr	96 165	114 748	117 795	121 576	126 557	132 640
Insgesamt	4 425 581	4 149 477	4 054 182	4 050 204	4 046 385	4 055 274
je 100						
Jugendquotient	30,7	23,9	24,6	25,3	26,0	26,9
Altenquotient	29,9	40,6	41,0	41,2	41,4	42,2
Gesamtquotient	60,6	64,5	65,6	66,5	67,4	69,1
Jahre						
Durchschnittsalter						
Männlich	40,6	44,2	44,5	44,6	44,8	44,8
Weiblich	45,2	48,0	48,3	48,4	48,4	48,5
Insgesamt	42,9	46,2	46,4	46,5	46,6	46,7

6. Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für den Freistaat Sachsen

3. Demografische Indikatoren 2014, 2020, 2025 und 2030

Freistaat Sachsen

Merkmal	Bevölkerungs- fortschreibung	Voraussichtliche Bevölkerung		
	2014	2020	2025	2030
Variante 1				
Durchschnittsalter		Jahre		
Männlich	44,8	44,8	45,4	46,1
Weiblich	48,5	48,2	48,7	49,2
Insgesamt	46,7	46,5	47,1	47,6
Durchschnittsalter der Bevölkerung im Alter von 20 bis unter 65 Jahren				
Männlich	43,9	43,7	44,0	43,9
Weiblich	44,6	44,3	44,4	44,0
Insgesamt	44,3	44,0	44,2	43,9
		je 100		
Jugendquotient	26,9	30,7	32,7	33,9
Altenquotient	42,2	46,2	50,6	56,6
Gesamtquotient	69,1	76,9	83,3	90,5
Geschlechterproportion		Männer je 100 Frauen		
Insgesamt	96,1	98,9	99,2	99,6
im Alter von 18 bis unter 30 Jahren	110,0	111,8	109,5	108,4
Bevölkerungsdichte	220	Einwohner je km²		
		227	222	217
Variante 2				
Durchschnittsalter		Jahre		
Männlich	44,8	45,5	46,0	46,6
Weiblich	48,5	48,9	49,3	49,7
Insgesamt	46,7	47,2	47,7	48,1
Durchschnittsalter der Bevölkerung im Alter von 20 bis unter 65 Jahren				
Männlich	43,9	44,3	44,4	44,0
Weiblich	44,6	44,8	44,7	44,1
Insgesamt	44,3	44,5	44,5	44,0
		je 100		
Jugendquotient	26,9	30,8	32,4	33,3
Altenquotient	42,2	48,4	52,7	58,7
Gesamtquotient	69,1	79,2	85,1	92,1
Geschlechterproportion		Männer je 100 Frauen		
Insgesamt	96,1	97,3	97,9	98,6
im Alter von 18 bis unter 30 Jahren	110,0	108,3	107,8	108,0
Bevölkerungsdichte	220	Einwohner je km²		
		218	214	209

6. Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für den Freistaat Sachsen

4. Bevölkerung am 31. Dezember 2014, 2020, 2025 und 2030 im erwerbsfähigen Alter

Freistaat Sachsen

Merkmal	Bevölkerungs- fortschreibung	Voraussichtliche Bevölkerung			Veränderung ... gegenüber 2014		
		2014	2020	2025	2030	2020	2025
	1 000				%		

Variante 1

Bevölkerung

Männlich	1 987,6	2 081,5	2 042,8	1 994,8	4,7	2,8	0,4
Weiblich	2 067,7	2 104,8	2 059,3	2 002,7	1,8	-0,4	-3,1
Insgesamt	4 055,3	4 186,3	4 102,1	3 997,5	3,2	1,2	-1,4

Alter von... bis unter ... Jahren

unter 20	646,2	726,2	731,5	712,0	12,4	13,2	10,2
20 - 65	2 397,9	2 366,6	2 238,3	2 097,9	-1,3	-6,7	-12,5
65 und mehr	1 011,2	1 093,5	1 132,4	1 187,6	8,1	12,0	17,4
Insgesamt	4 055,3	4 186,3	4 102,1	3 997,5	3,2	1,2	-1,4

Variante 2

Bevölkerung

Männlich	1 987,6	1 982,3	1 952,2	1 911,9	-0,3	-1,8	-3,8
Weiblich	2 067,7	2 036,9	1 993,1	1 939,5	-1,5	-3,6	-6,2
Insgesamt	4 055,3	4 019,2	3 945,4	3 851,4	-0,9	-2,7	-5,0

Alter von... bis unter ... Jahren

unter 20	646,2	690,1	689,6	668,4	6,8	6,7	3,4
20 - 65	2 397,9	2 242,8	2 131,5	2 005,4	-6,5	-11,1	-16,4
65 und mehr	1 011,2	1 086,4	1 124,3	1 177,6	7,4	11,2	16,5
Insgesamt	4 055,3	4 019,2	3 945,4	3 851,4	-0,9	-2,7	-5,0

6. Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für den Freistaat Sachsen

5. Bevölkerung am 31. Dezember 2014, 2020, 2025 und 2030 nach SEKo-Altersgruppen

Freistaat Sachsen

Merkmal	Bevölkerungs- fortschreibung	Voraussichtliche Bevölkerung			Veränderung ... gegenüber 2014		
		2014	2020	2025	2030	2020	2025
	1 000				%		

Variante 1

Alter von... bis
unter ... Jahren

	Insgesamt						
unter 6	211,9	230,8	215,9	194,3	8,9	1,9	-8,3
6 - 15	292,9	325,2	338,0	332,8	11,0	15,4	13,6
15 - 25	311,8	363,5	363,7	373,9	16,6	16,7	19,9
25 - 40	764,0	776,1	698,3	612,1	1,6	-8,6	-19,9
40 - 65	1 463,4	1 397,2	1 353,8	1 296,8	-4,5	-7,5	-11,4
65 und mehr	1 011,2	1 093,5	1 132,4	1 187,6	8,1	12,0	17,4
Insgesamt	4 055,3	4 186,3	4 102,1	3 997,5	3,2	1,2	-1,4
	männlich						
unter 6	108,7	118,5	110,9	99,8	9,0	2,0	-8,2
6 - 15	149,9	166,9	173,5	170,9	11,4	15,8	14,0
15 - 25	161,0	188,1	187,8	192,9	16,8	16,6	19,8
25 - 40	404,7	416,0	371,6	324,8	2,8	-8,2	-19,7
40 - 65	740,6	722,4	706,4	681,9	-2,4	-4,6	-7,9
65 und mehr	422,8	469,6	492,6	524,5	11,1	16,5	24,1
Insgesamt	1 987,6	2 081,5	2 042,8	1 994,8	4,7	2,8	0,4
	weiblich						
unter 6	103,2	112,3	105,1	94,6	8,9	1,8	-8,4
6 - 15	143,1	158,3	164,4	161,9	10,6	15,0	13,2
15 - 25	150,8	175,4	176,0	181,0	16,3	16,7	20,0
25 - 40	359,3	360,2	326,7	287,3	0,2	-9,1	-20,0
40 - 65	722,9	674,8	647,4	614,9	-6,7	-10,4	-14,9
65 und mehr	588,4	623,9	639,8	663,1	6,0	8,7	12,7
Insgesamt	2 067,7	2 104,8	2 059,3	2 002,7	1,8	-0,4	-3,1

Variante 2

Alter von... bis
unter ... Jahren

	Insgesamt						
unter 6	211,9	211,8	196,5	182,7	-0,0	-7,3	-13,8
6 - 15	292,9	314,9	320,0	306,5	7,5	9,2	4,6
15 - 25	311,8	333,9	351,3	363,3	7,1	12,7	16,5
25 - 40	764,0	708,6	638,9	571,1	-7,3	-16,4	-25,2
40 - 65	1 463,4	1 363,7	1 314,5	1 250,1	-6,8	-10,2	-14,6
65 und mehr	1 011,2	1 086,4	1 124,3	1 177,6	7,4	11,2	16,5
Insgesamt	4 055,3	4 019,2	3 945,4	3 851,4	-0,9	-2,7	-5,0
	männlich						
unter 6	108,7	108,7	100,8	93,8	0,0	-7,2	-13,7
6 - 15	149,9	161,5	164,2	157,3	7,8	9,5	4,9
15 - 25	161,0	171,5	180,8	187,3	6,5	12,3	16,4
25 - 40	404,7	374,3	336,2	300,7	-7,5	-16,9	-25,7
40 - 65	740,6	700,2	681,6	653,5	-5,4	-8,0	-11,8
65 und mehr	422,8	466,0	488,5	519,4	10,2	15,6	22,8
Insgesamt	1 987,6	1 982,3	1 952,2	1 911,9	-0,3	-1,8	-3,8
	weiblich						
unter 6	103,2	103,1	95,7	88,9	-0,1	-7,3	-13,8
6 - 15	143,1	153,3	155,8	149,3	7,2	8,9	4,4
15 - 25	150,8	162,4	170,4	176,0	7,7	13,0	16,7
25 - 40	359,3	334,3	302,7	270,4	-7,0	-15,8	-24,7
40 - 65	722,9	663,5	632,8	596,6	-8,2	-12,5	-17,5
65 und mehr	588,4	620,3	635,7	658,2	5,4	8,0	11,9
Insgesamt	2 067,7	2 036,9	1 993,1	1 939,5	-1,5	-3,6	-6,2

6. Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für den Freistaat Sachsen

6. Bevölkerung am 31. Dezember 2014, 2020, 2025 und 2030 nach Altersgruppen in 10-Jahresschritten Freistaat Sachsen

Merkmal	Bevölkerungs- fortschreibung	Voraussichtliche Bevölkerung			Veränderung ... gegenüber 2014		
		2014	2020	2025	2030	2020	2025
	1 000				%		

Variante 1

Alter von... bis
unter ... Jahren

unter 10	345,6	379,6	369,5	337,8	9,8	6,9	-2,3
10 - 20	300,6	346,5	362,0	374,2	15,3	20,4	24,5
20 - 30	438,2	405,0	389,1	382,4	-7,6	-11,2	-12,7
30 - 40	496,2	564,5	495,4	418,8	13,8	-0,2	-15,6
40 - 50	528,7	491,3	523,9	544,8	-7,1	-0,9	3,0
50 - 60	628,4	611,6	513,2	477,9	-2,7	-18,3	-23,9
60 - 70	512,4	587,5	600,1	579,9	14,7	17,1	13,2
70 - 80	525,0	434,4	466,6	514,1	-17,3	-11,1	-2,1
80 und mehr	280,1	365,9	382,4	367,6	30,6	36,5	31,2
Insgesamt	4 055,3	4 186,3	4 102,1	3 997,5	3,2	1,2	-1,4

Variante 2

Alter von... bis
unter ... Jahren

unter 10	345,6	355,2	338,2	314,2	2,8	-2,1	-9,1
10 - 20	300,6	334,9	351,4	354,2	11,4	16,9	17,8
20 - 30	438,2	348,9	362,2	371,7	-20,4	-17,3	-15,2
30 - 40	496,2	530,1	454,8	383,6	6,8	-8,3	-22,7
40 - 50	528,7	470,9	502,3	520,4	-10,9	-5,0	-1,6
50 - 60	628,4	601,0	499,0	460,9	-4,4	-20,6	-26,6
60 - 70	512,4	583,3	594,5	571,4	13,8	16,0	11,5
70 - 80	525,0	432,0	463,8	510,7	-17,7	-11,7	-2,7
80 und mehr	280,1	362,8	379,1	364,2	29,5	35,3	30,0
Insgesamt	4 055,3	4 019,2	3 945,4	3 851,4	-0,9	-2,7	-5,0

6. Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für den Freistaat Sachsen

7. Bevölkerung am 31. Dezember 2014, 2020, 2025 und 2030 nach Kinder-, Jugend- und Seniorenaltersgruppen

Freistaat Sachsen

Merkmal	Bevölkerungs- fortschreibung	Voraussichtliche Bevölkerung			Veränderung ... gegenüber 2014		
		2014	2020	2025	2030	2020	2025
	1 000				%		

Variante 1

Alter von... bis

unter ... Jahren

unter 6	211,9	230,8	215,9	194,3	8,9	1,9	-8,3
6 - 10	133,7	148,8	153,6	143,5	11,3	14,8	7,3
10 - 17	218,8	243,7	256,0	263,5	11,4	17,0	20,5
17 - 19	55,6	67,5	71,2	73,7	21,5	28,2	32,7
19 - 25	196,7	228,6	220,9	226,0	16,2	12,3	14,9
Zusammen	816,6	919,5	917,6	901,0	12,6	12,4	10,3
65 - 75	483,1	507,2	558,5	573,4	5,0	15,6	18,7
75 - 85	395,5	426,0	368,2	403,8	7,7	-6,9	2,1
85 und mehr	132,6	160,3	205,7	210,4	20,8	55,1	58,6
Zusammen	1 011,2	1 093,5	1 132,4	1 187,6	8,1	12,0	17,4

Variante 2

Alter von... bis

unter ... Jahren

unter 6	211,9	211,8	196,5	182,7	-0,0	-7,3	-13,8
6 - 10	133,7	143,4	141,7	131,5	7,2	6,0	-1,6
10 - 17	218,8	237,0	248,0	246,7	8,3	13,4	12,8
17 - 19	55,6	64,7	69,5	71,5	16,4	25,1	28,8
19 - 25	196,7	203,7	212,0	220,0	3,5	7,8	11,9
Zusammen	816,6	860,6	867,7	852,6	5,4	6,3	4,4
65 - 75	483,1	504,1	554,8	568,2	4,4	14,8	17,6
75 - 85	395,5	424,3	366,1	401,4	7,3	-7,4	1,5
85 und mehr	132,6	158,0	203,4	208,0	19,1	53,3	56,8
Zusammen	1 011,2	1 086,4	1 124,3	1 177,6	7,4	11,2	16,5

6. Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für den Freistaat Sachsen

8. Bevölkerung am 31. Dezember 2014, 2020, 2025 und 2030 nach Altersgruppen in 5-Jahresschritten

Freistaat Sachsen

Merkmal	Bevölkerungs- fortschreibung	Voraussichtliche Bevölkerung			Veränderung ... gegenüber 2014		
		2014	2020	2025	2030	2020	2025
	1 000				%		

Variante 1

Alter von... bis

unter ... Jahren

unter 5	177,4	193,0	178,1	160,3	8,8	0,4	-9,6
5 - 10	168,2	186,6	191,4	177,5	10,9	13,8	5,5
10 - 15	159,2	176,4	184,4	189,3	10,8	15,8	18,9
15 - 20	141,4	170,2	177,5	184,9	20,4	25,6	30,8
20 - 25	170,4	193,3	186,2	189,0	13,4	9,2	10,9
25 - 30	267,8	211,7	202,9	193,3	-21,0	-24,2	-27,8
30 - 35	260,5	288,1	213,9	204,4	10,6	-17,9	-21,5
35 - 40	235,7	276,3	281,5	214,4	17,2	19,4	-9,0
40 - 45	237,0	256,3	271,3	277,0	8,2	14,5	16,9
45 - 50	291,7	235,0	252,6	267,8	-19,4	-13,4	-8,2
50 - 55	329,2	285,9	232,6	249,1	-13,2	-29,3	-24,3
55 - 60	299,2	325,7	280,6	228,9	8,9	-6,2	-23,5
60 - 65	306,3	294,3	316,7	274,0	-3,9	3,4	-10,5
65 - 70	206,1	293,2	283,4	305,9	42,3	37,5	48,4
70 - 75	277,0	214,0	275,1	267,5	-22,7	-0,7	-3,4
75 - 80	248,0	220,4	191,5	246,6	-11,1	-22,8	-0,6
80 - 85	147,5	205,6	176,7	157,3	39,4	19,8	6,6
85 und mehr	132,6	160,3	205,7	210,4	20,8	55,1	58,6
Insgesamt	4 055,3	4 186,3	4 102,1	3 997,5	3,2	1,2	-1,4

Variante 2

Alter von... bis

unter ... Jahren

unter 5	177,4	175,6	162,2	151,1	-1,0	-8,5	-14,8
5 - 10	168,2	179,6	176,0	163,1	6,8	4,6	-3,1
10 - 15	159,2	171,5	178,3	175,0	7,7	12,0	9,9
15 - 20	141,4	163,4	173,1	179,2	15,6	22,5	26,7
20 - 25	170,4	170,5	178,1	184,2	0,0	4,5	8,1
25 - 30	267,8	178,5	184,1	187,5	-33,4	-31,2	-30,0
30 - 35	260,5	267,9	188,8	190,5	2,8	-27,5	-26,9
35 - 40	235,7	262,2	266,0	193,1	11,3	12,8	-18,1
40 - 45	237,0	245,1	259,5	263,3	3,4	9,5	11,1
45 - 50	291,7	225,8	242,8	257,0	-22,6	-16,8	-11,9
50 - 55	329,2	279,5	224,1	240,0	-15,1	-31,9	-27,1
55 - 60	299,2	321,5	274,9	220,9	7,4	-8,1	-26,2
60 - 65	306,3	291,9	313,2	268,8	-4,7	2,2	-12,3
65 - 70	206,1	291,5	281,3	302,6	41,4	36,5	46,8
70 - 75	277,0	212,6	273,5	265,5	-23,2	-1,3	-4,1
75 - 80	248,0	219,4	190,3	245,2	-11,5	-23,3	-1,1
80 - 85	147,5	204,8	175,8	156,2	38,9	19,2	5,9
85 und mehr	132,6	158,0	203,4	208,0	19,1	53,3	56,8
Insgesamt	4 055,3	4 019,2	3 945,4	3 851,4	-0,9	-2,7	-5,0

Herausgeber:

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Redaktion:

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Gestaltung und Satz:

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Redaktionsschluss:

März 2016

Bezug:

Dieses Produkt kann heruntergeladen werden unter:

<https://www.statistik.sachsen.de/html/40866.htm>

Auskünfte zur 6. Regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung erhalten Sie über:

E-Mail: prognose@statistik.sachsen.de

Weitere Fragen zu anderen Bereichen der Statistik richten Sie bitte an:

Telefon: +49 3578 33-1913

Telefax: +49 3578 33-1921

E-Mail: info@statistik.sachsen.de

Verteilerhinweis

Diese Informationsschrift wird von der Sächsischen Staatsregierung im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von politischen Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel.

Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung.

Copyright

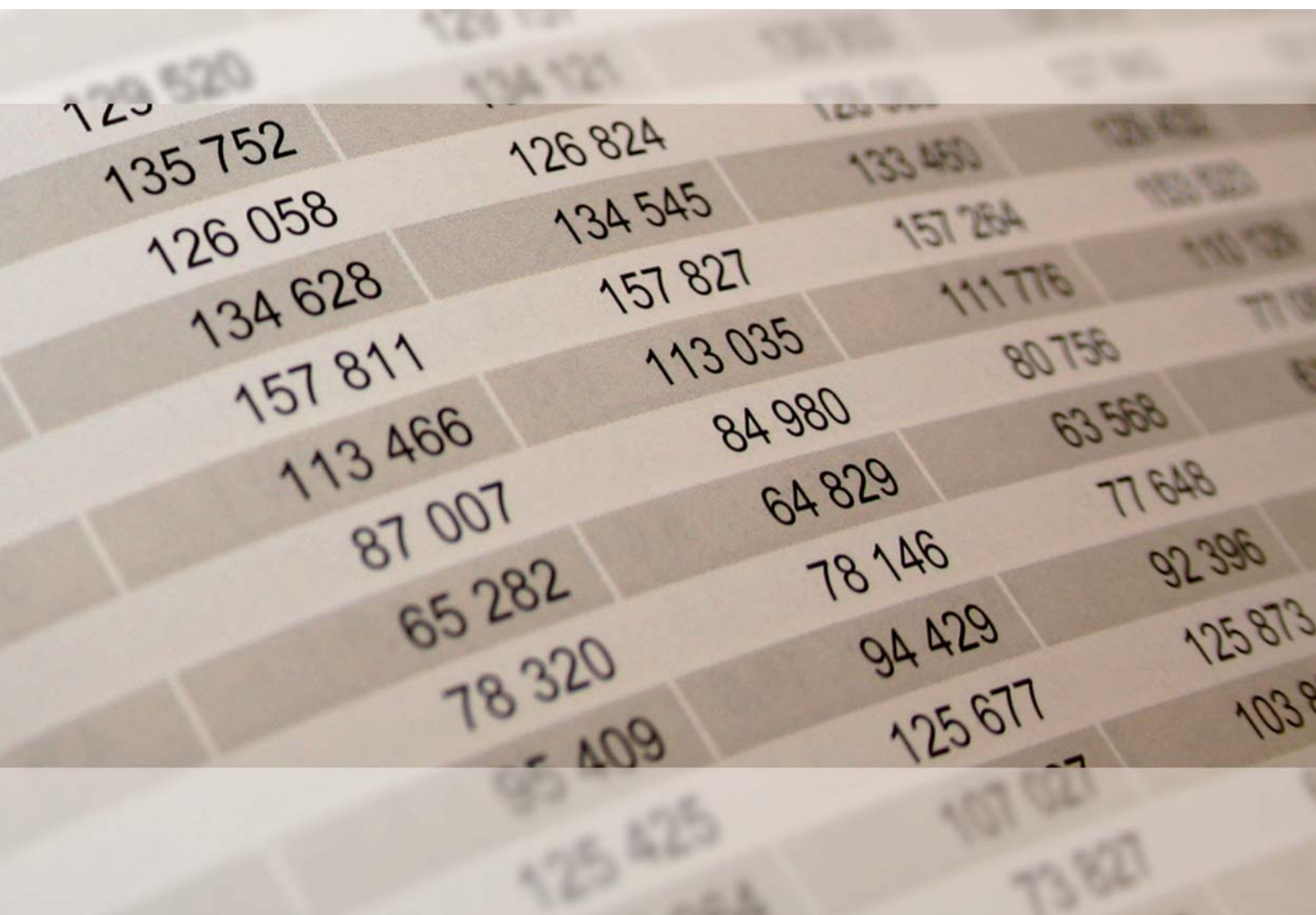
Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz, 2016

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.



2016

STATISTISCHE BERICHTE



Zeichenerklärungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50 – 100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Abkürzungen

gkSt.	große kreisangehörige Stadt
St.	kreisfreie Stadt

Inhalt

Seite

Informationen zur Statistik	5
--	----------

Glossar	7
----------------------	----------

Tabellen

Bevölkerungsstand und -entwicklung

T 1	Gemeinden und Bevölkerung 2011 und 2015 nach Einwohnergrößenklassen	11
T 2	Bevölkerung, Ausländer und Bevölkerungsdichte 1871–2015	12
T 3	Bevölkerung 2015 nach Alter, Geschlecht und Nationalität	14
T 4	Bevölkerung am 31.12.2015 nach Altersgruppen, Familienstand und Geschlecht	16
T 5	Bevölkerung 1939–2015 nach Verwaltungsbezirken	18
T 6	Fläche, Bevölkerungsdichte, Gemeinden und Bevölkerungsentwicklung 2015 nach Verwaltungsbezirken	20
T 7	Bevölkerung am 31.12.2015 nach Altersgruppen und Verwaltungsbezirken	22
T 8	Ausländer am 31.12.2015 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Aufenthaltsdauer im Bundesgebiet	26
T 9	Ausländer am 31.12.2015 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Verwaltungsbezirken	27

Natürliche Bevölkerungsbewegung

T 10	Eheschließungen, Geborene und Gestorbene 1950–2015	28
T 11	Durchschnittliches Heiratsalter 1950–2015 nach bisherigem Familienstand	32
T 12	Eheschließungen 2015 nach Alter der Ehegatten	32
T 13	Eheschließungen 2015 nach Familienstand der Ehepartner	33
T 14	Geborene 2015 nach Alter und Staatsangehörigkeit der Mutter sowie Legitimität des Kindes	34
T 15	Lebendgeborene 2015 nach ausgewählter Staatsangehörigkeit der Mutter und Legitimität des Kindes	36
T 16	Gestorbene 2015 nach Alter und Geschlecht	37
T 17	Sterbeziffern 1950–2015 nach Altersgruppen und Geschlecht	38
T 18	Im ersten Lebensjahr Gestorbene 2015 nach Lebensdauer und Geschlecht.....	39
T 19	Eheschließungen, Geborene und Gestorbene 2015 nach Verwaltungsbezirken.....	40

Räumliche Bevölkerungsbewegung

T 20	Wanderungen 1950–2015	42
T 21	Wanderungen über die Gemeindegrenzen 2015 nach Staatsangehörigkeit und Altersgruppen sowie Verwaltungsbezirken	43
T 22	Wanderungen über die Kreis- und Stadtgrenzen 2015 nach Verwaltungsbezirken	45
T 23	Wanderungen über die Landesgrenze 2015 nach Altersgruppen und Geschlecht	48

Inhalt

Seite

Tabellen

T 24	Wanderungen über die Landesgrenze 2015 nach ausgewählten Herkunfts- und Zielgebieten	49
T 25	Wanderungen über die Grenzen des Bundesgebietes 2015 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten	50

Grafiken

Bevölkerungsstand und -entwicklung

G 1	Gemeinden am 31.12.2015 nach Einwohnergrößenklassen	11
G 2	Bevölkerung am 31.12.2015 nach Alter und Geschlecht	13
G 3	Bevölkerung 1950, 1970, 1990 und 2015 nach Altersgruppen	17
G 4	Durchschnittsalter (Median) der Bevölkerung 1950–2015	17
G 5	Bevölkerungsveränderung 1990–2015 nach Verwaltungsbezirken	19
G 6	Bevölkerung 1950–2015 nach Altersgruppen	24
G 7	Jugendquotient, Seniorenquotient und Gesamtquotient 1950–2015	24
G 8	Jugend- und Seniorenquotient am 31.12.2015 nach Verwaltungsbezirken	25

Natürliche Bevölkerungsbewegung

G 9	Geborene und Gestorbene 1950–2015	30
G 10	Geburtenrate 1950–2015	30
G 11	Lebenserwartung bei der Geburt 1949/51–2013/15.....	31
G 12	Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren 1949/51–2013/15	31
G 13	Eheschließungen 2015 nach Alter der Ehegatten	32
G 14	Eheschließungen 1950–2015	33
G 15	Geborene 1950–2015 nach Alter der Mutter je 1000 Frauen gleichen Alters	35
G 16	Frauen im gebärfähigen Alter 1950-2015	35
G 17	Gestorbene 1950–2015	38
G 18	Im ersten Lebensjahr Gestorbene 2015 nach Lebensdauer	39

Räumliche Bevölkerungsbewegung

G 19	Saldo der Außenwanderungen je 1 000 Einwohner 1990-2015 nach Verwaltungsbezirken	47
G 20	Wanderungen über die Landesgrenze 1950–2015	48

Karte

K 1	Kreisfreie Städte und Landkeise am 31.12.2015 nach Bevölkerungsgrößenklassen.....	21
-----	---	----

Informationen zur Statistik

Ziel der Statistik

Die Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung liefert monatlich demografische Grunddaten zur Zahl und Struktur der Eheschließungen sowie der Geburten und der Sterbefälle. In der Wanderungsstatistik wird monatlich die räumliche Mobilität der Bevölkerung (Zu- und Fortzüge) nachgewiesen. Diese Statistiken der Bevölkerungsvorgänge dienen zudem der laufenden Ermittlung der Einwohnerzahlen des Bundes, der Länder und der Gemeinden. Diese werden im Rahmen der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes ermittelt.

Rechtsgrundlage

Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes - Bevölkerungsstatistikgesetz vom 20. April 2013 (BGBl. I S. 826), das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 25. November 2015 (BGBl. I S. 2011) geändert worden ist.

Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz - BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Juli 2016 (BGBl. I S. 1768) geändert worden ist.

Erhebungsumfang

In der **Statistik der Eheschließungen** werden aus Meldungen der Standesämter die folgenden Merkmale erfasst: Tag der Eheschließung, Standesamt, das die Eheschließung registriert hat, Staatsangehörigkeit, Wohnort, Tag der Geburt, bisheriger Familienstand und Zahl der gemeinsamen Kinder der Ehegatten.

In der **Geburtenstatistik** werden aus Meldungen der Standesämter die folgenden Merkmale bei lebend- und totgeborenen Kindern nachgewiesen: Tag der Geburtstag und Standesamt, das die Geburt registriert hat, Geschlecht, Angaben über Ehelich- oder Nichteelichkeit des Kindes, Tag, Ort und Staat der Geburt der Eltern sowie deren Staatsangehörigkeit und Wohnort, Einzel- oder Mehrlingsgeburt, bei Mehrlingsgeburten Anzahl der Jungen und Mädchen, Tag der Geburt des zuvor geborenen Kindes der Mutter, Angaben zur Geburtenfolge der Mutter, bei Kindern, deren Eltern miteinander verheiratet sind, Tag der Eheschließung der Eltern, Angabe zur Anzahl der in der Ehe geborenen und totgeborenen Kinder, bei Lebendgeburten zusätzlich Angabe darüber, ob das Kind die deutsche Staatsangehörigkeit nach § 4 Absatz 3 Staatsangehörigkeitsgesetz erworben hat.

Die **Sterbefallstatistik**, die wie die o. a. Statistiken der natürlichen Bevölkerungsbewegung aus Meldungen der Standesämter erstellt wird, umfasst die folgenden Merkmale: Sterbetag und Standesamt, das den Sterbefall registriert hat, Tag, Ort und Staat der Geburt, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Familienstand, Wohnort, bei Kindern, die innerhalb der ersten 24 Lebensstunden starben, zusätzlich die Lebensdauer, bei Verheirateten Tag der Geburt des hinterbliebenen Ehegatten.

In der **Wanderungsstatistik**, in der aus Datenlieferungen der Meldebehörden die räumliche Bevölkerungsbewegung nachgewiesen wird, werden bei der gemeindeübergreifenden Verlagerung des Hauptwohnsitzes bzw. bei einem Wechsel des Wohnungsstatus einer Nebenwohnung zur alleinigen Wohnung oder Hauptwohnung im Wesentlichen die folgenden Merkmale erfasst: Tag des Bezuges der neuen oder des Auszugs aus der alten Wohnung, bisheriger und neuer Wohnort, Geschlecht, Tag der Geburt, Familienstand, rechtliche Zugehörigkeit zu einer öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaft, Staatsangehörigkeit, Geburtsort sowie bei Geburt im Ausland auch der Geburtsstaat.

In der **Fortschreibung des Bevölkerungsstandes** werden die amtlichen Einwohnerzahlen von Bund, Ländern und Gemeinden festgestellt. Hierzu wird der auf der Basis der jeweils letzten Volkszählung (zurzeit: Zensus 2011) ermittelte

Bevölkerungsbestand nach den Ergebnissen der Statistik der natürlichen und räumlichen Bevölkerungsbewegung sowie nach den Mitteilungen zum Wechsel der Staatsangehörigkeit, zu Ehescheidungen und Aufhebungen von Ehen fortgeschrieben. Die jährliche Fortschreibung erfolgt für die Bevölkerung insgesamt, sowie getrennt nach Geschlecht, Alter, Familienstand, Wohnort und Staatsangehörigkeit.

Der Feststellung der Einwohnerzahlen liegt der Begriff der Bevölkerung am Ort der alleinigen bzw. Hauptwohnung nach §§ 21 f. des Bundesmeldegesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. Mai 2013 (BGBl. I S. 1084), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 02. Februar 2016 (BGBl. I S. 130) zugrunde. Danach ist die Hauptwohnung die vorwiegend benutzte Wohnung des Einwohners. Hauptwohnung eines verheirateten oder eine Lebenspartnerschaft führenden Einwohners, der nicht dauernd getrennt von seiner Familie oder seinem Lebenspartner lebt, ist die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie oder der Lebenspartner. In Zweifelsfällen ist die vorwiegend benutzte Wohnung dort, wo der Schwerpunkt der Lebensbeziehungen des Einwohners liegt.

Zur Bevölkerung zählen auch die im Bundesgebiet gemeldeten Ausländer/-innen (einschließlich Staatenlose). Nicht zur Bevölkerung gehören hingegen die Angehörigen der ausländischen Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen und deren Familienangehörigen.

Regionale Ebene

Der vorliegende Bericht enthält zeitpunktbezogene Angaben über den Bevölkerungsstand sowie zeitraumbezogene Angaben zu den natürlichen Bevölkerungsbewegungen sowie den Wanderungen. Die Ergebnisse werden auf der Darstellungsebene des Landes sowie der kreisfreien Städte und Landkreise nachgewiesen.

Berichtskreis

Die Ergebnisse der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung beruhen auf Meldungen der rheinland-pfälzischen Standesämter. Die Wanderungsstatistik sowie die in der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes zusätzlich verarbeiteten Daten zu Staatsangehörigkeitswechseln, Ehescheidungen und Aufhebung von Lebenspartnerschaften entstammen Datenlieferungen der rheinland-pfälzischen Meldebehörden.

Erhebungsmerkmale und Berichtszeitraum/-zeitpunkt

Die vorgenannten Erhebungsmerkmale für die monatlichen statistischen Nachweisungen erfolgen durch die o. a. Berichtskreise in mindestens monatlichem Turnus.

Hochrechnung

Bei den o. a. Statistiken mit Ausnahme der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes handelt es sich um Vollerhebungen. In die Bevölkerungsfortschreibung fließen sämtliche Meldungen der Standesämter und Meldebehörden ein. Damit erübrigt sich eine Hochrechnung.

Vergleichbarkeit

Bei Zeitvergleichen ist zu beachten, dass die Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung auf der Basis der jeweils letzten Volkszählung ermittelt werden. Insofern ergibt sich bspw. zwischen den Jahren 2010 und 2011 ein Zeitreihenbruch, der darauf zurückzuführen ist, dass mit dem Zensus 2011 – gleich einer Inventur – eine aktualisierte Ausgangsbasis für die Bevölkerungsfortschreibung ermittelt wurde.

In regionaler Differenzierung werden die Ergebnisse auch für zurückliegende Berichtszeiträume in der Gebiets- und Verwaltungsstruktur nachgewiesen, die zum Beginn des jeweils aktuellsten Berichtsjahres galten.

Besondere fachliche Hinweise

Darüber hinaus können im Internet unter der Adresse www.statistik.rlp.de ergänzende Zeitreihen und Grafiken sowie Daten für Verbandsgemeinden und Gemeinden in den Rubriken „Gesellschaft und Staat“, Themenbereiche: „Demografischer Wandel“, „Bevölkerung und Gebiet“ sowie in der Rubriken „Regionaldaten“, „Geowebdienste“ und „Veröffentlichungen“ eingesehen werden.

Glossar

Bevölkerungsvorgänge

Bevölkerungsvorgänge führen im Zeitablauf zu Veränderungen des Bestandes und der Struktur der Bevölkerung.

Bevölkerung

Zur Bevölkerung zählen alle Personen, Deutsche und Ausländer, die in dem jeweiligen regionalen Gebiet ihren ständigen Wohnsitz, d. h. ihre alleinige bzw. Hauptwohnung haben. Der Begriff der Hauptwohnung ist in § 12 Absatz 2 des Melderechtsrahmengesetzes festgelegt. Hauptwohnung ist danach die vorwiegend benutzte Wohnung des Einwohners. Hauptwohnung eines verheirateten oder eine Lebenspartnerschaft führenden Einwohners, der nicht dauernd getrennt von seiner Familie oder seinem Lebenspartner lebt, ist die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie oder der Lebenspartner.

Nicht zur Bevölkerung gehören die Angehörigen der ausländischen Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen und deren Familienangehörigen.

Ausländer/-innen

Ausländer sind Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes sind, einschließlich Staatenloser und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit.

In diesem Bericht werden Zahlen über Ausländer sowohl als Ergebnis der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes als auch aus der Auswertung des Ausländerzentralregisters (AZR) veröffentlicht. Die Abweichungen der Zahlen beruhen auf unterschiedlichen Erfassungsmethoden.

Jugendquotient

Der Jugendquotient gibt die Zahl der unter 20-Jährigen bezogen auf 100 Personen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren an. Da die unter 20-Jährigen häufig noch nicht erwerbstätig sind, misst diese Kennziffer die „Belastung“ der erwerbsfähigen und in der Regel erwerbstätigen Generation zwischen 20 und 65 Jahren durch die noch nicht erwerbstätigen Personen.

Altenquotient

Der Altenquotient gibt die Zahl der 65-jährigen und älteren Personen bezogen auf 100 Personen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren an. Da die über 65-jährigen in der Regel nicht mehr erwerbstätig sind, misst diese Kennziffer die „Belastung“ der erwerbsfähigen und in der Regel erwerbstätigen Generation zwischen 20 und 65 Jahren durch die nicht mehr erwerbstätigen Personen.

Gesamtquotient

Der Gesamtquotient oder Gesamtabhängigenquotient spiegelt das quantitative Verhältnis von Bevölkerung im erwerbsfähigen und nichterwerbsfähigen Alter wider. Er ergibt sich als Summe aus dem Jugend- und dem Altenquotienten.

Durchschnittliche Lebenserwartung

Die durchschnittliche Lebenserwartung gibt die Zahl der weiteren Lebensjahre an, die eine Person in einem bestimmten Alter nach den Sterbeverhältnissen des jeweiligen Zeitraumes voraussichtlich noch erleben könnte. Eine mögliche Veränderung in den kommenden Jahren wird dabei nicht berücksichtigt.

Staatsangehörigkeit von Kindern

Bis zum 31. Dezember 1974 waren ehelich geborene Kinder nur dann deutsch, wenn der Vater Deutscher war, während ehelich geborene Kinder mit deutscher Mutter und ausländischem Vater die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt erwarben.

Bis 1999 erwarb ein Kind durch Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn Vater oder Mutter Deutsche waren. Bis zum 30. Juni 1993 hatte dies nur für ehelich geborene Kinder gegolten; nichtehelich geborene Kinder waren nur dann deutsch, wenn die Mutter Deutsche war. Seit dem 1. Juli 1993 erwirbt auch das nichteheliche Kind einer ausländischen Mutter und eines deutschen Vaters die deutsche Staatsangehörigkeit durch Abstammung. Der Erwerb kann geltend gemacht werden, sobald eine nach deutschen Gesetzen wirksame Feststellung der Vaterschaft vorliegt. Ein Teil der hier nachgewiesenen Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit nicht miteinander verheirateter Eltern wird daher später – nach der Anerkennung oder gerichtlichen Feststellung der Vaterschaft eines Deutschen – die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Seit 2000 werden die Kinder, bei denen die Anerkennung des deutschen Vaters bereits bei der Geburt eingetragen wird, als Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit nachgewiesen.

Zum 1. Januar 2000 trat ein neues Staatsangehörigkeitsrecht in Kraft. Danach erwerben neben Kindern, deren Vater oder Mutter Deutsche sind, auch Kinder ausländischer Eltern gemäß § 4 Absatz 3 Staatsangehörigkeitsgesetz die deutsche Staatsangehörigkeit durch Geburt im Inland („*ius soli*“), wenn ein Elternteil

1. seit acht Jahren rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Inland hat und
2. ein unbefristetes Aufenthaltsrecht oder als Staatsangehöriger der Schweiz oder dessen Familienangehöriger eine Aufenthaltserlaubnis auf Grund des Abkommens zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Schweiz andererseits über die Freizügigkeit besitzt.

Bei der Darstellung absoluter Zahlen wie auch bei errechneten Verhältniszahlen und Kennziffern werden Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit einschließlich der o. a. Personen ausgewiesen, Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit mithin ohne diesen Personenkreis. Auf den sich dadurch ab 2000 ergebenden Bruch in der Zeitreihe sei an dieser Stelle hingewiesen.

Mittlere Bevölkerung

Die mittlere Bevölkerung ist die durchschnittliche Bevölkerungszahl für einen bestimmten Zeitraum (z. B. Monat, Vierteljahr, Jahr), berechnet als arithmetisches Mittel aus Anfangs- und Endbestand oder aus dem Durchschnitt der mittleren monatlichen bzw. vierteljährlichen Bevölkerungszahlen. Verhältniszahlen je 1 000 Einwohner beziehen sich in diesem Bericht grundsätzlich auf die jeweilige mittlere Bevölkerung.

Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

Die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes erfolgt auf den Ergebnissen des Zensus vom 9. Mai 2011. Unberücksichtigt bleiben alle Bewegungsdaten sowie die Mitteilungen zu Staatsangehörigkeitswechsel und Ehelösungen, deren Ereignisdatum vor dem 9. Mai 2011 liegen. Die Zensusergebnisse werden auf den 1. Januar 2011 zurückgerechnet. Ein Vergleich mit Fortschreibungsergebnissen auf der Grundlage der Volkszählung 1987 führt zu einem Strukturbruch, der insbesondere bei regionaler Betrachtung größere Ausmaße annehmen kann.

Erstmals zum Stichtag 31. Dezember 1992 wurden Einbürgerungsfälle zurückliegender Jahre in die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes einbezogen. Das führt zu einer Verschiebung zwischen deutscher und ausländischer Bevölkerung und beim Vergleich mit früheren Stichtagen bei Nachweisungen in Differenzierungen nach der Nationalität zu einem Bruch in den Zeitreihen. Vom 1. Januar 2000 an wurde die bis dahin ausschließlich zum Jahresende durchgeführte Einarbeitung der Einbürgerungsfälle durch eine monatliche Aufbereitung von Staatsangehörigkeitswechseln abgelöst, um auch unterjährig umfassende Bevölkerungszahlen nach der Nationalität zur Verfügung stellen zu können.

Natürliche Bevölkerungsbewegung

Als natürliche Bevölkerungsbewegung wird die Veränderung des Bestandes und der Struktur der Bevölkerung durch Geburten, Sterbefälle und Eheschließungen bezeichnet.

Grundlage der Erhebung von Eheschließungen, Geborenen und Gestorbenen sind laufende Meldungen der Standesämter, die in der Regel in Form von automatisiert erstellten Dateien beim Statistischen Landesamt eingehen.

Die Auswertung der standesamtlichen Meldungen erfolgt:

- für Eheschließungen nach dem Ort, in dem sie beurkundet sind (Registrierortprinzip)
- für Geburten nach der Hauptwohnung der Mutter (Wohnortprinzip) und
- für Sterbefälle nach der Hauptwohnung des bzw. der Verstorbenen (Wohnortprinzip).

In den Fällen, in denen sich der Wohnsitz in einem anderen Bundesland befindet, erfolgt zwischen den Statistischen Landesämtern ein elektronischer Datenaustausch.

Eheschließungen

Zu den **Eheschließungen** zählen alle standesamtlichen Trauungen, auch die von Ausländern. Ausgenommen sind nur die Fälle, in denen beide Ehegatten zu den im Bundesgebiet stationierten ausländischen Streitkräften bzw. zu den ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen und ihren Familien gehören

Geborene

Es wird zwischen Lebendgeborenen und Totgeborenen unterschieden.

Lebendgeborene sind Kinder, bei denen nach der Trennung vom Mutterleib entweder das Herz geschlagen, die Nabelschnur pulsiert oder die natürliche Lungenatmung eingesetzt hat. Der statistische Nachweis differenziert, ob die Eltern zum Zeitpunkt der Geburt miteinander verheiratet waren oder nicht.

Totgeborene sind Kinder, bei denen sich keines der genannten Lebenszeichen gezeigt hat und deren Geburtsgewicht mindestens 500 Gramm betrug. Totgeborene mit einem Geburtsgewicht von unter 500 Gramm werden statistisch nicht erfasst.

Allgemeine Fruchtbarkeitsziffer

In der allgemeinen Fruchtbarkeitsziffer wird die Anzahl der Lebendgeborenen eines Jahres auf je 1 000 der im Jahresdurchschnitt vorhandenen Frauen im Alter von 15 bis 44 bzw. 15 bis 49 Jahren bezogen.

Altersspezifische Geburtenziffer

Die altersspezifische Geburtenziffer ergibt sich als Verhältniszahl aus der Anzahl der Lebendgeborenen der Mütter jedes Altersjahres zwischen 15 und 44 bzw. 15 bis 49 Jahren und je 1 000 Frauen der durchschnittlichen Jahresbevölkerung desselben Alters.

Zusammengefasste Geburtenziffer

Die zusammengefasste Geburtenziffer ist die Summe der altersspezifischen Geburtenziffern der 15 bis 44 bzw. 15 bis 49 Jahre alten Frauen. Die Geburtenrate (im Sinne der zusammengefassten Geburtenziffer) gibt die Zahl der Kinder an, die im Durchschnitt eine Frau in ihrem Leben zur Welt bringt. Diese wichtige demografische Maßzahl wird nicht durch die Altersstruktur einer Bevölkerung beeinflusst und ist daher sowohl für regionale als auch zeitliche Vergleiche geeignet.

Die rohe Geburtenrate, auch allgemeine Geburtenziffer genannt, bezieht demgegenüber die Zahl der Lebendgeborenen eines Jahres auf die durchschnittliche Gesamtbevölkerung des gleichen Jahres.

Gestorbene

In der Zahl der Gestorbenen sind totgeborene Kinder, nachträglich beurkundete Kriegssterbefälle sowie gerichtlichen Todeserklärungen nicht enthalten.

Geborenen-/Gestorbenenüberschuss

Differenz zwischen Lebendgeborenen und Gestorbenen eines Zeitraumes.

Gestorbene Säuglinge

Gestorbene, die bei Eintritt ihres Todes noch nicht das erste Lebensjahr vollendet haben, werden als gestorbene Säuglinge bezeichnet.

Sterbeziffern nach Alter und Geschlecht

In diesen Ziffern wird die Anzahl der Gestorbenen eines bestimmten Alters und Geschlechts auf je 1 000 Lebende der Jahresdurchschnittsbevölkerung desselben Alters und Geschlechts bezogen.

Wanderung

Als Wanderung, auch räumliche Bevölkerungsbewegung genannt, wird die Veränderung des Bestandes und der Struktur der Bevölkerung durch Zu- und Fortzüge bezeichnet.

Aufgrund der gesetzlichen Vorschriften über die Meldepflicht wird jeder Wechsel des Hauptwohnsitzes von einer Gemeinde zu einer anderen erfasst. Umzüge innerhalb der Gemeinden werden statistisch nicht berücksichtigt. Die erfassten Zu- und Fortzüge werden monatlich durch elektronischen Datenaustausch an das Statistische Landesamt übermittelt.

Landesbinnenwanderung

Die Landesbinnenwanderung umfasst alle Wanderungen (Zu- und Fortzüge), die innerhalb des Landes Rheinland-Pfalz über die Grenzen einer Gemeinde führen. Dabei ist die Zahl der landesweiten Zuzüge gleich der Zahl der landesweiten Fortzüge, da jedem Zuzug in eine Gemeinde des Landes ein Fortzug aus einer anderen Gemeinde des Landes gegenübersteht.

Außenwanderung

Zur Außenwanderung zählen sämtliche Zu- und Fortzüge über die Grenzen des Landes Rheinland-Pfalz. Hierzu gehören sowohl der Bevölkerungsaustausch mit den übrigen Bundesländern, der zu einem elektronischen Datenaustausch zwischen den Statistischen Landesämtern führt, als auch die Zu- und Fortzüge über die Grenzen des Bundesgebietes.

Wanderungsziffern

In Wanderungsziffern wird entweder die Anzahl der Zuzüge, der Fortzüge oder aber die sich hieraus ergebenden Wanderungssalden auf jeweils 1 000 Personen der jeweiligen Jahresdurchschnittsbevölkerung bezogen.

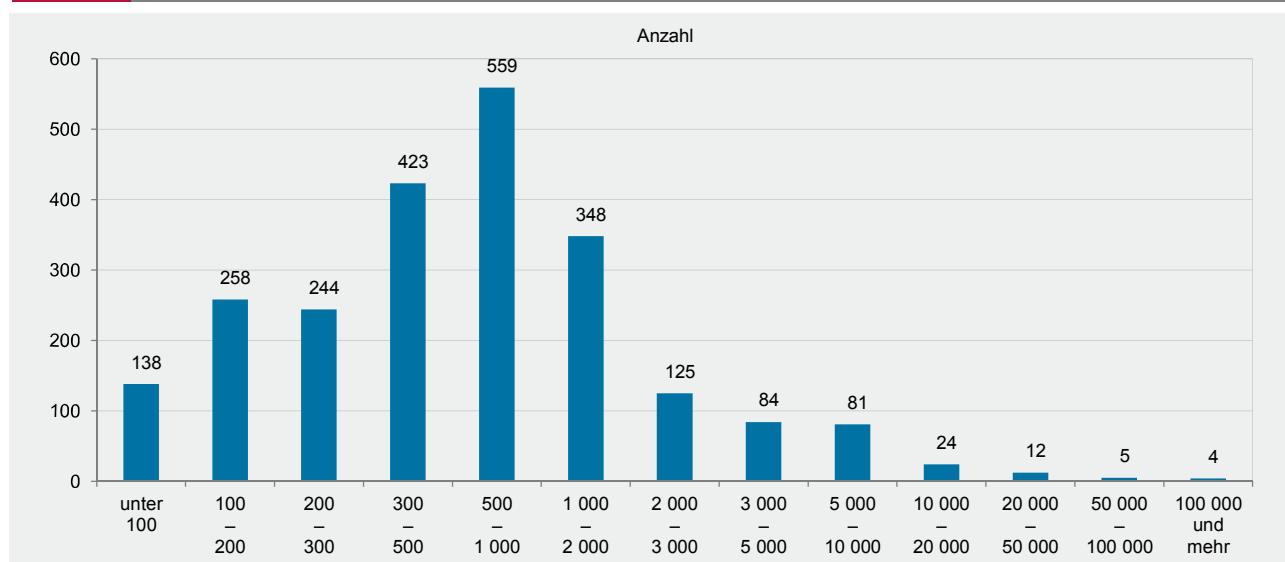
T 1

Gemeinden und Bevölkerung 2011 und 2015¹ nach Einwohnergrößenklassen
– Bevölkerungsstand und -entwicklung –

Gemeinden mit einer Bevölkerung von ... Personen	Gemeinden am				Bevölkerung am			
	09.05.2011		31.12.2015		09.05.2011		31.12.2015	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Unter 100	137	5,9	138	6,0	8 947	0,2	8 879	0,2
100 – 200	243	10,5	258	11,2	36 824	0,9	39 338	1,0
200 – 300	244	10,6	244	10,6	59 830	1,5	60 213	1,5
Unter 300	624	27,1	640	27,8	105 601	2,6	108 430	2,7
300 – 500	422	18,3	423	18,4	166 808	4,2	167 075	4,1
500 – 1 000	569	24,7	559	24,3	405 023	10,2	399 156	9,8
1 000 – 2 000	356	15,4	348	15,1	492 253	12,3	482 710	11,9
Unter 2 000	1 971	85,5	1 970	85,5	1 169 685	29,3	1 157 371	28,6
2 000 – 3 000	126	5,5	125	5,4	306 156	7,7	303 953	7,5
3 000 – 5 000	81	3,5	84	3,6	305 219	7,6	318 116	7,8
5 000 – 10 000	82	3,6	81	3,5	567 176	14,2	575 139	14,2
Unter 10 000	2 260	98,0	2 260	98,0	2 348 236	58,9	2 354 579	58,1
10 000 – 20 000	26	1,1	24	1,0	383 689	9,6	352 833	8,7
20 000 – 50 000	11	0,5	12	0,5	394 604	9,9	395 149	9,8
50 000 – 100 000	4	0,2	5	0,2	291 855	7,3	348 245	8,6
100 000 und mehr	4	0,2	4	0,2	571 424	14,3	601 997	14,9
Insgesamt	2 305	100,0	2 305	100,0	3 989 808	100,0	4 052 803	100,0

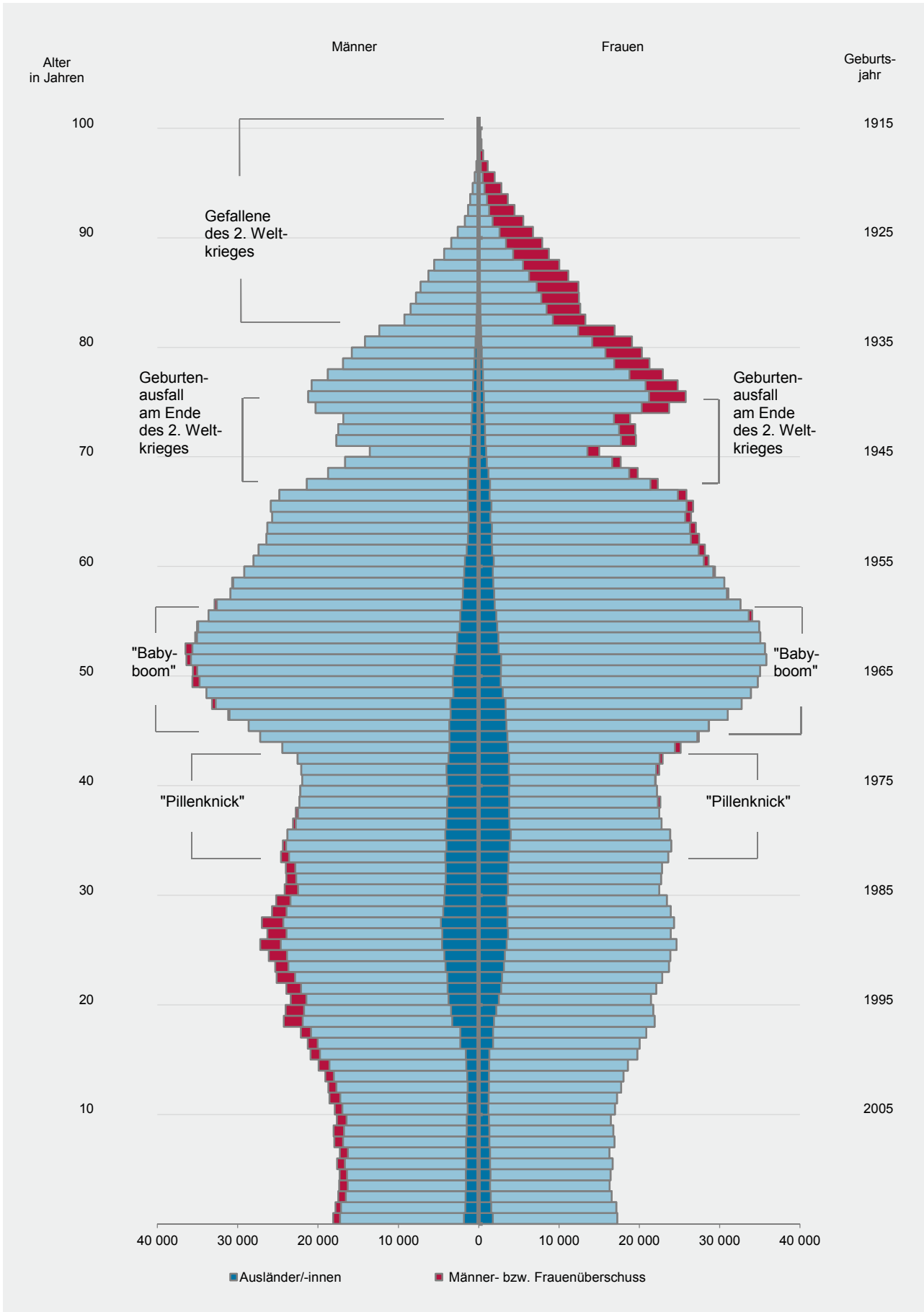
1 2011: Zensus, 2015: Bevölkerungsfortschreibung.

G 1

Gemeinden am 31.12.2015 nach Einwohnergrößenklassen
– Bevölkerungsstand und -entwicklung –

Jahr	Bevölkerung			Ausländer/-innen			Bevölkerung je km ²
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	
1871	1 832 338	903 921	928 417	.	.	.	92
1900	2 303 725	1 148 072	1 155 653	.	.	.	116
1925	2 690 165	1 310 190	1 379 975	.	.	.	136
1933	2 841 395	1 393 683	1 447 712	.	.	.	143
1939	2 959 994	1 472 145	1 487 849	.	.	.	149
1950	3 004 784	1 400 911	1 603 873	.	.	.	151
1961	3 417 116	1 613 786	1 803 330	29 023	20 243	8 780	172
1970	3 645 437	1 738 212	1 907 225	81 255	51 128	30 127	184
1975	3 665 777	1 749 823	1 915 954	139 843	80 010	59 833	185
1980	3 642 482	1 741 137	1 901 345	169 619	96 101	73 518	184
1981	3 641 229	1 740 759	1 900 470	175 432	98 528	76 904	183
1982	3 636 506	1 738 284	1 898 222	176 389	98 007	78 382	183
1983	3 633 488	1 737 107	1 896 381	174 496	95 759	78 737	183
1984	3 623 985	1 733 948	1 890 037	171 196	93 577	77 619	183
1985	3 615 049	1 731 405	1 883 644	175 940	96 404	79 536	182
1986	3 611 437	1 732 019	1 879 418	184 457	101 285	83 172	182
1987	3 634 557	1 749 916	1 884 641	158 656	87 787	70 869	183
1988	3 653 155	1 761 059	1 892 096	174 728	96 250	78 478	184
1989	3 701 661	1 788 739	1 912 922	193 567	106 561	87 006	186
1990	3 763 510	1 825 328	1 938 182	218 954	121 862	97 092	190
1991	3 821 235	1 858 846	1 962 389	252 947	142 249	110 698	193
1992	3 880 965	1 892 925	1 988 040	260 498	149 121	111 377	195
1993	3 925 863	1 917 730	2 008 133	273 432	156 432	117 000	198
1994	3 951 573	1 930 324	2 021 249	284 324	160 588	123 736	199
1995	3 977 919	1 943 901	2 034 018	292 508	164 528	127 980	200
1996	4 000 567	1 957 188	2 043 379	302 099	169 130	132 969	202
1997	4 017 828	1 968 096	2 049 732	307 166	171 566	135 600	202
1998	4 024 969	1 972 267	2 052 702	305 593	170 235	135 358	203
1999	4 030 773	1 975 261	2 055 512	306 319	169 187	137 132	203
2000	4 034 557	1 976 814	2 057 743	302 436	165 427	137 009	203
2001	4 049 066	1 985 677	2 063 389	308 169	167 721	140 448	204
2002	4 057 727	1 991 331	2 066 396	311 710	168 251	143 459	204
2003	4 058 682	1 989 127	2 069 555	312 575	166 726	145 849	204
2004	4 061 105	1 991 975	2 069 130	311 556	165 516	146 040	205
2005	4 058 843	1 990 248	2 068 595	312 926	165 130	147 796	204
2006	4 052 860	1 987 553	2 065 307	312 905	164 723	148 182	204
2007	4 045 643	1 984 688	2 060 955	312 191	163 734	148 457	204
2008	4 028 351	1 977 031	2 051 320	308 302	161 180	147 122	203
2009	4 012 675	1 970 665	2 042 010	306 453	159 718	146 735	202
2010	4 003 745	1 967 106	2 036 639	308 609	160 861	147 748	202
2011	3 990 033	1 951 624	2 038 409	277 967	137 971	139 996	201
2012	3 990 278	1 954 161	2 036 117	289 723	144 852	144 871	201
2013	3 994 366	1 958 977	2 035 389	305 861	154 227	151 634	201
2014	4 011 582	1 970 535	2 041 047	330 953	168 961	161 992	202
2015	4 052 803	1 999 333	2 053 470	383 064	202 105	180 959	204

1 Von 1871 - 1970 Ergebnisse der Volkszählungen. 1971 - 1986 Fortschreibung auf Grundlage der Volkszählung 1970, 1987 - 2010 Fortschreibung auf Grundlage der Volkszählung 1987, ab 2011 Fortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011.



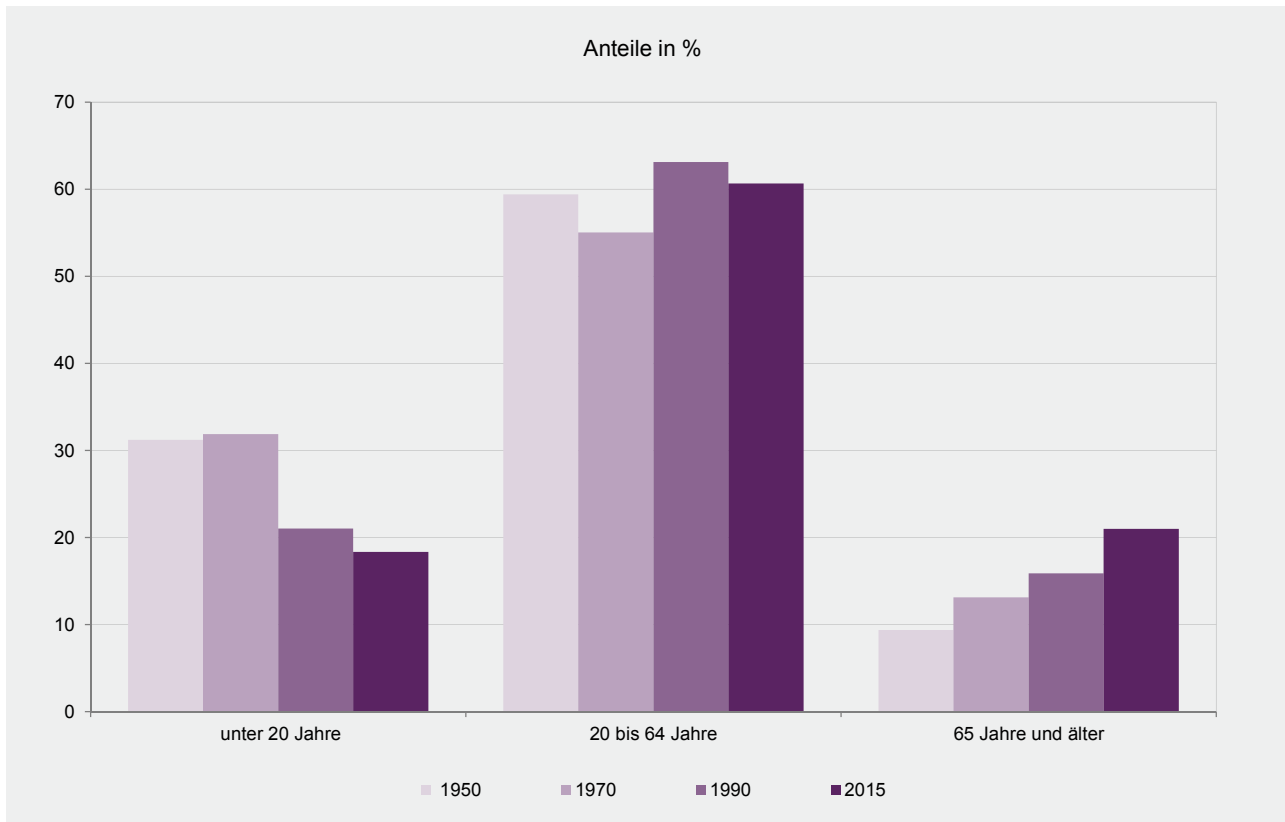
Alter in Jahren	Bevölkerung am 31.12.2015					Durchschnittliche Bevölkerung 2015		
	insgesamt	männlich	weiblich	Ausländer/-innen		insgesamt	männlich	weiblich
				insgesamt	männlich			
unter 1	35 387	18 125	17 262	3 604	1 840	34 510	17 663	16 847
1 – 2	34 976	17 840	17 136	3 235	1 663	33 965	17 366	16 599
2 – 3	34 039	17 487	16 552	3 136	1 639	33 282	17 108	16 174
3 – 4	33 678	17 380	16 298	3 004	1 571	33 185	17 080	16 105
4 – 5	33 710	17 302	16 408	3 048	1 583	33 530	17 216	16 314
Zusammen	171 790	88 134	83 656	16 027	8 296	168 472	86 433	82 039
5 – 6	34 289	17 626	16 663	2 950	1 527	33 510	17 232	16 278
6 – 7	33 563	17 275	16 288	2 989	1 576	33 803	17 405	16 398
7 – 8	34 882	17 987	16 895	2 908	1 565	34 439	17 784	16 655
8 – 9	34 841	18 067	16 774	2 835	1 493	34 065	17 633	16 432
9 – 10	34 109	17 652	16 457	2 765	1 492	34 109	17 582	16 527
Zusammen	171 684	88 607	83 077	14 447	7 653	169 926	87 636	82 290
10 – 11	34 900	17 927	16 973	2 579	1 362	35 016	18 081	16 936
11 – 12	35 809	18 581	17 228	2 694	1 435	35 786	18 467	17 320
12 – 13	36 439	18 713	17 726	2 648	1 368	36 447	18 709	17 738
13 – 14	37 118	19 088	18 030	2 682	1 414	37 462	19 292	18 170
14 – 15	38 519	19 940	18 579	2 857	1 538	39 202	20 188	19 015
Zusammen	182 785	94 249	88 536	13 460	7 117	183 913	94 737	89 179
15 – 16	40 678	20 923	19 755	2 942	1 609	40 523	20 757	19 766
16 – 17	41 319	21 289	20 030	4 060	2 280	41 703	21 381	20 322
17 – 18	43 008	22 130	20 878	4 087	2 292	43 496	22 370	21 127
18 – 19	46 159	24 262	21 897	5 207	3 288	44 958	23 443	21 515
19 – 20	45 772	24 040	21 732	5 653	3 447	44 551	23 123	21 428
Zusammen	216 936	112 644	104 292	21 949	12 916	215 231	111 074	104 158
20 – 21	44 854	23 403	21 451	6 244	3 739	44 646	23 078	21 569
21 – 22	46 043	23 942	22 101	6 674	3 865	46 273	23 996	22 278
22 – 23	48 029	25 161	22 868	6 803	3 881	47 750	24 688	23 062
23 – 24	49 030	25 341	23 689	7 281	4 139	48 799	25 178	23 621
24 – 25	50 002	26 144	23 858	7 513	4 267	50 317	26 161	24 156
Zusammen	237 958	123 991	113 967	34 515	19 891	237 785	123 101	114 686
25 – 26	51 834	27 184	24 650	8 059	4 565	50 486	26 327	24 159
26 – 27	50 237	26 309	23 928	8 200	4 539	50 218	26 208	24 010
27 – 28	51 314	26 995	24 319	8 270	4 695	49 875	25 955	23 920
28 – 29	49 660	25 734	23 926	8 027	4 421	48 645	25 107	23 538
29 – 30	48 637	25 206	23 431	7 754	4 300	47 011	24 306	22 705
Zusammen	251 682	131 428	120 254	40 310	22 520	246 235	127 903	118 332
30 – 31	46 630	24 139	22 491	7 868	4 221	46 124	23 727	22 397
31 – 32	46 665	23 964	22 701	7 704	4 100	46 210	23 673	22 538
32 – 33	46 850	24 021	22 829	7 806	4 110	46 991	23 966	23 025
33 – 34	48 210	24 601	23 609	7 889	4 147	47 826	24 216	23 611
34 – 35	48 367	24 380	23 987	7 885	4 012	47 475	23 789	23 686
Zusammen	236 722	121 105	115 617	39 152	20 590	234 626	119 371	115 257
35 – 36	47 678	23 818	23 860	8 144	4 143	46 281	23 170	23 111
36 – 37	45 879	23 106	22 773	7 886	4 042	45 171	22 696	22 475
37 – 38	45 251	22 761	22 490	7 685	3 917	44 717	22 304	22 413
38 – 39	44 919	22 306	22 613	7 729	3 911	44 263	22 007	22 256
39 – 40	44 426	22 235	22 191	7 541	3 765	43 794	21 852	21 943
Zusammen	228 153	114 226	113 927	38 985	19 778	224 226	112 029	112 198
40 – 41	44 030	21 975	22 055	7 780	3 960	43 976	21 832	22 144
41 – 42	44 573	22 094	22 479	7 763	4 004	44 752	22 165	22 587
42 – 43	45 460	22 552	22 908	7 518	3 738	47 259	23 343	23 916
43 – 44	49 589	24 433	25 156	7 298	3 623	51 837	25 676	26 162
44 – 45	54 627	27 210	27 417	7 208	3 644	55 742	27 805	27 937
Zusammen	238 279	118 264	120 015	37 567	18 969	243 566	120 821	122 746

Alter in Jahren	Bevölkerung am 31.12.2015					Durchschnittliche Bevölkerung 2015		
	insgesamt	männlich	weiblich	Ausländer/-innen		insgesamt	männlich	weiblich
				insgesamt	männlich			
45 – 46	57 316	28 642	28 674	7 128	3 667	59 569	29 787	29 782
46 – 47	62 205	31 196	31 009	6 858	3 495	63 852	32 086	31 767
47 – 48	65 938	33 207	32 731	6 884	3 533	66 683	33 437	33 247
48 – 49	67 785	33 879	33 906	6 170	3 160	68 956	34 689	34 268
49 – 50	70 395	35 642	34 753	6 000	3 247	70 385	35 558	34 828
Zusammen	323 639	162 566	161 073	33 040	17 102	329 445	165 557	163 892
50 – 51	70 628	35 599	35 029	5 919	3 144	71 377	36 008	35 369
51 – 52	72 207	36 396	35 811	5 780	2 972	72 108	36 435	35 674
52 – 53	72 138	36 506	35 632	5 183	2 706	71 199	35 869	35 330
53 – 54	70 360	35 292	35 068	5 111	2 646	70 194	35 226	34 969
54 – 55	69 981	35 064	34 917	4 652	2 354	68 835	34 351	34 484
Zusammen	355 314	178 857	176 457	26 645	13 822	353 713	177 889	175 826
55 – 56	67 675	33 625	34 050	4 487	2 300	66 624	33 309	33 316
56 – 57	65 476	32 889	32 587	4 110	2 121	63 763	31 906	31 857
57 – 58	61 986	30 892	31 094	3 895	1 957	61 712	30 867	30 845
58 – 59	61 272	30 699	30 573	3 741	1 917	60 085	30 048	30 038
59 – 60	58 616	29 192	29 424	3 581	1 808	57 751	28 685	29 066
Zusammen	315 025	157 297	157 728	19 814	10 103	309 935	154 815	155 122
60 – 61	56 643	28 020	28 623	3 591	1 719	56 253	27 831	28 422
61 – 62	55 559	27 398	28 161	3 137	1 472	54 883	27 038	27 846
62 – 63	53 886	26 423	27 463	2 979	1 344	53 815	26 512	27 304
63 – 64	53 362	26 316	27 046	2 909	1 267	52 975	26 161	26 814
64 – 65	52 175	25 716	26 459	2 668	1 224	52 645	25 970	26 676
Zusammen	271 625	133 873	137 752	15 284	7 026	270 571	133 512	137 062
65 – 66	52 586	25 887	26 699	2 927	1 330	51 924	25 527	26 397
66 – 67	50 680	24 815	25 865	2 743	1 368	47 465	23 294	24 171
67 – 68	43 700	21 396	22 304	2 766	1 350	41 383	20 230	21 153
68 – 69	38 558	18 738	19 820	2 525	1 296	36 683	17 846	18 837
69 – 70	34 306	16 627	17 679	2 273	1 243	31 667	15 228	16 439
Zusammen	219 830	107 463	112 367	13 234	6 587	209 122	102 125	106 997
70 – 71	28 567	13 555	15 012	1 935	1 010	33 277	15 854	17 424
71 – 72	37 297	17 705	19 592	1 786	959	37 446	17 799	19 648
72 – 73	36 954	17 475	19 479	1 663	887	36 705	17 385	19 320
73 – 74	35 706	16 840	18 866	1 634	910	40 336	18 858	21 479
74 – 75	43 993	20 288	23 705	1 424	787	46 159	21 150	25 009
Zusammen	182 517	85 863	96 654	8 442	4 553	193 923	91 046	102 880
75 – 76	47 028	21 229	25 799	1 440	782	46 964	21 396	25 568
76 – 77	45 572	20 797	24 775	1 257	694	44 323	20 179	24 144
77 – 78	41 730	18 782	22 948	1 166	641	40 634	18 243	22 391
78 – 79	38 161	16 882	21 279	1 005	538	37 880	16 732	21 148
79 – 80	36 114	15 783	20 331	850	463	35 495	15 405	20 091
Zusammen	208 605	93 473	115 132	5 718	3 118	205 296	91 955	113 342
80 – 81	33 249	14 156	19 093	721	392	32 099	13 708	18 391
81 – 82	29 314	12 385	16 929	609	309	26 644	11 177	15 467
82 – 83	22 538	9 242	13 296	518	278	22 598	9 235	13 363
83 – 84	21 110	8 465	12 645	438	214	21 556	8 525	13 031
84 – 85	20 282	7 804	12 478	395	189	20 888	7 946	12 942
Zusammen	126 493	52 052	74 441	2 681	1 382	123 785	50 591	73 194
85 – 86	19 629	7 218	12 411	307	150	19 440	7 128	12 312
86 – 87	17 424	6 262	11 162	288	127	17 465	6 305	11 160
87 – 88	15 573	5 532	10 041	233	89	15 221	5 280	9 941
88 – 89	13 019	4 285	8 734	174	67	13 108	4 179	8 930
89 – 90	11 320	3 394	7 926	158	61	11 226	3 276	7 950
Zusammen	76 965	26 691	50 274	1 160	494	76 460	26 168	50 293
90 und älter	36 801	8 550	28 251	634	188	35 987	8 197	27 793
Insgesamt	4 052 803	1 999 333	2 053 470	383 064	202 105	4 032 193	1 984 934	2 047 259

Alter in Jahren	Ins- gesamt	Ledig	Ver- heiratet	Ver- witwet	Ge- schie- den	Lebens- partnerschaft	Lebens- partner/-in verstorben	Lebens- partnerschaft aufgehoben	Anzahl
Insgesamt									
unter 16	566 937	566 935	2	-	-	-	-	-	-
16 – 18	84 327	84 308	19	-	-	-	-	-	-
18 – 20	91 931	91 555	373	1	-	2	-	-	-
20 – 25	237 958	226 967	10 524	23	360	74	-	10	-
25 – 30	251 682	192 900	54 679	93	3 633	324	1	52	-
30 – 35	236 722	117 583	108 360	293	9 875	527	1	83	-
35 – 40	228 153	72 398	136 955	606	17 416	690	5	83	-
40 – 45	238 279	54 038	155 480	1 475	26 566	642	5	73	-
45 – 50	323 639	58 299	215 195	3 597	45 587	862	12	87	-
50 – 55	355 314	46 816	245 128	7 571	54 935	788	22	54	-
55 – 60	315 025	30 574	225 998	12 317	45 587	498	14	37	-
60 – 65	271 625	18 626	200 480	18 682	33 532	279	11	15	-
65 – 70	219 830	10 843	161 064	25 253	22 452	202	9	7	-
70 – 75	182 517	7 621	126 416	33 216	15 101	140	17	6	-
75 – 80	208 605	8 354	129 349	58 485	12 342	65	7	3	-
80 – 85	126 493	5 193	61 376	54 725	5 177	19	3	-	-
85 – 90	76 965	3 730	24 735	46 090	2 400	8	2	-	-
90 und älter	36 801	2 416	5 702	27 537	1 141	3	2	-	-
Insgesamt	4 052 803	1 599 156	1 861 835	289 964	296 104	5 123	111	510	
Männer									
unter 16	291 913	291 913	-	-	-	-	-	-	-
16 – 18	43 419	43 419	-	-	-	-	-	-	-
18 – 20	48 302	48 258	43	1	-	-	-	-	-
20 – 25	123 991	121 019	2 871	2	76	22	-	1	-
25 – 30	131 428	110 097	19 987	12	1 187	124	1	20	-
30 – 35	121 105	70 875	46 204	42	3 743	211	1	29	-
35 – 40	114 226	44 220	62 361	91	7 192	326	3	33	-
40 – 45	118 264	33 136	73 292	270	11 203	330	4	29	-
45 – 50	162 566	36 554	104 670	761	20 049	486	5	41	-
50 – 55	178 857	29 934	121 421	1 486	25 523	453	13	27	-
55 – 60	157 297	19 622	112 914	2 462	22 018	252	10	19	-
60 – 65	133 873	11 484	102 418	3 644	16 134	176	7	10	-
65 – 70	107 463	6 723	85 316	4 951	10 344	116	7	6	-
70 – 75	85 863	4 476	67 982	6 537	6 750	100	14	4	-
75 – 80	93 473	4 387	72 706	11 282	5 048	42	7	1	-
80 – 85	52 052	1 948	37 931	10 326	1 830	14	3	-	-
85 – 90	26 691	738	16 238	9 080	630	4	1	-	-
90 und älter	8 550	213	3 830	4 357	147	3	-	-	-
Zusammen	1 999 333	879 016	930 184	55 304	131 874	2 659	76	220	
Frauen									
unter 16	275 024	275 022	2	-	-	-	-	-	-
16 – 18	40 908	40 889	19	-	-	-	-	-	-
18 – 20	43 629	43 297	330	-	-	2	-	-	-
20 – 25	113 967	105 948	7 653	21	284	52	-	9	-
25 – 30	120 254	82 803	34 692	81	2 446	200	-	32	-
30 – 35	115 617	46 708	62 156	251	6 132	316	-	54	-
35 – 40	113 927	28 178	74 594	515	10 224	364	2	50	-
40 – 45	120 015	20 902	82 188	1 205	15 363	312	1	44	-
45 – 50	161 073	21 745	110 525	2 836	25 538	376	7	46	-
50 – 55	176 457	16 882	123 707	6 085	29 412	335	9	27	-
55 – 60	157 728	10 952	113 084	9 855	23 569	246	4	18	-
60 – 65	137 752	7 142	98 062	15 038	17 398	103	4	5	-
65 – 70	112 367	4 120	75 748	20 302	12 108	86	2	1	-
70 – 75	96 654	3 145	58 434	26 679	8 351	40	3	2	-
75 – 80	115 132	3 967	56 643	47 203	7 294	23	-	2	-
80 – 85	74 441	3 245	23 445	44 399	3 347	5	-	-	-
85 – 90	50 274	2 992	8 497	37 010	1 770	4	1	-	-
90 und älter	28 251	2 203	1 872	23 180	994	-	2	-	-
Zusammen	2 053 470	720 140	931 651	234 660	164 230	2 464	35	290	

G 3

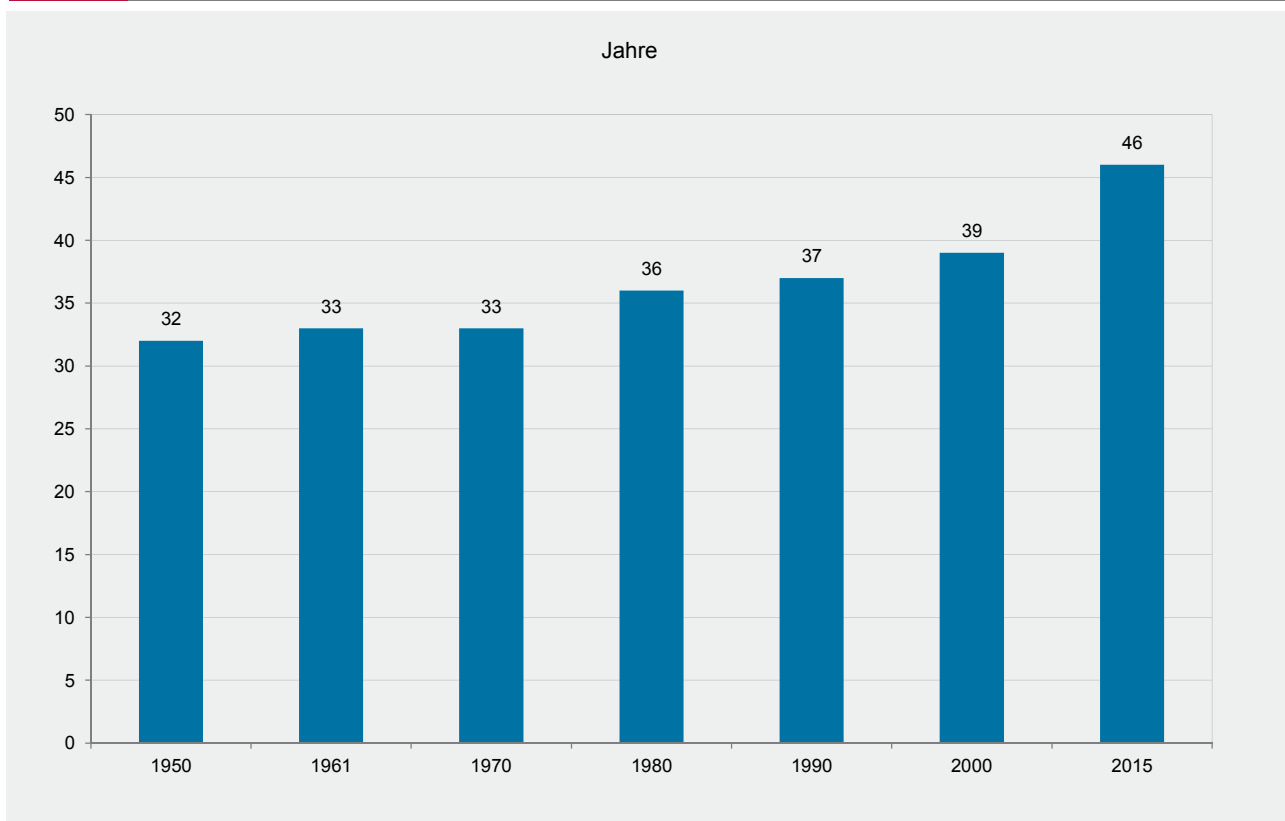
Bevölkerung 1950, 1970, 1990 und 2015¹ nach Altersgruppen
– Bevölkerungsstand und -entwicklung –



1 1950 - 1970 Ergebnisse der Volkszählung (VZ), 1990 auf Grundlage der VZ 1987, 2015 Fortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011.

G 4

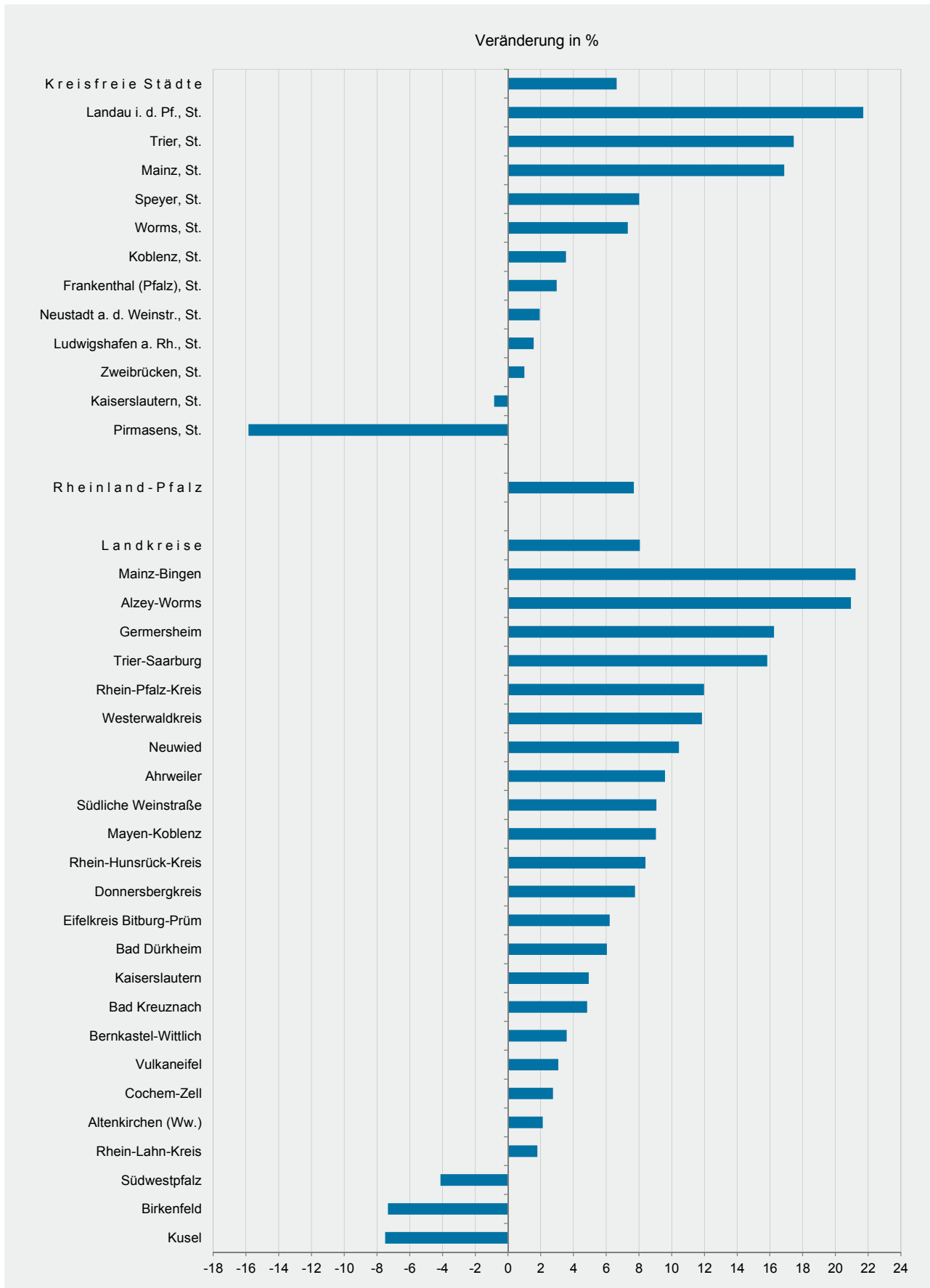
Durchschnittsalter (Median) der Bevölkerung 1950–2015¹
– Bevölkerungsstand und -entwicklung –



1 1950 - 1970 Ergebnisse der Volkszählung (VZ), 1990 auf Grundlage der VZ 1987, 2015 Fortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011.

Verwaltungsbezirk	Bevölkerung						
	1939	1950	1961	1970	1987	2011	2015
Frankenthal (Pfalz), St.	28 562	27 114	35 732	40 898	44 717	46 415	48 363
Kaiserslautern, St.	80 213	73 160	99 309	99 617	97 326	96 340	98 520
Koblenz, St.	103 678	80 841	116 094	119 434	108 246	107 825	112 586
Landau i. d. Pf., St.	32 263	30 634	36 060	38 644	36 057	43 361	45 362
Ludwigshafen a. Rh., St.	145 876	125 439	167 576	178 298	156 601	157 584	164 718
Mainz, St.	137 480	103 508	151 907	172 195	172 529	200 344	209 779
Neustadt a. d. Weinstr., St.	42 086	45 547	52 275	51 781	50 120	52 164	52 999
Pirmasens, St.	58 848	49 676	60 932	57 773	47 997	40 887	40 125
Speyer, St.	30 058	31 841	38 485	41 763	44 034	49 540	50 284
Trier, St.	102 867	90 777	105 735	103 724	94 118	105 671	114 914
Worms, St.	69 358	64 473	75 306	76 697	73 635	79 207	82 102
Zweibrücken, St.	35 582	30 651	38 092	38 251	33 373	34 200	34 260
Ahrweiler	73 995	82 996	92 757	103 862	111 232	125 883	127 770
Altenkirchen (Ww.)	90 557	101 099	112 396	121 181	120 757	130 570	129 171
Alzey-Worms	80 228	94 516	92 937	96 304	99 619	125 112	127 274
Bad Dürkheim	84 795	97 629	108 276	114 782	120 129	131 085	132 203
Bad Kreuznach	115 725	127 059	136 734	147 360	144 966	155 599	156 821
Bad Kreuznach, gkSt.	32 862	33 803	39 267	42 146	38 942	47 395	49 406
Bernkastel-Wittlich	102 186	106 309	107 309	109 983	106 492	111 274	111 828
Birkenfeld	76 760	77 952	91 686	93 619	85 484	82 778	80 615
Idar-Oberstein, gkSt.	32 530	31 752	39 229	39 000	33 643	29 073	28 350
Cochem-Zell	60 571	63 073	63 917	65 998	60 530	63 075	62 391
Donnersbergkreis	54 782	61 840	64 181	66 957	66 756	76 032	75 230
Eifelkreis Bitburg-Prüm	99 306	87 643	90 893	93 396	89 478	95 775	97 180
Germersheim	66 252	66 635	76 693	91 680	103 294	123 913	127 303
Kaiserslautern	69 496	76 855	92 000	96 314	95 129	105 283	104 966
Kusel	68 495	73 610	77 844	79 040	75 028	72 781	70 997
Mainz-Bingen	114 683	131 018	137 924	151 274	163 836	200 672	208 749
Bingen am Rhein, gkSt.	21 925	21 745	25 446	25 542	23 070	23 812	24 987
Ingelheim am Rhein, gkSt.	11 817	14 218	16 854	19 735	21 081	23 959	26 546
Mayen-Koblenz	137 875	154 133	172 361	186 974	188 282	210 307	211 925
Andernach, gkSt.	18 390	20 780	26 518	27 140	26 739	29 151	29 441
Mayen, gkSt.	17 525	16 827	19 744	20 765	18 584	18 607	18 818
Neuwied	110 096	121 265	134 684	148 202	156 332	180 674	180 655
Neuwied, gkSt.	47 135	52 314	59 265	62 560	60 261	64 144	64 340
Rhein-Hunsrück-Kreis	73 503	80 372	81 686	87 450	89 554	103 436	102 529
Rhein-Lahn-Kreis	98 947	110 739	116 061	120 183	115 758	123 203	123 543
Lahnstein, gkSt.	16 406	16 423	20 416	19 695	17 827	17 726	17 973
Rhein-Pfalz-Kreis	73 400	84 163	100 027	115 136	129 795	146 870	151 546
Südliche Weinstraße	88 077	90 657	95 653	98 206	97 348	108 244	110 526
Südwestpfalz	83 783	82 692	94 726	103 146	99 243	98 426	96 474
Trier-Saarburg	102 954	100 393	109 191	118 355	125 299	143 273	147 999
Vulkaneifel	49 677	50 882	51 938	56 954	57 040	61 947	60 794
Westerwaldkreis	116 980	127 593	137 739	160 006	170 689	200 058	200 302
Rheinland-Pfalz	2 959 994	3 004 784	3 417 116	3 645 437	3 630 823	3 989 808	4 052 803
kreisfreie Städte	866 871	753 661	977 503	1 019 075	958 753	1 013 538	1 054 012
Landkreise	2 093 123	2 251 123	2 439 613	2 626 362	2 672 070	2 976 270	2 998 791

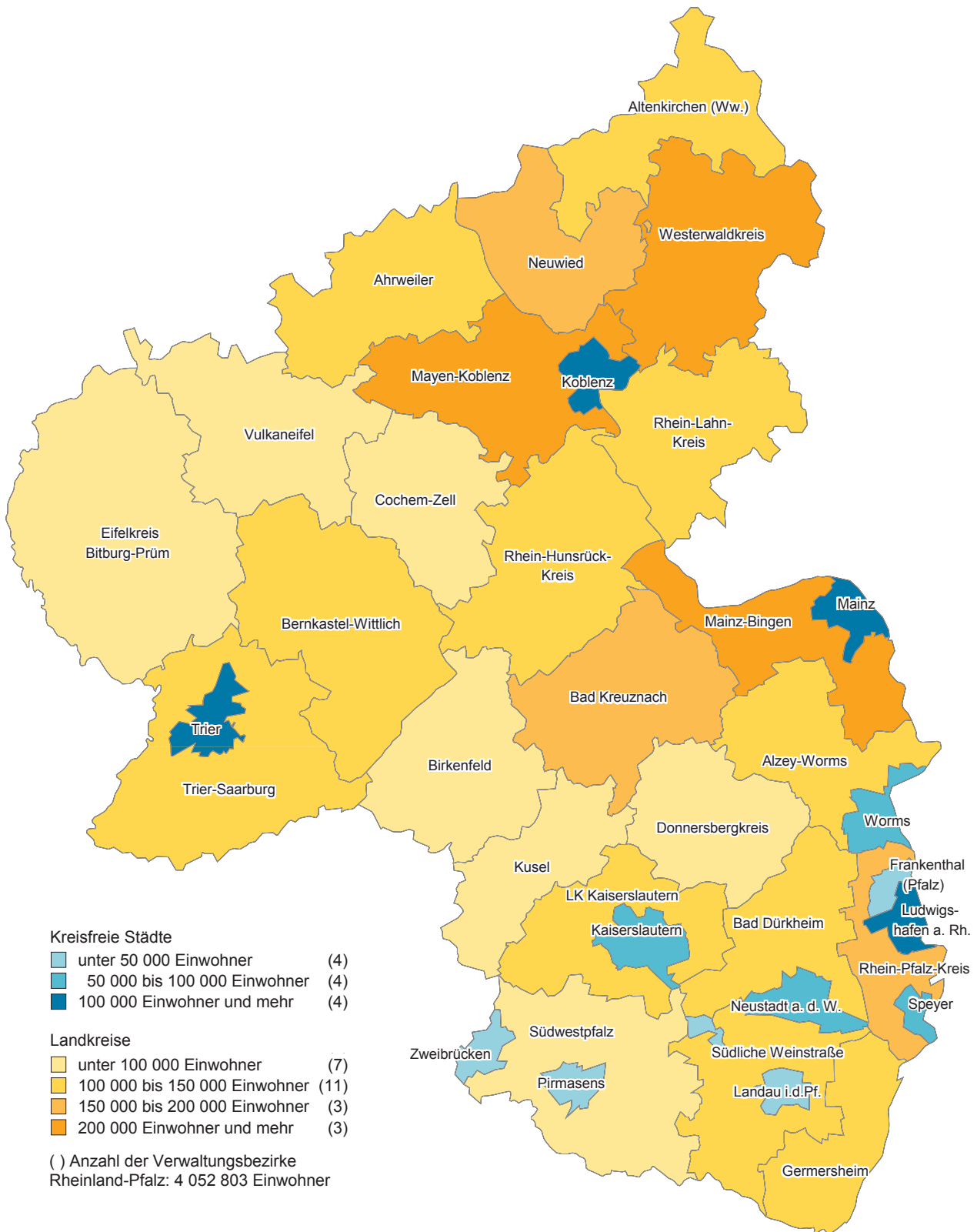
1 1939–2011 Ergebnisse der Volkszählung/Zensus; 2015: Bevölkerung am 31.12..



1 1990: Fortschreibung auf Grundlage der Volkszählung 1987, 2015 Fortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011.

Verwaltungsbezirk	Fläche ¹	Bevölkerung je km ²	Gemeinden	Bevölkerung am 31.12.2014	Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Wanderungssaldo	Bevölkerungszu- bzw. -abnahme ^{2,3}	Bevölkerung am 31.12.2015			
								insgesamt	männlich	weiblich	
	km ²	Anzahl		Anzahl		%	Anzahl				
Frankenthal (Pfalz), St.	43,76	1 105	1	47 724	-129	720	639	1,3	48 363	23 482	24 881
Kaiserslautern, St.	139,74	705	1	97 382	-257	1 332	1 138	1,2	98 520	49 508	49 012
Koblenz, St.	105,16	1 071	1	111 434	-276	1 384	1 152	1,0	112 586	54 391	58 195
Landau i. d. Pf., St.	82,96	547	1	44 465	-92	969	897	2,0	45 362	21 495	23 867
Ludwigshafen a. Rh., St.	77,55	2 124	1	163 832	-38	692	886	0,5	164 718	81 590	83 128
Mainz, St.	97,74	2 146	1	206 991	256	2 322	2 788	1,3	209 779	101 620	108 159
Neustadt a. d. Weinstr., St.	117,10	453	1	52 564	-212	597	435	0,8	52 999	25 714	27 285
Pirmasens, St.	61,37	654	1	40 046	-287	342	79	0,2	40 125	19 453	20 672
Speyer, St.	42,60	1 180	1	49 855	-137	542	429	0,9	50 284	24 245	26 039
Trier, St.	117,13	981	1	108 472	-104	6 826	6 442	5,9	114 914	57 510	57 404
Worms, St.	108,73	755	1	81 010	-86	1 110	1 092	1,3	82 102	40 323	41 779
Zweibrücken, St.	70,64	485	1	34 011	-133	384	249	0,7	34 260	16 893	17 367
Ahrweiler	786,99	162	74	126 643	-652	1 753	1 127	0,9	127 770	62 533	65 237
Altenkirchen (Ww.)	642,01	201	119	128 228	-521	1 451	943	0,7	129 171	64 024	65 147
Alzey-Worms	588,13	216	69	125 998	-206	1 447	1 276	1,0	127 274	63 379	63 895
Bad Dürkheim	594,78	222	48	131 530	-662	1 346	673	0,5	132 203	64 778	67 425
Bad Kreuznach	863,70	182	118	155 944	-704	1 552	877	0,6	156 821	76 459	80 362
Bad Kreuznach, gkSt.	55,63	888	1	48 813	-254	825	593	1,2	49 406	23 324	26 082
Bernkastel-Wittlich	1 167,59	96	107	110 981	-400	1 228	847	0,8	111 828	55 763	56 065
Birkenfeld	776,57	104	96	80 591	-615	640	24	0,0	80 615	39 898	40 717
Idar-Oberstein, gkSt.	91,55	310	1	28 148	-208	410	202	0,7	28 350	13 908	14 442
Cochem-Zell	692,35	90	89	62 041	-354	707	350	0,6	62 391	31 294	31 097
Donnersbergkreis	645,48	117	81	74 962	-383	645	268	0,4	75 230	37 221	38 009
Eifelkreis Bitburg-Prüm	1 626,29	60	235	96 408	-236	1 012	772	0,8	97 180	48 729	48 451
Germersheim	463,35	275	31	126 266	-117	1 120	1 037	0,8	127 303	63 377	63 926
Kaiserslautern	639,88	164	50	104 288	-290	951	678	0,7	104 966	51 600	53 366
Kusel	573,34	124	98	70 883	-419	527	114	0,2	70 997	35 214	35 783
Mainz-Bingen	605,74	345	66	204 514	-210	4 442	4 235	2,1	208 749	103 161	105 588
Bingen am Rhein, gkSt.	37,73	662	1	24 640	-53	400	347	1,4	24 987	12 254	12 733
Ingelheim am Rhein, gkSt.	49,87	532	1	24 155	-58	2 455	2 391	9,9	26 546	13 369	13 177
Mayen-Koblenz	817,27	259	87	210 441	-426	1 878	1 484	0,7	211 925	104 476	107 449
Andernach, gkSt.	53,24	553	1	29 202	-66	294	239	0,8	29 441	14 273	15 168
Mayen, gkSt.	58,13	324	1	18 626	-63	251	192	1,0	18 818	9 293	9 525
Neuwied	626,88	288	62	179 317	-662	1 946	1 338	0,7	180 655	88 745	91 910
Neuwied, gkSt.	86,50	744	1	63 769	-264	798	571	0,9	64 340	31 344	32 996
Rhein-Hunsrück-Kreis	991,13	103	137	101 945	-437	1 003	584	0,6	102 529	50 945	51 584
Rhein-Lahn-Kreis	782,32	158	137	121 487	-558	2 591	2 056	1,7	123 543	61 376	62 167
Lahnstein, gkSt.	37,56	478	1	17 771	-93	293	202	1,1	17 973	8 661	9 312
Rhein-Pfalz-Kreis	304,94	497	25	150 051	-365	1 828	1 495	1,0	151 546	74 549	76 997
Südliche Weinstraße	639,84	173	75	109 735	-332	1 105	791	0,7	110 526	54 637	55 889
Südwestpfalz	953,67	101	84	96 410	-444	501	64	0,1	96 474	47 711	48 763
Trier-Saarburg	1 101,50	134	104	145 227	-338	3 098	2 772	1,9	147 999	73 248	74 751
Vulkaneifel	911,04	67	109	60 775	-384	403	19	0,0	60 794	30 387	30 407
Westerwaldkreis	988,98	203	192	199 131	-621	1 761	1 171	0,6	200 302	99 605	100 697
Rheinland-Pfalz	19 854,46	204	2 305	4 011 582	- 11 831	52 155	41 221	1,0	4 052 803	1 999 333	2 053 470
kreisfreie Städte	1 064,48	990	12	1 037 786	- 1 495	17 220	16 226	1,6	1 054 012	516 224	537 788
Landkreise	18 783,78	160	2 293	2 973 796	- 10 336	34 935	24 995	0,8	2 998 791	1 483 109	1 515 682

1 Landessumme einschließlich des gemeinschaftlichen deutsch-luxemburgischen Hoheitsgebietes. – 2 In der Berechnung der Bevölkerungsveränderung wurden nur Ereignisse mit Datum nach dem 09.05.2011 (Zensusstichtag) berücksichtigt. Die vorliegenden Bevölkerungsbewegungen können deshalb von den Ergebnissen der Geburten-, Sterbefall- und Wanderungsstatistik abweichen. – 3 Einschließlich sonstiger Veränderungen.



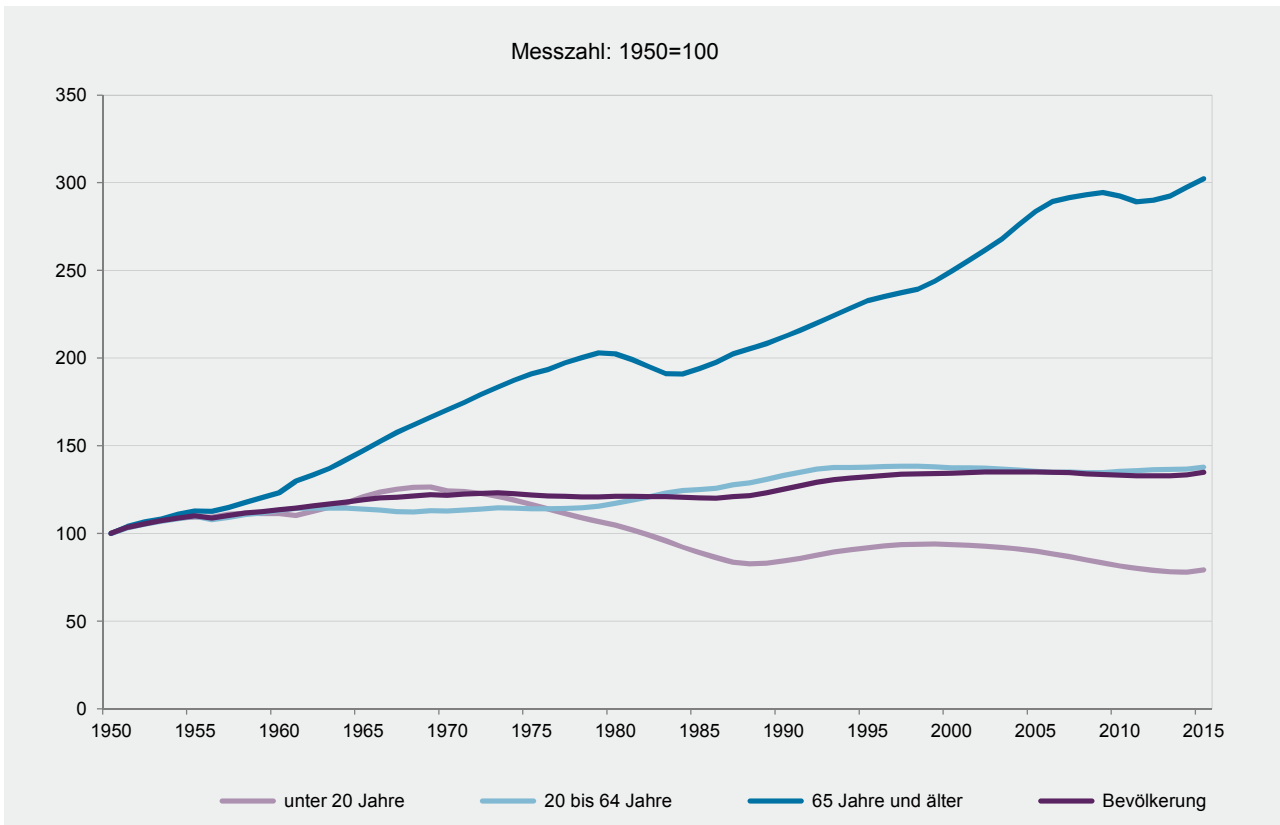
Verwaltungsbezirk	Bevölkerung am 31.12.2015			Davon im Alter von ... Jahren			Jugend- quotient ¹	Senioren- quotient ¹	Gesamt- quotient
				unter 20	20 – 65	65 und älter			
	insgesamt	männlich	weiblich	Anzahl					
Frankenthal (Pfalz), St.	48 363	23 482	24 881	8 962	28 527	10 874	31,4	38,1	69,5
Kaiserslautern, St.	98 520	49 508	49 012	16 483	62 302	19 735	26,5	31,7	58,1
Koblenz, St.	112 586	54 391	58 195	18 434	69 925	24 227	26,4	34,6	61,0
Landau i. d. Pf., St.	45 362	21 495	23 867	7 950	28 767	8 645	27,6	30,1	57,7
Ludwigshafen a. Rh., St.	164 718	81 590	83 128	32 656	100 068	31 994	32,6	32,0	64,6
Mainz, St.	209 779	101 620	108 159	34 772	137 935	37 072	25,2	26,9	52,1
Neustadt a. d. Weinstr., St.	52 999	25 714	27 285	9 323	31 193	12 483	29,9	40,0	69,9
Pirmasens, St.	40 125	19 453	20 672	6 648	23 212	10 265	28,6	44,2	72,9
Speyer, St.	50 284	24 245	26 039	9 233	30 138	10 913	30,6	36,2	66,8
Trier, St.	114 914	57 510	57 404	20 239	75 363	19 312	26,9	25,6	52,5
Worms, St.	82 102	40 323	41 779	15 744	49 954	16 404	31,5	32,8	64,4
Zweibrücken, St.	34 260	16 893	17 367	6 012	20 498	7 750	29,3	37,8	67,1
Ahrweiler	127 770	62 533	65 237	22 569	74 635	30 566	30,2	41,0	71,2
Altenkirchen (Ww.)	129 171	64 024	65 147	24 581	76 983	27 607	31,9	35,9	67,8
Alzey-Worms	127 274	63 379	63 895	24 776	78 658	23 840	31,5	30,3	61,8
Bad Dürkheim	132 203	64 778	67 425	23 316	78 218	30 669	29,8	39,2	69,0
Bad Kreuznach	156 821	76 459	80 362	28 707	93 026	35 088	30,9	37,7	68,6
Bad Kreuznach, gkSt.	49 406	23 324	26 082	9 081	28 830	11 495	31,5	39,9	71,4
Bernkastel-Wittlich	111 828	55 763	56 065	20 399	67 083	24 346	30,4	36,3	66,7
Birkenfeld	80 615	39 898	40 717	13 772	47 764	19 079	28,8	39,9	68,8
Idar-Oberstein, gkSt.	28 350	13 908	14 442	4 549	16 442	7 359	27,7	44,8	72,4
Cochem-Zell	62 391	31 294	31 097	11 081	36 815	14 495	30,1	39,4	69,5
Donnersbergkreis	75 230	37 221	38 009	14 432	45 553	15 245	31,7	33,5	65,1
Eifelkreis Bitburg-Prüm	97 180	48 729	48 451	18 531	59 196	19 453	31,3	32,9	64,2
Germersheim	127 303	63 377	63 926	24 364	78 968	23 971	30,9	30,4	61,2
Kaiserslautern	104 966	51 600	53 366	20 010	63 180	21 776	31,7	34,5	66,1
Kusel	70 997	35 214	35 783	12 301	42 697	15 999	28,8	37,5	66,3
Mainz-Bingen	208 749	103 161	105 588	41 220	126 744	40 785	32,5	32,2	64,7
Bingen am Rhein, gkSt.	24 987	12 254	12 733	4 380	15 216	5 391	28,8	35,4	64,2
Ingelheim am Rhein, gkSt.	26 546	13 369	13 177	5 404	16 067	5 075	33,6	31,6	65,2
Mayen-Koblenz	211 925	104 476	107 449	39 088	128 129	44 708	30,5	34,9	65,4
Andernach, gkSt.	29 441	14 273	15 168	5 402	17 436	6 603	31,0	37,9	68,9
Mayen, gkSt.	18 818	9 293	9 525	3 294	11 214	4 310	29,4	38,4	67,8
Neuwied	180 655	88 745	91 910	34 687	106 714	39 254	32,5	36,8	69,3
Neuwied, gkSt.	64 340	31 344	32 996	12 201	37 686	14 453	32,4	38,4	70,7
Rhein-Hunsrück-Kreis	102 529	50 945	51 584	18 816	61 490	22 223	30,6	36,1	66,7
Rhein-Lahn-Kreis	123 543	61 376	62 167	22 317	73 375	27 851	30,4	38,0	68,4
Lahnstein, gkSt.	17 973	8 661	9 312	2 995	10 593	4 385	28,3	41,4	69,7
Rhein-Pfalz-Kreis	151 546	74 549	76 997	27 670	90 325	33 551	30,6	37,1	67,8
Südliche Weinstraße	110 526	54 637	55 889	19 827	66 410	24 289	29,9	36,6	66,4
Südwestpfalz	96 474	47 711	48 763	15 862	57 647	22 965	27,5	39,8	67,4
Trier-Saarburg	147 999	73 248	74 751	28 837	90 284	28 878	31,9	32,0	63,9
Vulkaneifel	60 794	30 387	30 407	10 956	35 657	14 181	30,7	39,8	70,5
Westerwaldkreis	200 302	99 605	100 697	38 620	120 964	40 718	31,9	33,7	65,6
Rheinland-Pfalz	4 052 803	1 999 333	2 053 470	743 195	2 458 397	851 211	30,2	34,6	64,9
kreisfreie Städte	1 054 012	516 224	537 788	186 456	657 882	209 674	28,3	31,9	60,2
Landkreise	2 998 791	1 483 109	1 515 682	556 739	1 800 515	641 537	30,9	35,6	66,6

1 Unter 20-Jährige bezogen auf 20- bis 64-Jährige bzw. 65-Jährige und Ältere bezogen auf 20- bis 64-Jährige.

Verwaltungsbezirk	Davon im Alter von ... Jahren										Ins- gesamt
	unter 3	3 – 6	6 – 10	10 – 16	16 – 20	20 – 35	35 – 50	50 – 65	65 – 80	80 und älter	
	Anzahl										
Frankenthal (Pfalz), St.	1 373	1 315	1 622	2 644	2 008	8 876	9 344	10 307	7 702	3 172	48 363
Kaiserslautern, St.	2 462	2 312	3 008	4 560	4 141	24 344	17 297	20 661	14 113	5 622	98 520
Koblenz, St.	2 983	2 672	3 461	5 148	4 170	26 643	20 875	22 407	16 912	7 315	112 586
Landau i. d. Pf., St.	1 123	1 096	1 504	2 305	1 922	10 642	8 671	9 454	6 123	2 522	45 362
Ludwigshafen a. Rh., St.	5 275	4 949	6 241	9 256	6 935	33 033	33 567	33 468	22 827	9 167	164 718
Mainz, St.	5 909	5 228	6 619	9 525	7 491	58 809	41 491	37 635	26 582	10 490	209 779
Neustadt a. d. Weinstr., St.	1 401	1 266	1 693	2 767	2 196	8 915	9 670	12 608	8 697	3 786	52 999
Pirmasens, St.	933	922	1 288	1 929	1 576	6 585	7 016	9 611	6 987	3 278	40 125
Speyer, St.	1 322	1 296	1 703	2 830	2 082	8 458	10 054	11 626	7 773	3 140	50 284
Trier, St.	3 113	2 817	3 640	5 396	5 273	33 563	20 991	20 809	13 325	5 987	114 914
Worms, St.	2 398	2 252	2 990	4 625	3 479	15 816	16 157	17 981	11 777	4 627	82 102
Zweibrücken, St.	840	833	1 097	1 822	1 420	6 427	6 204	7 867	5 444	2 306	34 260
Ahrweiler	3 030	2 987	3 953	6 892	5 707	19 878	24 019	30 738	21 727	8 839	127 770
Altenkirchen (Ww.)	3 228	3 321	4 502	7 408	6 122	21 520	24 866	30 597	19 861	7 746	129 171
Alzey-Worms	3 428	3 288	4 507	7 618	5 935	20 847	26 083	31 728	17 476	6 364	127 274
Bad Dürkheim	3 009	3 089	4 281	7 249	5 688	19 194	25 903	33 121	22 573	8 096	132 203
Bad Kreuznach	3 923	3 943	5 342	8 774	6 725	25 363	30 122	37 541	25 489	9 599	156 821
Bad Kreuznach, gkSt.	1 367	1 304	1 736	2 657	2 017	8 864	9 144	10 822	8 316	3 179	49 406
Bernkastel-Wittlich	2 852	2 705	3 706	6 267	4 869	18 146	21 791	27 146	17 118	7 228	111 828
Birkenfeld	1 774	1 855	2 543	4 269	3 331	13 073	14 620	20 071	13 408	5 671	80 615
Idar-Oberstein, gkSt.	686	629	821	1 318	1 095	4 578	4 852	7 012	5 158	2 201	28 350
Cochem-Zell	1 396	1 393	1 976	3 545	2 771	9 828	11 727	15 260	10 276	4 219	62 391
Donnersbergkreis	1 833	1 852	2 670	4 569	3 508	11 692	14 793	19 068	10 886	4 359	75 230
Eifelkreis Bitburg-Prüm	2 568	2 484	3 379	5 659	4 441	17 145	18 784	23 267	13 646	5 807	97 180
Germersheim	3 438	3 352	4 634	7 243	5 697	22 963	26 152	29 853	17 747	6 224	127 303
Kaiserslautern	2 715	2 727	3 664	6 195	4 709	17 247	19 960	25 973	15 648	6 128	104 966
Kusel	1 633	1 638	2 208	3 807	3 015	11 225	13 065	18 407	11 347	4 652	70 997
Mainz-Bingen	5 645	5 808	7 836	12 344	9 587	32 972	44 264	49 508	30 511	10 274	208 749
Bingen am Rhein, gkSt.	710	599	812	1 263	996	4 864	4 880	5 472	3 937	1 454	24 987
Ingelheim am Rhein, gkSt.	717	763	1 017	1 534	1 373	4 601	5 365	6 101	3 735	1 340	26 546
Mayen-Koblenz	5 413	5 244	7 180	12 042	9 209	35 163	42 076	50 890	32 309	12 399	211 925
Andernach, gkSt.	788	808	983	1 594	1 229	5 200	5 279	6 957	4 613	1 990	29 441
Mayen, gkSt.	490	412	637	968	787	3 277	3 439	4 498	2 976	1 334	18 818
Neuwied	4 540	4 596	6 368	10 801	8 382	29 332	34 428	42 954	28 050	11 204	180 655
Neuwied, gkSt.	1 686	1 737	2 295	3 633	2 850	11 235	11 653	14 798	10 097	4 356	64 340
Rhein-Hunsrück-Kreis	2 486	2 422	3 381	5 960	4 567	16 562	19 825	25 103	15 816	6 407	102 529
Rhein-Lahn-Kreis	3 065	2 872	4 150	6 744	5 486	20 004	23 813	29 558	20 424	7 427	123 543
Lahnstein, gkSt.	471	383	529	856	756	3 096	3 396	4 101	3 164	1 221	17 973
Rhein-Pfalz-Kreis	4 050	3 902	5 104	8 242	6 372	23 572	30 227	36 526	24 362	9 189	151 546
Südliche Weinstraße	2 727	2 622	3 659	6 062	4 757	17 315	21 626	27 469	17 750	6 539	110 526
Südwestpfalz	2 100	2 065	2 821	4 858	4 018	14 567	18 084	24 996	16 281	6 684	96 474
Trier-Saarburg	3 986	3 985	5 603	8 611	6 652	24 197	30 863	35 224	20 489	8 389	147 999
Vulkaneifel	1 400	1 365	1 920	3 414	2 857	9 432	11 114	15 111	10 072	4 109	60 794
Westerwaldkreis	5 031	5 204	7 142	12 083	9 160	33 014	40 529	47 421	29 424	11 294	200 302
Rheinland-Pfalz	104 402	101 677	137 395	223 463	176 258	726 362	790 071	941 964	610 952	240 259	4 052 803
kreisfreie Städte	29 132	26 958	34 866	52 807	42 693	242 111	201 337	214 434	148 262	61 412	1 054 012
Landkreise	75 270	74 719	102 529	170 656	133 565	484 251	588 734	727 530	462 690	178 847	2 998 791

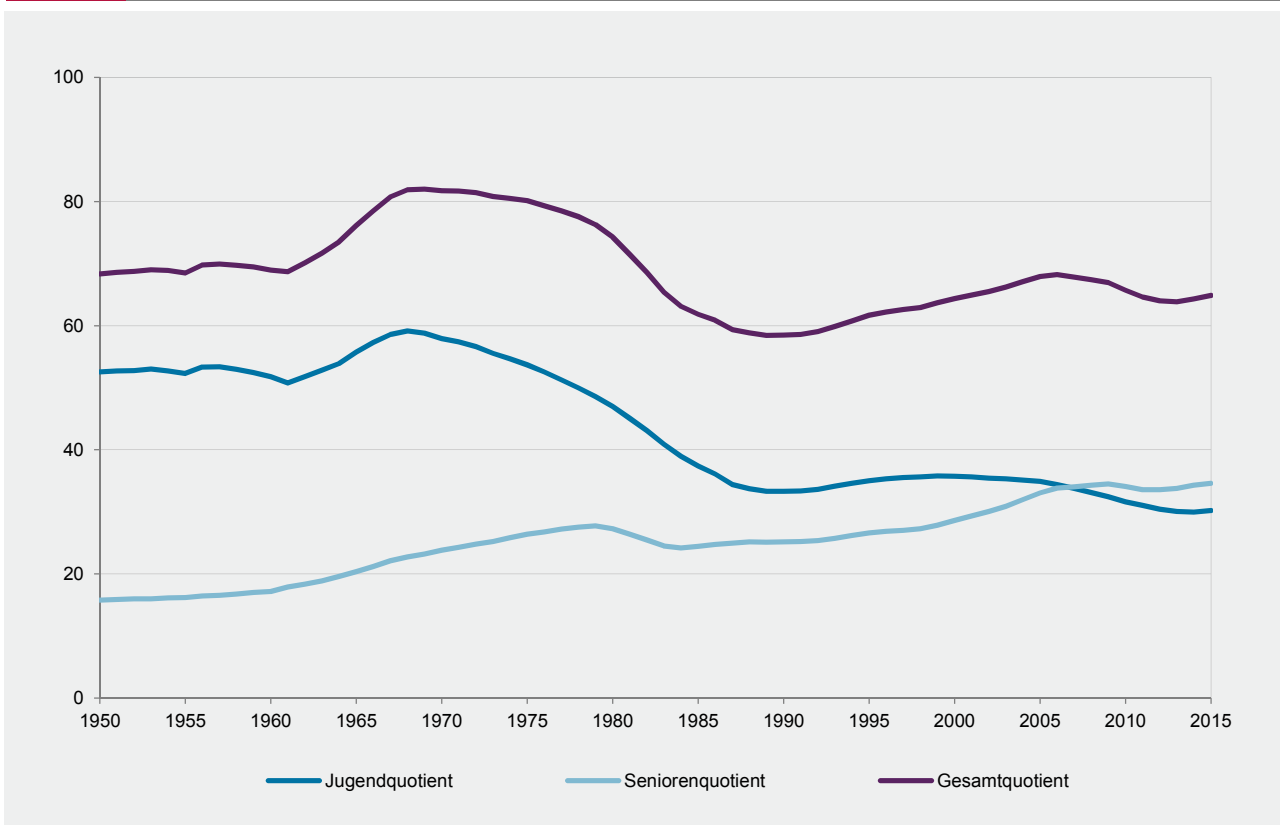
G 6

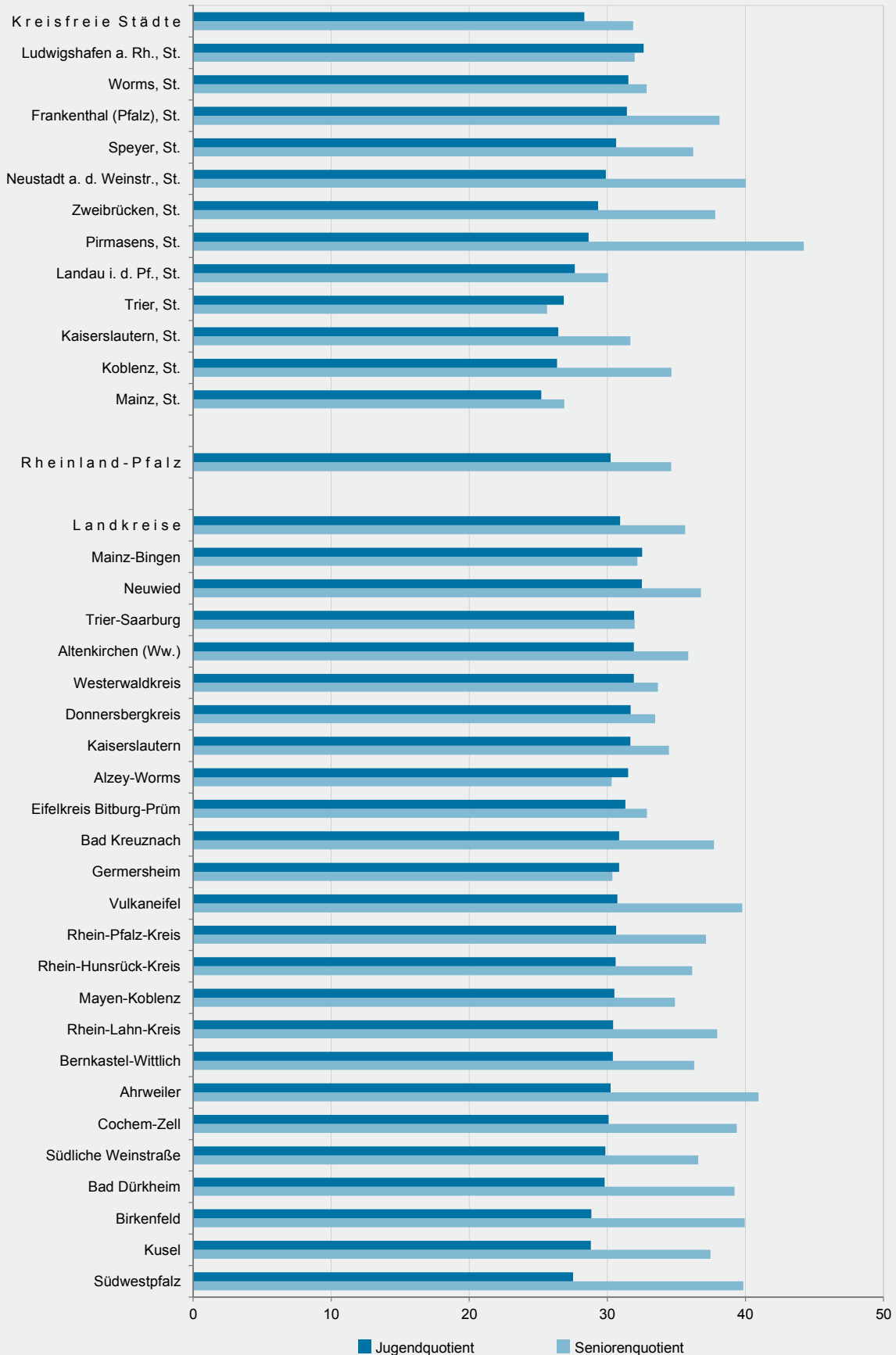
Bevölkerung 1950–2015¹ nach Altersgruppen
– Bevölkerungsstand und -entwicklung –



G 7

Jugendquotient, Seniorenquotient und Gesamtquotient 1950–2015^{1, 2}
– Bevölkerungsstand und -entwicklung –





1 Unter 20-Jährige bezogen auf 20- bis 64-Jährige bzw. 65-Jährige und Ältere bezogen auf 20- bis 64-Jährige.

Gebiet der Staatsangehörigkeit	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Aufenthaltsdauer in Jahren						
				unter 1	1 – 5	5 – 10	10 – 20	20 – 30	30 – 40	40 u. mehr
				Anzahl						
Europa	303 912	159 357	144 555	29 947	69 617	33 803	55 744	48 368	26 096	40 337
EU-Staaten	190 231	103 401	86 830	22 322	57 405	25 956	26 239	21 515	12 674	24 120
Belgien	2 170	1 113	1 057	163	510	351	372	254	217	303
Bulgarien	14 001	7 546	6 455	3 047	7 013	2 563	1 026	322	12	18
Dänemark	468	188	280	22	80	62	89	85	50	80
Estland	275	81	194	25	107	55	64	22	-	2
Finnland	461	154	307	37	94	61	84	56	43	86
Frankreich	8 213	4 001	4 212	348	1 079	858	1 394	1 436	1 258	1 840
Griechenland	8 627	4 819	3 808	513	1 977	329	1 108	1 715	752	2 233
Irland	572	312	260	53	122	74	117	116	59	31
Italien	29 499	17 230	12 269	1 440	3 327	1 001	3 640	5 664	5 274	9 153
Kroatien	10 073	5 198	4 875	1 466	1 760	300	868	2 050	1 095	2 534
Lettland	1 393	608	785	173	695	280	208	29	1	7
Litauen	2 909	1 056	1 853	294	1 313	578	636	78	1	9
Luxemburg	7 241	3 807	3 434	823	2 167	2 349	1 169	277	151	305
Malta	58	26	32	3	15	27	2	5	4	2
Niederlande	6 146	3 323	2 823	325	1 145	1 208	1 075	710	520	1 163
Österreich	5 238	2 680	2 558	148	408	413	672	677	731	2 189
Polen	40 326	21 561	18 765	4 871	15 381	8 687	7 402	3 268	553	164
Portugal	8 137	4 497	3 640	327	1 464	661	1 793	1 832	587	1 473
Rumänien	20 865	11 862	9 003	5 511	10 517	2 985	1 163	651	27	11
Schweden	545	255	290	42	104	84	94	106	44	71
Slowakei	1 783	861	922	253	650	352	428	78	19	3
Slowenien	778	423	355	93	190	54	67	79	56	239
Spanien	5 347	2 769	2 578	496	1 661	352	517	362	377	1 582
Tschechische Republik	1 860	835	1 025	249	647	296	432	178	34	24
Ungarn	8 721	5 646	3 075	1 331	4 065	1 393	1 021	704	141	66
Vereinigtes Königreich	4 435	2 516	1 919	265	872	574	783	754	657	530
Zypern	90	34	56	4	42	9	15	7	11	2
Übriges Europa	113 681	55 956	57 725	7 625	12 212	7 847	29 505	26 853	13 422	16 217
Bosnien und Herzegowina	5 874	3 068	2 806	444	909	273	679	2 316	371	882
Kosovo	10 622	5 580	5 042	1 399	2 307	1 123	2 682	2 752	124	235
Serbien	6 905	3 367	3 538	735	1 558	601	1 216	1 621	304	870
Russische Föderation	9 739	3 456	6 283	504	1 862	1 401	5 424	536	7	5
Türkei	59 284	30 765	28 519	555	2 099	2 691	13 225	16 167	11 948	12 599
Ukraine	5 197	1 716	3 481	290	852	682	3 085	281	3	4
Afrika	15 348	9 220	6 128	2 481	5 792	2 210	2 647	1 501	404	313
Ägypten	1 358	958	400	257	851	109	78	51	9	3
Marokko	2 623	1 430	1 193	243	725	424	581	346	149	155
Tunesien	1 101	697	404	102	319	167	243	96	74	100
Amerika	13 200	6 634	6 566	1 290	2 949	1 893	2 576	2 148	1 094	1 250
Brasilien	1 796	450	1 346	199	412	398	461	242	37	47
Kolumbien	510	167	343	72	153	96	137	45	5	2
Vereinigte Staaten	7 968	4 943	3 025	702	1 663	856	1 201	1 536	931	1 079
Asien	58 985	31 732	27 253	18 694	16 437	5 933	11 461	5 149	986	325
China	3 478	1 544	1 934	510	1 362	623	762	194	24	3
Irak	2 660	1 514	1 146	141	635	730	1 096	51	4	3
Kasachstan	2 381	1 080	1 301	74	239	243	1 694	130	-	1
Syrien, Arabische Republik	17 316	11 588	5 728	11 353	5 073	313	347	202	19	9
Thailand	4 290	431	3 859	99	449	661	1 981	889	191	20
Vietnam	3 655	1 641	2 014	152	432	449	976	1 556	88	2
Australien / Ozeanien	428	236	192	66	109	59	62	52	22	58
Staatenlos, ungeklärt und ohne Angabe	2 215	1 404	811	580	585	191	331	293	96	139
Insgesamt	394 088	208 583	185 505	53 058	95 489	44 089	72 821	57 511	28 698	42 422

Quelle: Ausländerzentralregister des Bundesverwaltungsamtes.

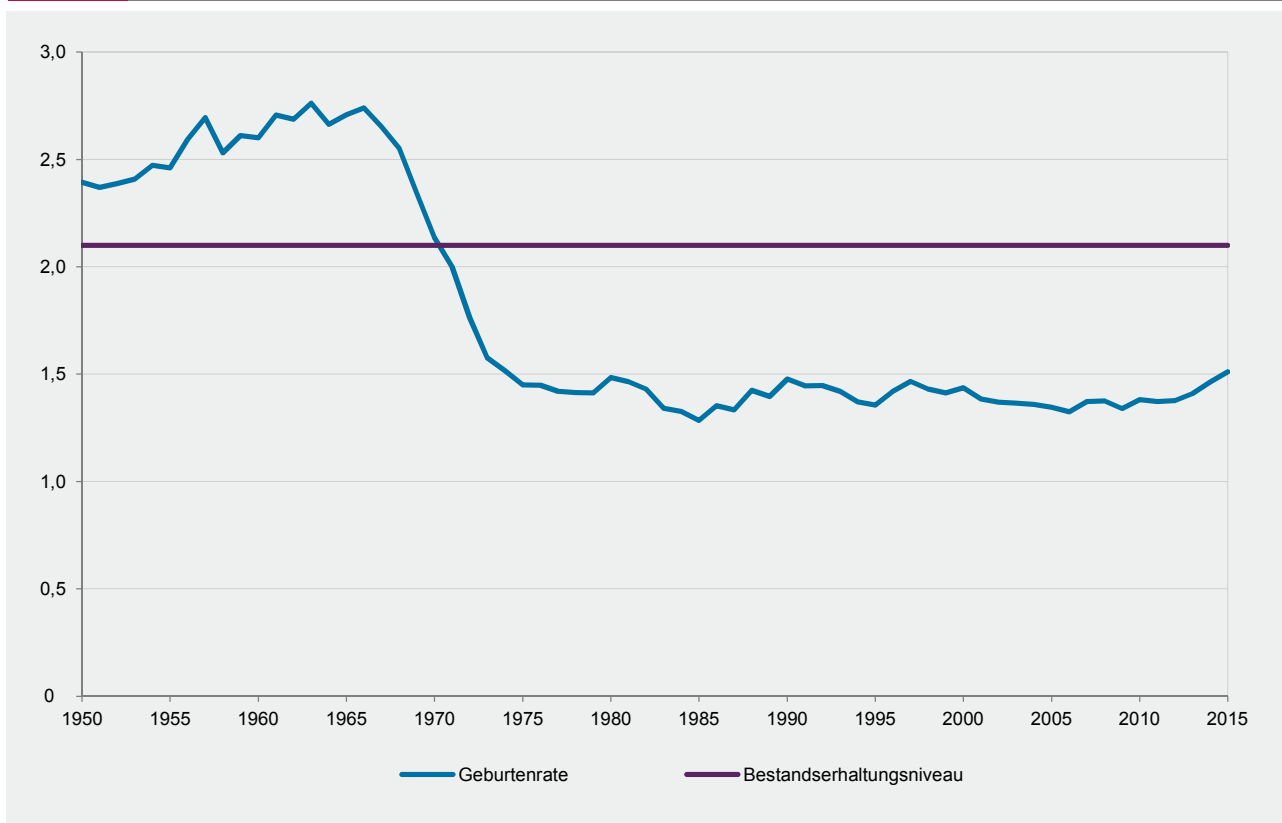
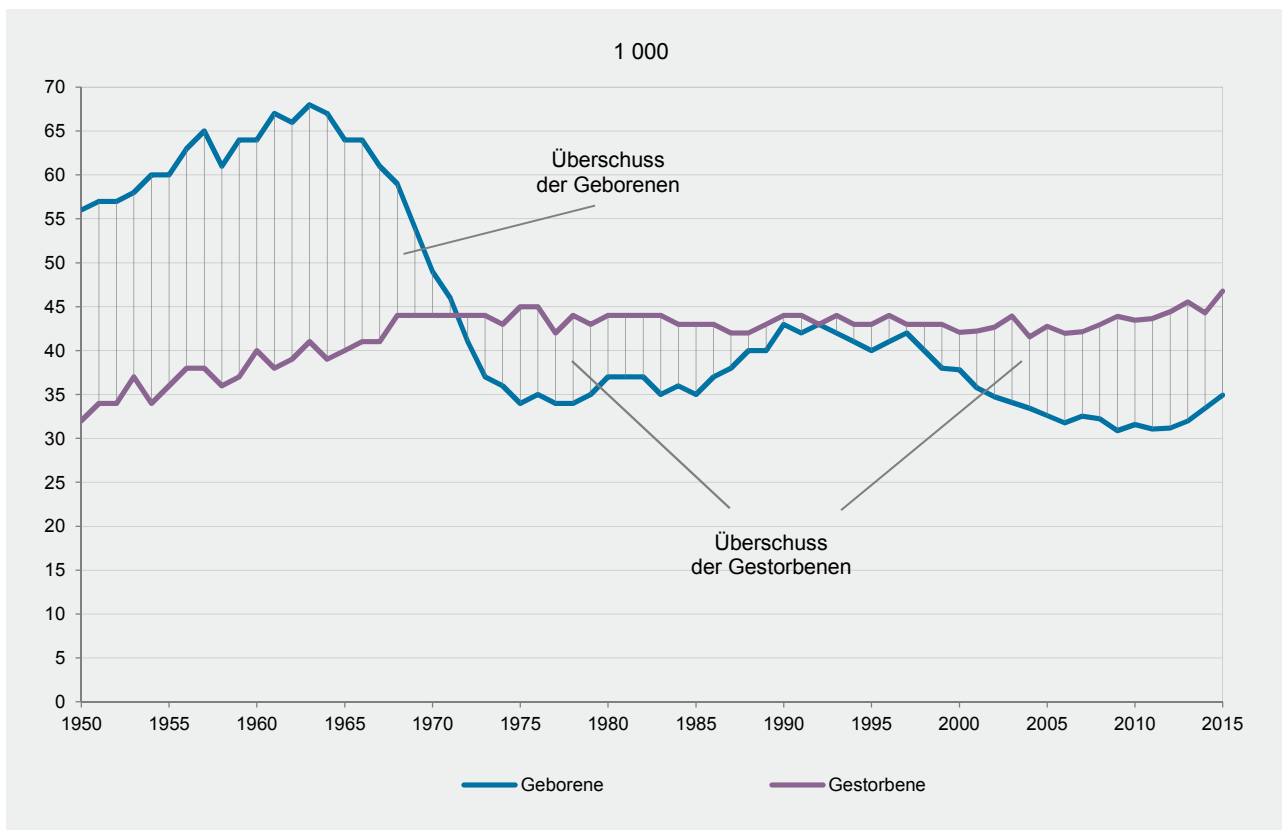
Verwaltungsbezirk	Ausländer/-innen		Ausgewählte Gebiete der Staatsangehörigkeit									
			Italien		Polen		Rumänien		Syrien, Arab. Republik		Türkei	
	Anzahl	je 1 000 Einwohner	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Frankenthal (Pfalz), St.	7 810	161	1 400	17,9	851	10,9	484	6,2	554	7,1	1 558	19,9
Kaiserslautern, St.	13 346	135	754	5,6	693	5,2	326	2,4	1 053	7,9	954	7,1
Koblenz, St.	12 701	113	633	5,0	1 163	9,2	461	3,6	250	2,0	1 518	12,0
Landau i. d. Pf., St.	4 193	92	271	6,5	451	10,8	318	7,6	509	12,1	386	9,2
Ludwigshafen a. Rh., St.	41 285	251	6 281	15,2	2 706	6,6	1 738	4,2	145	0,4	9 485	23,0
Mainz, St.	35 059	167	3 970	11,3	1 683	4,8	703	2,0	896	2,6	5 802	16,5
Neustadt a. d. Weinstr., St.	4 958	94	231	4,7	643	13,0	317	6,4	703	14,2	772	15,6
Pirmasens, St.	3 096	77	269	8,7	284	9,2	126	4,1	292	9,4	293	9,5
Speyer, St.	6 017	120	441	7,3	543	9,0	214	3,6	120	2,0	835	13,9
Trier, St.	14 085	123	522	3,7	1 086	7,7	619	4,4	336	2,4	381	2,7
Worms, St.	13 536	165	659	4,9	1 572	11,6	1 657	12,2	246	1,8	3 322	24,5
Zweibrücken, St.	2 801	82	205	7,3	220	7,9	224	8,0	305	10,9	114	4,1
Ahrweiler	11 833	93	567	4,8	1 150	9,7	428	3,6	1 169	9,9	1 521	12,9
Altenkirchen (Ww.)	7 540	58	492	6,5	720	9,5	300	4,0	265	3,5	2 109	28,0
Alzey-Worms	10 064	79	586	5,8	1 441	14,3	784	7,8	347	3,4	1 968	19,6
Bad Dürkheim	10 887	82	625	5,7	2 158	19,8	656	6,0	284	2,6	1 425	13,1
Bad Kreuznach	14 021	89	781	5,6	1 769	12,6	822	5,9	333	2,4	3 281	23,4
Bernkastel-Wittlich	8 748	78	230	2,6	1 395	15,9	867	9,9	1 043	11,9	663	7,6
Birkenfeld	5 793	72	209	3,6	539	9,3	370	6,4	772	13,3	136	2,3
Cochem-Zell	4 236	68	119	2,8	579	13,7	451	10,6	419	9,9	135	3,2
Donnersbergkreis	5 058	67	272	5,4	532	10,5	331	6,5	573	11,3	1 360	26,9
Eifelkreis Bitburg-Prüm	10 406	107	264	2,5	1 472	14,1	730	7,0	588	5,7	119	1,1
Germersheim	14 588	115	678	4,6	1 493	10,2	776	5,3	248	1,7	3 672	25,2
Kaiserslautern	7 316	70	436	6,0	669	9,1	378	5,2	402	5,5	521	7,1
Kusel	3 660	52	158	4,3	309	8,4	196	5,4	277	7,6	241	6,6
Mainz-Bingen	19 503	93	1 845	9,5	2 427	12,4	685	3,5	331	1,7	2 150	11,0
Mayen-Koblenz	13 587	64	827	6,1	1 225	9,0	676	5,0	188	1,4	2 142	15,8
Neuwied	14 861	82	977	6,6	1 288	8,7	672	4,5	572	3,8	2 873	19,3
Rhein-Hunsrück-Kreis	6 342	62	227	3,6	621	9,8	451	7,1	72	1,1	741	11,7
Rhein-Lahn-Kreis	8 893	72	610	6,9	774	8,7	500	5,6	579	6,5	1 170	13,2
Rhein-Pfalz-Kreis	14 585	96	1 583	10,9	2 234	15,3	1 033	7,1	536	3,7	2 646	18,1
Südliche Weinstraße	7 552	68	376	5,0	1 428	18,9	654	8,7	281	3,7	646	8,6
Südwestpfalz	3 725	39	203	5,4	339	9,1	279	7,5	555	14,9	120	3,2
Trier-Saarburg	12 720	86	387	3,0	1 329	10,4	742	5,8	459	3,6	316	2,5
Vulkaneifel	3 822	63	151	4,0	570	14,9	310	8,1	1 298	34,0	203	5,3
Westerwaldkreis	15 461	77	1 260	8,1	1 970	12,7	587	3,8	316	2,0	3 706	24,0
Rheinland-Pfalz	394 088	97	29 499	7,5	40 326	10,2	20 865	5,3	17 316	4,4	59 284	15,0
kreisfreie Städte	158 887	151	15 636	9,8	11 895	7,5	7 187	4,5	5 409	3,4	25 420	16,0
Landkreise	235 201	78	13 863	5,9	28 431	12,1	13 678	5,8	11 907	5,1	33 864	14,4

Quelle: Ausländerzentralregister des Bundesverwaltungsamtes.

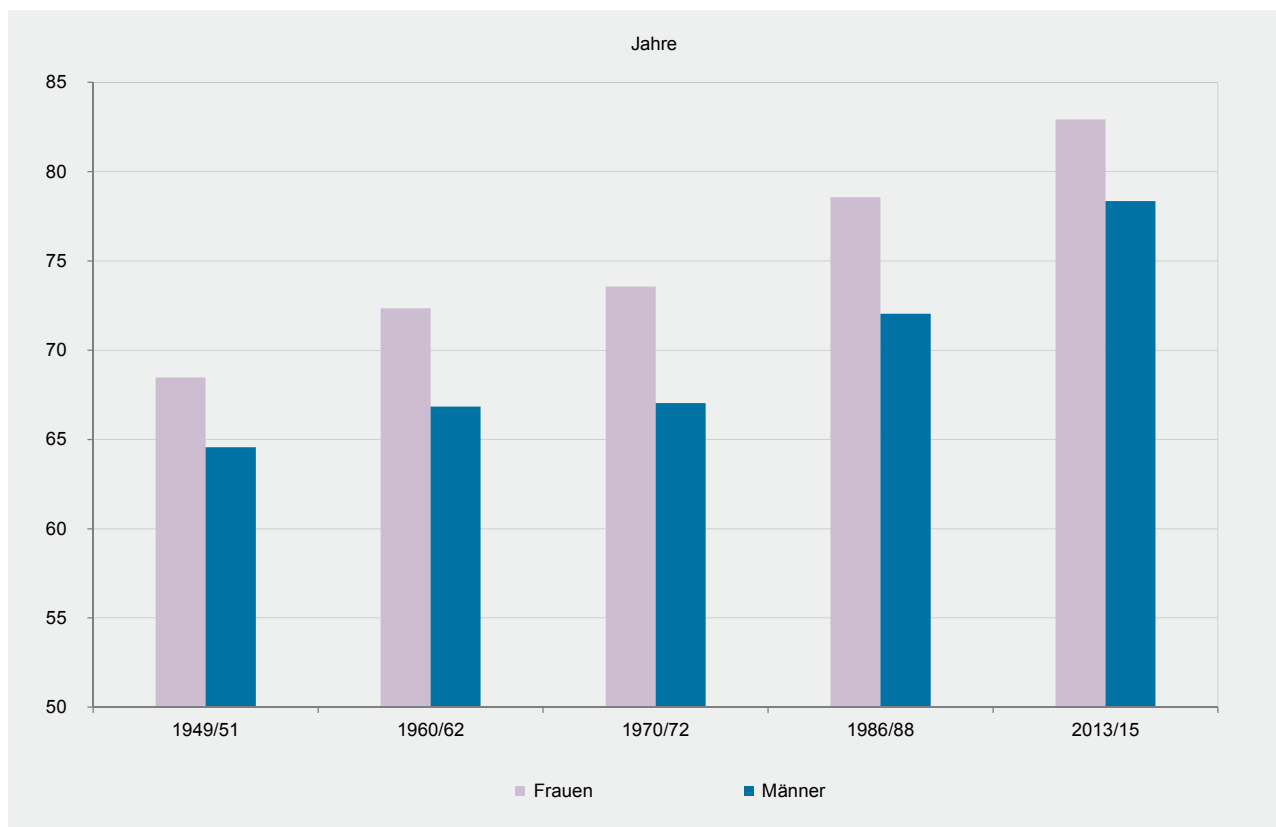
Jahr	Eheschließungen	Lebendgeborene				Totgeborene		Gestorbene					Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)
		insgesamt	männlich	weiblich	Eltern nicht miteinander verheiratet	insgesamt	Eltern nicht miteinander verheiratet	insgesamt	männlich	weiblich	im ersten Lebensjahr	in den ersten 7 Lebensjahren	
Anzahl													
1950	32 617	56 147	29 115	27 032	4 242	1 146	136	31 958	16 145	15 813	2 950	1 482	24 189
1955	29 160	60 259	31 130	29 129	3 840	1 191	116	35 685	18 418	17 267	2 522	1 278	24 574
1960	31 924	64 251	32 743	31 508	3 350	1 023	72	39 533	20 596	18 937	2 369	1 299	24 718
1965	27 642	64 480	32 915	31 565	2 521	794	36	40 145	20 983	19 162	1 545	1 070	24 335
1970	27 665	48 706	25 119	23 587	2 331	514	35	43 694	22 202	21 492	1 241	902	5 012
1971	27 077	46 049	23 810	22 239	2 314	482	47	44 001	22 381	21 620	1 052	717	2 048
1972	26 444	41 035	21 023	20 012	2 239	442	26	43 914	22 360	21 554	989	610	-2 879
1973	25 641	37 000	19 052	17 948	2 121	341	36	44 186	22 355	21 831	911	543	-7 186
1974	24 444	35 885	18 305	17 580	2 083	303	26	43 487	22 001	21 486	805	453	-7 602
1975	25 674	34 377	17 668	16 709	1 963	276	17	44 943	22 681	22 262	737	424	-10 566
1976	24 199	34 544	17 872	16 672	1 949	251	26	44 706	22 382	22 324	664	357	-10 162
1977	23 720	34 129	17 525	16 604	1 913	207	20	41 941	21 113	20 828	541	289	-7 812
1978	21 613	34 346	17 838	16 508	2 026	231	24	44 029	21 917	22 112	608	301	-9 683
1979	22 756	34 805	17 785	17 020	2 054	199	22	43 108	21 295	21 813	436	212	-8 303
1980	23 268	37 253	18 982	18 271	2 409	203	29	43 576	21 649	21 927	478	255	-6 323
1981	22 710	37 402	19 293	18 109	2 436	199	27	44 269	21 808	22 461	422	204	-6 867
1982	23 002	37 132	19 218	17 914	2 662	171	25	43 567	21 117	22 450	408	176	-6 435
1983	23 317	35 422	18 191	17 231	2 651	179	17	44 459	21 743	22 716	390	165	-9 037
1984	23 016	35 504	18 139	17 365	2 599	139	14	42 890	20 780	22 110	366	148	-7 386
1985	22 971	34 899	17 839	17 060	2 682	148	15	42 587	20 464	22 123	348	131	-7 688
1986	22 814	37 181	18 953	18 228	2 912	150	28	43 214	20 605	22 609	327	122	-6 033
1987	23 905	37 778	19 258	18 520	2 817	130	16	42 016	20 311	21 705	343	137	-4 238
1988	24 899	39 850	20 437	19 413	3 225	137	10	41 882	20 080	21 802	329	136	-2 032
1989	24 261	39 650	20 342	19 308	3 275	147	19	42 536	20 244	22 292	305	130	-2 886
1990	25 164	42 732	21 961	20 771	3 705	139	20	43 811	20 384	23 427	345	133	-1 079
1991	24 796	42 311	21 578	20 733	3 822	137	18	43 560	20 527	23 033	289	102	-1 249
1992	24 626	42 722	21 605	21 117	4 164	151	28	42 635	20 008	22 627	284	112	87
1993	24 006	42 291	21 894	20 397	4 159	140	22	43 871	20 752	23 119	258	99	-1 580
1994	23 182	40 539	20 802	19 737	4 311	191	25	42 857	19 826	23 031	222	87	-2 318
1995	22 922	39 684	20 323	19 361	4 322	196	38	42 993	20 109	22 884	220	96	-3 309
1996	22 741	40 926	21 201	19 725	4 824	171	26	43 752	20 540	23 212	203	83	-2 826
1997	22 509	41 677	21 387	20 290	5 102	150	22	43 211	20 076	23 135	217	75	-1 534
1998	21 763	39 639	20 244	19 395	5 533	174	35	42 708	19 890	22 818	169	70	-3 069
1999	22 641	38 190	19 541	18 649	6 097	171	31	42 524	19 802	22 722	176	86	-4 334
2000	22 129	37 826	19 309	18 517	6 442	154	40	42 088	19 660	22 428	192	90	-4 262
2001	20 608	35 781	18 515	17 266	6 410	127	24	42 222	19 881	22 341	155	66	-6 441
2002	20 800	34 741	17 792	16 949	6 687	120	32	42 669	19 925	22 744	159	72	-7 928
2003	20 123	34 083	17 525	16 558	6 885	138	38	43 933	20 548	23 385	166	75	-9 850
2004	21 039	33 421	17 349	16 072	6 867	149	44	41 563	19 411	22 152	139	68	-8 142
2005	20 265	32 592	16 716	15 876	7 327	107	35	42 784	20 008	22 776	124	50	-10 192
2006	20 003	31 755	16 404	15 351	7 337	121	31	41 973	19 730	22 243	138	66	-10 218
2007	19 542	32 536	16 801	15 735	7 781	104	31	42 165	19 984	22 181	150	72	-9 629
2008	20 059	32 223	16 524	15 699	8 161	107	32	42 932	20 360	22 572	99	54	-10 709
2009	19 867	30 881	15 868	15 013	8 125	129	40	43 903	20 637	23 266	124	69	-13 022
2010	20 172	31 574	16 189	15 385	8 387	115	45	43 465	20 825	22 640	97	44	-11 891
2011	20 212	31 081	15 923	15 158	8 414	95	37	43 645	20 863	22 782	107	52	-12 564
2012	20 242	31 169	16 009	15 160	8 623	115	31	44 404	21 195	23 209	130	67	-13 235
2013	19 223	31 989	16 371	15 618	9 088	106	27	45 532	21 950	23 582	99	49	-13 543
2014	19 627	33 427	17 112	16 315	9 555	140	56	44 307	21 501	22 806	100	58	-10 880
2015	20 341	34 946	17 912	17 034	10 026	103	29	46 777	22 572	24 205	122	72	-11 831

Jahr	Eheschließungen	Lebendgeborene	Gestorbene	Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Lebendgeborene nicht miteinander verheirateter Eltern	Gestorbene		Totgeborene je 1 000 Lebend- und Totgeborene	Knaben je 1 000 lebendgeborene Mädchen
						im ersten Lebensjahr	in den ersten 7 Lebenstagen		
je 1 000 Einwohner ¹					je 1 000 Lebendgeborene			%	
1950	11,0	18,9	10,8	8,1	75,6	52,8	26,4	20,0	1 077
1955	8,9	18,3	10,9	7,5	63,7	41,8	21,2	19,4	1 069
1960	9,4	18,9	11,6	7,3	52,1	36,9	20,2	15,7	1 039
1965	7,7	18,1	11,3	6,8	39,1	23,8	16,6	12,2	1 043
1970	7,6	13,4	12,0	1,4	47,9	25,2	18,5	10,4	1 065
1971	7,4	12,5	12,0	0,6	50,3	22,7	15,6	10,4	1 071
1972	7,2	11,1	11,9	-0,8	54,6	23,8	14,9	10,7	1 051
1973	6,9	10,0	12,0	-1,9	57,3	24,3	14,7	9,1	1 062
1974	6,6	9,7	11,8	-2,1	58,0	22,3	12,6	8,4	1 041
1975	7,0	9,3	12,2	-2,9	57,1	21,3	12,3	8,0	1 057
1976	6,6	9,4	12,2	-2,8	56,4	19,2	10,3	7,2	1 072
1977	6,5	9,4	11,5	-2,1	56,1	15,8	8,5	6,0	1 056
1978	5,9	9,5	12,1	-2,7	59,0	17,7	8,8	6,7	1 081
1979	6,3	9,6	11,9	-2,3	59,0	12,6	6,1	5,7	1 045
1980	6,4	10,2	12,0	-1,7	64,7	12,9	6,8	5,4	1 039
1981	6,2	10,3	12,2	-1,9	65,1	11,3	5,5	5,3	1 065
1982	6,3	10,2	12,0	-1,8	71,7	11,0	4,7	4,6	1 073
1983	6,4	9,7	12,2	-2,5	74,8	10,9	4,7	5,0	1 056
1984	6,3	9,8	11,8	-2,0	73,2	10,3	4,2	3,9	1 045
1985	6,3	9,6	11,8	-2,1	76,9	9,9	3,8	4,2	1 046
1986	6,3	10,3	12,0	-1,7	78,3	8,9	3,3	4,0	1 040
1987	6,6	10,5	11,6	-1,2	74,6	9,1	3,6	3,4	1 040
1988	6,8	10,9	11,5	-0,6	80,9	8,3	3,4	3,4	1 053
1989	6,6	10,8	11,6	-0,8	82,6	7,7	3,3	3,7	1 054
1990	6,7	11,4	11,7	-0,3	86,7	8,2	3,1	3,2	1 057
1991	6,5	11,2	11,5	-0,3	90,3	6,8	2,4	3,2	1 041
1992	6,4	11,1	11,1	0,0	97,5	6,6	2,6	3,5	1 023
1993	6,1	10,8	11,2	-0,4	98,3	6,1	2,3	3,3	1 073
1994	5,9	10,3	10,9	-0,6	106,3	5,4	2,1	4,7	1 054
1995	5,8	10,0	10,8	-0,8	108,9	5,5	2,4	4,9	1 050
1996	5,7	10,2	10,9	-0,7	117,9	5,0	2,0	4,2	1 075
1997	5,6	10,4	10,8	-0,4	122,4	5,2	1,8	3,6	1 054
1998	5,4	9,9	10,6	-0,8	139,6	4,3	1,8	4,4	1 044
1999	5,6	9,5	10,6	-1,1	159,6	4,6	2,3	4,5	1 048
2000	5,5	9,4	10,4	-1,0	170,3	5,2	2,4	4,1	1 043
2001	5,1	8,9	10,4	-1,6	179,1	4,3	1,8	3,5	1 072
2002	5,1	8,6	10,5	-2,0	192,5	4,6	2,1	3,4	1 050
2003	5,0	8,4	10,8	-2,4	202,0	4,9	2,2	4,0	1 058
2004	5,2	8,2	10,2	-2,0	205,5	4,1	2,0	4,4	1 079
2005	5,0	8,0	10,5	-2,5	224,8	3,8	1,5	3,3	1 053
2006	4,9	7,8	10,4	-2,5	231,1	4,3	2,1	3,8	1 069
2007	4,8	8,0	10,4	-2,4	239,2	4,6	2,2	3,2	1 068
2008	5,0	8,0	10,6	-2,7	253,3	3,1	1,7	3,3	1 053
2009	4,9	7,7	10,9	-3,2	263,1	4,0	2,2	4,2	1 057
2010	5,0	7,9	10,8	-3,0	265,6	3,1	1,4	3,6	1 052
2011	5,1	7,8	10,9	-3,1	270,7	3,4	1,7	3,0	1 050
2012	5,1	7,8	11,1	-3,3	276,7	4,2	2,1	3,7	1 056
2013	4,8	8,0	11,4	-3,4	284,1	3,1	1,5	3,3	1 048
2014	4,9	8,4	11,1	-2,7	285,8	3,0	1,7	4,2	1 049
2015	5,0	8,7	11,6	-2,9	286,9	3,5	2,1	2,9	1 052

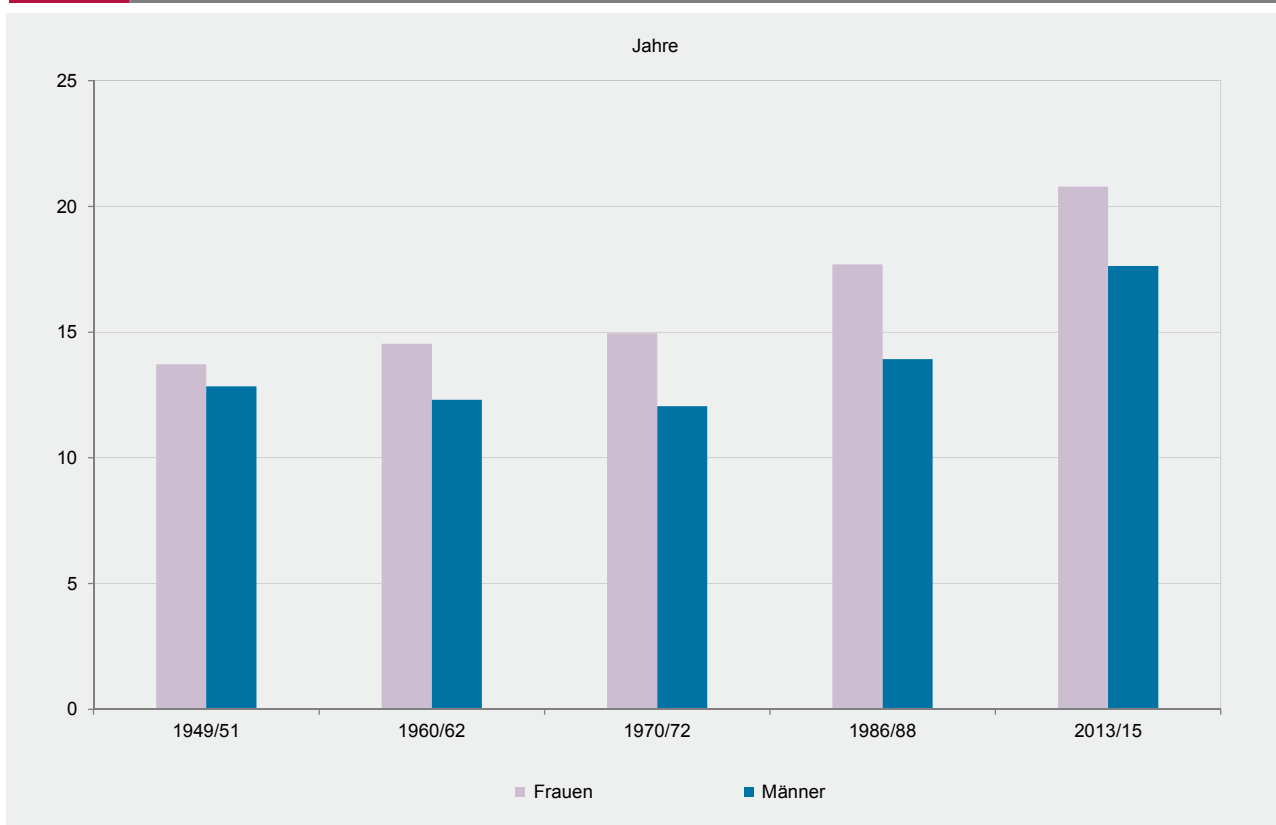
¹ Durchschnittliche Bevölkerung gemäß Fortschreibung auf Grundlage der jeweils zurückliegenden Zählung.



¹ Zusammengefasste Geburtenziffer der 15- bis 44-jährigen Frauen der Fortschreibung auf Grundlage der jeweils zurückliegenden Zählung.



1 Lebenserwartung als Durchschnitt des angegebenen Zeitraumes.



1 Lebenserwartung als Durchschnitt des angegebenen Zeitraumes.

T 11

Durchschnittliches Heiratsalter 1950–2015 nach bisherigem Familienstand – Bevölkerungsstand und -entwicklung –

Jahr	Durchschnittliches Heiratsalter der Männer in Jahren				Durchschnittliches Heiratsalter der Frauen in Jahren			
	insgesamt	Familienstand vor der Eheschließung			insgesamt	Familienstand vor der Eheschließung		
		ledig	verwitwet	geschieden		ledig	verwitwet	geschieden
1950	29,1	27,6	45,5	38,4	26,3	25,2	35,4	34,2
1955	28,1	26,5	46,9	38,7	25,4	24,2	40,0	35,4
1960	26,8	25,1	50,8	38,2	23,8	22,5	42,0	31,8
1965	27,3	25,2	53,9	37,6	24,1	22,8	44,9	33,7
1970	26,8	24,6	55,8	37,1	23,4	21,8	46,7	33,6
1975	27,1	24,6	56,7	37,1	23,8	21,9	49,0	33,7
1980	27,9	25,4	56,4	37,3	24,6	22,6	48,6	34,0
1985	29,3	26,6	56,6	38,3	26,2	24,0	48,1	34,8
1990	30,8	27,9	53,1	39,5	27,8	25,3	44,7	36,1
1995	32,8	29,5	58,3	41,6	29,8	26,9	48,7	37,8
2000	34,7	31,0	59,6	43,3	31,4	27,7	50,8	39,5
2005	36,3	32,1	61,4	45,0	32,9	28,9	50,5	41,5
2010	36,9	32,5	62,7	47,1	33,6	29,5	52,3	43,7
2015	37,7	33,1	64,0	49,4	34,6	30,4	54,8	46,0

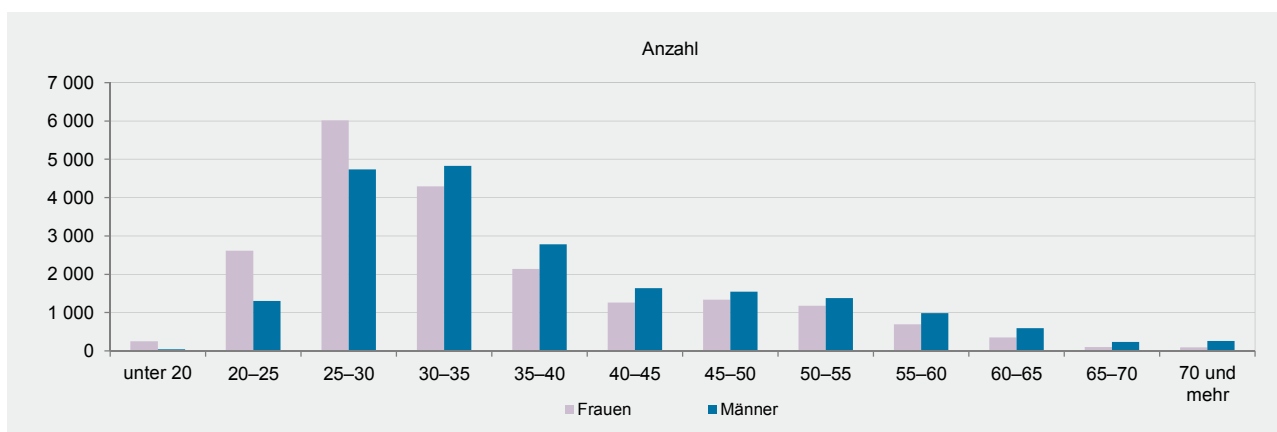
T 12

Eheschließungen 2015 nach Alter der Ehegatten – Bevölkerungsstand und -entwicklung –

Alter des Mannes in Jahren	Insgesamt	Alter der Frau in Jahren											
		unter 20	20–25	25–30	30–35	35–40	40–45	45–50	50–55	55–60	60–65	65–70	70 und mehr
		Anzahl											
unter 20	48	24	18	4	-	1	1	-	-	-	-	-	-
20 - 25	1306	163	816	274	44	12	5	2	-	-	-	-	-
25 - 30	4 738	60	1267	2 777	528	77	17	5	4	3	-	-	-
30 - 35	4 827	11	373	2 094	1941	330	56	13	5	3	-	1	-
35 - 40	2 780	4	87	593	1 148	768	121	43	15	1	-	-	-
40 - 45	1637	2	33	152	403	515	355	117	45	10	5	-	-
45 - 50	1546	-	12	83	137	267	370	439	169	55	13	-	1
50 - 55	1381	1	6	26	57	114	198	419	414	113	29	3	1
55 - 60	986	-	2	6	17	36	93	185	313	257	65	8	4
60 - 65	597	-	1	2	10	10	33	76	148	165	123	20	9
65 - 70	236	-	-	-	6	2	7	23	42	57	63	27	9
70 und mehr	259	-	-	1	-	4	7	12	28	34	58	46	69
Insgesamt	20 341	255	2 615	6 012	4 291	2 136	1 263	1 334	1 183	698	356	105	93

G13

Eheschließungen 2015 nach Alter der Ehegatten – Bevölkerungsstand und -entwicklung –



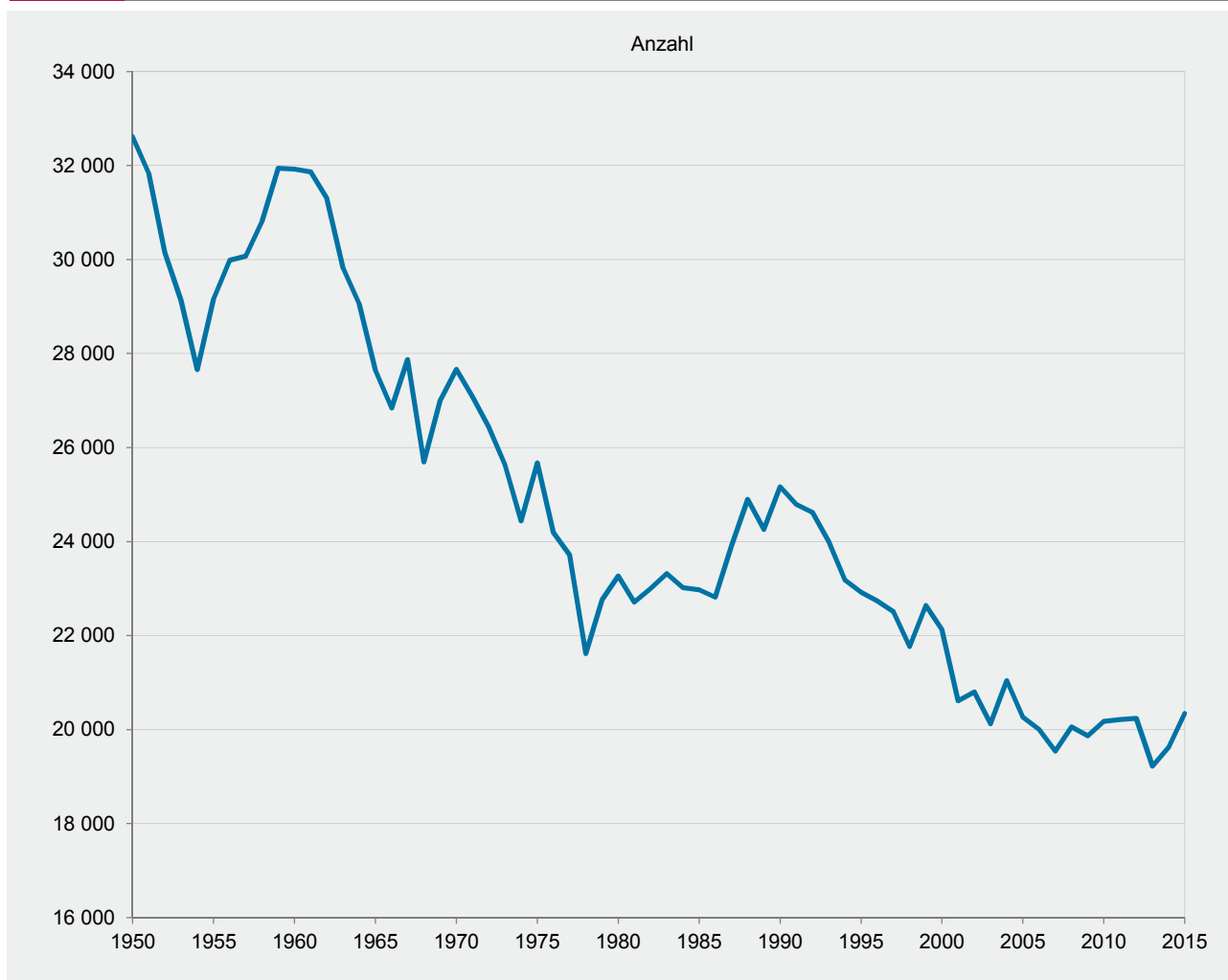
T 13

Eheschließungen 2015 nach Familienstand der Ehepartner – Natürliche Bevölkerungsbewegung –

Familienstand des Mannes	Ins-gesamt	Familienstand der Frau			Ins-gesamt	Familienstand der Frau		
		ledig	verwitwet	geschieden		ledig	verwitwet	geschieden
	Anzahl				%			
Ledig	14 922	13 040	53	1 829	73,4	64,1	0,3	9,0
Verwitwet	375	54	50	271	1,8	0,3	0,2	1,3
Geschieden	5 044	1 843	135	3 066	24,8	9,1	0,7	15,1
Insgesamt	20 341	14 937	238	5 166	100,0	73,4	1,2	25,4

G 14

Eheschließungen 1950–2015 – Natürliche Bevölkerungsbewegung –

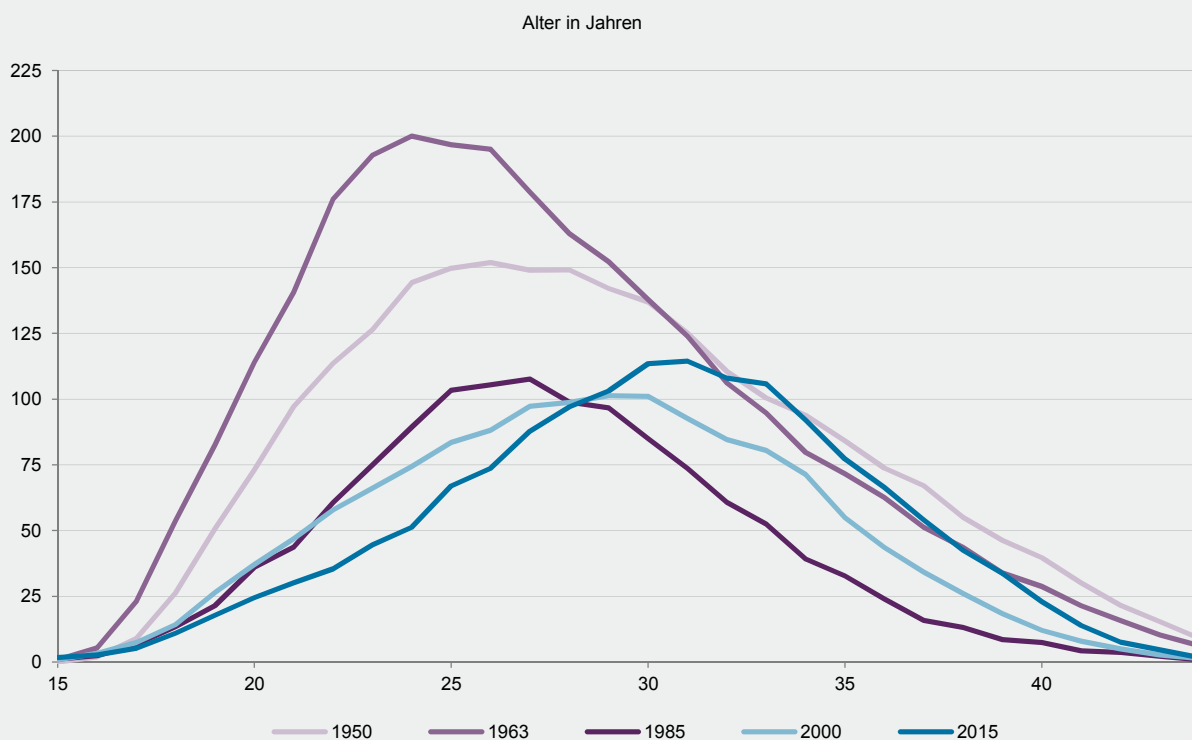


Alter der Mutter in Jahren	Lebend- und Totgeborene			Lebendgeborene						Totgeborene	
	ins-gesamt	Eltern		ins-gesamt	je 1 000 Frauen ¹	Eltern		einer ausländischen Mutter		ins-gesamt	Eltern miteinander verheiratet
		miteinander verheiratet	nicht miteinander verheiratet			miteinander verheiratet	nicht miteinander verheiratet	ins-gesamt	je 1 000 Ausländerinnen ¹		
15	33	-	33	33	1,7	-	33	7	4,8	-	-
16	54	-	54	54	2,7	-	54	8	4,7	-	-
17	112	3	109	111	5,3	3	108	26	15,3	1	-
18	236	33	203	236	11,0	33	203	53	30,0	-	-
19	382	98	284	380	17,7	98	282	107	53,3	2	-
20	527	158	369	527	24,4	158	369	164	69,0	-	-
21	669	287	382	669	30,0	287	382	214	81,9	-	-
22	823	389	434	817	35,4	384	433	245	88,0	6	5
23	1 058	584	474	1 053	44,6	583	470	289	98,8	5	1
24	1 243	749	494	1 239	51,3	746	493	320	103,8	4	3
25	1 623	1 064	559	1 619	67,0	1 062	557	380	115,1	4	2
26	1 773	1 218	555	1 769	73,7	1 215	554	372	111,2	4	3
27	2 105	1 502	603	2 100	87,8	1 498	602	437	132,3	5	4
28	2 288	1 680	608	2 284	97,0	1 677	607	404	121,1	4	3
29	2 345	1 759	586	2 340	103,1	1 757	583	398	119,5	5	2
30	2 545	1 954	591	2 542	113,5	1 953	589	431	125,3	3	1
31	2 586	2 029	557	2 579	114,4	2 023	556	421	121,6	7	6
32	2 495	1 988	507	2 486	108,0	1 979	507	380	106,2	9	9
33	2 504	1 988	516	2 498	105,8	1 985	513	374	101,8	6	3
34	2 183	1 743	440	2 179	92,0	1 739	440	350	92,8	4	4
35	1 794	1 421	373	1 785	77,2	1 412	373	295	78,0	9	9
36	1 497	1 172	325	1 491	66,3	1 167	324	264	71,5	6	5
37	1 217	955	262	1 212	54,1	950	262	218	59,1	5	5
38	951	725	226	945	42,5	721	224	156	42,1	6	4
39	741	562	179	739	33,7	561	178	136	36,9	2	1
40	509	383	126	507	22,9	382	125	96	26,1	2	1
41	315	230	85	313	13,9	229	84	49	13,3	2	1
42	183	139	44	181	7,6	137	44	45	12,4	2	2
43	120	92	28	120	4,6	92	28	27	7,7	-	-
44	48	34	14	48	1,7	34	14	14	4,1	-	-
45	35	23	12	35	1,2	23	12	10	3,0	-	-
46	21	15	6	21	0,7	15	6	2	0,6	-	-
47	3	3	-	3	0,1	3	-	1	0,3	-	-
48	9	9	-	9	0,3	9	-	2	0,7	-	-
49	1	-	1	1	0,0	-	1	-	-	-	-
15 – 19	817	134	683	814	7,8	134	680	201	23,3	3	-
20 – 24	4 320	2 167	2 153	4 305	37,5	2 158	2 147	1 232	89,4	15	9
25 – 29	10 134	7 223	2 911	10 112	85,5	7 209	2 903	1 991	119,8	22	14
30 – 34	12 313	9 702	2 611	12 284	106,6	9 679	2 605	1 956	109,1	29	23
35 – 39	6 200	4 835	1 365	6 172	55,0	4 811	1 361	1 069	57,6	28	24
40 – 44	1 175	878	297	1 169	9,5	874	295	231	12,9	6	4
45 – 49	69	50	19	69	0,4	50	19	15	1,0	-	-
15 – 44	34 959	24 939	10 020	34 856	1 510,7 ²	24 865	9 991	6 680	2 047,7 ²	103	74
15 – 49	35 028	24 989	10 039	34 925	1 512,9 ²	24 915	10 010	6 695	2 052,3 ²	103	74

1 Des gleichen Alters der jeweiligen durchschnittlichen Bevölkerung. – 2 Summe der Ziffern (einzelne Altersjahre 15 - 44 bzw. 15 - 49): zusammengefasste Geburtenziffer.

G 15

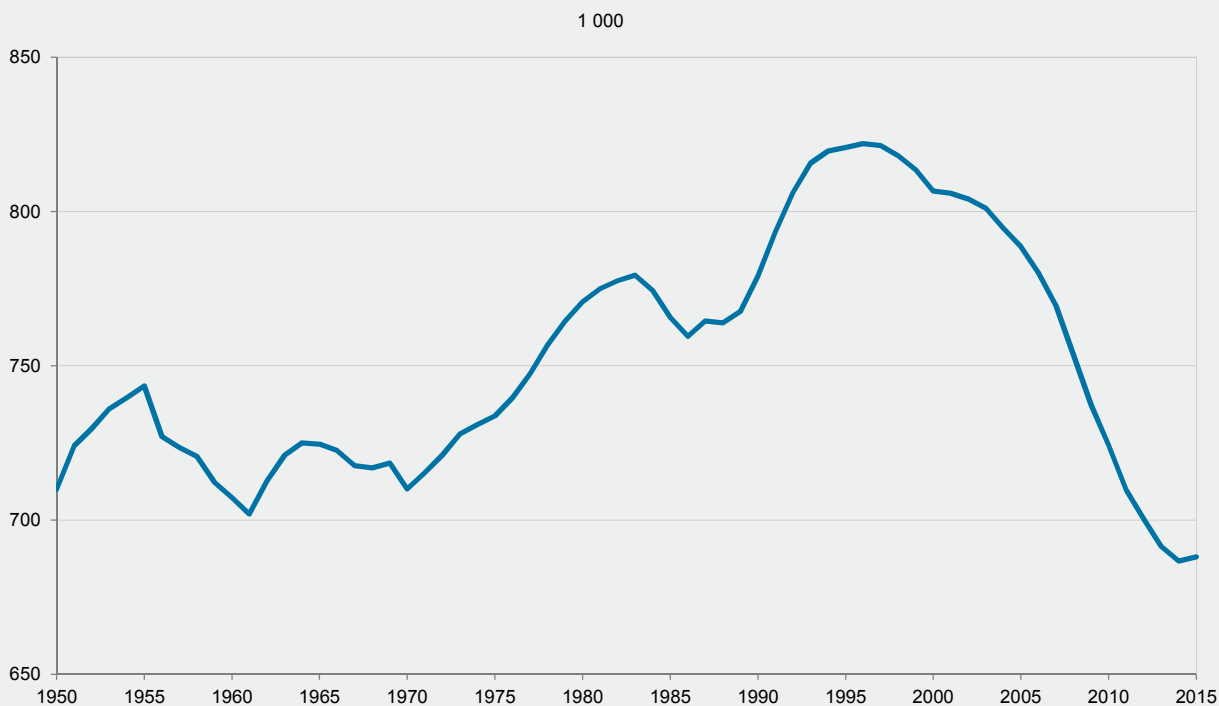
Geborene 1950–2015¹ nach Alter der Mutter je 1 000 Frauen gleichen Alters
– Bevölkerungsstand und -entwicklung –



1 Altersspezifische Geburtenziffer der 15- bis 44-jährigen Frauen der Fortschreibung auf Grundlage der jeweils zurückliegenden Zählung.

G 16

Frauen im gebärfähigen Alter 1950–2015¹
– Bevölkerungsstand und -entwicklung –



1 15- bis 44-jährige Frauen der Fortschreibung auf Grundlage der jeweils zurückliegenden Zählung.

Gebiet der Staatsangehörigkeit der Mutter	Lebend- geborene insgesamt	Eltern miteinander verheiratet			Eltern nicht miteinander verheiratet		
		zu- sammen	Staatsangehörigkeit des Vaters		zu- sammen	Staatsangehörigkeit des Vaters	
			deutsch	ausländisch		deutsch	ausländisch
Deutschland	28 248	19 783	18 373	1 410	8 465	6 442	2 023
Ausland	6 575	5 104	1 816	3 288	1 471	365	1 106
Europäisches Ausland	4 627	3 620	1 196	2 424	1 007	287	720
EU-Staaten	2 206	1 590	445	1 145	616	207	409
Belgien	19	14	9	5	5	1	4
Bulgarien	279	203	15	188	76	13	63
Dänemark	5	4	2	2	1	1	-
Estland	12	10	10	-	2	1	1
Finnland	4	3	2	1	1	1	-
Frankreich	62	40	27	13	22	14	8
Griechenland	75	59	6	53	16	5	11
Irland	5	4	3	1	1	-	1
Italien	290	209	61	148	81	30	51
Kroatien	81	68	13	55	13	5	8
Lettland	27	21	4	17	6	3	3
Litauen	52	29	9	20	23	7	16
Luxemburg	21	10	5	5	11	4	7
Malta	-	-	-	-	-	-	-
Niederlande	37	28	16	12	9	4	5
Österreich	38	27	21	6	11	8	3
Polen	521	385	132	253	136	50	86
Portugal	74	43	15	28	31	10	21
Rumänien	340	242	30	212	98	11	87
Schweden	1	-	-	-	1	1	-
Slowakei	43	28	11	17	15	6	9
Slowenien	2	2	1	1	-	-	-
Spanien	64	48	21	27	16	6	10
Tschechische Republik	40	21	12	9	19	14	5
Ungarn	87	73	12	61	14	8	6
Vereinigtes Königreich	26	18	8	10	8	4	4
Zypern	1	1	-	1	-	-	-
Russische Föderation	228	196	169	27	32	14	18
Türkei	996	942	300	642	54	15	39
übriges europäisches Ausland	1 197	892	282	610	305	51	254
Außereuropäisches Ausland	1 948	1 484	620	864	464	78	386
Afrika	525	333	184	149	192	31	161
Marokko	116	106	60	46	10	2	8
Amerika	425	396	101	295	29	10	19
Vereinigte Staaten	315	299	27	272	16	3	13
Asien	994	753	335	418	241	36	205
Irak	89	60	27	33	29	8	21
Kasachstan	42	35	33	2	7	6	1
Thailand	46	36	33	3	10	5	5
Australien und Ozeanien	4	2	-	2	2	1	1
Staatenlos, unbekannt, ohne Angabe	123	33	12	21	90	1	89
Insgesamt	34 946	24 920	20 201	4 719	10 026	6 808	3 218

Alter in Jahren	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Alter in Jahren	Insgesamt	Männlich	Weiblich
unter 1	122	66	56	50 – 51	199	127	72
1 – 2	13	7	6	51 – 52	197	115	82
2 – 3	3	2	1	52 – 53	223	144	79
3 – 4	2	1	1	53 – 54	278	167	111
4 – 5	5	3	2	54 – 55	271	166	105
zusammen	145	79	66	zusammen	1 168	719	449
5 – 6	2	2	-	55 – 56	254	173	81
6 – 7	1	1	-	56 – 57	318	198	120
7 – 8	6	3	3	57 – 58	340	210	130
8 – 9	2	2	-	58 – 59	368	238	130
9 – 10	4	1	3	59 – 60	432	281	151
zusammen	15	9	6	zusammen	1 712	1 100	612
10 – 11	4	2	2	60 – 61	409	259	150
11 – 12	1	1	-	61 – 62	457	302	155
12 – 13	2	-	2	62 – 63	475	315	160
13 – 14	-	-	-	63 – 64	462	298	164
14 – 15	2	-	2	64 – 65	557	363	194
zusammen	9	3	6	zusammen	2 360	1 537	823
15 – 16	5	3	2	65 – 66	636	390	246
16 – 17	15	8	7	66 – 67	569	374	195
17 – 18	9	6	3	67 – 68	615	393	222
18 – 19	17	13	4	68 – 69	580	377	203
19 – 20	11	9	2	69 – 70	459	284	175
zusammen	57	39	18	zusammen	2 859	1 818	1 041
20 – 21	17	13	4	70 – 71	678	428	250
21 – 22	18	15	3	71 – 72	664	427	237
22 – 23	15	8	7	72 – 73	678	421	257
23 – 24	20	14	6	73 – 74	903	559	344
24 – 25	12	6	6	74 – 75	1 098	663	435
zusammen	82	56	26	zusammen	4 021	2 498	1 523
25 – 26	17	15	2	75 – 76	1 362	791	571
26 – 27	23	13	10	76 – 77	1 399	812	587
27 – 28	20	15	5	77 – 78	1 301	761	540
28 – 29	22	17	5	78 – 79	1 450	816	634
29 – 30	17	11	6	79 – 80	1 507	816	691
zusammen	99	71	28	zusammen	7 019	3 996	3 023
30 – 31	15	6	9	80 – 81	1 687	895	792
31 – 32	31	21	10	81 – 82	1 529	805	724
32 – 33	23	16	7	82 – 83	1 432	720	712
33 – 34	19	11	8	83 – 84	1 607	760	847
34 – 35	27	16	11	84 – 85	1 855	845	1 010
zusammen	115	70	45	zusammen	8 110	4 025	4 085
35 – 36	40	27	13	85 – 86	1 863	816	1 047
36 – 37	38	24	14	86 – 87	1 890	807	1 083
37 – 38	32	27	5	87 – 88	1 887	777	1 110
38 – 39	34	18	16	88 – 89	1 902	701	1 201
39 – 40	33	18	15	89 – 90	1 787	596	1 191
zusammen	177	114	63	zusammen	9 329	3 697	5 632
40 – 41	31	19	12	90 – 91	1 660	502	1 158
41 – 42	36	25	11	91 – 92	1 410	391	1 019
42 – 43	45	28	17	92 – 93	1 336	349	987
43 – 44	81	56	25	93 – 94	1 223	291	932
44 – 45	76	49	27	94 – 95	1 010	258	752
zusammen	269	177	92	zusammen	6 639	1 791	4 848
45 – 46	112	76	36	95 und älter	1 997	375	1 622
46 – 47	86	55	31				
47 – 48	123	79	44				
48 – 49	139	99	40				
49 – 50	135	89	46				
zusammen	595	398	197	Insgesamt	46 777	22 572	24 205

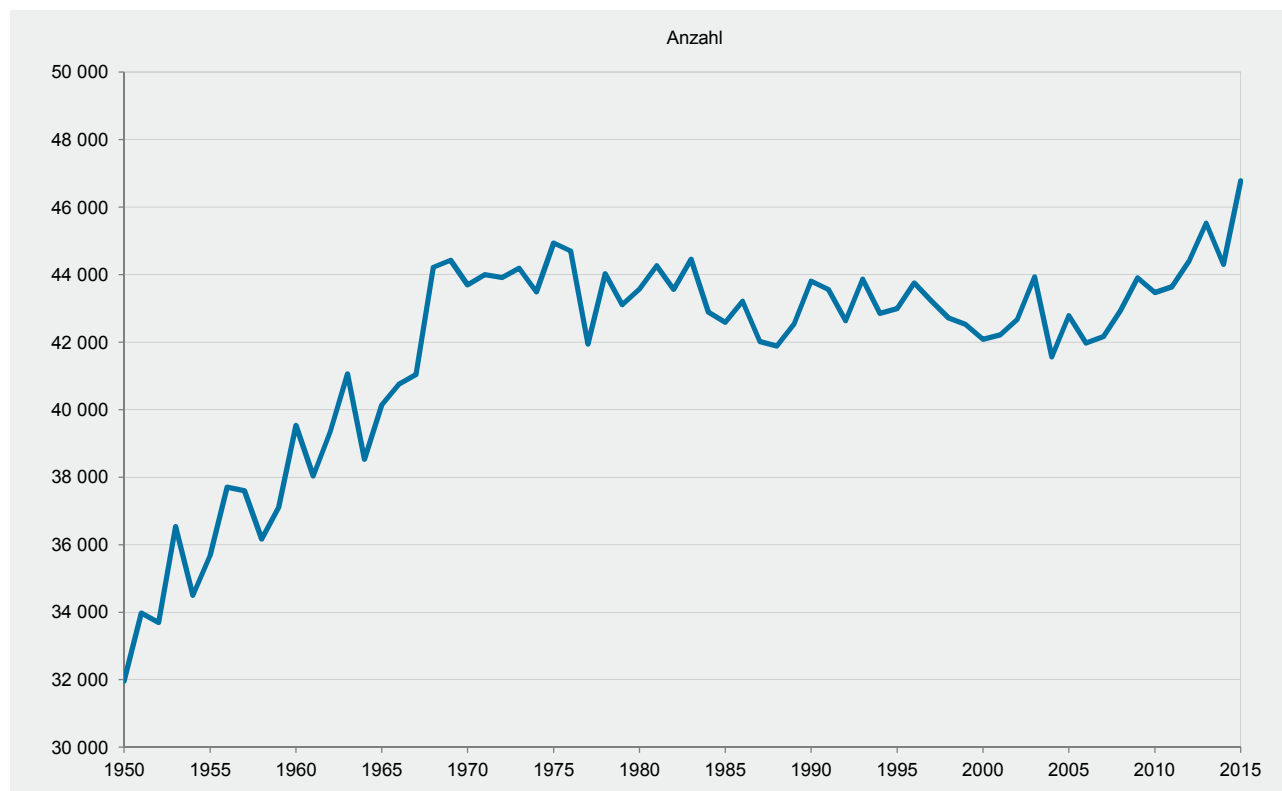
T 17

Sterbeziffern 1950–2015 nach Altersgruppen und Geschlecht
– Natürliche Bevölkerungsbewegung –

Alter in Jahren	Männer					Frauen				
	1950	1960	1970	1980	2015	1950	1960	1970	1980	2015
Gestorbene je 1 000 Lebende ¹ gleichen Alters und Geschlechts										
unter 1	59,5	42,4	28,7	13,7	3,7	45,7	31,1	21,6	10,2	3,3
1 – 5	2,6	1,4	1,3	0,8	0,2	2,3	1,1	0,9	0,6	0,2
5 – 10	0,9	0,7	0,7	0,3	0,1	0,8	0,5	0,4	0,2	0,1
10 – 15	0,8	0,6	0,6	0,3	0,0	0,7	0,3	0,3	0,2	0,1
15 – 20	1,6	1,3	1,5	1,3	0,4	0,9	0,7	0,6	0,4	0,2
20 – 25	1,9	2,1	1,9	1,5	0,5	1,1	0,8	0,5	0,4	0,2
25 – 30	2,3	2,0	1,7	1,4	0,6	1,8	1,0	0,7	0,8	0,2
30 – 35	2,3	1,9	2,0	1,4	0,6	1,5	1,4	0,7	0,6	0,4
35 – 40	3,4	2,7	2,7	2,3	1,0	2,2	1,8	1,4	1,1	0,6
40 – 45	4,3	3,7	3,8	3,5	1,5	3,1	2,6	2,2	1,7	0,7
45 – 50	6,4	6,3	5,7	5,6	2,4	4,4	3,9	3,9	2,6	1,2
50 – 55	9,8	10,8	9,0	8,8	4,0	7,1	5,3	5,3	4,1	2,6
55 – 60	15,1	17,3	15,1	14,2	7,1	10,8	8,5	7,7	6,9	3,9
60 – 65	24,0	27,5	28,1	21,8	11,5	16,9	15,3	13,1	10,4	6,0
65 – 70	37,0	43,6	43,8	36,2	17,8	30,2	25,3	23,3	17,2	9,7
70 – 75	55,8	66,4	67,3	60,7	27,4	52,6	47,4	41,1	32,2	14,8
75 – 80	92,3	106,5	102,5	95,4	43,5	88,1	87,4	74,0	57,6	26,7
80 – 85	159,1	171,3	150,4	143,5	79,6	143,4	151,1	129,8	104,7	55,8
85 – 90	256,0	273,4	236,1	204,5	141,3	223,1	236,4	202,8	176,2	112,0
90 und älter	369,4	435,0	253,0	286,8	264,2	356,7	338,0	250,6	286,2	232,8
Insgesamt	11,5	12,9	12,8	12,5	11,4	9,9	10,5	11,3	11,5	11,8

1 Durchschnittliche Bevölkerung gemäß Fortschreibung auf Grundlage der jeweils zurückliegenden Zählung.

G 17

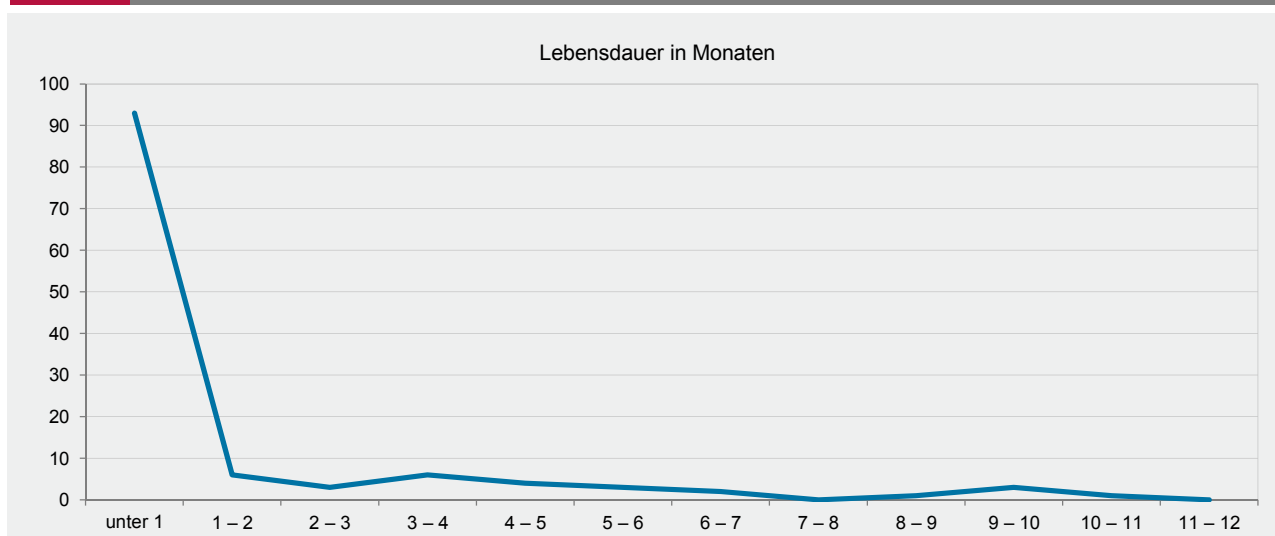
Gestorbene 1950–2015
– Natürliche Bevölkerungsbewegung –

T 18

**Im ersten Lebensjahr Gestorbene 2015 nach Lebensdauer und Geschlecht
– Natürliche Bevölkerungsbewegung –**

Lebensdauer im ersten Lebensjahr nach Alter in Tagen/Monaten	Im ersten Lebensjahr Gestorbene					
	Anzahl	%	männlich	%	weiblich	%
Am 1. Lebenstag gestorben	48	39,3	25	37,9	23	41,1
Am 2. Lebenstag gestorben	7	5,7	4	6,1	3	5,4
Am 3. Lebenstag gestorben	7	5,7	1	1,5	6	10,7
Am 4. Lebenstag gestorben	4	3,3	3	4,5	1	1,8
Am 5. Lebenstag gestorben	4	3,3	2	3,0	2	3,6
Am 6. Lebenstag gestorben	2	1,6	2	3,0	-	-
Am 7. Lebenstag gestorben	-	-	-	-	-	-
In den ersten 7 Lebenstagen gestorben	72	59,0	37	56,1	35	62,5
In der 2. Lebenswoche gestorben	9	7,4	4	6,1	5	8,9
In der 3. Lebenswoche gestorben	6	4,9	3	4,5	3	5,4
In der 4. Lebenswoche gestorben	5	4,1	3	4,5	2	3,6
In den ersten 28 Lebenstagen gestorben	92	75,4	47	71,2	45	80,4
Unter 1 Monat	93	76,2	48	72,7	45	80,4
1 – 2 Monate	6	4,9	5	7,6	1	1,8
2 – 3 Monate	3	2,5	2	3,0	1	1,8
3 – 4 Monate	6	4,9	3	4,5	3	5,4
4 – 5 Monate	4	3,3	2	3,0	2	3,6
5 – 6 Monate	3	2,5	1	1,5	2	3,6
6 – 7 Monate	2	1,6	2	3,0	-	-
7 – 8 Monate	-	-	-	-	-	-
8 – 9 Monate	1	0,8	1	1,5	-	-
9 – 10 Monate	3	2,5	2	3,0	1	1,8
10 – 11 Monate	1	0,8	-	-	1	1,8
11 – 12 Monate	-	-	-	-	-	-
Im 1. Lebensjahr gestorben	122	100,0	66	100,0	56	100,0

G 18

**Im ersten Lebensjahr Gestorbene 2015 nach Lebensdauer
– Natürliche Bevölkerungsbewegung –**


Verwaltungsbezirk	Eheschließungen		Lebendgeborene						Totgeborene
	insgesamt	je 1 000 Einwohner ¹	insgesamt	je 1 000 Einwohner ¹	männlich	Deutsche mit ausländischen Eltern / Müttern	Ausländer/-innen	Eltern nicht miteinander verheiratet	
Frankenthal (Pfalz), St.	196	4,1	450	9,4	236	29	39	124	2
Kaiserslautern, St.	363	3,7	878	9,0	461	34	119	305	-
Koblenz, St.	630	5,6	1 042	9,3	528	31	88	361	2
Landau i. d. Pf., St.	249	5,5	402	9,0	202	17	39	146	-
Ludwigshafen a. Rh., St.	596	3,6	1 751	10,7	860	290	264	500	6
Mainz, St.	867	4,2	2 131	10,2	1 138	176	211	570	5
Neustadt a. d. Weinstr., St.	302	5,7	441	8,4	230	17	29	147	2
Pirmasens, St.	195	4,9	347	8,7	183	1	47	162	1
Speyer, St.	425	8,5	451	9,0	224	29	41	134	2
Trier, St.	657	5,9	1 028	9,2	539	32	126	401	2
Worms, St.	337	4,1	836	10,3	427	50	139	286	5
Zweibrücken, St.	201	5,9	285	8,3	127	9	25	84	1
Ahrweiler	703	5,5	953	7,5	514	23	83	265	1
Altenkirchen (Ww.)	578	4,5	1 079	8,4	563	23	59	272	6
Alzey-Worms	692	5,5	1 117	8,8	553	31	81	278	1
Bad Dürkheim	832	6,3	987	7,5	495	31	70	281	6
Bad Kreuznach	817	5,2	1 228	7,9	607	33	102	340	5
Bad Kreuznach, gkSt.	312	6,4	428	8,7	212	24	58	126	1
Bernkastel-Wittlich	593	5,3	950	8,5	479	30	129	267	2
Birkenfeld	337	4,2	585	7,3	275	8	46	181	1
Idar-Oberstein, gkSt.	114	4,0	223	7,9	107	6	13	71	-
Cochem-Zell	385	6,2	488	7,8	239	3	38	144	3
Donnersbergkreis	368	4,9	582	7,8	292	10	51	195	-
Eifelkreis Bitburg-Prüm	513	5,3	920	9,5	483	4	166	240	3
Germersheim	559	4,4	1 146	9,0	586	58	88	285	5
Kaiserslautern	559	5,3	953	9,1	478	19	117	224	2
Kusel	370	5,2	542	7,6	286	6	48	155	-
Mainz-Bingen	1 060	5,1	1 847	8,9	926	67	131	530	2
Bingen am Rhein, gkSt.	167	6,7	277	11,2	117	13	25	95	1
Ingelheim am Rhein, gkSt.	174	6,9	210	8,3	112	12	32	56	-
Mayen-Koblenz	1 194	5,7	1 875	8,9	936	53	92	539	7
Andernach, gkSt.	240	8,2	283	9,7	143	7	16	66	-
Mayen, gkSt.	98	5,2	167	8,9	89	4	14	63	3
Neuwied	873	4,9	1 496	8,3	785	78	95	402	6
Neuwied, gkSt.	375	5,9	565	8,8	292	42	42	159	4
Rhein-Hunsrück-Kreis	496	4,9	846	8,3	467	20	44	210	2
Rhein-Lahn-Kreis	702	5,7	992	8,1	512	30	86	334	1
Lahnstein, gkSt.	89	5,0	160	9,0	85	7	16	64	-
Rhein-Pfalz-Kreis	727	4,8	1 309	8,7	689	70	90	286	6
Südliche Weinstraße	638	5,8	901	8,2	465	14	58	274	5
Südwestpfalz	491	5,1	725	7,5	369	4	36	213	2
Trier-Saarburg	626	4,3	1 254	8,6	653	15	85	357	3
Vulkaneifel	315	5,2	439	7,2	216	1	23	114	1
Westerwaldkreis	895	4,5	1 690	8,5	889	61	112	420	5
Rheinland-Pfalz	20 341	5,0	34 946	8,7	17 912	1 407	3 097	10 026	103
kreisfreie Städte	5 018	4,8	10 042	9,6	5 155	715	1 167	3 220	28
Landkreise	15 323	5,1	24 904	8,3	12 757	692	1 930	6 806	75

1 Durchschnittliche Bevölkerung.

Verwaltungsbezirk	Gestorbene							Überschuss der Geborenen- bzw. Gestorbenen (-)			
	ins-gesamt	je 1 000 Einwohner ¹	männlich	Ausländer/-innen	im ersten Lebensjahr		in den ersten 7 Lebens-tagen	ins-gesamt	je 1 000 Einwohner ¹	männlich	Ausländer/-innen
					ins-gesamt	je 1 000 Lebend-geborene					
Frankenthal (Pfalz), St.	579	12,1	285	39	1	2,2	1	-129	-2,7	-49	0
Kaiserslautern, St.	1 135	11,6	529	51	-	-	-	-257	-2,6	-68	68
Koblenz, St.	1 318	11,8	631	41	6	5,8	3	-276	-2,5	-103	47
Landau i. d. Pf., St.	494	11,0	213	15	-	-	-	-92	-2,0	-11	24
Ludwigshafen a. Rh., St.	1 789	10,9	896	121	12	6,9	8	-38	-0,2	-36	143
Mainz, St.	1 875	9,0	894	87	8	3,8	7	256	1,2	244	124
Neustadt a. d. Weinstr., St.	653	12,4	321	15	5	11,3	5	-212	-4,0	-91	14
Pirmasens, St.	634	15,8	283	9	1	2,9	-	-287	-7,2	-100	38
Speyer, St.	588	11,7	284	30	2	4,4	2	-137	-2,7	-60	11
Trier, St.	1 132	10,1	500	36	3	2,9	1	-104	-0,9	39	90
Worms, St.	922	11,3	420	29	6	7,2	4	-86	-1,1	7	110
Zweibrücken, St.	418	12,2	215	9	1	3,5	1	-133	-3,9	-88	16
Ahrweiler	1 605	12,6	778	40	2	2,1	1	-652	-5,1	-264	43
Altenkirchen (Ww.)	1 600	12,4	747	35	6	5,6	5	-521	-4,0	-184	24
Alzey-Worms	1 323	10,4	665	20	2	1,8	2	-206	-1,6	-112	61
Bad Dürkheim	1 649	12,5	787	31	2	2,0	1	-662	-5,0	-292	39
Bad Kreuznach	1 932	12,4	920	50	9	7,3	5	-704	-4,5	-313	52
Bad Kreuznach, gkSt.	682	13,9	293	29	3	7,0	2	-254	-5,2	-81	29
Bernkastel-Wittlich	1 350	12,1	651	11	3	3,2	1	-400	-3,6	-172	118
Birkenfeld	1 200	14,9	569	15	4	6,8	2	-615	-7,6	-294	31
Idar-Oberstein, gkSt.	431	15,3	204	5	1	4,5	-	-208	-7,4	-97	8
Cochem-Zell	842	13,5	418	9	1	2,0	1	-354	-5,7	-179	29
Donnersbergkreis	965	12,9	448	12	1	1,7	-	-383	-5,1	-156	39
Eifelkreis Bitburg-Prüm	1 156	11,9	550	20	4	4,3	2	-236	-2,4	-67	146
Germersheim	1 263	10,0	596	22	1	0,9	1	-117	-0,9	-10	66
Kaiserslautern	1 243	11,9	596	34	6	6,3	4	-290	-2,8	-118	83
Kusel	961	13,5	509	13	4	7,4	1	-419	-5,9	-223	35
Mainz-Bingen	2 057	10,0	1 012	40	4	2,2	2	-210	-1,0	-86	91
Bingen am Rhein, gkSt.	330	13,3	178	9	1	3,6	-	-53	-2,1	-61	16
Ingelheim am Rhein, gkSt.	268	10,6	128	8	1	4,8	1	-58	-2,3	-16	24
Mayen-Koblenz	2 301	10,9	1 140	34	4	2,1	1	-426	-2,0	-204	58
Andernach, gkSt.	349	11,9	164	6	-	-	-	-66	-2,3	-21	10
Mayen, gkSt.	230	12,3	111	7	-	-	-	-63	-3,4	-22	7
Neuwied	2 158	12,0	1 057	45	3	2,0	-	-662	-3,7	-272	50
Neuwied, gkSt.	829	12,9	390	24	3	5,3	-	-264	-4,1	-98	18
Rhein-Hunsrück-Kreis	1 283	12,5	634	22	3	3,5	-	-437	-4,3	-167	22
Rhein-Lahn-Kreis	1 550	12,7	735	28	-	-	-	-558	-4,6	-223	58
Lahnstein, gkSt.	253	14,2	125	7	-	-	-	-93	-5,2	-40	9
Rhein-Pfalz-Kreis	1 674	11,1	796	34	2	1,5	1	-365	-2,4	-107	56
Südliche Weinstraße	1 233	11,2	613	21	3	3,3	2	-332	-3,0	-148	37
Südwestpfalz	1 169	12,1	580	13	1	1,4	-	-444	-4,6	-211	23
Trier-Saarburg	1 592	10,9	767	29	6	4,8	2	-338	-2,3	-114	56
Vulkaneifel	823	13,5	382	14	-	-	-	-384	-6,3	-166	9
Westerwaldkreis	2 311	11,6	1 151	57	6	3,6	6	-621	-3,1	-262	55
Rheinland-Pfalz	46 777	11,6	22 572	1 131	122	3,5	72	-11 831	-2,9	-4 660	1 966
kreisfreie Städte	11 537	11,0	5 471	482	45	4,5	32	-1 495	-1,4	-316	685
Landkreise	35 240	11,8	17 101	649	77	3,1	40	-10 336	-3,5	-4 344	1 281

1 Durchschnittliche Bevölkerung.

Jahr	Wanderungen innerhalb des Landes	Wanderungen über die Landesgrenze			Wanderungen innerhalb des Landes	Wanderungen über die Landesgrenze		
		Zuzüge	Fortzüge	Saldo		Zuzüge	Fortzüge	Saldo
	Anzahl				je 1 000 Einwohner ¹			
1950	104 637	160 144	45 219	114 925	35,2	53,9	15,2	38,7
1955	120 699	101 330	87 888	13 442	36,7	30,8	26,8	4,1
1960	114 880	109 356	101 410	7 946	33,9	32,2	29,9	2,3
1965	120 209	121 000	108 883	12 117	33,7	33,9	30,5	3,4
1970	122 942	129 860	109 011	20 849	33,7	35,6	29,9	5,7
1971	124 208	126 962	109 423	17 539	33,8	34,6	29,8	4,8
1972	125 886	124 518	109 786	14 732	34,2	33,8	29,8	4,0
1973	131 454	125 566	107 965	17 601	35,6	34,0	29,2	4,8
1974	131 233	102 239	107 358	-5 119	35,5	27,7	29,0	-1,4
1975	122 914	86 262	97 985	-11 723	33,4	23,5	26,6	-3,2
1976	124 323	88 709	95 323	-6 614	34,0	24,3	26,1	-1,8
1977	126 424	89 759	92 122	-2 363	34,7	24,6	25,3	-0,6
1978	125 334	89 893	88 604	1 289	34,5	24,7	24,4	0,4
1979	126 180	95 362	85 315	10 047	34,7	26,3	23,5	2,8
1980	134 106	102 613	87 003	15 610	36,9	28,2	23,9	4,3
1981	134 280	94 285	88 685	5 600	36,9	25,9	24,3	1,5
1982	134 314	89 874	88 162	1 712	36,9	24,7	24,2	0,5
1983	138 639	84 795	78 776	6 019	38,2	23,3	21,7	1,7
1984	122 300	77 089	79 206	-2 117	33,7	21,3	21,8	-0,6
1985	125 487	75 804	77 052	-1 248	34,7	20,9	21,3	-0,3
1986	124 544	76 995	74 574	2 421	34,5	21,3	20,6	0,7
1987	114 194	77 732	75 914	1 818	33,4	21,5	21,0	0,5
1988	112 003	93 725	73 095	20 630	30,8	25,7	20,1	5,7
1989	125 371	132 935	81 543	51 392	34,2	36,2	22,2	14,0
1990	130 061	147 870	84 942	62 928	34,8	39,6	22,7	16,9
1991	133 459	141 305	82 349	58 956	35,2	37,3	21,7	15,6
1992	146 075	147 484	87 841	59 643	37,9	38,3	22,8	15,5
1993	151 971	135 586	89 108	46 478	38,9	34,7	22,8	11,9
1994	166 139	127 608	99 580	28 028	42,2	32,4	25,3	7,1
1995	165 975	123 371	93 716	29 655	41,9	31,1	23,6	7,5
1996	165 327	114 240	88 766	25 474	41,5	28,7	22,3	6,4
1997	166 337	107 372	88 577	18 795	41,5	26,8	22,1	4,7
1998	166 399	107 598	97 388	10 210	41,4	26,8	24,2	2,5
1999	164 137	111 409	101 271	10 138	40,7	27,7	25,1	2,5
2000	161 956	108 973	100 927	8 046	40,2	27,0	25,0	2,0
2001	158 159	112 497	91 547	20 950	39,1	27,8	22,7	5,2
2002	155 437	111 090	94 501	16 589	38,4	27,4	23,3	4,1
2003	153 852	100 869	90 064	10 805	37,9	24,9	22,2	2,7
2004	155 623	97 285	86 840	10 445	38,3	24,0	21,4	2,6
2005	156 633	100 168	92 313	7 855	38,6	24,7	22,7	1,9
2006	149 728	98 637	94 454	4 183	36,9	24,3	23,3	1,0
2007	148 826	95 169	92 803	2 366	36,8	23,5	22,9	0,6
2008	152 071	95 561	102 206	-6 645	37,7	23,7	25,3	-1,6
2009	153 987	95 871	98 684	-2 813	38,3	23,9	24,6	-0,7
2010	150 913	97 050	94 211	2 839	37,7	24,2	23,5	0,7
2011	155 255	105 680	97 833	7 847	38,9	26,5	24,5	2,0
2012	157 845	111 147	98 364	12 783	39,6	27,9	24,7	3,2
2013	163 108	119 547	102 455	17 092	40,9	29,9	25,7	4,3
2014	169 708	135 634	108 314	27 320	42,4	33,9	27,1	6,8
2015	187 906	168 468	116 339	52 129	46,6	41,8	28,9	12,9

¹ Durchschnittliche Bevölkerung gemäß Fortschreibung auf Grundlage der jeweils zurückliegenden Zählung.

Verwaltungsbezirk	Insgesamt			Deutsche			Ausländer/-innen		
	Zuzüge	Fortzüge	Saldo	Zuzüge	Fortzüge	Saldo	Zuzüge	Fortzüge	Saldo
	Anzahl								
Frankenthal (Pfalz), St.	3 865	3 144	721	1 946	1 915	31	1 919	1 229	690
Kaiserslautern, St.	8 491	7 162	1 329	4 603	4 891	- 288	3 888	2 271	1 617
Koblenz, St.	9 265	7 896	1 369	6 048	6 017	31	3 217	1 879	1 338
Landau i. d. Pf., St.	4 434	3 468	966	3 013	2 723	290	1 421	745	676
Ludwigshafen a. Rh., St.	12 784	12 114	670	5 005	5 935	- 930	7 779	6 179	1 600
Mainz, St.	17 453	15 134	2 319	10 668	10 669	- 1	6 785	4 465	2 320
Neustadt a. d. Weinstr., St.	3 531	2 934	597	2 106	2 101	5	1 425	833	592
Pirmasens, St.	2 471	2 130	341	1 442	1 540	- 98	1 029	590	439
Speyer, St.	3 439	2 897	542	2 019	2 072	- 53	1 420	825	595
Trier, St.	39 819	33 004	6 815	6 030	6 482	- 452	33 789	26 522	7 267
Worms, St.	6 209	5 106	1 103	2 381	2 835	- 454	3 828	2 271	1 557
Zweibrücken, St.	2 307	1 927	380	1 401	1 486	- 85	906	441	465
Ahrweiler	10 049	8 301	1 748	6 451	6 223	228	3 598	2 078	1 520
Altenkirchen (Ww.)	10 493	9 042	1 451	7 279	7 456	- 177	3 214	1 586	1 628
Alzey-Worms	10 211	8 750	1 461	6 384	6 223	161	3 827	2 527	1 300
Bad Dürkheim	9 700	8 353	1 347	6 459	6 373	86	3 241	1 980	1 261
Bad Kreuznach	12 116	10 578	1 538	7 997	7 998	- 1	4 119	2 580	1 539
Bad Kreuznach, gkSt.	3 940	3 121	819	2 354	2 184	170	1 586	937	649
Bernkastel-Wittlich	8 766	7 541	1 225	5 364	5 547	- 183	3 402	1 994	1 408
Birkenfeld	5 765	5 130	635	3 847	4 039	- 192	1 918	1 091	827
Idar-Oberstein, gkSt.	1 873	1 468	405	1 092	1 113	- 21	781	355	426
Cochem-Zell	4 875	4 172	703	3 055	3 114	- 59	1 820	1 058	762
Donnersbergkreis	5 815	5 173	642	4 129	4 163	- 34	1 686	1 010	676
Eifelkreis Bitburg-Prüm	8 214	7 204	1 010	4 918	5 131	- 213	3 296	2 073	1 223
Germersheim	9 819	8 700	1 119	5 612	5 855	- 243	4 207	2 845	1 362
Kaiserslautern	8 788	7 831	957	5 962	6 008	- 46	2 826	1 823	1 003
Kusel	5 414	4 887	527	3 926	4 085	- 159	1 488	802	686
Mainz-Bingen	20 942	16 507	4 435	10 740	10 714	26	10 202	5 793	4 409
Bingen am Rhein, gkSt.	2 132	1 738	394	1 344	1 319	25	788	419	369
Ingelheim am Rhein, gkSt.	6 509	4 050	2 459	1 067	1 070	- 3	5 442	2 980	2 462
Mayen-Koblenz	16 090	14 207	1 883	11 160	11 457	- 297	4 930	2 750	2 180
Andernach, gkSt.	1 975	1 680	295	1 256	1 284	- 28	719	396	323
Mayen, gkSt.	1 409	1 158	251	932	955	- 23	477	203	274
Neuwied	13 563	11 609	1 954	9 323	9 242	81	4 240	2 367	1 873
Neuwied, gkSt.	3 974	3 176	798	2 409	2 383	26	1 565	793	772
Rhein-Hunsrück-Kreis	8 336	7 320	1 016	5 582	5 529	53	2 754	1 791	963
Rhein-Lahn-Kreis	11 686	9 079	2 607	6 826	6 833	- 7	4 860	2 246	2 614
Lahnstein, gkSt.	1 486	1 192	294	970	932	38	516	260	256
Rhein-Pfalz-Kreis	11 605	9 773	1 832	7 333	7 028	305	4 272	2 745	1 527
Südliche Weinstraße	8 834	7 725	1 109	5 877	5 773	104	2 957	1 952	1 005
Südwestpfalz	6 166	5 663	503	4 464	4 590	- 126	1 702	1 073	629
Trier-Saarburg	13 075	9 977	3 098	7 370	7 412	- 42	5 705	2 565	3 140
Vulkaneifel	5 097	4 688	409	3 387	3 571	- 184	1 710	1 117	593
Westerwaldkreis	16 887	15 119	1 768	11 364	11 644	- 280	5 523	3 475	2 048
Rheinland-Pfalz	356 374	304 245	52 129	201 471	204 674	- 3 203	154 903	99 571	55 332
kreisfreie Städte	114 068	96 916	17 152	46 662	48 666	- 2 004	67 406	48 250	19 156
Landkreise	242 306	207 329	34 977	154 809	156 008	- 1 199	87 497	51 321	36 176

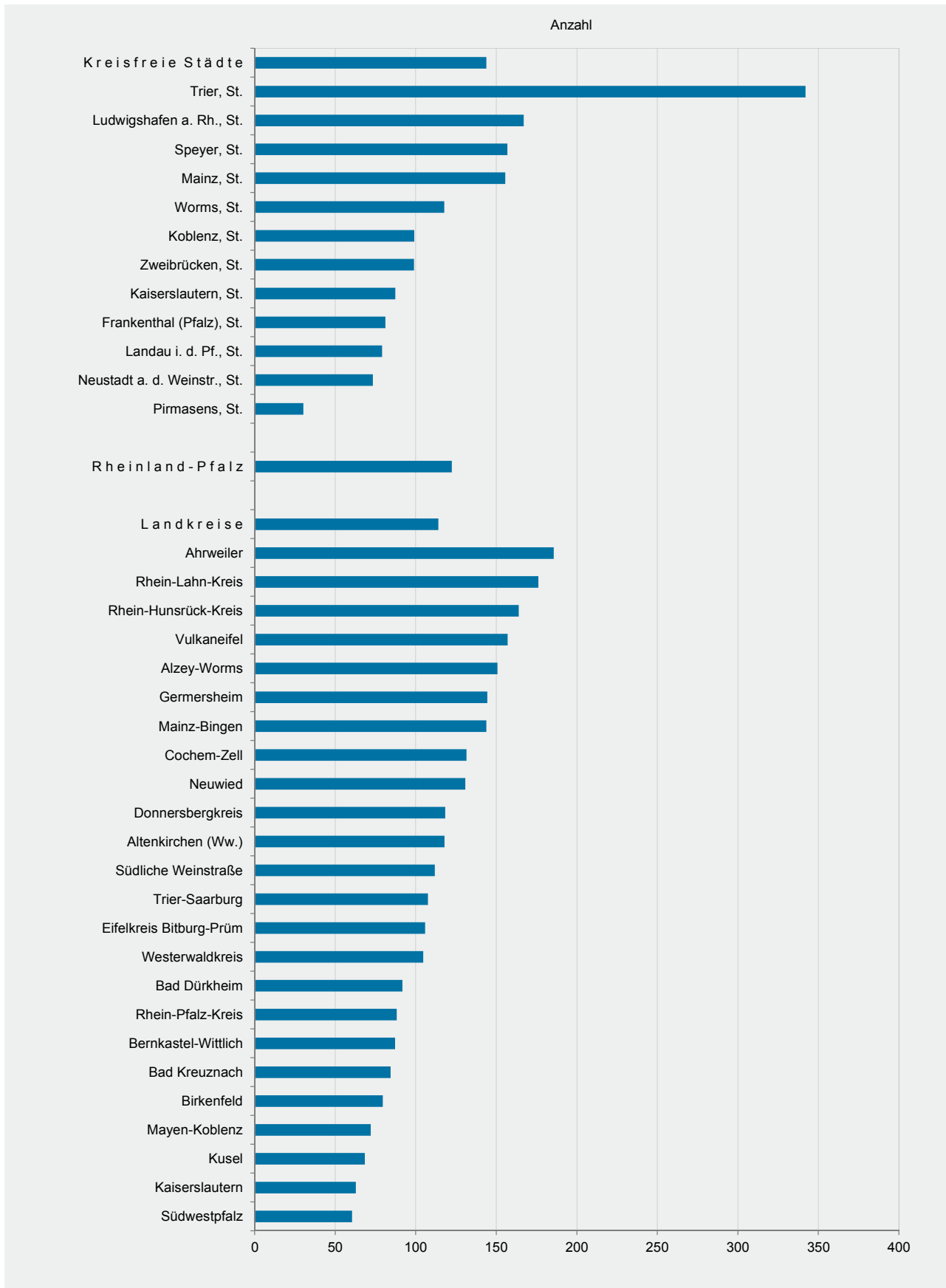
Verwaltungsbezirk	Alter in Jahren											
	unter 20		20 – 30		30 – 50		50 – 65		65 – 75		75 und älter	
	Zu- züge	Fort- züge	Zu- züge	Fort- züge	Zu- züge	Fort- züge	Zu- züge	Fort- züge	Zu- züge	Fort- züge	Zu- züge	Fort- züge
	Anzahl											
Frankenthal (Pfalz), St.	773	486	1 191	1 053	1 354	1 127	369	351	84	58	94	69
Kaiserslautern, St.	1 700	1 024	3 827	3 298	2 098	2 082	595	514	133	102	138	142
Koblenz, St.	1 499	1 063	4 340	3 320	2 462	2 504	614	666	139	156	211	187
Landau i. d. Pf., St.	843	467	1 970	1 644	1 129	950	316	269	90	73	86	65
Ludwigshafen a. Rh., St.	2 344	1 640	4 410	3 919	4 484	4 693	1 214	1 330	175	265	157	267
Mainz, St.	2 432	1 634	9 062	6 901	4 538	5 132	985	974	211	242	225	251
Neustadt a. d. Weinstr., St.	656	510	1 174	982	1 138	952	361	329	97	68	105	93
Pirmasens, St.	525	417	818	737	717	632	264	236	72	39	75	69
Speyer, St.	572	478	1 096	900	1 181	1 052	376	338	79	56	135	73
Trier, St.	12 689	9 530	14 939	12 615	10 070	9 037	1 665	1 377	288	216	168	229
Worms, St.	1 088	757	2 365	1 960	2 068	1 722	494	481	100	89	94	97
Zweibrücken, St.	444	322	735	632	749	623	281	243	52	40	46	67
Ahrweiler	2 071	1 519	2 989	2 814	3 028	2 342	1 129	961	360	291	472	374
Altenkirchen (Ww.)	2 455	1 754	3 289	3 118	3 119	2 530	1 011	1 015	257	258	362	367
Alzey-Worms	2 021	1 494	3 173	2 979	3 506	2 762	1 047	1 018	190	224	274	273
Bad Dürkheim	1 973	1 493	2 680	2 645	3 266	2 595	1 173	1 033	293	270	315	317
Bad Kreuznach	2 554	2 078	3 839	3 486	3 686	3 204	1 318	1 131	350	299	369	380
Bad Kreuznach, gkSt.	759	568	1 307	998	1 150	1 042	422	325	157	93	145	95
Bernkastel-Wittlich	1 943	1 458	2 713	2 590	2 716	2 231	938	795	191	185	265	282
Birkenfeld	1 322	1 134	1 845	1 741	1 637	1 425	620	512	132	121	209	197
Idar-Oberstein, gkSt.	415	313	639	495	526	411	198	158	47	36	48	55
Cochem-Zell	958	780	1 594	1 452	1 383	1 161	549	447	140	112	251	220
Donnersbergkreis	1 414	1 147	1 687	1 684	1 770	1 491	618	559	132	129	194	163
Eifelkreis Bitburg-Prüm	1 785	1 502	2 591	2 407	2 533	2 056	894	805	176	186	235	248
Germersheim	1 845	1 402	3 221	3 088	3 355	2 912	1 021	911	157	177	220	210
Kaiserslautern	2 178	1 770	2 569	2 460	2 734	2 274	897	849	197	205	213	273
Kusel	1 381	1 123	1 610	1 627	1 548	1 323	563	488	121	116	191	210
Mainz-Bingen	5 079	3 356	6 165	5 202	6 822	5 298	1 957	1 803	403	404	516	444
Bingen am Rhein, gkSt.	403	294	782	616	647	553	206	175	33	49	61	51
Ingelheim am Rhein, gkSt.	2 068	1 164	1 999	1 251	1 821	1 224	487	333	65	51	69	27
Mayen-Koblenz	3 288	2 565	5 258	4 941	5 138	4 357	1 542	1 397	354	366	510	581
Andernach, gkSt.	390	277	639	569	632	562	193	155	64	44	57	73
Mayen, gkSt.	319	224	490	417	419	352	117	100	27	23	37	42
Neuwied	3 000	2 250	4 035	3 792	4 126	3 419	1 501	1 263	389	355	512	530
Neuwied, gkSt.	909	603	1 201	1 094	1 197	968	397	321	122	64	148	126
Rhein-Hunsrück-Kreis	1 695	1 405	2 671	2 543	2 537	2 080	861	798	232	190	340	304
Rhein-Lahn-Kreis	2 683	1 801	3 690	3 014	3 583	2 640	1 156	981	244	266	330	377
Lahnstein, gkSt.	269	220	515	426	472	345	154	121	23	31	53	49
Rhein-Pfalz-Kreis	2 310	1 758	3 463	3 174	4 043	3 203	1 209	1 120	260	221	320	297
Südliche Weinstraße	1 651	1 318	2 649	2 580	2 892	2 390	1 113	945	257	208	272	284
Südwestpfalz	1 365	1 186	1 821	1 807	1 914	1 663	683	589	161	179	222	239
Trier-Saarburg	3 184	1 974	3 877	3 248	4 071	3 026	1 263	1 135	253	241	427	353
Vulkaneifel	1 123	1 013	1 622	1 676	1 502	1 255	544	423	134	126	172	195
Westerwaldkreis	3 667	2 956	5 134	4 891	5 357	4 670	1 748	1 640	370	373	611	589
Rheinland-Pfalz	78 510	58 564	120 112	106 920	108 254	92 813	32 889	29 726	7 273	6 906	9 336	9 316
kreisfreie Städte	25 565	18 328	45 927	37 961	31 988	30 506	7 534	7 108	1 520	1 404	1 534	1 609
Landkreise	52 945	40 236	74 185	68 959	76 266	62 307	25 355	22 618	5 753	5 502	7 802	7 707

Verwaltungsbezirk	Wanderungen innerhalb des Kreises	Wanderungen über die Kreisgrenzen								
		Zuzüge			Fortzüge			Saldo		
		insgesamt	je 1 000 Einwohner ¹	Ausländer/-innen	insgesamt	je 1 000 Einwohner ¹	Ausländer/-innen	insgesamt	je 1 000 Einwohner ¹	Ausländer/-innen
		Anzahl								
Frankenthal (Pfalz), St.	-	3 865	80,4	1 919	3 144	65,4	1 229	721	15,0	690
Kaiserslautern, St.	-	8 491	86,7	3 888	7 162	73,1	2 271	1 329	13,6	1 617
Koblenz, St.	-	9 265	82,7	3 217	7 896	70,5	1 879	1 369	12,2	1 338
Landau i. d. Pf., St.	-	4 434	98,7	1 421	3 468	77,2	745	966	21,5	676
Ludwigshafen a. Rh., St.	-	12 784	77,8	7 779	12 114	73,7	6 179	670	4,1	1 600
Mainz, St.	-	17 453	83,8	6 785	15 134	72,6	4 465	2 319	11,1	2 320
Neustadt a. d. Weinstr., St.	-	3 531	66,9	1 425	2 934	55,6	833	597	11,3	592
Pirmasens, St.	-	2 471	61,6	1 029	2 130	53,1	590	341	8,5	439
Speyer, St.	-	3 439	68,7	1 420	2 897	57,9	825	542	10,8	595
Trier, St.	-	39 819	356,5	33 789	33 004	295,5	26 522	6 815	61,0	7 267
Worms, St.	-	6 209	76,1	3 828	5 106	62,6	2 271	1 103	13,5	1 557
Zweibrücken, St.	-	2 307	67,6	906	1 927	56,5	441	380	11,1	465
Ahrweiler	3 227	6 822	53,6	3 056	5 074	39,9	1 536	1 748	13,7	1 520
Altenkirchen (Ww.)	4 057	6 436	50,0	2 775	4 985	38,7	1 147	1 451	11,3	1 628
Alzey-Worms	2 903	7 308	57,7	3 249	5 847	46,2	1 949	1 461	11,5	1 300
Bad Dürkheim	2 383	7 317	55,5	2 857	5 970	45,3	1 596	1 347	10,2	1 261
Bad Kreuznach	4 700	7 416	47,4	3 394	5 878	37,6	1 855	1 538	9,8	1 539
Bad Kreuznach, gkSt.	-	2 883	58,7	1 369	2 089	42,5	744	794	16,2	625
Berncastel-Wittlich	3 093	5 673	50,9	2 933	4 448	39,9	1 525	1 225	11,0	1 408
Birkenfeld	2 041	3 724	46,2	1 768	3 089	38,3	941	635	7,9	827
Idar-Oberstein, gkSt.	-	1 415	50,1	724	1 112	39,4	334	303	10,7	390
Cochem-Zell	1 655	3 220	51,8	1 519	2 517	40,5	757	703	11,3	762
Donnersbergkreis	2 038	3 777	50,3	1 468	3 135	41,7	792	642	8,5	676
Eifelkreis Bitburg-Prüm	3 686	4 528	46,8	2 603	3 518	36,3	1 380	1 010	10,4	1 223
Germersheim	2 713	7 106	56,0	3 710	5 987	47,2	2 348	1 119	8,8	1 362
Kaiserslautern	2 489	6 299	60,2	2 495	5 342	51,1	1 492	957	9,1	1 003
Kusel	2 108	3 306	46,6	1 271	2 779	39,2	585	527	7,4	686
Mainz-Bingen	4 922	16 020	77,5	9 259	11 585	56,1	4 850	4 435	21,5	4 409
Bingen am Rhein, gkSt.	-	1 567	63,1	689	1 264	50,9	359	303	12,2	330
Ingelheim am Rhein, gkSt.	-	6 038	238,2	5 334	3 411	134,6	2 742	2 627	103,6	2 592
Mayen-Koblenz	5 428	10 662	50,5	4 342	8 779	41,6	2 162	1 883	8,9	2 180
Andernach, gkSt.	-	1 472	50,2	652	1 143	39,0	345	329	11,2	307
Mayen, gkSt.	-	917	49,0	423	666	35,6	155	251	13,4	268
Neuwied	4 259	9 304	51,7	3 773	7 350	40,8	1 900	1 954	10,9	1 873
Neuwied, gkSt.	-	3 388	52,9	1 477	2 580	40,3	740	808	12,6	737
Rhein-Hunsrück-Kreis	3 332	5 004	48,9	2 282	3 988	39,0	1 319	1 016	9,9	963
Rhein-Lahn-Kreis	3 297	8 389	68,5	4 477	5 782	47,2	1 863	2 607	21,3	2 614
Lahnstein, gkSt.	-	1 252	70,0	489	979	54,8	240	273	15,3	249
Rhein-Pfalz-Kreis	2 243	9 362	62,1	3 810	7 530	49,9	2 283	1 832	12,1	1 527
Südliche Weinstraße	2 512	6 322	57,4	2 564	5 213	47,3	1 559	1 109	10,1	1 005
Südwestpfalz	1 816	4 350	45,1	1 461	3 847	39,9	832	503	5,2	629
Trier-Saarburg	3 797	9 278	63,3	4 989	6 180	42,2	1 849	3 098	21,1	3 140
Vulkaneifel	2 186	2 911	47,9	1 184	2 502	41,2	591	409	6,7	593
Westerwaldkreis	7 188	9 699	48,6	4 488	7 931	39,7	2 440	1 768	8,9	2 048
Rheinland-Pfalz	78 073	278 301	69,0	143 133	226 172	56,1	87 801	52 129	12,9	55 332
kreisfreie Städte	-	114 068	109,1	67 406	96 916	92,7	48 250	17 152	16,4	19 156
Landkreise	78 073	164 233	55,0	75 727	129 256	43,3	39 551	34 977	11,7	36 176

1 Durchschnittliche Bevölkerung.

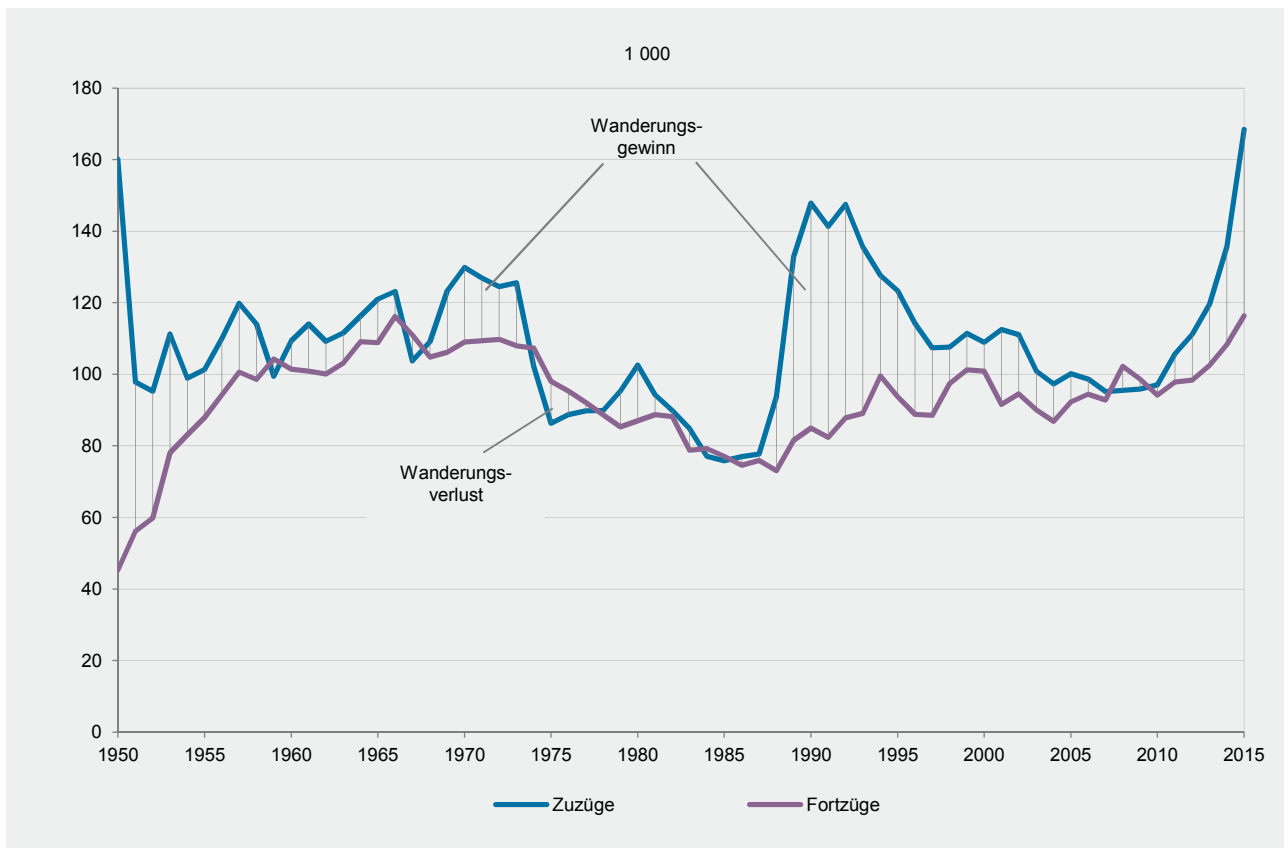
Verwaltungsbezirk	Wanderungen über die Kreisgrenzen								
	darunter Wanderungen über die Landesgrenzen								
	Zuzüge			Fortzüge			Saldo		
	ins- gesamt	je 1 000 Einwohner ¹	Ausländer/ -innen	ins- gesamt	je 1 000 Einwohner ¹	Ausländer/ -innen	ins- gesamt	je 1 000 Einwohner ¹	Ausländer/ -innen
Anzahl									
Frankenthal (Pfalz), St.	1 812	37,7	1 215	1 578	32,8	953	234	4,9	262
Kaiserslautern, St.	4 428	45,2	2 732	3 870	39,5	1 853	558	5,7	879
Koblenz, St.	4 348	38,8	1 989	3 698	33,0	1 384	650	5,8	605
Landau i. d. Pf., St.	1 918	42,7	736	1 608	35,8	547	310	6,9	189
Ludwigshafen a. Rh., St.	9 009	54,8	6 169	8 656	52,7	5 534	353	2,1	635
Mainz, St.	12 389	59,5	5 439	10 851	52,1	3 878	1 538	7,4	1 561
Neustadt a. d. Weinstr., St.	1 547	29,3	804	1 338	25,3	594	209	4,0	210
Pirmasens, St.	1 033	25,8	617	972	24,2	477	61	1,5	140
Speyer, St.	1 715	34,3	858	1 489	29,7	640	226	4,5	218
Trier, St.	35 927	321,7	33 152	6 068	54,3	2 892	29 859	267,3	30 260
Worms, St.	4 173	51,2	2 981	3 328	40,8	1 911	845	10,4	1 070
Zweibrücken, St.	1 274	37,3	580	1 134	33,2	385	140	4,1	195
Ahrweiler	4 824	37,9	2 108	3 921	30,8	1 406	903	7,1	702
Altenkirchen (Ww.)	4 324	33,6	1 776	3 779	29,4	1 052	545	4,2	724
Alzey-Worms	3 630	28,7	2 169	3 116	24,6	1 589	514	4,1	580
Bad Dürkheim	3 299	25,0	1 628	2 996	22,7	1 217	303	2,3	411
Bad Kreuznach	3 772	24,1	2 102	3 388	21,7	1 597	384	2,5	505
Bad Kreuznach, gkSt.	1 637	33,3	994	1 305	26,6	628	332	6,8	366
Bernkastel-Wittlich	2 937	26,4	1 930	2 451	22,0	1 272	486	4,4	658
Birkenfeld	2 147	26,6	1 176	1 902	23,6	789	245	3,0	387
Idar-Oberstein, gkSt.	768	27,2	437	702	24,8	280	66	2,3	157
Cochem-Zell	1 650	26,5	970	1 309	21,0	641	341	5,5	329
Donnersbergkreis	1 446	19,3	716	1 378	18,3	632	68	0,9	84
Eifelkreis Bittburg-Prüm	2 752	28,4	1 856	2 269	23,4	1 221	483	5,0	635
Germersheim	4 684	36,9	2 663	4 073	32,1	2 052	611	4,8	611
Kaiserslautern	2 475	23,7	1 375	2 456	23,5	1 144	19	0,2	231
Kusel	1 553	21,9	662	1 448	20,4	463	105	1,5	199
Mainz-Bingen	10 553	51,1	7 478	5 162	25,0	2 134	5 391	26,1	5 344
Bingen am Rhein, gkSt.	873	35,2	458	720	29,0	296	153	6,2	162
Ingelheim am Rhein, gkSt.	5 481	216,2	5 094	878	34,6	504	4 603	181,6	4 590
Mayen-Koblenz	4 512	21,4	2 404	4 025	19,1	1 642	487	2,3	762
Andernach, gkSt.	664	22,6	333	632	21,6	264	32	1,1	69
Mayen, gkSt.	413	22,1	186	360	19,2	130	53	2,8	56
Neuwied	5 233	29,1	2 176	4 599	25,6	1 576	634	3,5	600
Neuwied, gkSt.	1 538	24,0	878	1 313	20,5	570	225	3,5	308
Rhein-Hunsrück-Kreis	2 579	25,2	1 496	2 319	22,7	1 163	260	2,5	333
Rhein-Lahn-Kreis	5 460	44,6	3 161	3 487	28,5	1 216	1 973	16,1	1 945
Lahnstein, gkSt.	481	26,9	256	354	19,8	161	127	7,1	95
Rhein-Pfalz-Kreis	4 230	28,1	2 273	3 687	24,4	1 687	543	3,6	586
Südliche Weinstraße	2 918	26,5	1 621	2 543	23,1	1 234	375	3,4	387
Südwestpfalz	1 645	17,1	711	1 741	18,1	668	- 96	- 1,0	43
Trier-Saarburg	5 079	34,6	3 529	3 005	20,5	1 251	2 074	14,1	2 278
Vulkaneifel	1 575	25,9	636	1 467	24,1	492	108	1,8	144
Westerwaldkreis	5 618	28,1	2 762	5 228	26,2	2 132	390	2,0	630
Rheinland-Pfalz	168 468	41,8	106 650	116 339	28,9	51 318	52 129	12,9	55 332
kreisfreie Städte	79 573	76,1	57 272	44 590	42,6	21 048	34 983	33,4	36 224
Landkreise	88 895	29,8	49 378	71 749	24,0	30 270	17 146	5,7	19 108

1 Durchschnittliche Bevölkerung.



1 Wanderungen mit anderen Bundesländern und dem Ausland. – 2 Durchschnittliche Bevölkerung.

Alter in Jahren	Zuzüge			Fortzüge			Saldo		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Unter 5	9 769	5 082	4 687	4 570	2 373	2 197	5 199	2 709	2 490
5 – 10	8 011	4 248	3 763	3 711	1 905	1 806	4 300	2 343	1 957
10 – 15	6 391	3 474	2 917	2 874	1 520	1 354	3 517	1 954	1 563
15 – 20	12 760	7 883	4 877	5 830	2 901	2 929	6 930	4 982	1 948
20 – 25	29 497	16 378	13 119	21 889	10 623	11 266	7 608	5 755	1 853
25 – 30	28 313	16 659	11 654	22 729	12 426	10 303	5 584	4 233	1 351
30 – 35	19 474	11 930	7 544	14 103	8 698	5 405	5 371	3 232	2 139
35 – 40	14 108	8 912	5 196	9 649	6 239	3 410	4 459	2 673	1 786
40 – 45	10 701	6 808	3 893	7 447	4 912	2 535	3 254	1 896	1 358
45 – 50	9 056	5 628	3 428	6 699	4 239	2 460	2 357	1 389	968
50 – 55	6 877	4 044	2 833	5 317	3 292	2 025	1 560	752	808
55 – 60	4 639	2 616	2 023	3 664	2 087	1 577	975	529	446
60 – 65	3 142	1 630	1 512	2 514	1 366	1 148	628	264	364
65 – 70	1 984	1 039	945	1 729	887	842	255	152	103
70 – 75	1 177	611	566	1 065	531	534	112	80	32
75 – 80	966	401	565	996	420	576	-30	-19	-11
80 – 85	659	264	395	668	264	404	-9	0	-9
85 – 90	601	158	443	544	178	366	57	-20	77
90 und älter	343	68	275	341	78	263	2	-10	12
Insgesamt	168 468	97 833	70 635	116 339	64 939	51 400	52 129	32 894	19 235



Herkunfts- bzw. Zielgebiet	Zuzüge			Fortzüge			Saldo		
	insgesamt	männlich	Ausländer	insgesamt	männlich	Ausländer	insgesamt	männlich	Ausländer
Deutschland	71 192	36 453	14 728	72 694	37 139	14 331	- 1 502	-686	397
Baden-Württemberg	16 121	8 328	3 840	16 386	8 510	3 613	-265	-182	227
Bayern	5 392	2 911	1 411	5 900	3 106	1 381	-508	-195	30
Berlin	1 500	792	320	1 901	941	397	-401	-149	-77
Brandenburg	532	298	94	743	422	111	-211	-124	-17
Bremen	305	151	81	283	142	78	22	9	3
Hamburg	619	323	109	956	460	175	-337	-137	-66
Hessen	16 028	8 070	3 269	15 705	7 913	3 054	323	157	215
Mecklenburg-Vorpommern	463	271	123	513	257	51	-50	14	72
Niedersachsen	3 291	1 691	882	3 276	1 697	654	15	-6	228
Nordrhein-Westfalen	18 200	9 174	3 130	18 559	9 387	3 607	-359	-213	-477
Saarland	5 070	2 475	683	4 657	2 298	579	413	177	104
Sachsen	1 216	663	256	1 301	728	219	-85	-65	37
Sachsen-Anhalt	717	386	180	615	318	103	102	68	77
Schleswig-Holstein	899	486	139	1 170	575	162	-271	-89	-23
Thüringen	839	434	211	729	385	147	110	49	64
Ausland ¹	97 276	61 380	91 922	43 645	27 800	36 987	53 631	33 580	54 935
Europa	56 214	34 059	53 192	35 433	23 141	31 411	20 781	10 918	21 781
EU-Staaten	42 066	26 096	39 836	26 186	17 540	23 439	15 880	8 556	16 397
Belgien	422	245	304	291	156	204	131	89	100
Bulgarien	5 046	3 071	5 019	2 642	1 920	2 628	2 404	1 151	2 391
Dänemark	49	26	39	84	47	48	-35	-21	-9
Estland	44	18	39	24	4	19	20	14	20
Finnland	84	40	74	65	24	55	19	16	19
Frankreich	1 013	534	646	1 019	488	596	-6	46	50
Griechenland	1 009	613	976	634	414	595	375	199	381
Irland	124	59	91	117	62	63	7	-3	28
Italien	3 401	2 007	3 292	1 770	1 142	1 658	1 631	865	1 634
Kroatien	2 139	1 320	2 117	823	587	801	1 316	733	1 316
Lettland	303	180	299	200	120	195	103	60	104
Litauen	611	269	606	408	176	398	203	93	208
Luxemburg	1 813	937	1 530	1 044	537	768	769	400	762
Malta	9	7	5	13	7	8	-4	0	-3
Niederlande	510	295	405	451	250	291	59	45	114
Österreich	484	258	256	586	315	213	-102	-57	43
Polen	9 093	5 833	8 901	5 832	4 146	5 637	3 261	1 687	3 264
Portugal	555	333	508	413	263	356	142	70	152
Rumänien	9 324	6 107	9 269	4 831	3 418	4 795	4 493	2 689	4 474
Schweden	94	47	64	110	56	54	-16	-9	10
Slowakei	382	231	379	241	167	229	141	64	150
Slowenien	245	195	242	172	148	169	73	47	73
Spanien	1 269	713	998	938	510	636	331	203	362
Tschechische Republik	521	358	507	346	214	310	175	144	197
Ungarn	2 861	2 030	2 828	2 428	1 994	2 376	433	36	452
Vereinigtes Königreich	628	358	415	688	366	329	-60	-8	86
Zypern	33	12	27	16	9	8	17	3	19
Albanien	4 555	2 775	4 554	1 777	1 160	1 773	2 778	1 615	2 781
Kosovo	2 336	1 518	2 333	1 249	905	1 237	1 087	613	1 096
Mazedonien	1 312	684	1 311	754	416	747	558	268	564
Serbien	1 634	852	1 628	1 697	905	1 692	-63	-53	-64
Türkei	1 275	641	1 060	1 301	787	981	-26	-146	79
Übriges Europa	3 036	1 493	2 470	2 469	1 428	1 542	567	65	928
Außereuropäisches Ausland	39 745	26 348	37 418	8 158	4 615	5 522	31 587	21 733	31 896
Afrika	3 704	2 445	3 493	1 097	773	885	2 607	1 672	2 608
Eritrea	1 045	762	1 045	110	90	110	935	672	935
Amerika	3 557	1 696	2 272	3 399	1 596	1 858	158	100	414
Vereinigte Staaten	2 186	1 110	1 366	2 402	1 120	1 207	-216	-10	159
Asien	32 190	22 039	31 520	3 376	2 089	2 696	28 814	19 950	28 824
Afghanistan	5 455	3 906	5 449	180	167	179	5 275	3 739	5 270
Pakistan	1 594	1 463	1 576	181	153	163	1 413	1 310	1 413
Syrien	18 979	13 279	18 970	282	227	273	18 697	13 052	18 697
Australien und Ozeanien	294	168	133	286	157	83	8	11	50
Insgesamt	168 468	97 833	106 650	116 339	64 939	51 318	52 129	32 894	55 332

1 Einschließlich Gebietszuordnung unbekannt, ungeklärt und ohne Angabe.

Land der Staatsangehörigkeit	Zuzüge			Fortzüge			Saldo		
	ins-gesamt	männ-lich	weib-lich	ins-gesamt	männ-lich	weib-lich	ins-gesamt	männ-lich	weib-lich
Europa	57 662	34 786	22 876	37 825	24 270	13 555	19 837	10 516	9 321
Deutschland	5 354	2 909	2 445	6 658	3 426	3 232	- 1 304	- 517	- 787
Übrige EU-Staaten	39 114	24 383	14 731	23 160	15 900	7 260	15 954	8 483	7 471
Belgien	229	132	97	145	81	64	84	51	33
Bulgarien	5 176	3 145	2 031	2 712	1 964	748	2 464	1 181	1 283
Dänemark	39	19	20	33	20	13	6	- 1	7
Estland	46	14	32	23	5	18	23	9	14
Finnland	76	32	44	55	17	38	21	15	6
Frankreich	589	291	298	559	245	314	30	46	- 16
Griechenland	858	520	338	580	380	200	278	140	138
Irland	73	33	40	55	27	28	18	6	12
Italien	2 632	1 575	1 057	1 516	980	536	1 116	595	521
Kroatien	2 310	1 399	911	860	611	249	1 450	788	662
Lettland	316	186	130	207	123	84	109	63	46
Litauen	622	269	353	420	176	244	202	93	109
Luxemburg	1 173	593	580	570	288	282	603	305	298
Malta	2	1	1	10	5	5	- 8	- 4	- 4
Niederlande	429	263	166	289	176	113	140	87	53
Österreich	204	106	98	156	90	66	48	16	32
Polen	8 975	5 756	3 219	5 701	4 059	1 642	3 274	1 697	1 577
Portugal	589	360	229	408	256	152	181	104	77
Rumänien	9 647	6 265	3 382	4 922	3 472	1 450	4 725	2 793	1 932
Schweden	56	29	27	47	25	22	9	4	5
Slowakei	390	232	158	240	165	75	150	67	83
Slowenien	161	118	43	125	105	20	36	13	23
Spanien	756	455	301	544	300	244	212	155	57
Tschechische Republik	452	307	145	281	171	110	171	136	35
Ungarn	2 936	2 059	877	2 428	1 988	440	508	71	437
Vereinigtes Königreich	368	222	146	266	166	100	102	56	46
Zypern	10	2	8	8	5	3	2	- 3	5
Albanien	4 698	2 862	1 836	1 794	1 175	619	2 904	1 687	1 217
Bosnien und Herzegowina	905	520	385	847	553	294	58	- 33	91
Kosovo	2 510	1 634	876	1 315	955	360	1 195	679	516
Mazedonien	1 349	708	641	738	411	327	611	297	314
Serbien	1 549	825	724	1 672	905	767	- 123	- 80	- 43
Türkei	809	441	368	984	656	328	- 175	- 215	40
Übriges Europa	1 374	504	870	657	289	368	717	215	502
Außereuropäisches Ausland	36 789	24 530	12 259	5 687	3 439	2 248	31 102	21 091	10 011
Afrika	3 596	2 385	1 211	993	736	257	2 603	1 649	954
Ägypten	408	330	78	119	98	21	289	232	57
Eritrea	1 019	741	278	117	94	23	902	647	255
Somalia	1 002	682	320	205	168	37	797	514	283
Übriges Afrika	1 167	632	535	552	376	176	615	256	359
Amerika	2 242	1 090	1 152	1 758	892	866	484	198	286
Brasilien	290	101	189	267	112	155	23	- 11	34
Kanada	108	40	68	70	31	39	38	9	29
USA	1 339	755	584	1 098	596	502	241	159	82
Übriges Amerika	505	194	311	323	153	170	182	41	141
Asien	30 836	20 984	9 852	2 878	1 770	1 108	27 958	19 214	8 744
Afghanistan	5 237	3 740	1 497	197	182	15	5 040	3 558	1 482
China	660	288	372	415	200	215	245	88	157
Iran	1 009	669	340	109	72	37	900	597	303
Pakistan	1 573	1 444	129	198	172	26	1 375	1 272	103
Syrien	18 582	12 869	5 713	308	250	58	18 274	12 619	5 655
Übriges Asien	3 775	1 974	1 801	1 651	894	757	2 124	1 080	1 044
Australien und Ozeanien	115	71	44	58	41	17	57	30	27
Staatenlos	105	71	34	13	8	5	92	63	29
Ungeklärt und ohne Angabe	2 720	1 993	727	120	83	37	2 600	1 910	690
Insgesamt	97 276	61 380	35 896	43 645	27 800	15 845	53 631	33 580	20 051

Impressum

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Kostenfreier Download im Internet: <http://www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-berichte>

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2016

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Abschlussbericht

Kommission zur umfassenden Evaluation der Aufgaben, Personal- und Sachausstattung

Wesentlicher Inhalt

Der Sächsische Landtag hat im Juli 2013 ein generelles Neuverschuldungsverbot für die Sächsische Staatsverwaltung in der Verfassung des Freistaates Sachsen verankert. Alle Ausgaben des Freistaates Sachsen müssen im Einklang mit den Einnahmen stehen. Eine solide und nachhaltige Haushaltswirtschaft ist Markenzeichen der Sächsischen Politik. Sie weist eine im bundesweiten Vergleich hohe Investitionsquote auf und belässt Spielräume, um auf kurzfristige Belastungen flexibel reagieren und mittel- und langfristig Herausforderungen bewältigen zu können.

Die Einnahmesituation gestaltet sich auch auf Grund der guten wirtschaftlichen Gesamtlage im Freistaat Sachsen derzeit positiv, die Steuereinnahmen steigen. Demgegenüber schmelzen die Transferleistungen des Bundes und der Europäischen Union weiter ab. In diesem Spannungsverhältnis gilt es, kluge und zukunftsfeste Entscheidungen im Sinne einer weiterhin soliden Haushaltsführung sowie einer vorausschauenden Regierungspolitik zu treffen.

Etwa ein Drittel der Gesamtausgaben werden gegenwärtig über alle Bereiche des Öffentlichen Dienstes des Freistaates Sachsen hinweg und unter Einbeziehung der Vorsorgeregulungen für den Personalkörper des Freistaates Sachsen aufgewendet. Der Freistaat Sachsen investiert damit wesentlich in Köpfe – in Mitarbeiter, die ihr Engagement dem Land widmen. Die politischen Prioritäten *Bildung* und *Innere Sicherheit* spiegeln sich dabei auch in den Personalkörpern der Polizei, Schulen und Hochschulen deutlich wider. Das kommt den Kindern und Studenten zugute, aber auch der Sicherheit der Menschen im Freistaat Sachsen.

Der gesamte Personalkörper selbst steht vor einem radikalen Umbruch. Infolge der Einstellungsbedingungen der 90er-Jahre wird bis zum Jahr 2030 über die Hälfte der derzeitigen Bediensteten in den Ruhestand treten. Die Personalgewinnung tritt bereits jetzt und erst recht in den kommenden Jahren in den Vordergrund. Der Freistaat Sachsen wird dabei nicht nur mit dem Öffentlichen Dienst anderer Länder und des Bundes um die besten Köpfe konkurrieren, sondern auch mit den Kommunen und der Wirtschaft.

Nach der Aufbauphase zu Beginn der 90er-Jahre, in welcher der Freistaat Sachsen anfänglich nur 20 Prozent seines Haushaltes aus eigenen Steuereinnahmen bestreiten konnte, 60 Prozent durch Transferleistungen und 17 Prozent durch Kredite, hat sich ab Mitte der 2000er-Jahre eine solide Konsolidierungsphase angeschlossen, die es dem Freistaat Sachsen heute ermöglicht, ohne weitere Neuverschuldung handeln zu können. Dennoch ist auch künftig eine weitere Konsolidierung erforderlich. Der Freistaat Sachsen erreicht, was die originäre Steuerkraft anbetrifft, im Jahr 2014 mit 54,7 Prozent der durchschnittlichen Steuereinnahmen der Bundesländer nur den drittletzten Platz. Für die kommenden 10 bis 15 Jahre steht der Freistaat Sachsen vor neuen Herausforderungen. Er muss neben den Anforderungen der jüngsten Flüchtlingskrise den demografischen Wandel im Land selbst, aber auch innerhalb seiner Verwaltung bewältigen und gestalten. Die sich dabei ergebenden Herausforderungen eröffnen gleichzeitig Chancen.

Die Ergebnisse der 6. Regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung zeigen, dass die vorangegangenen grundlegenden Aussagen zur weiteren Bevölkerungsentwicklung – trotz der aktuellen Entwicklung beim Wanderungsgeschehen und einer höheren Geburtenrate – ihre Gültigkeit behalten. Das Ausmaß der demografischen Veränderungen wird allerdings deutlich verlangsamt. So wird die Zahl von vier Millionen Einwohnern etwa zehn Jahre später unterschritten als in den vorangegangenen Vorausberechnungen. Jedoch verkleinert sich die Kohorte der erwerbsfähigen Bevölkerung trotzdem

signifikant, da die Bevölkerung für sich genommen im Durchschnitt älter wird und die jetzt geborenen Kinder erst in etwa 20 Jahren in den Arbeitsmarkt eintreten werden. Der Konkurrenzdruck auf dem Sächsischen Arbeitsmarkt bleibt damit für die kommenden 10 bis 15 Jahre konstant.

Um den Öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen frühzeitig demografiefest zu machen, hat das Kabinett auf Grundlage des Koalitionsvertrages eine Kommission zur umfassenden Evaluation der Aufgaben, Personal- und Sachausstattung (Personalkommission) damit beauftragt, dem Kabinett Möglichkeiten einer zukünftigen Personalbedarfsplanung aufzuzeigen, welche sich an einer bedarfsorientierten Aufgabenwahrnehmung orientiert. Die konzeptionellen Überlegungen sollen Grundlage für Schlussfolgerungen eines auch langfristig ressourcengerechten und leistungsstarken Behördenaufbaus sein.

Dafür hat die Personalkommission ein umfassendes Bild des Personalkörpers des Öffentlichen Dienstes herausgearbeitet. Es wurde die Altersstruktur der Bediensteten jedes Ressorts und jeder nachgeordneten Einrichtung erarbeitet, aus der hervorgeht, welches Fachpersonal in welcher Einrichtung zu welchem Zeitpunkt aus altersbedingten Gründen aus dem Dienst ausscheidet. Um eine einheitliche Methodik der Erhebung und Darstellung zu gewährleisten, hat sich die Personalkommission darauf verständigt, die Zuordnungen des Personals nach den im Sächsischen Beamtengesetz festgeschriebenen Fachrichtungen (Agrar- und Forstverwaltung, Allgemeine Verwaltung, Bildung und Kultur, Feuerwehr, Gesundheit und Soziales, Justiz, Naturwissenschaft und Technik, Polizei sowie Finanz- und Steuerverwaltung) und den dazugehörigen 19 Schwerpunkten der Sächsischen Laufbahnverordnung vorzunehmen. Damit ist es gelungen, die Altersstruktur – geordnet nach Fachrichtungen – jedes einzelnen Personalkörpers eines Ressorts sowie jeder nachgeordneten Einrichtung einheitlich systematisch darzustellen, wobei sich die Zuordnung nach Ausbildung und Laufbahn richtet, nicht nach der jeweiligen aktuellen Verwendung. Die Darstellung der Erhebung ist wesentlicher Bestandteil des vorliegenden Berichts. Im Ergebnis ist festzustellen, dass die Altersstruktur insbesondere im nachgeordneten Bereich nahezu aller Ressorts Handlungsbedarf aufzeigt.

Annähernd 88 Prozent der Bediensteten des Freistaates Sachsen sind Fachpersonal. Handlungsbedarf zeigt sich somit vor allem bei der Gewinnung von Spezialisten. Folgende Fachrichtungen/Schwerpunkte bilden die stärksten Personalkörper hinsichtlich des Fachpersonals: Bildungsdienst (37 Prozent des gesamten Personalkörpers), Polizeivollzugsdienst (13 Prozent), Kulturwissenschaftlicher und wissenschaftlicher Dienst (11 Prozent), Justizdienst (7 Prozent), Steuerverwaltung (7 Prozent) sowie Technischer Verwaltungsdienst (6 Prozent).

Die Personalkommission schlägt der Sächsischen Staatsregierung vor, Demografiebrücken einzurichten und eine Ausbildungsinitiative durchzuführen.

Für die Fachkräfte, für deren Ausbildung der Freistaat Sachsen selbst zuständig ist, ist eine Überprüfung des Ausbildungsbedarfs und der Ausbildungskapazitäten vorzunehmen. Bewährte Ausbildungseinrichtungen (u.a. Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege Meißen, Fortbildungszentrum des Freistaates Sachsen, Ausbildungszentrum Bobritzsch) sind dabei zu erhalten bzw. zu stärken. Die Ausbildung der Beschäftigten und Beamten dauert zwei bis fünf Jahre, in Teilbereichen akademischer Ausbildung auch deutlich länger. Ein nicht unerheblicher planerischer Vorlauf ist hinzuzurechnen. Für eine strategieorientierte Personalbedarfsplanung müssen die Planungen der Ressorts aufeinander abgestimmt werden und Nachwuchs- und Qualifikationslücken rechtzeitig erkannt und darauf reagiert werden. Demografiebrücken sollen im Wesentlichen dafür genutzt werden, um Fachkräfte zu gewinnen sowie den Wissens-

transfer sicherzustellen. Die Ergebnisse aus der Personalkommission zeigen, dass dabei weniger Handlungsbedarf in den Ministerien selbst besteht, sondern vorrangig in den nachgeordneten Bereichen. Grundsätzlich ist auf eine zielgenaue Personalgewinnung nach Fachrichtungen zu achten.

Die Frage, mit welchen technischen Systemen die Ressorts ihr Personal verwalten und in welchen Ressorts Personalbedarfsberechnungssysteme eingesetzt werden, wurde ebenfalls herausgearbeitet. Daraus lässt sich ableiten, wie die Sächsische Staatsregierung das Ziel eines übergeordneten strategischen Personalmanagements erreichen kann. Das Personal wird als wesentlicher Erfolgsfaktor für die Leistungsfähigkeit der Verwaltung verstanden, das strategisch geplant und gesteuert werden muss. Die Verwaltung selbst muss befähigt sein, in Bezug auf ihr Personal strategisch handeln zu können. Nicht zuletzt muss die Zukunftsfähigkeit der Ressource Personal hinsichtlich seiner Leistungsfähigkeit und seiner Kompetenzen erhalten und weiterentwickelt werden.

Die Vertreter der Bediensteten haben der Personalkommission ihre Vorschläge für ein zukünftiges Personalmanagement und zur Personalentwicklung sowie zur Verbesserung der Attraktivität des Öffentlichen Dienstes vorgestellt.

Die Personalkommission schlägt der Sächsischen Staatsregierung vor, die durch sie entwickelte Methode zur „Darstellung der Entwicklung des Personalbestandes bis zum Jahr 2030 ausgehend von den Fachrichtungen“ in ein technisches System zu überführen. Für die Kernverwaltung des Freistaates Sachsen wird eine einheitliche Personalverwaltungssoftware empfohlen. Zu bestimmen, ob und welches Personal bei Ausscheiden nachbesetzt werden darf oder soll, bleibt weiterhin Aufgabe der Ressorts. Für die Personalbedarfsberechnung bleiben damit weiterhin die Ressorts verantwortlich. Die Berechnung des zukünftigen Einstellungsbedarfs muss jedoch die Altersstruktur des Personalkörpers berücksichtigen. Soweit der Personalbedarf auf der Basis wissenschaftlich fundierter und extern begleiteter Berechnungssysteme nachgewiesen ist, sollte das Ergebnis bei einer Entscheidungsfindung angemessene Berücksichtigung finden. Der einwohnerbezogene Vergleichsmaßstab mit den westdeutschen Flächenländern bleibt dabei weiterhin Grundlage, es sei denn, ressortspezifische Besonderheiten lassen einen solchen Vergleich nicht zu oder das jeweilige Ressort legt einen aufgabenbezogenen statistisch belegten sachgerechteren Benchmark vor.

Für die gesamte Staatsverwaltung müssen Eckpunkte eines Personalentwicklungskonzepts verbindlich festgelegt werden. Ausgehend von einem gemeinsamen Verständnis für die Personalentwicklung müssen die Voraussetzungen, Strukturen und Anreize für lebenslanges Lernen geschaffen und Angebote konzipiert werden, die der individuellen Lernbereitschaft und den Lernpräferenzen der Bediensteten entsprechen und deren Flexibilität z.B. durch Job-Rotation (auch Austausch Kommunal- und Staatsverwaltung) fördern.

Es ist erforderlich, am Bedarf orientierte und stets auf aktuellem Stand gehaltene qualitativ hochwertige Fortbildungsangebote in der notwendigen Quantität vorzuhalten, die Bediensteten zu motivieren, hiervon Gebrauch zu machen, und für bestimmte Bedienstetengruppen, wie etwa Teilzeitbeschäftigte, passgenaue Angebote zu entwickeln.

Um die Leistungsfähigkeit des Personals dauerhaft zu erhalten und zu stärken, sollen die Ansätze eines Betrieblichen Gesundheitsmanagements in der Staatsverwaltung ausgebaut und zu einem ganzheitlichen strukturierten Betrieblichen Gesundheitsmanagement weiterentwickelt werden.

Die Rekrutierung und gleichzeitig die Bindung der Bediensteten werden immer wichtiger. Dafür sollte eine Arbeitgebermarke „Freistaat Sachsen“ mit attraktiven personalpolitischen Angeboten und Arbeitsbedingungen entwickelt werden. Im länderübergreifenden Wettbewerb um die besten Köpfe kann der Freistaat Sachsen so mit Standortvorteilen überzeugen.

Um zukünftig eine aufgabenorientierte Personalbedarfsplanung durchführen zu können, wurden durch die Ressorts alle bisherigen aufgabenkritischen Konzepte vorgelegt. Mit dem Arbeitsschwerpunkten Aufgabenstruktur und Aufgabenentwicklung wurden darüber hinaus sämtliche einzelnen Aufgabenbereiche nach den äußeren Indikatoren „rechtliche Grundlagen“, „wirtschaftliche und technologische Entwicklung“, „Bevölkerungsentwicklung/Demografie“, „fachspezifische Besonderheiten“ und „Investitionsbedarfe“ bewertet und das weitere Vorgehen hinsichtlich Prozessoptimierung, Konzentration von Aufgaben, Verlagerung von Aufgaben, Aufgabenverzicht und Risikomanagement diskutiert. Außerdem wurde ermittelt, welches Personal (qualitativ und quantitativ) welche Aufgabe erledigt. Die Ergebnisse wurden anschließend mit den vorliegenden Altersstrukturarbeiten der Ressorts zusammengefasst. Die Fragen, ob und wie sinnvoll bereits jetzt Aufgaben durch Dritte erfüllt werden, ob der Aufwand an Fachaufsicht und Kontrolleinrichtungen durch Verlagerungen wirtschaftlich vertretbar ist und bleibt, ob weitere Aufgaben zukünftig durch Dritte erfüllt werden können oder sollen und welche Aufgaben ggf. verzichtbar sind, wurden ebenfalls aufgeworfen.

Die Ressorts haben festgestellt, dass für die meisten Bereiche die Aufgabenlast gleichbleibend ist und sich in vielen Bereichen sogar erhöht hat. Mehrere Ressorts haben beispielhaft Aufgabenbereiche benannt, in denen schon heute kurzfristiger Handlungsbedarf besteht. Dies liegt im Wesentlichen an den gestiegenen Anforderungen im EU-, Bundes- und Landesrecht, an wirtschaftlichen und technologischen sowie an demografischen Entwicklungen. Die Ressorts müssen gemeinsam die Gesamtaufgabe Asyl/Integration bewältigen. Auch hier werden weiterhin Schwankungen in der Aufgabenlast zu erwarten sein. Die aktuelle weltpolitische Lage hat gezeigt, wie uns temporäre ad-hoc-Aufgaben, die wir heute noch gar nicht erkennen, herausfordern.

Der Personalkommission ist bewusst, dass unter Beachtung der bestehenden und zukünftigen Rahmenbedingungen das Argument der Aufgabenmehrung nicht allein zu einem immer weiter expandierenden Personalkörper führen kann. Auch weiterhin werden Schwerpunkte zu bilden, Aufgaben zu priorisieren und Personal entsprechend der Lastenverteilung flexibel umzuschichten sein. Für eine umfassende Evaluation ist es daneben auch erforderlich, Potentiale aufzudecken und für einen leistungsfähigen Öffentlichen Dienst im Jahr 2030, z.B. im Rahmen der Aufgabenerledigung, noch besser zu nutzen.

Die Personalkommission schlägt der Sächsischen Staatsregierung vor, die von ihr jeweils ressortspezifisch vorgeschlagenen Optimierungspotentiale zu Prozessoptimierung, Konzentration und Bündelung zentraler Aufgaben, Umverteilung sowie Ver- und Auslagerung von Aufgaben, Privatisierung, Schnittstellenmanagement und Abbau von Mehrfachzuständigkeiten, Risikomanagementsystemen, Strukturüberlegungen, Konsolidierung von Landes-, Bundes- und EU-Recht sowie Verzicht auf freiwillige Aufgaben umzusetzen.

Die Aufgabenkritik soll weiterhin fortgesetzt werden, denn Staatsmodernisierung und Aufgabenevaluation in allen Facetten sind als „laufender Motor“ aktiv weiter voranzutreiben. Die selbständige Priorisierung der Aufgaben und die Anpassung der Aufgaben entsprechend verbleibender Personalkapazitäten sind ständige Praxis.

Der Öffentliche Dienst des Freistaates Sachsen wird langfristig ressourcengerecht und leistungsstark hinsichtlich der Personal- und Aufgabenstruktur auszustatten sein. Aufgabe ist es, diesen Prozess klug und nachhaltig zu steuern. Dieser Gestaltungsaufgabe müssen sich die Staatsregierung und die Politik gemeinsam mit den Bediensteten in den nächsten anderthalb Jahrzehnten widmen. Der anstehende Prozess wurde durch die Arbeit der Personalkommission ressortübergreifend eingeleitet.

Inhaltsverzeichnis

I.	Einleitung	1
II.	Rahmenbedingungen	3
1.	Vereinbarungen des Koalitionsvertrages (KoalV).....	3
2.	Kabinettsbeschluss vom 27. Januar 2015, Personalkommission.....	3
3.	Finanzpolitische Herausforderungen.....	3
4.	Bezug zu den Fachbereichen Polizei, Hochschulen und Lehrer	6
4.1.	Fachkommission zur Evaluierung der Polizei.....	6
4.2.	Hochschulentwicklungsplanung 2025	6
4.3.	Lehrerpersonalentwicklungskonzept 2020	7
4.4.	Abgrenzung zu den Bereichen Polizei, Lehrer und Hochschulen	8
5.	Bevölkerungsprognosen für den Freistaat Sachsen (StLA)	9
5.1.	Die 6. Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (RBV)	9
5.2.	Arbeitsmarktpolitische Situation	10
6.	Auswirkungen aktueller Bevölkerungsprognosen auf die haushalterischen Rahmenbedingungen (ifo-Institut)	12
III.	Arbeitsplan, Vorgehen der Personalkommission	16
1.	Leitfragen.....	16
2.	Vergleich der Personalbestände in den Bundesländern (ifo-Institut)	17
3.	Attraktivität des Öffentlichen Dienstes aus Sicht der Vertreter der Bediensteten	18
IV.	Arbeitsschwerpunkte	20
1.	Stellenentwicklung.....	20
2.	Personalstruktur, Personalbedarf, Personalgewinnung	21
2.1.	Ziel der Erhebung	21
2.2.	Methoden der Erhebung.....	21
2.2.1.	Altersstruktur der Landesbediensteten nach Fachrichtungen zum 1. Januar 2015.....	21
2.2.2.	Darstellung der Entwicklung des Personalbestandes bis zum Jahr 2030 ausgehend von den Fachrichtungen zum 1. Januar 2015	22
2.3.	Ergebnis	22
2.3.1.	Personalstruktur	22
2.3.2.	Personalbedarf und Personalgewinnung.....	25
2.3.2.1.	Zielgenaue Personalgewinnung	25
2.3.2.2.	Ausbildung und Nachwuchs	32
2.3.3.	Personalverwaltungs- und Personalbedarfsberechnungssysteme.....	33

2.3.3.1. Personalverwaltungssysteme.....	33
2.3.3.2. Personalbedarfsberechnungssysteme	34
2.3.4. Personalentwicklung, Gesundheits- und Wissensmanagement.....	35
2.3.4.1. Personalentwicklung.....	35
2.3.4.2. Gesundheitsmanagement	36
2.3.4.3. Wissensmanagement	37
2.4. Zusammenfassung	38
3. Aufgabenstruktur und Aufgabenentwicklung	39
3.1. Ziel der Erhebungen	39
3.2. Methoden der Erhebungen.....	39
3.2.1. Aufgabenkritische Konzepte	39
3.2.2. Aktuelle Aufgabenstruktur unter Zuordnung des Personalkörpers nach Fachrichtungen.....	39
3.2.3. Aufgabenentwicklung	39
3.3. Ergebnis	40
3.3.1. Aufgabenkritische Konzepte.....	40
3.3.2. Aktuelle Aufgabenstruktur unter Zuordnung des Personalkörpers nach Fachrichtungen.....	41
3.3.3. Aufgabenentwicklung	41
3.3.3.1. Aufgabenzuwachs	41
3.3.3.2. Aufgabenbereiche mit kurzfristigem Handlungsbedarf.....	48
3.3.3.3. Aufgabenreduzierung/Wegfall von Aufgaben/Aufgabenverzicht	49
3.3.3.4. Optimierungspotentiale.....	49
3.4. Zusammenfassung	58
V. Handlungsempfehlungen der Personalkommission.....	59
1. Personalstruktur, Personalbedarf, Personalgewinnung	60
1.1. Personalstruktur	60
1.2. Personalbedarf und Personalgewinnung.....	60
1.3. Personalverwaltungs- und Personalbedarfsberechnungssysteme.....	63
1.4. Personalentwicklung, Gesundheits- und Wissensmanagement.....	63
2. Aufgabenstruktur und Aufgabenentwicklung	65
VI. Anlagen	66

Mitglieder der Kommission zur umfassenden Evaluation der Aufgaben, Personal- und Sachausstattung

Ressort	Name	Vertreter
SK	Thomas Popp Vorsitzender der Kommission	Franziska Brech
SMWA	Dr. Wolfgang Harz	Wolfgang Buchner
SMI	Jörg Schröder	Dr. Erwin Wagner
SMJus	Dr. Leon Ross	Markus Werner
SMF	Sibylle Ferkau-Permesang	Karl Köll
SMK	Jochen Rest	Rainer Hujer
SMWK	Matthias Hüchelheim	Sybille Marschallek
SMS	Rüdiger Raulfs	Peter Salzmann
SMUL	Dr. Ulrich Reusch	Kurt Hanschow
Bedienstetenvertreter	Gerhard Pöschmann	-
Bedienstetenvertreter	Andreas Spieker	-
Wissenschaftlicher Vertreter	Prof. Dr. Joachim Ragnitz	-

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Beschreibung
AG	Arbeitsgruppe
BIP	Bruttoinlandsprodukt
DaZ	Deutsch als Zweitsprache
DHH	Doppelhaushalt
EFRE	Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung
ESF	Europäischer Sozialfonds
EU	Europäische Union
EW	Einwohner
FHSV-FoBiZ	Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege Meißen, Fortbildungszentrum des Freistaates Sachsen
FL	Flächenländer
FLW	Flächenländer-West
FLO	Flächenländer-Ost
FS	Freistaat
FSFW	Finanzschwache Flächenländer-West
GBBerG	Grundbuchbereinigungsgesetz
GG	Grundgesetz
GRW	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“
HPR	Hauptpersonalrat
IMAG	Interministerielle Arbeitsgruppe
JVA	Justizvollzugsanstalt
kBV	koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung
KoalV	Koalitionsvertrag
kw	künftig wegfallend
LASuV	Landesamt für Straßenbau und Verkehr
LDS	Landesdirektion Sachsen
LFA	Länderfinanzausgleich
LSF	Landesamt für Steuern und Finanzen
MIPLA	Mittelfristige Finanzplanung
OP	Operationelles Programm
ÖPP	Öffentliche Private Partnerschaft
PEBB§Y	Personalbedarfsberechnungssystem (für Gerichte und Staatsanwaltschaften)
PersBB	Personalbedarfsberechnung
Psych-PV	Psychiatrie-Personalverordnung
PVP	Personalvermittlungsplattform
PVS	Personalverwaltungssystem
RBP	Regionalisierte Bevölkerungsprognose
RBV	Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung
SAB	Sächsische Aufbaubank
SächsBG	Sächsisches Beamtengesetz
SächsEGovG	Sächsisches E-Government-Gesetz
SächsLVO	Sächsische Laufbahnverordnung

SäHO	Sächsische Haushaltsordnung
SIB	Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement
SID	Staatsbetrieb Sächsische Informatik Dienste
SK	Sächsische Staatskanzlei
SLT	Sächsischer Landtag
SMF	Sächsisches Staatsministerium der Finanzen
SMI	Sächsisches Staatsministerium des Innern
SMJus	Sächsisches Staatsministerium der Justiz
SMK	Sächsisches Staatsministerium für Kultus
SMS	Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz
SMUL	Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft
SMWA	Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
SMWK	Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst
SN	Sachsen
SRH	Sächsischer Rechnungshof
StLA	Statistisches Landesamt
TRIAS	Transparenter Interner Arbeitsmarkt Sachsen
VIS	Verwaltungsinformationssystem
UN-BRK	Behindertenrechtskommission
VZÄ	Vollzeitäquivalent
ZAB	Zentrale Ausländerbehörde

I. Einleitung

Für eine gute Zukunft seines Öffentlichen Dienstes¹ stehen für den Freistaat Sachsen auf verschiedenen Handlungsfeldern umfangreiche Aufgaben an. Vorrangig gilt es, den Öffentlichen Dienst seinen Aufgaben entsprechend auszustatten und demografiefest zu machen. Das bedeutet aktuell: Ein Großteil des heutigen Personals im Freistaat Sachsen geht zeitnah in den Ruhestand. Zugleich findet ein verstärkter Wettbewerb um die besten und qualifiziertesten Köpfe statt, der sich zukünftig weiter verschärfen wird. Dabei tritt der moderne Öffentliche Dienst mit einer komplexer werdenden Aufgabenstruktur und einem steigenden Bedarf an Spezialisten zunehmend in Konkurrenz zu einer leistungs- und wachstumsstarken Wirtschaft. Daneben tritt eine weitere Konkurrenzsituation zu allen anderen Bereichen der Öffentlichen Verwaltung auf unterschiedlichen Ebenen. Denn die immer schneller voran gehenden Veränderungen unserer Zeit etwa im Bereich des gesellschaftlichen Zusammenlebens, die zunehmende Globalisierung, die rasante wirtschaftliche Entwicklung genauso wie der Erhalt einer lebenswerten Umwelt sowie die Anwendung neuester Technik in Verwaltung und Justiz erfordern spezialisiertes Personal der verschiedensten Fachrichtungen.

Dazu kommt, dass Sachsen im bundesweiten Vergleich hinter Sachsen-Anhalt und Thüringen die drittälteste Bevölkerung aufweist. Das Durchschnittsalter der Sachsen liegt laut Statistischem Landesamt (StLA) derzeit bei 46,7 Jahren². Zusammen mit einer weiteren Entwicklung steht die Staatsverwaltung – auch aus Sicht des Sächsischen Rechnungshofes (SRH)³ – vor einem radikalen Umbruch im Personalbereich: Denn durch die Einstellungspolitik in der Aufbauphase der ostdeutschen Länder und die darauffolgenden Phasen mit Strategien zum Personalabbau hat der Freistaat Sachsen aktuell einen Personalkörper, der zu einem großen Teil aus Bediensteten im Alter zwischen 50 und 60 Jahren besteht. Durch die bisher beschlossenen Stellenabbaukonzepte – verbunden mit einem Verzicht auf Neueinstellungen in bestimmten Bereichen – verschieben sich die Anteile der Altersgruppen weiter zuungunsten der jüngeren Bediensteten.

Die Altersstrukturentwicklung in den Ressorts gibt Anlass, dem Personal und dessen Management eine zentrale Rolle zukommen zu lassen. Die Bediensteten sind nicht Kostenfaktor, sondern die wichtigste Ressource.

Der Abschlussbericht beschreibt die Personalsituation und die sich abzeichnenden Personalentwicklungen. Die Personalkommission stellt dazu Handlungsfelder dar, die in personeller Hinsicht eine leistungsfähige Landesverwaltung in den nächsten 15 Jahren sicherstellen können.

Der Abschlussbericht stellt die Aufgabenstruktur und Aufgabenentwicklung des Öffentlichen Dienstes des Freistaates transparent dar. Darauf aufbauend werden konzeptionelle Überlegungen für eine zukünftige aufgabenorientierte Personalbedarfsplanung skizziert.

Die Personalkommission hat eine Reihe von Faktoren identifiziert, die die zukünftige Aufgabenlast bewerten. Zentral ist dabei der schon beschriebene demografische Wan-

¹ Unter dem Begriff „Öffentlicher Dienst“ versteht die Personalkommission sämtliche Personalkörper der Exekutive und Judikative des Freistaates Sachsen.

² <https://www.statistik.sachsen.de/html/826.htm>.

³ Sonderbericht gemäß § 99 Sächsische Haushaltsordnung (SäHO) „Personalwirtschaftliche Konzepte in der sächsischen Staatsverwaltung“ vom 19. März 2014 (Sonderbericht SRH), Seite 7.

del, flankiert von den Herausforderungen des technologischen Fortschritts und der rasanten wirtschaftlichen Entwicklung.

Durch die Personalkommission wurde nach Optimierungspotentialen in Arbeits- und Organisationsprozessen gesucht. Genauso wurde untersucht, wie Aufgaben und Kompetenzen gebündelt werden können. Ebenfalls in den Blick genommen wurde die Frage, inwieweit Umverteilung oder Auslagerung von Aufgaben die Leistungsfähigkeit des Öffentlichen Dienstes steigern können. Dazu gehört auch, Mehrfachzuständigkeiten abzubauen und als ständige Aufgabe die Prozessoptimierung. Fragestellungen nach Risikomanagementsystemen, Shared Services und Aufgabenkonzentrationen wurden ebenfalls untersucht. Um hier erfolgreich zu sein, benötigt es den politischen Willen, Fachkompetenzen zu bündeln und unter Umständen auch auf Kompetenzen im eigenen Ressort zu verzichten.

Bei der Arbeit der Personalkommission ging es nicht darum, eine Aufgabenkritik durchzuführen. Vielmehr wird die Aufgabenstruktur des Öffentlichen Dienstes insgesamt erfasst und für eine Priorisierung vorbereitet. Diese zu entwickelnde Priorisierung umzusetzen, liegt dann im politischen Handlungsfeld. Dabei ist festzuhalten, dass eine bisher als abstrakt beschriebene Herausforderung durch den demografischen Wandel nunmehr zur konkreten Aufgabenstellung geworden ist und insbesondere den Personalkörper des sächsischen Öffentlichen Dienstes trifft. Daher legt dieser Abschlussbericht die Basis für die Entwicklung einer Struktur, die künftige Einstellungs- und Personalbedarfe frühzeitig zu erkennen hilft und Handlungsoptionen aufzeigt. Grundsätzliches Ziel bei allem Handeln muss sein, die Potentiale im Öffentlichen Dienst selbst zu erkennen und noch besser zu nutzen. Der Veränderungsprozess sollte zeitnah beginnen und bleibt Herausforderung und Daueraufgabe für das nächste Jahrzehnt.

Es muss gelingen, eine aufgabenorientierte Personalverwaltungs- und Personalbedarfsplanung zu etablieren, um rechtzeitig und ausreichend Fachpersonal zu gewinnen.

II. Rahmenbedingungen

1. Vereinbarungen des Koalitionsvertrages (KoalIV)

Gemäß Auftrag aus dem Koalitionsvertrag 2014 bis 2019 zwischen der CDU Sachsen und der SPD Sachsen „Sachsens Zukunft gestalten“⁴ hat die Personalkommission den Öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen hinsichtlich seiner Aufgaben sowie der daraus resultierenden Personal- und Sachausstattung umfassend evaluiert.

2. Kabinettsbeschluss vom 27. Januar 2015, Personalkommission

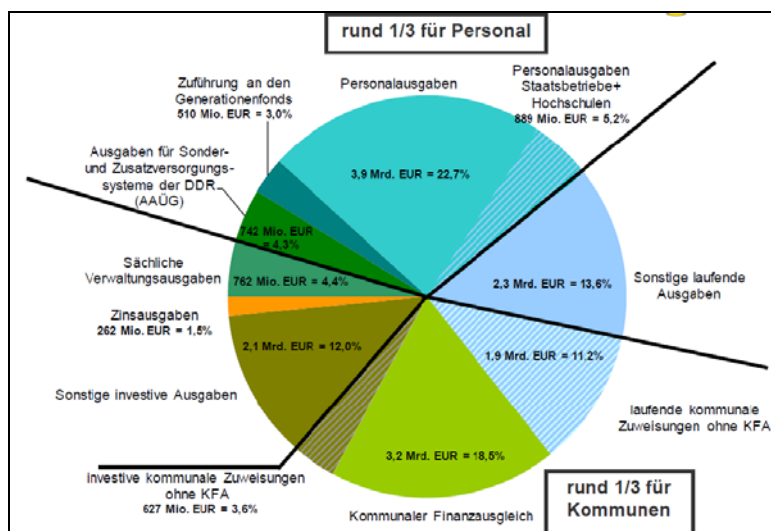
Die mit Wirkung zum 1. Februar 2015 eingesetzte Kommission zur umfassenden Evaluation der Aufgaben, Personal- und Sachausstattung (Personalkommission) hat, wie vom Kabinett am 27. Januar 2015 beschlossen, in einem gesteuerten Prozess konzeptionelle Überlegungen für eine zukünftige, aufgabenkritische Personalbedarfsplanung vorgelegt.

Die Kommission legt für eine aufgabenorientierte Personalbedarfsplanung des Öffentlichen Dienstes des Freistaates Sachsen nunmehr Grundlagen und Handlungsempfehlungen zum weiteren Vorgehen im Abschlussbericht vor.

3. Finanzpolitische Herausforderungen

Das Sächsische Staatsministerium der Finanzen (SMF) weist insbesondere auf folgende Herausforderungen hin, die bei haushaltspolitischen Überlegungen als Rahmenbedingungen berücksichtigt werden müssen (**Anlage 1**).

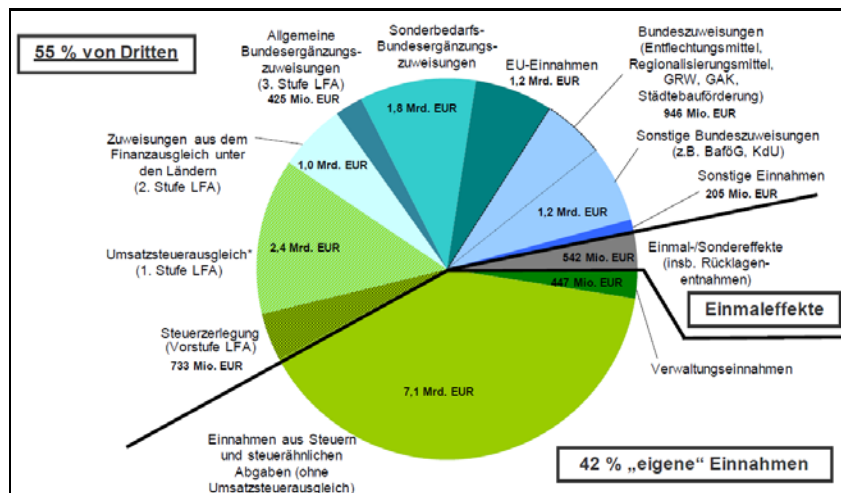
Struktur der sächsischen Landesausgaben 2014



Quelle: Vortrag des SMF (Seite 6) in der neunten Sitzung der Personalkommission (11. Dezember 2015)

⁴ Koalitionsvertrag 2014 bis 2019, Koalitionsvertrag der CDU Sachsen und der SPD Sachsen, Seite 97.

Struktur der sächsischen Landeseinnahmen 2014



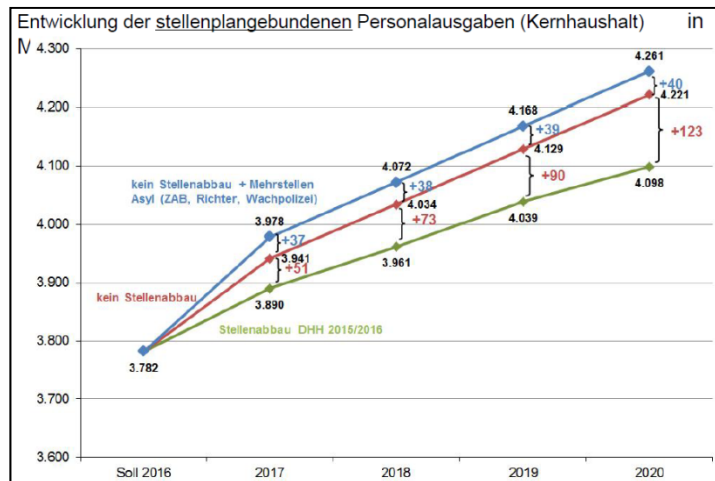
Quelle: Vortrag des SMF (Seite 11) in der neunten Sitzung der Personalkommission (11. Dezember 2015)

Zum einen wird anhand der Struktur der sächsischen Landeseinnahmen 2014 die hohe Transferabhängigkeit des Freistaates Sachsen verdeutlicht (42 Prozent „eigene“ Einnahmen, 55 Prozent von Dritten). Zudem führt das Auslaufen des Solidarpaktes II im Freistaat Sachsen u.a. zu einem Rückgang der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen in Höhe von insgesamt -1.507 Millionen Euro (2014 - 2020). Durch die Mittel aus dem Solidarpakt II und der EU weist der Freistaat Sachsen derzeit mit 4.312 Euro pro Einwohner (EW) eine überproportionale Einnahmeausstattung auf. Eine Reduzierung auf das durchschnittliche Niveau der Finanzschwachen westdeutschen Flächenländer (FSFW) bedeutet eine Abnahme der Einnahmen pro EW um fast ein Fünftel. Die sinkenden Transferleistungen bedingen deshalb einen permanent hohen Konsolidierungsdruck. Dies gilt auch vor dem Hintergrund der prognostizierten, erfreulichen Situation steigender Steuereinnahmen, da diese Steigerung den Wegfall der Transferleistungen nicht kompensieren wird.

Im Freistaat Sachsen besteht weiterhin ein wirtschaftlicher Aufholbedarf. Anhand des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Euro je EW wird aufgezeigt, dass sich die Wirtschaftskraft der ostdeutschen Bundesländer nahezu identisch entwickelt und die des Freistaates Sachsen 2013 auf dem Niveau Westdeutschlands von 1995 liegt. Da Wirtschaftsschwäche Finanzschwäche bedingt, ist es eine zentrale Frage, welche Impulse gesetzt werden können und müssen, um den Aufholprozess zu beflügeln. So erreicht der Freistaat Sachsen, was die originäre Steuerkraft anbetrifft, im Jahr 2014 mit 54,7 Prozent der durchschnittlichen Steuereinnahmen der Bundesländer nur den drittletzten Platz.

Das SMF verweist auf die derzeit in Verhandlung befindliche Neuordnung der Bundesländer-Finanzbeziehungen bis 2020, insbesondere die Neuverhandlung des Länderfinanzausgleiches, welche eine weitere finanzpolitische Herausforderung darstellt. Ebenso weist das SMF auf die demografische Entwicklung des Freistaates Sachsen hin, die dazu führt, dass der Anteil der sächsischen Bevölkerung an der bundesdeutschen Bevölkerung stetig abnimmt (1995 - 2014: -0,6 Prozentpunkte). Das SMF schätzt ein, dass die Migranten ihren Wohnsitz langfristig eher in die Nähe wirtschaftsstarker Metropolen verlegen werden und sich diese Entwicklung weiter verstärken wird. Darüber hinaus werden in den nächsten zehn Jahren ca. 600.000 Personen in den Altersruhestand gehen und demgegenüber nur 300.000 Personen in den Arbeitsmarkt eintreten. Nicht zuletzt stellt die Entwicklung der Ausgaben für Flüchtlinge und Asylsuchende eine weitere finanzpolitische Herausforderung dar.

Die Personalausgaben machen rund ein Drittel der sächsischen Landesausgaben aus. Die stellenplangebundenen Personalausgaben (Kernhaushalt) nehmen perspektivisch - trotz Stellenabbau - weiterhin dynamisch zu. Durch das Aussetzen des beschlossenen Stellenabbaus würde die Dynamik verschärft (Soll 2020 +123 Millionen Euro):



Quelle: Vortrag des SMF (Seite 8) in der neunten Sitzung der Personalkommission (11. Dezember 2015)

Kernbotschaft

Das Neuverschuldungsverbot ist zu beachten, d.h. die Einnahmen bestimmen zwingend die Ausgaben. Da Sachsen wirtschafts- und finanzschwach ist, wird es sich im Ländervergleich bzgl. der Finanzausstattung ab 2020 im hinteren Bereich bewegen. Den nahezu konstanten Entwicklungen bei den Einnahmen insgesamt stehen dynamische Entwicklungen der Personalausgaben – trotz Stellenabbau – gegenüber. Das Personal belastet mit einem Anteil von einem Drittel wesentlich die Ausgaben des Haushalts, gleichzeitig entsteht eine hohe langfristige Bindungswirkung (45 Jahre).

Die derzeit gute Steuereinnahmeentwicklung verdeckt beträchtliche Herausforderungen:

1. Auslaufen des Solidarpakts II
2. Demografische Entwicklung
3. Wirtschaftliche Strukturschwäche
4. Finanzierung Ausgaben für Flüchtlinge/Asylsuchende

Das SMF weist darauf hin, dass Sachsen sich zukünftig in allen Bereichen weniger leisten können wird.

4. Bezug zu den Fachbereichen Polizei, Hochschulen und Lehrer

Da sich die Ergebnisse der im Koalitionsvertrag benannten, gesonderten Fachkommission zur Evaluierung der Polizei, der Hochschulentwicklungsplanung 2025 sowie die Festlegungen aus dem Koalitionsvertrag zum Lehrerbereich ebenfalls auf den Personalkörper im Freistaat Sachsen beziehen, hat ein Informationsaustausch mit diesen Fachbereichen stattgefunden.

4.1. Fachkommission zur Evaluierung der Polizei

Die Fachkommission zur Evaluierung der Polizei musste wie die Personalkommission eine Konzeption für eine aufgabenorientierte Personalbedarfsplanung vorlegen. Die zu evaluierenden Aufgabenbereiche unterscheiden sich nach Umfang und Bestimmtheit. Während die Fachkommission zur Evaluierung der Polizei den Landtagsbeschluss umsetzt, nach festgelegten Aufgabenkriterien (Fläche, Bevölkerung und Kriminalitätsbelastung) den Personalkörper zu bewerten, hat die Personalkommission die Aufgabe, für alle Behörden und Einrichtungen des Freistaates Sachsen konzeptionelle Überlegungen anzustellen. Von der Personalkommission sind die Kriterien einer Aufgabenbewertung zu erarbeiten und als Entscheidungsgrundlage vorzulegen. Der Auftrag der Personalkommission ist mithin umfassender.

Die Fachkommission zur Evaluierung der Polizei hat dem Sächsischen Landtag (SLT) den Abschlussbericht am 14. Dezember 2015 vorgelegt.

4.2. Hochschulentwicklungsplanung 2025

Der aktuelle Koalitionsvertrag legt fest, dass „...mit einer langfristigen Perspektive zur Aufrechterhaltung des Qualitätsanspruchs erforderlich sein (wird), die Entwicklung der Studierendenzahlen im Jahr 2025 an einer Zielgröße von 95.000 Studierenden (einschließlich Humanmedizin) zu orientieren. Unter der Voraussetzung, dass sich die staatlichen Hochschulen mit dem Freistaat Sachsen auf eine entsprechende Hochschulentwicklungsplanung 2025 bis zum Ende des Jahres 2016 verständigen, ist die Koalition zum Abschluss einer langfristigen Zuschussvereinbarung mit einer Laufzeit bis 2025 bereit und wird auf den geplanten Stellenabbau von 754 Stellen ab 2017 verzichten. Sollte es zu keiner Verständigung mit den Hochschulen auf die genannte Hochschulentwicklungsplanung 2025 kommen und dadurch der Stellenabbau bei allen oder einzelnen Hochschulen notwendig werden, so wird dieser Abbau schrittweise nach den jeweiligen Studierendenzahlen auf die Hochschule bzw. die Hochschulen verteilt, die sich nicht an der genannten Vereinbarung beteiligen.“⁵

Die unter dem Begriff „Hochschulentwicklungsplanung 2025“ dazu zur Verfügung stehenden Instrumente „Hochschulentwicklungsplan“, „Zuschussvereinbarung“ der Staatsregierung mit allen Hochschulen und die einzelnen „Zielvereinbarungen“ des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst (SMWK) mit jeder Hochschule werden in einem Arbeitsprozess des SMWK gemeinsam mit den Hochschulen parallel zur Arbeit in der Personalkommission genutzt und die entsprechenden Inhalte erstellt. Da die Ausgestaltung der einzelnen Instrumente – insbesondere die Regelungen zum Stellenabbaunachlass bei Erfüllung aller Vereinbarungen und zum Stellenabbau bei Nichterfüllung aller Vereinbarungen – auch Einfluss auf den Personalkörper des Freistaates Sachsen hat, hat sich die Personalkommission auf eine Berichterstattung des SMWK in der Kommission verständigt.

⁵ Vgl. Koalitionsvertrag 2014 bis 2019, Koalitionsvertrag der CDU Sachsen und der SPD Sachsen, Seiten 22 - 23.

Aufgrund der seit Jahren hohen Anzahl von Studierenden (106.000) ist eine erhebliche Herausforderung festzustellen. Sachsen ist ein „Studentenimportland“, d.h. es erfolgt eine Zuwanderung von Studenten wie in Stadtstaaten (mit regionalen Unterschieden). Nach Abschluss des Studiums verlässt noch eine Vielzahl dieser Absolventen Sachsen und nimmt eine Tätigkeit in anderen (Bundes-) Ländern auf.

Es sei Aufgabe der Staatsregierung, den Prozess einer Verständigung zur „Hochschulentwicklungsplanung 2025“ mit den Hochschulen einzuleiten und zu begleiten. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf sog. Fächerclustern, an denen der Freistaat Sachsen als Einstellungsbehörde selbst Interesse hat.

4.3. Lehrpersonalentwicklungskonzept 2020

Das Sächsische Staatsministerium für Kultus (SMK) ist im Rahmen des aktuellen Koalitionsvertrages beauftragt, im Laufe dieses Jahres ein „Lehrpersonalentwicklungskonzept 2020“ vorzulegen, das zum Ziel hat, die genauen Bedarfe zu ermitteln und für einen reibungslosen Generationenwechsel in den Schulen zu sorgen.

Dieses Lehrpersonalentwicklungskonzept, das nach seinem wesentlichen Inhalt de facto ein Lehrbedarfsermittlungskonzept darstellt, hat sich in weitere Aussagen und Aufträge aus dem Koalitionsvertrag einzubetten. In diesem Zusammenhang sind insbesondere zu nennen:

- die Betrachtung effizienzsteigernder Maßnahmen im sächsischen Schulsystem,
- die Ermittlung des aufgabenorientierten Personalbedarfs an Lehrern in der sächsischen Staatsverwaltung ab dem Jahr 2020 und
- die in der laufenden Legislaturperiode vorzunehmende Schulgesetznovelle, deren Inkrafttreten zum Schuljahr 2017/18 geplant ist.

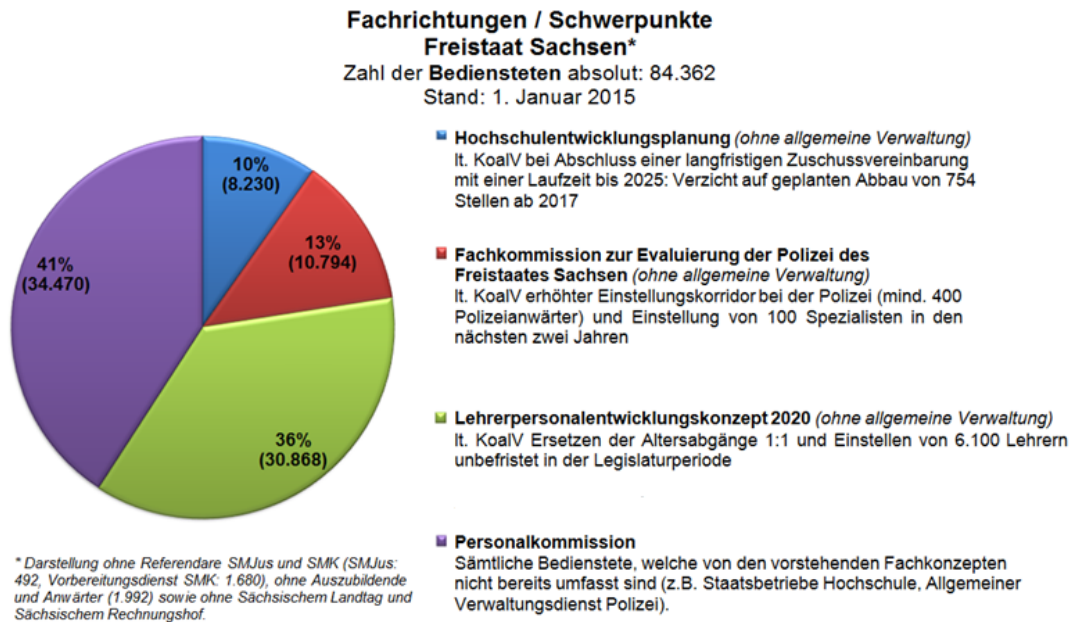
Das SMK beruft zur Ermittlung des Personalbedarfs eine ressortinterne Arbeitsgruppe ein, die sich aus Vertretern des Ministeriums, der Sächsischen Bildungsagentur und von Schulen aller Schularten zusammensetzt. Diese Arbeitsgruppe nimmt zur Ermittlung des Personalbedarfs insbesondere folgende Aspekte in den Fokus:

- die zu erwartenden Altersabgänge von Lehrern bis 2030,
- die Entwicklung der Schülerzahlen bis 2030 sowie
- weitere, sich ggf. im Rahmen der Schulgesetznovelle abzeichnende Bedarfe.

Das SMK trägt gegenüber der Personalkommission vor, dass ein weiterer Anstieg der Schülerzahlen in Zukunft erwartet wird und weist auf regionale Unterschiede hin. Hinzu kommt ein zusätzlicher Anstieg der schulpflichtigen Kinder bzw. Jugendlichen mit Migrationshintergrund aufgrund aktueller Wanderungsbewegungen von Asylbewerbern und Flüchtlingen. Weitere Mehrbedarfe können sich u.a. durch die Umsetzung der Schulgesetznovelle zum Schuljahr 2017/18, des Art. 24 UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK, Inklusion) und der Konzeption zur Sicherung von Schulen im ländlichen Raum ergeben. Es wird deshalb nicht nur bis 2020, sondern auch bis 2030 von einem Unterrichtsmehrbedarf ausgegangen.

4.4. Abgrenzung zu den Bereichen Polizei, Lehrer und Hochschulen

Die Personalkommission ist sich einig, dass der durch die Fachkommission zur Evaluierung der Polizei des Freistaates Sachsen vorgelegte Bericht keine eigene Bewertung erfährt. Dies gilt gleichermaßen für die Konzepte in den Bereichen Lehrer und Hochschulen.



Die Bereiche Polizei, Lehrer und Hochschulen machen ca. 59 Prozent des Gesamtpersonalkörpers des Freistaates Sachsen aus. Eine zunehmende Aufgabenlast und die politische Priorisierung dieser Bereiche können allein aufgrund der Größen- und Zahlenverhältnisse nicht zu Lasten der übrigen Bereiche gehen, die zusammen einen Personalkörper von ca. 41 Prozent ausmachen. Die Dynamik der zu erledigenden Aufgaben muss auch hier berücksichtigt werden.

Kernbotschaft

Die Personalkommission ist sich darüber einig, dass der durch die Fachkommission zur Evaluierung der Polizei vorgelegte Bericht keine eigene Bewertung erfährt. Dies gilt gleichermaßen für die Konzepte in den Bereichen Lehrer und Hochschulen.

Die Bereiche Polizei, Lehrer und Hochschulen machen ca. 59 Prozent des Gesamtpersonalkörpers des Freistaates Sachsen aus.

Eine zunehmende Aufgabenlast und die politische Priorisierung dieser Bereiche können allein aufgrund der Größen- und Zahlenverhältnisse nicht zu Lasten der übrigen Bereiche gehen, die zusammen einen Personalkörper von ca. 41 Prozent ausmachen.

5. Bevölkerungsprognosen für den Freistaat Sachsen (StLA)

Die Ressource Mensch steht für eine zukunftsfähige aufgabenorientierte Personalverwaltungs- und Personalbedarfskonzeption im Mittelpunkt. Prognosen, Annahmeszenarien und Lösungswege sind abhängig von aktuellen demografischen Entwicklungen und wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Faktoren. Das StLA hat der Personalkommission in der achten Sitzung am 27. November 2015 die wesentlichen Inhalte der 6. Regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung (RBV) vorgestellt (**Anlage 2**).

5.1. Die 6. Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (RBV)

Die Berechnung der 6. RBV basiert auf Daten der amtlichen, bundeseinheitlichen Bevölkerungsstatistik. Somit ist eine regional vergleichbare Datengrundlage gegeben. Die Prognose bindet die Ergebnisse einer regional übergeordneten Bevölkerungsvorausberechnung, der 13. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (KBV) des Statistischen Bundesamtes, ein und gewährleistet somit die Einordnung in einen bundesweiten Kontext; gleichzeitig werden aktuelle, landesspezifische Entwicklungen berücksichtigt.

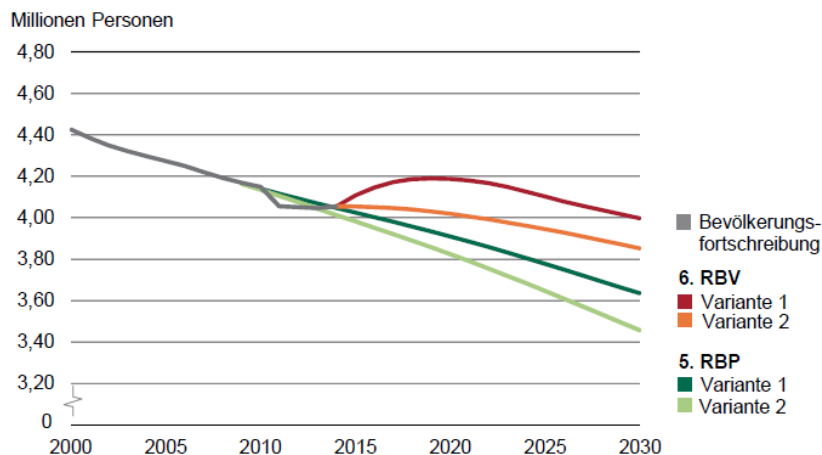
Die voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung wird im Rahmen der 6. RBV in zwei Varianten dargestellt. Diese Varianten bilden den Korridor, in dem sich die Bevölkerungszahl aller Voraussicht nach entwickelt. Als Prognosehorizont wurde das Jahr 2030 gewählt.

Ausgangspunkt der Vorausberechnung ist der auf Basis des Zensusstichtages 9. Mai 2011 fortgeschriebene Einwohnerbestand zum 31. Dezember 2014. Die Prognoseparameter wurden ebenfalls auf Basis der durch den Zensus 2011 neu justierten Bevölkerungszahlen für 2011 bis 2014 berechnet und analysiert. Maßgeblich für die Berechnung der Strukturen und Verhaltensparameter war der Analysezeitraum 2011 bis 2013, ergänzt durch Analysen zur Entwicklung im Jahr 2014. Insbesondere für die Abschätzung der Zahl der Schutzsuchenden für 2015 wurden auch externe Informationen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und der Landesdirektion Sachsen (LDS) berücksichtigt. Es wurden zwei Varianten berechnet. Variante 1 fußt auf der hohen Zahl der Schutzsuchenden in den Jahren 2014 und 2015. Die Variante 2 spiegelt hingegen weitestgehend die Annahme aus der 13. KBV des Statistischen Bundesamtes wider – das heißt Kontinuität bei langfristig etwas stärkerer Zuwanderung aus dem Ausland.

Laut Annahmen der 6. RBV werden im Jahr 2025 178.000 bis 304.000 Einwohner mehr im Freistaat leben als ursprünglich in der 5. RBP prognostiziert.

Die Ergebnisse der aktuellen Vorausberechnung zeigen, dass die grundlegenden Aussagen der 5. Regionalisierten Bevölkerungsprognose (RBP) zur voraussichtlichen weiteren Bevölkerungsentwicklung – trotz der aktuellen Entwicklung beim Wanderungsgeschehen und einer höheren Geburtenrate – ihre Gültigkeit behalten. Das Sinken der Bevölkerungszahlen wird allerdings deutlich verlangsamt.

Bevölkerung im Freistaat Sachsen 2000 bis 2030



Am Jahresende 2014 lebten knapp 4,1 Millionen EW in Sachsen. Im Jahr 2030 wird die Einwohnerzahl voraussichtlich knapp unter 4,0 bzw. unter 3,9 Millionen EW liegen. Das bedeutet, 2030 leben voraussichtlich zwischen 58.000 und 204.000 weniger Menschen im Freistaat Sachsen als Ende 2014. Der Bevölkerungsrückgang verläuft nach den neuen Erkenntnissen langsamer als in der 2011 veröffentlichten 5. RBP ermittelt. Die Unterschreitung der 4-Millionen-Marke war dort bereits für 2015 bzw. 2017 vorhergesagt worden. So wird die Zahl von vier Millionen EW etwa zehn Jahre später unterschritten als in den vorangegangenen Vorausberechnungen.

Kernbotschaft

Die Ergebnisse der 6. RBV zeigen, dass die grundlegenden Aussagen der 5. RBP zur voraussichtlichen weiteren Bevölkerungsentwicklung – trotz der aktuellen Entwicklung beim Wanderungsgeschehen und einer höheren Geburtenrate – ihre Gültigkeit behalten. Das Sinken der Bevölkerungszahlen wird allerdings deutlich verlangsamt. Im Jahr 2030 wird die Einwohnerzahl nunmehr voraussichtlich knapp unter 4,0 bzw. unter 3,9 Millionen Einwohnern liegen. Die Unterschreitung der 4-Millionen-Marke war im Rahmen der 5. RBP bereits für 2015 bzw. 2017 vorhergesagt worden. So wird die Zahl von vier Millionen Einwohnern etwa zehn Jahre später unterschritten als in den vorangegangenen Vorausberechnungen.

5.2. Arbeitsmarktpolitische Situation

Immer weniger Menschen bilden die erwerbsfähige Bevölkerung. Die Arbeitsmarktprognose für 2030 ist laut dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales besser als 2012. Gleichwohl wird prognostiziert, dass die Zahl der Erwerbspersonen in Deutschland bis 2050 um acht Millionen zurückgehen wird.

Bezüglich der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter werden durch das StLA des Freistaates Sachsen deutliche Veränderungen dargestellt. Die demografische Alterung der Bevölkerung setzt sich laut der 6. RBV fort. Das Altern der stark besetzten, mittleren Jahrgänge bedingt deutliche Verschiebungen in der Altersstruktur. Bedeutsam sind vor allem die sich verändernden Relationen zwischen den Altersgruppen. „Ende 2014 waren knapp 16 Prozent der Bevölkerung jünger als 20 Jahre. Die Personen im Erwerbsalter von 20 bis unter 65 Jahre stellten 59 Prozent der Bevölkerung. Ein Viertel der sächsischen Bevölkerung war 65 Jahre und älter.“

Ende 2014 lebten in Sachsen 646.000 Kinder und Jugendliche unter 20 Jahren. Bis 2030 wird der Bestand in dieser Altersgruppe voraussichtlich um 3 bis 10 Prozent stei-

gen. Die Zahl der ab 65-Jährigen steigt bis 2030 um bis zu 176.000 Personen auf fast 1,2 Millionen. Das ist ein Zuwachs von mehr als 17 Prozent.

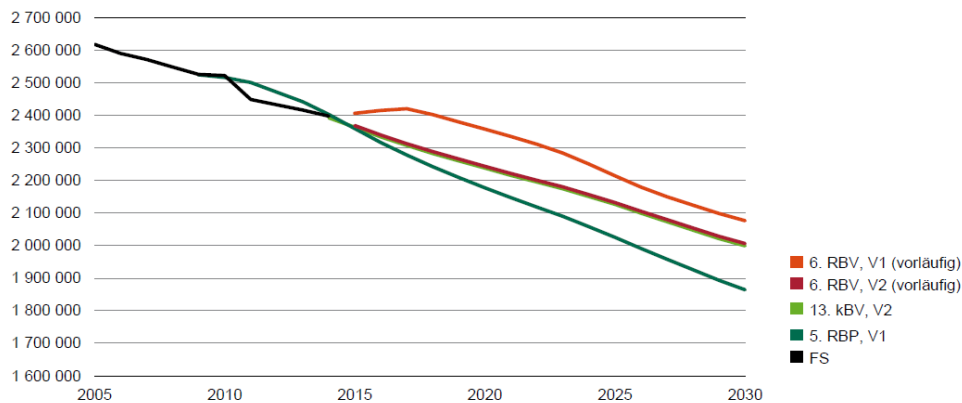
Die Bevölkerung im Erwerbsalter – derzeit 2,4 Millionen Personen – wird im Vergleich dazu deutlich schrumpfen und altern. Ende 2030 werden in dieser Altersgruppe bis zu 392.000 Personen weniger in Sachsen leben als Ende 2014. Das entspricht einer Verringerung um 16 Prozent.⁶

Alter von ... bis unter ... Jahren	2014	Variante 1			Variante 2		
		2020	2025	2030	2020	2025	2030
1 000							
unter 20	646,2	726,2	731,5	712,0	690,1	689,6	668,4
20 - 65	2 397,9	2 366,6	2 238,3	2 097,9	2 242,8	2 131,5	2 005,4
65 und mehr	1 011,2	1 093,5	1 132,4	1 187,6	1 086,4	1 124,3	1 177,6
Insgesamt	4 055,3	4 186,3	4 102,1	3 997,5	4 019,2	3 945,4	3 851,4
Prozent							
unter 20	15,9	17,3	17,8	17,8	17,2	17,5	17,4
20 - 65	59,1	56,5	54,6	52,5	55,8	54,0	52,1
65 und mehr	24,9	26,1	27,6	29,7	27,0	28,5	30,6
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100

7

Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung im Erwerbsalter (vorläufige Ergebnisse)⁸

Bevölkerung im Alter von 20 bis unter 65 Jahren 2005 bis 2030 nach verschiedenen Vorausberechnungen



Die Veränderung im Altersaufbau der Bevölkerung spiegelt sich auch in den sog. Lastquotienten wider, welche die Relation zwischen der Bevölkerung im Erwerbsalter und den Personen, die noch nicht bzw. nicht mehr im erwerbsfähigen Alter sind, abbilden. Im Jahr 2014 entfielen auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter 26,9 Kinder und Jugendliche unter 20 Jahren sowie 42,2 Personen im Alter von 65 Jahren und mehr. Im Jahr 2030 werden auf 100 Personen im Erwerbsalter 33,9 bzw. 33,3 Kinder und Jugendliche unter 20 Jahre sowie 56,6 bzw. 58,7 Personen im Alter von 65 Jahren und mehr entfallen. Der Lastquotient für die sich verringernde Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter steigt somit erheblich an.

Der Kampf um die besten Köpfe auf dem Arbeitsmarkt hat längst begonnen. Der Nachwuchs wird nicht nur von der Wirtschaft, sondern von allen Bereichen des Öffentlichen Dienstes umworben: von den Kommunen, anderen Ländern bis hin zum Bund. In

⁶ Vgl. Kabinettsvorlage des SMI zur 6. RBV für den Freistaat Sachsen 2030.

⁷ Vgl. Kabinettsvorlage des SMI zur 6. RBV für den Freistaat Sachsen 2030.

⁸ Vgl. Vortrag des StLA, achte Sitzung der Personalkommission.

Sachsen werden bis zum Jahr 2030 insgesamt 51 Prozent und in vielen nachgeordneten Bereichen der Ressorts bis zu 70 Prozent des Personals in den Altersruhestand gehen. Der Einstellungsbedarf steigt in den nächsten Jahren an.

Dem steigenden Einstellungsbedarf stehen zudem bundesweit die Praxis, immer weniger Nachwuchs für den Öffentlichen Dienst auszubilden⁹ sowie sinkende Einstellungsquoten konträr gegenüber. Während die Nachfrage nach gut ausgebildeten Arbeitskräften und damit die Erwerbstätigenzahl insgesamt steigen, sinken die Einstellungsquoten im Öffentlichen Dienst weiter. Laut Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“ hat im Jahr 2014 die Zahl der Arbeitnehmer sowohl in Westdeutschland (um 1,2 Prozent, ohne Berlin) als auch in Ostdeutschland (um 0,8 Prozent, mit Berlin) zugenommen. Auch nach Branchen aufgeteilt zeigen sich im Vorjahresvergleich fast ausschließlich Anstiege. Nennenswerte Abnahmen gibt es hingegen nur in wenigen Bereichen. Hierzu gehört insbesondere auch der Öffentliche Dienst. Seit Beginn der 1990er-Jahre ist hier knapp ein Viertel des Personals abgebaut worden.

Kernbotschaft

Die Zahl der ab 65-Jährigen steigt bis 2030 um bis zu 176.000 Personen auf fast 1,2 Millionen. Das ist ein Zuwachs von mehr als 17 Prozent. Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter – derzeit 2,4 Millionen Personen – wird im Vergleich dazu deutlich schrumpfen und altern. Ende 2030 werden in dieser Altersgruppe bis zu 392.000 Personen weniger in Sachsen leben als Ende 2014. Das entspricht einer Verringerung um 16 Prozent. Im Jahr 2014 entfielen auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter 26,9 Kinder und Jugendliche unter 20 Jahren sowie 42,2 Personen im Alter von 65 Jahren und mehr. Im Jahr 2030 werden auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter 33,9 bzw. 33,3 Kinder und Jugendliche unter 20 Jahre sowie 56,6 bzw. 58,7 Personen im Alter von 65 Jahren und mehr entfallen.

Der Kampf um die besten Köpfe hat auf dem Arbeitsmarkt längst begonnen. Der Nachwuchs wird nicht nur von der Wirtschaft, sondern von allen Bereichen des Öffentlichen Dienstes umworben: von den Kommunen, anderen Ländern bis hin zum Bund. In Sachsen werden bis zum Jahr 2030 insgesamt 51 Prozent und in vielen nachgeordneten Bereichen der Ressorts bis zu 70 Prozent des Personals in den Altersruhestand gehen. Der Einstellungsbedarf steigt in den nächsten Jahren an. Dem steigenden Einstellungsbedarf stehen zudem bundesweit die Praxis, immer weniger Nachwuchs für den Öffentlichen Dienst auszubilden sowie sinkende Einstellungsquoten konträr gegenüber.

6. Auswirkungen aktueller Bevölkerungsprognosen auf die haushalterischen Rahmenbedingungen (ifo-Institut)

Auf der Einnahmenseite steht der Freistaat Sachsen (Kern- und Extrahaushalte) mit 4.610 Euro pro EW (2014) deutlich besser da als die Vergleichsländer der Finanzschwachen Flächenländer-West (FSFW) (3.727 Euro pro EW). Ähnlich ist das Bild auch bei Betrachtung der Kernhaushalte allein (4.481 Euro pro EW im Vergleich zu 3.519 Euro pro EW). Die günstige Einnahmesituation Sachsens ist dabei zum einen auf die derzeit noch zur Verfügung stehenden, ostspezifischen, laufenden Transfers (insbesondere Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen aus dem Solidarpakt II und zur Abdeckung überproportionaler Kosten struktureller Arbeitslosigkeit) zurückzuführen. Zum anderen profitiert der Freistaat Sachsen auch von überproportionalen Investitions-

⁹ Bundesagentur für Arbeit, Statistik/Arbeitsmarktberichterstattung, Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland – Monatsbericht Mai 2015, Seite 29.

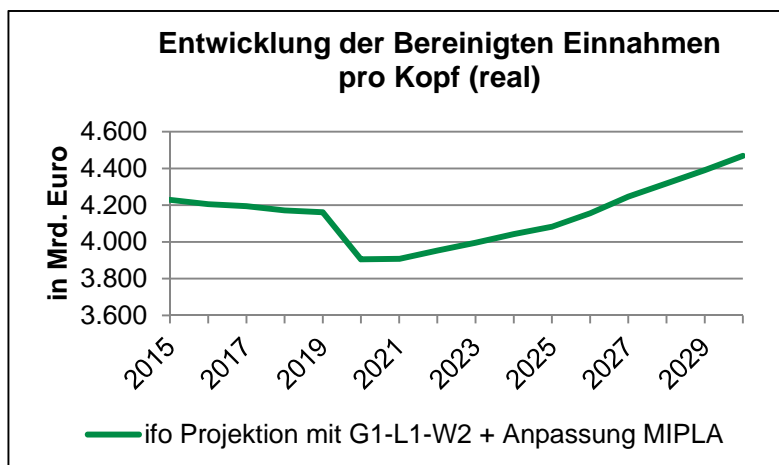
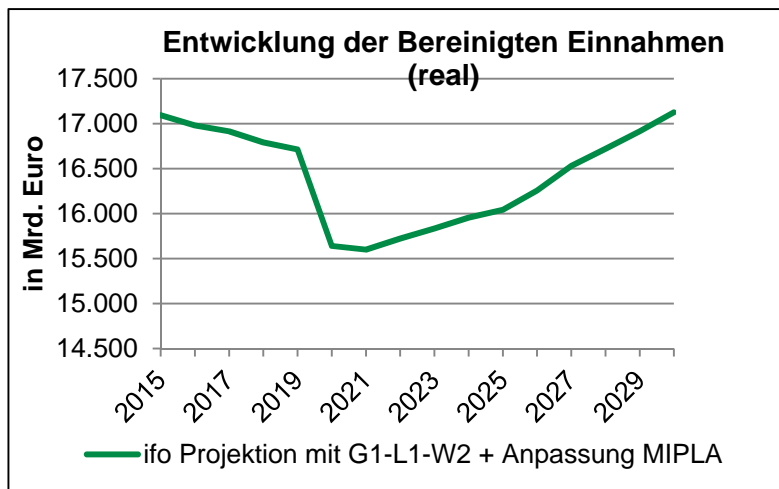
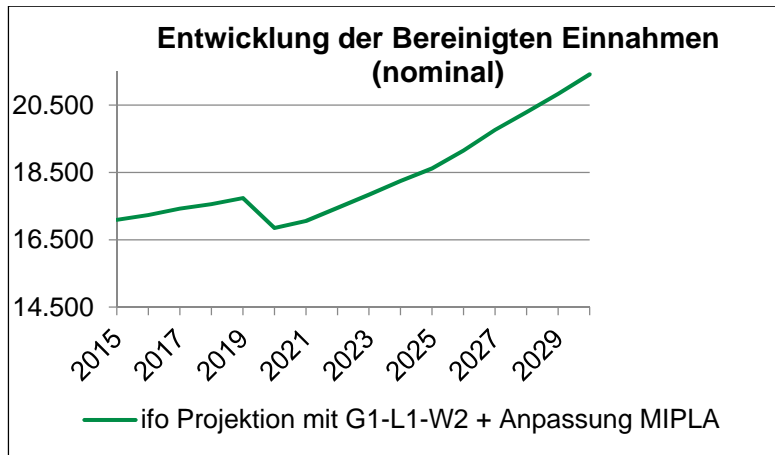
zuweisungen (u.a. GRW-Förderung und EU-Strukturfondsförderung). Da diese Zahlungen zweckgebunden vergeben werden, sind sie aus haushalterischer Sicht jedoch weitgehend als „durchlaufende Posten“ anzusehen, da diesen Mehreinnahmen entsprechende überproportionale Ausgaben (insbesondere im investiven Bereich) gegenüberstehen.

Sachsen wendet derzeit in Kern- und Extrahaushalten zusammengenommen rund 560 Euro pro EW mehr für Investitionen (eigene Sachinvestitionen und Investitionszuweisungen an Kommunen/Dritte) auf als die Vergleichsländer FSFW. Dem stehen überproportionale Investitionszuweisungen vom Bund und der EU (einschließlich investiv verwendeter Zuweisungen aus dem Solidarpakt II) in Höhe von 750 Euro pro EW gegenüber. Das bedeutet, dass der Freistaat Sachsen die ihm zur Verfügung stehenden investiv gebundenen Zuweisungen zum Teil (nämlich in Höhe von rund 190 Euro pro EW) für „reguläre“ Investitionen verwendet. Selbst wenn man davon ausgeht, dass mit dem Abschmelzen der besonderen Investitionszuweisungen die überproportionalen Investitionen zum Schließen der „Infrastrukturücke“ zurückgeführt werden können, folgt hieraus, dass damit in höherem Maße als bislang laufende Einnahmen zur Finanzierung „regulärer“ Investitionen herangezogen werden müssen, die Ausgabenspielräume in anderen Bereichen also zumindest relativ sinken.

In den kommenden Jahren werden die Pro-Kopf-Einnahmen des Freistaates Sachsen mit dem Auslaufen der ostspezifischen Transfers (insbesondere Solidarpakt II) spürbar zurückgehen und ab 2020 in etwa dem Niveau der Vergleichsländer FSFW entsprechen. Nach jetzigen volkswirtschaftlichen Annahmen werden die Einnahmen in den Jahren danach als Folge der in Deutschland insgesamt weiterhin positiven Wirtschaftsentwicklung voraussichtlich wieder deutlich zunehmen. Dies folgt aus der Logik des bundesstaatlichen Finanzausgleichs, der auch nach der derzeit verhandelten Neuordnung vermutlich mit einer weitgehenden Nivellierung der Unterschiede in der Pro-Kopf-Finanzkraft verbunden sein dürfte. Selbst wenn die Länder in diesen Verhandlungen gegenüber dem Bund höhere vertikale Zuweisungen durchsetzen können, erhöht dies zwar das insgesamt zur Verfügung stehende Einnahmenvolumen; es wird sich dabei an der Stellung Sachsens im Vergleich zu den FSFW aber voraussichtlich nichts Grundlegendes ändern. Letztendlich bleibt es Aufgabe der Politik auf sich ständig ändernde gesellschaftliche Entwicklungen variabel reagieren zu können.

Eine vom ifo-Institut vorgenommene Projektionsrechnung bis zum Jahr 2030 zeigt, dass – bei nominaler Betrachtung – die Einnahmen im Landeshaushalt (ohne Einmaleffekte) bis zum Jahr 2020 von derzeit 17,1 Mrd. Euro auf dann noch 16,8 Mrd. Euro zurückgehen werden. Bis zum Jahr 2030 werden sie dann wieder auf 21,4 Mrd. Euro steigen. Je EW gerechnet, werden die nominalen Einnahmen bis 2020 in etwa konstant bleiben, danach aber deutlich ansteigen. Dabei können Finanzansätze aus dem neuen Länderfinanzausgleich wegen der noch offenen Verhandlungen noch nicht berücksichtigt werden.

In preisbereinigter Betrachtung relativiert sich dieses Bild allerdings. Bei einer angenommenen Preissteigerungsrate von 1,5 Prozent pro Jahr werden die Einnahmen je EW (in Preisen des Jahres 2015) bis zum Jahr 2020 um rund 300 Euro pro EW zurückgehen und auch danach nur mäßig steigen. Erst im Jahr 2027 wird wieder das gleiche, reale Einnahmenniveau pro Kopf erreicht wie im Jahr 2015. Im Jahr 2030 werden die preisbereinigten Einnahmen nach dieser Rechnung dann um etwa 240 Euro pro EW höher liegen als im Jahr 2015.



Der Rückgang der preisbereinigten Pro-Kopf-Einnahmen bis zum Jahr 2020 ist nahezu ausschließlich auf den Rückgang der ostspezifischen Transfers in diesem Zeitraum zurückzuführen.

Da diese „besonderen“ Zuweisungen von ihrer Begründung her zur Finanzierung temporärer Mehrausgaben zur Verfügung gestellt werden, können (und müssen) die hieraus finanzierten überproportionalen Ausgaben insbesondere im investiven Bereich in diesem Zeitraum ebenfalls zurückgeführt werden – legt man die Werte des Basisjahrs 2014 zugrunde, um 560 Euro pro EW, sofern man die FSFW als Maßstab heranzieht.

Rechnerisch stehen dem Freistaat Sachsen (Kern- und Extrahaushalte) derzeit für „reguläre“ Staatsausgaben auf dem Niveau der FSFW Einnahmen (ohne Einmaleffekte) in Höhe von 3.886 Euro pro EW (= Einnahmen aus Steuern/LFA usw. zzgl. Investitionszuschüsse auf dem Niveau der FSFW) zur Verfügung. Die in 2020 zur Verfügung stehenden preisbereinigten Einnahmen (3.904 Euro pro EW) liegen in etwa gleich hoch.

Das ifo-Institut zeigt auf, dass die (preisbereinigten) Ausgabenspielräume im Landeshaushalt bis 2020 konstant bleiben, wenn die Vergütungen in den kommenden Jahren (um annahmegemäß ein Prozent pro Jahr real) angehoben werden, aber die Investitionsausgaben je EW auf das Niveau der Flächenländer-West (FLW) zurückgeführt würden (**Anlage 3**).

Das Risiko eines bereits kurzfristig eintretenden stärkeren Anstiegs der öffentlichen Ausgaben darf nicht außer Acht gelassen werden, z.B. mit Blick auf die Entwicklung der Tariflöhne oder steigende Bedarfe im konsumtiven oder investiven Bereich, z.B. für die Bewältigung der Flüchtlingsmigration. Zudem mag die Annahme einer ab 2020 auf das Niveau der Vergleichsländer abgesenkten Investitionsquote politischen Zielsetzungen des Freistaates Sachsen widersprechen, da auch dann die Wirtschaftskraft noch deutlich niedriger sein wird als in Westdeutschland.

Die Landespolitik ist aufgefordert, in den nächsten 10 Jahren Entscheidungen zu treffen, wo der Freistaat Sachsen unter Berücksichtigung der einnahmeseitigen Handlungsspielräume in Zukunft die Prioritäten seiner Ausgabenpolitik setzen will.

Kernbotschaft

Auf der Einnahmenseite steht der Freistaat Sachsen (Kern- und Extrahaushalte) mit 4.610 Euro pro Einwohner (2014) deutlich besser da als die Vergleichsländer FSFW (3.727 Euro pro Einwohner). In den kommenden Jahren werden die Pro-Kopf-Einnahmen des Freistaates Sachsen mit dem Auslaufen der ostspezifischen Transfers (insbesondere Solidarpakt II) spürbar zurückgehen und ab 2020 in etwa dem Niveau der Vergleichsländer FSFW entsprechen. Die in 2020 zur Verfügung stehenden preisbereinigten Einnahmen (3.904 Euro pro Einwohner) liegen in etwa gleich hoch.

Das ifo-Institut zeigt auf, dass die (preisbereinigten) Ausgabenspielräume im Landeshaushalt bis 2020 konstant bleiben, wenn die Vergütungen in den kommenden Jahren (um annahmegemäß ein Prozent pro Jahr real) angehoben werden, aber die Investitionsausgaben je Einwohner auf das Niveau der FLW zurückgeführt würden.

Das Risiko eines bereits kurzfristig eintretenden stärkeren Anstiegs der öffentlichen Ausgaben darf nicht außer Acht gelassen werden, z.B. mit Blick auf die Entwicklung der Tariflöhne oder steigende Bedarfe im konsumtiven oder investiven Bereich, z.B. für die Bewältigung der Flüchtlingsmigration. Zudem mag die Annahme einer ab 2020 auf das Niveau der Vergleichsländer abgesenkten Investitionsquote politischen Zielsetzungen des Freistaates Sachsen widersprechen, da auch dann die Wirtschaftskraft noch deutlich niedriger sein wird als in Westdeutschland.

Letztlich ist zu entscheiden, wo der Freistaat Sachsen unter Berücksichtigung der einnahmeseitigen Handlungsspielräume in Zukunft die Prioritäten seiner Ausgabenpolitik setzen will.

III. Arbeitsplan, Vorgehen der Personalkommission

Die Personalkommission hat, wie im Kabinettsbeschluss festgelegt, der Vorkonferenz am 16. März 2015 einen konkreten Arbeitsplan vorgelegt. Der Arbeitsplan wurde bis zur Erstellung des Abschlussberichts fortgeschrieben.

Die Arbeit und die Ergebnisse der Personalkommission sind in einem offenen und transparenten Prozess kommuniziert worden. Die Ressorts haben ihre eigenen Vorstellungen und Konzepte eingebracht.

Zur Zusammenarbeit mit den jeweils zuständigen Personalvertretungen hat die Personalkommission bereits in der ersten Sitzung folgenden einstimmigen Beschluss gefasst:

„Die Kommission zur umfassenden Evaluation der Aufgaben, Personal- und Sachausstattung verständigt sich, dass die Ressorts ihre Personalvertretungen im Rahmen der üblichen vertrauensvollen Zusammenarbeit über die Ergebnisse aus der Kommission unterrichten.“

Darüber hinaus wurde durch den Vorsitzenden der Personalkommission mehrfach zum Sachstand der Arbeit der Personalkommission berichtet (Arbeitsgruppe des Hauptpersonalrats (AG HPR) am 19. Juni 2015, Seminar der dbb akademie (SBB) zum Thema „Gewerkschaftspolitik“ am 10. November 2015 sowie im Rahmen des Gesprächs mit dem SBB am 4. Januar 2016). In den vorgenannten Gesprächen waren Vertreter der Spitzenverbände der Gewerkschaften zugegen.

1. Leitfragen

Die Personalkommission hat sich in der ersten konstituierenden Sitzung am 14. April 2015 Leitfragen gestellt, deren Beantwortung die Grundlage der zu erarbeitenden Konzeption bilden soll. Sie beziehen sich neben der Darstellung der haushalterischen Rahmenbedingungen auf zwei Arbeitsschwerpunkte:

- Personalstruktur und Personalbedarfsberechnung (PersBB), Personalgewinnung und
- Aufgabenstruktur und Aufgabenentwicklung.

Die Leitfragen hierzu sind:

„Welche ressorteigenen und ressortübergreifenden Konzepte/Eckpunkte/Instrumentarien für eine über das Jahr 2020 hinausgehende aufgabenorientierte/-kritische Personalbedarfsplanung sind im Freistaat Sachsen bereits vorhanden bzw. können (weiter-) entwickelt werden:

- 1) die eine mittel- und langfristige Aufgabenplanung ermöglichen (nach Definition der [zukünftigen] Aufgabenstruktur),
- 2) unter Bezugnahme auf 1)
 - a) wie kann unter demografischen Gesichtspunkten die zukünftige Altersstruktur im Zusammenhang mit dem zukünftigen Einstellungsbedarf (unter Einbeziehung der Laufbahngruppen/Fachrichtungen und damit auch des Fachkräftebedarfs) ermittelt

und

- b) mit welchen Personalsteuerungs-/Personalentwicklungskonzepten soll dies für die Aufgabenplanung erreicht werden sowie
- 3) mit welcher Sach-, Stellen- und Personalausgabenentwicklung ist hierbei zu rechnen?“

2. Vergleich der Personalbestände in den Bundesländern (ifo-Institut)

Es wurde ein Vergleich der Personalbestände in den Bundesländern durch den wissenschaftlichen Vertreter (zugleich Mitglied der Kommission) vorgestellt (**Anlage 4**).

Nicht zuletzt als Folge ihrer DDR-Vergangenheit weisen die ostdeutschen Länder auch heute noch relativ hohe Personalbestände im Öffentlichen Dienst auf. Um diese zu quantifizieren, wird häufig ein Vergleich mit dem *Benchmark* der westdeutschen Flächenländer vorgenommen. Dies beruht zum einen auf der Vorstellung, dass alle Länder in etwa die gleichen Aufgaben zu erfüllen haben und hierfür entsprechendes Personal vorhalten müssen, zum anderen aber auch auf der Tatsache, dass der bundesstaatliche Finanzausgleich zu einer weitgehenden Nivellierung der Pro-Kopf-Finanzkraft der Bundesländer führt und damit den finanziellen Rahmen für die Höhe der Personalausgaben in den jeweiligen Länderhaushalten vorgibt. Akzeptiert man diese Herangehensweise, so würde ein Personalbestand, der dauerhaft über dem durch die Vergleichsländer determinierten Niveau liegt, zu einer Gefährdung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen führen.

Nach den Ergebnissen der amtlichen Personalstandstatistik weist der Freistaat Sachsen (Landesebene) aktuell (Berichtsjahr 2014) eine um 8.153 VZÄ höhere Personalausstattung auf als die westdeutschen Flächenländer, insbesondere in den Bereichen Innere Sicherheit, Lehrer und Hochschulen.

Aus dieser Vergleichsrechnung allein kann aus Sicht der Personalkommission jedoch nicht auf einen entsprechenden Personalabbaubedarf im Freistaat Sachsen geschlossen werden:

Der Bedarfsindikator „Einwohner“ für sich allein ist weder im Aggregat noch in den einzelnen Aufgabenbereichen angemessen, weil sich die Aufgabenerfordernisse häufig nach anderen Indikatoren bemessen. Auffällig ist dies insbesondere im Bereich Schulen und Hochschulen, wo als Bedarfsträger eher die Zahl der Schüler bzw. der Studierenden herangezogen werden sollte. Aber auch in anderen Aufgabenbereichen ist der Einwohnermaßstab nicht notwendigerweise sachgerecht, so dass bei einer Abschätzung von objektiven Bedarfen ggf. Korrekturen vorgenommen werden müssten (z.B. wie im Justizvollzug: Haftplätze; bei der Polizei: Kriminalitätsfälle; im öffentlichen Gesundheitswesen: Krankenhausbetten). Dabei ist zu beachten, dass ein Ländervergleich u.a. aufgrund der unterschiedlichen Organisationsstrukturen und Aufgabenzuweisungen nur eingeschränkt möglich ist und dass nicht danach unterschieden wird, ob die Finanzierung des Personalbestandes durch Landesmittel oder beispielsweise Drittmittel erfolgt.

Der einwohnerbezogene Vergleichsmaßstab mit den westdeutschen Flächenländern soll weiterhin Grundlage bleiben, es sei denn, ressortspezifische Besonderheiten lassen einen solchen Vergleich nicht zu oder das jeweilige Ressort legt einen aufgabenbezogenen statistisch belegten sachgerechteren Benchmark vor.

Aus Sicht der Personalkommission kann ein einfacher Benchmark-Vergleich der Personalbestände zwischen den Bundesländern zu fehlerhaften Schlussfolgerungen führen. Diese können daher nicht ohne Weiteres als Grundlage für politische Entscheidungen herangezogen werden. Vielmehr ist es notwendig, den für jeden Aufgabenbereich nach objektiven Kriterien erforderlichen Personaleinsatz in den Ressorts abzugrenzen und soweit möglich länderübergreifend zu vergleichen. Derartige Personalbedarfsrechnungssysteme liegen in Sachsen bislang aber nur für einzelne Ressorts vor.

Kernbotschaft

Nach den Ergebnissen der amtlichen Personalstandstatistik weist der Freistaat Sachsen (Landesebene) aktuell (Berichtsjahr 2014) eine höhere Personalausstattung auf als die westdeutschen Flächenländer, insbesondere in den Bereichen Innere Sicherheit, Lehrer und Hochschulen. Aus dieser Vergleichsrechnung allein kann aus Sicht der Personalkommission jedoch nicht auf einen entsprechenden Personalabbaubedarf im Freistaat Sachsen geschlossen werden. Vielmehr wäre es notwendig, den für jeden Aufgabenbereich nach objektiven Kriterien erforderlichen Personaleinsatz in den Ressorts abzugrenzen und soweit möglich länderübergreifend zu vergleichen.

3. Attraktivität des Öffentlichen Dienstes aus Sicht der Vertreter der Bediensteten

Die Vertreter der Bediensteten haben der Personalkommission Vorschläge für eine einheitliche und demografiefeste Personalplanung, für ein abgestimmtes Personalmanagement und für eine Personal- und Organisationsentwicklung im Sinne einer weiteren Verbesserung der Attraktivität des Öffentlichen Dienstes vorgestellt und einen dreistufigen Plan zur Minderung und Überwindung der demografischen Probleme im Öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen vorgeschlagen. Nach Auffassung der Bedienstetenvertreter sollen die von der Personalkommission herausgearbeiteten Optionen, Ideen und Vorschläge den Stufen als verbindliche Handlungsfelder zugeordnet werden (**Anlage 5**).

Die weiteren wesentlichen Kernaussagen der Bedienstetenvertreter sind:

- Immer weniger Beschäftigte, die durchschnittlich immer älter werden und teilweise dafür weitere (Arbeits-)Wege zurücklegen müssen, erledigen immer mehr Aufgaben.

Kernfragen:

- Welche Aufgaben will der Freistaat Sachsen in Zukunft als Pflichtaufgaben weiterhin wahrnehmen?
- Was kann sich der Freistaat Sachsen in Zukunft noch leisten, um die Aufgaben in hoher Qualität zu erfüllen?
- Wie kann der Freistaat Sachsen als Arbeitgeber und Dienstherr – auch im Vergleich zur Wirtschaft – attraktiver gestaltet werden?
- Das Image des Öffentlichen Dienstes muss verbessert werden.
- Hinsichtlich des Stellenabbaus sind Flexibilisierung/Stopps des beschlossenen Stellenabbaus und Einstellungskorridore in einer festgelegten Höhe notwendig.
- Möglichkeiten zu flexiblen Arbeits- und Arbeitszeitregelungen und zum vorzeitigen bzw. gleitenden Ruhestand sollen geschaffen werden (von Seiten der Gewerkschaften sei die Bereitschaft zum Abschluss von Tarifverträgen sowie zur Mitarbeit bei der Erarbeitung beamtenrechtlicher Regelungen vorhanden).
- Unter dem Thema „Aufgaben des Personalmanagements und der Personalentwicklung“ wird gefordert, dass ressortspezifisch alle Einzelaufgaben auf gesetzli-

che Verpflichtung, objektive Notwendigkeit und politische Relevanz überprüft werden. Benchmarking sei nur sinnvoll, soweit die Vergleichbarkeit der Bereiche gegeben sei.

- Neu- und Umstrukturierungen der Aufgabenerledigung dürfen nicht mehr zu Lasten der Beschäftigten gehen.
- Bei der Personalentwicklung muss auf die unterschiedlichen Lebenssituationen der verschiedenen Generationen Rücksicht genommen werden.
- Die demografische Entwicklung erfordere überproportionale Einstellungen und Ausstiegsmöglichkeiten für Ältere bei gleichzeitiger Neubesetzung der frei werdenden Stellen.
- Mobile Arbeit und alternierende Satellitenarbeit (wie beispielweise im Sächsischen Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft (SMUL) bereits praktiziert) müssten gestattet und gestaltet werden.

Die Vertreter der Bediensteten haben über die Arbeit der Personalkommission in der AG der HPR berichtet sowie die Bediensteten in abgestimmter Form informiert. Die Bedienstetenvertreter haben bezüglich des Stellenabbaus einen „Drei-Stufen-Plan“ entwickelt.

Kernbotschaft der Bedienstetenvertreter

Die zurückgehende Zahl junger Menschen und die Konkurrenzsituation zur privaten Wirtschaft und zu anderen öffentlichen Arbeitgebern bei der Suche nach gut ausgebildetem, leistungsfähigem Personal machen es notwendig, den Öffentlichen Dienst im Freistaat Sachsen attraktiver zu gestalten.

Die derzeitige Altersstruktur im Öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen erfordert es, die bisherige Personalabbaustrategie zu beenden und durch eine Personalgewinnungsstrategie zu ersetzen. Auf dieser Erkenntnis basierend sollte in allen Ressorts unverzüglich und unter Nutzung aller Möglichkeiten eine stets an den Aufgaben orientierte Personalausstattung gesichert werden. Dabei muss besonderer Wert auf die bereits jetzt nicht mehr vollumfänglich realisierbaren Aufgabenbereiche gelegt werden.

Nach Auffassung der Bedienstetenvertreter sollten die in den Ressorts notwendigen Personaleinstellungs- und eckwertebasierten Personalentwicklungskonzepte dabei von einem demografiesensiblen Personalmanagement und von einem flexiblen Organisationsmanagement flankiert werden, die beide stärker als bisher auch den Anforderungen in unterschiedlichen Lebensabschnitten gerecht werden.

IV. Arbeitsschwerpunkte

Die Personalkommission hat sich einen Überblick über die Stellenentwicklung im Freistaat Sachsen verschafft und im Anschluss daran die Arbeitsschwerpunkte zum Personal und zu den Aufgaben bearbeitet. Sie hat sich auf eine einheitliche Vorgehensweise verständigt:

grundsätzlich: ressortübergreifende Sicht
Stichtag für alle Erhebungen: 1. Januar 2015
Perspektive: Jahre 2015 - 2030

1. Stellenentwicklung

Mit Stand 1. Januar 2015 lässt sich Folgendes feststellen:

1	2	3	4
Ressort einschl. nachgeordnete Einrichtungen*	Stellenplan (Anzahl Stellen und Planstellen)** 2015	Altersabgänge bis DHH 2029/2030	Stellen und Planstellen nach jetzigen Vereinbarungen (abzgl. kw-Stellen) 2020 ff.
SK	206	67	201
SMWA	1.273	654	1.046
SMI	17.557	7.913***	15.666
SMJus	8.609****	3.685	7.705
SMF	8.171	3.019	7.559
SMK*****	30.719	16.512	30.603
SMWK	13.488	6.398	13.192
SMS	884	347	796
SMUL	3.870	1.889	3.229
Summen	84.777	40.484	79.997

* ohne SLT, SRH, Einzelplan 15

** ohne Änderungen im Haushaltsvollzug

*** davon gerundete 1.567 VZÄ außerhalb des Polizeibereichs und 6.346 Altersabgänge im Polizeibereich

**** zur konkreten Zusammensetzung des Personalkörpers vgl. Anlage

***** ohne unbefristete Beschäftigungsverhältnisse, die SMK auf Grundlage der haushaltsrechtlichen Ermächtigungen über den Stellenplan hinaus führen darf

Die Tabelle zeigt den Stellenplan jedes Ressorts für das Jahr 2015 auf. Dabei wurden die Stellen und Planstellen des SLT und des SRH aus dem Einzelplan 15 nicht berücksichtigt. Gleiches gilt für die unbefristeten Beschäftigungsverhältnisse, die das SMK zur Absicherung des Generationenwechsels im Lehrerbereich und der Unterrichtsversorgung über den Stellenplan hinaus führen darf (anwachsend von 385 VZÄ auf 895 VZÄ im Schuljahr 2019/2020). In Spalte 3 werden die Altersabgänge bis 2030 dargestellt. In Spalte 4 werden die verbleibenden Stellen/Planstellen nach dem Vollzug aller vereinbarten kw-Vermerke inklusive 2020 ff. aufgezeigt. Unter Beibehaltung der geltenden Haushaltsvereinbarungen ergibt sich der rechnerische Nachbesetzungsbedarf für den Öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen. Dieser besteht aus 35.704 frei werdenden Stellen und Planstellen bis zum Jahr 2030 (das Ergebnis der Differenz der Spalten

2 und 4 ist von der Summe der Spalte 3 abzuziehen). Durch politische Beschlüsse seit dem 1. Januar 2015 (Innere Sicherheit und Asyl) handelt es sich um etwa 38.000 Stellen. Dabei bleibt es Aufgabe der Politik zu entscheiden, für welche prioritären Aufgabebereiche die tatsächliche Nachbesetzung erfolgt.

2. Personalstruktur, Personalbedarf, Personalgewinnung

2.1. Ziel der Erhebung

Der Staatsregierung liegen bisher keine ressortübergreifend aggregierten Daten zur Altersstruktur des Personalbestandes des Öffentlichen Dienstes im Freistaat Sachsen vor (vgl. auch Sonderbericht des SRH¹⁰). Diese sind jedoch in Verbindung mit der Entscheidung über künftig verbleibende Aufgaben unverzichtbare Daten für die Planung des Personalbedarfs und mithin Voraussetzung für personalwirtschaftliche Konzepte.

Zunächst war es daher das Ziel, eine Übersicht zur Altersstruktur des gesamten Personalkörpers des Freistaates Sachsen zu erstellen. Daraus sollte auch ersichtlich sein, welchen Fachrichtungen und Laufbahngruppen die Bediensteten zugehörig sind und mit welchen Altersabgängen hier konkret zu rechnen ist.

Um weitere Überlegungen für ein Konzept zur aufgabenorientierten PersBB unter Berücksichtigung der finanziellen Rahmenbedingungen anstellen zu können, sind die Erhebungen zum Personalbestand, zur Aufgabenstruktur und Aufgabenentwicklung und zu haushalterischen Vorgaben (kw-Vermerke, Einstellungsmöglichkeiten) zusammen zu betrachten und übereinander zu legen.

Aufgabe der Personalkommission war es, hierfür Erhebungsmethoden zu entwickeln.

2.2. Methoden der Erhebung

2.2.1. Altersstruktur der Landesbediensteten nach Fachrichtungen zum 1. Januar 2015

Die Personalkommission hat zur Erhebung der Altersstruktur des Personalkörpers eine einheitliche Matrix erarbeitet, die auf die sächsischen Besonderheiten ausgerichtet ist. Grundlage ist dabei das Dienstrechtsneuordnungsgesetz mit dem Sächsischen Beamtenengesetz (SächsBG) vom 18. Dezember 2013 und der Sächsischen Laufbahnverordnung (SächsLVO) vom 16. September 2014. Erhoben wurde die Altersstruktur des gesamten Personalkörpers¹¹ einschließlich der Personalkörper der Fachbereiche Polizei, Lehrer und Hochschulen.

Konkret richtet sich die Übersicht nach den in § 15 SächsBG neu eingerichteten Laufbahnen (zwei Laufbahngruppen mit jeweils zwei Einstiegsebenen), den insgesamt neun Fachrichtungen und den jeweiligen in § 4 SächsLVO geregelten Schwerpunkten. Nach § 38 SächsLVO sind mit dem Inkrafttreten der Laufbahnverordnung alle bis dahin bestehenden Laufbahnen und vorhandenen Beamten den jetzigen Fachrichtungen (in alphabetischer Reihenfolge: Agrar- und Forstverwaltung, Allgemeine Verwaltung, Bildung und Kultur, Feuerwehr, Gesundheit und Soziales, Justiz, Naturwissenschaft und

¹⁰ Quelle: Sonderbericht des SRH „Personalwirtschaftliche Konzepte in der sächsischen Staatsverwaltung“ vom 19. März 2014, Seite 7.

¹¹ Erfassung des Personals in der jeweiligen Stammdienststelle.

Technik, Polizei, Finanz- und Steuerverwaltung) zugeordnet worden. Die Zuordnung erfolgt nach Ausbildung und Laufbahn, nicht nach der jeweiligen Verwendung.¹²

Da das Dienstrechtsneuordnungsgesetz unmittelbar nur für Beamte gilt, sind die Beschäftigten im Sinne des Tarifrechts und das Personal der Besoldungsgruppen R und W entsprechend – ebenfalls nach Ausbildung – den Fachrichtungen zugeordnet worden.

2.2.2. Darstellung der Entwicklung des Personalbestandes bis zum Jahr 2030 ausgehend von den Fachrichtungen zum 1. Januar 2015

In einer weiteren Übersicht wurden die Erhebungen zum Personalbestand mit den Erhebungen zur Aufgabenstruktur und Aufgabenentwicklung und zu haushalterischen Vorgaben verknüpft. Abzulesen ist,

- welches Personal unterteilt nach Laufbahngruppen, Fachrichtungen und Schwerpunkten,
- in welcher Behörde bzw. nachgeordneter Einrichtung,
- für welche Erledigung von Aufgaben,
- unter Beachtung der geltenden Haushaltsbedingungen

bis zum Jahr 2030 zur Verfügung steht. Vorteil ist, dass sichtbar wird, welches Personal derselben Fachrichtung und mit welcher Ausbildung ressortübergreifend in welcher Behörde bzw. Einrichtung im Freistaat Sachsen eingesetzt ist und zu welchem Zeitpunkt das Personal einer Fachrichtung in den Altersruhestand geht, welche Einstellungsmöglichkeiten für die Ressorts bestehen, welche kw-Vermerke beachtet werden müssen und wie die Bewertung bzw. Handlungsempfehlung der Ressorts aussieht.

Hieraus wird ein etwaiger Fachkräftebedarf in jeder Fachrichtung bzw. jedem Schwerpunkt ressort- und behördenübergreifend für jeden Aufgabenbereich erkennbar.

2.3. Ergebnis

2.3.1. Personalstruktur

Für den Gesamtüberblick hat sich die Personalkommission nach der Übersicht zur Altersstruktur der Landesbediensteten nach Fachrichtungen zum 1. Januar 2015 auf Diagramme als Darstellungsform mit folgenden Schwerpunkten geeinigt:

- Altersstruktur (Freistaat Sachsen, Geschäftsbereiche der Ressorts, sämtliche nachgeordnete Einrichtungen)
- Laufbahngruppen (Freistaat Sachsen, Geschäftsbereiche der Ressorts)
- Fachrichtungen/Schwerpunkte (Freistaat Sachsen, Geschäftsbereiche der Ressorts)

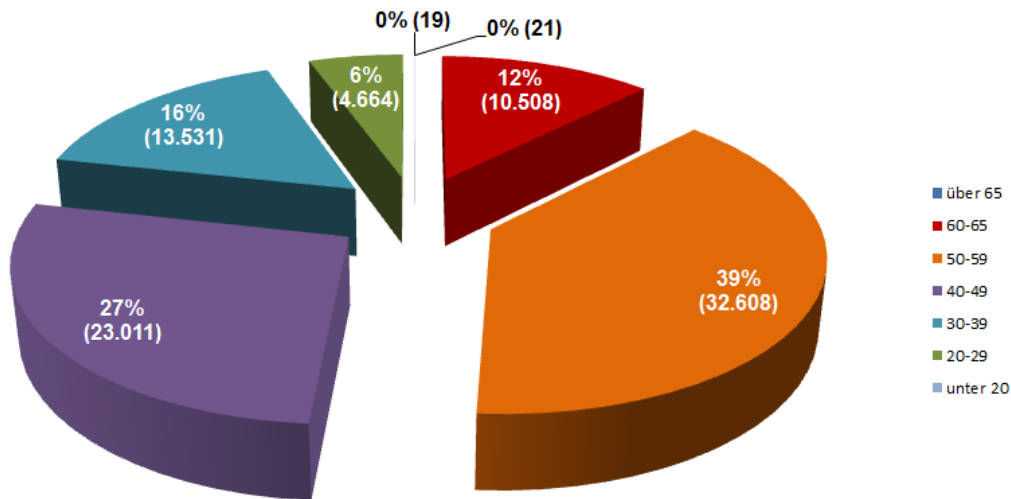
Die Angabe der Bediensteten erfolgt jeweils in Prozentpunkten sowie absoluten Zahlen.

¹² Für die Übersichten hat sich die Personalkommission darauf geeinigt, dass die Bediensteten der politischen Ebene im Leitungsbereich der Fachrichtung „Allgemeine Verwaltung“ zugeordnet werden.

Die ausgewerteten Übersichten sind in der **Anlage 6** ressortspezifisch aufgeführt. Das Ergebnis für den Freistaat Sachsen insgesamt hinsichtlich der Altersstruktur, der Fachrichtungen und Laufbahngruppen stellt sich wie folgt dar:

Altersstruktur Freistaat Sachsen

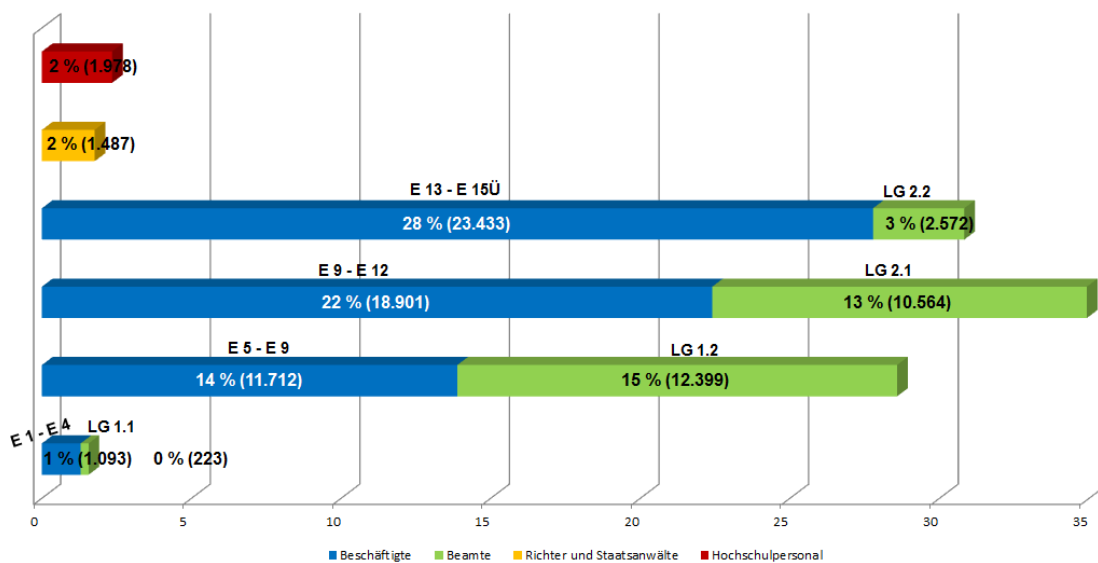
Zahl der Bediensteten absolut: 84.362*
Stand: 1. Januar 2015



* Darstellung ohne Referendare (SMJus: 492, Vorbereitungsdienst SMK: 1.680), ohne Auszubildende und Anwärter (1.992) sowie ohne SLT und SRH.

Laufbahngruppen Freistaat Sachsen

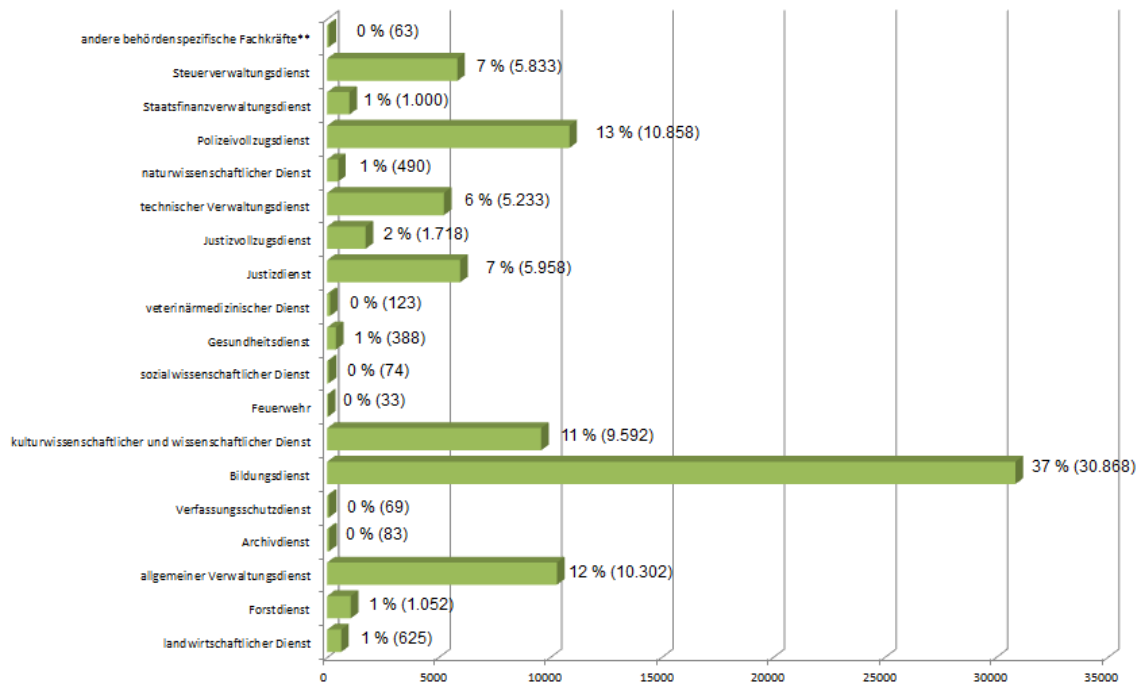
Zahl der Bediensteten absolut: 84.362*
Stand: 1. Januar 2015



* Darstellung ohne Referendare (SMJus: 492, Vorbereitungsdienst SMK: 1.680), ohne Auszubildende und Anwärter (1.992), sowie ohne SLT und SRH.

Fachrichtungen / Schwerpunkte

Freistaat Sachsen*

Zahl der Bedienstete absolut: 84.362
Stand: 1. Januar 2015

* Darstellung ohne Referendare (SMJus: 492, Vorbereitungsdienst SMK: 1.680), ohne Auszubildende und Anwärter (1.992) sowie ohne SLT und SRH.

** sämtliche Bedienstete zugehörig dem Geschäftsbereich des SMI darunter u.a. Ingenieur Seeoffizier, Geograf, Raumplaner, Fotograf, Fotolaborant, Buchbinder, Bibliothekar, Restaurator, etc.

Das erhobene Zahlenmaterial lässt zahlreiche weitere Kombinationen und Auswertungen zu.

In den kommenden Jahren steht der Personalkörper der Landesverwaltung vor einem Umbruch. Die Personalkommission hat festgestellt, dass der Personalkörper des Öffentlichen Dienstes des Freistaates Sachsen vor einer strukturellen Überalterung steht. Infolge der Einstellungsbedingungen der 90er-Jahre existiert ein Personalkörper, welcher zum größeren Teil aus Bediensteten im Alter zwischen 50 und 65 Jahren besteht. In den nachgeordneten Bereichen finden sich zum Teil über 70 Prozent im Altersbereich zwischen 50 und 65 Jahren. Bis zum Jahr 2030 werden 51 Prozent altersbedingt ausscheiden. Der Altersdurchschnitt ist in den nachgeordneten Bereichen zum Teil wesentlich höher als in den Ministerien – gerade auch in den Bereichen, die mit Fachkräften besetzt sind.

Beispiele für Behörden mit einem überwiegenden Personalbestand der über 50-Jährigen:

- Landesamt für Denkmalpflege: 78 Prozent
- Staatliche Kunstsammlungen Dresden: 74 Prozent
- Statistisches Landesamt: 70 Prozent
- Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie: 65 Prozent
- Oberbergamt: 65 Prozent
- Landesdirektion Sachsen: 63 Prozent

Nach den Erhebungen der Personalkommission konnte auch festgestellt werden, dass 88 Prozent der Bediensteten Fachpersonal sind und nur 12 Prozent dem Allgemeinen Verwaltungsdienst angehören.

Die zielgenaue Personalgewinnung wird daher in den kommenden Jahren in den Vordergrund treten müssen.

Kernbotschaft

In den kommenden Jahren steht der Personalkörper der Landesverwaltung vor einem Umbruch. Infolge der Einstellungsbedingungen der 90er-Jahre existiert ein Personalkörper, welcher zum größeren Teil aus Bediensteten im Alter zwischen 50 und 65 Jahren besteht. In den nachgeordneten Bereichen finden sich zum Teil über 70 Prozent im Altersbereich zwischen 50 und 65 Jahren. Bis zum Jahr 2030 werden 51 Prozent altersbedingt ausscheiden. Der Altersdurchschnitt ist in den nachgeordneten Bereichen zum Teil wesentlich höher als in den Ministerien - gerade auch in den Bereichen, die mit Fachkräften besetzt sind.

Nach den Erhebungen der Personalkommission konnte auch festgestellt werden, dass 88 Prozent der Bediensteten Fachpersonal sind und nur 12 Prozent dem Allgemeinen Verwaltungsdienst angehören.

Die zielgenaue Personalgewinnung wird in den kommenden Jahren in den Vordergrund treten müssen.

2.3.2. Personalbedarf und Personalgewinnung

2.3.2.1. Zielgenaue Personalgewinnung

Für eine strategische, personalwirtschaftliche Planung müssen die Daten zur Altersstruktur unterteilt, das Fachpersonal den bestehenden Aufgabenbereichen des Öffentlichen Dienstes zugeordnet und die haushalterischen Möglichkeiten für eine Personalgewinnung aufgezeigt werden. Nur so kann abgeleitet werden, in welchen Bereichen Entscheidungs- und Handlungsbedarf besteht, ob eine Aufgabe allein aufgrund der Altersstruktur der Bediensteten ab einem gewissen Zeitpunkt nicht mehr oder nicht mehr in dem bisherigen Umfang wahrgenommen werden kann und wo unter Fortführung aufgabenkritischer Prozesse die zielgenaue Bedarfsplanung jetzt und in den kommenden Jahren im Vordergrund stehen muss.

Für einen Überblick zur Entwicklung des Personalbestandes bis zum Jahr 2030 ausgehend von den Fachrichtungen zum 1. Januar 2015 hat sich die Personalkommission auf zwei Darstellungsformen verständigt. Diese berücksichtigen nicht

- die Zuordnung der beschlossenen kw-Vermerke,
- die möglichen Einstellungen und
- die Übernahme des durch den Freistaat Sachsen an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege Meißen, Fortbildungszentrum des Freistaates Sachsen und dem Ausbildungszentrum Bobritzsch ausgebildeten Nachwuchses.

Die Darstellungen im Abschlussbericht sind zunächst lineare Fortschreibungen der IST-Stände unter Berücksichtigung konstanter Aufgabenumfänge und unveränderter Prozessabläufe.

Es wird darauf hingewiesen, dass teilweise Fachkräfte in Aufgabenbereichen eingesetzt sind, die nach dem Anforderungsprofil keine oder eine andere Fachausbildung benötigen.

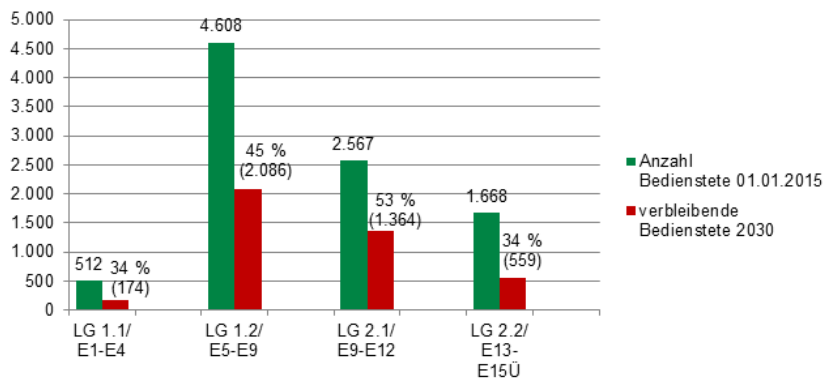
Als Grundlage für die Erhebung einer zielgenauen Personalgewinnung wurden unter anderem die Altersabgänge bis zum Jahr 2030 ressortübergreifend nach Laufbahngruppen und Schwerpunkten betrachtet. Die größten Kohorten von Altersabgängen nach Personen sind in den Schwerpunkten Allgemeiner Verwaltungsdienst und Technischer Verwaltungsdienst zu verzeichnen. Die größten Altersabgänge von Fachkräften in der prozentualen Gesamtschau sind z.B. in den Schwerpunkten Naturwissenschaftlicher Dienst, Landwirtschaftlicher Dienst, Forst- und Gesundheitsdienst festzustellen.

Altersabgänge ressortübergreifend nach Laufbahngruppen*

Schwerpunkt: Allgemeiner Verwaltungsdienst

Stand: 1. Januar 2015

Altersabgänge bis 2030 insgesamt: 55,29 % (5.174 von 9.358)



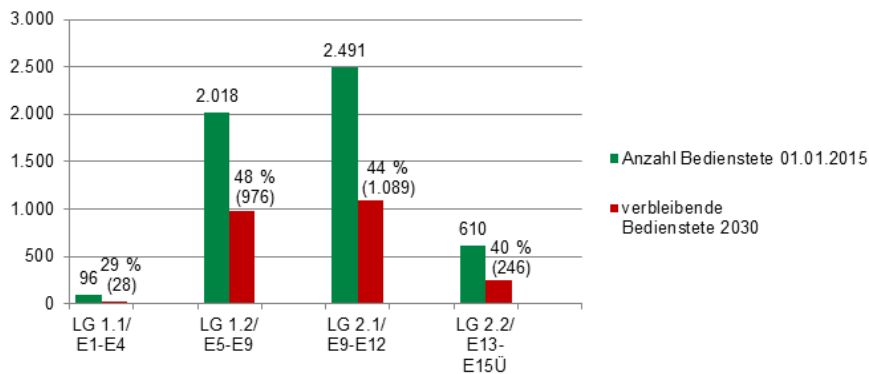
* ohne Berücksichtigung bestehender Einstellungsmöglichkeiten

Altersabgänge ressortübergreifend nach Laufbahngruppen*

Schwerpunkt: technischer Verwaltungsdienst

Stand: 1. Januar 2015

Altersabgänge bis 2030 insgesamt: 59,61 % (2.876 von 5.215)

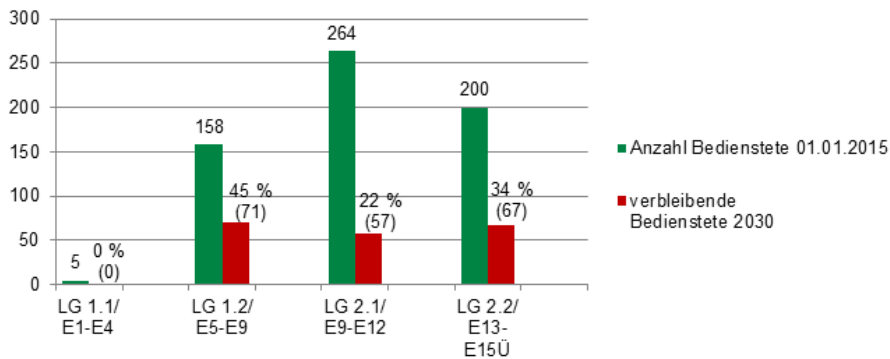


* ohne Berücksichtigung bestehender Einstellungsmöglichkeiten

Altersabgänge ressortübergreifend nach Laufbahngruppen*

Schwerpunkt: landwirtschaftlicher Dienst
Stand: 1. Januar 2015

Altersabgänge bis 2030 insgesamt: 68,90 % (432 von 627)

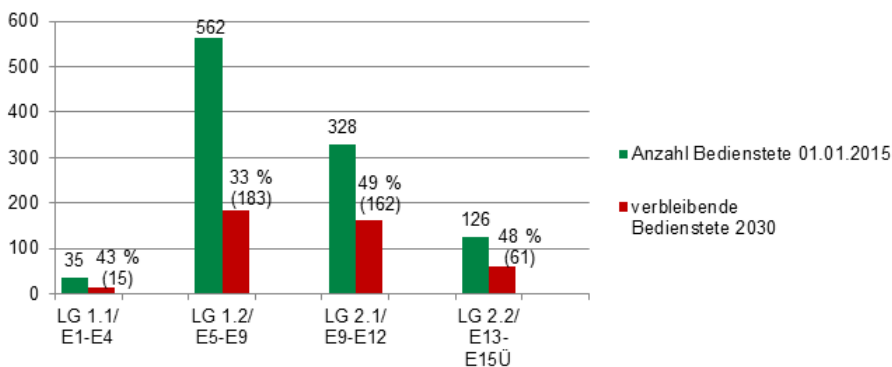


* ohne Berücksichtigung bestehender Einstellungsmöglichkeiten

Altersabgänge ressortübergreifend nach Laufbahngruppen*

Schwerpunkt: Forstdienst
Stand: 1. Januar 2015

Altersabgänge bis 2030 insgesamt: 59,94 % (630 von 1.051)

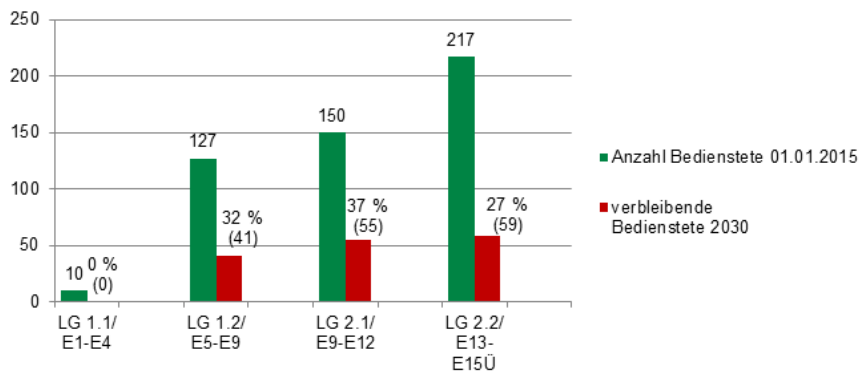


* ohne Berücksichtigung bestehender Einstellungsmöglichkeiten

Altersabgänge ressortübergreifend nach Laufbahngruppen*

Schwerpunkt: naturwissenschaftlicher Dienst
Stand: 1. Januar 2015

Altersabgänge bis 2030 insgesamt: 69,25 % (349 von 504)

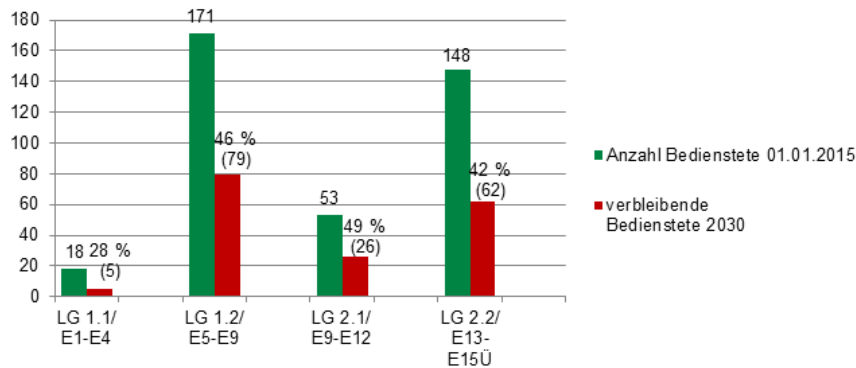


* ohne Berücksichtigung bestehender Einstellungsmöglichkeiten

Altersabgänge ressortübergreifend nach Laufbahngruppen*

Schwerpunkt: Gesundheitsdienst
Stand: 1. Januar 2015

Altersabgänge bis 2030 insgesamt: 55,90 % (218 von 390)



* ohne Berücksichtigung bestehender Einstellungsmöglichkeiten

Die weiteren Schwerpunkte sind in der **Anlage 7** dargestellt. Ausgenommen bleiben dabei der Polizeivollzugs-, Bildungs- sowie Kulturwissenschaftliche und wissenschaftliche Dienst¹³. Anhand des vorliegenden Datenmaterials kann ergänzend die demografische Entwicklung in einzelnen Behörden und Einrichtungen und die Altersabgänge in Jahresscheiben nachgezeichnet werden.

Im Gesamtdurchschnitt werden 51 Prozent der Bediensteten in den nächsten 15 Jahren nicht mehr für den Freistaat Sachsen tätig sein. Bei einem gleichmäßigen Altersaufbau dürfte dieser Wert bei 36 Prozent liegen. Hochgerechnet ist das gesamte Personal in weniger als 30 Jahren vollständig auszutauschen. Zum Vergleich ist als Dauer eines „regulären personellen Umbruchs“ durch die Personalkommission ein Zeitraum von 42 Jahren¹⁴ zu Grunde gelegt worden. Hinzu kommt, dass sich die Altersabgänge in einigen Geschäftsbereichen nicht gleichmäßig auf 15 Jahre verteilen, sondern sich auf wenige Jahre konzentrieren.

Für die Darstellung der ressortspezifischen Altersabgänge nach Schwerpunkten wurde die Auswertung wie folgt vorgenommen und farblich gestaltet:

		Einschätzung	
Anteil der Abgänge bis 2030 zur Anzahl der Bediensteten in Prozent	0-39 %		„Status quo halten“
	40-49 %		„Handlungsbedarf“
	50-59 %		
	60-69 %		„dringender Handlungsbedarf“
	70-79 %	keine Werte vorh.	
	80-89 %		„sehr dringender Handlungsbedarf“
	90-100 %		
Grundgesamtheit gering (ein- bzw. unterer zweistelliger Bereich)			ohne Berücksichtigung

¹³ Eigene Konzepte gem. Koalitionsvertrag 2014 – 2019.

¹⁴ U.a. Statistik der Deutschen Rentenversicherung, durchschnittliche Beitragsjahre, neue Bundesländer.

Abschlussbericht

	Anzahl Bediensteter 01.01.2015	planmäßige Altersab- gänge bis 2020	planmäßige Altersab- gänge 2021 - 2030	Abgänge bis 2030 insge- samt	verbleibende Bedienstete insgesamt	Anteil der Abgänge bis 2030 zur Anzahl der Bediensteten in Prozent
Landwirtschaftlicher Dienst	627	102	330	432	195	69%
SK	2	0	1	1	1	50%
SMK	1	0	1	1	0	100%
SMI	15	7	7	14	1	93%
SMUL	609	95	321	416	193	68%
Forstdienst	1.051	177	453	630	421	60%
SMF	3	0	0	0	3	0%
SMI	3	2	0	2	1	67%
SMUL	1.045	175	453	628	417	60%
Allgemeiner Verwaltungsdienst	10.310	1.767	3.769	5.536	4.774	54%
SK	174	17	54	71	103	41%
SMK	451	64	173	237	214	53%
SMWA	711	90	270	360	351	51%
SMS	363	54	128	182	181	50%
SMF	653	107	237	344	309	53%
SMUL	795	108	314	422	373	53%
SMI	3.968	710	1.625	2.335	1.633	59%
SMWK	3.051	596	914	1.510	1.541	49%
SMJus	144	21	54	75	69	52%
Archivdienst	80	16	33	49	31	61%
SMI	80	16	33	49	31	61%
Verfassungsschutzdienst	69	4	20	24	45	35%
SMI	69	4	20	24	45	35%
Bildungsdienst	30.868	4.425	14.461	18.886	11.982	61%
SK	1	1	0	1	0	100%
SMUL	1	0	1	1	0	100%
SMI	11	3	7	10	1	91%
SMK	30.855	4.421	14.453	18.874	11.981	61%
Kulturwissenschaftlicher und wissenschaftlicher Dienst	9.592	1.370	2.622	3.992	5.600	42%
SMI	47	13	27	40	7	85%
SMK	6	2	3	5	1	83%
SMWK	9.539	1.355	2.592	3.947	5.592	41%
Feuerwehr	31	4	12	16	15	52%
SMI	31	4	12	16	15	52%
Sozialwissenschaftlicher Dienst	74	4	23	27	47	36%
SMF	11	0	2	2	9	18%

Abschlussbericht

	Anzahl Bediensteter 01.01.2015	planmäßige Altersab- gänge bis 2020	planmäßige Altersab- gänge 2021 - 2030	Abgänge bis 2030 insge- samt	verbleibende Bedienstete insgesamt	Anteil der Abgänge bis 2030 zur Anzahl der Bediensteten in Prozent
SMI	6	0	2	2	4	33%
SMK	57	4	19	23	34	40%
Gesundheitsdienst	390	80	138	218	172	56%
SMS	298	63	97	160	138	54%
SMK	50	7	27	34	16	68%
SMI	40	8	14	22	18	55%
SMWA	2	2	0	2	0	100%
Veterinärmedizinischer Dienst	123	17	52	69	54	56%
SMI	9	3	2	5	4	56%
SMS	114	14	50	64	50	56%
Justizdienst	5.958	539	2.278	2.817	3.141	47%
SMI	7	0	1	1	6	14%
SMJus	5.951	539	2.277	2.816	3.135	47%
Justizvollzugsdienst	1.718	97	677	774	944	45%
SMJus	1.718	97	677	774	944	45%
Technischer Verwaltungsdienst	5.215	955	1.921	2.876	2.339	55%
SK	5	0	2	2	3	40%
SMK	30	3	13	16	14	53%
SMWA	511	99	234	333	178	65%
SMS	61	9	27	36	25	59%
SMF	808	151	342	493	315	61%
SMUL	619	74	242	316	303	51%
SMI	836	185	333	518	318	62%
SMWK	2.345	434	728	1.162	1.183	50%
Naturwissenschaftlicher Dienst	504	131	218	349	155	69%
SMK	4	1	3	4	0	100%
SMWA	1	0	1	1	0	100%
SMI	122	60	53	113	9	93%
SMUL	377	70	161	231	146	61%
Polizeivollzugsdienst	10.858	105	3.816	3.921	6.937	36%
SMI	10.858	105	3.816	3.921	6.937	36%
Staatsfinanzverwaltungsdienst	1.000	162	295	457	543	46%
SK	3	0	0	0	3	0%
SMI	5	1	4	5	0	100%
SMF	992	161	291	452	540	46%
Steuerverwaltungsdienst	5.833	567	1.461	2.028	3.805	35%
SK	3	0	0	0	3	0%

	Anzahl Bediensteter 01.01.2015	planmäßige Altersab- gänge bis 2020	planmäßige Altersab- gänge 2021 - 2030	Abgänge bis 2030 insge- samt	verbleibende Bedienstete insgesamt	Anteil der Abgänge bis 2030 zur Anzahl der Bediensteten in Prozent
SMI	12	0	4	4	8	33%
SMF	5.814	567	1.456	2.023	3.791	35%
SMJus	4	0	1	1	3	25%
Andere behördenspezifische Fachkräfte	63	13	22	35	28	56%
SMI	63	13	22	35	28	56%
Summen	84.364	10.535	32.601	43.136	41.228	51%

Nur wenige Personalkörper in den jeweiligen Schwerpunkten gelangen in die Nähe des vorgenannten Zyklus von 36 Prozent (Steuerverwaltungsdienst, Verfassungsschutzdienst, Sozialwissenschaftlicher Dienst).

Besonders herausfordernd erscheinen Werte um 65 Prozent, wie bei den Personalkörpern in den Schwerpunkten Landwirtschaftlicher und Naturwissenschaftlicher Dienst. Das Personal muss rechnerisch in ca. 23 Jahren vollständig ausgetauscht werden. Liegen die Werte noch höher, wie z.B. im Geschäftsbereich des Sächsischen Staatsministeriums des Innern (SMI) bei dem Personalkörper des Kulturwissenschaftlichen und wissenschaftlichen Dienstes (85 Prozent) oder des Naturwissenschaftlichen Dienstes (93 Prozent), bedeutet dies einen vollständigen personellen Umbruch in rund 18 bzw. 16 Jahren.

Das erhobene Zahlenmaterial lässt weitere Kombinationen zu. Aus den Übersichten können detaillierte Schlüsse ressortübergreifend, behördengenau, aufgabenspezifisch sowie nach Laufbahngruppen hergeleitet werden. Zusätzlich geht hervor, dass die Personalkörper der Fachrichtungen/Schwerpunkte in den Ressorts zum Teil signifikant unterschiedliche Altersstrukturen aufweisen. Die Personalkörper der Ministerien sind grundsätzlich jünger aufgestellt als die Personalkörper der jeweiligen nachgeordneten Einrichtungen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Altersstruktur des Öffentlichen Dienstes im Freistaat Sachsen für die kommenden anderthalb Jahrzehnte dringenden Handlungs-, Ausbildungs- und Einstellungsbedarf aufzeigt.

Kernbotschaft

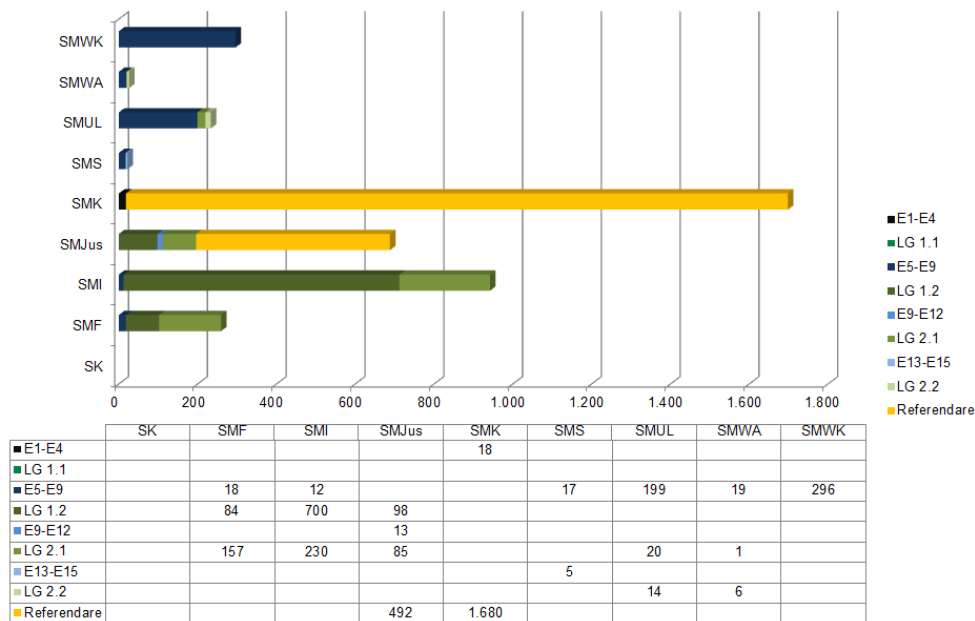
Im Gesamtdurchschnitt werden 51 Prozent der Bediensteten in den nächsten 15 Jahren nicht mehr für den Freistaat Sachsen tätig sein. Bei einem gleichmäßigen Altersaufbau dürfte dieser Wert bei 36 Prozent liegen. Hochgerechnet ist das gesamte Personal in weniger als 30 Jahren vollständig auszutauschen. Zum Vergleich ist als Dauer eines „regulären personellen Umbruchs“ durch die Personalkommission ein Zeitraum von 42 Jahren zu Grunde gelegt worden. Hinzu kommt, dass sich die Altersabgänge in einigen Geschäftsbereichen nicht gleichmäßig auf 15 Jahre verteilen, sondern sich auf wenige Jahre konzentrieren. Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Altersstruktur des Öffentlichen Dienstes im Freistaat Sachsen für die kommenden anderthalb Jahrzehnte dringenden Handlungs-, Ausbildungs- und Einstellungsbedarf aufzeigt.

2.3.2.2. Ausbildung und Nachwuchs

Die Erhebungen zeigen, dass der Gewinnung ausreichenden Nachwuchses eine wachsende Bedeutung zukommen wird. Dies betrifft nahezu alle Fachrichtungen und Laufbahngruppen. Hieran ausgerichtet müssen Ausbildungs- und Nachwuchsbedarfskonzepte und zeitnah Maßnahmenpakete erarbeitet werden. Die aktuellen Zahlen der Auszubildenden sowie die der Referendare in den Bereichen des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz (SMJus) und des SMK ergeben sich aus nachfolgendem Schaubild.

Übersicht der Auszubildenden, Anwärter und Referendare in den Ressorts

Zahl absolut: 4.164 (1.992 ohne Referendare)
Stand: 1. Januar 2015



Das SMJus schätzt zum Beispiel ein, dass in den kommenden Jahren der Bedarf an jungen Juristen steigen wird und plant, den juristischen Vorbereitungsdienst auf den Prüfstand zu stellen und diesen auf der Grundlage eines wettbewerbs- und zukunftsfähigen Konzepts weiterzuentwickeln. Für eine zielgenaue Planung läuft derzeit eine Ressortabfrage. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es sich bei den Referendaren des SMJus um Nachwuchs handelt, welcher der Landesverwaltung nur teilweise zur Verfügung steht, da das Referendariat Voraussetzung für jede volljuristische Tätigkeit, etwa in der Anwaltschaft, ist.

Im Schwerpunkt des Allgemeinen Verwaltungsdienstes der Laufbahngruppen 1.2 und 2.1 ist absehbar, dass auch unter Berücksichtigung von kw-Vermerken und Aufgabenveränderungen die derzeitigen Ausbildungskapazitäten in den nächsten Jahren nicht ausreichen werden. Der jetzigen Zahl von jährlich ca. 20 Anwärterstellen der Laufbahngruppe 2.1 (entspricht bis 2030 280 Anwärter) stehen ressortübergreifend Altersabgänge von 1.203 Bediensteten bis zum Jahr 2030 gegenüber. In der Laufbahngruppe 1.2 werden bis zum Jahr 2030 2.540 Bedienstete in den Ruhestand gehen. Die Ausbildung der Laufbahngruppe 1.2 wurde eingestellt. Hier wird bei einem sich verschärfenden Wettbewerb um die qualifiziertesten Köpfe auf kommunal ausgebildete Verwaltungsfachangestellte zurückgegriffen. Auch hier bedarf es einer strategischen Überarbeitung.

Zu beachten ist dabei, dass die Ausbildung der Beschäftigten und Beamten zwei bis fünf Jahre dauert, in Teilbereichen akademischer Ausbildung auch deutlich länger. Ein nicht unerheblicher planerischer Vorlauf kommt hinzu. Ein Abwarten bis zum Freiwerden großer Stellenkontingente ist insofern problematisch, da die derzeitige, positive Bevölkerungsentwicklung auf den Effekt eines zunehmend älter werdenden Personalbestands im Öffentlichen Dienst trifft. Hinzu kommt, dass in Zukunft die Anzahl der potentiellen Bewerber stark zurückgehen wird. Neben der Erhöhung der Ausbildungskapazitäten sind für eine erfolgreiche Nachwuchsgewinnung weitere Anstrengungen zu unternehmen.

Für eine strategierorientierte Personalbedarfsplanung müssen die Planungen der Ressorts aufeinander abgestimmt werden und Nachwuchs- und Qualifikationslücken rechtzeitig erkannt und darauf reagiert werden.

Kernbotschaft

Die Erhebungen zeigen, dass der Gewinnung ausreichenden Nachwuchses eine wachsende Bedeutung zukommen wird. Dies betrifft nahezu alle Fachrichtungen und Laufbahngruppen. Hieran ausgerichtet müssen Ausbildungs- und Nachwuchsbedarfskonzepte und zeitnah Maßnahmenpakete erarbeitet werden.

Zu beachten ist dabei, dass die Ausbildung der Beschäftigten und Beamten zwei bis fünf Jahre dauert, in Teilbereichen akademischer Ausbildung auch deutlich länger. Ein nicht unerheblicher planerischer Vorlauf kommt hinzu. Ein Abwarten bis zum Freiwerden großer Stellenkontingente ist insofern problematisch, da die derzeitige, positive Bevölkerungsentwicklung auf den Effekt eines zunehmend älter werdenden Personalbestands im Öffentlichen Dienst trifft. Hinzu kommt, dass in Zukunft die Anzahl der potentiellen Bewerber stark zurückgehen wird. Neben der Erhöhung der Ausbildungskapazitäten sind für eine erfolgreiche Nachwuchsgewinnung weitere Anstrengungen zu unternehmen.

Für eine strategierorientierte Personalbedarfsplanung müssen die Planungen der Ressorts aufeinander abgestimmt werden und Nachwuchs- und Qualifikationslücken rechtzeitig erkannt und darauf reagiert werden.

2.3.3. Personalverwaltungs- und Personalbedarfsberechnungssysteme

2.3.3.1. Personalverwaltungssysteme

Aufgrund der Personalhoheit sind die Ressorts eigenverantwortlich für die Erfassung und Pflege des Datenbestandes zuständig. In der Übersicht zur Altersstruktur der Landesbediensteten nach Fachrichtungen zum 1. Januar 2015 wurde das jeweilige Erhebungssystem angegeben, aus dem die Daten erhoben wurden:

Ressort	Erhebungssystem
SK	PVS
SMWA	PVS, Excel
SMI	PVS, Personalakten
SMJus	PVS
SMF	PVS
SMK	Personalakten, LPDK/ BI
SMWK	PVS, Stellenbesetzungslisten, StLA, sp data B4
SMS	PVS
SMUL	PVS, SAP, Personalakten

Festzustellen ist, dass es im Freistaat Sachsen zur Erfassung der relevanten Personaldaten ein einheitliches Personalverwaltungssystem nicht gibt. Zwar wurde mit Kabinettsbeschluss Nr. 03/1171 vom 18. Mai 2004 festgelegt, dass ein landeseinheitliches und zentral betriebenes PVS eingeführt wird, das die Aufgabenerledigung in den Bereichen Personalverwaltung, Personalplanung und Personaleinsatz sowie Stellenbewirtschaftung und Organisation (Aufgaben- und Funktionsverwaltung) unterstützt. Auch wurde hierzu eine Wirtschaftlichkeitsberechnung durchgeführt. Eine Ausschreibung für ein einheitliches PVS erfolgte jedoch nie. Vielmehr wurde mit Kabinettsbeschluss Nr. 04/1023 vom 23. Juni 2009 die Einführung des Personalverwaltungssystems VIS/PVS 3.0 in Auftrag gegeben, welches zunächst nur im SMUL angewandt wurde. Unter Beibehaltung des im Kabinettsbeschluss aus dem Jahr 2004 formulierten Ziels einer weitgehenden Vereinheitlichung und unter Einbeziehung der Ressorts sollte das System im Rahmen der VIS-Koordinierungsgruppe weiterentwickelt werden. Wegen der Besonderheiten der Personalverwaltung waren die Landespersonaldatenbank Kultus (LPDK) und Teile des Geschäftsbereichs des SMWK (Hochschulen, Berufsakademien, Forschungseinrichtungen, Museen, Bibliotheken, Theater und Staatsbetriebe) von Beginn an ausgenommen.

Die Koordinierungsgruppe existiert seitdem und stimmt technische Anpassungen des Systems ab, welche durch einen externen Dienstleister umgesetzt werden. Eine landeseinheitliche Anwendung erfolgt weiterhin nicht. Auch eine ressortübergreifende, weitere Abstimmung zur Datenpflege hinsichtlich Umfang und Nutzung oder gleicher Systematik findet nicht statt.

Im Öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen werden Personaldaten neben dem PVS in zahlreichen weiteren Systemen und in unterschiedlicher Art und Weise geführt und verarbeitet. Diese reichen von ressortspezifischen Excel-Tabellen (z.B. zur Darstellung der Altersabgänge, Reisekosten-, Zeiterfassungs- und Gebäudemanagementsysteme) über das Personalwirtschafts- und Abrechnungssystem KIDICAP bis hin zum Transparenten Internen Arbeitsmarkt Sachsen (TRIAS), der Servicestelle TRIAS und der Personalvermittlungsplattform (PVP).

Die Datensysteme werden aufgabenbezogen und von den Behörden in ganz unterschiedlicher Weise geführt.

Die Personalkommission ist sich einig, dass eine einheitliche Personalverwaltungssoftware in der Kernverwaltung etabliert werden sollte.

2.3.3.2. Personalbedarfsberechnungssysteme

Fachbezogene, länderübergreifend abgestimmte Personalbedarfsberechnungssysteme gibt es lediglich in den Geschäftsbereichen des SMF zur Personalbedarfsberechnung für die sächsischen Finanzämter und des SMJus zur Personalbedarfsberechnung in der sächsischen Justiz (Gerichte und Staatsanwaltschaften, Justizvollzug).

Für die sächsischen Finanzämter wird der Personalbedarf jährlich ermittelt. Die Personalbedarfsberechnung stützt sich auf zahlreiche, arbeitsgebietspezifische Berechnungsmuster, die auf Bundesebene erarbeitet werden. In diesen Berechnungsmustern werden abgrenzbare und für das Arbeitsgebiet typische Aufgabenschritte definiert. Diesen werden Zeitwerte zugeordnet, die mit den Fallzahlen, die auf sie entfallen, multipliziert werden. In der Regel fließen in die Fallzahlen maschinell abrufbare Daten oder Daten aus Aufzeichnungen der Arbeitsbereiche ein. Das Ergebnis dieser Berechnung ist der sog. Gesamtzeitbedarf je typische Aufgabe. Die PersBB für die sächsischen Finanzämter ist eine sehr aufwändige und nach anerkannten Methoden aufgebaute

Berechnung, welche auf der statistisch belegten Aufgabenmenge der Finanzämter des jeweiligen Vorjahres bzw. der vorigen letzten drei Jahre aufbaut.

Die sächsische Justiz verfügt mit PEBB§Y gemeinsam mit den anderen Landesjustizverwaltungen über eine moderne Personalbedarfsberechnung auf wissenschaftlich gesicherter analytischer Basis. Das vor etwa 15 Jahren entwickelte und mit externem Sachverstand validierte System hat das vorherige justizinterne „Pensensystem“ ersetzt, das – insoweit vergleichbar mit noch bestehenden Systemen anderer Verwaltungen – auf bloßen Erfahrungswerten und fachlichen Einschätzungen beruht hatte. Der Berechnung des Personalbedarfs liegen jetzt detaillierte durchschnittliche Bearbeitungszeiten zugrunde, die in nach repräsentativen Gesichtspunkten bundesweit ausgewählten Erhebungsgerichten und -staatsanwaltschaften für die einzelnen Verfahren im Wege der Selbstaufschreibung durch die Beschäftigten notiert worden sind. PEBB§Y basiert daher auf einer strukturierten Aufwandsanalyse aller personalwirtschaftlich relevanten Arbeitsgänge bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften. Es liefert damit ein feingliedriges System der Personalbedarfsberechnung von hoher Qualität und wird durch punktuelle Nachsteuerung und Nacherhebungen mathematisch-analytisch an Veränderungen der rechtlichen oder tatsächlichen Rahmenbedingungen angepasst. Im Justizvollzug wird der Personalbedarf aus der Zahl der Haftplätze entwickelt. Das System berücksichtigt damit die belegungsmaßgeblichen Faktoren.

Das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz (SMS) hat darauf hingewiesen, dass im Bereich der Sächsischen Landeskrankenhäuser eine bundeseinheitlich geltende und den Personalbedarf normierende Vorschrift zur Anwendung kommt (Verordnung über Maßstäbe und Grundsätze für den Personalbedarf in der stationären Psychiatrie; Psychiatrie-Personalverordnung – Psych-PV). Diese Verordnung ist Grundlage für die vollständige Refinanzierung der Personalkosten im Akutkrankbereich durch die finanzierenden Krankenkassen. Im Bereich des landesfinanzierten Maßregelvollzuges kommt diese Verordnung in landesspezifisch abgewandelter Form zur Anwendung. Sowohl im Akutbereich als auch im Maßregelvollzug existiert damit eine Planungs-, Berechnungs- und Steuerungsgrundlage.

Darüber hinaus gibt es in den Ressorts vielfältige Personalbedarfsberechnungsgrundlagen.

Kernbotschaft

Im Öffentlichen Dienst werden Personaldaten neben dem PVS in zahlreichen weiteren Systemen und in unterschiedlicher Art und Weise geführt und verarbeitet. Die Personalkommission ist sich einig, dass eine einheitliche Personalverwaltungssoftware in der Kernverwaltung etabliert werden sollte.

Fachbezogene, länderübergreifend abgestimmte Personalbedarfsberechnungssysteme gibt es lediglich in den Geschäftsbereichen des SMF zur Personalbedarfsberechnung für die sächsischen Finanzämter und des SMJus zur Personalbedarfsberechnung in der sächsischen Justiz (Gerichte und Staatsanwaltschaften, Justizvollzug).

2.3.4. Personalentwicklung, Gesundheits- und Wissensmanagement

2.3.4.1. Personalentwicklung

Die Bediensteten sind nicht Kostenfaktor, sondern die wichtigste Ressource für einen leistungsfähigen Öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen.

Zentrale Aufgabe einer nachhaltigen Personalentwicklung ist es sicherzustellen, dass die vorhandenen Bediensteten auch in Zukunft in der Lage sind, die komplexen Aufgaben des Öffentlichen Dienstes wahrzunehmen. Dazu gilt es, zukünftige Entwicklungen möglichst klar zu antizipieren und deren Konsequenzen für das Personal abzuleiten. Durch lebenslanges Lernen soll die Flexibilität der Bediensteten gefördert werden, um so auf zukünftige Veränderungen reagieren zu können. Auf der Grundlage von individuellen Potentialanalysen sind die Fähigkeiten und Kompetenzen der Bediensteten einerseits zu erfassen und diese ggf. weiterzuentwickeln. Gleichzeitig ist Transparenz über die benötigten Kompetenzen und Fähigkeiten soweit möglich mittels dienstpostenbezogener Anforderungsprofile herzustellen.

Weitere Voraussetzung für eine konsequente Personalentwicklung ist die stetige Fortbildung der Bediensteten.

Kernbotschaft

Zentrale Aufgabe einer nachhaltigen Personalentwicklung ist es sicherzustellen, dass die vorhandenen Bediensteten auch in Zukunft in der Lage sind, die komplexen Aufgaben des Öffentlichen Dienstes wahrzunehmen.

Weitere Voraussetzung für eine konsequente Personalentwicklung ist die stetige Fortbildung der Bediensteten.

2.3.4.2. Gesundheitsmanagement

Gesundheit, Qualifizierung und Motivation sind zentrale Voraussetzungen für die Leistungsfähigkeit der Bediensteten und damit für die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung. Die heutige Arbeitswelt ist von zunehmenden Belastungen gekennzeichnet. Eine Vielzahl von Informationen, Technologisierung und Globalisierung beschleunigen den Arbeitsalltag. Dem Wandel der Arbeitswelt im Öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen ist Rechnung zu tragen, indem die Gesundheit der Bediensteten aktiv gefördert wird. Die Gründe für die Einführung eines Betrieblichen Gesundheitsmanagements sind dabei vielfältig. Neben der sozialen Verantwortung gegenüber den Bediensteten stehen Gesundheit und Wohlbefinden im Fokus. Aber auch wirtschaftliche Überlegungen sind dabei nicht unberücksichtigt zu lassen.

Krankheitsbedingte Fehlzeiten können durch Betriebliches Gesundheitsmanagement gesenkt werden. Studien belegen den Zusammenhang zwischen den Bedingungen bei der Arbeit und der Gesundheit von Beschäftigten eindeutig.¹⁵

Ziel ist es weiterhin, die Gesundheit der Bediensteten zu erhalten. Gesundheitsmanagement bedeutet auch, ein Umfeld zu schaffen, in dem sich die Bediensteten wohl fühlen (Motivation, wertschätzende Führungskultur, flache Hierarchieebenen etc.).

Kernbotschaft

Gesundheit, Qualifizierung und Motivation sind zentrale Voraussetzungen für die Leistungsfähigkeit der Bediensteten und damit für die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung.

Krankheitsbedingte Fehlzeiten können durch Betriebliches Gesundheitsmanagement signifikant gesenkt werden. Studien belegen den Zusammenhang zwischen den Bedingungen bei der Arbeit und der Gesundheit von Beschäftigten eindeutig.

¹⁵ Vgl. DAK Gesundheit: „Betriebliches Gesundheitsmanagement“.

2.3.4.3. Wissensmanagement

Wissensmanagement beschäftigt sich mit dem Erwerb, der Entwicklung, dem Transfer, der Speicherung sowie der Nutzung von Wissen. Wissensmanagement ist weit mehr als Informationsmanagement.

Die Bedeutung von Wissensmanagement bzw. des Wissenstransfers für die Bewältigung der Aufgaben im Öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen hat stark zugenommen. Wissen ist ein entscheidender Faktor. Für jeden einzelnen Bediensteten, der täglich mit einer Vielzahl von Informationen konfrontiert wird, können diese nur dann sachgerecht genutzt werden, wenn sich diese nach Bedürfnissen und Kriterien filtern und in wertvolles Wissen umwandeln lassen. Wissen beruht auf Verstehen, das durch die Einordnung der Informationen in einen Zusammenhang oder Kontext erfolgt. Das Wissensmanagement wiederum umfasst die systematische Identifikation, Aufbereitung, Implementierung und Anwendung von Wissen.

Scheidet ein Bediensteter altersbedingt aus dem Dienst aus, muss der Wissenstransfer gewährleistet werden.

Kernbotschaft

Wissensmanagement beschäftigt sich mit dem Erwerb, der Entwicklung, dem Transfer, der Speicherung sowie der Nutzung von Wissen. Die Bedeutung von Wissensmanagement bzw. des Wissenstransfers für die Bewältigung der Aufgaben im Öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen hat stark zugenommen. Scheidet ein Bediensteter altersbedingt aus dem Dienst aus, muss der Wissenstransfer gewährleistet werden.

2.4. Zusammenfassung

Die Sächsische Staatsverwaltung steht vor erheblichen Herausforderungen. Im Rahmen der bisherigen Kommissionsarbeit wurde bereits die strukturelle Überalterung des Personalkörpers der Sächsischen Staatsverwaltung festgestellt. Darauf aufbauend wurde die Notwendigkeit einer geänderten und nachhaltigen Personalpolitik gesehen, die die gravierenden Altersabgänge in den nächsten 10 bis 15 Jahren berücksichtigt.

Unabhängig davon, welche Größenordnung die Politik in der Diskussion um die künftige Stellenausstattung festlegen wird, werden die Altersabgänge von 51 Prozent der sächsischen Bediensteten bis zum Jahr 2030 den Freistaat Sachsen vor große Herausforderungen stellen. Die Weichen für einen leistungsfähigen Öffentlichen Dienst in der nächsten Dekade müssen schon jetzt gestellt werden, wenn der Freistaat Sachsen seine Aufgaben in vollem Umfang erfüllen soll. Dazu ist eine nach Umfang und Qualität angemessene Personalausstattung erforderlich. Die Ausbildung der Beschäftigten und Beamten dauert zwischen zwei und fünf Jahren, in Teilbereichen akademischer Ausbildung auch deutlich länger. Ein nicht unerheblicher planerischer Vorlauf kommt hinzu.

Der Öffentliche Dienst des Freistaates Sachsen wird zunehmend in die Lage geraten, zumindest für hochqualifiziertes Personal attraktive Angebote vorweisen zu müssen. Dem sollte durch frühzeitige Planung und zeitlich verteilte Akquise, unter anderem durch eigene, attraktive Ausbildungs- bzw. Studienangebote, entgegengewirkt werden. Hierbei ist vor allem die Konkurrenz innerhalb der Behörden des Freistaates Sachsen zu anderen Behörden des Bundes, der Bundesländer, zu den Behörden und Gebietskörperschaften der Kommunalverwaltungen und letztlich der freien Wirtschaft zu beachten.

Zur Bewältigung des Personalumbruchs im Öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen sind abgestimmte Maßnahmen in den Personalverwaltungen notwendig.

3. Aufgabenstruktur und Aufgabenentwicklung

3.1. Ziel der Erhebungen

Ziel ist es, die bestehende Aufgabenstruktur des Öffentlichen Dienstes im Freistaat Sachsen zu erfassen und unter Berücksichtigung objektiver Bewertungsmaßstäbe eine prognostische Darstellung der Aufgabenentwicklung vorzunehmen. In Verbindung mit der Entscheidung über künftige Aufgaben sind des Weiteren Angaben zum Personal, also mit welcher Ausbildung und welcher Personalstärke die Aufgaben wahrgenommen werden, unverzichtbare Daten.

3.2. Methoden der Erhebungen

3.2.1. Aufgabenkritische Konzepte

In Ausführung des Arbeitsauftrages der Personalkommission sind aufgabenkritische Konzepte und Vorhaben zum IST-Stand ressortspezifisch (inklusive der jeweils nachgeordneten Behörden und Einrichtungen) erhoben worden. Konkret ging es um die Darstellung des fortgeschriebenen, aktualisierten Sachstandes unter Berücksichtigung der Zuarbeiten zum Bericht des SMJus „Perspektiven Sachsen 2020 – Moderne Verwaltung und leistungsfähiger Staat“ sowie über geplante weitere Entwicklungen.

3.2.2. Aktuelle Aufgabenstruktur unter Zuordnung des Personalkörpers nach Fachrichtungen

In einem weiteren Schritt ist die aktuelle Aufgabenstruktur (IST-Stand = vorgegebene Aufgaben) ermittelt worden. Die Personalkommission hat für die Evaluation und Überprüfung sämtlicher Aufgaben eine eigene Methode entwickelt.

Für jedes Ressort und jede Einrichtung sind die jeweils fachlich prägenden Aufgabenbereiche gebildet worden. Herausforderung war dabei, auf einer **Metaebene** klare fachlich abgrenzbare Aufgabenbereiche zu ermitteln und somit die vorliegende Aufgabenstruktur der Landesverwaltung¹⁶ insgesamt zu erfassen und zu bewerten. Ausgangspunkt bildeten die jeweiligen Organisationsstrukturen und Geschäftsverteilungspläne. Es blieb den Ressorts überlassen, sofern geeignet, Behörden oder Einrichtungen zusammengefasst darzustellen.

Da für diesen Bericht auch die Personalbestände erhoben worden sind, konnten den Aufgabenbereichen zugleich die Bediensteten zugeordnet werden, welche die Aufgabe wahrnehmen, jeweils differenziert nach Fachrichtungen und Schwerpunkten (Ausbildung). Die Zuordnung erfolgte personengenau, nicht nach Arbeitszeitanteilen.

3.2.3. Aufgabenentwicklung

Voraussetzung für eine aufgabenorientierte Personalbedarfsplanung ist es, über die Erfassung der bestehenden Aufgabenstruktur hinauszugehen. Die Personalkommission hat objektive Bewertungsmaßstäbe bestimmt, die Einfluss auf die Aufgabenentwicklung haben können. Bei der anzustellenden Prognose sind die Aufgabenbereiche von den Ressorts zu den äußeren Indikatoren „rechtliche Grundlagen“, „wirtschaftliche und technologische Entwicklung“, „Bevölkerungsentwicklung/Demografie“, „fachspezifische Besonderheiten“ und „Investitionsbedarfe (Sachmittel)“ in Bezug gesetzt und bewertet worden.

¹⁶ Die Personalkommission schließt bei der Verwendung des Begriffs der Landesverwaltung die Kommunalverwaltung aus.

Die Personalkommission hat sich darauf verständigt, die umfangreichen Übersichten der Ressorts nachvollziehbar und ressortübergreifend zusammenzufassen und wie folgt für den Abschlussbericht aufzubereiten:

1. Aufgabenzuwachs
 - a. Aufgabenzuwachs unter Berücksichtigung entscheidungsrelevanter Faktoren
 - b. Auswirkungen durch die Aufgabenbereiche Asyl/Integration
2. Aufgabenbereiche mit kurzfristigem Handlungsbedarf
3. Aufgabenreduzierung/Wegfall von Aufgaben/Aufgabenverzicht
4. Optimierungspotentiale
 - a. Prozessoptimierung
 - b. Konzentration/Zentralisierung von Aufgaben/Shared Services
 - c. Umverteilung/Ver- und Auslagerung von Aufgaben
 - d. Privatisierungen
 - e. Abbau Schnittstellen/Mehrfachzuständigkeiten
 - f. Organisationsaufbau von Behörden: Eingliederung, Neugliederung, Zusammenlegung etc.
 - g. Risikomanagementsysteme etc.
 - h. Konsolidierung Landes-, Bundes- und EU-Recht
 - i. Freiwillige Aufgaben

Die Ressorts haben festgestellt, dass für die meisten Bereiche jenseits der großen Aufgaben- und Personalkörper Polizei, Lehrer und Hochschulen die Aufgabenlast mindestens gleichbleibend ist und sich in vielen Bereichen sogar erhöht hat. Die Ergebnisse werden ausführlich in dem Kapitel „Aufgabenzuwachs“ behandelt. Der Bericht befasst sich an dieser Stelle auch mit der aktuellen Flüchtlingskrise und der Bedeutung für die Aufgabenerledigung.

Die Ressorts haben auch außerhalb der Bereiche Polizei, Lehrer und Hochschulen zahlreiche Gebiete aufgezeigt, in denen die Aufgabenlast zugenommen hat. Es ist jedoch nicht Aufgabe der Personalkommission zu ermitteln, ob und in welchem Umfang sich daraus die Notwendigkeit von Stellenmehrungen ergibt – dies ist vielmehr Gegenstand der politischen Prioritätensetzung. Im Rahmen der Personalkommission wurde dagegen diskutiert, welche Potentiale etwa durch Schwerpunktbildungen, Aufgabepriorisierungen und Personalumschichtungen gehoben werden können. Die Personalkommission hat die Ressorts daher gebeten, Möglichkeiten und Potentiale zu prüfen, die durch „Aufgabenreduzierung/Wegfall von Aufgaben/Aufgabenverzicht“ erreicht werden können.

Daneben waren die Ressorts aufgefordert, sämtliche Aufgabenbereiche zu bewerten und Optimierungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

3.3. Ergebnis

3.3.1. Aufgabenkritische Konzepte

Der Bericht des SMJus „Perspektive Sachsen 2020 – Moderne Verwaltung und leistungsfähiger Staat“ beinhaltet die Ergebnisse einer umfassenden, ressortspezifischen Aufgabenkritik in der Sächsischen Staatskanzlei (SK), in den Staatsministerien sowie in den jeweiligen Geschäftsbereichen. Der Auftrag aus dem Koalitionsvertrag zur fünften Legislaturperiode umfasste nicht nur die klassischen Elemente der Zweck- und Vollzugskritik, sondern auch Maßnahmen der Verwaltungsmodernisierung bis hin zur Personalentwicklung. In den Ressortberichten wurden beispielhaft 82 erfolgreiche Vorhaben vorgestellt.

Die Personalkommission stellt fest, dass die aufgabenkritischen Prozesse, Strukturanpassungen etc. aus dem Bericht durchgeführt worden sind bzw. sich im Umsetzungsprozess befinden. Im Ergebnis oder im Verlauf der Umsetzung von aufgabenkritischen Maßnahmen ergeben sich oft neue Gestaltungsspielräume für weitere Veränderungsmaßnahmen. Die Personalkommission ist sich einig, dass Aufgabenkritik nicht mit der Vorlage des Abschlussberichts endet, sondern ein ständiger Prozess ist und weitergeführt werden muss.

Kernbotschaft

Die Personalkommission ist sich einig, dass Aufgabenkritik nicht mit der Vorlage des Abschlussberichts endet, sondern ein ständiger Prozess ist und weitergeführt werden muss.

3.3.2. Aktuelle Aufgabenstruktur unter Zuordnung des Personalkörpers nach Fachrichtungen

Erstmals wird für den Personalkörper des Freistaates Sachsen erkennbar, welches Personal mit welcher Ausbildung in welcher Fachrichtung mit den jeweiligen Aufgaben betraut ist. Für eine Beurteilung, mit welcher Personalstärke die Aufgaben derzeit und in Zukunft erledigt werden können, sind Daten zur Altersstruktur und zur Laufbahngruppe maßgeblich.

Da sich die Aufgaben auch in Zukunft verändern werden, muss es weiterhin Auftrag der Landesverwaltung sein, die Dynamik der Aufgaben zu beobachten und zu bewerten. Daher wird empfohlen, die Erhebung nach der von der Personalkommission angewendeten Methode in einem zeitlichen Abstand, der mögliche Entwicklungen sichtbar machen kann, erneut durchzuführen.

Kernbotschaft

Die Personalkommission hat für die Evaluation und Überprüfung sämtlicher Aufgaben eine eigene Methode entwickelt. Da sich die Aufgaben auch in Zukunft verändern werden, muss es weiterhin Auftrag der Landesverwaltung sein, die Dynamik der Aufgaben zu beobachten und zu bewerten. Daher wird empfohlen, die Erhebung nach der von der Personalkommission angewendeten Methode in einem zeitlichen Abstand, der mögliche Entwicklungen sichtbar machen kann, erneut durchzuführen.

3.3.3. Aufgabenentwicklung

3.3.3.1. Aufgabenzuwachs

Die (Fort-)Entwicklung der Aufgabenstrukturen in den Ressorts im Freistaat Sachsen – anhand äußerer Indikatoren – ergab eine konstante Aufgabenlast, in vielen Teilbereichen eine Aufgabenerhöhung.

a. Aufgabenzuwachs unter Berücksichtigung entscheidungsrelevanter Faktoren

▪ Faktor rechtliche Grundlagen

Die Regelungsdichte auf allen Ebenen sowie die Bedeutung und Komplexität der Vorschriften und der Rechtsprechung vor allem auf EU-Ebene und damit der Einfluss auf Bundes- und Landesrecht nehmen zu.

Der Erlass neuer oder veränderter, rechtlicher Grundlagen bedeutet in der heutigen Zeit regelmäßig die Ausweitung von Vorgaben und Pflichten und erhöht den damit verbundenen, bürokratischen Aufwand bei der Erfüllung der Aufgaben spürbar. Wachsender Koordinierungsaufwand zur Umsetzung der Vorgaben, Dokumentationsanforderungen und Prüfungspflichten betreffen nahezu alle Aufgabenbereiche der Ressorts im Freistaat Sachsen.

Kernbotschaft

Die Regelungsdichte auf allen Ebenen sowie die Bedeutung und Komplexität der Vorschriften und der Rechtsprechung vor allem auf EU-Ebene und damit der Einfluss auf Bundes- und Landesrecht nehmen zu.

▪ **Faktor wirtschaftliche Entwicklung**

Die sächsische Wirtschaft wächst. Seit dem Jahr 2012 weist die sächsische Wirtschaft ein im Vergleich mit Deutschland insgesamt überdurchschnittliches Wachstum auf.¹⁷ Im Jahr 2014 lag das BIP um 1,9 Prozent höher als im Vorjahr (Deutschland: 1,6 Prozent); dieser positive Trend dürfte sich auch im Jahr 2015 fortgesetzt haben. Nach der aktuellen Prognose des ifo-Instituts dürfte sich das Wirtschaftswachstum im Jahr 2016 nochmals etwas erhöhen und wiederum leicht über dem gesamtdeutschen Durchschnitt liegen.

Gleichwohl besteht laut Aussage des ifo-Instituts und des SMF im Freistaat Sachsen weiterhin ein wirtschaftlicher Aufholbedarf. Anhand des BIP in Euro je EW wird aufgezeigt, dass sich die Wirtschaftskraft der ostdeutschen Bundesländer nahezu identisch entwickelt und auch im Jahr 2013 lediglich das Niveau erreicht, das Westdeutschland im Jahr 1995 aufwies. Der Unterschied in der Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung im Vergleich zum Westen liegt seit Jahren bei rund 30 Prozent.

Wirtschaftliche Entwicklungen sind Grundlage für Wohlstand und Arbeit der Bevölkerung sowie das Fundament wirksamen, staatlichen Handelns. Das wirtschaftliche Wachstum muss also weiter angeschoben werden. Wirtschaftliche Entwicklungen haben direkte Auswirkung z.B. auf das Steueraufkommen und damit die Finanzausstattung des Landes und der Kommunen. Für Investitionen durch Gewerbe und Industrie gilt es, weiterhin Anreize zu schaffen – vom Ausbau der digitalen Infrastruktur, der Gewährleistung zügigen Rechtsschutzes, der Schaffung und dem Vollzug wirksamer Förderprogramme bis hin zu einer effizient funktionierenden Verwaltung im Rahmen der Mittelvergabe oder im Zusammenhang mit kurzen und rechtssicheren Genehmigungsverfahren. Nur ein starker Wirtschaftsstandort, der sich auch global behaupten kann, ist als Arbeitsmarkt attraktiv. Effektives raumordnerisches Wirken und eine leistungsfähige und nachhaltige Verkehrsinfrastruktur leisten einen Beitrag zu einem positiven Wirtschaftsklima. Auch umweltrechtliche Anforderungen in Wirtschaft, Verkehr sowie den Bereichen der Daseinsvorsorge gewinnen ständig weiter an Bedeutung.

Gleichzeitig werden die Anforderungen an den Öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen infolge der Veränderung des Wirtschaftsstandorts Sachsen im Hinblick auf die Aufgabenbewältigung immer komplexer. Wirtschaftswachstum bringt auf der anderen Seite Wohlstandsgefälle (auch zwischen Sachsen und seinen internationalen Nachbarn) mit sich und bedingt dadurch Handlungsbedarf beispielsweise im Bereich der Gesamtkriminalitätsprävention und -verfolgung. Durch eine verstärkte Ansiedlung gro-

¹⁷ Vgl. Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“, <http://www.vgrdl.de/VGRdL/tbls/tab.jsp?rev=RV2014&tbl=tab02&lang=de-DE>.

ßer Wirtschaftsunternehmen sind zudem komplexere Verfahren in Verwaltung und Justiz zu erwarten. Durch Ansiedlung von großen Wirtschaftsunternehmen nehmen Betriebsbereiche mit entsprechenden Gefährdungspotentialen z.B. im Umweltbereich oder bei der Notfallvorsorge zu.

All dies führt zu einer Aufgabenlast in den Behörden und Einrichtungen des Freistaates Sachsen, die Dienstleister und Ansprechpartner gleichermaßen für Kommunen, Unternehmen und Bevölkerung sein müssen.

Kernbotschaft

Die sächsische Wirtschaft wächst. Gleichwohl besteht laut Aussage des ifo-Instituts und des SMF im Freistaat Sachsen weiterhin ein wirtschaftlicher Aufholbedarf. Das wirtschaftliche Wachstum muss also weiter angeschoben werden. Die Anforderungen an den Öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen werden infolge der Veränderung des Wirtschaftsstandorts Sachsen im Hinblick auf die Aufgabenbewältigung immer komplexer.

▪ **Faktor technologische Entwicklung**

Die rasanten technologischen Entwicklungen verändern die Aufgabenstruktur des Öffentlichen Dienstes des Freistaates Sachsen. Immer mehr Daten mit immer mehr Quellen werden mit immer größerer Geschwindigkeit verarbeitet. Die technologische Entwicklung gehört zu den Faktoren, die die Aufgabenstruktur besonders stark beeinflussen.

In der Gesellschaft findet ein grundlegender Wandel im IT-Bereich statt. Dies bedeutet zunehmende, elektronische Kommunikation (soziale Netzwerke, vernetzte Kommunikation) mit Bürgern, Wirtschaft und anderen Behörden. Die Wirtschaft erwartet aus Gründen der eigenen Effizienz verstärkt das Angebot von sicherer und rechtsverbindlicher, elektronischer Kommunikation und Datenaustausch mit der Öffentlichen Verwaltung sowie die ständige Optimierung der digitalen Infrastruktur. Die rasanten technologischen Entwicklungen und das Kommunikationsverhalten bei Bürgern und Wirtschaft führen schon jetzt und auch in Zukunft zu einer Zunahme von E-Government-Prozessen. Bundesgesetzliche Vorgaben zum E-Government und zum elektronischen Rechtsverkehr beschleunigen diesen Prozess. Interne Arbeitsabläufe von der elektronischen Vergabe bis zur E-Akte oder dem Ausbau des elektronischen Kabinetts (§ 12 SächsEGovG) oder der IT-gestützten Vorgangsbearbeitung und die Gewährleistung der Datensicherheit sind in einem ständigen Veränderungsprozess. Auch wenn Arbeitsprozesse dadurch optimiert werden, führt dies nicht zwangsläufig zur sofortigen, sondern bestenfalls zu einer mittelfristigen Aufgabenreduzierung. Infolge der Digitalisierung besteht ein erhöhter Fortbildungsbedarf des Personalkörpers. Zudem ist von einem größeren Aufwand bei der Gewinnung neuen, qualifizierten, technischen Personals auszugehen.

Es ist davon auszugehen, dass die in der Vergangenheit rasanten technologischen Entwicklungen im Bereich der Hard- und Software sowie der Nutzung moderner Kommunikationsmittel auch in Zukunft anhalten und deshalb weiterhin für neue, regulatorische Herausforderungen und einen ständigen Anpassungsbedarf sorgen werden.

Gerade der durch die Ressorts im Rahmen der Personalkommission angemeldete Investitionsbedarf im Bereich der Sachausstattung macht deutlich, dass steigende Investitionsbedarfe vor allem im Bereich der Digitalisierung sowie Information und Kommunikation bestehen. Da die Chancen der Digitalisierung für den Verwaltungsbereich nutz-

bar gemacht werden sollen, muss von kurzfristig höheren Kosten und vorübergehender Aufgabenmehrung ausgegangen werden.

Neue Technologien sind Herausforderung, aber auch Chance, den Öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen langfristig und nachhaltig attraktiv und wettbewerbsfähig zu gestalten und dadurch den Freistaat Sachsen als Wirtschaftsstandort zu stärken.

Kernbotschaft

Die rasanten technologischen Entwicklungen verändern die Aufgabenstruktur des Öffentlichen Dienstes des Freistaates Sachsen. Die technologische Entwicklung gehört zu den Faktoren, die die Aufgabenstruktur besonders stark beeinflussen.

Es ist davon auszugehen, dass die in der Vergangenheit rasanten technologischen Entwicklungen im Bereich der Hard- und Software sowie der Nutzung moderner Kommunikationsmittel auch in Zukunft anhalten und deshalb weiterhin für neue regulatorische Herausforderungen und einen ständigen Anpassungsbedarf sorgen werden.

Neue Technologien sind Herausforderung, aber auch Chance, den Öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen langfristig und nachhaltig attraktiv und wettbewerbsfähig zu gestalten und dadurch den Freistaat Sachsen als Wirtschaftsstandort zu stärken.

▪ **Faktor Bevölkerungsentwicklung/Demografie**

In den nächsten Jahren und Jahrzehnten wird sich die Bevölkerungsstruktur in vielerlei Hinsicht verändern. Dabei stellen sich die Auswirkungen des demografischen Wandels zeitlich wie regional sehr unterschiedlich ein. Der demografische Wandel zählt auf absehbare Zeit zu den großen Herausforderungen für den Öffentlichen Dienst und berührt in unterschiedlicher Ausprägung nahezu sämtliche Aufgabenbereiche des Freistaates Sachsen. Zum einen muss der Öffentliche Dienst im Rahmen seiner Aufgaben einen Beitrag zur Bewältigung des demografischen Wandels leisten, zum anderen stellt dieser auch Anforderungen an die Erneuerung seines eigenen Personalkörpers.

Infolge der Einstellungsbedingungen in der Aufbauphase der ostdeutschen Länder einerseits und der Umsetzung des Personalabbaus andererseits hat der Freistaat Sachsen aktuell einen Personalkörper, der mehrheitlich aus Bediensteten im Alter zwischen 50 und 65 Jahren besteht. Diese werden in den kommenden 15 Jahren aus dem aktiven Dienst ausscheiden. Der Aufgabenbestand hingegen wird selbst im Falle rückläufiger Bevölkerungszahlen nicht zurückgehen. Die Leistungsfähigkeit des Öffentlichen Dienstes lässt sich daher nur erhalten, wenn es gelingt, in ausreichendem Umfang rechtzeitig Nachwuchs- und Fachkräfte einzustellen. Dabei konkurriert der Freistaat Sachsen um die besten Köpfe mit dem Öffentlichen Dienst anderer Länder und des Bundes sowie mit den Kommunen und der Wirtschaft. Deshalb muss der Freistaat Sachsen als Arbeitgeber attraktiv bleiben, insbesondere indem er flexible und mobile Arbeitsbedingungen schafft. Die Potentiale der Bediensteten müssen durch Fortbildung und Entwicklung ihrer Fach- und Methodenkompetenzen während des gesamten Berufslebens optimal genutzt werden. Um das Ziel einer möglichst lang andauernden Arbeitsfähigkeit der Bediensteten zu erreichen, müssen die Arbeitsbedingungen entsprechend gestaltet sein. Hierbei spielen sowohl Maßnahmen des Arbeitsschutzes als auch des Gesundheitsmanagements eine wichtige Rolle. Angesichts der Altersstruktur und des altersbedingten Ausscheidens vieler Bediensteter in den kommenden Jahren kommt auch dem Wissenstransfer eine große Bedeutung zu.

Trotz Anstieg der Bevölkerung im schulpflichtigen Alter, der in Folge eine Anpassung der Schulnetzplanung sowie des Lehrer- und Hochschulpersonals erfordert, wird die Bevölkerungsentwicklung zunehmend größere Herausforderungen für das Haushaltswesen nach sich ziehen (insbesondere geringere Einnahmen, Umverteilungen, etc.). Gleichzeitig kommen neue Aufgaben für den Freistaat Sachsen hinzu. So werden in Bezug auf die infrastrukturelle Raumordnung die Sicherung und die Weiterentwicklung der öffentlichen Daseinsvorsorge und allgemein die Gesundheitsversorgung einer alternden Bevölkerung schwieriger. Der Bevölkerungsrückgang führt vor allem in dünn besiedelten, ländlichen Räumen zu Tragfähigkeitsproblemen (ÖPNV, Zugang zur Verwaltung und Breitbandversorgung etc.). Dies wiederum behindert die dortige, wirtschaftliche Entwicklung. Die Bedeutung von ehrenamtlichem Engagement nimmt durch den Wandel im gesellschaftlichen Zusammenleben weiter zu (Brand-, Katastrophen-, Naturschutz, Sozialbereich etc.). Gleichzeitig ist auch das Ehrenamt von der Überalterung betroffen. Die zunehmend alternde Bevölkerung führt auch zu einer Belastung der Gerichte hinsichtlich der Betreuungsverfahren und der Verfahren in Bezug auf Rente, Schwerbehinderung, Pflege- und Krankenversicherung sowie Sozialhilfe. Im Justizvollzug bringt der Anstieg des Anteils älterer Gefangener einen steigenden Betreuungsbedarf in den Justizvollzugsanstalten des Freistaates Sachsen mit sich.

Kernbotschaft

In den nächsten Jahren und Jahrzehnten wird sich die Bevölkerungsstruktur weiter verändern. Der demografische Wandel zählt auf absehbare Zeit zu den großen Herausforderungen für den Öffentlichen Dienst und berührt in unterschiedlicher Ausprägung nahezu sämtliche Aufgabenbereiche des Freistaates Sachsen. Zum einen muss der Öffentliche Dienst im Rahmen seiner Aufgaben einen Beitrag zur Bewältigung des demografischen Wandels leisten, zum anderen stellt dieser auch Anforderungen an die Erneuerung seines eigenen Personalkörpers. Die Gestaltung des demografischen Wandels und seiner Folgen ist eine Daueraufgabe.

b. Auswirkungen durch die Aufgabenbereiche Asyl/Integration

Die Personalkommission ist sich darin einig, dass Deutschland vor einer seiner größten Herausforderungen steht. Bund, Land und Kommunen müssen hierfür ihren Beitrag erbringen. Vor diesem Hintergrund stellt die Personalkommission einvernehmlich fest, dass eine gesonderte Betrachtung im Abschlussbericht der Personalkommission für den Aufgabenbereich „Asyl/Integration“ des Öffentlichen Dienstes im Freistaat Sachsen erfolgen soll.

Die Zahl der nach Deutschland einreisenden Asylbewerber und Flüchtlinge ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Die Verteilung innerhalb Deutschlands erfolgt nach dem sog. „Königsteiner Schlüssel“. Danach beträgt der sächsische Anteil 5,1 Prozent.

In den Erstaufnahmeeinrichtungen Sachsens hat sich die zugewiesene Zahl von Asylbewerbern und Flüchtlingen wie folgt entwickelt:

2011	2.700
2012	3.500
2013	6.000
2014	11.786
I. Halbjahr 2015	13.470
bis 31. Oktober 2015	50.484
2015	69.900
bis 30. April 2016	7.015

Die Zahl der vom Freistaat Sachsen aufzunehmenden Asylbewerber und Flüchtlinge hat sich in 2015 im Vergleich zum Vorjahr nahezu versechsfacht. Dies hat einen erheblichen Einfluss auf die Aufgabenwahrnehmung im Öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen und stellt die Bediensteten vor große Herausforderungen.

Das Thema Asyl/Integration wird weiterhin temporären Einfluss auf die Aufgabenentwicklung des Öffentlichen Dienstes in Sachsen haben.

Zur Umsetzung der anstehenden Handlungsprogramme und Kabinettsbeschlüsse sowie zur Bewältigung der mit einer wachsenden Bevölkerung verbundenen Aufgabenerweiterung müssen die sachlichen, personellen und rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Die aktuellen Entwicklungen und die damit einhergehenden Herausforderungen für den Öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen hat die Personalkommission gesondert betrachtet. Haushalterische Rahmenbedingungen, insbesondere zahlenmäßig konkretisierte Stellenanforderungen und Ausführungen zu zahlenmäßig qualifizierten Personal- oder Sachmittelbedarfen, werden nicht in den Abschlussbericht aufgenommen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt können einige Ressorts von der Thematik Asyl/Integration betroffene Aufgabenbereiche bereits identifizieren und würdigen. Anderen Ressorts ist eine abschließende Beurteilung der Aufgabenentwicklung derzeit noch nicht möglich. Alle Ressorts haben in unterschiedlichem Umfang Stellen/Personal für die Zentrale Ausländerbehörde (ZAB) in der LDS, das SMS und die Stabsstelle Asyl im SMI bereitgestellt.

In Aufgabenbereichen, die von der Thematik Asyl/Integration unmittelbar betroffen sind, werden die Aufgaben in ihrer Quantität und/oder Qualität zunehmen. Gänzlich neue Aufgaben kommen hinzu. Die Aufgaben sind dabei – den Zuständigkeiten der Ressorts entsprechend – ganz verschieden.

Eine Vielzahl ressortübergreifender, konzeptioneller Aufgaben und politischer Abstimmungen, auch mit Institutionen/Einrichtungen außerhalb der Sächsischen Verwaltung müssen wahrgenommen werden, um einen möglichst reibungslosen Ablauf sicherzustellen.

In der aktuellen Situation steht darüber hinaus die Gewährleistung der (Inneren) Sicherheit und des Rechtsstaatsprinzips im Zentrum der Aufmerksamkeit. Der starke Zustrom von Flüchtlingen nach Sachsen ist für die Sicherheitsbehörden mit großen Herausforderungen verbunden. Die Polizei muss sich einem wachsenden Demonstrationsgeschehen zum Thema „Zuwanderung/Asyl“ wie auch der Gewährleistung der Sicherheit der Flüchtlinge in den Erstaufnahmeeinrichtungen stellen. Die Strafverfolgungsbehörden müssen einerseits auf die wachsende Zahl von politisch motivierten Übergriffen auf Flüchtlinge und deren Unterkünfte reagieren, andererseits aber auch den in vielen Bereichen der allgemeinen wie auch der Schleuserkriminalität ansteigenden Fallzahlen gerecht werden.

Neben dem Bereich der Polizei nehmen die (Mehr-) Belastungen daher insbesondere auch in den Aufgabenbereichen der Gerichte, v.a. der Verwaltungs-, Straf- und Familiengerichte, der Staatsanwaltschaften sowie des Justizvollzugs stark zu. Allein schon der mit der Zuwanderung verbundene Bevölkerungszuwachs wird zudem in allen Bereichen der sächsischen Justiz neben den bereichsspezifischen Auswirkungen zu einer höheren Arbeitsbelastung führen.

Auch die zusätzliche Belastung des schulischen Systems ist spürbar. Der Schulbesuch und die Kindertagesbetreuung haben einen hohen Stellenwert. Sie ermöglichen das

Erlernen der Sprache, was Voraussetzung für berufliche Qualifikation, wirtschaftliche Unabhängigkeit und gesellschaftliche Integration ist, und erlauben das Hineinwachsen in unsere Wertegemeinschaft. Die Asylbewerber im schulpflichtigen Alter unterliegen der Schulpflicht, sobald sie die Erstaufnahmeeinrichtung verlassen und der kommunalen Ebene zugewiesen werden. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge unterliegen sofort mit ihrem Eintreffen in Sachsen der Schulpflicht. Durch eine Änderung des Bundesrechtes hat der Freistaat sowohl auf staatlicher als auch auf kommunaler Ebene hier einen Aufgabenzuwachs, da diese Personengruppen weitergehenden – über das Asylrecht hinausgehenden – Erfordernissen der Jugendhilfe (SGB VIII) und der UN-Kinderschutzkonvention unterworfen sind. In diesem Bereich hat Sachsen sein zwischen den Bundesländern vereinbartes Übernahme-Soll bislang erst zu 67 Prozent erfüllt, so dass weiterhin mit deutlich steigenden Zugangszahlen zu rechnen ist. Dies belastet das SMS insbesondere im Bereich des Landesjugendamtes, welches als Clearingstelle für Sachsen für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge vor Weiterverteilung an die örtlichen kommunalen Jugendämter agiert.

Die schwierigste, aber auch besonders wichtige Aufgabe ist es, die Integration der in Deutschland anerkannten Asylbewerber und Flüchtlinge zu fördern. Ziel muss es dabei sein, alle Menschen, die dauerhaft und rechtmäßig im Freistaat Sachsen leben werden, in die Gesellschaft einzubeziehen und ihnen die damit verbundenen Rechte zu gewähren sowie Pflichten aufzuerlegen.

Die Verbesserung der humanitären Hilfe vor Ort, insbesondere die Sicherstellung der medizinischen Versorgung, der sozialen Unterstützung der Asylbewerber und Flüchtlinge sowie die Stärkung der Willkommenskultur, des Ehrenamtes und der gesellschaftlichen Zusammenarbeit, sollen weiter angestrebt werden.

Die aus der Zuwanderung folgenden neuen Aufgaben, die ressortinterne Verlagerung von Personal in besonders belastete Bereiche sowie die ressortübergreifende personelle Unterstützung des SMI, des SMS und der ZAB haben eine bereits vielfach spürbare Zusatzbelastung auch des verbliebenen Personals zur Folge. Die mit der Verstärkung einzelner Bereiche verbundenen, finanziellen Belastungen machen umfangreiche, haushalterische Steuerungsmaßnahmen sowohl im Vollzug als auch in der Vorbereitung künftiger Haushaltsaufstellungsverfahren für den Freistaat Sachsen erforderlich.

Die Ressorts müssen gemeinsam die Gesamtaufgabe Asyl/Integration bewältigen. Die Entwicklung im Bereich Asyl/Integration hat zu einer Veränderung der Aufgabenstruktur und der Arbeitsbelastung geführt, die mit der bestehenden Personalausstattung nicht zu bewältigen war. Der Freistaat Sachsen hat bereits mit der Ausbringung zusätzlicher Stellen in einzelnen Bereichen reagiert. Personalbedarfe sind fortlaufend zu prüfen.

Kernbotschaft

Die Ressorts müssen gemeinsam die Gesamtaufgabe Asyl/Integration bewältigen. Die Entwicklung im Bereich Asyl/Integration hat zu einer Veränderung der Aufgabenstruktur und der Arbeitsbelastung geführt, die mit der bestehenden Personalausstattung nicht zu bewältigen war. Der Freistaat Sachsen hat bereits mit der Ausbringung zusätzlicher Stellen in einzelnen Bereichen reagiert. Personalbedarfe sind fortlaufend zu prüfen.

3.3.3.2. Aufgabenbereiche mit kurzfristigem Handlungsbedarf

Die Ergebnisse der bisherigen Erhebung haben gezeigt, dass immer komplexer werdende rechtliche Grundlagen, wirtschaftliche und technologische Entwicklungen sowie Demografie/Bevölkerungsentwicklung als entscheidungserhebliche Faktoren für die anhaltend hohe Aufgabenlast angesehen werden. Die Personalkommission hat die Ressorts in einem weiteren Schritt gebeten, Aufgabenbereiche mit kurzfristigen Handlungsbedarfen explizit aufzuführen sowie Gründe zu benennen.

Auch Aufgabenbereiche mit Mehrbelastungen müssen weiterhin arbeitsfähig bleiben. Die Personalkommission ist sich einig in dem Ziel, auch zukünftig den Behördenaufbau im Freistaat Sachsen tragfähig zu gestalten. Dazu müssen alle Synergien unter besonderer Beachtung der Personalkörper, die aufgabenbezogen zukunftsfähig gemacht werden müssen, erschlossen werden. Strategien zu den Bereichen Generationengerechtigkeit, Verantwortung und Nachhaltigkeit sollen Leitprinzipien für künftige Entscheidungen sein.

Mehrere Ressorts haben beispielhaft Aufgabenbereiche - u.a. bei der Landesdirektion Sachsen (LDS) - benannt, in denen Handlungsbedarf bestehen könnte. Als wesentliche Gründe dafür haben sie benannt:

- ein nicht an der Aufgabenentwicklung orientierter Stellenabbau und die damit verbundene unausgewogene Altersstruktur des Personalkörpers,
- ein älter werdender Personalkörper und damit verbunden überdurchschnittliche Altersabgänge, die in einzelnen Ressorts zum großen Teil wegen der kw-Vermerke nicht nachbesetzt werden dürfen,
- die Übertragung neuer Aufgaben ohne Personalführung und Haushaltsmittel bzw. komplexer werdender Aufgabenumfang bei gleichzeitigem Personalabbau,
- bereits jetzt fehlendes Fachpersonal in Verbindung mit nicht ausreichenden Ausbildungskapazitäten bzw. steigender Konkurrenzlage auf dem Arbeitsmarkt,
- ein hoher Krankenstand in einigen Aufgabenbereichen,
- eine teilweise hohe personelle Fluktuation und
- eine teilweise zu geringe Mittelausstattung.

Die Ressorts sollen auch beauftragt werden, die Aufgabenkritik fortzuführen, aufgezeigte Optimierungspotentiale hinsichtlich der Art und des Umfangs der Aufgabenerledigung umzusetzen und soweit notwendig Überlegungen zu Strukturmaßnahmen zu erarbeiten.

Kernbotschaft

Auch Aufgabenbereiche mit Mehrbelastungen und kurzfristigem Handlungsbedarf müssen weiterhin arbeitsfähig bleiben. Die Ressorts sollen auch beauftragt werden, die Aufgabenkritik fortzuführen, aufgezeigte Optimierungspotentiale hinsichtlich der Art und des Umfangs der Aufgabenerledigung umzusetzen und soweit notwendig Überlegungen zu Strukturmaßnahmen zu erarbeiten.

3.3.3.3. Aufgabenreduzierung/Wegfall von Aufgaben/Aufgabenverzicht

Aufgabenbereiche, in denen mit einer Aufgabenverringerung wegen Reduzierung, Wegfall oder Verzicht gerechnet wird, gibt es wenige. In der Regel handelt es sich dann um Bereiche, in denen Fördermittel auslaufen, in denen Aufgabenbereiche an andere Einrichtungen übergehen oder sich Aufgaben aufgrund sinkender Fallzahlen reduzieren. Diese Entwicklungen sind unabhängig von politischen Entscheidungsmöglichkeiten.

Weitere Möglichkeiten ergeben sich nur, wenn entsprechende politische Entscheidungen zum Aufgabenverzicht getroffen werden. Zum Teil werden in anderen Bereichen Maßnahmen bereits vollzogen.

Die freigesetzten oder freisetzbaren Personalkapazitäten sind gering.

Kernbotschaft

Aufgabenbereiche, in denen mit einer Aufgabenverringerung wegen Reduzierung, Wegfall oder Verzicht gerechnet wird, gibt es wenige. Weitere Möglichkeiten ergeben sich nur, wenn entsprechende politische Entscheidungen zum Aufgabenverzicht getroffen werden. Die freigesetzten oder freisetzbaren Personalkapazitäten sind gering.

3.3.3.4. Optimierungspotentiale

Auftrag aus dem Kabinettsbeschluss ist es, die Aufgaben des Freistaates Sachsen umfassend zu evaluieren. Die Ressorts haben ihre Aufgabenbereiche überprüft und ressortbezogen Optimierungspotential konkret erhoben. Für einen landesbezogenen Gesamtüberblick sind die Optimierungspotentiale zusätzlich katalogisiert worden.

Vorteil ist, dass sowohl ressortspezifisch als auch ressortübergreifend ersichtlich wird, welches Veränderungspotential bei einer aufgabenorientierten Betrachtung möglich ist.

Die wichtigsten Ergebnisse sind:

a. Prozessoptimierung

Die systematische und kontinuierliche Gestaltung, Steuerung und Verbesserung von Prozessen ist und bleibt ständige Aufgabe einer modernen Verwaltung, die effektiv, transparent und bürgerfreundlich arbeiten will.

Die Optimierung von Verwaltungsabläufen durch die Einführung von Qualitätsmanagement-, Risiko- und Kontrollsystemen und auch ressort- und länderübergreifenden Kooperationen sind dabei erfolgreiche Ansätze. Bestehende Abläufe im Öffentlichen Dienst müssen – insbesondere im Hinblick auf die technischen Entwicklungen und Möglichkeiten – kontinuierlich geprüft, optimiert und möglichst wirtschaftlich gestaltet werden. Das gilt für Abläufe innerhalb der Verwaltung, zwischen Verwaltung und dem jeweiligen Adressaten (Bürger) sowie zwischen Verwaltung und Unternehmen.

Alle Ressorts sehen die Prozessoptimierung als Daueraufgabe an. Die Prozessoptimierung wird bereits in vielen Bereichen fortgesetzt bzw. intensiviert, neue Verfahren werden geprüft und eingeleitet (z.B. in der Aufbauorganisation der Abteilungen und Referate durch Bündelung von Aufgaben oder auch durch die Optimierung von Ablaufprozessen). Durch den verstärkten Einsatz von IT-Technik, die Einführung des elektronischen

Rechtsverkehrs oder der elektronischen Vorgangsbearbeitung und Akte, die Bereinigung von Schnittstellen etc. werden die Leistungsmöglichkeiten von Verwaltung und Justiz weiter verbessert. Antragsverfahren können verkürzt und so die Akzeptanz bei den „Kunden“ erhöht werden. Die Möglichkeiten der Kooperationen und der Zusammenarbeit von Behörden und Einrichtungen, ressort- oder länderübergreifend, werden bereits genutzt, ausgebaut (z.B. im Bereich der Hochschulen, Justizvollzugsanstalten, Finanz- und Prüfungsämter) und weiter optimiert.

Die Personalkommission ist sich einig, dass Maßnahmen zur Prozessoptimierung fortzuführen und zu intensivieren sind. Wesentliche Projekte für die Zukunft sind dabei die Weiterentwicklung von IT-Fachkonzepten (z.B. Geoinformationssystem, Fachsysteme im Veterinärwesen und in der Lebensmittelüberwachung, Umweltschutz: Hochwasserinvestitionsprogramm, Fachinformations- und Fachberichtssysteme), die Einrichtung von automatisierten IT-Schnittstellen zur Datenübergabe ebenso wie die weitere Bündelung von Aufgaben, aber auch die ständige Evaluation bereits umgesetzter Maßnahmen (z.B. beim LASuV im Hinblick auf die Fachaufsicht über die Landkreise und Kreisfreien Städte). Prozessoptimierung wird auch für den Bereich der landeseigenen Förderpolitik und der EU-Förderpolitik gesehen.

Kernbotschaft

Die systematische und kontinuierliche Gestaltung, Steuerung und Verbesserung von Prozessen ist und bleibt ständige Aufgabe einer modernen Verwaltung, die effektiv, transparent und bürgerfreundlich arbeiten will. Das gilt für Abläufe innerhalb der Verwaltung, zwischen Verwaltung und dem jeweiligen Adressaten (Bürger) sowie zwischen Verwaltung und Unternehmen. Alle Ressorts sehen die Prozessoptimierung als Daueraufgabe an. Die Personalkommission ist sich einig, dass Maßnahmen zur Prozessoptimierung fortzuführen und zu intensivieren sind.

b. Konzentration/Zentralisierung von Aufgaben/Shared Services

Im Spannungsfeld zwischen begrenzten Haushaltsmitteln, sinkendem Personalbestand, Verwaltungsmodernisierung und Effizienzsteigerung bestehen unabhängig davon gleichbleibend hohe Anforderungen an die Qualität der Aufgabenerledigung. Der Öffentliche Dienst muss dynamisch und flexibel auf die jeweiligen Herausforderungen reagieren können. In vielen Bereichen der besonderen Verwaltung ist der Öffentliche Dienst gekennzeichnet durch eine wachsende Dezentralisierung. Daneben gilt es aber auch gleichgelagerte geeignete Aufgabenbereiche in einer Organisationseinheit – ressortintern aber auch ressortübergreifend – zu konzentrieren bzw. zu zentralisieren. Der Koordinierungsaufwand wird so minimiert, Transparenz hergestellt und gleichzeitig können Kosten eingespart werden. Skaleneffekte sollen grundsätzlich genutzt werden.

Immer größere Bedeutung gewinnen Shared-Service-Modelle. Betriebswirtschaftlich können Leistungen häufig effizienter erbracht werden, je größer die Anzahl der Leistungen ist. Geeignet sind allgemeine Verwaltungs- oder Dienstleistungsaufgaben, die nach einheitlichen Regeln und Standards erbracht werden können. Die Zusammenfassung von Leistungen durch Shared Services, die von verschiedenen Organisationseinheiten genutzt werden, kann die operative Verwaltung entlasten.

Die Möglichkeiten der Konzentration von Aufgaben werden im Öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen weitgehend genutzt und vor allem im Bereich der Besonderen Verwaltung und der Justiz weitergeführt (Bündelung von Fachaufgaben und Fachaufsicht). In diesen Bereichen ist nicht zu erwarten, dass die Konzentration von Aufgaben eine Reduzierung des Personalbedarfs mit sich bringen wird. Eine Aufgabenkonzentration

tion ist jedoch in Bereichen zu prüfen, die von dem bereits jetzt spürbaren Fachkräftemangel betroffen sind bzw. davon betroffen sein werden, so z.B. im Technischen oder Naturwissenschaftlichen Dienst oder in Bereichen, in denen durch höheren Arbeitsanfall in der Zukunft Synergieeffekte besser nutzbar gemacht werden können.

Die Personalkommission stimmt überein, dass sich der Öffentliche Dienst des Freistaates Sachsen weiterhin ständig selbst überprüfen und Aufgaben und Kompetenzen bündeln wird – soweit dies erforderlich – und unter Erhaltung hinreichender Qualität bei der Aufgabenerfüllung möglich ist.

Shared Services sind im Öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen vor allem im technischen/elektronischen Bereich bereits eingeführt und werden innerhalb der BfO-Runde fortlaufend geprüft.

Darüber hinaus empfiehlt die Personalkommission ressortübergreifend die Einführung bzw. die Fortführung von Zentralisierungsmöglichkeiten/Shared Services ergebnisoffen zu prüfen für:

- die Reisekosten- und Trennungsgeldbearbeitung beim LSF,
- eine zentrale Beschaffungsstelle für alle Auftragsstellen,
- eine zentrale Vergabestelle,
- die Bereiche der Inneren Dienste, der Registraturen und der Poststellen und
- die Zentrale Koordinierung bei E-Government-Projekten, Bürgerservices, Digitales Sachsen und Staatsmodernisierung.

Dabei ist darauf zu achten, dass die übertragenen Aufgaben weiterhin in der erforderlichen Qualität erledigt werden.

Kernbotschaft

Die Personalkommission stimmt überein, dass sich der Öffentliche Dienst des Freistaates Sachsen weiterhin ständig selbst überprüfen und Aufgaben und Kompetenzen bündeln wird – soweit dies erforderlich – und unter Erhaltung hinreichender Qualität bei der Aufgabenerfüllung möglich ist.

Shared Services sind im Öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen vor allem im technischen/elektronischen Bereich bereits eingeführt und werden innerhalb der BfO-Runde fortlaufend geprüft.

Darüber hinaus empfiehlt die Personalkommission ressortübergreifend die Einführung bzw. die Fortführung von Zentralisierungsmöglichkeiten/Shared Services ergebnisoffen zu prüfen für:

- die Reisekosten- und Trennungsgeldbearbeitung beim LSF,
- eine zentrale Beschaffungsstelle für alle Auftragsstellen,
- eine zentrale Vergabestelle,
- die Bereiche der Inneren Dienste, der Registraturen und der Poststellen und
- die Zentrale Koordinierung bei E-Government-Projekten, Bürgerservices, Digitales Sachsen und Staatsmodernisierung.

Dabei ist darauf zu achten, dass die übertragenen Aufgaben weiterhin in der erforderlichen Qualität erledigt werden.

c. Umverteilung/Ver- und Auslagerung von Aufgaben

In Abgrenzung zur Konzentration/Zentralisierung gleichgelagerter Aufgaben in einer Organisationseinheit hat die Umverteilung bzw. Ver- und Auslagerung von Aufgaben das Ziel, die Aufgabe in die Organisationseinheit mit der größten Sachnähe zu verschieben und die Fachkompetenz hier zu bündeln. Die Kommission stellt übereinstimmend fest, dass in den vergangenen Jahren die Behörden- und Aufgabenstrukturen im Freistaat Sachsen intensiv umgestaltet wurden und folglich kaum weitere Optimierungsmöglichkeiten bestehen. Vielmehr werden nur noch in Einzelfällen zusätzliche Handlungsansätze gesehen. Auch sind bereits vollzogene Maßnahmen fortlaufend auf deren Nutzen zu evaluieren.

Kernbotschaft

In Abgrenzung zur Konzentration/Zentralisierung gleichgelagerter Aufgaben in einer Organisationseinheit hat die Umverteilung bzw. Ver- und Auslagerung von Aufgaben das Ziel, die Aufgabe in die Organisationseinheit mit der größten Sachnähe zu verschieben und die Fachkompetenz hier zu bündeln. Die Prüfung entsprechender Maßnahmen unter Berücksichtigung der Ressorthoheit wird vorgeschlagen.

d. Privatisierungen

Die Inanspruchnahme privater Dienstleister zur Erbringung öffentlicher Aufgaben gilt als eine Möglichkeit, die Personalkosten zu senken, ohne Umfang oder Qualität der angebotenen Leistungen zu verringern. Kostenersparnisse sind allerdings nur dann zu erwarten, wenn private Anbieter effizienter wirtschaften können, als es der Staat tun könnte.

Möglichen Kostenvorteilen stehen überdies auch Kostennachteile privater Leistungserbringer gegenüber: Diese sind wegen der Möglichkeit einer Insolvenz mit höheren Refinanzierungskosten an den Kreditmärkten konfrontiert; zudem werden sie für die Übernahme des unternehmerischen Risikos eine Risikoprämie im Angebotspreis fordern. Hinzu kommt, dass private (gewinnorientierte) Unternehmen einen Gewinnaufschlag kalkulieren werden und zusätzlich mit Steuerzahlungen belastet sind (was ebenfalls zu höheren Angebotspreisen führt). Diese Nachteile würden bei Eigenerstellung nicht auftreten.

Doch selbst wenn die private Leistungserstellung trotz dieser Einwände kostengünstiger ist als die Aufgabenerfüllung in Eigenregie, sind etwaige Zusatzkosten beim Staat als Auftraggeber zu berücksichtigen – so für Vertragsgestaltung und Vollzugskontrolle. Langfristig muss zudem das Risiko steigender Kosten im Zeitablauf gesehen werden – so insbesondere aufgrund „unvollständiger“ Verträge und „moral-hazard“-Verhaltens privater Leistungserbringer. Zudem würde die Öffentliche Verwaltung fachliche Kompetenzen und strukturelle Ressourcen verlieren, die im Falle des Scheiterns einer Privatisierung oder auch nur der mangelhaften Erfüllung öffentlicher Aufgaben durch ein Privatunternehmen die Rückübertragung auf den öffentlichen Bereich erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen würden. Die daraus resultierende Abhängigkeit von dem Privatunternehmen ist ebenfalls kritisch zu betrachten.

Aus Sicht der Personalkommission bestehen Bedenken gegen eine weitere Privatisierung öffentlicher Aufgaben. Aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre werden Privatisierungen von der Wissenschaft nicht mehr als grundsätzliche Verbesserung angesehen. Dies wird im Übrigen auch von den Rechnungshöfen so gesehen, die Privatisierungen (insbesondere im Zusammenhang mit ÖPP-Modellen) eher kritisch betrach-

ten.¹⁸ Die Personalkommission spricht sich daher ebenfalls für eine kritische Einzelfallprüfung der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen als Instrument zur Reduktion der (Personal-) Ausgaben des Freistaates Sachsen aus (Kosteneinsparung in einer gesamtwirtschaftlichen Betrachtung ist für den Freistaat Sachsen fraglich).

Kernbotschaft

Die Inanspruchnahme privater Dienstleister zur Erbringung öffentlicher Aufgaben gilt als eine Möglichkeit, die Personalkosten zu senken. Aus Sicht der Personalkommission bestehen Bedenken gegen eine weitere Privatisierung öffentlicher Aufgaben. Aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre werden Privatisierungen von der Wissenschaft nicht mehr als grundsätzliche Verbesserung angesehen. Dies wird im Übrigen auch von den Rechnungshöfen so gesehen, die Privatisierungen (insbesondere im Zusammenhang mit ÖPP-Modellen) eher kritisch betrachten. Die Personalkommission spricht sich daher ebenfalls für eine kritische Einzelfallprüfung der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen als Instrument zur Reduktion der (Personal-) Ausgaben des Freistaates Sachsen aus (Kosteneinsparung in einer gesamtwirtschaftlichen Betrachtung ist für den Freistaat Sachsen fraglich).

e. Abbau Schnittstellen/Mehrfachzuständigkeiten

Die Steuerung eines komplexen Staatsapparats erfordert neben einer ständigen Prozessoptimierung, also der Vereinfachung und Verbesserung von Verwaltungswegen und -verfahren, auch die Überprüfung der Aufgabenverteilung und Nutzung von Synergieeffekten. Mehrfachzuständigkeiten der Landesverwaltung müssen erkannt und abgebaut werden, um unübersichtliche Kompetenzlagen und Koordinierungsaufwand zu vermeiden. Die vorher auf mehrere Stellen verteilte Fachkompetenz wird dadurch gebündelt. Die so gewonnene Effizienz verbessert nicht nur den Service der Verwaltung, sondern setzt auch personelle und finanzielle Ressourcen frei.

Im Rahmen der Arbeit der Personalkommission haben die Ressorts Vorschläge eingebracht und Mehrfachzuständigkeiten benannt, die aktuell erkannt werden. Gerade in Behörden und Einrichtungen mit Bündelfunktion wie z.B. der LDS oder der Aus- und Fortbildungsstätten sind Synergieeffekte zu prüfen. Marktüberwachungsaufgaben, die z.B. auf vier Ressorts verteilt sind, könnten in einer Organisationseinheit in der LDS zusammengeführt werden. Im Europäischen Beihilferecht ist die Kompetenzverteilung der Aufgabenerledigung neu zu überlegen. In Bereichen des SMS wird eine zukünftig stärkere Flexibilisierung und konzeptionelle Priorisierung in Abstimmung mit anderen Ländern und Partnern vorgeschlagen.

Der Abbau von Mehrfachzuständigkeiten und Doppelgleisigkeiten ist wie die Prozessoptimierung Daueraufgabe, jedoch komplexer in der Umsetzung. Voraussetzungen sind eine umfassende, gegenseitige Kenntnis sowie der politische Wille, Fachkompetenz zu bündeln und unter Umständen auch auf Kompetenzen im eigenen Ressort zu verzichten.

¹⁸ Vgl. beispielhaft Gutachten des Beauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung: Zu Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) im Bundesfernstraßenbau, <https://www.bundesrechnungshof.de/de/veroeffentlichungen/bemerkungen-jahresberichte/jahresberichte/2009/teil-iii-sonstige-pruefungs-und-beratungsergebnisse/bundesministerium-fuer-verkehr-bau-und-stadtentwicklung/langfassungen/2009-bemerkungen-nr-64-empfehlungen-fuer-wirtschaftliche-oeffentlich-private-partnerschaften-im-bundesfernstrassenbau>.

Kernbotschaft

Die Steuerung eines komplexen Staatsapparats erfordert neben einer ständigen Prozessoptimierung, also der Vereinfachung und Verbesserung von Verwaltungswegen und -verfahren, auch die Überprüfung der Aufgabenverteilung und Nutzung von Synergieeffekten.

Der Abbau von Mehrfachzuständigkeiten und Doppelgleisigkeiten ist wie die Prozessoptimierung Daueraufgabe, jedoch komplexer in der Umsetzung. Voraussetzungen sind eine umfassende, gegenseitige Kenntnis sowie der politische Wille, Fachkompetenz zu bündeln und unter Umständen auch auf Kompetenzen im eigenen Ressort zu verzichten.

f. Organisationsaufbau von Behörden: Eingliederung, Neugliederung, Zusammenlegung etc.

Die zukunftsfähige und zweckmäßige Verteilung staatlicher Aufgaben bei sich stetig ändernden Rahmenbedingungen macht eine fortlaufende Überprüfung bestehender Organisationsstrukturen erforderlich. Im Freistaat Sachsen sind zuletzt im Jahr 2008 landesweit strukturelle und organisatorische Veränderungen durch das Kreisgebietsneugliederungs- und das Verwaltungsneuordnungsgesetz sowie im Jahr 2012 durch das Standortgesetz geschaffen worden. Nach Auffassung der Personalkommission ist eine Optimierung der Behördenstruktur im Freistaat Sachsen durch formale Gesetzesgrundlage oder Zielvorgaben, die in diesem Umfang grundlegend weitreichende Organisationsveränderungen im Freistaat Sachsen festlegen, bereits umfassend durchgeführt worden.

Geltende gesetzliche und politische Vorgaben wie z.B. die Neustrukturierung der Finanzämter oder der Neubau der Justizvollzugsanstalt (JVA) Südwestsachsen werden fortgeführt oder wurden wie z.B. der Rechtsformwechsel und der damit verbundenen Herauslösung aus der Verwaltungshierarchie des ehemaligen Staatsbetriebs Staatliche Schlösser, Burgen und Gärten Sachsen oder die Einrichtung des LSF bereits vollzogen. Auch treffen die Ressorts im Rahmen der Zuarbeit an die Personalkommission Aussagen zu weiteren Vorschlägen für eine Optimierung der Organisationsstruktur. So wird vom SMF die erneute Prüfung der Zusammenlegung der Hauptkasse des Freistaates Sachsen mit der Landesjustizkasse vorgeschlagen. Darüber hinaus wird die Eingliederung von Fortbildungseinrichtungen in die FHSV-FoBiZ oder die Prüfung der Standortverlagerung bzw. der Kommunalisierung des Landesjugendamtes angeregt.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Personal- und Altersstruktur müssen auch bestehende Aufgabenstrukturen von und in Behörden und Einrichtungen kritisch hinterfragt werden. Ist die Arbeits- und Handlungsfähigkeit zum berechenbaren Zeitpunkt X nicht mehr gegeben, ist nicht nur über die Aufgabenstruktur, sondern über Art und Umfang der Aufgabenwahrnehmung zu entscheiden.

Kernbotschaft

Im Freistaat Sachsen sind zuletzt im Jahr 2008 landesweit strukturelle und organisatorische Veränderungen durch das Kreisgebietsneugliederungs- und das Verwaltungsneuordnungsgesetz sowie im Jahr 2012 durch das Standortgesetz geschaffen worden. Nach Auffassung der Personalkommission ist eine Optimierung der Behördenstruktur im Freistaat Sachsen durch formale Gesetzesgrundlage oder Zielvorgaben, die in diesem Umfang grundlegend weitreichende Organisationsveränderungen im Freistaat Sachsen festlegen, bereits umfassend durchgeführt worden. Vor dem Hintergrund der aktuellen Personal- und Altersstruktur müssen auch bestehende Aufgabenstrukturen von und in Behörden und Einrichtungen kritisch hinterfragt werden.

g. Risikomanagementsysteme etc.

Die Verwaltung muss sich mit komplexen Risikolagen auseinandersetzen, deren Einschätzung und Steuerung anspruchsvoll ist. Hierzu sind den spezifischen Anforderungen des jeweiligen Bereichs angepasste Risikomanagementsysteme erforderlich. Dies kann nur durch die Verwaltung selbst erfolgen. Der Einsatz setzt den vorherigen, bewussten Umgang mit potentiellen Risiken voraus (Risiken identifizieren, bewerten/messen, steuern und überwachen/verfolgen). Im Vorfeld ist zu definieren, welches Risiko eingegangen werden kann.

Die Ressorts haben Aufgabenbereiche benannt, die sich nach Auffassung der Ressorts für die Einführung (z.B. für den Staatsbetrieb Geobasisinformation und Vermessung Sachsen im Bereich der IT, im Allgemeinen Verwaltungsdienst der Universitäten, der Hochschulmedizin und der Kunsthochschulen, im Bereich des SMS bei der risikoorientierten Überwachung verschiedener Aufgaben, im SMUL in den Förderbereichen Landwirtschaft, Forst, Fischerei) oder Erweiterung von Risikomanagementsystemen (Verstärkung der Maßnahmen des Qualitätsmanagements im Öffentlichen Gesundheitsdienst des SMS) eignen.

Die aufgrund der Bündelung und Verdichtung der Aufgabenwahrnehmung wachsenden Risiken machen eine konsequentere Nutzung von Risikomanagementsystemen erforderlich.

Kernbotschaft

Da der Öffentliche Dienst einen politischen Auftrag erfüllt und dem Gemeinwohl verpflichtet ist, muss der Einsatz von Risikomanagementsystemen den spezifischen Anforderungen des jeweiligen Aufgabenbereichs angepasst sein. Die aufgrund der Bündelung und Verdichtung der Aufgabenwahrnehmung wachsenden Risiken machen eine konsequentere Nutzung von Risikomanagementsystemen erforderlich.

h. Konsolidierung Landes-, Bundes- und EU-Recht

Zur Erfüllung der Aufgaben in den Ressorts sind die Bediensteten an den Vollzug des geltenden Rechts gebunden. Die Dichte und Komplexität der Regelungen nehmen allgemein zu. Die Bedeutung des europäischen Rechts wächst. Der Mehraufwand durch landes-, bundes- und EU-gesetzliche Regelungen wird immer größer. Gleichzeitig sind die Möglichkeiten des Landesgesetzgebers, der Komplexität und Dichte entgegenzuwirken, vielfach sehr begrenzt.

Ungeachtet dessen sollen Initiativen, die die Deregulierung oder Vereinfachung von Landesvorschriften zum Ziel haben, geprüft, wieder aufgegriffen bzw. eingeleitet werden. Nach einhelliger Auffassung der Personalkommission muss darauf hingewirkt werden, landesinterne Regelungen gesetzlicher und auch untergesetzlicher Art auf ihre Notwendigkeit zu prüfen, soweit dies nicht bereits in formalisierter Weise geschieht.

Veränderungspotential besteht insbesondere im Bereich der landeseigenen Förderpolitik, aber auch im Bereich der Förderpolitik der EU sind Entscheidungen zu treffen, ob und in welchem Umfang Fördermittel in Anspruch genommen werden. Prognostisch ist davon auszugehen, dass aufgrund des im Freistaat Sachsen erreichten wirtschaftlichen Entwicklungsstandes die Fördervolumina von EU und Bund, die vom Freistaat Sachsen kofinanziert werden, eher zurückgehen werden, ohne dass sich hierdurch der Verwaltungsaufwand verringert. Im Rahmen der Förderpolitik ergibt sich in Abhängigkeit politi-

scher Entscheidungen zu Förderzielen und Fördergegenständen zukünftig nicht nur im SMWA, sondern auch bei der Beliehenen SAB Veränderungspotential. Förderziele sind so zu formulieren, dass Mitnahmeeffekte minimiert und Mindestförderungen bei den Fördertatbeständen festgelegt werden. Gefordert wird für den Strukturfonds EFRE eine Konzentration der Mittel auf weniger Fördergegenstände und die Einführung eines zentralen Verfahrens (bei Mittelreduzierung durch die EU); für den Strukturfonds ESF ist die organisatorische Straffung und Reduzierung der Programmviefalt und des Finanzvolumens vorzunehmen (Prognose bis 2030). Ziel ist es, bei dem absehbaren Absinken des Finanzvolumens und den erhöhten EU-Vorgaben eine Reduzierung des Verwaltungsaufwandes zu erreichen.

Kernbotschaft

Die Dichte und Komplexität der Regelungen nehmen allgemein zu. Der Mehraufwand durch landes-, bundes- und EU-gesetzliche Regelungen wird immer größer. Gleichzeitig sind die Möglichkeiten des Landesgesetzgebers, der Komplexität und Dichte entgegenzuwirken, vielfach sehr begrenzt.

Ungeachtet dessen sollen Initiativen, die die Deregulierung oder Vereinfachung von Landesvorschriften zum Ziel haben, geprüft, wieder aufgegriffen bzw. eingeleitet werden. Nach einhelliger Auffassung der Personalkommission muss darauf hingewirkt werden, landesinterne Regelungen gesetzlicher und auch untergesetzlicher Art auf ihre Notwendigkeit zu prüfen, soweit dies nicht bereits in formalisierter Weise geschieht.

Veränderungspotential besteht insbesondere im Bereich der landeseigenen Förderpolitik, aber auch im Bereich der Förderpolitik der EU sind Entscheidungen zu treffen, ob und in welchem Umfang Fördermittel in Anspruch genommen werden. Ziel ist es, bei dem absehbaren Absinken des Finanzvolumens und den erhöhten EU-Vorgaben eine Reduzierung des Verwaltungsaufwandes zu erreichen.

i. Freiwillige Aufgaben

Sofern freiwillige Aufgaben¹⁹ wahrgenommen und dafür erhebliche Ausgaben im Haushalt vorgesehen sind (Ausgaben für freiwillige Landesmaßnahmen, beispielsweise: Kultur- und Forschungsförderung, Ganztagschulen), bleibt dies politischen Entscheidungen vorbehalten.

Darüber hinausgehende freiwillige Aufgaben wie im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung mit der Folge, dass über das Ob, Wann und Wie der Aufgabenwahrnehmung ein Entscheidungs- bzw. Gestaltungsermessen besteht, gibt es in der Landesverwaltung und in der Justiz des Freistaates Sachsen in der Regel kaum.

Vielmehr handelt es sich um Pflichtaufgaben, die aufgrund gesetzlicher Vorgaben nicht disponibel sind. Soweit es sich wie in vielen Bereichen der Förderung um freiwillige Maßnahmen handelt, sind diese zwar freiwillige, aber politisch gewollte Aufgaben. Die Ausgaben hierfür sind im Haushalt eingestellt. Ein Verzicht obliegt den politischen Entscheidungsträgern.

¹⁹ Die Personalkommission versteht unter dem Begriff freiwillige Aufgaben: die Erfüllung bestimmter öffentlicher Aufgaben ohne dass eine gesetzliche Verpflichtung dazu besteht (Umkehrschluss § 2 Abs. 2 der Sächsischen Gemeindeordnung).

Soweit auf einzelne freiwillige Aufgaben verzichtet werden könnte, werden mit dem Wegfall dieser Aufgaben keine entscheidenden Personalkapazitäten freigesetzt werden.

Kernbotschaft

Sofern freiwillige Aufgaben wahrgenommen und dafür erhebliche Ausgaben im Haushalt vorgesehen sind, bleibt dies politischen Entscheidungen vorbehalten.

Darüber hinausgehende freiwillige Aufgaben wie im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung mit der Folge, dass über das Ob, Wann und Wie der Aufgabenwahrnehmung ein Entscheidungs- bzw. Gestaltungsermessen besteht, gibt es in der Landesverwaltung und in der Justiz des Freistaates Sachsen in der Regel kaum.

Vielmehr handelt es sich um Pflichtaufgaben, die aufgrund gesetzlicher Vorgaben nicht disponibel sind. Soweit es sich wie in vielen Bereichen der Förderung um freiwillige Maßnahmen handelt, sind diese zwar freiwillige, aber politisch gewollte Aufgaben.

3.4. Zusammenfassung

Aufgabenkritik steht seit den 90er-Jahren im Spannungsfeld zwischen Aufgaben- und Personalentwicklung. Gleichwohl hat sie nicht zu einer signifikanten Aufgabenreduzierung im Öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen geführt. Das Gegenteil ist der Fall. Die Personalausgaben müssen sich im Rahmen der haushalterischen Möglichkeiten bewegen.

Für die großen Aufgabenträger Polizei, Lehrer und Hochschulen, die gesamt 59 Prozent des Personalkörpers umfassen, sind die Vorhaben gemäß Koalitionsvertrag für jeweils politisch prioritär erklärt und eigene Evaluierungen durchgeführt oder bereits vorgelegt worden. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass in diesen Bereichen jeweils die Aufgabenlast zunimmt.

Die Dynamik der Aufgaben ist aber auch für die übrigen Bereiche der Landesverwaltung, die zusammen einen Personalkörper von 41 Prozent ausmachen, zu berücksichtigen.

Die Ressorts haben festgestellt, dass für die meisten Bereiche die Aufgabenlast mindestens gleichbleibend ist und sich in vielen Bereichen sogar erhöht hat. Dies liegt im Wesentlichen an den gestiegenen Anforderungen im EU-, Bundes- und Landesrecht, an wirtschaftlichen und technologischen sowie an demografischen Entwicklungen. Die Ressorts müssen gemeinsam die Gesamtaufgabe Asyl/Integration bewältigen. Auch hier werden weiterhin Schwankungen in der Aufgabenlast zu erwarten sein. Die aktuelle weltpolitische Lage hat gezeigt, wie uns auch temporäre ad-hoc-Aufgaben, die wir heute noch gar nicht erkennen, herausfordern.

Der Personalkommission ist bewusst, dass das Argument der Aufgabenmehrung nicht allein zu einem immer weiter expandierenden Personalkörper führen kann. Es werden auch weiterhin Schwerpunkte gebildet, Aufgaben priorisiert und Personal umgeschichtet. Für eine umfassende Evaluation ist es daneben auch erforderlich, Potentiale aufzudecken und noch besser zu nutzen. Die Ressorts haben zahlreiche Vorschläge gemacht, um Aufgaben oder Strukturen zu verbessern und weiterhin – auch ressortübergreifend z.B. durch Shared Services – verstärkt nutzbar zu machen. Besondere Bedeutung kommt der Prozessoptimierung und der Konzentration von Aufgaben zu. Die Ressorts sehen dies als ihre ständige Aufgabe an.

Die fortschreitende Digitalisierung wird die Arbeitswelt und deren Prozesse immer weiter optimieren, diese Entwicklung lässt jedoch zugleich (zumindest einmalig) einen Aufgabenzuwachs erwarten. Hinzu kommen Investitionsbedarfe teilweise in Größenordnung.

Die Ergebnisse des Abschlussberichts lassen Schlussfolgerungen zu, in welchen Aufgabenbereichen außerhalb der Bereiche Polizei, Lehrer und Hochschulen und für welche Einrichtungen Entscheidungen erforderlich sind, insbesondere welche Aufgaben nicht mehr oder nur noch mit nachgeordneter Intensität erledigt werden können. Um den Freistaat Sachsen auch für die Zukunft schlagkräftig und leistungsstark zu machen, ist nach Auffassung der Personalkommission zu entscheiden, welche Maßnahmen zu ergreifen sind.

Gleichzeitig müssen auch für weitere Aufgabenbereiche Überlegungen angestellt werden, wie mittel- und langfristig mit der Aufgabenlast bei gleichzeitiger Verringerung des Personalbestandes umzugehen ist.

V. Handlungsempfehlungen der Personalkommission

Der Öffentliche Dienst des Freistaates Sachsen wird langfristig ressourcengerecht und leistungsstark hinsichtlich der Personal- und Aufgabenstruktur auszustatten sein. Aufgabe ist es, diesen Prozess klug und nachhaltig zu steuern. Dieser Gestaltungsaufgabe müssen sich die Staatsregierung und die Politik in den nächsten anderthalb Jahrzehnten widmen. Dieser Prozess wurde durch die Arbeit der Personalkommission ressortübergreifend eingeleitet.

Aufgrund der Einstellungsbedingungen in der Aufbauphase scheiden bis zum Jahr 2030 51 Prozent der Bediensteten aus dem Öffentlichen Dienst aus. Hinzu kommt ein verschärfter Wettbewerb um die besten und qualifiziertesten Köpfe. Fachkräftebedarf besteht bereits jetzt und wird sich erst recht in Zukunft zeigen.

Dabei bestimmen Neuverschuldungsverbot und Einnahmen die Ausgaben. Gleichzeitig muss der Freistaat Sachsen arbeits- und handlungsfähig bleiben und auf Aufgabenveränderungen dynamisch reagieren können. Die aktuelle weltpolitische Lage hat gezeigt, wie uns temporäre ad-hoc-Aufgaben, die wir heute noch gar nicht erkennen, herausfordern.

Als Begleiterscheinung bieten die Folgen der aktuellen Flüchtlingssituation Erkenntnisse darüber, wie die Landesverwaltung bei ad-hoc-Anforderungen aufgestellt ist. Bei derart dynamischen Aufgaben werden hohe Ansprüche sowohl an das Personal der Landesverwaltung als auch an die Personalverwaltung gestellt. Personal muss kurzfristig flexibel einsetzbar sein. Kurzfristig bereitgestellte Stellen müssen bei späterem Wegfall der Aufgaben langfristig wieder abgebaut und das Personal auf dann freie Stelle eingesetzt werden können. Die Aufgabenbereiche mit Mehrbelastungen aufgrund der Folgewirkungen müssen arbeitsfähig gehalten werden. Der Freistaat Sachsen benötigt in den Ressorts neben einer angemessenen Personalausstattung auch weiterhin ein Ressourcenmanagement, das eine Reaktion auf kurzfristige Schwankungen in diesen Aufgabenbereichen ermöglicht und bei nachhaltigen Veränderungen auch Raum für Anpassungen bietet.

Der Freistaat Sachsen wird sich für die Gewinnung von Fachkräften mit unterschiedlichsten Qualifikationen auf einem immer schneller werdenden und offenen Arbeitsmarkt mit wettbewerbsfähigen Strukturen präsentieren müssen. Dafür gilt es, eine demografisch nachhaltige Personalmanagementstrategie zu entwickeln.

Daher wird empfohlen eine Stabsstelle „Monitoring“ in der SK einzurichten. Diese sollte die Umsetzung der Handlungsempfehlungen und Maßnahmenkataloge zu den zwei Arbeitsschwerpunkten der Personalkommission begleiten.

1. Personalstruktur, Personalbedarf, Personalgewinnung

Auf der Grundlage der dargestellten Eckpunkte zum Arbeitsschwerpunkt Personalstruktur, Personalbedarf, Personalgewinnung sind folgende Maßnahmen umzusetzen (**Maßnahmenkatalog**):

1.1. Personalstruktur

Die Grundlage für die Prognose künftiger Fachkräftebedarfe bieten differenzierte Alters- und Personalstrukturanalysen. Die von der Personalkommission erhobene Methode zur Ermittlung der Altersstruktur der Landesbediensteten nach Fachrichtungen zum 1. Januar 2015 konnte Ergebnisse zur Altersstruktur, den Laufbahngruppen sowie den Fachrichtungen/Schwerpunkten im Freistaat Sachsen sowie in den Ressorts bzw. einzelnen nachgeordneten Einrichtungen liefern. Sie gibt der Staatsregierung damit ein wichtiges Instrument an die Hand, künftige Handlungsbedarfe zentral und frühzeitig zu erkennen und in Abstimmung mit den personalverwaltenden Ressorts effektive Gegenmaßnahmen zur Entwicklung einer ausgewogenen Altersstruktur zu ergreifen.

1.2. Personalbedarf und Personalgewinnung

Der bisher beschlossene Stellenabbau ist in der vorgegebenen Zeit nicht realisierbar ohne die Handlungs- und Funktionsfähigkeit des Öffentlichen Dienstes des Freistaates Sachsen zu gefährden. Die Kommission zur umfassenden Evaluation der Aufgaben, Personal- und Sachausstattung ist der Auffassung, dass das von der Staatsregierung festgelegte Ziel von 70.000 Stellen bis zum Jahr 2020 einer Überprüfung bedarf. Der beschlossene Stellenabbau ist bereits in Teilen durch den Koalitionsvertrag 2014 bis 2019 und die Kabinettsbeschlüsse korrigiert worden.

a) Attraktivität des Freistaates Sachsen als Arbeitgeber und Dienstherr

Es ist zu prüfen, ob durch ein einheitliches Personalmarketing in Form einer **Arbeitgebermarke „Freistaat Sachsen“** in der Öffentlichkeit ein positiveres Bild von einer Tätigkeit in der Staatsverwaltung erzeugt werden kann, um diese und weitere Vorteile des Öffentlichen Dienstes im Freistaat Sachsen sichtbarer zu machen. Dabei sollte auch die Ausnutzung der Möglichkeiten des Dienstrechtsneuordnungsgesetzes in Betracht gezogen werden wie z.B.:

- transparentes, schlankes und flexibles Laufbahnsystem,
- Erleichterung der Einstellung in einem höheren Amt als dem Eingangsamtsamt (z.B. Quereinsteiger),
- Qualifizierungssystem zum Aufstieg in die nächsthöhere Laufbahngruppe,
- Anreizsystem für lebenslanges Lernen durch die Beförderungschancen für qualifizierte Bedienstete (Stärkung des Leistungsgrundsatzes),
- qualifizierte Personalentwicklungskonzepte (Verwendungsbreite und Verwendungstiefe),
- Stärkung der Fortbildung als verbindliche Voraussetzung für die Übertragung höherwertiger Dienstposten,
- Anerkennung entsprechender beruflicher Erfahrungen innerhalb und außerhalb der Verwaltung.

b) Zielgenaue Personalgewinnung

Gewinnung von Fachkräften

Im Hinblick auf den zunehmend spürbar werdenden Fach- und Nachwuchskräftemangel und die Konkurrenz um Talente mit anderen Institutionen werden die **Rekrutierung** und gleichzeitig die **Bindung der Bediensteten** immer wichtiger. Dafür sollte eine Arbeitgebermarke „Freistaat Sachsen“ mit attraktiven personalpolitischen Angeboten und

Arbeitsbedingungen entwickelt werden. Im länderübergreifenden Wettbewerb um die besten Köpfe kann der Freistaat Sachsen so mit Standortvorteilen überzeugen.

Ein mögliches **Personalmarketing nach innen** könnte vor allem das Ziel verfolgen, die Arbeitsmotivation der Bediensteten im Öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen über einen längeren Zeitraum zu fördern. Dafür sollten zunächst die Faktoren für eine Motivation und Bindung der Bediensteten ermittelt und hieraus eine Marketingstrategie entworfen werden.

Die Gewinnung neuer qualifizierter und motivierter Bediensteter für den Öffentlichen Dienst ist von besonderer Bedeutung, da einmal eingestellte Bedienstete lange Zeit erhalten bleiben. Aus diesem Grund empfiehlt die Kommission den Ressorts, die derzeit genutzten Auswahlverfahren daraufhin zu überprüfen, ob es mit dem jeweiligen Verfahren regelmäßig gelingt, die am besten geeignete Person für eine Stelle auszuwählen. Gegebenenfalls sollte erwogen werden, die **Auswahlverfahren** zu professionalisieren.

Für die Gewinnung und Förderung von Fachpersonal, das wegen besserer Verdienstmöglichkeiten im privaten Sektor schon heute allenfalls noch mit größten Schwierigkeiten rekrutiert werden kann (z.B. IT-Techniker, Ärzte, Psychologen), sollten alle Möglichkeiten des **Dienstrechtsneuordnungsgesetzes** und weitere Anreizsysteme **geprüft** und **künftig** auch **vermehrt genutzt** werden.

Atypische Lebensläufe müssen in den Grenzen des Dienst- und Tarifrechts bei der Eingruppierung und Stufenzuordnung hinreichende Berücksichtigung finden, um der **Berufs- und Lebenserfahrung** neuer Bediensteter angemessen Rechnung zu tragen.

Die Personalverwaltungen sollten verstärkt dazu angehalten werden, die Notwendigkeit ohne Sachgrund befristeter Einstellungen im Einzelfall kritisch zu prüfen.

Demografiebrücken

Im Abgleich mit den haushalterischen Rahmenbedingungen sind **Demografiebrücken** für eine zielgenaue Personalgewinnung auch für die Bereiche außerhalb der Polizei, Lehrer und Hochschulen einzurichten, soweit sie erforderlich sind. Dafür können grundsätzlich folgende Erwägungen gemäß politischer Priorisierung angestellt werden, die in Sachsen teilweise bereits in verschiedenen Fachbereichen beispielhaft durchgeführt werden:

- Ressortspezifisch könnten außerhalb des Stellenplans zusätzliche Bedienstete (VZÄ) geführt werden²⁰, die nach 2020 auf frei werdende Stellen zu überführen sind (Finanzierung über Ausgabereste im Stellenplanbereich) oder
- zusätzliche Stellen (A oder B) mittels Poollösung analog Demografiestrategie der Bundesregierung oder
- Abweichung von der bisher geplanten Stellenentwicklung²¹.

Personalabbau und Demografie zeigen bei allen Ressorts Grenzen auf. Den Ressorts wird empfohlen, prioritär eingestufte Bereiche, in denen aus ihrer Sicht – mit Blick auf das Jahr 2030 – Handlungs- und Entscheidungsbedarf für Demografiebrücken besteht, zu benennen. Demografiebrücken sollen im Wesentlichen dafür genutzt werden, um Fachkräfte für Bereiche mit hoher Aufgabenlast zu gewinnen sowie den Wissenstransfer sicherzustellen. Da die Ergebnisse aus der Personalkommission vermuten lassen, dass aufgrund der Altersstruktur weniger Handlungsbedarf in den Ministerien selbst

²⁰ Analog der Regelung im Bereich der Lehrer.

²¹ Analog zu den Entscheidungen Innere Sicherheit und Asyl.

besteht, ist zu prüfen, ob Demografiebrücken vorrangig für den nachgeordneten Bereich eingesetzt werden. Grundsätzlich ist auf eine zielgenaue Personalgewinnung nach Fachrichtungen zu achten.

Zur Gestaltung von Demografiebrücken kann ergänzend das veranschlagungskostenneutrale Instrument der Personalausgabenflexibilisierung als ein Flexibilisierungsmodell den Ressorts zur Verfügung gestellt werden bzw. für die Ressorts genutzt werden.

Die Personalkommission empfiehlt eine Abwägung zum Verhältnis zwischen Investitionsquote und Personalausgabenquote vorzunehmen.

c) Ausbildung und Nachwuchs

Prüfung eigener Ausbildungskapazitäten

Für die Fachkräfte, für deren Ausbildung der Freistaat Sachsen selbst zuständig ist, ist eine **Überprüfung des Ausbildungsbedarfs und der Ausbildungskapazitäten** vorzunehmen. Die für die Ausbildung zuständigen Ressorts werden – abhängig vom Personalbedarf – beauftragt, unter Berücksichtigung der Ergebnisse und der Darstellung der Personalkommission eine **Konzeption für eine Ausbildungsoffensive** zu erarbeiten.

Bewährte Ausbildungseinrichtungen (u.a. Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege Meißen, Fortbildungszentrum des Freistaates Sachsen, Ausbildungszentrum Bobritzsch) sind dabei zu erhalten bzw. zu stärken.

Gute Bewerber lassen sich für die spezialisierten Ausbildungsangebote der Verwaltung etwa an der Fachhochschule Meißen oder dem Ausbildungszentrum Bobritzsch nur dann gewinnen, wenn sie eine realistische Chance haben, bei erfolgreichem Abschluss der Ausbildung in Sachsen in den Öffentlichen Dienst eingestellt zu werden. Eine mögliche **Übernahmegarantie** ist zu prüfen.

Nachwuchssicherung durch Hochschulen

Der **Fachkräftebedarf** bezüglich der Hochschulabsolventen wird vom SMWK, in Abstimmung mit den Ressorts, **mit der Hochschulentwicklungsplanung 2025 abgeglichen**.

Ausbildungsoffensive

Es ist – neben der bereits vorbezeichneten Beauftragung zur Erstellung einer ressortbezogenen Konzeption einer Ausbildungsoffensive für die mit der Ausbildung zuständigen Ressorts – eine **einheitliche attraktive Bewerbungsoffensive für den Öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen** zu entwickeln. Um dabei eine möglichst adressatengerechte und damit erfolversprechende Ansprache gegenüber den potentiellen Kandidaten zu gewährleisten, ist – im Rahmen der Ausbildungsoffensive – den berufsgruppenspezifischen Besonderheiten hinreichend Rechnung zu tragen.

1.3. Personalverwaltungs- und Personalbedarfsberechnungssysteme

Die Personalkommission empfiehlt, die durch sie entwickelte Methode zur „Darstellung der Entwicklung des Personalbestandes bis zum Jahr 2030 ausgehend von den Fachrichtungen“ in ein technisches System zu überführen. Für die Kernverwaltung des Freistaates Sachsen wird eine **einheitliche Personalverwaltungssoftware** empfohlen.

Zu bestimmen, ob und welches Personal bei Ausscheiden nachbesetzt werden darf oder soll, bleibt weiterhin Aufgabe der Ressorts. Für die Personalbedarfsberechnung bleiben damit weiterhin die Ressorts verantwortlich. Die Berechnung des zukünftigen Einstellungsbedarfs muss jedoch die Altersstruktur des Personalkörpers berücksichtigen. Soweit der Personalbedarf auf der Basis wissenschaftlich fundierter und extern begleiteter Berechnungssysteme nachgewiesen ist, ist das Berechnungsergebnis der Stellenausstattung zugrunde zu legen.

1.4. Personalentwicklung, Gesundheits- und Wissensmanagement

a) Personalentwicklung

Personalentwicklungskonzept

Für die gesamte Staatsverwaltung wurden **Eckpunkte eines Personalentwicklungskonzepts** verbindlich festgelegt. Ausgehend von einem gemeinsamen Verständnis für die Personalentwicklung müssen die Voraussetzungen, Strukturen und Anreize für lebenslanges Lernen geschaffen und Angebote konzipiert werden, die der individuellen Lernbereitschaft und den Lernpräferenzen der Bediensteten entsprechen und deren Flexibilität z.B. durch Job-Rotation (auch Austausch Kommunal- und Staatsverwaltung) fördern.

Bedienstete, die im dienstlichen Interesse **weitere Ausbildungen oder Studiengänge** absolvieren, welche für das Amt einer höheren Laufbahngruppe befähigen, sollten **unterstützt** werden.

Dabei ist ein besonderes Augenmerk auf die **Entwicklung und Förderung von Nachwuchsführungskräften** zu richten.

Fortbildungs- und Weiterbildungsmanagement

Es ist erforderlich, am Bedarf orientierte und stets auf aktuellem Stand gehaltene Fortbildungsangebote in der notwendigen Quantität vorzuhalten, die Bediensteten zu motivieren, hiervon Gebrauch zu machen, und für bestimmte Bedienstetengruppen, wie etwa Teilzeitbeschäftigte, passgenaue Angebote zu entwickeln. Zu prüfen ist, inwieweit Möglichkeiten zur **finanziellen Unterstützung der Aus- und Fortbildungen** im (teilweisen) dienstlichen Interesse genutzt werden können.

Motivation der Bediensteten

Ein wesentlicher Faktor bei der Entwicklung und Motivation von Personal sind **berechenbare und transparente Karrierewege**. Dazu ist mindestens erforderlich:

- die Festlegung aussagekräftiger Anforderungsprofile in den geeigneten Bereichen,
- das Vorhalten von Stellen angemessener Wertigkeit für herausgehobene Tätigkeiten im notwendigen Umfang sowie
- die Überlegungen zur Einführung geeigneter Leistungsanreizsysteme.

b) Gesundheitsmanagement

Um die Leistungsfähigkeit des Personals dauerhaft zu erhalten und zu stärken, sollen die Ansätze eines Betrieblichen Gesundheitsmanagements in der Staatsverwaltung ausgebaut und zu einem **ganzheitlichen strukturierten Betrieblichen Gesundheitsmanagement** weiterentwickelt werden. Ein wesentlicher Bestandteil des Betrieblichen Gesundheitsmanagements ist eine wertschätzende Führungskultur. Deshalb empfiehlt die Personalkommission Führungskräfteleitlinien zu erarbeiten und daran anknüpfend einen Handlungsleitfaden für die Durchführung und Auswertung eines Führungskräftefeedbacks zu entwickeln.

Ziel muss es dabei auch sein, die Krankenstände einzelner Personalkörper zu verringern. Wichtige Kriterien sind dabei zunehmend die Flexibilität der angebotenen Arbeitszeit- und Heimarbeitsmodelle sowie insgesamt die Familienfreundlichkeit der Arbeitsbedingungen im Öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen. In der Vergangenheit wurde diesbezüglich bereits vieles geleistet. Weitere Möglichkeiten sind fortlaufend zu prüfen. Verbindliche Konzepte und Handreichungen zum Gesundheitsmanagement sind, soweit noch nicht vorhanden, durch alle Ressorts zu entwickeln.

Handreichungen sowie spezifische Gesprächskreise allein können dabei allenfalls ein Bestandteil des Gesundheitsmanagements sein. Erforderlich ist auch die Investition in die Gesundheit der Bediensteten, etwa durch die Beschaffung ergonomischer Büromöbel, das Angebot geeigneter Fortbildungen und die Einstellung spezialisierter Bediensteter für die Planung und Begleitung des Gesundheitsmanagements.

Ein besonderes Risiko für die Gesundheit, insbesondere auch der Leistungsträger in der Verwaltung, ist die Arbeitsüberlastung. Eine am Bedarf orientierte Personalausstattung ist daher gleichzeitig eine wirksame Maßnahme zur Gesunderhaltung der Bediensteten. Behörden müssen so organisiert sein, dass Überlastungssignale in einzelnen Bereichen schnell erkannt werden und effiziente Gegenmaßnahmen möglich sind, um den Arbeitsanfall in der Behörde möglichst gleichmäßig zu verteilen.

c) Wissensmanagement

Der anstehende Generationenwechsel ist mit **Einführung bzw. Ausbau eines Wissenstransfermanagements** (z.B. Training on the Job-Modelle und Mentorenmodelle) behördengenau und langfristig zu planen, um die Arbeitsfähigkeit zu erhalten.

Neben der Einführung eines systematischen Wissenstransfers sind insbesondere der **Ausbau berufsbegleitender Qualifizierung** sowie die **Vermittlung von Schlüsselkompetenzen** vorzunehmen.

2. Aufgabenstruktur und Aufgabenentwicklung

Staatsmodernisierung und Aufgabenevaluation in allen Facetten sind als „laufender Motor“ aktiv weiter voranzutreiben. Die selbständige Priorisierung der Aufgaben und die Anpassung der Aufgaben entsprechend verbleibender Personalkapazitäten sind ständige Praxis. Die Personalkommission empfiehlt, die aufgabenorientierte Evaluation fortzuführen und zu vertiefen.

Dazu müssen sich staatsregierungsinterne Überlegungen an neuen, aufgabenorientierten Maßstäben ausrichten. Die Dynamik einer zu erledigenden Aufgabe muss berücksichtigt werden. Dafür sind neue, flexible Instrumente zu entwickeln.

- a. Die Ergebnisse aus der Personalkommission hinsichtlich der ressortinternen Aufgabenoptimierung sind umzusetzen.
- b. In den von den Ressorts benannten Aufgabenbereichen/Einrichtungen mit Handlungsbedarfen sind Entscheidungen herbeizuführen.
- c. Die Aufgabenkritik ist fortzuführen.
- d. Die Kommission empfiehlt den Ressorts, aufgabenbezogene Benchmarks mit den westdeutschen Flächenländern durchzuführen, die als Grundlage für eine ressortinterne Aufgabenkritik und als Basis für die Ermittlung des Personalbedarfs dienen.

VI. Anlagen

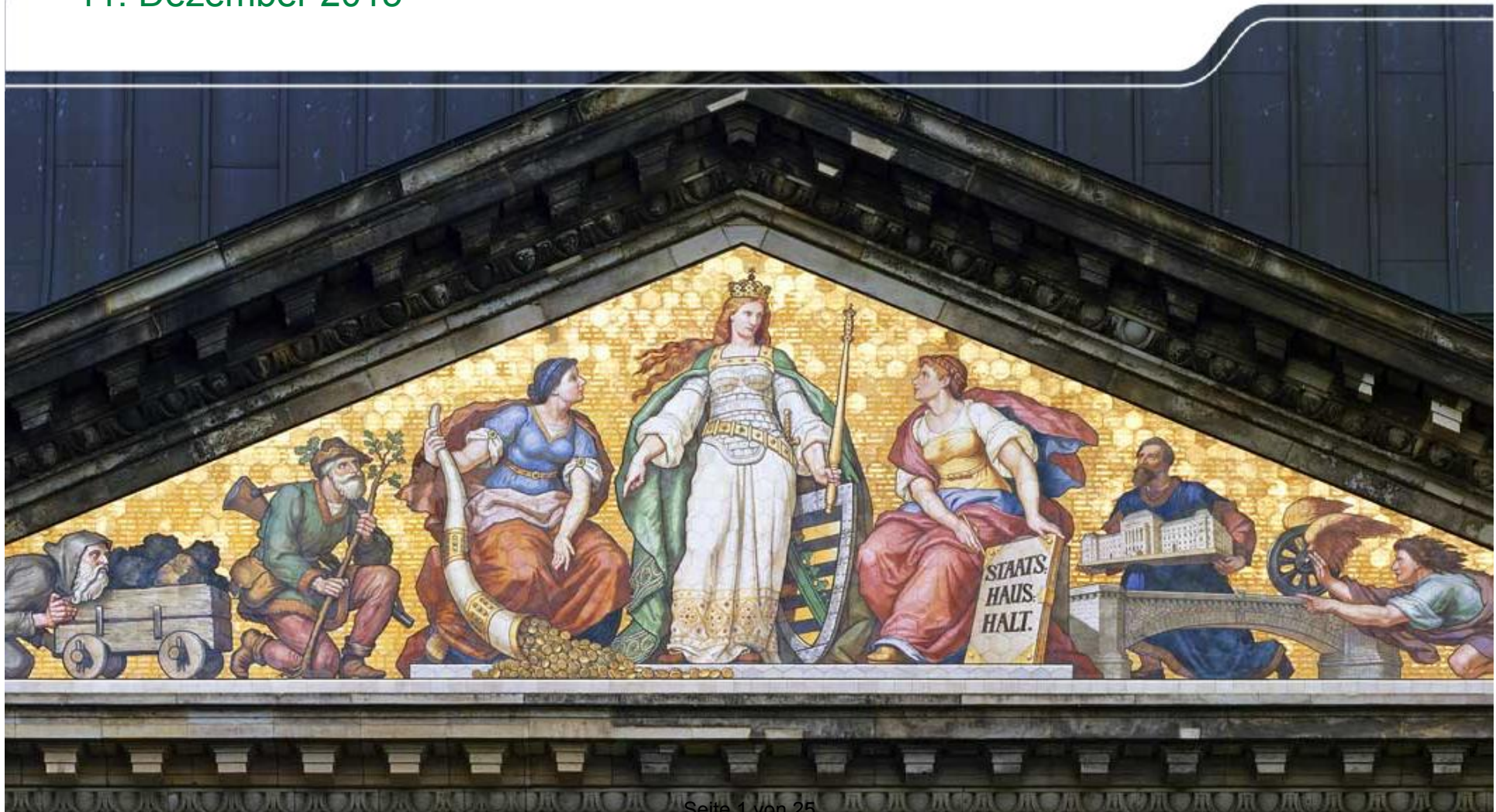
Anlage	Beschreibung
1	Vortrag des SMF <i>Die finanzielle Entwicklung des Freistaates Sachsen</i>
2	Vortrag Statistisches Landesamt <i>Information zum Stand der 6. Regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung</i>
3	Vortrag wissenschaftlicher Vertreter Prof. Dr. Ragnitz <i>Personalausgaben und mittelfristige Einnahmeentwicklung des Freistaates Sachsen</i>
4	Vortrag wissenschaftlicher Vertreter Prof. Dr. Ragnitz <i>Vergleich der Personalbestände in den Bundesländern</i>
5	a) Vortrag der Vertreter der Bediensteten Pöschmann, Spieker <i>Attraktivität des Öffentlichen Dienstes aus Sicht der Vertreter der Bediensteten</i> b) Eckpunkte der Bedienstetenvertreter für Handlungsempfehlungen zum Arbeitsschwerpunkt Personal
6	<i>Übersichten</i> Personalstruktur der Ressorts
7	<i>Übersichten</i> Altersabgänge ressortübergreifend nach Laufbahngruppen und Schwerpunkten



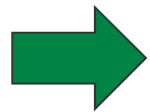
Die finanzielle Entwicklung des Freistaates Sachsen

Bernd Engelsberger, Abteilungsleiter Finanzministerium Sachsen

11. Dezember 2015



Gliederung:



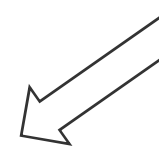
- 1. Grundlagen der Haushaltsplanung**
2. Haushaltsstruktur der Ausgaben
3. Finanzpolitische Herausforderungen
4. Fazit

Vorhandene Werkzeuge zur Haushaltsvorausschau



- Projektion der mittelfristigen Haushaltsentwicklung – „Stabilitätsbericht“ , Art. 109a GG
(*Betrachtung bis 2021*)
- Mittelfristige Finanzplanung - Finanzplanung bis 2019 in der Erstellung, § 31 Abs. 1 SäHO
(*Aktuelle Betrachtung bis 2018*)
- Langfristprojektion der Einnahmen von ifo Dresden - Teil des Berichts zur Mittelfristigen Finanzplanung 2014-2018
(*Betrachtung bis 2025*)

Stellen-
entwicklungs-
bericht



Ergebnis: Pflicht zur Haushaltsvorausschau

Vorgegebene Leitplanken für die Haushaltsplanung



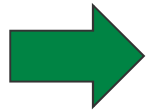
- ∅ laufende Einnahmen decken laufende Ausgaben (Koalitionsvertrag, S. 107)
- ∅ keine Neuverschuldung (Art. 95 SächsVerf)
- ∅ Abnahme aller Drittmittel (Koalitionsvertrag, S. 107)
- ∅ hohes Investitionsniveau (Koalitionsvertrag, S. 107)
- ∅ Vorsorge für Pensionszahlungen (Art. 95 SächsVerf)
- ∅ Stabilisierung der Personalausgaben (Koalitionsvertrag, S. 97)
- ∅ Kernaufgabe: Einordnung Ausgabenbedarfe Asyl im Haushalt

Ergebnis: Verfassung und Politik haben verbindliche Leitplanken gesetzt

Gliederung:



1. Grundlagen der Haushaltsplanung

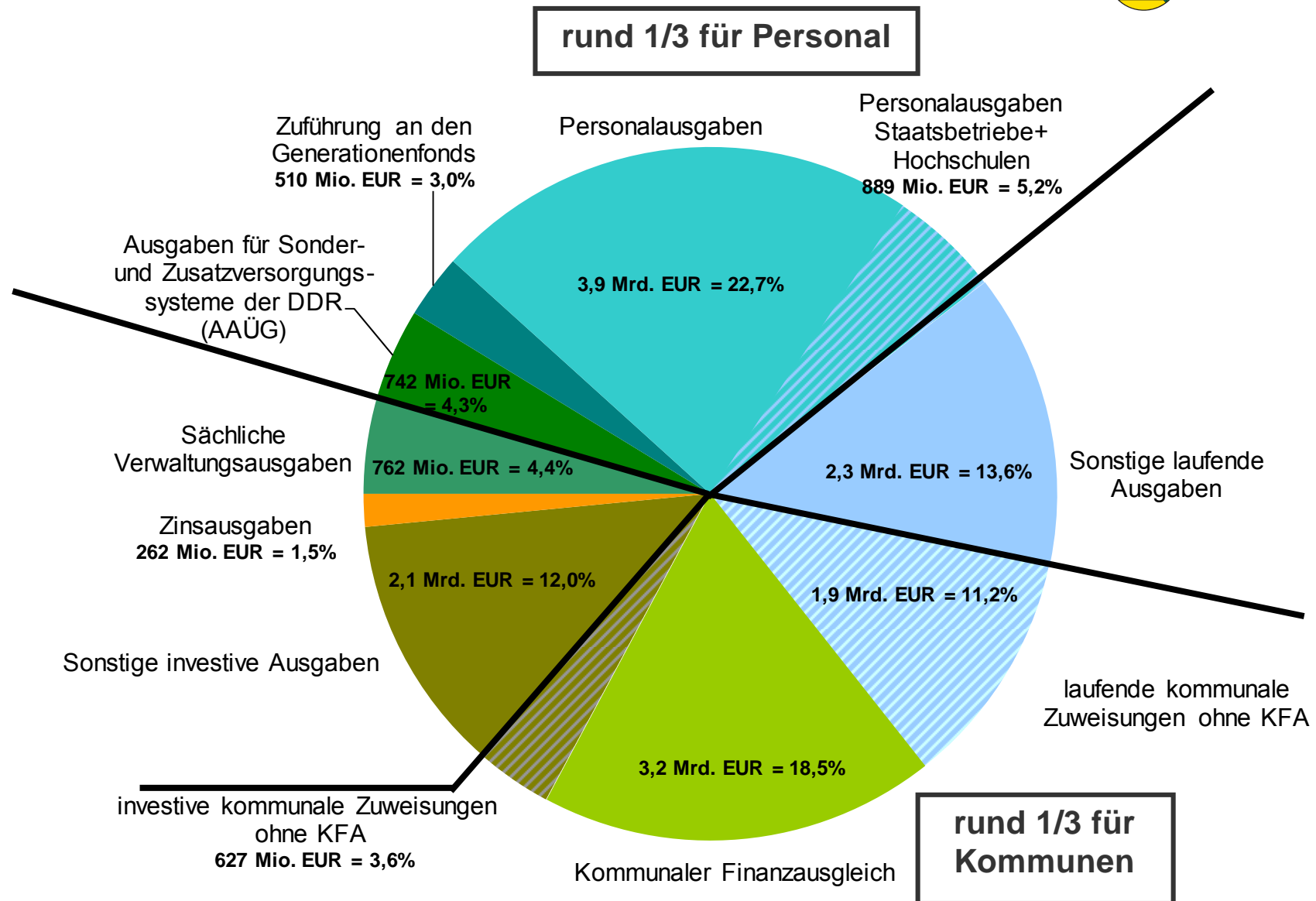


2. Haushaltsstruktur der Ausgaben

3. Finanzpolitische Herausforderungen

4. Fazit

Struktur der sächsischen Landesausgaben 2014*



Exkurs I

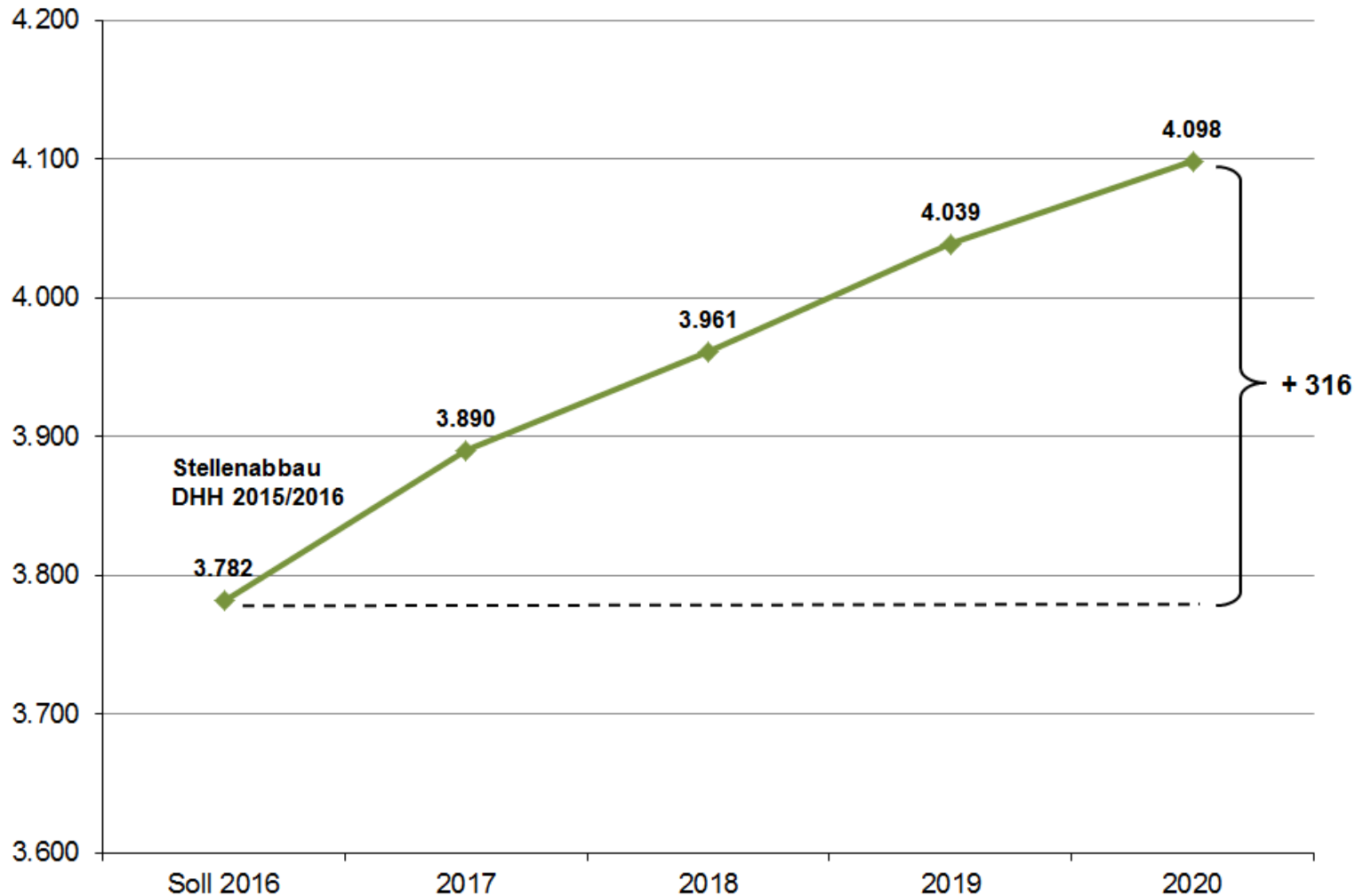
Trotz Stellenabbau weiterhin Ausgabendynamik

Entwicklung der stellenplangebundenen Personalausgaben (Kernhaushalt)
EUR



Freistaat
SACHSEN

in Mio.

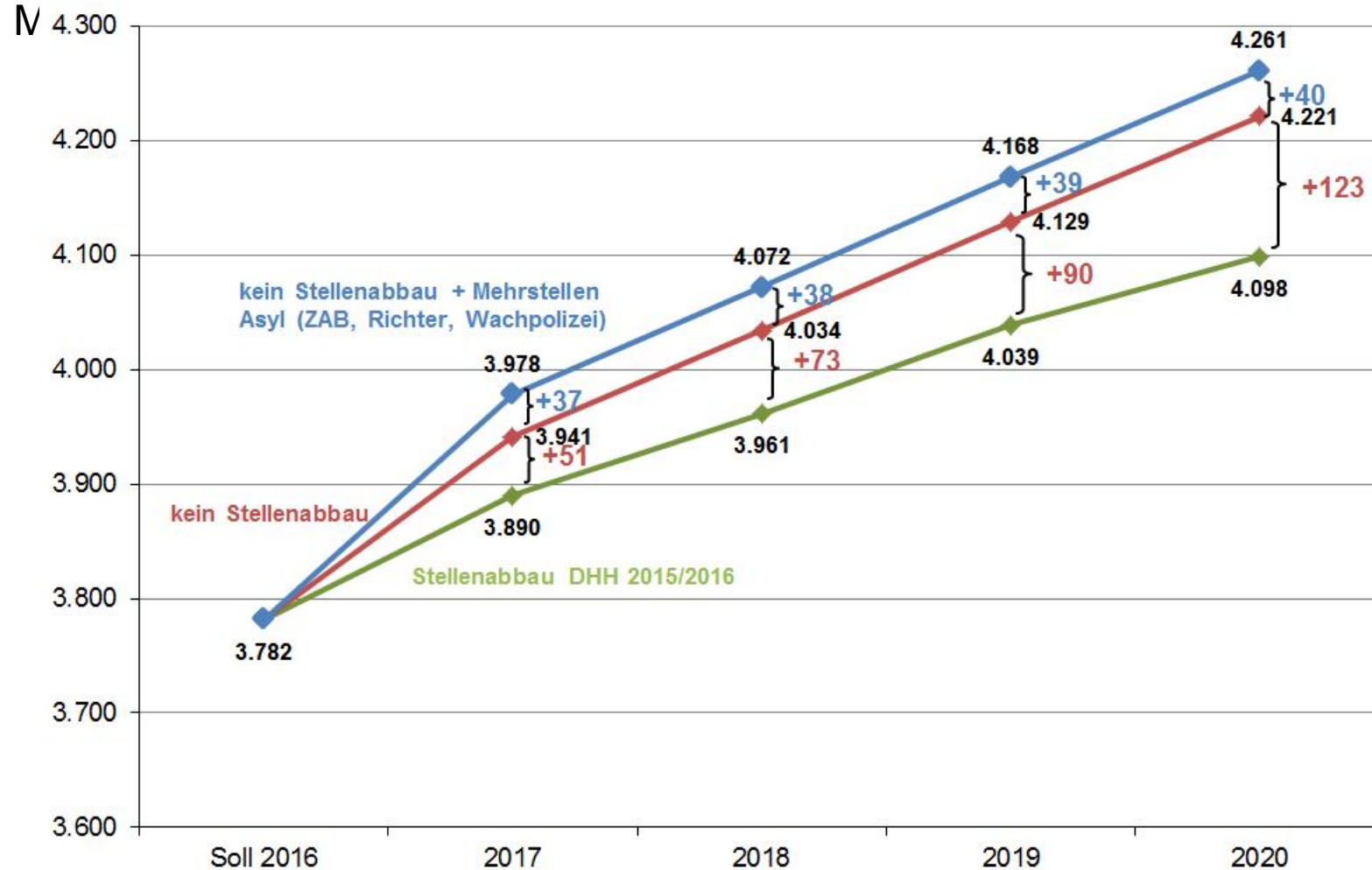


Exkurs II

Verschärfung der Dynamik durch Aussetzen des beschlossenen Stellenabbaus

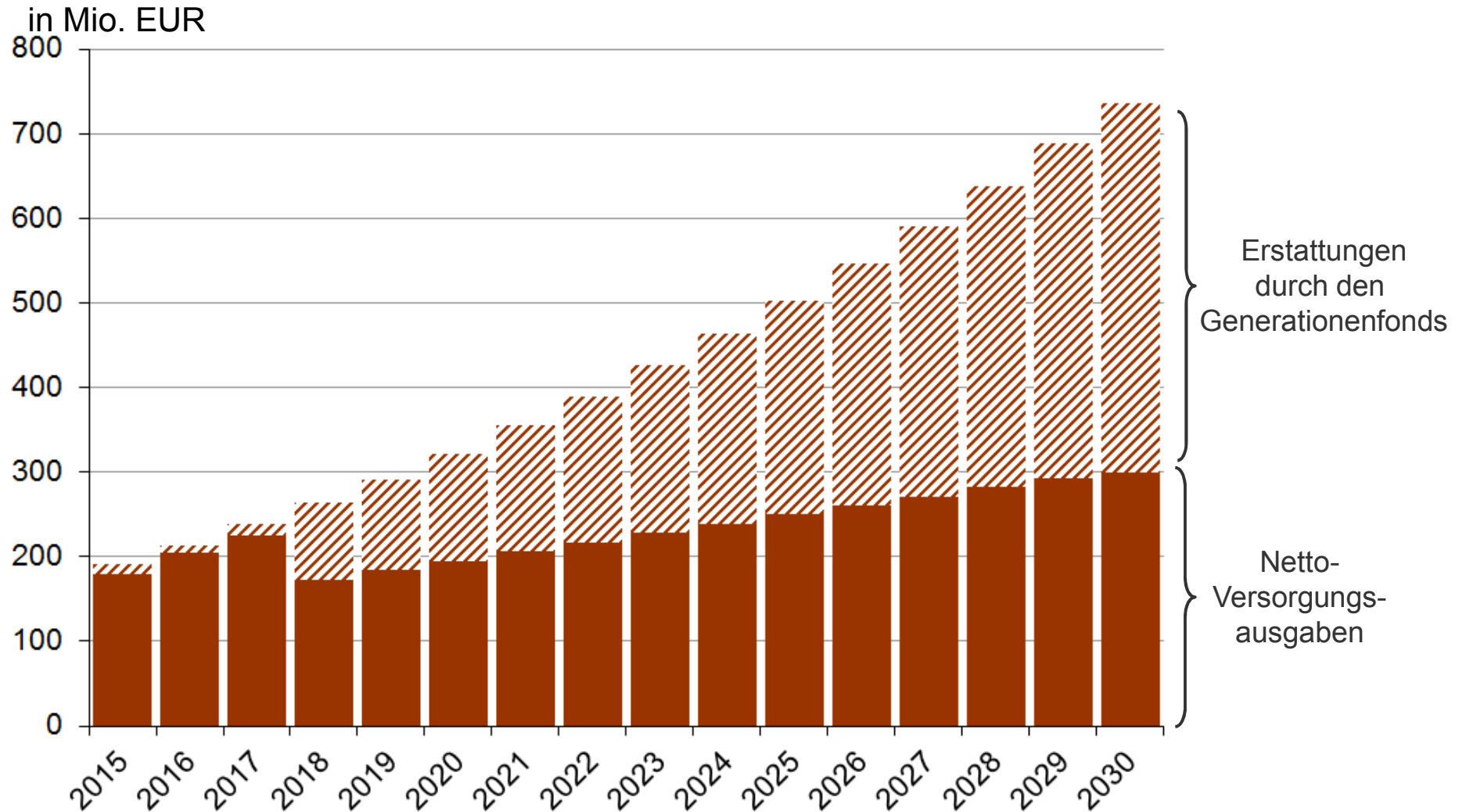


Entwicklung der stellenplangebundenen Personalausgaben (Kernhaushalt) in



Exkurs III

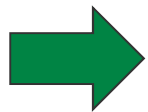
Vervierfachung der Versorgungsausgaben bis 2030



Gliederung:



1. Grundlagen der Haushaltsplanung
2. Haushaltsstruktur der Ausgaben



3. Finanzpolitische Herausforderungen

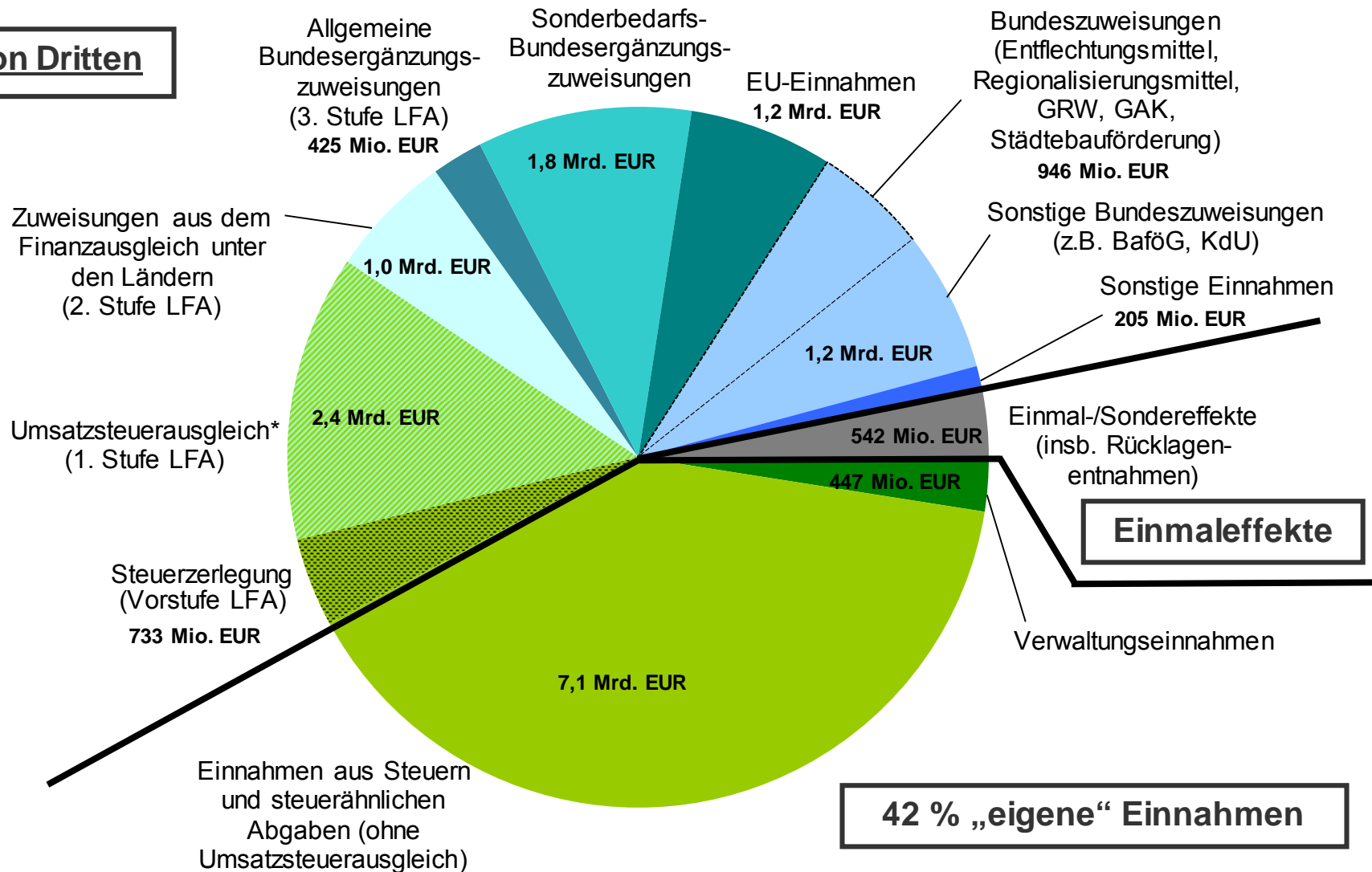
4. Fazit

Herausforderung 1: Hohe Transferabhängigkeit

Struktur der sächsischen Landeseinnahmen 2014



55 % von Dritten



* Anhebung Finanzkraft finanzschwacher Länder mit max. 25 Prozent des Länder-Anteils am Umsatzsteueraufkommen
 Quelle LFA: vorläufige 2. VO

Herausforderung 2: Auslaufen des Solidarpaktes II



Solidarpakt II (2005 bis 2019) für die neuen Länder und Berlin



Korb I
105 Mrd. EUR

Sonderbedarfs-
Bundesergänzungszuweisungen:

§ 11 Abs. 3 FAG: „Zur Deckung von teilungsbedingten Sonderlasten aus dem bestehenden **starken infrastrukturellen Nachholbedarf** und zum **Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft**“



Korb II
rd. 51 Mrd. EUR

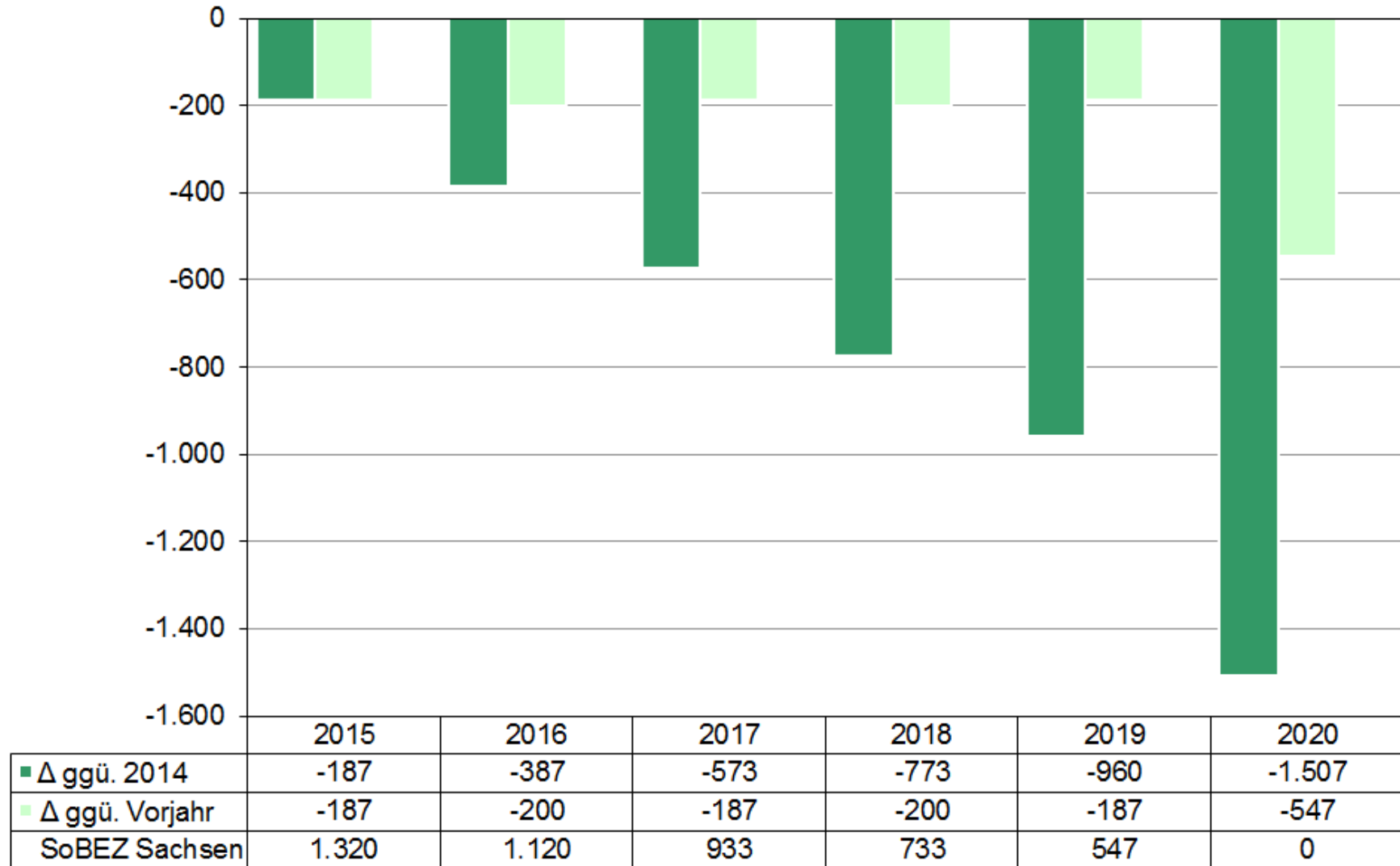
Überproportionale investive Zweck-
zuweisungen des Bundes und der
EU - inklusive der Investitionszulage

- Gemeinschaftsaufgaben, Finanzhilfen, Kompensationsmittel nach Art. 143c GG = 19,1 Mrd. EUR
- Mittel aus den EU-Strukturfonds = 17,3 Mrd. EUR
- Bundesprogramme einschl. Investitionszulage, Bundesinvestitionen, Sonstiges = 15,0 Mrd. EUR

Rückgang der sächsischen SoBEZ-Mittel aus Korb I



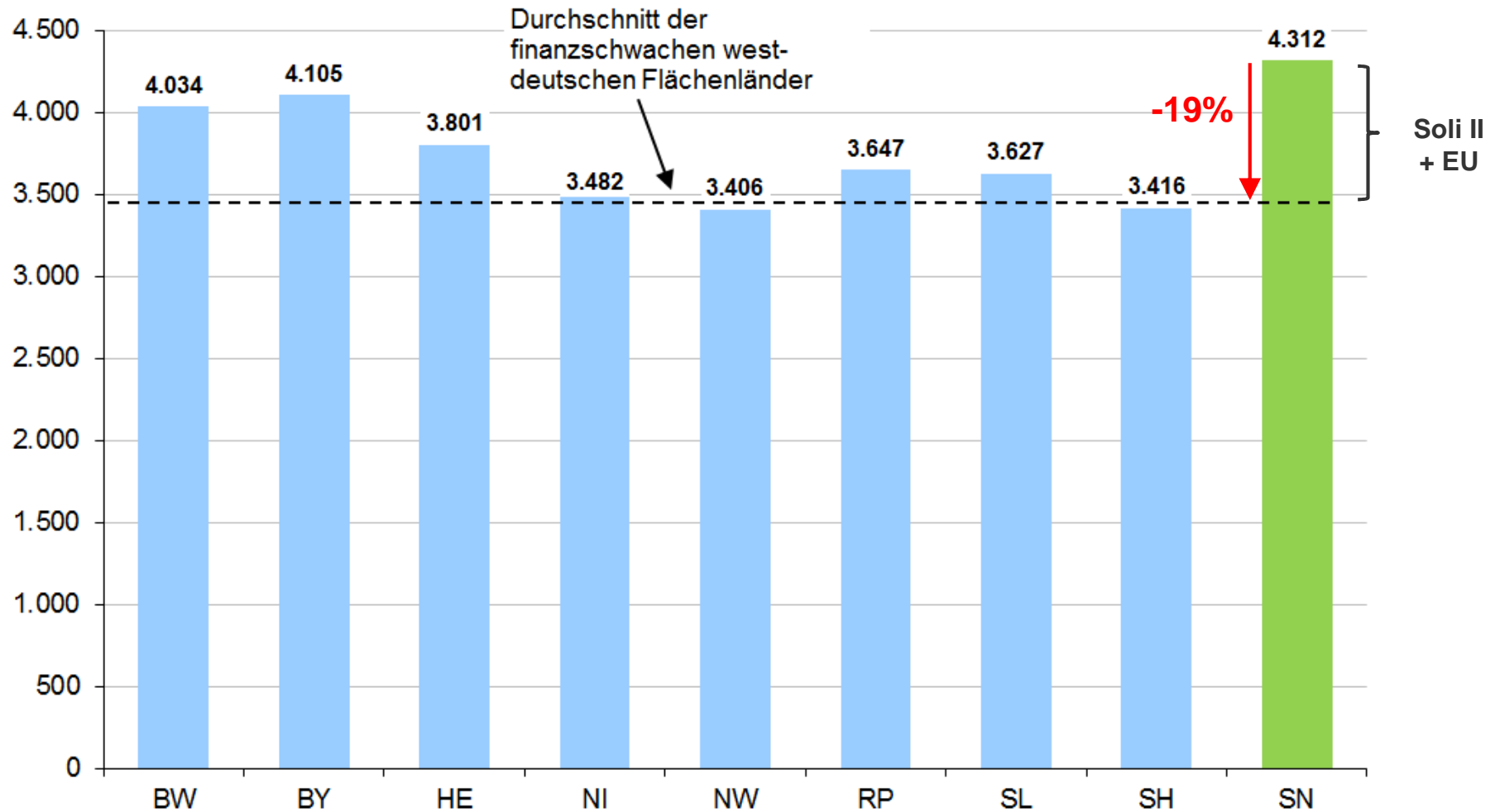
in Mio. EUR



Derzeit überproportionale Einnahmeausstattung Sachsens $\bar{\text{O}}$ Konsolidierungserfordernisse bis 2020



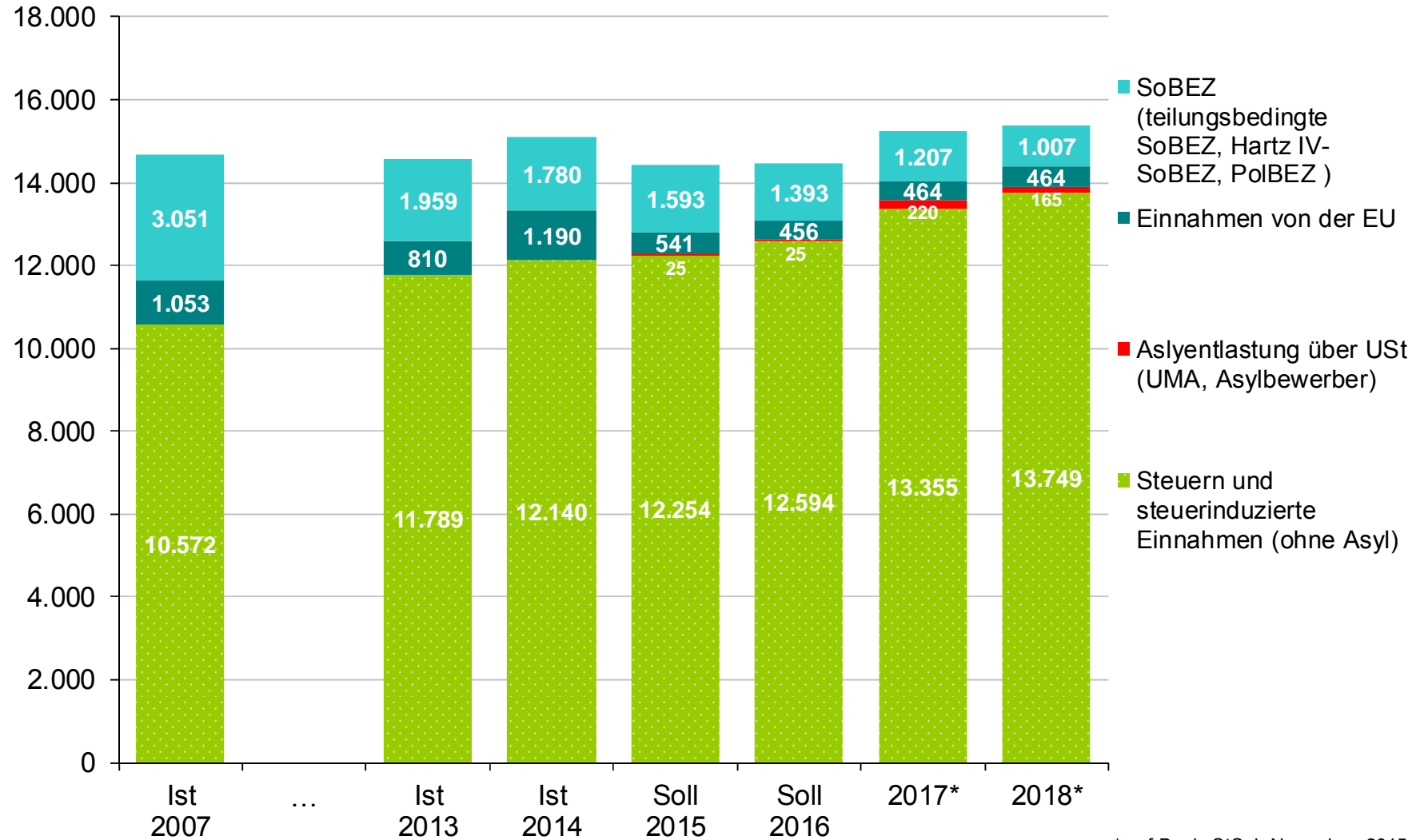
Einnahmen 2014 (ohne Kreditaufnahme und Rücklagenentnahme) der Bundesländer in EUR pro Einwohner





Steigende Steuereinnahmen bei sinkenden Transferleistungen (Solidarpakt, EU) bedingen...

in Mio. EUR

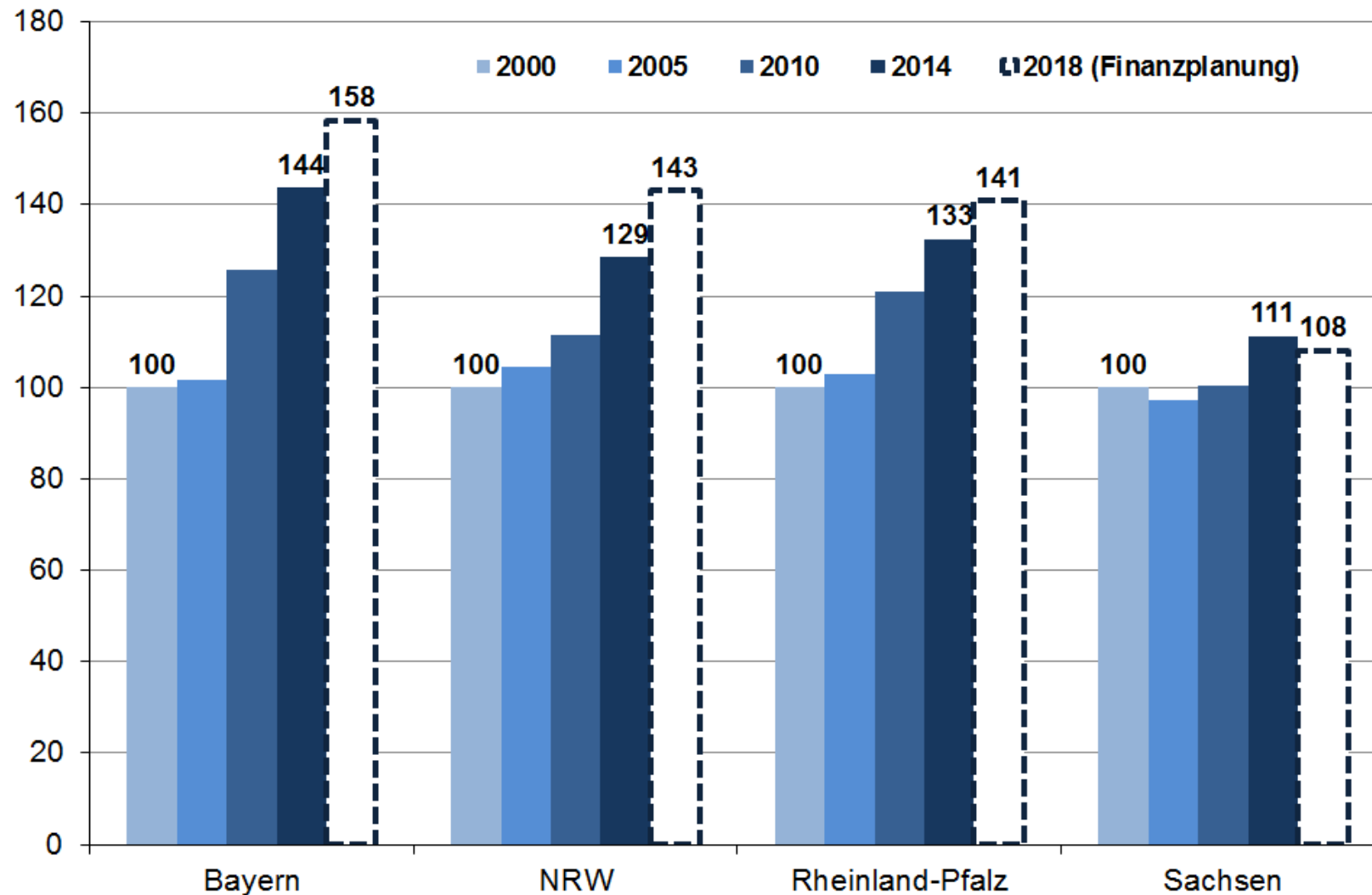


* auf Basis StSch November 2015

...permanent hohen Konsolidierungsdruck



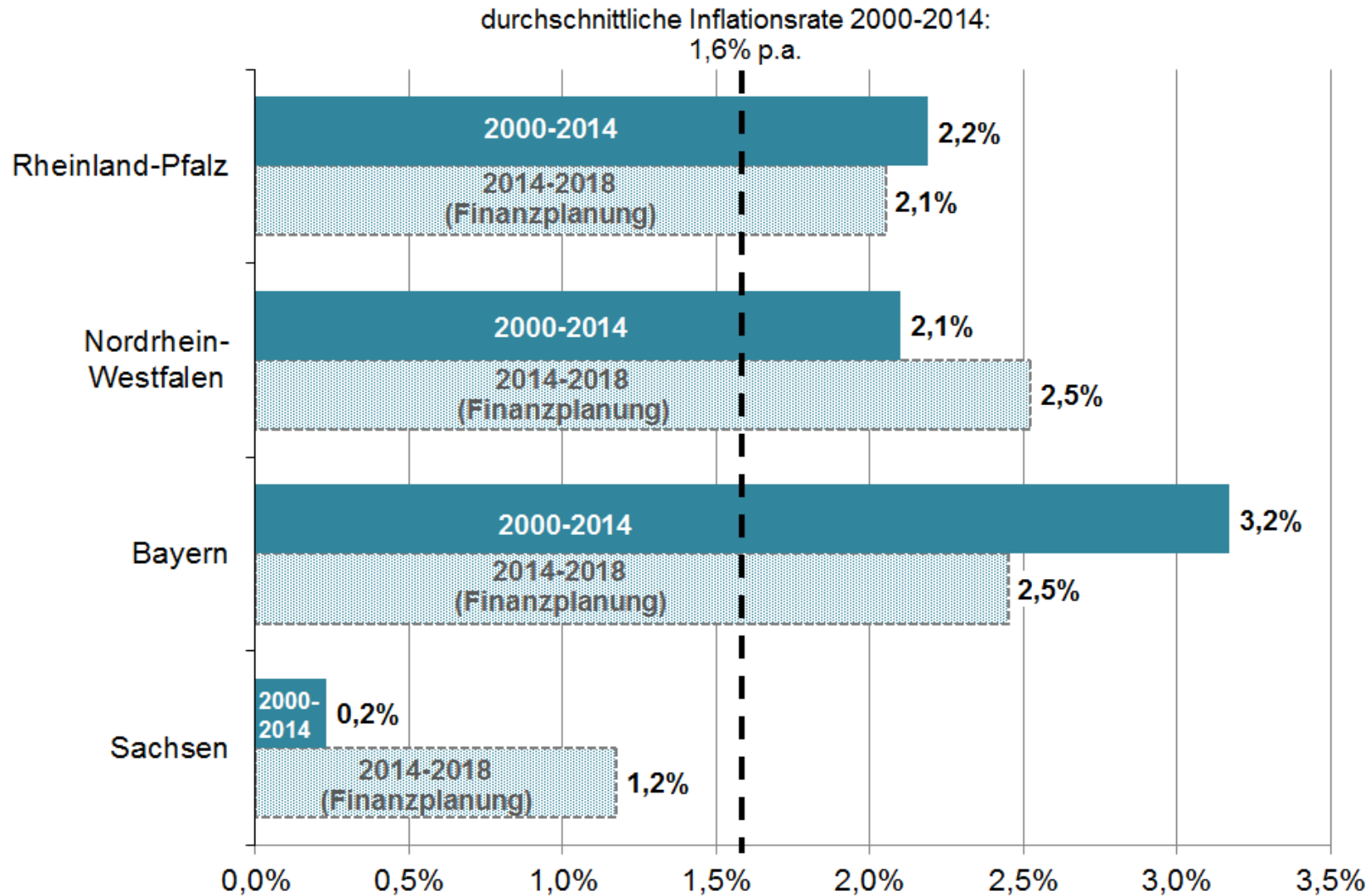
Gesamteinnahmen der Bundesländer (Index: 2000=100)



Reale Ausgabenkonsolidierungen in Sachsen



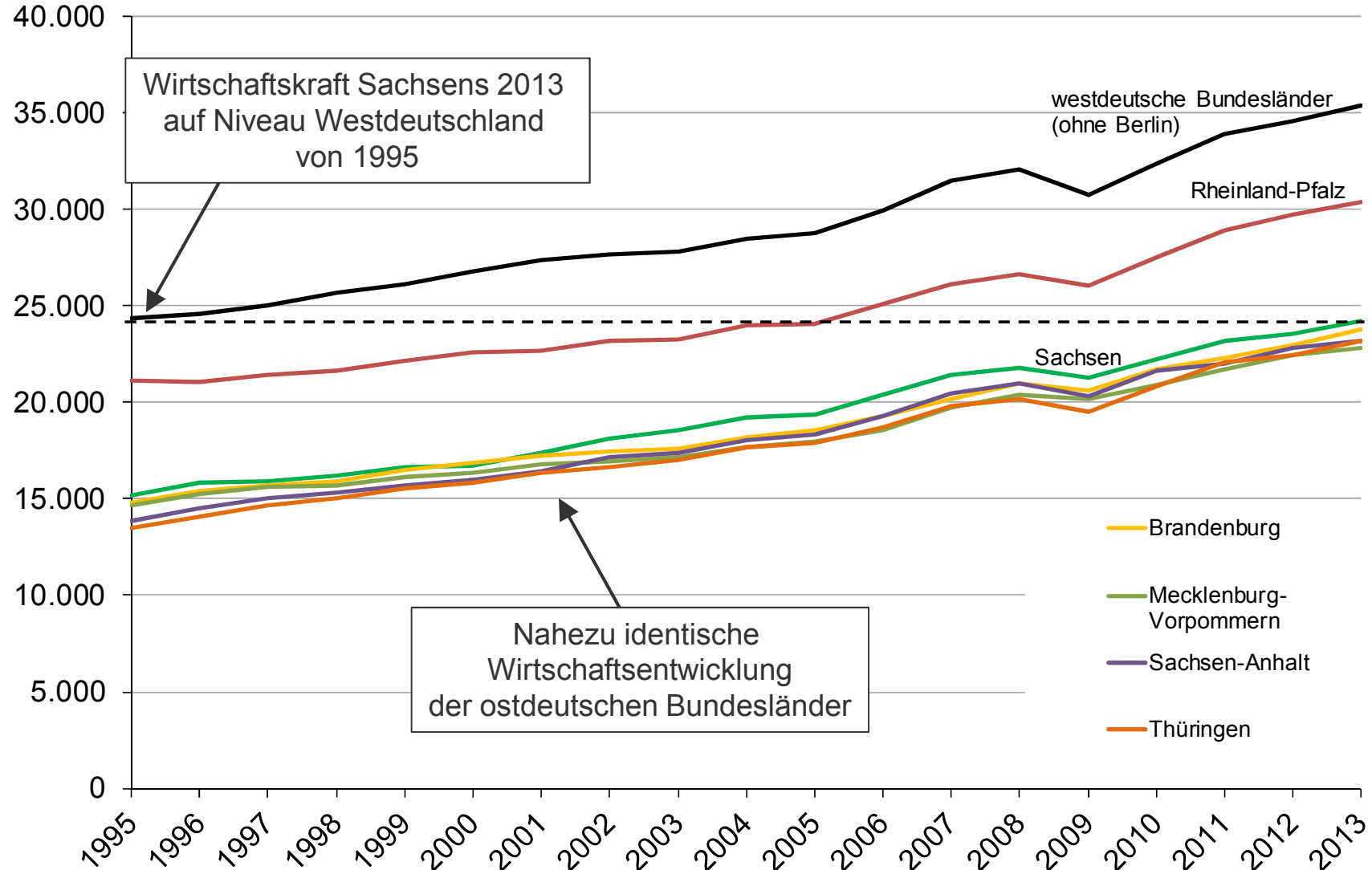
Jährlicher Anstieg der bereinigten* Ausgaben der Länder in % p.a.



Herausforderung 3: Weiterhin wirtschaftlicher Aufholbedarf



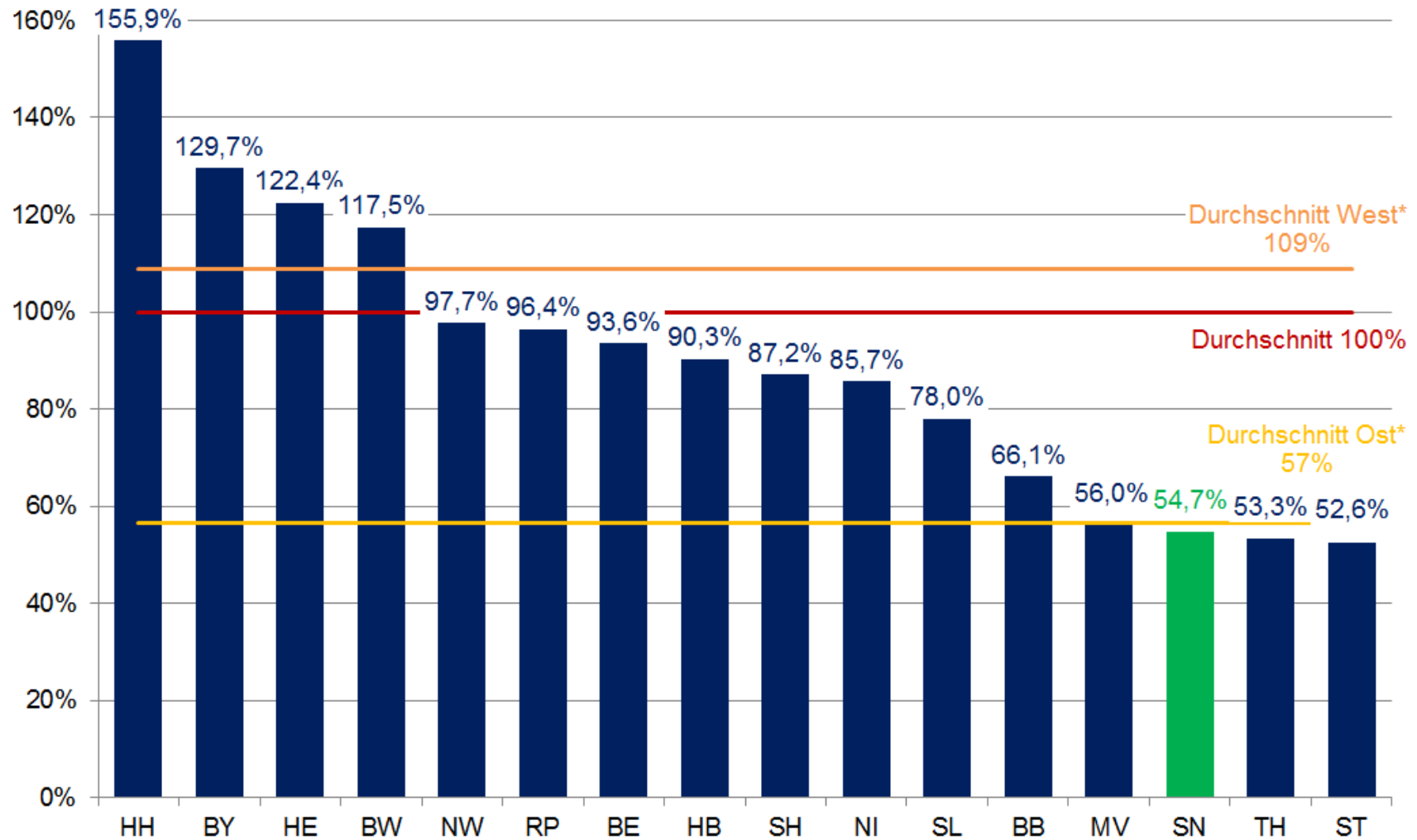
BIP in EUR je Einwohner (in jeweiligen Preisen)



Wirtschaftsschwäche bedingt Finanzschwäche



Steuereinnahmen der Länder 2014 im % vom Durchschnitt



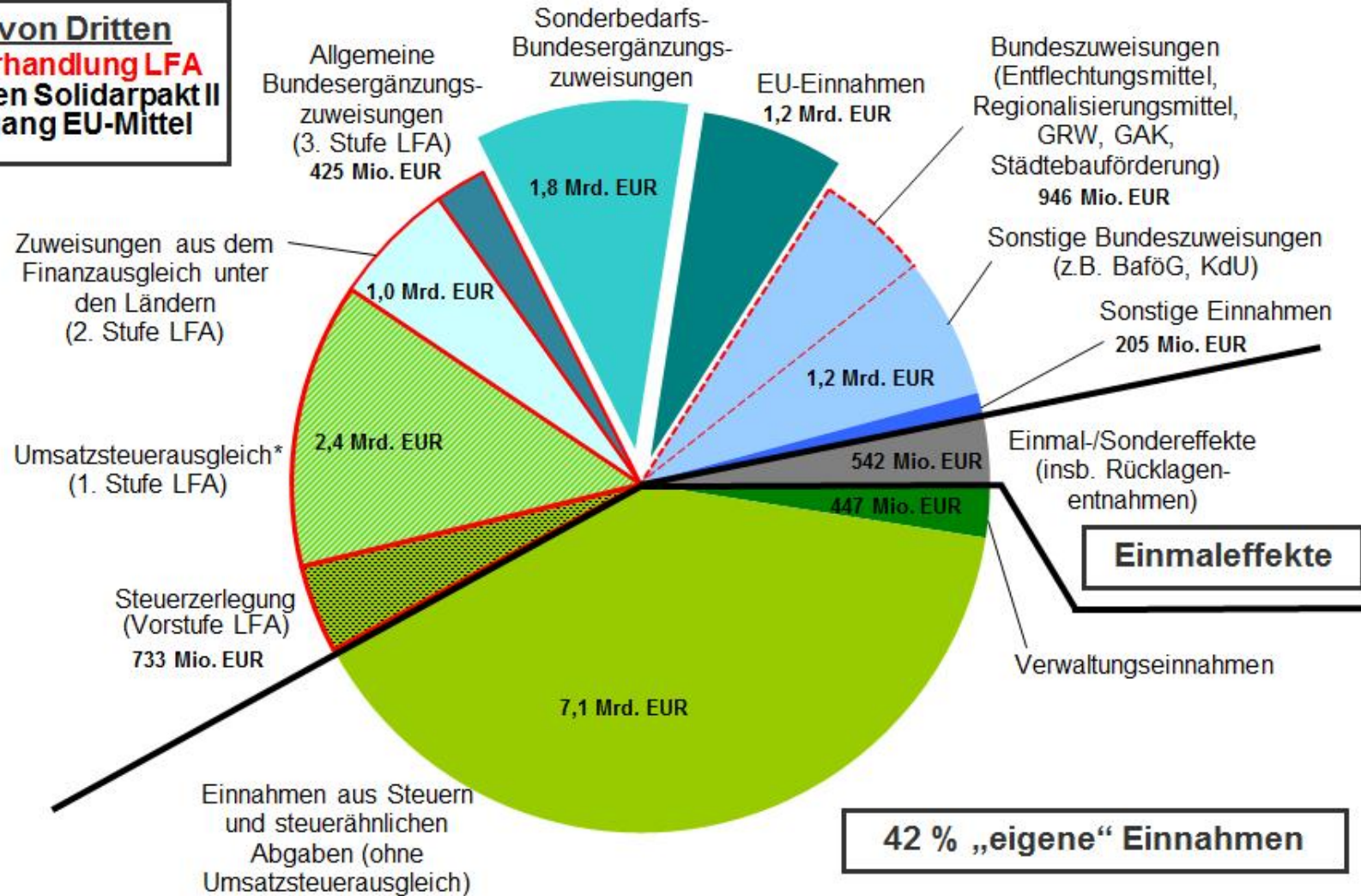
* Durchschnitt Ost und West ohne Berlin

Herausforderung 4: Neuordnung Bund-Länder-Finanzbeziehungen bis 2020



Struktur der sächsischen Landeseinnahmen 2014

55 % von Dritten
 - Neuverhandlung LFA
 - Auslaufen Solidarpakt II
 - Rückgang EU-Mittel



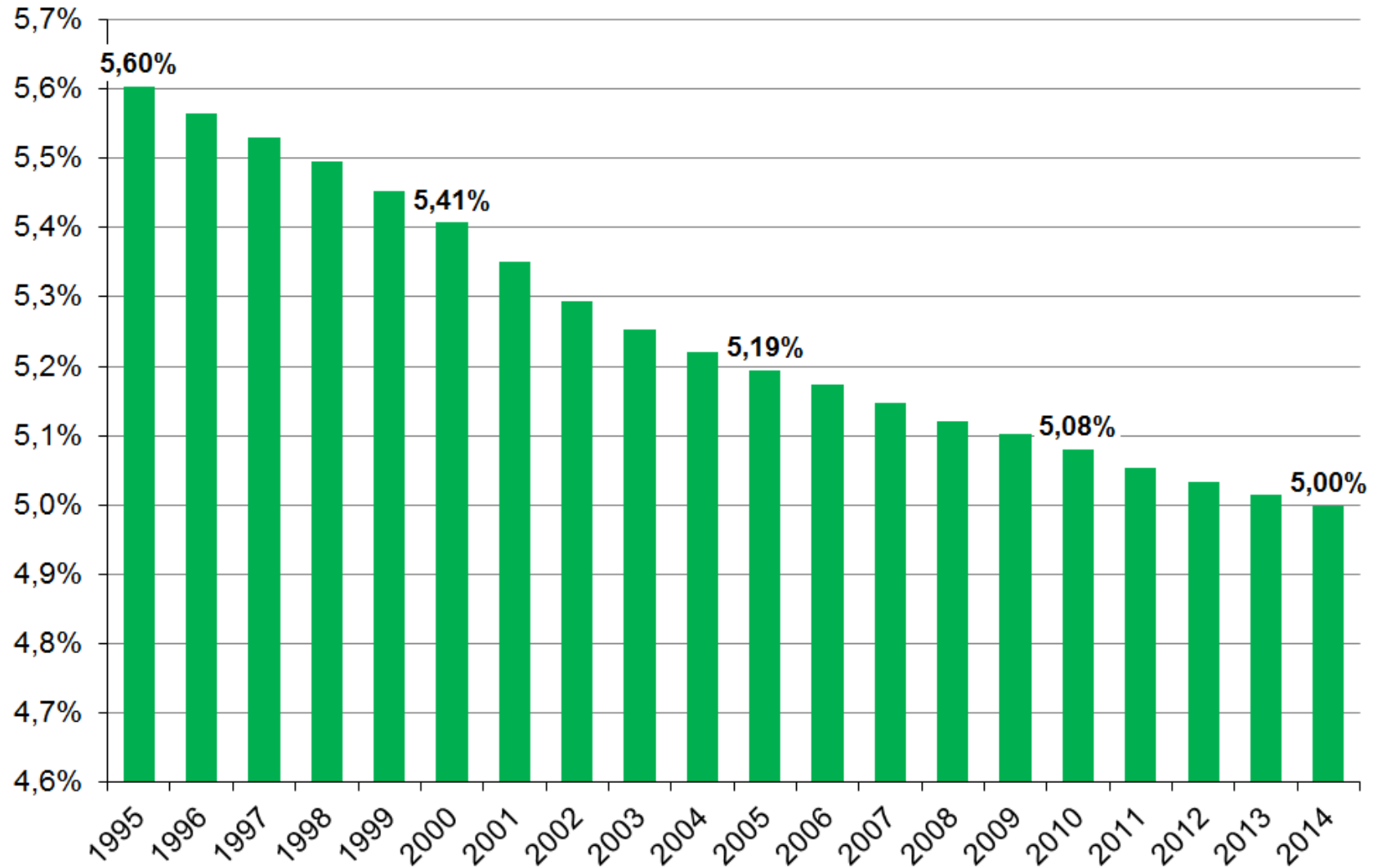
42 % „eigene“ Einnahmen

* Anhebung Finanzkraft finanzschwacher Länder mit max. 25 Prozent des Länder-Anteils am Umsatzsteueraufkommen
 Quelle LFA: vorläufige 2. VO

Herausforderung 5: Demografische Entwicklung

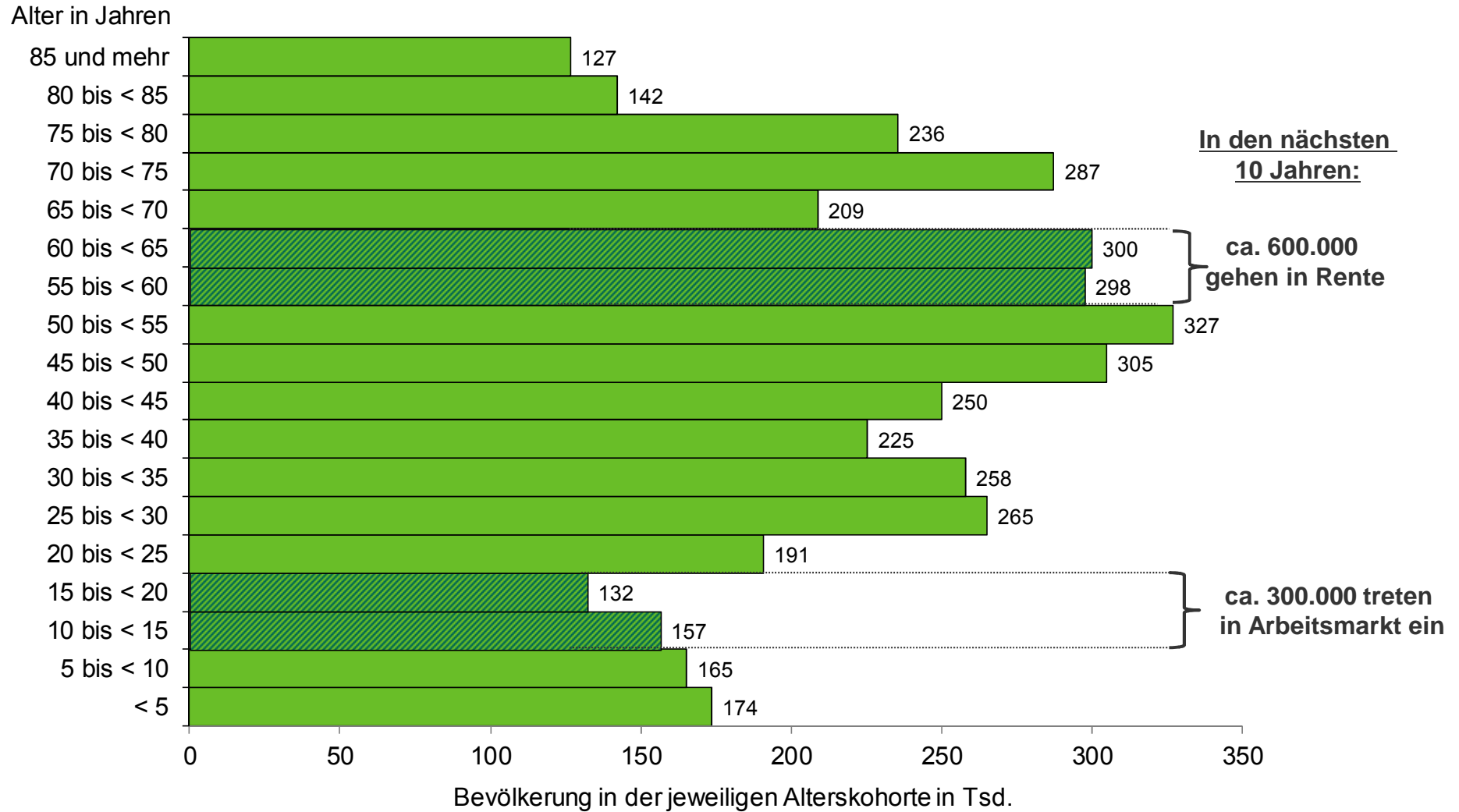


Anteil der sächsischen Bevölkerung an der bundesdeutschen Bevölkerung



Demografische Entwicklung

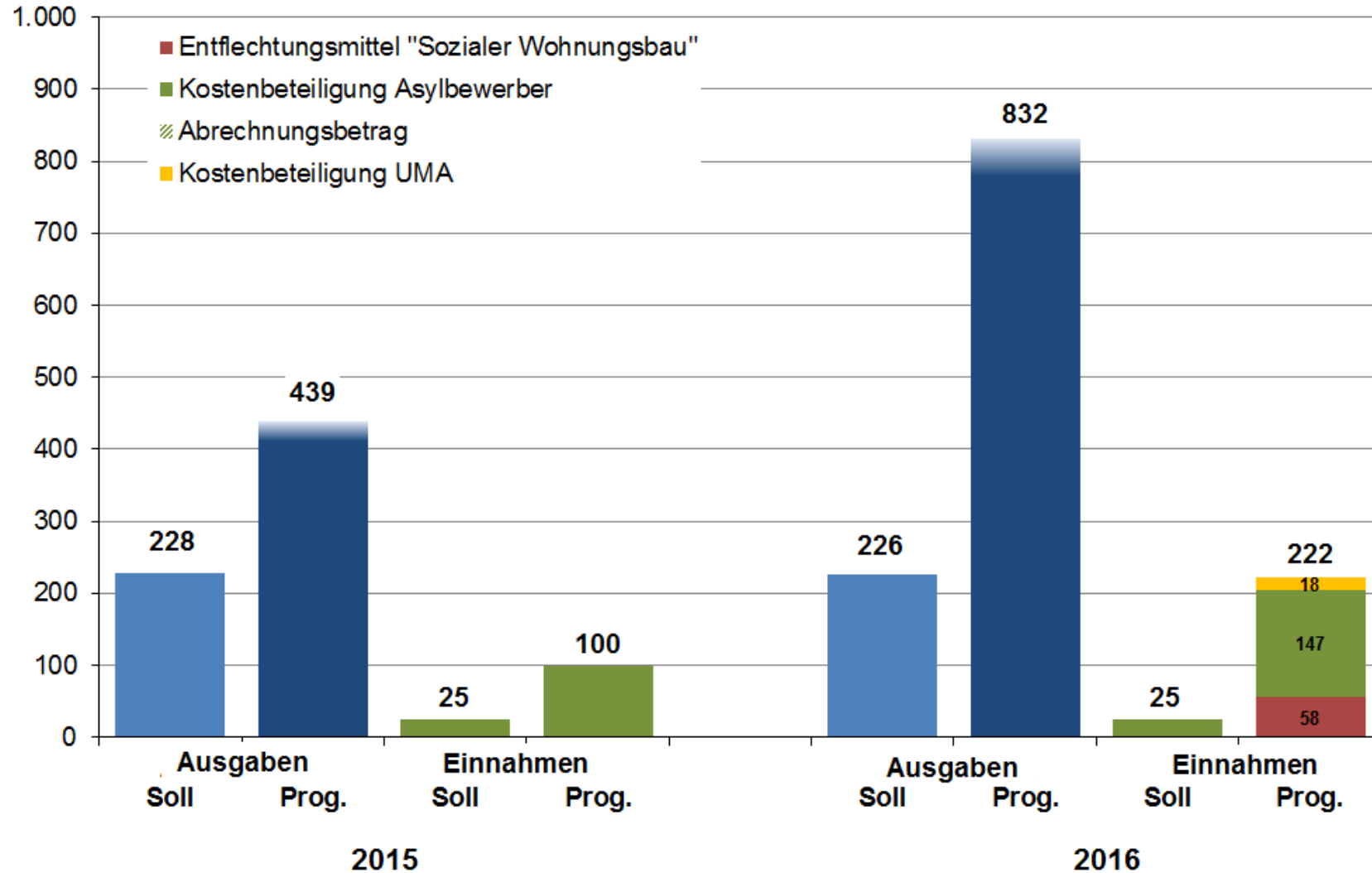
Altersstruktur in Sachsen zum 31.12.2013



Herausforderung 6: Entwicklung Ausgaben für Flüchtlinge und Asylsuchende



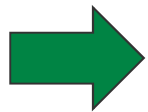
in Mio. EUR



Gliederung:



1. Grundlagen der Haushaltsplanung
2. Haushaltsstruktur der Ausgaben
3. Finanzpolitische Herausforderungen



4. Fazit

Fazit: Kernbotschaften zum Haushalt



- Ø Neuverschuldungsverbot Ø Einnahmen bestimmen zwingend Ausgaben
- Ø Sachsen wirtschafts- und finanzschwach Ø ab 2020 im Ländervergleich mit Schlusslicht bei Finanzausstattung
- Ø Nahezu konstante Entwicklung Einnahmen Ø aber: dynamische Entwicklung Personalausgaben (trotz Stellenabbau)
- Ø Personal mit 1/3-Anteil wesentliche Ausgabe des Haushalts Ø hohe langfristige Bindungswirkung
- Ø Derzeit (noch) gute Steuereinnahmeentwicklung verdeckt beträchtliche Herausforderungen:
 1. Auslaufen des Solidarpakts II
 2. Demografische Entwicklung
 3. Wirtschaftliche Strukturschwäche
 4. Finanzierung Ausgaben für Flüchtlinge/Asylsuchende
- Ø **Sachsen wird sich zukünftig in allen Bereichen weniger leisten können**



Informationen zum Stand der 6. Regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung

8. Sitzung der Personalkommission





Agenda

6. Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (6. RBV)

- Arbeitsstand
- Einordnung in die bundesweite Prognoselandschaft
- Modell und Rahmenbedingungen für die Vorausberechnung
- Annahmen
- Ausblick auf die Ergebnisse



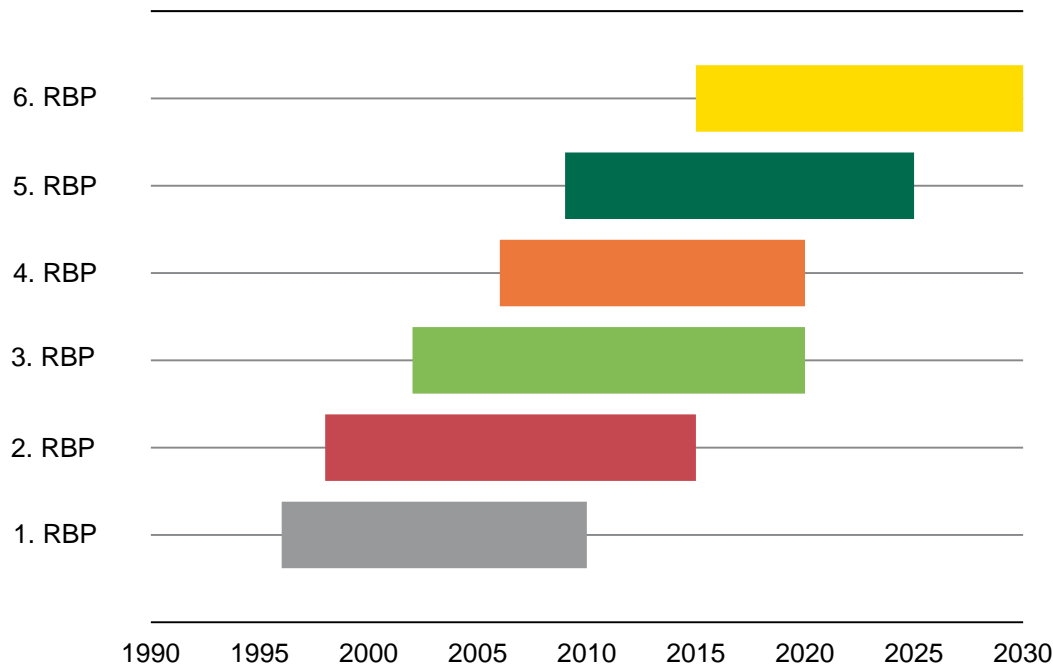
Einordnung in die Prognoselandschaft

I Aktuelle Bevölkerungsprognosen

- I BBSR-Bevölkerungs- und Haushaltsprognose 2035
- I Bertelsmann Bevölkerungsprognose bis 2030
- I 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung bis 2060 (13. kBV)
- Ergebnisse für Sachsen -
- I 6. Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für den Freistaat Sachsen
2015 bis 2030 (6. RBV)



Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnungen für den Freistaat Sachsen seit 1997



Prognose	Prognosezeitraum von ... bis ...		Abstand zur vorherigen Prognose
6. RBV	2015	2030	6
5. RBP	2009	2025	3
4. RBP	2006	2020	4
3. RBP	2002	2020	4
2. RBP	1998	2015	2
1. RBP	1996	2010	x



Modell und Rahmenbedingungen der 6. Regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung

- Fortführung der bewährten Prognosemethode
 - Deterministisches Komponentenmodell
 - demografische Prognose mit Status-quo-Ansatz
 - Annahmen-Korridor

- Weitere Rahmenbedingungen
 - Revision der Einwohnerzahl und der demografischen Struktur im Zensus 2011
 - Prognosezeitraum 2015 bis 2030
 - Einbindung der 13. kBV des Statistischen Bundesamtes und Regionalisierung dieser Ergebnisse

- Bereitstellung von Ergebnissen für Gemeinden mit mindestens 5 000 Einwohnern

Annahme-Szenarien der übergeordneten Vorausberechnung (13. kBV)

- Das Bundesamt hat für die Bundesländer je zwei Varianten gerechnet

Variante 1: Kontinuität bei schwächerer Zuwanderung



Variante 2: Kontinuität bei stärkerer Zuwanderung



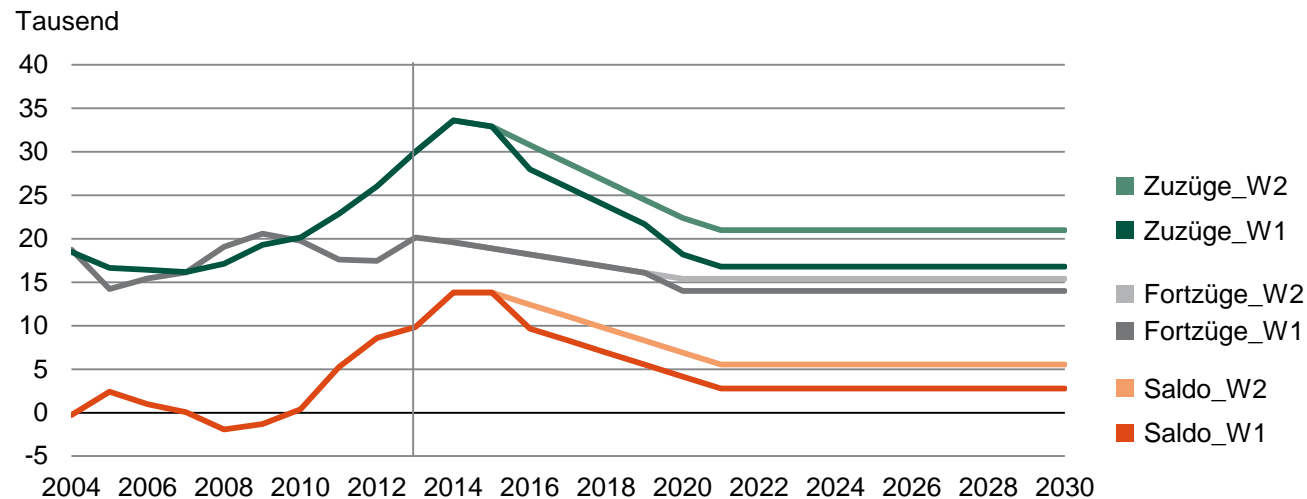
- F1: geringer Anstieg der Fertilität
- L1: fortgesetzte Steigerung der Lebenserwartung
- W1/W2: zwei Szenarien für Wanderungsgewinne mit dem Ausland
- Biwa¹⁾ konstante Verhaltensparameter bei der innerdeutschen Wanderung bis 2025, dann Absenkung bis 2039 gegen Null

1) Binnenwanderung

Annahme zum Wanderungsaustausch mit dem Ausland in der 13. kBV

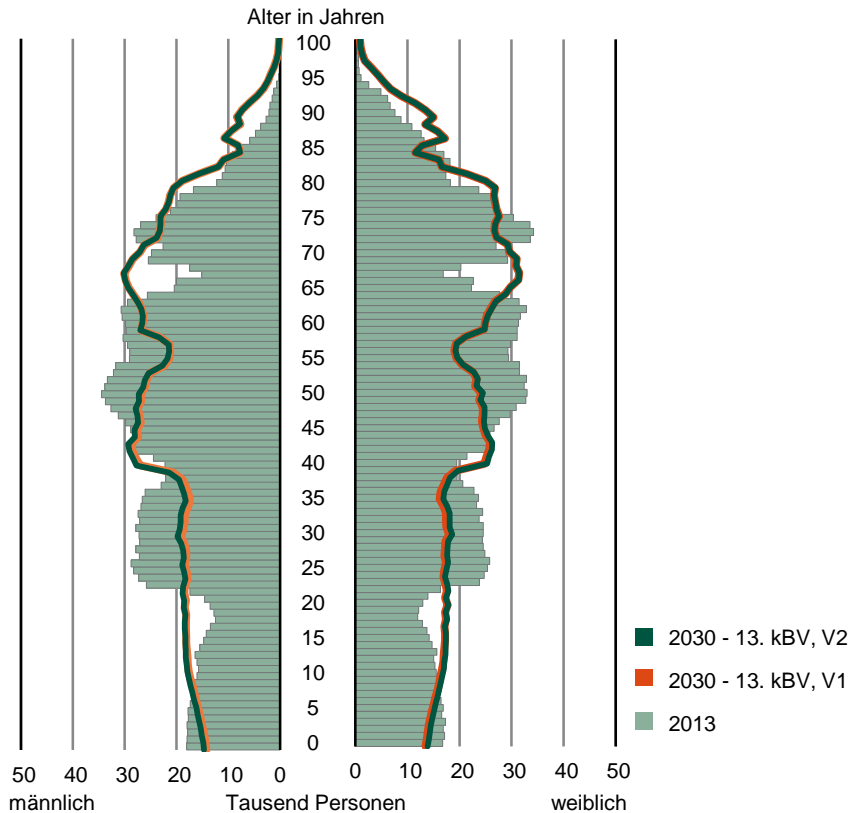
- 2014 wurden rund 34 000 Zuzüge aus dem Ausland erwartet.
- 2015 wurden rund 33 000 Zuzüge aus dem Ausland erwartet

Wanderungsaustausch Sachsen mit dem Ausland - Annahmen bis 2030

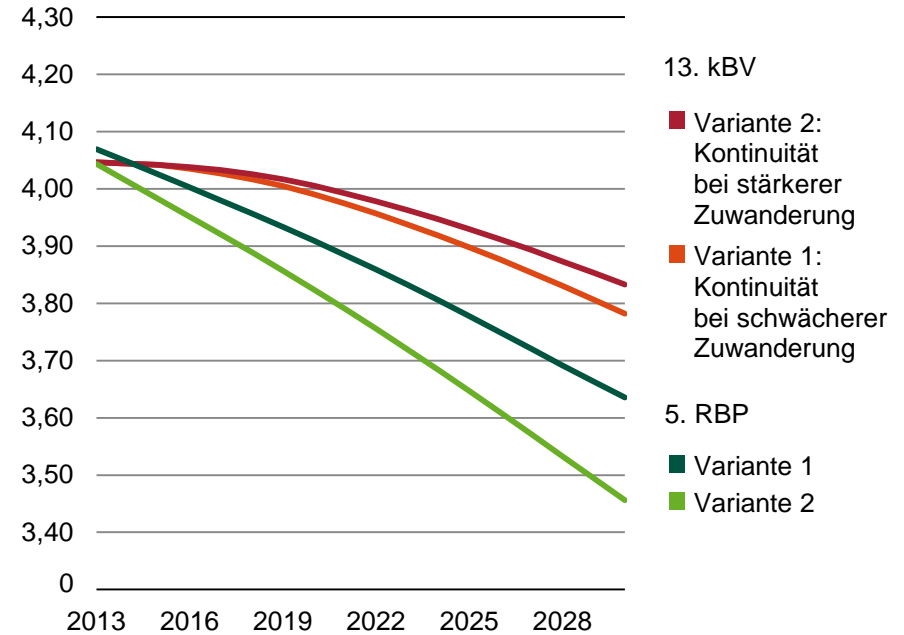




13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung - Ergebnisse für Sachsen

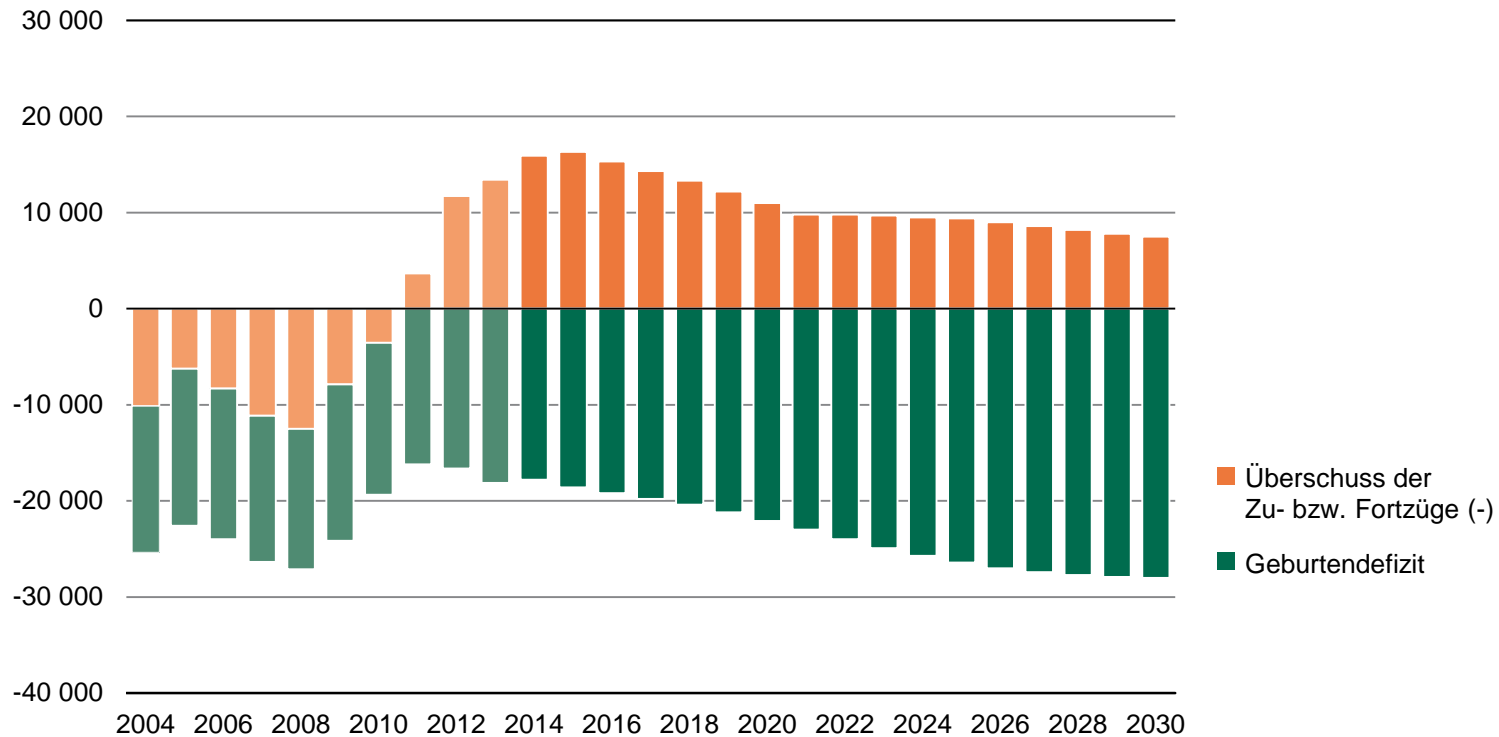


Millionen Personen





13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung – Wanderungssaldo und Geburtendefizit in Sachsen



Quelle: ab 2014 - 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung bis 2060, Variante 2



Ausgangssituation für die 6. Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung

- Die Ergebnisse der 13. kBV standen Ende August 2015 zur Verfügung und sollten als Eckwert für die kleinräumigen Berechnungen dienen.
- Die Zahl der Zuzüge aus dem Ausland entwickelte im Laufe des Jahres 2015 eine ungewohnte Dynamik:

Prognosen des BAMF für 2015

Februar 2015:	250 000 Erstanträge und 50 000 Folgeanträge
Mai 2015:	400 000 Erstanträge und 50 000 Folgeanträge
August 2015 :	800 000 in EASY registrierte Personen
! November 2015:	950 000 Schutzsuchende

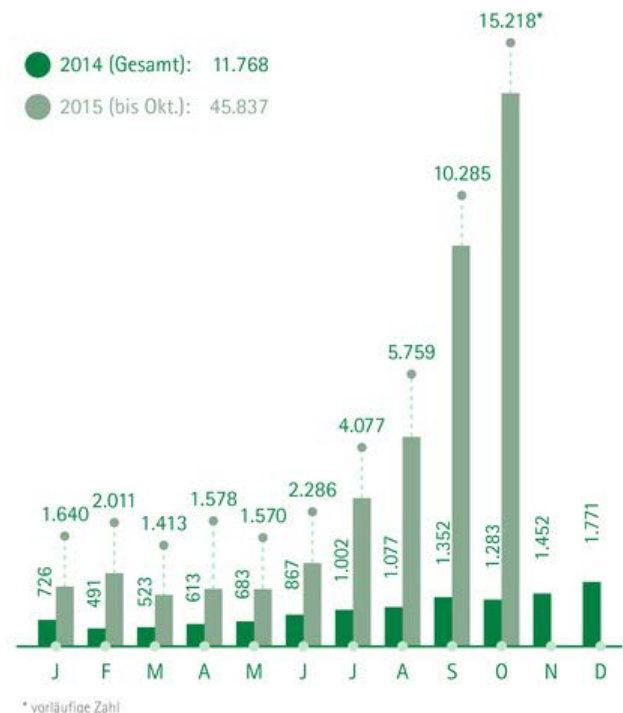
Problemstellung für die 6. Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung

- Die gegenwärtige Dynamik der Zahl der Schutzsuchenden konnte in den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes nicht in ausreichendem Maße abgebildet werden.
- Es bestehen große Unsicherheiten über die weitere Entwicklung dieser Wanderungsströme.
- Die Asyl- und Flüchtlingsströme beeinflussen in dieser Größenordnung viele Bereiche, in denen die Vorausberechnungen verwendet werden.
- Die aktuelle Entwicklung sollte bei der landeseigenen Bevölkerungsvorausberechnung Berücksichtigung finden.**



Wie viele Flüchtlinge kamen 2014 und 2015 nach Sachsen?

Anzahl der Zugänge in den Erstaufnahmeeinrichtungen (EAE)



Quelle: www.asylinfo.sachsen.de/ankommen-und-asylverfahren.html



Lösungsansatz für die 6. Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung

Entwicklungsschritte für landeseigene Szenarien:

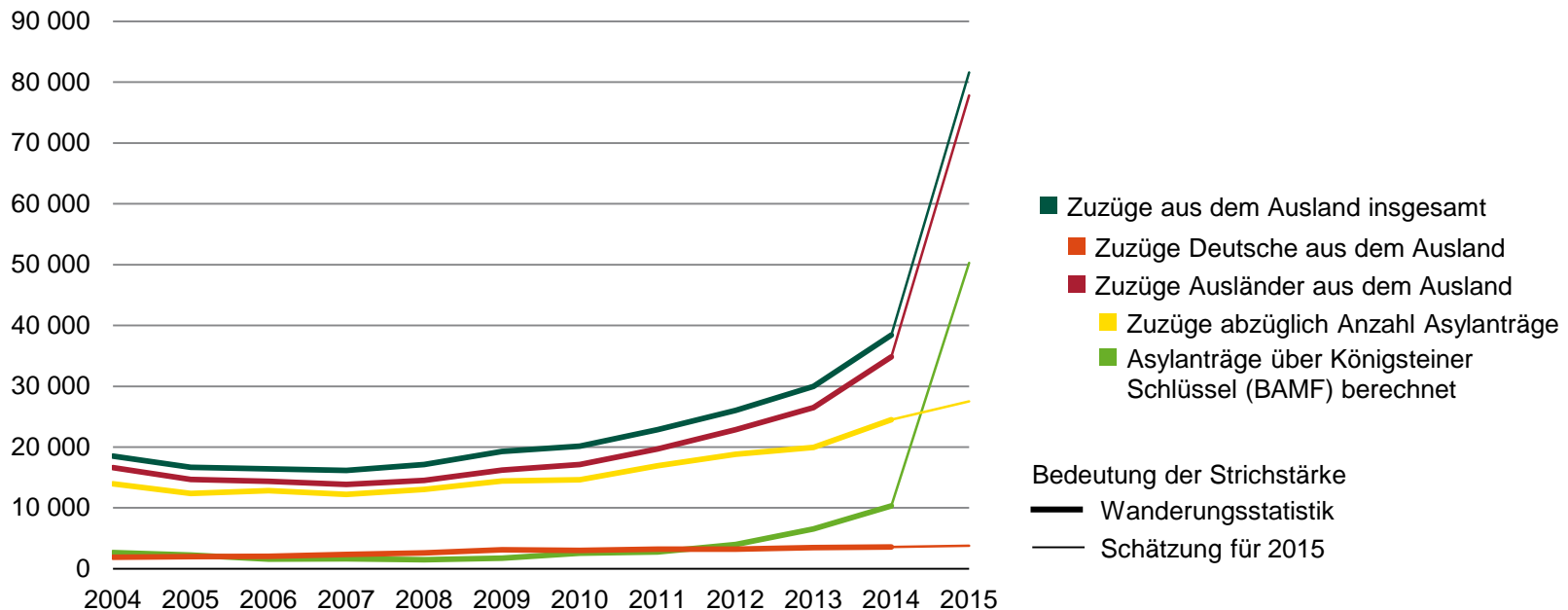
- Schätzung der Zuzugszahlen für 2015
- Modelle für mögliche Entwicklung der Zuzugszahlen 2016 bis 2030
- Modelle für mögliche Entwicklung der Fortzugszahlen 2016 bis 2030

! Die Nähe zur 13. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung sollte weitestgehend erhalten bleiben.



6. RBP - Schätzung der Zahl der Zuzüge aus dem Ausland nach Sachsen für 2015

Zuzüge nach Sachsen 2004 bis 2014 (Wanderungsstatistik) und 2015 (Schätzung)





6. Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung – aktuelle Konstellation der Varianten

I 2 Varianten

- I Grundsätzlich auf Basis der Annahmen der (**oberen**) Variante 2 der 13. kBV
- I **Neu:** Ausgangsbestand: Bevölkerung am 31. Dezember 2014
- I **Neu:** Berücksichtigung der höheren Geburtenrate von 2014

Variante 1: Szenario mit länger anhaltend hohem Zuzug von Schutzsuchenden und dadurch zeitweise erhöhter Geburtenrate

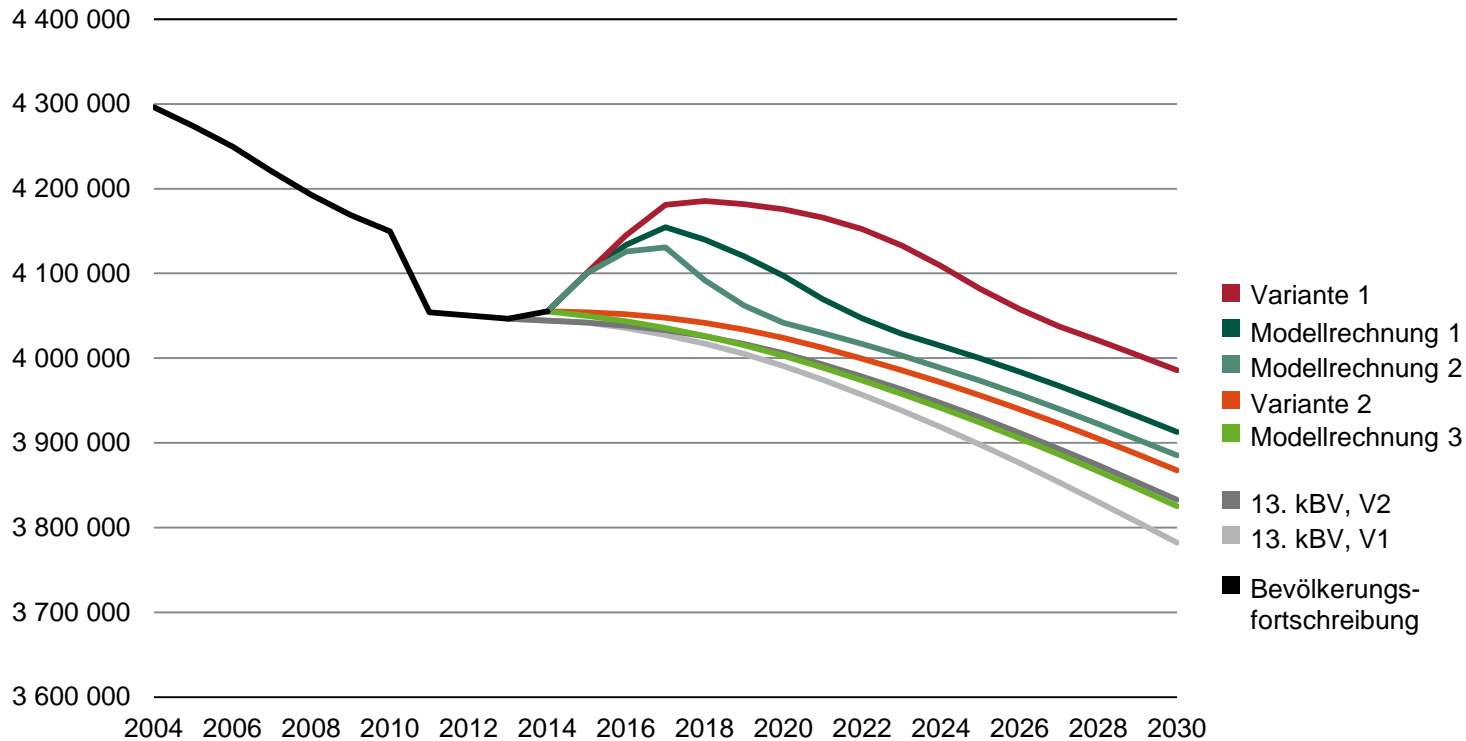
Variante 2: Umsetzung der Annahmen von Destatis bei o.g. Anpassungen

I 3 ergänzende Modellrechnungen

nur auf Landesebene, Abbildung weiterer Szenarien bzgl. des Zuzuges von Schutzsuchenden



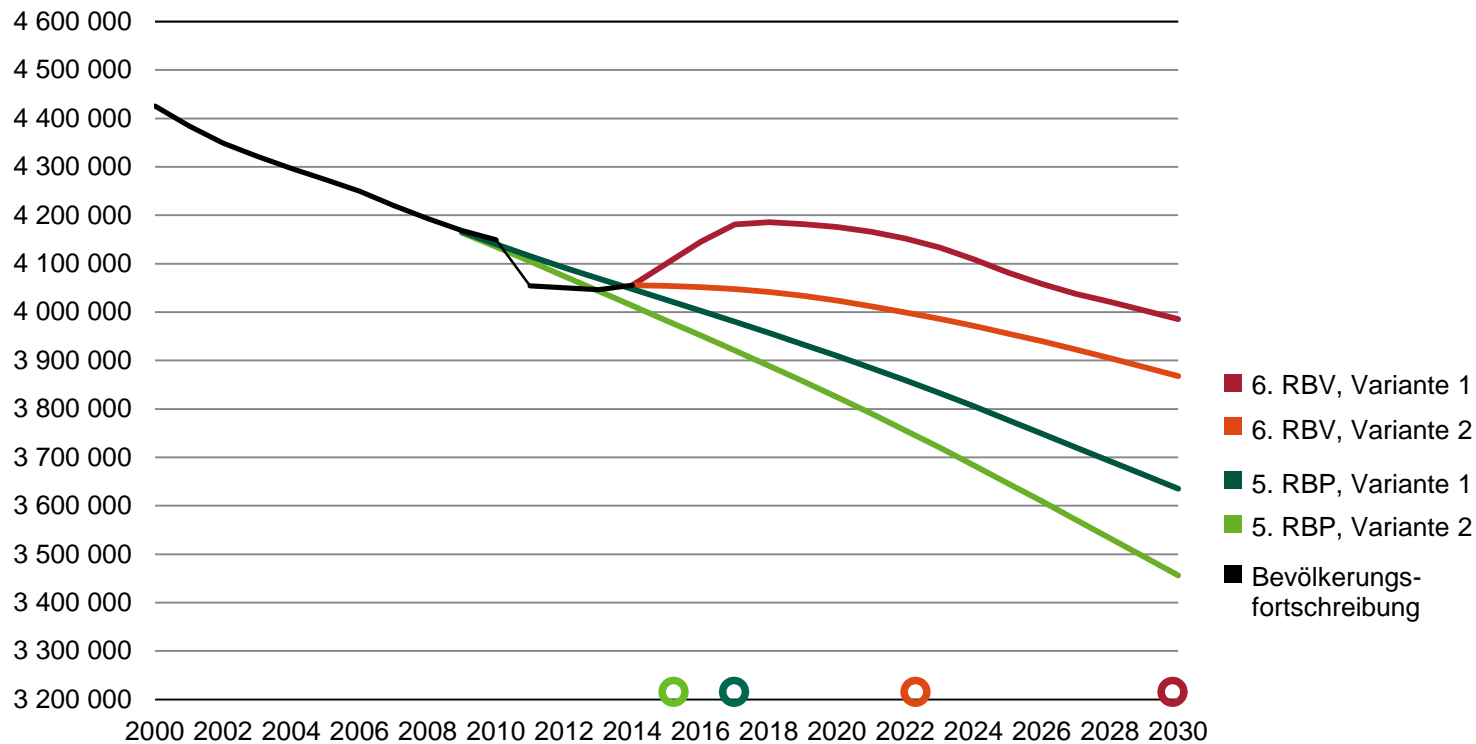
Bevölkerung in Sachsen 2004 bis 2030 nach verschiedenen Vorausberechnungen (vorläufige Ergebnisse)





6. Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung – Vergleich mit der aktuellen Planungsgrundlage

Bevölkerung 2000 bis 2030 nach verschiedenen Vorausberechnungen





6. Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung – Vergleich mit der aktuellen Planungsgrundlage

■ In der neuen Vorausberechnung¹⁾ werden deutlich höhere Einwohnerzahlen erwartet

■ 2015:	30 000 bis 75 000 Personen	(0,7 bis 1,9 Prozent)
■ 2020:	114 000 bis 267 000 Personen	(2,9 bis 6,8 Prozent)
■ 2025:	178 000 bis 304 000 Personen	(4,7 bis 8,1 Prozent)

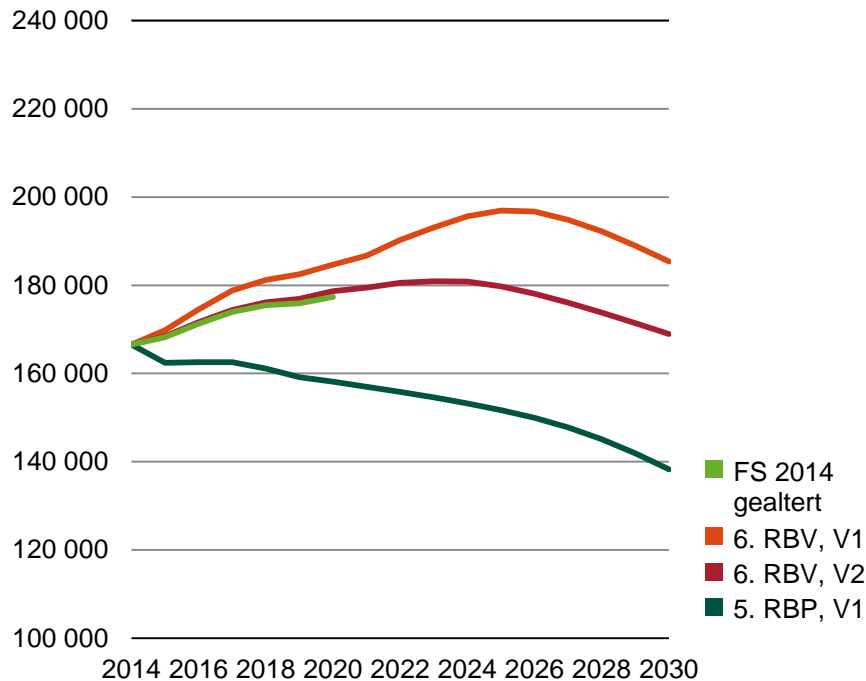
! Bei Modellen mit geringerem Wegzug würden sich ab ca. 2020 nochmals höhere Einwohnerzahlen ergeben

1) Vorläufige Ergebnisse

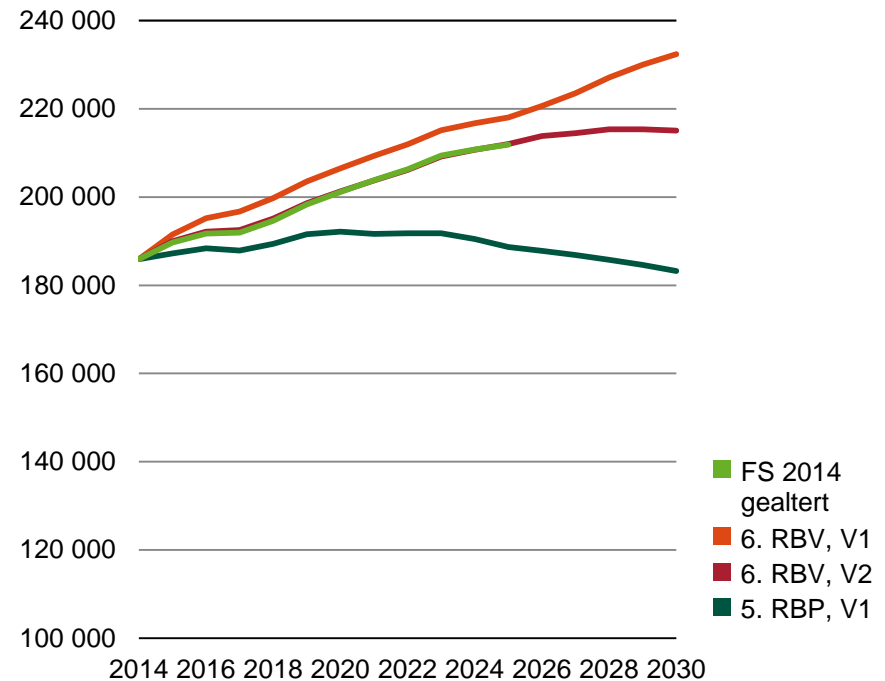


Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung in ausgewählten Altersgruppen (vorläufige Ergebnisse)

Bevölkerung im Alter
von 6 bis unter 11 Jahren



Bevölkerung im Alter
von 11 bis unter 17 Jahren

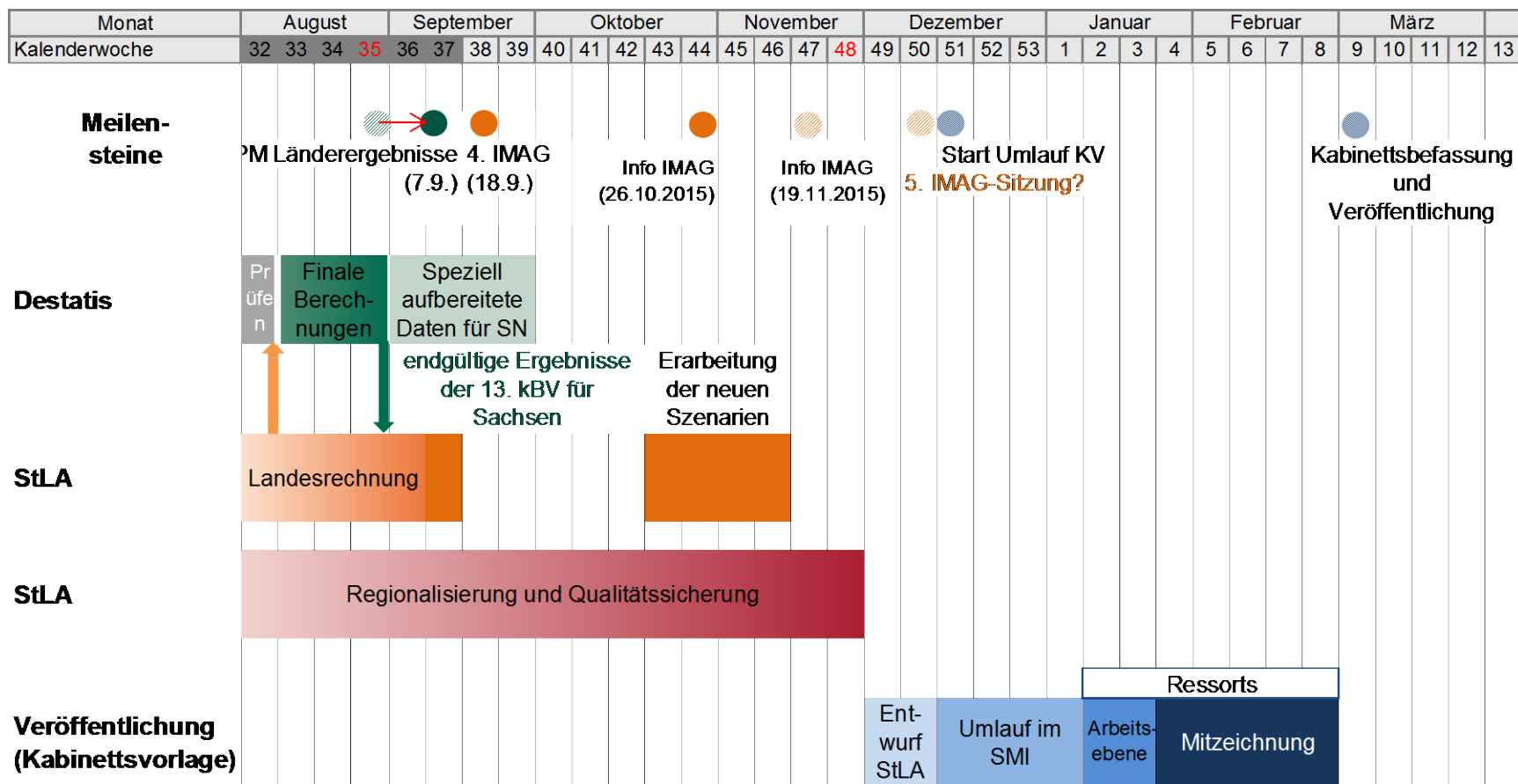




Zusammenfassung

- Basis der Berechnungen ist die obere Variante der 13. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung.
- Die hohe Zahl von Schutzsuchenden wird in den Berechnungen über verschiedene Modelle abgebildet.
- Unter dem aktuellen Annahmen-Konstrukt wird die Zahl von 4 Millionen Einwohnern bis zu 10 Jahre später unterschritten als in der vorherigen Vorausberechnung. Besonders im Schulalter ist ein deutlicher Bevölkerungszuwachs zu erwarten.
- Etwa ab dem Prognosejahr 2020 steigt die Unsicherheit der Vorausberechnung noch einmal deutlich, da die Entwicklung wesentlicher Determinanten derzeit nicht erkennbar ist.

6. Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung – Arbeits- und Zeitplan





Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Burkhard Müller, Präsident des Statistischen Landesamtes

Thema: Informationen zum Stand der 6. Regionalisierten
Bevölkerungsvorausberechnung
8. Sitzung der Personalkommission

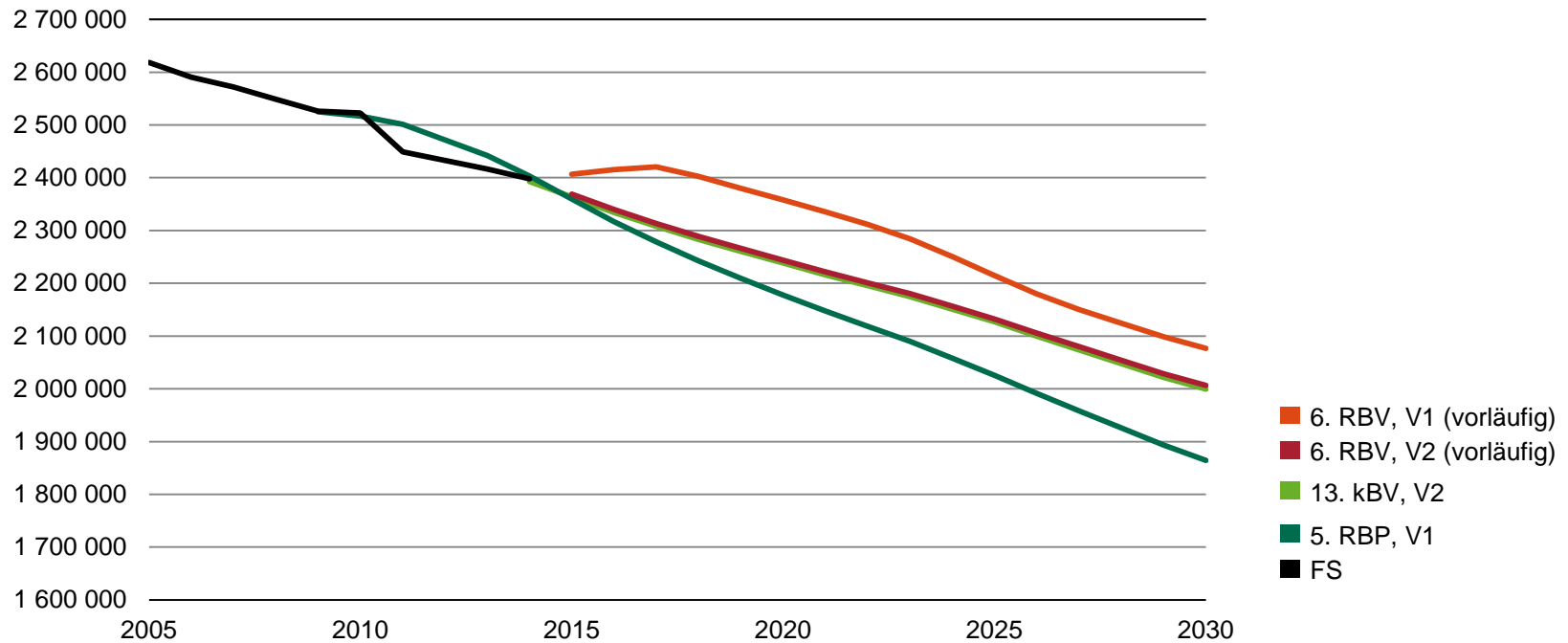
Datum: 23.11.2015

Titelfoto: pixelio.de; Fotograf: Stephanie Hofschlaeger



Voraussichtliche Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (vorläufige Ergebnisse)

Bevölkerung im Alter von 20 bis unter 65 Jahren 2005 bis 2030 nach verschiedenen Vorausberechnungen



Personalausgaben und mittelfristige Einnahmeentwicklung des Freistaats Sachsen

Joachim Ragnitz (ifo Dresden)

Vortrag anlässlich der 11. Sitzung der Personalkommission des Freistaats Sachsen, Dresden, 5. Februar 2016

Sachsen weist derzeit (Jahr 2014; ohne Auslaufperiode) in seinen Kern- und Extrahaushalten vergleichsweise hohe Pro-Kopf-Ausgaben für aktives Personal auf. Verantwortlich hierfür sind vor allem hohe Ausgaben in den ausgelagerten Einrichtungen – in den Kernhaushalten allein sind die Personalausgaben gegenüber den finanzschwachen westdeutschen Ländern hingegen nicht auffällig. Allerdings muss das Personal in den ausgelagerten Einrichtungen zu einem erheblichen Teil durch Zuweisungen aus dem Landeshaushalt finanziert werden; insoweit ist die gemeinsame Betrachtung von Kern- und Extrahaushalten sinnvoll.

Die Aufrechterhaltung hoher Personalausgaben ist heute noch problemlos möglich, weil Sachsen derzeit wegen der hohen ostspezifischen Transfers (insbesondere: Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen aus dem Solidarpakt II bzw. zur Abdeckung überproportionaler Kosten struktureller Arbeitslosigkeit und überdurchschnittliche Investitionszuweisungen des Bundes und der EU) eine überaus günstige Einnahmesituation aufweist. Zwar werden diese Zahlungen zweckgebunden vergeben, so dass diesen Mehreinnahmen entsprechende überproportionale Ausgaben (insbesondere im investiven Bereich) gegenüberstehen; auch ein Teil der „regulären“ Investitionsausgaben wird bislang aber aus diesen besonderen Transfers finanziert. Insoweit bestehen aktuell ausreichende Haushaltsspielräume auch zur Finanzierung hoher laufender Ausgaben. Selbst wenn man davon ausgeht, dass mit dem Abschmelzen der besonderen Investitionszuweisungen die überproportionalen Investitionen zum Schließen der „Infrastrukturlücke“ zurückgeführt werden können, folgt hieraus, dass damit in höherem Maße als bislang laufende Einnahmen zur Finanzierung „regulärer“ Investitionen herangezogen werden müssen, die Ausgaben Spielräume in anderen Bereichen also zumindest relativ sinken.

Tatsächlich werden in den kommenden Jahren die Pro-Kopf-Einnahmen des Freistaats mit dem Auslaufen der ostspezifischen Transfers (insbesondere Solidarpakt II und EU-Mittel) spürbar zurückgehen und ab 2020 in etwa dem Niveau der Vergleichsländer FSFW entsprechen. In den Jahren danach werden die Einnahmen jedoch als Folge der in Deutschland insgesamt weiterhin positiven Wirtschaftsentwicklung wieder zunehmen. Dies folgt aus der Logik des bundesstaatlichen

Finanzausgleichs, der auch nach der derzeit verhandelten Neuordnung vermutlich mit einer weitgehenden Nivellierung der Unterschiede in der Pro-Kopf-Finanzkraft verbunden sein dürfte. Es geht also vor allem darum, die Übergangsphase bis 2020 zu überbrücken.

Eine vom ifo Institut vorgenommene Projektionsrechnung¹ bis zum Jahr 2030 zeigt, dass – bei Betrachtung preisbereinigter Größen – die Einnahmen im Landeshaushalt (ohne Einmaleffekte) bis zum Jahr 2020 um rund 300 Euro/EW zurückgehen und auch danach nur mäßig steigen werden: Erst im Jahr 2027 wird wieder das gleiche reale Einnahmenniveau pro Kopf erreicht wie im Jahr 2015; im Jahr 2030 werden die preisbereinigten Einnahmen nach dieser Rechnung dann um etwa 240 Euro/EW höher liegen als im Jahr 2015.

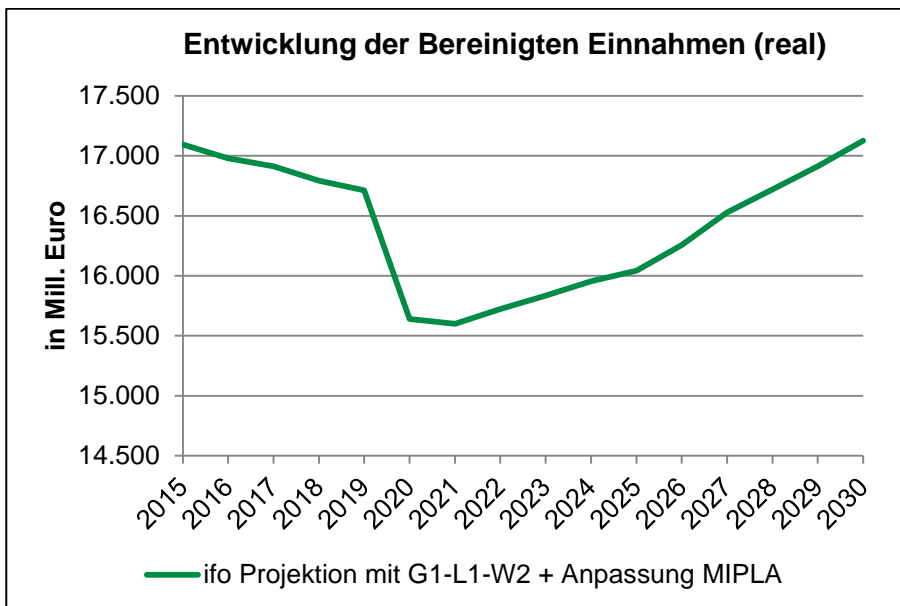
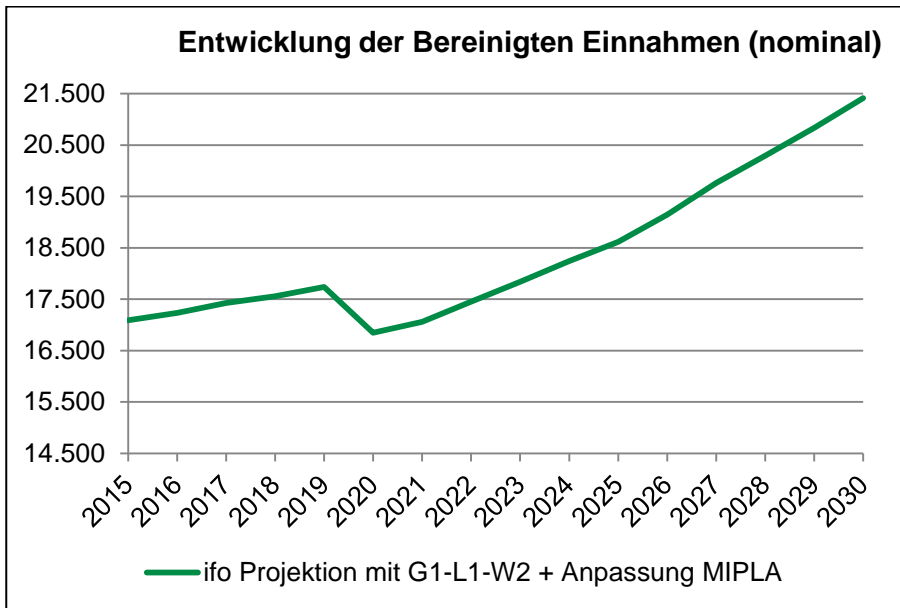
Der Rückgang der preisbereinigten Pro-Kopf-Einnahmen bis zum Jahr 2020 ist dabei nahezu ausschließlich auf den Rückgang der ostspezifischen Transfers in diesem Zeitraum zurückzuführen. Da diese „besonderen“ Zuweisungen von ihrer Begründung her zur Finanzierung temporärer Mehrausgaben zur Verfügung gestellt werden, können (und müssen) die hieraus finanzierten überproportionalen Ausgaben insbesondere im investiven Bereich in diesem Zeitraum ebenfalls zurückgeführt werden. Gelingt dies, so stehen im Jahr 2020 für „reguläre“ Ausgaben auf dem Niveau der Vergleichsländer preisbereinigt in etwa genauso viele Einnahmen zur Verfügung wie heute. In den Jahren nach 2020 sind selbst in ungünstigeren Szenarien höhere Einnahmen vorhanden als derzeit.

Letzten Endes ist es eine politische Entscheidung, wo der Freistaat unter Berücksichtigung der einnahmeseitigen Handlungsspielräume in Zukunft die Prioritäten seiner Ausgabenpolitik setzen will. Solange alle öffentlichen Ausgaben mit der allgemeinen Preissteigerungsrate (annahmegemäß: 1,5% p.a.) wachsen, besteht jedoch einnahmeseitig kein Zwang zu einem forcierten Personalabbau; selbst bei steigenden Reallöhnen im öffentlichen Sektor lässt sich der heutige Personalbestand noch finanzieren, solange keine ungeplanten Ausgabensteigerungen in anderen Bereichen eintreten. Die Investitionsquote muss allerdings in jedem Fall deutlich (auf mindestens das Niveau des Durchschnitts der westdeutschen Flächenländer) zurückgeführt werden, was angesichts des

¹ Die hier verwendete Projektionsrechnung unterscheidet sich von den Rechnungen, die das ifo Institut im Auftrag des SMF für die Zwecke der MIPLA erstellt, in mehreren Punkten. Zum einen wurde für die Bevölkerungsentwicklung abweichend von der Vorgehensweise der Berechnungen für das SMF (Fortschreibung der Bevölkerungszahlen auf Grundlage der 5. regionalisierten Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes für Sachsen bzw. der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Var. 1W1, für die übrigen Bundesländer) einheitlich die Werte der 13. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes, Var. G1-L1-W2 unterstellt. Zum anderen wurde der Projektionszeitraum im Einklang mit der Aufgabenstellung der Personalkommission über das Jahr 2025 (SMF-Zeithorizont) bis zum Jahr 2030 erweitert.

weithin abgebauten „infrastrukturellen Nachholbedarfs“ aber auch unproblematisch sein sollte.

Schaubilder 1-3



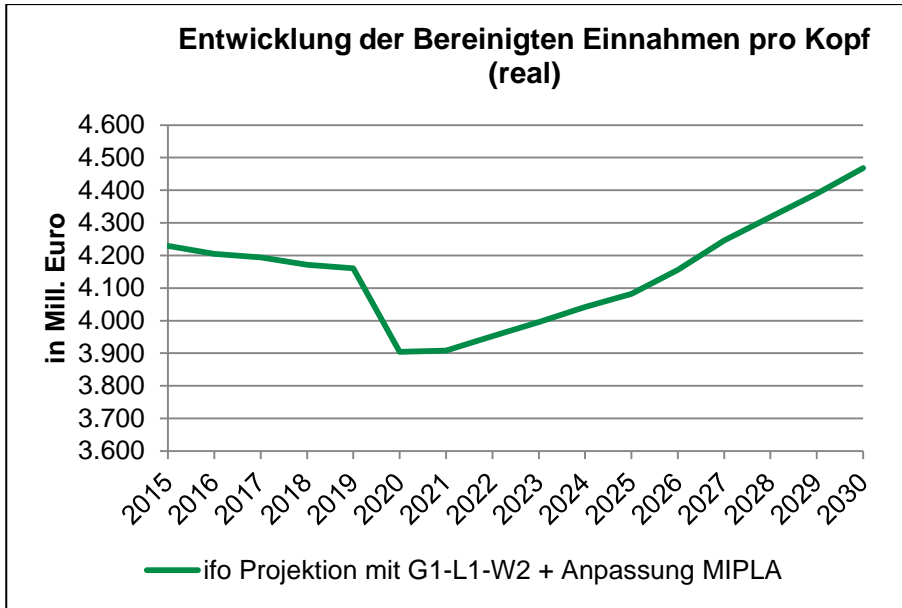
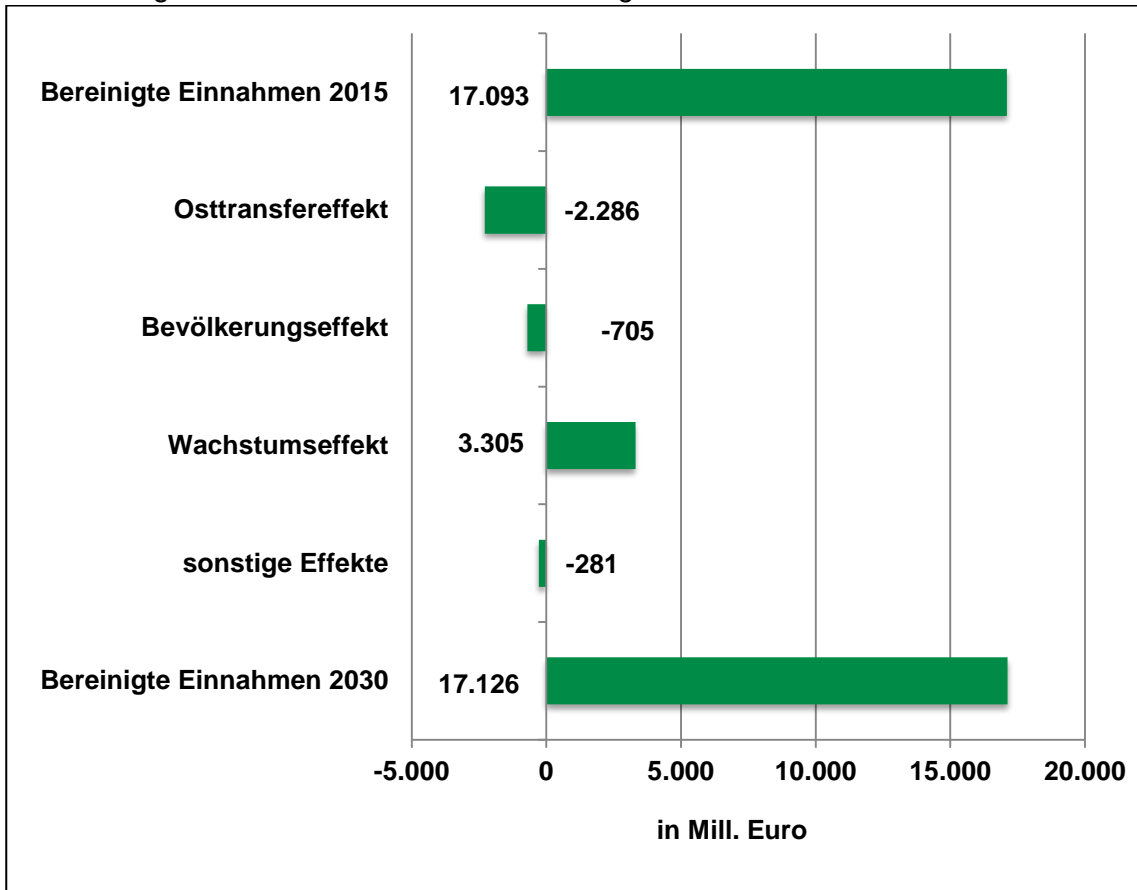
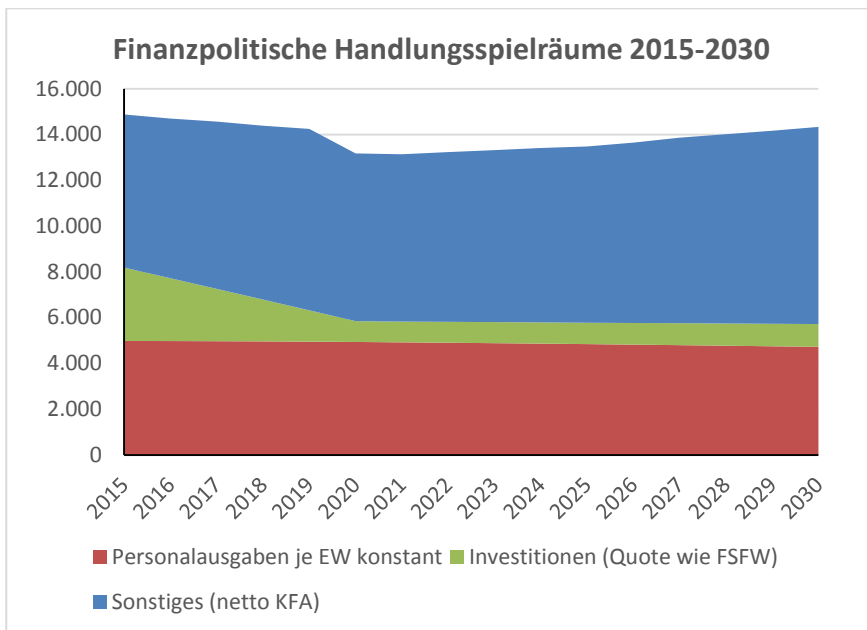
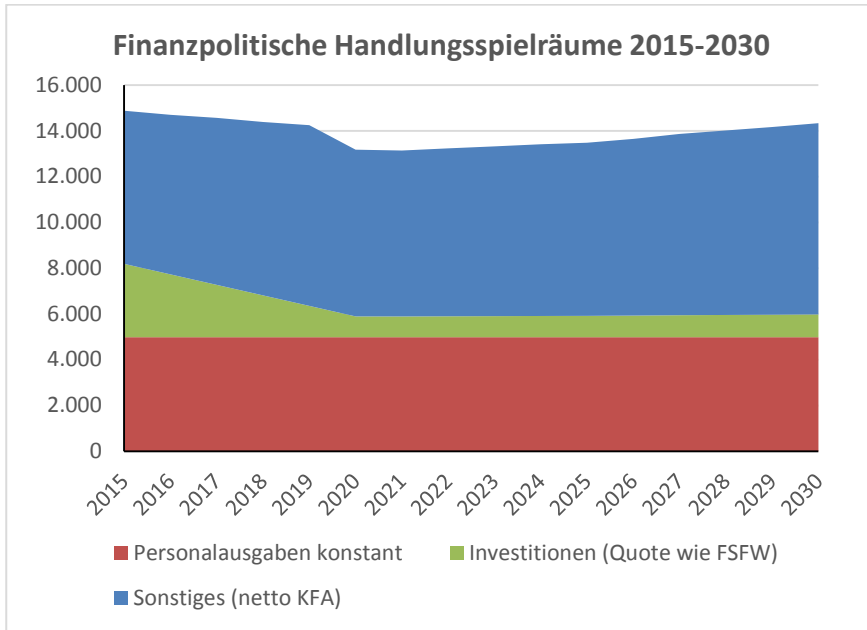
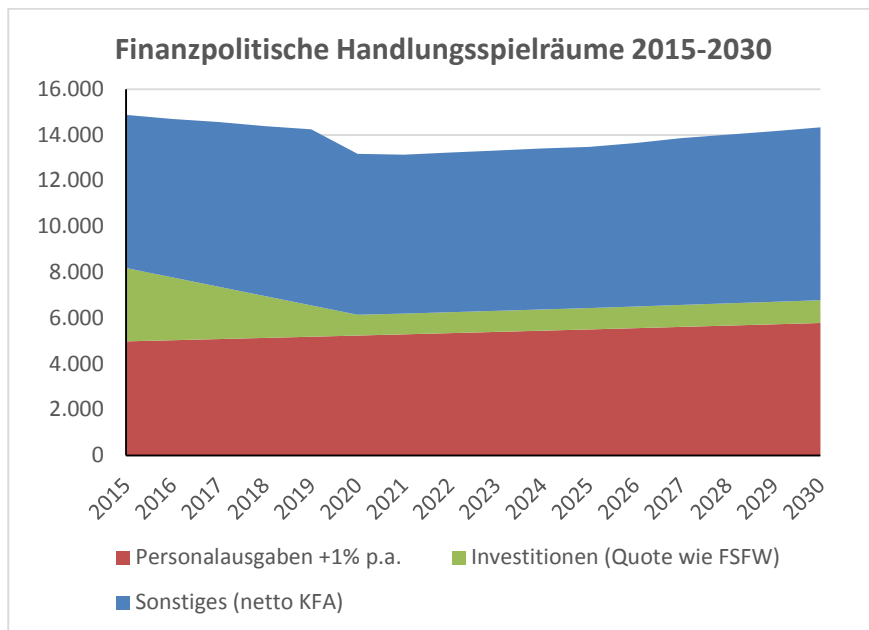


Abbildung 4
 Bestimmungsfaktoren der Einnahmeentwicklung 2015-2030



Abbildungen 4-7





Vergleich der Personalbestände in den Bundesländern

Vortrag anlässlich der 2. Sitzung der Personalkommission Sachsen,
Dresden, 24. April 2015

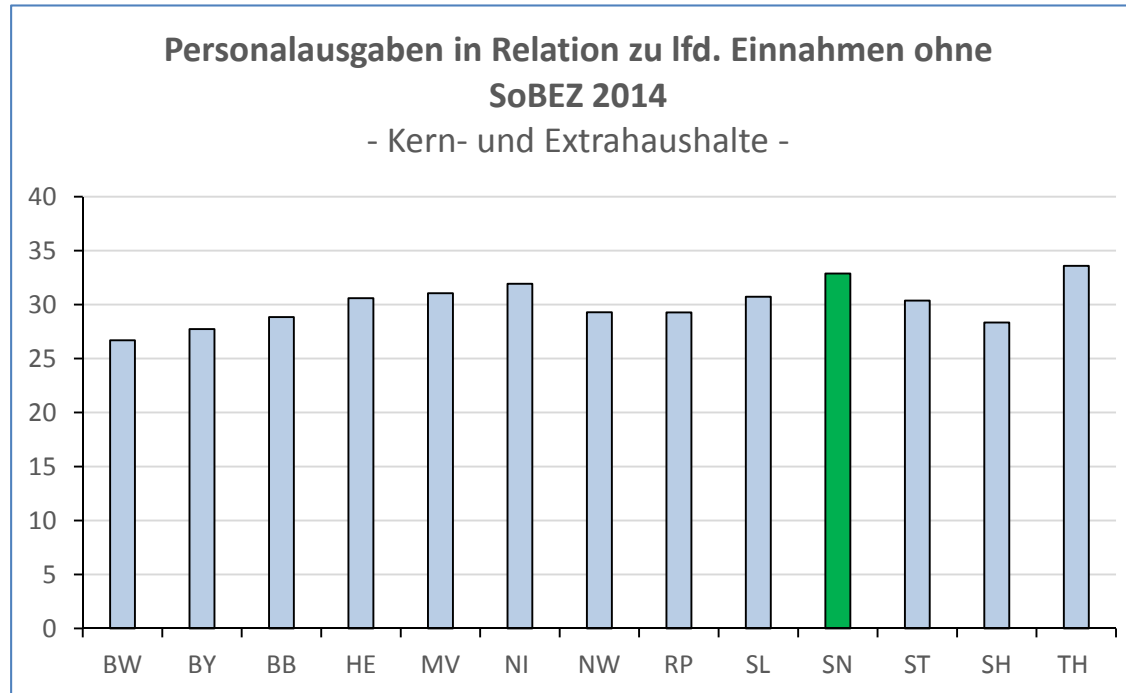
- Aktualisierte Fassung, 29. Juni 2015 -

Prof. Dr. Joachim Ragnitz

ifo Institut
Niederlassung Dresden



Das Problem: Hohe Personalausgaben



	FL	FLO	FLW	FSFW	SN
Personalausg. je Einw. in Euro.	1.115	1.216	1.094	1.104	1.233
Personalausg. in Relation zu lfd. Einn. ohne SoBEZ	29,3	31,5	28,9	30,5	32,9

Methodische Vorbemerkungen zu den Personalbeständen

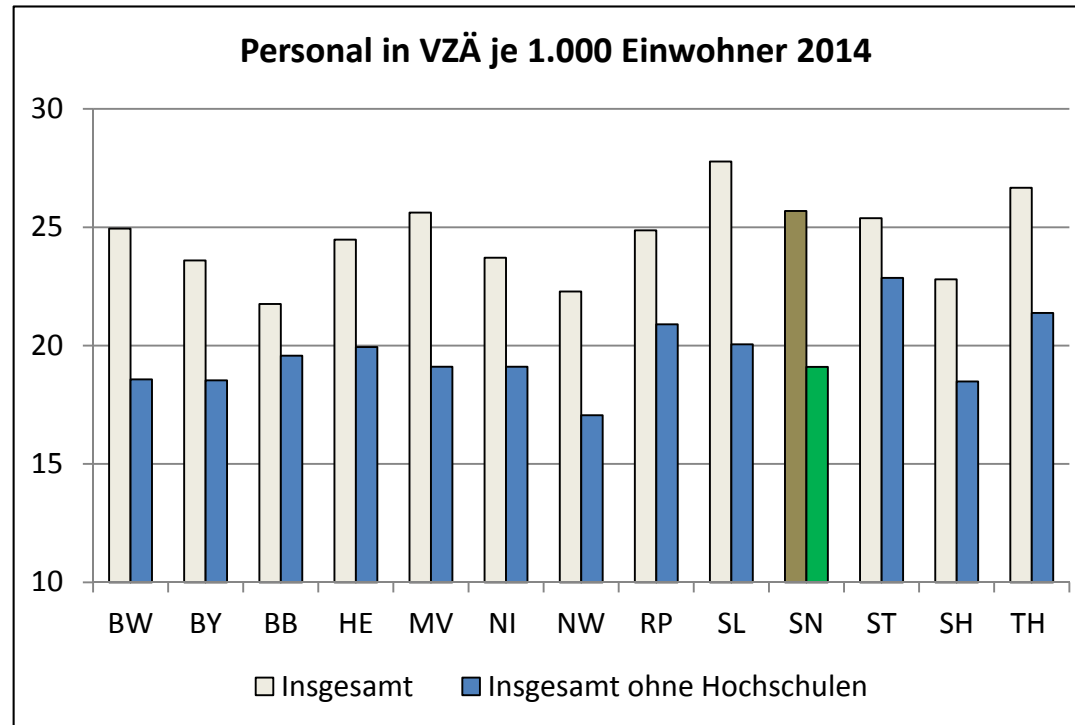
Datenquelle: Personalstandstatistik des Statistischen Bundesamtes (FS 14 Reihe 6) für das Jahr 2014

- Gliederung nach (zusammengefassten) Funktionskennziffern (FKZ) der Rechnungsstatistik öffentlicher Haushalte, nicht aber nach Ressorts/ Einzelplänen
- Dienststellen werden grundsätzlich einzelnen FKZ so zugeordnet wie in Haushaltsplänen/Stellenplänen veranschlagt
- Ausweis in Vollzeitäquivalenten (VZÄ), nicht nach Stellen; Einbeziehung auch von Drittmittelbeschäftigten
- weitgehende, aber keine vollständige Vergleichbarkeit zwischen Ländern

noch: methodische Vorbemerkungen

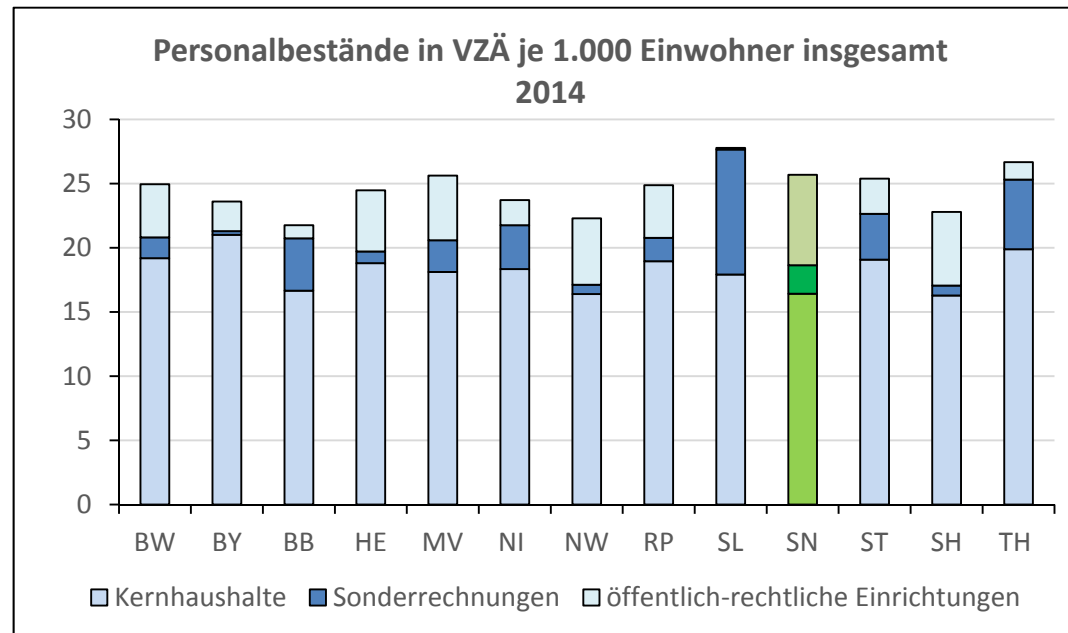
- Einbeziehung von Kernhaushalten, Sonderrechnungen und öffentlich-rechtlichen Einrichtungen der Landesebene („öffentlicher Dienst“)
 - Kernhaushalte: Kernbereich der öffentlichen Verwaltung
 - Sonderrechnungen: rechtlich unselbständige Einrichtungen/ Unternehmen des öffentlichen Rechts (z.B. Landesbetriebe, Sondervermögen) mit eigenem Rechnungswesen
 - öffentlich-rechtliche Einrichtungen: rechtlich selbständige Einrichtungen/Anstalten (z.B. Universitäten)
- nicht enthalten: privatrechtlich organisierte Einrichtungen/ Unternehmen, die öffentliche Aufgaben erledigen

Personalbestände insgesamt



	FL	FLO	FLW	FSFW	SN	<i>Diff</i> SN./FLW
insgesamt	23,9	25,0	23,7	24,1	25,7	8.153
insgesamt ohne Hochschulen	18,8	20,3	18,5	19,5	19,1	2.406

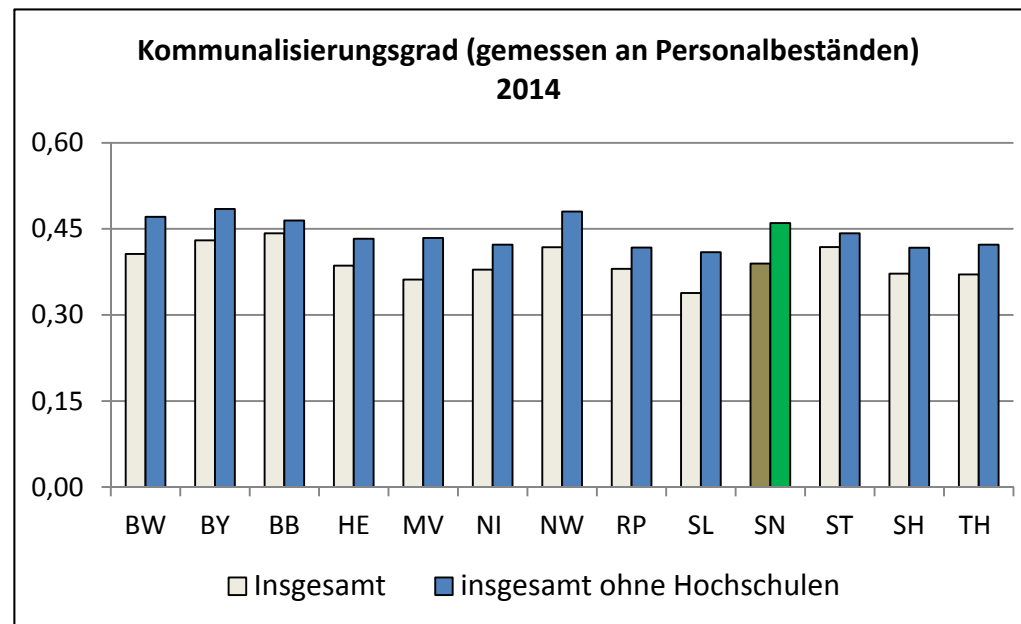
Personalbestände insgesamt in institutioneller Abgrenzung



	FL	FLO	FLW	FSFW	SN	Diff SN./FLW
insgesamt	23,9	25,0	23,7	24,1	25,7	8.153
Kernhaushalte	18,3	17,8	18,5	18,1	16,4	-8.279
Sonderrechnungen	1,7	3,4	1,4	2,9	2,2	3.515
öffentlich-rechtliche Einrichtungen	3,9	3,9	3,9	3,1	7,0	12.918

Unterschiedlicher Kommunalisierungsgrad

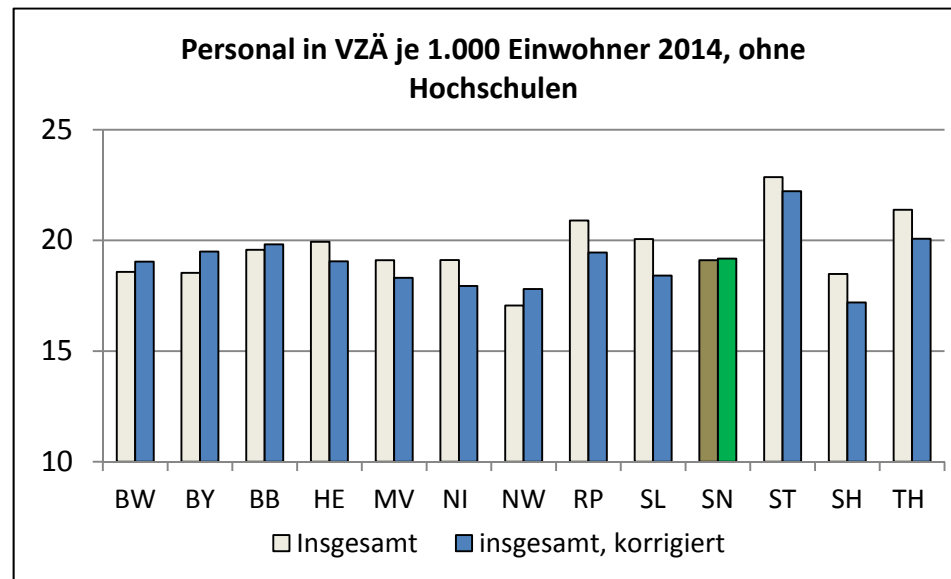
- Länder haben in unterschiedlichem Umfang Aufgaben auf die kommunale Ebene übertragen



	FL	FLO	FLW	FSFW	SN
Kommunalisierungsgrad	0,40	0,40	0,40	0,38	0,39
Kommunalisierungsgrad ohne Hochschulen	0,46	0,45	0,46	0,42	0,46

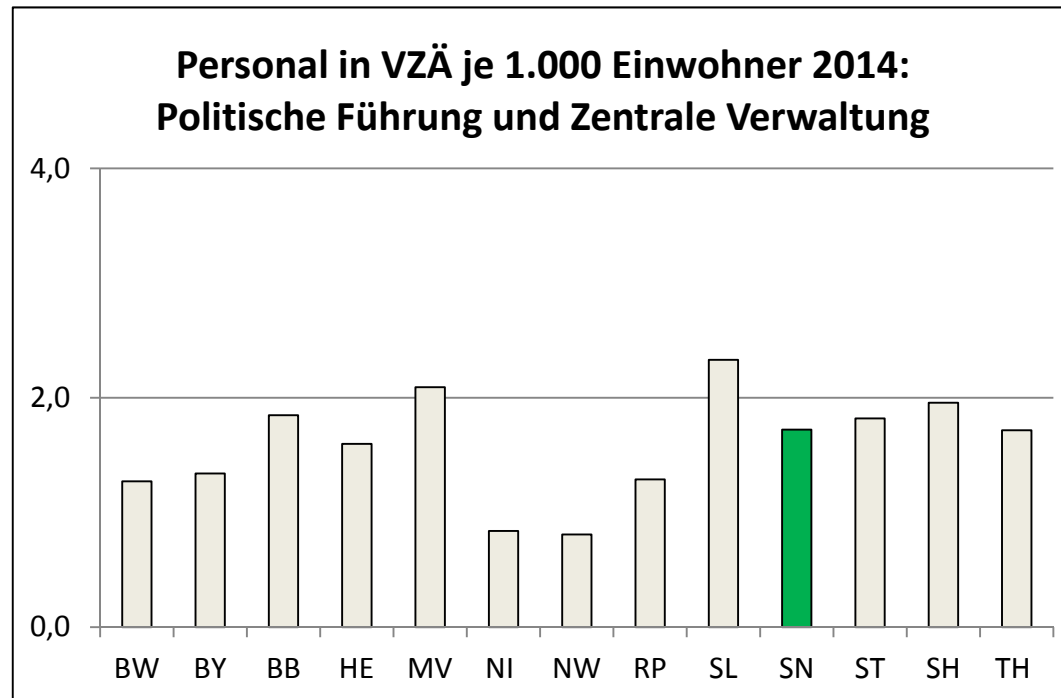
Personalbestände insgesamt mit/ohne Korrektur

- Korrektur um unterschiedliche Kommunalisierungsgrade führt im Aggregat nur zu geringen Anpassungen



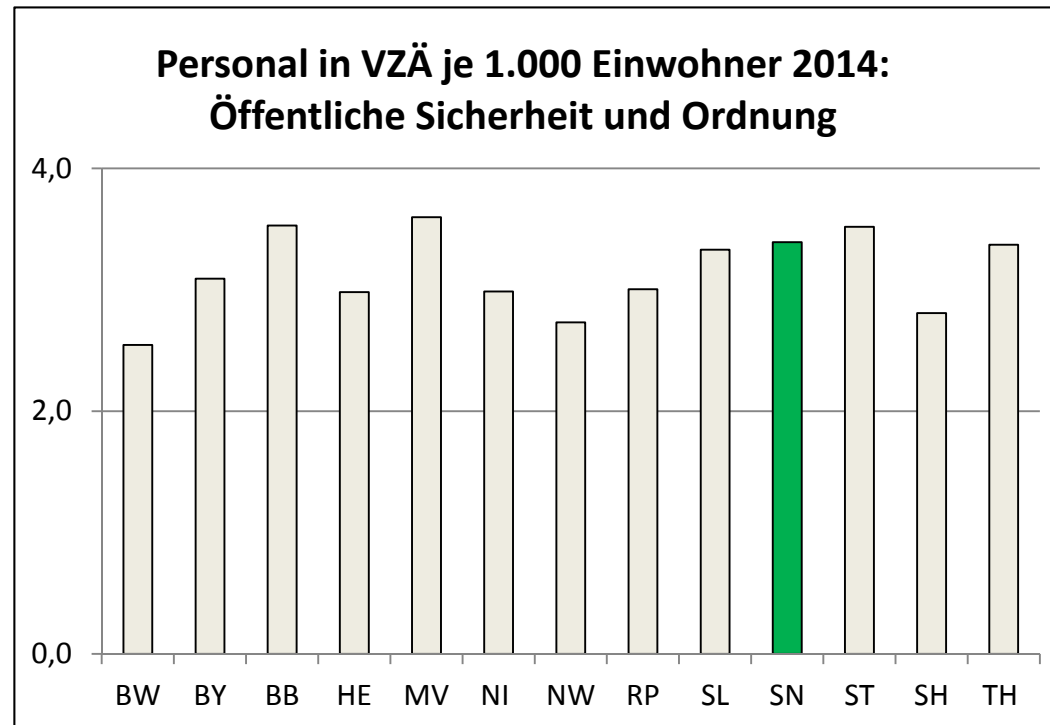
	FL	FLO	FLW	FSFW	SN	Diff SN./FLW
Insgesamt ohne Hochschulen	18,8	20,3	18,5	19,5	19,1	2.406
insgesamt ohne Hochschulen, korrigiert	18,8	19,9	18,6	18,2	19,2	2.424

Aufgabenbereich: Politische Führung/Zentrale Verwaltung



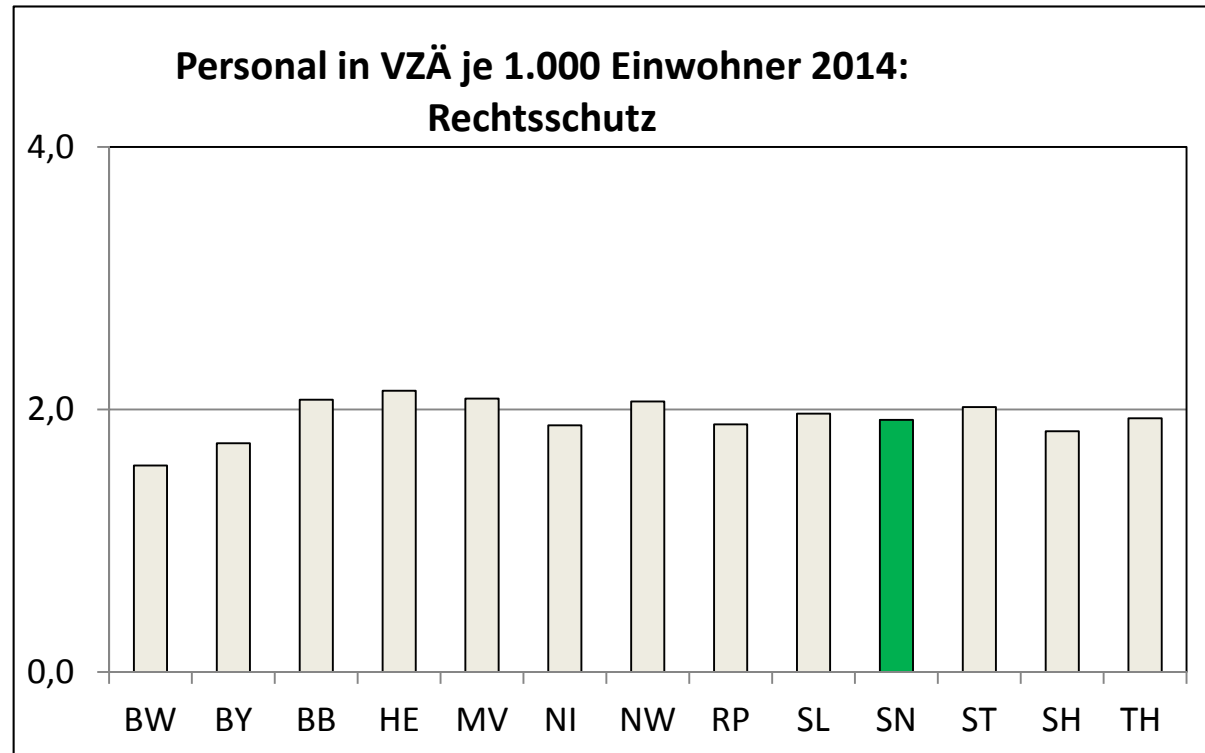
	FL	FLO	FLW	FSFW	SN	Diff SN./FLW
Politische Führung und zentrale Verwaltung	1,3	1,8	1,2	1,3	1,7	2.189

Aufgabenbereich: Öffentliche Sicherheit und Ordnung



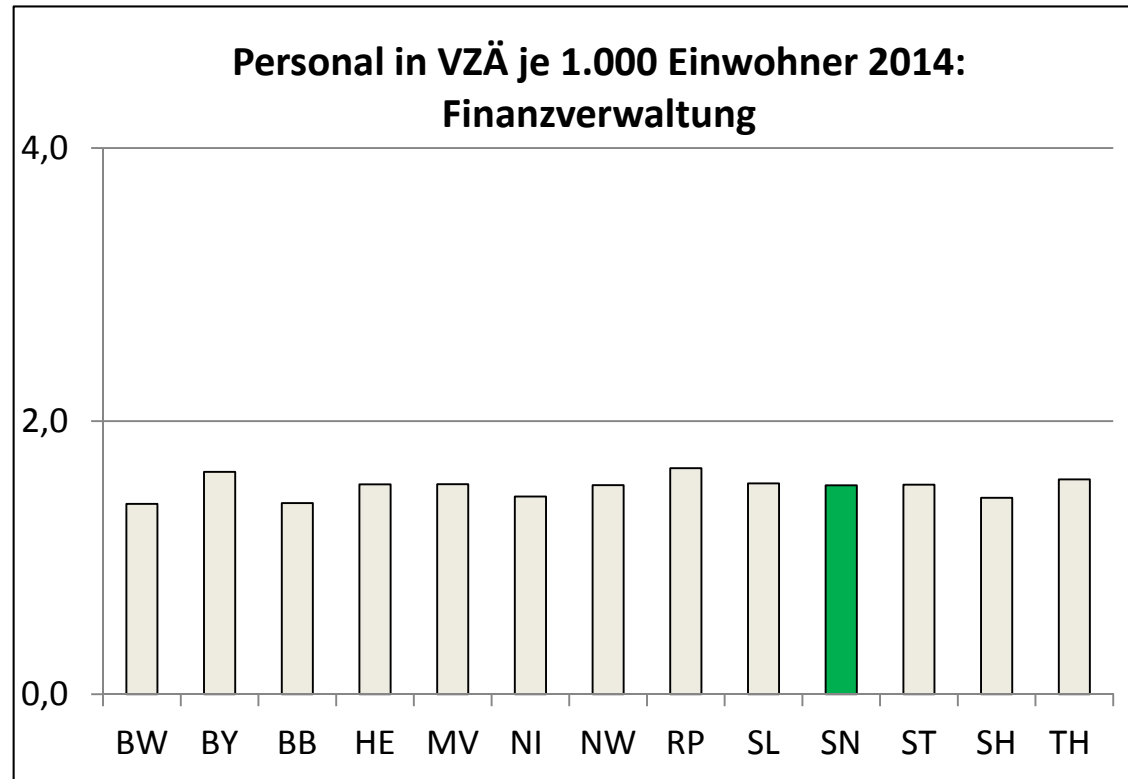
	FL	FLO	FLW	FSFW	SN	<i>Diff</i> SN./FLW
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3,0	3,5	2,9	3,0	3,4	2.161

Aufgabenbereich: Rechtsschutz



	FL	FLO	FLW	FSFW	SN	Diff SN./FLW
Rechtsschutz	1,9	2,0	1,9	1,9	1,9	180

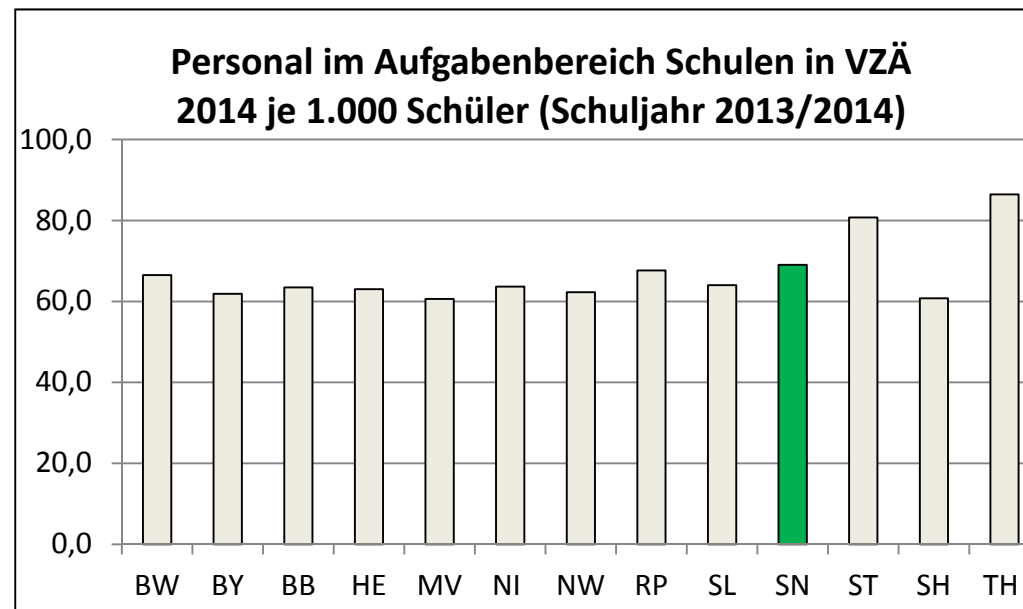
Aufgabenbereich: Finanzverwaltung



	FL	FLO	FLW	FSFW	SN	<i>Diff</i> SN./FLW
Finanzverwaltung	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	33

Aufgabenbereich: Schulen

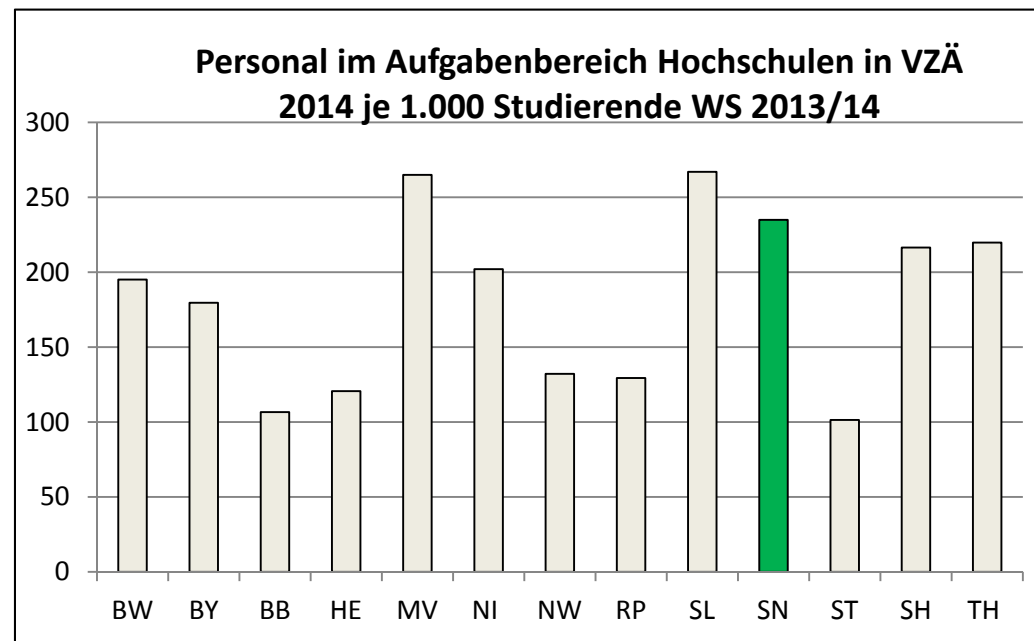
- im Aufgabenbereich Schulen ist der Einwohnermaßstab nicht sachgerecht, stattdessen: je Schüler



	FL	FLO	FLW	FSFW	SN	<i>Diff</i> SN/FLW
Schulen: Personal je 1.000 Schüler	64,6	71,9	63,5	64,2	69,1	2.469

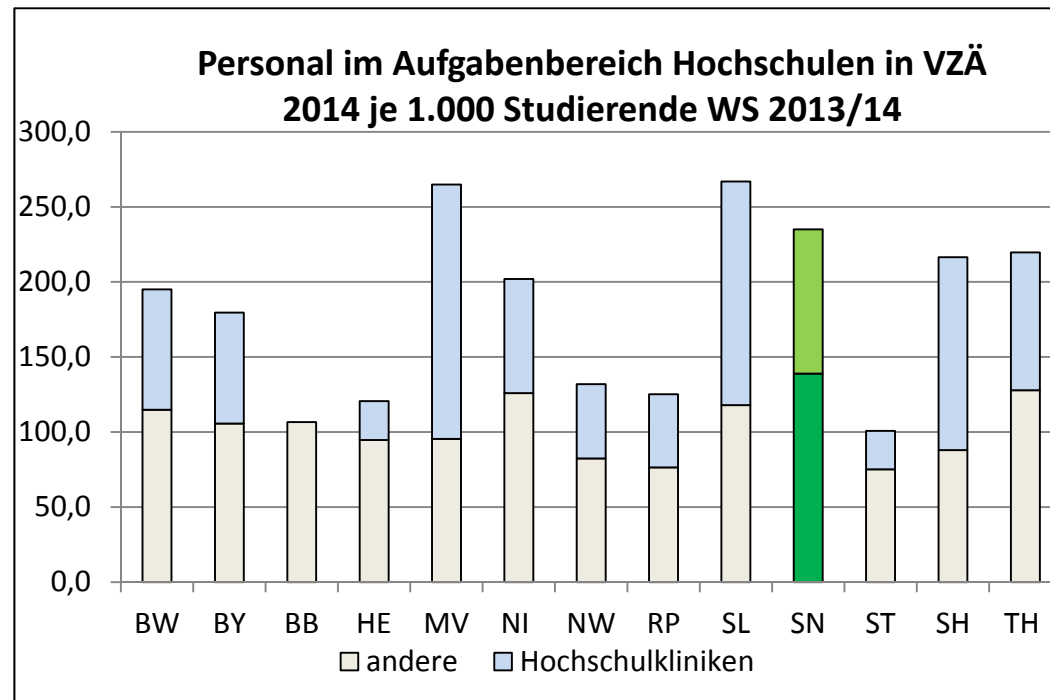
Aufgabenbereich Hochschulen

- im Aufgabenbereich Hochschulen: je Studierenden

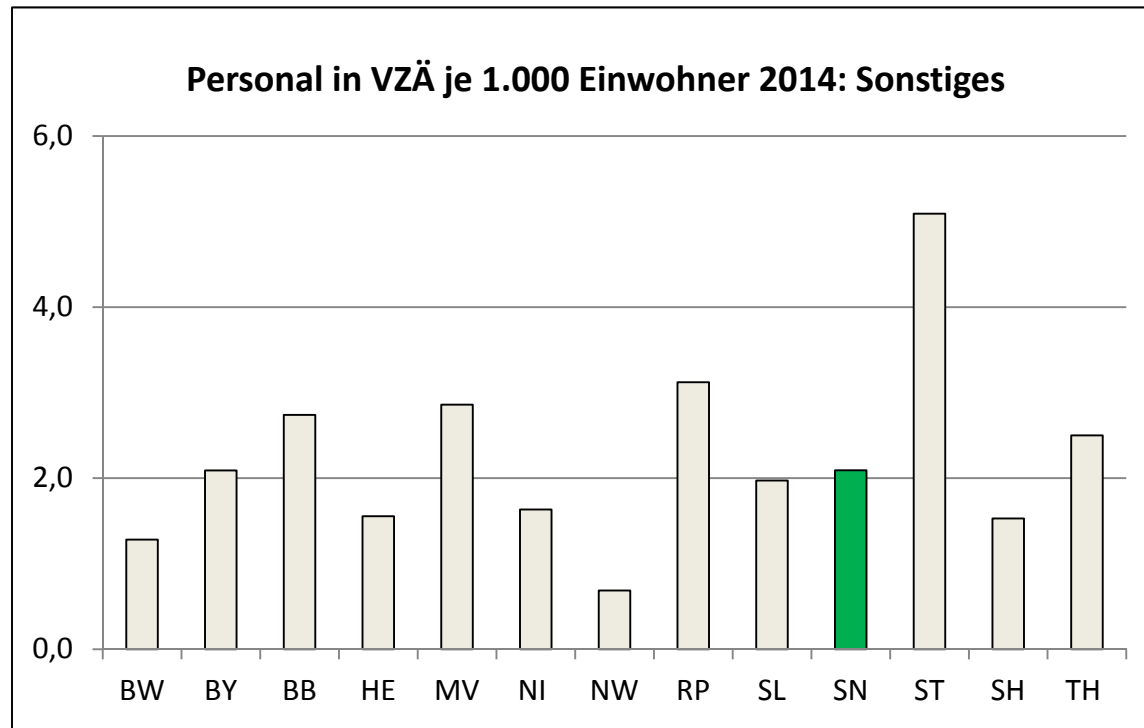


	FL	FLO	FLW	FSFW	SN	<i>Diff</i> SN SN./FLW
Hochschulen: Personal je 1.000 Studenten	164,5	191,4	160,3	185,8	234,9	8.459

Aufgabenbereich: Hochschulen



Sonstige Aufgabenbereiche



	FL	FLO	FLW	FSFW	SN	Diff SN./FLW
sonstiges	1,7	2,9	1,5	2,0	2,1	2.443

Fazit

- Ländervergleich kann Hinweise auf „typischen“ Personaleinsatz (=Schätzwert für objektiven Bedarf) in den einzelnen Aufgabenbereichen geben
- in vielen Bereichen weist Sachsen gegenüber der Vergleichsgruppe „Flächenländer West“ Personalmehrbestände in teils beträchtlicher Höhe auf
- bei rückläufiger Bevölkerungszahl geht der Ersatzbedarf an Personal zusätzlich zurück, da von „konstanten Skalenerträgen“ in der Leistungserstellung ausgegangen werden kann
- altersbedingt ausscheidendes Personal im öffentlichen Dienst wird daher nicht überall vollständig ersetzt werden können; wie hoch der jeweilige Abbaubedarf ist, muss gesondert ermittelt werden

Kontakt:

Prof. Dr. Joachim Ragnitz

ifo Institut, NL Dresden

ragnitz@ifo.de

3. Sitzung

der Kommission zur umfassenden Evaluation der Aufgaben, Personal- und Sachausstattung



+



Andreas Spieker

Gerhard Pöschmann

Vorstellungen der Vertreter der Beschäftigten

Dresden, am 8. Mai 2015

Gliederung

1. Präambel (Ausgangslage, Fragen, Grundsätze)
2. Politische Handlungsfelder
 - 2.1 Stellenplanung
 - 2.2 Zum Image des öffentlichen Dienstes im Freistaat Sachsen
 - 2.3 Zur Zusammenarbeit
3. Die Aufgaben des Personalmanagements und der Personalentwicklung
 - 3.1 Bewertung
 - 3.2 Personalentwicklung
 - 3.3 Personalmanagement
4. Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes
5. Nutzung von Synergiemöglichkeiten
6. Was hat die Kommission noch zu leisten?
7. Resümee

Präambel (1)

Zur Ausgangslage:

Immer weniger Beschäftigte
sollen hochmotiviert
immer mehr Aufgaben erledigen,
haben dafür immer weitere (Arbeits-)Wege zurückzulegen,
werden im Durchschnitt immer älter
und finden in der Privatwirtschaft häufig bessere Konditionen vor!

Es stellen sich folgende Fragen:

1. Welche Aufgaben sind vom Freistaat „pflichtgemäß“ zu erbringen?
2. Welche Aufgaben will der Freistaat auch weiterhin wahrnehmen?
3. Was kann sich der Freistaat künftig leisten, um die anstehenden Aufgaben weiter in hoher Qualität erfüllen zu können?
4. Wie kann man den Freistaat Sachsen als Arbeitgeber/ als Dienstherrn attraktiver gestalten?

Präambel (2)

Grundsätze:

- Der Freistaat Sachsen kann, darf und wird nicht ausschließlich nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten funktionieren!
- Der Staat darf sich aus seiner Fürsorgepflicht nicht zurückziehen. Der Dienstherr muss sich noch aktiver um seine Mitarbeiter bemühen!
- Der Personalbestand muss sich an den zu erledigenden Aufgaben orientieren!
- Der zunehmende Wettbewerb mit der Wirtschaft und die Gewinnung geeigneter, qualifizierter Nachwuchskräfte, werden auch von den aufgezeigten Möglichkeiten der Personalentwicklung bestimmt.
- Das Beamtenverhältnis ist Fundament für eine verlässliche Verwaltung. Verbeamtung schafft Sicherheit.

1. Politische Handlungsfelder (1)

Stellenplanung:

Der eigentliche Stellenabbau bezieht sich zur Zeit auf die Beschäftigten in den Kernbereichen der Verwaltung. Den Stellenabbau hier fortzuführen hieße, die staatliche Verwaltung zu destabilisieren.

Notwendig sind

- die sofortige Möglichkeit zur Flexibilisierung des beschlossenen Stellenabbaus durch Verschiebung von KW-Verpflichtungen (auch anteilig möglich),
- die sofortige Ausbringung von Einstellungskorridoren in allen Ressorts (z. B. 50 % der festgelegte KW-Stellen oder 50 % der Altersabgänge – bezogen auf 2020 – oder vorerst auf Grundlage von Plausibilitätsnachweisen),
- die Einrichtung eines Sondereinstellungskorridors (D-Soll) ab dem Doppelhaushalt 2017/18 zur Abfederung der derzeitigen Tendenz der demografischen Entwicklung und der zu erwartenden Konkurrenzsituation zwischen den Arbeitgebern.

1. Politische Handlungsfelder (2)

Image des öffentlichen Dienstes:

- Darstellung/Entwicklung einer wertschätzenden Leitkultur als klares Bekenntnis zu den Leistungen der Beschäftigten in der Öffentlichkeit. Die Identifikation mit der Tätigkeit gehört zu den entscheidenden Faktoren eines verantwortungsbewussten Miteinander. Hierzu müssen klare Anforderungen formuliert werden (z.B. der Umgang mit Entscheidungskompetenz und Verantwortung).
- Grundsätzlicher Paradigmenwechsel bei der Vergütung/Besoldung der Beschäftigten (Orientierung am TVöD und Blick auf Tarifabschlüsse in der Wirtschaft)
- Schaffung von realistischen und annehmbaren Möglichkeiten zum vorzeitigen, bzw. „gleitenden“ Ausscheiden aus dem Dienst (tariflich und beamtenrechtlich; z. B. Abfindungsregelungen, Vorruhestandsregelungen, Altersteilzeitmodelle usw.)
- Schaffung von flexiblen, lebensphasenorientierten Arbeits- und Arbeitszeitregelungen (auch Langzeitarbeitskonten; s. auch Punkt 3).

1. Politische Handlungsfelder (3)

Zusammenarbeit:

- Neuausrichtung der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, insbesondere durch:
 - a. die Bereitschaft zum Abschluss von Tarifverträgen
 - b. die Verabredung eines Procedere zur Einbeziehung von Gewerkschaften bei der Erarbeitung von beamtenrechtlichen Regelungen (VEREINBAREN STATT VERORDNEN!).

- Hinwirken darauf, dass von der EU oder vom Bund vorgegebene Standards notwendig UND plausibel sind

2. Aufgaben des Personalmanagements (PM) und der Personalentwicklung (PE) – (1)

Bewertung (1):

- Bewertung aller Einzelaufgaben nach gesetzlicher Verpflichtung, objektiver Notwendigkeit und/oder politischer Relevanz und zusätzlich zu erbringender Leistungen in den Ressorts unter Anwendung der gleichen Matrix
- In Eigenverantwortung der Ressorts eine umfassende Darstellung des Verhältnisses zwischen objektivem Personalbedarf und Personalbestand, bis hinunter auf alle Einzelaufgaben (ggf. mit Unterstützung externer Beratungseinrichtungen)
- **Hinweis:** Das Benchmarking mit anderen Bundesländern kann lediglich dann als Bewertungsmaßstab gelten, wenn die Vergleichbarkeit der Bereiche tatsächlich gegeben ist.

2. Aufgaben des Personalmanagements (PM) und der Personalentwicklung (PE) – (2)

Bewertung (2):

- Bewertung aller Standards auf Plausibilität und Notwendigkeit in eigener Verantwortung der Ressorts
- Die für die Statusgruppe der Beamten gesetzlich vorgeschriebene PE sollte schnellstmöglich vorgebracht und nicht nur als Instrument zur Entwicklung von Führungskräften, sondern auch als Basis für eine gesunde und attraktive Gestaltung von Arbeit insgesamt gesehen werden.
- Die Grundlagen für Personalentwicklungskonzepte (PEK) sollten umfassend zwischen den Ressorts abgestimmt und vereinheitlicht werden.
- Das erklärte Ziel, mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen, könnte z.B. auch durch die Möglichkeit der Teilzeitfähigkeit von Führungspositionen erreicht werden (s. auch Punkt 3).

2. Aufgaben des Personalmanagements (PM) und der Personalentwicklung (PE) – (3)

Personalentwicklung (1):

- In allen Ressorts sollten eigenständige „Personalentwickler“ wirksam werden (Schnittstelle und Bindeglied zwischen Personalmanagement, Organisation und Haushalt).
- Die Personalentwicklung sollte in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften auf die Statusgruppe der Arbeitnehmer adaptiert werden (möglichst im Rahmen einer speziellen Arbeitsgruppe und ggf. mit dem Ziel des Abschlusses eines Tarifvertrages oder von Dienstvereinbarungen).
- Die Beschäftigten sollten bei allen Veränderungsprozessen weitestgehend eingebunden werden (aktive Anwendung des Changemanagements).
- PE sollte zu dienststellen-, ressort- und dienstherrenübergreifender Flexibilität und zum Umgang mit den veränderten Erwartungshaltungen des Personals beitragen.

2. Aufgaben des Personalmanagements (PM) und der Personalentwicklung (PE) – (4)

Personalentwicklung (2):

- Notwendig sind in den Ressorts spezielle Konzepte zur systematischen Führungskräfteentwicklung, wobei auch hier die wichtigsten Standards zwischen den Häusern abgestimmt werden sollten.
- Bei der Nach- oder Neubesetzung von Führungspositionen sollte verstärkt auf hohe Sozial- und Führungskompetenz geachtet werden. Entsprechende Bewertungskriterien sollten erarbeitet werden und in allen Ressorts als Maßstab dienen (best practice: Personalmanagement der Hansestadt Hamburg).
- Prinzipiell ist ein Jahr Probezeit bei erstmaliger (dauerhafter) Übertragung von Führungsverantwortung sinnvoll.

2. Aufgaben des Personalmanagements (PM) und der Personalentwicklung (PE) – (5)

Personalentwicklung (3):

- Führungskräfte befinden sich in einer „Sandwich“-Position. Wegen der besonderen Verantwortung von Führungskräften für das Arbeitsklima ist ein (wissenschaftlich begleitetes) **Vorgesetzten-Feedback** unumgänglich.
- Die Entscheidung über die Notwendigkeit kann nicht den einzelnen Dienststellen überlassen werden.

2. Aufgaben des Personalmanagements (PM) und der Personalentwicklung (PE) – (6)

Personalmanagement:

- Die Einarbeitung neuer Beschäftigter durch bisherige Stelleninhaber sollte grundsätzliches Ziel sein (z. B. „Tandem“; best practice: PM des Freistaates Bayern).
- Eine „Rotation“ sollte nur dann erfolgen, wenn es **tatsächlich** der Aufgabenerfüllung UND dem Fortkommen des Beschäftigten dienlich ist.
- Einführung und Umsetzung eines **anererkennungsfähigen und einfach gestaltetem** betrieblichen Vorschlagswesens

3. Steigerung der Attraktivität des öD beim Freistaat Sachsen – (1)

- Die zunehmende Konkurrenz mit der Privatwirtschaft verlangt eine Steigerung der Attraktivität des öD zur Gewinnung geeigneter Bewerber in ausreichender Anzahl.
- Personalentwicklung ist kein Druckmittel, sondern ein Steuerungsinstrument und ein Instrument zur Förderung der Beschäftigten.
- Unterschiedliche Lebenssituationen erfordern ein unterschiedliches Herangehen.
- Neu- und Umstrukturierungen der Aufgabenerledigung dürfen nicht mehr zu Lasten der Beschäftigten gehen. Soziale Härten sind auszugleichen.

3. Steigerung der Attraktivität des öD beim Freistaat Sachsen – (2)

- Die für den Freistaat Sachsen sehr ungünstige demographische Entwicklung muss möglichst stark abgeschwächt werden.
- Dazu bedarf es:
 - überproportionaler Einstellungen und
 - Ausstiegsmöglichkeiten für ältere Beschäftigte bei gleichzeitiger Neubesetzung der frei werdenden Stellen.
- Die unterschiedlichen Lebenssichten der verschiedenen Generationen (z.B. der neue Generation Y ...) müssen Beachtung im Berufsalltag finden [Bereitschaft, sich im Beruf zu engagieren, Übernahme von Verantwortung, außerberufliche (z.B. ehrenamtliche) Betätigungen, ...].
- Berufliches und Privates muss besser vereinbar werden.

3. Steigerung der Attraktivität des öD beim Freistaat Sachsen – (3)

- Die Forderungen nach flexiblen, lebensphasenorientierten Arbeitszeitmodellen erscheinen nicht mehr unter dem Licht der Erfüllung der Erwartungshaltungen des Personals, sondern als ein wichtiger Weg, den öD auch zukünftig attraktiv gestalten zu können.
- Die Arbeitsbedingungen in unseren Dienststellen müssen für gute Leute und ein gutes Klima gestaltet werden, d. h., Arbeitsbedingungen und Betriebsklima bestimmen sich wechselseitig!
- umfassende Flexibilisierungsmöglichkeiten bei Arbeitszeitregelungen nutzen
- Gestattung und Gestaltung der mobilen Arbeit
- Gestattung und Gestaltung der alternierenden Satellitenarbeit

3. Steigerung der Attraktivität des öD beim Freistaat Sachsen – (4)

- Einführung von Langzeitkonten zulassen, insbesondere als lebensphasenorientierte Arbeitszeitmodelle
- Förderung, Ausgestaltung und ausreichend finanzielle Untersetzung eines aktiven betrieblichen Gesundheitsmanagements in allen Ressorts
- Maßnahmen zur Gesundheitsvorsorge umfassen insbesondere auch das Arbeitsklima.
- Bereits geltende gesetzliche Regelungen zu Arbeitsschutz, Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz sind konsequent umzusetzen.
- Sächsische Image-Kampagnen sollten auf die Verwaltung und die Justiz ausgedehnt werden,

4. Nutzung von Synergiemöglichkeiten

zwischen den Ressorts und zwischen den Dienststellen (auch Dienststellenübergreifend) und zwischen Bundesländern

- Stärkung des **SIB** als Kompetenzen bündelnde, zentral zuständige staatliche Einrichtung für das Bauen, Betreiben, Steuern und Bewirtschaften aller Gebäude und Grundstücke (somit für einen erheblichen Anteil des Gesamtvermögens des Freistaates). Das an anderen Stellen des Freistaates originär für diese Zwecke eingesetzte Personal sollte - ebenso wie die zugehörigen Aufgaben - beim SIB konzentriert werden, um den sich aus dem Eigentum an Immobilien und Grundstücken ergebenden gesetzlichen Verpflichtungen gerecht werden - und für eine **bedarfsgerechte, nachhaltige Bausubstanz** der Sächsischen Verwaltung sorgen zu können.
- Personelle Ausgestaltung des **SID** als beschaffende und unterstützende Einrichtung auf dem Gebiet der IT bei weiterer Vorhaltung von IT-Kompetenz zum Erhalt des Nutzerservices und zur Möglichkeit der Entwicklung von Fachverfahren in den Ressorts (bei Vorhaltung der dafür notwendigen Stellen)
- weitere Generierung von „Shared Services“ auf den Gebieten der Beschaffung und der internen Dienstleistungen (z.B. Reisekostenabrechnung, Materialbeschaffung, Kfz-Beschaffung usw.)

5. Was hat die Kommission während ihrer Arbeit noch zu leisten?

- Erarbeitung von Grundgedanken und Leitlinien für ein Konzept zur aufgabenorientierten Struktur- und Personalplanung (ggf. unter Einbeziehung weiteren externen Sachverständes)
- Information über die Arbeit der Kommission in der AG der HPR
- ggf. Beschäftigteninformationen in abgestimmter Form

5. Resümee – (1)

Ein offenes und ehrliches Bekenntnis ist notwendig:

Der Stellenabbau auf 70.000 Stellen bis 2020 muss vom Tisch sein!

(dazu kurzfristige Information des Kabinetts und der Regierungsfractionen)

Auch die Öffentlichkeit sollte über die Arbeit der Kommission in Kenntnis gesetzt und zur Meinungsäußerung angeregt werden.

5. Resümee (2)

Notwendig ist ein "Drei-Stufen-Plan":

- **Stufe 1:** Handlungspaket "SOFORT" (Wirksamkeit im aktuellen Doppelhaushalt)
- **Stufe 2:** Handlungspaket "2015 bis 2018" (mit planerischer Wirkung für den nächsten DH)
- **Stufe 3:** Handlungspaket "2015 bis 2030"

Vielen Dank!

Eckpunkte der Bedienstetenvertreter für Handlungsempfehlungen zum Arbeitsschwerpunkt Personal



Andreas Spieker

Gerhard Pöschmann

Eckpunkte Personal

Wenn der Öffentliche Dienst im Freistaat Sachsen seine Aufgaben in vollem Umfang erfüllen soll, ist eine **nach Umfang und Qualität angemessene Personalausstattung unentbehrlich**. Diese Voraussetzung ist bereits heute in Teilbereichen nicht mehr gegeben. Dies ist zum Teil Folge der bisherigen Stellenabbaukonzepte, die kaum Rücksicht auf die Aufgabenstruktur und -entwicklung der Verwaltung genommen haben und zudem auf inzwischen überholten Bevölkerungsprognosen beruhen.

Mögliche Handlungsempfehlungen

- Der beschlossene Stellenabbau soll insgesamt auf den Prüfstand gestellt und nur in solchen Bereichen ggf. fortgesetzt werden, in denen gemessen an den zu erledigenden Aufgaben nachweislich eine Überbesetzung besteht.
- Soweit der Personalbedarf auf der Basis wissenschaftlich fundierter und extern begleiteter Berechnungssysteme nachgewiesen ist, ist das Berechnungsergebnis der Stellenausstattung zugrunde zu legen. In den übrigen Bereichen sollen langfristig entsprechende Systeme entwickelt werden.
- In Ressorts mit bereits defizitärer Personalausstattung ist über den Stopp des Stellenabbaus hinaus die Deckung der Personallücke erforderlich.
- Etwaige Stellenabbau- und Personalplanungskonzepte können immer nur unter Berücksichtigung der jeweils bestehenden Aufgabenstruktur und der prognostischen Aufgabenentwicklung erarbeitet werden.
- Die Ausweitung der kostenneutralen Stellenplanflexibilisierung auf die gesamte Staatsverwaltung ermöglicht es den Ressorts die konkrete Umsetzung des Generationenwechsels individuell zu steuern. Entscheidend ist im Jahresvollzug das Ausgaben-Soll als Obergrenze und nicht der Stellenplan.
- Eine Bindung der Mitarbeiter an den Öffentlichen Dienst ist anzustreben.

Eckpunkte Personal

Die Gewinnung des benötigten Personals ist eine der großen Herausforderungen der kommenden Jahre. Der Freistaat Sachsen konkurriert dabei – bei zurückgehendem Bewerberangebot – mit dem Öffentlichen Dienst anderer Länder, des Bundes und der Kommunalverwaltungen sowie mit Unternehmen und Verbänden. Der Arbeitsmarkt entwickelt sich mit dem Rückgang des Erwerbspersonenpotentials zunehmend von einem Arbeitgebermarkt zu einem Bewerbermarkt. In dieser Konkurrenzsituation kann der Freistaat Sachsen als Arbeitgeber nur bestehen, wenn er die Attraktivität seiner Arbeitsangebote steigert und die Zeit nutzt, in der noch geeignete Bewerber in hinreichender Zahl zur Verfügung stehen.

Mögliche Handlungsempfehlungen

- Für die Gewinnung von Personal besonders begehrter Fachrichtungen, das wegen besserer Verdienstmöglichkeiten im privaten Sektor schon heute allenfalls noch mit größten Schwierigkeiten rekrutiert werden kann (z.B. IT-Techniker, Ärzte, Psychologen), sollten zusätzliche finanzielle Anreize geprüft werden und diese flexibel einsetzbar sein.

- Die Möglichkeiten der Altersteilzeit, des Vorruhestandes und der Abfindungen, verbunden mit der Neubesetzung der frei gewordenen Stellen, sollten erneut geprüft werden, um den gebündelten und forcierten Altersabgang zu entzerren.
- In Bereichen, in denen zwar gegenwärtig noch qualifizierte Bewerber zur Verfügung stehen, jedoch für die Zukunft bereits ein gravierender Bewerbermangel mit hoher Wahrscheinlichkeit prognostizierbar ist, sollten, soweit dies nicht zu einer andauernden Überbesetzung führt, so bald wie möglich Einstellungen ermöglicht werden.
- Der Freistaat Sachsen muss, um als Arbeitgeber attraktiv zu bleiben, eine gerade auch im Vergleich mit anderen Ländern, den Kommunalverwaltungen und dem Bund angemessene Besoldung bzw. Vergütung anbieten.
- Wichtiges Kriterium für die Anziehungskraft eines Arbeitgebers sind zunehmend die Flexibilität der angebotenen Arbeitszeit- und Heimarbeitsmodelle sowie insgesamt die Familienfreundlichkeit der Arbeitsbedingungen. Hier hat der Freistaat schon vieles geleistet, weitere Möglichkeiten sind jedoch zu prüfen. Zudem ist eine Personalausstattung erforderlich, die es erlaubt, diese Modelle mit Leben zu erfüllen.
- Die Aufgabenvielfalt im Öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen, die Durchlässigkeit zwischen verschiedenen Verwaltungsbereichen und die damit verbundenen vielseitigen beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten sind Vorteile im Wettbewerb um junge, gut ausgebildete Nachwuchsarbeitkräfte. Es ist zu prüfen, ob durch entsprechendes „Employer-Branding“ in der Öffentlichkeit ein genaueres und damit positiveres Bild von einer Tätigkeit in der Staatsverwaltung erzeugt werden kann, um diese und weitere Vorteile des Öffentlichen Dienstes im Freistaat Sachsen sichtbarer zu machen.
- Konzepte zur Verbesserung der Personalgewinnung sollten den berufsgruppenspezifischen Besonderheiten Rechnung tragen, um eine möglichst adressatengerechte und damit erfolgversprechende Ansprache der potentiellen Kandidaten zu gewährleisten.
- Die Einschränkung von befristeten Arbeitsverhältnissen im Öffentlichen Dienst sollte angestrebt werden, um die Bindung des Nachwuchses an die Staatsverwaltung zu erhöhen und die Chancen im Bewerbermarkt zu erhöhen (Abkehr von sachgrundlosen Befristungen gem. § 14 Abs. 2 TzBfG).

Eckpunkte Personal

Der Personalbedarf der Verwaltung lässt sich nur teilweise über den allgemeinen Arbeitsmarkt befriedigen. In vielen Verwendungen sind dagegen spezielle Kenntnisse und Abschlüsse erforderlich, die nur im Wege einer durch den Freistaat selbst betriebenen Ausbildung erworben werden können. Der Öffentliche Dienst kann daher nur dann seine Leistungsfähigkeit bewahren, wenn die **Ausbildung des eigenen Nachwuchses zielgenau, rechtzeitig, im notwendigen Umfang und in hoher Qualität** gewährleistet ist. Ebenso ist an den Lehreinrichtungen des Freistaates die Möglichkeit der beruflichen Bildung und Qualifikation bedarfsgerecht auszubauen.

Mögliche Handlungsempfehlungen

- Bewährte Ausbildungsgänge und Ausbildungseinrichtungen sind zu erhalten und auszubauen, neue Ausbildungsgänge passgenau zu entwickeln und überflüssige oder veraltete Ausbildungsinhalte aufzugeben.
- Personal kann nicht von heute auf morgen ausgebildet werden. Es ist daher eine langfristige Planung der Personal- und Ausbildungsbedarfe der verschiedenen Laufbahnen erforderlich. Der Lehrkörper an den Einrichtungen des Freistaates ist an diesen Bedarf anzupassen.
- Das Starten einer Imagekampagne für Ausbildungen im Öffentlichen Dienst sollten auf alle Bereiche mit absehbarem Nachwuchsmangel ausgeweitet werden, zentrale Vorteile sollten dabei im Fokus stehen (hohe Ausbildungsqualität mit hohen Absolventenquoten, sichere Arbeit, flexible Arbeitsgestaltungs-, Aufstiegs- und Weiterbildungsmöglichkeiten, Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen)

- In der Laufbahngruppe 2, dem ehemaligen gehobenen und höheren Dienst, hängt die Gewinnung ausreichenden und qualifizierten Personals auch von umfassenden Studienangeboten an den sächsischen Hochschulen in den benötigten Fachrichtungen ab. Der Bedarf der Verwaltung etwa an Lehrern, Juristen und IT-Spezialisten muss daher integraler Bestandteil der Hochschulplanung sein. Die Kapazitäten der FHSV-FoBiZ sind bedarfsgerecht auszubauen.
- Ausbau der Angebote von Referendariaten in technischen und fachspezifischen Bereichen mit entsprechendem Bedarf um die Referendare mit dem bereits erworbenen technischen und fachspezifischen Vorwissen zielgenau in die Verwaltungsabläufe einzugliedern.
- Gute Bewerber lassen sich für die spezialisierten Ausbildungsangebote der Verwaltung etwa an der FHSV oder dem ABZ nur dann gewinnen, wenn sie eine realistische Chance haben, bei erfolgreichem Abschluss der Ausbildung in Sachsen in den Öffentlichen Dienst eingestellt zu werden. Um derartige Perspektiven aufzeigen zu können, ist eine langfristige und zuverlässige Bedarfs- und Stellenplanung in den Ressorts unabdingbar.

Eckpunkte Personal

Die Ausfälle wegen Krankheit oder dauernder Dienstunfähigkeit nehmen im Öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen seit Jahren zu. Es ist unter den Gesichtspunkten der Fürsorge des Dienstherrn, der Kostenersparnis und der Funktionsfähigkeit der Verwaltung geboten, **Maßnahmen zu ergreifen, um die Gesundheit der Bediensteten zu erhalten oder wiederherzustellen.**

Mögliche Handlungsempfehlungen

- Verbindliche Konzepte und Handreichungen zum Gesundheitsmanagement sind, soweit noch nicht vorhanden, durch alle Ressorts zu entwickeln.
- Erstellung eines landesweit geltenden demografiesensiblen Personalmanagementleitfadens; Inhalte können sein:
 - o lebensphasenorientierte Personalpolitik
 - o betriebliches Gesundheitsmanagement
 - o Stärkung Vereinbarkeit Beruf und Privatleben
 - o Verbesserung des lebenslangen Lernens
 - o Vorgaben für Büroausstattungen
- Papiere und Gesprächskreise allein können dabei jedoch nur wenig bewegen. Erforderlich ist auch die Investition in die Gesundheit der Mitarbeiter, etwa durch die Beschaffung ergonomischer Büromöbel, das Angebot geeigneter Fortbildungen und die Einstellung spezialisierter Mitarbeiter für die Planung und Begleitung des Gesundheitsmanagements.
- Ein besonderes Risiko für die Gesundheit v.a. auch der Leistungsträger in der Verwaltung ist die Arbeitsüberlastung. Eine am Bedarf orientierte Personalausstattung ist daher gleichzeitig eine wirksame Maßnahme zur Gesunderhaltung der Bediensteten.
- Ein starker Stressfaktor ist für viele Bedienstete die gleichzeitige Abdeckung familiärer und dienstlicher Pflichten. Auch unter dem Gesichtspunkt der Gesunderhaltung der Mitarbeiter sind daher flexible Arbeitszeit- und Heimarbeitsmodelle notwendig.
- Behörden müssen so organisiert sein, dass Überlastungssignale in einzelnen Bereichen schnell erkannt werden und effiziente Gegenmaßnahmen möglich sind, um den Arbeitsanfall in der Behörde möglichst gleichmäßig zu verteilen.
- Die Gesundheit der Bediensteten wird auch von der Art der Führung beeinflusst. Wertschätzendes und kooperatives Führen sollte daher in Führungskräftefortbildungen einen erheblichen Raum einnehmen. Behördenleitungen sollten die Entwicklung einer wertschätzenden Führungskultur einfordern.

<i>Eckpunkte Personal</i>
Das Potential der Bediensteten muss erkannt, gefördert und ausgeschöpft werden. Das liegt sowohl im Interesse des Freistaates Sachsen als auch im Interesse der Bediensteten selbst. Andernfalls drohen Leistungsdefizite und Motivationsverlust. Es ist daher eine nachhaltige und transparente Personalentwicklung in allen Ressorts erforderlich.
<i>Mögliche Handlungsempfehlungen</i>
<ul style="list-style-type: none">- Für die gesamte Staatsverwaltung müssen Eckpunkte eines Personalentwicklungskonzepts verbindlich festgelegt werden. Die konkrete und an die Gegebenheiten des jeweiligen Bereichs angepasste Ausgestaltung hat dann durch die Ressorts zu erfolgen.- In jedem Ressort muss eine zielgruppenorientierte Personalentwicklung stattfinden.- Ein wesentlicher Faktor bei der Entwicklung und Motivation von Personal sind berechenbare und transparente Karrierewege. Dazu ist mindestens erforderlich:<ul style="list-style-type: none">- Die Festlegung aussagekräftiger Anforderungsprofile in den geeigneten Bereichen- Das Vorhalten von Stellen angemessener Wertigkeit für herausgehobene Tätigkeiten im notwendigen Umfang.- In der Karriereplanung müssen neben der Verwendungsbreite auch die Verwendungstiefe beachtet werden.- Ohne stetige Fortbildung der Bediensteten ist eine konsequente Personalentwicklung nicht möglich. Es ist daher erforderlich, am Bedarf orientierte und stets auf aktuellem Stand gehaltene Fortbildungsangebote in der notwendigen Quantität vorzuhalten, die Bediensteten zu motivieren, hiervon Gebrauch zu machen, und für bestimmte Bedienstetengruppen, wie etwa Teilzeitbeschäftigte, passgenaue Angebote zu entwickeln. Die Möglichkeiten der Unterstützung von Aus- und Fortbildungen im teilweisen dienstlichen Interesse gemäß § 16 SächsRKG bzw. § 5 TV-L sind auszubauen und im Rahmen von Dienstvereinbarungen zu institutionalisieren. Atypische Lebensläufe müssen in den Grenzen des Dienst- und Tarifrechts bei der Eingruppierung und Stufenzuordnung hinreichende Berücksichtigung finden, um der Berufs- und Lebenserfahrung neuer Mitarbeiter angemessen Rechnung zu tragen.- Für langjährige und erfahrene Mitarbeiter sollte regelmäßig die Möglichkeit zum Aufstieg geschaffen bzw. verbessert werden und die Aufstiegsausbildung in die Laufbahngruppe 2, dem ehemaligen gehobenen und höheren Dienst, ermöglicht werden. Hierbei sollten für Fachverwaltungen eine länderübergreifende Zusammenarbeit angestrebt werden.- Um einen Austausch zwischen Kommunal- und Staatsverwaltung zu verbessern, sind attraktive Bedingungen zu schaffen.- Die Beschaffung einer potentiell in allen Ressorts nutzbaren Personalverwaltungssoftware ist zu prüfen.
<i>Eckpunkte Personal</i>
Der Altersaufbau ist im Öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen außerordentlich unausgewogen. In deutlich überalterten Behörden sind Leistungsfähigkeit, Motivation und Innovationskraft gefährdet; diese Defizite sind bereits sichtbar und werden durch ein Plus an Erfahrung nicht ausgeglichen. Mangels jüngerer Kollegen kann überdies das angesammelte Erfahrungswissen nicht im notwendigen Umfang weitergegeben werden. Es sind daher rechtzeitige Schritte zur Verbesserung der Altersmischung in den Behörden des Freistaates Sachsen erforderlich. Bei unreflektierter Fortführung des bislang festgelegten Stellenabbaus droht dagegen eine weitere erhebliche Verschärfung der bereits schwierigen Situation.
<i>Mögliche Handlungsempfehlungen</i>
<ul style="list-style-type: none">- In bestimmten Bereichen können passgenaue Angebote zum vorgezogenen oder auch zum hinausgeschobenen Eintritt in den Ruhestand den Generationenwechsel erleichtern. Eine Ausweitung derartiger Möglichkeiten ist daher zu prüfen.

- Es ist erforderlich, die rechtzeitige Einstellung jüngerer Mitarbeiter durch die Schaffung von „Demografiebrücken“ für alle Bereiche der sächsischen Staatsverwaltung zu ermöglichen:
 - a) In Bereichen, die wegen ihrer überdurchschnittlichen Personalausstattung weitere Stellen abzubauen haben, sollte eine passgenaue Verschiebung von kw-Vermerken geprüft werden, um wenigstens in einem engen Rahmen Neueinstellungen auch jetzt schon zu ermöglichen.
 - b) In Bereichen, die bereits auf eine Mindestpersonalausstattung zurückgeführt wurden, und denen daher ein weiterer Stellenabbau zu erlassen ist, kann im Zuge der Nachbesetzung der durch Altersabgänge freiwerdenden Stellen eine Verjüngung des Personalkörpers erzielt werden. Hier sollte jedoch geprüft werden, ob zur frühzeitigen Gewinnung von Personal besonders begehrter Fachrichtungen zusätzliche Stellen befristet zur Verfügung gestellt werden können.
 - c) In Bereichen, die bereits heute Besetzungsdefizite aufweisen, und die daher neben einem Stopp des Stellenabbaus durch – ggf. zum Teil befristete – Stellenmehrungen zu stärken sind, bestehen bei Umsetzung dieser Maßnahmen i.d.R. ausreichende Möglichkeiten der Verjüngung des Personalkörpers.
- Der anstehende Generationenwechsel ist durch die Ressorts mit Einführung eines Wissenstransfermanagements behördengenau und langfristig zu planen, um irreparable Versäumnisse zu vermeiden.
- Auch der Wissenstransfer innerhalb der Behörden muss vorbereitet werden, v.a. wenn größere Teile des Personalkörpers innerhalb kurzer Zeiträume in den Ruhestand eintreten.
- Die Einführung von Mentoren- und Tandemmodellen sollte auf Honorarbasis bzw. ein paralleles Einarbeiten in Spezialbereichen ermöglicht werden, um die Arbeitsfähigkeit der Verwaltungsbereiche zu erhalten.

Eckpunkte Personal

Motivation lebt auch von Gleichbehandlung. Es ist der Eindruck entstanden, dass Teilbereiche der Verwaltung, die ihre Interessen besonderes öffentlichkeitswirksam vertreten und dadurch Druck aufbauen können, bei der Personalausstattung erheblich bevorzugt werden. Demgegenüber ist es erforderlich, die **Lasten und Beschränkungen, die sich aus den begrenzten Finanzmitteln des Freistaates ergeben, gleichmäßig und gerecht und anhand der vorgenannten Kriterien auf alle Bereiche der Verwaltung zu verteilen.**

Mögliche Handlungsempfehlungen

- Werden Benchmarks – wie z. B. bislang die Personalausstattung der (finanzschwachen) westdeutschen Flächenländer – festgelegt, müssen diese ressortbezogen angewendet werden. Dagegen ist es im Interesse der Arbeitsfähigkeit der Verwaltung nicht möglich, eine höhere Besetzung in einzelnen Bereichen durch besonders rigides Sparen in anderen zu kompensieren.
- Die Ungleichbehandlung verschiedener Bereiche bei der Stellenausstattung ist auch ineffizient, weil bei den häufig ressortübergreifend zu erfüllenden Aufgaben, wie etwa der Inneren Sicherheit oder der Bewältigung der Flüchtlingssituation, das schwächste Glied die Leistungsfähigkeit der gesamten Verwaltung vorgibt.

Anlage 6

Anlage	Ressort	Beschreibung
1	SK	<ol style="list-style-type: none"> 1. Zusammenfassung aufgabenkritischer Konzepte 2. Übersicht der Altersstruktur zum 1. Januar 2015 <ul style="list-style-type: none"> ▪ Altersstruktur ▪ Fachrichtungen ▪ Laufbahngruppen 3. Übersicht zu Stellen und Planstellen nach DHH unter Berücksichtigung bestehender Abbauverpflichtungen 2021 ff.
2	SMWA	<ol style="list-style-type: none"> 1. Zusammenfassung aufgabenkritischer Konzepte 2. Übersicht der Altersstruktur zum 1. Januar 2015 <ul style="list-style-type: none"> ▪ Altersstruktur (Ressort, Ministerium, nachgeordneter Bereich) ▪ Fachrichtungen ▪ Laufbahngruppen 3. Übersicht zu Stellen und Planstellen nach DHH unter Berücksichtigung bestehender Abbauverpflichtungen 2021 ff.
3	SMI	<ol style="list-style-type: none"> 1. Zusammenfassung aufgabenkritischer Konzepte 2. Übersicht der Altersstruktur zum 1. Januar 2015 <ul style="list-style-type: none"> ▪ Altersstruktur (Ressort, Ministerium, nachgeordneter Bereich) ▪ Fachrichtungen ▪ Laufbahngruppen 3. Übersicht zu Stellen und Planstellen nach DHH unter Berücksichtigung bestehender Abbauverpflichtungen 2021 ff.
4	SMJus	<ol style="list-style-type: none"> 1. Zusammenfassung aufgabenkritischer Konzepte 2. Übersicht der Altersstruktur zum 1. Januar 2015 <ul style="list-style-type: none"> ▪ Altersstruktur (Ressort, Ministerium, nachgeordneter Bereich) ▪ Fachrichtungen ▪ Laufbahngruppen 3. Übersicht zu Stellen und Planstellen nach DHH unter Berücksichtigung bestehender Abbauverpflichtungen 2021 ff.
5	SMF	<ol style="list-style-type: none"> 1. Zusammenfassung aufgabenkritischer Konzepte 2. Übersicht der Altersstruktur zum 1. Januar 2015 <ul style="list-style-type: none"> ▪ Altersstruktur (Ressort, Ministerium, nachgeordneter Bereich) ▪ Fachrichtungen ▪ Laufbahngruppen 3. Übersicht zu Stellen und Planstellen nach DHH unter Berücksichtigung bestehender Abbauverpflichtungen 2021 ff.

6	SMK	<ol style="list-style-type: none"> 1. Zusammenfassung aufgabenkritischer Konzepte 2. Übersicht der Altersstruktur zum 1. Januar 2015 <ul style="list-style-type: none"> ▪ Altersstruktur (Ressort, Ministerium, nachgeordneter Bereich) ▪ Fachrichtungen ▪ Laufbahngruppen 3. Übersicht zu Stellen und Planstellen nach DHH unter Berücksichtigung bestehender Abbauverpflichtungen 2021 ff.
7	SMWK	<ol style="list-style-type: none"> 1. Zusammenfassung aufgabenkritischer Konzepte 2. Übersicht der Altersstruktur zum 1. Januar 2015 <ul style="list-style-type: none"> ▪ Altersstruktur (Ressort, Ministerium, nachgeordneter Bereich) ▪ Fachrichtungen ▪ Laufbahngruppen 3. Übersicht zu Stellen und Planstellen nach DHH unter Berücksichtigung bestehender Abbauverpflichtungen 2021 ff.
8	SMS	<ol style="list-style-type: none"> 1. Zusammenfassung aufgabenkritischer Konzepte 2. Übersicht der Altersstruktur zum 1. Januar 2015 <ul style="list-style-type: none"> ▪ Altersstruktur (Ressort, Ministerium, nachgeordneter Bereich) ▪ Fachrichtungen ▪ Laufbahngruppen 3. Übersicht zu Stellen und Planstellen nach DHH unter Berücksichtigung bestehender Abbauverpflichtungen 2021 ff.
9	SMUL	<ol style="list-style-type: none"> 1. Zusammenfassung aufgabenkritischer Konzepte 2. Übersicht der Altersstruktur zum 1. Januar 2015 <ul style="list-style-type: none"> ▪ Altersstruktur (Ressort, Ministerium, nachgeordneter Bereich) ▪ Fachrichtungen ▪ Laufbahngruppen 3. Übersicht zu Stellen und Planstellen nach DHH unter Berücksichtigung bestehender Abbauverpflichtungen 2021 ff.

Sächsische Staatskanzlei

1. Aufgabenkritische Konzepte des Ressorts (Zusammenfassung)

Um eine Vergleichbarkeit der Personalausstattung der Staats- bzw. Senatskanzleien der Bundesländer herzustellen, wurden die jeweiligen Stellenpläne zu Grunde gelegt. Dabei wurden die tatsächlichen Stellen berücksichtigt. Mangels vollständig vorliegender Unterlagen konnten Abordnungen in den Vergleich nicht einbezogen werden. Da dies jedoch gleichermaßen alle Staats- bzw. Senatskanzleien in den Bundesländern betrifft, ist eine Vergleichbarkeit unverändert gegeben.

In der Sächsischen Staatskanzlei waren in 2014 (ohne Abordnungen) 170 Stellen (nur Personalsoll A) besetzt. Hiervon entfallen 114 auf Beamte und 56 auf Tarifangestellte. Nachfolgend ist tabellarisch der unmittelbare Vergleich zur Personalausstattung mit den anderen Bundesländern dargestellt.

	Bundesland	Stellen	Einwohnerzahl
1	Bremen ¹	101,74	657.391
2	Mecklenburg-Vorpommern	126	1.596.505
3	Saarland	145	990.718
4	Niedersachsen ²	155	7.790.559
5	Brandenburg	164	2.449.193
6	Sachsen	170	4.046.385
7	Hamburg	183,25	1.746.342
8	Berlin	200,3	3.421.829
9	Sachsen-Anhalt	201	2.244.577
10	Schleswig-Holstein	220	2.815.955
11	Rheinland-Pfalz	227,8	3.994.366
12	Hessen	252	6.045.425
13	Baden-Württemberg	287	10.631.278
14	Thüringen	352	2.160.840
15	Bayern	368	12.604.244
16	Nordrhein-Westfalen	412	17.571.856

Der o.g. Tabelle kann entnommen werden, dass der Personaleinsatz in der Sächsischen Staatskanzlei (170) unter dem Durchschnitt aller Bundesländer von 227,34 belegen ist³.

Ursprüngliches Ziel des Stellenabbaus ist es, dass eine Annäherung des Personals an den Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer erfolgt. Dies wäre – bei ausschließlicher Betrachtung der Staats- bzw. Senatskanzleien untereinander – für Sachsen bereits erfüllt. Der Durchschnitt der westdeutschen Länder liegt bei ca. 244,09 und mithin über dem gesamtdeutschen Durchschnitt. Der Vollständigkeit halber sei darauf verwiesen, dass der Durchschnitt der ostdeutschen Länder 202,22 beträgt.

¹ Bezüglich des Haushaltes 2014 / 2015 konnten den Internetseiten keine Stellenpläne für 2014 entnommen werden. Die Werte aus 2013 wurden zu Grunde gelegt.

² Für das Land Niedersachsen wurden in den Stellenplänen die Stellen der Staatskanzlei lediglich ab der Besoldungsgruppe A9 dargestellt.

³ Da für Niedersachsen keine Zahlen für die Besoldungsgruppen A8 und tiefer vorliegen, wird das Bundesland in die weitere Durchschnittsbetrachtung nicht einbezogen.

Bei Gegenüberstellung der beiden Bundesländer Rheinland-Pfalz und Sachsen ist festzustellen, dass trotz ähnlicher Voraussetzungen (Anzahl der Einwohner, Aufbau und Aufgaben der jeweiligen Staatskanzlei), Unterschiede in der Höhe der Personalausstattung in nicht unerheblicher Höhe bestehen. Die Differenz beträgt 57,8 Stellen, was fast einem Drittel der Stellen in der Sächsischen Staatskanzlei entspricht.

Auch im direkten Vergleich zwischen Sachsen-Anhalt und Sachsen, mithin zweier ostdeutscher Bundesländer, können gleiche Rückschlüsse gezogen werden. Bei gleichem Aufbau und ähnlicher Verteilung der Aufgaben innerhalb der Staatskanzlei (z.B. CdS zugleich StM für Bundes- und Europaangelegenheiten, Strukturierung der Abteilungen), ist in Sachsen-Anhalt ein größerer Personalkörper – trotz geringerer Einwohnerzahl – eingesetzt.

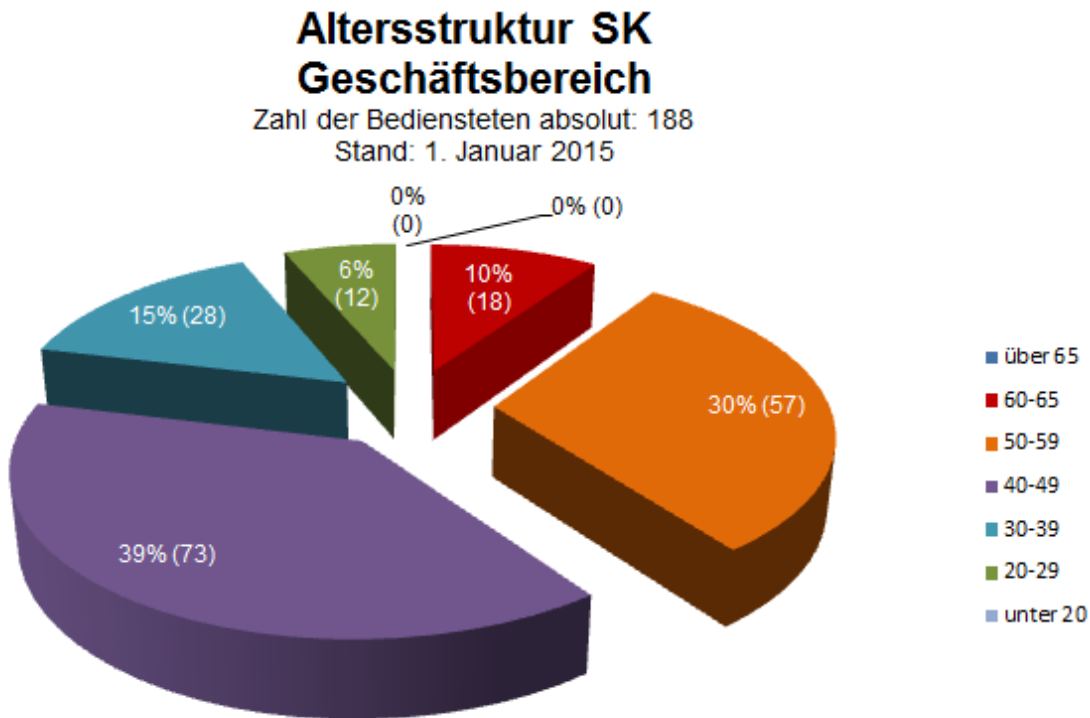
Bezogen auf die Sächsische Staatskanzlei ist bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein Personaleinsatz unter dem Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer festzustellen. Erhöhter Handlungsbedarf – bezogen auf den Personalabbau – ist demnach zunächst nicht gegeben. Ungeachtet dessen, sollte auch in der Staatskanzlei eine Aufgabenkritik nicht außer Betracht gelassen werden.

IST- Stand SK

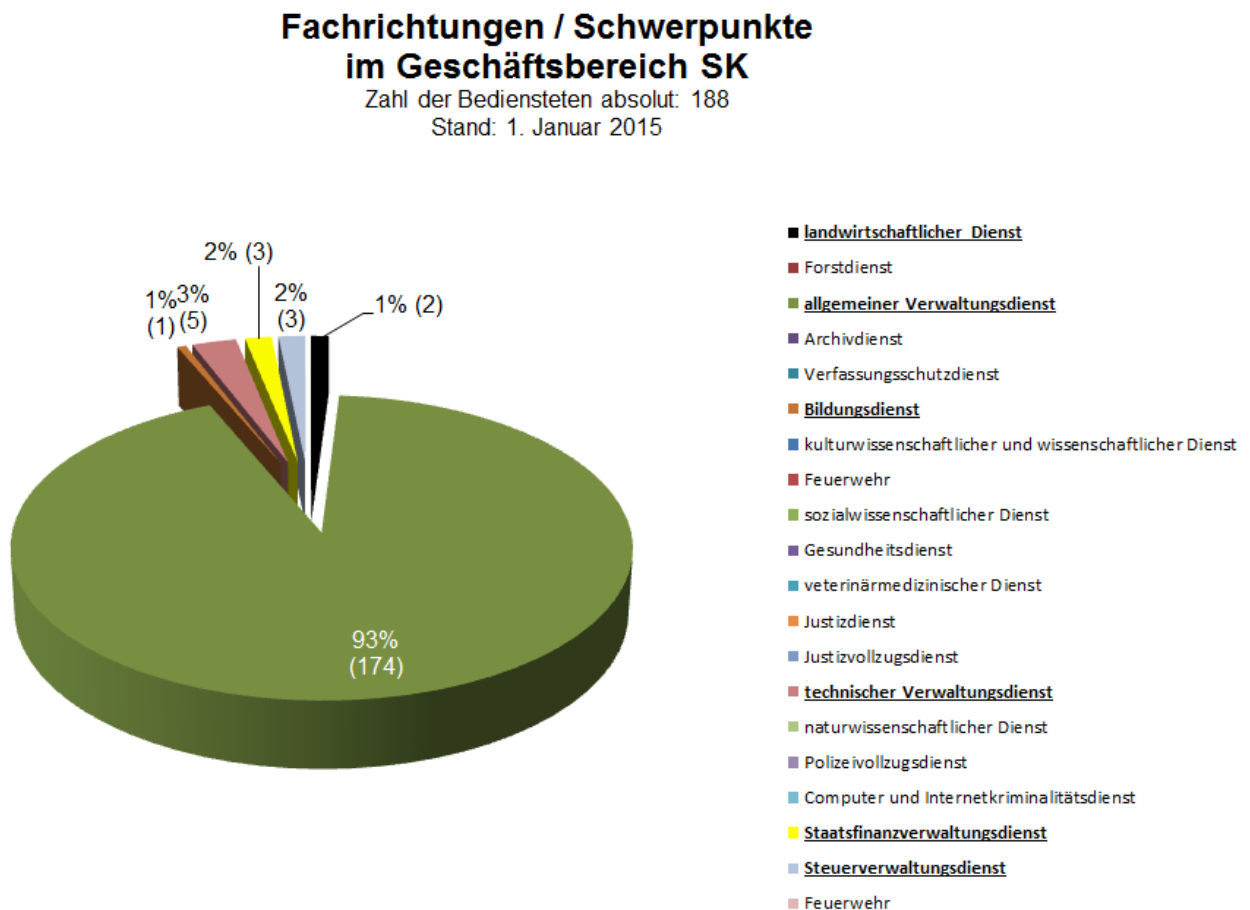
Lfd.	Maßnahme	Inhalte/Ziele	Ergebnis/Stand
1	Personalausgabenflexibilisierung (PAF)		
		(1) Effizienter und nachhaltiger Umgang mit den zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen	Steuerungsinstrument, um durch die Zusammenführung von Fach- und Ressourcenverantwortung die Kostentransparenz und das Kostenbewusstsein im Personalbereich zu stärken
		(2) Einbringung eingesparter Personalmittel in den Sachhaushalt	
		(3) Zusammenführung Haushalt und Personalwirtschaft	
		(4) Ausgestaltung von Anspar- und Verwendungsmechanismen	
		(5) Verdeutlichung perspektivisch notwendiger Personalentwicklungs- und qualifizierungsmaßnahmen	
2	Shared Services		
		(1) Übertragung der Abrechnung der Reisekosten an das LFS	umgesetzt
		(2) Gemeinsame Aufgabenerledigung von SK und SMUL	umgesetzt
		(a) Büromittelversorgung und Bibliothek (FF SMUL)	
		(b) Hausverwaltung, Gripeschutzimpfung (FF SK)	
4	Organisationsuntersuchung		
		(1) Registratur	Im Prozess
		(2) Poststelle	
		(3) Boten	

2. Übersicht zur Altersstruktur nach Fachrichtungen zum 1. Januar 2015

2.1. Auswertung nach Altersstruktur



2.2. Auswertung nach Fachrichtungen

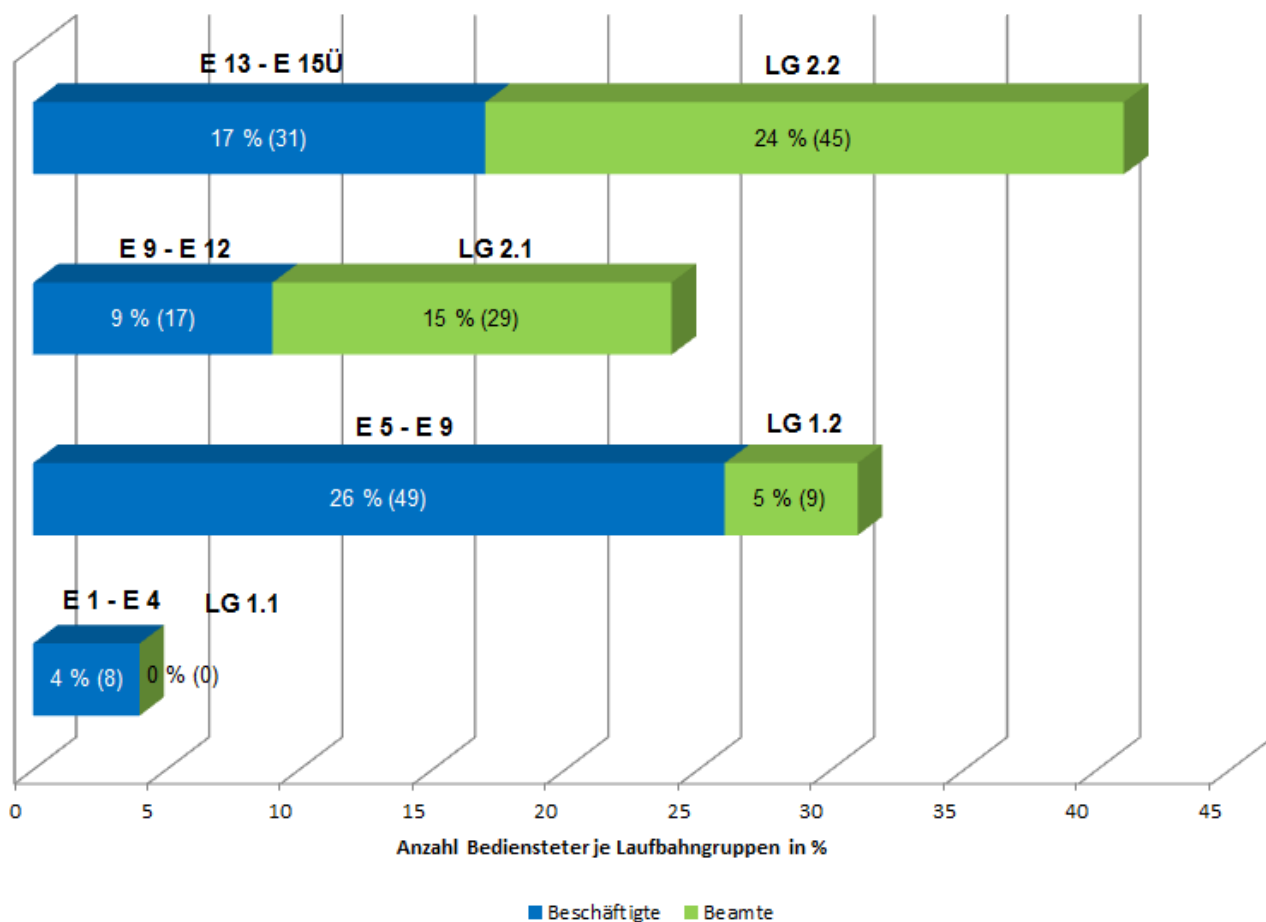


2.3. Auswertung nach Laufbahngruppen

Laufbahngruppen im Geschäftsbereich SK

Zahl der Bediensteten absolut: 188

Stand: 1. Januar 2015



3. Übersicht zu Stellen und Planstellen nach DHH unter Berücksichtigung bestehender Abbauverpflichtungen 2021ff.⁴

Zahl der Stellen (Stellen und Planstellen)

Ressort	Zahl der Stellen 2015 (A, B, C)	kw-Vermerke bis 2020	kw-Vermerke 2021 ff.	Ergebnis
SK	206	5	0	201
Gesamt	206	5	0	201

Beschäftigungsverhältnisse ohne Stellen in VZÄ, z.B. Projekte, Drittmittel

Ressort	VZÄ 01.05.2015
SK	1
Gesamt	1

Darstellung / Übersicht Stellenabbau

Betrachtung bis 2020

Ressort	Stellenplan 2015	Altersabgänge bis 2020	davon kw-Stellen bis 2020	derzeit mögliche Einstellungen bis 2020
	(1)	(2)	(3)	(3)=(2)-(3)
SK	206	17	5	12
Gesamt	206	17	5	12

Betrachtung Doppelhaushalt 2021 - 2022

Ressort	Altersabgänge in 2021 - 2022	davon kw-Stellen 2021 - 2022	derzeit mögliche Einstellungen 2021 - 2022
	(1)	(2)	(3)=(1)-(2)
SK	4	0	4
Gesamt	4	0	4

⁴ Stellenplan 2015, Basis: Regierungsentwurf des DHH 2015 / 2016 (vom 15. Januar 2015).

Betrachtung Doppelhaushalt 2023 - 2024

Ressort	Altersabgänge in 2023 - 2024	davon kw-Stellen 2023 - 2024	derzeit mögliche Einstellungen 2023 - 2024
	(1)	(2)	(3)=(1)-(2)
SK	7	0	7
Gesamt	7	0	7

Betrachtung Doppelhaushalt 2025 - 2026

Ressort	Altersabgänge in 2025 - 2026	davon kw-Stellen 2025 - 2026	derzeit mögliche Einstellungen 2025 - 2026
	(1)	(2)	(3)=(1)-(2)
SK	5	0	5
Gesamt	5	0	5

Betrachtung Doppelhaushalt 2027 - 2028

Ressort	Altersabgänge in 2027 - 2028	davon kw-Stellen 2027 - 2028	derzeit mögliche Einstellungen 2027 - 2028
	(1)	(2)	(3)=(1)-(2)
SK	16	0	16
Gesamt	16	0	16

Betrachtung Doppelhaushalt 2029 - 2030

Ressort	Altersabgänge in 2029 - 2030	davon kw-Stellen 2029 - 2030	derzeit mögliche Einstellungen 2029 - 2030
	(1)	(2)	(3)=(1)-(2)
SK	18	0	18
Gesamt	18	0	18

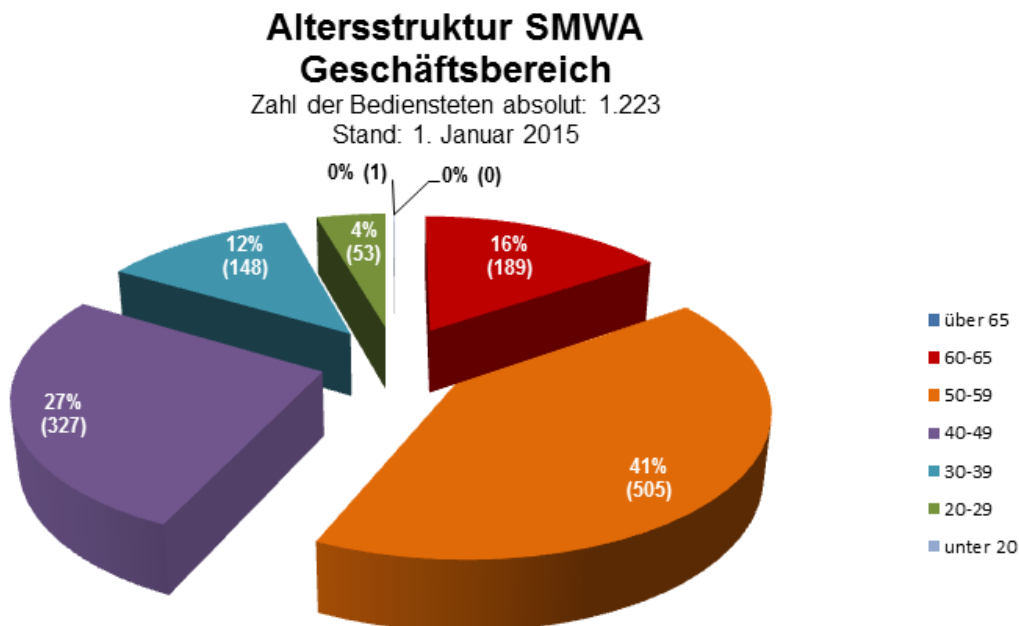
Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

1. Aufgabenkritische Konzepte des Ressorts (Zusammenfassung)

- Die Ergebnisse der internen Aufgabenkritik 2008 und die Maßnahmen aus dem Bericht des SMJus „Perspektiven Sachsen 2020“ (Modernisierung der Gerichtsbarkeit und Einführung des IT-Fachverfahrens) sind umgesetzt.
- Die Personalentwicklungskonzepte Führungskräfte / Europa / Rahmenkonzept sind umgesetzt (2004 bis 2006).
- Die Gründung des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr ist abgeschlossen. Die Umsetzung der Empfehlungen aus dem Gutachten der B&P Kommunalberatung zur Aufgabenkritik und Personalbemessung befinden sich im Prozess.
- Die Umsetzung der Maßnahmen aus der internen Analyse zum Personalbedarf und zur Aufgabenentwicklung des Oberbergamts befinden sich ebenfalls im Prozess.

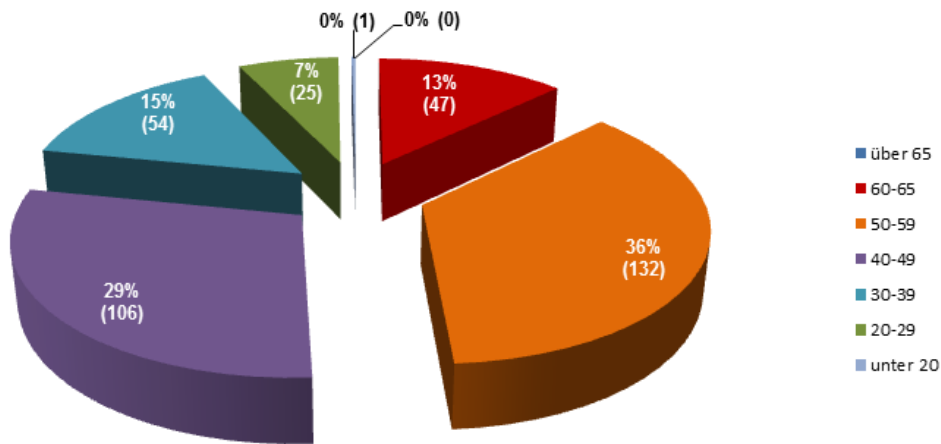
2. Übersicht zur Altersstruktur nach Fachrichtungen zum 1. Januar 2015

2.1. Auswertung nach Altersstruktur



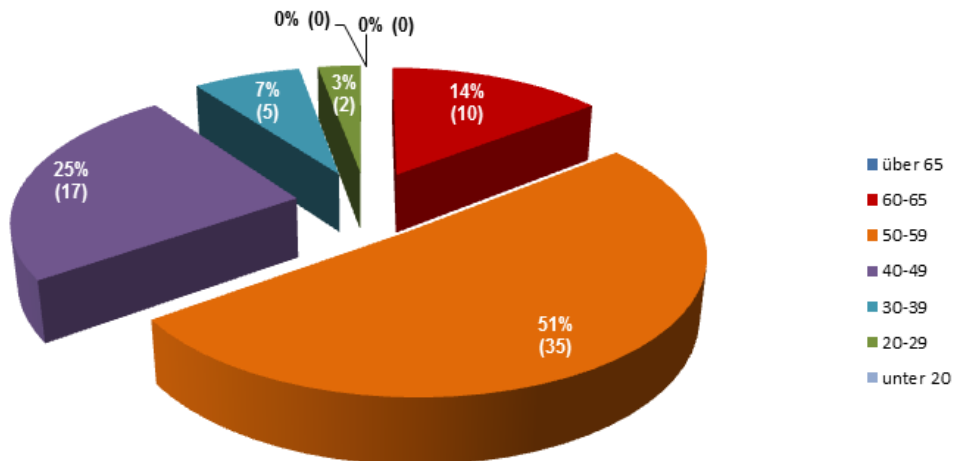
Altersstruktur SMWA Ministerium

Zahl der Bediensteten absolut: 365
Stand: 1. Januar 2015



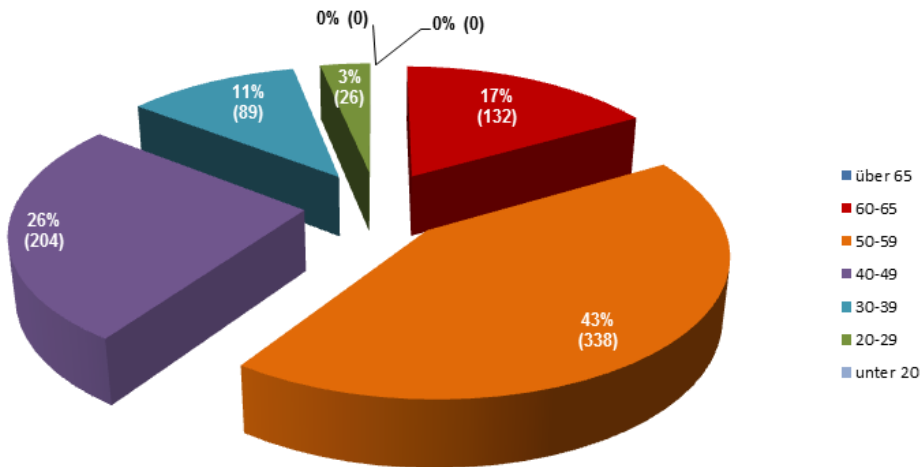
Altersstruktur SMWA Oberbergamt

Zahl der Bediensteten absolut: 69
Stand: 1. Januar 2015



Altersstruktur SMWA Landesamt für Straßenbau und Verkehr

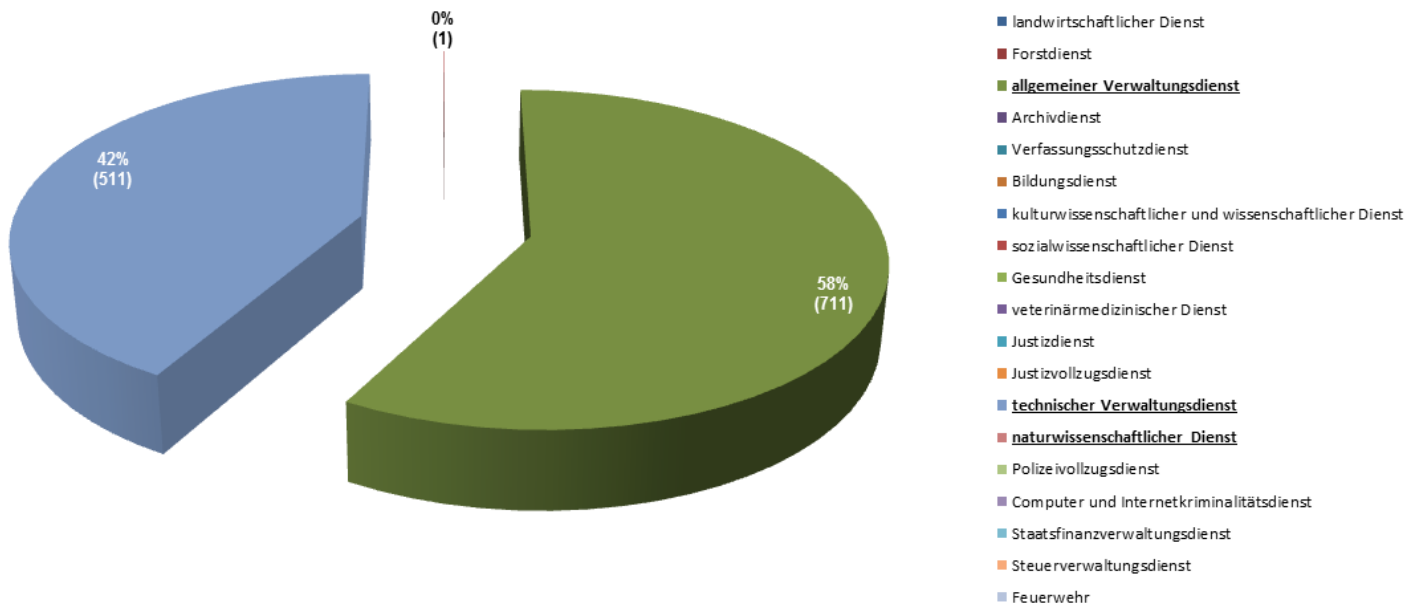
Zahl der Bediensteten absolut: 789
 Stand: 1. Januar 2015



2.2. Auswertung nach Fachrichtungen

Fachrichtungen / Schwerpunkte im Geschäftsbereich SMWA

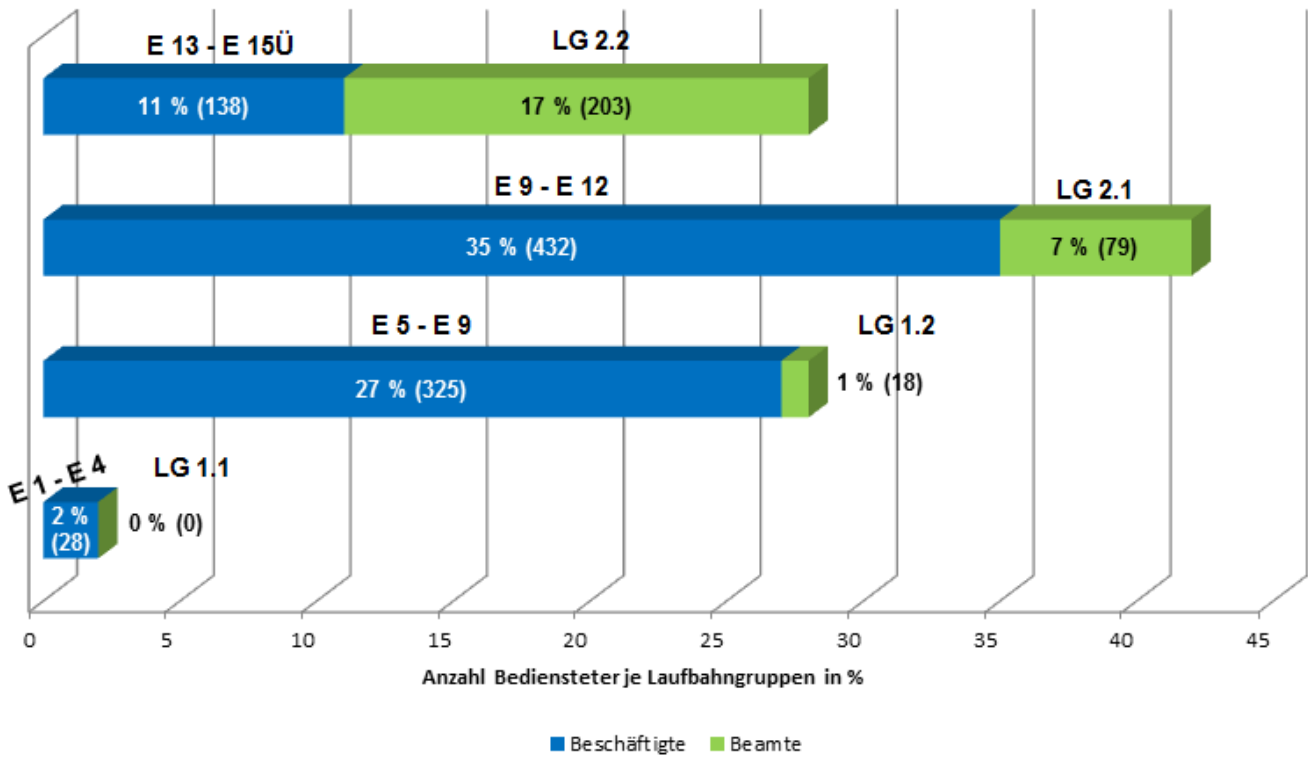
Zahl der Bediensteten absolut: 1.223
 Stand: 1. Januar 2015



2.3. Auswertung nach Laufbahngruppen

Laufbahngruppen im Geschäftsbereich SMWA

Zahl der Bediensteten absolut: 1.223
Stand: 1. Januar 2015



3. Übersicht zu Stellen und Planstellen nach DHH unter Berücksichtigung bestehender Abbauverpflichtungen 2021ff.¹

Zahl der Stellen (Stellen, Planstellen)

Ressort	Zahl der Stellen 2015 (A, B, C)	kw-Vermerke bis 2020	kw-Vermerke 2021 ff.	Ergebnis
0701 - SMWA	360	9	0	351
0702 - Sammelansatz	31	41	154	-164
0706 – LASuV	810	23	0	787
0710 - OBA	72	0	0	72
Gesamt	1.273	73	154	1.046

Beschäftigungsverhältnisse ohne Stellen in VZÄ, z.B. Projekte, Drittmittel

Ressort	VZÄ 01.05.2015
SMWA	34
LASuV	354,775*
OBA	7,875
Gesamt	396,65

* einschließlich Saisonkräfte der Autobahnmeistereien

¹ Stellenplan 2015, Basis: Regierungsentwurf des DHH 2015 / 2016 (vom 15. Januar 2015)

Darstellung / Übersicht Stellenabbau

Betrachtung bis 2020

Ressort	Stellenplan 2015	Altersabgänge bis 2020	davon kw-Stellen bis 2020	derzeit mögliche Einstellungen bis 2020
	(1)	(2)	(3)	(4)=(2)-(3)
0701 – SMWA	360	47	9	38
0702 - Sammelansatz	31	0	41	-41
0706 – LASuV	810	149	23	126
0710 - OBA	72	12	0	12
Gesamt	1.273	208	73	135

Betrachtung Doppelhaushalt 2021 - 2022

Ressort	Altersabgänge in 2021 - 2022	davon kw-Stellen 2021 - 2022	derzeit mögliche Einstellungen 2021 - 2022
	(1)	(2)	(3)=(1)-(2)
SMWA	15		
LASuV	71		
OBA	7		
Gesamt	93		

Betrachtung Doppelhaushalt 2023 - 2024

Ressort	Altersabgänge in 2023 - 2024	davon kw-Stellen 2023 - 2024	derzeit mögliche Einstellungen 2023 - 2024
	(1)	(2)	(3)=(1)-(2)
SMWA	22		
LASuV	48		
OBA	5		
Gesamt	75		

Betrachtung Doppelhaushalt 2025 - 2026

Ressort	Altersabgänge in 2025 - 2026	davon kw- Stellen 2025 - 2026	derzeit mögliche Einstellungen 2025 - 2026
	(1)	(2)	(3)=(1)-(2)
SMWA	25		
LASuV	49		
OBA	5		
Gesamt	79		

Betrachtung Doppelhaushalt 2027 - 2028

Ressort	Altersabgänge in 2027 - 2028	davon kw- Stellen 2027 - 2028	derzeit mögliche Einstellungen 2027 - 2028
	(1)	(2)	(3)=(1)-(2)
SMWA	29		
LASuV	61		
OBA	9		
Gesamt	99		

Betrachtung Doppelhaushalt 2029 - 2030

Ressort	Altersabgänge in 2029 - 2030	davon kw- Stellen 2029 - 2030	derzeit mögliche Einstellungen 2029 - 2030
	(1)	(2)	(3)=(1)-(2)
SMWA	30		
LASuV	65		
OBA	5		
Gesamt	100		

Sächsisches Staatsministerium des Innern

1. Aufgabenkritische Konzepte des Ressorts (Zusammenfassung)

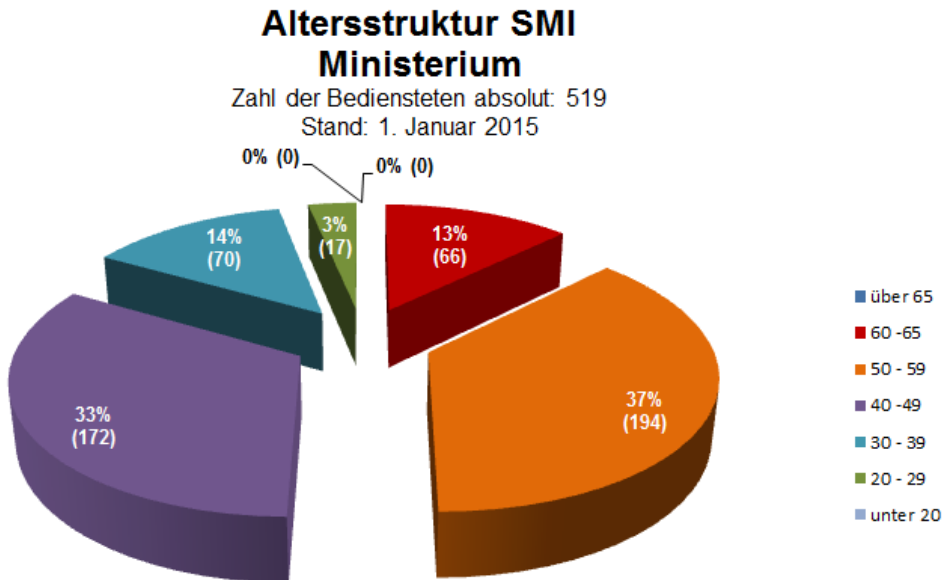
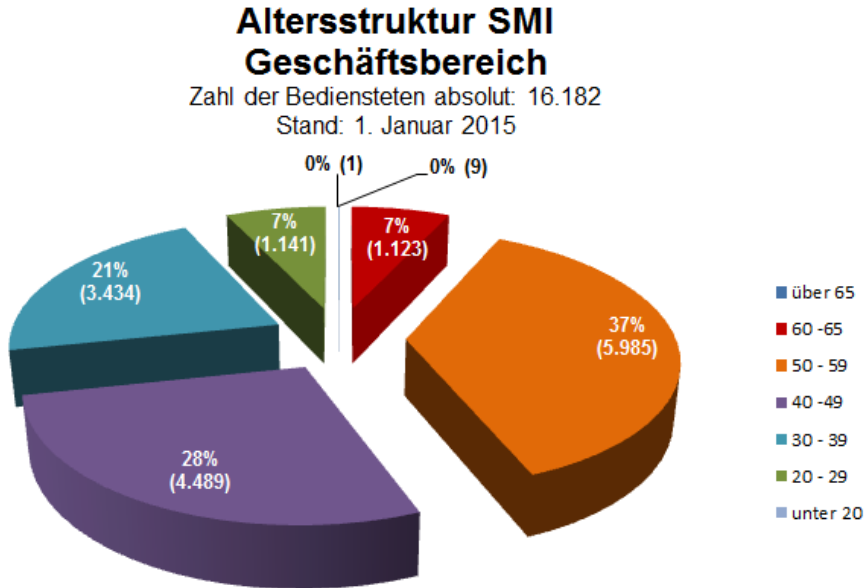
- Stellenabbau wird über planmäßige Altersabgänge realisiert (jeder Altersabgang bis 2020 des Personalsolls A bzw. C ist als künftig wegfallend (kw) festgelegt); dieser ist auch durch eine stringente Aufgabenkritik nicht zu leisten
- Statistisches Landesamt: Organisationsuntersuchung im Jahr 2013 durch die KPMG; das Ergebnis wird vom SMI nicht vollumfänglich mitgetragen, da Vorschläge teilweise weder rechtlich noch tatsächlich untersetzt sind; abzusehen ist, dass die gesetzlich vorgegebenen Aufgaben künftig nicht mehr erfüllt werden können
- Landesdirektion Sachsen: Bericht zur strategischen Entwicklung sollte im Kabinett behandelt werden; dies ist bisher nicht erfolgt; es ist zu klären, aus welchem Haushalt zusätzlicher Stellenbedarf infolge neuer Aufgabenzuweisungen oder Erweiterung bestehender Aufgaben zu decken ist; zuständig ist das fachaufsichtführende Ressort; allein in 2015/2016 fallen durch Altersabgänge insgesamt 93 Stellen ersatzlos weg (auch und vor allem Fachpersonal)
- Sächsisches Staatsarchiv: Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen haben ergeben, dass weder eine Privatisierung noch eine Teilprivatisierung wirtschaftlich sind; Stellenabbau ist nicht leistbar
- Staatsbetrieb Geobasisinformation und Vermessung Sachsen: Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durch die KPMG aus dem Jahr 2013: Maßnahmenvorschläge zu einer nachhaltig effektiven Organisationsform und -struktur befinden sich derzeit in Umsetzung bzw. sind bereits umgesetzt
- Landesamt für Denkmalpflege: externe Organisationsuntersuchung durch Syncwork im Jahr 2010: Sonderprogramm „Denkmalpflege“ wird voraussichtlich im III. Quartal von der Landesdirektion Sachsen auf das Landesamt für Denkmalpflege übertragen; Stellenabbau nicht leistbar
- Fachhochschule Meißen/Akademie für Öffentliche Verwaltung sollen zusammengelegt werden (Eingliederung der AVS); Gründung interministerieller Arbeitsgemeinschaft mit SMI (Federführung), SMJus, SMF, SMS und FHSV: Erarbeitung von Thesen und Vorschlägen für die Zukunft
- Landesamt für Verfassungsschutz: derzeit Evaluation der Untersuchung durch eine Expertenkommission zu Arbeitsabläufen und -strukturen aus dem Jahr 2013
- Staatsbetrieb Sächsische Informatik Dienste: externe Organisationsuntersuchung der formita Unternehmensberatung aus dem Jahr 2010: Neustrukturierung wird vorbereitet; unabhängig davon besteht bereits dringender Handlungsbedarf (z.B. zur Gewinnung von IT-Spezialisten)
- SMI: seit 2013 ist eine Prüfgruppe eingerichtet für Organisationsuntersuchungen: derzeit Prüfung von drei Referaten der Abteilung 2

Personalwirtschaftliche Konzepte

- ganzheitliches personalwirtschaftliches Konzept im dem Sinne wie vom Sächsischen Rechnungshof gefordert (wie viele Stellen in welchen Aufgabenbereichen abzubauen bzw. zu gewinnen sind), gibt es nicht: ein solches Konzept sei auch nur bedingt zielführend, da der Vollzug von Gesetzen unter Beeinflussung von ökonomischen, ökologischen und sozialen Faktoren stehe
- Teile eines personalwirtschaftlichen Konzepts: halbjährliche Personalbestandsanalyse in Excel-Tabelle durch Sammeln der Daten zu den Ausscheidensgründen
- weitere wichtige Maßnahmen: Aus- und Fortbildung, Rotation, Wissensmanagement, Telearbeit, Arbeits- und Gesundheitsmanagement, Anreize zum vorzeitigen Ausscheiden nach dem Dienstrechtsneuordnungsgesetz
- dringender Handlungsbedarf bei der Nachbesetzung von Stellen mit Fachkräften

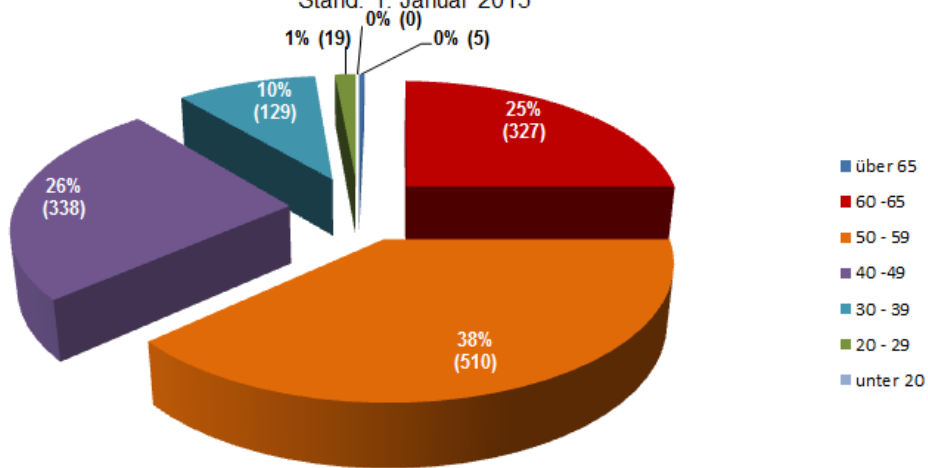
2. Übersicht zur Altersstruktur nach Fachrichtungen zum 1. Januar 2015

2.1. Auswertung nach Altersstruktur



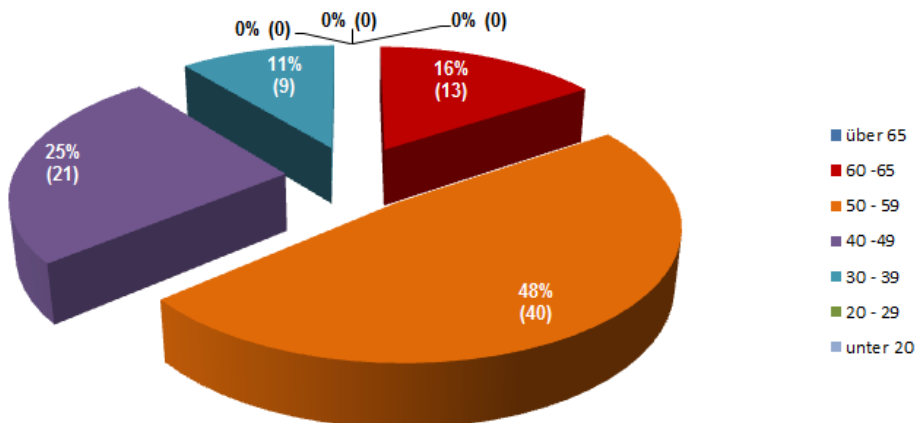
Altersstruktur SMI Landesdirektion Sachsen

Zahl der Bediensteten absolut: 1.328
Stand: 1. Januar 2015



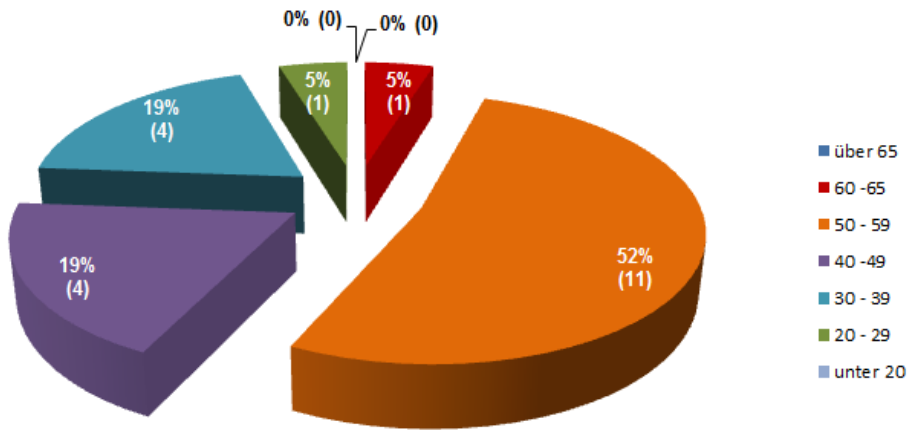
Altersstruktur SMI Fachhochschule der Sächsischen Verwaltung

Zahl der Bediensteten absolut: 83
Stand: 1. Januar 2015



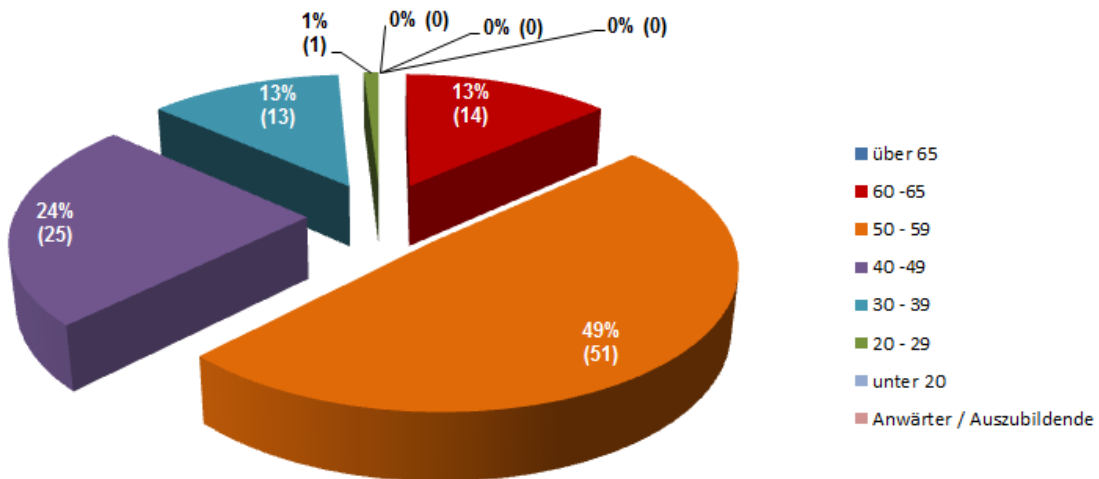
Altersstruktur SMI Akademie für öffentliche Verwaltung

Zahl der Bediensteten absolut: 21
Stand: 1. Januar 2015

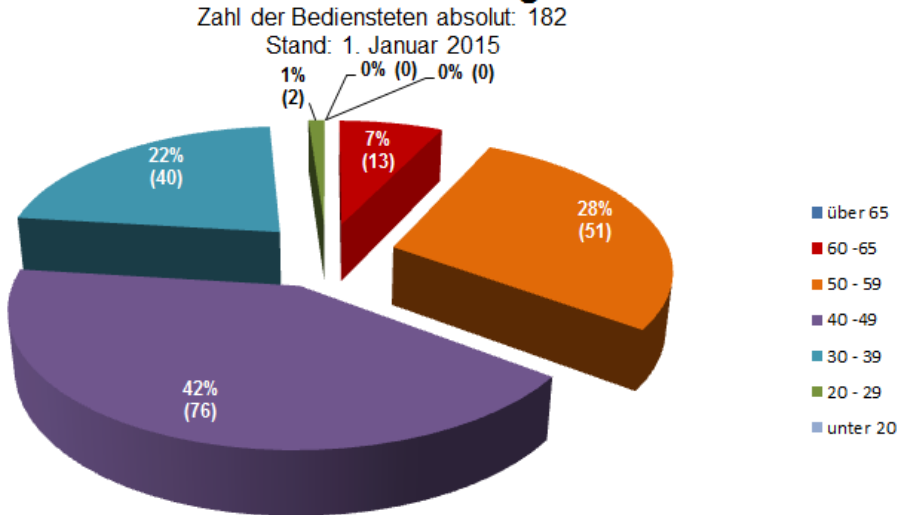


Altersstruktur SMI Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege Meißen, Fortbildungszentrum des Freistaates Sachsen

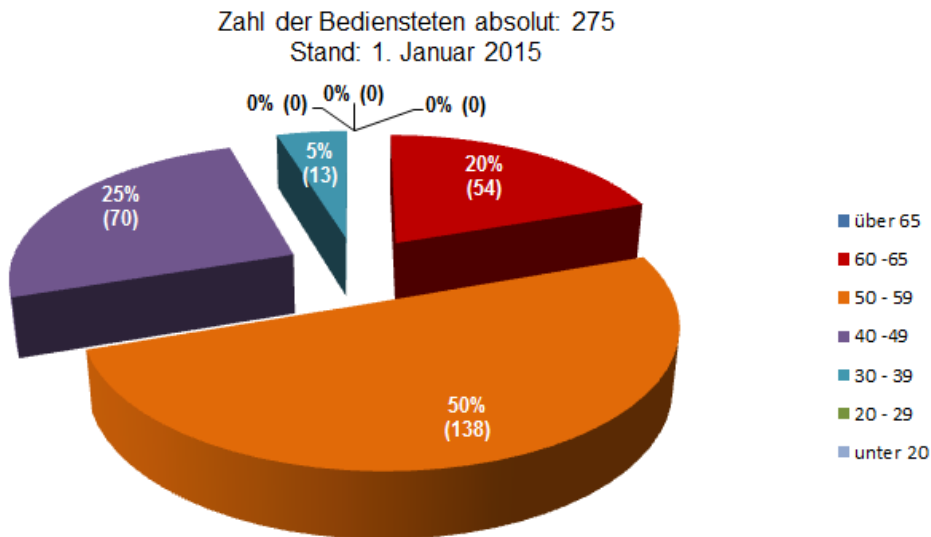
Zahl der Bediensteten absolut: 104
Stand: 1. Januar 2015



Altersstruktur SMI Landesamt für Verfassungsschutz

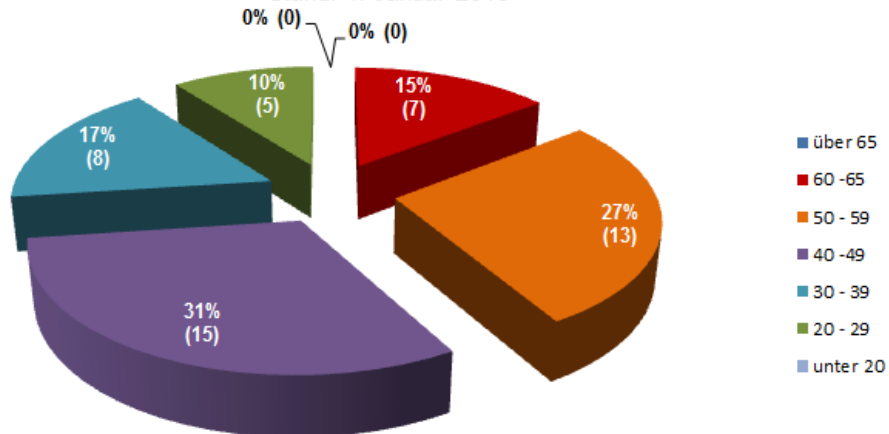


Altersstruktur SMI Statistisches Landesamt



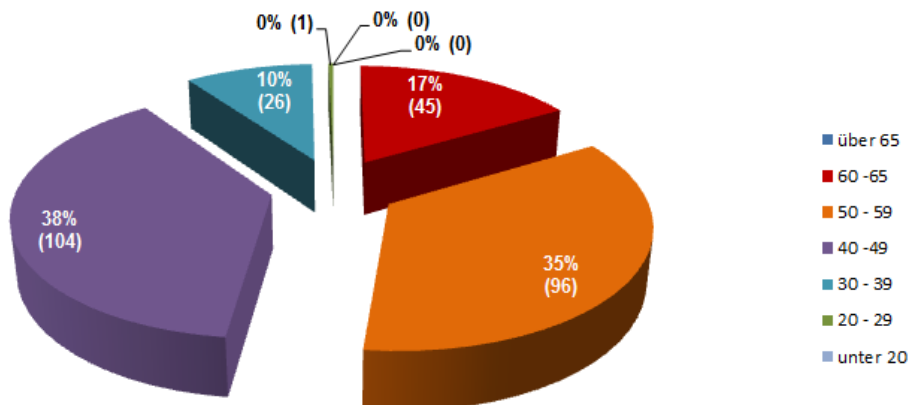
Altersstruktur SMI Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule

Zahl der Bediensteten absolut: 48
Stand: 1. Januar 2015



Altersstruktur SMI Staatsbetrieb Geobasisinformation und Vermessung

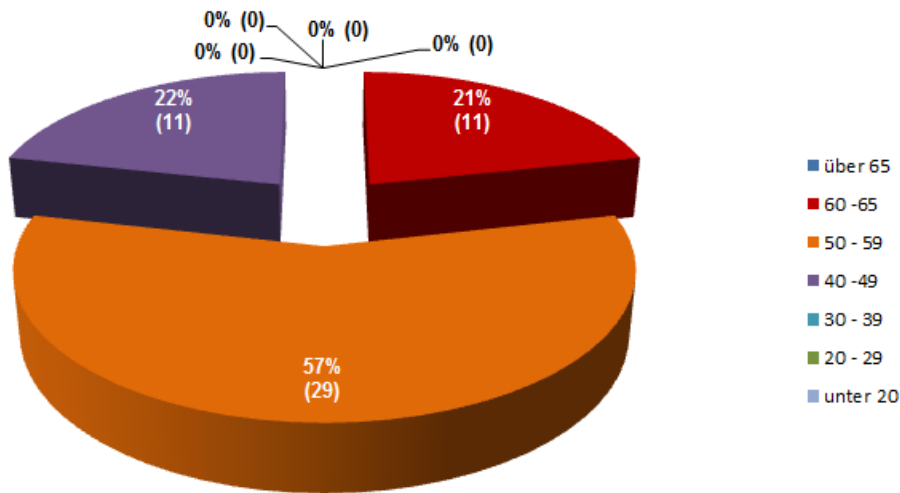
Zahl der Bediensteten absolut: 272
Stand: 1. Januar 2015



Altersstruktur SMI Landesamt für Denkmalpflege

Zahl der Bediensteten absolut: 51

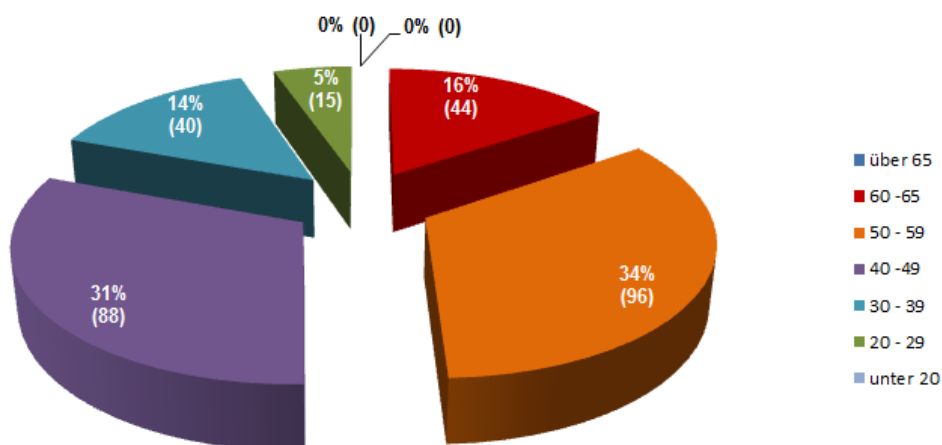
Stand: 1. Januar 2015



Altersstruktur SMI Staatsbetrieb Sächsische Informatikdienste

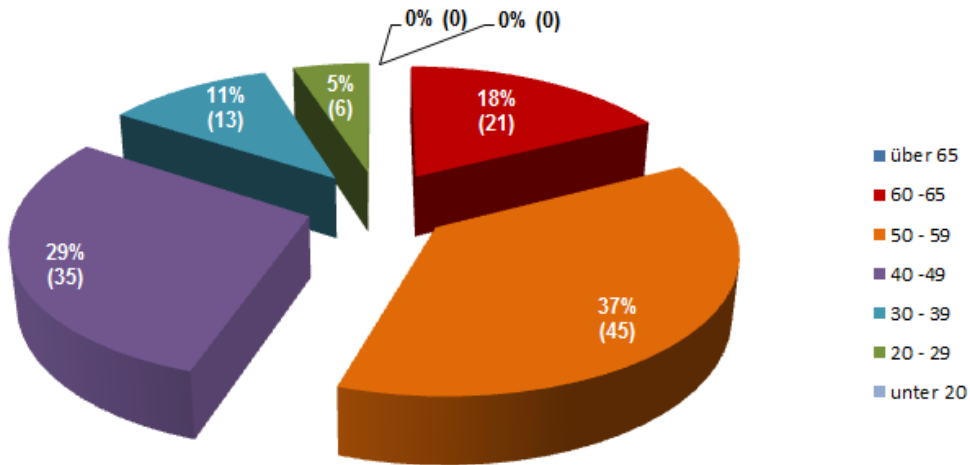
Zahl der Bediensteten absolut: 283

Stand: 1. Januar 2015



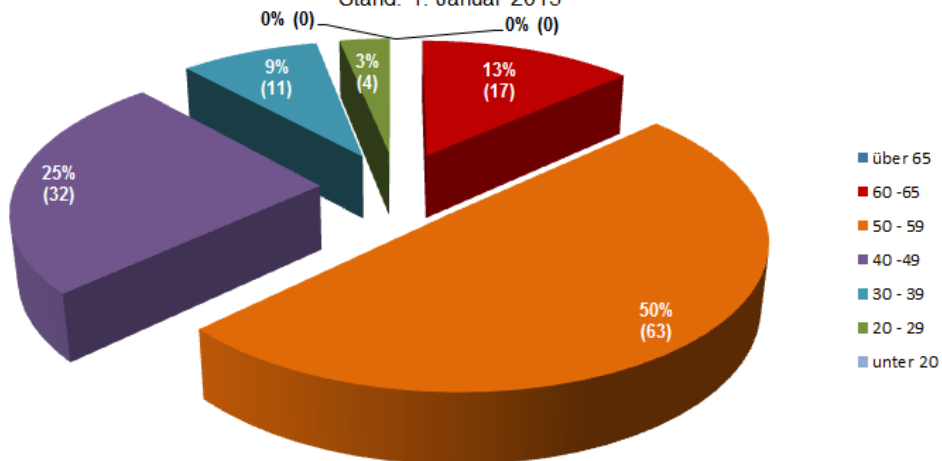
Altersstruktur SMI Staatsarchiv

Zahl der Bediensteten absolut: 120
Stand: 1. Januar 2015



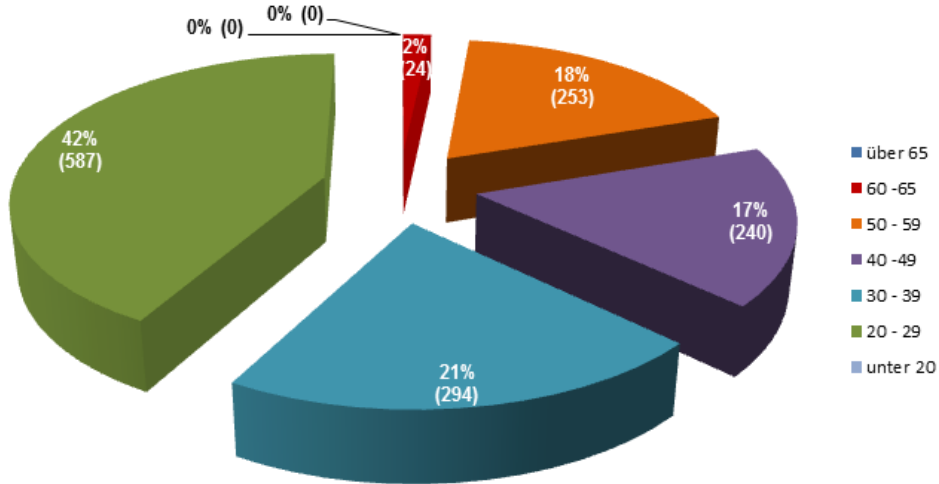
Altersstruktur SMI Hochschule der Sächsischen Polizei

Zahl der Bediensteten absolut: 127
Stand: 1. Januar 2015



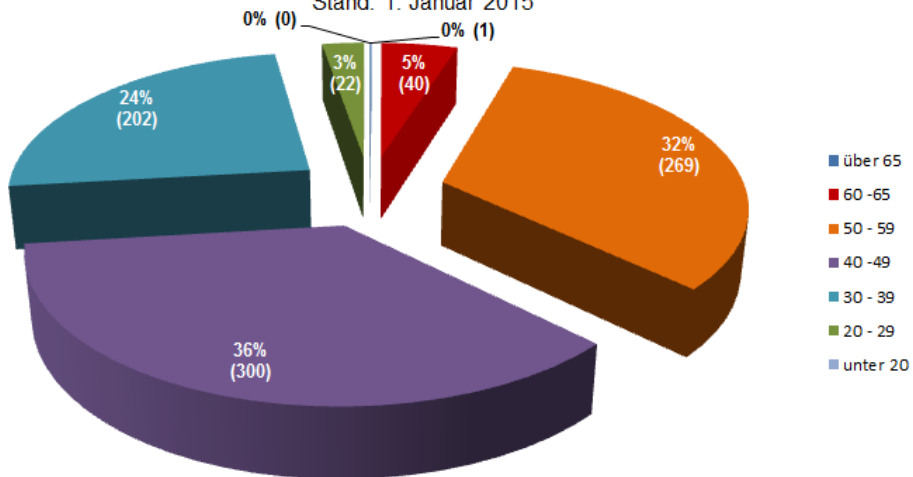
Altersstruktur SMI Präsidium der Bereitschaftspolizei

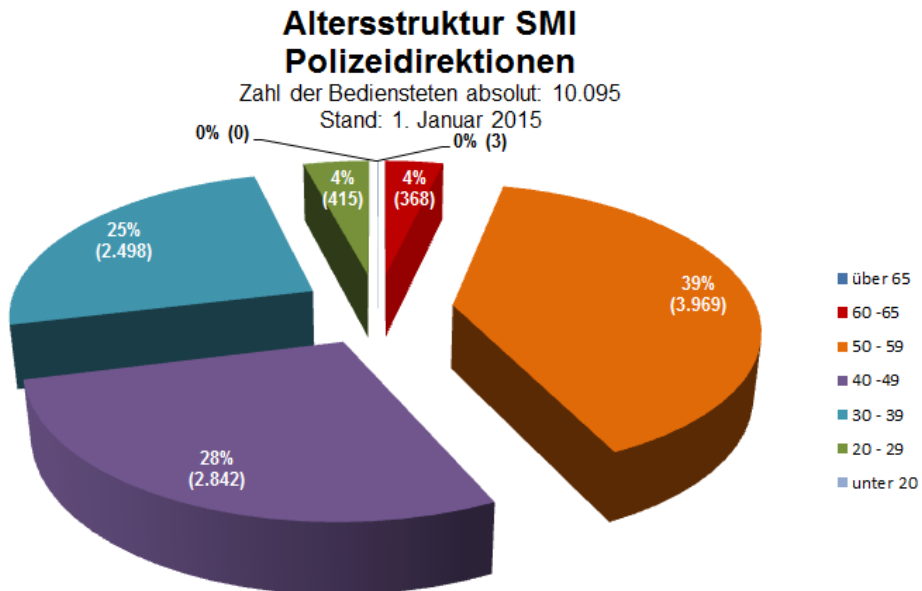
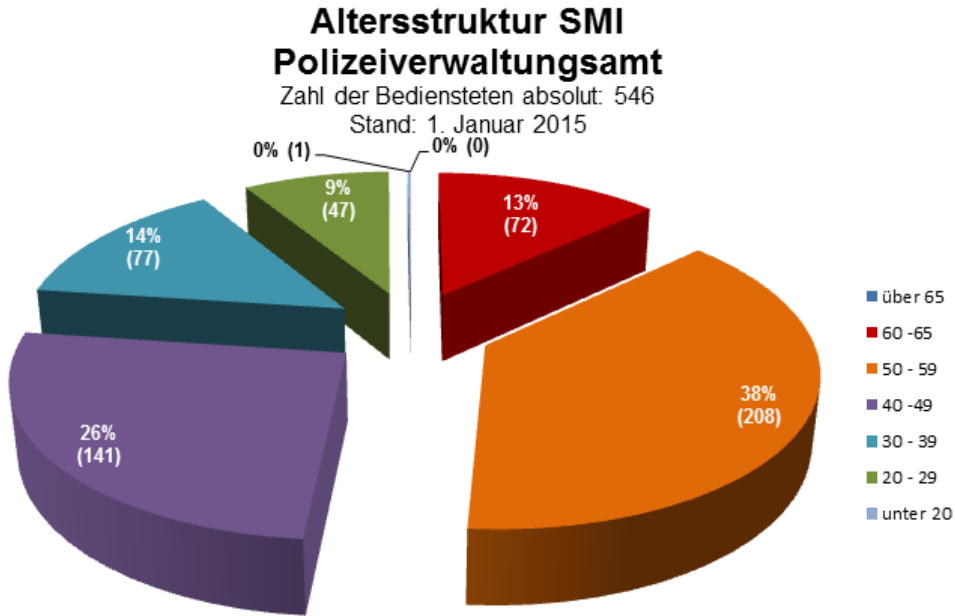
Zahl der Bediensteten absolut: 1.398
Stand: 1. Januar 2015



Altersstruktur SMI Landeskriminalamt

Zahl der Bediensteten absolut: 834
Stand: 1. Januar 2015

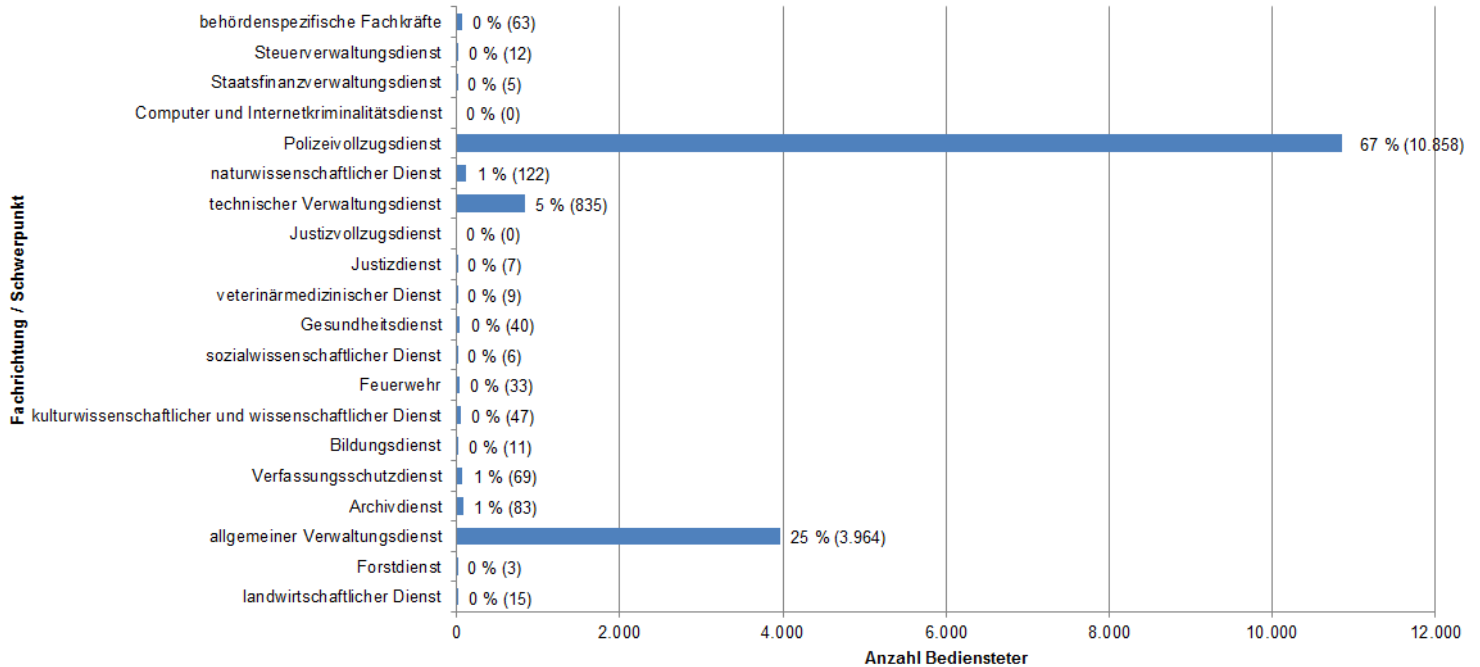




2.2. Auswertung nach Fachrichtungen

Fachrichtungen / Schwerpunkte Geschäftsbereich SMI

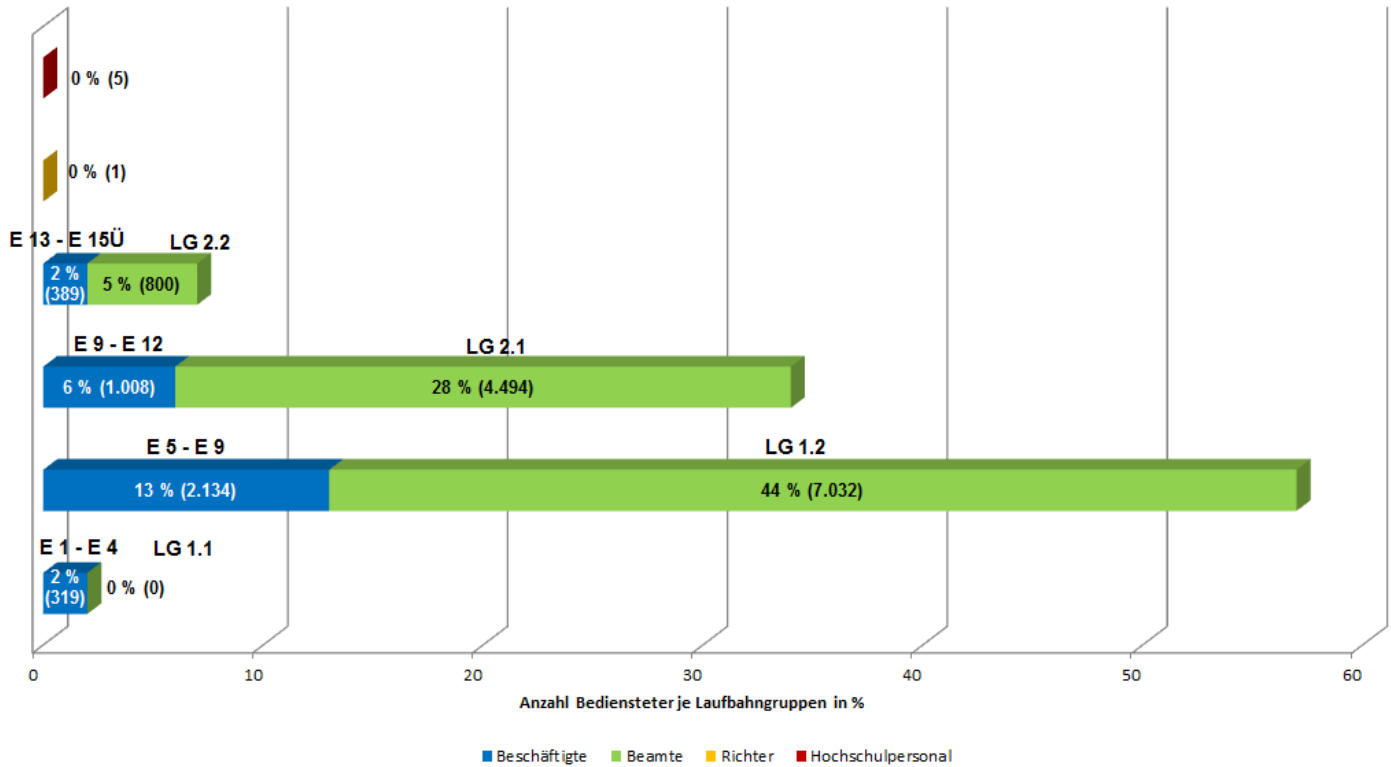
Zahl der Bediensteten absolut: 16.182
Stand: 1. Januar 2015



2.3. Auswertung nach Laufbahngruppen

Laufbahngruppen Geschäftsbereich SMI

Zahl der Bediensteten absolut: 16.182
Stand: 1. Januar 2015



3. Übersicht zu Stellen und Planstellen nach DHH unter Berücksichtigung bestehender Abbauverpflichtungen 2021ff.¹

Zahl der Stellen (Stellen, Planstellen) mit und ohne Polizei

Ressort	Zahl der Stellen 2015 (A, B, C)	kw-Vermerke bis 2020	kw-Vermerke 2021 ff.	Ergebnis
Ministerium	456	626	245	2.560
LDS	1.493			
StaLa	322			
Staatsarchiv	124			
FHSV / AVS	105			
LfV	188			
LFKS	59			
GeoSN	301			
LfD	54			
VW Modernisierung / IT	28			
SID	301			
Landespolizei	10.133	635	344	9.154
LKA	824	12	0	812
Hochschule der Sächs. Polizei	373	0	0	373
Bereitschaftspolizei	2.202	12	0	2.190
Polizeiverwaltungsamt	597	17	0	597
Gesamt	17.560	1.302	589	15.669

¹ Stellenplan 2015, Basis: Regierungsentwurf des DHH 2015 / 2016 (vom 15. Januar 2015)

Kommission zur umfassenden Evaluation der Aufgaben, Personal- und Sachausstattung
 - Anlagen zum Abschlussbericht -

Ressort	Zahl der Stellen 2015 (A, B, C)	kw-Vermerke bis 2020	kw-Vermerke 2021 ff.	Summe
Ministerium	455			
Landesdirektion Sachsen	1.493			
Statistisches Landesamt	322			
Sächsisches Staatsarchiv	124			
Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege Meißen, Fortbildungszentrum des Freistaates Sachsen	105			
Landesamt für Verfassungsschutz	188			
Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule	59			
Staatsbetrieb Geobasisinformation und Vermessung Sachsen	301			
Landesamt für Denkmalpflege	54			
VW Modernisierung/IT	28			
Staatsbetrieb Sächsische Informatik Dienste	301			
Gesamt	3.430	626	245	2.559

Beschäftigungsverhältnisse ohne Stellen in VZÄ, z.B. Projekte, Drittmittel

Ressort	VZÄ 01.01.2015
Ministerium	6,75
Landesdirektion Sachsen	6,00
Statistisches Landesamt	15,93
Sächsisches Staatsarchiv	6,50
Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege Meißen, Fortbildungszentrum des Freistaates Sachsen	0
Landesamt für Verfassungsschutz	0
Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule	0
Staatsbetrieb Geobasisinformation und Vermessung Sachsen	0
Landesamt für Denkmalpflege	11,65
VW Modernisierung/IT	0
Staatsbetrieb Sächsische Informatik Dienste	13,00
Gesamt	59,83

Darstellung / Übersicht Stellenabbau
Betrachtung bis 2020

Ressort	Stellenplan 2015	Altersabgänge bis 2020	davon kw-Stellen bis 2020	derzeit mögliche Einstellungen bis 2020	Stellenabbau mit Abgängen bis 2020	Stellenabbau mit beschlossenen Stellenabbaukonzepten bis 2020
	(1)	(2)	(3)	(4)=(2)-(3)	(5)=(1)-(2)	(6)=(1)-(3)
Ministerium	455	57,25			397,75	
Landesdirektion Sachsen	1.493	291,50			1.201,50	
Statistisches Landesamt	322	60,00			262,00	
Sächsisches Staatsarchiv	124	16,37			107,63	
Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege Meißen, Fortbildungszentrum des Freistaates Sachsen	105	12,70			92,30	
Landesamt für Verfassungsschutz	188	12,80			175,20	
Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule	59				59,00	
Staatsbetrieb Geobasisinformation und Vermessung Sachsen	301	44,45			256,55	
Landesamt für Denkmalpflege	54	12,00			42,00	
VW Modernisierung/IT	28	3,70			24,30	
Staatsbetrieb Sächsische Informatik Dienste	301	51,40			249,60	
Gesamt	3.430	562,17	626	-63,83	2.867,83	2.804

Betrachtung Doppelhaushalt 2021 - 2022

Ressort	Altersabgänge in 2021 - 2022	davon kw-Stellen 2021 - 2022	derzeit mögliche Einstellungen 2021 - 2022
	(1)	(2)	(3)=(1)-(2)
Ministerium	19,50		
Landesdirektion Sachsen	77,62		
Statistisches Landesamt	19,90		
Sächsisches Staatsarchiv	5,25		
Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege Meißen, Fortbildungszentrum des Freistaates Sachsen	8,00		
Landesamt für Verfassungsschutz	1,00		
Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule			
Staatsbetrieb Geobasisinformation und Vermessung Sachsen	22,00		
Landesamt für Denkmalpflege	6,50		
VW Modernisierung/IT	1,00		
Staatsbetrieb Sächsische Informatik Dienste	14,50		
Gesamt	175,27	175	0

Betrachtung Doppelhaushalt 2023 - 2024

Ressort	Alters- abgän- ge in 2023 - 2024	davon kw- Stellen 2023 - 2024	derzeit mög- liche Einstel- lungen 2023 - 2024
	(1)	(2)	(3)=(1)-(2)
Ministerium	25,00		
Landesdirektion Sachsen	79,50		
Statistisches Lan- desamt	22,00		
Sächsisches Staats- archiv	8,00		
Fachhochschule für öffentliche Verwal- tung und Rechts- pflege Meißen, Fort- bildungszentrum des Freistaates Sachsen	9,88		
Landesamt für Ver- fassungsschutz	4,00		
Landesfeuerwehr- und Katastrophen- schutzschule			
Staatsbetrieb Ge- obasisinformation und Vermessung Sachsen	20,87		
Landesamt für Denkmalpflege	2,50		
VW Modernisie- rung/IT			
Staatsbetrieb Säch- sische Informatik Dienste	8,00		
Gesamt	179,75	70	109,75

Betrachtung Doppelhaushalt 2025 - 2026

Ressort	Alters- abgän- ge in 2025 - 2026	davon kw- Stellen 2025 - 2026	derzeit mög- liche Einstel- lungen 2025 - 2026
	(1)	(2)	(3)=(1)-(2)
Ministerium	24,00		
Landesdirektion Sachsen	94,87		
Statistisches Lan- desamt	18,75		
Sächsisches Staats- archiv	11,88		
Fachhochschule für öffentliche Verwal- tung und Rechts- pflege Meißen, Fort- bildungszentrum des Freistaates Sachsen	4,00		
Landesamt für Ver- fassungsschutz	9,00		
Landesfeuerwehr- und Katastrophen- schutzschule			
Staatsbetrieb Ge- obasisinformation und Vermessung Sachsen	13,00		
Landesamt für Denkmalpflege	3,50		
VW Modernisie- rung/IT	1,00		
Staatsbetrieb Säch- sische Informatik Dienste	17,60		
Gesamt	197,60	0	197,6

Betrachtung Doppelhaushalt 2027 - 2028

Ressort	Alters- abgän- ge in 2027 - 2028	davon kw- Stellen 2027 - 2028	derzeit mög- liche Einstel- lungen 2027 - 2028
	(1)	(2)	(3)=(1)-(2)
Ministerium	30,50		
Landesdirektion Sachsen	93,50		
Statistisches Lan- desamt	23,00		
Sächsisches Staats- archiv	6,75		
Fachhochschule für öffentliche Verwal- tung und Rechts- pflege Meißen, Fort- bildungszentrum des Freistaates Sachsen	7,62		
Landesamt für Ver- fassungsschutz	11,75		
Landesfeuerwehr- und Katastrophen- schutzschule			
Staatsbetrieb Ge- obasisinformation und Vermessung Sachsen	15,00		
Landesamt für Denkmalpflege	5,50		
VW Modernisie- rung/IT	1,00		
Staatsbetrieb Säch- sische Informatik Dienste	13,10		
Gesamt	207,72	0	207,72

Betrachtung Doppelhaushalt 2029 - 2030

Ressort	Alters- abgän- ge in 2029 - 2030	davon kw- Stellen 2029 - 2030	derzeit mög- liche Einstel- lungen 2029 - 2030
	(1)	(2)	(3)=(1)-(2)
Ministerium	39,00		
Landesdirektion Sachsen	90,00		
Statistisches Lan- desamt	32,75		
Sächsisches Staats- archiv	6,00		
Fachhochschule für öffentliche Verwal- tung und Rechts- pflege Meißen, Fort- bildungszentrum des Freistaates Sachsen	12,00		
Landesamt für Ver- fassungsschutz	18,00		
Landesfeuerwehr- und Katastrophen- schutzschule			
Staatsbetrieb Ge- obasisinformation und Vermessung Sachsen	17,75		
Landesamt für Denkmalpflege	4,20		
VW Modernisie- rung/IT	3,00		
Staatsbetrieb Säch- sische Informatik Dienste	22,62		
Gesamt	245,32	0	245,32

Sächsisches Staatsministerium der Justiz

1. Aufgabenkritische Konzepte des Ressorts (Zusammenfassung)

Gerichte und Staatsanwaltschaften

- da es sich um Pflichtaufgaben handelt, sind der Aufgabenkritik engste Grenzen gesetzt
- Vorgaben aus dem Standortgesetz wurden weitgehend umgesetzt und befinden sich im Übrigen in Umsetzung
- beginnend vor 15 Jahren Einführung von PEBB§Y für die Staatsanwaltschaften und alle Gerichtsbarkeiten: länderübergreifendes und fortgeschriebenes Personalberechnungssystem auf einer mathematisch-analytischen Basis (erarbeitet mit Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaften wie Deloitte, PricewaterhouseCoopers etc.); dadurch externe Kontrolle
- Stellenabbaukonzepte wurden ausnahmslos eingehalten: es wird eingeschätzt, dass dadurch die Arbeitsfähigkeit der sächsischen Gerichte und Staatsanwaltschaften stark gefährdet ist und man bei Fortsetzung unter den errechneten Personalbedarf und auch deutlich unter die Personalausstattung der Flächenländer West kommt
- aufgrund geringer Einstellungszahlen bisher keine Probleme - wie in anderen Ländern - bei der Personalgewinnung; jedoch sind personalpolitisch schwere Zeiten aufgrund der Altersstruktur zu erwarten; krankheitsbedingte Ausfälle nehmen zu; in den Jahren 2026 bis 2030: Altersruhestand fast eines Drittels aller Richter und Staatsanwälte
- elektronische Verfahrensbearbeitung wird durch mehrere IT-Fachverfahren forciert; zudem Vorbereitung der Einführung der E-Akte bei allen Gerichten und Staatsanwaltschaften
- Prüfung der Übertragung von Zuständigkeiten auf Mitarbeiter niedrigerer Laufbahnen (Amtsanwälte)
- Unterstützung der Wachtmeister durch private Sicherheitsdienste

Justizvollzug

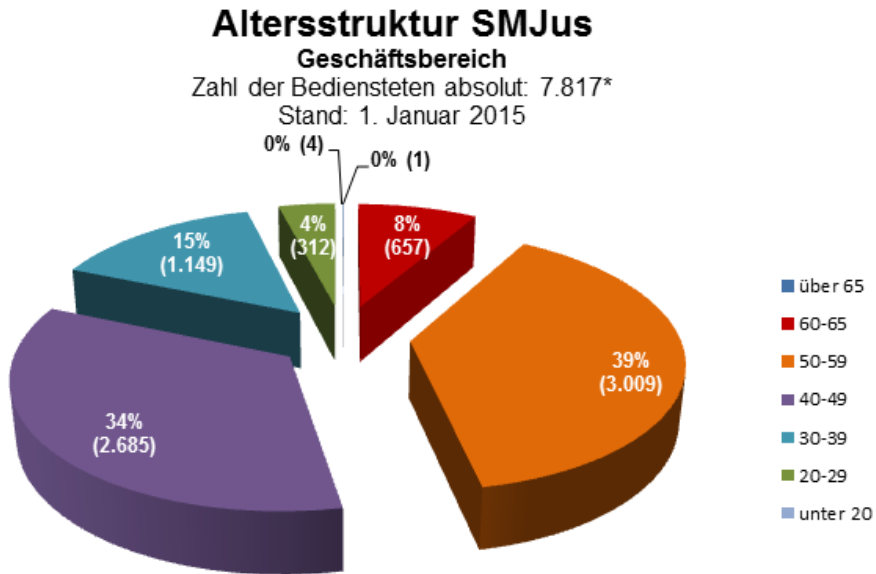
- Personalbedarf richtet sich nach den vorzuhaltenden Haftplätzen: nach der bundesweiten SPACE I-Erhebung ist die Personalausstattung bereits hinter die der Flächenländer West zurückgefallen
- zusätzlich belasten unausgewogene Altersstruktur und hoher krankheitsbedingter Ausfall von mehr als 30 Tagen pro Jahr
- Konkurrenz zum Polizeidienst bei der Personalgewinnung
- Derzeitige aufgabenkritische Prozesse: Staatsvertrag zur JVA mit Thüringen in Zwickau; Einführung der doppelten Buchführung in der JVA Waldheim und künftig in der JVA Südwestsachsen; Vergabe von Leistungen an Externe z.B. bei der Verpflichtung von Ärzten und Psychotherapeuten sowie für die Suchtberatung

SMJus

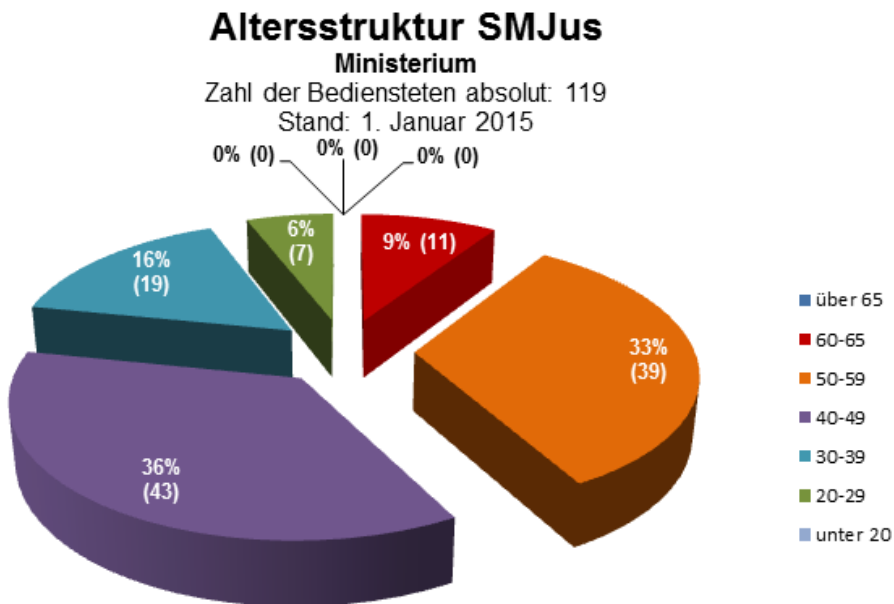
- kleinstes Ministerium mit schlankem Leitungsbereich trotz eines der größten nachgeordneten Geschäftsbereiche
- Probleme bei der Gewinnung technischen Personals in Konkurrenz zur Privatwirtschaft
- Innenrevision: sukzessive werden alle Referate hinsichtlich bestehender Abläufe überprüft

2. Übersicht zur Altersstruktur nach Fachrichtungen zum 1. Januar 2015

2.1. Auswertung nach Altersstruktur



* Darstellung ohne Referendare (492)

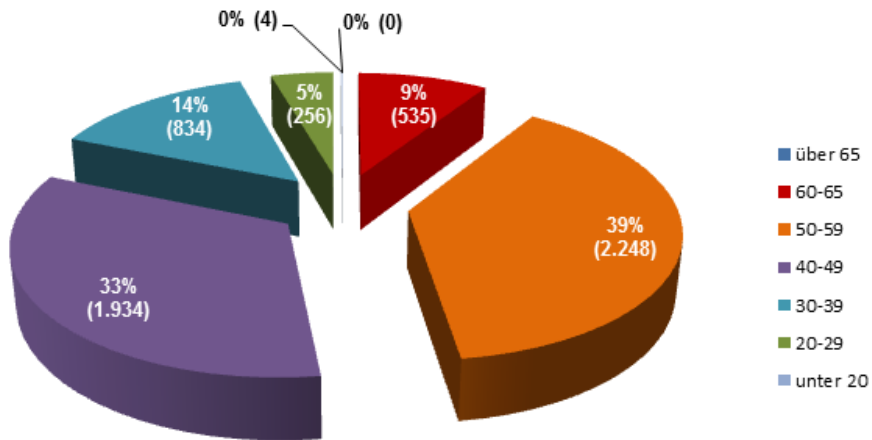


Altersstruktur SMJus

Gerichte und Staatsanwaltschaften

Zahl der Bediensteten absolut: 5.811

Stand: 1. Januar 2015

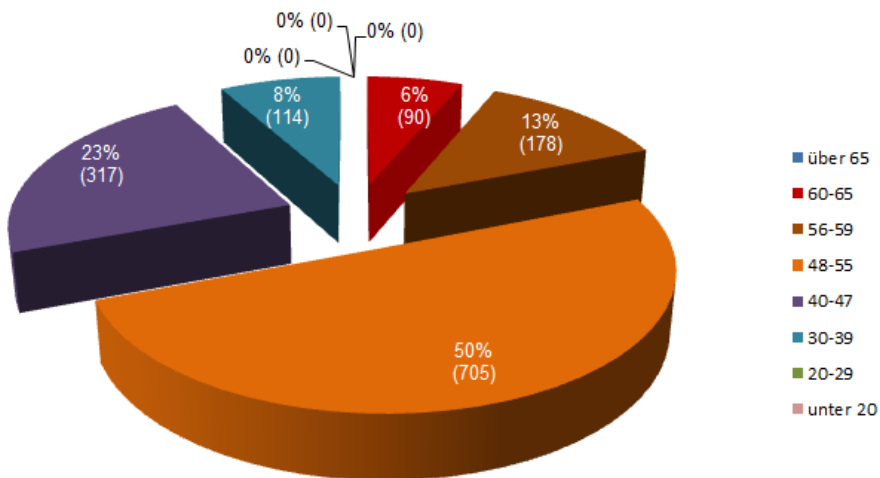


Altersstruktur SMJus

Richter und Staatsanwälte (ohne Proberichter)

Zahl der Bediensteten absolut: 1.404

Stand: 1. Januar 2015

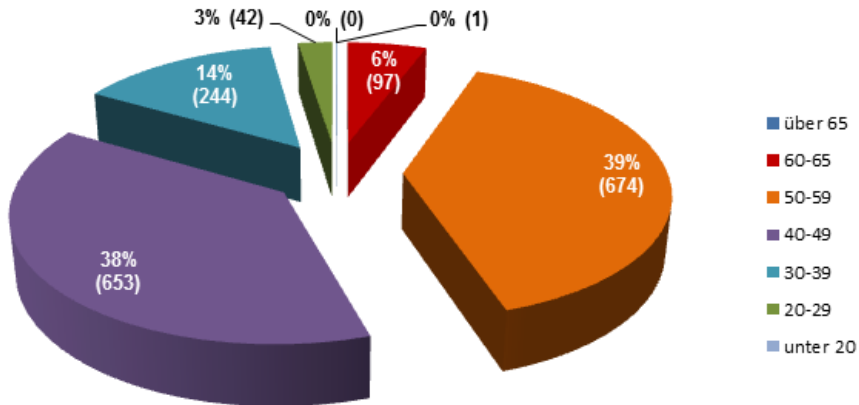


Beim Diagramm zur Altersstruktur der Richter und Staatsanwälte wurden die Alterskohorten zwischen 40 und 59 Jahren verändert, um die sehr problematische Altersstruktur des Personalbestands in diesem Bereich abzubilden.

Altersstruktur SMJus

Justizvollzug

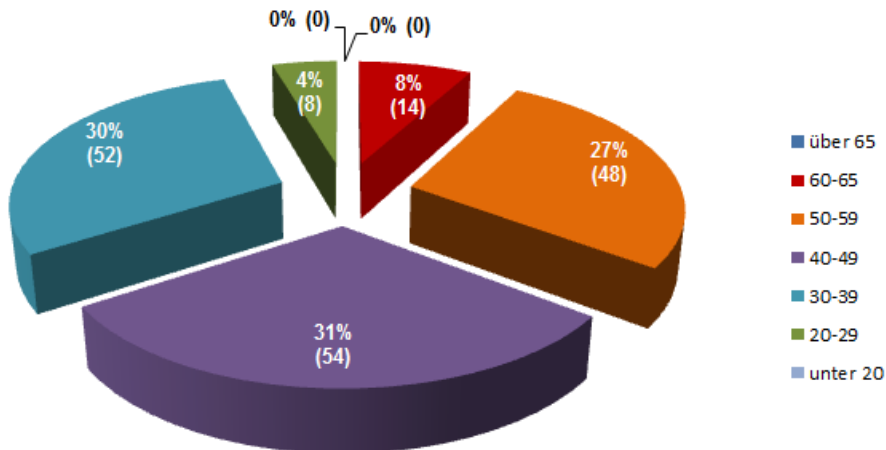
Zahl der Bediensteten absolut: 1.711
Stand: 1. Januar 2015



Altersstruktur SMJus

übrige nachgeordnete Einrichtungen LBStU, ABZ, LIT

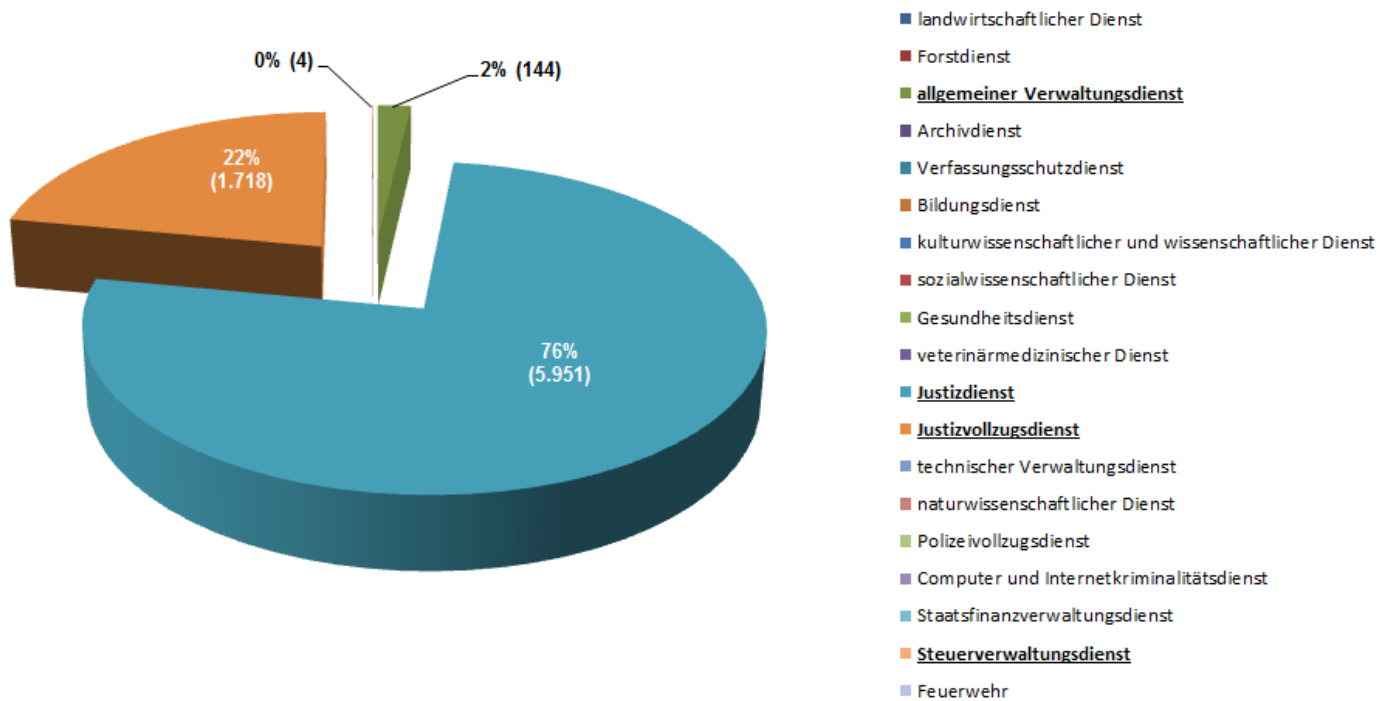
Zahl der Bediensteten absolut: 176
Stand: 1. Januar 2015



2.2. Auswertung nach Fachrichtungen

Fachrichtungen / Schwerpunkte im Geschäftsbereich SMJus

Zahl der Bediensteten absolut: 7.817*
Stand: 1. Januar 2015

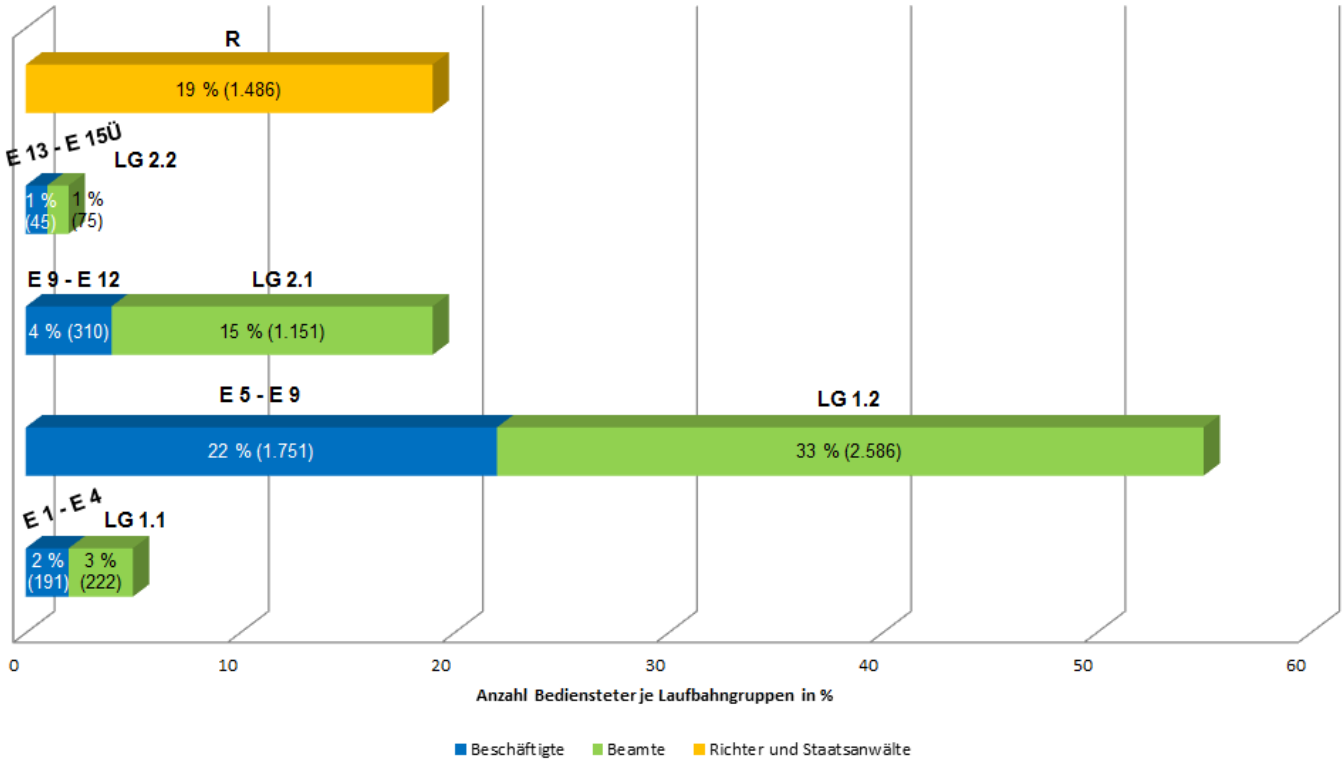


* Darstellung ohne Referendare (492)

2.3. Auswertung nach Laufbahngruppen

Laufbahngruppen im Geschäftsbereich SMJus

Zahl der Bediensteten absolut: 7.817*
 Stand: 1. Januar 2015



* Darstellung ohne Referendare (492)

3. Übersicht zu Stellen und Planstellen nach DHH unter Berücksichtigung bestehender Abbaupflichtungen 2021ff.¹

Zahl der Stellen (Stellen, Planstellen)

Ressort	Zahl der Stellen 2015 (A, B, C)	kw-Vermerke bis 2020	kw-Vermerke 2021 ff.	davon noch kw StAK 2010	Summe kw-Vermerke	danach verbleibende Stellen
Ministerium	157	1	0	0	1	156
Gerichte und Staatsanwaltschaften	6.400	119	10	0	129	6.271
Justizvollzug	1.895	55	0	0	55	1.840
Übriger nachgeordneter Bereich	157	1	0	0	1	156
Pauschal		340	378	0	718	-718
Gesamt	8.609	516	388	0	904	7.705
Staatsverwaltung gesamt	85.243	3.707	1.083	1.168*	4.790	80.453

*nach Stellenentwicklungsbericht 2013/2014

Beschäftigungsverhältnisse ohne Stellen in VZÄ, z.B. Projekte, Drittmittel

Ressort	VZÄ 01.05.2015
Ministerium	1,0
Gerichte und Staatsanwaltschaften	0
Justizvollzug	0
Übriger nachgeordneter Bereich	1,8
Gesamt	2,8

¹ Stellenplan 2015, Basis: Regierungsentwurf des DHH 2015 / 2016 (vom 15. Januar 2015)

Darstellung / Übersicht Stellenabbau

Betrachtung bis 2020

Ressort	Stellenplan 2015	Altersabgänge bis 2020	davon kw-Stellen bis 2020	derzeit mögliche Einstellungen bis 2020
	(1)	(2)	(3)	(4)=(2)-(3)
Ministerium	157	12	1	11
Gerichte und Staatsanwaltschaften	6.400	636	119	517
Justizvollzug	1.895	286	55	231
Übriger nachgeordneter Bereich	157	17	1	16
Pauschal			340	-340
Gesamt	8.609	951	516	435

Betrachtung Zeitraum 2021 - 2026

Ressort	Altersabgänge in 2021 - 2026	davon kw-Stellen 2021 - 2026	derzeit mögliche Einstellungen 2021 - 2026
	(1)	(2)	(3)=(1)-(2)
Ministerium	15	0	15
Gerichte und Staatsanwaltschaften	1.038	10	1.028
Justizvollzug	388	0	388
Übriger nachgeordneter Bereich	24	0	24
pauschal		378	-378
Gesamt	1.465	388	1.077

Betrachtung Zeitraum 2027 - 2030

Ressort	Altersabgänge in 2027 - 2030	davon kw- Stellen 2027 - 2030	derzeit mögliche Einstellungen 2027 - 2030
	(1)	(2)	(3)=(1)-(2)
Ministerium	18	0	18
Gerichte und Staatsanwaltschaften	957	0	957
Justizvollzug	278	0	278
Übriger nachgeordneter Bereich	16	0	16
Gesamt	1.269	0	1.269

Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

1. Aufgabenkritische Konzepte des Ressorts (Zusammenfassung)

Allgemeines

- im Vergleich zu dem Personalbestand der westdeutschen Flächenländer liegt die Finanzverwaltung des Freistaates bereits im Durchschnitt
- Personalberechnungssysteme: für die Finanzämter PersBB (arbeitsgebietspezifische (Bundes-)Berechnungsmuster); im Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement (SIB) Kosten- und Leistungsrechnung entsprechend der anfallenden Aufgaben
- im Landesamt für Steuern und Finanzen (LSF): steigender Personalbedarf aufgrund steigender Zahlfälle im Arbeitnehmer- (z.B. wegen Anwachsens der Drittmittelfälle, des Bildungs- und Sicherheitsbereichs) und Versorgungs- sowie Beihilfebereich

Aufgabenkritik (Stand und Vorhaben)

- zum 1. Januar 2011: Fusion OFD und LfF zum LSF: Stärkung der Mittelebene, Funktion eines zentralen Dienstleisters; weitere Aufgabenzentralisierungen werden durchgeführt (z.B. Landesfamilienkasse, Konzentration des Besoldungsbereichs) oder befinden sich in Vorbereitung (Auflösung Standort Leipzig); Auflösung der Abteilung Bundesbau / Zubau des LSF zum 1. Januar 2013 „Dienst- und Fachaufsicht über den Bundesbau“ wurde im SMF zusammengefasst; Zentralisierung für den Bereich Zubau Land/Krankenhaus im SIB; Dezentralisierung der Zuständigkeiten für die Prozessvertretung in Zivilrechts-, Verwaltungsrechts- und Arbeitsrechtssachen: die Ressorts haben die Übernahme der Zivilprozesse im eigenen Zuständigkeitsbereich mehrheitlich abgelehnt: SMF erachtet die Übertragung weiterhin für sinnvoll
- Zum 1. Januar 2003 Gründung des SIB, derzeitiger Optimierungsprozess: Umsetzung des Projektes „Strukturkonzeption SIB 2020“: Ausbau des SIB als zentraler Immobilien- und Baudienstleister; künftig durch eine Geschäftsführung mit Stabsstellen, 7 Niederlassungen und Shared-Services (Projektentwicklung, Personal, Vergabe)
- Neustrukturierung der Finanzämter durch Kabinettsbeschluss vom 25. Januar 2011: Reduzierung von 27 (ehemals 35) auf künftig 17 Finanzämter (Ziel: Anpassung der Zuständigkeiten an die Landkreise, Einsparungen Sach- und Personalmittel, Abbau der Schnittstellen, arbeitsfähige Ämtergröße, konkurrenzfähige Finanzamtsdichte im Ländervergleich etc.); ausgewählte Arbeitsgebiete sind neu zu organisieren, z.B. Finanzamt für Sonderaufgaben [Erbschafts- und Schenkungssteuer], 5 Groß- und Konzernbetriebsprüfungsstellen, Teilzentralisierung der Lohnsteuer Außenprüfung, Amtsbetriebsprüfungsstellen etc.
- Auflösung des Staatsbetriebes Staatliche Schlösser, Burgen und Gärten Sachsen und Rechtsformwechsel zur SBG gGmbH (Ziel: Eigenständigkeit und Eigenverantwortung) mit Ablauf des 31. Dezember 2012

- Staatsbetrieb Sächsische Informatik Dienste (LRZS): Landesrechenzentrum Steuern soll eine effiziente und sichere IT-Unterstützung der Steuerverwaltung gewährleisten; Zusammenarbeit ist wegen der bundeseinheitlichen Software nur länderübergreifend möglich: derzeit laufen Sondierungsgespräche mit Bayern
- Prüfung der Zusammenlegung der Hauptkasse des Freistaates mit der Landesjustizkasse: eine Projektgruppe aus SMF und SMJus kam zu dem Ergebnis, dass es keine signifikanten Einsparungen gebe, SMF steht einer erneuten Prüfung offen gegenüber

Shared Services

- Zentrale Abrechnungsstelle für Reisekosten (ZAS) seit dem 1. Januar 2011 im LSF; seit 1. Januar 2014 werden Leistungen für die SK, seit dem 1. Januar 2015 für den SRH erbracht; weitere Ressorts sollen folgen (SMWA, SMS)
- Zentrale Beschaffungsstelle (ZeBS) zum 1. August 2010 im LSF für den gesamten Geschäftsbereich des SMF ohne SIB; seit 2012 Beschaffung einzelner Artikel für SMWA, SMI, SMK, SRH, LfV, die Polizeidirektionen, Sächsisches Staatsarchiv; seit 2013 auch für SMWK
- Zentrale Trennungsgeldbearbeitung für den Geschäftsbereich des SMF, an die Ressorts wurde das Angebot zur zentralen Übernahme der Trennungsgeldabrechnung und –bewilligung gemacht, SRH ist zum 1. Januar 2015 beigetreten, die Verhandlungen mit den Ressorts laufen

2. Übersicht zur Altersstruktur nach Fachrichtungen zum 1. Januar 2015

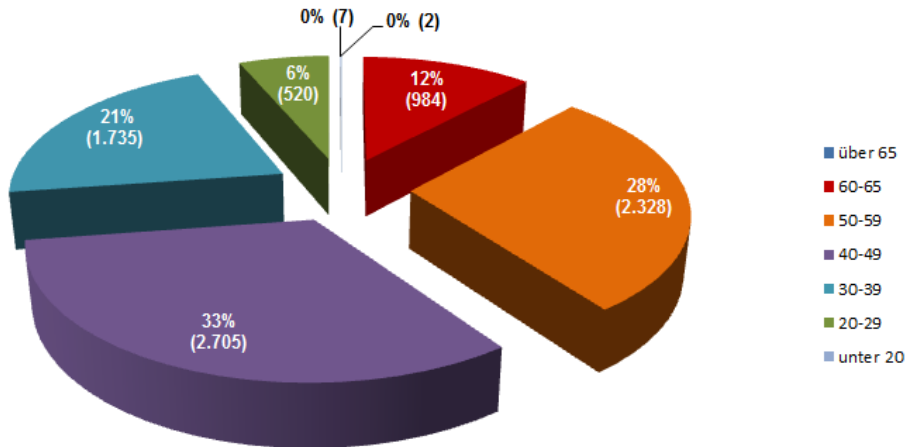
2.1. Auswertung nach Altersstruktur

Altersstruktur SMF

Geschäftsbereich

Zahl der Bediensteten absolut: 8.281

Stand: 1. Januar 2015

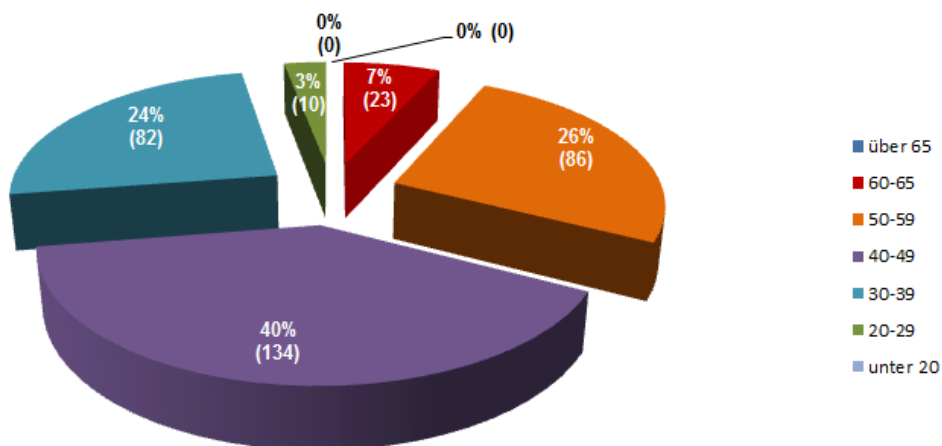


Altersstruktur SMF

Ministerium

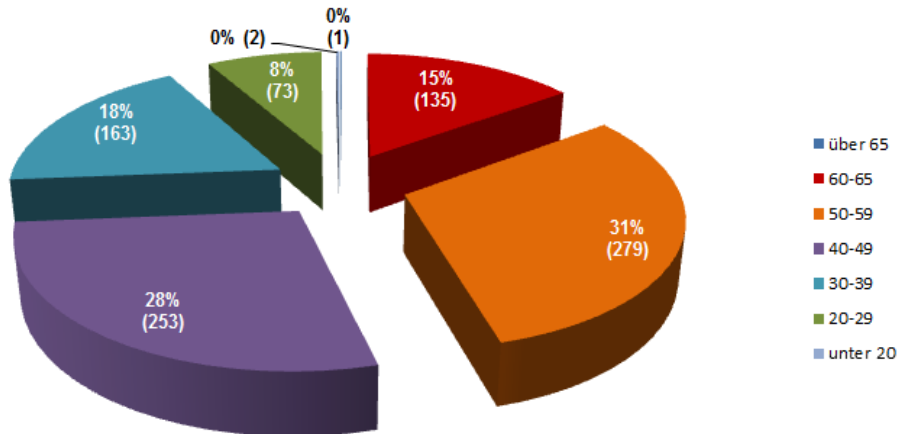
Zahl der Bediensteten absolut: 335

Stand: 1. Januar 2015



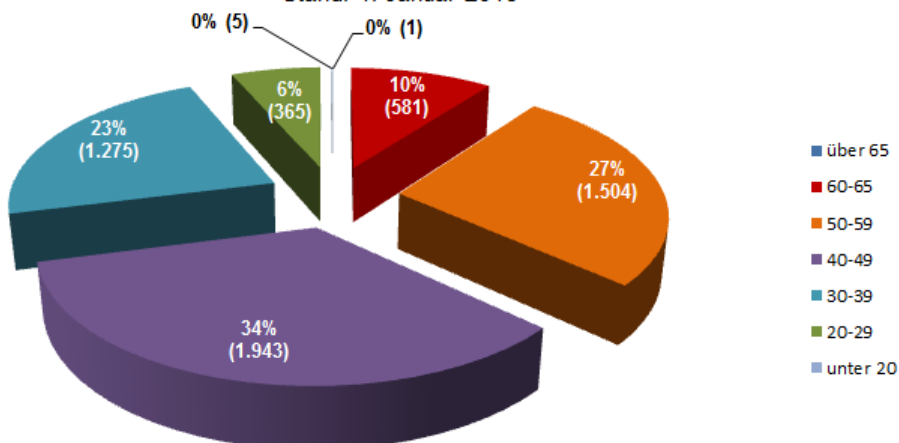
Altersstruktur SMF Landesamt für Steuern und Finanzen

Zahl der Bediensteten absolut: 906
Stand: 1. Januar 2015



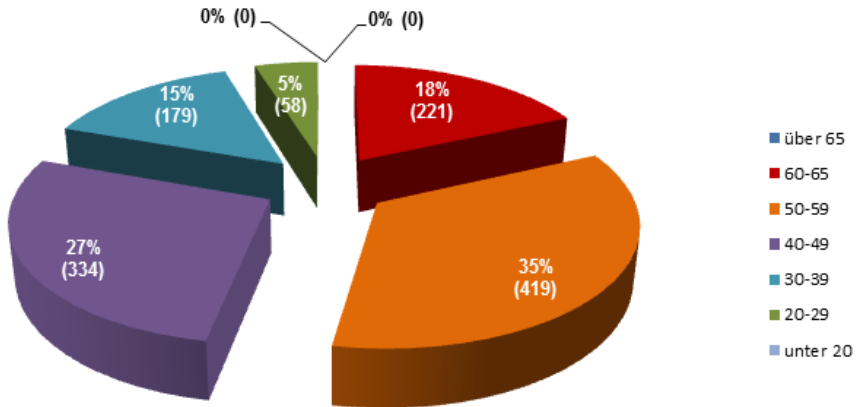
Altersstruktur SMF Finanzämter

Zahl der Bediensteten absolut: 5.674
Stand: 1. Januar 2015



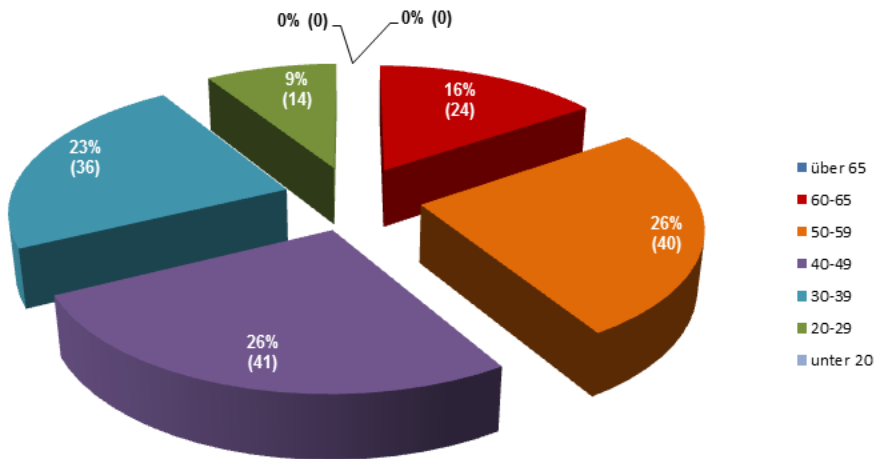
Altersstruktur SMF Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement

Zahl der Bediensteten absolut: 1.211
Stand: 1. Januar 2015



Altersstruktur SMF Landesrechenzentrum Sachsen

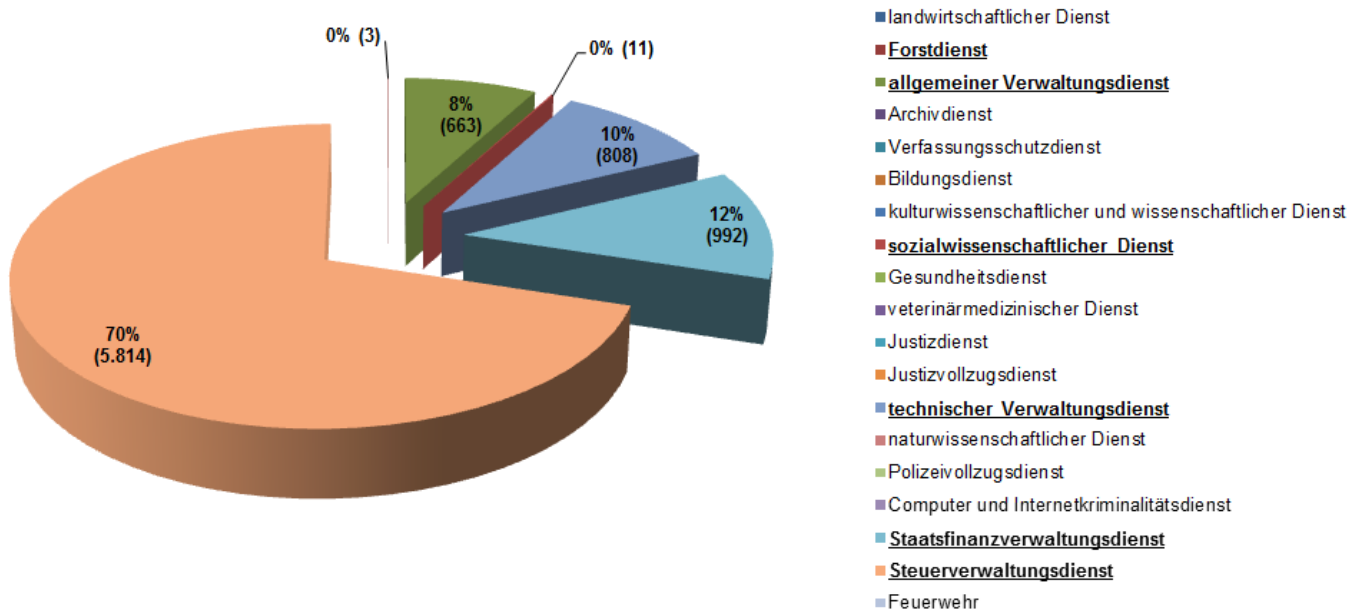
Zahl der Bediensteten absolut: 155
Stand: 1. Januar 2015



2.2. Auswertung nach Fachrichtungen

Fachrichtungen / Schwerpunkte im Geschäftsbereich SMF

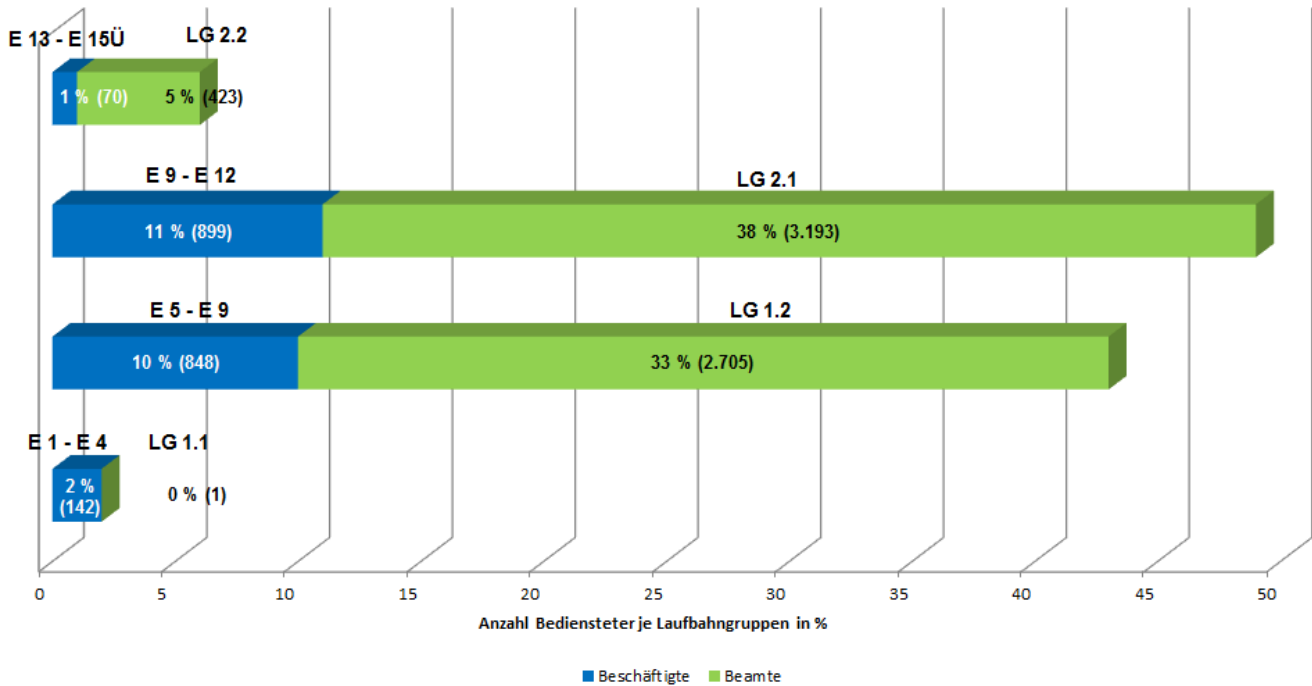
Zahl der Bediensteten absolut: 8.281
Stand: 1. Januar 2015



2.3. Auswertung nach Laufbahngruppen

Laufbahngruppen im Geschäftsbereich SMF

Zahl der Bediensteten absolut: 8.281
Stand: 1. Januar 2015



3. Übersicht zu Stellen und Planstellen nach DHH unter Berücksichtigung bestehender Abbaupflichtungen 2021ff.¹

Zahl der Stellen (Stellen, Planstellen)

Ressort	Zahl der Stellen 2015 (A, B, C)	kw-Vermerke bis 2020	kw-Vermerke 2021 ff.	Ergebnis
0401 - SMF	329	25	188	612
0402	8	0		
0404 - LSF	855	20		
0406 - Finanzämter	5.727	219		
0411 – SIB	1.092	155		
0499 – SID LRZ	160	5		
Gesamt	8.171	424	188	7.559

Beschäftigungsverhältnisse ohne Stellen in VZÄ, z.B. Projekte, Drittmittel

Ressort	VZÄ 01.05.2015
0401 - SMF	0
0402	3
0404 - LSF	1
0406 - Finanzämter	0
0411 – SIB	102,375
0499 – SID LRZ	0
Gesamt	106,375

¹ Stellenplan 2015, Basis: Regierungsentwurf des DHH 2015 / 2016 (vom 15. Januar 2015)

Darstellung / Übersicht Stellenabbau

Betrachtung bis 2020

Ressort	Stellenplan 2015	Altersabgänge bis 2020	davon kw-Stellen bis 2020	derzeit mögliche Einstellungen bis 2020
	(1)	(2)	(3)	(4)=(2)-(3)
0401 - SMF	329	24	25	-1
0402	8	0	0	0
0404 - LSF	855	138	20	118
0406 - Finanzämter	5.727	586	219	367
0411 – SIB	1.092	213	155	58
0499 – SID LRZ	160	27	5	22
Gesamt	8.171	988	424	564

Betrachtung Doppelhaushalt 2021 - 2022

Ressort	Altersabgänge in 2021 - 2022	davon kw-Stellen 2021 - 2022	derzeit mögliche Einstellungen 2021 - 2022
	(1)	(2)	(3)=(1)-(2)
0401 - SMF	12		
0402	0		
0404 - LSF	52		
0406 - Finanzämter	266		
0411 – SIB	75		
0499 – SID LRZ	14		
Gesamt	419	188 kw 2021 ff.	

Betrachtung Doppelhaushalt 2023 - 2024

Ressort	Altersabgänge in 2023 - 2024	davon kw-Stellen 2023 - 2024	derzeit mögliche Einstellungen 2023 - 2024
	(1)	(2)	(3)=(1)-(2)
0401 - SMF	16		
0402	0		
0404 - LSF	57		
0406 - Finanzämter	283		
0411 – SIB	76		
0499 – SID LRZ	4		
Gesamt	436		

Betrachtung Doppelhaushalt 2025 - 2026

Ressort	Altersabgänge in 2025 - 2026	davon kw-Stellen 2025 - 2026	derzeit mögliche Einstellungen 2025 - 2026
	(1)	(2)	(3)=(1)-(2)
0401 - SMF	14		
0402	0		
0404 - LSF	41		
0406 - Finanzämter	236		
0411 – SIB	71		
0499 – SID LRZ	4		
Gesamt	366		

Betrachtung Doppelhaushalt 2027 - 2028

Ressort	Altersabgänge in 2027 - 2028	davon kw- Stellen 2027 - 2028	derzeit mögliche Einstellungen 2027 - 2028
	(1)	(2)	(3)=(1)-(2)
0401 - SMF	13		
0402	0		
0404 - LSF	47		
0406 - Finanzämter	242		
0411 – SIB	71		
0499 – SID LRZ	4		
Gesamt	377		

Betrachtung Doppelhaushalt 2029 - 2030

Ressort	Altersabgänge in 2029 - 2030	davon kw- Stellen 2029 - 2030	derzeit mögliche Einstellungen 2029 - 2030
	(1)	(2)	(3)=(1)-(2)
0401 - SMF	19		
0402	0		
0404 - LSF	45		
0406 - Finanzämter	284		
0411 – SIB	78		
0499 – SID LRZ	7		
Gesamt	433		

Sächsisches Staatsministerium für Kultus

1. Aufgabenkritische Konzepte des Ressorts (Zusammenfassung)

Geschichte

- Anfang der 1990er Jahre: Ministerium, 3 Oberschulämter, 20 Staatliche Schulämter (3-stufige Schulaufsicht), Sächsische Akademie für Lehrerfortbildung als nachgeordnete Einrichtung, Comenius-Institut als Sonderbehörde (Lehrplanelentwicklung, Schulbuchzulassung)
- ab Mitte der 1990er Jahre: Zusammenfassung der 3 Oberschulämter und der 20 Staatlichen Schulämter zu 5 Regionalschulämtern (2-stufige Schulaufsicht)
- im Jahr 2007: 5 Regionalschulämter werden zur Sächsischen Bildungsagentur (SBA), Comenius-Institut und Sächsische Akademie für Lehrerfortbildung werden zum Sächsischen Bildungsinstitut (SBI)

Geschäftsbereich SMK

- zum 1. Juli 2013: Zusammenlegung der Bibliotheken SMK/SMF
- zum 1. Januar 2014: Neustrukturierung durch Reduzierung der Abteilungen und Referate, Neuordnung von Aufgabengebieten
- zum 1. Januar 2014: Shared-Services: Fusion Innerer Dienst SMK/SMF
- Planung: bis zum Jahr 2020: Fusion der Sächsischen Bildungsagentur (SBA) mit dem Sächsischen Bildungsinstitut (SBI) zum Sächsischen Landesschulamt mit Sitz in Chemnitz

Sächsische Bildungsagentur (SBA)

- ab dem Jahr 2010 „Aufgabenkritik und Geschäftsprozessoptimierung“: Reduzierung der Abteilungen und Referate
- seit 2013: Prozessmanagementprojekte im Rahmen der Staatsmodernisierung (finanziert durch SMJus, jetzt SMI): z.B. zur Gleichwertigkeit von Bildungsabschlüssen, zur Verbesserung der Planung und Durchführung der Schulaufsicht (Basissammlung von Formularen)

Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (LzpB)

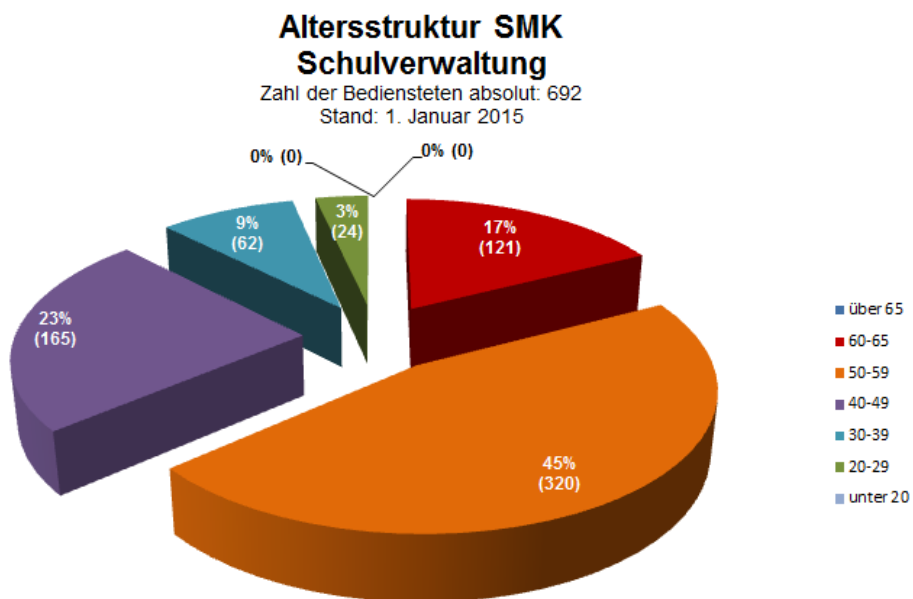
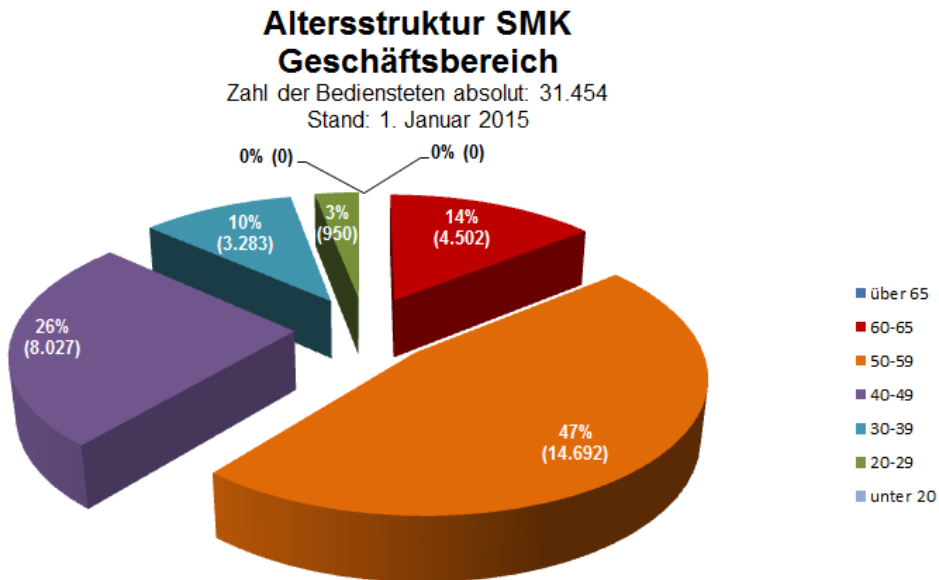
- im Jahr 2009: aufgabenkritische Untersuchung der Bereiche Post, Publikationsausgabe und Altschriftgutverwaltung und Umsetzung der Ergebnisse

Ausblick

- geplant ist eine weitere Aufgabenkritik im Geschäftsbereich
- Lenkungsgruppe: StS, AL, Direktoren SBA und SBI

2. Übersicht zur Altersstruktur nach Fachrichtungen zum 1. Januar 2015

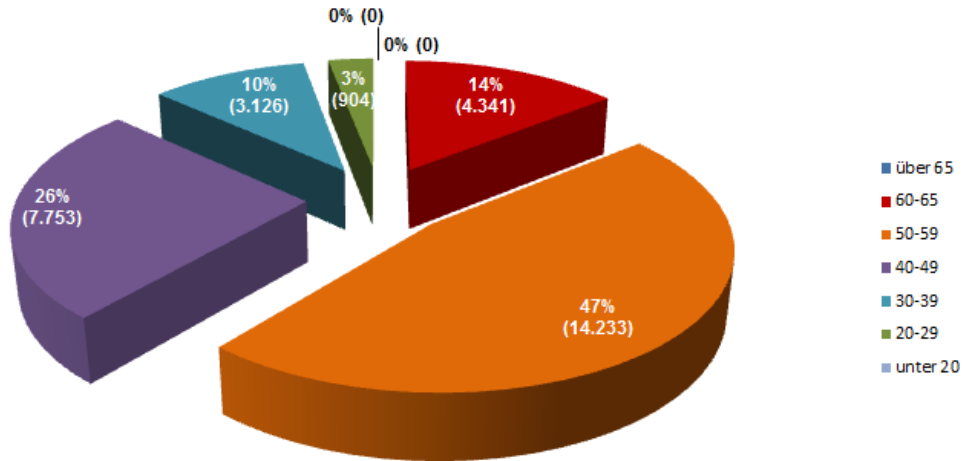
2.1. Auswertung nach Altersstruktur



Altersstruktur SMK

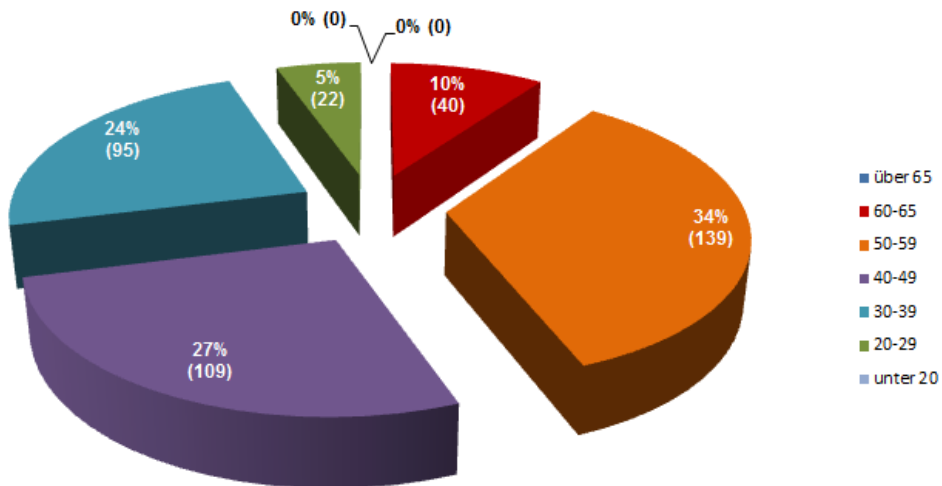
Lehrer

Zahl der Bediensteten absolut: 30.357
Stand: 1. Januar 2015



Altersstruktur SMK Schulen in Landsträgerschaft

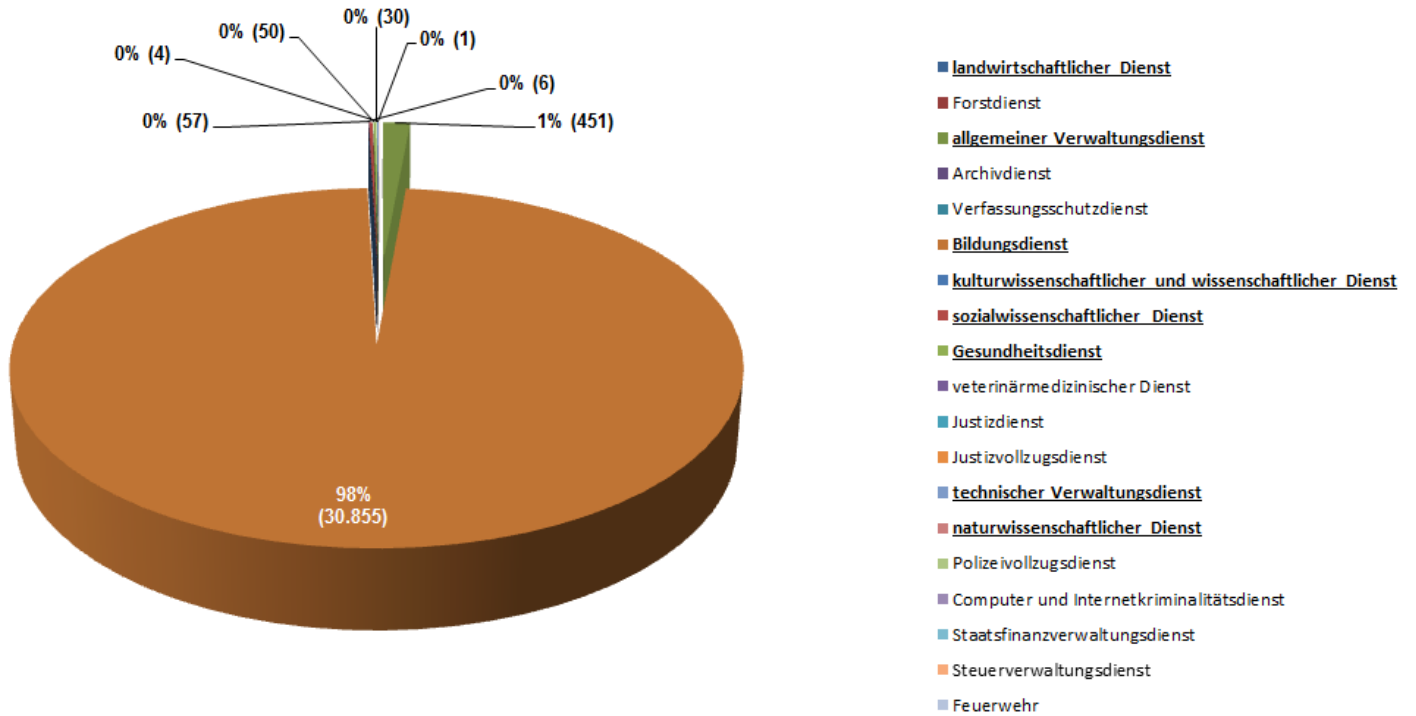
Zahl der Bediensteten absolut: 405
Stand: 1. Januar 2015



2.2. Auswertung nach Fachrichtungen

Fachrichtungen / Schwerpunkte im Geschäftsbereich SMK

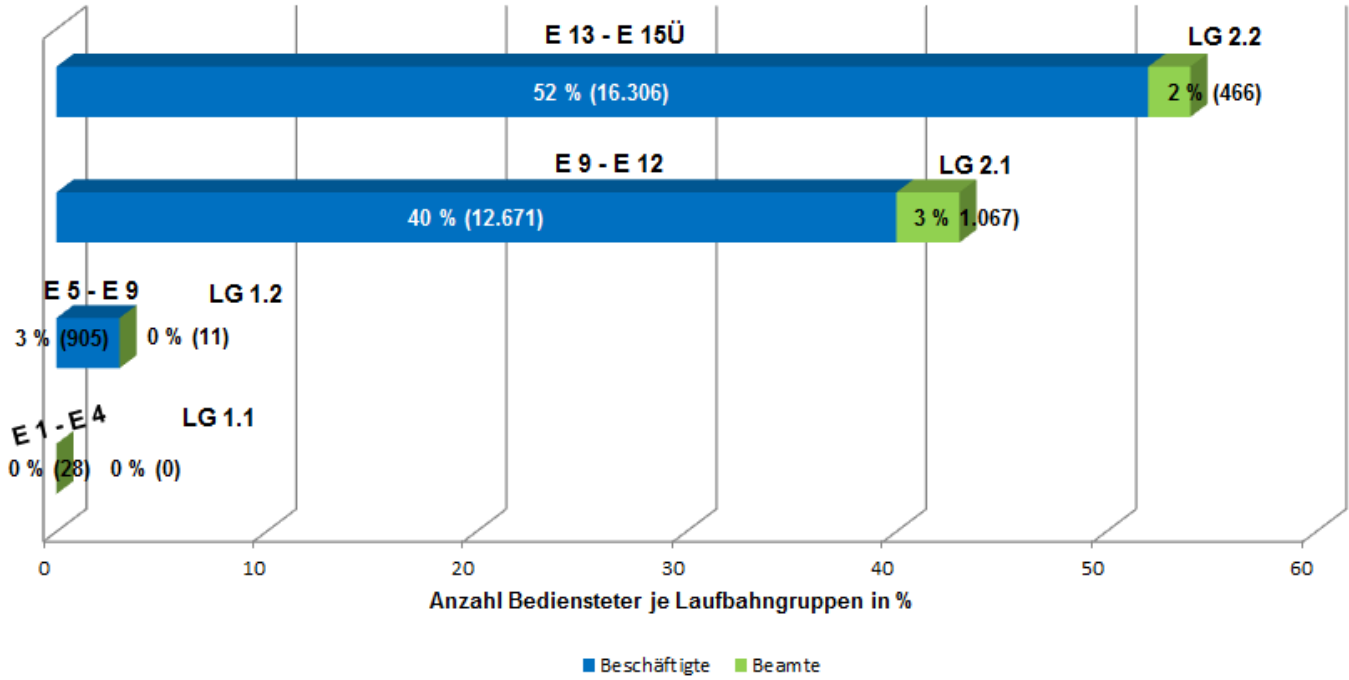
Zahl der Bediensteten absolut: 31.454
Stand: 1. Januar 2015



2.3. Auswertung nach Laufbahngruppen

Laufbahngruppen im Geschäftsbereich SMK

Zahl der Bediensteten absolut: 31.454
Stand: 1. Januar 2015



3. Übersicht zu Stellen und Planstellen nach DHH unter Berücksichtigung bestehender Abbauverpflichtungen 2021ff.¹

Zahl der Stellen (Stellen, Planstellen)

Ressort	Zahl der Stellen 2015 (A, B, C)	kw-Vermerke bis 2020	kw-Vermerke 2021 ff.	Ergebnis
Schulverwaltung	757	115	1	641
Schulen in Landesträgerschaft	171	0	0	171
Lehrer	28.496 ^{2,3}	-510 ⁴	0	29.006
Gesamt	29.424	-395	1	29.818
Vorbereitungsdienst	1.680			1.680

Beschäftigungsverhältnisse ohne Stellen in VZÄ, z.B. Projekte, Drittmittel

Ressort	VZÄ 01.05.2015
Schulverwaltung	9
Schulen in Landesträgerschaft	28
Gesamt	37

¹ Stellenplan 2015, Basis: Regierungsentwurf des DHH 2015 / 2016 (vom 15. Januar 2015).

² Einschließlich VZÄ, die gemäß § 6 Abs. 3 HG 2015/2016 und Kapitelvermerk zu 05 02 über den Stellenplan hinaus geführt werden können (Schuljahr 2015/2016: bis zu 385).

³ Einschließlich Nutzung von 100 Stellen für den Vorbereitungsdienst zu Gunsten der Lehrpersonal-ausstattung (Kapitelvermerk zu 05 02).

⁴ Aufwuchs an VZÄ, die gemäß Kapitelvermerk zu 05 02 über den Stellenplan geführt werden können, von 385 (Stand 2015) auf 895 (Schuljahr 2019/2020).

Darstellung / Übersicht Stellenabbau

Betrachtung bis 2020

Ressort	Stellenplan 2015	Altersabgänge bis 2020	davon kw-Stellen bis 2020	derzeit mögliche Einstellungen bis 2020
	(1)	(2)	(3)	(4)
Schulverwaltung	757	134	115	19
Schulen in Landesträgerschaft	171	22	0	22
Lehrer	28.496	4.097	-510	4.607
Gesamt	29.424	4.253	-395	4.648

Betrachtung Doppelhaushalt 2021 - 2022

Ressort	Altersabgänge in 2021 - 2022	davon kw-Stellen 2021 - 2022	derzeit mögliche Einstellungen 2021 - 2022
	(1)	(2)	(3)
Schulverwaltung	48	0	48
Schulen in Landesträgerschaft	6	0	6
Lehrer	2.504	0	2.504
Gesamt	2.558	0	2.558

Betrachtung Doppelhaushalt 2023 - 2024

Ressort	Altersabgänge in 2023 - 2024	davon kw-Stellen 2023 - 2024	derzeit mögliche Einstellungen 2023 - 2024
	(1)	(2)	(3)
Schulverwaltung	46	0	46
Schulen in Landesträgerschaft	9	0	9
Lehrer	2.191	0	2.191
Gesamt	2.246	0	2.246

Betrachtung Doppelhaushalt 2025 - 2026

Ressort	Altersabgänge in 2025 - 2026	davon kw- Stellen 2025 - 2026	derzeit mögliche Einstellungen 2025 - 2026
	(1)	(2)	(3)
Schulverwaltung	57	0	57
Schulen in Landsträgerschaft	8	0	8
Lehrer	2.211	0	2.211
Gesamt	2.276	0	2.276

Betrachtung Doppelhaushalt 2027 - 2028

Ressort	Altersabgänge in 2027 - 2028	davon kw- Stellen 2027 - 2028	derzeit mögliche Einstellungen 2027 - 2028
	(1)	(2)	(3)
Schulverwaltung	67	0	67
Schulen in Landsträgerschaft	10	0	10
Lehrer	2.493	0	2.493
Gesamt	2.570	0	2.570

Betrachtung Doppelhaushalt 2029 - 2030

Ressort	Altersabgänge in 2029 - 2030	davon kw- Stellen 2029 - 2030	derzeit mögliche Einstellungen 2029 - 2030
	(1)	(2)	(3)
Schulverwaltung	49	0	49
Schulen in Landsträgerschaft	9	0	9
Lehrer	2.578	0	2.578
Gesamt	2.636	0	2.636

Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst

1. Aufgabenkritische Konzepte des Ressorts (Zusammenfassung)

- (zahlreiche) Maßnahmen (Zusammenschluss von völkerkundlichen Museen, Privatisierung des staatlichen Verkehrsmuseums, Umwandlungen der Staatsoper, des Staatsschauspiels, des Landesamtes für Archäologie, der Staatlichen Kunstsammlungen in Staatsbetriebe etc.), die im Bericht des SMJus „Perspektive Sachsen 2020“ aufgeführt sind, wurden umgesetzt; dadurch im Kulturbereich von 2004 bis 2013 Personalabbau von 30 %

Nicht in die Betrachtungen einzubeziehen seien

- nachgeordnete Staatsbetriebe (Landesamt für Archäologie, die Staatlichen Kunstsammlungen Dresden, die Deutsche Zentralbücherei für Blinde zu Leipzig, die SLUB und die Sächsischen Staatstheater), da diese organisatorisch verselbständigte Einheiten seien und diese über ihre Personalausstattung und den Personaleinsatz wegen der Einführung von NSM eigenständig befinden könnten
- Hochschulen: Autonomie in Personalfragen, abgeleitet für das wissenschaftliche Personal aus der Institutsgarantie der Hochschulen und dem sog. Selbstergänzungsrecht der Fakultäten gem. Art. 5 Abs. 3 GG; staatliche Einflussnahme sei hier unzulässig; Koalitionsvereinbarung: „Es ist eine Verständigung auf die „Hochschulentwicklungsplanung 2015“ bis Ende des Jahres 2016 zu erreichen. In diesem Fokus ist die Koalition bereit, im Rahmen einer langfristig angelegten Zuschussvereinbarung bis 2015 auf den geplanten Abbau von 754 Stellen ab dem Jahr 2017 zu verzichten.“ NHS zwingt die Hochschulen, eigene Planungs- und Steuerungsmechanismen hinsichtlich der haushalterischen und finanziellen Rahmenbedingungen einzurichten; Einrichtung einer Projektgruppe Hochschulentwicklungsplanung (PG HEP)
- Berufsakademien: sie seien gem. § 3 Abs. 2 SächsBAG Anstalten des öffentlichen Rechts mit partieller Rechtsfähigkeit und würden danach ihren Geschäftsablauf über eine eigene Ordnung regeln

SMWK

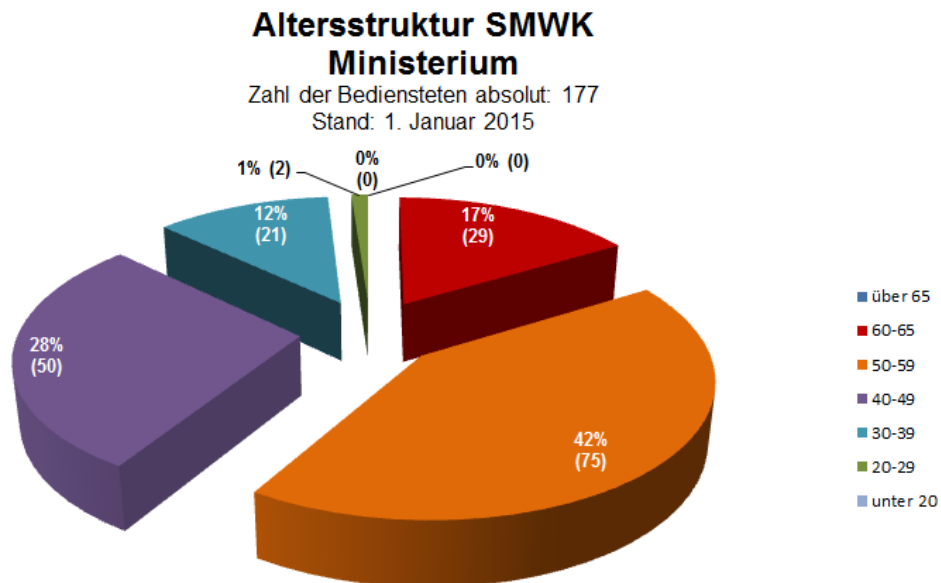
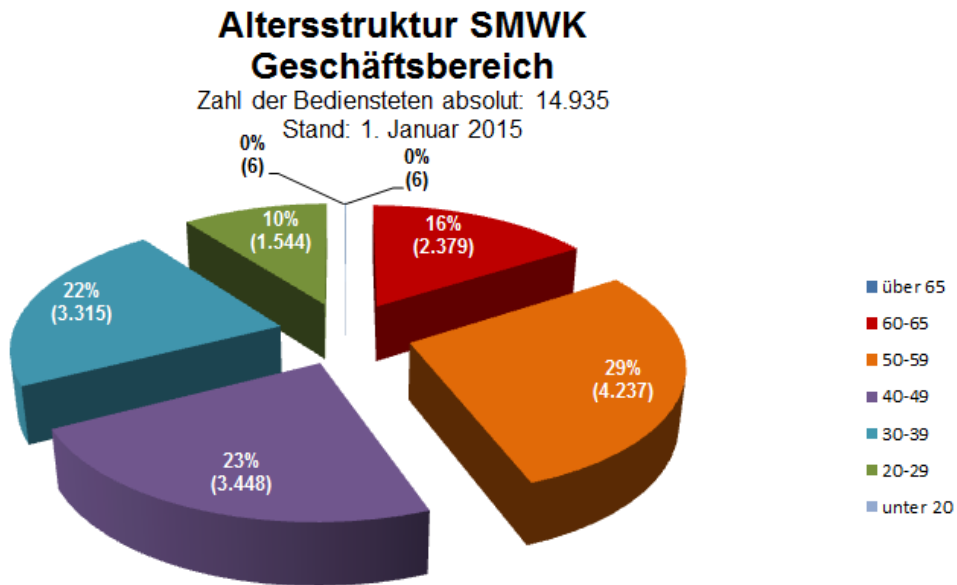
- jetzige Organisationsstruktur und Aufgabenwahrnehmung beruht auf WIBERA Gutachten (2008)
 - Einführung von NSM, Gründung von vielen Staatsbetrieben und Statusänderung der Hochschulen erfordere geänderte Qualifikationen, an zentraler Stelle gebündeltes Know-how
 - Veränderungen in der Organisation der Referate in vielen Bereichen (Neuzuordnung IuK, Einrichtung Innenrevision und einer zentralen Vergabepflichtprüfung, Verlagerung von EU-Projektförderungen auf die SAB etc.)
- hausinterne Überlegungen: infolge veränderter Rahmenbedingungen z.B. wegen wegfallender EU-Strukturfördergelder, ist eine Konzentration von Wissen bezogen auf juristischen Sachverstand oder im Fördergeschäft angedacht, Einrichtung einer Projektgruppe Hochschulentwicklungsplanung (PG HEP)

Ausblick auf künftige Entwicklungen

- Umsetzung von Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag, Mittelaufstockungen oder EU-Regelungen, z.B. Freihandelsabkommen, Kulturraumgesetz, Fortschreibung des „Sächsischen Hochschulentwicklungsplans bis 2020“, Aufwuchs und Ausbau der Helmholtz-Zentren, Ausbau/Modernisierung von Fraunhofer-Einrichtungen; auf dem Gebiet Kunst und Kultur wird dies zu einem erhöhtem Arbeitsaufkommen führen

2. Übersicht zur Altersstruktur nach Fachrichtungen zum 1. Januar 2015

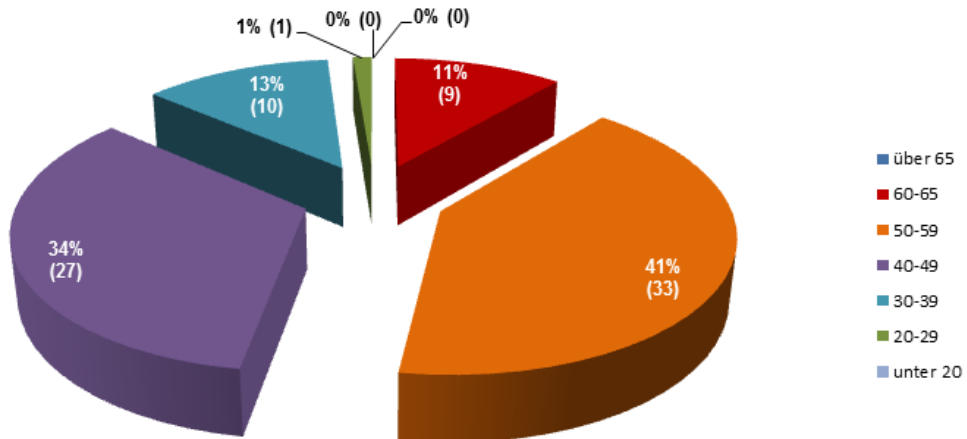
2.1. Auswertung nach Altersstruktur



Altersstruktur SMWK Landesamt für Archäologie

Zahl der Bediensteten absolut: 80

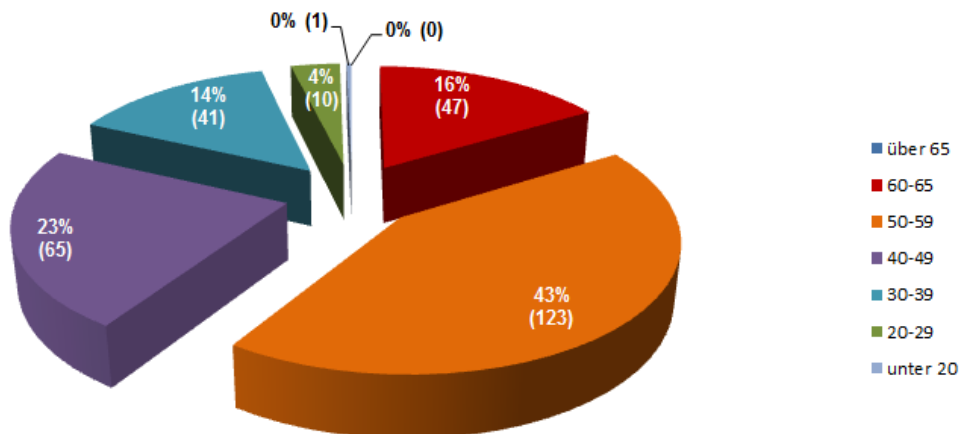
Stand: 1. Januar 2015



Altersstruktur SMWK Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden

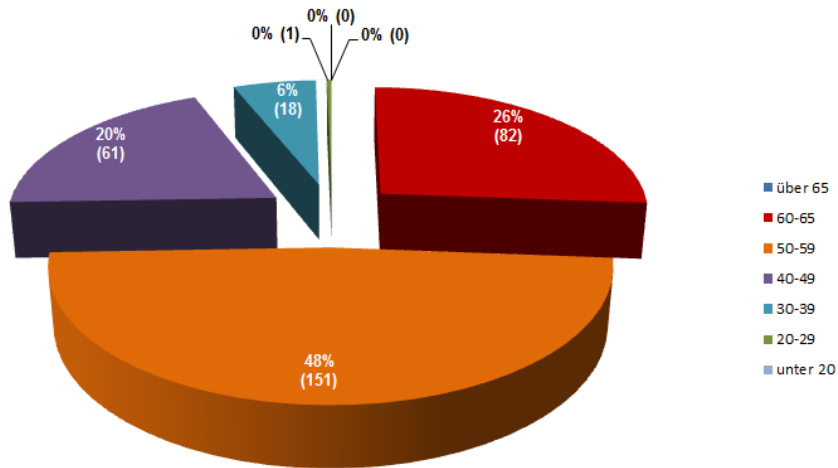
Zahl der Bediensteten absolut: 287

Stand: 1. Januar 2015



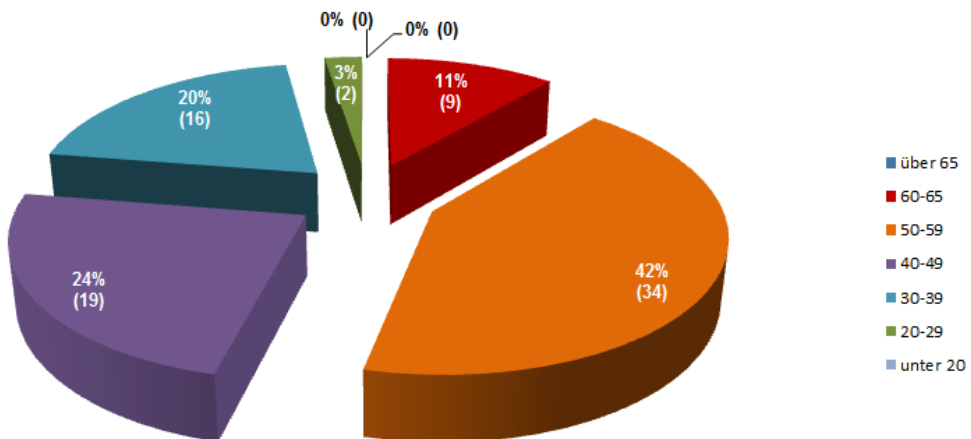
Altersstruktur SMWK Staatliche Kunstsammlungen Dresden

Zahl der Bediensteten absolut: 313
Stand: 1. Januar 2015



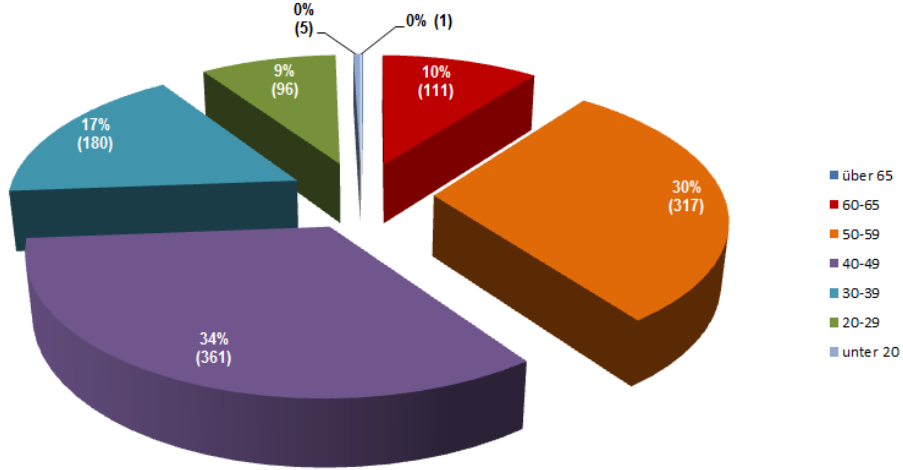
Altersstruktur SMWK Deutsche Zentralbibliothek für Blinde zu Leipzig

Zahl der Bediensteten absolut: 80
Stand: 1. Januar 2015



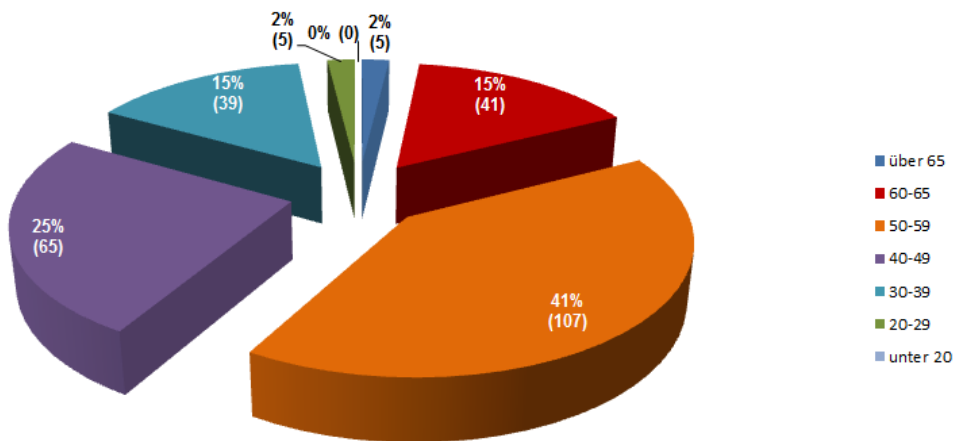
Altersstruktur SMWK Sächsische Staatstheater

Zahl der Bediensteten absolut: 1.071
Stand: 1. Januar 2015



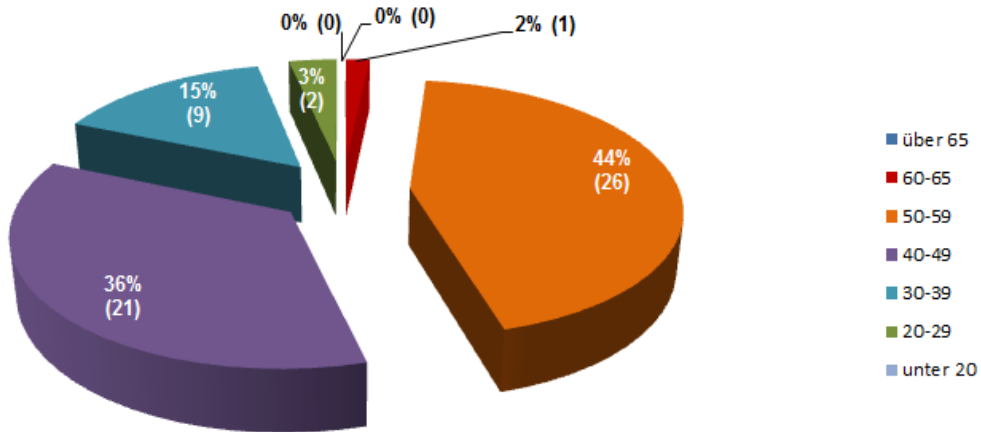
Altersstruktur SMWK Berufsakademie

Zahl der Bediensteten absolut: 262
Stand: 1. Januar 2015



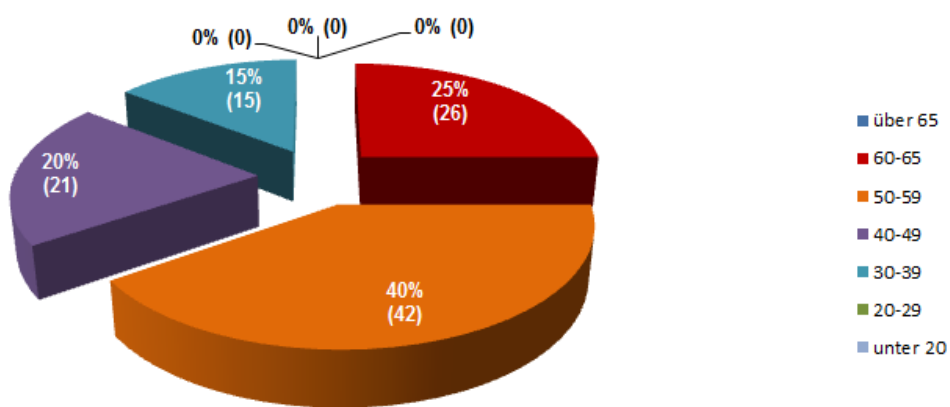
Altersstruktur SMWK Palucca Hochschule für Tanz Dresden

Zahl der Bediensteten absolut: 59
Stand: 1. Januar 2015



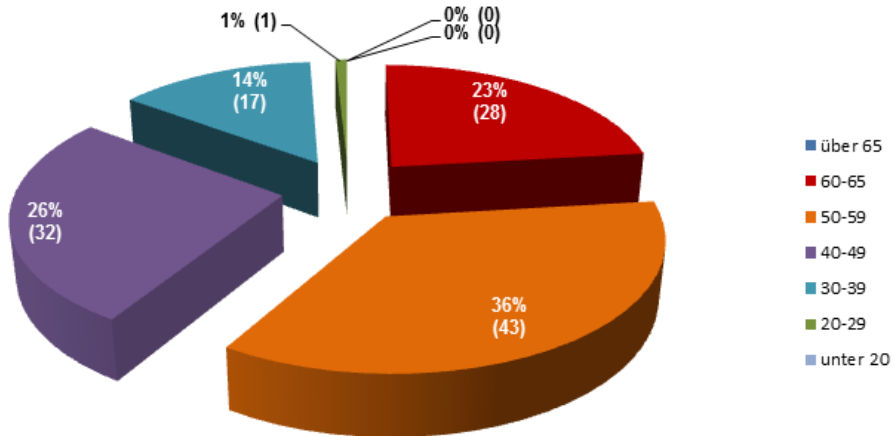
Altersstruktur SMWK Hochschule für Bildende Künste Dresden

Zahl der Bediensteten absolut: 104
Stand: 1. Januar 2015



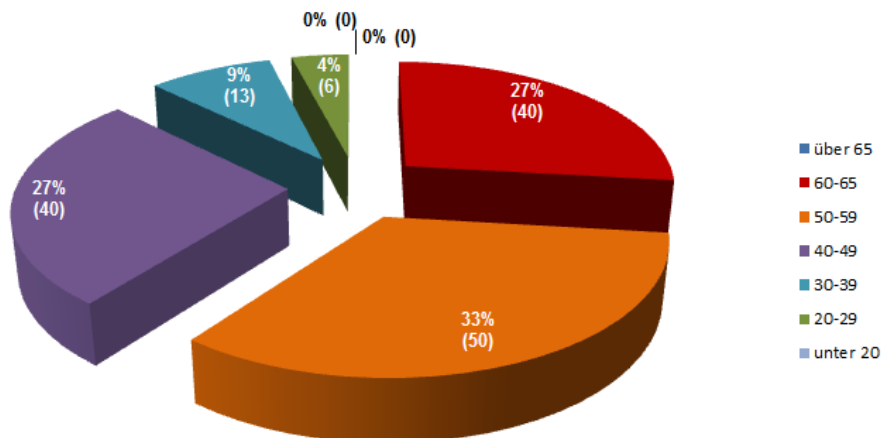
Altersstruktur SMWK Hochschule für Musik Dresden

Zahl der Bediensteten absolut: 121
Stand: 1. Januar 2015



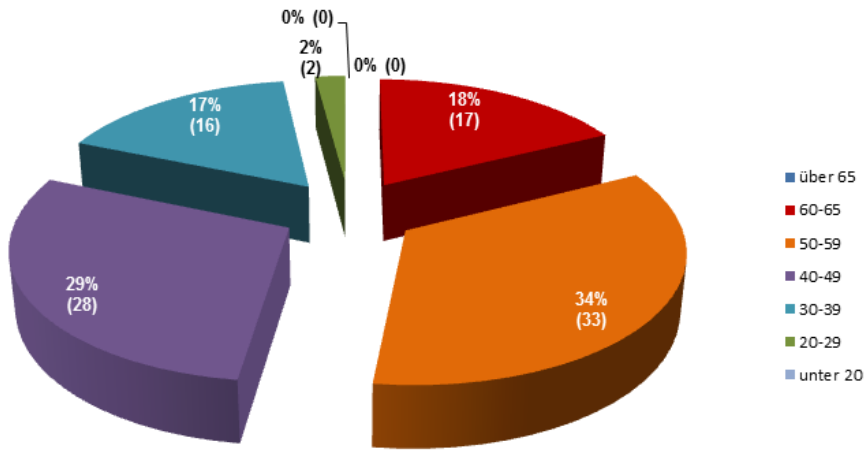
Altersstruktur SMWK Hochschule für Musik und Theater Leipzig

Zahl der Bediensteten absolut: 149
Stand: 1. Januar 2015



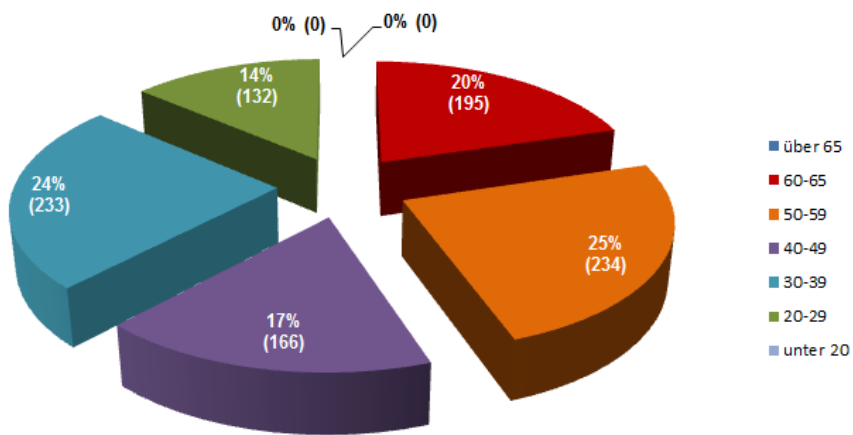
Altersstruktur SMWK Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig

Zahl der Bediensteten absolut: 96
Stand: 1. Januar 2015



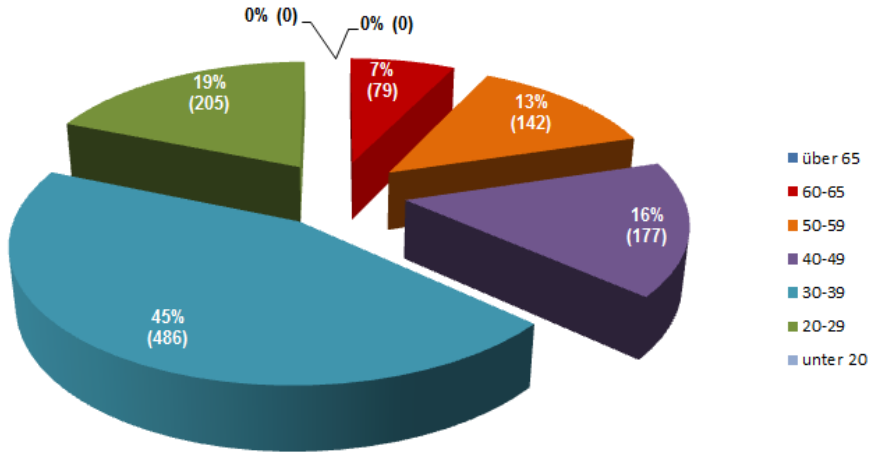
Altersstruktur SMWK Medizinische Fakultät der Universität Leipzig

Zahl der Bediensteten absolut: 960
Stand: 1. Januar 2015



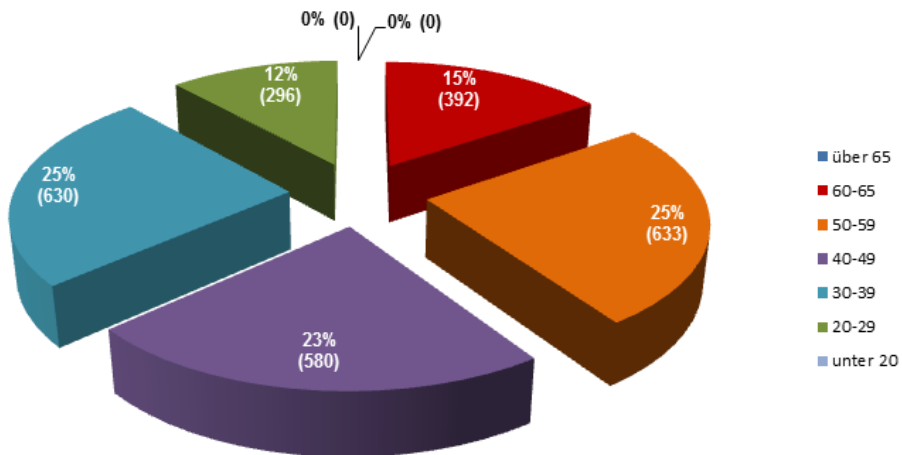
Altersstruktur SMWK Medizinische Fakultät der TU Dresden

Zahl der Bediensteten absolut: 1.089
Stand: 1. Januar 2015



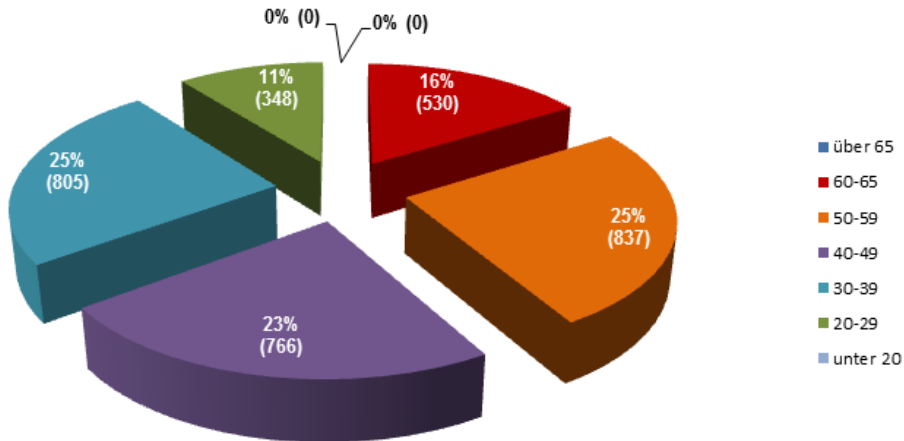
Altersstruktur SMWK Universität Leipzig

Zahl der Bediensteten absolut: 2.531
Stand: 1. Januar 2015



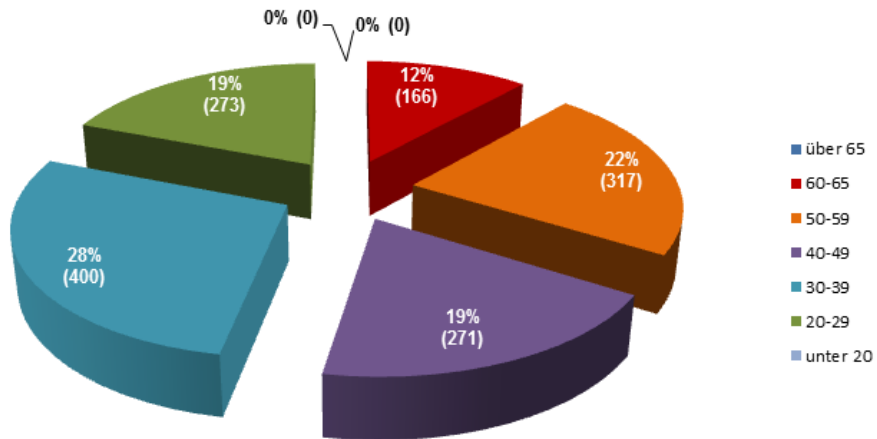
Altersstruktur SMWK Technische Universität Dresden

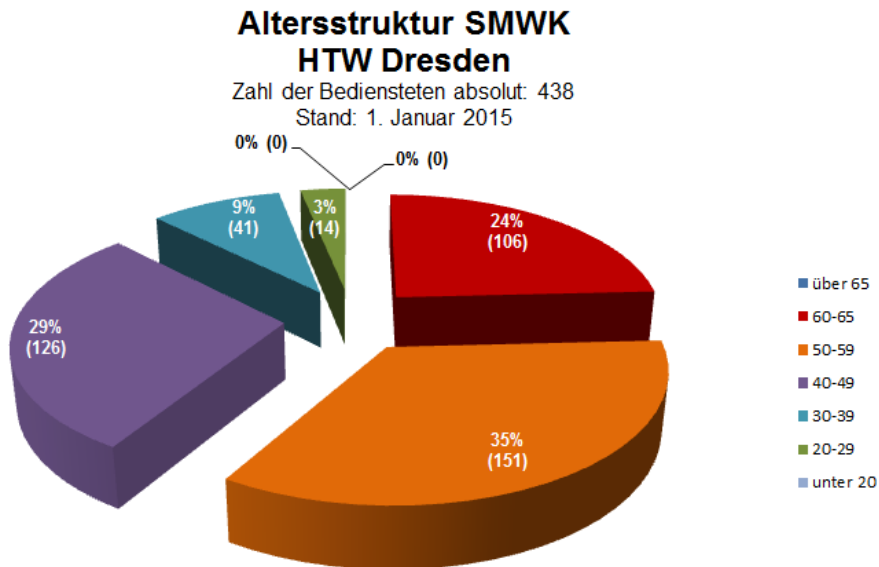
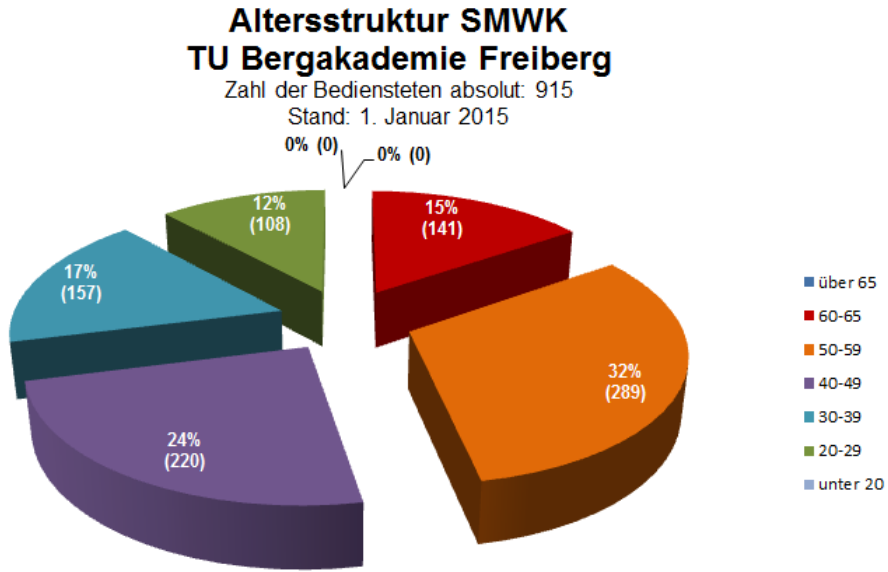
Zahl der Bediensteten absolut: 3.286
Stand: 1. Januar 2015



Altersstruktur SMWK Technische Universität Chemnitz

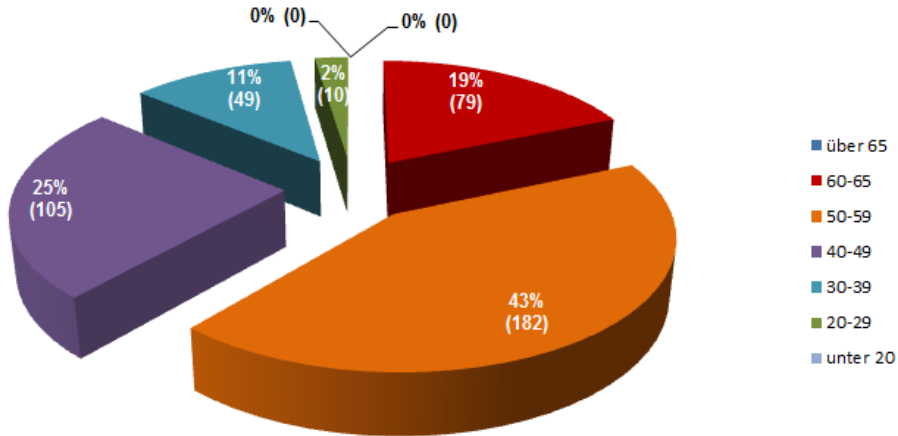
Zahl der Bediensteten absolut: 1.427
Stand: 1. Januar 2015





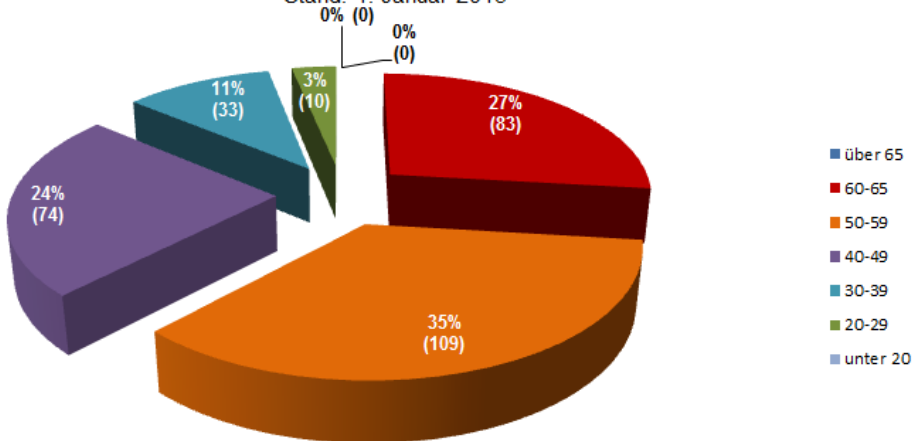
Altersstruktur SMWK HTW Leipzig

Zahl der Bediensteten absolut: 425
Stand: 1. Januar 2015



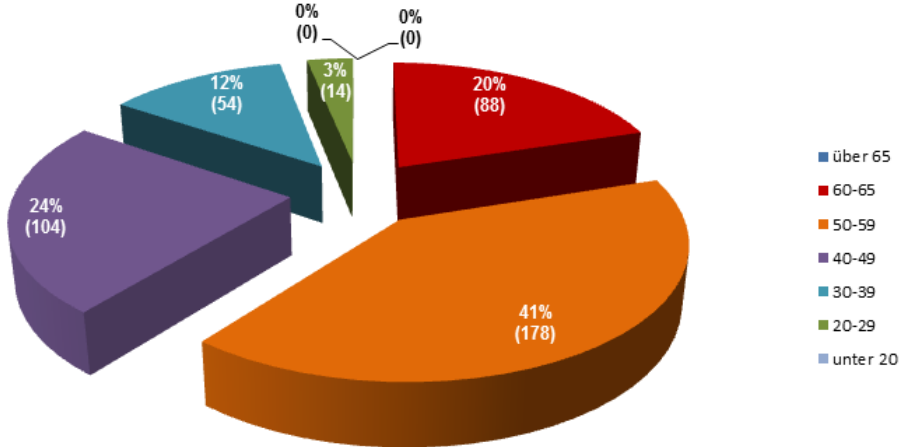
Altersstruktur SMWK Hochschule Mittweida

Zahl der Bediensteten absolut: 309
Stand: 1. Januar 2015



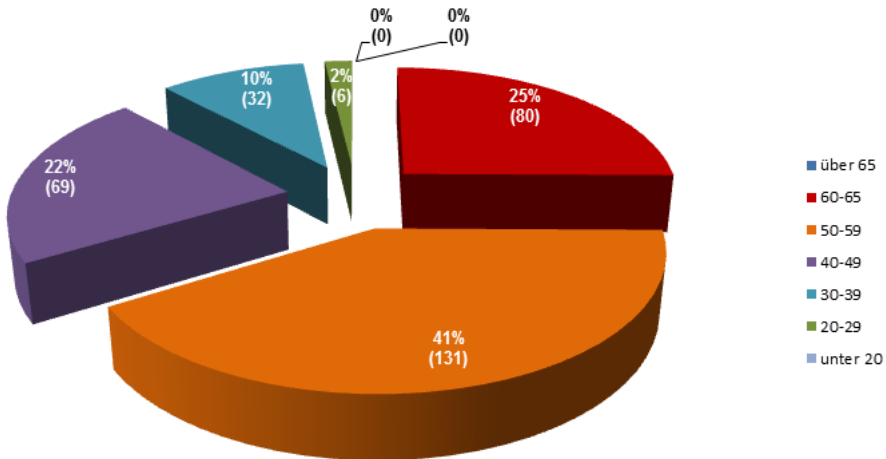
Altersstruktur SMWK Westfälische Hochschule Zwickau

Zahl der Bediensteten absolut: 438
Stand: 1. Januar 2015



Altersstruktur SMWK Hochschule Zittau / Görlitz

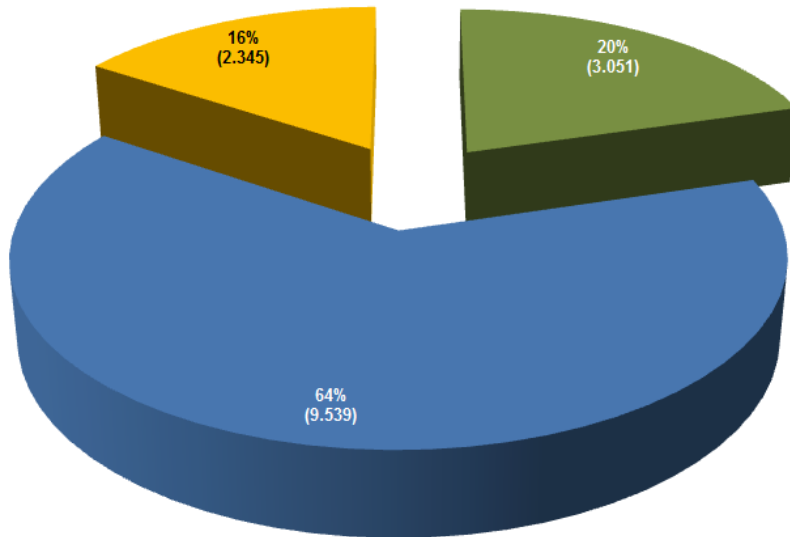
Zahl der Bediensteten absolut: 318
Stand: 1. Januar 2015



2.2. Auswertung nach Fachrichtungen

Fachrichtungen / Schwerpunkte im Geschäftsbereich SMWK

Zahl der Bediensteten absolut: 14.935
Stand: 1. Januar 2015

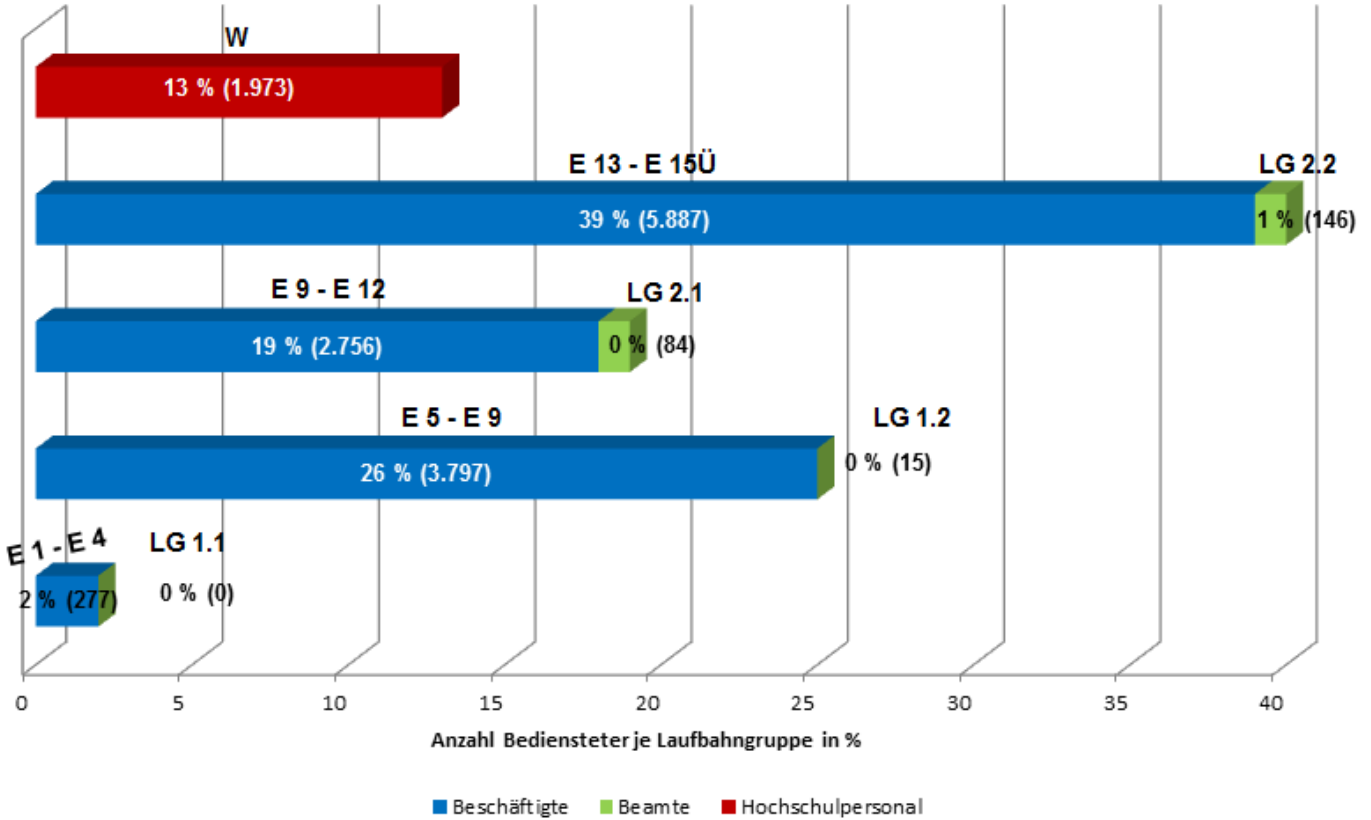


- landwirtschaftlicher Dienst
- Forstdienst
- allgemeiner Verwaltungsdienst
- Archivdienst
- Verfassungsschutzdienst
- Bildungsdienst
- kulturwissenschaftlicher und wissenschaftlicher Dienst
- sozialwissenschaftlicher Dienst
- Gesundheitsdienst
- veterinärmedizinischer Dienst
- Justizdienst
- Justizvollzugsdienst
- technischer Verwaltungsdienst
- naturwissenschaftlicher Dienst
- Polizeivollzugsdienst
- Computer und Internetkriminalitätsdienst
- Staatsfinanzverwaltungsdienst
- Steuerverwaltungsdienst
- Feuerwehr

2.3. Auswertung nach Laufbahngruppen

Laufbahngruppen im Geschäftsbereich SMWK

Zahl der Bediensteten absolut: 14.935
 Stand: 1. Januar 2015



3. Übersicht zu Stellen und Planstellen nach DHH unter Berücksichtigung bestehender Abbauverpflichtungen 2021ff.¹

Zahl der Stellen (Stellen, Planstellen)

Ressort	Zahl der Stellen 2015 (A, B, C)	kw-Vermerke bis 2020	kw-Vermerke 2021 ff.	Ergebnis
SMWK	178	8	0	170
Staatsbetriebe	1.830	81	1	1.748
Hochschulen	11.109	123	0	10.986
Berufsakademie	262	0	0	262
Gesamt	13.379	212	1	13.166

Beschäftigungsverhältnisse ohne Stellen in VZÄ, z.B. Projekte, Drittmittel

Ressort	VZÄ 01.05.2015
Ministerium	8
Staatsbetriebe	265
Hochschulen	6.890,76
Berufsakademie Sachsen	0
Gesamt	7163,76

¹ Stellenplan 2015, Basis: Regierungsentwurf des DHH 2015 / 2016 (vom 15. Januar 2015).

Darstellung / Übersicht Stellenabbau

Betrachtung bis 2020

Ressort	Stellenplan 2015	Altersabgänge bis 2020	davon kw-Stellen bis 2020	derzeit mögliche Einstellungen bis 2020
	(1)	(2)	(3)	(4)=(2)-(3)
SMWK	178	34	8	26
Staatsbetriebe	1.830	252,075	81	171,075
Hochschulen	11.109	1.514,21	123	1.391,210
Berufsakademie	262	43,25	0	43,25
Gesamt	13.379	1843,54	212	1.631,535

Betrachtung Doppelhaushalt 2021 - 2022

Ressort	Altersabgänge in 2021 - 2022	davon kw-Stellen 2021 - 2022	derzeit mögliche Einstellungen 2021 - 2022
	(1)	(2)	(3)=(1)-(2)
SMWK	11,5	0	11,5
Staatsbetriebe	92,55	1	91,55
Hochschulen	595,215	0	595,215
Berufsakademie	21,55	0	21,55
Gesamt	720,815	1	719,815

Betrachtung Doppelhaushalt 2023 - 2024

Ressort	Altersabgänge in 2023 - 2024	davon kw-Stellen 2023 - 2024	derzeit mögliche Einstellungen 2023 - 2024
	(1)	(2)	(3)=(1)-(2)
SMWK	9	0	9
Staatsbetriebe	83,94	0	83,94
Hochschulen	589,79	0	589,79
Berufsakademie	12,75	0	12,75
Gesamt	695,48	0	695,48

Betrachtung Doppelhaushalt 2025 - 2026

Ressort	Altersabgänge in 2025 - 2026	davon kw- Stellen 2025 - 2026	derzeit mögliche Einstellungen 2025 - 2026
	(1)	(2)	(3)=(1)-(2)
SMWK	7	0	7
Staatsbetriebe	107,175	0	107,175
Hochschulen	540,668	0	540,668
Berufsakademie	22,175	0	22,175
Gesamt	677,018	0	677,018

Betrachtung Doppelhaushalt 2027 - 2028

Ressort	Altersabgänge in 2027 - 2028	davon kw- Stellen 2027 - 2028	derzeit mögliche Einstellungen 2027 - 2028
	(1)	(2)	(3)=(1)-(2)
SMWK	17,375	0	17,375
Staatsbetriebe	111,1	0	111,1
Hochschulen	533,805	0	533,805
Berufsakademie	15,1	0	15,1
Gesamt	677,38	0	677,38

Betrachtung Doppelhaushalt 2029 - 2030

Ressort	Altersabgänge in 2029 - 2030	davon kw- Stellen 2029 - 2030	derzeit mögliche Einstellungen 2029 - 2030
	(1)	(2)	(3)=(1)-(2)
SMWK	15,75	0	15,75
Staatsbetriebe	143,775	0	143,775
Hochschulen	537,415	0	537,415
Berufsakademie	16,125	0	16,125
Gesamt	713,065	0	713,065

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz

1. Aufgabenkritische Konzepte des Ressorts (Zusammenfassung)

Ministerium

- Umorganisation der POF-Referate, Referat Kindertagesstätten zum SMK

Nachgeordneter Bereich

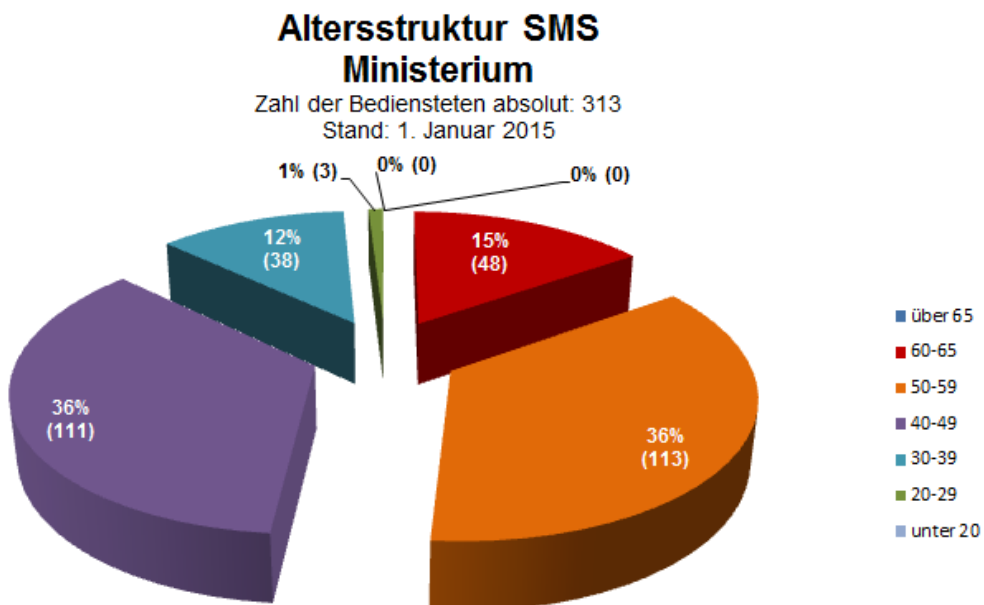
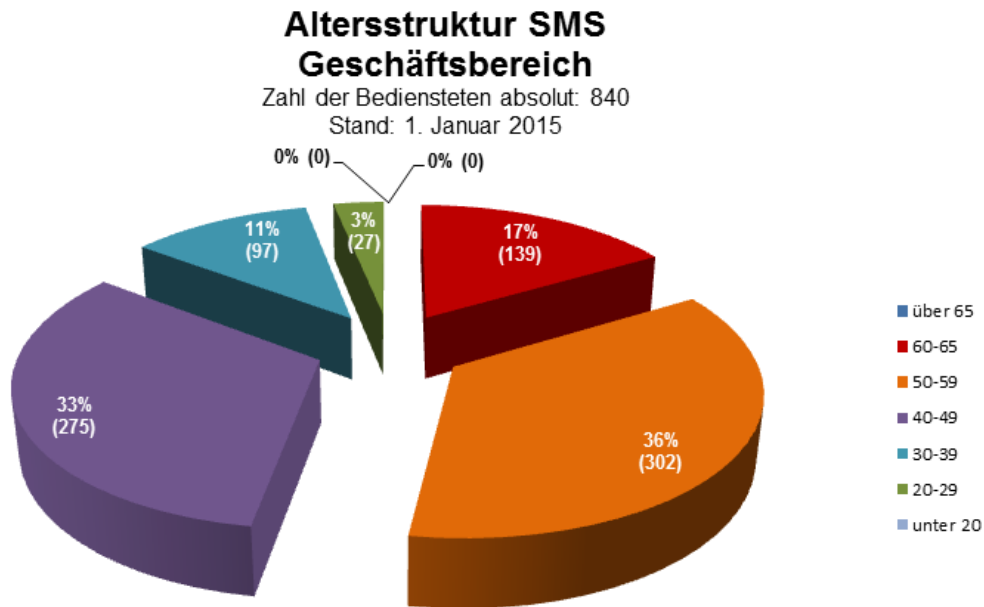
- Auflösung des Landesamtes für Familie und Soziales sowie der Ämter für Familie und Soziales und Übergang der Aufgaben an die Kommunen, den Kommunalen Sozialverband und an die LDS im Rahmen der Verwaltungs- und Funktionalreform 2008, Landesjugendamt in das SMS integriert
- Landesuntersuchungsanstalt für das Gesundheits- und Veterinärwesen (LUA): durch den geplanten Stellenabbau bis 2020 wird ein Kompetenz- und Leistungsverlust erwartet, obwohl im Koalitionsvertrag steht: „Die (LUA) leistet vorbildliche Arbeit. Wir setzen uns dafür ein, dass sie weiterhin eine moderne technische Ausstattung und genügend Ressourcen zur Verfügung hat.“
- Staatsbetrieb Mess- und Eichwesen: Privatisierungsmöglichkeiten sind ausgeschöpft, derzeit Prüfung einer weiteren Zentralisierung
- Sächsische Krankenhäuser: Überführung mehrerer SKH in andere Trägerschaften bis auf SKH mit einer Klinik für Forensische Psychiatrie; für verbliebene SKH in sächsischer Trägerschaft wird die Bildung gemeinsamer Strukturen immer wieder überprüft (Arzneimittelversorgung, Laborversorgung, IT etc.) – Grenzen durch gesetzliche Rahmenbedingungen und territoriale Lage

Personalwirtschaftliche Konzepte

- keines, ein solches kann es nur geben, wenn mit einer entsprechenden Aufgabenkritik und Organisationsbetrachtung der künftige Personalbedarf unter Beachtung der politischen Meinung über mehrere Jahre ermittelt wird
- es gibt ein allgemeines Personalentwicklungskonzept

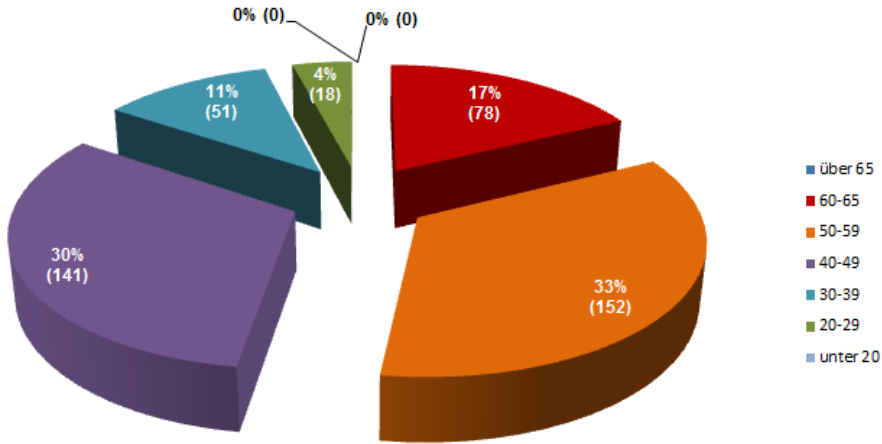
2. Übersicht zur Altersstruktur nach Fachrichtungen zum 1. Januar 2015

2.1. Auswertung nach Altersstruktur



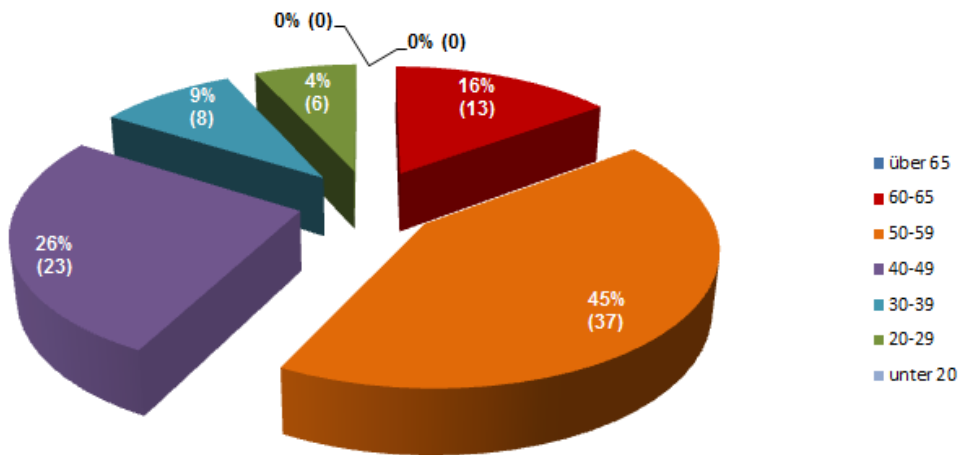
Altersstruktur SMS Landesuntersuchungsanstalt Sachsen

Zahl der Bediensteten absolut: 440
Stand: 1. Januar 2015



Altersstruktur SMS Staatsbetrieb für Mess- und Eichwesen

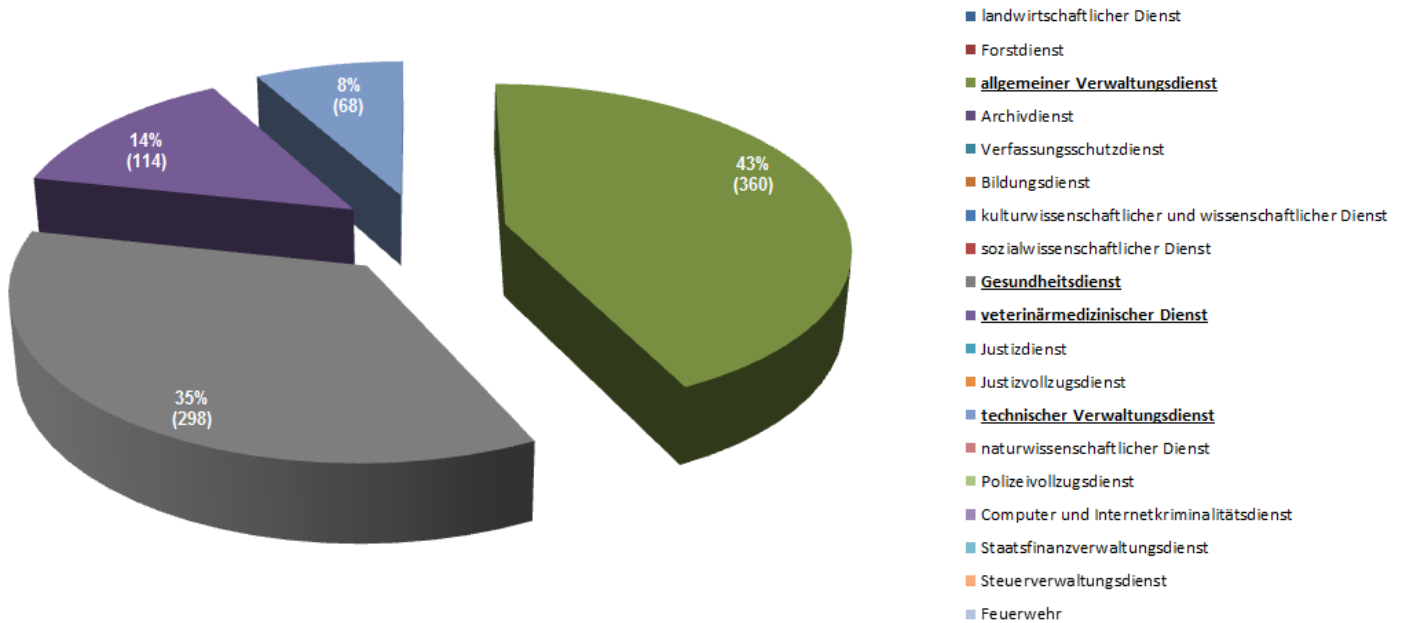
Zahl der Bediensteten absolut: 87
Stand: 1. Januar 2015



2.2. Auswertung nach Fachrichtungen

Fachrichtungen / Schwerpunkte im Geschäftsbereich SMS

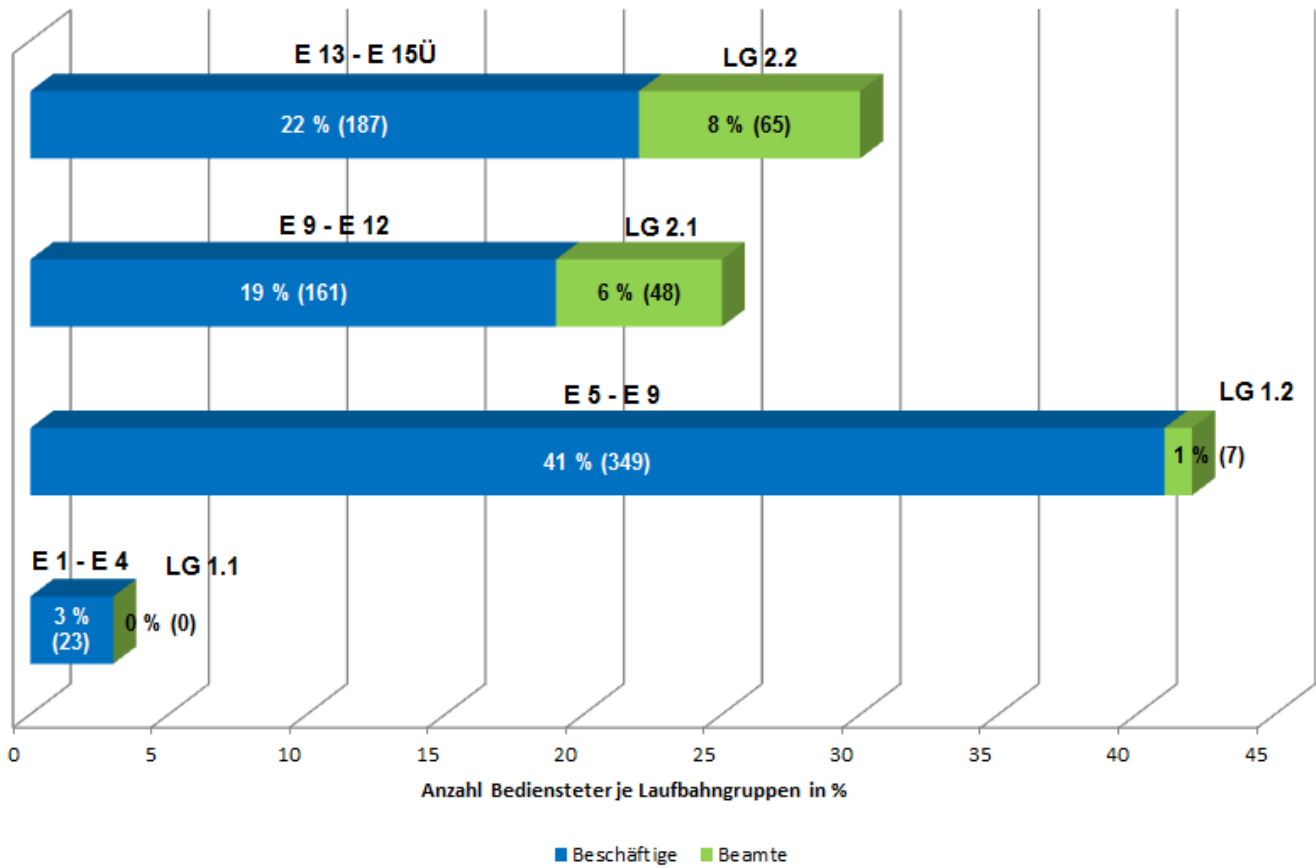
Zahl der Bediensteten absolut: 840
Stand: 1. Januar 2015



2.3. Auswertung nach Laufbahngruppen

Laufbahngruppen im Geschäftsbereich SMS

Zahl der Bediensteten absolut: 840
Stand: 1. Januar 2015



3. Übersicht zu Stellen und Planstellen nach DHH unter Berücksichtigung bestehender Abbauverpflichtungen 2021ff.¹

Zahl der Stellen (Stellen, Planstellen)

Ressort	Zahl der Stellen 2015 (A, B, C)	kw-Vermerke bis 2020	kw-Vermerke 2021 ff.	Ergebnis
Ministerium SMS	317	25	0	292
SMGI	17	0	0	17
LUA	460	63	0	397
SME	86	0	0	86
Gesamt	880	88	0	792

Beschäftigungsverhältnisse ohne Stellen in VZÄ, z.B. Projekte, Drittmittel

Ressort	VZÄ 01.05.2015
Ministerium SMS	21
SMGI	1
LUA	0
SME	0
Gesamt	22

¹ Stellenplan 2015, Basis: Regierungsentwurf des DHH 2015 / 2016 (vom 15. Januar 2015)

Darstellung / Übersicht Stellenabbau

Betrachtung bis 2020

Ressort	Stellenplan 2015	Altersabgänge bis 2020	davon kw-Stellen bis 2020	derzeit mögliche Einstellungen bis 2020
	(1)	(2)	(3)	(4)=(2)-(3)
Ministerium SMS	317	45	25	29
SMGI	17	5	0	5
LUA	460	72	63	9
SME	86	13	0	13
Gesamt	880	136	88	57

Betrachtung Doppelhaushalt 2021 - 2022

Ressort	Altersabgänge in 2021 - 2022	davon kw-Stellen 2021 - 2022	derzeit mögliche Einstellungen 2021 - 2022
	(1)	(2)	(3)=(1)-(2)
Ministerium SMS	16	0	16
SMGI	0	0	0
LUA	21	0	21
SME	6	0	6
Gesamt	43	0	43

Betrachtung Doppelhaushalt 2023 - 2024

Ressort	Altersabgänge in 2023 - 2024	davon kw-Stellen 2023 - 2024	derzeit mögliche Einstellungen 2023 - 2024
	(1)	(2)	(3)=(1)-(2)
Ministerium SMS	15	0	15
SMGI	1	0	1
LUA	25	0	25
SME	5	0	5
Gesamt	46	0	46

Betrachtung Doppelhaushalt 2025 - 2026

Ressort	Altersabgänge in 2025 - 2026	davon kw- Stellen 2025 - 2026	derzeit mögliche Einstellungen 2025 - 2026
	(1)	(2)	(3)=(1)-(2)
Ministerium SMS	19	0	19
SMGI	2	0	2
LUA	25	0	25
SME	10	0	10
Gesamt	56	0	56

Betrachtung Doppelhaushalt 2027 - 2028

Ressort	Altersabgänge in 2027 - 2028	davon kw- Stellen 2027 - 2028	derzeit mögliche Einstellungen 2027 - 2028
	(1)	(2)	(3)=(1)-(2)
Ministerium SMS	22	0	22
SMGI	0	0	0
LUA	29	0	29
SME	4	0	4
Gesamt	55	0	55

Betrachtung Doppelhaushalt 2029 - 2030

Ressort	Altersabgänge in 2029 - 2030	davon kw- Stellen 2029 - 2030	derzeit mögliche Einstellungen 2029 - 2030
	(1)	(2)	(3)=(1)-(2)
Ministerium SMS	23	0	23
SMGI	0	0	0
LUA	25	0	25
SME	6	0	6
Gesamt	54	0	54

Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft

1. Aufgabenkritische Konzepte des Ressorts (Zusammenfassung)

Allgemeines

- 1999: Fusion SML und SMU, seither Reduzierung von zehn auf fünf Abteilungen
- Bündelung von Behörden im Zuge der Errichtung des Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie
- für Personalbedarfsmeldungen innerhalb des Ministeriums und die Aufgabenübertragung an Einrichtungen des nachgeordneten Bereichs wird ein formulargestütztes Verfahren verwendet
- stetiger Aufgabenzuwachs, insbesondere infolge umfangreicher Vorgaben im Bereich der EU-Förderung sowie im Bereich der Umweltüberwachungs- und Genehmigungsaufgaben

Aufgabenkritik

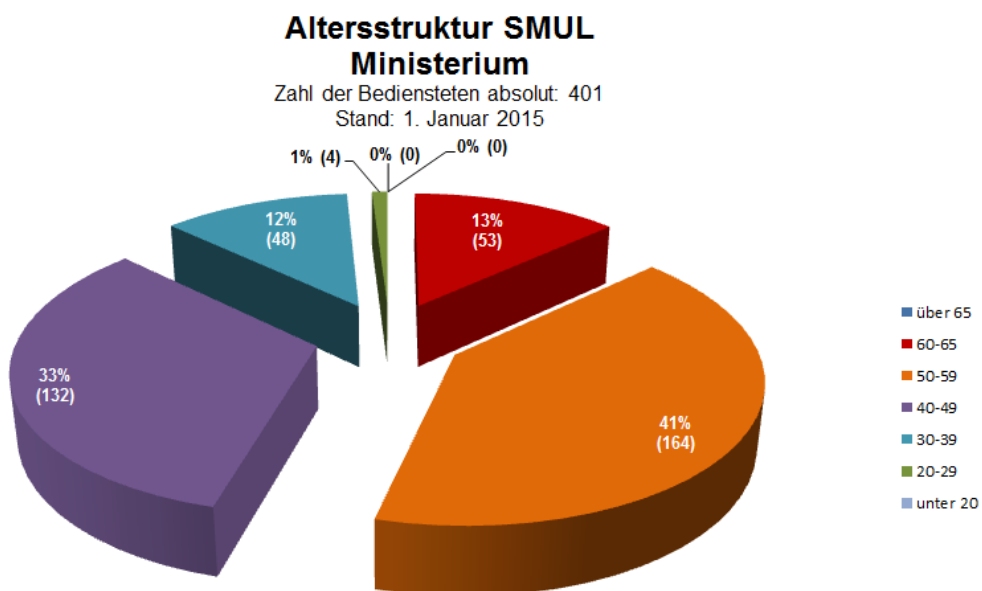
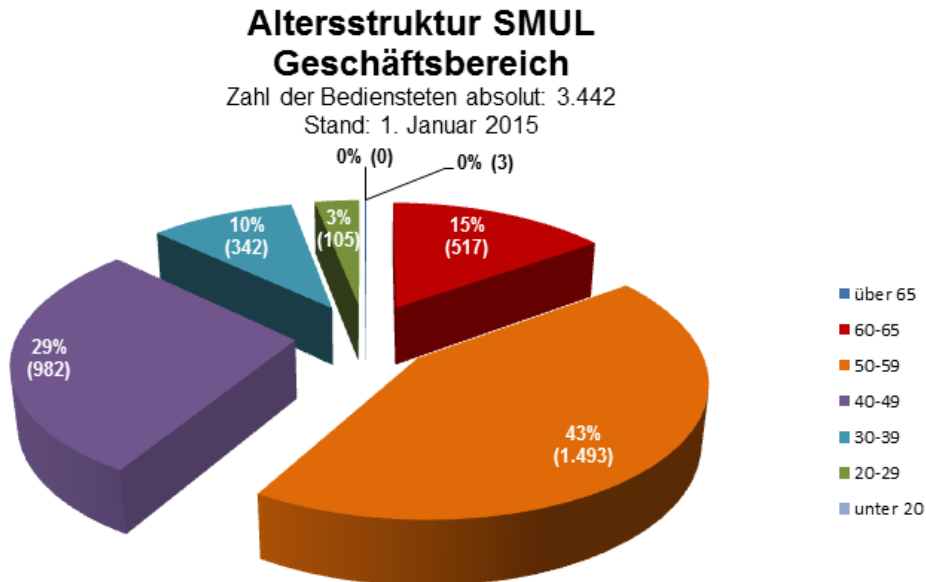
- Struktur- und Aufgabenkritik im Zusammenhang mit (personal-)wirtschaftlichen Konzepten
- Dies bezieht sich insbesondere auf die Erstellung und Fortschreibung von Entwicklungskonzepten für das Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie, die Staatsbetriebe Betriebsgesellschaft für Umwelt und Landwirtschaft und die Landestalsperrenverwaltung des Freistaates Sachsen, die Sächsische Gestütsverwaltung sowie für den Staatsbetrieb Sachsenforst.
- Aufgabenkritische, prozessbezogene Überprüfung und Optimierung von Abläufen, unter anderem im Zusammenhang mit Förderverfahren
- Konzentration von Aufgaben und Vergabe von Leistungen an Dritte (zum Beispiel Wettbewerbswesen im Geschäftsbereich)
- regelmäßige Überprüfung bestimmter Aufgaben, wie zum Beispiel untergesetzliche Aufgaben und Gremientätigkeiten
- Prozessmanagement sowie weiterer Ausbau der IT-gestützten Vorgangsbearbeitung im Ressort

Personalentwicklungskonzept

- Zunächst sollen Eckpunkte für ein PEK festgelegt werden, danach ist die Ausgestaltung geplant (Kabinettsvorlage vom SMI zu den Eckpunkten wird abgewartet).
- Bestehende Beförderungseckpunkte wurden bereits an das neue SächsBG und die SächsLVO angepasst.

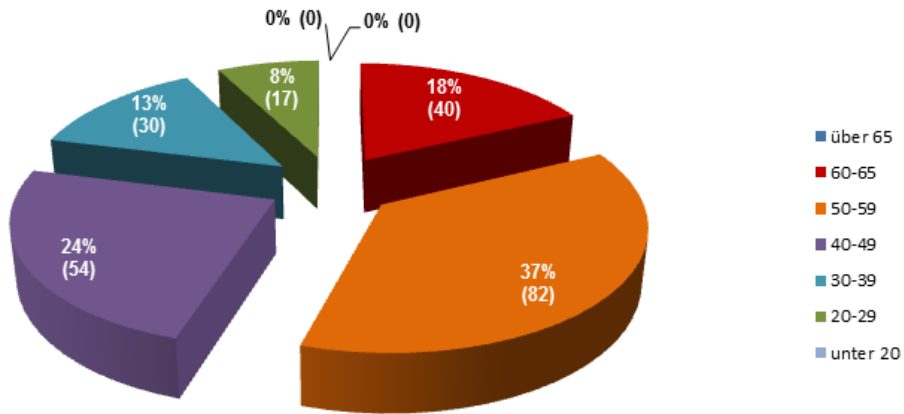
2. Übersicht zur Altersstruktur nach Fachrichtungen zum 1. Januar 2015

2.1. Auswertung nach Altersstruktur



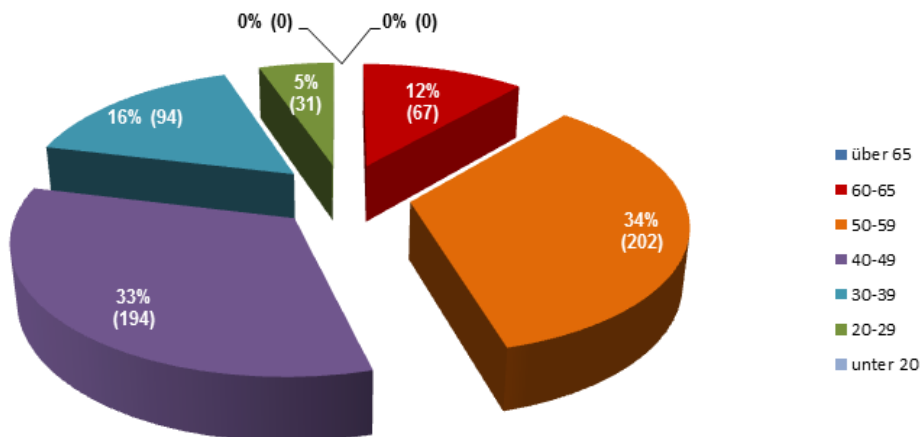
Altersstruktur SMUL Betriebsgesellschaft für Umwelt und Landwirtschaft

Zahl der Bediensteten absolut: 223
Stand: 1. Januar 2015



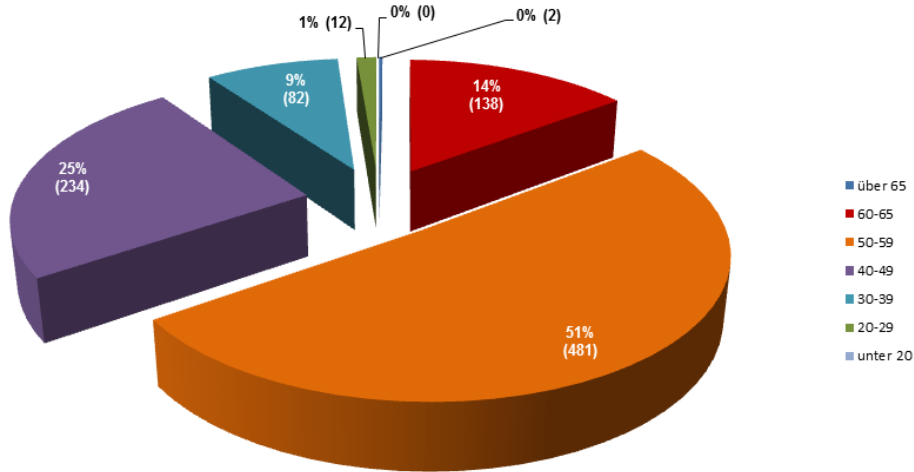
Altersstruktur SMUL Landestalsperrenverwaltung

Zahl der Bediensteten absolut: 588
Stand: 1. Januar 2015



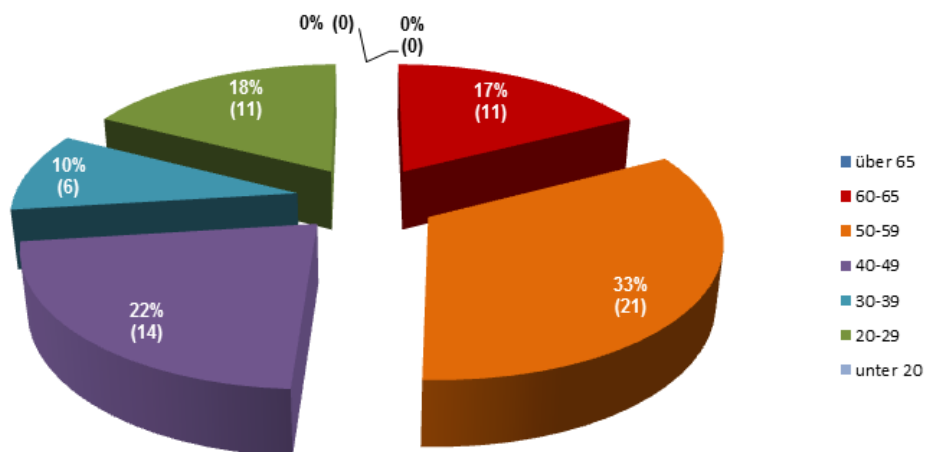
Altersstruktur SMUL Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie

Zahl der Bediensteten absolut: 949
Stand: 1. Januar 2015



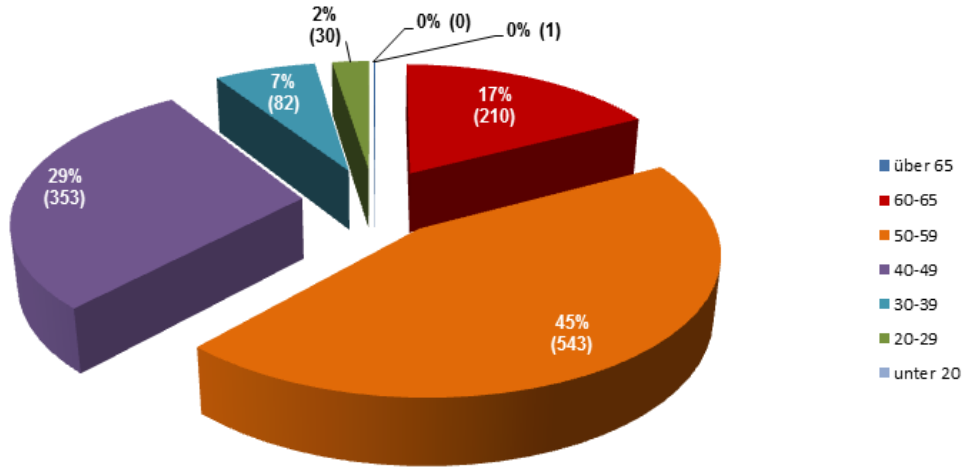
Altersstruktur SMUL Sächsische Gestütsverwaltung

Zahl der Bediensteten absolut: 63
Stand: 1. Januar 2015



Altersstruktur SMUL Staatsbetrieb Sachsenforst

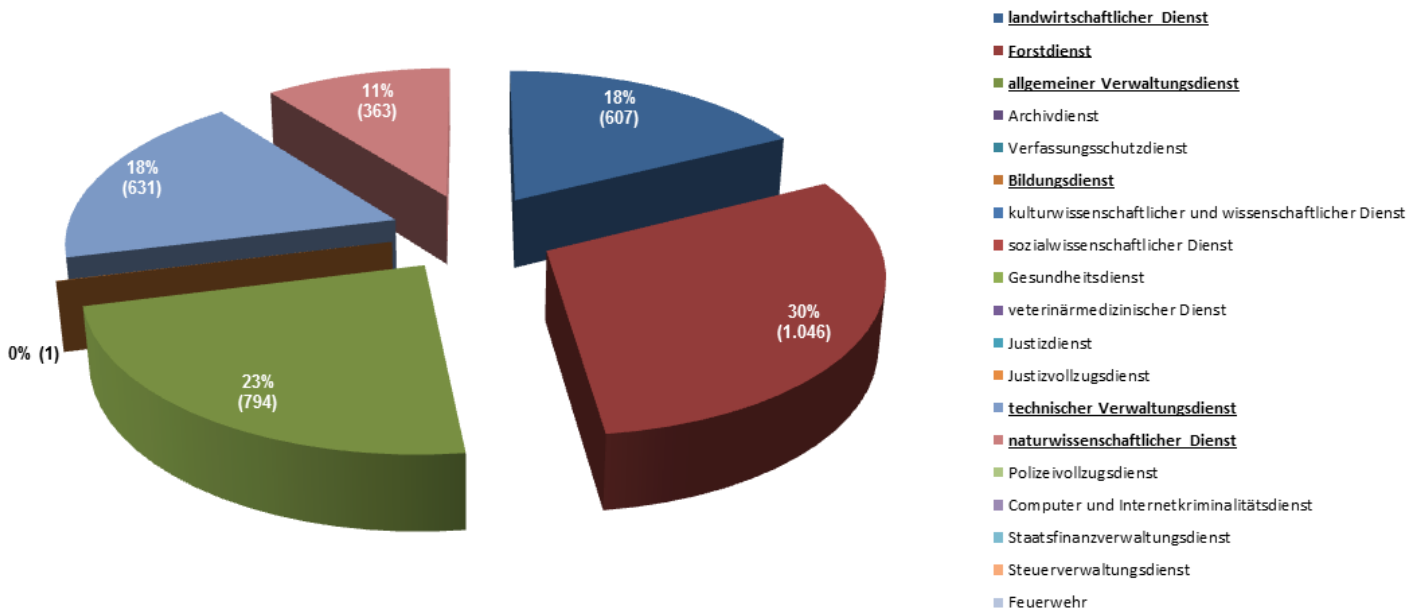
Zahl der Bediensteten absolut: 1.219
 Stand: 1. Januar 2015



2.2. Auswertung nach Fachrichtungen

Fachrichtungen / Schwerpunkte im Geschäftsbereich SMUL

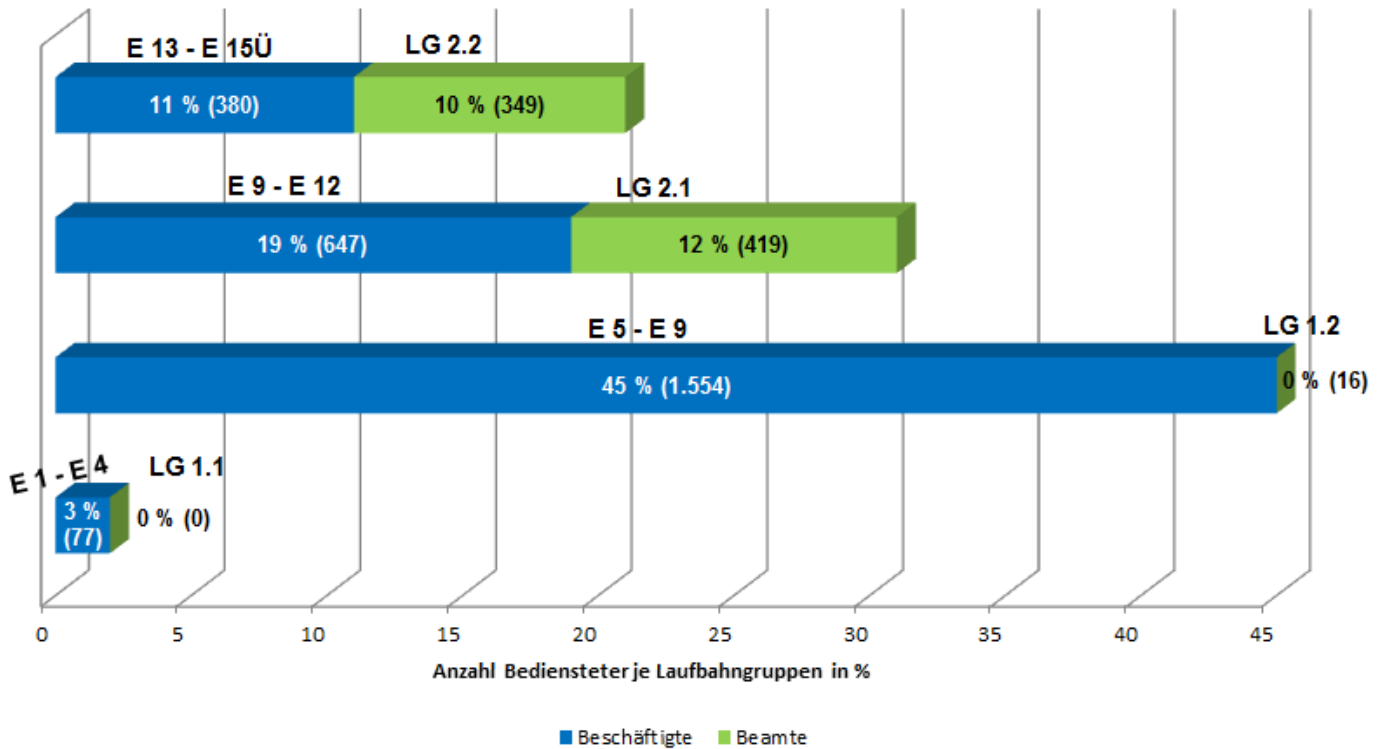
Zahl der Bediensteten absolut: 3.442
 Stand: 1. Januar 2015



2.3. Auswertung nach Laufbahngruppen

Laufbahngruppen im Geschäftsbereich SMUL

Zahl der Bediensteten absolut: 3.442
Stand: 1. Januar 2015



3. Übersicht zu Stellen und Planstellen nach DHH unter Berücksichtigung bestehender Abbaupflichtungen 2021ff.¹

Zahl der Stellen (Stellen, Planstellen)

Ressort	Zahl der Stellen 2015 (A, B, C)	kw-Vermerke bis 2020	kw-Vermerke 2021 ff.	Ergebnis
Ministerium	396	47	3	346
nachgeordneter Bereich	3.413	486	0	2.927
Sammelkapitel	61	102	2	-43
Gesamt	3.870	635	5	3.230

Beschäftigungsverhältnisse ohne Stellen in VZÄ, z.B. Projekte, Drittmittel

Ressort	VZÄ 01.05.2015
Ministerium	18
nachgeordneter Bereich	223,675
Gesamt	241,675

Darstellung / Übersicht Stellenabbau

Betrachtung bis 2020

Ressort	Stellenplan 2015	Altersabgänge bis 2020	davon kw-Stellen bis 2020	derzeit mögliche Einstellungen bis 2020
	(1)	(2)	(3)	(4)=(2)-(3)
Ministerium	396	55	47	8
nachgeordneter Bereich	3.413	514	486	28
Sammelkapitel	61	0	102	-102
Gesamt	3.870	569	635	-66

¹ Stellenplan 2015, Basis: Regierungsentwurf des DHH 2015 / 2016 (vom 15. Januar 2015)

Betrachtung Doppelhaushalt 2021 - 2022

Ressort	Altersabgänge in 2021 - 2022	davon kw- Stellen 2021 - 2022	derzeit mögli- che Einstellun- gen 2021 - 2022
	(1)	(2)	(3)=(1)-(2)
Ministerium	25	0	25
nachgeordneter Bereich	197	0	197
Sammelkapitel	0	0	0
Gesamt	222	0	222

Betrachtung Doppelhaushalt 2023 - 2024

Ressort	Altersabgänge in 2023 - 2024	davon kw- Stellen 2023 - 2024	derzeit mögliche Einstellungen 2023 - 2024
	(1)	(2)	(3)=(1)-(2)
Ministerium	20	0	20
nachgeordneter Bereich	273	0	273
Sammelkapitel	0	0	0
Gesamt	293	0	293

Betrachtung Doppelhaushalt 2025 - 2026

Ressort	Altersabgänge in 2025 - 2026	davon kw- Stellen 2025 - 2026	derzeit mögliche Einstellungen 2025 - 2026
	(1)	(2)	(3)=(1)-(2)
Ministerium	24	0	24
nachgeordneter Bereich	219	0	219
Sammelkapitel	0	0	0
Gesamt	243	0	243

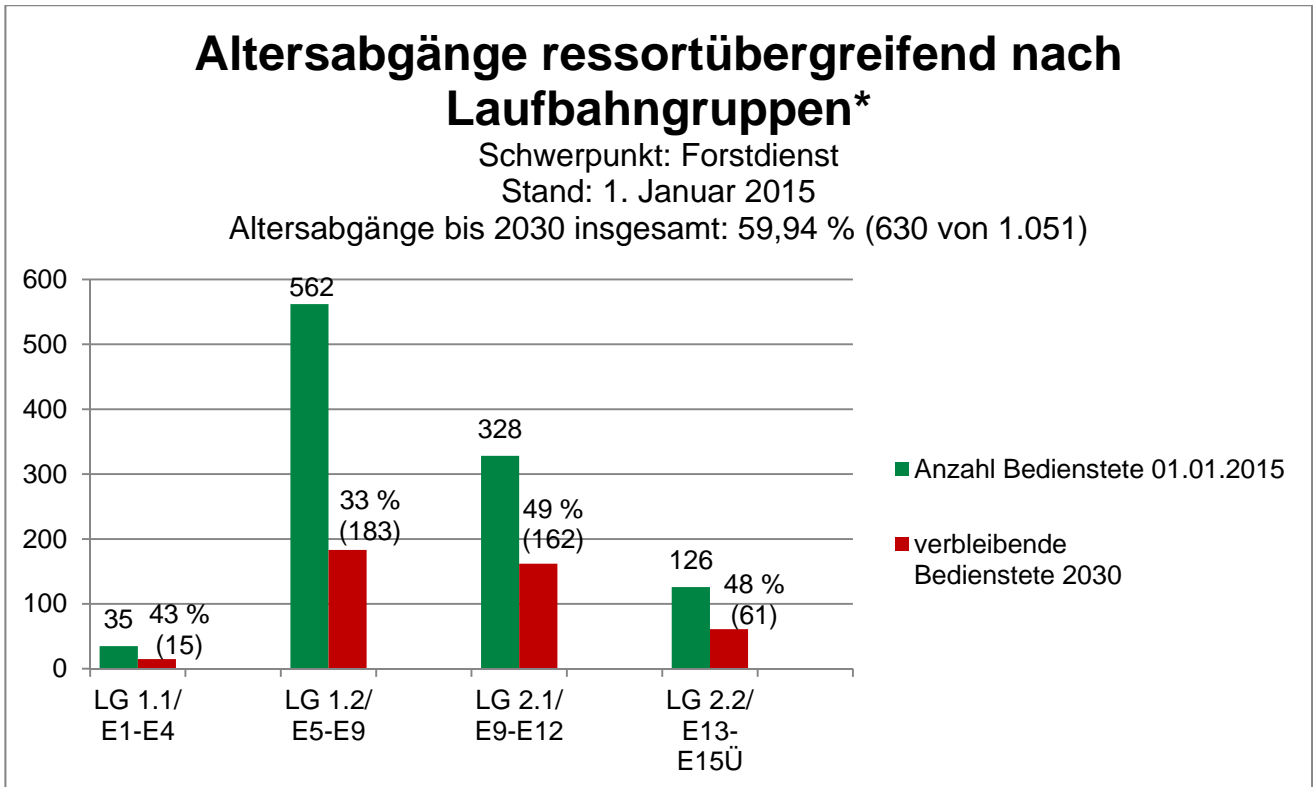
Betrachtung Doppelhaushalt 2027 - 2028

Ressort	Altersabgänge in 2027 - 2028	davon kw- Stellen 2027 - 2028	derzeit mögliche Einstellungen 2027 - 2028
	(1)	(2)	(3)=(1)-(2)
Ministerium	24	0	24
nachgeordneter Bereich	234	0	234
Sammelkapitel	0	0	0
Gesamt	258	0	258

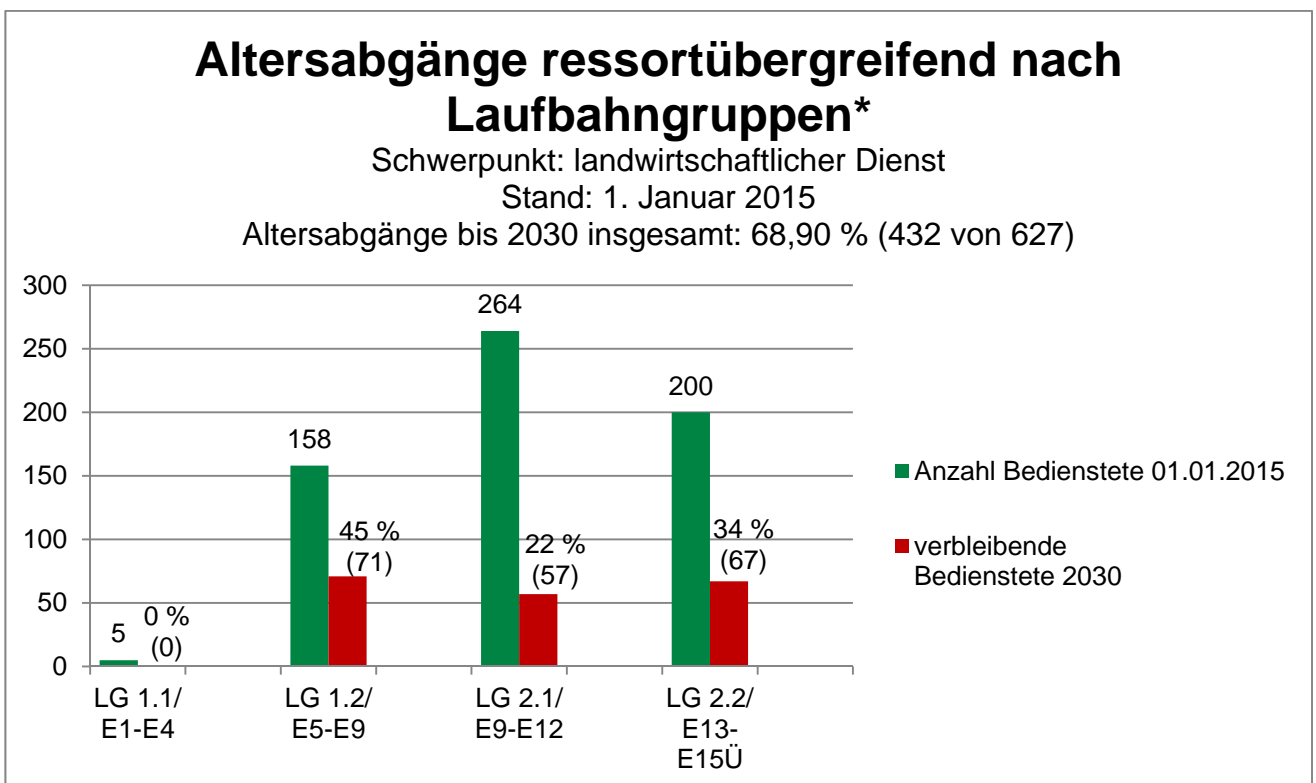
Betrachtung Doppelhaushalt 2029 - 2030

Ressort	Altersabgänge in 2029 - 2030	davon kw- Stellen 2029 - 2030	derzeit mögliche Einstellungen 2029 - 2030
	(1)	(2)	(3)=(1)-(2)
Ministerium	40	0	40
nachgeordneter Bereich	264	0	264
Sammelkapitel	0	0	0
Gesamt	304	0	304

Altersabgänge ressortübergreifend nach Laufbahngruppen und Schwerpunkten



* unabhängig von kw-Vermerken und Einstellungsmöglichkeiten



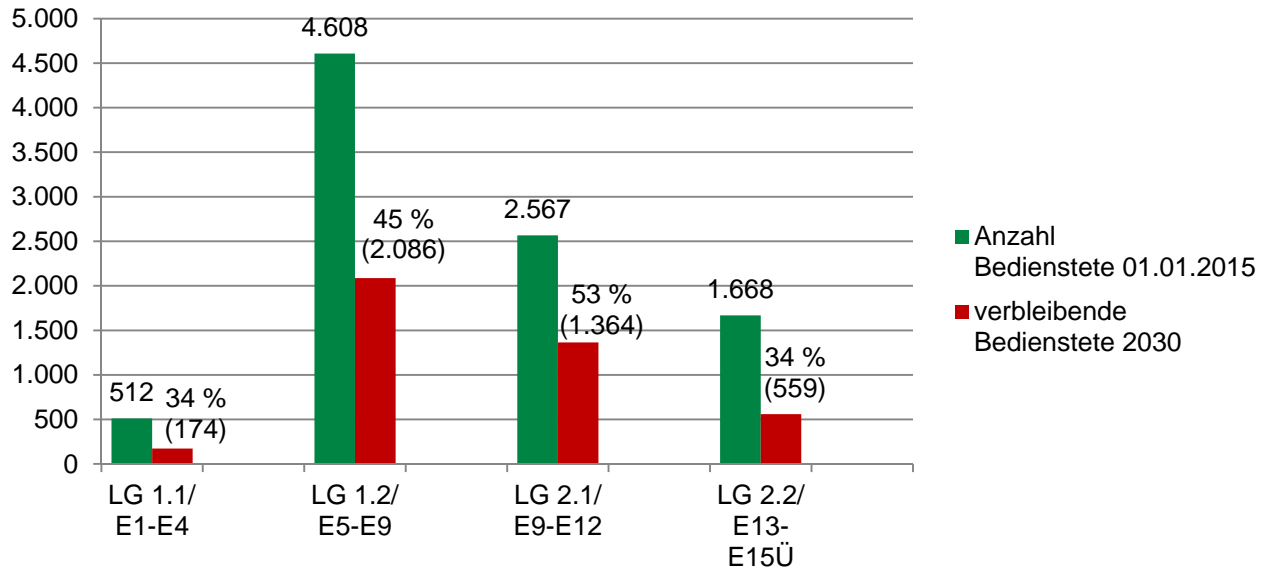
* unabhängig von kw-Vermerken und Einstellungsmöglichkeiten

Altersabgänge ressortübergreifend nach Laufbahngruppen*

Schwerpunkt: Allgemeiner Verwaltungsdienst

Stand: 1. Januar 2015

Altersabgänge bis 2030 insgesamt: 55,29 % (5.174 von 9.358)



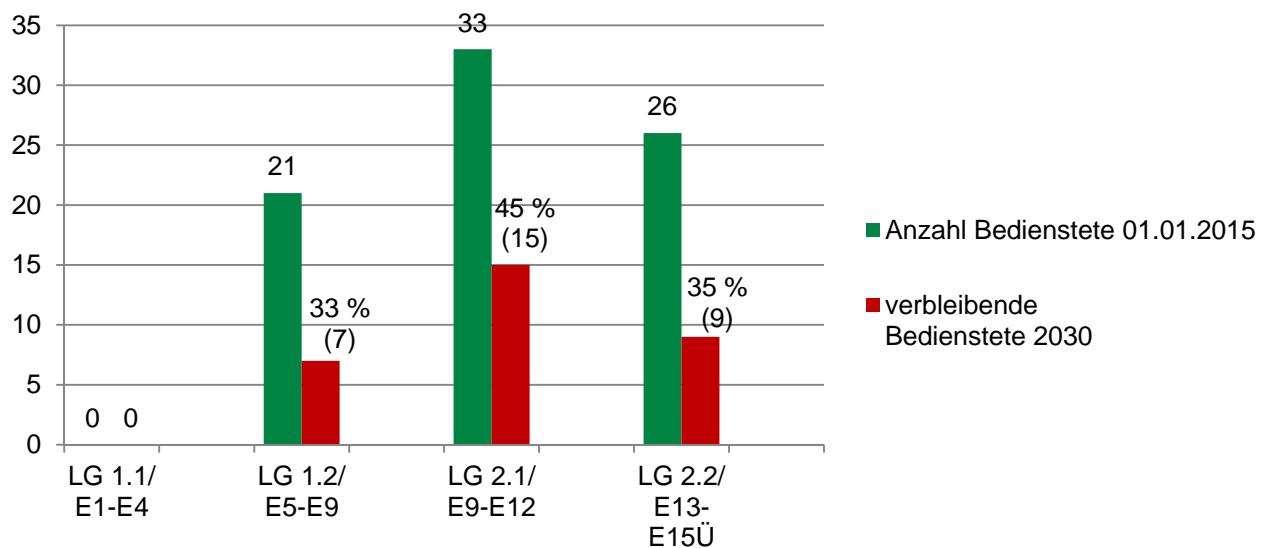
* unabhängig von kw-Vermerken und Einstellungsmöglichkeiten

Altersabgänge ressortübergreifend nach Laufbahngruppen*

Schwerpunkt: Archvidienst

Stand: 1. Januar 2015

Altersabgänge bis 2030 insgesamt: 61,25 % (49 von 80)



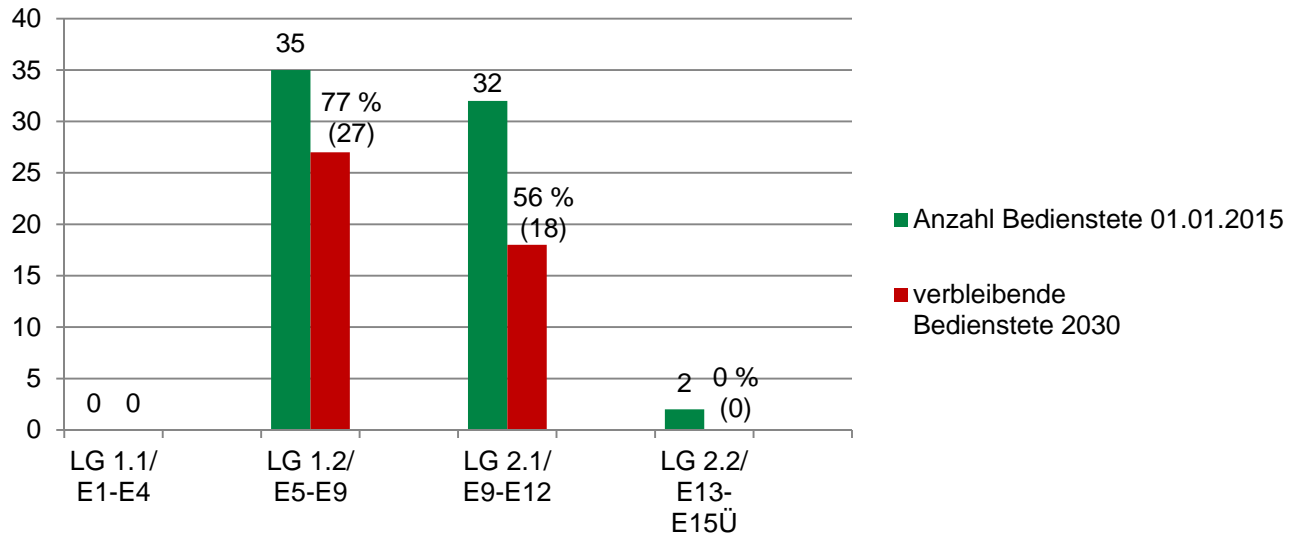
* unabhängig von kw-Vermerken und Einstellungsmöglichkeiten

Altersabgänge ressortübergreifend nach Laufbahngruppen*

Schwerpunkt: Verfassungsschutzdienst

Stand: 1. Januar 2015

Altersabgänge bis 2030 insgesamt: 34,78 % (24 von 69)



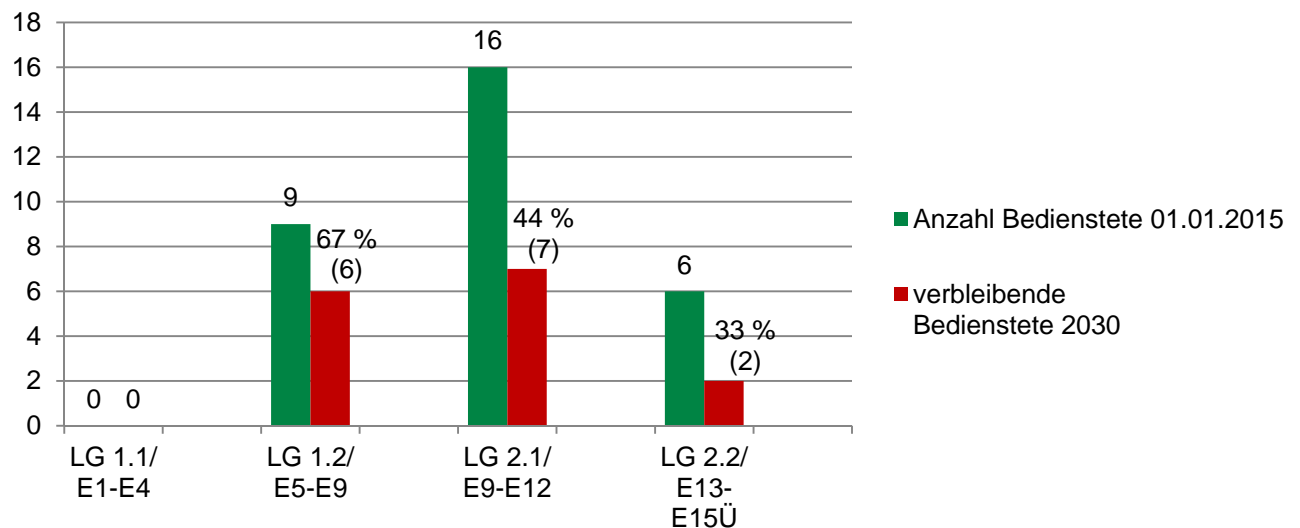
* unabhängig von kw-Vermerken und Einstellungsmöglichkeiten

Altersabgänge ressortübergreifend nach Laufbahngruppen*

Schwerpunkt: Feuerwehr

Stand: 1. Januar 2015

Altersabgänge bis 2030 insgesamt: 51,61 % (16 von 31)



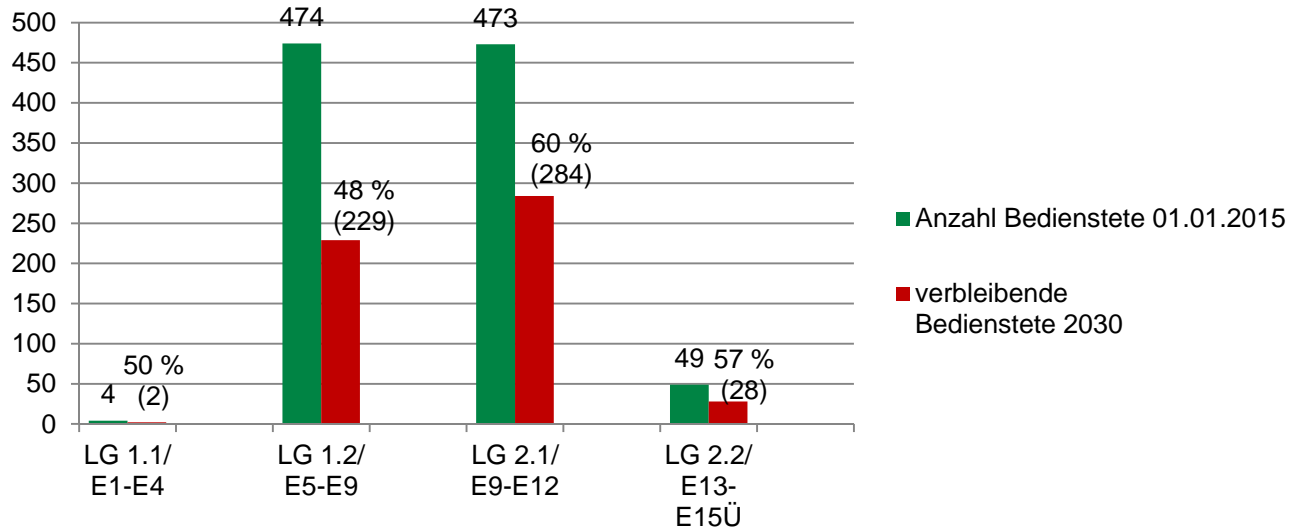
* unabhängig von kw-Vermerken und Einstellungsmöglichkeiten

Altersabgänge ressortübergreifend nach Laufbahngruppen*

Schwerpunkt: Staatsfinanzverwaltungsdienst

Stand: 1. Januar 2015

Altersabgänge bis 2030 insgesamt: 45,70 % (457 von 1.000)



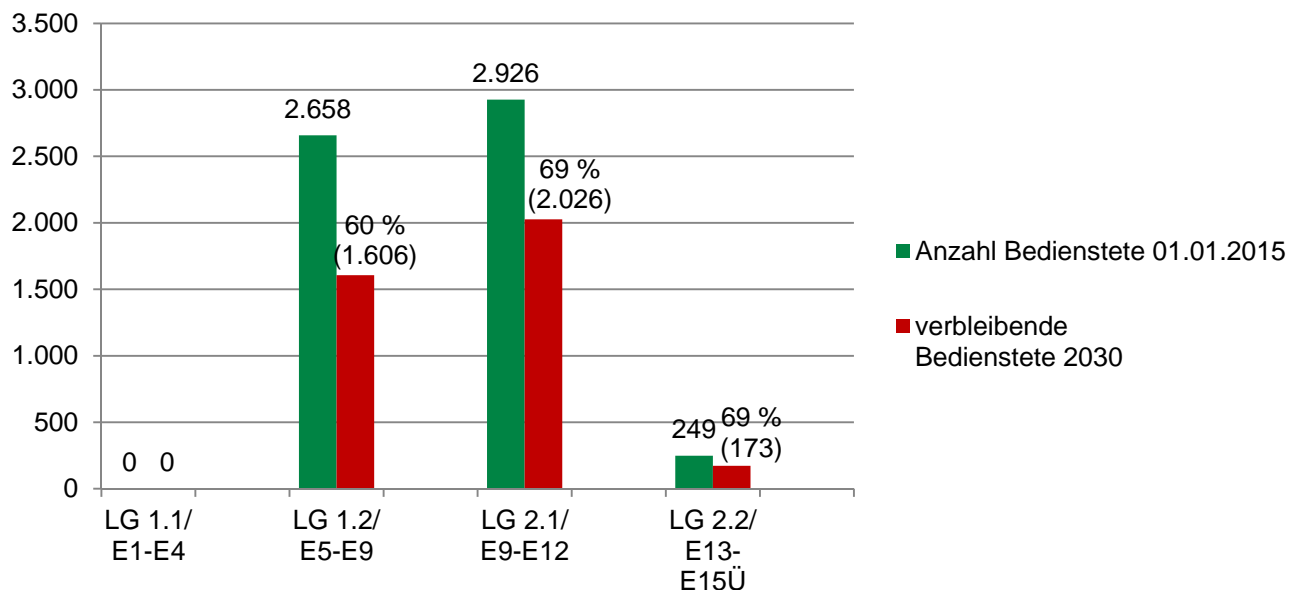
* unabhängig von kw-Vermerken und Einstellungsmöglichkeiten

Altersabgänge ressortübergreifend nach Laufbahngruppen*

Schwerpunkt: Steuerverwaltungsdienst

Stand: 1. Januar 2015

Altersabgänge bis 2030 insgesamt: 45,70 % (2.028 von 5.833)



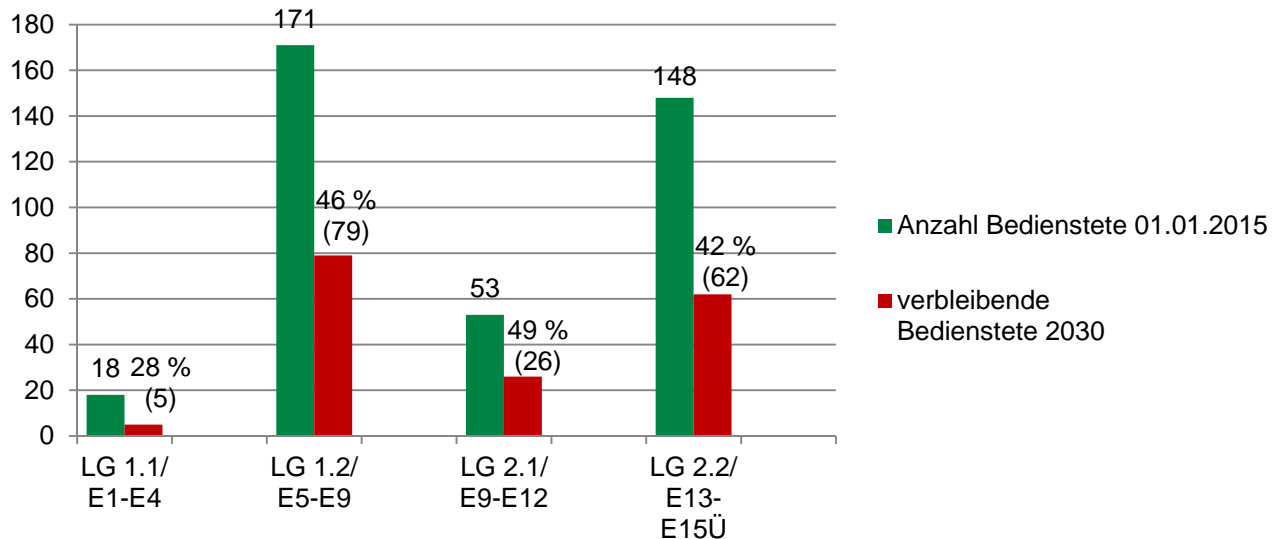
* unabhängig von kw-Vermerken und Einstellungsmöglichkeiten

Altersabgänge ressortübergreifend nach Laufbahngruppen*

Schwerpunkt: Gesundheitsdienst

Stand: 1. Januar 2015

Altersabgänge bis 2030 insgesamt: 55,90 % (218 von 390)



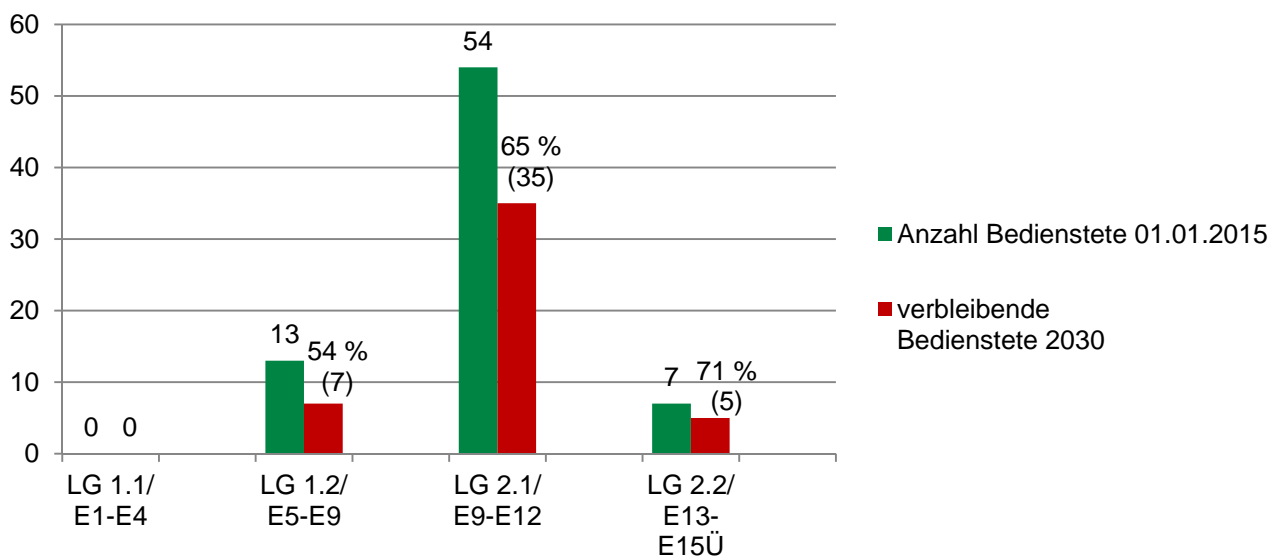
* unabhängig von kw-Vermerken und Einstellungsmöglichkeiten

Altersabgänge ressortübergreifend nach Laufbahngruppen*

Schwerpunkt: sozialwissenschaftlicher Dienst

Stand: 1. Januar 2015

Altersabgänge bis 2030 insgesamt: 36,49 % (27 von 74)



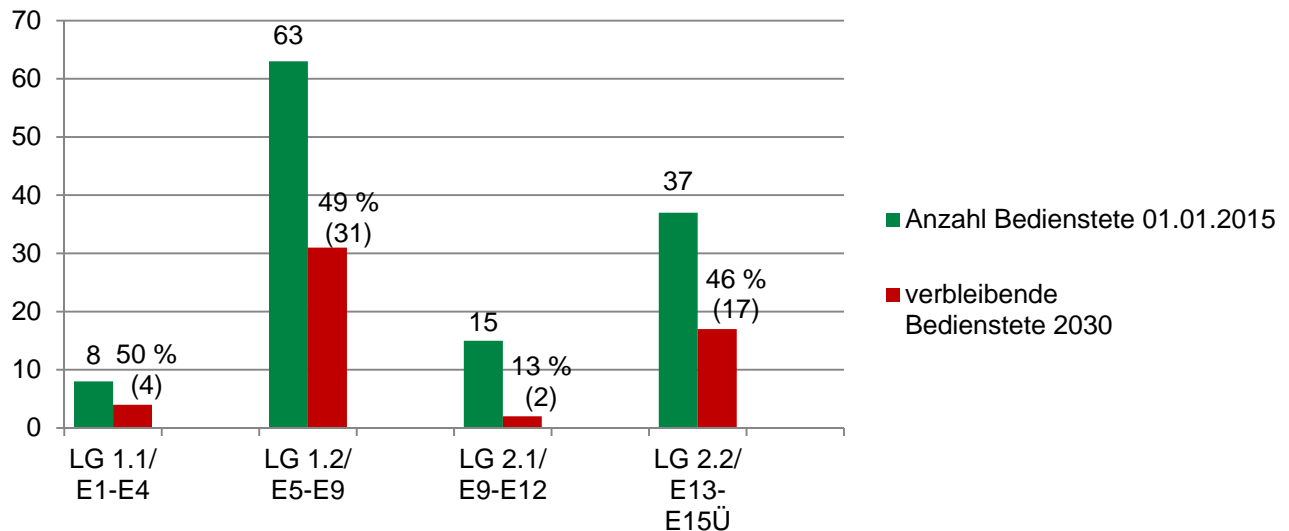
* unabhängig von kw-Vermerken und Einstellungsmöglichkeiten

Altersabgänge ressortübergreifend nach Laufbahngruppen*

Schwerpunkt: veterinärmedizinischer Dienst

Stand: 1. Januar 2015

Altersabgänge bis 2030 insgesamt: 56,10 % (69 von 123)



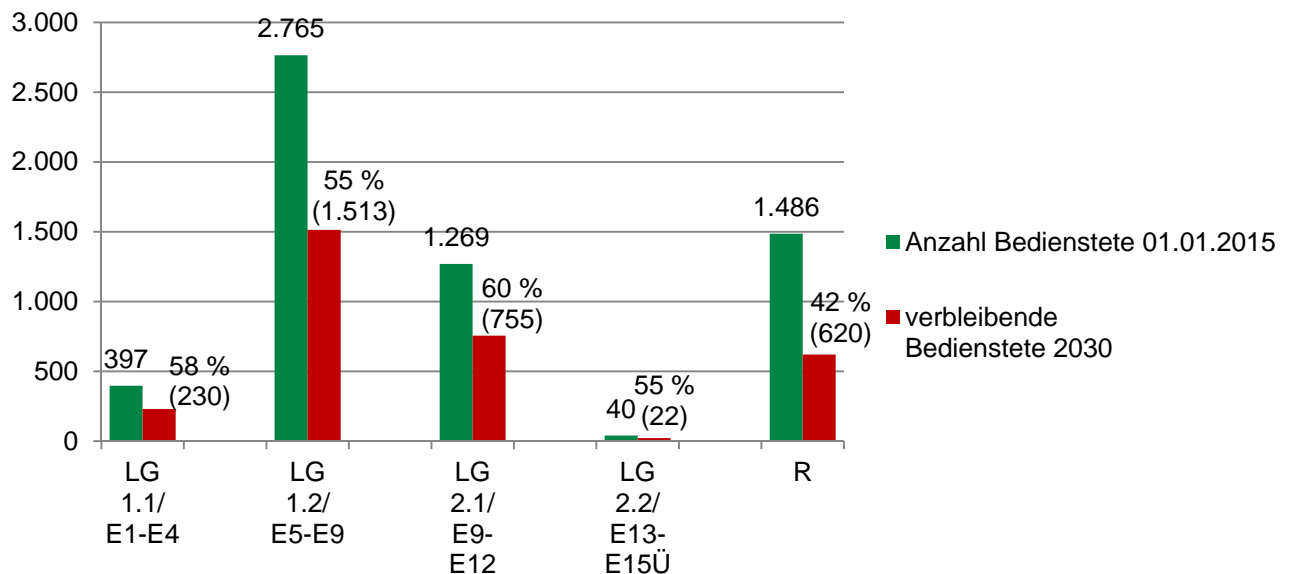
* unabhängig von kw-Vermerken und Einstellungsmöglichkeiten

Altersabgänge ressortübergreifend nach Laufbahngruppen*

Schwerpunkt: Justizdienst

Stand: 1. Januar 2015

Altersabgänge bis 2030 insgesamt: 47,28 % (2.817 von 5.957)



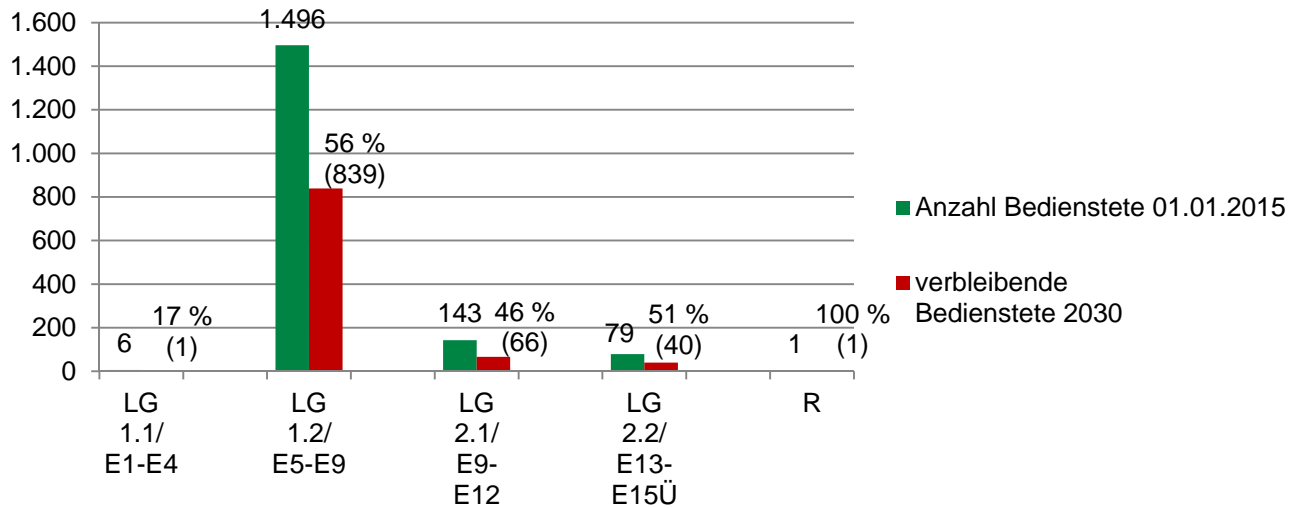
* unabhängig von kw-Vermerken und Einstellungsmöglichkeiten

Altersabgänge ressortübergreifend nach Laufbahngruppen*

Schwerpunkt: Justizvollzugsdienst

Stand: 1. Januar 2015

Altersabgänge bis 2030 insgesamt: 45,10 % (778 von 1.725)



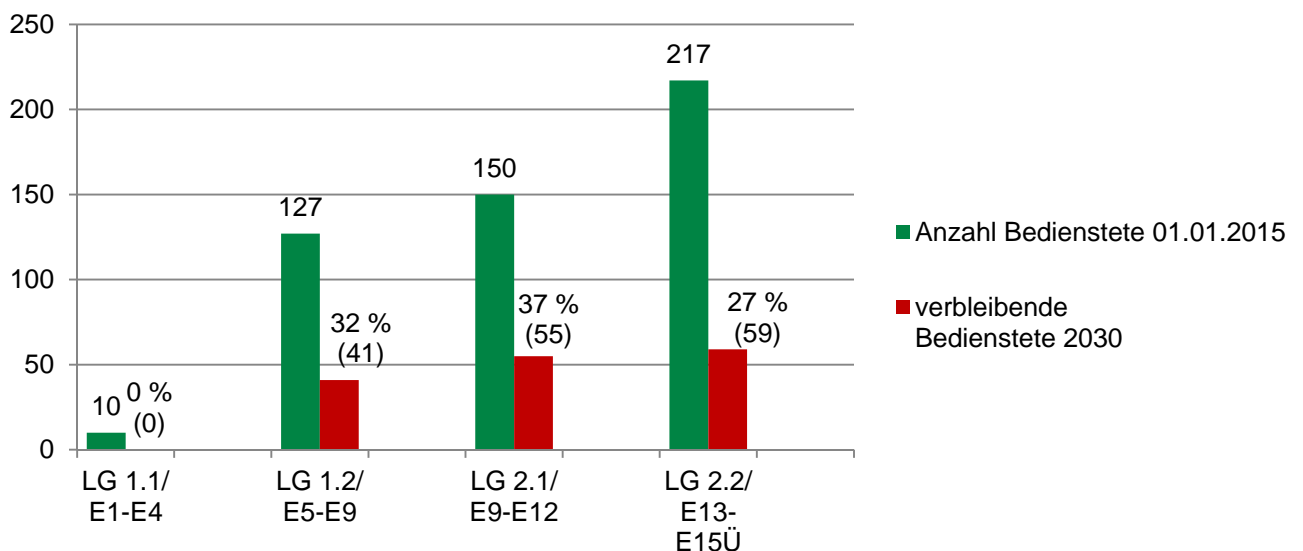
* unabhängig von kw-Vermerken und Einstellungsmöglichkeiten

Altersabgänge ressortübergreifend nach Laufbahngruppen*

Schwerpunkt: naturwissenschaftlicher Dienst

Stand: 1. Januar 2015

Altersabgänge bis 2030 insgesamt: 69,25 % (349 von 504)



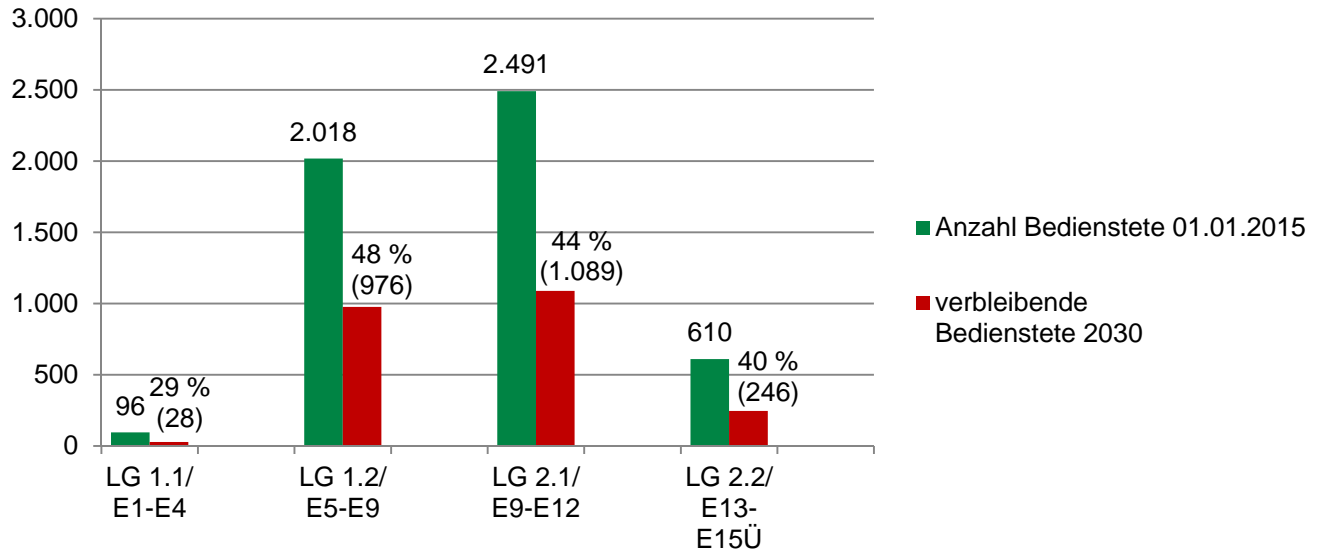
* unabhängig von kw-Vermerken und Einstellungsmöglichkeiten

Altersabgänge ressortübergreifend nach Laufbahngruppen*

Schwerpunkt: technischer Verwaltungsdienst

Stand: 1. Januar 2015

Altersabgänge bis 2030 insgesamt: 59,61 % (2.876 von 5.215)



* unabhängig von kw-Vermerken und Einstellungsmöglichkeiten

Herausgeber:

Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1, 01097 Dresden
Telefon: +49 351 564 0
E-Mail: info@sk.sachsen.de
Internet: <http://www.sachsen.de>

Redaktion:

Sächsische Staatskanzlei

Gestaltung und Satz:

Sächsische Staatskanzlei

Redaktionsschluss:

22. April 2016

Auflagenhöhe:

100 Exemplare

Bezug:

Sächsische Staatskanzlei



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHE
BERICHTE

Herausgeber
Statistisches Landesamt
Rheinland-Pfalz

5427 Bad Ems
Postfach
Telefon (0 26 03) *7 10

A I 1, 3, 4 j/90
A II 1 j/90
A III 1 j/90

März 1992

Bevölkerungsvorgänge im Jahre 1990

Gebietsstand 31.12.1990

Inhalt

	Seite
Vorbemerkungen	4
Bevölkerungsentwicklung in Rheinland-Pfalz 1973 – 1990 (Schaubild)	5
I. Bevölkerungsstand	
1. Bevölkerung, Ausländer und Bevölkerungsdichte 1871 bis 1990	6
2. Gemeinden und Bevölkerung nach Gemeindegrößenklassen 1970 und 1990	6
3. Bevölkerungsentwicklung in den Verwaltungsbezirken 1939 bis 1990	7
4. Fläche, Bevölkerungsentwicklung in den Verwaltungsbezirken 1990	8
5. Bevölkerung nach Altersgruppen, Familienstand und Geschlecht am 31.12.1990	9
6. Bevölkerung nach Alter und Geschlecht 1990	10
7. Bevölkerung nach Altersgruppen in den Verwaltungsbezirken am 31.12.1990	12
8. Ausländische Bevölkerung in den Verwaltungsbezirken 1987 bis 1990	14
9. Ausländer nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Aufenthaltsdauer im Bundesgebiet am 31.12.1989	15
II. Natürliche Bevölkerungsbewegung	
1. Geborene und gestorbene Ausländer im Jahre 1990	15
2. Eheschließungen, Geborene und Gestorbene 1950 bis 1990	16
3. Eheschließungen, Geborene und Gestorbene im Jahre 1990	17
4. Eheschließungen, Geborene und Gestorbene in den Verwaltungsbezirken 1990	18
5. Eheschließungen nach dem Alter der Ehepartner 1990	20
6. Eheschließungen nach dem bisherigen Familienstand der Ehepartner 1990	20
7. Eheschließungen nach der Religionszugehörigkeit der Ehepartner 1990	20
8. Eheschließungen nach der Staatsangehörigkeit der Ehepartner 1990	20
9. Geborene nach Alter und Staatsangehörigkeit der Mutter sowie Legitimität des Kindes 1990	21
10. Lebendgeborene nach der Staatsangehörigkeit der Eltern bzw. der Mutter 1990	21
11. Ehelich Lebendgeborene nach Alter der Mutter und Lebendgeburtenfolge 1990	22
12. Ehelich Lebendgeborene nach Ehedauer der Eltern und Lebendgeburtenfolge 1990	23
13. Lebendgeborene nach Religionszugehörigkeit der Eltern bzw. der Mutter 1990	23
14. Gestorbene nach Alter und Geschlecht 1990	24
15. Sterbeziffern nach Altersgruppen und Geschlecht 1950 bis 1990	25
16. Im ersten Lebensjahr Gestorbene nach Alter, Geschlecht und Legitimität 1990	25
III. Wanderungsbewegung	
1. Wanderungen nach Verwaltungsbezirken 1990	26
2. Gesamtwanderungen nach Staatsangehörigkeit und Altersgruppen in den Verwaltungsbezirken 1990	28
3. Wanderungen 1950 bis 1990	30
4. Wanderungen über die Landesgrenze nach Altersgruppen und Geschlecht 1990	30
5. Wanderungen über die Landesgrenze nach Herkunfts- und Zielgebieten 1990	31
6. Wanderungen über die Grenzen des Bundesgebietes nach der Staatsangehörigkeit 1990	32

Vorbemerkungen

Der vorliegende Statistische Bericht enthält Angaben zum Bevölkerungsstand und zur Bevölkerungsbewegung. Es werden Ergebnisse für das Land und auf Kreisebene ausgewiesen.

Rechtsgrundlage für die statistische Erfassung der Bevölkerungsvorgänge ist das Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes vom 4. Juli 1957 (BGBl. I S. 694) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 308), geändert durch § 26 des Melderechtsrahmengesetzes vom 16. August 1980 (BGBl. I S. 1429).

Fortgeschreibung des Bevölkerungsstandes: Die jährliche Fortschreibung der Bevölkerung mit Hilfe von Geburten und Sterbefällen sowie Zu- und Fortzügen basiert für Bevölkerungszahlen ab 30. Juni 1987 auf den Ergebnissen der Volkszählung vom 25. Mai 1987. Eine Rückrechnung wurde nicht vorgenommen, so daß in der Zeitreihe der Bevölkerungsentwicklung bis zum 31. 12. 1986 und dem Stichtag der Volkszählung ein methodisch bedingter Strukturbruch vorliegt, der insbesondere bei regionaler Betrachtung größere Ausmaße einnehmen kann.

Der Feststellung der Einwohnerzahlen liegt der Begriff der Bevölkerung am Ort der alleinigen bzw. Hauptwohnung zugrunde. Der Begriff der Hauptwohnung ist in § 12 Abs. 2 des Melderechtsrahmengesetzes wie folgt definiert:

Hauptwohnung ist die vorwiegend benutzte Wohnung des Einwohners. Hauptwohnung eines verheirateten Einwohners, der nicht dauernd getrennt von seiner Familie lebt, ist die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie. In Zweifelsfällen ist die vorwiegend benutzte Wohnung dort, wo der Schwerpunkt der Lebensbeziehungen des Einwohners liegt.

Zur Bevölkerung zählen auch die im Bundesgebiet gemeldeten Ausländer (einschließlich Staatenlose).

Nicht zur Bevölkerung gehören hingegen die Angehörigen der ausländischen Stationierungsstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familienangehörigen.

Ausländer: In diesem Bericht werden Zahlen über Ausländer sowohl als Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung als auch des Ausländerzentralregisters veröffentlicht. Die Abweichungen der Zahlen beruhen neben den verschiedenen Stichtagen auch auf unterschiedlichen Erfassungsmethoden. Bei der Bezeichnung „Ausländer“ handelt es sich stets um Ausländer und Staatenlose.

Nach dem am 1. Januar 1975 in Kraft getretenen Gesetz zur Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes erwirbt durch Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit das eheliche Kind, wenn ein Elternteil Deutscher ist und das nicht-eheliche Kind, wenn seine Mutter Deutsche ist. Demgemäß sind als Ausländergeburten Kinder von ausländischen Eltern bzw. Müttern nachgewiesen.

Natürliche Bevölkerungsbewegung: Die Erfassung von Eheschließungen, Geborenen und Gestorbenen erfolgt anhand von Zählblättern, die aufgrund der Beurkundungen des Standesbeamten für statistische Zwecke ausgefüllt werden.

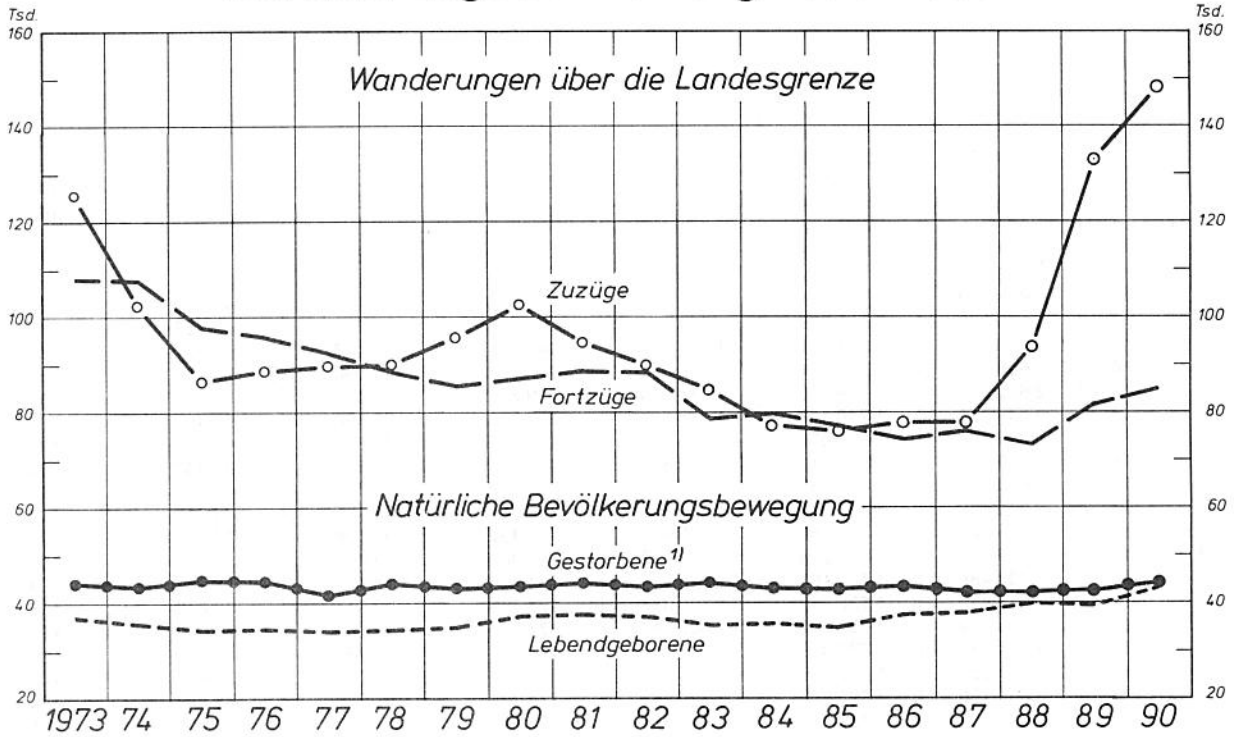
Eheschließungen werden nach dem Registrierort ausgewiesen. Geborene sind der Hauptwohnung der Mutter und Gestorbene der Hauptwohnung des Verstorbenen zugeordnet. Bei den Fällen, in denen sich der Wohnsitz in einem anderen Bundesland befindet, erfolgt zwischen den Statistischen Landesämtern ein Austausch der Zählblätter.

Wanderungsbewegung: Die räumliche Bevölkerungsbewegung wird mit Hilfe der bei den Meldebehörden registrierten An- und Abmeldungen erfaßt. Dabei werden Umzüge innerhalb einer Gemeinde nicht berücksichtigt. Auch bei der Wanderungsstatistik erfolgt zwischen den Statistischen Landesämtern ein Austausch der Meldungen, wenn die alte und die neue Hauptwohnung in verschiedenen Bundesländern liegen.

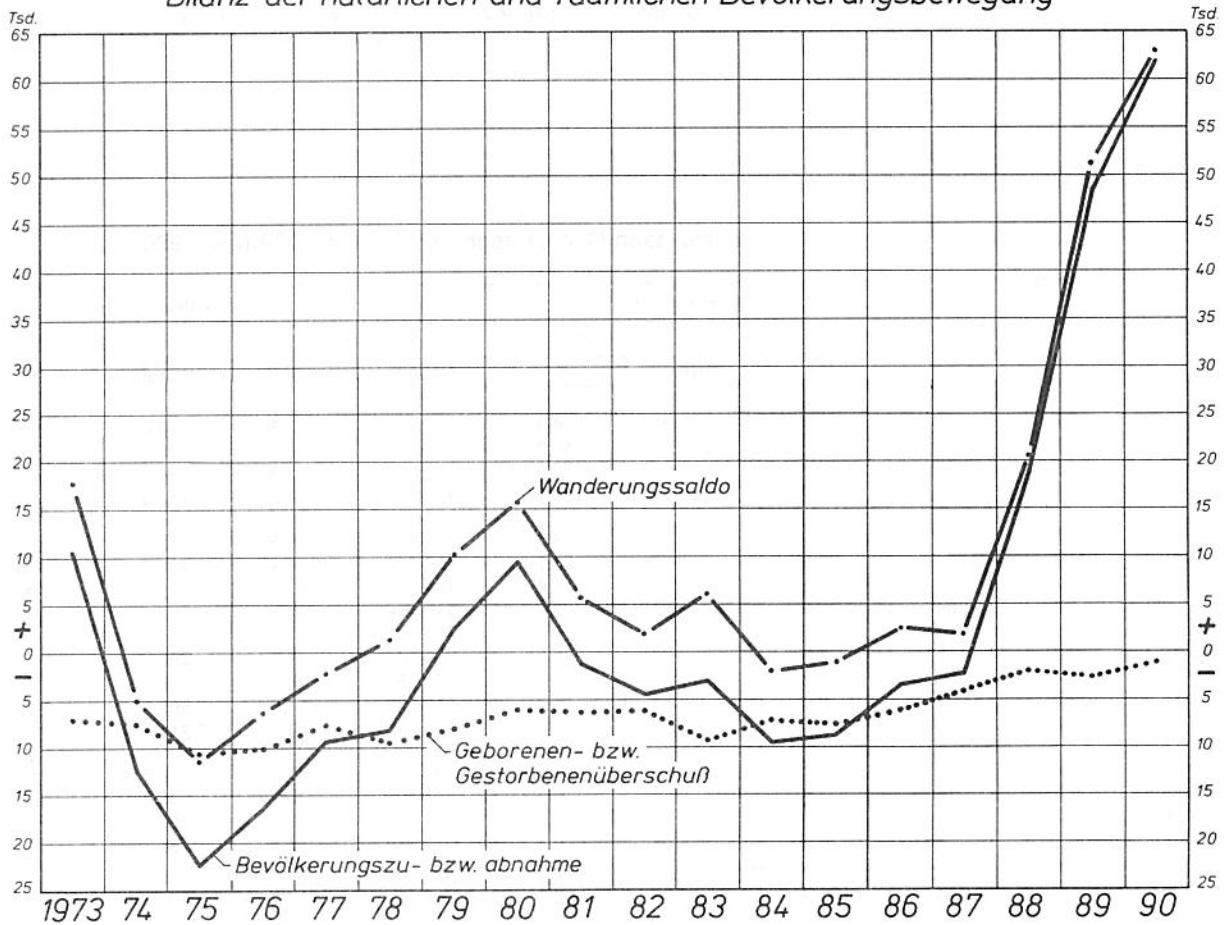
Zeichenerklärung:

- = nichts vorhanden
- 0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit
- = kein Nachweis vorhanden/
Angabe nicht möglich
- ... = Angabe fällt später an

Bevölkerungsentwicklung 1973-1990



Bilanz der natürlichen und räumlichen Bevölkerungsbewegung



1) ohne Totgeborene

I. 1. Bevölkerung, Ausländer und Bevölkerungsdichte 1871 bis 1990

Jahr bzw. Stichtag ¹⁾	Bevölkerung			Ausländer			Bevölkerungs- dichte Einwohner je km ²
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	
1871	1 832 338	903 921	928 417	.	.	.	92
1900	2 303 725	1 148 072	1 155 653	.	.	.	116
1910	2 541 697	1 264 866	1 276 831	.	.	.	128
1925	2 690 165	1 310 190	1 379 975	.	.	.	136
1933	2 841 395	1 393 683	1 447 712	.	.	.	143
1939	2 959 994	1 472 145	1 487 849	.	.	.	149
1950	3 004 784	1 400 911	1 603 873	.	.	.	151
1961	3 417 116	1 613 786	1 803 330	29 023	20 243	8 780	172
1970	3 645 437	1 738 212	1 907 225	81 255	51 128	30 127	184
31.12.1971	3 678 519	1 758 471	1 920 048	111 555	69 127	42 428	185
31.12.1972	3 690 372	1 765 799	1 924 573	126 651	77 323	49 328	186
31.12.1973	3 700 787	1 772 951	1 927 836	145 114	88 177	56 937	186
31.12.1974	3 688 066	1 763 996	1 924 070	146 358	86 168	60 190	186
31.12.1975	3 665 777	1 749 823	1 915 954	139 843	80 010	59 833	185
31.12.1976	3 649 001	1 740 467	1 908 534	138 298	77 898	60 400	184
31.12.1977	3 639 291	1 735 024	1 904 267	139 615	77 822	61 793	183
31.12.1978	3 630 947	1 731 318	1 899 629	143 738	79 800	63 938	183
31.12.1979	3 633 195	1 734 160	1 899 035	155 023	86 759	68 264	183
31.12.1980	3 642 482	1 741 137	1 901 345	169 619	96 101	73 518	184
31.12.1981	3 641 229	1 740 759	1 900 470	175 432	98 528	76 904	183
31.12.1982	3 636 506	1 738 284	1 898 222	176 389	98 007	78 382	183
31.12.1983	3 633 488	1 737 107	1 896 381	174 496	95 759	78 737	183
31.12.1984	3 623 985	1 733 948	1 890 037	171 196	93 577	77 619	183
31.12.1985	3 615 409	1 731 405	1 883 644	175 940	96 404	79 536	182
31.12.1986	3 611 437	1 732 019	1 879 418	184 457	101 285	83 172	182
31.12.1987	3 634 557	1 749 916	1 884 641	158 656	87 787	70 869	183
31.12.1988	3 653 155	1 761 059	1 892 096	174 728	96 250	78 478	184
31.12.1989	3 701 661	1 788 739	1 912 922	193 567	106 561	87 006	186
31. 3.1990	3 717 604	1 798 829	1 918 775	198 777	109 913	88 864	187
30. 6.1990	3 731 534	1 807 508	1 924 026	205 718	114 505	91 213	188
30. 9.1990	3 753 829	1 820 169	1 933 660	215 874	120 671	95 203	189
31.12.1990	3 763 510	1 825 328	1 938 182	218 954	121 862	97 092	190

I. 2. Gemeinden und Bevölkerung nach Gemeindegrößenklassen 1970 und 1990

Größenklasse	Gemeinden am				Bevölkerung am			
	7.11.1970		31.12.1990		27.5.1970 ¹⁾		31.12.1990	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
unter 100	160	6,3	138	6,0	11 282	0,3	9 032	0,2
100 - 200	335	13,2	261	11,3	50 156	1,4	39 608	1,1
200 - 300	338	13,3	267	11,6	82 992	2,3	65 831	1,7
unter 300	833	32,7	666	28,9	144 430	4,0	114 471	3,0
300 - 500	508	20,0	434	18,8	200 592	5,5	172 361	4,6
500 - 1000	591	23,2	556	24,1	410 820	11,3	390 787	10,4
1000 - 2000	332	13,1	340	14,8	459 873	12,6	469 577	12,5
unter 2000	2 264	89,0	1 996	86,6	1 215 715	33,3	1 147 196	30,5
2000 - 3000	114	4,5	123	5,3	275 667	7,6	296 628	7,9
3000 - 5000	68	2,7	70	3,0	265 080	7,3	268 064	7,1
5000 - 10000	62	2,4	74	3,2	417 729	11,5	505 647	13,4
unter 10000	2 508	98,6	2 263	98,2	2 174 191	59,6	2 217 535	58,9
10000 - 20000	17	0,7	22	1,0	230 979	6,3	322 512	8,6
20000 - 50000	10	0,4	11	0,5	323 408	8,9	385 319	10,2
50000 - 100000	5	0,2	5	0,2	345 475	9,5	387 752	10,3
100000 und mehr	4	0,2	3	0,1	571 384	15,7	450 392	12,0
insgesamt	2 544	100,0	2 304	100,0	3 645 437	100,0	3 763 510	100,0

1) Gebietsstand 7.11.1970.

I. 3. Bevölkerungsentwicklung in den Verwaltungsbezirken 1939 – 1990

Verwaltungsbezirk	Bevölkerung ¹⁾						Veränderung in %			
	1939	1950	1961	1970	1987	1990	1939 – 1950	1950 – 1961	1961 – 1970	1970 – 1987
Kreisfreie Stadt Koblenz	103 678	80 841	116 094	119 434	108 246	108 733	-22,0	43,6	2,9	-9,4
Landkreise										
Ahrweiler	73 995	82 996	92 757	103 862	111 232	116 582	12,2	11,8	12,0	7,1
Altenkirchen (Ww.)	90 557	101 099	112 396	121 181	120 757	126 489	11,6	11,2	7,8	-0,3
Bad Kreuznach	115 725	127 059	136 734	147 360	144 966	149 590	9,8	7,6	7,8	-1,6
Bad Kreuznach, Stadt	32 862	33 803	39 267	42 146	38 942	40 950	2,9	16,2	7,3	-7,6
Birkenfeld	76 760	77 952	91 686	93 619	85 484	86 987	1,6	17,6	2,1	-8,7
Idar-Oberstein, Stadt	32 530	31 752	39 229	39 000	33 643	33 764	-2,4	23,5	-0,6	-13,7
Cochem-Zell	60 571	63 073	63 917	65 998	60 530	62 008	4,1	1,3	3,3	-8,3
Mayen-Koblenz	137 875	154 133	172 361	186 974	188 282	194 349	11,8	11,8	8,5	0,7
Andernach, Stadt	18 390	20 780	26 518	27 140	26 739	28 030	13,0	27,6	2,3	-1,5
Mayen, Stadt	17 525	16 827	19 744	20 765	18 584	19 097	-4,0	17,3	5,2	-10,5
Neuwied	110 096	121 265	134 684	148 202	156 332	163 576	10,1	11,1	10,0	5,5
Neuwied, Stadt	47 135	52 314	59 265	62 560	60 261	62 075	11,0	13,3	5,6	-3,7
Rhein-Hunsrück-Kreis	73 503	80 372	81 686	87 450	89 554	93 296	9,3	1,6	7,1	2,4
Rhein-Lahn-Kreis	98 947	110 739	116 061	120 183	115 758	121 369	11,9	4,8	3,6	-3,7
Lahnstein, Stadt	16 406	16 423	20 416	19 695	17 827	18 488	0,1	24,3	-3,5	-9,5
Westerwaldkreis	116 980	127 593	137 739	160 006	170 689	179 086	9,1	8,0	16,2	6,7
RB Koblenz	1 058 687	1 127 122	1 256 115	1 354 269	1 351 830	1 402 065	6,5	11,4	7,8	-0,2
Kreisfreie Stadt Trier	102 867	90 777	105 735	103 724	94 118	97 835	-11,8	16,5	-1,9	-9,3
Landkreise										
Bernkastel-Wittlich	102 186	106 309	107 309	109 983	106 492	107 952	4,0	0,9	2,5	-3,2
Bitburg-Prüm	99 306	87 643	90 893	93 396	89 478	91 502	-11,7	3,7	2,8	-4,2
Daun	49 677	50 882	51 938	56 954	57 040	58 980	2,4	2,1	9,7	0,2
Trier-Saarburg	102 954	100 393	109 191	118 355	125 299	127 771	-2,5	8,8	8,4	5,9
RB Trier	456 990	436 004	465 066	482 412	472 427	484 040	-4,6	6,7	3,7	-2,1
Kreisfreie Städte										
Frankenthal (Pfalz)	28 562	27 114	35 732	40 898	44 717	46 966	-5,1	31,8	14,5	9,3
Kaiserslautern	80 213	73 160	99 309	99 617	97 326	99 351	-8,8	35,7	0,3	-2,3
Landau i. d. Pfalz	32 263	30 634	36 060	38 644	36 057	37 274	-5,1	17,7	7,2	-6,7
Ludwigshafen am Rhein	145 876	125 439	167 576	178 298	156 601	162 173	-14,0	33,6	6,4	-12,2
Mainz	137 480	103 508	151 907	172 195	172 529	179 486	-24,7	46,8	13,4	0,2
Neustadt a. d. Weinstr.	42 086	45 547	52 275	51 781	50 120	51 988	8,2	14,8	-0,9	-3,2
Pirmasens	58 848	49 676	60 932	57 773	47 997	47 680	-15,6	22,7	-5,2	-16,9
Speyer	30 058	31 841	38 485	41 763	44 034	46 553	5,9	20,9	8,5	5,4
Worms	69 358	64 473	75 306	76 697	73 635	76 503	-7,0	16,8	1,8	-4,0
Zweibrücken	35 582	30 651	38 092	38 251	33 373	33 918	-13,9	24,3	0,4	-12,8
Landkreise										
Alzey-Worms	80 228	94 516	92 937	96 304	99 619	105 232	17,8	-1,7	3,6	3,4
Bad Dürkheim	84 795	97 629	108 276	114 782	120 129	124 669	15,1	10,9	6,0	4,7
Donnersbergkreis	54 782	61 840	64 181	66 957	66 756	69 813	12,9	3,8	4,3	-0,3
Germersheim	66 252	66 635	76 693	91 680	103 294	109 509	0,6	15,1	19,5	12,7
Kaiserslautern	69 496	76 855	92 000	96 314	95 129	100 028	10,6	19,7	4,7	-1,2
Kusel	68 495	73 610	77 844	79 040	75 028	76 759	7,5	5,8	1,5	-5,1
Südliche Weinstraße	88 077	90 657	95 653	98 206	97 348	101 338	2,9	5,5	2,7	-0,9
Ludwigshafen	73 400	84 163	100 027	115 136	129 795	135 339	14,7	18,8	15,1	12,7
Mainz-Bingen	114 683	131 018	137 924	151 274	163 836	172 197	14,2	5,3	9,7	8,3
Bingen am Rhein, Stadt	21 925	21 745	25 446	25 542	23 070	23 853	-0,8	17,0	0,4	-9,7
Ingelheim am Rhein, Stadt	11 817	14 218	16 854	19 735	21 081	21 153	20,3	18,5	17,1	6,8
Pirmasens	83 783	82 692	94 726	103 146	99 243	100 629	-1,3	14,6	8,9	-3,8
RB Rheinhessen-Pfalz	1 444 317	1 441 658	1 695 935	1 808 756	1 806 566	1 877 405	-0,2	17,6	6,7	-0,1
Rheinland-Pfalz	2 959 994	3 004 784	3 417 116	3 645 437	3 630 823	3 763 510	1,5	13,7	6,7	-0,4
Kreisfreie Städte	866 871	753 661	977 503	1 019 075	958 753	988 460	-13,1	29,7	4,3	-5,9
Landkreise	2 093 123	2 251 123	2 439 613	2 626 362	2 672 070	2 775 050	7,5	8,4	7,7	1,7

1) 1939 – 1987 Ergebnisse der Volkszählungen, 1990 Fortschreibung auf Grundlage der Volkszählung 1987.

I. 4. Fläche, Bevölkerungsentwicklung in den Verwaltungsbezirken 1990

Verwaltungsbezirk	Fläche	Ein- wohner je km ²	Ge- mei- den	Be- völkerung am 31.12. 1989	Ge- borenen- bzw. Gestor- benen- (-)über- schuß	Wande- rungs- saldo	Be- völkerungszu- bzw. -abnahme(-)	Bevölkerung am 31.12.1990			
								insgesamt	männlich	weiblich	
	31.12.1990				im Jahre 1990						
	km ²	Anzahl			%			Anzahl			
Kreisfreie Stadt Koblenz	105,01	1 035	1	107 938	- 163	958	795	0,7	108 733	51 370	57 363
Landkreise											
Ahrweiler	787,03	148	74	114 373	- 50	2 259	2 209	1,9	116 582	56 029	60 553
Altenkirchen (Ww.)	641,92	197	119	123 753	222	2 514	2 736	2,2	126 489	61 751	64 738
Bad Kreuznach	863,50	173	119	147 505	- 181	2 266	2 085	1,4	149 590	71 754	77 836
Bad Kreuznach, Stadt	46,10	888	1	40 082	- 44	912	868	2,2	40 950	18 782	22 168
Birkenfeld	798,00	109	96	86 094	- 271	1 164	893	1,0	86 987	42 193	44 794
Idar-Oberstein, Stadt	66,18	510	1	33 501	- 197	460	263	0,1	33 764	16 068	17 696
Cochem-Zell	719,37	86	91	60 933	- 62	1 137	1 075	1,1	62 008	30 482	31 526
Mayen-Koblenz	817,15	238	85	191 116	41	3 192	3 233	1,7	194 349	94 748	99 601
Andernach, Stadt	53,23	527	1	27 497	- 45	578	533	1,9	28 030	13 491	14 539
Mayen, Stadt	58,04	329	1	18 589	- 21	529	508	2,7	19 097	9 208	9 889
Neuwied	626,85	261	62	160 262	- 104	3 418	3 314	2,1	163 576	78 860	84 716
Neuwied, Stadt	86,49	718	1	61 290	- 86	871	785	1,3	62 075	29 355	32 720
Rhein-Hunsrück-Kreis	962,93	97	133	91 105	14	2 177	2 191	2,4	93 296	45 599	47 697
Rhein-Lahn-Kreis	782,31	155	138	119 149	- 177	2 397	2 220	1,9	121 369	58 850	62 519
Lahnstein, Stadt	36,85	502	1	18 349	- 11	150	139	0,8	18 488	8 867	9 621
Westerwaldkreis	988,71	181	191	174 778	154	4 154	4 308	2,5	179 086	87 917	91 169
RB Koblenz	8 092,78	173	1 109	1 377 006	- 577	25 636	25 059	1,8	1 402 065	679 553	722 512
Kreisfreie Stadt Trier	117,18	835	1	96 721	- 55	1 169	1 114	1,2	97 835	45 514	52 321
Landkreise											
Bernkastel-Wittlich	1 177,57	92	108	106 830	- 173	1 295	1 122	1,1	107 952	52 748	55 204
Bitburg-Prüm	1 627,30	56	237	90 029	- 50	1 523	1 473	1,6	91 502	44 917	46 585
Daun	911,00	65	109	57 897	50	1 033	1 083	1,9	58 980	29 172	29 808
Trier-Saarburg	1 093,00	117	103	126 485	218	1 068	1 286	1,0	127 771	62 729	65 042
RB Trier	4 926,05	98	558	477 962	- 10	6 088	6 078	1,3	484 040	235 080	248 960
Kreisfreie Städte											
Frankenthal (Pfalz)	43,78	1 073	1	45 945	- 70	1 091	1 021	2,2	46 966	22 756	24 210
Kaiserslautern	139,70	711	1	97 625	- 171	1 897	1 726	1,8	99 351	48 078	51 273
Landau i. d. Pfalz	82,95	449	1	36 766	- 88	596	508	1,4	37 274	17 459	19 815
Ludwigshafen am Rhein	77,67	2 088	1	159 567	- 37	2 643	2 606	1,6	162 173	78 923	83 250
Mainz	97,77	1 836	1	177 062	179	2 245	2 424	1,4	179 486	85 429	94 057
Neustadt a. d. Weinstr.	117,14	444	1	51 232	- 83	839	756	1,5	51 988	24 600	27 388
Pirmasens	61,41	776	1	47 178	- 227	729	502	1,1	47 680	22 432	25 248
Speyer	42,59	1 093	1	45 674	32	847	879	1,9	46 553	21 950	24 603
Worms	108,74	704	1	75 326	- 84	1 261	1 177	1,6	76 503	36 639	39 864
Zweibrücken	70,68	480	1	33 496	- 181	603	422	1,3	33 918	16 046	17 872
Landkreise											
Alzey-Worms	588,01	179	69	102 737	- 28	2 523	2 495	2,4	105 232	51 599	53 633
Bad Dürkheim	594,81	210	48	123 067	- 217	1 819	1 602	1,3	124 669	60 468	64 201
Donnersbergkreis	645,44	108	81	68 549	- 75	1 339	1 264	1,8	69 813	34 315	35 498
Germersheim	463,45	236	31	107 142	360	2 007	2 367	2,2	109 509	54 270	55 239
Kaiserslautern	639,87	156	50	97 861	- 19	2 186	2 167	2,2	100 028	48 927	51 101
Kusel	552,09	139	98	75 492	- 29	1 296	1 267	1,7	76 759	37 849	38 910
Südliche Weinstraße	639,88	158	75	99 747	- 27	1 618	1 591	1,6	101 338	49 460	51 878
Ludwigshafen	304,86	444	25	133 646	184	1 509	1 693	1,3	135 339	66 262	69 077
Mainz-Bingen	605,84	284	66	168 977	174	3 046	3 220	1,9	172 197	83 742	88 455
Bingen am Rhein, Stadt	37,74	632	1	23 410	- 75	518	443	1,9	23 853	11 274	12 579
Ingelheim am Rhein, Stadt	49,87	424	1	21 126	- 18	45	27	0,1	21 153	10 229	10 924
Pirmasens	953,77	106	84	99 604	- 85	1 110	1 025	1,0	100 629	49 491	51 138
RB Rheinhessen-Pfalz	6 830,43	275	637	1 846 693	- 492	31 204	30 712	1,7	1 877 405	910 695	966 710
Rheinland-Pfalz	19 849,25	190	2 304	3 701 661	- 1 079	62 928	61 849	1,7	3 763 510	1 825 328	1 938 182
Kreisfreie Städte	1 064,62	928	12	974 530	- 948	14 878	13 930	1,4	988 460	471 196	517 264
Landkreise	18 784,63	148	2 292	2 727 131	- 131	48 050	47 919	1,8	2 775 050	1 354 132	1 420 918

I. 5. Bevölkerung nach Altersgruppen, Familienstand und Geschlecht am 31.12.1990

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt	Ledig	Verheiratet	Verwitwet	Geschieden	Ledig	Verheiratet	Verwitwet	Geschieden
	Anzahl					%			
Insgesamt									
unter 16	625 340	625 313	26	1	-	100,0	0,0	0,0	-
16 - 18	75 137	74 858	278	-	1	99,6	0,4	-	0,0
18 - 20	91 012	88 553	2 433	4	22	97,3	2,7	0,0	0,0
20 - 25	293 873	240 983	50 800	122	1 968	82,0	17,3	0,0	0,7
25 - 30	322 865	146 353	164 569	527	11 416	45,3	51,0	0,2	3,5
30 - 35	296 305	61 893	213 885	1 171	19 356	20,9	72,2	0,4	6,5
35 - 40	271 414	32 042	215 111	2 059	22 202	11,8	79,3	0,8	8,2
40 - 45	238 091	18 637	195 601	3 252	20 601	7,8	82,2	1,4	8,7
45 - 50	220 053	14 317	181 726	5 393	18 617	6,5	82,6	2,5	8,5
50 - 55	383 678	17 647	235 230	12 666	18 135	6,2	82,9	4,5	6,4
55 - 60	225 892	13 278	184 009	17 693	10 912	5,9	81,5	7,8	4,8
60 - 65	222 572	13 075	171 714	29 412	8 371	5,9	77,1	13,2	3,8
65 - 70	201 476	13 804	133 681	47 350	6 641	6,9	66,4	23,5	3,3
70 - 75	121 108	7 874	65 656	44 018	3 560	6,5	54,2	36,3	2,9
75 - 80	129 144	8 747	52 370	65 089	2 938	6,8	40,6	50,4	2,3
80 und älter	145 550	12 939	32 766	97 711	2 134	8,9	22,5	67,1	1,5
Insgesamt	3 763 510	1 390 313	1 899 855	326 468	146 874	36,9	50,5	8,7	3,9
Männlich									
unter 16	320 927	320 927	-	-	-	100,0	-	-	-
16 - 18	38 484	38 476	8	-	-	100,0	0,0	-	-
18 - 20	46 770	46 528	239	2	1	99,5	0,5	0,0	0,0
20 - 25	151 489	136 677	14 277	32	503	90,2	9,4	0,0	0,3
25 - 30	167 552	95 586	67 444	106	4 416	57,0	40,3	0,1	2,6
30 - 35	152 562	42 314	101 006	252	8 990	27,7	66,2	0,2	5,9
35 - 40	139 491	21 851	106 501	411	10 728	15,7	76,3	0,3	7,7
40 - 45	123 026	12 945	99 624	583	9 874	10,5	81,0	0,5	8,0
45 - 50	112 524	9 724	92 479	1 023	9 298	8,6	82,2	0,9	8,3
50 - 55	144 303	11 592	121 064	2 405	9 242	8,0	83,9	1,7	6,4
55 - 60	113 706	7 264	97 670	3 218	5 554	6,4	85,9	2,8	4,9
60 - 65	106 495	4 896	92 654	5 296	3 649	4,6	87,0	5,0	3,4
65 - 70	79 151	3 066	67 665	6 317	2 103	3,9	85,5	8,0	2,7
70 - 75	44 218	1 447	36 589	5 116	1 066	3,3	82,7	11,6	2,4
75 - 80	43 410	1 601	32 465	8 539	805	3,7	74,8	19,7	1,9
80 und älter	41 220	2 022	22 495	16 162	541	4,9	54,6	39,2	1,3
Insgesamt	1 825 328	756 916	952 180	49 462	66 770	41,5	52,2	2,7	3,7
Weiblich									
unter 16	304 413	304 386	26	1	-	100,0	0,0	0,0	-
16 - 18	36 653	36 382	270	-	1	99,3	0,7	-	0,0
18 - 20	44 242	42 025	2 194	2	21	95,0	5,0	0,0	0,0
20 - 25	142 384	104 306	36 523	90	1 465	73,3	25,7	0,1	1,0
25 - 30	155 313	50 767	97 125	421	7 000	32,7	62,5	0,3	4,5
30 - 35	143 743	19 579	112 879	919	10 366	13,6	78,5	0,6	7,2
35 - 40	131 923	10 191	108 610	1 648	11 474	7,7	82,3	1,2	8,7
40 - 45	115 065	5 692	95 977	2 669	10 727	4,9	83,4	2,3	9,3
45 - 50	107 529	4 593	89 247	4 370	9 319	4,3	83,0	4,1	8,7
50 - 55	139 375	6 055	114 166	10 261	8 893	4,3	81,9	7,4	6,4
55 - 60	112 186	6 014	86 339	14 475	5 358	5,4	77,0	12,9	4,8
60 - 65	116 077	8 179	79 060	24 116	4 722	7,0	68,1	20,8	4,1
65 - 70	122 325	10 738	66 016	41 033	4 538	8,8	54,0	33,5	3,7
70 - 75	76 890	6 427	29 067	38 902	2 494	8,4	37,8	50,6	3,2
75 - 80	85 734	7 146	19 905	56 550	2 133	8,3	23,2	66,0	2,5
80 und älter	104 330	10 917	10 271	81 549	1 593	10,5	9,8	78,2	1,5
Insgesamt	1 938 182	633 397	947 675	277 006	80 104	32,7	48,9	14,3	4,1

I. 6. Bevölkerung nach Alter und Geschlecht 1990

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung am 31. 12. 1990					Mittlere Bevölkerung 1990		
	insgesamt	männlich	weiblich	Ausländer		insgesamt	männlich	weiblich
				insgesamt	männlich			
unter 1	43 012	22 092	20 920	3 599	1 877	41 510	21 315	20 195
1 - 2	41 210	21 119	20 091	3 475	1 759	41 208	21 124	20 084
2 - 3	42 553	21 829	20 724	3 651	1 871	41 211	21 108	20 103
3 - 4	41 173	21 014	20 159	3 430	1 770	40 222	20 516	19 706
4 - 5	40 529	20 656	19 873	3 179	1 597	38 745	19 842	18 903
Zusammen	208 477	106 710	101 767	17 334	8 874	202 896	103 905	98 991
5 - 6	38 134	19 640	18 494	3 002	1 503	37 753	19 386	18 367
6 - 7	38 463	19 631	18 832	2 914	1 471	37 930	19 464	18 466
7 - 8	38 494	19 833	18 661	2 950	1 554	38 595	19 900	18 695
8 - 9	39 660	20 456	19 204	3 115	1 614	39 302	20 308	18 994
9 - 10	39 966	20 658	19 308	3 125	1 621	39 455	20 197	19 258
Zusammen	194 717	100 218	94 499	15 106	7 763	193 035	99 255	93 780
10 - 11	39 842	20 210	19 632	3 106	1 596	38 101	19 393	18 708
11 - 12	37 262	19 005	18 257	3 059	1 560	36 633	18 825	17 808
12 - 13	36 797	19 045	17 752	2 958	1 546	36 055	18 599	17 456
13 - 14	36 115	18 530	17 585	2 996	1 591	35 931	18 504	17 427
14 - 15	36 512	18 871	17 641	3 066	1 618	35 695	18 425	17 270
Zusammen	186 528	95 661	90 867	15 185	7 911	182 415	93 746	88 669
15 - 16	35 618	18 338	17 280	3 209	1 695	35 948	18 426	17 522
16 - 17	36 978	18 871	18 107	3 473	1 823	37 250	19 098	18 152
17 - 18	38 159	19 613	18 546	3 544	1 853	39 969	20 503	19 466
18 - 19	42 717	21 863	20 854	3 636	1 944	44 854	23 029	21 825
19 - 20	48 295	24 907	23 388	3 797	1 998	49 124	25 297	23 827
Zusammen	201 767	103 592	98 175	17 659	9 313	207 145	106 353	100 792
20 - 21	51 388	26 442	24 946	4 192	2 158	53 304	27 391	25 913
21 - 22	56 705	29 083	27 622	4 502	2 314	57 621	29 521	28 100
22 - 23	60 125	30 920	29 205	4 748	2 516	60 168	30 891	29 277
23 - 24	61 699	31 775	29 924	4 778	2 547	62 054	32 060	29 994
24 - 25	63 956	33 269	30 687	4 976	2 882	63 224	32 792	30 432
Zusammen	293 873	151 489	142 384	23 196	12 417	296 371	152 655	143 716
25 - 26	64 072	33 276	30 796	5 291	3 071	64 197	33 389	30 808
26 - 27	65 778	34 361	31 417	5 460	3 200	65 048	33 875	31 173
27 - 28	65 839	34 275	31 564	5 198	3 157	64 041	33 213	30 828
28 - 29	63 713	32 987	30 726	5 096	3 062	62 789	32 329	30 460
29 - 30	63 463	32 653	30 810	4 656	2 683	62 059	31 777	30 282
Zusammen	322 865	167 552	155 313	25 701	15 173	318 134	164 583	153 551
30 - 31	62 275	31 810	30 465	4 818	2 786	60 796	31 179	29 617
31 - 32	60 809	31 453	29 356	4 512	2 625	58 918	30 373	28 545
32 - 33	58 308	30 043	28 265	4 266	2 499	57 502	29 655	27 847
33 - 34	58 114	30 067	28 047	4 337	2 518	56 801	29 227	27 574
34 - 35	56 799	29 189	27 610	4 283	2 491	55 181	28 271	26 910
Zusammen	296 305	152 562	143 743	22 216	12 919	289 198	148 705	140 493
35 - 36	54 867	28 196	26 671	4 355	2 406	54 374	27 905	26 469
36 - 37	55 016	28 314	26 702	4 013	2 155	53 939	27 615	26 324
37 - 38	53 757	27 471	26 286	3 692	1 925	53 595	27 410	26 185
38 - 39	54 267	27 881	26 386	3 852	1 970	53 495	27 523	25 972
39 - 40	53 507	27 629	25 878	3 548	1 816	53 897	27 835	26 062
Zusammen	271 414	139 491	131 923	19 460	10 272	269 300	138 288	131 012
40 - 41	55 087	28 522	26 565	4 028	2 108	54 309	28 031	26 278
41 - 42	54 184	27 874	26 310	4 015	2 214	50 546	26 073	24 473
42 - 43	47 344	24 525	22 819	3 822	2 151	44 803	23 180	21 623
43 - 44	42 715	22 081	20 634	3 600	2 108	40 578	20 957	19 621
44 - 45	38 761	20 024	18 737	3 449	2 064	35 907	18 431	17 476
Zusammen	238 091	123 026	115 065	18 914	10 645	226 143	116 672	109 471

noch: I. 6. Bevölkerung nach Alter und Geschlecht 1990

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung am 31. 12. 1990					Mittlere Bevölkerung 1990		
	insgesamt	männlich	weiblich	Ausländer		insgesamt	männlich	weiblich
				insgesamt	männlich			
45 - 46	33 314	16 991	16 323	3 058	1 801	38 535	19 686	18 849
46 - 47	44 071	22 533	21 538	2 825	1 669	44 136	22 615	21 521
47 - 48	44 461	22 844	21 617	2 735	1 640	43 932	22 604	21 328
48 - 49	43 557	22 391	21 166	2 792	1 668	48 997	25 035	23 962
49 - 50	54 650	27 765	26 885	2 495	1 558	57 404	29 159	28 245
Zusammen	220 053	112 524	107 529	13 905	8 336	233 004	119 099	113 905
50 - 51	60 341	30 584	29 757	2 588	1 638	59 951	30 557	29 394
51 - 52	59 768	30 575	29 193	2 407	1 535	58 067	29 692	28 375
52 - 53	56 499	28 790	27 709	2 216	1 393	54 967	28 035	26 932
53 - 54	53 531	27 264	26 267	2 056	1 311	53 526	27 220	26 306
54 - 55	53 539	27 090	26 449	1 867	1 215	52 853	26 829	26 024
Zusammen	283 678	144 303	139 375	11 134	7 092	279 364	142 333	137 031
55 - 56	52 110	26 430	25 680	1 674	1 042	50 683	25 737	24 946
56 - 57	49 144	24 877	24 267	1 529	985	45 120	22 826	22 294
57 - 58	41 012	20 620	20 392	1 480	962	41 129	20 701	20 428
58 - 59	41 182	20 687	20 495	1 328	827	41 876	20 978	20 898
59 - 60	42 444	21 092	21 352	1 165	730	44 097	21 925	22 172
Zusammen	225 892	113 706	112 186	7 176	4 546	222 905	112 167	110 738
60 - 61	45 678	22 617	23 061	1 128	663	45 517	22 488	23 029
61 - 62	45 093	22 088	23 005	957	559	45 613	22 440	23 173
62 - 63	45 857	22 508	23 349	945	536	44 707	21 615	23 092
63 - 64	43 202	20 410	22 792	856	517	43 167	19 807	23 360
64 - 65	42 742	18 872	23 870	878	511	42 843	18 550	24 293
Zusammen	222 572	106 495	116 077	4 764	2 786	221 847	104 900	116 947
65 - 66	42 505	17 914	24 591	797	460	41 200	16 758	24 442
66 - 67	39 334	15 231	24 103	794	455	39 414	15 343	24 071
67 - 68	38 910	15 092	23 818	645	383	40 046	15 568	24 478
68 - 69	40 508	15 633	24 875	628	354	40 790	15 693	25 097
69 - 70	40 219	15 281	24 938	536	300	39 446	14 853	24 593
Zusammen	201 476	79 151	122 325	3 400	1 952	200 896	78 215	122 681
70 - 71	37 848	13 974	23 874	476	256	33 550	12 450	21 100
71 - 72	28 538	10 530	18 008	377	192	23 773	8 762	15 011
72 - 73	18 497	6 706	11 791	289	164	18 300	6 697	11 603
73 - 74	17 515	6 371	11 144	227	119	18 443	6 689	11 754
74 - 75	18 710	6 637	12 073	250	150	21 546	7 641	13 905
Zusammen	121 108	44 218	76 890	1 619	881	115 612	42 239	73 373
75 - 76	23 472	8 202	15 270	254	148	26 833	9 325	17 508
76 - 77	28 887	9 813	19 074	249	135	28 938	9 886	19 052
77 - 78	27 541	9 279	18 262	201	108	27 566	9 300	18 266
78 - 79	26 072	8 592	17 480	196	106	25 365	8 371	16 994
79 - 80	23 172	7 524	15 648	166	84	23 507	7 590	15 917
Zusammen	129 144	43 410	85 734	1 066	581	132 209	44 472	87 737
80 - 81	22 161	6 912	15 249	173	73	22 081	6 899	15 182
81 - 82	20 228	6 151	14 077	169	73	20 129	6 129	14 000
82 - 83	18 273	5 412	12 861	119	49	18 142	5 424	12 718
83 - 84	16 216	4 760	11 456	92	32	15 783	4 597	11 186
84 - 85	13 730	3 862	9 868	105	35	13 655	3 936	9 719
Zusammen	90 608	27 097	63 511	658	262	89 790	26 985	62 805
85 - 86	11 894	3 396	8 498	68	21	11 642	3 303	8 339
86 - 87	9 859	2 662	7 197	75	22	9 580	2 580	7 000
87 - 88	7 906	2 044	5 862	68	24	7 795	2 044	5 751
88 - 89	6 381	1 646	4 735	57	17	6 401	1 669	4 732
89 - 90	5 306	1 348	3 958	53	20	5 097	1 294	3 803
Zusammen	41 346	11 096	30 250	321	104	40 515	10 890	29 625
90 und älter	13 596	3 027	10 569	140	35	13 087	2 897	10 190
Insgesamt	3 763 510	1 825 328	1 938 182	218 954	121 862	3 733 866	1 808 359	1 925 507

I. 7. Bevölkerung nach Altersgruppen

Verwaltungsbezirk	Bevölkerung am 31.12.1990		davon in den					
			unter 6	6 - 15	15 - 20	20 - 30	30 - 40	40 - 50
	insgesamt	männlich	An-					
Kreisfreie Stadt Koblenz	108 733	51 370	6 337	8 416	5 107	18 578	15 807	13 608
Landkreise								
Ahrweiler	116 582	56 029	7 800	10 426	5 902	18 508	16 629	13 990
Altenkirchen (Ww.)	126 489	61 751	8 983	12 390	7 162	20 437	18 094	14 778
Bad Kreuznach	149 590	71 754	9 787	13 948	8 009	23 842	21 783	18 488
Bad Kreuznach, Stadt	40 950	18 782	2 691	3 387	2 065	6 958	5 562	4 946
Birkenfeld	86 987	42 193	5 437	7 817	4 517	13 502	13 044	9 803
Idar-Oberstein, Stadt	33 764	16 068	1 918	2 645	1 599	5 303	4 779	3 819
Cochem-Zell	62 008	30 482	4 040	5 907	3 639	10 047	8 708	6 829
Mayen-Koblenz	194 349	94 748	12 905	17 647	10 311	31 129	29 951	24 060
Andernach, Stadt	28 030	13 491	1 842	2 473	1 367	4 341	4 116	3 343
Mayen, Stadt	19 097	9 208	1 211	1 609	1 006	3 163	2 997	2 185
Neuwied	163 576	78 860	10 767	14 729	8 588	25 094	23 747	19 978
Neuwied, Stadt	62 075	29 355	3 964	5 215	3 204	9 512	8 896	7 619
Rhein-Hunsrück-Kreis	93 296	45 599	6 263	8 870	5 637	14 980	13 722	10 790
Rhein-Lahn-Kreis	121 369	58 850	7 735	10 911	6 407	18 718	17 357	15 245
Lahnstein, Stadt	18 488	8 867	1 015	1 530	939	2 774	2 629	2 374
Westerwaldkreis	179 086	87 917	12 792	17 700	10 316	29 237	26 492	21 599
RB Koblenz	1 402 065	679 553	92 846	128 761	75 595	224 072	205 334	169 168
Kreisfreie Stadt Trier	97 835	45 514	5 853	7 597	4 631	20 234	14 142	10 324
Landkreise								
Bernkastel-Wittlich	107 952	52 748	7 095	10 602	6 568	17 081	15 689	12 013
Bitburg-Prüm	91 502	44 917	6 283	9 422	5 548	14 844	13 258	9 552
Daun	58 980	29 172	4 215	5 699	3 430	9 326	8 406	6 362
Trier-Saarburg	127 771	62 729	8 645	13 005	7 610	20 928	20 102	14 903
RB Trier	484 040	235 080	32 091	46 325	27 787	82 413	71 597	53 154
Kreisfreie Städte								
Frankenthal (Pfalz)	46 966	22 756	2 940	4 148	2 524	7 525	7 014	5 981
Kaiserslautern	99 351	48 078	5 729	7 864	4 877	18 234	14 798	11 815
Landau i. d. Pfalz	37 274	17 459	2 404	3 043	1 871	6 746	5 522	4 283
Ludwigshafen am Rhein	162 173	78 923	10 135	13 022	8 119	28 415	23 713	20 787
Mainz	179 486	85 429	10 373	13 769	8 343	35 740	28 824	23 375
Neustadt a. d. Weinstr.	51 988	24 600	3 279	4 357	2 485	8 067	7 468	6 272
Pirmasens	47 680	22 432	2 683	3 746	2 405	7 397	6 583	5 473
Speyer	46 553	21 950	3 128	4 094	2 422	7 812	7 272	5 972
Worms	76 503	36 639	4 997	6 611	4 016	12 891	11 366	9 244
Zweibrücken	33 918	16 046	2 049	2 888	1 696	5 240	4 953	4 002
Landkreise								
Alzey-Worms	105 232	51 599	7 359	10 614	5 924	16 345	17 158	13 295
Bad Dürkheim	124 669	60 468	7 802	11 452	6 480	18 547	18 889	16 556
Donnersbergkreis	69 813	34 315	4 809	6 788	4 131	10 908	11 023	8 260
Germersheim	109 509	54 270	8 055	10 857	6 415	19 394	17 787	13 921
Kaiserslautern	100 028	48 927	6 878	9 156	5 393	15 784	15 751	11 757
Kusel	76 759	37 849	5 092	7 207	4 164	11 558	11 929	8 663
Südliche Weinstraße	101 338	49 460	6 770	9 735	5 580	15 893	15 599	12 205
Ludwigshafen	135 339	66 262	8 961	12 613	6 717	20 396	21 488	18 782
Mainz-Bingen	172 197	83 742	11 573	16 683	9 229	27 702	28 181	23 473
Bingen am Rhein, Stadt	23 853	11 274	1 445	1 990	1 154	4 164	3 383	2 950
Ingelheim am Rhein, Stadt	21 153	10 229	1 321	2 057	1 103	3 237	3 502	2 971
Pirmasens	100 629	49 491	6 658	9 378	5 594	15 659	15 470	11 706
RB Rheinhessen-Pfalz	1 877 405	910 695	121 674	168 025	98 385	310 253	290 788	235 822
Rheinland-Pfalz	3 763 510	1 825 328	246 611	343 111	201 767	616 738	567 719	458 144
Kreisfreie Städte	988 460	471 196	59 907	79 555	48 496	176 879	147 462	121 136
Landkreise	2 775 050	1 354 132	186 704	263 556	153 271	439 859	420 257	337 008

in den Verwaltungsbezirken am 31.12.1990

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren								Verwaltungsbezirk
50 - 60	60 - 65	65 und älter	unter 6	6 - 15	15 - 60	60 - 65	65 und älter	
zahl			%					
14 599	6 516	19 765	5,6	7,7	62,3	6,0	18,2	Kreisfreie Stadt Koblenz
15 701	6 966	20 660	6,7	8,9	60,7	6,0	17,7	Landkreise
17 266	7 368	20 011	7,1	9,8	61,5	5,8	15,8	Ahrweiler
19 587	8 715	25 431	6,5	9,3	61,3	5,8	17,0	Altenkirchen (Ww.)
5 030	2 301	8 010	6,6	8,3	60,0	5,6	19,6	Bad Kreuznach
12 533	5 655	14 679	6,3	9,0	61,4	6,5	16,9	Bad Kreuznach, Stadt Birkenfeld
5 109	2 299	6 293	5,7	7,8	61,0	6,8	18,6	Idar-Oberstein, Stadt Cochem-Zell
8 510	3 783	10 545	6,5	9,5	60,9	6,1	17,0	Mayen-Koblenz
26 528	11 459	30 359	6,6	9,1	62,8	5,9	15,6	Mayen, Stadt Andernach, Stadt
3 896	1 694	4 958	6,6	8,8	60,9	6,0	17,7	Neuwied
2 443	1 174	3 309	6,3	8,4	61,8	6,1	17,3	Neuwied, Stadt
22 923	10 149	27 601	6,6	9,0	61,3	6,2	16,9	Rhein-Hunsrück-Kreis
8 909	4 095	10 661	6,4	8,4	61,4	6,6	17,2	Rhein-Lahn-Kreis
11 900	5 342	15 792	6,7	9,5	61,1	5,7	16,9	Lahnstein, Stadt
16 464	7 178	21 354	6,4	9,0	61,1	5,9	17,6	Westerwaldkreis
2 662	1 119	3 446	5,5	8,3	61,5	6,1	18,6	
23 636	10 365	26 949	7,1	9,9	62,1	5,8	15,0	
189 647	83 496	233 146	6,6	9,1	62,5	5,9	15,9	RB Koblenz
11 921	5 654	17 479	6,0	7,8	62,6	5,8	17,9	Kreisfreie Stadt Trier
14 279	6 585	18 040	6,6	9,8	60,8	6,1	16,7	Landkreise
11 730	5 763	15 102	6,9	10,3	60,0	6,3	16,5	Bernkastel-Wittlich
7 742	3 768	10 032	7,1	9,7	59,8	6,4	17,0	Bitburg-Prüm
17 014	7 532	18 032	6,8	10,2	63,0	5,9	14,1	Daun
62 686	29 302	78 685	6,6	9,6	61,5	6,1	16,3	Trier-Saarburg
62 686	29 302	78 685	6,6	9,6	61,5	6,1	16,3	RB Trier
6 910	2 817	7 107	6,3	8,8	63,8	6,0	15,1	Kreisfreie Städte
13 151	6 039	16 844	5,8	7,9	63,3	6,1	17,0	Frankenthal (Pfalz)
4 826	2 105	6 474	6,4	8,2	62,4	5,6	17,4	Kaiserslautern
23 252	9 606	25 124	6,2	8,0	64,3	5,9	15,5	Landau i. d. Pfalz
23 209	9 384	26 469	5,8	7,7	66,6	5,2	14,7	Ludwigshafen am Rhein
6 959	3 231	9 870	6,3	8,4	60,1	6,2	19,0	Mainz
7 032	3 410	8 951	5,6	7,9	60,6	7,2	18,8	Neustadt a. d. Weinstr.
5 939	2 560	7 354	6,7	8,8	63,2	5,5	15,8	Pirmasens
10 019	4 456	12 903	6,5	8,6	62,1	5,8	16,9	Speyer
4 711	2 214	6 165	6,0	8,5	60,7	6,5	18,2	Worms
13 376	5 875	15 286	7,0	10,1	62,8	5,6	14,5	Zweibrücken
17 684	7 584	19 675	6,3	9,2	62,7	6,1	15,8	Landkreise
9 065	4 160	10 669	6,9	9,7	62,1	6,0	15,3	Alzey-Worms
14 882	5 530	12 668	7,4	9,9	66,1	5,0	11,6	Bad Dürkheim
13 804	6 217	15 288	6,9	9,2	62,5	6,2	15,3	Donnersbergkreis
10 560	5 019	12 567	6,6	9,4	61,1	6,5	16,4	Germersheim
13 834	6 062	15 660	6,7	9,6	62,3	6,0	15,5	Kaiserslautern
20 230	7 996	18 156	6,6	9,3	64,7	5,9	13,4	Kusel
22 790	9 107	23 459	6,7	9,7	64,7	5,3	13,6	Südliche Weinstraße
3 181	1 413	4 173	6,1	8,3	62,2	5,9	17,5	Ludwigshafen
2 785	1 173	3 004	6,2	9,7	64,3	5,5	14,2	Mainz-Bingen
15 004	6 402	14 758	6,6	9,3	63,0	6,4	14,7	Bingen am Rhein, Stadt
257 237	109 774	285 447	6,5	8,9	63,5	5,8	15,2	Ingelheim am Rhein, Stadt Pirmasens
509 570	222 572	597 278	6,6	9,1	62,5	5,9	15,9	RB Rheinhausen-Pfalz
132 528	57 992	164 505	6,1	8,0	63,4	5,9	16,6	Rheinland-Pfalz
377 042	164 580	432 773	6,7	9,5	62,2	5,9	15,6	Kreisfreie Städte
								Landkreise

I. 8. Ausländische Bevölkerung in den Verwaltungsbezirken 1987 – 1990

Verwaltungsbezirk	Bevölkerung ¹⁾				Veränderung in %		
	1987	1988	1989	1990	1987 – 1988	1988 – 1989	1989 – 1990
Kreisfreie Stadt Koblenz	4 743	5 360	5 879	6 516	13,0	9,7	10,8
Landkreise							
Ahrweiler	4 547	4 997	5 699	6 458	9,9	14,0	13,3
Altenkirchen (Ww.)	4 548	5 008	5 838	6 488	10,1	16,6	11,1
Bad Kreuznach	5 819	6 497	7 882	9 322	11,7	21,3	18,3
Birkenfeld	1 698	1 953	2 591	3 235	15,0	32,7	24,9
Cochem-Zell	718	880	1 077	1 384	22,6	22,4	28,5
Mayen-Koblenz	5 941	6 402	7 000	7 844	7,8	9,3	12,1
Neuwied	6 236	6 622	7 162	8 203	6,2	8,2	14,5
Rhein-Hunsrück-Kreis	2 371	2 779	3 067	3 698	17,2	10,4	20,6
Rhein-Lahn-Kreis	3 383	3 820	4 196	4 798	12,9	9,8	14,3
Westerwaldkreis	7 359	8 048	8 910	10 435	9,4	10,7	17,1
RB Koblenz	47 363	52 366	59 301	68 381	10,6	13,2	15,3
Kreisfreie Stadt Trier	3 019	3 504	4 146	4 924	16,1	18,3	18,8
Landkreise							
Bernkastel-Wittlich	2 010	2 238	2 502	3 115	11,3	11,8	24,5
Bitburg-Prüm	1 588	1 769	2 046	2 546	11,4	15,7	24,4
Daun	908	996	1 333	1 766	9,7	33,8	32,5
Trier-Saarburg	2 266	2 637	3 158	3 771	16,4	19,8	19,4
RB Trier	9 791	11 144	13 185	16 122	13,8	18,3	22,3
Kreisfreie Städte							
Frankenthal (Pfalz)	4 295	4 654	4 991	5 621	8,4	7,2	12,6
Kaiserslautern	7 005	7 805	8 629	9 344	11,4	10,6	8,3
Landau i. d. Pfalz	1 321	1 502	1 704	1 921	13,7	13,4	12,7
Ludwigshafen am Rhein	21 167	22 814	23 798	25 696	7,8	4,3	8,0
Mainz	18 082	19 626	21 304	23 553	8,5	8,5	10,6
Neustadt a. d. Weinstr.	1 963	2 154	2 348	2 646	9,7	9,0	12,7
Pirmasens	1 508	1 677	1 963	2 512	11,2	17,1	28,0
Speyer	3 402	3 624	3 862	4 192	6,5	6,6	8,5
Worms	4 673	5 170	5 436	6 213	10,6	5,1	14,3
Zweibrücken	1 017	1 184	1 313	1 556	16,4	10,9	18,5
Landkreise							
Alzey-Worms	2 848	3 269	3 719	4 348	14,8	13,8	16,9
Bad Dürkheim	4 154	4 943	5 473	5 931	19,0	10,7	8,4
Donnersbergkreis	2 522	2 873	3 269	3 639	13,9	13,8	11,3
Germersheim	6 557	7 107	7 955	8 823	8,4	11,9	10,9
Kaiserslautern	3 051	3 476	3 881	4 593	13,9	11,7	18,3
Kusel	1 288	1 454	1 694	1 947	12,9	16,5	14,9
Südliche Weinstraße	2 489	2 961	3 441	3 729	19,0	16,2	8,4
Ludwigshafen	5 378	5 992	6 519	7 309	11,4	8,8	12,1
Mainz-Bingen	6 987	6 921	7 567	8 226	-0,9	9,3	8,7
Pirmasens	1 795	2 012	2 215	2 652	12,1	10,1	19,7
RB Rheinhessen-Pfalz	101 502	111 218	121 081	134 451	9,6	8,9	11,0
Rheinland-Pfalz							
Kreisfreie Städte	72 195	79 074	85 373	94 694	9,5	8,0	10,9
Landkreise	86 461	95 654	108 194	124 260	10,6	13,1	14,8

1) Fortschreibung auf Grundlage der Volkszählung 1987.

I. 9. Ausländer nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Aufenthaltsdauer im Bundesgebiet am 31.12.1989*

Staatsangehörigkeit	Ins-gesamt	Mit einer Aufenthaltsdauer von ... Jahren										
		unter 1	1 - 4	4 - 6	6 - 8	8 - 10	10 - 15	15 - 20	20 und mehr	unter 1	20 und mehr	
	31.12.1989										31.12.1988	
	Anzahl											
Europa	150 692	12 354	21 479	6 916	6 531	11 363	23 929	37 033	31 087	11 935	23 358	
Belgien	954	59	139	61	63	60	130	158	284	80	242	
Dänemark	259	26	46	13	6	18	37	41	72	32	64	
Frankreich	7 355	542	1 000	493	437	521	995	1 232	2 135	517	1 797	
Griechenland	7 002	468	881	243	269	300	728	1 837	2 276	508	1 708	
Großbritannien und Nordirland	2 947	360	550	253	227	261	536	409	351	294	276	
Italien	23 599	936	2 315	1 051	1 090	1 515	3 573	5 399	7 720	915	6 346	
Luxemburg	1 088	77	200	94	54	56	89	148	370	72	335	
Niederlande	3 298	170	429	178	173	166	338	553	1 291	224	1 139	
Jugoslawien	16 780	915	1 669	502	538	870	2 239	6 349	3 698	997	1 987	
Österreich	5 020	183	408	193	175	268	494	1 088	2 211	164	1 820	
Polen	12 454	4 327	4 370	754	324	642	236	134	1 667	4 375	1 447	
Portugal	3 354	189	261	91	91	148	555	1 580	439	95	295	
Schweiz	1 334	51	125	55	47	45	136	168	707	59	596	
Spanien	3 792	91	176	93	92	119	312	1 206	1 703	72	1 388	
Türkei	55 805	2 886	7 568	2 517	2 554	6 009	13 057	16 236	4 978	2 631	2 940	
Ungarn	1 438	248	454	81	125	106	96	109	219	286	196	
Tschechoslowakei	1 114	127	192	79	112	92	119	101	292	123	198	
Sowjetunion	433	187	94	5	16	18	45	8	60	142	52	
Rumänien	907	325	313	57	46	54	39	47	26	202	20	
Bulgarien	299	52	54	17	14	19	32	40	71	29	61	
Übriges Europa	1 460	135	235	86	78	76	143	190	517	118	451	
Israel	186	12	43	17	8	23	42	20	21	18	18	
Marokko	1 811	126	442	167	112	191	293	365	115	116	75	
Tunesien	1 282	60	171	91	84	117	236	405	118	51	29	
Äthiopien	531	21	117	222	39	79	44	8	1	40	2	
Ghana	595	191	151	91	30	40	71	13	8	63	9	
Vereinigte Staaten	6 796	689	1 506	643	521	407	916	1 085	1 029	708	814	
Kanada	395	51	53	31	16	11	53	64	116	47	64	
Afghanistan	555	93	196	66	53	86	39	19	3	44	2	
Bangladesch	199	3	42	66	8	27	49	1	3	12	3	
Indien	871	130	168	84	68	101	185	72	63	67	46	
Iran	3 506	273	1 770	483	120	177	300	171	212	455	179	
Japan	314	104	64	21	17	14	41	31	22	68	14	
Libanon	1 288	216	735	178	19	26	96	11	7	163	8	
Pakistan	1 192	199	470	177	19	81	214	21	11	224	8	
Sri Lanka	808	125	161	401	73	23	16	4	5	62	3	
Vietnam	1 460	83	170	121	264	331	470	14	7	56	7	
Übrige außereuropäische Staaten	8 394	1 294	2 451	924	694	584	786	769	892	954	333	
Australien und Ozeanien	221	27	40	10	12	9	18	49	56	27	41	
Staatenlose, Ungeklärt und ohne Angabe	1 672	81	366	165	63	90	221	75	611	45	588	
Insgesamt	182 768	16 132	30 595	10 874	8 751	13 780	28 019	40 230	34 387	15 155	25 601	

Quelle: Ausländerzentralregister des Bundesverwaltungsamtes. * An die Ergebnisse der Volkszählung 1987 angepaßte Zahlen.

II. 1. Geborene und gestorbene Ausländer im Jahre 1990

Monat Vierteljahr	Lebendgeborene		Tot- ge- borene	Gestorbene ¹⁾			Ge- borenen- über- schuß	Lebendgeborene		Gestorbene ¹⁾	
	ins- gesamt	nicht- ehelich		ins- gesamt	im ersten Lebens- jahr	in den ersten 7 Lebens- tagen		auf 1000 Aus- länder und 1 Jahr	in % der Lebend- ge- borenen ins- gesamt	im ersten Lebens- jahr	in den ersten 7 Lebens- tagen
Januar	256	22	-	47	5	3	209	15,5	7,5	19,5	11,7
Februar	230	24	2	41	2	1	189	15,3	7,2	8,7	4,3
März	247	29	1	47	4	3	200	14,7	7,2	16,2	12,1
1. Vierteljahr	733	75	3	135	11	7	598	15,2	7,3	15,0	9,5
April	311	31	1	48	3	1	263	18,9	9,2	9,6	3,2
Mai	309	29	2	41	5	3	268	18,0	8,9	16,2	9,7
Juni	292	27	1	35	5	1	257	17,4	8,4	17,1	3,4
2. Vierteljahr	912	87	4	124	13	5	788	18,1	8,9	14,3	5,5
Juli	326	26	2	41	3	3	285	18,5	8,3	9,2	9,2
August	281	24	2	44	1	1	237	15,7	7,2	3,6	3,6
September	315	32	1	38	2	-	277	17,9	8,1	6,3	-
3. Vierteljahr	922	82	5	123	6	4	799	17,4	7,9	6,5	4,3
Oktober	292	34	1	54	6	4	238	15,9	7,6	20,5	13,7
November	272	24	3	46	3	1	226	15,2	8,0	11,0	3,7
Dezember	304	39	1	37	2	1	267	16,4	8,7	6,6	3,3
4. Vierteljahr	868	97	5	137	11	6	731	15,8	8,1	12,7	6,9
Insgesamt	3 435	341	17	519	41	22	2 916	16,6	8,0	11,9	6,4

1) Ohne Totgeborene.

II. 2. Eheschließungen, Geborene und Gestorbene 1950 bis 1990

Grundzahlen

Jahr	Eheschließungen	Lebendgeborene				Totgeborene		Gestorbene ¹⁾					Geborenen- bzw. Gestorbenen-(-)überschuß
		insgesamt	männlich	weiblich	nicht-ehe-lich	insgesamt	nicht-ehe-lich	insgesamt	männlich	weiblich	im ersten Lebensjahr	in den ersten 7 Lebenstagen	
1950	32 617	56 147	29 115	27 032	4 242	1 146	136	31 958	16 145	15 813	2 950	1 482	24 189
1955	29 160	60 259	31 130	29 129	3 840	1 191	116	35 685	18 418	17 267	2 522	1 278	24 574
1960	31 924	64 251	32 743	31 508	3 350	1 023	72	39 533	20 596	18 937	2 369	1 299	24 718
1963	29 830	67 768	34 945	32 823	2 894	961	61	41 065	21 314	19 751	1 938	1 232	26 703
1965	27 642	64 480	32 915	31 565	2 521	794	36	40 145	20 983	19 162	1 545	1 070	24 335
1966	26 844	64 249	33 196	31 053	2 440	774	41	40 758	21 011	19 747	1 550	1 089	23 491
1967	27 875	61 090	31 187	29 903	2 311	704	45	41 041	21 296	19 745	1 503	1 031	20 049
1968	25 695	58 532	30 086	28 446	2 442	670	32	44 219	22 750	21 469	1 410	924	14 313
1969	26 998	53 987	27 787	26 200	2 357	594	50	44 430	22 812	21 618	1 371	919	9 557
1970	27 665	48 706	25 119	23 587	2 331	514	35	43 694	22 202	21 492	1 241	902	5 012
1971	27 077	46 049	23 810	22 239	2 314	482	47	44 001	22 381	21 620	1 052	717	2 048
1972	26 444	41 035	21 023	20 012	2 239	442	26	43 914	22 360	21 554	989	610	- 2 879
1973	25 641	37 000	19 052	17 948	2 121	341	36	44 186	22 355	21 831	911	543	- 7 186
1974	24 444	35 885	18 305	17 580	2 083	303	26	43 487	22 001	21 486	805	453	- 7 602
1975	25 674	34 377	17 668	16 709	1 963	276	17	44 943	22 681	22 262	737	424	- 10 566
1976	24 199	34 544	17 872	16 672	1 949	251	26	44 706	22 382	22 324	664	357	- 10 162
1977	23 720	34 129	17 525	16 604	1 913	207	20	41 941	21 113	20 828	541	289	- 7 812
1978	21 613	34 346	17 838	16 508	2 026	231	24	44 029	21 917	22 112	608	301	- 9 683
1979	22 756	34 805	17 785	17 020	2 054	199	22	43 108	21 295	21 813	436	212	- 8 303
1980	23 268	37 253	18 982	18 271	2 409	203	29	43 576	21 649	21 927	478	255	- 6 323
1981	22 710	37 402	19 293	18 109	2 436	199	27	44 269	21 808	22 461	422	204	- 6 867
1982	23 002	37 132	19 218	17 914	2 662	171	25	43 567	21 117	22 450	408	176	- 6 435
1983	23 317	35 422	18 191	17 231	2 651	179	17	44 459	21 743	22 716	390	165	- 9 037
1984	23 016	35 504	18 139	17 365	2 599	139	14	42 890	20 780	22 110	366	148	- 7 386
1985	22 971	34 899	17 839	17 060	2 682	148	15	42 587	20 464	22 123	348	131	- 7 688
1986	22 814	37 181	18 953	18 228	2 912	150	28	43 214	20 605	22 609	327	122	- 6 033
1987	23 905	37 778	19 258	18 520	2 817	130	16	42 016	20 311	21 705	343	137	- 4 238
1988	24 899	39 850	20 437	19 413	3 225	137	10	41 882	20 080	21 802	329	136	- 2 032
1989	24 261	39 650	20 342	19 308	3 275	147	19	42 536	20 244	22 292	305	130	- 2 886
1990	25 164	42 732	21 961	20 771	3 705	139	20	43 811	20 384	23 427	345	133	- 1 079

Verhältniszahlen

Jahr	Eheschließungen	Lebendgeborene	Gestorbene ¹⁾	Geborenen- bzw. Gestorbenen-(-)überschuß	Nicht-ehe-lich Lebendgeborene	Gestorbene ¹⁾		Totgeborene auf 1000 Lebend- und Totgeborene	Knaben auf 1000 lebendgeborene Mädchen
						im ersten Lebensjahr ²⁾	in den ersten 7 Lebenstagen		
		auf 1000 Einwohner			auf 1000 Lebendgeborene				
1950	11,0	18,9	10,8	8,1	75,6	52,8	26,4	20,0	1 077
1955	8,9	18,3	10,9	7,5	63,7	41,8	21,2	19,4	1 069
1960	9,4	18,9	11,6	7,3	52,1	36,9	20,2	15,7	1 039
1963	8,5	19,4	11,8	7,6	42,7	28,7	18,2	14,0	1 065
1965	7,7	18,1	11,3	6,8	39,1	23,8	16,6	12,2	1 043
1966	7,5	17,8	11,3	6,5	38,0	24,1	16,9	11,9	1 069
1967	7,7	16,9	11,3	5,5	37,8	24,5	16,9	11,4	1 043
1968	7,1	16,1	12,2	3,9	41,7	24,0	15,8	11,3	1 058
1969	7,4	14,8	12,1	2,6	43,7	25,1	17,0	10,9	1 061
1970	7,6	13,4	12,0	1,4	47,9	25,2	18,5	10,4	1 085
1971	7,4	12,5	12,0	0,6	50,3	22,7	15,6	10,4	1 071
1972	7,2	11,1	11,9	- 0,8	54,6	23,8	14,9	10,7	1 051
1973	6,9	10,0	12,0	- 1,9	57,3	24,3	14,7	9,1	1 062
1974	6,6	9,7	11,8	- 2,1	58,0	22,3	12,6	8,4	1 041
1975	7,0	9,3	12,2	- 2,9	57,1	21,3	12,3	8,0	1 057
1976	6,6	9,4	12,2	- 2,8	56,4	19,2	10,3	7,2	1 072
1977	6,5	9,4	11,5	- 2,1	56,1	15,8	8,5	6,0	1 056
1978	5,9	9,5	12,1	- 2,7	59,0	17,7	8,8	6,7	1 081
1979	6,3	9,6	11,9	- 2,3	59,0	12,6	6,1	5,7	1 045
1980	6,4	10,2	12,0	- 1,7	64,7	12,9	6,8	5,4	1 039
1981	6,2	10,3	12,2	- 1,9	65,1	11,3	5,5	5,3	1 065
1982	6,3	10,2	12,0	- 1,8	71,7	11,0	4,7	4,6	1 073
1983	6,4	9,7	12,2	- 2,5	74,8	10,9	4,7	5,0	1 056
1984	6,3	9,8	11,8	- 2,0	73,2	10,3	4,2	3,9	1 045
1985	6,3	9,6	11,8	- 2,1	76,9	9,9	3,8	4,2	1 046
1986	6,3	10,3	12,0	- 1,7	78,3	8,9	3,3	4,0	1 040
1987	6,6	10,5	11,6	- 1,2	74,6	9,1	3,6	3,4	1 040
1988	6,8	10,9	11,5	- 0,6	80,9	8,3	3,4	3,4	1 053
1989	6,6	10,8	11,6	- 0,8	82,6	7,7	3,3	3,7	1 054
1990	6,7	11,4	11,7	- 0,3	86,7	8,2	3,1	3,2	1 057

1) Ohne Totgeborene. - 2) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten.

II. 3. Eheschließungen, Geborene und Gestorbene im Jahre 1990

Grundzahlen

Monat Vierteljahr	Eheschließungen				Lebendgeborene				Totgeborene	
	ins- gesamt	darunter			ins- gesamt	männ- lich	weib- lich	nicht- ehelich	ins- gesamt	männ- lich
		nur der Mann	nur die Frau	beide Partner						
		Ausländer(in)								
Januar	776	57	40	24	3 422	1 801	1 621	287	11	6
Februar	1 068	80	47	20	3 199	1 645	1 554	294	7	1
März	1 741	103	84	27	3 428	1 744	1 684	269	13	5
1. Vierteljahr	3 585	240	171	71	10 049	5 190	4 859	850	31	12
April	1 683	106	83	33	3 367	1 761	1 606	295	5	3
Mai	3 319	146	80	33	3 463	1 755	1 708	297	7	2
Juni	3 232	133	103	41	3 462	1 761	1 701	294	6	4
2. Vierteljahr	8 234	385	266	107	10 292	5 277	5 015	886	18	9
Juli	2 510	152	62	27	3 910	1 995	1 915	317	19	8
August	3 652	151	119	23	3 913	1 953	1 960	364	18	8
September	2 261	114	91	24	3 866	1 962	1 904	330	13	6
3. Vierteljahr	8 423	417	272	74	11 689	5 910	5 779	1 011	50	22
Oktober	1 656	115	77	19	3 821	2 005	1 816	326	11	5
November	1 427	107	88	23	3 380	1 754	1 626	311	18	11
Dezember	1 839	110	95	24	3 501	1 825	1 676	321	11	5
4. Vierteljahr	4 922	332	260	66	10 702	5 584	5 118	958	40	21
Insgesamt	25 164	1 374	969	318	42 732	21 961	20 771	3 705	139	64

Monat Vierteljahr	Gestorbene ¹⁾							Geborenen- bzw. Gestorbenen-(-) überschuß	
	ins- gesamt	männ- lich	weib- lich	im ersten Lebensjahr		in den ersten 7 Lebenstagen		insgesamt	männlich
				zusammen	männlich	zusammen	männlich		
Januar	4 038	1 833	2 205	32	21	10	8	- 616	- 32
Februar	3 652	1 757	1 895	34	21	13	8	- 453	- 112
März	3 875	1 770	2 105	31	20	10	6	- 447	- 26
1. Vierteljahr	11 565	5 360	6 205	97	62	33	22	- 1 516	- 170
April	3 729	1 728	2 001	24	14	13	8	- 362	33
Mai	3 595	1 678	1 917	21	10	11	4	- 132	77
Juni	3 538	1 651	1 887	28	14	8	6	- 76	110
2. Vierteljahr	10 862	5 057	5 805	73	38	32	18	- 570	220
Juli	3 402	1 654	1 748	24	10	12	6	508	341
August	3 536	1 661	1 875	25	12	7	2	377	292
September	3 281	1 510	1 771	28	15	8	3	585	452
3. Vierteljahr	10 219	4 825	5 394	77	37	27	11	1 470	1 085
Oktober	3 642	1 601	2 041	29	14	15	8	179	404
November	3 548	1 698	1 850	42	26	14	10	- 168	56
Dezember	3 975	1 843	2 132	27	19	12	10	- 474	- 18
4. Vierteljahr	11 165	5 142	6 023	98	59	41	28	- 463	442
Insgesamt	43 811	20 384	23 427	345	196	133	79	- 1 079	1 577

Verhältniszahlen

Monat Vierteljahr	Ehe- schlie- bungen	Lebend- ge- borene	Ge- storbene ¹⁾	Ge- borenen- bzw. Gestor- benen-(-) überschuß	Nicht- ehelich Lebend- ge- borene	Gestorbene ¹⁾				Tot- geborene auf 1 000 Lebend- und Tot- geborene
						im ersten Lebens- jahr ²⁾	Deutsche im ersten Lebens- jahr ³⁾	in den ersten 7 Lebens- tagen	Deutsche in den ersten 7 Lebens- tagen ³⁾	
Januar	2,5	10,9	12,8	- 2,0	83,9	9,4	8,5	2,9	2,2	3,2
Februar	3,8	11,2	12,8	- 1,6	91,9	11,3	10,8	4,1	4,0	2,2
März	5,5	10,9	12,3	- 1,4	78,5	9,1	8,5	2,9	2,2	3,8
1. Vierteljahr	3,9	11,0	12,6	- 1,7	84,6	9,9	9,2	3,3	2,8	3,1
April	5,5	11,0	12,2	- 1,2	87,6	7,3	6,9	3,9	3,9	1,5
Mai	10,5	10,9	11,4	- 0,4	85,8	6,1	5,1	3,2	2,5	2,0
Juni	10,5	11,3	11,5	- 0,2	84,9	8,4	7,3	2,3	2,2	1,7
2. Vierteljahr	8,9	11,1	11,7	- 0,6	86,1	7,2	6,4	3,1	2,9	1,7
Juli	7,9	12,3	10,7	1,6	81,1	6,5	5,9	3,1	2,5	4,8
August	11,5	12,3	11,1	1,2	93,0	6,6	6,6	1,8	1,7	4,6
September	7,3	12,5	10,6	1,9	85,4	7,7	7,3	2,1	2,3	3,4
3. Vierteljahr	8,9	12,4	10,8	1,6	86,5	6,9	6,6	2,3	2,1	4,3
Oktober	5,2	12,0	11,4	0,6	85,3	7,6	6,5	3,9	3,1	2,9
November	4,6	10,9	11,5	- 0,5	92,0	12,1	12,5	4,1	4,2	5,3
Dezember	5,8	11,0	12,4	- 1,5	91,7	7,4	7,8	3,4	3,4	3,1
4. Vierteljahr	5,2	11,3	11,8	- 0,5	98,5	9,0	8,8	3,8	3,6	3,7
Insgesamt	6,7	11,4	11,7	- 0,3	86,7	8,2	7,7	3,1	2,8	3,2

1) Ohne Totgeborene. - 2) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 3) Auf 1 000 lebendgeborene Deutsche.

II. 4. Eheschließungen, Geborene und Gestorbene

Lfd. Nr.	Verwaltungsbezirk	Eheschließungen			Lebendgeborene					Totgeborene
		insgesamt	auf 1000 Einwohner	Ausländer ¹⁾	insgesamt	männlich	auf 1000 Einwohner	Ausländer	nicht-ehelich	
1	Kreisfreie Stadt Koblenz	752	6,9	69	1 128	577	10,4	86	145	1
	Landkreise									
2	Ahrweiler	760	6,6	63	1 400	726	12,1	106	95	5
3	Altenkirchen (Ww.)	893	7,1	59	1 649	839	13,2	150	90	2
4	Bad Kreuznach	1 020	6,9	101	1 668	850	11,2	162	165	3
5	Bad Kreuznach, Stadt	336	8,3	60	497	254	12,2	94	77	1
6	Birkenfeld	665	7,7	141	898	474	10,4	35	75	6
7	Idar-Oberstein, Stadt	210	6,2	23	339	178	10,1	17	34	1
8	Cochem-Zell	418	6,8	28	702	383	11,4	25	31	1
9	Mayen-Koblenz	1 346	7,0	85	2 207	1 175	11,4	117	160	6
10	Andernach, Stadt	213	7,7	19	286	145	10,3	16	30	3
11	Mayen, Stadt	158	8,3	14	207	119	10,9	11	22	-
12	Neuwied	1 103	6,8	87	1 904	1 012	11,8	129	138	9
13	Neuwied, Stadt	440	7,1	44	729	382	11,8	68	60	5
14	Rhein-Hunsrück-Kreis	621	6,7	77	1 072	567	11,6	58	65	5
15	Rhein-Lahn-Kreis	775	6,4	61	1 313	663	10,9	69	110	4
16	Lahnstein, Stadt	155	8,4	11	192	91	10,4	14	24	1
17	Westerwaldkreis	1 229	6,9	80	2 175	1 167	12,3	181	133	7
18	RB Koblenz	9 582	6,9	851	16 116	8 433	11,6	1 118	1 207	49
19	Kreisfreie Stadt Trier	707	7,3	66	1 144	578	11,8	62	216	5
	Landkreise									
20	Bernkastel-Wittlich	713	6,6	78	1 247	636	11,6	52	89	5
21	Bitburg-Prüm	614	6,7	77	1 074	561	11,8	33	76	1
22	Daun	400	6,8	37	735	384	12,6	26	42	4
23	Trier-Saarburg	885	7,0	59	1 481	719	11,6	44	107	5
24	RB Trier	3 319	6,9	317	5 681	2 878	11,8	217	530	20
25	Kreisfreie Städte									
	Frankenthal (Pfalz)	316	6,8	35	516	264	11,1	84	39	-
26	Kaiserslautern	808	8,2	160	1 043	525	10,6	112	142	3
27	Landau i. d. Pfalz	279	7,5	40	413	237	11,1	25	63	-
28	Ludwigshafen am Rhein	977	6,1	156	1 854	989	11,5	439	205	7
29	Mainz	1 120	6,3	187	2 002	1 004	11,2	347	228	8
30	Neustadt a. d. Weinstr.	369	7,1	19	578	273	11,2	45	83	2
31	Pirmasens	355	7,5	38	481	240	10,1	28	91	2
32	Speyer	376	8,2	54	576	301	12,5	46	69	2
33	Worms	560	7,4	77	886	473	11,7	114	108	4
34	Zweibrücken	271	8,0	47	334	163	9,9	24	40	-
	Landkreise									
35	Alzey-Worms	602	5,8	53	1 149	578	11,1	77	85	4
36	Bad Dürkheim	790	6,4	73	1 340	668	10,8	102	103	8
37	Donnersbergkreis	475	6,9	70	806	400	11,7	66	67	3
38	Germersheim	643	5,9	72	1 355	685	12,5	133	88	4
39	Kaiserslautern	697	7,1	111	1 150	564	11,6	73	103	3
40	Kusel	482	6,3	39	828	401	10,9	32	61	2
41	Südliche Weinstraße	647	6,4	63	1 138	604	11,3	43	74	6
42	Ludwigshafen	817	6,1	57	1 417	726	10,5	120	73	-
43	Mainz-Bingen	1 095	6,4	87	1 991	980	11,7	141	163	8
44	Bingen am Rhein, Stadt	183	7,7	18	259	129	11,0	18	31	-
45	Ingelheim am Rhein, Stadt	150	7,1	15	236	117	11,1	27	31	2
46	Pirmasens	584	5,8	55	1 078	575	10,8	49	83	4
47	RB Rheinhessen-Pfalz	12 263	6,6	1 493	20 935	10 650	11,2	2 100	1 968	70
48	Rheinland-Pfalz	25 164	6,7	2 661	42 732	21 961	11,4	3 435	3 705	139
49	Kreisfreie Städte	6 890	7,0	948	10 955	5 624	11,2	1 412	1 429	34
50	Landkreise	18 274	6,6	1 713	31 777	16 337	11,5	2 023	2 276	105

1) Eheschließungen, bei denen mindestens ein Ehepartner Ausländer ist.

in den Verwaltungsbezirken 1990

Gestorbene (ohne Totgeborene)								Geborenen- bzw. Gestorbenen-(-) überschuß				Lfd. Nr.
ins-gesamt	männlich	auf 1000 Einwohner	Ausländer	im ersten Lebensjahr			in den ersten 7 Lebens-tagen	ins-gesamt	männlich	auf 1000 Einwohner	Ausländer	
				ins-gesamt	auf 1000 Lebend-geborene	Ausländer						
1 291	576	11,9	11	10	8,9	1	3	- 163	1	- 1,5	75	1
1 450	673	12,5	17	10	7,1	1	4	- 50	53	- 0,4	89	2
1 427	724	11,4	10	16	9,7	2	7	222	115	1,8	140	3
1 849	814	12,4	20	19	11,4	1	3	- 181	36	- 1,2	142	4
541	224	13,3	10	10	20,1	1	2	- 44	30	- 1,1	84	5
1 169	556	13,5	13	5	5,6	-	2	- 271	- 82	- 3,1	22	6
536	251	15,9	9	2	5,9	-	1	- 197	- 73	- 5,8	8	7
764	360	12,4	4	8	11,4	3	6	- 62	23	- 1,0	21	8
2 166	1 013	11,2	22	24	10,9	2	10	41	162	0,2	95	9
331	151	11,9	5	3	10,5	-	1	- 45	- 6	- 1,6	11	10
228	106	12,0	3	1	4,8	1	1	- 21	13	- 1,1	8	11
2 008	941	12,4	11	24	12,6	1	8	- 104	71	- 0,6	118	12
815	379	13,2	6	11	15,1	-	4	- 86	3	- 1,4	62	13
1 058	532	11,5	7	4	3,7	-	1	14	35	0,2	51	14
1 490	676	12,4	14	9	6,9	-	3	- 177	- 13	- 1,5	55	15
203	89	11,0	1	-	-	-	-	- 11	2	- 0,6	13	16
2 021	961	11,4	19	21	9,7	2	9	154	206	0,9	162	17
16 693	7 826	12,0	148	150	9,3	13	56	- 577	607	- 0,4	970	18
1 199	506	12,3	7	8	7,0	-	3	- 55	72	- 0,6	55	19
1 420	634	13,2	8	12	9,6	1	5	- 173	2	- 1,6	44	20
1 124	564	12,4	13	6	5,6	-	2	- 50	- 3	- 0,5	20	21
685	334	11,7	4	10	13,6	2	7	50	50	0,9	22	22
1 263	633	9,9	5	9	6,1	-	3	218	86	1,7	39	23
5 691	2 671	11,8	37	45	7,9	3	20	- 10	207	- 0,0	180	24
586	273	12,6	12	6	11,6	4	5	- 70	- 9	- 1,5	72	25
1 214	597	12,3	41	9	8,6	1	1	- 171	- 72	- 1,7	71	26
501	192	13,5	6	4	9,7	-	1	- 88	45	- 2,4	19	27
1 891	912	11,7	51	17	9,2	5	9	- 37	77	- 0,2	388	28
1 823	842	10,2	39	14	7,0	3	8	179	162	1,0	308	29
661	272	12,8	10	5	8,7	-	4	- 83	1	- 1,6	35	30
708	320	14,9	12	4	8,3	-	1	- 227	- 80	- 4,8	16	31
544	214	11,8	4	2	3,5	-	1	32	87	0,7	42	32
970	418	12,8	10	3	3,4	-	1	- 84	55	- 1,1	104	33
515	244	15,3	7	1	3,0	-	-	- 181	- 81	- 5,4	17	34
1 177	547	11,3	10	7	6,1	1	1	- 28	31	- 0,3	67	35
1 557	681	12,6	12	7	5,2	-	1	- 217	- 13	- 1,8	90	36
881	412	12,7	17	5	6,2	3	1	- 75	- 12	- 1,1	49	37
995	474	9,2	25	12	8,9	1	5	360	211	3,3	108	38
1 169	544	11,8	19	7	6,1	2	1	- 19	20	- 0,2	54	39
857	403	11,3	9	3	3,6	-	-	- 29	- 2	- 0,4	23	40
1 165	524	11,6	13	10	8,8	-	4	- 27	80	- 0,3	30	41
1 233	599	9,2	12	6	4,2	3	2	184	127	1,4	108	42
1 817	863	10,6	18	15	7,5	2	7	174	117	1,0	123	43
334	156	14,1	2	4	15,4	-	3	- 75	- 27	- 3,2	16	44
254	123	12,0	4	1	4,2	-	-	- 18	- 6	- 0,9	23	45
1 163	556	11,6	7	13	12,1	-	4	- 85	19	- 0,8	42	46
21 427	9 887	11,5	334	150	7,2	25	57	- 492	763	- 0,3	1 766	
43 811	20 384	11,7	519	345	8,1	41	133	- 1 079	1 577	- 0,3	2 916	48
11 903	5 366	12,1	210	83	7,6	14	37	- 948	258	- 1,0	1 202	49
31 908	15 018	11,6	309	262	8,2	27	96	- 131	1 319	- 0,0	1 714	50

II. 5. Eheschließungen nach Altersgruppen der Ehepartner 1990

Altersgruppe des Mannes	Altersgruppe der Frau in Jahren												
	insgesamt	unter 18	18	19	20 - 25	25 - 30	30 - 35	35 - 40	40 - 45	45 - 50	50 - 55	55 - 60	60 u. mehr
18 Jahre	52	5	16	5	24	1	-	-	1	-	-	-	-
19 "	189	12	32	47	79	12	6	1	-	-	-	-	-
20 - 25 "	5 608	67	386	551	3 657	789	116	29	11	2	-	-	-
25 - 30 "	9 685	25	119	197	4 363	4 141	636	163	30	9	2	-	-
30 - 35 "	4 579	10	26	45	944	2 189	1 001	262	70	24	5	3	-
35 - 40 "	1 996	1	7	6	202	582	671	362	101	49	12	2	1
40 - 45 "	1 033	-	2	1	63	195	251	250	160	66	35	7	3
45 - 50 "	789	-	-	-	23	83	140	169	159	139	63	12	1
50 - 55 "	547	-	-	-	11	29	53	86	103	127	99	28	11
55 - 60 "	280	-	-	-	2	9	12	33	28	72	72	38	14
60 u. mehr "	406	-	-	-	-	2	5	11	28	56	72	90	142
Insgesamt	25 164	120	588	852	9 368	8 032	2 891	1 366	691	544	360	180	172

II. 6. Eheschließungen nach dem bisherigen Familienstand der Ehepartner 1990

Familienstand des Mannes vor der Eheschließung	Insgesamt	Familienstand der Frau vor der Eheschließung			Insgesamt	Familienstand der Frau vor der Eheschließung		
		ledig	verwitwet ¹⁾	geschieden ²⁾		ledig	verwitwet ¹⁾	geschieden ²⁾
	Anzahl				% der Eheschließungen			
Ledig	19 968	17 526	195	2 247	79,4	69,6	0,8	8,9
Verwitwet ¹⁾	787	249	217	321	3,1	1,0	0,9	1,3
Geschieden ²⁾	4 409	2 017	118	2 274	17,5	8,0	0,5	9,0
Insgesamt	25 164	19 792	530	4 842	100,0	78,7	2,1	19,2

1) Einschl. Personen, deren früherer Ehegatte für tot erklärt worden ist. - 2) Einschl. Personen, deren frühere Ehe aufgehoben worden ist.

II. 7. Eheschließungen nach der Religionszugehörigkeit der Ehepartner 1990

Religionszugehörigkeit des Mannes	Insgesamt		Religionszugehörigkeit der Frau							
			römisch-katholisch		evangelisch		sonstige Religionen		freireligiös, gemeinschaftslos und ohne Angabe	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Römisch-katholisch	13 020	51,7	8 992	35,7	3 557	14,1	121	0,5	350	1,4
Evangelisch	9 024	35,9	3 667	14,6	4 921	19,6	102	0,4	334	1,3
Sonstige Religionen	545	2,2	194	0,8	171	0,7	135	0,5	45	0,2
Freireligiös, gemeinschaftslos und ohne Angabe	2 575	10,2	753	3,0	756	3,0	38	0,2	1 028	4,1
Insgesamt	25 164	100,0	13 606	54,1	9 405	37,4	396	1,6	1 757	7,0

II. 8. Eheschließungen nach der Staatsangehörigkeit der Ehepartner 1990

Staatsangehörigkeit des Mannes	Insgesamt	Staatsangehörigkeit der Frau								
		Deutschland	Ausland							Staatenlos
			zusammen	Frankreich	Italien	Jugoslawien	Niederlande	Österreich	USA	
Deutschland	23 472	22 503	967	49	57	75	23	47	44	2
Ausland	1 673	1 363	309	5	51	13	2	2	68	1
Frankreich	86	83	2	1	-	-	-	-	-	-
Italien	177	114	14	-	47	2	-	-	-	-
Jugoslawien	76	62	14	-	-	10	-	-	1	-
Niederlande	31	30	1	-	-	-	-	-	-	-
Österreich	45	45	-	-	-	-	-	-	-	-
USA	565	469	96	2	1	-	2	1	63	-
Staatenlos	19	11	5	-	-	-	-	1	-	3
Insgesamt	25 164	23 877	1 281	54	108	88	25	50	112	6

II. 9. Geborene nach Alter und Staatsangehörigkeit der Mutter sowie Legitimität des Kindes 1990

Alter der Mutter in Jahren 1)	Lebend- und Totgeborene			Lebendgeborene						Totgeborene	
	ins-gesamt	ehelich	nicht-ehelich	ins-gesamt	auf 1000 Frauen 2)	ehelich	nicht-ehelich	einer ausländischen Mutter		ins-gesamt	ehelich
								ins-gesamt	auf 1000 Ausländerinnen 2)		
15	20	3	17	20	1,2	3	17	8	5,6	-	-
16	66	26	40	66	3,7	26	40	27	17,1	-	-
17	146	58	88	146	7,9	58	88	52	32,3	-	-
18	348	163	185	346	16,8	161	185	104	65,8	2	2
19	655	418	237	652	28,2	418	234	168	101,3	3	-
15 - 19	1 235	668	567	1 230	12,2	666	564	359	44,8	5	2
20	1 031	795	236	1 029	41,8	793	236	248	134,6	2	2
21	1 290	1 049	241	1 284	47,1	1 044	240	258	129,6	6	5
22	1 622	1 338	284	1 616	55,9	1 333	283	259	125,9	6	5
23	2 088	1 830	258	2 086	70,4	1 829	257	262	127,4	2	1
24	2 682	2 427	255	2 678	88,2	2 424	254	323	164,4	4	3
20 - 24	8 713	7 439	1 274	8 693	60,5	7 423	1 270	1 350	134,3	20	16
25	3 222	2 989	233	3 212	105,4	2 979	233	321	154,6	10	10
26	3 507	3 266	241	3 498	112,4	3 259	239	337	159,5	9	7
27	3 727	3 542	185	3 714	118,9	3 530	184	270	139,8	13	12
28	3 713	3 521	192	3 703	121,8	3 514	189	245	128,2	10	7
29	3 543	3 363	180	3 536	115,9	3 357	179	220	118,3	7	6
25 - 29	17 712	16 681	1 031	17 663	115,0	16 639	1 024	1 393	141,7	49	42
30	3 115	2 952	163	3 105	103,1	2 944	161	191	99,4	10	8
31	2 671	2 538	133	2 662	91,6	2 531	131	164	91,4	9	7
32	2 179	2 071	108	2 174	77,6	2 066	108	143	84,3	5	5
33	1 839	1 744	95	1 833	66,1	1 738	95	140	81,3	6	6
34	1 403	1 327	76	1 395	51,0	1 319	76	118	68,6	8	8
30 - 34	11 207	10 632	575	11 169	79,5	10 598	571	756	85,4	38	34
35	1 124	1 066	58	1 117	42,2	1 060	57	110	58,6	7	6
36	902	839	63	895	33,8	833	62	95	52,9	7	6
37	633	586	47	629	24,1	582	47	64	40,1	4	4
38	482	442	40	480	18,3	440	40	52	28,0	2	2
39	319	295	24	319	12,4	295	24	45	26,7	-	-
35 - 39	3 460	3 228	232	3 440	26,3	3 210	230	366	40,9	20	18
40	215	197	18	213	8,1	195	18	34	18,2	2	2
41	153	142	11	150	5,7	139	11	13	7,4	3	3
42	84	77	7	83	3,7	76	7	12	7,3	1	1
43	48	44	4	48	2,3	44	4	3	2,1	-	-
44	21	19	2	21	1,1	19	2	5	3,7	-	-
40 - 44	521	479	42	515	4,7	473	42	67	8,6	6	6
15 - 44	42 848	39 127	3 721	42 710	54,8	39 009	3 701	4 291	80,3	138	118
45	9	7	2	8	0,5	6	2	3	2,4	1	1
46	6	4	2	6	0,3	4	2	1	0,9	-	-
47	3	3	-	3	0,1	3	-	-	-	-	-
48	1	1	-	1	0,0	1	-	-	0,9	-	-
49	2	2	-	2	0,1	2	-	1	1,1	-	-
45 - 49	21	17	4	20	0,2	16	4	6	1,1	1	1
15 - 49	42 869	39 144	3 725	42 730	47,9	39 025	3 705	4 297	73,1	139	119

1) Berechnet als Differenz zwischen dem Geburtsjahr des Kindes und dem Geburtsjahr der Mutter. - 2) Des gleichen Alters; Einzeljahre nach Geburtsjahren, Summen nach Altersjahren.

II. 10. Lebendgeborene nach der Staatsangehörigkeit der Eltern bzw. der Mutter 1990

Staatsangehörigkeit des Vaters	ins-gesamt	Staatsangehörigkeit der Mutter									Staatenlos
		Deutschland	Ausland								
			zu-sammen	Frankreich	Italien	Türkei	Jugoslawien	Griechenland	Spanien	Portugal	
Ehelich Lebendgeborene											
Deutschland	34 923	34 060	860	77	67	17	54	14	22	14	3
Ausland	4 073	1 004	3 069	38	294	1 664	160	93	19	35	-
Frankreich	136	105	31	27	1	-	-	-	-	-	-
Italien	484	176	308	3	289	1	4	1	3	1	-
Türkei	1 769	104	1 664	-	2	1 656	3	1	-	-	1
Jugoslawien	202	56	145	-	-	1	144	-	-	-	1
Griechenland	121	25	96	-	-	-	1	90	-	-	-
Spanien	38	22	16	-	1	-	-	-	15	-	-
Portugal	41	8	33	-	-	-	-	-	-	33	-
Staatenlos	31	6	2	-	-	1	-	-	-	-	23
Zusammen	39 027	35 070	3 931	115	361	1 682	214	107	41	49	26
Nichtehelich Lebendgeborene											
Zusammen	3 705	3 364	337	34	41	40	33	5	7	3	4
Insgesamt	42 732	38 434	4 268	149	402	1 722	247	112	48	52	30

II. 11. Ehelich Lebendgeborene nach Alter der Mutter und Lebendgeburtenfolge 1990

Alter der Mutter in Jahren ¹⁾	Ehelich Lebendgeborene		Als ... Kind Geborene ²⁾								
	insgesamt	männlich	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9. und mehr
15	3	1	3	-	-	-	-	-	-	-	-
16	26	18	24	2	-	-	-	-	-	-	-
17	58	28	53	5	-	-	-	-	-	-	-
18	161	84	144	14	3	-	-	-	-	-	-
19	418	213	356	57	5	-	-	-	-	-	-
15 - 19	666	344	580	78	8	-	-	-	-	-	-
20	793	404	647	130	15	1	-	-	-	-	-
21	1 044	941	803	207	28	6	-	-	-	-	-
22	1 333	676	935	326	64	7	-	-	1	-	-
23	1 829	940	1 269	463	78	15	4	-	-	-	-
24	2 424	1 259	1 566	687	134	29	5	3	-	-	-
20 - 24	7 423	4 220	5 220	1 813	319	58	9	3	1	-	-
25	2 979	1 583	1 807	926	198	39	8	1	-	-	-
26	3 259	1 661	1 895	1 048	230	60	21	5	-	-	-
27	3 530	1 773	1 836	1 295	308	65	22	3	1	-	-
28	3 514	1 798	1 685	1 362	360	76	18	11	1	1	-
29	3 357	1 767	1 454	1 340	426	99	16	14	2	3	3
25 - 29	16 639	8 582	8 677	5 971	1 522	339	85	34	4	4	3
30	2 944	1 514	1 155	1 225	411	112	28	5	6	2	-
31	2 531	1 267	884	1 100	416	82	28	13	5	2	1
32	2 066	1 060	684	906	335	91	26	10	4	9	1
33	1 738	878	488	760	342	94	31	14	3	1	5
34	1 319	685	365	551	268	85	24	14	2	5	5
30 - 34	10 598	5 404	3 576	4 542	1 772	464	137	56	20	19	12
35	1 060	531	278	398	255	77	26	8	11	4	3
36	833	411	214	307	199	66	17	13	6	5	6
37	582	302	169	187	136	52	18	6	8	2	4
38	440	237	115	143	99	54	14	8	2	4	1
39	295	170	75	75	86	31	12	6	5	1	4
35 - 39	3 210	1 651	851	1 110	775	280	87	41	32	16	18
40	195	98	52	55	41	24	7	5	6	3	2
41	139	59	37	34	31	17	12	3	2	1	2
42	76	41	22	16	20	8	2	2	5	1	-
43	44	22	12	9	11	5	3	3	-	1	-
44	19	12	6	2	6	1	-	2	1	-	1
40 - 44	473	232	129	116	109	55	24	15	14	6	5
15 - 44	39 009	20 433	19 033	13 630	4 505	1 196	342	149	71	45	38
45	6	4	3	1	-	2	-	-	-	-	-
46	4	2	1	-	-	1	1	-	1	-	-
47	3	3	1	-	1	-	-	1	-	-	-
48	1	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-
49	2	1	1	-	-	-	1	-	-	-	-
45 - 49	16	10	6	1	1	3	2	1	2	-	-
15 - 49	39 025	20 443	19 039	13 631	4 506	1 199	344	150	73	45	38

1) Berechnet als Differenz zwischen dem Geburtsjahr der Mutter und dem Geburtsjahr des Kindes. - 2) Unter Berücksichtigung sämtlicher in der jetzigen Ehe lebendgeborenen sowie legitimierten Kinder.

II. 12. Ehelich Lebendgeborene nach Ehedauer der Eltern und Lebendgeburtenfolge 1990

Ehedauer der Eltern ¹⁾	Ins-gesamt	Als ... Kind Geborene ²⁾									
		1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9. und mehr	
unter 3 Monate	1 150	1 150	-	-	-	-	-	-	-	-	
3 - 6 "	2 904	2 904	-	-	-	-	-	-	-	-	
6 - 9 "	1 718	1 712	2	2	2	-	-	-	-	-	
9 - 12 "	1 374	1 172	132	43	12	5	5	4	-	1	
unter 1 Jahr zusammen	7 146	6 938	134	45	14	5	5	4	-	1	
12 - 15 Monate	1 799	1 135	433	142	49	19	6	6	6	3	
15 - 18 "	1 846	950	609	171	61	27	13	4	6	5	
18 - 21 "	2 098	954	762	233	83	29	15	10	5	7	
21 - 24 "	2 259	916	947	254	86	23	10	8	5	10	
1 - 2 Jahre zusammen	8 002	3 955	2 751	800	279	98	44	28	22	25	
2 - 3 Jahre	7 780	2 767	3 686	898	269	90	39	15	8	8	
3 - 4 "	5 372	1 732	2 671	728	166	46	11	11	4	3	
4 - 5 "	3 179	1 125	1 403	503	106	22	12	4	4	-	
5 - 6 "	2 133	742	924	377	69	10	7	3	1	-	
6 - 7 "	1 525	532	644	261	66	11	5	3	2	1	
7 - 8 "	1 020	349	404	199	52	10	5	1	-	-	
8 - 9 "	702	243	244	153	41	13	7	-	1	-	
9 - 10 "	536	197	171	130	28	9	1	-	-	-	
10 - 15 "	992	384	324	230	43	2	5	3	1	-	
15 - 20 "	171	65	60	36	7	3	-	-	-	-	
20 und mehr "	18	10	5	2	1	-	-	-	-	-	
2 und mehr Jahre zusammen	23 428	8 146	10 536	3 517	848	216	92	40	21	12	
Mehrlingskinder ³⁾	451	-	211	144	58	25	9	1	2	1	
Insgesamt	Anzahl	39 027	19 039	13 632	4 506	1 199	344	150	73	45	39
	%	100,0	48,8	34,9	11,5	3,1	0,9	0,4	0,2	0,1	0,1

1) Für die 1. Kinder Zeitunterschied zwischen Eheschließung und Geburt, für die 2. und weiteren Kinder Zeitabstand von der Geburt des vorangegangenen Kindes. - 2) Unter Berücksichtigung sämtlicher in der jetzigen Ehe lebendgeborenen sowie legitimierten Kinder. - 3) Zweite und weitere Mehrlingskinder aus einer Niederkunft.

II. 13. Lebendgeborene nach Religionszugehörigkeit der Eltern bzw. der Mutter 1990

Religions-zugehörigkeit des Vaters	Religionszugehörigkeit der Mutter									
	ins-gesamt	römisch-katholisch	evangelisch	sonstige Religionen	frei-religiös, gemeinschaftslos und ohne Angabe	ins-gesamt	römisch-katholisch	evangelisch	sonstige Religionen	frei-religiös, gemeinschaftslos und ohne Angabe
	Anzahl					% der ehelich bzw. nichtehelich Lebendgeborenen				
Ehelich Lebendgeborene										
Römisch-katholisch	20 478	15 454	4 723	84	217	52,5	39,6	12,1	0,2	0,6
Evangelisch	12 494	4 736	7 479	67	212	32,0	12,1	19,2	0,2	0,5
Sonstige Religionen	2 717	183	138	2 369	27	7,0	0,5	0,4	6,1	0,1
Freireligiös, gemeinschaftslos und ohne Angabe	3 338	964	976	39	1 359	8,6	2,5	2,5	0,1	3,5
Zusammen	39 027	21 337	13 316	2 559	1 815	100,0	54,7	34,1	6,6	4,7
Nichtehelich Lebendgeborene										
Zusammen	3 705	1 876	1 342	116	371	100,0	50,6	36,2	3,1	10,0
Insgesamt	42 732	23 213	14 658	2 675	2 186	100,0	54,3	34,3	6,3	5,1

II. 14. Gestorbene nach Alter und Geschlecht 1990

Alter	Insgesamt	Männlich	Weiblich
unter 1 Jahr ¹⁾	345	196	149
1 - 2 Jahre	31	17	14
2 - 3 "	8	5	3
3 - 4 "	9	4	5
4 - 5 "	9	5	4
unter 5 Jahre	402	227	175
5 - 6 Jahre	12	8	4
6 - 7 "	8	5	3
7 - 8 "	4	2	2
8 - 9 "	4	1	3
9 - 10 "	5	4	1
5 - 10 Jahre	33	20	13
10 - 11 Jahre	3	1	2
11 - 12 "	6	3	3
12 - 13 "	2	2	-
13 - 14 "	7	6	1
14 - 15 "	6	5	1
10 - 15 Jahre	24	17	7
15 - 16 Jahre	15	10	5
16 - 17 "	14	7	7
17 - 18 "	23	18	5
18 - 19 "	33	24	9
19 - 20 "	31	23	8
15 - 20 Jahre	116	82	34
20 - 21 Jahre	33	24	9
21 - 22 "	47	37	10
22 - 23 "	44	32	12
23 - 24 "	46	41	5
24 - 25 "	34	26	8
20 - 25 Jahre	204	160	44
25 - 26 Jahre	44	34	10
26 - 27 "	50	36	14
27 - 28 "	45	27	18
28 - 29 "	44	32	12
29 - 30 "	45	32	13
25 - 30 Jahre	228	161	67
30 - 31 Jahre	62	46	16
31 - 32 "	50	33	17
32 - 33 "	48	34	14
33 - 34 "	67	48	19
34 - 35 "	57	40	17
30 - 35 Jahre	284	201	83
35 - 36 Jahre	50	32	18
36 - 37 "	80	40	40
37 - 38 "	73	45	28
38 - 39 "	67	43	24
39 - 40 "	95	62	33
35 - 40 Jahre	365	222	143
40 - 41 Jahre	85	50	35
41 - 42 "	83	52	31
42 - 43 "	79	53	26
43 - 44 "	87	60	27
44 - 45 "	76	55	21
40 - 45 Jahre	410	270	140
45 - 46 Jahre	109	73	36
46 - 47 "	150	97	53
47 - 48 "	131	84	47
48 - 49 "	182	124	58
49 - 50 "	233	163	70
45 - 50 Jahre	805	541	264

Alter	Insgesamt	Männlich	Weiblich
50 - 51 Jahre	270	192	78
51 - 52 "	257	164	93
52 - 53 "	278	197	81
53 - 54 "	305	218	87
54 - 55 "	369	263	106
50 - 55 Jahre	1 479	1 034	445
55 - 56 Jahre	362	259	103
56 - 57 "	362	250	112
57 - 58 "	345	236	109
58 - 59 "	370	260	110
59 - 60 "	415	301	114
55 - 60 Jahre	1 854	1 306	548
60 - 61 Jahre	556	388	168
61 - 62 "	585	403	182
62 - 63 "	625	418	207
63 - 64 "	658	446	212
64 - 65 "	663	402	261
60 - 65 Jahre	3 087	2 057	1 030
65 - 66 Jahre	679	392	287
66 - 67 "	744	426	318
67 - 68 "	775	450	325
68 - 69 "	904	492	412
69 - 70 "	941	491	450
65 - 70 Jahre	4 043	2 251	1 792
70 - 71 Jahre	963	512	451
71 - 72 "	641	333	308
72 - 73 "	588	292	296
73 - 74 "	704	369	335
74 - 75 "	797	393	404
70 - 75 Jahre	3 693	1 899	1 794
75 - 76 Jahre	1 252	598	654
76 - 77 "	1 467	675	792
77 - 78 "	1 540	715	825
78 - 79 "	1 565	693	872
79 - 80 "	1 641	700	941
75 - 80 Jahre	7 465	3 381	4 084
80 - 81 Jahre	1 839	782	1 047
81 - 82 "	1 807	709	1 098
82 - 83 "	1 834	691	1 143
83 - 84 "	1 735	625	1 110
84 - 85 "	1 712	635	1 077
80 - 85 Jahre	8 927	3 442	5 485
85 - 86 Jahre	1 646	571	1 075
86 - 87 "	1 539	518	1 021
87 - 88 "	1 389	450	939
88 - 89 "	1 264	398	866
89 - 90 "	1 006	293	713
85 - 90 Jahre	6 844	2 230	4 614
90 - 91 Jahre	843	239	604
91 - 92 "	723	189	534
92 - 93 "	578	142	436
93 - 94 "	409	86	323
94 - 95 "	327	79	248
90 - 95 Jahre	2 880	735	2 145
95 u. mehr Jahre	668	148	520
Insgesamt	43 811	20 384	23 427

1) Ohne Totgeborene.

II. 15. Sterbeziffern nach Altersgruppen und Geschlecht 1950 – 1990

Alter	Männer ¹⁾					Frauen ¹⁾				
	1950	1960	1970	1980	1990	1950	1960	1970	1980	1990
	Gestorbene auf 1000 Lebende gleichen Alters und Geschlechts									
unter 1 Jahr ²⁾	59,5	42,4	28,7	13,7	9,1	45,7	31,1	21,6	10,2	7,3
1 – 5 Jahre	2,6	1,4	1,3	0,8	0,4	2,3	1,1	0,9	0,6	0,3
5 – 10 "	0,9	0,7	0,7	0,3	0,2	0,8	0,5	0,4	0,2	0,1
10 – 15 "	0,8	0,6	0,6	0,3	0,9	0,7	0,3	0,3	0,2	0,4
15 – 20 "	1,6	1,3	1,5	1,3	0,8	0,9	0,7	0,6	0,4	0,3
20 – 25 "	1,9	2,1	1,9	1,5	1,0	1,1	0,8	0,5	0,4	0,3
25 – 30 "	2,3	2,0	1,7	1,4	1,0	1,8	1,0	0,7	0,8	0,4
30 – 35 "	2,3	1,9	2,0	1,4	1,4	1,5	1,4	0,7	0,6	0,6
35 – 40 "	3,4	2,7	2,7	2,3	1,6	2,2	1,8	1,4	1,1	1,1
40 – 45 "	4,3	3,7	3,8	3,5	2,3	3,1	2,6	2,2	1,7	1,3
45 – 50 "	6,4	6,3	5,7	5,6	4,5	4,4	3,9	3,9	2,6	2,3
50 – 55 "	9,8	10,8	9,0	8,8	7,3	7,1	5,3	5,3	4,1	3,2
55 – 60 "	15,1	17,3	15,1	14,2	11,6	10,8	8,5	7,7	6,9	4,9
60 – 65 "	24,0	27,5	28,1	21,8	19,6	16,9	15,3	13,1	10,4	8,8
65 – 70 "	37,0	43,6	43,8	36,2	28,8	30,2	25,3	23,3	17,2	14,6
70 – 75 "	55,8	66,4	67,3	60,7	45,0	52,6	47,4	41,1	32,2	24,5
75 – 80 "	92,3	106,5	102,5	95,4	76,0	88,1	87,4	74,0	57,6	46,5
80 – 85 "	159,1	171,3	150,4	143,5	127,6	143,4	151,1	129,8	104,7	87,3
85 – 90 "	256,0	273,4	236,1	204,5	204,8	223,1	236,4	202,8	176,2	155,7
Insgesamt	11,5	12,9	12,8	12,5	11,3	9,9	10,5	11,3	11,5	12,2

1) Ohne Totgeborene, nachträglich beurkundete Kriegssterbefälle und gerichtliche Todeserklärungen. – 2) Auf 1000 Lebendgeborene unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten.

II. 16. Im ersten Lebensjahr Gestorbene nach Alter, Geschlecht und Legitimität 1990

Alter	Insgesamt				Legitimität					
	Anzahl	%	Insgesamt		ehelich		nichtehelich			
			männlich	weiblich	Anzahl	%	männlich	Anzahl	%	männlich
Am 1. Lebensstag gestorben	53	15,4	32	21	46	14,7	28	7	21,9	4
" 2. " "	38	11,0	23	15	37	11,8	23	1	3,1	–
" 3. " "	12	3,5	9	3	11	3,5	8	1	3,1	1
" 4. " "	14	4,1	8	6	12	3,8	7	2	6,3	1
" 5. " "	4	1,2	3	1	4	1,3	3	–	–	–
" 6. " "	3	0,9	1	2	3	1,0	1	–	–	–
" 7. " "	9	2,6	3	6	7	2,2	1	2	6,3	2
In den ersten 7 Lebenstagen gestorben	133	38,6	79	54	120	38,3	71	13	40,6	8
In der 2. Lebenswoche gestorben	16	4,6	8	8	16	5,1	8	–	–	–
" " 3. " "	13	3,8	5	8	11	3,5	3	2	6,3	2
" " 4. " "	4	1,2	2	2	4	1,3	2	–	–	–
In den ersten 28 Lebenstagen gestorben	166	48,1	94	72	151	48,2	84	2	6,3	2
unter 1 Monat	169	50,0	95	74	154	49,2	85	15	46,9	10
1 – 2 Monate	28	8,1	13	15	23	7,3	10	5	15,6	3
2 – 3 "	40	11,6	17	23	35	11,2	14	5	15,6	3
3 – 4 "	24	7,0	15	9	22	7,0	13	2	6,3	2
4 – 5 "	22	6,4	13	9	21	6,7	12	1	3,1	1
5 – 6 "	13	3,8	10	3	11	3,5	8	2	6,3	2
6 – 7 "	14	4,1	10	4	13	4,2	9	1	3,1	1
7 – 8 "	5	1,4	3	2	5	1,6	3	–	–	–
8 – 9 "	7	2,0	7	–	7	2,2	7	–	–	–
9 – 10 "	10	2,9	6	4	10	3,2	6	–	–	–
10 – 11 "	8	2,3	3	5	7	2,2	3	1	3,1	–
11 – 12 "	5	1,4	4	1	5	1,6	4	–	–	–
Im 1. Lebensjahr gestorben	345	100,0	196	149	313	100,0	174	32	100,0	22
davon geboren										
im Berichtsjahr	270	78,3	148	122	244	78,0	130	26	81,3	18
im Vorjahr	75	21,7	48	27	69	22,0	44	6	18,8	4

III. 1. Wanderungen nach

Lfd. Nr.	Verwaltungsbezirk	Wanderungen innerhalb des Kreises ¹⁾	Wanderungen					
			Zuzüge			Fortzüge		
			insgesamt	männlich	Ausländer	insgesamt	männlich	Ausländer
1	Kreisfreie Stadt Koblenz	-	6 209	3 342	1 211	5 251	2 782	649
2	Landkreise Ahrweiler	2 420	5 989	3 152	1 670	3 730	1 944	486
3	Altenkirchen (Ww.)	3 675	6 569	3 525	1 264	4 055	2 138	754
4	Bad Kreuznach	4 302	7 367	4 042	2 500	5 101	2 731	1 202
5	Bad Kreuznach, Stadt	-	3 256	1 632	752	2 344	1 192	437
6	Birkenfeld	2 386	4 347	2 320	1 335	3 183	1 708	713
7	Idar-Oberstein, Stadt	-	2 154	1 126	453	1 694	903	278
8	Cochem-Zell	1 428	3 399	1 796	625	2 262	1 205	339
9	Mayen-Koblenz	3 840	9 211	4 864	1 564	6 019	3 183	815
10	Andernach, Stadt	-	1 709	919	305	1 131	623	134
11	Mayen, Stadt	-	1 487	779	186	958	499	83
12	Neuwied	3 260	8 498	4 538	1 574	5 080	2 655	651
13	Neuwied, Stadt	-	3 095	1 559	452	2 224	1 125	247
14	Rhein-Hunsrück-Kreis	2 421	5 591	2 996	1 221	3 414	1 838	641
15	Rhein-Lahn-Kreis	2 964	7 275	3 815	1 085	4 878	2 516	538
16	Lahnstein, Stadt	-	1 227	608	141	1 077	518	70
17	Westerwaldkreis	5 491	9 119	5 062	2 144	4 965	2 620	781
18	RB Koblenz	32 187	73 574	39 452	16 193	47 938	25 320	7 569
19	Kreisfreie Stadt Trier	-	6 606	3 313	1 653	5 437	2 695	930
20	Landkreise Bernkastel-Wittlich	2 487	4 688	2 557	1 213	3 393	1 820	644
21	Bitburg-Prüm	2 837	4 554	2 465	880	3 031	1 593	400
22	Daun	1 319	3 538	1 992	708	2 505	1 365	297
23	Trier-Saarburg	2 497	6 565	3 589	1 956	5 497	2 907	1 382
24	RB Trier	9 140	25 951	13 916	6 410	19 863	10 380	3 653
25	Kreisfreie Städte Frankenthal (Pfalz)	-	4 322	2 320	2 120	3 231	1 731	1 562
26	Kaiserslautern	-	7 084	3 764	2 359	5 187	2 599	1 715
27	Landau i. d. Pfalz	-	3 044	1 668	1 040	2 448	1 353	842
28	Ludwigshafen am Rhein	-	10 403	6 228	4 485	7 760	4 461	2 975
29	Mainz	-	12 309	6 551	4 372	10 064	5 125	2 431
30	Neustadt a. d. Weinstr.	-	3 048	1 637	662	2 209	1 179	399
31	Pirmasens	-	2 561	1 283	957	1 832	937	424
32	Speyer	-	3 157	1 621	934	2 310	1 189	646
33	Worms	-	4 920	2 608	2 049	3 659	1 877	1 376
34	Zweibrücken	-	2 031	1 041	537	1 428	742	311
35	Landkreise Alzey-Worms	1 916	5 905	3 001	1 001	3 382	1 693	439
36	Bad Dürkheim	1 967	7 511	4 130	2 284	5 692	3 201	1 916
37	Donnersbergkreis	1 720	4 025	2 084	998	2 686	1 375	677
38	Germersheim	1 946	6 967	3 943	2 969	4 960	2 808	2 209
39	Kaiserslautern	2 205	6 671	3 422	1 648	4 485	2 311	990
40	Kusel	1 788	3 551	1 858	550	2 255	1 143	320
41	Südliche Weinstraße	2 108	6 991	4 073	2 189	5 373	3 148	1 931
42	Ludwigshafen	1 464	7 670	4 239	2 531	6 161	3 452	1 849
43	Mainz-Bingen	3 226	10 370	5 633	2 700	7 324	4 068	2 164
44	Bingen am Rhein, Stadt	-	1 693	934	330	1 175	642	214
45	Ingelheim am Rhein, Stadt	-	1 738	1 022	740	1 693	1 032	876
46	Pirmasens	1 717	4 482	2 315	926	3 372	1 683	531
47	RB Rheinhessen-Pfalz	20 057	117 022	63 419	37 311	85 818	46 075	25 707
48	Rheinland-Pfalz	61 384	216 547	116 787	59 914	153 619	81 775	36 929
49	Kreisfreie Städte	-	65 694	35 376	22 379	50 816	26 670	14 260
50	Landkreise	61 384	150 853	81 411	37 535	102 803	55 105	22 669

1) Ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden. 2) Bei großen kreisangehörigen Städten über die Gemeindegrenzen.

Verwaltungsbezirken 1990

über die Kreisgrenzen²⁾

Wanderungssaldo				darunter Wanderungen über die Landesgrenze									Lfd. Nr.
				Zuzüge			Fortzüge			Wanderungssaldo			
ins-gesamt	männ-lich	Aus-länder	auf 1000 Ein-wohner	ins-gesamt	männ-lich	Aus-länder	ins-gesamt	männ-lich	Aus-länder	ins-gesamt	männ-lich	Aus-länder	
958	560	562	8,8	3 406	1 955	1 034	2 163	1 214	459	1 243	741	575	1
2 259	1 208	1 184	19,5	4 968	2 651	1 601	2 652	1 394	391	2 316	1 257	1 210	2
2 514	1 387	510	20,1	5 544	2 994	1 195	2 893	1 554	656	2 651	1 440	539	3
2 266	1 311	1 298	15,2	5 296	3 020	2 308	2 734	1 557	906	2 562	1 463	1 402	4
912	440	315	22,5	1 793	929	595	810	424	279	983	505	316	5
1 164	612	622	13,4	3 367	1 855	1 268	1 922	1 043	496	1 445	812	772	6
460	223	175	13,7	1 193	662	351	745	425	209	448	237	142	7
1 137	591	286	18,5	2 351	1 257	559	1 156	647	303	1 195	610	256	8
3 192	1 681	749	16,6	5 444	2 963	1 354	2 428	1 355	572	3 016	1 608	782	9
578	296	171	20,8	795	441	217	356	206	89	439	235	128	10
529	280	103	28,0	897	474	123	294	170	60	603	304	63	11
3 418	1 883	923	21,1	5 959	3 231	1 352	3 185	1 727	539	2 774	1 504	813	12
871	434	205	14,1	1 462	762	328	880	459	164	582	303	164	13
2 177	1 158	580	23,6	3 917	2 168	1 108	1 786	1 051	523	2 131	1 117	585	14
2 397	1 299	547	19,9	5 962	3 172	1 013	2 795	1 445	440	3 167	1 727	573	15
150	90	71	8,1	585	290	109	292	150	46	293	140	63	16
4 154	2 442	1 363	23,5	6 834	3 877	1 886	3 019	1 661	618	3 815	2 216	1 268	17
25 636	14 132	8 624	18,4	53 048	29 143	14 678	26 733	14 648	5 903	26 315	14 495	8 775	18
1 169	618	723	12,0	4 273	2 197	1 548	2 741	1 371	812	1 532	826	736	19
1 295	737	569	12,1	3 085	1 720	1 075	1 834	1 015	518	1 251	705	557	20
1 523	872	480	16,7	3 370	1 891	824	1 578	881	329	1 792	1 010	495	21
1 033	627	411	17,7	2 770	1 599	651	1 302	743	258	1 468	856	393	22
1 068	682	574	8,4	4 401	2 502	1 852	2 771	1 557	1 211	1 630	945	641	23
6 088	3 536	2 757	12,6	17 899	9 909	5 950	10 226	5 567	3 128	7 673	4 342	2 822	24
1 091	589	558	23,4	3 145	1 724	1 989	2 005	1 095	1 436	1 140	629	553	25
1 897	1 165	644	19,3	4 495	2 426	2 151	2 844	1 464	1 482	1 651	962	669	26
596	315	198	16,1	1 765	1 042	961	1 383	813	779	382	229	182	27
2 643	1 767	1 510	16,4	7 743	4 850	4 211	4 911	3 054	2 622	2 832	1 796	1 589	28
2 245	1 426	1 941	12,6	9 464	5 120	4 137	6 535	3 375	2 177	2 929	1 745	1 960	29
839	458	263	16,3	1 607	890	418	978	574	323	629	316	95	30
729	346	533	15,4	1 582	807	871	907	485	363	675	322	508	31
847	432	288	18,4	1 923	1 013	817	1 249	660	566	674	353	251	32
1 261	731	673	16,6	3 300	1 781	1 763	2 443	1 254	1 286	857	527	477	33
603	299	226	17,9	1 524	793	493	867	439	277	657	354	216	34
2 523	1 308	562	24,3	3 348	1 746	860	1 295	675	294	2 053	1 071	566	35
1 819	929	368	14,7	4 796	2 799	2 103	3 293	2 009	1 772	1 503	790	331	36
1 339	709	321	19,4	2 432	1 299	870	1 221	662	559	1 211	637	311	37
2 007	1 135	760	18,5	5 550	3 171	2 868	3 657	2 134	2 114	1 893	1 037	754	38
2 186	1 111	658	22,1	3 770	2 000	1 372	1 976	1 029	818	1 794	971	554	39
1 296	715	230	17,0	2 128	1 138	458	1 081	585	243	1 047	553	215	40
1 618	925	258	16,1	4 696	2 935	2 038	3 048	1 942	1 836	1 648	993	202	41
1 509	787	682	11,2	4 511	2 663	2 273	3 069	1 900	1 643	1 442	763	630	42
3 046	1 565	536	17,9	6 613	3 700	2 342	3 822	2 167	1 477	2 791	1 533	865	43
518	292	116	21,9	824	483	253	485	288	178	339	195	75	44
45	- 10	- 136	2,1	1 075	670	595	611	363	339	464	307	256	45
1 110	632	395	11,1	2 531	1 338	835	1 399	744	375	1 132	594	460	46
31 204	17 344	11 604	16,8	76 923	43 235	33 830	47 983	27 060	22 442	28 940	16 175	11 388	47
62 928	35 012	22 985	16,9	147 870	82 287	54 458	84 942	47 275	31 473	62 928	35 012	22 985	48
14 878	8 706	8 119	15,2	44 227	24 598	20 393	29 026	15 798	12 582	15 201	8 800	7 811	49
48 050	26 306	14 866	17,5	103 643	57 689	34 065	55 916	31 477	18 891	47 727	26 212	15 174	50

III. 2. Gesamtwanderungen nach Staatsangehörigkeit

Lfd. Nr.	Verwaltungsbezirk	Wanderungen insgesamt			Davon			
					Deutsche		Nichtdeutsche	
		Zuzüge	Fortzüge	Wanderungs-saldo	Zuzüge	Fortzüge	Zuzüge	Fortzüge
1	Kreisfreie Stadt Koblenz	6 209	5 251	958	4 998	4 602	1 211	649
2	Landkreise							
	Ahrweiler	8 409	6 150	2 259	6 346	5 271	2 063	879
3	Altenkirchen (Ww.)	10 244	7 730	2 514	8 590	6 586	1 654	1 144
4	Bad Kreuznach	11 669	9 403	2 266	8 714	7 746	2 955	1 657
5	Bad Kreuznach, Stadt	3 256	2 344	912	2 504	1 907	752	437
6	Birkenfeld	6 733	5 569	1 164	5 103	4 561	1 630	1 008
7	Idar-Oberstein, Stadt	2 154	1 694	460	1 701	1 416	453	278
8	Cochem-Zell	4 827	3 690	1 137	4 051	3 200	776	490
9	Mayen-Koblenz	13 051	9 859	3 192	11 140	8 697	1 911	1 162
10	Andernach, Stadt	1 709	1 131	578	1 404	997	305	134
11	Mayen, Stadt	1 487	958	529	1 301	875	186	83
12	Neuwied	11 758	8 340	3 418	9 911	7 416	1 847	924
13	Neuwied, Stadt	3 095	2 224	871	2 643	1 977	452	247
14	Rhein-Hunsrück-Kreis	8 012	5 835	2 177	6 582	4 985	1 430	850
15	Rhein-Lahn-Kreis	10 239	7 842	2 397	8 935	7 085	1 304	757
16	Lahnstein, Stadt	1 227	1 077	150	1 086	1 007	141	70
17	Westerwaldkreis	14 610	10 456	4 154	11 681	8 890	2 929	1 566
18	RB Koblenz	105 761	80 125	25 636	86 051	69 039	19 710	11 086
19	Kreisfreie Stadt Trier	6 606	5 437	1 169	4 953	4 507	1 653	930
20	Landkreise							
	Bernkastel-Wittlich	7 175	5 880	1 295	5 749	5 023	1 426	857
21	Bitburg-Prüm	7 391	5 868	1 523	6 332	5 289	1 059	579
22	Daun	4 857	3 824	1 033	3 979	3 357	878	467
23	Trier-Saarburg	9 062	7 994	1 068	6 797	6 303	2 265	1 691
24	RB Trier	35 091	29 003	6 088	27 810	24 479	7 281	4 524
25	Kreisfreie Städte							
	Frankenthal (Pfalz)	4 322	3 231	1 091	2 202	1 669	2 120	1 562
26	Kaiserslautern	7 084	5 187	1 897	4 725	3 472	2 359	1 715
27	Landau i. d. Pfalz	3 044	2 448	596	2 004	1 606	1 040	842
28	Ludwigshafen am Rhein	10 403	7 760	2 643	5 918	4 785	4 485	2 975
29	Mainz	12 309	10 064	2 245	7 937	7 633	4 372	2 431
30	Neustadt a. d. Weinstr.	3 048	2 209	839	2 386	1 810	662	399
31	Pirmasens	2 561	1 832	729	1 604	1 408	957	424
32	Speyer	3 157	2 310	847	2 223	1 664	934	646
33	Worms	4 920	3 659	1 261	2 871	2 283	2 049	1 376
34	Zweibrücken	2 031	1 428	603	1 494	1 117	537	311
35	Landkreise							
	Alzey-Worms	7 821	5 298	2 523	6 624	4 663	1 197	635
36	Bad Dürkheim	9 478	7 659	1 819	7 017	5 566	2 461	2 093
37	Donnersbergkreis	5 745	4 406	1 339	4 594	3 576	1 151	830
38	Germersheim	8 913	6 906	2 007	5 759	4 512	3 154	2 394
39	Kaiserslautern	8 876	6 690	2 186	6 990	5 462	1 886	1 228
40	Kusel	5 339	4 043	1 296	4 696	3 630	643	413
41	Südliche Weinstraße	9 099	7 481	1 618	6 712	5 352	2 387	2 129
42	Ludwigshafen	9 134	7 625	1 509	6 437	5 610	2 697	2 015
43	Mainz-Bingen	13 596	10 550	3 046	10 677	8 167	2 919	2 383
44	Bingen am Rhein, Stadt	1 693	1 175	518	1 363	961	330	214
45	Ingelheim am Rhein, Stadt	1 738	1 693	45	998	817	740	876
46	Pirmasens	6 199	5 089	1 110	5 096	4 381	1 103	708
47	RB Rheinhessen-Pfalz	137 079	105 875	31 204	97 966	78 366	39 113	27 509
48	Rheinland-Pfalz	277 931	215 003	62 928	211 827	171 884	66 104	43 119
49	Kreisfreie Städte	65 694	50 816	14 878	43 315	36 556	22 379	14 260
50	Landkreise	212 237	164 187	48 050	168 512	135 328	43 725	28 859

und Altersgruppen in den Verwaltungsbezirken 1990

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren

unter 18		18 – 25		25 – 30		30 – 50		50 – 65		65 und älter		Lfd. Nr.
Zuzüge	Fortzüge	Zuzüge	Fortzüge	Zuzüge	Fortzüge	Zuzüge	Fortzüge	Zuzüge	Fortzüge	Zuzüge	Fortzüge	
1 031	743	1 469	1 107	1 282	1 211	1 809	1 550	370	346	248	294	1
1 733	1 097	1 626	1 346	1 556	1 229	2 255	1 645	684	412	555	421	2
2 365	1 523	2 207	1 831	1 883	1 538	2 531	1 949	710	459	548	430	3
2 417	1 830	2 468	2 100	2 023	1 770	3 395	2 642	800	569	566	492	4
672	427	734	485	535	451	875	684	237	162	203	135	5
1 633	1 219	1 335	1 202	1 135	998	1 914	1 547	456	383	260	220	6
435	356	458	350	370	285	603	509	163	125	125	69	7
1 117	719	918	812	822	748	1 302	966	392	225	276	220	8
2 786	1 877	2 680	2 218	2 545	2 082	3 517	2 636	857	591	666	455	9
384	187	328	246	327	246	465	313	138	70	67	69	10
357	202	274	214	277	186	383	248	122	68	74	40	11
2 530	1 484	2 332	1 893	2 041	1 644	3 212	2 195	976	589	667	535	12
653	349	659	533	524	493	802	583	246	133	211	133	13
1 896	1 184	1 667	1 427	1 297	1 113	2 226	1 528	554	313	372	270	14
2 405	1 587	2 010	1 761	1 655	1 442	2 843	2 134	733	471	593	447	15
249	201	277	232	169	204	352	281	114	70	66	89	16
3 242	2 036	2 926	2 391	2 721	2 129	3 987	2 803	967	586	767	511	17
23 155	15 299	21 638	18 088	18 960	15 904	28 991	21 595	7 499	4 944	5 518	4 295	18
1 021	814	1 928	1 361	1 356	1 163	1 575	1 482	448	326	278	291	19
1 515	1 089	1 598	1 453	1 352	1 223	1 997	1 602	434	270	279	243	20
1 775	1 248	1 630	1 436	1 357	1 162	1 885	1 453	418	285	326	284	21
1 074	797	978	854	851	793	1 331	965	403	218	220	197	22
1 801	1 468	1 871	1 722	1 705	1 639	2 716	2 289	628	545	341	331	23
7 186	5 416	8 005	6 826	6 621	5 980	9 504	7 791	2 331	1 644	1 444	1 346	24
722	498	827	610	697	593	1 354	1 027	508	364	214	139	25
1 294	821	1 580	959	1 261	1 079	2 012	1 573	606	426	331	329	26
417	282	720	585	536	452	1 041	855	189	171	141	103	27
1 584	1 064	2 459	1 558	1 908	1 599	3 520	2 665	643	526	289	348	28
1 515	1 367	3 358	2 084	2 727	2 282	3 637	3 320	719	620	353	391	29
576	341	560	467	534	420	965	719	234	126	179	136	30
575	308	545	434	415	340	678	524	218	135	130	91	31
566	437	637	462	574	405	993	727	233	180	154	99	32
864	590	1 035	729	802	695	1 460	1 124	476	341	283	180	33
415	244	410	335	364	289	605	379	161	107	76	74	34
1 902	1 116	1 458	1 260	1 381	987	2 272	1 455	452	259	356	221	35
1 689	1 178	1 690	1 603	1 695	1 415	3 240	2 635	634	504	530	324	36
1 405	963	1 138	1 028	1 013	837	1 538	1 139	387	273	264	166	37
1 635	1 057	1 786	1 508	1 635	1 335	2 963	2 324	628	450	266	232	38
2 015	1 388	1 828	1 506	1 569	1 267	2 498	1 853	619	438	347	238	39
1 376	846	1 084	992	930	795	1 425	1 016	301	213	223	181	40
1 593	1 128	1 706	1 522	1 578	1 377	3 093	2 674	606	438	523	342	41
1 752	1 237	1 604	1 558	1 734	1 454	3 273	2 678	537	405	234	293	42
2 525	1 742	2 652	2 356	2 642	2 073	4 585	3 356	770	635	422	388	43
273	163	385	251	342	238	505	383	115	88	73	52	44
276	262	310	380	332	329	667	571	107	95	46	56	45
1 495	1 048	1 349	1 303	1 169	1 039	1 635	1 278	337	224	214	197	46
25 915	17 655	28 426	22 859	25 164	20 733	42 787	33 321	9 258	6 835	5 529	4 472	47
56 256	38 370	58 069	47 773	50 745	42 617	81 282	62 707	19 088	13 423	12 491	10 113	48
10 580	7 509	15 528	10 691	12 456	10 528	19 649	15 945	4 805	3 668	2 676	2 475	49
45 676	30 861	42 541	37 082	38 289	32 089	61 633	46 762	14 283	9 755	9 815	7 638	50

III. 3. Wanderungen 1950 bis 1990

Jahr Monat	Wanderungen innerhalb des Landes ¹⁾	Wanderungen über die Landesgrenze			Wanderungen innerhalb des Landes ¹⁾	Wanderungen über die Landesgrenze		
		Zuzüge	Fortzüge	Wanderungs- saldo		Zuzüge	Fortzüge	Wanderungs- saldo
	Anzahl				auf 1000 Einwohner und 1 Jahr			
1950	104 637	160 144	45 219	114 925	35,2	53,9	15,2	38,7
1955	120 699	101 330	87 888	13 442	36,7	30,8	26,8	4,1
1960	114 880	109 356	101 410	7 946	33,9	32,2	29,9	2,3
1961	115 551	114 041	100 879	13 162	33,8	33,4	29,5	3,9
1962	110 891	109 205	100 109	9 096	32,1	31,6	29,0	2,6
1963	117 196	111 492	103 148	8 344	33,5	31,9	29,5	2,4
1964	122 621	116 235	109 092	7 143	34,7	32,9	30,9	2,0
1965	120 209	121 000	108 883	12 117	33,7	33,9	30,5	3,4
1966	128 407	123 165	116 185	6 980	35,6	34,2	32,3	1,9
1967	127 225	103 730	111 019	-7 289	35,1	28,7	30,7	-2,0
1968	134 060	109 108	104 828	4 280	36,9	30,0	28,8	1,2
1969	128 117	123 325	106 138	17 187	35,0	33,7	29,0	4,7
1970	122 942	129 860	109 011	20 849	33,7	35,6	29,9	5,7
1971	124 208	126 962	109 423	17 539	33,8	34,6	29,8	4,8
1972	125 886	124 518	109 786	14 732	34,2	33,8	29,8	4,0
1973	131 454	125 566	107 965	17 601	35,6	34,0	29,2	4,8
1974	131 233	102 239	107 358	-5 119	35,5	27,7	29,0	-1,4
1975	122 914	86 262	97 985	-11 723	33,4	23,5	26,6	-3,2
1976	124 323	88 709	95 323	-6 614	34,0	24,3	26,1	-1,8
1977	126 424	89 759	92 122	-2 363	34,7	24,6	25,3	-0,6
1978	125 334	89 893	88 604	1 289	34,5	24,7	24,4	0,4
1979	126 180	95 362	85 315	10 047	34,7	26,3	23,5	2,8
1980	134 106	102 613	87 003	15 610	36,9	28,2	23,9	4,3
1981	134 280	94 285	88 685	5 600	36,9	25,9	24,3	1,5
1982	134 314	89 874	88 162	1 712	36,9	24,7	24,2	0,5
1983	138 639	84 795	78 776	6 019	38,2	23,3	21,7	1,7
1984	122 300	77 089	79 206	-2 117	33,7	21,3	21,8	-0,6
1985	125 487	75 804	77 052	-1 248	34,7	20,9	21,3	-0,3
1986	124 544	76 995	74 574	2 421	34,5	21,3	20,6	0,7
1987	114 194	77 732	75 914	1 818	33,4	21,5	21,0	0,5
1988	112 003	93 725	73 095	20 630	30,8	25,7	20,1	5,7
1989	125 371	132 935	81 543	51 392	34,2	36,2	22,2	14,0
1990	130 061	147 870	84 942	62 928	34,8	39,6	22,7	16,9
Januar	11 166	13 057	6 993	6 064	35,5	41,5	22,2	19,3
Februar	9 042	11 373	5 428	5 945	31,8	40,0	19,1	20,9
März	10 248	11 796	6 154	5 642	32,5	37,4	19,5	17,9
1. Vierteljahr 1990	30 456	36 226	18 575	17 651	33,3	39,6	20,3	19,3
April	10 549	11 182	6 127	5 055	34,5	36,6	20,0	16,5
Mai	9 229	10 490	6 164	4 326	29,2	33,2	19,5	13,7
Juni	10 468	11 823	6 633	5 190	34,2	38,6	21,6	16,9
2. Vierteljahr 1990	30 246	33 495	18 924	14 571	32,6	36,1	20,4	15,7
Juli	11 813	14 752	7 727	7 025	37,2	46,5	24,4	22,1
August	12 376	15 536	8 613	6 923	38,9	48,9	27,1	21,8
September	10 275	14 663	7 774	6 889	33,3	47,6	25,2	22,4
3. Vierteljahr 1990	34 464	44 951	24 114	20 837	36,5	47,7	25,6	22,1
Oktober	12 278	13 262	9 907	3 355	38,5	41,6	31,1	10,5
November	11 639	10 628	7 481	3 147	37,7	34,4	24,2	10,2
Dezember	10 978	9 308	5 941	3 367	34,4	29,1	18,6	10,5
4. Vierteljahr 1990	34 895	33 198	23 329	9 869	36,8	35,0	24,6	10,4

1) Ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden.

III. 4. Wanderungen über die Landesgrenze nach Altersgruppen und Geschlecht 1990

Alter am 31.12.	Zuzüge		Fortzüge		Wanderungssaldo		Dagegen 1989		
	insgesamt	männlich	insgesamt	männlich	insgesamt	männlich	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungs- saldo
unter 5 Jahre	10 171	5 180	4 277	2 173	5 894	3 007	9 690	4 015	5 675
5 - 10 "	8 953	4 566	3 463	1 779	5 490	2 787	8 773	3 350	5 423
10 - 15 "	6 835	3 509	2 523	1 272	4 312	2 237	6 399	2 309	4 090
15 - 20 "	8 689	4 314	4 147	1 924	4 542	2 390	7 991	4 038	3 953
20 - 25 "	23 731	12 563	15 787	7 878	7 944	4 685	20 361	15 824	4 537
25 - 30 "	24 738	14 306	16 610	9 335	8 128	4 971	21 980	16 089	5 891
30 - 35 "	19 592	12 259	11 928	7 636	7 664	4 623	17 316	10 990	6 326
35 - 40 "	13 522	8 760	7 985	5 236	5 537	3 524	12 299	7 295	5 004
40 - 45 "	8 524	5 434	5 242	3 457	3 282	1 977	7 059	4 617	2 442
45 - 50 "	5 437	3 320	3 345	2 110	2 092	1 210	5 550	3 304	2 246
50 - 55 "	5 088	2 770	2 782	1 580	2 306	1 190	4 338	2 748	1 590
55 - 60 "	3 391	1 697	1 812	956	1 579	741	3 180	1 849	1 331
60 - 65 "	3 313	1 575	1 533	742	1 780	833	3 024	1 637	1 387
65 - 70 "	2 143	886	1 176	488	967	398	1 915	1 161	754
70 und mehr "	3 743	1 148	2 332	709	1 411	439	3 060	2 317	743
insgesamt	147 870	82 287	84 942	47 275	62 928	35 012	132 935	81 543	51 392

III. 5. Wanderungen über die Landesgrenze nach Herkunfts- und Zielgebieten 1990

Herkunfts- bzw. Zielgebiet	Zuzüge			Fortzüge			Wanderungssaldo		
	insgesamt	männlich	Ausländer	insgesamt	männlich	Ausländer	insgesamt	männlich	Ausländer
Bundesgebiet	72 172	37 252	8 791	52 359	27 412	5 041	19 813	9 840	3 750
Schleswig-Holstein	4 986	2 516	772	1 190	699	49	3 796	1 817	723
Hamburg	577	307	84	742	410	109	- 165	- 103	- 25
Niedersachsen	12 169	6 080	1 885	2 843	1 507	216	9 326	4 573	1 669
Bremen	273	138	31	292	156	49	- 19	- 18	- 18
Nordrhein-Westfalen	16 905	8 725	1 546	13 810	7 046	1 115	3 095	1 679	431
Hessen	13 467	6 982	1 773	10 797	5 596	1 314	2 670	1 386	459
Baden-Württemberg	13 358	7 010	1 605	12 195	6 446	1 254	1 163	564	351
Bayern	5 294	2 780	641	5 623	2 973	543	- 329	- 193	98
Saarland	3 896	2 022	292	3 421	1 774	261	475	248	31
Berlin (West)	1 247	692	162	1 446	805	131	- 199	- 113	31
DDR einschl. Berlin (Ost) ¹⁾	18 567	10 566	260	1 867	1 256	20	16 700	9 310	240
Ausland	54 661	32 695	44 656	30 716	18 607	26 412	23 945	14 088	18 244
Europäisches Ausland	43 091	26 145	35 505	25 827	16 204	23 594	17 264	9 941	11 911
EG - Staaten	6 392	3 588	5 046	4 936	2 665	3 368	1 456	923	1 678
Belgien	263	141	133	268	149	90	- 5	- 8	43
Dänemark	89	43	64	51	30	35	38	13	29
Frankreich	1 170	595	852	1 047	516	581	123	79	271
Griechenland	744	431	705	385	206	343	359	225	362
Großbritannien und Nordirland	679	341	522	405	176	291	274	165	231
Italien	1 804	1 129	1 667	1 397	855	1 271	407	274	396
Irland	130	73	117	65	28	51	65	45	66
Luxemburg	356	197	192	255	140	102	101	57	90
Niederlande	470	250	328	371	193	189	99	57	139
Portugal	350	217	314	193	114	151	157	103	163
Spanien	337	171	152	499	258	264	- 162	- 87	- 112
Jugoslawien	2 744	1 925	2 697	1 502	1 006	1 479	1 242	919	1 218
Österreich	520	362	422	404	284	278	116	78	144
Polen	15 919	10 578	14 937	13 809	9 281	13 651	2 110	1 297	1 286
Rumänien	4 914	2 550	3 136	871	462	860	4 043	2 088	2 276
Schweiz	257	129	117	335	162	106	- 78	- 33	11
Sowjetunion	5 253	2 521	2 210	1 117	549	1 095	4 136	1 972	1 115
Tschechoslowakei	987	629	970	569	342	559	418	287	411
Türkei	3 374	1 839	3 316	1 270	736	1 243	2 104	1 103	2 073
Ungarn	1 252	1 038	1 222	575	445	553	677	593	669
Übriges europäisches Ausland	1 479	986	1 432	439	272	402	1 040	714	1 030
Außereuropäisches Ausland	11 570	6 550	9 151	4 889	2 403	2 818	6 681	4 147	6 333
USA	2 625	1 199	1 350	2 074	836	806	551	363	544
Übriges Amerika	959	436	559	806	399	509	153	37	50
Afrika	2 666	1 880	2 330	648	411	442	2 018	1 469	1 888
Asien	5 124	2 937	4 822	1 219	683	992	3 905	2 254	3 830
Australien	196	98	90	142	74	69	54	24	21
Unbekannt und ohne Angabe	2 470	1 774	751	-	-	-	2 470	1 774	751
Insgesamt	147 870	82 287	54 458	84 942	47 275	31 473	62 928	35 012	22 985

1) Ab dem 3. 10. 1990 Gebiet der fünf neuen Bundesländer einschl. Berlin (Ost).

III. 6. Wanderungen über die Grenzen des Bundesgebietes nach der Staatsangehörigkeit 1990

Staatsangehörigkeit	Zuzüge		Fortzüge		Wanderungssaldo		Dagegen 1989		
	ins-gesamt	männlich	ins-gesamt	männlich	ins-gesamt	männlich	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungssaldo
Deutschland	28 312	15 105	6 151	3 170	22 161	11 935	29 873	4 631	25 242
Belgien	125	55	66	35	59	20	97	63	34
Bulgarien	760	453	162	90	598	363	170	83	87
Dänemark	69	32	37	23	32	9	48	31	17
Finnland	87	49	61	26	26	23	57	41	16
Frankreich	844	431	573	293	271	138	946	521	425
Griechenland	706	414	346	194	360	220	802	406	396
Großbritannien	544	271	304	122	240	149	523	341	182
Irland	119	70	48	24	71	46	104	65	39
Italien	1 690	1 090	1 277	811	413	279	1 711	1 463	248
Jugoslawien	2 696	1 909	1 506	1 003	1 190	906	1 894	1 234	660
Luxemburg	146	75	71	41	75	34	113	64	49
Niederlande	349	184	188	101	161	83	269	152	117
Norwegen	74	63	34	22	40	41	31	19	12
Österreich	430	320	278	227	152	93	348	167	181
Polen	14 972	10 121	13 940	9 348	1 032	773	16 625	12 717	3 908
Portugal	325	198	158	97	167	101	301	134	167
Rumänien	3 142	1 716	876	466	2 266	1 250	641	158	483
Schweden	264	233	109	82	155	151	59	59	-
Schweiz	85	41	79	40	6	1	98	72	26
Sowjetunion	2 181	1 071	1 070	513	1 111	558	1 708	940	768
Spanien	145	61	230	110	- 85	- 49	141	157	- 16
Tschechoslowakei	817	517	587	358	230	159	687	563	124
Türkei	3 337	1 826	1 262	736	2 075	1 090	3 440	1 267	2 173
Ungarn	1 241	1 040	573	444	668	596	786	527	259
Übriges Europa	263	167	39	29	224	138	41	22	19
Europäisches Ausland	35 411	22 407	23 874	15 235	11 537	7 172	31 640	21 266	10 374
Ägypten	131	104	23	20	108	84	93	42	51
Algerien	479	354	61	42	418	312	104	65	39
Marokko	222	132	67	35	155	97	173	43	130
Südafrika	32	15	24	17	8	- 2	30	20	10
Tunesien	99	65	68	45	31	20	137	95	42
Übriges Afrika	1 412	1 070	221	158	1 191	912	754	190	564
Afrika	2 375	1 740	464	317	1 911	1 423	1 291	455	836
Argentinien	48	26	27	14	21	12	35	21	14
Brasilien	158	44	47	17	111	27	151	66	85
Chile	14	2	11	3	3	- 1	29	20	9
Kanada	102	45	50	20	52	25	99	85	14
Peru	41	15	11	7	30	8	44	11	33
Venezuela	13	8	1	1	12	7	18	6	12
USA	1 292	772	626	355	666	417	1 236	834	402
Übriges Amerika	177	74	102	39	75	35	181	83	98
Amerika	1 845	986	875	456	970	530	1 793	1 126	667
Afghanistan	196	105	13	9	183	96	133	11	122
Indien	308	233	136	101	172	132	280	85	195
Indonesien	44	24	32	16	12	8	48	32	16
Iran	585	295	280	125	305	170	477	343	134
Israel	40	27	18	11	22	16	21	8	13
Japan	116	64	90	55	26	9	136	59	77
Libanon	1 011	596	66	48	945	548	351	37	314
Pakistan	303	196	50	45	253	151	255	59	196
Philippinen	188	26	63	10	125	16	204	74	130
Süd-Korea	125	59	58	34	67	25	103	45	58
Thailand	180	32	62	9	118	23	162	74	88
Vietnam	914	579	14	9	900	570	81	8	73
Übriges Asien	1 111	700	262	171	849	529	785	224	561
Asien	5 121	2 936	1 144	643	3 977	2 293	3 036	1 059	1 977
Australien	72	30	50	26	22	4	59	29	30
Außereuropäisches Ausland	9 413	5 692	2 533	1 442	6 880	4 250	6 179	2 669	3 510
Staatenlos	5	4	11	6	- 6	- 2	29	7	22
Ungeklärt und ohne Angabe	87	53	14	10	73	43	57	10	47
Insgesamt	73 228	43 261	32 583	19 863	40 645	23 398	67 778	28 583	39 195

A I 1, A I 3, A I 4 – j/00
A II 1 – j/00
A III 1 – j/00

Bevölkerungsvorgänge im Jahr :

Gebietsstand 31. Dezember 2000

© STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ · BAD EMS · 2002

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe
auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte

I. 5. Bevölkerung nach Altersgruppen, Familienstand und Geschlecht am 31.12.2000											
Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt	ledig	Verheiratet	Verwitwet	Geschieden	Ledig	Verheiratet	Verwitwet	Geschieden		
										Anzahl	
Insgesamt											
unter 16	700 659	700 654	4	1	-	100,0	0,0	0,0	-		
16 - 18	87 092	86 962	129	1	-	99,9	0,1	0,0	-		
18 - 20	90 063	88 400	1 655	1	7	98,2	1,8	0,0	0,0		
20 - 25	215 932	189 235	25 657	51	989	87,6	11,9	0,0	0,5		
25 - 30	229 771	142 355	80 448	293	6 675	62,0	35,0	0,1	2,9		
30 - 35	318 030	113 632	183 374	866	20 158	35,7	57,7	0,3	6,3		
35 - 40	349 484	64 996	248 427	2 024	34 037	18,6	71,1	0,6	9,7		
40 - 45	320 365	37 995	241 949	3 382	37 039	11,9	75,5	1,1	11,6		
45 - 50	286 442	23 920	223 579	5 634	33 309	8,4	78,1	2,0	11,6		
50 - 55	242 967	15 188	193 887	8 651	25 241	6,3	79,8	3,6	10,4		
55 - 60	216 959	11 676	173 239	12 209	19 835	5,4	79,8	5,6	9,1		
60 - 65	274 413	13 465	216 196	25 998	18 754	4,9	78,8	9,5	6,8		
65 - 70	207 093	10 082	154 745	32 195	10 071	4,9	74,7	15,5	4,9		
70 - 75	188 632	9 975	124 991	46 666	7 000	5,3	66,3	24,7	3,7		
75 - 80	150 937	10 069	70 754	65 218	4 896	6,7	46,9	43,2	3,2		
80 und älter	155 718	10 779	36 482	105 091	3 366	6,9	23,4	67,5	2,2		
Insgesamt	4 034 557	1 529 383	1 975 516	308 281	221 377	37,9	49,0	7,6	5,5		
Männlich											
unter 16	359 167	359 167	-	-	-	100,0	-	-	-		
16 - 18	44 696	44 694	2	-	-	100,0	0,0	-	-		
18 - 20	46 307	46 116	191	-	-	99,6	0,4	-	-		
20 - 25	109 254	101 817	7 180	9	248	93,2	6,6	0,0	0,2		
25 - 30	116 891	85 023	29 437	42	2 389	72,7	25,2	0,0	2,0		
30 - 35	163 783	74 598	80 319	177	8 689	45,5	49,0	0,1	5,3		
35 - 40	180 019	44 012	119 218	463	16 326	24,4	66,2	0,3	9,1		
40 - 45	164 211	25 014	119 859	724	18 614	15,2	73,0	0,4	11,3		
45 - 50	146 251	15 559	112 882	1 098	16 712	10,6	77,2	0,8	11,4		
50 - 55	124 164	10 077	99 476	1 772	12 839	8,1	80,1	1,4	10,3		
55 - 60	108 668	7 445	88 840	2 543	9 840	6,9	81,8	2,3	9,1		
60 - 65	135 361	8 044	113 061	5 230	9 026	5,9	83,5	3,9	6,7		
65 - 70	99 299	4 770	83 972	5 817	4 740	4,8	84,6	5,9	4,8		
70 - 75	83 365	3 144	69 334	8 221	2 666	3,8	83,2	9,9	3,2		
75 - 80	52 202	1 825	40 927	8 087	1 363	3,5	78,4	15,5	2,6		
80 und älter	43 176	1 852	25 317	15 062	945	4,3	58,6	34,9	2,2		
Insgesamt	1 976 814	833 157	990 015	49 245	104 397	42,1	50,1	2,5	5,3		
Weiblich											
unter 16	341 492	341 487	4	1	-	100,0	0,0	0,0	-		
16 - 18	42 396	42 268	127	1	-	99,7	0,3	0,0	-		
18 - 20	43 756	42 284	1 464	1	7	96,6	3,3	0,0	0,0		
20 - 25	106 678	87 418	18 477	42	741	81,9	17,3	0,0	0,7		
25 - 30	112 880	57 332	51 011	251	4 286	50,8	45,2	0,2	3,8		
30 - 35	154 247	39 034	103 055	689	11 469	25,3	66,8	0,4	7,4		
35 - 40	169 465	20 984	129 209	1 561	17 711	12,4	76,2	0,9	10,5		
40 - 45	156 154	12 981	122 090	2 658	18 425	8,3	78,2	1,7	11,8		
45 - 50	140 191	8 361	110 697	4 536	16 597	6,0	79,0	3,2	11,8		
50 - 55	118 803	5 111	94 411	6 879	12 402	4,3	79,5	5,8	10,4		
55 - 60	108 291	4 231	84 399	9 666	9 995	3,9	77,9	8,9	9,2		
60 - 65	139 052	5 421	103 135	20 768	9 728	3,9	74,2	14,9	7,0		
65 - 70	107 794	5 312	70 773	26 378	5 331	4,9	65,7	24,5	4,9		
70 - 75	105 267	6 831	55 657	38 445	4 334	6,5	52,9	36,5	4,1		
75 - 80	98 735	8 244	29 827	57 131	3 533	8,3	30,2	57,9	3,6		
80 und älter	112 542	8 927	11 165	90 029	2 421	7,9	9,9	80,0	2,2		

Insgesamt	2 057 743	696 226	985 501	259 036	116 980	33,8	47,9	12,6	5,7
-----------	-----------	---------	---------	---------	---------	------	------	------	-----



Bundesministerium
des Innern



**Jedes
Alter
zählt**
Die Demografiestrategie
der Bundesregierung

Jedes Alter zählt



Demografiestrategie der Bundesregierung

Inhaltsverzeichnis

I.	Jedes Alter zählt	6
II.	Ziele, strategische Handlungsfelder und Maßnahmen	10
A.	Familie als Gemeinschaft stärken	10
1.	Familienfreundliche Arbeitswelt unterstützen, Zeitsouveränität für Familien erhöhen	11
2.	Familienorientierung bei Studiengängen fördern	12
3.	Quantitativer und qualitativer Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege	13
4.	Familien durch haushaltsnahe Dienstleistungen besser unterstützen	14
5.	Kinderwünsche von ungewollt kinderlosen Paaren ermöglichen	14
B.	Motiviert, qualifiziert und gesund arbeiten	16
1.	Gesundheit erhalten und fördern, Risiken vermeiden oder minimieren	18
2.	Qualifizierung und Weiterbildung ausbauen	18
3.	Rahmenbedingungen für ein längeres Arbeiten gestalten, Lebensleistung in der Rente belohnen, Vorsorge für das Alter honorieren	19
4.	Für eine Kultur des längeren Arbeitens sensibilisieren und Kooperation der Akteure verstärken	21

C.	Selbstbestimmtes Leben im Alter	23
1.	Selbstbestimmtes Leben und Aktivität im Alter fördern.....	25
2.	Gesellschaftliche Teilhabe im Alter ermöglichen und Engagementpotenzial aller Generationen aktivieren.....	26
3.	Gesundes Altern unterstützen.....	27
4.	Qualitätsvolle und bedarfsgerechte Pflege und Betreuung sichern.....	27
D.	Lebensqualität in ländlichen Räumen und integrative Stadtpolitik fördern	30
1.	Unterstützungsmöglichkeiten für Regionen, die vor besonderen demografischen Herausforderungen stehen, besser aufeinander abstimmen.....	32
2.	Die Attraktivität ländlicher Räume bewahren – Daseinsvorsorge sowie bedarfsgerechte Mobilität und Kommunikation in den ländlichen Räumen sichern.....	33
3.	Die Städte im demografischen Wandel lebenswert gestalten, integrative Stadtgesellschaften verwirklichen.....	34
E.	Grundlagen für nachhaltiges Wachstum und Wohlstand sichern	37
1.	Bildungspotenziale ausschöpfen und stärken.....	39
2.	Fachkräftebasis sichern.....	40
3.	Zuwanderung gut qualifizierter ausländischer Fachkräfte verbessern und eine Willkommenskultur entwickeln.....	41
4.	Unternehmertum und Mittelstand unterstützen.....	42
5.	Forschungs- und Innovationssystem stärken.....	43
6.	Natürliche Lebensgrundlagen sichern und leistungsstarke Infrastrukturnetze zukunftsfähig gestalten.....	44

F.	Handlungsfähigkeit des Staates erhalten	46
1.	Für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sorgen.....	48
2.	Die öffentliche Verwaltung des Bundes modernisieren.....	49
3.	Die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes des Bundes erhalten.....	49
III.	Ausblick	51
1.	Ebenenübergreifender Dialog.....	51
2.	Kommunikation.....	53

I. Jedes Alter zählt

Der demografische Wandel wird in den kommenden Jahrzehnten Deutschland tiefgreifend verändern. Wir werden älter, wir werden weniger und unsere Gesellschaft wird vielfältiger. Dabei ist nicht die Frage, ob sich etwas ändern wird, sondern wie und was wir daraus machen. Was bedeutet diese Entwicklung für jeden Einzelnen und für unser Land als Ganzes?

Die längeren Lebensspannen werden die Biografien der einzelnen Menschen auf neue Weise prägen. Die klassischen Lebensphasen werden vielfältiger und weniger klar abgrenzbar; Zeiten der Bildung, der Familie, des Berufs und des Ruhestands brauchen eine neue Flexibilität. Entscheidend ist: Für die allermeisten Menschen geht es um gewonnene Jahre für ein erfülltes Leben. Es kommt darauf an, sie auch als solche zu erkennen und zu nutzen. Das Verhältnis der Generationen muss sich an die gewandelten Umstände – deutlich mehr Ältere, weniger Junge – anpassen. Fragen der Weitergabe von Erfahrung, des Austausches zwischen den Generationen, der Betreuung und Pflege gewinnen an Gewicht. Dieser Prozess bietet zugleich Raum für neue Formen der gegenseitigen Hilfe, Zusammenarbeit und Bestätigung.

Die sozialen Sicherungssysteme müssen ihre Schutzkraft unter den sich verändernden Rahmenbedingungen bewahren, ohne die generationengerechte Verteilung von Chancen und Lasten aus dem Auge zu verlieren. Die langfristige Tragfähigkeit der Staatsfinanzen zu sichern, ist schon angesichts der Schuldenkrise im Euroraum eine Aufgabe, die keinen Aufschub duldet. Vor dem Hintergrund der demografischen Veränderungen erhält sie eine doppelte Dringlichkeit.

Um bei einer kleiner und auch älter werdenden Erwerbsbevölkerung nachhaltiges Wachstum und unseren Wohlstand zu erhalten, werden sich Arbeitsleben und Wirtschaftsweise darauf ausrichten müssen, das kostbarste Kapital des Landes – unser Wissen und Können – optimal einzusetzen. So rückt noch mehr in den Mittelpunkt, was

ohnehin im Zentrum jeder Politik stehen sollte: die Fähigkeiten und Talente jedes Einzelnen, unabhängig von Herkunft und sozialem Hintergrund.

Die integrative Kraft unserer Werteordnung wollen wir stärken. Der Mensch in seinen familiären Beziehungen steht auch in Zukunft im Mittelpunkt aller Überlegungen. Das familiäre und gesellschaftliche Zusammenleben bleibt die wichtigste Basis einer lebenswerten und zukunftsorientierten Gesellschaft, auch wenn sich die Vorstellungen von Familie verändern und vielfältige Lebensformen inzwischen unser Zusammenleben ausmachen. Die Demografiepolitik der Bundesregierung unterstützt daher jeden Einzelnen, eigenverantwortlich sein Leben zu gestalten. Der Staat kann und will dem Einzelnen nicht die Verantwortung für seine Lebensgestaltung abnehmen. Jeder muss sich anstrengen so gut er kann, um sein Leben unabhängig von biologischen Altersgrenzen aktiv zu gestalten.

Das Ziel der Demografiestrategie der Bundesregierung ist es daher, jedem Einzelnen entsprechend seiner Lebenssituation und seines Alters Chancen zu eröffnen, seine Potenziale und Fähigkeiten zu entwickeln und seine Vorstellungen vom Leben zu verwirklichen. Um dieses Ziel zu erreichen, wird die Bundesregierung die Rahmenbedingungen in allen Lebensbereichen – von der Familie über die Bildung, das Arbeitsleben und Ehrenamt bis hin zur Gesundheit – so gestalten, dass sie den Erfordernissen Rechnung tragen, die sich aus dem demografischen Wandel ergeben. Zur Erreichung dieses Ziels bedarf es jedoch genauso der Bereitschaft jedes Einzelnen, sich auf die Veränderungen einzulassen und für sich und andere Verantwortung zu übernehmen.

Die Entfaltung der Potenziale und Fähigkeiten der Menschen ist die Voraussetzung, um im demografischen Wandel die Wachstumsdynamik und Innovationskraft in unserem Land zu stärken und unseren Wohlstand zu sichern. Zugleich ist die Befähigung der Menschen zu einem

erfüllten Leben die Grundlage für die Bewahrung des gesellschaftlichen und sozialen Zusammenhalts in unserem Land – nicht nur zwischen Jungen und Alten, auch zwischen Familien und Alleinstehenden, Gesunden und Kranken, den verschiedenen Bevölkerungsgruppen, Einheimischen und Zugewanderten, in den Betrieben und Institutionen sowie in den Regionen, Städten und Dörfern, gleich wo sie in Deutschland liegen.

Mit der Demografiestrategie legt die Bundesregierung die Handlungsfelder fest, in denen sie die Entfaltung der Potenziale und Fähigkeiten der Menschen durch die Schaffung von Rahmenbedingungen ermöglichen und unterstützen und gleichzeitig die Grundlagen für Wachstum, Wohlstand und sozialen Zusammenhalt stärken und absichern will. Im Mittelpunkt stehen dabei die Lebensbereiche, in denen die Menschen die Auswirkungen des demografischen Wandels ganz unmittelbar und am stärksten erfahren: in der Familie, im Arbeitsleben, im Alter sowie in den spezifischen Kontexten ihrer ländlichen oder städtischen Umgebung.

Der Zusammenhalt und die Solidarität in der Familie bleiben die wichtigste Basis für eine lebenswerte und zukunftsorientierte Gesellschaft, auch wenn sich das traditionelle Familienbild verändert und sich vielfältige Lebensformen bilden. Die Bundesregierung will daher die Familie als Gemeinschaft stärken. Die Politik der Bundesregierung zielt darauf ab, die Wahlmöglichkeiten für Eltern, wie sie Familie und Beruf vereinbaren möchten, zu erhöhen, Frauen und Männern in Familie und Beruf gleichwertige Entfaltungsmöglichkeiten zu bieten und die Entscheidung für Kinder zu unterstützen und zu fördern. Die Eröffnung gleichwertiger Entfaltungsmöglichkeiten für Frauen und Männer stellt nicht nur ein Fundament zur künftigen Sicherung der Familie als Kern der Gesellschaft dar, sondern trägt auch wesentlich dazu bei, den wirtschaftlichen Wohlstand in unserem Land zu sichern. Gerade gut ausgebildete Frauen sollen ihr Potenzial nicht nur in den ersten Berufsjahren, sondern über das gesamte Erwerbsleben hinweg entfalten können.

Die rückläufige Zahl der erwerbsfähigen Menschen, der Anstieg der Lebenserwartung und die Sicherung der Renten erfordern es, dass wir zukünftig länger arbeiten. Die Bundesregierung hat dafür mit der Rente mit 67 einen verbindlichen Rahmen gesetzt. Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit kann aber nur gelingen, wenn in den Betrieben auch die Voraussetzungen für längeres, gesundes und produktives Arbeiten geschaffen werden. Deswegen wird die Bundesregierung die Gesundheit am Arbeitsplatz sowie die Qualifikation und die Fort- und Weiterbildung fördern, die Rahmenbedingungen für eine längere Lebensarbeitszeit gestalten und dafür sorgen, dass die Lebensleistung in der Rente belohnt wird.

Die meisten Menschen erreichen heute ein Alter in guter Gesundheit, das ihre Eltern und Großeltern nur selten erleben konnten. Die gewonnenen Jahre bieten eine große Chance zur individuellen Entfaltung wie auch zur Einbringung der Kompetenzen und Lebenserfahrung in unsere Gesellschaft. Die Gestaltung des demografischen Wandels wird entscheidend davon abhängen, wie wir diese zusätzliche Lebenszeit nutzen. Die Bundesregierung will daher alle Menschen für eine Gesellschaft des längeren aktiven Lebens sensibilisieren und eine neue Kultur des Alters befördern.

Gleichzeitig wächst die Zahl der Hochbetagten und pflegebedürftigen Menschen, die auf Hilfe und Unterstützung anderer angewiesen sind. Deshalb fördert die Bundesregierung im Rahmen ihrer Demografiepolitik die Teilhabe Älterer am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben und die Selbstbestimmtheit bis ins hohe Alter – auch bei Hilfe- und Pflegebedürftigkeit. Sie wird hierzu ein Bündel von Maßnahmen ergreifen und zu einem breiten Dialog über Gestaltungsmöglichkeiten einladen, um eine qualitätsvolle und bedarfsgerechte Betreuung und Pflege zu sichern.

Die Regionen sind sehr unterschiedlich von der demografischen Entwicklung betroffen. Die Bundesregierung setzt sich für starke und lebenswerte ländliche Räume ein. Jede Region muss faire Entwicklungschancen haben.

Dort, wo die demografische Entwicklung zu einem Kreislauf aus Abwanderung, sinkender Attraktivität sowie zu einer Verschlechterung der Daseinsvorsorge und der Einkommensmöglichkeiten führt, wird die Bundesregierung durch eine Bündelung ihrer Unterstützungsmöglichkeiten gegensteuern. Die Städte, in denen Zuwanderung zu besonderen Chancen, aber auch Herausforderungen für das Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen Kulturen führt, wird sie bei der Entwicklung integrierter und lebenswerter Stadtgesellschaften unterstützen.

Hinzu treten die entscheidenden Faktoren, um langfristig nachhaltiges Wachstum, Wohlstand und Zusammenhalt für das ganze Land zu sichern: Deutschlands Wohlstand gründet in besonderer Weise auf dem Ideenreichtum, dem Leistungswillen und der Innovationsfähigkeit seiner Menschen. Um die Wachstumschancen unseres Landes trotz der rückläufigen Zahl von Menschen im erwerbsfähigen Alter zu erhalten, gilt es, die Bildungspotenziale der Menschen zu entwickeln und auszuschöpfen, vorrangig eine ausreichende und gut qualifizierte Basis an Fachkräften und unternehmerisch tätigen Menschen durch die Aktivierung noch nicht genutzter Potenziale zu sichern und qualifizierte Zuwanderung zu ermöglichen. Flankierend wird die Bundesregierung die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft nachhaltig stärken.

Damit auch die nächsten Generationen gute Chancen haben, in Zukunft in Wohlstand zu leben und um den sozialen Zusammenhalt und inneren Frieden in unserem Land zu sichern, müssen wir die Handlungsfähigkeit des Staates langfristig bewahren. Die Sicherung nachhaltiger, gesunder öffentlicher Finanzen auf allen staatlichen Ebenen ebenso wie bei den sozialen Sicherungssystemen ist daher ein Kernbestandteil der Demografiestrategie der Bundesregierung. Gleichzeitig werden wir die öffentliche Verwaltung des Bundes modernisieren und die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes des Bundes langfristig erhalten.

In allen diesen Bereichen beschreibt die Bundesregierung mit ihrer Demografiestrategie Initiativen, die sie nicht nur in dieser Legislaturperiode, sondern auch längerfristig umsetzen will.

Die Bundesregierung hat bereits in den letzten Monaten wichtige Vorhaben zur Gestaltung des demografischen Wandels auf den Weg gebracht: Beispiele dafür sind das „Konzept Fachkräftesicherung“ vom 22. Juni 2011, das gemeinsam mit den ostdeutschen Ländern entwickelte Handlungskonzept zur zukunftsfähigen Gestaltung der Daseinsvorsorge vom 5. Oktober 2011, die Forschungsagenda „Das Alter hat Zukunft“ vom 30. November 2011 sowie der auf dem 5. Integrationsgipfel am 31. Januar 2012 beschlossene „Nationale Aktionsplan Integration“.

In ihrem Demografiebericht vom 26. Oktober 2011 gibt die Bundesregierung einen Überblick über die relevanten demografischen Daten und Zusammenhänge und die bislang ergriffenen Maßnahmen der Bundesressorts zur Gestaltung des demografischen Wandels. Der Bericht zeigt, dass angesichts der Herausforderungen, die mit dem demografischen Wandel verbunden sind, ein neues ressortübergreifendes Denken und Handeln erforderlich sind. Denn Aufgabenstellungen wie zum Beispiel die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Schaffung der Voraussetzungen für ein längeres, gesundes und motiviertes Arbeiten, die Stärkung eines selbstbestimmten und sozial engagierten Lebens im Alter oder die Wahrung fairer Entwicklungschancen für alle Regionen können nur durch ressortübergreifende Ansätze gelöst werden. Erforderlich ist ein übergeordneter Politikansatz. Demografiepolitik muss mehr sein als eine Summe der Maßnahmen der Bundesressorts. Dies bedarf intensiver Abstimmungen innerhalb der Bundesregierung, die mit der Demografie-strategie auf den Weg gebracht werden.

Die Bundesregierung ist sich dabei bewusst: Die Gestaltung des demografischen Wandels kann nur gelingen, wenn sich daran alle staatlichen Ebenen und gesellschaftlichen Akteure sowie die Bürgerinnen und Bürger vor Ort mit dem Ziel beteiligen, einvernehmlich zusammenzuwirken. Die Demografiestrategie beschreibt daher zudem die zentralen Felder, auf denen die Bundesregierung mit Ländern und Kommunen, Sozialpartnern und anderen Einrichtungen der Zivilgesellschaft gemeinsame Antworten entwickeln und umsetzen will. Insbesondere die föderalen Ebenen sind aufgerufen, entsprechend ihrer verfassungsrechtlichen Kompetenzen den demografischen Wandel aktiv zu gestalten. Hierzu wird die Bundesregierung einen Dialogprozess mit allen Gestaltungspartnern

anstoßen. Wo dies für die Förderung fairer Chancen der Menschen in unserem Land sinnvoll und erforderlich ist, werden wir nicht nur die ressort-, sondern insbesondere auch die ebenenübergreifende Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern, Kommunen, Sozialpartnern und anderen Gestaltungspartnern ausbauen.

Maßnahmen und Programme können nur wirken, wenn sie auf die Bereitschaft der Menschen treffen, sich auf die Veränderungen aktiv einzulassen. In den letzten Jahren hat dieser Prozess bereits begonnen. Durch die Kreativität und den Ideenreichtum der Menschen vor Ort sind neue Lösungen erprobt worden. Immer mehr junge Menschen investieren in ihre eigene Bildung und Qualifikation und gestalten ihr Leben selbstbewusst. Die Menschen sind zunehmend länger im Beruf tätig und planen ihre Zeit danach aktiv. Ältere Menschen bringen ihre Lebenserfahrungen auch über die eigene Familie hinaus zum Wohl der Gesellschaft ein. Städte und Gemeinden erproben schon vielfach neue Angebote zur Sicherung der Daseinsvorsorge. Es gibt tausende Beispiele dafür, wie die Menschen den Wandel gestalten. Im unmittelbaren Lebensumfeld der Menschen beweist sich die Akzeptanz unseres Gemeinwesens durch lebendiges, oft ehrenamtliches Engagement sowie durch Mitbestimmung und Teilhabe an den örtlichen Entscheidungsprozessen durch die Bürgerinnen und Bürger.

Die Demografiestrategie setzt auch auf diese Eigeninitiative und die Kraft der Menschen. Sie entwickelt Vorschläge, wie die Bereitschaft, für sich und andere Verantwortung zu übernehmen, gestärkt und besser in die konkreten Politikfelder eingebunden werden kann.

II. Ziele, strategische Handlungsfelder und Maßnahmen

A. Familie als Gemeinschaft stärken

Ziele:

- Wahlfreiheit für Eltern, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf schaffen.
- Faire Chancen für Frauen und Männer in Familie und Beruf fördern.
- Entscheidung für Kinder unterstützen und fördern.

Zusammenhalt und Solidarität sind nirgendwo stärker als in der Familie. In der Familie übernehmen Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung. Familien legen den Grundstein für faire Chancen von Kindern und Jugendlichen, leben Zusammenhalt zwischen den Generationen und leisten einen großen Beitrag bei der Pflege von pflegebedürftigen Menschen. Dabei finden Menschen Rückhalt, Schutz und Unterstützung, die weit über das hinausgehen, was die staatliche Solidargemeinschaft leisten kann.

Die Familie steht daher im Mittelpunkt der Demografiestrategie. Wir wollen gegenwärtige und künftige Eltern stärken und in ihrer Entscheidung für Kinder nach besten Kräften unterstützen – in der Familiengründungsphase genauso wie bei der Bildung, Erziehung und Betreuung der Kinder vor und während der Schulzeit.

Um dies zu erreichen, sollen insbesondere die Wahlmöglichkeiten der Eltern, wie sie Familie und Beruf vereinbaren möchten, weiter gestärkt werden. Das setzt voraus, dass Frauen und Männer gleiche Chancen haben, Familie und Beruf in Einklang zu bringen, und dass sie selbst entscheiden können, wie sie Fürsorge- und Erwerbsaufgaben wahrnehmen und in der Familie aufteilen wollen.

Die Bundesregierung folgt dabei entsprechend dem Prinzip der Subsidiarität dem Grundsatz: „Niemand weiß besser als die Familie selbst, wie die Herausforderungen des Alltags zu bewältigen sind.“ Wir wollen daher die unterstützenden staatlichen Rahmenbedingungen so ausgestalten, dass sie den vielfältigen Bedürfnissen der Menschen gerecht werden und so die notwendige Flexibilität gewährleistet ist.

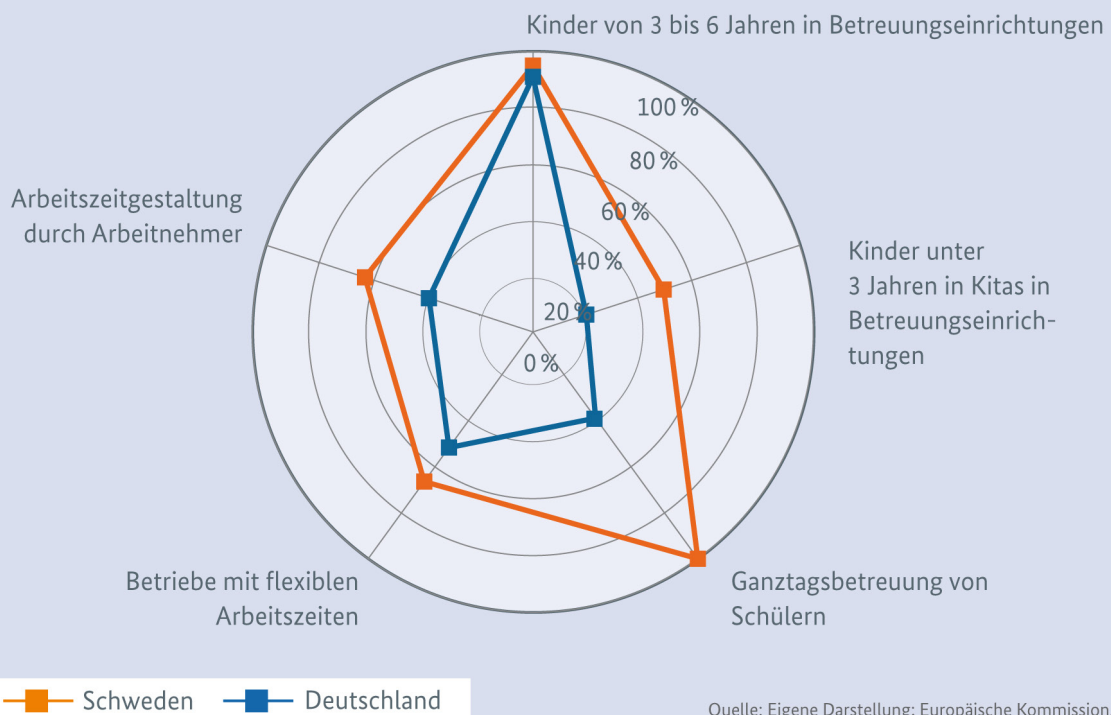
Beim zentralen Thema der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist in den letzten Jahren einiges von staatlicher und betrieblicher Seite geschehen. Es sind allerdings weitere Anstrengungen notwendig. Dies wird gemeinsame Aufgabe von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft sein. Dabei geht es nicht nur um die beruflerleichternde Organisation des Familienlebens, sondern ebenso um eine familiengerechte Organisation des Berufslebens. Wir wollen die sogenannte „Rushhour des Lebens“, das heißt die Lebensphase, in der beruflicher Erfolg und Familienplanung parallel bewältigt werden müssen, zeitlich entzerren. Die gewonnenen Jahre im Alter wollen wir für eine bessere Verteilung der Zeit auf Familienarbeit, berufliche Arbeit und Weiterbildung nutzen. Wenn wir damit vorankommen, wird es auch gelingen, zwei entscheidende Zielsetzungen zugleich zu erreichen: eine leichtere Entscheidung für Kinder und eine erleichterte Berufstätigkeit der Eltern.

Vor diesem Hintergrund sind der Bundesregierung insbesondere der Ausbau und die Qualität der Betreuungsangebote, ein deutlich höheres Maß an Zeitsouveränität und wirksamere Hilfen bei der Inanspruchnahme von haushaltsnahen Dienstleistungen wichtig, aber auch die Förderung von fairen Berufs- und Aufstiegschancen für Frauen und Männer nach der Rückkehr ins Arbeitsleben, sei es in Vollzeit- oder in Teilzeittätigkeiten.

Box 1: Daten und Fakten

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat sich in Deutschland erheblich verbessert. Dennoch zeigt der Vergleich mit international vorbildlichen Ländern wie zum Beispiel Schweden, dass hier noch weitere Fortschritte möglich sind. Dies betrifft beispielsweise eine familienfreundliche Arbeitszeitgestaltung sowie die Betreuungsmöglichkeiten für Kleinkinder und Schülerinnen und Schüler. Die Grafik verdeutlicht auch, dass eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf von mehreren Faktoren abhängig ist, die ineinandergreifen und sich ergänzen.

Indikatoren der Vereinbarkeit von Familie und Beruf



Unter der Voraussetzung einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf können mehr Frauen eine gewünschte Erwerbstätigkeit aufnehmen oder ihre Arbeitszeiten ausdehnen. Bei einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen rund 1,2 Millionen nicht erwerbstätige Mütter wieder in das Erwerbsleben eintreten. Damit würde auch ein zentraler Beitrag zur Fachkräftesicherung geleistet.

1. Familienfreundliche Arbeitswelt unterstützen, Zeitsouveränität für Familien erhöhen

In einer Gesellschaft, in der die Lebensmodelle vielfältiger und die Lebensspannen größer werden, wird Zeit zu einer Schlüsselressource für eine Politik der fairen Chancen. Einem gewachsenen Zeitwohlstand durch gewonnene Jahre im Alter stehen Zeitknappheit und Zeitkonflikte in anderen Lebensphasen gegenüber. Wie es gelingt, Zeitwohlstand und Zeitknappheit zwischen Jüngeren und Älteren wie auch zwischen Frauen und Männern auszu-

gleichen, wird in den kommenden Jahren entscheidend werden – für die Selbstbestimmung des Einzelnen wie für den Zusammenhalt des Gemeinwesens. Zeit ist zugleich eine Ressource, die wir stärker als bisher für den gesellschaftlichen Zusammenhalt nutzen können.

Dabei ist wichtig: Zeit kann nicht staatlich umverteilt werden. Starre Rahmenbedingungen wären zum Scheitern verurteilt. Ziel der Politik der Bundesregierung ist vielmehr die Stärkung der Zeitsouveränität der Menschen und ihrer Familien. Dafür sind geeignete Voraussetzungen

zu schaffen. Einer der Schwerpunkte der Politik der Bundesregierung ist es, gemeinsam mit Betrieben und Sozialpartnern familienfreundliche Arbeitszeiten zu fördern.

- Die Bundesregierung wird die bestehenden arbeitszeitrechtlichen Regelungen zur Elternzeit mit Blick auf mehr Zeitsouveränität für Familie überprüfen. Es besteht die Notwendigkeit, die geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen kontinuierlich an die sich ändernde Lebenswirklichkeit anzupassen. Der Fokus liegt auf der zielgenauen Weiterentwicklung der Elternzeit, insbesondere durch eine Ausweitung der Großelternzeit sowie durch weitere Flexibilisierungen. Es ist beabsichtigt, gegebenenfalls erforderliche gesetzliche Änderungen bei der Elternzeit noch in dieser Legislaturperiode einzubringen.
- Die Bundesregierung unterstützt im Rahmen der Initiative „Familienbewusste Arbeitszeiten“ gemeinsam mit den Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften die Einführung flexibler Arbeitszeitmodelle in der betrieblichen Praxis. Insbesondere vollzeitnahe Teilzeitmodelle können dazu beitragen, dass eine berufliche Karriere und die Wahrnehmung von Führungspositionen für Frauen und Männer besser mit der Verantwortung für Familie vereinbar werden.
- Im Rahmen der von der Bundesregierung geförderten Initiative „Mehr Frauen in Führungspositionen – Regionale Bündnisse für Chancengleichheit“ der Europäischen Akademie für Frauen in Wirtschaft und Politik (EAF) werden zudem regionale Bündnisse mit privatwirtschaftlichen und öffentlichen Unternehmen verschiedener Größen und Branchen ins Leben gerufen. Das Ziel ist dabei die Entwicklung von Maßnahmen und Aktivitäten zur Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen.
- Ein nachhaltiger Wandel der Gesellschaft hin zu mehr Familienfreundlichkeit kann nur gelingen, wenn alle Verantwortung für den Prozess übernehmen. Die Bundesregierung unterstützt und koordiniert daher die Entwicklung kommunaler Zeitstrategien im Rahmen lokaler Bündnisse für Familie, die unter anderem zum Ziel haben, zeitliche Anforderungen in Familie, Bildung, Beruf und Freizeit vor Ort besser zu synchronisieren.
- Eine besondere Bedeutung kommt dem Wiedereinstieg nach einer familienbezogenen beruflichen Auszeit zu. Die Bundesregierung fördert dies mit der zwei-

ten Programmphase des beschäftigungspolitischen Modellprogramms „Perspektive Wiedereinstieg“ mit Unterstützung des Europäischen Sozialfonds. Durch eine verstärkte Ansprache der Partner im Wiedereinstiegsprozess und die Sensibilisierung für eine Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen soll Zeit für den Wiedereinstieg geschaffen werden.

- Mit dem Anfang 2012 in Kraft getretenen Familienpflegezeitgesetz wird es Beschäftigten erleichtert, ihre pflegebedürftigen Angehörigen zu betreuen, indem eine Teilzeit-Option mit einer staatlich geförderten Aufstockung des pflegebedingt verminderten Arbeitsentgelts ermöglicht wird. Es kommt jetzt darauf an, diese Option in der betrieblichen Praxis zu nutzen. Dazu können die Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften maßgeblich beitragen.

2. Familienorientierung bei Studiengängen fördern

Häufig fallen der Wunsch, eine Familie zu gründen, und der Einstieg ins Berufsleben zeitlich im Lebensverlauf zusammen und verursachen konkurrierende Interessen. Zeitkonflikte entstehen insbesondere da, wo die Bildungsgänge mit längeren Ausbildungszeiten, insbesondere an Hochschulen und Universitäten, einen relativ späten und besonders anspruchsvollen Berufseinstieg nach sich ziehen. Ziel ist es daher, bei einem neuen Austarieren von Familien- und Arbeitszeit die Familiengründung zu einem früheren Zeitpunkt in der Biografie zu erleichtern. Studienzeiten müssen auch Familiengründungszeit werden können.

- Die Wissenschaftslandschaft ist starken Veränderungen ausgesetzt. Mit dem demografischen Wandel ist eine steigende Erwartungshaltung bei jungen Müttern und Vätern verbunden, Studium und Familie am Studienort vereinbaren zu können. Familienfreundlichkeit gewinnt als profildbildender Faktor deshalb zunehmend an Bedeutung. Beim BAföG haben Bund und Länder spürbare Verbesserungen vorgenommen, um Studierenden mit Kind die Finanzierung ihres Studiums zu erleichtern. Die Bundesregierung wird bei Gesprächen mit den Ländern über zukünftige Kooperationen im Hochschulbereich auch Möglichkeiten zur Stärkung der Familienorientierung von Hochschulen ausloten.
- Die Bundesregierung wird gemeinsam mit der Robert Bosch Stiftung die Erprobung und den Austausch von neuen und vorbildlichen Modellen der familienfreundlichen Hochschule unterstützen.

- Das Portal „eFFektiv! Für mehr Familienfreundlichkeit an deutschen Hochschulen“ wird junge Familien über die Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Ausbildung und Familie an der Hochschule informieren. Zudem werden die Antrags- und Vergabemodalitäten für studienortnahe Kindertagesbetreuungsstellen vereinfacht.
- Die Bundesregierung unterstützt die Vereinbarkeit von Studium und Familie durch die Förderung der berufundfamilie gGmbH, die das „audit familiengerechte hochschule“ anbietet. Inzwischen stellen mehr als 120 Hochschulen ihre Familienfreundlichkeit unter Beweis. Insgesamt profitieren davon mehr als 1,2 Millionen Studierende und über 167.000 Hochschulbeschäftigte.

3. Quantitativer und qualitativer Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege

Der bedarfsgerechte Ausbau einer qualitativ hochwertigen Kinderbetreuungsinfrastruktur ist neben familienfreundlichen Arbeitszeiten der entscheidende Faktor für größere Zeitsouveränität und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In vielen Fällen ermöglicht erst ein ausreichendes, dem jeweiligen Bedarf entsprechendes Betreuungsangebot die Erwerbstätigkeit beider Eltern und damit tatsächliche Wahlmöglichkeiten. Zugleich wird es den Familien erleichtert, ein auskömmliches Familieneinkommen zu erzielen. Wirtschaft und Unternehmen können den qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durch betriebliche Angebote zur Unterstützung der Vereinbarkeit der Berufstätigkeit mit familiären Aufgaben in größerem Umfang Chancen für berufliches Fortkommen bieten. Das größte und am schnellsten zu aktivierende Fachkräftepotenzial besteht insbesondere bei den qualifizierten Frauen. Daher ist es wichtig, dass Frauen und Männer ihren Arbeitszeitwünschen entsprechend erwerbstätig sein können.

Deshalb wird das Angebot einer staatlichen und öffentlich geförderten Kinderbetreuung in verschiedenen Formen seit einigen Jahren erheblich ausgeweitet. Diesem Handlungsfeld wird die Bundesregierung weiterhin ein besonderes Augenmerk schenken. Bund, Länder und Kommunen stehen dabei in gemeinsamer Verantwortung. Ab dem 1. August 2013 besteht ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem vollendeten ersten Lebensjahr. Dabei gehen der quantitative und der qualitative Ausbau Hand in Hand.

- Die Bundesregierung wird ihren Anteil weiterhin ohne Abstriche leisten, damit der Ausbau der Kinderbetreuung wie vorgesehen umgesetzt werden kann. Auch nach 2013 wird der Bund gemäß dem Kinderförderungsgesetz jährlich dauerhaft mit erheblichen Zuschüssen zum Betrieb der Betreuungseinrichtungen seinen Teil der Verantwortung wahrnehmen. Damit die notwendige Dynamik beim Ausbau erreicht wird und die Ausbauziele sichergestellt werden, pflegt die Bundesregierung mit den Ländern und Kommunen einen regelmäßigen, engen und konstruktiven Dialog.
- Gute Angebote der Bildung, Erziehung und Betreuung sind auch über die frühkindliche Phase bis hin zur Schule erforderlich. Dafür Sorge zu tragen, liegt im Verantwortungsbereich der Länder. Zu den Möglichkeiten der Betriebe, zu einer guten Betreuungssituation vor Ort beizutragen, ist die Bundesregierung im Rahmen unterschiedlicher Initiativen in einem Dialog mit der Wirtschaft.
- Mit dem Aktionsprogramm „Kindertagespflege“ unterstützt die Bundesregierung die Gewinnung und Qualifizierung von Tagespflegepersonen. Mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Kindertagespflege bereitet die Bundesregierung gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit ein Modellprojekt zur Erprobung der Anstellung von Tagespflegepersonen beim Jugendamt oder einem freien Träger vor. Ferner werden Kurse für die Grundqualifikation, ein Gütesiegel für einschlägige Bildungsanbieter sowie die berufsbegleitende Weiterbildung zum Berufsabschluss Erzieherin/Erzieher oder Sozialassistentin/Sozialassistent unterstützt.
- Die Bundesregierung unterstützt die Qualifizierung und Gewinnung von zusätzlichem Fachpersonal für die Kindertagesstätten. Sie fördert die Kampagne der Gewerkschaften, Berufsverbände und der Träger der Freien Wohlfahrtspflege „Profis für Kitas“, die darauf abzielt, die gesellschaftliche Wertschätzung dieses Berufs zu steigern. Sie richtet sich an unterschiedliche Zielgruppen mit und ohne Migrationshintergrund, wie zum Beispiel Schülerinnen und Schüler in der Berufsorientierungsphase oder Frauen und Männer, die sich beruflich neu orientieren wollen.
- Mit der Initiative „Mehr Männer in Kitas“ wollen wir dazu beitragen, dass der Anteil männlicher Fachkräfte in Kitas in den nächsten Jahren spürbar steigt.

- Die Bundesregierung begrüßt die Gesetzgebungsvorhaben der Länder zur besseren Anerkennung von im Ausland oder in Drittstaaten erworbenen Berufsqualifikationen von pädagogischen Fachkräften und wird die Gespräche zur Weiterqualifizierung von Erzieherinnen und Erziehern fortführen. Die Aktivitäten der Länder werden durch Maßnahmen des Bundes, zum Beispiel durch die Weiterbildungsinitiative Frühkindliche Fachkräfte (WIFF), flankiert und sind ein Schwerpunkt der Forschungsagenda „Alter hat Zukunft“.

4. Familien durch haushaltsnahe Dienstleistungen besser unterstützen

Der Ausbau von familienunterstützenden und haushaltsnahen Dienstleistungen ist ein wichtiger Ansatzpunkt, um Familien mehr Wahlmöglichkeiten zu geben, damit sie ihre eigenen Lebensvorstellungen verwirklichen können, und um ihre Zeitsouveränität zu stärken. „Zeit haben“ ist heute das zentrale Motiv für die Nachfrage nach solchen Dienstleistungen. Ein weiterer wesentlicher Nachfragefaktor ist die zunehmende Zahl älterer Menschen, die verstärkt haushaltsnahe Dienstleistungen in Anspruch nehmen.

Vergleichende internationale Analysen zu familienunterstützenden und haushaltsnahen Dienstleistungen belegen, dass ihre Inanspruchnahme vor allem zur Entlastung der Mütter und damit zu einer geschlechtergerechteren Arbeitsteilung in der Familie beiträgt. Ein flexibles, transparentes und bezahlbares Angebot familienunterstützender Dienstleistungen kann insbesondere in den Phasen des beruflichen Wiedereinstiegs, aber auch bei der Entscheidung für ein zweites und für weitere Kinder eine wichtige Rolle spielen. Nicht alle haushaltsnahen Dienstleistungen werden heute legal erbracht. Der Ausbau transparenter und bezahlbarer Angebote trägt deswegen auch dazu bei, illegale und prekäre Formen der Beschäftigung im Privathaushalt zu verringern. Eine breite Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen erfordert zudem eine stärkere Akzeptanz für solche Dienste. Dazu ist auch ein Bewusstseinswandel erforderlich, der durch eine Informationskampagne zur Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen initiiert werden soll.

- Die Bundesregierung will familienunterstützende und haushaltsnahe Dienstleistungen stärken. Sie wird dazu in einem ersten Schritt in diesem Jahr ein Eckpunktepapier entwickeln, das sich insbesondere auf die Prüfung folgender Ansatzpunkte für eine bessere Förderung konzentriert:

- wie Familien mit erwerbstätigen Eltern oder pflegenden Angehörigen – insbesondere auch mit kleineren und mittleren Einkommen – durch eine einfachere und wirksamere Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen entlastet und besser unterstützt werden können, wobei die Anzahl der im Haushalt zu versorgenden Kinder oder pflege- und hilfebedürftigen Personen beim Umfang der Entlastung Berücksichtigung finden soll,
- ob und gegebenenfalls wie Arbeitgeber dazu motiviert werden können, sich an den Kosten zu beteiligen, die ihren Beschäftigten durch die Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen entstehen; dabei sind neben einkommensteuer- und sozialversicherungsrechtlichen Regelungen alle relevanten Maßnahmen in eine Betrachtung einzubeziehen,
- wie der Zugang zu qualitativ guten haushaltsnahen Dienstleistungen durch transparentere Marktstrukturen, gezieltere Informationen und eine Aufwertung ihres Images verbessert werden kann,
- ob und gegebenenfalls wie überörtliche Aufgaben auf dem Markt für haushaltsnahe Dienstleistungen auf eine deutschlandweite Servicestelle übertragen werden können, sodass – bei Inanspruchnahme bestehender Verwaltungsstrukturen und unter Wahrung von Kostenneutralität – der Service für alle Beteiligten verbessert wird,
- wie eine Professionalisierung und damit eine Qualitätsverbesserung haushaltsbezogener Dienstleistungsangebote erreicht werden kann, zum Beispiel mit der Entwicklung eines Curriculums zur Qualifizierung für haushaltsbezogene Dienstleistungen in Privathaushalten in Kooperation mit den Verbänden der Hauswirtschaft und der Bundesagentur für Arbeit.

5. Kinderwünsche von ungewollt kinderlosen Paaren ermöglichen

Um den Wunsch nach Kindern möglich zu machen, muss eine demografieorientierte Politik die unterschiedlichen Lebensverläufe und Lebenssituationen von Frauen und Männern in den Blick nehmen. Dabei sollen das Thema ungewollte Kinderlosigkeit enttabuisiert und die Stigmatisierung betroffener Paare beseitigt werden. Der Bundesregierung ist es angesichts der demografischen Entwicklung ein besonderes Anliegen, dass der Wunsch nach einem Kind für möglichst viele Paare in Erfüllung gehen kann und ungewollt kinderlose Paare unterstützt werden.

- Mit dem GKV-Versorgungsstrukturgesetz, das am 1. Januar 2012 in Kraft getreten ist, werden bereits zusätzliche Satzungsleistungen der Krankenkassen über die gesetzlich vorgesehenen Leistungen zur künstlichen Befruchtung hinaus ermöglicht.
- Am 1. April 2012 ist die „Richtlinie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der assistierten Reproduktion“ in Kraft getreten. Sie ermöglicht es dem Bund gemeinsam mit den Ländern, ungewollt kinderlose Paare bei der Inanspruchnahme von Maßnahmen der assistierten Reproduktion finanziell zu unterstützen. Die Richtlinie ist Teil eines Gesamtkonzepts, das Verbesserungen in den Bereichen psychosoziale Beratung, Überprüfung der Adoptionsbedingungen sowie Aufklärungsmaßnahmen über Ursachen und Folgen von Kinderlosigkeit beinhaltet.
- Die Bundesregierung möchte die Adoptionsbedingungen verbessern. Sie möchte die Beratungsmöglichkeiten für Adoptiveltern sowohl im Vorfeld als auch nach einer Adoption verbessern und den empfohlenen Altersabstand bei Adoptionsbewerbern sowie Möglichkeiten einer besseren Einbeziehung von Auslandsvertretungen überprüfen.
- Die Bundesregierung wird gezielte Aufklärungskampagnen zu Familienplanung und Fruchtbarkeit im Lebensverlauf fördern, die Klarheit über die Risiken und Hintergründe ungewollter Kinderlosigkeit bieten. Denn viele Kinderwünsche bleiben in Folge der Aufschiebung des Kinderwunsches oder wegen gesundheitlicher Probleme derzeit unerfüllt. Zudem sollen Informationen zu bestehenden Angeboten psychosozialer Beratung leichter zugänglich gemacht werden.

Schwerpunktmaßnahmen:

- Gemeinsam mit den Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften für eine stärkere Verbreitung familienbewusster Arbeitszeiten sorgen.
- Den Ausbau der Kinderbetreuung entsprechend der Zielsetzung des Kinderförderungsgesetzes sicherstellen.
- Die Qualifizierung und Gewinnung von Tagespflegepersonen und Fachpersonal für Kindertagesstätten unterstützen.
- Ansatzpunkte für eine bessere Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen umfassend prüfen.
- Ungewollt kinderlose Paare besser unterstützen.

B. Motiviert, qualifiziert und gesund arbeiten

Ziele:

- Gesundheit am Arbeitsplatz erhalten und fördern, Risiken vermeiden oder minimieren.
- Qualifizierung und Weiterbildung im gesamten Lebenslauf ausbauen.
- Rahmenbedingungen für längere Lebensarbeitszeit gestalten.
- Für eine Kultur des längeren Arbeitens sensibilisieren, Bewusstseinswandel herbeiführen und Kooperation der Akteure verstärken.
- Lebensleistung in der Rente belohnen und Vorsorge für das Alter honorieren.

Noch nie war das Verhältnis von Lebenserwartung zu Lebensarbeitszeit so positiv wie heute. Als die gesetzliche Rentenversicherung im Jahr 1891 eingeführt wurde, lag das Renteneintrittsalter bei 70 Jahren und somit höher als die Lebenserwartung der damals 65-Jährigen. Männer, die heute 65 Jahre alt sind, können dagegen statistisch damit rechnen, noch mehr als 17 weitere Jahre zu leben; das durchschnittlich erreichbare Alter von 65-jährigen Frauen liegt sogar bei 85,5 Jahren. Zugleich geht der Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter deutlich zurück, der Anteil der Älteren nimmt zu.

Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung mit der schrittweisen Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 Jahre bis zum Jahr 2029 einen verbindlichen Rahmen für die Gesellschaft und die Wirtschaft gesetzt, auf die Potenziale der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärker zurückzugreifen. Dies wird aber nur gelingen, wenn in den Betrieben zugleich die Rahmenbedingungen für ein gesundes, produktives und qualifiziertes Arbeiten weiter verbessert werden, um Arbeitsfähigkeit zu erhalten und Beschäftigungsfähigkeit zu erhöhen. Die Bundesregierung hält einen umfassenden Bewusstseinswandel und damit verbundene Veränderungen in der betrieblichen Praxis für notwendig: Es geht nicht darum,

einfach nur länger zu arbeiten, sondern darum, ein erfülltes und dem individuellen Leistungsvermögen angepasstes Berufsleben auch und gerade in den Lebensjahren ab 60 zu ermöglichen.

Vor allem die Unternehmen sind hier gefordert. Sie müssen den älterwerdenden Belegschaften angepasste, attraktive Arbeitsplätze bereitstellen. Die Bundesregierung will dies durch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen unterstützen mit dem Ziel, die Gesundheit der Beschäftigten am Arbeitsplatz noch wirksamer als bisher zu fördern. Zudem wird sie sich dafür einsetzen, dass Qualifizierung und Weiterbildung zu einem festen Bestandteil in allen Altersgruppen der Beschäftigten werden.

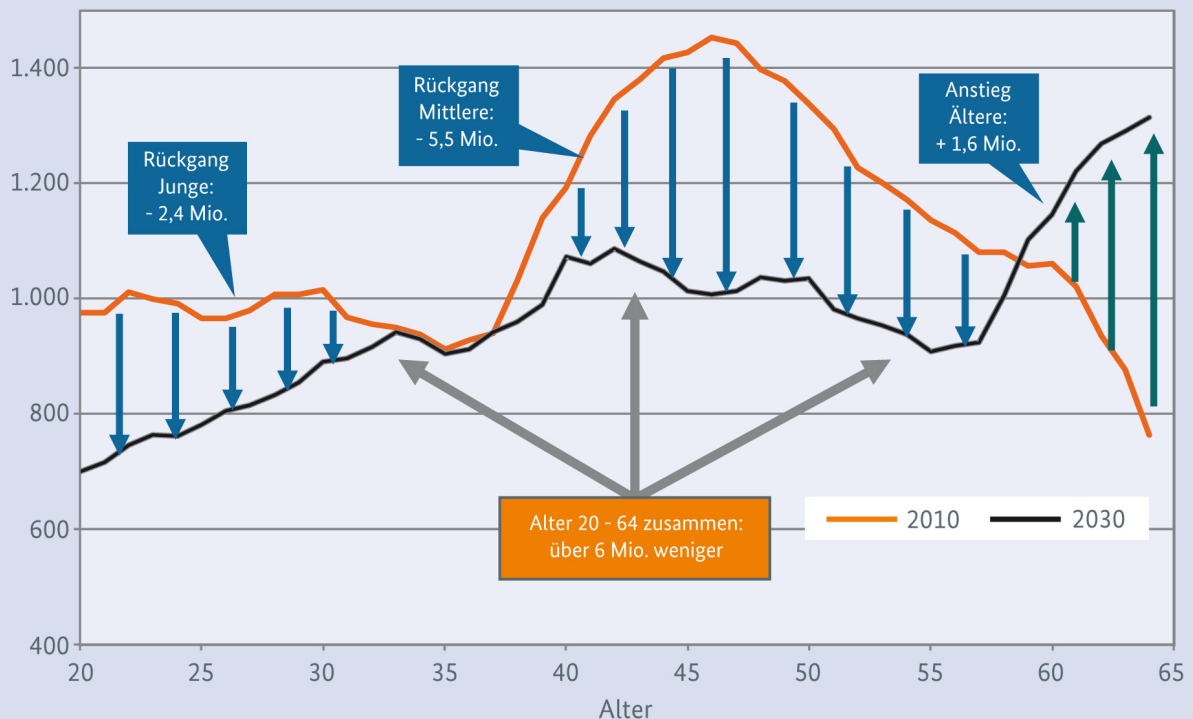
Hinzukommen muss ein beschleunigter Wandel in der betrieblichen Arbeitsorganisation, die sich auf ältere Belegschaften einstellen muss. Produktivität ist keine Frage des Alters, sondern des klugen Miteinanders in den Betrieben sowie des Auslotens der unterschiedlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in verschiedenen Lebensaltern. Unternehmen und Tarifpartner sind aufgerufen, eine neue Kultur des längeren Arbeitens zu entwickeln und flächendeckend umzusetzen. Diese Anforderung stellt sich für kleine und mittlere Unternehmen anders dar als für große Konzerne. Auch darauf werden sich die konkreten Maßnahmen ausrichten.

Stärker als früher treten Weiterbildung und Aufgaben in der Familie neben die Erwerbsarbeit. Die strategische Antwort darauf ist der Ausbau der Möglichkeiten, die individuelle Lebensarbeitszeit besser zu verteilen und für ein gesichertes Einkommen über die ganze Wegstrecke vorzusorgen. Dazu bedarf es der Weiterentwicklung von betrieblichen, tariflichen und staatlichen Rahmenbedingungen und besserer Möglichkeiten, Rente und Erwerbstätigkeit flexibel miteinander zu kombinieren. An diesen Punkten – Gesundheit, Qualifizierung, Arbeitsorganisation und Verteilung der Lebensarbeitszeit – entscheidet sich nicht nur die Bereitschaft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zum Wandel, sondern auch ganz wesentlich die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen und ihrer Arbeitsplätze.

Box 2: Daten und Fakten

Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird bis 2030 nicht nur erheblich zurückgehen, sondern zugleich deutlich altern. Sind heute die 45- bis 50-Jährigen die am stärksten besetzte Altersgruppe, werden es 2030 die 60- bis 64-Jährigen sein. Die Unternehmen müssen sich daher auf im Durchschnitt deutlich ältere Belegschaften einstellen. Das sollte als Chance genutzt werden: Neuere Untersuchungen zeigen, dass ein höherer Anteil älterer Beschäftigter durchschnittlich mit einer höheren Produktivität verbunden ist. Die tendenziell höhere Produktivität Älterer ließe sich jedoch erheblich steigern, wenn in altersgerechte Arbeitsbedingungen investiert wird. Diese Potenziale müssen noch stärker genutzt werden. Vor allem in kleineren Betrieben sind Weiterbildung, eine besondere Ausstattung der Arbeitsplätze und andere Maßnahmen für Ältere die Ausnahme und nicht die Regel.

Altersstruktur der Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren 2010 und 2030 (in 1.000)



Quelle: Statistisches Bundesamt, 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 1-W2

Bei der Erwerbsbeteiligung Älterer sind in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte erzielt worden. Gingen im Jahr 2000 noch 38 Prozent der 55- bis 64-Jährigen einer Erwerbstätigkeit nach, so waren es zehn Jahre später bereits knapp 58 Prozent. Die stärksten Zuwächse waren bei den 60- bis 64-Jährigen zu verzeichnen, deren Erwerbstätigenquote sich in diesem Zeitraum von rund 20 Prozent auf knapp 41 Prozent mehr als verdoppelt hat. Damit liegt Deutschland in Europa auf einem hervorragenden zweiten Platz hinter Schweden. Der Vergleich mit Schweden zeigt jedoch auch, dass die Potenziale noch nicht ausgeschöpft sind: Die Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 Jahre ermöglicht nach einer Analyse der Bundesagentur für Arbeit bis 2025 einen Anstieg des Erwerbspersonenpotenzials um knapp eine Million. Gelänge es, die Erwerbstätigenquote der über 55-Jährigen von heute rund 56 Prozent auf 70 Prozent wie etwa in Schweden anzuheben, wäre ein Zugewinn von über einer Million Vollzeitstellen möglich.

1. Gesundheit erhalten und fördern, Risiken vermeiden oder minimieren

Die Gesundheit der Menschen ist entscheidend für Wohlbefinden, selbstbestimmte Lebensführung, Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit. Sie ist die unverzichtbare Basis für produktives und erfülltes Arbeiten und mehr Lebensqualität. Für die Gesellschaft des längeren Lebens brauchen wir die Mitverantwortung jedes Einzelnen und jedes Unternehmens sowie stützende Rahmenbedingungen durch die Politik.

Die Bundesregierung wird daher zusätzliche Maßnahmen ergreifen, die Unternehmen und Beschäftigte bei der Förderung von Gesundheit, Wohlbefinden und Leistungsfähigkeit sowie bei der Verhütung insbesondere von arbeitsbedingten physischen wie psychischen Erkrankungen und dem Erhalt der Arbeitsfähigkeit wie der Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit zu unterstützen. Sie wird zudem zur Wiedereingliederung erkrankter und behinderter Menschen in den Arbeitsalltag beitragen. Dabei gilt es insbesondere den Präventionsgedanken zu stärken.

- Die Bundesregierung wird im Laufe des Jahres 2012 eine gesundheitliche Präventionsstrategie mit dem Schwerpunkt „Betriebliche Gesundheitsförderung“ vorlegen. Sie wird damit eine Überprüfung der gesetzlichen Rahmenbedingungen verbinden mit dem Ziel, den Anteil der Unternehmen, die sich bei der betrieblichen Gesundheitsförderung engagieren, zu erhöhen. Die Krankenkassen sollen dafür gewonnen werden, verstärkt Gesundheitsprojekte gemeinsam mit den Unternehmen zu entwickeln.
- Die Bundesregierung wird die betriebliche Gesundheitsförderung (BGF) und das betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM) stärken, um eine größere Verbreitung und einen wirkungsvolleren Einsatz der Instrumente zu erreichen.
- Die Bundesregierung setzt sich für mehr Kosten- und Leistungstransparenz in der medizinischen Rehabilitation ein, denn mit dem Wissen um den Erfolg und die Wirkung einer Rehabilitationsmaßnahme lassen sich Effizienz und Effektivität besser gestalten. Inhalt und Qualität medizinischer Rehabilitationsmaßnahmen sollen für alle Leistungsträger und -erbringer bestmöglich abgebildet und vergleichbar werden. Hierzu ist die Bundesregierung im intensiven Austausch mit den Institutionen und Verbänden mit Blick auf den prognostizierten Mehrbedarf an Leis-

tungen der medizinischen Rehabilitation aufgrund der demografischen Entwicklung und der längeren Lebensarbeitszeit.

- Aufgrund der Bedeutung der Ernährung für Gesundheit und Wohlbefinden hat die Deutsche Gesellschaft für Ernährung im Auftrag der Bundesregierung im Rahmen von „IN FORM – Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung“ Standards für die Betriebsverpflegung erarbeitet.
- Die Träger der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie (GDA) – Bund, Länder und Unfallversicherungsträger – werden den Arbeitsschutz für Betriebe und Beschäftigte stärken. Von besonderer Bedeutung sind der Schutz und die Stärkung der Gesundheit bei arbeitsbedingten psychischen Belastungen. Die Träger werden unter Einbeziehung der Sozialpartner und der Aktivitäten von Kooperationspartnern, insbesondere der Krankenkassen, die nächste fünfjährige Zielperiode auch unter diesem Schwerpunkt programmatisch gestalten. Hierzu zählen erforderliche Schulungen, Beratung und Hilfestellung für Unternehmen sowie die Bereitstellung von Handlungshilfen, Leitfäden und Informationen sowie ein intensiver Austausch mit Wissenschaftlern, Ärzten und Psychologen.

2. Qualifizierung und Weiterbildung ausbauen

Die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ihre Chancen auf berufliches Fortkommen und ihre Verdienstmöglichkeiten hängen in hohem Maße von der beruflichen Qualifikation und deren kontinuierlicher Anpassung an sich wandelnde Anforderungen ab. Auch der wirtschaftliche Erfolg von Unternehmen wird maßgeblich von der Qualifikation der Beschäftigten mitbestimmt. Es gilt, durch gute und nachhaltige Aus- und Weiterbildung die Fachkräftebasis zu stärken. Damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer länger zufrieden und produktiv arbeiten können, kommt der beruflichen Weiterbildung der Menschen über den gesamten Erwerbsverlauf eine zentrale Bedeutung zu.

Es muss daher selbstverständlich werden, dass Weiterbildung von Anfang an zum Berufsleben dazugehört. Nur mit einem entsprechenden Bewusstseinswandel bei den Unternehmen, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und den Sozialpartnern kann dies gelingen. Insbesondere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit geringeren Qualifikationsniveaus benötigen besondere Aufmerksamkeit, denn bei ihnen ist die Weiterbildungs-

bereitschaft am geringsten ausgeprägt. Auch die Bildungsinstitute müssen sich der Herausforderung stellen, flexible und individuelle Angebote zum lebensbegleitenden Lernen zu entwickeln, die den veränderten arbeitsmarkt- und betrieblichen Anforderungen Rechnung tragen. Vielerorts können sie sich mit neuen Angebotsfeldern auch zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten nutzbar machen.

Die Bundesregierung setzt sich zum Ziel, die vorhandenen „stillen Reserven“ für den Arbeitsmarkt zu erschließen, insbesondere durch Qualifizierung, Weiterbildung und Einstiegserleichterungen. Dabei wird, entsprechend den Vereinbarungen im Fachkräftekonzept der Bundesregierung, insbesondere auch die Gruppe der Frauen und der Alleinerziehenden ins Blickfeld genommen, um die Wünsche nach Erweiterung der Erwerbstätigkeit speziell für diese Gruppen zu realisieren.

Die Bundesregierung wird zudem zusätzliche Initiativen ergreifen, um die Qualifizierungs- und Weiterbildungsaktivitäten von Wirtschaft und Sozialpartnern zu fördern und zu flankieren:

- Mit der Informationsoffensive „Berufliche Bildung – praktisch unschlagbar“ (Start Herbst 2011) soll die Attraktivität der beruflichen Bildung gesteigert werden. Sie ist Bestandteil des 2010 verlängerten und neu ausgerichteten Ausbildungspaktes, der verstärkt sowohl benachteiligte Jugendliche als auch leistungsstärkere junge Menschen in den Blick nimmt. Zugleich wirbt die Kampagne für Weiterbildung und informiert über Angebote und Fördermöglichkeiten. Eine Workshop-Reihe zur beruflichen Weiterbildungsförderung ist im März 2012 gestartet.
- Deutlich mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern soll der Zugang zu Weiterbildungsangeboten ermöglicht werden. Die Bundesregierung wird hierzu mit den Ländern, den Sozialpartnern und anderen Partnern regionale Weiterbildungsbündnisse in Gang setzen. Es sollen Modelle entwickelt werden, mit denen die Akteure vor Ort vernetzt werden, um ein besseres, passgenaueres und transparentes Weiterbildungsangebot sowie eine effektive Verzahnung von Aus- und Weiterbildung zu erreichen. Dabei sollten zum einen die Erfahrungen mit dem kommunalen Bildungsmanagement aus dem Programm „Lernen vor Ort“ genutzt und zum anderen die Kompetenzen der knapp 600 Beratungsstellen für die Bildungsprämie einbezogen werden. Die Bundesregierung wird hierzu den Dialog mit den Ländern, den Sozialpartnern und anderen Partnern aufnehmen.

- Um die individuelle berufliche Weiterbildung der Erwerbstätigen zu unterstützen und dies insbesondere auch denjenigen zu ermöglichen, die davon aus finanziellen Gründen ausgeschlossen sind, wird die Bundesregierung ab dem Jahr 2012 die Weiterbildungsbeteiligung durch eine zweite Förderphase der Bildungsprämie unterstützen.

- Aufgrund der wachsenden Bedeutung der Weiterbildung wird die Erforschung von beruflicher Weiterbildung, unter anderem zur arbeitsplatzintegrierten Kompetenzweiterentwicklung, zur Organisations- und Arbeitsgestaltung und zu lebensbegleitendem Lernen, vorangetrieben.

- Um den Anteil funktionaler Analphabeten in Deutschland langfristig zu senken, hat die Bundesregierung im Jahr 2011 zusammen mit den Ländern eine gemeinsame nationale Strategie zur Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener gestartet. Teil dieser Strategie ist eine im Jahr 2012 stattfindende Öffentlichkeitskampagne.

3. Rahmenbedingungen für ein längeres Arbeiten gestalten, Lebensleistung in der Rente belohnen, Vorsorge für das Alter honorieren

Die Bundesregierung wird die Rahmenbedingungen für ein längeres Arbeiten weiterentwickeln und dabei insbesondere Optionen stärken, die eine Verteilung der Lebensarbeitszeit sowie die Übergänge in die Rente entsprechend den individuellen Präferenzen erleichtern. Flexibilität mit Blick auf die Lebensarbeitszeit wird für Betriebe und Mitarbeiterschaft immer wichtiger.

Sie wird mit der Kombirente neue Möglichkeiten schaffen, Rente und Erwerbstätigkeit flexibel miteinander zu kombinieren. Damit wird es den Menschen ermöglicht, individuelle Lösungen beim Übergang in die Rente zu verwirklichen. Auch wird sie im Hinblick auf die Alterung der Bevölkerung weiterhin sicherstellen, dass die Lebensleistung in der Rente gerecht belohnt wird und dafür die notwendigen Reformen auf den Weg bringen.

Die Bundesregierung steht zur Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre, weil dies aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung notwendig und zur Begrenzung des drohenden Fachkräftemangels erforderlich ist. Die längere Beteiligung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sichert volkswirtschaftlich den Wohlstand, stabilisiert die Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung, stärkt die Gerechtigkeit zwischen den Genera-

tionen, indem eine Überforderung der Jüngeren verhindert wird, und erhöht das Einkommensniveau für die künftigen Rentnerinnen und Rentner. Mit dieser Maßnahme wird die demografie- und zukunftsste Ausgestaltung der Rentenversicherung gestärkt.

Die Bundesregierung wird als Ergebnis des seit Herbst 2011 mit Vertretern der Rentenversicherung, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, Arbeitgeber und weiterer Institutionen und Akteure sowie mit Fachpolitikern geführten Rentendialogs ein Rentenpaket mit zielgenauen Maßnahmen auf den Weg bringen.

- Mit der geplanten Zuschussrente honorieren wir in der Alterssicherung die Lebensleistung von Menschen im Niedriglohnbereich und insbesondere auch Zeiten der Kindererziehung und der Pflege. Damit berücksichtigen wir in besonderer Weise auch die Biografieverläufe von Frauen und geben ihnen die notwendige Sicherheit für das Leben im Alter. Zugleich motivieren wir zur ergänzenden Altersvorsorge, sei es durch betriebliche Altersrenten oder sei es durch private Vorsorgeleistungen mit der Riester-Rente. Denn es ist nicht gerecht, wenn Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet und Familienleistungen erfüllt und zusätzlich vorgesorgt haben, oft nicht besser dastehen als Menschen, die im Erwerbsleben keinen Grundstock für ihr Alter gebildet oder sich schlicht nicht um ihre Alterssicherung gekümmert haben. Bei Bezug der Zuschussrente wird die zusätzliche Altersvorsorge voll erhalten bleiben; sie soll nicht angerechnet werden, sondern das Alterseinkommen eins zu eins erhöhen. Weil wir auf Eigenvorsorge setzen und diese honorieren, ist es nötig, bestehende Mängel bei der Riester-Rente zu beseitigen. Deshalb wird die Bundesregierung die Riester-Rente verbraucherfreundlicher und transparenter gestalten.
- Wir verbessern den Schutz bei Erwerbsminderung und schaffen die Möglichkeit zur Zahlung von freiwilligen Zusatzbeiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung, unter anderem zur zusätzlichen Absicherung bei Erwerbsminderung. Die Zurechnungszeit bei Erwerbsminderungsrenten wird stufenweise von heute 60 auf 62 Jahre angehoben. Erwerbsgeminderte werden langfristig dann so gestellt, als ob sie mit dem bisherigen Einkommen zwei Jahre länger als bisher weiter gearbeitet hätten. Die Verlängerung erfolgt parallel zur Anhebung der Regelaltersgrenze. Zudem soll die Bewertung der Zurechnungszeit verbessert werden.
- Um ein längeres Erwerbsleben zu fördern, wird die Bundesregierung bessere Möglichkeiten schaffen, um Rente und Erwerbstätigkeit flexibel zu kombinieren. Die Kombirente soll für die Zeit des vorzeitigen Rentenbezugs ein Einkommen aus Rente und Hinzuverdienst in der Höhe des früheren Brutto-Einkommens erlauben. Rentner sollen dann auch neben einer vorzeitigen Vollrente regelmäßig mehr als die bislang gestatteten 400 Euro hinzuverdienen können. Bei Überschreiten der individuellen Hinzuverdienstgrenze soll die Rentenhöhe stufenlos angepasst werden. Das erhöht die Anreize, länger im Erwerbsleben zu bleiben.
- Der Wandel der Arbeitswelt hat in den vergangenen Jahren eine zunehmende Fluktuation zwischen abhängiger Beschäftigung und selbstständiger Tätigkeit mit sich gebracht. Zudem ist die Zahl der Selbstständigen stark angestiegen (2010: 4,3 Millionen Selbstständige, davon 2,4 Millionen Solo-Selbstständige), wobei ca. drei Millionen nicht obligatorisch in einem öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystem versichert sind. Deswegen wird die Bundesregierung Reformen auf den Weg bringen, die sicherstellen, dass auch Selbstständige vorsorgen, um später eine auskömmliche Rente oberhalb der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch zu erhalten. Das ist ein entscheidender Schritt, um Armut im Alter vorzubeugen.
- Die Bundesregierung wird prüfen, wie die Rahmenbedingungen für die Verteilung der Arbeitszeit über den gesamten Lebenslauf so verbessert werden können, dass eine Orientierung an den individuellen Bedürfnissen erleichtert wird und Arbeitszeiten auf Langzeitkonten angesammelt und für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, für Weiterbildung oder für eine Kombination von Arbeit und Rente verwendet werden können. Wir wissen, dass das Potenzial von Langzeitarbeitskonten im Hinblick auf eine flexiblere Gestaltung der Lebensarbeitszeit bei Weitem noch nicht ausgeschöpft ist. Bislang führen erst 40.000 Betriebe (zwei Prozent) in Deutschland „echte“ Langzeitkonten/Wertguthaben, auf denen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter größere Arbeitszeitguthaben mit dem Ziel längerfristiger Freistellungen ansparen können. Der Anteil bei Betrieben mit 500 und mehr Beschäftigten liegt mit 13 Prozent allerdings deutlich über dem Schnitt. Die Bundesregierung setzt deshalb bei der weiteren Verbreitung von Wertguthaben vor allem auf die Sozialpartner.

In Zeiten, in denen sich Arbeit verdichtet und Fachkräfte knapp werden, bieten Langzeitkonten beiden Seiten Vorteile. In der Chemiebranche haben Langzeitarbeitskonten durch den Demografietarifvertrag bereits eine weite Verbreitung. Rund die Hälfte der etwa 300.000 Beschäftigten verfügt dort über ein Langzeitarbeitskonto.

- Die Bundesregierung wird die Forschungsagenda „Das Alter hat Zukunft“ nutzen, um das Wissen über die spezifischen Innovationspotenziale Älterer und die altersspezifischen Lebens-, Lern- und Arbeitsbedingungen zu verbessern und darauf bezogene spezifische Konzepte für die Personalgewinnung, die Betriebsorganisation, moderne Arbeitszeitmodelle und altersgerechte Arbeitsplätze gemeinsam mit den Unternehmen zu entwickeln. Diesen Fragen ist der Schwerpunkt „Kompetenzen und Erfahrungen älterer Menschen für Wirtschaft und Gesellschaft nutzen“ der Forschungsagenda gewidmet. In diesem Rahmen wird 2012 unter anderem ein neuer Forschungsförderschwerpunkt zum Thema „Mit 60+ mitten im Arbeitsleben – Assistierte Arbeitsplätze im demografischen Wandel“ eingerichtet.

4. Für eine Kultur des längeren Arbeitens sensibilisieren und Kooperation der Akteure verstärken

Die Arbeitswelt muss mehr als bisher alters- und altersgerecht gestaltet werden. Die Potenziale der Älteren müssen besser erkannt und systematisch erschlossen werden. Dies kann nur gelingen, wenn die einzelnen Unternehmen wie auch die Tarif- und Sozialpartner dieses Thema zu einem Schwerpunkt ihrer Gestaltungsmöglichkeiten machen. Sie alle tragen in erster Linie die Verantwortung, dass gesunde, motivierte und produktive Arbeit der gesamten Belegschaft über alle Altersstufen hinweg das Betriebsleben der Zukunft kennzeichnen.

Die Bundesregierung wird dazu durch ressortübergreifende Prioritätensetzungen beitragen. Zudem wird sie Maßnahmen vorantreiben, die geeignet sind, die Auseinandersetzung mit einer alters- und altengerechten Arbeitswelt in der Breite der betrieblichen Praxis voranzubringen.

- Die Bundesregierung wird eine ressortübergreifende Initiative zur Förderung eines gesunden und produktiven Arbeitslebens in Deutschland auf den Weg bringen und in diesem Rahmen die Maßnahmen der Bundesressorts, insbesondere in den Bereichen Ge-

sundheitsförderung, Arbeitsschutz, Weiterbildung und Arbeitszeitgestaltung, in einem Gesamtkonzept aufeinander abstimmen. Sie wird zu diesen Themen mit den Sozialpartnern in einen Dialog eintreten, sich mit diesen unter Berücksichtigung vorhandener Konzepte und Erhebungen auf ein Monitoringsystem für gesundes und produktives Arbeiten verständigen und dessen breiten Einsatz in der betrieblichen Praxis unterstützen.

- Um weiterhin innovations- und wettbewerbsfähig zu sein, sind die Unternehmen zunehmend gefordert, ihren Beschäftigten ein attraktives, motivierendes und gesundes Arbeitsumfeld zu bieten. Nur so gelingt Mitarbeiterbindung, Erhalt der Arbeitsfähigkeit und Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit. Die Initiative „Neue Qualität der Arbeit“ unterstützt Betriebe dabei, eine moderne Unternehmenskultur zu etablieren, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konsequent in den Mittelpunkt stellt. Entlang der Themen „Personalführung“, „Chancengleichheit und Diversity“, „Gesundheit“ sowie „Wissen und Kompetenz“ ist die Förderung und Weiterentwicklung im Rahmen der ganzheitlich ausgerichteten Strategie unter anderem darauf ausgerichtet, dass

- Unternehmen von Unternehmen lernen und sich austauschen (zum Beispiel „Das Demographie Netzwerk – ddn“),
- Handlungsleitfäden unter anderem zum Erhalt der psychischen Gesundheit (PSYGA) erstellt werden,
- Selbstcheck-Tools für Unternehmen (INQA-Unternehmenscheck „Guter Mittelstand: Erfolg ist kein Zufall“) in der betrieblichen Praxis Wirkung entfalten,
- ein freiwilliges Angebot eines Audits „Arbeitgeber der Zukunft“ für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) gestaltet und unterbreitet wird,
- Benchmarkangebote initiiert werden und
- im Rahmen eines ESF-Programms für KMU-Beratungsangebote zur betriebsbezogenen Sicherung der Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit unterstützt werden.

- Die Bundesregierung unterstützt die Anstrengungen der Sozialpartner zur demografiefesten Gestaltung von Arbeit. Die Familienfreundlichkeit der Arbeits-

bedingungen sowie die stärkere Verbreitung von Langzeitkonten und Wertguthaben in der betrieblichen Praxis einschließlich der Möglichkeit, Wert- und Zeitguthaben auch für Zeiten der verstärkter Verantwortungsübernahme in der Familie oder der Qualifizierung und Weiterbildung nutzen zu können, sind aus Sicht der Bundesregierung hierfür wichtige Ansatzpunkte. Ein erfolgreiches Beispiel ist der Demografietarifvertrag in der Chemiebranche, dessen Umsetzung durch die Initiative „Neue Qualität der Arbeit“ unterstützt wird. Die Bundesregierung wird den Dialog fortsetzen und intensivieren sowie gezielt Unterstützung mit dem Ziel anbieten, in weiteren Branchen zukunftsorientierte Tarifverträge zur Bewältigung des demografischen Wandels anzustoßen.

- Die Bundesregierung berichtet regelmäßig (jährlich in den sogenannten „Fortschrittsreports“) über die Entwicklung altersgerechter Arbeitsbedingungen, Beispiele guter Praxis und neue Erkenntnisse und Fortschritte. Auf die laufende Beobachtung und Bilanzierung sowie regelmäßige Gespräche und Vereinbarungen mit den Sozialpartnern aufbauend, wird die Bundesregierung den weiteren Handlungsbedarf konkretisieren und die Rahmenbedingungen für ein längeres Arbeiten gemeinsam mit Arbeitgebern und Gewerkschaften verbessern.

Schwerpunktmaßnahmen:

- Gesundheitliche Präventionsstrategie mit Schwerpunkt betriebliche Gesundheitsförderung auf den Weg bringen.
- Weiterbildungsallianzen mit den Ländern und den Sozialpartnern in den Regionen entwickeln.
- Lebensleistung – langjährige Erwerbsarbeit mit niedrigem Einkommen, Kindererziehung und Pflege – in der Rente besser honorieren und Anreiz zur zusätzlichen Vorsorge erhöhen; Möglichkeiten schaffen, um Rente und Erwerbstätigkeit flexibel zu kombinieren.
- Die Verteilung der Arbeitszeit über den gesamten Lebenslauf erleichtern und etwa durch die Kombination von Arbeit, Kindererziehung, Pflege und Weiterbildung sowie Arbeit und Rente fördern.
- Eine ressortübergreifende Initiative zur Förderung eines gesunden und produktiven Arbeitslebens starten.
- Die Entwicklung der altersgerechten Arbeitswelt und die Schaffung altersgerechter Arbeitsplätze fördern.
- Den Dialog zur demografiefesten Gestaltung von Arbeit fortsetzen und intensivieren mit dem Ziel, weitere zukunftsorientierte Tarifverträge zur Bewältigung des demografischen Wandels anzustoßen.

C. Selbstbestimmtes Leben im Alter

Ziele:

- Selbstbestimmtes Leben, Aktivität im Alter fördern und das Leitbild der sorgenden Gemeinschaft etablieren.
- Gesellschaftliche Teilhabe im Alter ermöglichen und das Engagementpotenzial aller Generationen aktivieren.
- Gesundes Altern unterstützen, qualitätsvolle und bedarfsgerechte Pflege und Betreuung sichern.

Mehr als die Hälfte der heute geborenen Kinder wird das nächste Jahrhundert erleben und sieht damit einer Lebenserwartung entgegen, die frühere Generationen so nicht kannten. Die meisten Menschen verbringen nach ihrem aktiven Berufsleben viele Lebensjahre in körperlicher und geistiger Gesundheit. Immer mehr ältere Menschen sehen die Altersphase nicht als „Ruhestand“, sondern als Chance, sich mit ihrem Wissen und ihrer Lebenserfahrung in unsere Gesellschaft einzubringen. Wenn die Zeit aktiv und selbstbestimmt genutzt wird, sind die gewonnenen Jahre auch ein wirklicher Gewinn für den Einzelnen und die Gesellschaft. Deshalb fördert die Demografiepolitik der Bundesregierung die Teilhabe Älterer am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben und die Selbstbestimmtheit bis ins hohe Alter – auch bei Hilfe- und Pflegebedürftigkeit.

Die Bundesregierung setzt sich für eine Gesellschaft ein, die den Erfahrungen und den Kompetenzen der älteren Generationen eine besondere Wertschätzung entgegenbringt und ihnen neue Möglichkeiten der Beteiligung und des Engagements eröffnet. Wo immer möglich, sollte dies im Rahmen eines generationenübergreifenden Miteinanders stattfinden.

Die Lebensqualität im Alter wird neben den Angeboten zur gesellschaftlichen Teilhabe und der damit verbundenen sozialen Integration vor allem vom eigenen Wohlbefinden, der körperlichen und geistigen Mobilität und der Erwartung, die Nacherwerbsphase auch bei Hilfebedürftigkeit so lange wie möglich in der gewohnten Umgebung und der vertrauten Wohnung zu verbringen, bestimmt.

Das ist der überragende Wunsch der allermeisten älteren Menschen. Altersgerechtes Wohnen und altersgerechte Mobilität sowie wohnortnahe Angebote der Daseinsvorsorge und die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs sind Grundvoraussetzungen für die möglichst lange Erhaltung von Selbstständigkeit und selbstbestimmtem Leben im Alter. Vermeidung oder Aufschub von Hilfe- und Pflegebedürftigkeit sind für jeden Einzelnen ein wichtiges Anliegen. Auch die Gesellschaft kann Kosten sparen und die Solidargemeinschaft der Versicherten beziehungsweise die sozialen Sicherungssysteme entlasten, wenn sie Mittel und Wege findet, die Menschen beim Erhalt ihrer Selbstständigkeit im Alter zu unterstützen.

Die Bundesregierung wird daher die unterschiedlichen Ansatzpunkte zur Unterstützung eines aktiven, sozial integrierten, gesunden und selbstbestimmten Lebens im Alter in einem Gesamtansatz strategisch bündeln. Die Maßnahmen reichen von der Gesundheitsprävention bis zur Nutzung moderner Technik in Verbindung mit innovativen Dienstleistungen. Vorhandene Erfahrungen auf lokaler Ebene sollen gezielt ausgewertet und aufbereitet werden, um einen Prozess des Wissens- und Erfahrungstransfers zwischen Kommunen und Landkreisen einzuleiten und zu begleiten.

Die Zahl der hochbetagten und pflegebedürftigen Menschen, die auf Hilfe und Unterstützung anderer angewiesen sind, wird demografisch bedingt dennoch deutlich zunehmen. Die Fragen des Alterns in Würde, einer menschenwürdigen Pflege und einer hochwertigen Versorgung bei alterstypischen Krankheiten wie Demenz und körperlichen Beeinträchtigungen werden daher weiter im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen. Betreuung und Pflege müssen entsprechend angepasst werden. Hier kommt auch zukünftig der Familie eine tragende Rolle zu, die die Bundesregierung stärken will.

Da aber immer mehr Menschen alleinstehend sind oder aus anderen Gründen auf familiäre Hilfe nicht zurückgreifen können oder wollen, gewinnen neue Formen ambulanter Pflege oder Betreuung einschließlich sozialer Netzwerke und nachbarschaftlicher Hilfen zunehmend an Bedeutung. Um den Wünschen der Pflegebedürftigen nach einer Versorgung im häuslichen Umfeld zu entsprechen und die Pflege auch langfristig sicherzustellen, gilt

es vor allem, in den Kommunen differenzierte ambulante Angebote bereitzuhalten und diese sinnvoll mit allen anderen Angeboten zu vernetzen. Eine bedarfs- und sachgerechte Sozialraumgestaltung unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft unter dem Leitbild der „Sorgenden Gemeinschaft“ vor Ort ist angesichts der demografischen Entwicklung von höchster Bedeutung.

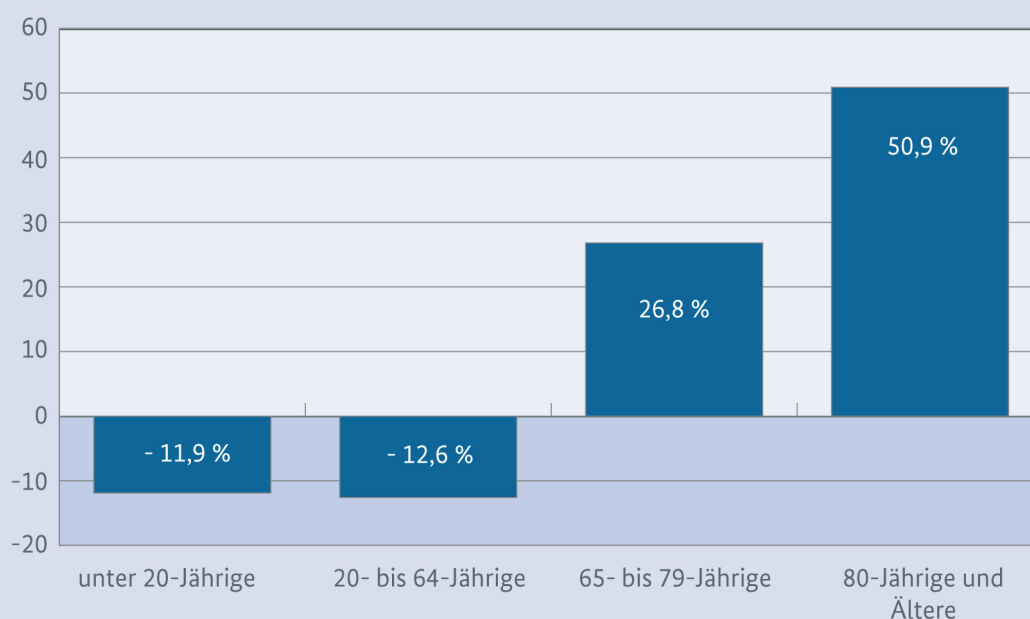
Die Bundesregierung will durch geeignete Rahmenbedingungen die Entfaltung des Potenzials einer dem Menschen zugewandten Gesellschaft fördern. Hier wird es ganz wesentlich auch auf die staatlichen und nichtstaatlichen Akteure vor Ort ankommen. Kreative und den jeweiligen Bedingungen angepasste Versorgungsstrukturen haben Vorrang vor zentralen Einheitslösungen.

Box 3: Daten und Fakten

Bis 2030 wird sich die Bevölkerungszahl in den Altersgruppen sehr unterschiedlich entwickeln. In den Gruppen der Menschen im jüngeren und mittleren Alter wird die Bevölkerungszahl um über 10 Prozent zurückgehen. Dagegen wird die Gruppe der „jüngeren Alten“ (65 bis 79 Jahre) um mehr als ein Viertel und die der 80-Jährigen und Älteren um mehr als die Hälfte zunehmen.

Entwicklung der Bevölkerungszahl nach Altersgruppen

Veränderung 2030 gegenüber 2010 in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt, 12. koordinierte Bevölkerungsprognose, Variante 1-W2

Die verbleibende Lebenserwartung der 65-Jährigen beträgt 2010 bei Frauen 21 und bei Männern 17 Jahre. Erfreulich ist, dass die Menschen nicht nur länger leben, sie können die gewonnene Zeit auch überwiegend in Gesundheit gestalten. Der Anteil der Menschen, die sich gesundheitlich beeinträchtigt fühlte, betrug nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 2009 bei den 65- bis 69-Jährigen nur etwa 17 Prozent, bei den 70- bis 74-Jährigen 21 Prozent und bei der Altersgruppe der 75-Jährigen und Älteren 29 Prozent.

Mit mehr älteren Menschen ist jedoch insbesondere in den späteren Jahren auch ein Anstieg der Pflegebedürftigkeit verbunden. Nach Vorausberechnungen der Statistischen Ämter von Bund und Länder dürfte die Zahl der Pflegebedürftigen bis zum Jahr 2020 von derzeit rund 2,4 Millionen auf rund 2,9 Millionen (+ 20 Prozent) und bis zum Jahr 2030 auf 3,4 Millionen (+ 40 Prozent) ansteigen. Diese Vorausberechnung geht von gleichbleibenden Pflegequoten aus. Wenn es gelingt, mit der steigenden Lebenserwartung auch den Eintritt der Pflegebedürftigkeit in ein durchschnittlich höheres Lebensalter zu verschieben, kann der Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen deutlich geringer ausfallen.

1. Selbstbestimmtes Leben und Aktivität im Alter fördern

Wir wissen aus Erfahrungen wie auch aus der Altersforschung: Sowohl die körperliche als auch die seelische und geistige Entwicklung sind bis ins hohe Alter positiv beeinflussbar. Sich Ziele und Aufgaben zu setzen, Neues zu lernen, sich im privaten wie im gesellschaftlichen Umfeld zu engagieren – all dies sind wichtige Formen der Selbstentfaltung. Mit Hilfe von neuen Formen des Wohnens, der Mobilität, der wohnortnahen Versorgung, der gegenseitigen Hilfe über Familiengrenzen hinweg und neuer Engagementstrukturen können Staat und Bürgergesellschaft Rahmenbedingungen schaffen, die es erleichtern, bis ins hohe Alter aktiv und selbstbestimmt zu leben. Auch Sport hilft, aktiv und gesund zu bleiben, und schafft damit die Voraussetzungen für ein würdevolles und selbstbestimmtes Altern. Die Sportvereine verdienen daher Unterstützung, das Ehrenamt ist zu fördern. Dazu ist auch die Vermittlung adäquater Altersbilder erforderlich, was beinhaltet, in unserer Gesellschaft, in Medien, Kirchen, Sport und Kultur die großen Potenziale des Alters deutlicher anzusprechen. Unsere Gesellschaft profitiert von dem zusätzlichen sozialen Wohlstand, der so geschaffen wird.

Die Bundesregierung sieht in der Schaffung von Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes Leben und Aktivität im Alter eine Schwerpunktaufgabe der Demografiepolitik. Sie will das Interesse insbesondere auch der älteren Menschen an gesellschaftlicher Mitverantwortung aufgreifen, die Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes und aktiv gestaltetes Alter verbessern sowie zu differenzierten und realistischen Altersbildern beitragen.

- Die Bundesregierung wird in diesem Jahr Eckpunkte zu einem langfristig orientierten, strategischen „Konzept Selbstbestimmtes Altern“ entwickeln. Sie wird im Rahmen dieses Konzepts ihre Unterstützungsmöglichkeiten von der Gesundheitsvorsorge im Alter über die Förderung altersgerechter Wohnformen einschließlich der Förderung ambulanter Wohngruppen für Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz bis hin zur stärkeren Nutzung technischer Assistenzsysteme und der Weiterentwicklung und Stärkung der Engagementstrukturen ressortübergreifend bündeln.

Mit den Kommunen, der Wohnungswirtschaft, Bauträgern, Sozialverbänden, örtlichen Leistungserbringern und anderen Akteuren vor Ort wird sie unter dem Leitbild der „Sorgenden Gemeinschaften“ in einen intensiven Dialog treten, wie auf regionaler bzw. kommunaler Ebene die Rahmenbedingungen für selbstbe-

stimmtes Leben im Alter einschließlich der Betreuung und Pflege im häuslichen Umfeld verbessert werden können. Dabei gilt es, vor Ort geeignete Infrastrukturen und differenzierte ambulante Angebote unter Einbindung des bürgerschaftlichen Engagements aufzubauen bzw. weiterzuentwickeln und diese sinnvoll mit anderen Angeboten zu vernetzen. Die Bundesregierung will dazu neben ihren Unterstützungsmöglichkeiten im Rahmen des o. g. „Konzeptes Selbstbestimmten Alterns“ durch Information und die Förderung des Erfahrungsaustausches beitragen. Damit will sie die Verbreitung schon vorhandener, vorbildlicher Lösungsansätze in der Fläche fördern und Anliegen der regionalen Akteure bei der Konzeption ihrer Unterstützungsmöglichkeiten besser berücksichtigen.

- Um Neugier und Beweglichkeit von älteren Menschen nach Ende ihres Berufslebens zu fördern, sind optimal angepasste Angebote notwendig, die die gesamte Biografie als Lernprozess begleiten. Die Bundesregierung fördert dies im Rahmen des Programms „Lernen vor Ort“. Die Erfahrungen aus diesem Programm werden allen interessierten Kommunen in einer Transferphase ab 2013 zur Verfügung gestellt.
- Durch die Fortführung des Programms „Soziales Wohnen im Alter“ wird die Bundesregierung zu einem selbstständigen Wohnen im Alter und bei einsetzender Pflegebedürftigkeit beitragen. Das KfW-Eigenmittelprogramm „Altersgerecht Umbauen“ hilft Eigentümern und Vermietern, Barrieren im Wohnungsbestand für ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen abzubauen. Dabei werden die Ergebnisse aus den Forschungsprojekten und Modellvorhaben zur Sensibilisierung und Beratung der Akteure auf dem Wohnungsmarkt einbezogen. Die Bundesregierung wird diese Maßnahmen weiterhin unterstützen. Ein zeitlich befristetes Initiativprogramm zur Förderung ambulant betreuter Wohngruppen ist im Rahmen der Umsetzung der Pflegereform vorgesehen.
- Mit der Förderinitiative zur Entwicklung von technisch basierten Systemen unterstützt die Bundesregierung ältere Menschen im Alltag und trägt zum stärkeren Einsatz von altersgerechten Assistenzsystemen im Lebensumfeld (AAL) bei.

Das bereits Ende 2011 vorgestellte Verkehrssicherheitsprogramm wird mit einem besonderen Schwerpunkt auf die Erhaltung einer sicheren Mobilität älterer Verkehrsteilnehmer umgesetzt.

- Eine wichtige Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben im Alter ist auch, dass sich Menschen möglichst frei von Furcht im privaten und öffentlichen Raum und in der virtuellen Welt – im Internet – bewegen können. Soweit es der Schutz älterer Menschen vor Gewalt, Betrug und sonstigen vermögensschädigenden Handlungen erfordert, wird die Bundesregierung im Rahmen ihrer kriminalpräventiven Bemühungen diesem Aspekt besondere Aufmerksamkeit widmen und ihre Aufklärungsmaßnahmen verstärken.
- Die Forschungsagenda „Das Alter hat Zukunft“ wird mit den Forschungsfeldern „Älter werden bei guter Gesundheit“, „Gesellschaftliche Teilhabe: Mobil und in Verbindung bleiben“ und „Sicher und unabhängig wohnen“ diese strategischen Ziele begleiten. Zu diesem Zweck wurde unter anderem bereits 2011 der neue Forschungsförderschwerpunkt „Mobil bis ins hohe Alter – nahtlose Mobilitätsketten zur Beseitigung, Umgehung und Überwindung von Barrieren“ eingerichtet. Hinzu kommt Ressortforschung zu speziellen Themen wie altersgerechtes Bauen und Wohnen, altersgerechte Mobilität, Verkehrssicherheit und Verkehrsinfrastrukturen. Damit stärkt die Bundesregierung den Beitrag der Forschung und Lehre.

2. Gesellschaftliche Teilhabe im Alter ermöglichen und Engagementpotenzial aller Generationen aktivieren

Im ehrenamtlichen Engagement sieht die Bundesregierung ein wichtiges Instrument, um gesellschaftliche Teilhabe im Alter zu ermöglichen und das Engagementpotenzial in der Bevölkerung – vom bürgerschaftlichen Engagement des Einzelnen bis hin zu den vielfältigen Vereins- und Organisationsformen – vor Ort zu aktivieren. Dies stärkt auch das Miteinander der Generationen. Mittelfristig wird die Entwicklung einer differenzierten, flächendeckenden Struktur der Förderung des Engagements insbesondere auch im Alter, der Selbstorganisation und Nachbarschaftshilfe angestrebt.

- Die weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen für Engagement vor allem in den Kommunen im Rahmen der Nationalen Engagementstrategie hat unter anderem das Ziel, Teilhabe und Engagement aller Menschen, insbesondere jedoch der Älteren noch weiter zu stärken. In diesem Zusammenhang spielt schon heute das Konzept der Genossenschaften und der Zeitbanken als organisierte Formen der Nachbarschaftshilfe in verschiedenen Kommunen eine wichtige Rolle. Die Bundesregierung wird im Jahr 2012 prüfen, ob und gegebenenfalls wie sie dazu beitragen kann, dass diese Konzepte stärker genutzt und breiter verankert werden können. Dabei sind mit Genossenschaften und Zeitbanken in diesem Kontext lokale Vereinigungen zur Erbringung gegenseitiger Leistungen des bürgerschaftlichen Engagements vorrangig auf Grundlage einer vorwiegend geldlosen Tauschwirtschaft gemeint.
- Mit der Einführung des Bundesfreiwilligendienstes hat die Bundesregierung die Freiwilligendienste für Menschen jeden Alters geöffnet. Dies bietet gute Voraussetzungen, um die großen Potenziale und Fähigkeiten auch älterer Menschen als wertvolle Ressource im demografischen Wandel stärker zur Entfaltung zu bringen.
- Mit dem Anfang 2012 an 450 Standorten gestarteten Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser II sollen die Häuser zu Knotenpunkten für freiwilliges Engagement und generationenübergreifende Arbeit weiterentwickelt und gemeinsam mit den Ländern und Kommunen nachhaltig gesichert werden. Um soziale Kontakte zu erleichtern und Beweglichkeit im Alltag zu unterstützen, sollen unter Nutzung bereits bestehender Strukturen eng in das Wohnumfeld integrierte Anlaufstellen für ältere Menschen geschaffen werden. Angebote existierender Einrichtungen wie zum Beispiel die der Mehrgenerationenhäuser sollen bedarfsorientiert erweitert werden, etwa hinsichtlich Informationen, niedrigschwelliger Hilfen und Beratung für ältere Menschen.
- Zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements ist die Vergabe eines Gütesiegels zur Vereinbarkeit von Beruf und Engagement gemeinsam mit Vertretern insbesondere von Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften, Ländern, kommunalen Spitzenverbänden, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, vom Deutschen Olympischen Sportbund, von Stiftungen, Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern geplant.
- Das ehrenamtliche Engagement ist auch als Grundlage des Bevölkerungsschutzes auf Dauer zu stärken und zu fördern. Um die Einsatzbereitschaft des Technischen Hilfswerks (THW), der Freiwilligen Feuerwehren und der Hilfsorganisationen langfristig sicherzustellen, will die Bundesregierung aus laufenden Projekten und Kampagnen eine umfassende Strategie zur Helferwerbung und -bindung entwickeln.

- Ein wichtiges Anliegen der Bundesregierung ist auch, die vielfältigen im Europäischen Jahr 2011 gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse auf dem Gebiet der Freiwilligentätigkeit in das Europäische Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen 2012 überleiten und in die Umsetzung einbringen zu können. Daher wurden für die Umsetzung des Europäischen Jahres 2012 in Deutschland insbesondere die Potenziale Älterer für die Zivilgesellschaft (gesellschaftliches Engagement und Teilhabe älterer Menschen) als ein Schwerpunktthema ausgewählt, zu dem verschiedene Projekte gefördert werden.

3. Gesundes Altern unterstützen

Der demografische Wandel in Deutschland wird die Gesundheitsversorgung vor große Herausforderungen stellen. Damit ältere Menschen die gewonnenen Lebensjahre bei möglichst guter Gesundheit verbringen und Pflegebedürftigkeit vermieden oder hinausgeschoben wird, hat die Bundesregierung – auch in Kooperation mit anderen Akteuren aus dem Gesundheits- und Pflegebereich – bereits zahlreiche Aktivitäten entfaltet und plant, weitere Schwerpunktmaßnahmen zu initiieren.

- Die Bundesregierung wird im Laufe des Jahres 2012 eine gesundheitliche Präventionsstrategie vorlegen, mit der sie auch spezifisch die Zielgruppe der älteren Menschen anspricht, um dazu beizutragen, dass sie die gewonnenen Lebensjahre bei möglichst guter Gesundheit verbringen können und Pflegebedürftigkeit vermieden oder hinausgeschoben wird.
- Das im Rahmen der Initiative „gesundheitsziele.de“ erarbeitete und am 29. März 2012 vorgestellte Gesundheitsziel „Gesund älter werden“ bietet konkrete Ansätze für die mit dem demografischen Wandel verbundenen Herausforderungen. Es benennt Teilziele und Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und Prävention, zur gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung sowie zu besonderen Aspekten für die Zielgruppe der über 65-Jährigen wie dem Thema Demenz. Das Gesundheitsziel wurde seit 2009 im Kooperationsverbund „gesundheitsziele.de“ von einer Arbeitsgruppe von mehr als 30 Vertreterinnen und Vertretern aus Bund, Ländern, Selbstverwaltung, Zivilgesellschaft und Wissenschaft erarbeitet. Die Arbeitsgruppe wird über die Entwicklung des Ziels hinaus auch die Umsetzung der Maßnahmen begleiten.
- Mit einer gesunden Ernährung und aktiven Lebensweise kann jeder Mensch selbst sehr viel zu einem

gesunden Altern beitragen. Der ressortübergreifende Nationale Aktionsplan „IN FORM – Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung“, der bis 2020 fortgeführt wird, will dies unterstützen und enthält verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung des Ernährungs- und Bewegungsverhaltens für die Zielgruppe der älteren Menschen. Unter anderem wurden Qualitätsstandards für eine ausgewogene Ernährung für die Zielgruppe der älteren Menschen entwickelt. Anbieter oder Einrichtungen können nun unter Gebrauch der neuen Standards durch eine Zertifizierung dokumentieren, dass sie diesen Beitrag zum gesunden Altern leisten.

- Die Bundesregierung wird einen Aktionsplan „Präventions- und Ernährungsforschung“ entwickeln, um Forschungsaktivitäten in diesen beiden Bereichen zu verbessern und Synergieeffekte zu erzielen. Hier werden auch die Belange von älteren Menschen Eingang finden.
- Mit der demografischen Entwicklung wird der Bedarf an medizinischer Versorgung zunehmen. Mit dem zum 1. Januar 2012 in Kraft getretenen GKV-Versorgungsstrukturgesetz hat die Bundesregierung daher die Voraussetzung dafür geschaffen, dass auch in Zukunft eine flächendeckende, wohnortnahe und bedarfsgerechte medizinische Versorgung gewährleistet werden kann.
- Da der Bedarf an Geriatern (Altersmediziner) und Gerontologen (Altersforscher) steigt, die interdisziplinär therapieren, forschen und lehren, beabsichtigt die Bundesregierung, die Einrichtung weiterer Lehrstühle mit Schwerpunkt Geriatrie und Gerontologie durch Fördermittel zu unterstützen. Parallel sollen der Aufbau von Nachwuchsgruppen sowie die gezielte Förderung von herausragenden, interdisziplinär arbeitenden Nachwuchswissenschaftlern erfolgen.

4. Qualitätsvolle und bedarfsgerechte Pflege und Betreuung sichern

Menschen mit Pflegebedarf müssen sich auch zukünftig darauf verlassen können, die erforderlichen medizinischen, pflegerischen, psychologischen und sozialen Leistungen zu erhalten. Dies gilt auch und insbesondere für an Demenz erkrankte Menschen. Deren Lebensqualität kann durch gute Versorgung und Begleitung erkennbar gesteigert und der Krankheitsverlauf verzögert werden. Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft entscheidet sich beim Umgang mit ihren schwächsten Mitgliedern.

Eine qualitätsvolle und bedarfsgerechte Betreuung und Pflege kann der Staat nicht allein sicherstellen. Deshalb kommt es aus Sicht der Bundesregierung neben einer Neuausrichtung der Pflegeversicherung und der Stärkung der Fachkräftebasis auch darauf an, das Engagement und die Leistungen in der Familie, in sozialen Netzwerken und durch ehrenamtlich Tätige zu unterstützen.

Die Bundesregierung wird die Soziale Pflegeversicherung neu ausrichten. Dabei ist die private Vorsorge ein wichtiger Baustein für die persönliche Absicherung in der Zukunft. Die freiwillige private Vorsorge für Leistungen bei Pflegebedürftigkeit soll ab dem 1. Januar 2013 steuerlich gefördert werden.

- Schwerpunkt der Pflegereform ist die Weiterentwicklung des Versicherungsrechts und der Leistungsangebote. Gleichzeitig sollen die Finanzierungsgrundlagen der Pflege angepasst und durch eine steuerliche Förderung der privaten Vorsorge als zusätzlicher Baustein für die Absicherung bei Pflegebedürftigkeit ergänzt werden. Die Pflegereform soll Leistungsverbesserungen insbesondere für Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz, für eine Flexibilisierung der Inanspruchnahme, bei der Betreuung in Wohngruppen über bessere Beratung bis hin zur Entlastung von Angehörigen vorsehen. Beim Ausbau der Betreuungs- und Pflegestrukturen spielt neben der Familie und professionellen Angeboten das Ehrenamt eine wichtige Rolle.
 - Wir brauchen ein neues Verständnis von Pflegebedürftigkeit. Dem wird durch die Entwicklung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs Rechnung getragen, der sich anstelle der stark verrichtungsbezogenen Beurteilung künftig stärker an der Selbstständigkeit orientiert und damit insbesondere Demenzzkranken zugutekommt. Die vorliegenden Vorarbeiten bilden eine wichtige Grundlage. Die noch offenen Umsetzungsfragen werden von einem Expertenbeirat bearbeitet, der seine Arbeit bis zum Ende dieser Legislaturperiode abschließt. Deshalb sollen an Demenz erkrankte Menschen bis zur Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs umfassendere und bessere Leistungen erhalten.
 - Die Bundesregierung sieht vor allem Handlungsbedarf im Hinblick auf die Lebenssituation von Menschen mit Demenz und ihrer Angehörigen. Deshalb wird sie eine „Nationale Allianz für Menschen mit Demenz“ ins Leben rufen. Demenz erfordert ein übergreifendes Vorgehen. Die Bundesregierung wird ihre Aktivitäten
- auf Bundesebene mit den vielfältigen Initiativen engagierter Akteure aus Forschung, Pflege, Gesundheitswesen, Betroffenenvertretungen, Gewerkschaften, Wirtschaft, Ländern und Kommunen verknüpfen und systematisch weiterentwickeln. Sie bringt in dieses Netzwerk neben den Leistungsverbesserungen durch die Pflegereform unter anderem die Umsetzung von Erkenntnissen aus der Zukunftswerkstatt Demenz und die Forschungs- und Modellförderung im Bereich demenzieller Erkrankungen ein. Die Allianz auf Bundesebene unterstützt in einem weiteren Schritt die Bildung von regionalen Hilfenetzen (lokale Allianzen). So soll ein breites gesellschaftliches Verständnis für Demenz und den Umgang mit dieser Erkrankung erreicht, Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung geweckt und die Autonomie Betroffener gestärkt werden.
 - Die Bundesregierung wird die Fachkräftebasis in der Pflege sichern und zukunftsweisende Angebotsstrukturen für Betreuung und Pflege unterstützen. Die „Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege“ von Bund, Ländern und Verbänden wird die Aus-, Fort- und Weiterbildung in der Altenpflege stärken und die Attraktivität des Berufs- und Beschäftigungsfeldes steigern.
 - Die verschiedenen Ausbildungen der Pflegeberufe (Kinderkrankenpflege, Krankenpflege, Altenpflege) werden in einem neuen Berufsgesetz zusammengeführt, um eine professionelle Pflege von Menschen aller Altersgruppen in den unterschiedlichen Versorgungsformen zu gewährleisten und die Attraktivität des Berufsfeldes zu erhöhen.
 - Eine bessere Nutzung von Assistenzen und Hilfen für Betroffene kann auch einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass Menschen ein selbstbestimmtes Leben ohne die Unterstützung eines rechtlichen Betreuers führen können. Die Bundesregierung wird untersuchen, welche Hemmnisse bestehen und welche Verbesserungen möglich sind, um die Funktion der kommunalen Betreuungsbehörde zu stärken, damit andere Hilfen und Unterstützungssysteme im Sinne der Subsidiarität der Betreuung besser aufgezeigt und vermittelt werden können.
 - Die Bundesregierung fördert seit Januar 2012 das Projekt „Pflegeplaner ambulant“, das eine bedarfsgerechte Pflegeplanung erleichtern soll und dazu beiträgt, dass Pflegebedürftige möglichst lange im häuslichen Umfeld verbleiben können.

- Im Rahmen ihrer Forschungsagenda „Das Alter hat Zukunft“ wird die Bundesregierung einen Schwerpunkt auf die Frage legen, wie durch gute Pflege mehr Lebensqualität erzielt werden kann. Im Laufe des Jahres 2012 wird unter anderem mit der Förderung von Verbundvorhaben im neuen Forschungsförderschwerpunkt „Assistierte Pflege von morgen – ambulante technische Unterstützung und Vernetzung von Patienten, Angehörigen und Pflegekräften“ begonnen.

Schwerpunktmaßnahmen:

- Entwicklung von Eckpunkten für ein langfristiges, strategisches „Konzept Selbstbestimmtes Altern“, das unter anderem auch ein selbstbestimmtes Wohnen im vertrauten Umfeld und Mobilität im Alter umfasst.
- Unter dem Leitbild „Sorgende Gemeinschaften“ einen Dialog über zukunftsweisende Formen der Mitverantwortung der Bürgerinnen und Bürger und der Teilhabe sowie vorbildlicher kommunaler beziehungsweise regionaler Strukturen für ein selbstbestimmtes Leben im Alter einschließlich der Pflege und Betreuung führen.
- Rahmenbedingungen für Engagement vor allem in den Kommunen verbessern unter anderem durch breitere Verankerung und Sicherung von integrierten Anlaufstellen und Mehrgenerationenhäusern; Prüfung von genossenschafts- und zeitbankbasierten Modellen und von Möglichkeiten ihrer Unterstützung.
- Neuausrichtung der Pflegeversicherung einschließlich Entwicklung eines neuen Begriffs der Pflegebedürftigkeit.
- Eine „Nationale Allianz für Menschen mit Demenz“ auf den Weg bringen; die Bildung regionaler Hilfenetze unterstützen.
- Pflegeberufe zukunftsgerecht weiterentwickeln; ein Pflegeberufsgesetz auf den Weg bringen.

D. Lebensqualität in ländlichen Räumen und integrative Stadtpolitik fördern

Ziele:

- Unterstützungsmöglichkeiten für Regionen, die vor besonderen demografischen Herausforderungen stehen, besser aufeinander abstimmen.
- Die Attraktivität ländlicher Räume bewahren – Daseinsvorsorge sowie bedarfsgerechte Mobilität und Kommunikation in den ländlichen Räumen sichern.
- Die Städte im demografischen Wandel lebenswert gestalten und integrative Stadtgesellschaften verwirklichen.

Deutschland lebt von seiner Vielfalt. Die Stärken der Regionen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern, ist daher eine der zentralen Zukunftsaufgaben. Unser Land zeichnet sich durch die Zusammengehörigkeit ländlicher und städtischer, industriell, mittelständisch, touristisch oder landwirtschaftlich geprägter Regionen aus. Die identitätsstiftende Funktion der Heimatregion wird umso wichtiger, je weiter die Globalisierung voranschreitet.

Die Regionen sind sehr unterschiedlich von Zu- und Fortzügen betroffen. Viele wirtschaftlich schwächere und periphere ländliche Regionen, aber auch strukturschwache Städte verlieren Menschen, vor allem Jüngere, und verzeichnen daher eine überdurchschnittliche Bevölkerungsabnahme und einen schnelleren Anstieg des Anteils älterer Menschen. Dies wirkt sich nicht nur auf das gesellschaftliche Leben, den Gebäudeleerstand und die Immobilienpreise aus, sondern erschwert eine wohnortnahe Daseinsvorsorge und verschlechtert die Beschäftigungs- und Einkommensperspektiven. Die wirtschaftlich starken Regionen und insbesondere die Zentren profitieren dagegen von Zuwanderung aus anderen Teilen Deutschlands wie auch aus dem Ausland. Die damit verbundene kulturelle Vielfalt ist für viele Stadtregionen prägend, beeinflusst dort die Lebensqualität und erhöht die Attraktivität im internationalen Wettbewerb um hochqualifizierte Köpfe.

Zuwanderung führt dort neben einer Verknappung des Wohnraumangebotes und einer zunehmenden Auslastung öffentlicher Infrastrukturen aber auch zu besonderen Herausforderungen, gerade beim Zusammenleben von Menschen mit verschiedenen kulturellen Hintergründen.

Deutschland bleibt nur lebenswert, wenn es bei diesen Entwicklungen seine Solidarität zwischen den Regionen bewahrt und jede Region faire Entwicklungschancen und Unterstützung erhält. Die Bundesregierung setzt sich deshalb mit Nachdruck für das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse und Zukunftschancen für die Menschen in allen Regionen Deutschlands ein.

Bei der konkreten Ausgestaltung der Lebensverhältnisse in den Regionen können die Antworten der vergangenen Jahrzehnte jedoch nicht unverändert fortgeschrieben werden. Es müssen gerade für die Herausforderungen in ländlichen Räumen neue Antworten für die Sicherung und Verbesserung der Lebensqualität vor Ort gesucht werden. Die Bundesregierung setzt daher einen besonderen Schwerpunkt auf die Unterstützung der Regionen, in denen die demografische Entwicklung zu einem Kreislauf aus zurückgehender Bevölkerungszahl durch eine niedrige Geburtenrate und Abwanderung, sinkender Attraktivität für Einwohner und Wirtschaft sowie Verschlechterung der Daseinsvorsorge und verkehrlichen Infrastruktur führen kann. Hier gilt es, durch gezielte Maßnahmen und Investitionen in Infrastrukturen und regionale Wirtschaft, Arbeits- und Ausbildungsplätze zu erhalten und neu zu schaffen. In strukturschwachen ländlichen Regionen sollen vor allem die Klein- und Mittelzentren als Anker für Stabilität und Beschäftigung in der Region gestärkt werden. Dort, wo die Wege länger werden und die Infrastruktur ausdünn, müssen innovative Angebotsformen für die Daseinsvorsorge, Mobilität und Nahversorgung entwickelt werden. Um Erreichbarkeit, Teilhabe und Zugang zu den erforderlichen Dienstleistungen sicherstellen zu können, werden verstärkt moderne Kommunikation und flexible Mobilitätskonzepte eingesetzt. Die Bundesregierung will dazu die raumwirksamen Unterstützungsmöglichkeiten koordinierter einsetzen.

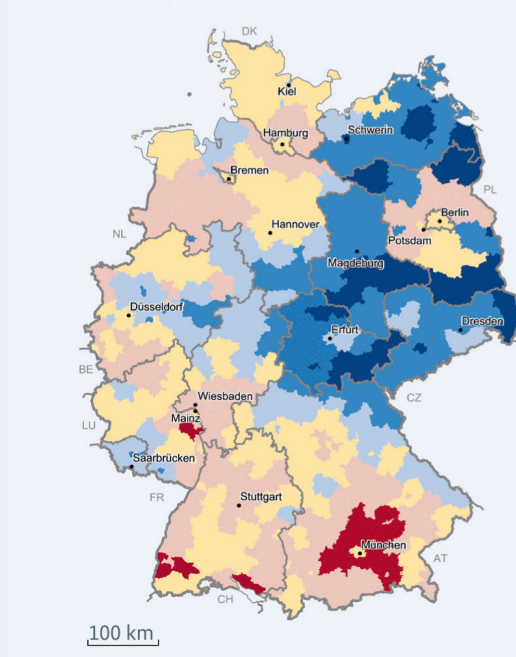
Box 4: Daten und Fakten

Auf regionaler Ebene wird die Bevölkerungsentwicklung bis 2030 sehr unterschiedlich verlaufen und damit erheblich vom bundesdeutschen Durchschnitt abweichen. In vielen Regionen wird die Einwohnerzahl zurückgehen, einige Regionen werden aber auch Bevölkerungsgewinne erzielen. Die Bandbreite schwankt von einem Rückgang über 20 Prozent in einigen ostdeutschen und einer Zunahme um über 10 Prozent in einigen süddeutschen Regionen.

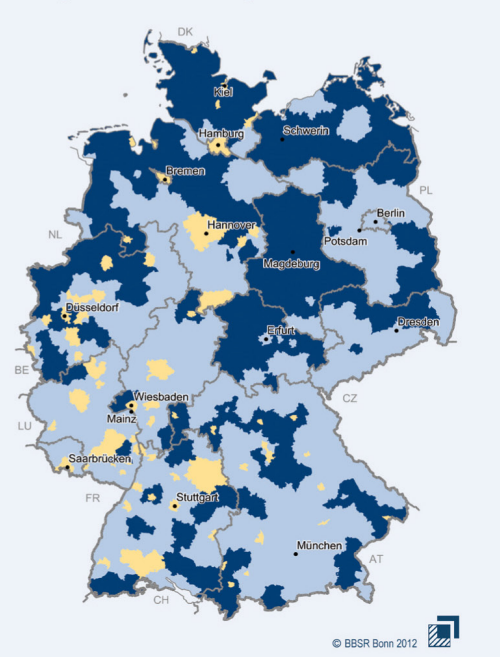
Obleich die Bevölkerung in allen Regionen altern wird, gibt es auch bei der Alterung erhebliche regionale Unterschiede. Sie verläuft dort besonders stark, wo eine hohe Abnahme der Jüngeren (Alterung „von unten“) mit einer starken Zunahme der Hochbetagten (Alterung „von oben“) zusammentrifft. Solche Regionen gibt es in ganz Deutschland. Eine vergleichsweise geringe Alterung weisen viele Großstadtregionen und Universitätsstädte in den alten Bundesländern auf.

Bevölkerungsentwicklung und Alterung bis 2030

Veränderung der Bevölkerungszahl bis 2030



Alterung der Bevölkerung bis 2030



Veränderung der Bevölkerungszahl
2010 bis 2030 in %

- bis unter -20
- 10 bis unter -20
- 3 bis unter -10
- 3 bis unter 3
- 3 bis unter 10
- 10 und mehr

Veränderung ausgewählter Altersgruppen 2010 bis 2030

- starke Alterung „von unten“ und „von oben“ (Abnahme der unter 20-Jährigen mehr als 15 % und Zunahme der über 80-Jährigen mehr als 40 %)
- Alterung „von unten“ oder „von oben“ (Abnahme der unter 20-Jährigen mehr als 15 % oder Zunahme der über 80-Jährigen mehr als 40 %)
- weniger starke Alterung (Abnahme der unter 20-Jährigen weniger als 15 % und Zunahme der über 80-Jährigen weniger als 40 %)

Mit ihrer Stadtentwicklungspolitik und Städtebauförderung unterstützt die Bundesregierung die Regionen bei der Gestaltung der unterschiedlichen Herausforderungen zur Sicherung und Verbesserung ihrer Attraktivität und Lebensqualität.

Die Integration der Menschen mit Migrationshintergrund ist für die Bundesregierung eine Schlüsselaufgabe. Mit dem Nationalen Aktionsplan Integration hat die Bundesregierung die Grundlage für die Integrationspolitik in den nächsten Jahren gelegt. Die vereinbarten Maßnahmen werden es erlauben, in den Städten und Gemeinden die Teilhabechancen von Migranten – ob in Bildung, Ausbildung oder am Arbeitsmarkt – zu verbessern.

1. Unterstützungsmöglichkeiten für Regionen, die vor besonderen demografischen Herausforderungen stehen, besser aufeinander abstimmen

Die demografische Entwicklung verschärft die politischen Herausforderungen zur Herstellung gleichwertiger regionaler Lebensverhältnisse. Konkret geht es vor allem um die Unterstützung einer regional ausgewogenen Einkommens- und Beschäftigungsentwicklung, die Gewährleistung der infrastrukturellen Daseinsvorsorge bis hin zu einer leistungsfähigen Kommunikation und Mobilität. Diese Herausforderungen lassen sich nur durch einen ressort- und ebenenübergreifenden Ansatz gemeinsam von Bund, Ländern und Kommunen meistern. Entsprechend der verfassungsmäßigen Zuständigkeitsverteilung kann der Bund Prozesse anstoßen, viele Aufgaben fallen aber ausschließlich in die Zuständigkeit der Länder und Kommunen.

- Die Bundesregierung hält es für erforderlich, dass die Unterstützungsmöglichkeiten von Bund, Ländern und Europäischer Union für die besonders vom demografischen Wandel betroffenen ländlichen und städtischen Regionen besser aufeinander abgestimmt werden. Sie strebt dazu die Entwicklung eines Nationalen Koordinierungsrahmens zur Sicherung der Daseinsvorsorge und Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft an. Für einen solchen Koordinierungsrahmen wird die Bundesregierung in diesem Jahr eine Konzeption vorlegen und auf dieser Grundlage den Ländern Vorschläge unterbreiten:

- zur Abgrenzung der besonders vom demografischen Wandel betroffenen ländlichen und städtischen Regionen,
- zu gemeinsamen strategischen Zielen für die Anpassung der Infrastrukturen und die Förderung der regionalen Wirtschaftskraft,
- zu den einzubeziehenden Förderinstrumenten und – wo möglich und sinnvoll – zu ihrer besseren Verzahnung und Weiterentwicklung insbesondere unter demografischen Gesichtspunkten,
- zu den erforderlichen ressort- und ebenenübergreifenden Koordinationsverfahren.

Die Abgrenzung der besonders vom demografischen Wandel betroffenen Regionen soll nach bundesweit einheitlichen Kriterien erfolgen. Zusätzliche Koordinationsverfahren sollen durch Nutzung vorhandener Strukturen vermieden werden. Die Bundesregierung wird bei der Konzeptionsentwicklung ihre geeigneten Unterstützungsmöglichkeiten umfassend berücksichtigen. Sie würde es begrüßen, wenn die Länder entsprechend verfahren.

- Die Bundesregierung wird sich bei den anstehenden Verhandlungen auf europäischer Ebene über die Verteilung von EU-Mitteln ab 2014 für eine finanziell angemessene Förderung der deutschen Regionen einsetzen. Sie wird dafür Sorge tragen, dass die Förderkonditionen in ihren inhaltlichen Vorgaben hinreichend flexibel und mit den erforderlichen beihilferechtlichen Spielräumen verbunden sind, und prüfen, wie die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Förderung lokaler und regionaler Entwicklungsstrategien angemessen aufgegriffen werden können.
- Die Bundesregierung wird prüfen, wie die Beiträge der Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) sowie „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) zur Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft und Weiterentwicklung der Infrastruktur in strukturschwachen Regionen, die besonders von der demografischen Entwicklung betroffen sind, erhöht werden können.

2. Die Attraktivität ländlicher Räume bewahren – Daseinsvorsorge sowie bedarfsgerechte Mobilität und Kommunikation in den ländlichen Räumen sichern

Die Bundesregierung steht für starke und lebenswerte ländliche Räume. Die Sicherung einer langfristig tragfähigen Daseinsvorsorge ist insbesondere in den dünner besiedelten ländlichen Regionen eine große Herausforderung. Vor allem mobil sein zu können, ob zur Arbeit, zur Schule oder zum Einkaufen, gehört in den ländlichen Räumen zu den Grundpfeilern der Lebensqualität und ist von großer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung. Kostengünstige und trotzdem bedarfsgerechte Mobilitätsangebote und die entsprechende verkehrliche Infrastruktur aufrechtzuerhalten sowie die Erreichbarkeit von Einrichtungen der Daseinsvorsorge zu sichern, ist eine zunehmend wichtige Aufgabe. Die Bundesregierung wird die ländlichen Regionen im Rahmen ihrer Kompetenzen unter anderem in den Bereichen Ländliche Infrastruktur, Gesundheitsdienstleistungen, Breitbandversorgung und Mobilität aktiv unterstützen.

Der Stärkung der Klein- und Mittelzentren als Ankerpunkte der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum und interkommunalen Kooperationen kommt eine strategische Bedeutung zu. In den einzelnen Regionen sind die Bürgerinnen und Bürger noch stärker in die Gestaltung der Daseinsvorsorge vor Ort einzubeziehen. Ihr Ideenreichtum und Engagement kann kreative, praxisnahe und effiziente Lösungen vor Ort befördern und ganz wesentlich dazu beitragen, dass die ländlichen Regionen lebenswert und attraktiv bleiben.

- Um die Klein- und Mittelzentren und ihre Versorgungsbereiche zu stärken, wird die Bundesregierung im Verbund mit den Ländern die Kommunen auch künftig mit dem Städtebauförderungsprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“ unterstützen sowie das Aktionsprogramm „Regionale Daseinsvorsorge“ umsetzen. Eine besonders wichtige Rolle spielen dabei interkommunal abgestimmte, integrierte Konzepte.
- Die Bundesregierung wird gemeinsam mit den Ländern das Leitbild der Raumentwicklung zur Daseinsvorsorge weiterentwickeln. Dabei geht es auch um die Anpassung des Zentrale-Orte-Systems an regionale und landesspezifische Erfordernisse.
- Für die Attraktivität der dünner besiedelten ländlichen Regionen kommt aus Sicht der Bundesregierung einer flächendeckenden Breitbandversorgung eine große Bedeutung zu. Für 99 Prozent der Haushalte in Deutschland ist bereits heute eine Breitbandgrundversorgung gegeben. Bis 2014 sollen 75 Prozent der Haushalte Bandbreiten von mindestens 50 Mbit/s zur Verfügung stehen. Bis zum Jahr 2018 wollen wir eine flächendeckende Verfügbarkeit von Breitbandanschlüssen mit dieser Bandbreite erreichen. Die Bundesregierung wird die Fortschritte bei der Erreichung dieser Ziele sowie die Effektivität und Effizienz der dazu beschlossenen Maßnahmen und Förderstrukturen im Dialog mit Ländern, Kommunen und der Telekommunikationswirtschaft überprüfen.
- Mit dem am 1. Januar 2012 in Kraft getretenen GKV-Versorgungsstrukturgesetz leistet die Bundesregierung einen wesentlichen Beitrag zur flächendeckenden und bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung. Mit einem Bündel von Maßnahmen wird die Versorgung der Patientinnen und Patienten verbessert, indem neue Möglichkeiten zur Ausgestaltung einer wohnortnahen Versorgung eröffnet werden. Dazu gehören Vergütungsanreize für Ärzte in strukturschwachen Gebieten, der Ausbau von Telemedizin und mobilen Versorgungskonzepten sowie Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf gerade auch im ärztlichen Bereich. Die Beteiligten vor Ort erhalten mehr Möglichkeiten, den regionalen Gegebenheiten und Erfordernissen Rechnung zu tragen. Insgesamt dienen die Maßnahmen dazu, Versorgungslücken im ambulanten Bereich zu schließen und damit auch die Inanspruchnahme aufwändigerer Versorgung, etwa im Bereich der Versorgung mit Notfall- und Rettungsdiensten, zu optimieren. Die Partner der Selbstverwaltung sind nun am Zug, eine bedarfsgerechte medizinische Versorgung in der Fläche sicherzustellen. Die Bundesregierung wird den Umsetzungsprozess begleiten und das GKV-Versorgungsstrukturgesetz entsprechend evaluieren. Dabei wird sie in engem Kontakt mit den für die Umsetzung verantwortlichen Akteuren der gemeinsamen Selbstverwaltung und den Ländern stehen.
- Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass bedarfsgerechte und benutzerfreundliche Mobilitätsangebote in allen Regionen organisiert und bereitgestellt werden können. Dabei wird es zu-

nehmend darauf ankommen, die dafür notwendige verkehrliche Infrastruktur aufrechtzuerhalten und die Erreichbarkeit von Einrichtungen der Daseinsvorsorge zu sichern. Die Kompetenzen dafür liegen in erster Linie bei den Ländern. Die Bundesregierung will sich mit den Ländern zügig über die Kompensationszahlungen nach dem Entflechtungsgesetz verständigen, die bislang unter anderem für Investitionen in den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zweckgebunden waren. Zudem werden die Verpflichtungen aus dem Regionalisierungsgesetz erfüllt. Ferner unterstützt die Bundesregierung den Wissenstransfer für ein innovatives, zukunftsfähiges ÖPNV-Angebot unter Einbeziehung der Erfahrungen aus unterschiedlichen Modellvorhaben und Studien.

- Zur Stärkung der regionalen Entscheidungsebene und des ehrenamtlichen Engagements unterstützt die Bundesregierung die Kommunen und Bürgerinnen und Bürger auch mit neuen Instrumenten bei der Bewältigung der demografischen Herausforderungen und der Modernisierung ihrer Infrastruktur. Insbesondere im Modellvorhaben „LandZukunft“ werden neue Wege der Förderung in der ländlichen Entwicklung erprobt. Dazu vereinbaren Bund, Land und Kommune in einem ersten Schritt konkrete Ziele auf der Grundlage eines dreiseitigen Vertrags. Regionale Partnerschaften entscheiden dann vor Ort, welche Projekte aus einem Regionalbudget zur Erreichung der Ziele in der Region gefördert werden. Auch durch das Aktionsprogramm „Regionale Daseinsvorsorge“, den Wettbewerb „Menschen und Erfolge – Beiträge zur Sicherung der Infrastrukturversorgung in ländlichen Räumen“ sowie das auf einem partizipatorischen „bottom-up“-Ansatz beruhende Regionalentwicklungsprogramm LEADER werden diese Zielsetzungen unterstützt. Entsprechend dem von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen gemeinsamen Strategischen Rahmen sollen diese Programme in der Förderperiode 2014 bis 2020 ressortübergreifend koordiniert und finanziert werden können.
- Damit Demokratie und Toleranz auch zukünftig das gesellschaftliche Zusammenleben in Deutschland prägen, brauchen wir Menschen, die für Werte wie Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde eintreten. Deshalb müssen wir besonders junge Menschen für diese Werte gewinnen, denn ohne sie kann unsere Demokratie nicht lebendig bleiben. Die Bundesregierung wird daher die auf die Stärkung von Demokratie und Toleranz ausgerichteten Bundespro-

gramme fortführen. Dies ist insbesondere für viele ländliche und strukturschwache Gebiete wichtig, da hier unter anderem die Abwanderung junger, gut qualifizierter Menschen zu besonderen Herausforderungen für die Gestaltung des Miteinanders vor Ort geführt hat.

3. Die Städte im demografischen Wandel lebenswert gestalten, integrative Stadtgesellschaften verwirklichen

Im Fokus künftiger Stadtentwicklungspolitik stehen nicht nur die ganze Stadt und die ganze Gemeinde, sondern auch die Verflechtung mit der Region. Dabei werden alle Entwicklungen – wie prosperierende und strukturschwache Stadtteile, Stadtteile mit Bevölkerungsrückgang und starker Alterung, Stadtteile mit einem hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund – gleichermaßen in den Blick genommen. Die Belange der älteren Menschen gilt es mit den Anforderungen von Familien wie von Kindern und Jugendlichen zu vereinbaren.

Für die Entwicklung lebenswerter Städte und Gemeinden ist deshalb künftig ein noch stärkerer integrativer Ansatz wichtig. Für die Zentren und Stadtregionen ist die mit Zuwanderung verbundene kulturelle Vielfalt ein großes Potenzial für die Regional- und Wirtschaftsentwicklung, aber auch eine Herausforderung für den sozialen Zusammenhalt. Sie erfordert vom Einzelnen wie von der Stadtgesellschaft als Ganzes eine hohe Bereitschaft zur gemeinsamen Zukunftsgestaltung.

Stadtquartiere gewinnen daher an Bedeutung für den Verlauf und den Erfolg von Integrationsprozessen. Dort entscheidet sich, ob Integration und Teilhabe im Sinne einer integrativen Stadtgesellschaft gelingen. Insbesondere Stadtteile in sozialen Brennpunkten stehen vor der Herausforderung vielschichtiger Problemlagen und sehen sich sozialen und ethnischen Polarisierungen gegenüber. Die Umsetzung integrierter Ansätze ist daher ein wichtiger Bestandteil der Integrationspolitik des Bundes.

Die Bundesregierung wird die Städte und Gemeinden dabei im Rahmen des „Nationalen Aktionsplans Integration“ unter dem Leitbild der integrativen Stadtgesellschaft unterstützen: Jedem Einzelnen sollen unabhängig von seiner sozialen und ethnischen Herkunft gleiche Teilhabechancen von der Bildung über das Berufsleben bis zum selbstbestimmten Leben im Alter ermöglicht werden.

Diese Chancen müssen aber auch eigenverantwortlich wahrgenommen werden.

Prozesse und Wirkungen des demografischen Wandels sind in den Städten und Gemeinden vor allem vor Ort, in den Stadt- und Ortsteilen, im unmittelbaren Wohnumfeld der Menschen spürbar. Deshalb flankiert die Bundesregierung die demografisch bedingten Anpassungsprozesse in den Städten und Gemeinden im Rahmen der Städtebauförderung. Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an städtischen Planungsprozessen fördert die Identifikation mit ihrem eigenen Wohnumfeld, schafft Vertrauen und Akzeptanz für notwendige Veränderungen und trägt zu einer besseren Vernetzung aller Stadtteilbewohner bei.

- Mit dem „Nationalen Aktionsplan Integration“ vom Januar 2012 entwickeln Bund, Länder, Kommunen, die Sozialpartner und Organisationen der Zivilgesellschaft ihre integrationspolitischen Strategien und Maßnahmen gemeinsam weiter. Er setzt in elf für die Integration entscheidenden Bereichen an, von der Integration vor Ort im unmittelbaren Wohn- und Lebensumfeld, von der Sprache über Bildung und Ausbildung, Arbeitsmarkt, der Beschäftigung von Migranten im öffentlichen Dienst bis hin zu Gesundheit und Pflege.
- Insbesondere auf kommunaler Ebene kommt der strategischen Verzahnung von gesamtstädtischen oder stadtteilbezogenen Maßnahmen und Programmen eine maßgebliche Bedeutung zu. Der Bund wird die strategische Ausrichtung der kommunalen Integrationspolitik im Zuge der Umsetzung des Nationalen Aktionsplans durch die Förderung von Modellregionen, durch den Experimentellen Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt), durch Unterstützung von Wissenstransfers zwischen den Kommunen zu vorbildlichen Handlungsoptionen und durch die Fortführung der Begleitforschung unterstützen.
- Die Bundesregierung wird die Städtebauförderung durch eine verstärkte Ausrichtung auf neue Aufgaben im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel und der Förderung der Integration weiterentwickeln. Dazu wird sie gemeinsam mit den Ländern und kommunalen Spitzenverbänden eine strategisch ausgerichtete Evaluierung und Profilierung der Städtebauförderung vornehmen.
- Die Programme „Stadtumbau Ost“ und „Stadtumbau West“ sollen mit den Zielen einer Aufwertung der Innenstädte, des Rückbaus dauerhaft nicht mehr benötigter Wohngebäude sowie der Anpassung und Qualifizierung des öffentlichen Raums und der Stadtstruktur fortgeführt werden. Mit dem Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ wird die Innenentwicklung durch den Erhalt und die Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche als Standort für Wirtschaft und Kultur sowie als Orte zum Wohnen, Arbeiten und Leben gestärkt.
- Das im Jahr 2012 weiterentwickelte Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt – Investitionen im Quartier“ setzt mit der Förderung familien- und altersgerechter Infrastrukturen mit generationenübergreifenden Angeboten einen neuen Schwerpunkt in benachteiligten Stadt- und Ortsteilen. Die Bundesregierung wird die Mitwirkung der Bewohnerinnen und Bewohner an Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen und ihr Engagement für den Stadt- und Ortsteil mit allen Programmen der Städtebauförderung stärker als bisher unterstützen.
- Ergänzend unterstützt die Bundesregierung mit dem aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds geförderten stadt- und ortsteilbezogenen Programm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)“ niedrigschwellige Angebote für Langzeitarbeitslose und benachteiligte Jugendliche im unmittelbaren Wohnumfeld.
- Zur Stärkung der Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden will die Bundesregierung es den Kommunen mit dem zweiten Teil der Bauplanungsrechtsnovelle leichter machen, bei ihrer Bebauungsplanung gewünschte städtebauliche Verdichtungen vorzusehen, Baulücken in Innenstädten schneller als bisher zu schließen, den Erhalt und die Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche zu stärken und die Flächeninanspruchnahme zu mindern.
- Mit dem „Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser“ unterstützt die Bundesregierung Länder und Kommunen dabei, durch generationenübergreifende Begegnungsorte mit bedarfsorientierten, niedrigschwelligen Unterstützungsangeboten die Lebensqualität im Wohnumfeld zu steigern, Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder Beruf und Pflege für Menschen aller Altersgruppen zu verbessern sowie Engagement- und Teilhabemöglichkeiten für Menschen aller Generationen und jeder Herkunft zu eröffnen.

Schwerpunktmaßnahmen:

- Nationalen Koordinierungsrahmen zur Bündelung der Unterstützungsmöglichkeiten für Regionen entwickeln, die vom demografischen Wandel besonders betroffen sind.
- Angemessene Förderung strukturschwacher und ländlicher Regionen in der EU-Förderperiode ab dem Jahr 2014 sichern.
- Neue Wege der Förderung in der ländlichen Entwicklung erproben.
- Klein- und Mittelzentren als Ankerpunkte der Daseinsvorsorge stärken.
- Umsetzung der mit dem GKV-Versorgungsstrukturgesetz eingeführten Maßnahmen zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung begleiten.
- Die Breitbandstrategie der Bundesregierung gemeinsam mit den Beteiligten effektiv umsetzen und zielorientiert weiterentwickeln.
- Verkehrliche Infrastruktur für Mobilität in den ländlichen Räumen erhalten.
- „Nationalen Aktionsplan Integration“ umsetzen und kommunale Integrationspolitik unterstützen.
- Städtebaupolitik durch verstärkte Ausrichtung auf neue Aufgaben im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel und der Förderung der Integration weiterentwickeln.

E. Grundlagen für nachhaltiges Wachstum und Wohlstand sichern

Ziele:

- Bildungspotenziale entwickeln und ausschöpfen.
- Ein ausreichendes Potenzial an gut qualifizierten Arbeitskräften und unternehmerisch tätigen Menschen sichern.
- Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit stärken, Arbeitsproduktivität steigern.

Deutschlands Wohlstand gründet in besonderer Weise auf dem Ideenreichtum, dem Leistungswillen und der Innovationsfähigkeit seiner Menschen. Unsere Wirtschaftskraft beruht auf der Qualität unserer Arbeit, einem hochwertigen Kapitalbestand und leistungsfähiger Infrastruktur.

Der demografische Wandel in Deutschland verändert in den nächsten Jahrzehnten die Rahmenbedingungen für Wachstum und Wohlstand in erheblichem Maße. Die Herausforderung besteht in erster Linie in dem Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, der den Umfang und die Struktur des künftigen Arbeitsangebotes, aber auch das Potenzial der unternehmerisch tätigen Menschen stark beeinflussen wird. Während die Gesamtbevölkerung vergleichsweise langsam abnehmen wird, geht die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wesentlich schneller zurück. Um unseren Wohlstand zu sichern und auszubauen, wollen wir deshalb das Bildungs- und Erwerbspersonenpotenzial besser ausschöpfen und die Arbeitsproduktivität steigern.

Um eine ausreichende und qualifizierte Fachkräftebasis sowie die unternehmerische Initiativkraft zu sichern, müssen Wirtschaft, Sozialpartner und Politik gemeinsam ihre Anstrengungen darauf ausrichten, das Potenzial unseres Landes in diesen Bereichen voll auszuschöpfen. Die

Bundesregierung sieht die wichtigsten Hebel dafür in guten Bildungschancen für alle von Anfang an, bei der Qualifizierung, der Aus- und Weiterbildung, der Schaffung der Voraussetzungen für eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, einem gezielten Wissensaustausch zwischen Alt und Jung, der Wiedereingliederung Erwerbsloser in den Arbeitsmarkt, der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie in der Integration und der gesteuerten Zuwanderung. Darüber hinaus braucht es eine umfassende Aktivierung von unternehmerischem Engagement von der Schule an sowie eine Sicherung von Unternehmensnachfolgen.

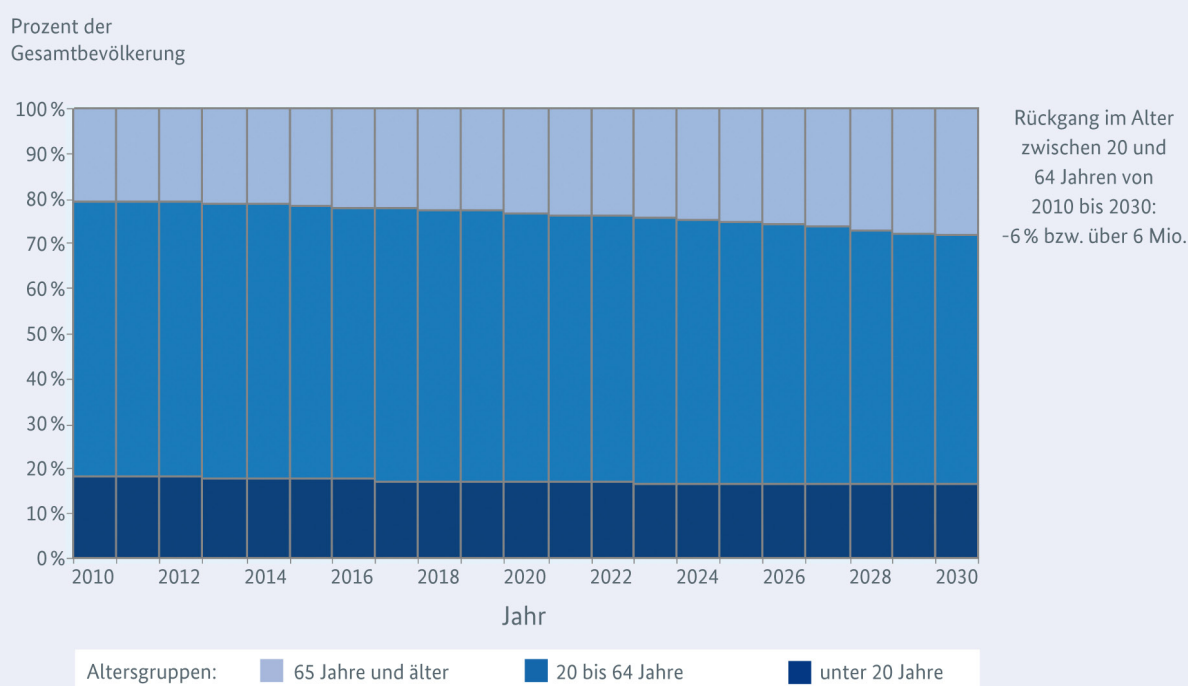
Gerade weil Wohlstand im 21. Jahrhundert nicht durch die Größe einer Bevölkerung, sondern durch die Qualität ihrer Köpfe gesichert wird, müssen Bildung und Ausbildung am Ausgangspunkt jeder Politik für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit stehen. Niemanden zurückzulassen, jedem die Chance geben, seine Talente und Fähigkeiten zu entfalten und ein Leben lang weiterzuentwickeln – das ist eine der großen Herausforderungen, die Deutschland zu meistern hat. Eine Zunahme der Arbeitsproduktivität ist ohne ein breites Fundament an qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Unternehmen nicht möglich.

Daneben sind weitere Voraussetzungen für ein hohes Produktivitätswachstum, insbesondere Investitionen in Forschung und Entwicklung und das öffentliche und private Sachkapital, gemeinsam mit der Wirtschaft sicherzustellen. Die Bundesregierung wird dazu vor allem durch eine Erhöhung und nachhaltige Ausgestaltung der Investitionen in Forschung und Innovation sowie der Leistungsfähigkeit der öffentlichen Infrastruktur beitragen. Die Nachhaltigkeitsstrategie zielt darauf ab, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Verantwortung und den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen so zusammenzuführen, dass Entscheidungen unter allen drei Gesichtspunkten tragfähig sind.

Box 5: Daten und Fakten

Eine zentrale Herausforderung, die mit dem demografischen Wandel für die Sicherung von Wachstum und Wohlstand verbunden ist, besteht im Rückgang der Bevölkerung im erwerbstätigen Alter. Bis 2030 ist mit einem Rückgang von über 6 Millionen zu rechnen.

Entwicklung der Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren zwischen 2010 und 2030



Quelle: Statistisches Bundesamt, 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 1-W2; eigene Darstellung (BIB)

Um vor diesem Hintergrund die langfristigen Wachstumsperspektiven zu stärken, sind unter anderem Anstrengungen erforderlich, um ein ausreichendes Potenzial an Fachkräften, aber auch an Menschen, die unternehmerische Verantwortung übernehmen wollen, zu sichern.

Die Bundesagentur für Arbeit hat in sieben Handlungsfeldern das bis zum Jahr 2025 erschließbare Potenzial quantifiziert:

	Potenzial 2025 in Million Personen Vollzeitäquivalente
→ weniger Schulabgänger ohne Abschluss	0,05 bis 0,3
→ weniger Ausbildungsabbrecher	0,1 bis 0,3
→ weniger Studienabbrecher	0,1 bis 0,6
→ Menschen über 55 fördern (Erwerbspartizipation erhöhen, Lebensarbeitszeit steigern)	0,5 bis 1,2
→ Frauen fördern (Erwerbspartizipation erhöhen, Arbeitszeit Teilzeitbeschäftigter steigern)	0,7 bis 2,1
→ Zuwanderung von Fachkräften steuern	0,4 bis 0,8
→ Arbeitszeit Vollzeitbeschäftigter steigern	0,4 bis 0,7

Quelle: Bundesagentur für Arbeit: „Perspektive 2025: Fachkräfte für Deutschland“, S. 14f.

1. Bildungspotenziale ausschöpfen und stärken

Bildung schafft die Voraussetzung für die Teilhabe jedes Einzelnen in der modernen Wissensgesellschaft. Bildung ist aber auch die Grundlage für qualifizierten Nachwuchs und damit gut ausgebildete Fachkräfte. Das Bildungsniveau der Bevölkerung hat entscheidende Bedeutung für Produktivität und Innovationskraft einer Volkswirtschaft. Die Bundesregierung will die Bildungspotenziale in allen Lebensphasen, insbesondere durch frühkindliche Bildungsangebote, Lese- und Sprachförderung, durch formale und nonformale zusätzliche Bildungschancen für Heranwachsende und durch Verbesserung der beruflichen Ausbildung und die Stärkung der Hochschulbildung fördern.

- In der frühkindlichen Bildung werden die Grundsteine für das spätere Lernen gelegt. Durch Förderung des Spracherwerbs und der Lesekompetenz wird der Übergang in die Schule erleichtert. Die Bundesregierung hat hierzu verschiedene Maßnahmen gestartet. Die Offensive „Frühe Chancen“ setzt daher bereits in der frühen Kindheit an und richtet sich an Kindertageseinrichtungen, die auch Kinder unter drei Jahren betreuen. Sie konzentriert sich dabei auf Kitas, die überdurchschnittlich häufig von Kindern mit besonderem Sprachförderbedarf besucht werden. Im Rahmen der Bundesinitiative werden insgesamt rund 4.000 Kindertageseinrichtungen zu Schwerpunkt-Kitas weiterentwickelt. Gemeinsam mit den Ländern erarbeitet die Bundesregierung derzeit eine gemeinsame Initiative zur Sprachförderung, Sprachdiagnostik und Leseförderung. Wichtig für die Heranführung bildungsferner Familien an Bildungswege ist die Einbeziehung der Eltern, wie etwa bei dem Bundesprogramm „Elternchance ist Kinderchance“, bei dem 4.000 Elternbegleiter in der Familienbildung unterstützen. Zur Förderung der Sprach- und Lesefähigkeiten vor allem von Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern unterstützt die Bundesregierung die Initiative „Lesestart – Drei Meilensteine für das Lesen“. Das bis zum Jahr 2018 angelegte Programm richtet sich an ein-, drei- und sechsjährige Kinder und ihre Eltern, die mit dem Umgang mit Büchern vertraut gemacht und so in ihrer Sprachfähigkeit gestärkt werden sollen.
- In Familienzentren wird über die Förderung der Kinder hinaus mit den Familien und Stellen, die für die Entwicklung der Kinder und für die Unterstützung der Familien hilfreich sind, intensiv zusammengearbeitet. Die Bundesregierung möchte diesen Prozess nachhaltig begleiten und prüft deshalb die Möglichkeit, innerhalb der Offensive „Frühe Chancen“ mit ihren 4.000 Schwerpunkt-Kitas „Sprache und Integration“ ein Modul „Familien-Kitas“ vorrangig in sozialen Brennpunkten zu entwickeln und ab 2014 in Kooperation mit Ländern und Kommunen einzuführen.
- Für Heranwachsende wird die Bundesregierung mit einem abgestimmten Bündel an Maßnahmen zusätzliche Bildungschancen schaffen. Dazu dient das Bildungs- und Teilhabepaket zur Verbesserung der Zukunftschancen bedürftiger Kinder und Jugendlicher durch Zugang zu formalen und informalen Bildungsmöglichkeiten, dessen Umsetzung durch die Länder und Kommunen die Bundesregierung begleiten wird.
- Unter dem Motto „Kultur macht stark – Bündnisse für Bildung“ werden ab dem Jahr 2013 bildungsbenachteiligte Kinder und Jugendliche durch zivilgesellschaftlich getragene Bündnisse für Bildung auf lokaler Ebene unterstützt. Die Bündnisse für Bildung werden Maßnahmen der außerschulischen Bildung, insbesondere der kulturellen Bildung, anbieten. Die mit Unterstützung des Europäischen Sozialfonds (ESF) geförderten Programme zur Senkung der Schulabbrecherquote und Reintegration von schulverweigernden jungen Menschen in das Schulsystem werden innerhalb der Initiative JUGEND STÄRKEN bis Ende 2013 fortgesetzt. Ergänzt werden diese Angebote durch die aus Bundesmitteln finanzierten Jugendmigrationsdienste, die sich für die soziale, schulische und berufliche Integration von jungen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte einsetzen.
- Darüber hinaus wollen wir auch jungen Menschen aus bildungsfernen Schichten sowie Migranten verbesserte Zugangschancen zum freiwilligen Engagement eröffnen und es ihnen damit erleichtern, abseits der formalen schulischen Bildung eine berufliche Orientierung zu erhalten und wichtige Kompetenzen für Ausbildung und Beruf zu erwerben.
- Es ist wichtig, dass der Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf gelingt. Die von der Bundesregierung gesetzten Schwerpunkte zur Verringerung von Schulverweigerung und Verbesserung des Übergangs von der Schule in die Berufsausbildung werden daher fortgesetzt. Hierzu gehört insbesondere die Initiative „Abschluss und Anschluss – Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss“, mit der 1.000 hauptamtliche Bildungslotsen bis 2013 zusätzlich zu einer Berufseinstiegsbegleitung nach dem Arbeitsförderungsrecht unterstützt werden. Zudem werden etwa

1.000 Senior-Experten zur Betreuung während der Berufsausbildung und zur Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen eingesetzt.

- Angesichts der Trendwende auf dem Ausbildungsmarkt wurde der bis zum Jahr 2014 verlängerte Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs mit dem Ziel weiterentwickelt, die vorhandenen Potenziale von Altbewerbern, Jugendlichen mit Migrationshintergrund, lernbehinderten und sozial benachteiligten Jugendlichen noch besser einzubinden.
- Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt werden die Leistungen der aktiven Arbeitsförderung für junge Menschen neu strukturiert, flexibilisiert und klarer gegliedert. Die bisher im Modell erfolgreiche Berufseinstiegsbegleitung wird mit diesem Gesetz als Regelleistung – bei Kofinanzierung durch Dritte – eingeführt.
- Um das Interesse von Frauen als künftige Fachkräfte für naturwissenschaftlich-technische Berufe zu wecken, unterstützt die Bundesregierung den Nationalen Pakt für Frauen in MINT-Berufen „Komm, mach MINT“ (MINT = Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik).
- Die Bedeutung von akademischen Qualifikationen für den Arbeitsmarkt wird in einer Wissensgesellschaft weiter zunehmen. Viele junge Menschen streben schon jetzt ein Studium an einer Hochschule an. Mit dem Hochschulpakt 2020 unterstützen Bund und Länder gemeinsam die Hochschulen bei der Bewältigung dieser Herausforderungen. Allein der Bund stellt für die Aufnahme zusätzlicher Studienanfänger in den Jahren 2011 bis 2015 mindestens 4,7 Milliarden Euro bereit. Hinzu kommen rund zwei Milliarden Euro bis 2020 für die Verbesserung der Studienbedingungen im Rahmen des Qualitätspakts Lehre. Die Studienfinanzierung wurde mit dem neuen BAföG und dem Deutschlandstipendium, das hälftig vom Bund und privaten Mittelgebern finanziert wird, deutlich ausgeweitet. Dies zeigt, dass Bund und Länder die Förderung von Wissenschaft und Forschung an Hochschulen gemeinsam zukunftsorientiert gestalten.
- Zur Unterstützung der Entwicklung, Erprobung und Implementierung von praxisnahen, wissenschaftsbasierten und berufsbegleitenden Weiterbildungsangeboten an Hochschulen und der Integration von Berufstätigen und beruflich Qualifizierten in die Hochschulbildung wird die Bundesregierung einen

Wettbewerb „Aufstieg durch Bildung – offene Hochschulen“ durchführen.

2. Fachkräftebasis sichern

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung hat die Bundesregierung im Juni 2011 ein Konzept Fachkräftesicherung beschlossen, in dem sie ihre Ziele und Maßnahmen zur Sicherung der Fachkräftebasis zusammenfasst.

- Die Bundesregierung hat im Rahmen ihres Fachkräftekonzeptes fünf Pfade zur Sicherung der Fachkräftebasis definiert. Die Bundesregierung wird die im Fachkräftekonzept gesetzten Ziele jährlich überprüfen und auf dieser Grundlage Strategien und Maßnahmen, soweit erforderlich, anpassen. Eine erste Weiterentwicklung des Fachkräftekonzeptes wird mit dem ersten Entwicklungsbericht im 4. Quartal 2012 erfolgen.
- Mit dem im März 2011 eingerichteten Innovationsbüro „Fachkräfte für die Region“ werden bundesweit regionale Netzwerke, Projekte und Initiativen zur Fachkräftesicherung unterstützt. Das Innovationsbüro stellt Know-how und Best-Practice-Beispiele zu unterschiedlichen Strategien der Fachkräftesicherung zur Verfügung.
- Im Mai 2011 wurde das Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung gegründet. Ziel ist es, den unternehmerischen Erfolg durch personalstrategische Maßnahmen zu erhöhen. Dazu werden Handlungsempfehlungen und Praxisbeispiele zur Fachkräftesicherung insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen angeboten.
- Das von der Bundesregierung geförderte Forschungsvorhaben „Barometer Fachkräftesicherung“ soll zur Identifizierung des unternehmensbezogenen Handlungsbedarfs in den Bereichen Personalbindung, -entwicklung und -rekrutierung beitragen und so die Weiterentwicklung des Fachkräftesicherungskonzeptes der Bundesregierung unterstützen.
- Derzeit wird mit wissenschaftlicher Unterstützung ein Instrumentarium zur Feststellung des aktuellen und zukünftigen Arbeitskräfteangebotes und der Arbeitskräftenachfrage entwickelt. Die Ergebnisse mit einem zeitlichen Horizont bis 2030 wird die Bundesregierung im 1. Quartal 2013 vorstellen und auf dieser Basis Maßnahmen und Strategien zur Fachkräftesicherung ableiten.

3. Zuwanderung gut qualifizierter ausländischer Fachkräfte verbessern und eine Willkommenskultur entwickeln

Eine zielgerichtete Migrationspolitik kann helfen, Engpässe am Arbeitsmarkt besser zu bewältigen. Die Bundesregierung wird den Standort Deutschland für gut ausgebildete und hochqualifizierte Zuwanderer attraktiver machen. Die Umsetzung der Hochqualifizierten-Richtlinie durch Einführung der „Blauen Karte EU“ ist ein Beitrag dazu. Bürokratische Hemmnisse werden abgebaut. Das Aufenthaltsrecht für Fachkräfte wird an transparenten und systematischen Kriterien ausgerichtet. Dem Missbrauch der sozialen Sicherungssysteme wird durch geeignete Regelungen vorgebeugt.

- Mit dem Gesetzentwurf zur Umsetzung der Hochqualifizierten-Richtlinie, den die Bundesregierung Anfang Dezember 2011 auf den Weg gebracht hat, werden die Spielräume der Hochqualifizierten-Richtlinie der Europäischen Union genutzt und der neue Aufenthaltstitel „Blaue Karte EU“ attraktiv ausgestaltet. Der Gesetzentwurf, der derzeit parlamentarisch beraten wird, sieht insbesondere vor:

Hochschulabsolventen, die einen Arbeitsplatz mit einem Bruttojahresgehalt von 44.800 Euro in Deutschland angeboten bekommen, erhalten den Aufenthaltstitel „Blaue Karte EU“. Bei Mangelberufen, etwa den akademischen MINT-Berufen, IT-Kräften und bei Ärzten, wird dies bereits ab einer geringeren Gehaltsgrenze möglich sein, wenn diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu gleichwertigen Bedingungen beschäftigt werden wie inländische Arbeitskräfte. Die „Blaue Karte EU“ wird nach frühestens zwei Jahren versicherungspflichtiger Arbeit das Recht auf eine dauerhafte Niederlassungserlaubnis begründen.

- Darüber hinaus werden die Aufenthaltsbedingungen für ausländische Absolventen deutscher Hochschulen verbessert. Sie erhalten ohne Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit eine Aufenthaltserlaubnis, wenn sie einen angemessenen Arbeitsplatz gefunden haben. Eine Niederlassungserlaubnis wird ihnen nach zwei Jahren versicherungspflichtiger Beschäftigung statt bisher erst nach fünf Jahren erteilt. Im Suchzeitraum können die ausländischen Absolventen deutscher Hochschulen in Zukunft darüber hinaus jede Tätigkeit aufnehmen, um ihren Lebensunterhalt sicherzustellen.
- Diejenigen, die in Deutschland eine Berufsausbildung abgeschlossen haben, erhalten künftig die Möglichkeit, im Anschluss daran in Deutschland eine Beschäftigung aufzunehmen, die ihrer Ausbildung entspricht. Die Zustimmung der Bundesagentur erfolgt dabei ohne Vorrangprüfung.
- Weitere Erleichterungen für an deutschen Hochschulen Studierende, für Absolventinnen und Absolventen von Berufsausbildungen und für Ausländerinnen und Ausländer, die eine selbstständige Tätigkeit aufnehmen oder einen Arbeitsplatz in Deutschland suchen wollen, werden im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens diskutiert.
- Darüber hinaus will die Bundesregierung eine Willkommenskultur entwickeln, den europäischen Arbeitsmarkt besser erschließen und die Voraussetzungen für die Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen weiter voranbringen. Eine Willkommenskultur kann aus Sicht der Bundesregierung insbesondere durch bedarfsbezogene Spracherwerbsangebote, den Aufbau von Informationsportalen, Job-Börsen und Behördenlotsen sowie die Vereinfachung der Verwaltungsverfahren gefördert werden. Die Bundesregierung wird beispielsweise mit einem Internetportal im Ausland um qualifizierte Arbeitskräfte werben. Sie fördert Programme des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, der Alexander von Humboldt-Stiftung und der Hochschulen, damit die besten Köpfe nach Deutschland kommen. Die Zuwanderung von Fachkräften und ihre Integration müssen dabei Hand in Hand gehen.
- Um zuwandernden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, deren Partnerinnen und Partnern sowie Kindern bei der Integration in den Arbeitsmarkt, in die Kita oder Schule sowie in die Bürgergesellschaft zu helfen, unterstützt die Bundesregierung die Förderung von Initiativen der Kommunen und der Wirtschaft.
- Eine ebenenübergreifende Expertengruppe („Runder Tisch Aufnahmegesellschaft“) soll Handlungsempfehlungen zur verbesserten Erstorientierung und Erstintegration geben und einen Leitfaden für die Verknüpfung von Informations- und Integrationsangeboten für Zuwanderer im Sinne einer einheitlichen Erstanlaufstelle erarbeiten. Die Ergebnisse des Modellvorhabens Integrationsvereinbarung werden berücksichtigt.
- Im Rahmen des „Nationalen Aktionsplans Integration“ wird darüber hinaus ein Konzept zur interkulturellen Öffnung von Hochschulen mit dem Ziel erarbeitet,

ausländische Studierende später als Absolventen zur Arbeitsaufnahme in Deutschland zu motivieren.

- Die Bundesregierung wird die Europäische Kommission bei der Weiterentwicklung des Netzwerkes der europäischen Arbeitsverwaltungen (EURES) unterstützen. Bei der Weiterentwicklung vorgesehen sind unter anderem die Einrichtung von Matchingprozessen im EURES-Portal, die Schaffung gezielter Mobilitätsprogramme auf Unionsebene, um freie Stellen zu besetzen und spezielle Personengruppen, wie junge Arbeitskräfte, zu unterstützen, sowie die Öffnung des EURES-Netzwerkes hinsichtlich einer besseren Zusammenarbeit von öffentlicher und privater Arbeitsvermittlung. Die Bundesagentur für Arbeit hat auf die neuen Herausforderungen der europaweiten Fachkräfterekrutierung bereits reagiert. Die Zentrale Auslands- und Fachvermittlung der Bundesagentur für Arbeit wird ihre Vermittlungsaktivitäten im Rahmen des EURES-Netzwerkes ausbauen. Dazu sind bereits vier reine Incoming-Vermittlungsteams zur Rekrutierung von Fachkräften in der Europäischen Union aufgebaut und deutlich mehr Personalressourcen für diese sogenannten Incoming-Aktivitäten bereitgestellt worden.
- Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen hat die Bundesregierung die Voraussetzung für eine systematische Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen geschaffen. Im nächsten Schritt geht es darum, Durchführungsstandards und Beratungsstrukturen zu etablieren und ein Monitoring für den Verwaltungsvollzug zu entwickeln. Im Rahmen des Förderprogramms „Integration durch Qualifizierung – IQ“ werden – soweit in den Ländern keine entsprechenden Angebote vorgehalten werden – in allen Bundesländern regionale Erstanlaufstellen gewährleistet, die Erstinformationen zum Anerkennungsverfahren und für die Suche nach der zuständigen Stelle bereithalten sowie an weiterführende Beratungsangebote vor Ort verweisen. Über das Informationsportal (www.erkennung-in-deutschland.de) können Anerkennungssuchende und Beratungsfachkräfte Informationen unter anderem zu Verfahren und zuständigen Stellen erhalten. Darüber hinaus betreibt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eine zentrale Telefon-Hotline zur Erstinformation und Beratung.
- Die Internetplattform „BQ-Portal“ verbessert die Informationsangebote für die Kammern und andere für die Anerkennung zuständige Stellen, aber auch für Unternehmen. Hierfür stellt das Portal (www.bq-portal.de) umfassende berufs- und länderübergreifende Informationen zur Bewertung ausländischer Berufsabschlüsse bereit.

4. Unternehmertum und Mittelstand unterstützen

Die kleinen und mittleren Unternehmen sind Basis für unseren Wohlstand. Der zu erwartende Rückgang der Bevölkerung im erwerbstätigen Alter wird sich nicht nur auf das Fachkräftepotenzial, sondern auch auf das Potenzial der Menschen auswirken, die bereit sind, unternehmerische Verantwortung zu übernehmen. Die Bundesregierung setzt sich mit Nachdruck dafür ein, die Rahmenbedingungen für Unternehmertum und Mittelstand weiter zu verbessern, sodass auch in Zukunft eine breite Schicht leistungsfähiger mittelständischer und innovationsfreudiger Unternehmen erhalten bleibt.

- Mit der Initiative „Gründerland Deutschland“ stärkt die Bundesregierung die Gründungskultur unter anderem durch die Motivation junger Menschen für den Unternehmerberuf und die Vermittlung eines positiven Unternehmerbildes in Gesellschaft und Bildungseinrichtungen. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels geht es zukünftig darum, bislang unterrepräsentierte Zielgruppen wie Frauen, ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder Menschen mit Migrationshintergrund für Unternehmensgründungen zu gewinnen.
- Die Organisation der Unternehmensnachfolge bereitet in vielen Regionen heute schon Schwierigkeiten. Die Bundesregierung erleichtert dies mit der Unternehmensnachfolgebörse „nexit-change“, die sie weiterentwickeln wird.
- Um die unternehmerischen Kompetenzen in der Gesellschaft dauerhaft zu stärken, muss bereits bei den Heranwachsenden und damit entlang der gesamten Bildungskette angesetzt werden. Die Bundesregierung unterstützt dies unter anderem im Rahmen der Initiative „Unternehmergeist in die Schulen“ und des neuen Förderprogramms „Schule und Wirtschaft“ zur Beratung und Schulung von Lehrkräften und Durchführung von Projekten in Schulen.
- Um die unternehmerischen Potenziale zu aktivieren, wird die Bundesregierung darüber hinaus die Rahmenbedingungen und Fördermaßnahmen für Existenzgründer und kleine Unternehmen, insbesondere für Finanzierung, Beratungsangebote, Business

Angels, Coaching, Bürokratieabbau, EU-Aspekte, „eine zweite Chance“, weiterentwickeln.

- Mit der Alterung der Bevölkerung verändern sich Präferenzen der Menschen und damit auch die Märkte für Waren und Dienstleistungen. Die Bundesregierung wird die Initiative „Wirtschaftsfaktor Alter“ weiterentwickeln, um den demografischen Wandel als Innovationsquelle für die Erschließung neuer Märkte zu nutzen. Dies gilt insbesondere für die Gesundheitswirtschaft und damit verknüpfte Sektoren. Die Bundesregierung wird den Strukturwandel in der Gesundheitswirtschaft flankieren und deren Wachstum unterstützen. Beiträge dazu sind unter anderem durch die Weiterentwicklung und breite Einführung der Telemedizin in Hinblick auf die Ermöglichung eines selbstbestimmten Lebens gerade im Alter, die Einführung von Produkten für altersgerechte Assistenz im Lebensumfeld (AAL-Produkte) und die Entwicklung von altersgerechtem Wohnraum zu erwarten.
- Mit der „Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft“ initiiert die Bundesregierung eine unternehmerische Qualifizierungsoffensive in einer besonders dynamischen, innovativen und für die Zukunftsentwicklung bedeutsamen Branche mit einem ausgewiesenen hohen Anteil an Selbstständigen.

5. Forschungs- und Innovationssystem stärken

Forschung und Innovation können wesentlich dazu beitragen, Lösungen für die Herausforderungen einer älter werdenden Gesellschaft zu entwickeln. Ziel ist es, die Weichen so zu stellen, dass Wohlstand und gesellschaftlicher Zusammenhalt in einer Gesellschaft des längeren Lebens erhalten bleiben. Auch die Offenheit der Gesellschaft für Innovationen, neue Technologien und dynamische Marktentwicklungen zu erhalten, ist im Zeichen der demografischen Herausforderungen von entscheidender Bedeutung. Die Bundesregierung wird der Förderung von Forschung und Innovation deshalb weiterhin zentrale Priorität einräumen.

- Mit der Hightech-Strategie 2020 bündelt die Bundesregierung die Forschungs- und Innovationsaktivitäten ressortübergreifend und richtet sie auf globale Herausforderungen und an den Feldern Klima und Energie, Gesundheit und Ernährung, Mobilität, Sicherheit und Kommunikation aus. Darauf aufbauend wurden zehn Zukunftsprojekte entwickelt, die Innovationsfelder mit besonderer Bedeutung herausgreifen. Zentrales Kennzeichen jedes Zukunftsprojektes ist

die enge Zusammenarbeit aller Akteure des Innovationsgeschehens in Deutschland auf ein konkretes Ziel hin. Jedes Zukunftsprojekt ermöglicht es so, auf einem bestimmten Innovationsfeld systemische Lösungen zu finden und Deutschland damit in wichtigen Leitmärkten der Zukunft einen Spitzenplatz im globalen Wettbewerb zu sichern. Beispiele sind mehr Gesundheit durch gezielte Prävention und Ernährung oder Forschung und Innovation für ein selbstbestimmtes Leben im Alter.

- Mit der ressortübergreifenden Forschungsagenda für den demografischen Wandel „Das Alter hat Zukunft“ werden die Forschungsprogramme der Bundesressorts gebündelt und konsequent auf die Herausforderungen und Potenziale einer Gesellschaft des längeren Lebens ausgerichtet. Ziel der Forschungsagenda ist es, durch Forschung die Entwicklung von neuen Lösungen, Produkten und Dienstleistungen voranzutreiben, die die Lebensqualität und gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen verbessern und so allen Generationen zugutekommen. Auf diese Weise werden zugleich wichtige Marktpotenziale erschlossen und die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gestärkt.
- Deutschland hat zudem maßgeblich zur Initiierung der gemeinsamen europäischen Programmplanungsinitiative „Länger und besser leben – Möglichkeiten und Herausforderungen des demografischen Wandels“ beigetragen. Die derzeit von 13 EU-Ländern betriebene Initiative verfolgt das Ziel, nationale Forschungsaktivitäten auf dem Gebiet des demografischen Wandels miteinander zu koordinieren.
- Auch „Horizont 2020“, das zukünftige europäische Rahmenprogramm für Forschung und Innovation, wird einen zentralen Beitrag zu mehr Innovation und Wachstum in Europa und Deutschland leisten. Es wird exzellente internationale Forschungs- und Innovationsvorhaben zur Bewältigung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen fördern und Schlüsseltechnologien stärken.
- Wir wollen auch bessere Rahmenbedingungen schaffen, um Forschung und Innovation zu befördern. Das Wissenschaftsfreiheitsgesetz ist eine zentrale Maßnahme hierzu. Damit schaffen wir für die außeruniversitären Wissenschaftseinrichtungen in den Bereichen Haushalt, Personal, Beteiligungen und Bauverfahren wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen auf gesetzlicher Grundlage. Die Bundesregierung

strebt zudem eine Erweiterung der Kooperationsmöglichkeiten von Bund und Ländern im Wissenschaftsbereich an. Hierzu wird eine Änderung des Grundgesetzes im Bereich der Gemeinschaftsaufgabe des Art. 91b GG vorgeschlagen, durch die künftig Bund und Länder nicht nur bei Projekten, sondern auch bei der institutionellen Förderung von Einrichtungen der Wissenschaft und Forschung an Hochschulen von überregionaler Bedeutung zusammenwirken können. Dadurch soll sichergestellt werden, dass Deutschland sich in der immer stärker werdenden internationalen Konkurrenz der Wissenschaftssysteme behaupten kann. Hierzu bedarf es dauerhafter Strukturen mit überregionaler Sichtbarkeit.

6. Natürliche Lebensgrundlagen sichern und leistungsstarke Infrastrukturnetze zukunftsfähig gestalten

Die Politik der Bundesregierung basiert auf dem Prinzip der Nachhaltigkeit. Was wir heute tun, darf unseren Kindern und Enkeln nicht die Chance auf ein Leben in Wohlstand und einer intakten Umwelt nehmen – nicht jetzt, nicht in 20 oder 100 Jahren. Deshalb müssen wir die Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, des sozialen Zusammenhalts und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen zusammenführen. Dies ist auch für die Gestaltung des demografischen Wandels von zentraler Bedeutung.

Nachhaltiges Wachstum und Wohlstand erfordern leistungsstarke Infrastrukturnetze, die auch den Bedürfnissen sich verändernder Bevölkerungs- und Siedlungsstrukturen Rechnung tragen. Innovation und neue Technologien spielen dabei eine zentrale Rolle.

- Die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung formuliert einen Orientierungsrahmen bei der Suche nach dem, was langfristig für eine nachhaltige Entwicklung richtig ist. Mit dem Fortschrittsbericht 2012 entwickelt die Bundesregierung die Nachhaltigkeitsstrategie unter anderem mit den Schwerpunkten „Nachhaltiges Wirtschaften“, „Klima und Energie“ sowie „Nachhaltige Wasserpolitik“ weiter.
- Für die Bundesregierung ist der Ausbau der Energienetze eines der besonders bedeutsamen wirtschafts- und energiepolitischen Projekte. Hier kommt es darauf an, dass die verschiedenen Akteure – Unternehmen, Bund, Länder und Kommunen – an einem Strang ziehen.
- Die Bundesregierung erarbeitet darüber hinaus für die Investitionsplanung der Verkehrsträger eine aktualisierte Prognose und Grundkonzeption des Bundesverkehrswegeplans 2015 unter Berücksichtigung der absehbaren wirtschaftlichen und demografischen Entwicklungen und möglicher Strukturbrüche, die sich erst nach dem Prognosezeitpunkt ergeben.
- Breitbandnetze sind wichtige Lebensadern der Wissensgesellschaft. Sie ermöglichen den schnellen Informations- und Wissensaustausch, tragen zur Entwicklung neuer Geschäftsmodelle und Dienste bei und sind eine wichtige Voraussetzung etwa zur Verwirklichung der Energiewende und einer zukunftsorientierten Gesundheitsversorgung. Deshalb unterstützt die Bundesregierung den Ausbau von Hochleistungsnetzen durch Anbietervielfalt und Wettbewerb. Die Erschließung über den Markt wird mittels der Vorgaben der TKG-Novelle unterstützt.
- Die Bundesregierung wird die für die Abwicklung von Verwaltungsaufgaben unterhaltenen und betriebenen Kommunikationsinfrastrukturen der öffentlichen Verwaltung insbesondere vor dem Hintergrund der gestiegenen und weiter steigenden Bedrohungslage fortlaufend auf dem dazu erforderlichen Stand halten. Das heißt, sie müssen sicher und hochleistungsfähig sein. Damit schafft sie die Voraussetzung, dass die Leistungen der öffentlichen Verwaltung auch im Rahmen einer sich zukünftig ändernden Aufgabenwahrnehmung jederzeit und an jedem Ort angeboten werden können.

Schwerpunktmaßnahmen:

- Erarbeitung einer gemeinsamen Initiative zur Sprachförderung, Sprachdiagnostik und Leseförderung mit den Ländern.
- Stärkere Ausrichtung der ausbildungsfördernden Leistungen auf benachteiligte Jugendliche zur Ausschöpfung des gesamten Ausbildungspotenzials.
- Hochschulpakt 2020 für zusätzliche Studienplätze, bessere Ausschöpfung der Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Hochschulbereich.
- Jährliche Überprüfung und Weiterentwicklung des Fachkräftekonzepts der Bundesregierung.
- Zuwanderung für gut qualifizierte ausländische Fachkräfte durch Umsetzung der Hochqualifizierten-Richtlinie erleichtern.
- Eine Willkommenskultur schaffen, um den Standort Deutschland für qualifizierte Menschen attraktiver zu machen und durch die Verbesserung der Arbeitsvermittlung den europäischen Arbeitsmarkt besser für die Fachkräftesicherung zu nutzen.
- Die Gründerkultur und die Motivation von Menschen für den Unternehmerberuf systematisch und entlang der gesamten Bildungskette von Anfang an stärken.
- Leistungsfähige Infrastrukturnetze zukunftsfähig ausbauen und damit nachhaltiges Wachstum unterstützen.

F. Handlungsfähigkeit des Staates erhalten

Ziele:

- Für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sorgen.
- Die öffentliche Verwaltung des Bundes modernisieren.
- Die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes des Bundes erhalten.

Es erfordert eine große politische Gestaltungskraft, die Herausforderungen des demografischen Wandels erfolgreich zu meistern. Dazu sind ein handlungsfähiger Staat und ein stabiles Gemeinwesen unerlässliche Voraussetzungen.

Handlungsfähigkeit setzt solide Staatsfinanzen voraus. Sie sind eine Grundvoraussetzung für Zukunftsvertrauen und Wachstum. Ohne nachhaltig gesunde öffentliche Finanzen werden weder die notwendigen Zukunftsinvestitionen zu leisten sein noch kann der soziale Schutz gewährleistet werden, auf den sich die Menschen auch im demografischen Wandel verlassen können sollen. Nur generationengerecht ausgestaltete Staatsfinanzen werden langfristig die Bereitschaft der Generationen erhalten, gemeinsam und nicht gegeneinander die anstehenden Aufgaben anzugehen.

Die Verschuldungsprobleme im Euroraum unterstreichen die große Bedeutung tragfähiger öffentlicher Finanzen

eindrucksvoll. In Deutschland belegt die positive wirtschaftliche Entwicklung seit der Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise, dass ein glaubwürdiger Konsolidierungskurs zur Stärkung der binnenwirtschaftlichen Wachstumsgrundlagen beiträgt und eine rasche Rückkehr zu soliden Staatsfinanzen ermöglicht. Um die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sicherzustellen, sind jedoch weiterhin erhebliche Anstrengungen erforderlich.

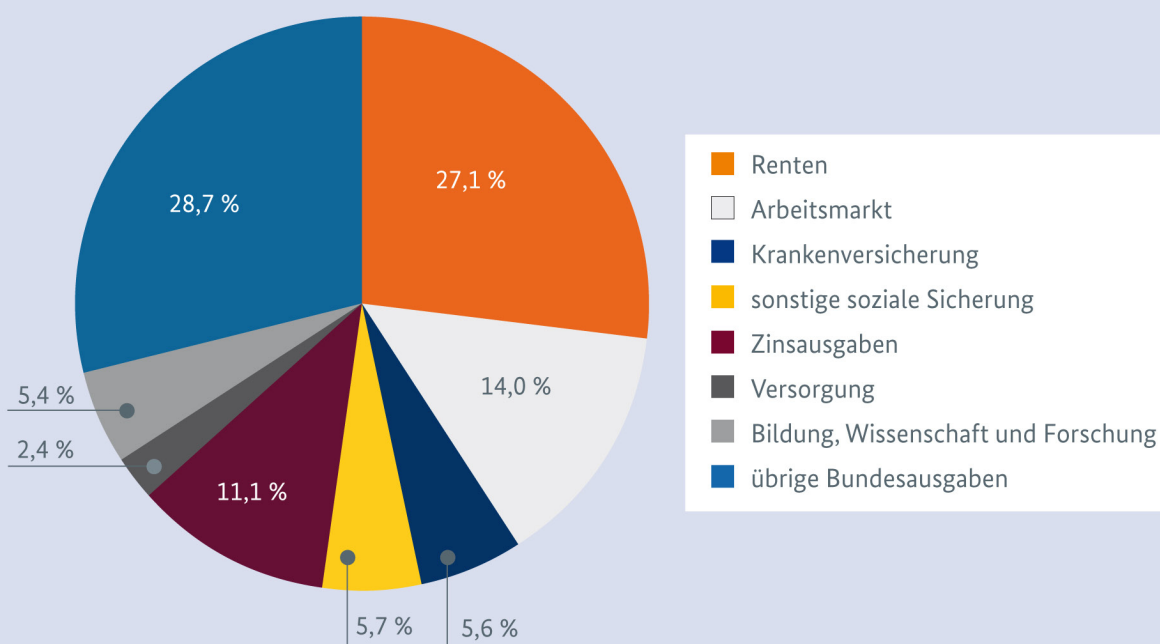
Zur Handlungsfähigkeit des Staates gehören auch effiziente Verwaltungsstrukturen und ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst. Die Bundesregierung legt ein besonderes Augenmerk darauf, die Verwaltungsstrukturen so zu modernisieren, dass sie auch unter den Bedingungen des demografischen Wandels effektiv, zuverlässig und flexibel bleiben und in der Fläche verankert sind.

Die Bundesregierung setzt sich insbesondere zum Ziel, auch mit veränderten Beschäftigungsstrukturen ein hochwertiges Leistungsspektrum der öffentlichen Verwaltung anzubieten. In Bereichen, in denen infolge des demografischen Wandels neue Anforderungen der Wirtschaft und Gesellschaft erfüllt werden müssen, werden die Verwaltungsstrukturen angepasst. Dies schließt auch eine verstärkte Gewinnung von Menschen mit Migrationshintergrund für den öffentlichen Dienst ein. Besondere Herausforderungen liegen in den Bereichen, in denen der Wettbewerb um die besten Köpfe mit der freien Wirtschaft stärker wird. Hier kann die Antwort nur darin liegen, die Attraktivität des öffentlichen Dienstes über eine Vorreiterrolle bei Familienfreundlichkeit und ein gesundes und produktives längeres Arbeiten zu erhöhen.

Box 6: Daten und Fakten

Ein großer Teil der Einnahmen und Ausgaben des Staates wird durch die Altersstruktur der Bevölkerung maßgeblich beeinflusst. Ein Blick auf die Struktur des Bundeshaushaltes zeigt, dass die altersabhängigen Ausgaben bereits jetzt eine große Bedeutung haben. So lag beispielsweise 2011 der Anteil der Rentenausgaben bei 27,1 Prozent.

Ausgabenstruktur im Bundeshaushalt 2011



Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Die von der Europäischen Kommission erstellte und vom Rat der EU-Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) beauftragte langfristige Projektion zu den Auswirkungen der demografischen Veränderungen auf die öffentlichen Finanzen kommt zu dem Ergebnis, dass die demografieabhängigen staatlichen Ausgaben im Vergleich zur Wirtschaftsleistung wie auch in den meisten anderen Mitgliedstaaten weiter anwachsen werden.

Deutschland gehört trotz eines starken Anstiegs des Altenkoeffizienten zu den Ländern, in denen sich die Zunahme der fiskalischen Belastungen im Bereich der Rentenausgaben jedoch in Grenzen hält. Dies ist vor allem eine Folge der durchgeführten Reformen.

Gemessen am BIP werden sich nach der Projektion die Ausgaben für Bildung bis zum Jahr 2030 nur wenig verändern. Dies geht trotz steigender Bildungsausgaben pro Kopf auf die rückläufige Zahl jüngerer Menschen zurück. Zudem ist im Bereich des Arbeitsmarkts mit einem Ausgabenrückgang zu rechnen.

1. Für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sorgen

Der demografische Wandel wird sich spürbar auf das Wirtschaftswachstum und die Entwicklung der öffentlichen Finanzen auswirken. Probleme für die öffentlichen Finanzen ergeben sich dabei mittel- bis langfristig weniger aus dem Bevölkerungsrückgang als aus den Veränderungen in der Altersstruktur unserer Gesellschaft. Der Druck auf die öffentlichen Haushalte wird sich somit unter ansonsten unveränderten Bedingungen in Zukunft tendenziell erhöhen. Um diese Entwicklung abzufedern und damit zugleich Vorsorge für kommende Generationen zu treffen, ist es notwendig, bereits heute geeignete und gezielte Maßnahmen zu ergreifen. Dazu gehört zuvorderst die Begrenzung der Staatsverschuldung.

Für die Bundesregierung sind die Maßnahmen zum Kampf gegen die Schuldenkrise im Euroraum zur Sicherung eines strikten Konsolidierungskurses und insbesondere zur umfassenden Verankerung des Prinzips der Nachhaltigkeit in den öffentlichen Haushalten und Sozialversicherungen eine zentrale Säule in der Demografie-strategie.

- Mit der Einführung der Schuldenregel hat Deutschland bereits 2009 den Grundsatz strukturell ausgeglichener Haushalte und damit das Ziel solider öffentlicher Finanzen verbindlich im Grundgesetz verankert und die Fortsetzung des Konsolidierungskurses bei Bund und Ländern institutionell sichergestellt. Auf europäischer Ebene hat sich Deutschland im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts und des neuen Fiskalvertrags zu einem mittelfristig nahezu ausgeglichenen Staatshaushalt verpflichtet.

Die langfristige Einhaltung der Schuldenregel sichert selbst bei vorsichtigen Wachstumsannahmen eine nachhaltige Rückführung des Schuldenstands im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung. Gleichzeitig wird die relative Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte reduziert. So wird ein wichtiger Beitrag geleistet, um auch zukünftig die Handlungsfähigkeit des Staates zu sichern und den Herausforderungen aus der demografischen Entwicklung begegnen zu können.

- Um die Einhaltung dieser Regeln nachhaltig abzusichern, verfolgt die Bundesregierung einen wachstumsorientierten Konsolidierungskurs. Zur Erreichung der quantitativen Konsolidierungsziele ist dabei auch eine stetige Verbesserung der Qualität der

öffentlichen Finanzen das Ziel. Wesentliche Bestandteile dieses Kurses sind eine Begrenzung des Staatskonsums, die Rückführung von Subventionen, eine Erhöhung von Leistungsanreizen und eine gezielte Stärkung der Wachstumskräfte durch Investitionen in Bildung und Ausbildung, Forschung und Entwicklung sowie Infrastruktur.

- Um der Schuldenregel und dem Ziel tragfähiger Staatsfinanzen besser gerecht werden zu können, erfolgt die Aufstellung des Bundeshaushalts und des Finanzplans seit dem Jahr 2011 in einem Top-Down-Verfahren. Mit dem Top-Down-Verfahren kann die Haushalts- und Finanzplanung frühzeitiger und klarer an politischen Prioritäten ausgerichtet werden. Jedem Fachministerium wird ein Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel zugeordnet. Alle finanzwirksamen Vorhaben dieser Strategie müssen sich in den Rahmen der Eckwerte von Bundeshaushalt und Finanzplan bis 2016 einfügen.
- Mit Hilfe von Tragfähigkeitsanalysen, die die langfristige Entwicklung der Staatsfinanzen untersuchen und bestehende „Tragfähigkeitslücken“ aufdecken, lassen sich Handlungsfelder identifizieren, um gezielt auf die Herausforderungen des demografischen Wandels zu reagieren und zugleich dauerhaft solide Staatsfinanzen sicherzustellen.
- Dies hilft nicht nur für die Planung des Bundeshaushalts, sondern auch, um deutlich zu machen, wie wichtig eine nachhaltige und demografiefeste Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme ist. Mit ihren Reformen in der Vergangenheit hat die Bundesregierung bereits wichtige Beiträge zur langfristigen Tragfähigkeit in diesem Bereich geleistet. Die Wahrung der Generationengerechtigkeit in den sozialen Sicherungssystemen ist allerdings eine Aufgabe, die weit über diese Legislaturperiode hinausreicht. Sie bleibt eine fortwährende Herausforderung für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in den kommenden Jahrzehnten.
- Der nationale Konsolidierungskurs muss durch eine neue europäische Stabilitätskultur ergänzt werden. Die Regeln der Wirtschafts- und Währungsunion wurden gehärtet und der Stabilitäts- und Wachstumspakt wurde geschärft, um in der Europäischen Union die Grundlagen für nachhaltigen Wohlstand und nachhaltige Staatsfinanzen zu erneuern. Dem ausgeglichenen Haushalt wird dadurch in der Eurozone

größere Bedeutung beigemessen und der kontrollierte Abbau zu hoher Schuldenstandsquoten verbindlich geregelt. Die Glaubwürdigkeit der neuen Regeln wird durch ein abgestuftes Sanktionsverfahren sichergestellt und Beschlüsse – etwa über die Verhängung von Bußgeldern – werden künftig leichter gefasst werden können. Nun gilt es, diese neuen Regeln konsequent anzuwenden. Ebenso müssen in denjenigen Ländern, in denen bisher keine entsprechenden nationalen Regelungen geschaffen wurden, der neue europäische Fiskalvertrag in nationales Recht (unter anderem durch Einführung von nationalen Schuldenbremsen) umgesetzt und die Varianten von Wirtschaftspolitik in den Euroländern stärker koordiniert werden.

2. Die öffentliche Verwaltung des Bundes modernisieren

Die demografische Entwicklung fordert von der Bundesverwaltung ein zunehmend flexibleres Handeln. Um diesen Ansprüchen gerecht zu werden, werden fortlaufend Verwaltungsangebote optimiert und neu ausgerichtet. Deren Umsetzung kann der Bund jedoch nicht allein verwirklichen. Nur durch eine intensive Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen können diese Maßnahmen kurzfristig realisiert werden. Der IT-Planungsrat koordiniert für den wichtigen Bereich der IT-Strukturen die Bemühungen der unterschiedlichen Beteiligten und arbeitet auf ein effizientes, gemeinsam verwaltetes Angebot vielseitig verwendbarer technischer Basisinfrastrukturen hin.

- Mobile Verwaltungsangebote, die die Verwaltungsleistungen zu den Menschen bringen, und Möglichkeiten weitgehender telefonischer Auskunftserteilung werden in dem Modellvorhaben „Mobile Verwaltung und telefonische Auskunft“ des Bundes in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen erprobt. Nach der Erprobungsphase sollen diese Angebote flächendeckend zur Verfügung gestellt werden.
- Bereits bestehende Verwaltungsangebote werden verbessert und Synergieeffekte werden genutzt, wie zum Beispiel durch die Einführung einer Plattform für alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung, auf der Informationen über Verwaltungsprozesse gesammelt und ausgetauscht werden können (Nationale Prozessbibliothek). Darüber hinaus sollen Aufgaben in Dienstleistungszentren gebündelt werden. Ein umfassendes Qualitätsmanagement soll die zur Verfügung stehenden Verwaltungsangebote optimieren.

- Die Bundesregierung wird den Ausbau und die Verbesserung von Information, Kommunikation und Transaktion durch digitale Informations- und Kommunikationstechnik (E-Government) zwischen öffentlichen Institutionen untereinander und mit den Bürgerinnen und Bürgern fördern, um Effizienzgewinne zu erzielen und öffentliche IT-Angebote mit hohem Mehrwert zu schaffen. Durch das derzeit erarbeitete E-Government-Gesetz werden bundesrechtliche Hemmnisse abgebaut und Anreize für weitere elektronische Verwaltungsdienstleistungen geschaffen. Geplant ist, Projekte und Forschungsvorhaben wie „Open Government“ auszubauen.

- Die Behördenrufnummer 115 wird als Kundenservice für alle Zugangskanäle zur öffentlichen Verwaltung ausgebaut. Das Wissen des 115-Verbundes soll zukünftig von mobilen Bürgereinrichtungen genutzt werden können. Eine weitere Option ist die Erarbeitung und Abstimmung eines Nutzungskonzepts für die Behördenrufnummer 115 zur Bewältigung von Krisensituationen und besonderen (Not-)Lagen.

- Die Bundesregierung will neben dem für 2013 geplanten ebenenübergreifenden „Open-Government-Portal“ einen breiten Zugang sowie eine einfache und transparente Nutzung von Geodaten und Geodatendiensten über Internettechnologien ermöglichen, indem sie gemeinsam mit den Ländern und Kommunen eine zentrale Plattform wie das Geoportal.DE zur Verfügung stellt und ausbaut.

3. Die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes des Bundes erhalten

Zur Handlungsfähigkeit des Staates gehört auch ein an die Herausforderungen des demografischen Wandels angepasster, wettbewerbsfähiger und leistungsfähiger öffentlicher Dienst, der seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein flexibles, familienorientiertes und gesundes Arbeiten ermöglicht.

- Der öffentliche Dienst unterliegt einer kontinuierlichen Aufgabenüberprüfung, die auch auf die demografischen Erfordernisse abstellt. Davon ausgehend werden auch weiterhin Personalstrukturen und -bestände angepasst. Insgesamt wird die Bundesregierung den Umfang der Personalausstattung im öffentlichen Dienst des Bundes langfristig an der Bevölkerungsentwicklung orientieren, dabei aber gleichzeitig die Fachkräfte- und Nachwuchsgewinnung im Blick behalten.

- Die Bundesregierung ermöglicht flexiblere individuelle Arbeitszeiten im Einklang mit den dienstlichen Erfordernissen. So wird der Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch besser Rechnung getragen und eine familienfreundliche Arbeitswelt geschaffen. Im Einzelnen werden die Familienpflegezeit auch für die Beamten im öffentlichen Dienst eingeführt, Telearbeit und mobiles Arbeiten weiter ausgebaut sowie Schichtdienstkonzepte entwickelt, die die besonderen Belastungen eines längeren Verbleibs im Wechsel- schichtdienst besser abfedern. Daneben wird die Aus- und Fortbildung zum Beispiel durch Teilzeitangebote familiengerecht gestaltet.
- Um ein motiviertes und gesundes Arbeiten sowie freiwillige Dienstzeitverlängerungen zu fördern, wird die Bundesregierung die Voraussetzungen für einen flexiblen Ruhestandseintritt durch die Eröffnung eines größeren Zeitkorridors verbessern.

Dazu wird sie in einem Modellprojekt Beamten stärker als bisher ermöglichen, Einbußen bei der Versorgung durch eine längere Lebensarbeitszeit auszugleichen. Gleichzeitig wird den Dienststellen in Fällen, in denen Wissensverlust droht, die Möglichkeit eröffnet, erfahrene Beamte für eine längere Tätigkeit zu gewinnen (zum Beispiel durch Gewährung von Zuschlägen). Dies trägt langfristig zu einer positiven Entzerrung der sogenannten „Rushhour des Lebens“ bei, und es bleibt mehr Zeit für Karriere. Zudem wird sie eine Flexibilisierung der Lebensarbeitszeit durch die Einführung von Langzeitkonten prüfen.

Ergänzt werden diese Maßnahmen durch die Entwicklung einer an Lebensphasen orientierten Personalpolitik im Sinne einer „Kultur des längeren Arbeitens“ und durch einen konsequenten Arbeits- und Gesundheitsschutz.

- Um die Leistungsfähigkeit der Bundesverwaltung sowie deren Attraktivität als Arbeitgeber zu erhöhen, wird die Bundesregierung im Rahmen des Regierungsprogramms „Vernetzte und transparente Verwaltung“ Handlungsempfehlungen zur Ausgestaltung einer an Lebensphasen orientierten Personalpolitik zur Verfügung stellen.
- Ressortübergreifend wird sich der öffentliche Dienst als attraktiver Arbeitgeber stärker positionieren. Anhand einer ressortweiten Personalbedarfsanalyse soll ermittelt werden, ob die Fachkräftebasis in der Bundesverwaltung erweitert und gegebenenfalls wie weitere Anreize zur Fachkräftegewinnung geschaffen werden können. Hierzu gehören auch der Ausbau berufsbegleitender Fortbildungs- und Ausbildungsangebote sowie eine Stärkung der Fort- und Weiterbildungskultur für ältere Beschäftigte. Angestrebt werden zudem eine stärkere Mobilität zwischen den Ressorts sowie die Erleichterung des Wiedereinstiegs nach Familienphasen. Die Bundesregierung wird sich durch eine geeignete Personalpolitik für die Sicherung der Fachkräfte- und Nachwuchsgewinnung für den öffentlichen Dienst einsetzen.

Schwerpunktmaßnahmen:

- Im Rahmen eines wachstumsorientierten Konsolidierungskurses die Schuldenquote durch langfristige Einhaltung der Schuldenregel zurückführen.
- Generationengerechtigkeit durch Sicherung der Nachhaltigkeit und Demografiefestigkeit in den Finanzen der sozialen Sicherungssysteme wahren.
- Den nationalen Konsolidierungskurs durch Entwicklung einer neuen europäischen Stabilitätskultur ergänzen.

III. Ausblick

1. Ebenenübergreifender Dialog

Die Gestaltung des demografischen Wandels kann nur gelingen, wenn alle staatlichen Ebenen, Wirtschaft, Sozialpartner und gesellschaftliche Akteure unter Einbindung der Menschen vor Ort zusammenwirken. Die Bundesregierung wird daher einen umfassenden und kontinuierlichen Dialogprozess mit den Gestaltungspartnern mit dem Ziel initiieren, die unterschiedlichen Perspektiven und Gestaltungsansätze zum demografischen Wandel zusammenzuführen.

Dazu beabsichtigt die Bundesregierung, die Gestaltungspartner regelmäßig zu einem Demografiegipfel einzuladen. Zur Vorbereitung dieser Treffen schlägt die Bundesregierung vor, Arbeitsgruppen in Themenbereichen zu bilden, in denen die vorhandenen Strukturen der Zusammenarbeit vor dem Hintergrund der längerfristigen Herausforderungen des demografischen Wandels ergänzungsbedürftig erscheinen. Eine Doppelung vorhandener Strukturen soll vermieden werden. Die Arbeitsgruppen sollten unter Vorsitz eines Bundesressorts und Co-Vorsitz jeweils eines vorrangig betroffenen Gestaltungspartners aus dem Bereich der Länder, Kommunen, Wirtschaft, Gewerkschaften, der Verbände, Wissenschaft oder der Zivilgesellschaft stehen.

Die Bundesregierung schlägt vor, diese Arbeitsgruppen auf einem ersten Demografiegipfel im Herbst 2012 einzusetzen und im folgenden Jahr ein Resümee zu ziehen. Sie wird zu deren Vorbereitung bis zum Herbst 2012 auf die Gestaltungspartner zur näheren Abstimmung von Zielen, Themen, Strukturen und Arbeitsformen zugehen und es begrüßen, wenn die Gestaltungspartner dazu eigene Vorschläge einbringen.

Aus Sicht der Bundesregierung bietet es sich an, insbesondere die folgenden Themenschwerpunkte der Demografiestrategie aufzugreifen und gemeinsam weiterzuentwickeln:

A. Familie als Gemeinschaft stärken

Schwerpunkt: Familien Zeit für Verantwortung und Fürsorge geben, die flexible Zeitgestaltung von Familien erleichtern durch eine familienbewusstere Arbeitswelt, zeitpolitische Initiativen in der Arbeitswelt und auf lokaler Ebene und durch familienunterstützende, haushaltsnahe Dienstleistungen (bundesseitige Federführung: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend)

B. Motiviert, qualifiziert und gesund arbeiten

Schwerpunkt: Gesamtkonzept zur Förderung eines gesunden und produktiven Arbeitslebens unter anderem mit den Aspekten Gesundheitsförderung, Arbeitsschutz, Weiterbildung mit Schwerpunkt auf Weiterbildungsallianzen, Konzepte für begrenzte Arbeitszeitverringerung und flexible Arbeitszeitorganisation durch Wertguthaben (bundesseitige Federführung: Bundesministerium für Arbeit und Soziales)

C. Selbstbestimmtes Leben im Alter

Schwerpunkt 1: Entwicklung eines strategischen Konzepts „Selbstbestimmtes Altern“, das unter anderem ein selbstbestimmtes Wohnen im vertrauten Umfeld und Mobilität im Alter umfasst; Dialog unter dem Leitbild „Sorgende Gemeinschaften“ zu Fragen zukunftsweisender kommunaler beziehungsweise regionaler Strukturen und Angebote für ein selbstbestimmtes Leben im Alter einschließlich des Bereichs der Betreuung und Begleitung hilfe- und pflegebedürftiger Menschen, Entwicklung und Einbindung von vorbildlichen Formen der Mitverantwortung und der Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger

Engagementpotenziale und gesellschaftliche Teilhabe Älterer fördern unter anderem durch Flexibilisie-

rung der Übergänge zwischen Erwerbs- und Nacherwerbsphase, Unterstützung von Bildung im Alter; Verbreitung vorbildlicher Modelle für das Engagement aller Menschen, insbesondere Älterer, flächendeckender Aufbau generationenübergreifender Begegnungsstätten

(bundesseitige Federführung: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend)

Schwerpunkt 2: Aufbau einer Allianz für Menschen mit Demenz auf Bundesebene; Unterstützung regionaler Hilfenetzwerke

(bundesseitige Federführung: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und Bundesministerium für Gesundheit)

D. Lebensqualität in ländlichen Räumen und integrative Stadtpolitik

Schwerpunkt: Entwicklung eines Nationalen Koordinierungsrahmens zur Sicherung der Daseinsvorsorge und Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft, um den besonders vom demografischen Wandel betroffenen ländlichen und städtischen Regionen und den dort lebenden Menschen faire Entwicklungschancen und gleichwertige Lebensverhältnisse bieten zu können

(bundesseitige Federführung: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz)

E. Grundlagen für nachhaltiges Wachstum und Wohlstand sichern

Schwerpunkt 1: Mobilisierung aller Potenziale zur Sicherung der Fachkräftebasis

Parallel zur Förderung des längeren Arbeitens

Mobilisierung aller Potenziale zur Sicherung der Fachkräftebasis insbesondere auch weiblicher Fachkräfte, unter anderem durch Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren und von Ganztagschulen, Aktivierung von Arbeitslosen, Verbesserung von Bildungschancen vor allem für Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund, ganzheitliche Betreuung junger Menschen beim Übergang von der Schule in den Beruf, Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen und qualifizierte Zuwanderung (bundesseitige Federführung: Bundesministerium für Arbeit und Soziales)

Schwerpunkt 2: Ausländisches Arbeitskräftepotenzial erschließen und Willkommenskultur schaffen: den mit der Hochqualifizierten-Richtlinie und der beabsichtigten Blue-Card-Regelung geschaffenen Rahmen ausfüllen unter anderem durch Entwicklung bedarfsbezogener Spracherwerbsangebote im In- und Ausland, Aufbau von Informationsportalen, Job-Börsen- und Behördenlotsen, Vereinfachung der Verwaltungsverfahren, interkulturelle Öffnung der Hochschulen, Einrichtung eines Runden Tisches „Aufnahmegesellschaft“, Stärkung der kommunalen Integrationspolitik, Weiterentwicklung des Netzwerkes der europäischen Arbeitsverwaltungen (bundesseitige Federführung: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie)

Schwerpunkt 3: Bildungsbiografien fördern

Die Bildungspotenziale aller Menschen ausschöpfen durch Förderung des Lernens entlang der Bildungsbiografie durch frühkindliche Sprachförderung, Qualitätssicherung in der Lehrerbildung, Verbesserung des Übergangs von der Schule in die Berufsausbildung und Bekämpfung des Schulabbruchs, außerschulische Förderung der Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener, Stärkung der Hochschulausbildung und des lebenslangen Lernens (bundesseitige Federführung: Bundesministerium für Bildung und Forschung)

F. Handlungsfähigkeit des Staates erhalten

Schwerpunkt: Attraktivität des öffentlichen Dienstes als modernem Arbeitgeber erhöhen unter anderem durch Fachkräfte- und Nachwuchsgewinnung auf der Grundlage demografiefester Personalbedarfsanalysen, Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, insbesondere durch weitere Flexibilisierung der Arbeitszeiten, Entwicklung einer lebensphasenorientierten Personalpolitik und Förderung einer Kultur des längeren Arbeitens (bundesseitige Federführung: Bundesministerium des Innern)

Arbeitsgruppen zu weiteren Themen können bei Bedarf im Verlauf des Gipfelprozesses eingerichtet werden. Die Gesamtkoordinierung dieses Prozesses hat der Bundesminister des Innern. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen werden auf regelmäßigen Gipfelveranstaltungen vorgestellt und zusammengeführt. Die regelmäßigen Treffen dienen auch dazu, den Prozess kritisch zu begleiten. So

wird ein gesamtgesellschaftliches Monitoring geschaffen, ohne ein zusätzliches bürokratisches Verfahren aufzulegen. Soweit dies für die Politiksteuerung erforderlich ist, wird die Bundesregierung die Demografiestrategie auch durch eine Evaluierung begleiten.

2. Kommunikation

Die Auswirkungen des demografischen Wandels werden in der Bevölkerung häufig mit Sorge betrachtet. Die Bundesregierung ist überzeugt, dass unser Land in den kommenden Jahrzehnten seinen Wohlstand, sein Selbstvertrauen und seinen inneren Frieden bewahren und stärken wird, wenn es die richtigen Weichenstellungen vornimmt. Sie wird daher ihre Demografiepolitik durch eine breit angelegte Kommunikationsstrategie begleiten, deren Ziel es ist, den Bürgerinnen und Bürgern Perspektiven aufzuzeigen und einen gesellschaftlichen Dialog anzustoßen. Die Demografiestrategie der Bundesregierung wird unter der Überschrift „Jedes Alter zählt“ einen herausgehobenen Stellenwert in der ressortübergreifenden Kommunikation der Bundesregierung einnehmen.

Die Bundesregierung wird alle Aspekte der Demografiestrategie unter einer Dachmarke kommunizieren. Das gilt für die jeweilige Fachkommunikation der Bundesministerien wie für alle ressortübergreifenden Maßnahmen. Die Mitglieder der Bundesregierung werden auch in ihrer Presse- und Öffentlichkeitsarbeit einen besonderen Schwerpunkt auf die Themen der Demografiestrategie legen.

Darüber hinaus wird die Bundesregierung die Länder einladen, ein ressort- und ebenenübergreifendes Demografieportal aufzubauen, das von allen in der Demografiepolitik handelnden Akteuren genutzt werden kann. Das Portal soll Informationen bereitstellen, demografische Themen aktuell aufbereiten, gelungene Projekte beispielgebend herausstellen und zu einem breiten und intensiven Demografiediskurs anregen.

Impressum

Herausgeber:
Bundesministerium des Innern
Alt-Moabit 101 D
10559 Berlin

Redaktion:
Referat G I 3

Gestaltung und Produktion:
MediaCompany – Agentur für Kommunikation GmbH

Bildnachweis:
iStockphoto.com

Druck:
SilberDruck ohG, Niestetal

Die Broschüre ist kostenlos. Sie kann bestellt werden beim:
Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09
18132 Rostock
Telefon: (0 18 05) 77 80 90 (Festpreis 14 Cent/Min.,
abweichende Preise a. d. Mobilfunknetzen möglich)
Fax: (0 18 05) 77 80 94 (Festpreis 14 Cent/Min.,
abweichende Preise a. d. Mobilfunknetzen möglich)
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
Artikelnummer: BMI12008
www.bmi.bund.de und www.bka.de

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern und Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwandt werden.



www.bmi.bund.de

demografischer Wandel

Bezeichnung für die Bevölkerungsentwicklung und ihre Veränderungen insbesondere im Hinblick auf die Altersstruktur, die Entwicklung der Geburtenzahl und der Sterbefälle, die Anteile von Inländern, Ausländern und Eingebürgerten sowie die Zuzüge und Fortzüge. In Deutschland ist der demografische Wandel dadurch gekennzeichnet, dass seit Anfang der 1970er-Jahre die Geburtenrate niedriger ist als die Sterberate, weshalb die Bevölkerungszahl ohne Zuwanderung sinken würde. Ein weiteres Kennzeichen ist die höhere Lebenserwartung der Bevölkerung, was bei zurückgehender Geburtenrate zu einem größeren Anteil der älteren Bevölkerung im Vergleich zum Anteil der jüngeren Bevölkerung führt.

Der demografische Wandel mit seinen Auswirkungen bringt große Herausforderungen und neue Aufgaben für den Staat, die Gesellschaft, die Wirtschaft und die Bürger mit sich. So muss etwa in der gesetzlichen Rentenversicherung die Rente für die momentanen und zukünftigen Rentner der älteren Generation von einer rückläufigen Anzahl von jüngeren Beitragszahlern aufgebracht werden. Ein zunehmender Anteil älterer und alter Menschen an der Gesamtzahl der Bevölkerung führt im Gesundheitsbereich, in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung zu einem steigenden Kostendruck, der über Beiträge der jüngeren Generation finanziert werden muss. Die Arbeitswelt könnte sich durch den höheren Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung dahingehend verändern, dass einerseits die Lebensarbeitszeit weiter erhöht wird und andererseits altersgerechte Arbeitsbedingungen und Maßnahmen zur altersgerechten Arbeitszeitflexibilisierung geschaffen werden.

Duden Wirtschaft von A bis Z: Grundlagenwissen für Schule und Studium, Beruf und Alltag. 6. Aufl. Mannheim: Bibliographisches Institut 2016. Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2016.

Dienstvereinbarung
zwischen
dem Sächsischen Staatsministerium der Finanzen
und
dem Örtlichen Personalrat beim
Sächsischen Staatsministerium der Finanzen
zur gleitenden Arbeitszeit für die Bediensteten im
Sächsischen Staatsministerium der Finanzen

Für die Regelung zur gleitenden Arbeitszeit für die Bediensteten des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen wird zwischen dem Staatssekretär des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen und dem Örtlichen Personalrat beim Sächsischen Staatsministerium der Finanzen auf der Grundlage von § 4 Abs. 3, § 6 und § 14a SächsAZVO gemäß § 81 Abs. 2 Nr. 1 i. V. m. § 84 SächsPersVG folgende Dienstvereinbarung getroffen:

Präambel

Mit dieser Dienstvereinbarung wird den veränderten Anforderungen an Arbeitszeitregelungen Rechnung getragen. Die Regelungen sollen die Aufgabenerledigung und die Bedürfnisse der Bediensteten des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen insbesondere hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch besser in Einklang bringen.

1. Allgemeines

Die Dauer der vorgeschriebenen bzw. tariflich vereinbarten wöchentlichen Arbeitszeit sowie besondere Vorschriften des Beamten- und Tarifrechts werden durch diese Dienstvereinbarung nicht berührt.

Die Bezeichnung „Bedienstete“ umfasst alle Beschäftigten und Beamten des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen.

Zur besseren Lesbarkeit wird bei verallgemeinernden Substantiven lediglich das bestimmende grammatische Geschlecht verwendet. Selbstverständlich richtet sich der Text an die Angehörigen beider Geschlechter.

2. Begriffsbestimmungen

- 2.1 Regelarbeitszeit ist die tägliche Arbeitszeit, die sich im Rahmen der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit durch die Festlegung von Dienstbeginn und Dienstende für die einzelnen Tage ergibt.
- 2.2 Der Arbeitszeitrahmen kennzeichnet den Zeitraum zwischen dem frühestmöglichen Dienstbeginn und dem spätmöglichsten Dienstende, in dem die Anrechnung von Zeiten möglich ist.
- 2.3 Die tägliche Sollstundenzahl ist die Zeit, die der Berechnung von Mehr- und Minderstunden zu Grunde gelegt wird.
- 2.4 Mehr- bzw. Minderstunden entstehen durch Über- bzw. Unterschreitungen der

täglichen Sollstundenzahl.

- 2.5 Kernarbeitszeit ist die Zeit ohne Ruhepausen, während der der Bedienstete (grundsätzlich an seinem Arbeitsplatz) anwesend sein muss.
- 2.6 Gleitzeit ist der Teil des Arbeitszeitrahmens, der nicht in die Kernarbeitszeit fällt.
- 2.7 Servicezeiten sind die Zeiten, während der im Rahmen von Vertretungsregelungen sachkundige Ansprechpartner in der jeweiligen Organisationseinheit zur Verfügung stehen sollen.
- 2.8 Abrechnungszeitraum ist der Zeitraum, in dem Mehr- bzw. Minderstunden grundsätzlich auszugleichen sind.

3. Regelarbeitszeit, tägliche Sollstundenzahl

- 3.1 Die Regelarbeitszeit beginnt täglich um 7.30 Uhr. Sie endet unter Berücksichtigung einer Ruhepause von 30 Minuten um 16.00 Uhr. Bei feststehender Arbeitszeit im Sinne des § 5 SächsAZVO ist die an den jeweiligen Tagen zu leistende Arbeitszeit Regelarbeitszeit.
- 3.2 Die tägliche Sollstundenzahl beträgt acht Stunden. Bei feststehender Arbeitszeit im Sinne des § 5 SächsAZVO ist als tägliche Sollstundenzahl die an den jeweiligen Tagen zu leistende Arbeitszeit zu Grunde zu legen.

4. Arbeitszeitrahmen

- 4.1 Der Arbeitszeitrahmen umfasst die Zeitspanne zwischen 6.30 Uhr und 20.30 Uhr.
- 4.2 Die Anrechnung von Arbeitszeit außerhalb des Arbeitszeitrahmens sowie an Samstagen, Sonntagen und Feiertagen bedarf in jedem Einzelfall der schriftlichen Anordnung bzw. der schriftlichen Genehmigung des zuständigen Abteilungsleiters. Für Bedienstete des Leitungsbereiches entscheidet der Staatssekretär. Für bestimmte Anlässe oder bestimmte Bedienstete kann die Genehmigung allgemein erteilt werden.

5. Kernarbeitszeit, Servicezeit

- 5.1 Die Kernarbeitszeit wird wie folgt festgelegt:

montags bis freitags	9.00 Uhr bis 12.00 Uhr sowie
montags bis donnerstags	13.30 Uhr bis 15.30 Uhr.

Abweichend von Satz 1 endet bei Bediensteten mit Kind, welches das vierzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat, die Kernarbeitszeit montags bis donnerstags um 14.30 Uhr.

Für den Botendienst wird abweichend von Satz 1 die Kernarbeitszeit montags bis donnerstags von 7.30 Uhr bis 11.30 Uhr sowie von 12.30 Uhr bis 14.00 Uhr und freitags von 7.30 Uhr bis 12.00 Uhr festgelegt.

- 5.2 Abweichend von Ziff. 5.1 endet die Kernarbeitszeit in der Zeit vom 1. Juni bis zum 31. August eines Kalenderjahres von montags bis donnerstags um 14.00 Uhr.

In der übrigen Zeit kann durch den Abteilungsleiter I bei Innenraumtemperaturen von mehr als 26 °C in Abstimmung mit dem Örtlichen Personalrat des Sächsischen

auszugleichen.

Soweit der Ausgleich von Mehrstunden innerhalb des geltenden Abrechnungszeitraumes nicht möglich ist, können bis zu 40 Mehrstunden in den nächsten Abrechnungszeitraum übertragen werden.

Minderstunden (Zeitschulden) werden in voller Höhe in den nächsten Abrechnungszeitraum übertragen. Am Ende eines Abrechnungszeitraumes dürfen jedoch grundsätzlich maximal 20 Minderstunden bestehen.

Eine Übertragung von mehr als 40 Mehrstunden ist grundsätzlich nicht möglich. Mit Zustimmung des Abteilungsleiters I kann im Einzelfall ausnahmsweise die Übertragung von die Grenze von 40 übersteigenden Mehrstunden zugelassen werden.

- 8.3 Zur Steuerung von Mehr- und Minderstunden überwacht grundsätzlich jeder Bedienstete in eigener Verantwortung sein Zeitkonto in Form eines Ampelkontos. Es werden drei Zonen unterschieden:

Die „**Grüne Zone**“ beträgt bis zu 40 Mehr- bzw. bis zu 20 Minderstunden. In dieser Zone kann jeder Bedienstete seine Arbeitszeit unter Berücksichtigung dienstlicher Belange eigenverantwortlich disponieren.

Die „**Gelbe Zone**“ beginnt bei Überschreitung von 40 Mehr- bzw. 20 Minderstunden. Liegt das Zeitsaldo über 20 Minderstunden hat der Vorgesetzte mit dem Bediensteten eine Vereinbarung zur Nacharbeit der fehlenden Arbeitszeit zu treffen. Überschreitet das Zeitsaldo 40 Mehrstunden sind Vorgesetzter und Bediensteter gemeinsam verpflichtet, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um das Zeitsaldo in die „Grüne Zone“ zurückzuführen.

Die „**Rote Zone**“ beginnt bei 80 Mehrstunden. Wird diese Zone erreicht, ist der Vorgesetzte verpflichtet, mit dem Bediensteten die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um das Zeitsaldo in die „Grüne Zone“ zurückzuführen. Der nächsthöhere Vorgesetzte ist einzubeziehen.

Einzelne Bedienstete können mit Zustimmung des zuständigen Abteilungsleiters im Einvernehmen mit dem Abteilungsleiter I ausgenommen werden. Im Leitungsbereich entscheidet der Staatssekretär.

Sobald das Zeitkonto des Bediensteten in die „Gelbe“ oder „Rote Zone“ eingetreten ist, wird der Vorgesetzte über den konkreten Zeitsaldo informiert.

Der Vorgesetzte berichtet seinem Vorgesetzten, wenn sich 30 % der Bediensteten seines Organisationsbereiches außerhalb der „Grünen Zone“ befinden, um gemeinsame Lösungsmöglichkeiten zu finden.

- 8.4 Der Referatsleiter kann zum Ausgleich von Zeitguthaben zulassen, dass die Kernarbeitszeit eines Tages ganz oder anteilig freigenommen wird, soweit dienstliche Gründe nicht entgegenstehen und ein entsprechendes Zeitguthaben vorhanden ist. Für die Referatsleiter erteilt der zuständige Abteilungsleiter die Genehmigung.

Bis zu 5 Arbeitstage können auch zusammenhängend gewährt werden.

Bei Erkrankung eines Kindes oder eines im Haushalt des Bediensteten lebenden Angehörigen können abweichend vom Vorgenannten bis zu 12 Arbeitstage zusammenhängend gewährt werden.

Die Freizeitausgleichsregelungen für angeordnete Mehrstunden (§ 3 Abs. 3 MVergV) bzw. angeordnete Überstunden (§ 8 Abs. 2 Satz 2 TV-L) bleiben hiervon unberührt.

- 8.5 Bei Beendigung des Dienst- oder Arbeitsverhältnisses dürfen keine Mehr- oder Minderstunden mehr bestehen.

9. Arbeitszeiterfassung; Überwachung und Aufbewahrungsfristen

- 9.1 Zur Erfassung der Arbeitszeit wird eine elektronische Anlage eingesetzt.
- 9.2 Bei Dienstbeginn, bei jedem Verlassen und Wiederbetreten der Dienststelle und bei Dienstende ist das Zeiterfassungsgerät zu bedienen.
Dies gilt nicht für den Staatssekretär sowie die Abteilungsleiter.
- 9.3 Auf die Erfassung der ersten Ruhepause kann verzichtet werden, wenn diese 30 Minuten nicht übersteigt und die Dienststelle nicht verlassen wird.

Die erste Ruhepause ist zu erfassen, wenn

- der Dienst um 12.00 Uhr oder später begonnen wurde und nach Dienstbeginn eine erste Ruhepause gemacht wird oder
- der Dienst spätestens um 13.30 Uhr beendet wird und vorher eine erste Ruhepause gemacht wird.

- 9.4 Mit der elektronischen Zeiterfassungsanlage dürfen nur folgende Daten erfasst und ausgewertet werden:

- Ausweis-Nr.,
- Name, Vorname,
- Geburtsdatum,
- Dienststellen-Nr.,
- Haustelefon-Nr.,
- Zeitbuchungen,
- Urlaub sowie
- Status.

Die vorgenannte Datenerfassung und deren Nutzung bzw. Auswertung der Daten aus der elektronischen Zeiterfassung nach ausschließlicher Maßgabe der Ziff. 9.5 dienen der Verhaltenskontrolle der Bediensteten einschließlich der Vorgesetzten im Hinblick auf die Einhaltung der Vorschriften dieser Dienstvereinbarung, der Korrektur von Zeitbuchungen und unterstützen die Durchführung personeller und organisatorischer Maßnahmen sowie Maßnahmen des Personalmanagements. Darüber hinaus dürfen die anfallenden Zeiterfassungsdaten nicht zu Zwecken der individuellen Leistungs- und Verhaltenskontrolle genutzt werden.

- 9.5 Es dürfen nur folgende Ausdrücke gefertigt und folgende Auswertungen vorgenommen werden:

Mitarbeiterjournal - zeigt alle Tageswerte und kumulierten Werte eines Bediensteten für einen bestimmten Zeitraum an. Es dient als Basis für Korrekturen. Das Mitarbeiterjournal ist grundsätzlich nur auf Verlangen eines Bediensteten zur Überprüfung der Zeitdaten auszudrucken.

Jahresübersicht – es wird je Tag die Ist-Arbeitszeit oder der Fehlgrund sowie das Tagesprogramm dargestellt. Die Jahresübersicht ist nur auf Verlangen eines Bediensteten auszudrucken.

Fehllisten und Fehlgrundstatistik

a) Die Liste „*Kernzeitverletzer*“ - enthält für einen bestimmten Tag oder einen bestimmten Zeitraum alle Bediensteten mit den Statusangaben (Kommen bzw. Gehen, Plan und Ist sowie Differenz zwischen Plan und Ist), die Ihren Dienst nach Beginn der Kernarbeitszeit begonnen oder vor Ende der Kernarbeitszeit beendet haben. Sie dient der Überwachung der Einhaltung der Vorschriften dieser Dienstvereinbarung und ggf. der Einleitung entsprechender personeller Maßnahmen bei Verstößen gegen diese Dienstvereinbarung.

Der Leiter des Personalreferates kann bestimmen, ob und an welchen Tagen die Kernzeitverletzer-Liste ausgedruckt wird.

b) Die Liste „*Fehlen ohne Fehlgrund*“ - listet alle Buchungstage für einen bestimmten Zeitraum auf, an denen für Bedienstete keine Buchungen und kein Fehlgrund (z. B. Kommen, Gehen, Dienstreise, Urlaub) registriert wurden. Sie dient der Überwachung der Einhaltung der Vorschriften dieser Dienstvereinbarung und ggf. der Einleitung entsprechender personeller Maßnahmen bei Verstößen gegen diese Dienstvereinbarung.

c) Die „*Jahresübersicht Fehlzeiten*“ - umfasst die Fehlzeiten aller Bediensteten oder eines einzelnen Bediensteten unter Angabe des Fehlgrundes (z. B. Urlaub, Zeitausgleich, Dienstreise, Elternzeit) für einen bestimmten Zeitraum. Sie dient der statistischen Auswertung von Fehlzeiten (insbesondere Kranken- und Urlaubsstatistik). Eine Weiterleitung an nicht in Ziff. 9.6 Abs. 1 genannte Personen darf nur anonym erfolgen.

d) „*Fehlgrundstatistik*“ – es werden für alle Bediensteten die Fehlzeiten nach Fehlgrund in einem bestimmten Zeitraum kumuliert aufgelistet. Sie dient der statistischen Auswertung von Fehlzeiten (insbesondere Kranken- und Urlaubsstatistik). Eine Weiterleitung an nicht in Ziff. 9.6 Abs. 1 genannte Personen darf nur anonym erfolgen.

e) Liste „*Fehltag*“ - ermöglicht eine Aufstellung der Fehltag der Bediensteten für einen bestimmten Zeitraum nach bestimmten Kriterien (Fehlgrund, Abteilung oder Referat). Sie dient der statistischen Auswertung von Fehlzeiten (insbesondere Kranken- und Urlaubsstatistik). Eine Weiterleitung an nicht in Ziff. 9.6 Abs. 1 genannte Personen darf nur anonym erfolgen.

Summenliste - dient der Darstellung der Salden aller Bediensteten, einer Gruppe von Bediensteten (Referate) oder einzelner Bediensteter in einem bestimmten Zeitraum (Monat oder Kalenderjahr). Dabei wird neben Soll und Ist des abgerufenen Zeitraumes auch das Saldo des entsprechenden Vorgängerzeitraumes dargestellt. Monatssalden und Jahressalden können getrennt abgerufen werden. Die Summenliste dient der Umsetzung von Maßnahmen im Sinne von Ziff. 9.4 Satz 2. Eine Weiterleitung an nicht in Ziff. 9.6 genannte Personen darf nur anonym erfolgen.

Abweichungen Tagessaldo/Monatssaldo

Mit den Abweichungen Tagessaldo werden alle Buchungstage aufgelistet, an denen das Tagessaldo einen definierten Wert (Zeit) übersteigt oder unterschreitet. Sie dient allein der Überwachung der Einhaltung der täglichen Höchstarbeitszeit (Ziff. 7.1 und 7.2).

Mit den Abweichungen Monatssaldo werden alle Monate aufgelistet, in denen das Monatssaldo im Abrechnungszeitraum einen definierten Wert (Zeit) übersteigt- oder unterschreitet. Sie dient allein der Überwachung der Einhaltung der

Ampelkontenregelungen nach Ziff. 8.3 sowie den Informationspflichten nach Ziff. 9.6 Abs. 3.

Die Weiterleitung dieser Listen an nicht in Ziff. 9.6 Abs. 1 genannte Personen darf nur anonym erfolgen.

In der Liste „Resturlaub“ – werden je Bediensteten der zustehende Jahresurlaub, aus dem Vorjahr übertragener Resturlaub und bereits bewilligter Erholungsurlaub dargestellt. Sie dient der Überwachung und Abwicklung des Resturlaubs der Bediensteten.

Werden auf Verlangen des Bediensteten erstellte Ausdrucke nicht persönlich abgeholt, so ist die Übersendung an die Bediensteten so vorzunehmen, dass Unbefugte keine Kenntnisnahme erlangen.

Weitere technische Möglichkeiten des Zeiterfassungssystems dürfen nicht genutzt werden.

- 9.6 Die Zugriffsberechtigung zu den Daten aus dem elektronischen Zeiterfassungssystem haben – außer den mit der Verwaltung dieser Daten beauftragten Personen – nur der Staatssekretär, der Abteilungsleiter I und der Leiter des Personalreferates.

Abteilungsleiter und Referatsleiter können im Rahmen der Zweckbestimmung nach Ziff. 9.4 auf schriftliche Anforderung schriftlich Auskunft über einen Bediensteten aus den Aufzeichnungen des Zeiterfassungssystems erhalten. In diesem Fall ist die Anforderung zu begründen und der Bedienstete vorher zu informieren. Der Bedienstete hat dies durch Unterschrift oder Namenszeichen auf der Anforderung des Vorgesetzten zu bestätigen. Als Ausdrucke dürfen Vorgesetzten unter den vorgenannten Voraussetzungen nur die Summenliste und die Liste „Resturlaub“ übermittelt werden.

Der vorgesetzte Referats- bzw. Abteilungsleiter wird jeweils am 20. eines Kalendermonats ohne schriftliche Anforderung über den konkreten Zeitsaldo eines Bediensteten informiert, wenn dessen Zeitkonto seit dem letzten Meldetermin in die „Gelbe“ oder „Rote“ Zone eingetreten ist (vgl. Ziffer 8.3). Der Bedienstete wird entsprechend informiert. Darüber hinaus wird der vorgesetzte Referats- bzw. Abteilungsleiter zum in Satz 1 benannten Stichtag ohne schriftliche Anforderung informiert, wenn sich 30 % der Bediensteten seines Organisationsbereiches außerhalb der „Grünen Zone“ befinden.

- 9.7 Alle Aufzeichnungen aus dem Zeiterfassungssystem sind gegen unbefugten Zugriff gesichert aufzubewahren.
- 9.8 Automatisiert gespeicherte Zeitwertdaten sind aufgrund § 16 Abs. 2 Satz 2 ArbZG und zur Erfüllung der in Ziff. 9.4 und 9.5 genannten Zwecke zwei Jahre aufzubewahren. Danach sind gespeicherte Zeitwertdaten unverzüglich zu löschen. Über die Löschung ist ein entsprechender Vermerk zu fertigen.

Die zulässigen Ausdrucke und Auswertungen mit personenbezogenen Daten (Ziff. 9.5) und schriftliche Auskünfte (Ziff. 9.6) sind spätestens sechs Monate nach Bearbeitung zu vernichten, soweit nicht besondere Umstände (z. B. Arbeitsrechtsstreit) im Einzelfall eine längere Aufbewahrung erfordern. Davon abweichend sind die Liste „Kernzeitverletzer“ und die Liste „Fehlen ohne Fehlgrund“ sofort nach Bearbeitung (Aufklärung aller sonstigen Abwesenheitsfälle), spätestens nach einer Woche, zu vernichten.

Die Vernichtung der vorgenannten Unterlagen hat unter Beachtung der dafür geltenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen sowie der sonstigen Vorschriften zu erfolgen.

- 9.9 Die Anleitung zur elektronischen Zeiterfassung vom 1. September 2009 behält ihre Gültigkeit. Die Bedienung des Zeiterfassungsgeräts und der organisatorische Ablauf der Zeiterfassung kann unter Mitbestimmung des Örtlichen Personalrats, nach Prüfung auf datenschutzrechtliche Relevanz, durch eine spezielle Anleitung ggf. neu erläutert bzw. geregelt werden.

10. Arbeitszeitermittlung

- 10.1 Die Regelung persönlicher Angelegenheiten hat grundsätzlich außerhalb der Kernarbeitszeit zu erfolgen.
- 10.2 Wenn ein Bediensteter wegen eines Anlasses im Sinne § 29 Abs. 1 Buchst. f TV-L bzw. § 13 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. e SächsUrlVO den Dienst unterbricht, verspätet beginnt oder vorzeitig beendet, ist die Dauer der notwendigen Abwesenheit während der Kernarbeitszeit auf die Arbeitszeit anzurechnen. Der Referatsleiter oder Referat 11 kann die Vorlage eines entsprechenden Nachweises verlangen.

Ein Zeitguthaben – d. h. eine Anrechnung von Mehrstunden – kann nur entstehen, wenn die tatsächlich geleistete Arbeitszeit die tägliche Sollstundenzahl von acht Stunden übersteigt.

Die Dauer der notwendigen Abwesenheit infolge einer genehmigten Dienstbefreiung (z. B. Ausübung eines Schöffenamtes) wird auf die Arbeitszeit angerechnet.

- 10.3 Bei Dienst- und Fortbildungsreisen gilt nur die Zeit der dienstlichen Inanspruchnahme am auswärtigen Geschäftsort als Arbeitszeit. Reisezeiten sind nur auf die Arbeitszeit anzurechnen, wenn sie in die Regelarbeitszeit fallen.

Bei ganz- bzw. mehrtägigen Dienst- und Fortbildungsreisen wird mindestens die tägliche Sollstundenzahl berücksichtigt, wenn diese infolge der Nichtberücksichtigung der Reisezeiten nicht erreicht werden würde. Ein Zeitguthaben darf sich nur ergeben, wenn die Zeit der dienstlichen Inanspruchnahme am auswärtigen Geschäftsort die tägliche Sollstundenzahl übersteigt.

§ 6 Abs. 11 Satz 3 TV-L bleibt unberührt.

- 10.4 Für Tage des ganztägig berechtigten Fernbleibens vom Dienst (z. B. Urlaub, Krankheit) gilt die Regelarbeitszeit. An diesen Tagen dürfen weder Mehr- noch Minderstunden entstehen.
- 10.5 Mit dem Gebrauch der gleitenden Arbeitszeit wird allen Bediensteten ein besonderes Maß an Vertrauen entgegengebracht.

Manipulationen bei der Arbeitszeiterfassung und -ermittlung stellen ein schwerwiegendes Dienstvergehen bzw. einen schweren Verstoß gegen arbeitsvertragliche Pflichten dar.

11. Besondere Regelungen

- 11.1 Teilzeitbeschäftigte sind Bedienstete mit einer geringeren durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit als der regelmäßigen Arbeitszeit gemäß § 11 TV-L bzw. § 13 Abs. 1 SächsAZVO. Teilzeitbeschäftigte können grundsätzlich ebenfalls von der

gleitenden Arbeitszeit Gebrauch machen. Dabei sind individuelle Vereinbarungen bzw. Festlegungen zur Gestaltung der Arbeitszeit unter Berücksichtigung der Grundgedanken der allgemeinen Regelungen zu treffen. Ist die Arbeitszeit für Teilzeitbeschäftigte in der Weise verteilt, dass sie an einzelnen Wochentagen wie Vollzeitbeschäftigte arbeiten, so ist für diese Tage die für Vollzeitbeschäftigte geltende Kernarbeitszeit maßgebend.

- 11.2. Werdende Mütter können die gleitende Arbeitszeit nur beschränkt in Anspruch nehmen. Die Einschränkungen ergeben sich aus den Bestimmungen des Mutterschutzgesetzes bzw. der Sächsischen Mutterschutzverordnung.
- 11.3. Bedienstete unter 18 Jahren können an der gleitenden Arbeitszeit nur teilnehmen, soweit die Arbeitszeitbestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes dies zulassen.

12. Einschränkungen

- 12.1. Für Bedienstete im Pfortendienst wird die Arbeitszeit gesondert geregelt. Die Möglichkeiten nach Ziff. 8.4 ist auch diesem Personenkreis zu gewähren.
- 12.2. Die Teilnahme an der gleitenden Arbeitszeit kann im Einzelfall aus bestimmtem Anlass zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes und/oder des ordnungsgemäßen Arbeitsablaufs durch den Dienstvorgesetzten eingeschränkt werden. Dies gilt z. B. für Dienstbesprechungen, die Sicherstellung der Servicezeit, Aus- und Fortbildungsveranstaltungen, Gruppenarbeiten und zur Erledigung termingebundener Arbeiten.

Soweit die Einschränkung die Dauer von einer Woche übersteigt, soll der Örtliche Personalrat gehört werden.

13. Rechte der Personalvertretung

Die Beteiligungsrechte der Personalvertretung bleiben durch die vorstehenden Bestimmungen unberührt.

14. Aushang, Auslegung

Ein Abdruck des ArbZG, der auf Grund des ArbZG erlassenen, für die Dienststelle anzuwendenden Rechtsverordnungen, ein Abdruck der SächsAZVO sowie des für die Dienststelle geltenden Tarifvertrages und Bestimmungen sind in das Intranet des SMF einzustellen.

15. Geltungsdauer

Diese Dienstvereinbarung kann mit einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalendermonats von jeder Vertragspartei gekündigt werden. Nach der Kündigung der Dienstvereinbarung gelten ihre Regelungen weiter, bis sie im gegenseitigen Einvernehmen aufgehoben oder durch eine andere Vereinbarung ersetzt werden.

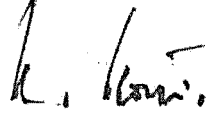
16. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Dienstvereinbarung tritt am 1. Juli 2012 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Dienstvereinbarung zwischen dem Staatsminister und dem Personalrat beim Sächsischen Staatsministerium der Finanzen über die gleitende Arbeitszeit vom 19. Dezember 2002 in der Fassung vom 27. Januar 2006, geändert durch Vereinbarung vom 11. Mai 2011 außer Kraft.

Es gelten die Bestimmungen des § 84 SächsPersVG.

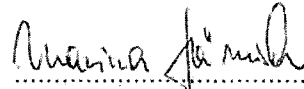
Dresden, 1. 8. 2012

Für das Sächsische Staatsministerium
der Finanzen



Hansjörg König
Staatssekretär

Für den Örtlichen Personalrat beim
Sächsischen Staatsministerium der Finanzen



Marina Sämisch
Vorsitzende

**Dienstvereinbarung zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie
im Sächsischen Staatsministerium der Finanzen**

Zwischen dem

Sächsischen Staatsministerium der Finanzen (SMF)

- vertreten durch den Staatssekretär, Herrn Hansjörg König -

und

dem Örtlichen Personalrat des SMF

- vertreten durch die Vorsitzende, Frau Marina Sämisch -

wird folgende Dienstvereinbarung zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie geschlossen.

Vorbemerkung

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie genießt einen hohen Stellenwert im SMF. Dienststellenleitung, Vorgesetzte und Bedienstete sorgen gemeinsam dafür, dass die dienstlichen und familiären Belange bestmöglich zum Ausgleich gebracht werden.

Diese Dienstvereinbarung dient dazu, für einzelne Aspekte der Vereinbarkeit von Beruf und Familie im SMF einen einheitlichen Standard festzulegen und für die gesamte Dienststelle dauerhaft zu verankern. Vielfach wird damit gleichzeitig die im SMF bereits bestehende Praxis dargestellt.

Familie umfasst dabei entsprechend der Zielvereinbarung zur Erlangung des Zertifikats zum audit berufundfamilie alle Angehörigen des Bediensteten, für die Verantwortung übernommen wird. Dies sind in erster Linie Kinder und Lebenspartner, aber auch Geschwister, Eltern, Groß- und Schwiegereltern u. ä. Familiäre Belange in diesem Zusammenhang sind solche, die sich aus der Wahrnehmung von auf Dauer angelegter sozialer Verantwortung gegenüber diesem Personenkreis ergeben.

1. Familienbewusste Personalpolitik

Die Achtung familiärer Belange ist im SMF selbstverständlich. Dies bedeutet insbesondere, dass

- die Arbeitsorganisation und –abläufe so gestaltet werden, dass dienstliche und familiäre Belange bestmöglich zum Ausgleich gebracht werden;
- durch einen verantwortungsvollen Einsatz der modernen Kommunikationstechnologien eine ausreichende Trennung von Privatem und Dienstlichem gewährleistet wird;
- sich die Geltendmachung familiärer Belange nicht nachteilig bei Leistungsbewertungen und der Vergabe von Leistungselementen auswirkt;
- bei personellen Einzelentscheidungen wie z. B. Einstellungen, Umsetzungen, Abordnungen oder Versetzungen aus dem bzw. an das SMF oder Entscheidungen über Teilzeit oder alle Formen der Telearbeit familiäre Belange Berücksichtigung finden und
- auch bei sonstigen Entscheidungen aller Art der Aspekt Vereinbarkeit von Beruf und Familie in die Überlegungen einfließt.

Vorstehendes kann nur realisiert werden, wenn in der Dienststelle eine offene und vertrauensvolle Kommunikation herrscht. Die in der Dienststelle geltenden einschlägigen gesetzlichen und tarifvertraglichen Regelungen sowie Dienstvereinbarungen sind zu beachten.

2. Familienbewusste Urlaubsplanung

Bedienstete, die sich gegenseitig vertreten, planen ihren Erholungsurlaub eigenverantwortlich unter Achtung der Interessen des Anderen. Hierbei sollen sie familiäre Belange vorrangig berücksichtigen.

Vertretungsregelungen sollen nach Möglichkeit so festgelegt werden, dass die familiären Belange aller Beteiligten bestmöglich berücksichtigt werden. Hierzu können zum Beispiel „Vertretungsteams“ gebildet werden, die die familiäre Situation berücksichtigen (je nach familiärer Situation vertreten sich mehrere Bedienstete – ggf. auch hierarchieübergreifend).

Führungskräfte sollen familiäre Belange bei der Urlaubsplanung und –gewährung berücksichtigen. Sie sorgen dafür, dass einerseits den familiären Belangen bestmöglich Rechnung getragen wird, andererseits aber auch dafür, dass Bedienstete ohne familiäre Belange nicht permanent zurückstehen müssen.

3. Familienbewusste Organisation von Besprechungen

Besprechungen im Sinne dieser Dienstvereinbarung sind alle Besprechungen, Beratungen, Konsultationen, Sitzungen, Verhandlungen, Rücksprachen usw.

Bei der Organisation von Besprechungen gelten im Sinne von Vereinbarkeit von Beruf und Familie die folgenden Grundsätze:

- Dienstliche Besprechungen sind möglichst frühzeitig und möglichst verbindlich festzulegen. Je früher und verlässlicher dienstliche Besprechungen feststehen, desto einfacher ist es, andere dienstliche und familiäre Termine in Einklang zu bringen.
- Bei der Festlegung dienstlicher Besprechungen sind familiäre Belange möglichst zu berücksichtigen. Um dies zu können, sollten die Besprechungsorganisierer Kenntnis von familiär bedingten terminlichen Einschränkungen der Besprechungsteilnehmer erhalten. Eine regelmäßige und aktuelle Pflege des Outlook-Kalenders durch alle Bediensteten erleichtert dies erheblich.
- Besprechungen in Referaten und Abteilungen finden grundsätzlich in der Servicezeit statt. Beginn und Ende von Besprechungen sollen – soweit möglich – verlässlich sein. Bei der Einladung zu Besprechungen wird darauf geachtet, dass eine sachbezogene Vorbereitung erfolgen kann und der Teilnehmerkreis sich auf die erforderlichen Bediensteten beschränkt. Die Besprechungsteilnehmer informieren diejenigen, die nicht teilnehmen konnten, im Nachgang angemessen über Inhalte und Ergebnis.

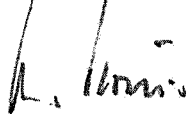
4. Evaluation

Die Umsetzung dieser Dienstvereinbarung soll erstmals im Rahmen der für 2016 geplanten Mitarbeiterbefragung zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie im SMF überprüft werden.


5. Inkrafttreten

Diese Dienstvereinbarung tritt am 1. April 2015 in Kraft. Sie kann mit einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalendermonats von jeder Vertragspartei schriftlich gekündigt werden. Nach der Kündigung gelten ihre Regelungen weiter, bis sie im gegenseitigen Einvernehmen aufgehoben oder durch eine andere Vereinbarung ersetzt werden. Im Übrigen gelten die Bestimmungen des § 84 SächsPersVG.

Dresden, den *18. März 2015*



Hansjörg König
Staatssekretär



Marina Sämisch
Vorsitzende des Örtlichen Personalrates

Demografie, Demographie, die

Wortart: **Substantiv, feminin**

Häufigkeit: ■■■■■

RECHTSCHREIBUNG

Von Duden empfohlene Schreibung: Demografie

Alternative Schreibung: Demographie

Worttrennung: De|mo|gra|fie, De|mo|gra|phie

BEDEUTUNGSÜBERSICHT

1. Beschreibung der wirtschafts- und sozialpolitischen Bevölkerungsbewegung
2. Bevölkerungswissenschaft

AUSSPRACHE

Betonung: *Demografie*

Demographie

HERKUNFT

zu griechisch *dēmos* = Volk, Bezirk, Gemeinde und *gráphein* = schreiben

GRAMMATIK

	SINGULAR	PLURAL
NOMINATIV	die Demografie	die Demografien
GENITIV	der Demografie	der Demografien
DATIV	der Demografie	den Demografien
AKKUSATIV	die Demografie	die Demografien

BLÄTTERN

Im Alphabet davor

Demodikose
Demodulation

Im Alphabet danach

Demografin
demografisch

EMPFEHLUNG DER REDAKTION



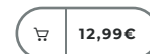
Duden - Die deutsche Rechtschreibung



KENNEN SIE SCHON?



Duden - Das Wörterbuch der Synonyme



[Demodulator](#)
[demodulieren](#)
[Demograf](#)

[Demoiselle](#)
[Demökologie](#)
[Demokrat](#)

 NEWSLETTER

Tragen Sie hier Ihre E-Mail-Adresse ein

[ZUR NEWSLETTERAUSWAHL](#)

DUDEN

Über Duden
Presse & Neuigkeiten
Duden Open
Kontakt
Jobangebote

ONLINESHOP

Versand und Lieferung
Bezahlung und Mengenrabatt
FAQ
Handel

SERVICE

Duden-Sprachberatung
Händlerportal
Im Duden stöbern
Technischer Support

WEITERE ANGEBOTE

lernhelfer.de
learnattack.de
scook
Partner / Kooperationen

BESUCHEN SIE UNS AUF



DUDEN APPS



GEPRÜFTE QUALITÄT



- ✓ Schnelle Lieferung
- ✓ Käuferschutz
- ✓ Datenschutz



[DATENSCHUTZ](#) | [ALLGEMEINE NUTZUNGSBEDINGUNGEN](#) | [AGB \(SHOP\)](#) | [WIDERRUFSRECHT](#) | [IMPRESSUM](#)

© Bibliographisches Institut GmbH, 2018

FINANZPLAN

des Landes Rheinland-Pfalz

für die Jahre 2016 bis 2021

Herausgegeben vom
Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz
Kaiser-Friedrich-Str. 5, 55116 Mainz

Stand: November 2016

Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz von 2016 bis 2021

Inhalt

Zusammenfassung	1
1. Die Finanzplanung als Wegweiser der Konsolidierung	2
Rechtliche Grundlagen	2
Hintergrund und Ausrichtung der Finanzplanung	2
Rahmenbedingungen der Finanzplanung bei Bund und Ländern	3
2. Finanzwirtschaftliche Rahmendaten	4
Gesamtwirtschaftliche Entwicklung	4
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	5
Finanzlage im Ländervergleich	7
3. Stand der Finanzwirtschaft in Rheinland-Pfalz	13
Haushaltsabschluss 2015	13
Haushalt 2016	14
Regierungsvorlage zum Haushalt 2017/2018	15
4. Wichtige Rahmenbedingungen für die Finanzlage des Landes	18
Schuldenregel – das Konzept des strukturellen Defizits	18
Anforderungen des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts	20
Konjunkturbereinigungsverfahren	22
Verbesserung der Kommunal Finanzen: KFA-Reform, KEF-RP und KI 3.0	28
Beamtenversorgung	30
Demografischer Wandel	31
Aufnahme und Integration von Flüchtlingen	32
Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen	33
5. Zentrale Annahmen der Finanzplanung	36
6. Konsolidierungsstrategie des Landes	37
Qualitative Konsolidierung	37
Rheinland-Pfalz für Konsolidierungsphase gut gerüstet	38
Konsolidierungsplanung	40
7. Ergebnisse der Finanzplanung	43
Gesamtergebnis	43
Steuereinnahmen	47

Sonstige Einnahmen	48
Personalausgaben	49
Sächliche Verwaltungsausgaben	50
Zinsausgaben.....	50
Zuweisungen und Zuschüsse.....	51
Investitionen	52
Kommunale Finanzen	53
8. Tabellenanhang.....	54
Einnahmen	55
Ausgaben	56
Finanzierungsübersicht	57
Einnahmen aus Steuern, Länderfinanzausgleich und BEZ	58
Struktur der Landesfinanzen	59
Haushaltskennzahlen	60
Nettokreditaufnahme und Schuldenstand am Kreditmarkt	60
Einnahmen und Ausgaben nach Arten gemäß dem gemeinsamen Schema des Stabilitätsrates.....	61
Übersicht über den strukturellen Saldo	69
Berechnung des zulässigen Saldos	72
Eckwerteübersicht 2014 - 2021	73

Zusammenfassung

- Die deutsche Wirtschaft entwickelt sich im europäischen Vergleich weiterhin positiv. Für 2016 wird ein Wirtschaftswachstum von real 1,8 Prozent, für 2017 ein Abschwächen des Wachstums auf 1,4 Prozent und für 2018 ein Plus von 1,6 Prozent erwartet. Für die Folgejahre wird bei konjunktureller Normallage mit +1,4 Prozent realem Wachstum eine solide Entwicklung prognostiziert.
- Mit der weiteren konjunkturellen Normalisierung haben sich die Steuereinnahmeerwartungen für die Gebietskörperschaften 2016 nochmals verbessert. Dagegen wurde die Prognose für die Folgejahre in der Steuerschätzung vom November 2016 nach unten korrigiert.
- Die Länder können aufgrund ihrer höheren Aufgaben- und Ausgabenbelastung im Finanzplanungszeitraum mit merklichen Mehreinnahmen aus der Aufteilung der Umsatzsteuer rechnen.
- Die Landesregierung bekennt sich zu dem Ziel, bis spätestens 2020 den Landeshaushalt strukturell auszugleichen. Im Regierungsentwurf für den Doppelhaushalt 2017/2018 wird das strukturelle Defizit 2016 in zwei Schritten um 275 Mio. Euro auf 198 Mio. Euro in 2018 abgesenkt. Der Zielwert aus der letzten Finanzplanung wird damit übertroffen. Die Finanzplanung 2016 - 2021 zeigt auf, dass die Obergrenze für das strukturelle Defizit in allen Jahren bis 2020 deutlich unterschritten wird.
- Die in der letzten Legislaturperiode beschlossenen und umgesetzten Konsolidierungsmaßnahmen bilden die Grundlage dafür, dass das Ziel des strukturell ausgeglichenen Haushalts 2020 erreicht wird. Der in der letzten Finanzplanung für die Jahre 2017 bis 2020 verbliebene Handlungsbedarf wird durch den Abbau von 2.000 Stellen und weitere Maßnahmen im Haushalt 2017/2018 weiter reduziert. Für den nächsten Doppelhaushalt verbleibt derzeit ein noch offener Handlungsbedarf von 160 Mio. Euro.
- In allen Jahren wird die investitionsbezogene Verfassungsgrenze, die im Übergangszeitraum bis 2019 weiter gilt, eingehalten.
- Zur Absicherung gegen diverse Haushaltsrisiken und zur Vorsorge für einen zinsniveaubedingten dynamischen Anstieg der Zinsausgaben nach 2021 wird für 2020 bzw. 2021 ein struktureller Überschuss von 188 Mio. Euro und 220 Mio. Euro eingeplant.
- Der Schuldenstand am Kreditmarkt wird Ende 2020 dank der schnelleren Konsolidierung um 1,3 Mrd. Euro unter der letztjährigen Planung liegen.

1. Die Finanzplanung als Wegweiser der Konsolidierung

Rechtliche Grundlagen

Die Landesregierung bekennt sich zu dem Ziel, den Landeshaushalt bis 2020 strukturell auszugleichen. Mit der vorliegenden Finanzplanung zeigt sie ihre finanzpolitische Rahmenplanung für die neue Legislaturperiode bis zum Jahr 2021 auf.

Gemäß § 50 des Haushaltsgrundsätzegesetzes (HGrG) sowie § 9 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG), der nach § 14 StWG sinngemäß auch für die Länder gilt, ist der Haushaltswirtschaft eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde zu legen. Nach § 31 der Landeshaushaltsordnung (LHO) des Landes Rheinland-Pfalz stellt das für Finanzen zuständige Ministerium den Finanzplan entsprechend dieser Vorgaben auf. In ihm sollen Umfang und Zusammensetzung der voraussichtlichen Ausgaben und die Deckungsmöglichkeiten in ihren Wechselbeziehungen zu der mutmaßlichen Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Leistungsvermögens dargestellt werden.

Die mittelfristige Finanzplanung hat lediglich politischen Programmcharakter und ist nicht verbindlich für die tatsächliche Aufstellung der zukünftigen Haushaltspläne. Mit der Einführung der Schuldenbremse hat die Finanzplanung jedoch deutlich an Bedeutung gewonnen. Insbesondere wird in der Finanzplanung die Konsolidierungsstrategie des Landes dargestellt. So wurde in der Finanzplanung frühzeitig der offene Handlungsbedarf für Konsolidierungen ermittelt, der vor dem Hintergrund bereits beschlossener Konsolidierungsmaßnahmen und unter Beachtung der zukünftig absehbaren Be- und Entlastungen des Landeshaushalts noch mit konkreten Maßnahmen zu hinterlegenden ist.

Hintergrund und Ausrichtung der Finanzplanung

Der Planungszeitraum wurde, wie bereits im letzten Finanzplan, um ein Jahr verlängert (bis 2021) und umfasst nun sechs Jahre. So ist gewährleistet, dass für jedes Haushaltsjahr – aktuell 2017 und 2018 – ein mindestens fünfjähriger Planungszeitraum dargestellt wird. Ende des Jahres 2019 laufen entscheidende Regelungen der Bund-Länder-Finanzbeziehungen aus. Die Landesregierung berücksichtigt in ihrer Planung für die Jahre 2020 und 2021 die Auswirkungen der Einigung vom 14. Oktober 2016 zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen (vgl. Kapitel 4).

Basisjahre sind das Haushaltsjahr 2015 (Ist-Ergebnis) sowie das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsansätze). Die Ansätze für die Jahre 2017 und 2018 entsprechen denen der Regierungsvorlage, die eigentlichen Planungsjahre sind die Jahre 2019 bis 2021.¹ Die mittelfristige Planung für die Jahre 2016 bis 2021 ist gleichzeitig der Bericht der Landesregierung zur Finanzwirtschaft.²

¹ §§ 9 und 14 StabG in Verbindung mit § 50 HGrG.

² § 31 Absatz 1 und 2 LHO.

Der Finanzplan wurde von der Landesregierung am 29. November 2016 beschlossen. Er wird dem Landtag gemäß § 50 Absatz 3 HGrG im Zusammenhang mit dem Entwurf des Haushaltsgesetzes für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 vorgelegt.

Der vom Ministerium der Finanzen aufgestellte Finanzplan für die Jahre 2016 bis 2021 hat im Gegensatz zum durch Gesetz festgestellten Haushaltsplan einerseits finanzpolitischen Programmcharakter, andererseits beschreibt die Konsolidierungsplanung in der Finanzplanung auch die weiteren Handlungsnotwendigkeiten zur Umsetzung der Schuldenbremse. Der Finanzplan beschränkt sich dabei auf eine zusammenfassende und transparente Darstellung der mittelfristig angestrebten Entwicklung wichtiger Einnahme- und Ausgabegruppen. Die konkrete Umsetzung und inhaltliche Ausgestaltung dieser globalen finanzpolitischen Vorgaben bleibt den vom Landtag zu beschließenden Haushaltsplänen vorbehalten.

Rahmenbedingungen der Finanzplanung bei Bund und Ländern

Die Haushalts- und Finanzplanungen bei Bund, Ländern und Gemeinden sind aufgrund der gesetzlichen Gegebenheiten grundsätzlich sehr unterschiedlich. Die verfassungsrechtliche Kompetenzverteilung führt dazu, dass der Bundeshaushalt deutlich geringere Personal- und Investitionsausgabenanteile im Vergleich zu den Haushalten der Länder und Gemeinden aufweist. Gleichzeitig bietet diese Verteilung dem Bund ausgeprägte Einnahmekompetenzen.³ Die Länder und Gemeinden haben bei den Ausgaben dagegen einen sehr hohen Personal- und Investitionskostenanteil und nur sehr begrenzte Möglichkeiten der Einnahmgestaltung. Die Haushalte der Länder sind zu rd. 60 Prozent durch die Personalausgaben, die Zinsen und die Leistungen des Kommunalen Finanzausgleichs bestimmt. Zudem sind viele Ausgabenbereiche in hohem Maße durch Regelungen des Bundes oder der EU determiniert. Neben diesen erheblichen Vorfestlegungen und fremdbestimmten Ausgaben haben vor allem die Länder die gesellschaftspolitisch gebotenen Zukunftsinvestitionen in Familie, Bildung und Infrastruktur zu finanzieren. Seit dem Jahr 2014 haben Länder und Gemeinden deutlich gestiegene Kosten für die Unterbringung und Versorgung von Asylbegehrenden zu tragen.

Gerade vor dem Hintergrund der Einführung der Schuldenbremse ist es von besonderer Bedeutung, dass die haushaltspolitischen Entscheidungen der Länder nicht an vorübergehenden konjunkturellen Einnahmeschwankungen, sondern an der Daseinsvorsorge, der Zukunftsfähigkeit und am mittelfristigen bzw. strukturellen Einnahmepfad ausgerichtet sind. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Länderhaushalte – anders als der Bundeshaushalt – von der Konjunktur fast ausschließlich auf der Einnahmenseite betroffen sind. Es gilt, eine prozyklische Haushaltspolitik zu vermeiden, die das Potenzial für Ausgabesteigerungen in konjunkturell guten Jahren überschätzt und umgekehrt durch übermäßige Sparmaßnahmen bei schlechter Konjunktur die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zusätzlich dämpft. Eine verstetigende Haushalts- und Finanzpolitik schließt Ausgabezurückhaltung im Aufschwung

³ Zwar handelt es sich bei den aufkommensstärksten Steuern um Gemeinschaftsteuern, an denen die Länder (und Kommunen) mit festen Anteilen beteiligt sind, und deren Tarife und Bemessungsgrundlagen deshalb von der Zustimmung der Länder im Bundesrat abhängig sind. Dennoch werden steuerpolitische Diskussionen häufig vornehmlich aus der Sicht des Bundes geführt und Reformmaßnahmen durch bundespolitische Beschlüsse geprägt. Außerdem verfügt der Bund über autonome Gestaltungsmöglichkeiten bei den reinen Bundessteuern.

ebenso ein wie den Verzicht auf Steuersenkungen angesichts konjunkturell überhöhter Steuereinnahmen. Diese Maxime gilt es, vor allem im Hinblick auf die Maßgabe der Schuldenbremse, einzuhalten.

2. Finanzwirtschaftliche Rahmendaten

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die Bundesregierung geht in ihrer Herbstprojektion davon aus, dass sich das seit 2014 solide Wachstum der Wirtschaft in den kommenden Jahren abgeschwächt fortsetzt. Im Vergleich zum dynamischen Wachstum vor der Finanzkrise entwickelt sich die Weltkonjunktur derzeit eher moderat. Angesichts der weltweiten Konjunkturlage und der bestehenden europäischen Risiken wird die deutsche Wirtschaftsentwicklung damit robust-optimistisch eingeschätzt.

Die Bundesregierung prognostiziert, dass das reale Wachstum des Bruttoinlandsproduktes in diesem Jahr bei +1,8 Prozent liegt und in 2017 auf +1,4 Prozent sinken wird (wie eine Reihe anderer Prognoseinstitute hat die Regierung damit die Prognose für das laufende Jahr im Vergleich zu der vom Frühjahr angehoben und für das kommende Jahr gesenkt).

Für 2018 prognostiziert die Bundesregierung ein reales Wachstum von +1,6 Prozent. Die 2017 noch bestehende leichte Produktionslücke von 0,3 Prozent schließt sich damit faktisch.

Auf mittlere Frist – d.h. im Finanzplanungszeitraum 2018 bis 2021 – rechnet die Bundesregierung mit einem jahresdurchschnittlichen Wachstum von rund 1,4 Prozent. Damit wächst die Wirtschaft auf mittlere Sicht im Bereich ihrer Potenzialwachstumsrate. D.h. für die Jahre ab 2019 legt die Bundesregierung in der Steuerschätzung vom November 2016 ein konjunkturneutrales Wirtschaftswachstum zugrunde.

Ein Grund für die schwächeren Wachstumsaussichten ist u.a. der britische Volksentscheid, die Europäische Union zu verlassen. Die nach dem Antrag folgenden Verhandlungen werden wohl mindestens 2 Jahre dauern. Für diese Zeit muss daher mit erhöhter Unsicherheit und der Verschiebung von Investitionsentscheidungen in der EU und insbesondere im Vereinigten Königreich gerechnet werden. Diese Unsicherheiten werden zu Wachstumsverlusten führen.

Die Folgen des Brexits sind nun erstmals auch in den Herbstprojektionen der Bundesregierung und der Forschungsinstitute (Gemeinschaftsprognose) berücksichtigt worden. Auf mittlere Frist wird in beiden Prognosen unterstellt, dass es nicht zu einer harten Konfrontation zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU kommt. Damit wird angenommen, dass erhebliche Verschlechterungen in den wirtschaftlichen Beziehungen vermieden werden, die andernfalls deutliche Auswirkungen auf den Export und die Inlandsnachfrage hätten.

Alles in allem stellt sich die Lage auf mittlere Frist immer noch relativ günstig dar. Getragen wird dies vom dynamischen Binnenkonsum angesichts der weiterhin guten Lage auf dem Arbeitsmarkt. Prognostiziert wird eine – auf bereits hohem Niveau – weiterhin expandierende Erwerbstätigkeit sowie – wenn auch nicht mehr so stark wie in der Vergangenheit – steigende Löhne und Gehälter. Die verfügbaren Einkommen wachsen daher – auch dank der deutli-

chen Rentenanpassungen – kontinuierlich an, der steigende Ölpreis wirkt hier jedoch dämpfend. Vom Außenhandel werden in naher Zukunft kaum Impulse erwartet, sodass erst auf mittlere Sicht mit wieder anziehenden Ausrüstungsinvestitionen zu rechnen ist. Angesichts der anstehenden Austrittsverhandlungen mit dem Vereinigten Königreich und der eher fragilen Lage einiger südeuropäischer Staaten wird zudem damit gerechnet, dass die EZB ihre Politik der quantitativen Lockerung bis zum Ende der Austrittsverhandlungen hinaus verlängern wird. Das Zinsniveau in der EU wird daher voraussichtlich weitere zwei Jahre auf einem historisch niedrigen Niveau bleiben, auch wenn bei steigender Inflation mit ersten Ausstiegschritten der EZB aus der expansiven Geldpolitik zu rechnen ist.

Finanzlage der öffentlichen Haushalte

Die Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts verlief in den vergangenen Jahren insgesamt positiv. Während im Jahr 2009 aufgrund der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise mit 90 Mrd. Euro der Höchststand beim Finanzierungsdefizit in Abgrenzung der Finanzstatistik erreicht wurde, verzeichnete der öffentliche Gesamthaushalt im Jahr 2014 erstmals seit 1969 einen Finanzierungsüberschuss. Der bislang höchste Überschuss wurde im vergangenen Jahr mit rd. 29 Mrd. Euro erreicht. Hintergrund dieser Entwicklung sind die guten Rahmenbedingungen, von denen Länder, Gemeinden und insbesondere der Bund seit einiger Zeit stark profitieren. Finanzielle Auswirkungen durch die hohe Flüchtlingszuwanderung sind im Gesamtjahr 2015 weder bei Bund, Ländern und Gemeinden, noch bei den Sozialversicherungen vollständig zu Buche geschlagen.

Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts⁴ in Mrd. Euro

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Einnahmen	623,0	634,7	689,6	745,0	761,8	791,8	832,1
Ausgaben	713,1	713,6	711,6	770,2	773,6	786,7	802,9
Finanzierungssaldo	-90,1	-78,9	-22,0	-25,2	-11,8	+5,1	+29,2

Die gesetzlichen Sozialversicherungen erzielten 2015 bereits im sechsten Jahr in Folge einen Haushaltsüberschuss. Zudem schlossen die Haushalte der Gemeinden 2015 mit einem Überschuss von 3,6 Mrd. Euro⁵ ab. Die Länder konnten ihre Haushalte mit einem positiven Finanzierungssaldo von 4,7 Mrd. Euro abschließen. Der höchste Überschuss aller staatlichen Ebenen entfiel mit 11,8 Mrd. Euro auf den Bund. Er erzielte im Jahr 2015 einen strukturellen Überschuss in Höhe von 0,14 Prozent des BIP (2014: 0,28 Prozent des BIP). Damit erfüllte er erneut die Vorgabe der nationalen Schuldenbremse, obwohl diese erst ab 2016 für ihn gilt.

Die europäischen Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) in Bezug auf Maastricht-Defizit und mittelfristiges Haushaltsziel konnten Bund, Länder, Gemeinden und Sozial-

⁴ Deutsche Bundesbank: Monatsbericht Oktober 2016 (Kern- und Extrahaushalte von Bund, Ländern und Gemeinden in Abgrenzung der Finanzstatistik, ohne Sozialversicherungen).

⁵ Einschließlich der Extrahaushalte, deren Berichtskreis um die Zweckverbände erweitert wurde.

versicherung in 2015 insgesamt erreichen. So wird die Maastricht-Defizitgrenze von 3 Prozent des BIP seit 2011 (-0,86 Prozent des BIP) unterschritten. 2015 konnte der öffentliche Gesamthaushalt mit +0,7 Prozent des BIP zum vierten Mal in Folge ohne Defizit abschließen. Das mittelfristige Haushaltsziel (MTO) eines strukturellen gesamtstaatlichen Defizits von maximal 0,5 Prozent des BIP hält Deutschland seit dem Jahr 2012 ein. In 2015 belief sich der strukturelle Saldo von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen auf +0,8 Prozent des BIP. Nach den derzeitigen Mittelfristprojektionen der Bundesregierung für die Jahre 2016 bis 2020 wird Deutschland voraussichtlich im gesamten Zeitraum die Vorgaben einhalten, jedoch keine strukturellen und nominalen Finanzierungsüberschüsse erzielen.

Die Schuldenstandsquote übersteigt im Jahr 2015 mit 71,2 Prozent nach wie vor den im SWP festgelegten Referenzwert von 60 Prozent des BIP und liegt damit auch noch über dem Niveau von 2008 (65,1 Prozent des BIP) vor Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise. Seit dem Jahr 2013 findet jedoch eine kontinuierliche Rückführung der Schuldenstandsquote statt. Die Bundesregierung geht in ihrer Mittelfristprojektion davon aus, dass die Schuldenstandsquote im Jahr 2020 einen Wert unter 60 Prozent des BIP erreichen wird. Die im Fiskalvertrag verankerte 1/20-Regel zum Schuldenabbau wäre damit eingehalten.

Europäische Kennziffern⁶

in % des BIP

	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Struktureller Finanzierungssaldo	0,8	0	0	0	0	0
Maastricht-Finanzierungssaldo	0,7	0	0	0	0	0
Maastricht-Schuldenstand	71,2	68 ¼	65 ¾	63 ½	61 ¼	59 ½

Zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte trägt seit einigen Jahren eine Reihe von günstigen Rahmenbedingungen bei. Zum einen profitiert Deutschland – und dabei insbesondere der Bund – seit dem Ausbruch der Finanzkrise vom historisch niedrigen Zinsniveau für Staatsanleihen, was zu einer erheblichen Entlastung bei den Zinsausgaben führt. Dazu trägt u.a. das Anleihekaufprogramm der EZB seit Januar 2015 bei, welches nochmals bis März 2017 ausgeweitet wurde. Solange das Anleihekaufprogramm fortgeführt wird, werden die öffentlichen Finanzen in Deutschland von dem niedrigen Zinsniveau weiter profitieren. Daneben erreichten die Steuereinnahmen im Jahr 2015 ein Niveau von 673 Mrd. Euro und lagen damit um 4,6 Prozent über dem Vorjahresergebnis. Dabei spielt die günstige Arbeitsmarktsituation eine maßgebliche Rolle, die sich für den Bund zusätzlich über die Sozialversicherungen positiv auswirkt.

Der erfolgreiche Konsolidierungsprozess darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die öffentlichen Haushalte – vor allem auf Ebene der Länder – in den nächsten Jahren erhebliche Risiken und Belastungen zu bewältigen haben. Ein Anstieg des derzeitigen Zinsniveaus für öffentliche Anleihen wird auf Dauer nicht vermeidbar sein. Infolgedessen sind erhebliche Zinsbelastungen für die öffentlichen Haushalte zu erwarten. Darüber hinaus werden in den nächsten Jahren die weiterhin stark ansteigenden Versorgungsausgaben bei den Ländern

⁶ Bundesministerium der Finanzen: Deutsches Stabilitätsprogramm, Aktualisierung 2016.

einen überproportionalen Aufwuchs bei den Personalausgaben bewirken. Während der Bund in seinem Verantwortungsbereich mit sinkenden Versorgungslasten rechnen kann, nimmt die Bedeutung dieser Ausgaben für die Länder kontinuierlich zu und bildet – insbesondere für die alten Länder – mittelfristig eine erhebliche Haushaltsbelastung. Eine weitere zentrale Herausforderung für die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen stellt der demografische Wandel im Sinne eines Bevölkerungsrückgangs und einer Alterung der Bevölkerung dar, der in den nächsten Jahrzehnten Einnahmelminderungen und Ausgabensteigerungen in den öffentlichen Haushalten verursachen wird. Zudem haben zahlreiche Länder Entschuldungs- und Konsolidierungsprogramme zur Verbesserung der Kommunalfinanzen auf den Weg gebracht, die finanzielle Mehrbelastungen bei den Ländern zur Folge haben. Auch im Bereich der öffentlichen Infrastruktur besteht insbesondere im Gebiet der alten Länder künftig größerer Finanzierungsbedarf, nachdem in den vergangenen Jahrzehnten vornehmlich der infrastrukturelle Aufholbedarf in den neuen Ländern zu beheben war. Des Weiteren stehen alle öffentlichen Haushalte vor der Herausforderung, Mehrbelastungen aufgrund der Flüchtlingszuwanderung zu bewältigen.

Finanzlage im Ländervergleich

Die Finanzlage der Ländergesamtheit stellt sich derzeit positiv dar. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die finanzielle Situation der einzelnen Länder und dementsprechend die jeweiligen Konsolidierungserfordernisse höchst unterschiedlich sind. Daher wird im Folgenden die aktuelle Finanzlage und damit die finanzielle Ausgangsbasis des Landes Rheinland-Pfalz im Vergleich zu den westlichen Flächenländern dargestellt. Berlin, Bremen und Hamburg bleiben bei diesem Vergleich außen vor, da sie sich als Stadtstaaten in ihrer Struktur aufgrund der agglomerationsbedingten Sonderlasten, der Bereitstellung zentralörtlicher Leistungen für das Umland, sowie der Übernahme kommunaler Aufgabenfelder erheblich von den Flächenländern unterscheiden.

Im Hinblick auf die ostdeutschen Flächenländer ist zu berücksichtigen, dass diese immer noch von deutlich günstigeren finanziellen Rahmenbedingungen profitieren und damit keine wirkliche Vergleichbarkeit mit den westdeutschen Flächenländern gegeben ist. So verfügen sie seit 1995 über eine erheblich bessere Finanzausstattung (Solidarpakt I und II), da sie bis zum Jahr 2020 Sonderbedarfs-BEZ und die sogenannten Korb II-Mittel vom Bund erhalten. Inzwischen können sie dank dieser besseren Finanzausstattung in merklichem Umfang Schulden abbauen. Hieraus resultieren Kostenvorteile im Bereich der Zinsausgaben. Hinzu kommen günstigere Strukturen im Bereich der Beamtenversorgung. Die besseren Ausgangsbedingungen spiegeln sich in den durchschnittlichen Ergebnissen der ostdeutschen Flächenländer wider, die in den Tabellen ergänzend dargestellt sind. Auf tiefer gehende Vergleiche wird aus den genannten Gründen jedoch verzichtet.

Die zentrale Kennziffer zur Beurteilung der Lage eines öffentlichen Haushalts ist angesichts der nationalen Schuldenregel sowie des europäischen Fiskalvertrags der konjunkturbereinigte, strukturelle Finanzierungssaldo. Entsprechend berücksichtigt der Stabilitätsrat die strukturellen Finanzierungssalden von Bund und Ländern im Rahmen der Haushaltsüberwachung. Bisher haben sich aber noch nicht alle Länder für ein Konjunkturbereinigungsverfahren ent-

schieden. Daher werden im strukturellen Saldo gemäß der Definition des Stabilitätsrates zwar finanzielle Transaktionen bereinigt, die Höhe der Zahlungen an Pensionsfonds und Versorgungsrücklagen berücksichtigt und Phasenverschiebungseffekte beim Finanzausgleich neutralisiert, aber keine Konjunkturbereinigungen vorgenommen. Für einen Vergleich der Länder ist dieses Vorgehen jedoch durchaus praktikabel, da sie von Konjunkturschwankungen ähnlich getroffen werden.

Struktureller Saldo nach Stabilitätsrat

Ist-Ergebnisse in Euro je Einwohner

	BW	BY	HE	NI	NW	RP	SL	SH	FL West	FL Ost
2011	-1	85	-209	-159	-162	-332	-543	-196	-108	175
2012	49	99	-183	-96	-151	-133	-852	-87	-70	208
2013	64	113	-121	-128	-96	-66	-664	-24	-37	216
2014	90	93	-75	-11	-88	-28	-593	13	-10	200
2015	76	93	41	-54	-15	30	-444	35	21	185

Rheinland-Pfalz konnte seinen strukturellen Saldo in Abgrenzung des Stabilitätsrates von -332 Euro je Einwohner im Jahr 2011 kontinuierlich verbessern und 2015 erstmals einen Finanzierungsüberschuss von 30 Euro je Einwohner erzielen. Dies ist das Ergebnis der erfolgreichen Konsolidierungsanstrengungen seit 2011 und der positiven Rahmenbedingungen. Rheinland-Pfalz schneidet damit am aktuellen Rand geringfügig besser ab als der Durchschnitt der alten Flächenländer. Die neuen Flächenländer konnten in den vergangenen Jahren dank ihrer weit überproportionalen Finanzausstattung im Durchschnitt hohe Überschüsse erwirtschaften, die sie zur Schuldentilgung verwenden und damit ihre Vorbelastungen durch Zinsen für die Zeit ab 2020 reduzieren.

Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu berücksichtigen, dass der strukturelle Saldo gemäß Stabilitätsrat nur die Länderebene umfasst. Da die Kommunalisierungsgrade und damit die Aufgaben- und Ausgabenverteilung zwischen Landes- und Kommunalebene in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich sind, wird bei der weiteren Analyse der rheinland-pfälzischen Finanzlage eine konsolidierte Betrachtung der Länder und ihrer Kommunen vorgenommen. Damit soll eine stärkere Vergleichbarkeit zwischen den Ländern ermöglicht werden.

Die finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte wird zum einen von der Ausgabenentwicklung bestimmt. Auf Landes- und Kommunalebene weist Rheinland-Pfalz im gesamten Beobachtungszeitraum niedrigere bereinigte Ausgaben auf als der Durchschnitt der westlichen Flächenländer. Dieses Ergebnis ist umso bemerkenswerter, als in den bereinigten Ausgaben von Rheinland-Pfalz bis 2015 auch die hohen Zuflüsse an den Pensionsfonds enthalten sind.

Bereinigte Ausgaben Land und Kommunen⁷

in Euro je Einwohner, Geberländer bereinigt um LFA-Zahlungen

	BW	BY	HE	NI	NW	RP	SL	SH	FL West	FL Ost
2011	4.745	4.998	5.487	4.714	5.063	4.960	5.226	4.761	4.975	5.183
2012	4.773	4.893	5.553	4.796	5.183	4.983	5.392	4.796	5.016	5.237
2013	5.074	5.169	5.579	4.890	5.344	5.041	5.348	4.964	5.192	5.340
2014	5.256	5.416	5.709	5.053	5.521	5.130	5.415	5.064	5.367	5.451
2015	5.434	5.591	5.831	5.084	5.724	5.256	5.522	5.342	5.528	5.628

Der Ausgabenanstieg im Jahr 2015 gegenüber 2011 fällt in Rheinland-Pfalz mit 5,9 Prozent deutlich geringer aus als im Durchschnitt der westlichen Flächenländer. Lediglich das Saarland, das bis zum Jahr 2020 die größten Konsolidierungsanstrengungen aller Flächenländer bewältigen muss, weist geringere Steigerungsraten aus. Dass Rheinland-Pfalz diesen relativ geringen Ausgabenanstieg trotz einiger Sonderfaktoren erreichen konnte, zeigt den Erfolg der ausgabenseitigen Konsolidierungsmaßnahmen des Landes.

Neben den Ausgaben ist zum anderen die Höhe der Steuereinnahmen maßgeblich für die Finanzsituation der öffentlichen Haushalte. Rheinland-Pfalz stehen jährlich deutlich weniger Steuereinnahmen zur Verfügung als dem Durchschnitt der westlichen Flächenländer. Vor allem die Steuereinnahmen der finanzstarken Flächenländer Bayern, Baden-Württemberg und Hessen lagen im Jahr 2015 mit 7,0 bis 9,9 Prozentpunkten erheblich über den Steuereinnahmen des Landes Rheinland-Pfalz. Entsprechend unterschiedlich gestalten sich die Handlungsspielräume der Länder und ihrer Kommunen.

Steuereinnahmen Land und Kommunen⁸

in Euro je Einwohner, inklusive LFA und BEZ, Geberländer bereinigt um LFA-Zahlungen

	BW	BY	HE	NI	NW	RP	SL	SH	FL West	FL Ost
2011	3.633	3.626	3.618	3.201	3.490	3.260	3.455	3.247	3.491	3.815
2012	3.870	3.767	3.776	3.517	3.710	3.555	3.469	3.466	3.706	3.979
2013	3.880	4.001	4.026	3.667	3.793	3.709	3.663	3.724	3.846	4.082
2014	4.078	4.135	4.221	3.727	3.932	3.806	3.838	3.675	3.979	4.140
2015	4.279	4.321	4.397	4.004	4.208	4.000	4.059	4.059	4.214	4.288

Die Differenzen bei den Steuereinnahmen spiegeln sich in den bereinigten Gesamteinnahmen wider. Die Ergebnisse zeigen, dass das Land Rheinland-Pfalz und seine Kommunen, bedingt durch den derzeitigen bundesstaatlichen Finanzausgleich, mit einer Finanzausstattung wirtschaften müssen, die weit unterdurchschnittlich ist. So stehen Rheinland-Pfalz seit 2011 jährlich ca. 382 Euro pro Einwohner weniger Einnahmen zur Verfügung als dem Durchschnitt der westlichen Flächenländer. Im Vergleich zu den ostdeutschen Flächenländern beläuft sich die Einnahmendifferenz in 2015 sogar auf über 600 Euro je Einwohner, wobei in den Vorjahren aufgrund des degressiven Rückgangs der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen noch größere Abstände zu verzeichnen waren.

⁷ Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister - Auswertung der Vierteljahreskassenstatistik; eigene Berechnung.

⁸ Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister - Auswertung der Vierteljahreskassenstatistik.

Bereinigte Einnahmen Land und Kommunen⁹

in Euro je Einwohner, Geberländer bereinigt um LFA-Zahlungen

	BW	BY	HE	NI	NW	RP	SL	SH	FL West	FL Ost
2011	4.866	5.072	4.884	4.419	4.795	4.369	4.546	4.476	4.778	5.375
2012	4.979	5.103	5.002	4.796	4.968	4.604	4.446	4.671	4.934	5.363
2013	5.080	5.448	5.329	4.918	5.134	4.829	4.668	4.975	5.146	5.571
2014	5.341	5.669	5.517	5.046	5.299	4.884	4.860	4.967	5.322	5.603
2015	5.523	5.855	5.755	5.138	5.604	5.135	5.103	5.371	5.549	5.772

Bei der Beurteilung der Finanzsituation eines Landes ist auch zu berücksichtigen, in welchem Ausmaß die Einnahmen durch Altlasten gebunden sind. Zieht man die Vorbelastungen durch Zins- und Versorgungsausgaben von den bereinigten Einnahmen ab, so ergeben sich die für die aktuelle Aufgabenerfüllung zur Verfügung stehenden Mittel. Im Vergleich der neuen und alten Flächenländer erhöhen sich die Abstände der nach Vorbelastungen verbleibenden bereinigten Einnahmen je Einwohner nochmals erheblich. Deutlich günstiger stellt sich die Situation in den ostdeutschen Ländern dar, vor allem aufgrund der geringen Versorgungsausgaben.

Bereinigte Primäreinnahmen Land und Kommunen¹⁰

in Euro je Einwohner, bereinigt um Zins- und Versorgungsausgaben, Geberländer bereinigt um LFA-Zahlungen

	BW	BY	HE	NI	NW	RP	SL	SH	FL West	FL Ost
2011	4.242	4.550	4.143	3.740	4.073	3.665	3.492	3.703	4.110	5.052
2012	4.358	4.571	4.247	4.107	4.244	3.896	3.337	3.890	4.259	5.048
2013	4.431	4.906	4.579	4.234	4.411	4.100	3.580	4.197	4.465	5.271
2014	4.695	5.116	4.756	4.355	4.574	4.137	3.757	4.203	4.637	5.310
2015	4.860	5.290	4.981	4.455	4.874	4.403	4.020	4.629	4.859	5.493

Der Abstand zu den eigentlich finanzschwachen ostdeutschen Ländern wird sich in den Jahren bis 2019 sukzessive reduzieren, da die beiden Sonderhilfen des Bundes an die neuen Länder befristet und im Fall der Sonderbedarfs-BEZ zum Ausgleich teilungsbedingter Sonderlasten (Korb I-Mittel) zudem degressiv ausgestaltet sind. Allein im Jahr 2015 erhöhen diese Sonderbedarfs-BEZ, die formal ungebundene Mittel darstellen, die Einnahmen der ostdeutschen Länder durchschnittlich um ca. 365 Euro je Einwohner.

⁹ Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister - Auswertung der Vierteljahreskassenstatistik; eigene Berechnungen.

¹⁰ Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister - Auswertung der Vierteljahreskassenstatistik; eigene Berechnungen.

Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen an die neuen Länder 2015¹¹
in Euro je Einwohner

	SN	ST	TH	BB	MV	BE
BEZ teilungsbedingte Sonderlasten	325	357	336	294	333	276
BEZ strukturelle Arbeitslosigkeit	61	65	63	60	62	0
	387	422	400	354	395	276

Im Rahmen des Solidarpakts II wurden den neuen Ländern, neben den Korb I-Mitteln in Höhe von insgesamt 105,3 Mrd. Euro in den Jahren 2005 bis 2019, überproportionale Bundeshilfen (einschließlich EU-Mittel), die sogenannten Korb II-Mittel, in Höhe von insgesamt 51,1 Mrd. Euro bis 2019 zugesagt. Das sind jahresdurchschnittlich rd. 3,4 Mrd. Euro zusätzliche Zweckzuweisungen des Bundes an die neuen Länder. Insgesamt lassen somit die (allmählich) wegfallenden Mittel die finanzielle Situation der Länder derzeit zu günstig erscheinen und machen erhebliche Konsolidierungsanstrengungen zur Einhaltung der Schuldenbremse weiterhin erforderlich. Demgegenüber wird der Bund vom Wegfall der Sonderbedarfs-BEZ profitieren.

Beim Vergleich mit den Ländern Sachsen-Anhalt, Berlin, Schleswig-Holstein, Saarland und Bremen ist zu berücksichtigen, dass diese für den Zeitraum 2011 bis 2019 Konsolidierungshilfen zur Einhaltung der Vorgaben der Schuldenbremse ab 2020 erhalten. Dadurch stellt sich ihre finanzielle Ausstattung im Übergangszeitraum zum Teil deutlich günstiger dar. Die Finanzierung der jährlich insgesamt 800 Mio. Euro erfolgt hälftig durch den Bund und die Länder. Auf Rheinland-Pfalz entfallen damit jährlich Umsatzsteuer-Mindereinnahmen von rd. 19 Mio. Euro bis 2019. Gemäß Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs sollen dem Saarland und Bremen ab dem Jahr 2020 Sanierungshilfen von jeweils 400 Mio. Euro jährlich gewährt werden, die vom Bund getragen werden.

Konsolidierungshilfen 2011 bis 2019¹²

	ST	SH	SL	BE	HB	insg.
in Mio. Euro	80	80	260	80	300	800
in Euro je Einwohner p.a. (2011-19)	36	28	263	23	456	

Die unterdurchschnittliche Finanzausstattung von Rheinland-Pfalz führte trotz Ausgabenzurückhaltung dazu, dass die Schulden des Landes und seiner Kommunen in den letzten Jahren angestiegen sind, wenn auch dank der Konsolidierung immer schwächer. Die Schulden der rheinland-pfälzischen Landes- und Kommunalebene beim nicht-öffentlichen Bereich (Kernhaushalte und Extrahaushalte) belaufen sich auf 11.331 Euro je Einwohner. In den Zahlen sind auch die Kassenverstärkungskredite der Kommunen enthalten.

¹¹ § 11 Absatz 3 Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern (FAG).

¹² Art. 143d Absatz 2 und 3 GG.

Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich (Kern- und Extrahaushalte) des Landes und der Kommunen (inkl. Kassenkredite)¹³

in Euro je Einwohner

	BW	BY	HE	NI	NW	RP	SL	SH	FL West	FL Ost
2011	6.532	3.422	9.307	8.918	12.994	10.843	15.182	11.289	8.937	6.824
2012	6.537	3.384	9.834	8.813	14.699	11.164	16.077	11.444	9.483	6.829
2013	6.661	3.200	9.683	8.843	13.669	11.223	16.860	11.281	9.165	6.683
2014	5.598	2.985	10.370	8.917	13.558	11.309	17.647	11.372	9.000	6.539
2015	5.717	2.777	10.074	9.332	13.576	11.331	18.019	11.230	9.000	6.443

Trotz steigender Verschuldung haben sich die einwohnerbezogenen Zinsausgaben in den letzten Jahren stark reduziert. Während Rheinland-Pfalz im Jahr 2011 noch Zinsausgaben in Höhe von 333 Euro je Einwohner tragen musste, reduzierten diese sich im Jahr 2015 auf 271 Euro je Einwohner. Wie die übrigen Länder profitiert Rheinland-Pfalz seit der Finanz- und Wirtschaftskrise von dem historisch günstigen Zinsniveau. Mittelfristig ist jedoch zu erwarten, dass die Zinssätze wieder auf ein Normalniveau ansteigen werden. Die daraus resultierende Dynamik bei den Zinsausgaben wird neben den hoch verschuldeten Konsolidierungshilfelandern vor allem die finanzschwachen alten Flächenländer treffen.

Zinsausgaben Land und Kommunen¹⁴

in Euro je Einwohner

	BW	BY	HE	NI	NW	RP	SL	SH	FL West	FL Ost
2011	199	130	319	304	325	333	553	376	268	253
2012	183	125	320	294	311	318	585	363	258	239
2013	186	116	294	262	291	320	567	347	243	215
2014	169	103	279	240	266	309	549	312	224	198
2015	161	99	274	218	249	271	510	266	208	176

Insgesamt zeigt der Ländervergleich, dass Rheinland-Pfalz mit den bislang realisierten Ergebnissen seine ursprünglich schwierige finanzielle Ausgangssituation verbessert hat. Es wird aber auch deutlich, dass die seit Jahrzehnten andauernde niedrige Finanzausstattung dauerhafte Spuren und Belastungen im Land hinterlassen hat.

¹³ Auswertung der Schuldenstandstatistik der öffentlichen Gebietskörperschaften des Statistischen Bundesamts, Fachserie 14 Reihe 5, Schulden der öffentlichen Haushalte.

¹⁴ Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister - Auswertung der Vierteljahreskassenstatistik.

3. Stand der Finanzwirtschaft in Rheinland-Pfalz

Haushaltsabschluss 2015

Das Haushaltsjahr 2015 war in weiten Teilen von der gesellschaftlichen Herausforderung der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen geprägt. Im Nachtragshaushalt, der im September 2015 beschlossen wurde, waren die Ausgaben in diesem Bereich deutlich ausgeweitet worden.

Trotz dieser erheblichen Mehrbelastungen ist es der Landesregierung gelungen, das strukturelle Defizit noch mal gegenüber dem Vorjahr zu reduzieren. Mit einem strukturellen Defizit von 234 Mio. Euro wurde das Vorjahresergebnis um 154 Mio. Euro unterschritten und ein deutlicher Sicherheitsabstand zur Defizitobergrenze eingehalten. Damit sind 86 Prozent des strukturellen Defizits aus dem Ausgangsjahr 2011 abgebaut.

Die gute Entwicklung setzte sich auch bei der Nettokreditaufnahme fort. Im Nachtragshaushalt war noch eine Nettokreditaufnahme von rd. 1,1 Mrd. Euro eingeplant, tatsächlich wurden 532 Mio. Euro neue Schulden im Kernhaushalt aufgenommen. Auch bei den Landesbetrieben lag die realisierte Neuverschuldung mit 80 Mio. Euro um 50 Mio. Euro niedriger als geplant. Gegenüber fremden Dritten wurden, auch unter Berücksichtigung der Landesbetriebe, im Saldo sogar 86 Mio. Euro Verbindlichkeiten zurückgeführt.

Die Einnahmenseite entwickelte sich 2015 zufriedenstellend. Insgesamt nahm das Land im Kernhaushalt 15.241 Mio. Euro ein, das waren 4,6 Prozent mehr als im Vorjahr und 484 Mio. Euro mehr als geplant. Die Steuereinnahmen lagen um 186 Mio. Euro über dem Ansatz. Diese Steuermehreinnahmen hatten, aufgrund der bei der Ermittlung des strukturellen Saldos vorzunehmenden Konjunkturbereinigung, keinen Einfluss auf den stärkeren Abbau des strukturellen Defizits.

Die nicht steuerlichen Einnahmen übertrafen die Haushaltsansätze um 298 Mio. Euro. Davon waren 170 Mio. Euro strukturelle Mehreinnahmen. Ein erheblicher Teil dieser Mehreinnahmen (112 Mio. Euro) resultiert aus ehemaligen durchlaufenden Posten, die auf der Ausgabenseite zu entsprechenden Mehrausgaben, vor allem an die Kommunen, führen.

Die bereinigten Ausgaben im Kernhaushalt (15.809 Mio. Euro) stiegen gegenüber dem Vorjahr um 4,1 Prozent und damit geringer als die Einnahmen. Insgesamt wurden 73 Mio. Euro weniger ausgegeben als geplant.

Die Minderausgaben bei den Zinsen (-286 Mio. Euro) wurden zusammen mit den konjunkturellen Steuermehreinnahmen zur Absenkung der Neuverschuldung verwandt. Die Personalausgaben lagen um 2 Mio. Euro niedriger als geplant.

Die verbleibenden Ausgaben ohne Zins- und Personalausgaben lagen um 215 Mio. Euro über Plan. Im Wesentlichen waren diese Mehrausgaben auf Zahlungen an die Kommunen (+ 148 Mio. Euro) zurückzuführen. Darin sind auch Zahlungen des Landes an die Kommunen im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen (+ rd. 68 Mio. Euro) enthalten. Das Land selbst musste für Erstaufnahmeeinrichtungen und für weitere Landesaufgaben im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen 53 Mio. Euro mehr aufwenden als im Nachtragshaushalt geplant.

Insgesamt wurden 2015 von Rheinland-Pfalz rd. 46.100 neue Flüchtlinge aufgenommen. Von den Gesamtausgaben des Landes für die Aufnahme von Flüchtlingen in Höhe von 321 Mio. Euro wurden 121 Mio. Euro für die landeseigenen Flüchtlingsaufgaben benötigt, 200 Mio. Euro wurden an die Kommunen ausgezahlt. Der Bund unterstützte das Land und die Kommunen 2015 mit 96 Mio. Euro.

Insgesamt stiegen 2015 die Zahlungen des Landes an die Kommunen im Vergleich zum Vorjahr um rd. 370 Mio. Euro auf rd. 4,9 Mrd. Euro an. Da sich auch die Gewerbesteuererinnahmen 2015 für die Kommunen sehr günstig entwickelten, konnten die Kommunen insgesamt 2015 einen Finanzierungsüberschuss erzielen.

Haushalt 2016

Mit dem Haushalt 2016 setzt die Landesregierung ihren Konsolidierungsweg zu einem strukturell ausgeglichenen Haushalt fort. Für das laufende Jahr ist ein strukturelles Defizit von 473 Mio. Euro vorgesehen. Damit wird die gesetzliche Obergrenze mit deutlichem Sicherheitsabstand unterschritten. Der Finanzierungssaldo verbessert sich von -568 Mio. Euro im Ist 2015 auf geplante -430 Mio. Euro in 2016. Die Nettokreditaufnahme ist für das laufende Jahr mit 379 Mio. Euro veranschlagt und liegt damit erstmals unter dem strukturellen Defizit.

Die Rahmenbedingungen des Haushalts 2016 werden im Wesentlichen von drei Faktoren dominiert. Erstens besteht ein positives Steuereinnahme- und Zinsumfeld und zweitens sind die Herausforderungen der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen zu bewältigen. Drittens werden die Mittel für die Gemeinden zur Absicherung der Konsolidierung der kommunalen Haushalte nochmals deutlich erhöht.

Im Haushalt 2016 sind Einnahmen in Höhe von 15.710 Mio. Euro eingeplant. Das sind 469 Mio. Euro oder 3,1 Prozent mehr als im Vorjahr. Die höheren Einnahmen erklären sich vollständig durch steigende Steuereinnahmen. Für 2016 sind Steuereinnahmen von insgesamt 12.481 Mio. Euro veranschlagt. Die strukturellen Steuereinnahmen steigen gegenüber dem Jahr 2015 um 3,8 Prozent oder 456 Mio. Euro an.

Die bereinigten Ausgaben belaufen sich auf 16.140 Mio. Euro. Das sind 331 Mio. Euro mehr als im Jahr 2015 (+ 2,1 Prozent).

Im Zuge der Weiterentwicklung des rheinland-pfälzischen Pensionsfonds sinken die jährlichen Zuführungen an diesen ab 2016 um 477 Mio. Euro auf 70 Mio. Euro. Eine strukturelle Verbesserung des Landeshaushaltes ist damit jedoch nicht verbunden.

Für die Flüchtlingsaufnahme sind Ausgaben in Höhe von rd. 343 Mio. Euro veranschlagt. Dabei wurde u.a. die Annahme des Bundes zur Bearbeitungsdauer von Asylanträgen zugrunde gelegt. Höhere Ausgaben im Jahresverlauf können durch die noch fällige positive Spitzabrechnung der Umsatzsteuermittel für Asylbewerber finanziert werden.

In 2016 ist ein weiterer starker Anstieg des kommunalen Finanzausgleichs um rd. 176 Mio. Euro vorgesehen. Die vom Land über den kommunalen Finanzausgleich gezahlten Mittel erhöhen sich damit auf fast 2,6 Mrd. Euro. In 2013 betragen diese Mittel noch 2 Mrd. Euro. Insgesamt fließen aus dem Landeshaushalt rd. 5,1 Mrd. Euro an die Kommunen.

Im Bereich der Hochschulen ist eine Zuführung an das Sondervermögen „Wissen schafft Zukunft“ in Höhe von 102 Mio. Euro geplant.

Die freiwerdenden Mittel in Höhe von 35 Mio. Euro aus der Entlastung von BAföG-Ausgaben durch die Übernahme vom Bund werden zum einen den Kommunen (10 Mio. Euro) zur Wahrnehmung inklusiv-sozialintegrativer Aufgaben im Schulbereich, zum anderen den Hochschulen (25 Mio. Euro) zur Verfügung gestellt.

Im Zuge der regelmäßigen Überprüfung der Angemessenheit der bislang geplanten Besoldungserhöhungen wurde die bisherige Deckelung der Besoldungserhöhungen auf 1 Prozent p.a. bereits ab dem Jahr 2015 aufgehoben. Dies war möglich, weil das strukturelle Defizit bis zum Jahr 2014 weit stärker abgebaut werden konnte als ursprünglich geplant. Die Mehrbelastungen durch die frühere Beendigung der Deckelung der Besoldungserhöhung belaufen sich auf rd. 92 Mio. Euro in 2016.

Die insgesamt positive Haushaltsentwicklung war angesichts der erheblichen, vor allem unvorhersehbaren Mehrbelastungen im Bereich der Flüchtlingsaufnahme sowie der Verbesserung bei der Besoldung der Landesbeamten nur durch die strikte Einhaltung der Konsolidierungsplanung der vergangenen Jahre zu erreichen. Trotz der deutlich angespannten Rahmenbedingungen auf der Ausgabenseite können die Vorgaben der alten sowie der neuen Schuldengrenze eingehalten werden.

Regierungsvorlage zum Haushalt 2017/2018

Der Doppelhaushalt 2017/2018 ist der erste Haushalt der im Jahr 2016 neu gewählten Landesregierung. Die im Koalitionsvertrag vereinbarten Schwerpunkte bilden sich im Regierungsentwurf ab. Dabei setzt die neue Landesregierung den im Jahr 2011 begonnenen Konsolidierungskurs konsequent fort. Der strukturell ausgeglichene Haushalt soll spätestens 2020 realisiert sein.

Im Regierungsentwurf zum Doppelhaushalt 2017/2018 wird das strukturelle Defizit um weitere 275 Mio. Euro reduziert (2018 gg. 2016). Für 2017 ist ein strukturelles Defizit von 359 Mio. Euro vorgesehen. 2018 sinkt es auf 198 Mio. Euro. Damit wird der Ausgangswert aus dem Jahr 2011 Ende 2018 um fast 90 Prozent abgebaut sein. Die in der letzten Finanzplanung 2015 - 2020 vorgesehenen Zielwerte werden um 96 Mio. Euro bzw. 99 Mio. Euro übertroffen. Die jährlich sinkende gesetzliche Obergrenze wird mit Abstand eingehalten.

Die geplanten bereinigten Gesamteinnahmen belaufen sich auf 16,420 Mrd. Euro (2017) und 17,015 Mrd. Euro (2018). Gegenüber dem Haushaltsansatz 2016 steigen die Einnahmen vor allem durch höhere Steuereinnahmen merklich an. Sowohl die kassenmäßigen als auch die strukturellen Steuereinnahmen wachsen bei insgesamt günstiger gesamtwirtschaftlicher Entwicklung bis 2018 um 1,1 Mrd. Euro gegenüber 2016. Die Steuereinnahmen (inkl. LFA, BEZ und KfZ-Steuerkompensation) wurden auf der Basis der regionalisierten Steuerschätzung vom November 2016 veranschlagt. Die Veränderung der Umsatzsteuerverteilung im Gesetzentwurf zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren

Entlastung von Ländern und Kommunen (+157 Mio. Euro) und die vorgesehene Absenkung der Einkommensteuer (-104 Mio. Euro) wurden bereits berücksichtigt.

Die sonstigen Einnahmen steigen um 175 Mio. Euro (2018 gg. 2016). Hier werden vor allem höhere Zahlungen des Bundes im Bereich der Sozialleistungen erwartet, die in gleicher Höhe auf der Ausgabenseite an die Kommunen weitergeleitet werden.

Die im Regierungsentwurf vorgesehenen bereinigten Gesamtausgaben betragen 16,754 Mrd. Euro (2017) und 17,111 Mrd. Euro (2018). Sie liegen 2018 nur noch um 96 Mio. Euro über den geplanten bereinigten Einnahmen. Gegenüber dem Haushalt des Jahres 2016 steigen die bereinigten Ausgaben um 971 Mio. Euro. Von der Steigerung der bereinigten Gesamtausgaben entfällt etwa die Hälfte auf höhere Personalausgaben. Hierfür waren im Haushaltsjahr 2018 rd. 503 Mio. Euro mehr einzuplanen als im Haushalt 2016. Mit einer erheblichen Zunahme der Personalausgaben ist allgemein wegen der Tarif- und Besoldungsentwicklung sowie dem Anstieg der Zahl der Versorgungsempfänger zu rechnen. Auch werden im Haushalt Personalmehrbedarfe in den Bereichen Bildung und innere Sicherheit umgesetzt. Zugleich erfolgen Einsparungen durch den Abbau von 2.000 Stellen bis zum Jahr 2020.

Die Ausgabeentwicklung ist zudem durch die weiteren Anstrengungen des Landes zur Verbesserung der Kommunalfinanzen geprägt. Die Einnahmen der Kommunen aus den Mitteln des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) steigen im Doppelhaushalt (2018 gg. 2016) um 332 Mio. Euro. (+12,8 Prozent). Darin steckt auch eine Ausweitung der Zuschüsse für kommunale Investitionen um 59 Mio. Euro (+13,6 Prozent). Im Haushalt 2013, dem letzten Jahr vor der Reform des kommunalen Finanzausgleichs, zahlte das Land den Kommunen 2,0 Mrd. Euro im KFA, 2018 werden es bereits 2,9 Mrd. Euro sein. Hinzu kommen deutliche Steigerungen der außerhalb des KFAs an die Kommunen gezahlten Mittel. Diese liegen im Jahr 2018 um 182 Mio. Euro über den für 2016 vorgesehenen Zahlungen an die Kommunen. Ursächlich sind vor allem höhere Zuweisungen für Sozialausgaben, die zu einem großen Teil durch Bundesmittel gedeckt sind. Insgesamt belaufen sich die Zahlungen des Landes an die Kommunen auf rd. 5,6 Mrd. Euro (2018) und damit auf rd. ein Drittel der Ausgaben des gesamten Haushalts.

Die Zinsausgaben sinken im Doppelhaushalt dank der stärkeren Konsolidierung im Haushaltsvollzug der Jahre 2015 und 2016 und des anhaltend niedrigen Zinsniveaus um 150 Mio. Euro (2018 gg. 2016).

Im Kernhaushalt ist noch eine Gesamtnettokreditaufnahme von 291 Mio. Euro (2017) und 54 Mio. Euro (2018) vorgesehen. Auf eine Neuverschuldung in den Landesbetrieben wurde verzichtet. Im Jahr 2016 sind dort noch 82 Mio. Euro Nettokreditaufnahme vorgesehen.

Gleichzeitig steigert das Land seine Investitionsausgaben im Bereich der Landesbetriebe. Im Jahr 2016 waren Investitionen der Landesbetriebe von insg. 231 Mio. Euro eingeplant. Im Doppelhaushalt steigen die Mittel auf 250 Mio. Euro (2017) und 263 Mio. Euro (2018). Unter anderem wird das Land jedes Jahr 121 Mio. Euro in den Erhalt und Neubau von Landesstraßen investieren. Insgesamt summieren sich die Investitionen in Kernhaushalt und Landesbe-

trieben pro Jahr auf rd. 1,4 Mrd. Euro. Zusätzlich erhalten finanzschwache Kommunen aus dem Kommunalinvestitionsprogramm bis 2021 insgesamt 285 Mio. Euro an Bundes- und Landesmitteln.

Die hohe Zahl der vor allem im Herbst und Winter 2015/2016 aufgenommenen Flüchtlinge stellt den Bund, die Länder und die Kommunen vor vielfältige Herausforderungen. Allein für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen belaufen sich die Ausgaben im Landeshaushalt auf 322 Mio. Euro in 2017 und 255 Mio. Euro in 2018.

Im Rahmen der Aufstellung des Haushaltes wurde die Anzahl neu aufzunehmender Flüchtlinge in 2017 und 2018 mit jeweils 14.400 angenommen, was einer bundesweiten Aufnahme von jeweils 300.000 Flüchtlingen entspräche. Diese Annahme ist bei bestehender Unsicherheit vorsichtig gewählt worden, zumal der Bund von 230.000 Flüchtlingen ausgeht.

Das Land investiert massiv in die Integration der Flüchtlinge. Bei aufgenommenen Kindern und Jugendlichen drückt sich die Integration in besonderem Maße dadurch aus, dass sie am Bildungssystem von der Kita bis zur Hochschule teilnehmen. Dies wird insbesondere durch höhere Bildungsausgaben im Landeshaushalt gesichert.

Die gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule ist von zentraler Bedeutung für die Chancengleichheit. Die Landesregierung stellt mit dem Doppelhaushalt weiterhin eine gute Unterrichtsversorgung sicher. Hierfür sind in 2017 und 2018 jeweils rund 2,1 Mrd. Euro vorgesehen. Für das aktuelle Schuljahr wurden rund 1.100 junge Lehrerinnen und Lehrer in den rheinland-pfälzischen Schuldienst eingestellt. 270 Stellen wurden für das Schuljahr 2016/2017 neu geschaffen. Die Mittel für den Schulbau werden gegenüber 2016 um 5 Mio. Euro in 2017 und um 15 Mio. Euro in 2018 erhöht.

Die Kindertagesbetreuung wird mit 625 Mio. Euro in 2017 und 637 Mio. Euro in 2018 aus dem Landeshaushalt unterstützt. Im Jahr 2018 entspricht dies einem Zuwachs gegenüber 2016 um 35 Mio. Euro.

Eine nachhaltige Aufgabenerfüllung bei gleichzeitiger Einhaltung der Konsolidierungsziele macht weitere Einsparungen im Landeshaushalt unumgänglich.

Die Landesregierung hat bereits zu Beginn der neuen Legislaturperiode festgelegt, dass weitere 2.000 Stellen in der Landesverwaltung abgebaut werden sollen. Die Umsetzung dieser Einsparung bis 2020 ist für die einzelnen Bereiche im Haushalt hinterlegt. Der Stellenabbau verteilt sich auf rund 1.400 Stellen in besonderen Verwaltungsbereichen und 600 Stellen in der allgemeinen Landesverwaltung. Bei der Festlegung der genauen Zahl für jeden Aufgabenbereich sind konkrete Umstrukturierungsplanungen, bestehende Abbaupfade und auch Empfehlungen des Rechnungshofs eingeflossen. Die geplanten Einsparungen durch den Stellenabbau belaufen sich in 2020 auf insgesamt rund 110 Mio. Euro. Im Zuge der Haushaltsaufstellung zum Doppelhaushalt wurden zudem bei vielen Einnahme- und Ausgabepositionen Konsolidierungsbeiträge erreicht. Zudem wurde durch eine Begrenzung der Ausgabeanstiege konsolidiert.

4. Wichtige Rahmenbedingungen für die Finanzlage des Landes

Schuldenregel – das Konzept des strukturellen Defizits

Die neue Schuldenregel für Bund und Länder in Artikel 109 Absatz 3 Grundgesetz legt eine Höchstgrenze für die strukturelle, von der Konjunkturlage unabhängige Kreditaufnahme fest. Durch eine Konjunkturkomponente, die im Abschwung automatisch eintretende Defizite zulässt und im Aufschwung entsprechende Überschüsse verlangt, soll eine konjunkturrell prozyklisch wirkende Finanzpolitik des Staates vermieden werden.

Ausnahmeregelungen vom Grundsatz des Haushaltsausgleichs ohne Einnahmen aus Krediten sieht das Grundgesetz für Fälle von Naturkatastrophen und anderen außergewöhnlichen Notsituationen vor.

Ein wesentlicher Vorzug der neuen Schuldenregel besteht damit in der Unterscheidung zwischen der strukturellen Lage der öffentlichen Haushalte und lediglich vorübergehenden Effekten, die Folge der konjunkturellen Entwicklung und bestimmter Sondersituationen sind. Auch Einmaleffekte aufgrund von Finanzvermögensoperationen, so genannte finanzielle Transaktionen, werden bei den Einnahmen und Ausgaben bereinigt.

Der Blick auf die strukturelle Haushaltslage ermöglicht es, notwendige Konsolidierungsschritte zu erkennen und stabilisierungspolitischen Erfordernissen dennoch Rechnung zu tragen. Gleichzeitig besteht das Ziel der neuen Schuldenregel darin, dass konjunkturbedingte Kredite – anders als bislang – in konjunkturrell guten Zeiten getilgt werden. Konjunkturrell bedingte Mehreinnahmen im Aufschwung stehen damit nicht für dauerhafte Steuersenkungen oder neue Ausgabeprogramme zur Verfügung.

Während für den Bundeshaushalt die maximal zulässige strukturelle Neuverschuldung ab dem Jahr 2016 auf 0,35 Prozent des nominalen BIP begrenzt wird, sind die Länder durch die neue Schuldenregel im Grundgesetz ab dem Jahr 2020 zu strukturell ausgeglichenen Haushalten verpflichtet. Bis zur vollen Wirksamkeit ab dem Jahr 2020 kann nach Maßgabe der jeweils geltenden landesrechtlichen Regelungen davon abgewichen werden. In dieser Zeit sind die Haushalte bereits so aufzustellen, dass im Haushaltsjahr 2020 die Vorgabe des Grundgesetzes erfüllt wird.

Die nähere Ausgestaltung der neuen Schuldenregel für die Haushalte der Länder wird von diesen im Rahmen ihrer verfassungsrechtlichen Kompetenzen geregelt.

Durch das Siebenunddreißigste Landesgesetz zur Änderung der Verfassung für Rheinland-Pfalz vom 23. Dezember 2010 wurden die verfassungsrechtlichen Vorschriften zur Begrenzung der Neuverschuldung im Landeshaushalt neu gefasst. Artikel 117 der Verfassung für Rheinland-Pfalz (LV) schreibt vor, dass der Haushaltsplan grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen ist.

Die Neufassung von Artikel 117 LV war erstmals auf den Haushalt für das Haushaltsjahr 2012 anzuwenden, wobei im Zeitraum der Jahre 2012 bis 2019 nach Maßgabe des bisher geltenden Rechts von den neuen Vorgaben abgewichen werden kann. Dies bedeutet, dass in diesem Zeitraum die bisherige Regelgrenze der investitionsbezogenen Verschuldung – einschließlich des Ausnahmetatbestandes im Zusammenhang mit einer Störung des ge-

samtwirtschaftlichen Gleichgewichtes – in Rheinland-Pfalz weiterhin bindend ist. Darüber hinaus sind seit dem Jahr 2012 die jährlichen Haushalte so aufzustellen, dass spätestens im Haushaltsjahr 2020 die Vorgabe des strukturell ausgeglichenen Landeshaushalts erfüllt wird. Diesem Auftrag entspricht das Land durch die Einhaltung einer jährlich sinkenden Obergrenze für das strukturelle Defizit.

Ausnahmen vom Gebot des Haushaltsausgleiches sind entsprechend Artikel 117 Absatz 1 LV nur unter bestimmten Bedingungen zulässig:

- a. Die automatische Belastung des Landeshaushalts im Konjunkturabschwung kann durch Kredite ausgeglichen werden (Konjunkturkomponente). Voraussetzung ist dabei die Anwendung eines symmetrischen Verfahrens, das in einer darauffolgenden Aufschwungphase die Verwendung von Haushaltsüberschüssen zur Kredittilgung vorschreibt und damit sicherstellt, dass langfristig keine neue Verschuldung entsteht.
- b. Um einen erheblichen vorübergehenden Finanzbedarf zu decken, können im Landeshaushalt Kredite aufgenommen werden (Komponente für Sondersituationen). Diese Regelung umfasst z.B. Naturkatastrophen und außergewöhnliche Notsituationen, aber auch der Ausgleich von Strukturbrüchen bei den Einnahmen oder Ausgaben im Landeshaushalt, die dem Land nicht zurechenbar sind. Für diese Kredite ist dann eine Tilgung vorzusehen.

Dem Auftrag des Artikels 117 Absatz 1 Satz 5 erster Halbsatz LV, nähere Bestimmungen einfachgesetzlich zu treffen, ist der Gesetzgeber durch das Ausführungsgesetz zu Artikel 117 LV vom 3. Juli 2012 nachgekommen. Darin werden die notwendigen Konkretisierungen der Verfassungsregelung vorgenommen.

Das Ausführungsgesetz enthält Bestimmungen und Konkretisierungen zur technischen Berücksichtigung von finanziellen Transaktionen, der Auswirkungen der Konjunktur, zur zulässigen Kreditaufnahme in außergewöhnlichen Notsituationen und bei einer strukturellen, auf Rechtsvorschriften beruhenden Änderung der Einnahme- oder Ausgabesituation, die dem Land nicht zuzurechnen ist. Darüber hinaus sind Vorschriften für die Einhaltung der Verschuldungsgrenzen im Haushaltsvollzug, Abweichungsrechte im Rahmen von Nachtrags Haushalten und zur Gestaltung des sogenannten Übergangszeitraums, d. h. bis zum Jahr 2019, normiert worden.

Unter die Vorgaben der neuen Regelung fällt insbesondere auch die Nettokreditaufnahme des Landes zur Deckung von Ausgaben der Landesbetriebe. Dies gilt unter bestimmten Voraussetzungen auch für die Nettokreditaufnahme juristischer Personen, an denen das Land maßgeblich beteiligt ist. Auch Überschüsse und Defizite des Pensionsfonds, des Sondervermögens „Wissen schafft Zukunft“, des Sondervermögens KI 3.0 sowie der Versorgungsrücklage werden als große Vermögensmassen des Landes in die umfassende Berechnung des strukturellen Saldos mit einbezogen.

Zudem hat Rheinland-Pfalz mit der Landesverordnung über das Verfahren zur Bestimmung der Konjunkturkomponente nach § 3 Absatz 2 Satz 1 des Ausführungsgesetzes zu Artikel 117 der Verfassung für Rheinland-Pfalz eine vollumfängliche rechtliche Grundlage zur Bestimmung der Konjunkturbereinigung verabschiedet. Das Land Rheinland-Pfalz hat damit als

eines der ersten Länder alle notwendigen Normsetzungen zur Einhaltung der Schuldenbremse abgeschlossen.

Anforderungen des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts

Die auf nationaler Ebene für Bund und Länder geltende Schuldenbremse wird durch europäische Fiskalregeln ergänzt.

Bereits im Jahr 1997 wurde der Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) beschlossen, um solide öffentliche Finanzen in der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zu garantieren. Er enthält Vorgaben zur Einhaltung der Maastricht-Obergrenzen für das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit (3 Prozent des BIP) und den Schuldenstand (60 Prozent des BIP). Vor dem Hintergrund der europäischen Staatsschuldenkrise als Folge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise wurden die Regeln des SWP im Jahr 2011 reformiert und erheblich verschärft. Mit dem sogenannten Sixpack wurde der präventive Arm des SWP intensiviert, indem das bestehende Maastricht-Defizitkriterium von 3 Prozent des BIP um ein mittelfristiges Haushaltsziel ergänzt wurde. Darüber hinaus wurde im korrektiven Arm die Schuldenstandsgrenze von 60 Prozent des BIP um einen verbindlichen Abbaupfad (1/20-Regel) erweitert und das Sanktionssystem dahin gehend verstärkt, dass die Beschlüsse über Sanktionen zukünftig quasi-automatisch mit umgekehrt qualifizierter Mehrheit erfolgen. Das bedeutet, dass ein von der Kommission empfohlener Sanktionsbeschluss wirksam wird, sofern der Rat ihn nicht mit qualifizierter Mehrheit ablehnt.

Zwei Jahre später wurde der SWP durch den zwischenstaatlichen Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (Fiskalvertrag), der zum 1. Januar 2013 in Kraft getreten ist, nochmals ergänzt und verschärft. Konkret haben sich mit Deutschland 25 der 28 EU-Mitgliedstaaten (ohne Großbritannien, Tschechien und Kroatien) dazu verpflichtet, ihr strukturelles Defizit auf 0,5 Prozent des nominalen BIP zu begrenzen und auf nationaler Ebene einen Korrekturmechanismus einzurichten, der bei erheblichen Abweichungen vom mittelfristigen Ziel oder dem dorthin führenden Anpassungspfad automatisch ausgelöst wird. Auf diesem Weg soll die Haushaltsdisziplin der Vertragsparteien verbessert werden, um eine zu hohe Staatsverschuldung schnellstmöglich zurückzuführen und dem Entstehen von Staatsschuldenkrisen langfristig entgegenzuwirken.

Insgesamt führt der Fiskalvertrag zu einer erheblichen Verschärfung der nationalen Schuldenbremse, vor allem im Übergangszeitraum bis zum Jahr 2020. Erst ab diesem Zeitpunkt sind die Länder dazu verpflichtet, ihre Haushalte strukturell auszugleichen.

Zusätzliche Herausforderungen für die Konsolidierungspolitik der Länder und Kommunen ergeben sich daraus, dass die Kommunen im Vergleich zur nationalen Schuldenbremse bei der Berechnung des strukturellen Defizits gemäß Fiskalvertrag berücksichtigt werden. Die Kommunen sind finanzverfassungsrechtlich Teil der Länderebene, sodass die Länder eine Verantwortung für den kommunalen Ausgleich tragen. Daher war die Zustimmung der Länder zum Fiskalvertrag nur unter der Bedingung möglich, dass der Bund bis zum Jahr 2020 das Risiko möglicher Sanktionszahlungen bei übermäßigen Defiziten übernimmt. Daneben vereinbarten Bund und Länder, die Kompensationsleistungen des Bundes nach dem Ent-

flechtungsgesetz bis einschließlich 2019 fortzuführen, um damit den Ländern sowie den betroffenen Kommunen die erforderliche Planungssicherheit zu geben.

Organisatorisch wurde in Deutschland dem Stabilitätsrat die Aufgabe übertragen, halbjährlich die Einhaltung der Obergrenze des strukturellen gesamtstaatlichen Finanzierungsdefizits zu überwachen. Falls die Obergrenze überschritten wird, soll der Stabilitätsrat dem Bund und den Ländern Maßnahmen empfehlen, die geeignet sind, das überhöhte Finanzierungsdefizit zu beseitigen. Bei der Wahrnehmung dieser Aufgabe wird der Stabilitätsrat durch einen unabhängigen Beirat unterstützt.

Ergänzend zu den umfangreichen Sixpack-Reformen und dem Fiskalvertrag sind Ende Mai 2013 zwei weitere EU-Verordnungen (Twopack) in Kraft getreten, die die haushalts- und wirtschaftspolitische Überwachung und Koordinierung im Euroraum erweitern. Mit dem Twopack wird ein gemeinsamer Haushaltszeitplan geschaffen. Dieser gibt die Zeitpunkte vor, zu denen die Mitgliedstaaten ihre nationalen Finanzplanungen und Haushaltsentwürfe veröffentlichen sowie die Haushalte verabschieden sollen. Zudem kann die Kommission in dem Fall, dass der Haushaltsentwurf besonders schwerwiegend gegen die im SWP festgelegten haushaltspolitischen Verpflichtungen verstößt, eine Überarbeitung der Haushaltsplanung verlangen. Damit wird das Ziel verfolgt, die Haushaltspolitik der Eurostaaten bereits im Planungsstadium auf ihre Vereinbarkeit mit den Vorgaben des SWP zu überprüfen und auf diesem Wege übermäßigen Haushaltsdefiziten und Schuldenständen frühzeitiger entgegenzuwirken. Gleichzeitig ist mit dem Twopack ein erheblicher Anstieg der Eingriffsrechte und der Datenlieferpflichten vor allem für Bund und Länder verbunden. Eurostaaten, die ein übermäßiges Defizit aufweisen, müssen zusätzlich ein Wirtschaftspartnerschaftsprogramm vorlegen, in denen die politischen Maßnahmen und strukturellen Reformen zur dauerhaften Korrektur des übermäßigen Defizits dargelegt werden.

Mit dem Twopack wird zudem die wirtschafts- und haushaltspolitische Überwachung der Mitgliedsstaaten, die von gravierenden Schwierigkeiten in Bezug auf ihre finanzielle Stabilität betroffen sind oder bereits Finanzhilfen erhalten, ausgebaut. Damit soll eine schnelle Rückkehr zu einer normalen Situation gewährleistet und die übrigen Eurostaaten vor negativen Ansteckungseffekten geschützt werden.

Derzeit ist davon auszugehen, dass der strukturelle Finanzierungssaldo Deutschlands ausgehend von 2016 ausgeglichen bleibt und somit sowohl das Maastricht-Defizitkriterium als auch das mittelfristige Haushaltsziel in den Jahren 2016 bis 2020 durchgehend mit Sicherheitsabstand eingehalten wird, sodass keine zusätzlichen Datenanforderungen oder Sanktionen zu erwarten sind. Dennoch unterstreichen die europäischen Fiskalregeln die Notwendigkeit, die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte konsequent fortzusetzen.

Konjunkturbereinigungsverfahren

Das rheinland-pfälzische Konjunkturbereinigungsverfahren

Mit der Einführung der sogenannten Schuldenbremse wurde der Fokus weg von den klassischen Haushaltskennziffern wie Nettokreditaufnahme und Finanzierungssaldo hin zur strukturellen Betrachtungsweise verschoben. Ein wesentlicher Unterschied zwischen den klassischen Haushaltskennziffern und der strukturellen Betrachtungsweise ist die Bereinigung um konjunkturelle Effekte. In der strukturellen Haushaltsbetrachtung sollen also nur die Faktoren berücksichtigt werden, welche sich in der sogenannten konjunkturellen Normallage ergeben. Diese konjunkturelle Normallage lässt sich nicht unmittelbar empirisch beobachten, daher sind alle Konjunkturbereinigungsverfahren auf Schätzungen angewiesen.

Im Wesentlichen beschränkt sich die Konjunkturbereinigung in Deutschland auf zwei wichtige Verfahren. Die EU, der Bund und die Konsolidierungsländer (Bremen, Saarland, Schleswig-Holstein, Berlin und Sachsen-Anhalt) nutzen ein Verfahren, welches anhand der gesamtdeutschen Produktionslücke einen konjunkturellen Effekt auf die Haushalte ableitet.

Unter konjunktureller Normallage wird in diesem Ansatz eine Situation mit vollständiger Auslastung der Produktionskapazitäten verstanden, in der das BIP dem Produktionspotenzial entspricht. Die Verbindung zwischen der Produktionslücke einerseits und den öffentlichen Finanzen andererseits wird durch die sogenannte Budgetelastizität hergestellt, die ebenfalls geschätzt werden muss. Diese Größe gibt an, wie stark sich Veränderungen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung auf den Haushaltssaldo auswirken. Durch Multiplikation der Produktionslücke mit der Budgetelastizität ergibt sich die Konjunkturkomponente. Diese Konjunkturkomponente schränkt in Konjunkturaufschwüngen die Nettokreditaufnahmen ein bzw. erweitert sie in Abschwungphasen. Die Konsolidierungsländer erhalten – zum Zweck der Konsolidierungsberichterstattung – einen Anteil an dieser Lücke zugeteilt.

Insbesondere einige Länder, welche sich nicht im Konsolidierungsverfahren befinden, führen eine Schätzung der konjunkturellen Normallage anhand der Steuereinnahmen durch. Die hier verwendeten Verfahren messen die konjunkturellen Effekte unmittelbar an der Veränderung der Steuereinnahmen. Hierzu wird ein Glättungsverfahren mit dem Ziel der Errechnung von dauerhaften, strukturellen Steuereinnahmen genutzt, das im Zeitablauf dem Symmetriegebot des Grundgesetzes Rechnung trägt.

Den Hintergrund dieser Beschränkung auf die Steuereinnahmen bildet die Beobachtung, dass die sonstigen Einnahmen sowie die Ausgaben des Landes – anders als beim Bund – nur wenig auf die Konjunktur reagieren. Die Regelung des rheinland-pfälzischen Ausführungsgesetzes beschränkt sich vor diesem Hintergrund auf eine Konjunkturbereinigung der Steuereinnahmen.

Bereits in § 3 des Ausführungsgesetzes zu Artikel 117 LV wurden wesentliche Bestandteile des Verfahrens zur Ermittlung der symmetrischen Konjunkturkomponente festgelegt. Die Konjunkturkomponente ergibt sich demnach aus der Differenz zwischen den veranschlagten Steuereinnahmen und den erwarteten Steuereinnahmen in der konjunkturellen Normallage. Die Steuereinnahmen in der konjunkturellen Normallage sind jeweils mit einem Fortschreibungsfaktor fortzuschreiben, der sich aus der durchschnittlichen Wachstumsrate der Steuer-

einnahmen des Landes (ohne Rechtsänderungen) im vorangegangenen Konjunkturzyklus (8-Jahreszeitraum) errechnet. Nach Anwendung des Fortschreibungsfaktors sind die finanziellen Auswirkungen zu addieren, die sich im Vergleich zu den strukturellen Steuereinnahmen des Vorjahres durch Rechtsänderungen ergeben. Außerdem schreibt das Ausführungsgesetz die Implementierung eines Korrekturmechanismus vor, der Fehlschätzungen im Zeitablauf ausgleicht.

Das Ministerium der Finanzen hat im Vorgriff auf eine Verordnung, die auf der Grundlage von § 3 Absatz 2 Satz 1 des Ausführungsgesetzes zu Artikel 117 LV zu erlassen war, ein vorläufiges Verfahren zur Konjunkturbereinigung entwickelt, das von 2011 an bis zum Erlass der endgültigen Verordnung angewandt wurde. Gemäß diesem vorläufigen Verfahren wurden u. a. die strukturellen Steuereinnahmen in einem Startjahr festgestellt, im Einzelnen die Fortschreibungsmodalitäten geregelt und ein Mechanismus zur Korrektur des Fortschreibungsfaktors für den Fall vorgesehen, dass diese sich, gemessen an den Ergebnissen des Konjunkturbereinigungsverfahrens in der Vergangenheit, als zu niedrig oder zu hoch erweist.

Das vorläufige Verfahren wurde im Januar 2014 durch die Landesverordnung über das Verfahren zur Bestimmung der Konjunkturkomponente nach § 3 Absatz 2 Satz 1 des Ausführungsgesetzes abgelöst. Dem Systemwechsel wurde in der Form Rechnung getragen, dass die mit dem vorläufigen Verfahren ermittelten Werte in § 3 der Landesverordnung übernommen wurden.

Im Wesentlichen blieb das Verfahren unverändert, lediglich der Korrekturmechanismus wurde verändert. Bislang wurde zwischen einer 40-prozentigen und einer 80-prozentigen Veränderung, der des Fortschreibungsfaktors zugrunde liegenden prozentualen Veränderung, unterschieden. Nach den Regelungen der Landesverordnung kann ebenfalls um maximal 80 Prozent von der Regelfortschreibung abgewichen werden. Beträgt die positive Konjunkturabweichung des Vorjahres jedoch weniger als 5 Prozent der Steuereinnahmen, wird nicht um 40 Prozent erhöht, sondern um $\frac{1}{8}$ des Teils der kumulierten Konjunkturkomponente des Vorjahres, der 1 Prozent der Steuereinnahmen im Vorjahr übersteigt. Der Korrekturbetrag wird in Prozent der Steuereinnahmen des Vorjahres gemessen und zum oben berechneten Fortschreibungsfaktor addiert.

Das neue Konjunkturbereinigungsverfahren gemäß Landesverordnung wurde erstmals für den Nachtragshaushalt 2015 angewendet.

in Mio. Euro	Vorläufiges Verfahren				Verfahren gemäß LVO			
	2011	2012	2013	2014	NT 2015	Ansatz 2016	RegV 2017	RegV 2018
Startwert	9.822							
vergangenheitsbasierte Wachstumsrate (in %)		3,45	3,95	4,64	4,06	3,41	3,68	4,68
Korrektur der Wachstumsrate (in %)		nein	+ 40	nein	+14,5	nein	+17,2	+15,7
Fortschreibungsfaktor		1,0345	1,0553	1,0464	1,0465	1,0341	1,0431	1,0541
Steuerrechtsänderungen		154	47	-39	30	48	-17	-84
Strukturelle Steuereinnahmen		10.315	10.933	11.401	11.962	12.418	12.936	13.553
Konjunkturkomponente*		+307	+226	+126	+34	+63	+145	+56
Stand Symmetriekonto		307	533	660	694	756	901	957

* Bis 2015 Ist-Konjunkturkomponente, bei Festsetzung waren diese zum Teil negativ.

Strukturelle Steuereinnahmen im Doppelhaushalt 2017/2018

Die Steuereinnahmen in der konjunkturellen Normallage (strukturelle Steuereinnahmen) betragen 2016 12.418 Mio. Euro. Das jahresdurchschnittliche Steuereinnahmewachstum (ohne Rechtsänderungen) der Jahre 2009 bis 2016 lag bei 3,68 Prozent, der Regelfortschreibungsfaktor folglich bei 1,0368. Wegen der positiven Konjunkturkomponente 2016 und dem positiven Stand im Symmetriekonto war der Korrekturmechanismus anzuwenden. Hierdurch erhöht sich der anzuwendende Fortschreibungsfaktor auf 1,0431. Multipliziert mit den strukturellen Steuereinnahmen des Vorjahres und zuzüglich der Auswirkungen von Steuerrechtsänderungen (-17 Mio. Euro) ergeben sich 2017 Steuereinnahmen in der konjunkturellen Normallage in Höhe von 12.936 Mio. Euro. Die Berechnung für 2018 ergibt sich unter Anwendung der in der Tabelle dargestellten Daten analog. Für 2018 war ebenfalls der Korrekturmechanismus anzuwenden. Die strukturellen Steuereinnahmen 2018 werden im Haushalt mit 13.553 Mio. Euro festgesetzt.

Die Konjunkturkomponente (Differenz zwischen den veranschlagten Steuereinnahmen und strukturellen Steuereinnahmen) ist mit +145 Mio. Euro (2017) und +56 Mio. Euro (2018) in beiden Jahren positiv. Gegenüber der Finanzplanung 2015 - 2020 ergeben sich mit 266 Mio. Euro (2017) und 441 Mio. Euro (2018) deutliche strukturelle Steuermehreinnahmen.

Strukturelle Steuereinnahmen im Finanzplanungszeitraum

Das Schätzverfahren zur Bestimmung der Steuereinnahmen in der konjunkturellen Normallage stellt eine mathematische Näherung an eine nicht empirisch zu messende Größe dar. Um die Symmetrieeigenschaft sicherzustellen, ist der Korrekturfaktor notwendig, der über den möglichst aktuellen realitätsnahen Stand des Symmetriekontos und der Konjunkturabweichung gesteuert wird. Bei mittelfristigen Prognosen ist dies nicht gewährleistet. Daher wird im Finanzplanungszeitraum auf die Berechnung der strukturellen Steuereinnahmen in dieser Form verzichtet. Vielmehr werden die definitionsgemäß im Endjahr der Steuerschätzung konjunktturneutral geschätzten Steuereinnahmen für eine Näherung genutzt. In der

Steuerschätzung vom November 2016 geht der Bund bereits ab 2019 von einer konjunkturellen Normallage aus. Daher konnten die für 2019 bis 2021 geschätzten kassenmäßigen Steuereinnahmen mit den strukturellen Steuereinnahmen gleichgesetzt werden.

Festsetzung der strukturellen Steuereinnahmen im Haushalt 2017

gemäß Landesverordnung über das Verfahren zur Bestimmung der Konjunkturkomponente nach § 3 Abs. 2 Satz 1 des Ausführungsgesetzes zu Artikel 117 der Verfassung für Rheinland-Pfalz

Berechnungsstand: 20.10.2016

1. Ausgangsniveau der strukturellen Steuereinnahmen und bisherige Fortschreibungen

Die Steuereinnahmen in der konjunkturellen Normallage (strukturelle Steuereinnahmen) betragen

Mio. Euro	2011	2012	2013	2014	2015	2016
strukturelle Steuereinnahmen	9.822	10.315	10.933	11.401	11.962	12.418
Quelle	festgelegt in § 3 der Landesverordnung*					
Berechnungsverfahren	Startwert			vorläufiges Verfahren		endg. Verfahren

2. Ermittlung des Fortschreibungsfaktors für die Regelfortschreibung nach § 4 Absatz 2 Landesverordnung

Mio. Euro	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
tatsächliche Steuereinnahmen*	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Ansatz	Ansatz
minus Auswirkung von Rechtsänderungen gegenüber dem Vorjahr	9.421	9.757	9.122	9.320	9.704	10.622	11.159	11.527	11.996	12.481	13.081
Steuereinnahmen ohne Rechtsänderungen gegenüber dem Vorjahr	9.795	9.484	9.488	9.814	10.479	11.177	11.402	11.962	12.513	13.098	
Wachstumsfaktoren gegen Vorjahr ohne Rechtsänderungen	1,0398	0,9720	1,0379	1,0530	1,0799	1,0522	1,0218	1,0377	1,0431		
geometrischer Durchschnitt der vergangenen 8 Jahre											1,0368
Das entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Steigerung von											3,68%

* Steuereinnahmen (inkl. LFA, BEZ und KfzSt-Kompensation)

3. Bestimmung der finanziellen Auswirkungen von Rechtsänderungen gegenüber den strukturellen Steuereinnahmen des Vorjahres

Mio. Euro	2016	2017	Delta
In der Berechnung der strukturellen Steuereinnahmen	2016	2017	Delta
enthalten finanzielle Auswirkungen der Rechtsänderungen kumuliert seit 2014	2	-15	-17
A aufgrund bundesweit wirksamer Rechtsänderungen	-19 *	-94	Delta -74
Einbuchung 2016 von inzwischen verabschiedeten RA s.u.	72		
angepasster Stand	52	-94	Delta -146
Auswirkungen von Rechtsänderungen in 2017 gegenüber Vorjahr			-146
a Auswirkungen der Änderungen der Abschreibungsregelungen 2008 und 2009			-6
b Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz vom 20.10.2015 (BGBl. 2015, 1722)			-97
c Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen ... (und Asyl) vom 24.06.2015 (BGBl I 2015, 974)			-24
d Langfristauswirkungen des Alterseinkünftegesetzes vom 16. Juni 2004 durch das BMF ab 2011			-26
e Gesetz zur Anhebung des Grundfreibetrages, des Kinderfreibetrages, des Kindergelds und des Kinderzuschlags			4
f Rest			2
B aufgrund nur in Rheinland-Pfalz wirksamer Rechtsänderungen	0	0	Delta 0
C Vorsichtsabschläge und nicht verabschiedete Rechtsänderungen	21	79	Delta 57,4
Ausbuchung 2016 von inzwischen verabschiedeten RA s.Ab., Ac, Ae und Af (Verschiebung in "bundesweit")	-72		
angepasster Stand	-50	79	Delta 129
a Steuersenkung 2017-18: in Gesetz zur Umsetzung der EU-Amtshilferichtlinie			-39
b Integrationsmilliarden: im Entwurf eines Gesetzes zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration		96	96
c Änderung USt-Festbetrag für Hartz IV-BEZ: im Entwurf eines Gesetzes zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration		13	13
d Spitzabrechnung Asyl und Abschläge: im Entwurf eines Gesetzes zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration		56	56
e Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Entlastung insbesondere der mittelständischen Wirtschaft von Bürokratie		-3	-3
f Gesetz zur Weiterentwicklung der steuerlichen Verlustverrechnung bei Körperschaften		-6	-6
g sonst. Vorsichtsabschläge	-50	-38	12
Zusammen	2	-15	-17

* Durch die Umbasierung von 2011 auf 2014 als Basis veränderte sich dieser Wert.
Veränderung ggü. 2011 in der Festsetzung 2016 waren -60 Mio. Euro, dies entspricht -19 Mio. Euro Veränderung ggü. 2014

4. Symmetriekonto und Korrekturmehanismus

Mio. Euro	2011	2012	2013	2014	2015	2016
A Symmetriekonto nach § 5 Landesverordnung	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Ansatz
Steuereinnahmen	9.704	10.622	11.159	11.527	11.996	12.481
strukturelle Steuereinnahmen		10.315	10.933	11.401	11.962	12.418
Konjunkturabweichung		307	226	126	34	63
kumulierte Konjunkturabweichung		307	533	660	694	756
Konjunkturabweichung in v.H. der Steuereinnahmen des Vorjahres		3,1672	2,1271	1,1335	0,30	0,52

B Korrekturmehanismus nach § 6 Landesverordnung

Feststellung, ob Korrekturbedarf besteht

a) Prüfung § 6 Absatz 1

Konjunkturabweichung im Vorjahr war	mit	63 Mio. Euro	positiv
kum. Konjunkturabweichung im Vorjahr	mit	756 Mio. Euro	positiv
Folgerung:	Änderung des Fortschreibungsfaktors nach § 6 Absatz 1		

b) Prüfung § 6 Absatz 2

Konjunkturabweichung im Vorjahr war	mit	0,52 v.H.	der Steuern des Vorjahres kleiner als 5%
Folgerung:	keine Erhöhung der Fortschreibungsrate nach § 6 Absatz 2 (um 80%)		

c) Berechnung der Erhöhung der Fortschreibungsrate nach § 6 Absatz 1

kum. Konjunkturabweichung im Vorjahr	756 Mio. Euro
minus 1% Steuereinnahmen des Vorjahres (2016)	125 Mio. Euro
Zwischensumme	632 Mio. Euro
davon 1/8	78,939 Mio. Euro
in v.H. der Steuereinnahmen des Vorjahres (2016)	0,6325 v.H.

5. Feststellung des relevanten Fortschreibungsfaktors

Regelfortschreibungsfaktor aus Nr. 2	1,0368
Änderung wegen Korrekturmehanismus Nr. 4	0,0063
relevanter Fortschreibungsfaktor	1,0431

6. Ermittlung der strukturellen Steuereinnahmen 2017

a) strukturelle Steuereinnahmen des Vorjahres 2016 aus Nr. 1	12.418 Mio. Euro
b) relevanter Fortschreibungsfaktor aus Nr. 5	1,0431 Mio. Euro
Zwischenergebnis a) mal b)	12.953 Mio. Euro
plus finanzielle Auswirkung von Rechtsänderung gg. Vorjahr aus Nr. 3	-17 Mio. Euro
Ergebnis (auf volle Mio. Euro gerundet)	12.936 Mio. Euro

Festsetzung der strukturellen Steuereinnahmen im Haushalt 2018

gemäß Landesverordnung über das Verfahren zur Bestimmung der Konjunkturkomponente nach § 3 Abs. 2 Satz 1 des Ausführungsgesetzes zu Artikel 117 der Verfassung für Rheinland-Pfalz

Berechnungsstand: 20.10.2016

1. Ausgangsniveau der strukturellen Steuereinnahmen und bisherige Fortschreibungen

Die Steuereinnahmen in der konjunkturellen Normallage (strukturelle Steuereinnahmen) betragen

Mio. Euro	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
strukturelle Steuereinnahmen	9.822	10.315	10.933	11.401	11.962	12.418	12.936
Quelle	festgelegt in § 3 der Landesverordnung*						
Berechnungsverfahren	Startwert			vorläufiges Verfahren		endg. Verfahren	

2. Ermittlung des Fortschreibungsfaktors für die Regelfortschreibung nach § 4 Absatz 2 Landesverordnung

Mio. Euro	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Ansatz	Ansatz	Ansatz
tatsächliche Steuereinnahmen*	9.421	9.757	9.122	9.320	9.704	10.622	11.159	11.527	11.996	12.481	13.081	13.609
minus Auswirkung von Rechtsänderungen gegenüber dem Vorjahr	306	-39	-362	-148	-110	143	-18	125	34	-32	-17	-84
Steuereinnahmen ohne Rechtsänderungen gegenüber dem Vorjahr	9.795	9.484	9.468	9.814	10.479	11.177	11.402	11.962	12.513	13.098	13.693	
Wachstumsfaktoren gegen Vorjahr ohne Rechtsänderungen	1,0398	0,9720	1,0379	1,0530	1,0799	1,0522	1,0218	1,0377	1,0431	1,0495		
geometrischer Durchschnitt der vergangenen 8 Jahre												1,0468
Das entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Steigerung von												4,68%

* Steuereinnahmen (inkl. LFA, BEZ und KfzSt-Kompensation)

3. Bestimmung der finanziellen Auswirkungen von Rechtsänderungen gegenüber den strukturellen Steuereinnahmen des Vorjahres

Mio. Euro	2017	2018	Delta
In der Berechnung der strukturellen Steuereinnahmen enthaltene finanzielle Auswirkungen der Rechtsänderungen kumuliert seit 2014	-15	-99	-84
A aufgrund bundesweit wirksamer Rechtsänderungen	-94	-83	Delta 11
Auswirkungen von Rechtsänderungen in 2018 gegenüber Vorjahr			11
a Auswirkungen der Änderungen der Abschreibungsregelungen 2008 und 2009			-9
b Auslaufen KSt-Guthaben nach §37 und §38 KStG			50
c Langfristauswirkungen des Alterseinkünftegesetzes vom 16. Juni 2004 durch das BMF ab 2011			-27
d Gesetz zur Anhebung des Grundfreibetrages, des Kinderfreibetrages, des Kindergelds und des Kinderzuschlags			-5
e Rest			2
B aufgrund nur in Rheinland-Pfalz wirksamer Rechtsänderungen	0	0	Delta 0
C Vorsichtsabschläge und nicht verabschiedete Rechtsänderungen	79	-16	Delta -94,4
a Steuersenkung 2017-18: in Gesetz zur Umsetzung der Änderungen der EU-Amtshilferichtlinie	-39	-104	-64
b Integrationsmilliarden: im Entwurf eines Gesetzes zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integra	96	96	0
c Änderung USt-Festbetrag für Hartz IV-BEZ: im Entwurf eines Gesetzes zur Beteiligung des Bundes an d	13	13	0
d Spitzabrechnung Asyl und Abschläge: im Entwurf eines Gesetzes zur Beteiligung des Bundes an den Kc	56	23	-33
e Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Entlastung insbesondere der mittelständischen Wirtschaft von Bür	-3	-3	-1
f Gesetz zur Weiterentwicklung der steuerlichen Verlustverrechnung bei Körperschaften	-6	-10	-3
g Teilhabemilliarde: im Entwurf eines Gesetzes zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integra		48	48
h Vorsichtsabschlag Asyl wg Spitzabrechnung der Abschläge		-23	-23
i sonst. Vorsichtsabschläge	-38	-56	-18
Zusammen	-15	-99	-84

4. Symmetriekonto und Korrekturmechanismus

Mio. Euro	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
A Symmetriekonto nach § 5 Landesverordnung							
Steuereinnahmen	9.704	10.622	11.159	11.527	11.996	12.481	13.081
strukturelle Steuereinnahmen		10.315	10.933	11.401	11.962	12.418	12.936
Konjunkturabweichung		307	226	126	34	63	145
kumulierte Konjunkturabweichung		307	533	660	694	756	901
Konjunkturabweichung in v.H. der Steuereinnahmen des Vorjahres		3,1672	2,1271	1,1335	0,30	0,52	1,16
B Korrekturmechanismus nach § 6 Landesverordnung							
Feststellung, ob Korrekturbedarf besteht							
a) Prüfung § 6 Absatz 1							
Konjunkturabweichung im Vorjahr war	mit	145 Mio. Euro					positiv
kum. Konjunkturabweichung im Vorjahr	mit	901 Mio. Euro					positiv
Folgerung:							Änderung des Fortschreibungsfaktors nach § 6 Absatz 1
b) Prüfung § 6 Absatz 2							
Konjunkturabweichung im Vorjahr war	mit	1,16 v.H.					der Steuern des Vorjahres kleiner als 5%
Folgerung:							keine Erhöhung der Fortschreibungsrate nach § 6 Absatz 2 (um 80%)
c) Berechnung der Erhöhung der Fortschreibungsrate nach § 6 Absatz 1							
kum. Konjunkturabweichung im Vorjahr							901 Mio. Euro
minus 1% Steuereinnahmen des Vorjahres (2017)							131 Mio. Euro
Zwischensumme							770 Mio. Euro
davon 1/8							96,28 Mio. Euro
in v.H. der Steuereinnahmen des Vorjahres (2017)							0,736 v.H.

5. Feststellung des relevanten Fortschreibungsfaktors

Regelfortschreibungsfaktor aus Nr. 2	1,0468
Änderung wegen Korrekturmechanismus Nr. 4	0,0074
relevanter Fortschreibungsfaktor	1,0541

6. Ermittlung der strukturellen Steuereinnahmen 2018

a) strukturelle Steuereinnahmen des Vorjahres 2017 aus Nr. 1	12.936 Mio. Euro
b) relevanter Fortschreibungsfaktor aus Nr. 5	1,0541 Mio. Euro
Zwischenergebnis a) mal b)	13.636 Mio. Euro
plus finanzielle Auswirkung von Rechtsänderung gg. Vorjahr aus Nr. 3	-84 Mio. Euro
Ergebnis (auf volle Mio. Euro gerundet)	13.553 Mio. Euro

Verbesserung der Kommunalfinanzen: KFA-Reform, KEF-RP und KI 3.0

Mit der Änderung des Landesfinanzausgleichsgesetzes (LFAG) zum 1. Januar 2014 wurde die in der Regierungserklärung vom 8. Juni 2010 angekündigte große Reform der Kommunalfinanzen in Rheinland-Pfalz umgesetzt. Das Ergebnis dieser Reformbemühungen zeigt sich u.a. in der Anhebung der Finanzausgleichsmasse ab 2014. Über diese Mittel leitet das Land vor allem einen Anteil von rd. 21 Prozent seiner Steuern an die Kommunen weiter. Die Finanzausgleichsmasse lag im Jahr 2013 noch bei genau zwei Milliarden Euro. Bis 2016, also innerhalb von drei Jahren, hat das Land diese Zahlungen an die Kommunen um 596 Mio. Euro und somit um 30 Prozent angehoben. Ausgehend von 2.596 Mio. Euro steigt die Finanzausgleichsmasse im Doppelhaushalt 2017/2018 um weitere 332 Mio. Euro auf 2.928 Mio. Euro im Jahr 2018. Sowohl im Haushaltsjahr 2017 als auch im Haushaltsjahr 2018 steigen die Mittel für die Kommunen mit der im Stabilisierungsfonds vorgesehenen Maximalgeschwindigkeit. Technisch korrekt ausgedrückt wird in beiden Jahren die Verstetigungssumme nach § 5 a Abs. 3 LFAG an der Obergrenze des Korridors festgesetzt. Im Haushaltsjahr 2018 wird die Verstetigungssumme zudem um weitere 10,08 Mio. Euro erhöht. Damit löst das Land eine Zusage an die Kommunen ein. Die Erhöhung stellt sicher, dass die Kommunen frühzeitig an den Umsatzsteuermehreinnahmen des Landes in Höhe von 48 Mio. Euro über den kommunalen Steuerverbund und die Finanzausgleichsmasse beteiligt werden. Bis zum Jahr 2021 wird die Ausgleichsmasse um rd. 1.281 Mio. Euro gegenüber dem Jahr 2013 auf insgesamt 3.281 Mio. Euro gestiegen sein.

Mio. Euro	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Finanzausgleichsmasse	2.000	2.263	2.420	2.596	2.752	2.928	3.058	3.140	3.281
Veränderung ggü. 2013		263	420	596	752	928	1.058	1.140	1.281

Im Haushaltsjahr 2015 schlossen die Kommunen in Rheinland-Pfalz erstmals nach mehr als einem Vierteljahrhundert mit einem positiven Finanzierungssaldo in Höhe von 82 Mio. Euro ab. Dies ist ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zur nachhaltigen Verbesserung der Kommunalfinanzen. Dabei wird es auch der größtmöglichen Mobilisierung der eigenen Kräfte bedürfen, wie es der Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz am 14. Februar 2012 von den Kommunen forderte. Die in den vergangenen Jahren stark angestiegenen Landeszuweisungen und Entlastungen des Bundes bieten die Chance, zur dauerhaften Verbesserung des Finanzierungssaldos der Kommunen in Rheinland-Pfalz.

Auch außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs gibt es im Landeshaushalt noch zahlreiche weitere Zahlungen an Gemeinden und Gemeindeverbände. Landeseigene Investitionsförderprogramme, allgemeine Hilfen, Zuweisungen für die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen, Zuweisungen für Sozialleistungen oder weitergeleitete Bundesbeteiligungen ergänzen die Landeszuweisungen außerhalb des KFA.

Bei der Bewältigung der Herausforderung, die in den letzten beiden Jahren gekommenen Asylsuchenden unterzubringen, zu versorgen und zu integrieren, lassen Bund und Land die Kommunen nicht allein. Immer wenn die Länder neue Vereinbarungen zur Beteiligung des Bundes an den entstehenden Kosten erzielen konnten, wurden Vereinbarungen mit den kommunalen Spitzenverbänden getroffen, die die Aufteilung der Finanzmittel zwischen dem Land und der kommunalen Ebene einvernehmlich regeln. So werden die Kommunen auch

an den Mitteln der sogenannten Integrationspauschale mit 96 Mio. Euro und damit zu einem Drittel der insgesamt avisierten Mittel (2016 bis 2018 bundesweit jährlich 2 Mrd. Euro) beteiligt. Eine weitere Vorauszahlung für Erstattungen des Landes nach dem Landesaufnahmegesetz in Höhe von 44 Mio. Euro wird ebenfalls noch in 2016 für 2017 geleistet (s.a. Kapitel 4).

An den 2016 bis 2018 fließenden Mitteln aus dem Wegfall des Betreuungsgeldes beim Bund wurden die Kommunen in Rheinland-Pfalz mit jährlich 16 Mio. Euro und damit zu 50 Prozent beteiligt.

Im neuen Doppelhaushalt 2017/2018 werden die Zahlungen an die Kommunen auf insgesamt 5,6 Mrd. Euro anwachsen, 2021 liegen sie über 6 Mrd. Euro. Damit machen sie ein Drittel der Ausgaben des Landes aus. Die Unterstützung der Kommunen außerhalb des KFA (2,7 Mrd. Euro in 2018) entwickelt sich sehr dynamisch. Im Jahr 2017 wächst sie gegenüber 2016 um 7,5 Prozent.

Darunter fallen auch die Landesleistungen des Kommunalen Entschuldungsfonds (KEF-RP). Der KEF-RP ist ein weiterer Baustein der mittel- bis langfristig wirksamen Maßnahmen im Rahmen der „Reformagenda zur Verbesserung der kommunalen Finanzen“. Der KEF-RP unterstützt die Gemeinden und Gemeindeverbände über eine Laufzeit von 15 Jahren dabei, ihre bis zum Stichtag 31. Dezember 2009 aufgelaufenen Liquiditätskredite deutlich zu reduzieren.

Mehr als 830 Kommunen haben sich bis zum Ende der Beitrittsphase am 31. Dezember 2013 zu einer Teilnahme am Entschuldungsfonds entschlossen. Die Kommunalaufsicht prüft, ob die individuell vereinbarten Konsolidierungsleistungen der Kommunen tatsächlich erbracht werden. Ist dies der Fall, wird über das Instrument des KEF-RP in gleicher Höhe eine Entschuldungshilfe aus originären Landesmitteln und noch einmal in gleicher Höhe eine Zuweisung aus Mitteln des Kommunalen Finanzausgleichs gezahlt. Allein für die Jahre 2012 bis 2016 erhielten die teilnehmenden Kommunen auf diese Weise bereits rd. 775,1 Mio. Euro zur Entlastung bei den Liquiditätskrediten. Zusammen mit den Konsolidierungsbeiträgen der Kommunen von bisher 387,5 Mio. Euro brachte der Entschuldungsfonds ein Volumen von insgesamt rd. 1,16 Mrd. Euro über fünf Jahre auf. Um diesen Betrag wären die Liquiditätskredite der rheinland-pfälzischen Kommunen ohne den KEF-RP höher. Erfreulicherweise sind inzwischen bereits insgesamt 109 Kommunen aus dem KEF-RP ausgeschieden, da sie den Umfang ihrer Liquiditätskredite auf unter ein Drittel des Standes zum 31. Dezember 2009 vermindern konnten.

Im Jahr 2015 gestartet, bietet das „Kommunale Investitionsprogramm 3.0 – Rheinland-Pfalz (KI 3.0)“ eine zusätzliche Unterstützung finanzschwacher Kommunen. Das Land kofinanziert damit eine Initiative des Bundes mit 31,65 Mio. Euro, die für Infrastrukturinvestitionen finanzschwacher Gemeinden in den Jahren 2015 bis 2020 noch bis 2021 abgerufen werden können. Diese Mittel werden über ein Sondervermögen des Landes bereitgestellt. Bis Ende Oktober 2016 wurden bereits alle Fördermittel in über 600 Maßnahmenplanungen gebunden. Weit über 200 dieser Maßnahmen mit einem Volumen in Höhe von rund 50 Mio. Euro sind bereits formal beantragt und hiervon wiederum 109 mit einem Volumen in Höhe von rund 27 Mio. Euro bewilligt worden.

Beamtenversorgung

Die Konsolidierung des Landeshaushaltes wird dadurch erschwert, dass die stark ansteigenden Versorgungsausgaben einen überproportionalen Aufwuchs bei den Personalausgaben bewirken. Sehr starke Beamtenjahrgänge werden bis zum Jahr 2020 die Regelaltersgrenze erreichen. Dies hat sich seit 2012 in einer deutlichen Zunahme der Ruhestandsversetzungen bemerkbar gemacht. So stieg die Anzahl der Ruhestandsbeamtinnen und -beamten in den Jahren 2012 bis 2015 um durchschnittlich 5,4 Prozent pro Jahr. Für 2016 werden 4,4 Prozent mehr Pensionäre erwartet. Damit wird die jährliche Veränderungsrate der Vorjahre 2006 bis 2011 in Höhe von durchschnittlich 4,0 Prozent weiterhin deutlich übertroffen.

Die Spitzenwerte der Ruhestandsversetzungen wurden zwischenzeitlich zwar erreicht, dennoch ist bis 2021 insgesamt mit einem weiteren Anstieg der Versorgungsempfänger von rd. 14 Prozent gegenüber 2016 zu rechnen. Die Versorgungsausgaben steigen im selben Zeitraum voraussichtlich um rd. 26 Prozent.

Das Land entwickelt derzeit ein Prognosemodul für die langfristige Vorhersage der Anzahl der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, das sich derzeit noch in der Erprobungsphase befindet. Die ersten vorläufigen Erkenntnisse lassen erwarten, dass die Zahl der Ruhestandsbeamtinnen und -beamten erst Ende des nächsten Jahrzehnts zurückgeht.

Zur Teilfinanzierung der Spitzenbelastung aus dem starken Anstieg der Pensionäre wurde die Versorgungsrücklage nach § 3a Landesgesetz über den Finanzierungsfonds für die Beamtenversorgung Rheinland-Pfalz (früher § 14a Bundesbesoldungsgesetz), die sogenannte Kanther-Rücklage, gebildet. Sie wird durch Beträge gespeist, die sich aus dem Verzicht der Beamtinnen und Beamten sowie der Pensionäre auf Besoldungs- und Versorgungssteigerungen ergaben, und deren Verzinsung. Die Zuführungen aus dem Landeshaushalt belaufen sich 2016 auf rd. 59 Mio. Euro. Hinzu kommen rd. 12 Mio. Euro an Zinsen. Der gesetzlichen Vorgabe entsprechend, wird das Land bis zum 31. Dezember 2017 Zuführungen an die Versorgungsrücklage leisten. Seit 2012 hat Rheinland-Pfalz damit begonnen, die Versorgungsrücklage aufzulösen und die Beträge bestimmungsgemäß zur Entlastung der Versorgungsausgaben einzusetzen. Für den Doppelhaushalt 2017/2018 sowie den Finanzplanungszeitraum 2019 bis 2021 ist eine Entnahme von jährlich 80 Mio. Euro vorgesehen. Infolgedessen wird sich das Vermögen der Versorgungsrücklage, das bis Ende 2016 ein Volumen von rund 434 Mio. Euro aufweist, bis 2021 auf voraussichtlich 125 Mio. Euro reduzieren. Die Einnahmen aus der Versorgungsrücklage stellen jedoch keine strukturellen Einnahmen für das Land dar und verbessern daher auch nicht den strukturellen Saldo.

Das Land Rheinland-Pfalz hat bereits frühzeitig erkannt, dass zukünftige Versorgungsausgaben als implizite Verschuldung die öffentlichen Haushalte vor eine große Herausforderung stellen werden. So hat Rheinland-Pfalz im Jahr 1996 als erstes Land einen eigenen Pensionsfonds errichtet. Dieser Pensionsfonds sollte eine vollständige Finanzierung der Pensionen für die ab dem 1. Oktober 1996 ernannten Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter sicherstellen. Bis einschließlich 2015 wurden dem Pensionsfonds¹⁵ versicherungsmathematisch berechneten Zuführungen zugeführt. Damit lag Rheinland-Pfalz weit

¹⁵ Finanzierungsfonds für die Beamtenversorgung Rheinland-Pfalz nach § 2 LFinFG.

über dem Durchschnitt westdeutscher Flächenländer. Im Ländervergleich wurde aber deutlich, dass eine Teilfinanzierung künftiger Versorgungsausgaben über den Pensionsfonds angemessener erscheint. Zudem geht die Landesregierung davon aus, dass ein strukturell ausgeglichener Haushalt zukünftig das zentrale Element der Vorsorge für künftige Versorgungsausgaben ist.

Daher wurde der Pensionsfonds mit Wirkung zum 1. Januar 2016 angepasst. Die Höhe der Zuführungen beläuft sich nunmehr auf mindestens 70 Mio. Euro und wird nach Maßgabe des Haushaltsplans festgelegt. Es besteht die Möglichkeit, bei guter Haushaltslage eine zusätzliche Vorsorge zu treffen.

Die Auszahlungen des Pensionsfonds erfolgen als globale Entnahmen unabhängig von den Versorgungsausgaben für einzelne Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter. Entnahmen kann das Parlament frühestens ab dem Jahr 2020 durch Gesetz festlegen. Sie sind ausschließlich zur Entlastung des Landeshaushalts im Bereich der Versorgungsausgaben zulässig.

Die getroffenen Neuregelungen haben, auch aufgrund der Einbeziehung des Saldos des Finanzierungsfonds in die Berechnung des strukturellen Saldos, keine strukturellen Auswirkungen. Lediglich eine Vermögensanlage des Pensionsfonds bei Dritten kann den strukturellen Saldo beeinflussen.

Die Landesregierung geht in ihren Planungen für die Jahre 2017 ff. davon aus, dass dem Pensionsfonds der Mindestbetrag von 70 Mio. Euro zugeführt wird. Für die Zinsausgaben des Landes an den Pensionsfonds gelten die allgemeinen Zinsannahmen der Finanzplanung. Das Vermögen des Pensionsfonds wird bis Ende 2016 ein Volumen von ca. 5,5 Mrd. Euro aufweisen und bis 2021 auf voraussichtlich 6,5 Mrd. Euro anwachsen.

Demografischer Wandel

Das laufende Jahrzehnt wird auf der Basis der bisherigen demografischen Vorausschätzungen das letzte Jahrzehnt sein, in dem die geburtenstarken Jahrgänge vollständig dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Ab 2020 werden diese Jahrgänge vermehrt in den Ruhestand gehen. Die geburtenstarken Jahrgänge der heute 45- bis 62-Jährigen zählen pro Jahrgang 1,1 bis 1,4 Mio. Menschen. Damit sind sie durchschnittlich um rd. ein Drittel größer als die Jahrgänge der heute 22- bis 44-Jährigen und fast doppelt so groß wie die Jahrgänge, die sie am Arbeitsmarkt einmal ersetzen werden.

Die Zuwanderung der letzten Jahre aus den Krisen- und Kriegsregionen, aber auch aus den europäischen Partnerländern mit wirtschaftlichen Problemen, lässt sich in ihren Auswirkungen auf die demografische Gesamtsituation noch nicht abschließend beurteilen. Entscheidend wird sein, wie schnell und wie gut der bleibende Teil der Asylsuchenden dauerhaft integriert werden kann. Die Zuwanderung kann einen merklichen Beitrag zur Abmilderung des demografischen Grundproblems leisten, wird die demografische Entwicklung aber nicht kompensieren.

Vor allem aber werden der zukünftige Rückgang der Erwerbsbevölkerung und die hieraus zu erwartenden sinkenden staatlichen Einnahmen mit einer weiterhin hohen strukturellen Belas-

tung der Länder durch aufgelaufene Schulden und Pensionsverpflichtungen einhergehen. Deshalb misst die Landesregierung der weiteren Konsolidierung und dem Ziel eines strukturell ausgeglichenen Haushalts einen hohen Stellenwert bei.

Aufnahme und Integration von Flüchtlingen

Für den unmittelbaren Asylbereich sind im Landeshaushalt 2016 Gesamtausgaben in Höhe von rd. 343 Mio. Euro vorgesehen. Rund die Hälfte der Gesamtausgaben entfällt dabei auf Erstattungsleistungen für die Kommunen, welche die Asylbewerber nach der Erstaufnahme sowie die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in jugendhilferechtlicher Zuständigkeit versorgen. Mit einer pauschalierten Aufwenderstattung in Höhe von 848 Euro pro Monat für jeden Asylbegehrenden beteiligt sich das Land an den Ausgaben der Kommunen bis zum Erstbescheid im Rahmen der BAMF-Asylverfahren. Des Weiteren erhalten die Kommunen eine Jahrespauschale in Höhe von 35 Mio. Euro zur Deckung der Kosten, die für Unterbringung und Versorgung der Asylbegehrenden nach Erteilung des Erstbescheides anfallen. Auch im Fall besonders hoher Krankheitsaufwendungen erstattet das Land den Kommunen einen Großteil der Kosten. Im Haushalt 2016 betragen die Erstattungsleistungen insgesamt rd. 161 Mio. Euro.

Beim Land entstehen Kosten vor allem durch das Betreiben der Erstaufnahmeeinrichtungen. Aufgrund der zuletzt geringeren Flüchtlingszuwanderung wurde im laufenden Jahr die Belegkapazität in den Einrichtungen schrittweise abgebaut bzw. wurden Einrichtungen bereits geschlossen und die Personalausstattung entsprechend angepasst.

Bund und Länder haben sich infolge der hohen Zuwanderung von Flüchtlingen – im Zuge mehrerer Beschlüsse in 2015 und 2016 – auf verschiedene finanzielle Entlastungsmaßnahmen geeinigt. Der Bund beteiligt sich seit dem 1. Januar 2016 mit einer Abschlagszahlung an den Belastungen der Länder und Kommunen zur Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge bis zum Abschluss der Asylverfahren. Rheinland-Pfalz erhält davon rd. 142 Mio. Euro. Diese Kosten unterliegen einer Spitzabrechnung, welche noch in 2016 zu erfolgen hat. Auch wenn das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zum Jahresende 2016 doppelt so viele Entscheidungen getroffen hat als im Vorjahr, wird im Jahr 2017 noch ein Überhang abzubauen sein, der mit dem neuen Abschlag zu berücksichtigen ist.

Weitere pauschale Entlastungsmittel werden für die Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in Höhe von jährlich 350 Mio. Euro bis 2019 bereitgestellt. Rheinland-Pfalz stehen davon ca. 17 Mio. Euro zur Verfügung. Unabhängig von der Höhe der Bundespauschale werden den Trägern der Jugendhilfe die Kosten für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge jedoch stets in voller Höhe vom Land erstattet.

Bund und Länder haben sich außerdem auf eine jährliche Integrationspauschale in Höhe von 2 Mrd. Euro geeinigt. Rheinland-Pfalz erhält in den Jahren 2016 bis 2018 jeweils 96 Mio. Euro Integrationsmittel. Davon wird ein Drittel, also 96 Mio. Euro, bereits im Jahr 2016 in voller Höhe an die Kommunen weitergegeben. Zudem soll noch bis zum Jahresende 2016 eine Vorauszahlung für 2017 in Höhe von 44 Mio. Euro für Erstattungen nach dem Landesaufnahmegesetz geleistet werden.

Die unterschiedlichen Entlastungen werden den Ländern überwiegend als Umsatzsteuermit-
tel zur Verfügung gestellt. Eine frühzeitige Einigung mit dem Bund über Anschlussregelun-
gen zu den befristeten Mitteln ist für die weitere Planung von Ländern und Kommunen un-
verzichtbar.

Zur weiteren Entlastung der Kommunen übernimmt der Bund in den Jahren 2016 bis 2018
außerdem die Kosten der Unterkunft (KdU) für anerkannte Flüchtlinge im SGB II vollständig.

Während bislang überwiegend Erstversorgung und Unterbringung der neu ankommenden
Flüchtlinge im Vordergrund standen, rückt nun die wichtige Aufgabe der Integration derjeni-
gen Flüchtlinge stärker in den Fokus, die mittelfristig oder dauerhaft in Rheinland-Pfalz blei-
ben werden. Die mit der wachsenden Zahl anerkannter Flüchtlinge zusammenhängenden
Folgekosten lassen sich nach wie vor schwer abschätzen. Auf Land und Kommunen werden
langfristig Belastungen entfallen, die sich überwiegend den Bereichen Kita, Bildung, Inneres,
Wohnungsbau sowie Justiz zuordnen lassen, und die folglich z.T. auch dauerhaft sein wer-
den.

Wegen der Verschiebung von kurzfristigen Unterbringungskosten in den Erstaufnahmen des
Landes zu den langfristigen Integrationskosten ist im Finanzplanungszeitraum kaum mit ei-
ner deutlichen Verringerung der Flüchtlingskosten insgesamt zu rechnen. Annahmegemäß
werden die Zugangszahlen von Asylsuchenden in den Finanzplanungsjahren geringer aus-
fallen, während gleichzeitig die Zahl der anerkannten Flüchtlinge steigt. Abhängig davon, wie
sich die Zuwanderungssituation in den nächsten Jahren entwickelt und wie viele der heuti-
gen Flüchtlinge zu neuen Mitbürgern werden, ergeben sich deutliche Auswirkungen auf die
demografische Situation und damit auf die Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Hand.

Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen

Mit Beginn des Jahres 2020 endet die Gültigkeit des Finanzausgleichsgesetzes, des Maß-
stäbengesetzes und des Solidarpakts II. Somit wird bis zum Ende des Jahrzehnts das System
der Bund-Länder-Finanzbeziehungen auf eine neue Basis gestellt.

Bei den Verhandlungen über die Neuordnung des Systems für die Zeit nach 2020, die zu
einem grundlegenden Beschluss der Regierungschefinnen und Regierungschefs von Bund
und Ländern am 14. Oktober 2016 führten, war aus Sicht von Rheinland-Pfalz die Wahrung
des kooperativen Föderalismus im Sinne des Grundgesetzes und damit die Wahrung
gleichwertiger Lebensverhältnisse handlungsleitend. Das vereinbarte Konzept sieht vor, das
derzeitige System des bundesstaatlichen Finanzausgleichs merklich umzugestalten. Der
bisherige bundesstaatliche Finanzausgleich bleibt gleichwohl in seiner Kernsubstanz erhal-
ten. Der Umsatzsteuervorgewegausgleich wird abgeschafft. Zahlungstechnisch wird der bishe-
rige LFA im engeren Sinne über die Umsatzsteuerverteilung abgewickelt. D.h., zukünftig wird
es keine direkten horizontalen Zahlungen aus dem Haushalt eines Landes an andere Länder
mehr geben. Insgesamt vertikalisiert sich der Ausgleich. Gleichwohl wird der überwiegende
Teil der Ausgleichsleistungen – nämlich rd. 2/3 – tatsächlich von den Ländern getragen. Das
restliche Drittel trägt der Bund. Die Ausgleichsintensität auf der horizontalen Ausgleichsstufe
sinkt, die Bemessungsgrundlage für den Ausgleich verbreitert sich im Gegenzug.

Im Einzelnen:

A. Horizontale Ausgleichsstufe

- Der Umsatzsteuervorwegausgleich wird abgeschafft.
- Der Ausgleichstarif im neuen horizontalen Ausgleich wird gegenüber dem bisherigen Tarif im LFA im engeren Sinne mit einem einheitlichen Ausgleichssatz von 63 Prozent linearisiert. Der Ausgleichsgrad sinkt dadurch merklich. Dieser neue horizontale Ausgleich wird technisch über die Umsatzsteuerverteilung abgewickelt und ersetzt den bisherigen LFA im engeren Sinne. Das Berechnungsverfahren für die abzuwickelnden Ausgleichsbeträge bleibt ansonsten weitgehend wie bislang.

Die Abschaffung des Umsatzsteuervorwegausgleichs bei niedrigerem Ausgleichsgrad im neuen horizontalen Ausgleich bevorteilt zunächst die finanzstarken Länder und bedeutet für die neuen Länder erhebliche Verluste auf dieser Stufe. Andererseits wird die Bemessungsgrundlage des bisherigen LFAs merklich verbreitert.

- Die kommunale Finanzkraft wird im horizontalen Ausgleich zukünftig zu 75 Prozent statt zu 64 Prozent in die auszugleichende Finanzkraft einbezogen.

B. Vertikale Ausgleichsstufe

- Die Ausgleichsintensität und Reichweite der allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen wird erhöht. Der Ausgleichssatz steigt von 77,5 Prozent auf 80 Prozent. Ausgeglichen werden die verbleibenden Lücken nach der ersten horizontalen Ausgleichsstufe nun bis zu 99,75 Prozent des Durchschnitts. Bislang waren nur Lücken bis 99,5 Prozent des Durchschnitts ausgleichsrelevant.
- Zum ergänzenden Ausgleich werden für Länder mit besonders finanzschwachen Kommunen neue Sonderlast-Bundesergänzungszuweisungen eingeführt.

Durch den höheren Einbezug der Gemeindefinanzkraft, die angehobene Ausgleichsintensität bei den allgemeinen BEZ und die neuen Kommunal-BEZ wird die besondere Finanzschwäche der ostdeutschen Kommunen in deutlich höherem Umfang als bisher ausgeglichen. Damit können die neuen Länder den vollständigen Wegfall der teilungsbedingten Sonderbedarfs-BEZ problemlos verkraften.

Ebenfalls neu sind die Forschungs-Sonderlast-Bundesergänzungszuweisungen. Finanzschwachen Ländern, die bislang als Forschungsstandorte bei der überregionalen Forschungsförderung in erheblichem Maße benachteiligt waren, wird erstmals die Sonderlast, die durch den Aufholprozess entsteht, abgemildert. Hier profitiert Rheinland-Pfalz, das historisch bedingt durch den kompletten Neuaufbau der Universitäten bei Forschungsstandorten und deren Finanzierung benachteiligt ist.

Der Finanzausgleich wird ab 2020 einfacher und transparenter. Mit dem bisherigen Umsatzsteuervorwegausgleich fällt eine Ausgleichsstufe weg und der Ausgleichstarif wird linear, symmetrisch und damit deutlich einfacher ausgestaltet. Durch die stärkere Einbeziehung der kommunalen Finanzkraft, aber auch die erstmalige Berücksichtigung von Verwerfungen in

der Forschungslandschaft und den damit zusammenhängenden Chancen auf gleichwertige Entwicklung wird er gleichzeitig gerechter.

Die vertikale Umsatzsteuerverteilung ändert sich. Von den zusätzlichen Umsatzsteuermitteln, die der Bund den Ländern überträgt (4,02 Mrd. Euro), werden 2,6 Mrd. Euro – ungefähr der jetzige Betrag der Entflechtungsmittel – als Festbetrag gewährt und somit von einer dynamischen Entwicklung ausgenommen. Der Rest von etwa 1,4 Mrd. EUR wird in Form zusätzlicher Umsatzsteuerpunkte an die Länder übertragen.

Die neuen Regelungen sollen unbefristet gelten, wobei eine Kündigungsmöglichkeit erstmalig ab 2030 von mindestens drei Ländern sowie für den Bund vereinbart wurde. Im Falle einer Kündigung gilt das Finanzausgleichsgesetz für höchstens fünf Jahre weiter.

Gemäß dem offiziellen Ergebnistableau zahlt der Bund den Ländern brutto 9,5 Mrd. Euro für den neuen bundesstaatlichen Finanzausgleich. Abzüglich der Entflechtungsmittelfestbeträge und GVFG-Bundesmittel (2,9 Mrd. Euro), des bisherigen Bundesbeitrags an den Konsolidierungshilfen (0,4 Mrd. Euro) und der wegfallenden teilungsbedingten Sonderbedarfs-BEZ (2,1 Mrd. Euro in 2019) verbleibt eine Nettoleistung des Bundes von 4,1 Mrd. Euro. Gleichzeitig kann der Bund laut der letzten Steuerschätzung für 2020 mit Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag in Höhe von 19,6 Mrd. Euro rechnen.

Nach Abzug der wegfallenden Entflechtungsmittel kann Rheinland-Pfalz (inkl. Gemeinden) aufgrund der Neugestaltung des Finanzausgleichs ab 2020 netto rd. 250 Mio. Euro mehr an Einnahmen erwarten. Zeitgleich wird ab 2020 die Abfinanzierung des Fonds Deutsche Einheit (FDE) abgeschlossen sein. Die Länder haben dem Bund hierfür seit 2005 jährlich 2,224 Mrd. Euro überlassen. Diese fallen spätestens ab 2020 an die Länder zurück. Rheinland-Pfalz stehen daraus 107 Mio. Euro zu.

5. Zentrale Annahmen der Finanzplanung

Die vorliegende Finanzplanung stützt sich zunächst auf die Regierungsvorlage zum neuen Doppelhaushalt 2017/2018. Die Projektion im Finanzplanungszeitraum basiert auf der gesamtwirtschaftlichen Projektion der Bundesregierung vom Herbst dieses Jahres. Hieraus werden der zugrunde zu legende Preisanstieg und das erwartete Zinsniveau abgeleitet.

Die Mittelfristprojektion der Bundesregierung bildet ebenfalls die Basis für die Steuerschätzung vom November 2016, deren Regionalisierungsergebnisse in der Finanzplanung übernommen wurden. Bei der Regionalisierung der Steuerschätzung wurde u.a. der Gesetzentwurf zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen berücksichtigt, der zu Mehreinnahmen führt. Zudem sind die erwarteten Mindereinnahmen aus dem aktuell vorliegenden Gesetzentwurf zur Erhöhung des Grund- und Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags sowie zur Abmilderung der kalten Progression einbezogen. Die Auswirkungen der Einigung zum bundesstaatlichen Finanzausgleich, der Wegfall der Gewerbesteuerumlageanhebung und die Rückübertragung der FDE-Mittel an die Länder wurden eingeplant.

Bei der Fortschreibung der sonstigen Einnahmen und einer Vielzahl an Ausgabearten wird unterstellt, dass sie sich wie die Inflation der Konsumausgaben entwickeln, soweit keine anderweitigen Erkenntnisse vorliegen. Für die Finanzplanungsjahre wird in der gesamtwirtschaftlichen Herbstprojektion der Bundesregierung unterstellt, dass die expansive Geldpolitik der EZB die deflationären Gefahren wirksam beseitigt und der Preisanstieg von 0,7 Prozent in 2016 auf 1,6 Prozent in 2017 bzw. 1,7 Prozent in 2018 klettert. Für die Folgejahre bis 2021 wird ein Niveau von 1,8 Prozent unterstellt.

Für die Entnahme aus der Versorgungsrücklage ist im Doppelhaushalt ein Betrag von 80 Mio. Euro p.a. etatisiert, der für die Jahre 2019 bis 2021 fortgeschrieben wird.

Die Einnahmen vom Bund sind in großen Teilen regelgebunden und entsprechend eingeplant. Für die weitere Entwicklung der Regionalisierungsmittel wird die gesetzlich festgelegte Entwicklung für Rheinland-Pfalz zu Grunde gelegt, die bei rd. 1,8 Prozent p.a. liegt.

Die Prognose der Personalausgaben basiert auf der Annahme, dass die jährliche Gehaltserhöhung neben der Inflationsrate zusätzlich eine Beteiligung am realen Wirtschaftswachstum des Vorjahres in Höhe von 50 Prozent p.a. umfasst. Bislang wurde mit einer Beteiligung von 30 Prozent geschätzt. Angesichts des zunehmend enger werdenden Arbeitsmarktes für Fachkräfte erscheint eine Anhebung für eine realistische Schätzung der Lohn- und Gehaltszuwächse notwendig. Der im Koalitionsvertrag vereinbarte Stellenabbau für die Jahre 2017 bis 2020 ist eingeplant. Zur Prognose der Versorgungsausgaben wird wie in den vergangenen Finanzplanungen zusätzlich die voraussichtliche Mengenkomponekte bei der Fortschreibung berücksichtigt. In die Berechnung der Beihilfeausgaben für Pensionäre geht diese Mengenkomponekte ebenfalls ein.

Zur Ermittlung der Zinsausgaben wurden Annahmen zu den Geld- und den Kapitalmarktzinssätzen getroffen. Auf dem Kapitalmarkt wird basierend auf der Inflationsentwicklung und ausgehend von einem Zinsniveau von derzeit rd. 0,3 Prozent in 2016 für 10-jährige Staatsanleihen ein Anstieg bis auf 1,2 Prozent in 2017 und auf 1,3 Prozent in 2018 ange-

nommen. Für das Jahr 2019 wird eine stärkere Erhöhung des Zinsniveaus auf 2,8 Prozent unterstellt. In den Jahren 2020 und 2021 wird ein Zinsniveau von jeweils 3,3 Prozent erwartet. Dabei wird davon ausgegangen, dass das derzeit negative Realzinsniveau in Deutschland bis 2018 fortbesteht, sich danach wieder normalisiert und ab 2020 einen Durchschnittswert von +1,5 Prozent erreicht. Für das Zinsniveau auf dem Geldmarkt wird die Hälfte des Kapitalmarktzinssatzes angenommen, für Kassenkreditzinsen ein Viertel.

Die Ausgaben im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) entwickeln sich entsprechend der Regeln des Stabilisierungsfonds in Abhängigkeit von den Steuereinnahmen des Landes. Ab 2020 ist zu berücksichtigen, dass die Mittel aus den Gewerbesteuerumlageanhebungen in Höhe von 203 Mio. Euro an die Kommunen zurückfallen. Damit einhergehend ist eine Anpassung des KFA zu berücksichtigen, über den die Kommunen bislang mit 27 Prozent an diesen Mitteln beteiligt waren.

Die in der Hauptgruppe 6 verbuchten Ausgaben der Globalhaushalte für Personal steigen mit dem für die Personalausgaben verwendeten Faktor, ebenso die Ausgaben für Personal an Privatschulen. Die Fortschreibung der Mietausgaben wird über die Inflationsfortschreibung und einen Mengenfaktor ermittelt. Die Landesmittel für den Kommunalen Entschuldungsfonds belaufen sich jährlich auf 79 Mio. Euro.

6. Konsolidierungsstrategie des Landes

Der im Grundgesetz festgelegte vollständige Abbau der strukturellen Defizite der Länder bis 2020 war angesichts der bestehenden Problemdimensionen nur Schritt für Schritt zu realisieren. Hierzu wurde bereits in der Finanzplanung 2010 - 2014 eine langfristige Konsolidierungsstrategie formuliert. Dabei war neben dem Ziel, den Landeshaushalt erfolgreich zu konsolidieren, natürlich zu beachten, dass Konsolidierung kein Selbstzweck ist.

Qualitative Konsolidierung

Bei den notwendigen strukturellen Eingriffen dürfen die Grundlagen für zukünftiges Wirtschaftswachstum und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze nicht beeinträchtigt werden. Grundlage für solide Staatsfinanzen ist eine gesunde prosperierende Wirtschaft, die eine gut funktionierende öffentliche Infrastruktur erfordert. Basis unseres Wohlstandes ist eine gut ausgebildete Bevölkerung und ein Vorsprung bei Forschung und Entwicklung neuer Produkte. Insofern sind beim Sparen Schwerpunktsetzungen und Wertungen notwendig. Neben der Umsetzung der quantitativen Konsolidierungsziele wird sich Erfolg oder Misserfolg im Wettbewerb der Länder vor allem in der Umsetzung der intelligentesten qualitativen Konsolidierung zeigen.

Rheinland-Pfalz für Konsolidierungsphase gut gerüstet

Das Land hat in wichtigen Zukunftsfeldern in den vergangenen Jahren erhebliche Mittel investiert.

Seit dem 1. August 2013 haben Eltern in Deutschland einen Rechtsanspruch auf ein Betreuungsangebot für ihre Kinder ab dem vollendeten 1. Lebensjahr in Kindertagesstätten oder in der Kindertagespflege. Dabei wurde das Ziel verfolgt, ab 2013 für 35 Prozent der unter 3-jährigen Kinder einen Betreuungsplatz vorzuhalten. Die ursprüngliche Planungsgröße wurde auf 750.000 Plätze beziffert. Mittlerweile wird der Bedarf auf rd. 900.000 Plätze für unter 3-Jährige geschätzt, was einer Betreuungsquote von rd. 43 Prozent entspricht (Stand März 2015). Der Bund unterstützt die Länder weiterhin beim Ausbau der für den Rechtsanspruch notwendigen zusätzlichen Plätze für unter 3-Jährige. Zuletzt erhöhte er das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ auf ein Volumen von 1 Mrd. Euro und wird sich in den Jahren 2017/2018 an den laufenden Betriebskosten im Umfang von 945 Mio. Euro beteiligen. Daneben hat der Bund mit dem vierten Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ weitere 230 Mio. Euro zugesagt. Die Länder erhalten in den Jahren 2016 bis 2018 zudem 1,983 Mrd. Euro für die Verbesserung der Kindertagesbetreuung. Diese Mittel überlies der Bund den Ländern nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Rechtmäßigkeit des Betreuungsgeldes.

Rheinland-Pfalz hatte bereits zum 1. August 2013 eine Versorgungsquote von 38,9 Prozent der unter 3-jährigen Kinder (davon 36,6 Prozent für Plätze in Kindertagesstätten) erreicht und damit die bundesweite Vorgabe vorzeitig erfüllt. Mit dem weiteren Ausbau der Betreuungsplätze wurde zum 1. August 2015 die Versorgungsquote auf 42 Prozent (in Kindertagesstätten) erhöht.

Die aktuellsten länderübergreifenden Daten der Kinder- und Jugendhilfestatistik liegen zum Stichtag 1. März 2016 vor. Demnach weist Rheinland-Pfalz sowohl bei den Kindern unter 3 Jahren als auch bei den Kindern von 3 bis unter 6 Jahren die höchsten Betreuungsquoten der westdeutschen Flächenländer auf.

Auch den Ausbau der Ganztagschulen hat das Land seit 2002 in hohem Tempo vorangetrieben. Mit Beginn des Schuljahrs 2016/2017 gibt es in Rheinland-Pfalz bereits 619 Ganztagschulen in Angebotsform. 91 Prozent aller Verbandsgemeinden, verbandsfreien Gemeinden, kreisfreien und großen kreisangehörigen Städte haben mindestens ein Ganztagsangebot im Grundschulbereich. Daneben sind landesweit noch 107 verpflichtende Ganztagschulen sowie mehr als 400 offene Ganztagschulen vorhanden. Bei den offenen Ganztagschulen handelt es sich überwiegend um die so genannten „Betreuenden Grundschulen“, die an mindestens drei Tagen jeweils mindestens 7 Stunden Betreuungszeit anbieten und die zum größten Teil von den Kommunen eingerichtet sowie organisiert und vom Land finanziell gefördert werden. Mit einem Anteil an Ganztagschulen von mehr als 76 Prozent liegt Rheinland-Pfalz im oberen Mittelfeld der westdeutschen Flächenländer.

Rheinland-Pfalz hält an der gebührenfreien Bildung von der Kita bis zur Hochschule trotz der Konsolidierungserfordernisse fest, um die Chancengleichheit zu erhöhen und die individuelle Förderung zu unterstützen.

Insgesamt hat das Land seine Ausgaben für Kindertagesstätten, Ganztagschulen, den Hochschulpakt und Pakt für Forschung und Innovation seit 2002 auf das 3,7-fache ausgeweitet, 2020 werden sie 4-mal so hoch liegen.

in Mio. Euro	2002	2005	2010	2015	2016	2018	2020
Ganztagschulen	3	34	59	86	81	86	94
Kindertagesstätten	177	205	369	573	591	632	659
Hochschulpakt	0	0	73	114	118	81	93
Pakt für Forschung und Innovation	56	60	69	91	92	96	96
Summe	236	299	570	865	883	895	942
Index 2002 = 100	100	127	241	366	374	379	399

Die landesseitige Finanzierung der Hochschulpakete I und II ist durch die Bildung eines Sondervermögens, dem inzwischen landesseitig über 900 Mio. Euro zufließen, weitgehend abgesichert. Die im Dezember 2014 von den Regierungschefinnen und Regierungschefs von Bund und Ländern beschlossene Weiterentwicklung des Hochschulpakts 2020, der sogenannte Hochschulpakt III, ist nunmehr in Kraft getreten. Dieser regelt insbesondere die Finanzierung zusätzlich benötigter Studierendenplätze 2016 bis 2023. Bund und Länder teilen sich die notwendigen Ausgaben in etwa hälftig. Ziel dieser Phase ab 2016 ist es, mehr Studierende qualitätsgesichert zu einem erfolgreichen Abschluss zu führen und die Studienabbrucherquote zu senken.

Hohe Investitionsvolumina hat das Land auch in den Bereichen Straßen und Immobilien getätigt. Im letzten Jahrzehnt wurden im Landesstraßenbau insgesamt Investitionen oberhalb der Abschreibungen getätigt. Diese Entwicklung bestätigt auch der letzte Rechnungshofbericht zu diesem Thema. Der Zustand der Landesstraßen hat sich (Zustandserfassung und -bewertung mit Messwagen, Stand 2012) gegenüber 2002 und 2007 verbessert.

In der laufenden Legislaturperiode wird das Land insgesamt 600 Mio. Euro in die Landesstraßen investieren. Die Gesamtinvestitionen beim Landesbetrieb Mobilität steigen damit um 20 Prozent gegenüber der letzten Legislaturperiode.

Im Landesbetrieb „Liegenschafts- und Baubetreuung“ steigen die Bauvolumen im geplanten Doppelhaushalt von 96 Mio. Euro in 2016 auf über 140 Mio. Euro. Das erhöhte Bauvolumen wird auch für die Folgejahre erwartet. Damit liegen die Bauinvestitionen deutlich über den Abschreibungen.

Im Landeshaushalt werden insbesondere die Investitionszuweisungen für die Kommunen stark erhöht. Im Regierungsentwurf sind 58 Mio. Euro mehr als 2016 vorgesehen. Den finanzschwachen Kommunen stehen in den nächsten Jahren zudem 285 Mio. Euro Bundes- und Landesmittel aus dem Kommunalinvestitionsprogramm KI 3.0 zur Verfügung.

Konsolidierungsplanung

Die in der Finanzplanung 2015 - 2020 berechnete Konsolidierungsplanung wurde in der vorliegenden Finanzplanung aktualisiert und fortentwickelt. Die Konsolidierungsmaßnahmen der letzten Legislaturperiode wurden weitgehend umgesetzt, jedoch noch nicht vollständig abgeschlossen. In der neuen Legislaturperiode sind die noch offenen Handlungsbedarfe konkreten Maßnahmen zuzuordnen. Die neue Konsolidierungsplanung berücksichtigt daher sowohl bereits erfolgte Konsolidierungen, die noch fortwirken, beschlossene und in der Umsetzung befindliche Konsolidierungsmaßnahmen, als auch den noch verbleibenden Konsolidierungsbedarf bis zum Jahr 2020.

Die Konsolidierungsplanung zeigt damit erstens auf, wie hoch die bislang erreichten Konsolidierungserfolge sind, und zweitens, wie hoch die zu erwartenden Einsparungen und Mehreinnahmen sein werden, die sich aufgrund der bereits getroffenen Konsolidierungsbeschlüsse ergeben. Drittens wird dargelegt, wie hoch der noch zu bewältigende offene Handlungsbedarf ist.

Im Koalitionsvertrag vom 17. Mai 2016 wurde der Abbau von 2.000 Stellen in der Landesverwaltung bis zum Ende der Legislaturperiode vereinbart. Das Kabinett hat einen konkreten Stellenabbauplan am 20. September 2016 verabschiedet.

Mit dem Regierungsentwurf für den Doppelhaushalt 2017/2018 wurden weitere Konsolidierungen für die nächsten beiden Jahre festgelegt. Dabei tragen neben Einzelmaßnahmen vor allem die maßvollen Ansatzfortschreibungen unterhalb der Inflationsrate zur Konsolidierung bei.

Basisplanung

Zur methodisch sauberen Berechnung der finanziellen Auswirkungen der bisherigen Konsolidierungsbeschlüsse wurde bereits in den letzten Finanzplanungen eine Nebenrechnung, die sogenannte Basisplanung, erstellt. Mit der Basisplanung lässt sich die Entwicklung der Landesfinanzen ohne Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen darstellen. Die Basisplanung wurde dabei mit den gleichen Annahmen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, dem Zinsniveau, der Steuereinnahmeentwicklung und zum Anstieg der Pensionäre berechnet, die auch der Finanzplanung zugrunde liegen. Eine detaillierte Darstellung der Annahmen findet sich im Abschnitt „Zentrale Annahmen der Finanzplanung“ in Kapitel 5. Die neue Basisplanung setzt auf dem Haushalt 2016 auf. Sie stellt dar, was passieren würde, wenn die bislang umgesetzten Konsolidierungsmaßnahmen gleichsam eingefroren würden und die noch notwendigen weiteren Konsolidierungen unterblieben. Die Jahre 2017 und 2018 wurden in der Basisplanung ebenfalls mit den für den Finanzplanungszeitraum geltenden Annahmen geschätzt. Die in der Regierungsvorlage zum Doppelhaushalt 2017/2018 neu umgesetzten Einsparungen lassen sich so im Vergleich mit der neuen Basisplanung ermitteln.

Würde die weitere Konsolidierung auf dem mit dem Haushalt 2016 erreichten Stand gestoppt, würden bereits beschlossene Maßnahmen nicht weiter umgesetzt und die zugrunde liegenden Konsolidierungsbeschlüsse damit revidiert, dann würde das strukturelle Defizit 2020 noch 253 Mio. Euro betragen. Der Haushaltsausgleich würde nicht erreicht. Insbesondere die Ausgaben im kommunalen Finanzausgleich, die Sozialhilfeausgaben und die Aus-

gaben im Versorgungsbereich steigen bis 2020 dynamischer als die Steuereinnahmen an. Diese strukturellen Mehrbelastungen sind zusätzlich zum noch bestehenden strukturellen Defizit zu bewältigen.

Gesamtkonsolidierung 2012 bis 2020

Die bislang erfolgten Konsolidierungen, aber auch die Verbesserung der Rahmenbedingungen führen dazu, dass 2020 nicht mehr mit einem strukturellen Defizit von 1,9 Mrd. Euro gerechnet werden muss. Der Vergleich der Finanzplanungen und der Basisplanungen zeigt, dass 86 Prozent der Gesamtaufgabe bereits bis zum Jahr 2016 gelöst werden konnten.

in Mio. Euro	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Struktureller Saldo							
Basisszenario 2011	-1.444	-1.587	-1.728	-1.752	-1.764	-1.814	-1.862
Basisszenario 2013	-984	-1.064	-1.184	-1.218	-1.207	-1.233	-1.261
Basisszenario 2015	-387	-595	-584	-676	-675	-654	-476
Basisszenario 2016	-388	-234	-473	-434	-341	-381	-253
Struktureller Saldo							
Finanzplanung 2011	-725	-638	-547	-404	-240	-106	34
Finanzplanung 2013	-716	-607	-535	-402	-238	-103	36
Finanzplanung 2015	-388	-595	-467	-455	-297	-117	206
Finanzplanung 2016	-388	-234	-473	-359	-198	-108	188
Konsolidierungsaufgabe FiPl 2011	718	949	1.181	1.349	1.524	1.709	1.896
bis 2013 erledigt	451	492	532	533	556	579	599
Verbleibende Konsolidierungsaufgabe FiPl 2013	268	457	649	816	968	1.130	1.297
bis 2015 erledigt	1.056	992	1.144	1.076	1.089	1.160	1.386
Verbleibende Konsolidierungsaufgabe FiPl 2015	0	0	116	221	378	538	683
bis 2016 erledigt	1.056	1.353	1.255	1.318	1.424	1.434	1.610
Verbleibende Konsolidierungsaufgabe FiPl 2016	0	0	0	75	142	272	440
Gesamtkonsolidierung (inkl. Überschuss 2020)	1.056	1.353	1.255	1.393	1.566	1.706	2.050

Ergebnisse der aktuellen Konsolidierungsplanung – Konsolidierung 2017 bis 2020

In der aktuellen Finanzplanung werden im Gegensatz zur Basisplanung die beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen und die ab dem Haushaltsjahr 2017 noch zu beschließenden Konsolidierungsbedarfe berücksichtigt. Hierbei gilt es zu beachten, dass Konsolidierungsbeschlüsse aus vorangegangenen Jahren (z.B. Erhöhung des Renteneintrittsalters) fortwirken. Als Differenz zur Basisplanung, die mit ansonsten gleichen Annahmen berechnet wurde, ergibt sich die Konsolidierung der Landesfinanzen. Im Unterschied zum reinen Abbau des strukturellen Defizits zeigt sich in der Konsolidierungsplanung auch die zusätzliche Anstrengung, die zur Bewältigung von stark steigenden Ausgaben, wie den Zahlungen für Pensionäre oder den Zahlungen an die Kommunen, notwendig ist. Die in der letzten Finanzplanung noch als offene Handlungsbedarfe ausgewiesenen Beträge in Höhe von 420 Mio. Euro waren in der neuen Legislaturperiode neu zu verteilen.

Im Landeshaushalt sollen bei den Personalausgaben 142 Mio. Euro eingespart werden. Dabei handelt es sich um den auf den Kernhaushalt entfallenden Teil des beschlossenen Ab-

baus von 2.000 Stellen, die Einsparungen aus der Reform des Ruhestandseintrittsalters sowie der noch verbliebene Abbau von Lehrerstellen aus dem letzten Konsolidierungsbeschluss – abhängig von der Entwicklung der Schülerzahlen – in den Jahren 2019 und 2020.

Bei den Einnahmen, den Verwaltungsausgaben, laufenden Zuweisungen und Zuschüssen und den Investitionen (ohne KFA und finanzielle Transaktionen) wird im neuen Haushalt in einer Vielzahl von Einzeltiteln strukturell mehr eingenommen bzw. weniger ausgegeben. Auch die Ergebnisse der Personaleinsparungen der Landesbetriebe, die ab 2017 keine neuen Kredite mehr aufnehmen, schlagen sich bei Einnahmen und Ausgaben im Kernhaushalt nieder. Die vorgenommenen Sparmaßnahmen führen zu einem Konsolidierungsbetrag von 131 Mio. Euro in 2021. Darin steckt auch der Konsolidierungsbeitrag der Landesbetriebe aus ihrem Anteil am Abbau von 2.000 Stellen in Höhe von 28 Mio. Euro.

Die dargestellte Verbesserung bei den Steuereinnahmen (26 Mio. Euro in 2021) geht noch auf die Grunderwerbsteuererhöhung zurück. Hier wurden nur die Nettomehreinnahmen berücksichtigt, die über dem im Jahr 2016 erreichten Niveau liegen.

Als Folgewirkung der Konsolidierungsmaßnahmen kann zudem ab 2018 mit Zinseinsparungen in Höhe von 25 Mio. Euro bis 2021 gerechnet werden.

Konsolidierung ab 2017 in Mio. Euro	2017	2018	2019	2020	2021
Steuern nach KFA-Rückwirkung	4	10	16	22	26
Nichtsteuerliche Einnahmen	39	53	52	53	50
Bereinigte Gesamteinnahmen*	43	63	67	74	76
Einsparungen bei den Personalausgaben	-11	-22	-56	-117	-142
Konsolidierung im Haushalt ohne Personal**	-20	-56	-66	-78	-81
Minderausgaben für Zinsen an Dritte als Folge der Einsparungen	0	-2	-3	-11	-25
Bereinigte Gesamtausgaben im Haushalt*	-31	-79	-125	-206	-248
weiterer Handlungsbedarf ab 2019*	0	0	80	160	160
Konsolidierungssumme	75	142	272	440	484
Nachrichtlich: Konsolidierungsbeitrag der Landesbetriebe durch Personaleinsparungen (im HH berücksichtigt)	4	5	15	28	28

* Nur strukturelle Einnahmen und Ausgaben ohne Zahlungen von oder an die Versorgungsrücklage und den Pensionsfonds und ohne KFA.

** Sächliche Verwaltungsausgaben, lfd. Zuweisungen und Zuschüsse und Investitionen ohne KFA, Zahlung an WSZ oder Pensionsfonds.

Insgesamt ist noch eine Konsolidierung von 440 Mio. Euro notwendig, um den Haushalt bis 2020 strukturell auszugleichen und einen Sicherheitspuffer in Höhe von 188 Mio. Euro (struktureller Überschuss) auszuweisen. Hierzu ist im nächsten Doppelhaushalt 2019/2020 der verbleibende offene Handlungsbedarf von 160 Mio. Euro umzusetzen.

7. Ergebnisse der Finanzplanung

Gesamtergebnis

Ist-Ergebnisse bis 2015

Haushaltsjahr	Bereinigte Gesamt- ausgaben	Veränd. zum Vor- jahr	Bereinigte Gesamt- einnahmen	Veränd. zum Vor- jahr	Finanz. Saldo	Strukt. Saldo	NKA ¹	NKA bei Dritten
	in Mio. Euro	in %	in Mio. Euro	in %	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro
2005 - Ist	11.314	-1,8	10.428	0,5	-886		984	797
2006 - Ist	11.697	3,4	10.815	3,7	-881		865	645
2007 - Ist	11.904	1,8	11.533	6,6	-371		586	265
2008 - Ist	12.580	5,7	11.771	2,1	-809		971	602
2009 - Ist	12.857	2,2	11.236	-4,5	-1.621		1.562	1.134
2010 - Ist	13.469	4,8	11.545	2,8	-1.924		1.795	1.308
2011 - Ist	14.042	4,3	11.992	3,9	-2.050	-1.501	1.984	1.449
2012 - Ist	14.209	1,2	13.066	9,0	-1.143	-860	864	345
2013 - Ist	14.364	1,1	13.818	5,8	-546	-554	502	-49
2014 - Ist	15.193	5,8	14.578	5,5	-615	-388	587	-72
2015 - Ist	15.809	4,1	15.241	4,6	-568	-234	532	-171

¹ Einschließlich Kreditaufnahme im öffentlichen Bereich.

Finanzplanung 2016 bis 2021

Haushaltsjahr	Bereinigte Gesamt- ausgaben	Veränd. zum Vor- jahr	Bereinigte Gesamt- einnahmen	Veränd. zum Vor- jahr	Finanz. Saldo	Strukt. Saldo	NKA ¹	NKA bei Dritten
	in Mio. Euro	in %	in Mio. Euro	in %	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro	in Mio. Euro
2016 - Ansatz	16.140	2,1	15.710	3,1	-430	-473	380	181
2017 - RegV	16.754	3,8	16.420	4,5	-334	-359	291	98
2018 - RegV	17.111	2,1	17.015	3,6	-96	-198	54	-69
2019 - FiPl.	17.401	1,7	17.259	1,4	-142	-108	100	-14
2020 - FiPl.	17.724	1,9	17.885	3,6	161	188	-180	-309
2021 - FiPl.	18.252	3,0	18.438	3,1	187	220	-187	-320

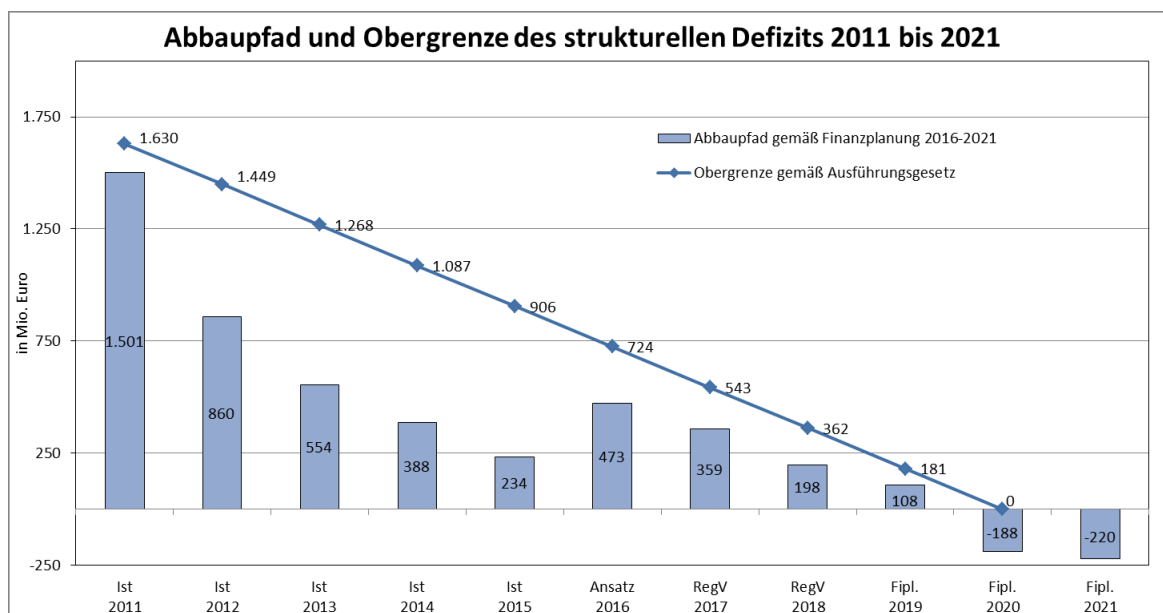
¹ Einschließlich Kreditaufnahme im öffentlichen Bereich.

Die zentralen Ergebnisse der Finanzplanung lassen sich wie folgt zusammenfassen: Das strukturelle Finanzierungsdefizit unterschreitet im gesamten Planungszeitraum die Defizitobergrenze gemäß Ausführungsgesetz zu Artikel 117 der Verfassung für Rheinland-Pfalz deutlich.

Damit kann das Ziel der Landesregierung, bis 2020 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt zu realisieren, erreicht werden. Gleichzeitig ist mit der deutlichen Unterschreitung der linearen Defizitobergrenze die Verfassungsvorgabe eines stetigen Defizitabbaus gewährleistet.

Die im Übergangszeitraum geltende investitionsbezogene Kreditobergrenze wird ebenfalls in allen Jahren eingehalten.

An den bereits realisierten strukturellen Defiziten 2011 bis 2015 lässt sich erkennen, dass die Konsolidierungsstrategie der Landesregierung, bereits am Anfang der Konsolidierungsphase bis 2020 einen großen Teil der notwendigen Verbesserungen zu realisieren, verwirklicht werden konnte. Damit werden gegenüber einem linearen Abbau zusätzliche nennenswerte Folgeeinsparungen bei den Zinsen möglich. Bis 2020 bleiben die geplanten strukturellen Defizite mit deutlichem Sicherheitsabstand unter der Obergrenze. Am Ende des Planungszeitraums wird 2020 ein struktureller Überschuss von 188 Mio. Euro angestrebt. 2021 kann ein Überschuss von 220 Mio. Euro erreicht werden. Die Überschüsse dienen der Absicherung, den strukturell ausgeglichenen Haushalt auch bei Realisierung von Risiken zu gewährleisten. Gleichzeitig soll durch Schuldenabbau wirksame Vorsorge für steigende Zinsausgaben getroffen werden, die bei Normalisieren des Zinsniveaus ab 2019 zu erwarten sind.



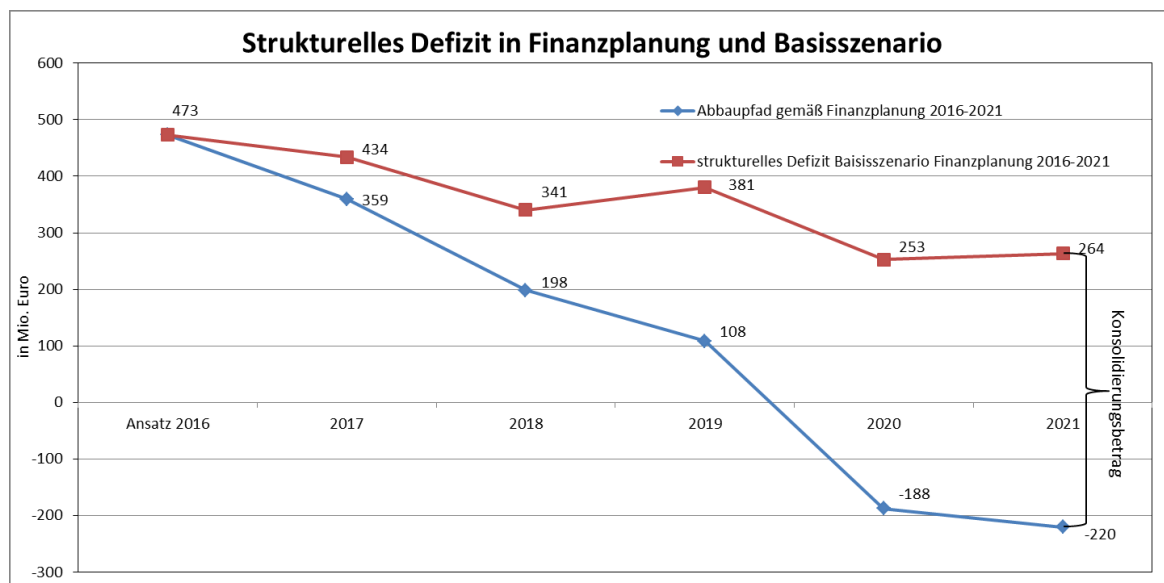
Die stark sinkenden strukturellen Salden im Ist-Ergebnis sind Resultat der erfolgreichen Konsolidierungsstrategie des Landes sowie der konsequenten Nutzung von Zinsminderausgaben und Steuermehreinnahmen zur Konsolidierung des Landeshaushaltes. Dank dieser bereits erfolgten Konsolidierung wird die Ausgabendynamik infolge des erwarteten Anstiegs des Zinsniveaus in den Planungsjahren gebremst. Daneben belastet die deutlich ansteigende Anzahl von Pensionären seit 2013 den Landeshaushalt erheblich. Die Dynamik beim Anstieg der Pensionäre lässt jedoch ab 2018 allmählich nach.

in Mio. Euro	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Zinsausgaben an Dritte	853	808	675	860	670	724	735	734	772
Ausgaben für Pensionäre	1.551	1.674	1.779	1.894	1.994	2.111	2.210	2.316	2.417
Kommunaler Finanzausgleich	2.000	2.263	2.420	2.596	2.752	2.928	3.058	3.140	3.281
zusammen	4.405	4.745	4.873	5.350	5.415	5.763	6.004	6.190	6.470
Anteil an den Gesamtausgaben in %	30,7	31,2	30,8	33,1	32,1	33,7	34,5	34,9	35,4

Das strukturelle Defizit ist 2016 durch eine einmalige Verbesserung in Höhe von rd. 91 Mio. Euro beeinflusst. Die dauerhafte strukturelle Verbesserung 2017 gegenüber 2016 ist daher deutlich höher als die dargestellte Verbesserung von 12 Mio. Euro.

Der in der letzten Finanzplanung vorgesehene Abbau des strukturellen Defizits wird mit dem Regierungsentwurf für den Doppelhaushalt 2017/2018 um fast 100 Mio. Euro p.a. merklich übertroffen. In den Folgejahren liegt der geplante Saldo nahe an dem in der letzten Finanzplanung vorgesehenen strukturellen Defizit bzw. Überschuss.

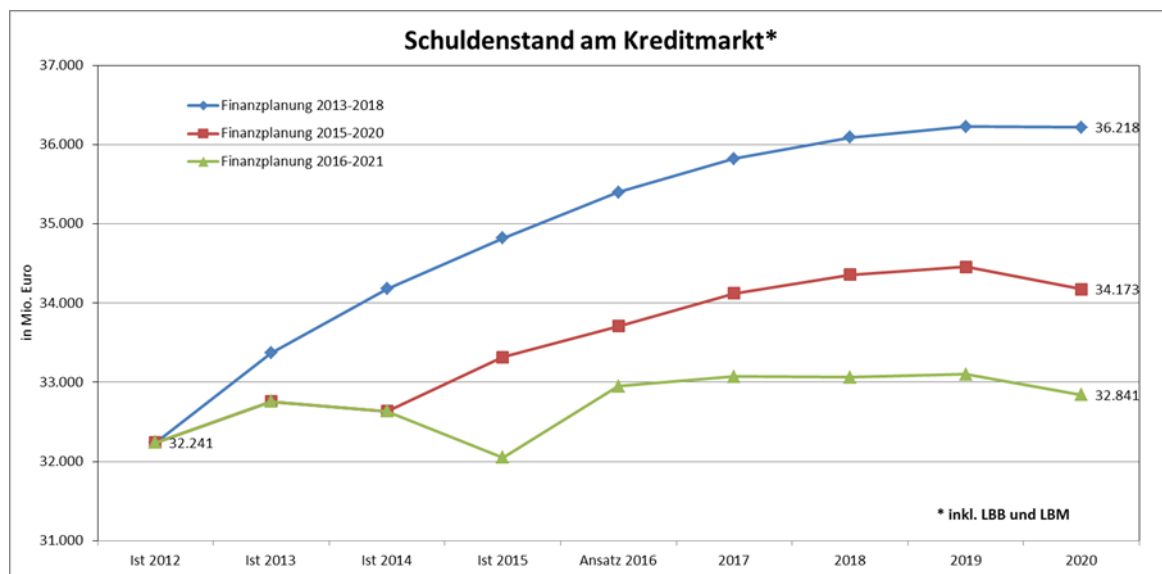
Würden die Konsolidierungsanstrengungen auf dem heutigen Stand eingefroren, die beschlossenen Maßnahmen nicht mehr vollständig umgesetzt und die notwendigen zusätzlichen Konsolidierungen ab 2017 nicht angegangen, würde der ausgeglichene Haushalt in 2020 nicht erreicht. Ein strukturelles Defizit in Höhe von 253 Mio. Euro wäre im Jahr 2020 zu erwarten.



Die Entwicklung der Nettokreditaufnahme ist zum einen geprägt durch die Neuausrichtung des Pensionsfonds seit 2016 und den damit verbundenen niedrigeren Zuführungen an den Fonds. Zum anderen werden die Landesbetriebe im neuen Doppelhaushalt so gestellt, dass sie ohne Nettokreditaufnahme mehr investieren können. Dies bremst den Abbau der Nettokreditaufnahme im Kernhaushalt. Insgesamt zeigen sich die Auswirkungen der konsequenten Konsolidierung und den damit verbundenen niedrigen Nettokreditaufnahmen.

Insbesondere der Schuldenstand am Kreditmarkt (inkl. Landesbetriebe) entwickelt sich im Vergleich zur letzten Finanzplanung nochmals positiver. In 2020 liegt die Verschuldung am Kreditmarkt um mehr als 1,3 Mrd. Euro unter der letzten Planung.

Von 2019 auf 2020 wird der Schuldenstand am Kreditmarkt (inkl. Landesbetriebe) um über 200 Mio. Euro zurückgeführt.



Mit den üblichen Quoten zur Beurteilung eines kamerale Haushalts lässt sich der rheinland-pfälzische Landeshaushalt nur unzureichend charakterisieren. Die gewohnten Quoten spiegeln die tatsächlichen Gegebenheiten nur verzerrt und unvollkommen wider.

Von 2015 auf 2016 fallen die im Kernhaushalt abgebildeten Investitionsausgaben erheblich ab. Diese Veränderung ist nahezu vollständig auf die veränderten Zuführungen an den Finanzierungsfonds zurückzuführen. Während in 2015 für Zuführungen an den Pensionsfonds investive Mittel von rd. 565 Mio. Euro geleistet wurden, sind nach der Reform des Pensionsfonds ab 2016 jährlich 70 Mio. Euro vorgesehen. Daneben werden die Investitionen der Landesbetriebe (Hochbau, Straßen) nicht im Kernhaushalt abgebildet. Die Investitionsquote beträgt im Finanzplanungszeitraum unter Berücksichtigung der Investitionen der Landesbetriebe rd. 8,3 Prozent und hat sich damit gegenüber der letzten Finanzplanung deutlich erhöht.

in %	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Personalausgabenquote	38,0	38,1	37,0	36,4	37,2	37,6	38,0	38,4	38,6	38,5
Kreditfinanzierungsquote	6,2	3,8	4,1	3,6	2,6	2,0	0,6	0,8	-0,9	-1,0
Zinsausgabenquote	6,8	6,9	6,3	5,2	6,2	4,8	5,0	4,9	4,9	5,0
Investitionsquote	12,4	10,1	9,4	9,5	6,8	7,0	6,7	6,8	6,6	6,5
Zinssteuerquote	9,1	8,8	8,2	6,8	8,1	6,2	6,3	6,2	6,0	6,1

Die Zinsausgaben- und die Zinssteuerquote stabilisieren sich beim erreichten Konsolidierungsstand auf niedrigem Niveau, obwohl ab 2019 ein kräftiger Anstieg des Zinsniveaus eingeplant ist. Die durch das niedrige Zinsniveau frei werdenden Haushaltsspielräume sind aber nicht dauerhaft. Bei einer Durchschnittsverzinsung der Landesschulden von aktuell rd. 2,4 Prozent bedeutet schon ein Anstieg um einen Viertelprozentpunkt 85 Mio. Euro Mehrausgaben. Betrachtet man die Zinsausgaben, die tatsächlich an Dritte zu zahlen sind, so sinkt die

Zinsausgabenquote gegenüber 2013 um ein Drittel und stabilisiert sich auf einem Niveau von etwas über 4 Prozent.

in %	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Personalausgabenquote*									
- nur für Aktive	26,5	25,2	24,3	24,4	24,6	24,6	24,7	24,5	24,3
- nur für Versorgungsempfänger	10,8	11,0	11,3	11,7	11,9	12,3	12,7	13,1	13,2
Kreditfinanzierungsquote									
- für Kredite von Dritten	-0,3	-0,5	-1,1	1,1	0,6	-0,4	-0,1	-1,7	-1,8
Zinsausgabenquote									
- für Zinsen an Dritte	5,9	5,3	4,3	5,3	4,0	4,2	4,2	4,1	4,2
Investitionsquote ohne Pensionsfondszuführungen	6,7	5,9	5,9	6,4	6,6	6,3	6,4	6,2	6,1
Zinssteuerquote									
- für Zinsen an Dritte	7,6	7,0	5,6	6,9	5,1	5,3	5,3	5,0	5,1

* fehlende Anteile an der Gesamtpersonalausgabenquote erklären sich aus nicht aufteilbaren Personalausgaben

Steuereinnahmen

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
in Mio. Euro	11.527	11.996	12.481	13.081	13.609	13.912	14.590	15.068
Veränderung gg. Vorjahr in %	3,3	4,1	4,0	4,8	4,0	2,2	4,9	3,3

Die Steuereinnahmen (inkl. LFA, BEZ und Kfz-Steuerkompensation) wurden auf der Basis der regionalisierten Steuerschätzung vom November 2016 veranschlagt. Neben dem Gesetzentwurf zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen sind die auf Bundesebene vorgesehene Senkung der Einkommensteuer und mehrere kleinere Gesetzentwürfe und Gesetzesvorhaben sowie das Ergebnis der Bund-Länder Finanzverhandlungen mit seinen Bruttoauswirkungen bereits berücksichtigt.

Ohne die in der Regionalisierung berücksichtigten neuen Rechtsänderungen hätten sich in der aktuellen Steuerschätzung aufgrund der schwächer eingeschätzten Wirtschaftsentwicklung leichte Mindereinnahmen gegenüber der letzten Steuerschätzung vom Mai 2016 ergeben.

Die Steuereinnahmeentwicklung ist im Finanzplanungszeitraum stark von der schwankenden Beteiligung der Länder an der Umsatzsteuer geprägt. Im Ansatz 2016 sind Asylabschlagszahlungen in Höhe von 142 Mio. Euro enthalten. Im Jahr 2017 sinken die Asylabschlagszahlungen auf 55 Mio. Euro, die Mittel aus der Integrationspauschale (96 Mio. Euro) sind erstmals berücksichtigt. Ab 2018 erhalten die Länder Teilhabemittel (48 Mio. Euro). 2019 fallen die Integrationsmittel und die Betreuungsgeldmittel (zusammen -138 Mio. Euro) wieder weg. Für das Jahr 2020 wurden die Wirkungen des Wegfalls der Länderbelastung aus dem Fonds Deutsche Einheit, des Gewerbesteuerumlageeffekts und der Bruttomehreinnahmen aus dem Ergebnis der Bund-Länder-Finanzverhandlungen berücksichtigt (zusammen brutto 264 Mio.

Euro). Gleichzeitig entfallen bei den sonstigen Einnahmen Entflechtungsmittel in Höhe von 110 Mio. Euro. Zusammen verbessern sich die Einnahmen des Landes im Jahr 2020 netto um 154 Mio. Euro.

Den Mehreinnahmen des Landes aus der Änderung der Umsatzsteuerverteilung stehen insb. Mehrbelastungen aus der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen gegenüber.

Sonstige Einnahmen

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
in Mio. Euro	3.050	3.245	3.230	3.339	3.406	3.347	3.294	3.371
Veränderung gg. Vorjahr in %	14,7	6,4	-0,5	3,4	2,0	-1,7	-1,6	2,3

Unter den sonstigen Einnahmen werden alle Einnahmen zusammengefasst, die keine Steuereinnahmen, Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich, Bundesergänzungszuweisungen oder Kfz-Steuerkompensationsmittel sind. Die wichtigsten Einnahmeblöcke sind Gebühren, Konzessionsabgaben sowie Zweckzuweisungen vom Bund und der EU. Viele der Einnahmen sind regelgebunden und können daher recht genau vorhergesagt werden.

Für den Doppelhaushalt 2017/2018 werden gegenüber 2016 jährliche Steigerungen der sonstigen Einnahmen um jeweils 109 bzw. 67 Mio. Euro erwartet. Die Entwicklung der sonstigen Einnahmen ist aktuell und im Finanzplanungszeitraum aus heutiger Sicht wenig dynamisch.

Mit Änderung des Entflechtungsgesetzes durch Artikel 12 des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes vom 20. Oktober 2015 und durch Beschluss der Länder mit dem Bund am 7. Juli 2016 werden die Kompensationszahlungen des Bundes für den Bereich sozialer Wohnungsbau in den Jahren 2016 bis 2019 zweimal angehoben. In den Jahren 2017 und 2018 liegen die Einnahmen für Entflechtungsmittel zur Wohnraumförderung daher kurzfristig auf einem deutlich höheren Niveau. Im Rahmen der Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen wurde andererseits vereinbart, dass die sogenannten Entflechtungsmittel ab dem Jahr 2020 zu Gunsten von Umsatzsteuermitteln entfallen. Ein Teil der Einnahmenreduzierung im Jahr 2020 lässt sich folglich darauf zurückführen. Gleichzeitig steigen in allen Jahren kontinuierlich jene Einnahmen mit Sozialleistungsbezug, wengleich diese Mittel zumeist an die Kommunen weitergeleitet werden.

Personalausgaben

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
in Mio. Euro	5.625	5.761	5.999	6.300	6.502	6.676	6.836	7.032
Veränderung gg. Vorjahr in %	2,9	2,4	4,1	5,0	3,2	2,7	2,4	2,9

Die Personalausgaben stellen aktuell rd. 38 Prozent aller Ausgaben des Landes dar und setzen sich aus den Bezügen und Vergütungen der aktiv Beschäftigten, den Versorgungsbezügen und den Beihilfen zusammen.

Die erfolgreiche Umsetzung der verfassungsrechtlichen Schuldenbremse bis zum Jahr 2020 erfordert, dass der Anstieg der strukturellen Personalausgaben eingeschränkt wird. Vor diesem Hintergrund wurden bereits in der letzten Legislaturperiode zentrale Konsolidierungsmaßnahmen im Personalbereich umgesetzt. Beispielhaft seien die temporäre Beschränkung der Besoldungserhöhung auf jährlich 1 Prozent, die Stelleneinsparungen sowie Einsparungen im Bereich des finanziellen Dienstrechts genannt.

Daneben ergaben sich unabweisbare Stellenmehrbedarfe. Im Schulbereich ergab sich Zusatzbedarf aus dem starken Zuzug von Flüchtlingsfamilien im vergangenen Jahr. Die Landesregierung hat auf diese Entwicklung reagiert und 270 Stellen neu geschaffen, um die Unterrichtsversorgung weiterhin zu garantieren. Im Bereich innere Sicherheit wird, um genügend Nachwuchs für den demografisch bedingten hohen Abgang von Polizisten in den Ruhestand sicherzustellen, die Zahl der Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter auf 500 pro Jahr angehoben.

Aufbauend darauf hat die Landesregierung im Koalitionsvertrag vereinbart, bis zum Jahr 2020 insgesamt weitere 2.000 Stellen sozialverträglich abzubauen. Davon sollen allein im Bereich der Ministerien und Mittelbehörden 600 Stellen eingespart werden. Darüber hinaus werden 1.400 weitere Stellen in einzelnen Bereichen der Landesverwaltung abgebaut.

Die Personalausgaben werden in den nächsten Jahren trotz der massiven Einschnitte im Personalbereich weiter ansteigen. Dies ist zum einen auf die Tarif- und Besoldungserhöhungen zurückzuführen. Zum anderen ist auch der voraussichtlich deutliche Anstieg der Zahl der Versorgungsempfänger bis 2020 zu berücksichtigen. Dieser Effekt wirkt sich sowohl bei den Versorgungsausgaben als auch bei den Beihilfeausgaben aus.

Sächliche Verwaltungsausgaben

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Sächliche Verwaltungsausgaben inkl. Globale Minderausgaben								
in Mio. Euro	894	962	1.001	1.113	1.097	1.020	981	1.004
Veränderung gg. Vorjahr in %	2,2	7,5	4,1	11,2	-1,5	-7,1	-3,8	2,3
Sächliche Verwaltungsausgaben ohne Globale Minderausgaben								
in Mio. Euro	894	962	1.038	1.149	1.149	1.152	1.193	1.216
Veränderung gg. Vorjahr in %	2,2	7,5	8,0	10,7	0,0	0,2	3,6	1,9

Die sächlichen Verwaltungsausgaben umfassen einen Großteil der Kosten, die zur Aufrechterhaltung des „Geschäftsbetriebes“ notwendig sind. Dazu zählen Bewirtschaftungskosten der Grundstücke, Gebäude und Räume, Mieten und Pachten, Ausgaben für die Ausstattung von Diensträumen sowie Kosten für durchgeführte Aus- und Fortbildungsmaßnahmen.

Darüber hinaus werden die globalen Minderausgaben unter den sächlichen Verwaltungsausgaben gebucht. Das bedeutet jedoch nicht, dass diese Beträge ausschließlich bei dieser Ausgabeart zu erwirtschaften sind. Im Jahr 2016 sind rd. 37 Mio. Euro globale Minderausgaben vorgesehen, im Regierungsentwurf zum Haushalt für 2017 rd. 35 Mio. Euro und in 2018 52 Mio. Euro. In den beiden Jahren bis 2020 steigen die globalen Minderausgaben auf 212 Mio. Euro an. Hierin spiegeln sich die noch mit konkreten Maßnahmen zu hinterlegenden offenen Konsolidierungsbeträge von 80 Mio. Euro p.a. wider, die den Verwaltungsausgaben, den laufenden Zuweisungen und Zuschüssen sowie den Investitionen zugeordnet und konkret als globale Minderausgabe verbucht sind.

Die sächlichen Verwaltungsausgaben steigen 2017 infolge der Umstellung des LBM auf eine Bruttopacht deutlich an. Die Mietzahlungen an den Landesbetrieb LBB und die Straßenspachtzahlungen an den Landesbetrieb LBM machen 2017 zusammen rd. 44 Prozent der sächlichen Verwaltungsausgaben aus.

Der höhere Anstieg von 2014 bis 2016 ist im Wesentlichen im Bereich Asyl mit seinem hohen Anteil an sächlichen Verwaltungsausgaben (Miete für Unterkünfte, Verpflegung der Asylbegehrenden u.ä.) begründet.

Zinsausgaben

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
in Mio. Euro	950	820	1.007	812	857	858	871	914
Veränderung gg. Vorjahr in %	-3,8	-13,7	22,8	-19,4	5,6	0,1	1,5	4,9

Im Zuge der Finanzkrise und europäischen Schuldenkrise ist das Zinsniveau in Deutschland deutlich gesunken. Hierdurch wurde der ansonsten zu bewältigende Anstieg der Zinsausgaben stark abgebremst. Die Minderausgaben wurden von der Landesregierung konsequent

zur Reduktion der Nettokreditaufnahme und des strukturellen Defizits genutzt. Die starke Konsolidierung in der Vergangenheit und die zukünftig geplanten Konsolidierungsschritte mindern die erheblichen Belastungen, die sich aus einem starken Anstieg des Zinsniveaus ergeben werden.

Für den Planungshorizont wird angesichts des geplanten Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU mit einer um zwei Jahre verzögerten, dann aber zügigen schrittweisen Normalisierung des allgemeinen Zinsniveaus gerechnet, die ab 2019 wegen des dann erreichten Konsolidierungsstandes nur zu moderaten Steigerungen der Zinsausgaben führen wird. Der merkliche Anstieg von 2017 auf 2018 ist dem Umstand geschuldet, dass sich der Zinsniveaustieg in den Abschlüssen des Jahres 2017 erst im Haushaltsjahr 2018 voll auswirkt. Das in 2017 steigende Zinsniveau reflektiert die Erwartung, dass die Geldpolitik der EZB erfolgreich sein wird, die Inflationserwartungen größer werden, die EZB erste Schritte zur Beendigung der expansiven Geldpolitik einleitet und damit das Zinsniveau steigt. Ausgehend von einem aktuellen Zinsniveau von etwa 0,3 Prozent für 10-jährige Schuldscheine wurde ein erster Anstieg auf 1,2 Prozent in 2017 und 1,3 Prozent in 2018 eingeplant. Danach wird mit einer zügigen Erhöhung des Zinsniveaus gerechnet. Die Zinsannahmen korrespondieren mit den zugrunde gelegten gesamtwirtschaftlichen Erwartungen.

Zuweisungen und Zuschüsse

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
in Mio. Euro	6.273	6.733	6.990	7.317	7.462	7.628	7.839	8.115
Veränderung gg. Vorjahr in %	13,2	7,3	3,8	4,7	2,0	2,2	2,8	3,5

Die in den Zuweisungen und Zuschüssen zu beobachtende Veränderung korrespondiert im Wesentlichen mit der Veränderung bei den sonstigen Einnahmen, da eine Vielzahl der im Landeshaushalt vereinnahmten Bundesmittel über Zuweisungen entsprechend weitergeleitet wird. Der starke Anstieg in 2014 ist auf eine haushaltssystematische Veränderung von 2013 auf 2014 zurückzuführen.

Die Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke werden maßgeblich durch den Kommunalen Finanzausgleich und die Zuweisungen für Sozialausgaben bestimmt. Dabei nimmt der KFA einen Anteil von aktuell rd. 30 Prozent aller Zuweisungen und Zuschüsse ein, der sich bis 2021 voraussichtlich auf rd. 34 Prozent erhöhen wird. Die KFA-Mittel in der Hauptgruppe 6 steigen im Doppelhaushalt 2017/2018 jährlich um ca. 6 Prozent.

Hinzu kommt eine deutliche Ausweitung der Zuweisungen und Erstattungen für Kommunen aufgrund der gestiegenen Kosten für Asylbewerber und Flüchtlinge. Die stark ausgeweitete Unterstützung an die Kommunen spiegelt sich unter anderem in der hohen Zuwachsrate der Zuweisungen und Zuschüsse in den Jahren 2015 bis 2017 wider.

Der Kommunale Entschuldungsfonds wird in der Finanzplanung mit 79 Mio. Euro jährlich berücksichtigt.

Die Sozialausgaben – oft Zahlungen an die Kommunen, die die Mittel auszahlen – machen etwa 20 Prozent der gesamten Zuweisungen aus. Die starke Dynamik im Bereich der Sozialausgaben ist in der Finanzplanung berücksichtigt.

In den Jahren 2014 bis 2018 erhält das Land jährlich 5 Mio. Euro vom Bund für die Übertragung des Eigentums an den Anlagen des ehemaligen Westwalls. Die Mittel fließen vollständig in die Stiftung „Grüner Wall im Westen – Mahnmahl ehemaliger Westwall“.

Der Anstieg der Kosten des weiteren U3-Ausbaus der Kindertagesstätten ist eingeplant. Dabei ist in den Erstattungen des Landes für die Personalkosten und für die Beitragsfreiheit die mengenmäßige Entwicklung der teilnehmenden Kinder berücksichtigt.

Investitionen

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Investitionsausgaben in Mio. Euro	1.421	1.497	1.100	1.169	1.150	1.177	1.177	1.186
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-1,7	5,3	-26,5	6,3	-1,6	2,3	0,0	0,8
Investitionsquote in %	9,4	9,5	6,8	7,0	6,7	6,8	6,6	6,5

Der kamerale Investitionsbegriff orientiert sich an den Ausgaben der Hauptgruppen 7 und 8 des Haushaltes.

Die Investitionsausgaben des Landes sinken infolge der Neuregelung im Zusammenhang mit dem Pensionsfonds des Landes von 2015 auf 2016 deutlich ab. Die Darlehen des Landes an den Finanzierungsfonds betragen im Jahr 2015 rd. 565 Mio. Euro, ab 2016 sind jährlich 70 Mio. Euro Zuführung geplant. Für 2017 ist eine Kapitalzuführung in Höhe von 40 Mio. Euro an die ISB geplant.

Der leichte Rückgang der Investitionsquote am Ende des Finanzplanungszeitraums ist auf den Abschluss besonders großer Bauprojekte, wie dem Archäologischen Zentrum in Mainz sowie des Landtages, zurückzuführen.

Die Investitionsquote des Kernhaushalts beträgt im Finanzplanungszeitraum rd. 6,7 Prozent. Für eine vollständige Darstellung der gesamten Investitionen des Landes ist es jedoch notwendig, auch die Investitionen der Landesbetriebe zu betrachten. Bei Hinzurechnung der Sachinvestitionen der Landesbetriebe erhöht sich die Investitionsquote des Landes auf rd. 8,3 Prozent in den Jahren bis 2020 und liegt damit 1 Prozentpunkt über der letzten Finanzplanung. Über das Sondervermögen KI 3.0 unterstützt das Land zudem finanzschwache Kommunen bei ihren Investitionen mit 285 Mio. Euro Landes- und Bundesmitteln, die bis 2021 ausgezahlt werden.

Mio. Euro	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Investitionen gesamt (Kernhaushalt und Landesbetriebe)	1.652	1.756	1.331	1.419	1.413	1.467	1.472	1.485
Investitionsausgaben(Kernhaushalt)	1.421	1.497	1.100	1.169	1.150	1.177	1.177	1.186
Investitionen der Landesbetriebe	231	259	231	250	263	290	295	299
Nettokreditaufnahme der Landesbetriebe	138	80	82	0	0	0	0	0
Investitionsquote (inkl. Landesbetriebe)	10,8%	11,1%	8,2%	8,5%	8,3%	8,4%	8,3%	8,1%

Kommunale Finanzen

Rund ein Viertel aller Einnahmen der Kommunen fließen den Haushalten in Form von Landeszuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich zu. Die Finanzausgleichsmasse lag im Jahr 2013 noch bei genau zwei Milliarden Euro. Bis 2016, also innerhalb von drei Jahren, hat das Land diese Zahlungen an die Kommunen um 596 Mio. Euro und somit um 30 Prozent angehoben. Ausgehend von 2.596 Mio. Euro steigt die Finanzausgleichsmasse im Doppelhaushalt 2017/2018 um weitere 332 Mio. Euro auf 2.928 Mio. Euro im Jahr 2018. Am Ende des Finanzplanungszeitraums wird die Finanzausgleichsmasse rd. 3,3 Mrd. Euro betragen. Die Finanzausgleichsmasse 2021 wird damit auf mehr als 150 Prozent der Finanzausgleichsmasse im Jahr 2013 anwachsen.

in Mio. Euro	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Landesleistungen nach Abrechnungen	2.074	2.229	2.377	2.397	2.456	2.662	2.782	2.946	2.938	3.036
Verstetigungssumme	1.852	1.907	2.169	2.326	2.495	2.650	2.826	2.957	3.039	3.179
Zuführung vom Fonds an den KFA					38		44	11	100	143
Zuführung vom KFA an den Fonds	222	322	209	71		11				
kum. Verstetigungsdarlehen (-) bzw. Finanzreserve (+)	-33	289	500	576	543	556	513	503	404	261
Finanzausgleichsmasse	1.946	2.000	2.263	2.420	2.596	2.752	2.928	3.058	3.140	3.281

Für die kommunale Haushaltsplanung, ist eine Verstetigung der Landeszuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände von besonderer Bedeutung. Diesen wichtigen Finanzstrom vor allzu starken Schwankungen zu schützen war Anlass für die Errichtung des Stabilisierungsfonds für die kommunalen Finanzen in Rheinland-Pfalz zum 1. Januar 2007, dessen Einführung über den Beistandspakt mit dem Haushaltsjahr 2003 (Nachtrag) vorbereitet wurde.

Der Stabilisierungsfonds ermöglicht eine stetig steigende Verstetigungssumme und somit eine gut planbare Entwicklung der Finanzausgleichsmasse, aus der die Landeszuweisungen gezahlt werden. Die Vorgängerregelung des Stabilisierungsfonds, der Beistandspakt, überbrückte die konjunkturelle Schwächephase von 2003 bis 2006 mit einem für die Kommunen zinslosen Verstetigungsdarlehen, das bis Ende 2007 auf 688 Mio. Euro aufwuchs. Von 2008 bis 2012 wurde dieses Darlehen fast vollständig getilgt. In den Jahren 2013 bis 2017 (mit der Ausnahme 2016) bauten bzw. bauen die Kommunen im Stabilisierungsfonds eine Finanzreserve auf, die vom Land verzinst wird. Diese dient der Verstetigung der Finanzausgleichsmasse insb. für Steuereinnahmeeinbrüche durch Rezession oder Steuersenkungen. Die Höhe der Finanzreserve sinkt ab 2018. Die Mittel des Stabilisierungsfonds werden dann vermehrt an die Kommunen ausgezahlt.

Bis zum 31. Dezember 2017 wird das Land die in Artikel 2 des Landesgesetzes zur Reform des kommunalen Finanzausgleichs vom 8. Oktober 2013 (GVBl. S. 349) geforderte Evaluierung mit der Erstellung eines Berichts vornehmen. Es werden die Auswirkungen der Änderungen im Rahmen der Reform überprüft.

8. Tabellenanhang

Mittelfristige Finanzplanung 2016 - 2021

1. Einnahmen

HGr./ OGr./ Gr.	Bezeichnung	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
		Ist	Ist	Ansatz	RegV	RegV	Finanzplanung		
in Mio. Euro									
0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	10.607	11.017	11.572	12.045	12.567	12.855	13.953	14.427
01-06	Steuern	10.558	10.968	11.514	11.989	12.510	12.799	13.897	14.371
09	Steuerähnliche Abgaben	49	49	58	57	57	57	57	57
1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst	828	920	736	781	803	753	766	779
133, 134, 14, 17, 18, 31	Einnahmen aus Vermögenserlösen	235	303	137	137	137	92	93	94
2	Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke	2.927	3.063	3.048	3.213	3.270	3.324	2.942	3.009
211	a) Ergänzungszuweisungen des Bundes	211	215	198	243	245	249	210	214
	b) Kompensationszahlungen des Bundes für Kraftfahrzeugsteuerausfälle der Länder	483	483	483	483	483	483	483	483
212	Länderfinanzausgleich	275	330	285	366	371	381	-	-
213	Finanzausgleichs- / Finanzkraftumlage	103	94	101	101	101	101	101	101
	übrige Einnahmen aus HGr.2	1.855	1.941	1.980	2.020	2.070	2.109	2.148	2.210
3	Schuldenaufnahme, Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	7.433	6.617	8.594	8.715	7.955	7.959	7.522	7.498
31	Kreditaufnahme im öffentl. Bereich	-	-	-	-	-	-	-	-
32	Bruttokreditaufnahme	7.129	6.281	8.142	8.242	7.487	7.533	7.230	7.204
35	Rücklagenauflösung	1	2	8	-	-	-	-	-
37	Globale Mehr- und Mindereinnahmen	-	-	75	75	75	75	75	75
33, 34	übrige Einnahmen aus HGr.3	215	241	279	306	300	252	148	149
38	haushaltstechnische Verrechnungen	87	93	90	93	92	99	69	71
0 - 3	Summe der Einnahmen	21.795	21.617	23.950	24.755	24.594	24.891	25.184	25.713
	Bereinigte Gesamteinnahmen	14.578	15.241	15.710	16.420	17.015	17.259	17.885	18.438

2. Ausgaben

HGr./ OGr./ Gr.	Bezeichnung	2014 Ist	2015 Ist	2016 Ansatz	2017 RegV	2018 RegV	2019 Finanzplanung	2020 Finanzplanung	2021
		in Mio. Euro							
4	Personalausgaben	5.625	5.761	5.999	6.300	6.502	6.676	6.836	7.032
	darunter								
	Ausgaben für aktive Bedienstete	3.822	3.838	3.944	4.117	4.209	4.291	4.346	4.438
	Ausgaben für Pensionäre	1.674	1.779	1.894	1.994	2.111	2.210	2.316	2.417
	Zuführungen an die Versorgungsrücklage	52	54	56	58	-	-	-	-
5	Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst	8.386	7.531	9.771	9.875	9.388	9.311	9.263	9.308
51 - 54	Sächliche Verwaltungsausgaben nachrichtlich:	894	962	1.001	1.113	1.097	1.020	981	1.004
549	Globale Minderausgabe (in 51-54 enthalten)	-	-	37	36	52	132	212	212
56 - 57	Zinsausgaben	950	820	1.007	812	857	858	871	914
58	Tilgungsausgaben an öffentlichen Bereich	29	36	43	43	43	43	20	-
59	Tilgungsausgaben am Kreditmarkt	6.513	5.713	7.720	7.908	7.391	7.391	7.391	7.391
6	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	6.273	6.733	6.990	7.317	7.462	7.628	7.839	8.115
7	Bauausgaben	33	51	50	50	48	64	65	66
8	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	1.389	1.446	1.050	1.119	1.102	1.113	1.112	1.120
81-82	Ausgaben für Sachinvestitionen	49	69	72	97	94	93	95	96
83,85, 86,87	Ausgaben für Vermögensaufbau	610	600	121	160	118	124	121	118
88-89	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	730	777	857	863	891	895	896	906
9	Besondere Finanzierungsausgaben	90	95	90	93	92	99	69	71
91	Zuführung an Rücklagen	2	2	-	-	-	-	-	-
96	Fehlbeträge aus Vorjahren	-	-	-	-	-	-	-	-
97	Globale Mehr- und Minderausgaben	-	-	-	-	-	-	-	-
98	Haushaltstechnische Verrechnungen	87	93	90	93	92	99	69	71
4 - 9	Summe der Ausgaben	21.795	21.617	23.950	24.755	24.594	24.891	25.184	25.713
	Bereinigte Ausgaben	15.193	15.809	16.140	16.754	17.111	17.401	17.724	18.252

3. Finanzierungsübersicht

Bezeichnung	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	Ist	Ist	Ansatz	RegV	RegV	Finanzplanung		
	in Mio. Euro							
Ausgaben								
Haushaltsvolumen	21.795	21.617	23.950	24.755	24.594	24.891	25.184	25.713
- Schuldentilgung (Kreditmarkt)	6.513	5.713	7.720	7.908	7.391	7.391	7.391	7.391
- Rücklagenzuführung	2	2	-	-	-	-	-	-
- Fehlbetragsabdeckung	-	-	-	-	-	-	-	-
- Haushaltstechnische Verrechnungen	87	93	90	93	92	99	69	71
Bereinigte Gesamtausgaben	15.193	15.809	16.140	16.754	17.111	17.401	17.724	18.252
Veränderung gegenüber Vorjahr	5,8%	4,1%	2,1%	3,8%	2,1%	1,7%	1,9%	3,0%
Einnahmen								
Haushaltsvolumen	21.795	21.617	23.950	24.755	24.594	24.891	25.184	25.713
- Bruttokreditaufnahme (Kreditmarkt)	7.129	6.281	8.142	8.242	7.487	7.533	7.230	7.204
- Rücklagenauflösung	1	2	8	-	-	-	-	-
- Haushaltstechnische Verrechnungen	87	93	90	93	92	99	69	71
Bereinigte Gesamteinnahmen	14.578	15.241	15.710	16.420	17.015	17.259	17.885	18.438
Veränderungen gegenüber Vorjahr	5,5%	4,6%	3,1%	4,5%	3,6%	1,4%	3,6%	3,1%
Finanzierungssaldo								
Finanzierungssaldo	-615	-568	-430	-334	-96	-142	161	187
Veränderungen gegenüber Vorjahr	12,6%	-7,6%	-24,3%	-22,4%	-71,1%	47,4%	-	16,2%

4. Einnahmen aus Steuern, Länderfinanzausgleich und BEZ

Steuerart	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	Ist	Ist	Ansatz	RegV	RegV	Finanzplanung		
	in Mio. Euro							
A. Gemeinschaftliche Steuern (Landesanteil)								
Lohnsteuer	3.329	3.514	3.651	3.735	3.863	3.988	4.153	4.346
Veranlagte Einkommensteuer	848	838	959	906	919	927	944	970
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	577	512	452	561	576	628	648	668
Zinsabschlag	151	150	148	100	101	103	106	109
Körperschaftsteuer	398	291	455	581	742	756	774	794
Umsatzsteuer	4.104	4.460	4.636	4.886	5.053	5.118	6.173	6.368
Gewerbesteuerumlage	248	277	266	288	313	321	127	131
Zusammen	9.655	10.043	10.565	11.057	11.567	11.841	12.925	13.386
B. Reine Landessteuern								
Vermögensteuer	-	-	-	-	-	-	-	-
Erbschaftsteuer	308	285	284	234	228	230	232	234
Grunderwerbsteuer	387	432	456	479	495	507	517	527
Kraftfahrzeugsteuer	-	-	-	-	-	-	-	-
Totalisatorsteuer	-	-	-	-	-	-	-	-
Lotteriesteuer	140	140	140	144	144	144	144	144
Sportwettsteuer	15	19	17	25	26	27	28	30
Feuerschutzsteuer	20	21	21	21	22	22	22	22
Biersteuer	33	29	30	29	29	28	28	28
Sonstige Steuern	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	904	926	949	932	943	958	971	985
C. Steuereinnahmen	10.558	10.968	11.514	11.989	12.510	12.799	13.897	14.371
D. Kompensation KfzSt	483	483	483	483	483	483	483	483
E. Steuereinnahmen nach KfzSt-Komp.	11.042	11.452	11.997	12.472	12.993	13.282	14.380	14.854
D. Länderfinanzausgleich (LFA)	275	330	285	366	371	381	-	-
E. Steuereinnahmen nach LFA	11.316	11.781	12.283	12.838	13.364	13.663	14.380	14.854
F. Bundesergänzungszuweisungen (BEZ)	211	215	198	243	245	249	210	214
G. Steuereinnahmen nach LFA und BEZ	11.527	11.996	12.481	13.081	13.609	13.912	14.590	15.068

5. Struktur der Landesfinanzen

Bezeichnung	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	Ist	Ist	Ansatz	RegV	RegV	Finanzplanung		
in Mio. Euro								
Bereinigte Gesamteinnahmen	14.578	15.241	15.710	16.420	17.015	17.259	17.885	18.438
Veränderung gegenüber Vorjahr	5,5%	4,6%	3,1%	4,5%	3,6%	1,4%	3,6%	3,1%
Steuereinnahmen nach LFA und BEZ	11.527	11.996	12.481	13.081	13.609	13.912	14.590	15.068
Anteil	79,1%	78,7%	79,4%	79,7%	80,0%	80,6%	81,6%	81,7%
Veränderung gegenüber Vorjahr	3,3%	4,1%	4,0%	4,8%	4,0%	2,2%	4,9%	3,3%
Verwaltungseinnahmen	828	920	736	781	803	753	766	779
Anteil	5,7%	6,0%	4,7%	4,8%	4,7%	4,4%	4,3%	4,2%
Veränderung gegenüber Vorjahr	-7,4%	11,1%	-20,1%	6,1%	2,8%	-6,2%	1,6%	1,7%
übrige Einnahmen	2.222	2.325	2.494	2.559	2.603	2.594	2.529	2.592
Anteil	15,2%	15,3%	15,9%	15,6%	15,3%	15,0%	14,1%	14,1%
Veränderung gegenüber Vorjahr	26,0%	4,6%	7,3%	2,6%	1,7%	-0,3%	-2,5%	2,5%
Bereinigte Gesamtausgaben	15.193	15.809	16.140	16.754	17.111	17.401	17.724	18.252
Veränderung gegenüber Vorjahr	5,8%	4,1%	2,1%	3,8%	2,1%	1,7%	1,9%	3,0%
Personalausgaben	5.625	5.761	5.999	6.300	6.502	6.676	6.836	7.032
Anteil	37,0%	36,4%	37,2%	37,6%	38,0%	38,4%	38,6%	38,5%
Veränderung gegenüber Vorjahr	2,9%	2,4%	4,1%	5,0%	3,2%	2,7%	2,4%	2,9%
Sächliche Verwaltungsausgaben	894	962	1.001	1.113	1.097	1.020	981	1.004
Anteil	5,9%	6,1%	6,2%	6,6%	6,4%	5,9%	5,5%	5,5%
Veränderung gegenüber Vorjahr	2,2%	7,5%	4,1%	11,2%	-1,5%	-7,1%	-3,8%	2,3%
Zinsausgaben	950	820	1.007	812	857	858	871	914
Anteil	6,3%	5,2%	6,2%	4,8%	5,0%	4,9%	4,9%	5,0%
Veränderung gegenüber Vorjahr	-3,8%	-13,7%	22,8%	-19,4%	5,6%	0,1%	1,5%	4,9%
Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke	6.273	6.733	6.990	7.317	7.462	7.628	7.839	8.115
Anteil	41,3%	42,6%	43,3%	43,7%	43,6%	43,8%	44,2%	44,5%
Veränderung gegenüber Vorjahr	13,2%	7,3%	3,8%	4,7%	2,0%	2,2%	2,8%	3,5%
Investitionsausgaben zusammen	1.421	1.497	1.100	1.169	1.150	1.177	1.177	1.186
Anteil	9,4%	9,5%	6,8%	7,0%	6,7%	6,8%	6,6%	6,5%
Veränderung gegenüber Vorjahr	-1,7%	5,3%	-26,5%	6,3%	-1,6%	2,3%	0,0%	0,8%

6. Haushaltskennzahlen

Bezeichnung	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	Ist	Ist	Ansatz	RegV	RegV	Finanzplanung		
	in Prozent							
Zinsausgabenquote	6,3%	5,2%	6,2%	4,8%	5,0%	4,9%	4,9%	5,0%
Zinssteuerquote	8,2%	6,8%	8,1%	6,2%	6,3%	6,2%	6,0%	6,1%
Kreditfinanzierungsquote	4,1%	3,6%	2,6%	2,0%	0,6%	0,8%	-0,9%	-1,0%
Investitionsquote	9,4%	9,5%	6,8%	7,0%	6,7%	6,8%	6,6%	6,5%
Investitionsquote (inkl. Landesbetriebe)	10,8%	11,1%	8,2%	8,5%	8,3%	8,4%	8,3%	8,1%

7. Nettokreditaufnahme und Schuldenstand am Kreditmarkt

Bezeichnung	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	Ist	Ist	Ansatz	RegV	RegV	Finanzplanung		
	in Mio. Euro							
Nettokreditaufnahme*	587	532	380	291	54	100	-180	-187
Nettokreditaufnahme am Kreditmarkt	616	568	422	334	96	142	-161	-187
Nettokreditaufnahme bei Dritten	-72	-171	181	98	-69	-14	-309	-320

* einschließlich Kreditaufnahme im öffentl. Bereich

Nachrichtlich:

Bruttokreditaufnahme am Kreditmarkt	7.129	6.281	8.142	8.242	7.487	7.533	7.230	7.204
-------------------------------------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------

Schuldenstand zum 31.12. am Kreditmarkt

Kernhaushalt	29.879	29.217	30.032	30.157	30.144	30.183	29.924	29.631
Landesbetrieb Mobilität	2.055	2.160	2.242	2.242	2.242	2.242	2.242	2.242
Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung	701	676	676	676	676	676	676	676
Zusammen	32.634	32.052	32.949	33.074	33.061	33.100	32.841	32.548

8. Einnahmen und Ausgaben nach Arten gemäß dem gemeinsamen Schema des Stabilitätsrates

Kenn- ziffer	HGr. / OGr. / Gr.	Einnahmeart	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
			Ist	Ist	Ansatz	RegV in Mio. Euro	RegV	Finanzplanung		
1		Einnahmen der lfd. Rechnung (Ziff. 11- 17)	14.126	14.683	15.128	15.903	16.502	16.840	17.568	18.120
11		Steuern und EU- Eigenmittel	10.558	10.968	11.514	11.989	12.510	12.799	13.897	14.371
1101	011	Lohnsteuer	3.329	3.514	3.651	3.735	3.863	3.988	4.153	4.346
1102	012	Veranlagte Einkom- mensteuer	848	838	959	906	919	927	944	970
1103	013, 014, 018	Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Körperschaftsteuer, Zinsabschlag	1.126	953	1.054	1.241	1.419	1.487	1.529	1.572
1104	015, 016	Umsatzsteuer	4.104	4.460	4.636	4.886	5.053	5.118	6.173	6.368
1105	017	Gewerbsteuerumlage	248	277	266	288	313	321	127	131
1106	021- 024	EU-Eigenmittel	-	-	-	-	-	-	-	-
1107	032	Tabaksteuer	-	-	-	-	-	-	-	-
1108	031	Mineralölsteuer	-	-	-	-	-	-	-	-
1109	033- 049	Sonstige Bundessteu- ern	-	-	-	-	-	-	-	-
1111	051	Vermögensteuer	-	-	-	-	-	-	-	-
1112	054	Kraftfahrzeugsteuer	-	-	-	-	-	-	-	-
1113	061	Biersteuer	33	29	30	29	29	28	28	28
1114	052, 053, 055- 059, 069	Sonstige Landessteuern	871	897	919	903	914	930	943	957
1115	071	Gemeindeanteil an der Lohnsteuer und der veranlagten Ein- kommensteuer	-	-	-	-	-	-	-	-
1116	076	Gemeindeanteil Um- satzsteuer	-	-	-	-	-	-	-	-
1117	078	Gemeindeanteil am Zinsabschlag	-	-	-	-	-	-	-	-
1118	072, 073	Grundsteuer	-	-	-	-	-	-	-	-
1119	075, 077	Gewerbsteuer	-	-	-	-	-	-	-	-
1120	081- 089	Sonstige Gemeinde- steuern	-	-	-	-	-	-	-	-
12	09 (ohne 092)	Steuerähnliche Abgaben (ohne Münzeinn.)	49	49	58	57	57	57	57	57
13	12	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	96	97	102	97	99	93	95	98

Kenn- ziffer	HGr. / OGr. / Gr.	Einnahmeart	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
			Ist	Ist	Ansatz	RegV in Mio. Euro	RegV	Finanzplanung		
14		Zinseinnahmen	42	33	38	51	51	44	44	44
141		vom öffentl. Bereich	-	-	-	-	-	-	-	-
1411	152	von Ländern	-	-	-	-	-	-	-	-
1412	153	von Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-	-	-	-
1413	157	von Zweckverbänden	-	-	-	-	-	-	-	-
1414	151, 154, 156	vom sonstigen öffent- lichen Bereich	-	-	-	-	-	-	-	-
142	16	von anderen Berei- chen	42	33	38	51	51	44	44	44
15		Laufende Zuweisun- gen und Zuschüsse (ohne Schulden- diensthilfen)	2.956	3.099	3.004	3.282	3.353	3.406	3.023	3.090
151		vom öffentlichen Be- reich	2.730	2.867	2.781	3.031	3.082	3.123	2.735	2.796
1511	211, 231	vom Bund	1.775	1.865	1.796	1.940	1.964	1.971	1.936	1.963
1512	212	Länderfinanzausgleich	275	330	285	366	371	381	0	0
1513	232	sonstige von Ländern	35	34	15	17	17	17	18	18
1514	213, 233	von Gemeinden (Gv.)	586	579	599	619	638	667	699	733
1515	217, 237	von Zweckverbänden	1	1	1	1	1	1	2	2
1516	216, 235, 236	von Sozialversiche- rungsträgern	2	2	1	1	1	1	1	1
1517	214, 234	vom sonstigen öffent- lichen Bereich	57	57	84	87	90	84	80	80
152	112, 27, 28	von anderen Berei- chen	226	233	223	251	272	283	288	294
16		Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungs- ausgaben	35	32	28	28	28	31	34	36
161		Schuldendiensthilfen vom öffentlichen Be- reich	35	32	28	28	28	31	34	36
1611	221	vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-
1612	222	von Ländern	-	-	-	-	-	-	-	-
1613	223- 227	vom sonstigen öffent- lichen Bereich	-	-	-	-	-	-	-	-
162	26	von anderen Berei- chen	35	32	28	28	28	31	34	36
17		Sonstige Einnahmen der laufenden Rech- nung	390	404	383	399	404	411	418	424
171	111	Gebühren, sonstige Entgelte	325	333	329	342	346	352	357	363
172	119	Sonstige Einnahmen	65	70	54	58	58	59	60	61

Kenn- ziffer	HGr. / OGr. / Gr.	Einnahmeart	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
			Ist	Ist	Ansatz	RegV in Mio. Euro	RegV	Finanzplanung		
2		Einnahmen der Kapitalrechnung (Ziff. 21 - 25)	451	558	507	443	437	345	242	244
21	131, 132	Veräußerung von Sachvermögen	1	15	1	-	-	-	1	1
22		Vermögensübertragungen	215	241	370	306	300	252	148	149
221		Zuweisungen für Investitionen vom öffentlichen Bereich	176	188	244	266	258	213	110	110
2211	331	vom Bund	175	186	236	248	246	209	106	106
2212	332	von Ländern	1	1	1	1	1	1	1	1
2213	333	von Gemeinden (Gv.)	1	1	3	4	2	2	2	2
2214	336	von Sozialversicherungsträgern	-	-	4	3	4	1	1	1
2215	334, 337	vom sonstigen öffentlichen Bereich	-	-	-	10	5	-	-	-
222	34	Zuschüsse für Investitionen von anderen Bereichen	38	53	35	40	42	39	38	38
223		Sonstige Vermögensübertragungen	-	-	91	-	-	-	-	-
2231	291	vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-
2232	292	von Ländern	-	-	-	-	-	-	-	-
2233	293	von Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-	-	-	-
2234	297-299	von anderen Bereichen	-	-	91	-	-	-	-	-
23		Darlehensrückflüsse	196	256	112	112	112	92	93	94
231		vom öffentlichen Bereich	81	80	49	49	49	50	51	52
2311	172	von Ländern	-	-	-	-	-	-	-	-
2312	173	von Gemeinden (Gv.)	81	80	49	49	49	50	51	52
2313	177	von Zweckverbänden	-	-	-	-	-	-	-	-
2314	171, 174, 176	vom sonstigen öffentlichen Bereich	-	-	-	-	-	-	-	-
232		von anderen Bereichen	116	176	63	63	63	43	43	43
2321	141, 181, 182	von Sonstigen im Inland	116	176	63	63	63	43	43	43
2322	146, 186	vom Ausland	-	-	-	-	-	-	-	-
24	133, 134	Veräußerung von Beteiligungen u. dergl.	39	47	25	25	25	-	-	-

Kenn- ziffer	HGr. / OGr. / Gr.	Einnahmeart	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
			Ist	Ist	Ansatz	RegV in Mio. Euro	RegV	Finanzplanung		
25		Schuldenaufnahme beim öffentlichen Bereich	-	-	-	-	-	-	-	-
251	311	vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-
252	312	von Ländern	-	-	-	-	-	-	-	-
253	313	von Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-	-	-	-
254	314, 317	vom sonstigen öffent- lichen Bereich	-	-	-	-	-	-	-	-
3	37	Globale Mehr-/ Min- dereinnahmen (soweit nicht aufge- teilt)	-	-	75	75	75	75	75	75
4		Bereinigte Einnah- men (Einnahmen ohne besondere Finanzierungsvor- gänge) (Ziff. 1 - 3)	14.578	15.241	15.710	16.420	17.015	17.259	17.885	18.438
5		Besondere Finanzierungsvor- gänge	7.131	6.284	8.150	8.242	7.487	7.533	7.230	7.204
51	32	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	7.129	6.281	8.142	8.242	7.487	7.533	7.230	7.204
52	35	Entnahme aus Rück- lagen	1	2	8	-	-	-	-	-
53	36	Überschüsse aus Vorjahren	-	-	-	-	-	-	-	-
54	092	Münzeinnahmen	-	-	-	-	-	-	-	-
6		Zu- und Absetzun- gen	87	93	90	93	92	99	69	71
61		./. Schätzungen für Leertitel	-	-	-	-	-	-	-	-
		./. Sonderhaushalte	-	-	-	-	-	-	-	-
		./. Bruttostellungen	-	-	-	-	-	-	-	-
	38	+ Verrechnungen u.ä.	87	93	90	93	92	99	69	71
7		Abschlusssumme der Haushalte (Ziff. 4 + 5 + 6)	21.795	21.617	23.950	24.755	24.594	24.891	25.184	25.713

Kenn- ziffer	HGr. / OGr. / Gr.	Ausgabeart	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
			Ist	Ist	Ansatz	RegV in Mio.	RegV Euro	Finanzplanung		
1		Ausgaben der lfd. Rechnung (Ziff. 11 - 15)	13.742	14.266	14.993	15.535	15.913	16.182	16.527	17.065
11	4	Personalausgaben	5.625	5.761	5.999	6.300	6.502	6.676	6.836	7.032
12		Laufender Sachauf- wand	1.187	1.280	1.314	1.464	1.456	1.390	1.358	1.389
121	51-54	Sächliche Verwaltungsausgaben	894	962	1.001	1.113	1.097	1.020	981	1.004
122	55	Militärische Beschaf- fungen, Anlagen usw.	-	-	-	-	-	-	-	-
123	67	Erstattungen an ande- re Bereiche	256	279	280	315	322	333	339	347
124	686	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	36	39	33	36	36	37	37	38
13		Zinsausgaben	950	820	1.007	812	857	858	871	914
131		an öffentlichen Be- reich	4	4	5	4	4	2	1	-
1311	561	an Bund	4	4	5	4	4	2	1	-
1312	564	an Sondervermögen	-	-	-	-	-	-	-	-
1313	562, 563, 567	an sonstigen öffentli- chen Bereich	-	-	-	-	-	-	-	-
132		an andere Bereiche	946	816	1.003	808	853	856	870	914
1321	573	für Ausgleichsforde- rungen	-	-	-	-	-	-	-	-
1322	571, 575, 576	für Kreditmarktmittel	942	812	999	808	853	856	870	914
1323	572	an Sozialversiche- rungsträger	4	4	4	-	-	-	-	-
14		Laufende Zuweisun- gen und Zuschüsse (ohne Schulden- diensthilfen)	5.901	6.333	6.584	6.857	6.994	7.184	7.381	7.648
141		an öffentlichen Be- reich	4.247	4.606	4.886	5.151	5.272	5.422	5.594	5.831
1411	611, 631	an Bund	12	13	12	15	14	14	15	15
1412	612	Länderfinanzausgleich	-	-	-	-	-	-	-	-
1413	632	sonstige an Länder	36	35	14	20	20	20	20	21
1414	613	Allgemeine Finanzzu- weisungen an Ge- meinden	1.686	1.839	1.939	2.073	2.189	2.285	2.369	2.493
1415	633	sonstige an Gemein- den (Gv.)	2.122	2.332	2.428	2.624	2.619	2.656	2.737	2.841
1416	614, 634	an Sondervermögen	-	-	76	-	-	15	15	15
1417	617, 637	an Zweckverbände	375	373	400	403	414	414	422	429
1418	616, 636	an Sozialversiche- rungsträger	16	15	16	16	16	17	17	17

Kenn- ziffer	HGr. / OGr. / Gr.	Ausgabeart	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
			Ist	Ist	Ansatz	RegV in Mio. Euro	RegV	Finanzplanung		
142		an andere Bereiche	1.654	1.727	1.697	1.705	1.721	1.762	1.787	1.817
1422	682, 683, 685	sonstige an Unternehmen und öffentliche Einrichtungen	1.005	1.060	971	1.004	1.004	1.023	1.040	1.061
1423	681	Renten, Unterstützungen u.ä.	120	147	173	164	167	182	184	185
1424	684	an soziale und ähnliche Einrichtungen	455	449	480	473	490	500	510	521
1425	687, 688	an Ausland	74	71	73	64	60	57	53	49
15		Schuldendiensthilfen	80	71	89	102	105	74	82	82
151		an öffentlichen Bereich	27	33	31	21	20	20	20	21
1511	622	an Länder	-	-	-	-	-	-	-	-
1512	623	an Gemeinden(Gv.)	27	33	31	21	20	20	20	21
1513	621, 624, 626, 627	an sonstigen öffentlichen Bereich	-	-	-	-	-	-	-	-
152		an andere Bereiche	53	38	58	81	85	54	61	61
1521	661, 662, 664	an Unternehmen und öffentliche Einrichtungen	38	26	27	26	29	33	40	44
1522	663	an Sonstige im Inland	15	12	31	55	55	21	21	17
1523	666	an Ausland	-	-	-	-	-	-	-	-
2		Ausgaben der Kapitalrechnung (Ziff. 21 - 25)	1.451	1.544	1.147	1.219	1.198	1.219	1.197	1.187
21		Sachinvestitionen	81	120	122	146	141	157	160	163
211	7	Baumaßnahmen	33	51	50	50	48	64	65	66
212	82	Erwerb von unbeweglichen Sachen	3	4	5	5	5	6	6	7
213	81	Erwerb von beweglichen Sachen	45	65	66	91	88	87	88	89

Kenn- ziffer	HGr. / OGr. / Gr.	Ausgabeart	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
			Ist	Ist	Ansatz	RegV in Mio. Euro	RegV	Finanzplanung		
22		Vermögensübertra- gungen	730	787	862	870	896	895	896	906
221		Zuweisungen für Investitionen an öf- fentlichen Bereich an Länder	455	502	510	517	535	546	555	562
2211	882		-	-	-	-	-	-	-	-
2212	883	an Gemeinden (Gv.)	453	470	483	513	531	537	547	553
2213	887	an Zweckverbände	1	1	1	1	1	1	1	1
2214	881, 884, 886	an sonstigen öffentli- chen Bereich	1	32	26	3	3	8	8	8
222	89	Zuschüsse für Investi- tionen an andere Bereiche	275	274	347	346	356	349	341	344
223		Sonstige Vermögens- übertragungen	-	10	5	8	5	-	-	-
2231	692	an Länder	-	-	-	-	-	-	-	-
2232	693	an Gemeinden (Gv.)	-	-	-	-	-	-	-	-
2233	691	an Bund	-	-	-	-	-	-	-	-
2234	697, 698, 699	an andere Bereiche	-	10	5	8	5	-	-	-
23		Darlehen	530	584	111	118	118	124	121	118
231		an öffentlichen Be- reich	22	12	16	23	23	23	23	24
2311	852	an Länder	-	-	-	-	-	-	-	-
2312	853	an Gemeinden (Gv.)	22	12	16	23	23	23	23	24
2313	857	an Zweckverbände	-	-	-	-	-	-	-	-
2314	851, 854, 856	an sonstigen öffentli- chen Bereich	-	-	-	-	-	-	-	-
232		an andere Bereiche	508	572	96	95	95	101	98	94
2321	861- 863, 87	an Sonstige im Inland	508	572	96	95	95	101	98	94
2322	866	an Ausland	-	-	-	-	-	-	-	-
24	83	Erwerb von Beteili- gungen u. dgl.	80	16	10	42	-	-	-	-

Kenn- ziffer	HGr. / OGr. / Gr.	Ausgabeart	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
			Ist	Ist	Ansatz	RegV in Mio. Euro	RegV	Finanzplanung		
25		Tilgungsausgaben an Verwaltungen	29	36	43	43	43	43	20	-
251	581	an Bund	29	36	43	43	43	43	20	-
252	584	an Sondervermögen	-	-	-	-	-	-	-	-
253	582, 583, 587	an sonstigen öffentlichen Bereich	-	-	-	-	-	-	-	-
3	97	Globale Mehrausgaben/ Minderausgaben (soweit nicht aufgeteilt)	-	-	-	-	-	-	-	-
4		Bereinigte Ausgaben (Ausgaben ohne besondere Finanzie- rungsvorgänge (Ziff. 1 - 3))	15.193	15.809	16.140	16.754	17.111	17.401	17.724	18.252
5		Besondere Finanzie- rungsvorgänge	6.515	5.715	7.720	7.908	7.391	7.391	7.391	7.391
51	59	Tilgungsausgaben an Kreditmarkt	6.513	5.713	7.720	7.908	7.391	7.391	7.391	7.391
511	595	für Kreditmarktmittel	6.061	5.266	7.530	7.547	7.267	7.267	7.267	7.267
512	593	für Ausgleichsforde- rungen	-	-	-	-	-	-	-	-
513	592	an Sozialversiche- rungsträger	-	-	-	15	-	-	-	-
514	591, 596	an Sonstige	452	447	190	346	124	124	124	124
52	91	Zuführungen an Rücklagen	2	2	-	-	-	-	-	-
53	96	Deckung von Vorjah- resfehlbeträgen	-	-	-	-	-	-	-	-
6		Zu- und Absetzun- gen	87	93	90	93	92	99	69	71
61		./. Schätzungen für Leertitel	-	-	-	-	-	-	-	-
62		./. Sonderhaushalte	-	-	-	-	-	-	-	-
63		./. Bruttostellungen	-	-	-	-	-	-	-	-
64	98	+ Verrechnungen u.ä.	87	93	90	93	92	99	69	71
7		Abschlusssumme der Haushalte (Ziff. 4 + 5 + 6)	21.795	21.617	23.950	24.755	24.594	24.891	25.184	25.713

Übersicht über den strukturellen Saldo

Basisjahr	Ansatz	Ogr./Gr.	AusG*	lst	lst	lst	lst	Ansatz	RV	RV	Fipl	Fipl	Fipl	Fipl
EINNAHMEN Kernhaushalt														
	21.779			21.917	22.273	21.312	21.795	21.617	23.950	24.755	24.594	24.891	25.184	25.713
minus Bruttokreditaufnahme am Kreditmarkt ¹	9.752	32	§ 1 (3) Nr. 1	9.461	8.465	6.934	7.129	6.281	8.142	8.242	7.487	7.533	7.230	7.204
minus Entnahmen aus Rücklagen, haushaltstechnische Verrechnungen, § 1 (3) Nr. 2	636	35, 36, 38		465	741	560	89	95	97	93	92	99	69	71
Fehlbeträge aus Vorjahren ²														
bereinigte Einnahmen	11.391			11.992	13.066	13.818	14.578	15.241	15.710	16.420	17.015	17.259	17.885	18.438
NR finanzielle Transaktionen ³	119			0	160	239	271	235	303	137	137	137	92	93
NR bereinigt um finanzielle Transaktionen mit Konzernbestandteilen ³	63	133, 134, 14, 17, 18, 3	§ 2 (2)	66	71	83	44	62	0	0	0	0	0	0
minus finanzielle Transaktionen nach Bereinigung um finanzielle Transaktionen mit Konzernbestandteilen ³	56	133, 134, 14, 17, 18, 3	§ 1 (3) Nr. 3/ § 2 (1)	94	168	189	191	241	137	137	137	92	93	94
minus Konjunkturbereinigung	-213		§ 1 (3) Nr. 4	54	307	226	126	34	63	145	56	0	0	0
weitere Bereinigungen Konzernbetrachtung														
plus Überschuss Pensionsfonds	489		§ 1 (3) Nr. 5	507	556	563	632	674	207	203	195	187	203	209
plus Überschuss "Wissen schafft Zukunft"	0		§ 1 (3) Nr. 5	176	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
plus Überschuss Versorgungsrücklage	58		§ 1 (3) Nr. 5	63	0	0	27	29	0	0	0	0	0	0
plus Überschuss Sondervermögen KI 3.0			§ 1 (3) Nr. 5					32	0	0	0	0	0	0
minus NKA LBM	166		§ 1 (3) Nr. 6	148	100	139	131	105	82	0	0	0	0	0
minus NKA LBB	145		§ 1 (3) Nr. 6	80	50	50	7	0	0	0	0	0	0	0
minus NKA sonst. jur. Personen, die dem Land zuzurechnen ist	0		§ 1 (3) Nr. 6	10	2	8	4	13	51	46	65	22	20	17
minus Mindereinnahmen in Sondersituationen			§ 1 (3) Nr. 7											
strukturelle Einnahmen	11.784			12.353	12.995	13.771	14.777	15.583	15.585	16.296	16.952	17.332	17.974	18.536

*Ausführungsgesetz zu Artikel 117 der Verfassung für Rheinland-Pfalz

¹ Obergruppe 32

² Obergruppen 35, 36 und 38

³ Gruppierungen 133 und 134 sowie Obergruppen 14, 17, 18 und 31

AUSGABEN	Kernhaushalt	Ogr./Gr.	AusfG*	Basisjahr																				
				Ansatz	2011	lst	2012	lst	2013	lst	2014	lst	2015	Ansatz	RV	2017	RV	2018	Fipl	2019	RV	2020	Fipl	2021
	Gesamtausgaben			21.779	22.273	21.312	21.795	21.617	23.950	24.755	24.594	24.891	25.184	25.713										
	minus Bruttoföftung am Kreditmarkt ¹	59	§ 1 (3) Nr. 1	7.934	7.578	6.388	6.513	5.713	7.720	7.908	7.391	7.391	7.391	7.391										
	minus Zuföhrungen an Röcklagen, haushaltstechnische Verrechnungen, Überschüsse aus Vorjahren ²	91, 96, 98	§ 1 (3) Nr. 2	381	486	560	90	95	90	93	92	99	69	71										
	bereinigte Ausgaben			13.463	14.209	14.364	15.193	15.809	16.140	16.754	17.111	17.401	17.724	18.252										
	NR finanzielle Transaktionen ³			522	906	635	639	637	164	202	160	167	141	118										
	NR bereinigt um finanzielle Transaktionen mit Konzernbestandteilen ³	83, 87, 85, 86, 58	§ 2 (2)	399	453	490	518	565	70	70	70	70	70	70										
	minus finanzielle Transaktionen nach Bereinigung um finanzielle Transaktionen mit Konzernbestandteilen ³	83, 87, 85, 86, 58	§ 1 (3) Nr. 3/§ 2 (1)	123	189	145	121	72	94	132	90	97	71	48										
	minus Konjunkturbereinigung		§ 1 (3) Nr. 4	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0										
	weitere Bereinigungen Konzernbetrachtung			100	85	93	92	104	4	25	57	52	48	26										
	plus Defizit Pensionsfonds		§ 1 (3) Nr. 5	0	14	13	0	0	7	9	73	73	74	76										
	plus Defizit "Wissen schafft Zukunft"		§ 1 (3) Nr. 5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0										
	plus Defizit Versorgungsröcklage		§ 1 (3) Nr. 5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0										
	plus Defizit Sondervermögen KI 3.0		§ 1 (3) Nr. 6	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0										
	minus Nettöftung LBM		§ 1 (3) Nr. 6	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0										
	minus Nettöftung LBB		§ 1 (3) Nr. 6	0	0	0	0	25	0	0	0	0	0	0										
	minus Nettöftung sonst. jur. Personen, die dem Land zuzurechnen ist		§ 1 (3) Nr. 6	26	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0										
	minus Mehrausgaben in Sondersituationen		§ 1 (3) Nr. 7																					
	plus Tilgungsverpflichtungen aus Sondersituationen		§ 1 (3) Nr. 7																					
	strukturelle Ausgaben			13.414	13.855	14.325	15.164	15.817	16.058	16.655	17.150	17.440	17.786	18.316										

*Ausföhrungsgesetz zu Artikel 117 der Verfassung für Rheinland-Pfalz

¹ Obergruppe 59

² Obergruppen 91, 96 und 98

³ Obergruppen 58, 83, 85, 86 und 87

SALDEN	Kernhaushalt	Ausg*	Basisjahr																				
			Ansatz	2011	lst	2012	lst	2013	lst	2014	lst	2015	Ansatz	RV	2017	RV	2018	RV	2019	RV	2020	RV	2021
	formaler Haushaltsausgleich		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	minus Nettokreditaufnahme am Kreditmarkt	§ 1 (3) Nr. 1	1.818	2.019	887	547	616	568	422	334	96	142	-161	-187									
	minus insb. Rücklagensaldo	§ 1 (3) Nr. 2	254	31	256	0	-1	0	8	0	0	0	0	0									
	Finanzierungssaldo		-2.072	-2.050	-1.143	-546	-615	-568	-430	-334	-96	-142	161	187									
	NR finanzielle Transaktionen		-403	-439	-667	-364	-404	-333	-27	-66	-24	-74	-47	-24									
	NR bereinigt um finanzielle Transaktionen mit Konzernbestandteilen	§ 2 (2)	-336	-345	-381	-407	-474	-502	-70	-70	-70	-70	-70	-70									
	minus finanzielle Transaktionen nach Bereinigung um finanzielle Transaktionen mit Konzernbestandteilen		-67	-95	-285	44	70	169	43	4	46	-4	23	46									
	minus Konjunkturberichtigung	§ 1 (3) Nr. 3/§ 2 (1+2)	-213	54	307	226	126	34	63	145	56	0	0	0									
	weitere Bereinigungen Konzernbetrachtung	§ 1 (3) Nr. 4																					
	plus Überschuss Pensionsfonds	§ 1 (3) Nr. 5	489	507	556	563	632	674	207	203	195	187	203	209									
	plus Überschuss "Wissen schafft Zukunft"	§ 1 (3) Nr. 5	-100	176	-85	-93	-92	-104	-4	-25	-57	-52	-48	-26									
	plus Überschuss Versorgungsrücklage	§ 1 (3) Nr. 5	58	63	-14	-13	27	29	-7	-9	-73	-73	-74	-76									
	plus Überschuss Sondervermögen KI 3.0	§ 1 (3) Nr. 5						32	0	0	0	-11	-11	-11									
	minus NKA LBM	§ 1 (3) Nr. 6	166	148	100	139	131	105	82	0	0	0	0	0									
	minus NKA LBB	§ 1 (3) Nr. 6	145	80	50	50	7	-25	0	0	0	0	0	0									
	minus NKA sonst. jur. Personen, die dem Land zuzurechnen ist	§ 1 (3) Nr. 6	-26	10	2	8	4	13	51	46	65	22	20	17									
	minus Mindereinnahmen abz. Mehrausgaben in Sondersituationen	§ 1 (3) Nr. 7	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0									
	plus Tilgungsverpflichtungen aus Sondersituationen	§ 1 (3) Nr. 7	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0									
	struktureller Saldo		-1.630	0	-1.501	-860	-554	-388	-234	-473	-359	-108	188	220									

*Ausführungsgesetz zu Artikel 117 der Verfassung für Rheinland-Pfalz

Berechnung des zulässigen Saldos

Basisjahr	Berechnungshinweis											
	Ansatz	lst	lst	lst	lst	Ansatz	RV	RV	RV	RV	Fipl	Fipl
	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	
Komponenten zur Berechnung des zulässigen Saldos												
1. Saldo der Korrekturen nach § 1 Absatz 3 Nr. 2	254	31	256	0	-1	0	8	0	0	0	0	0
2. Saldo finanziellen Transaktionen nach § 1 Absatz 3 Nr. 3	-67	-95	-285	44	70	169	43	4	46	-4	23	46
3. Konjunkturkomponente* nach § 1 Absatz 3 Nr. 4	-213	54	307	226	126	34	63	145	56	0	0	0
4. Saldo Einrichtungen nach § 1 Absatz 3 Nr. 5	447	746	458	457	566	631	195	169	66	52	70	97
4a. Saldo des Finanzierungsfonds für die Beamtenversorgung	489	507	556	563	632	674	207	203	195	187	203	209
4b. Saldo des Sondervermögens "Wissen schafft Zukunft"	-100	176	-85	-93	-104	-4	-25	-57	-52	-48	-26	-26
4c. Saldo der Versorgungsrücklage nach § 14 a BBesG	58	63	-14	-13	27	29	-7	-9	-73	-73	-74	-76
4d. Saldo des Sondervermögens KI 3.0					32	0	0	0	0	-11	-11	-11
5. Kreditaufnahme in Sondersituationen (§§ 4 und 5)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
6. Tilgung von Krediten in Sondersituationen (§§ 4 und 5)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
7. Abbaupflichtung aus Kontrollkonto (§ 6)												
8. zulässiger Saldo nach § 1 Absatz 4**	-473	-756	-180	-188	-371	-428	-82	-20	36	-56	-47	-51
9. Nettokreditaufnahme (Nettotilgung***) der jur. Personen (§ 1 Abs. 1 Satz 2)	-26	10	2	8	4	13	51	46	65	22	20	17
10. Nettokreditaufnahme (Nettotilgung***) der Landesbetriebe am Kreditmarkt	310	228	150	188	138	80	82	0	0	0	0	0
11. verbleibender zulässiger Saldo für den Kernhaushalt**	-188	-518	-28	8	-229	-335	51	26	102	-34	-27	-34
12. Abbaupfad gemäß AusfG												
13. zulässige NKA im Kernhaushalt ab 2020 und NKA gm. Obergrenze des Defizitabbaupfades	-1.630	-1.630	-1.449	-1.268	-1.087	-906	-724	-543	-362	-181	0	0
14. Nettokreditaufnahme (Nettotilgung) am Kreditmarkt im Kernhaushalt	1.818	2.019	887	547	616	568	422	334	96	142	-161	-187
15. Abstand zur zulässigen NKA im Kernhaushalt ab 2020 und NKA gm. Abbaupfad	0	129	589	713	699	672	251	184	164	73	188	220

* > 0: Aufschwung; < 0: Abschwung

** > 0: Tilgungsverpflichtung; < 0: Erlaubte Kreditaufnahme am Kreditmarkt

*** Nettotilgung als Negativbetrag eintragen

Finanzplanung 2016 bis 2021

– Eckwerteübersicht –

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	lst	lst	Ansatz	RegV	RegV		Finanzplanung	
	- in Mio. Euro -							
Steuern, LFA und BEZ	11.527	11.996	12.481	13.081	13.609	13.912	14.590	15.068
Nichtsteuerliche Einnahmen	3.050	3.245	3.230	3.339	3.406	3.347	3.294	3.371
Bereinigte Gesamteinnahmen	14.578	15.241	15.710	16.420	17.015	17.259	17.885	18.438
Personalausgaben	5.625	5.761	5.999	6.300	6.502	6.676	6.836	7.032
Sächliche Verwaltungsausgaben	894	962	1.001	1.113	1.097	1.020	981	1.004
Zinsausgaben	950	820	1.007	812	857	858	871	914
Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke	6.273	6.733	6.990	7.317	7.462	7.628	7.839	8.115
Investitionen	1.421	1.497	1.100	1.169	1.150	1.177	1.177	1.186
Sonstige Ausgaben	29	36	43	43	43	43	20	0
Bereinigte Gesamtausgaben	15.193	15.809	16.140	16.754	17.111	17.401	17.724	18.252
Ausgaben für die aktuelle Aufgabenerfüllung¹⁾	9.735	10.171	10.515	11.106	11.225	11.204	11.327	11.570
Finanzierungssaldo²⁾	-615	-568	-430	-334	-96	-142	161	187
minus Maastricht-Korrektur	70	169	43	4	46	-4	23	46
minus Konjunkturbereinigung	126	34	63	145	56	0	0	0
minus Nettokreditaufnahme Landesbetriebe und Unimedizin	142	93	133	46	65	22	20	17
plus Überschuss Pensionsfonds, Versorgungsrücklage, Sondervermögen "Wissen schafft Zukunft" und "KI 3.0"	566	599	195	169	66	62	80	107
struktureller Finanzierungssaldo	-388	-234	-473	-359	-198	-108	188	220
Obergrenze gemäß Ausführungsgesetz	-1.087	-906	-724	-543	-362	-181	0	0
Nettokreditaufnahme Kernhaushalt	587	532	380	291	54	100	-180	-187
Nettokreditaufnahme Kernhaushalt am Kreditmarkt	616	568	422	334	96	142	-161	-187
Nettokreditaufnahme bei Dritten	-72	-171	181	98	-69	-14	-309	-320

1) ohne KFA, Zufüsse an den Pensionsfonds und die Versorgungsrücklage, Zahlungen an Pensionäre und Zinsen.

2) Unter Berücksichtigung der haushaltsrechtlichen Verrechnungen.

Finanzplanung 2016 bis 2021

– Veränderung ggü. Vorjahr –

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
lst		lst	Ansatz	RegV	RegV	Finanzplanung		

- in Prozent -

Steuern, LFA und BEZ	3,3	4,1	4,0	4,8	4,0	2,2	4,9	3,3
Nichtsteuerliche Einnahmen	14,7	6,4	-0,5	3,4	2,0	-1,7	-1,6	2,3
Bereinigte Gesamteinnahmen	5,5	4,6	3,1	4,5	3,6	1,4	3,6	3,1
Personalausgaben	2,9	2,4	4,1	5,0	3,2	2,7	2,4	2,9
Sächliche Verwaltungsausgaben	2,2	7,5	4,1	11,2	-1,5	-7,1	-3,8	2,3
Zinsausgaben	-3,8	-13,7	22,8	-19,4	5,6	0,1	1,5	4,9
Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke	13,2	7,3	3,8	4,7	2,0	2,2	2,8	3,5
Investitionen	-1,7	5,3	-26,5	6,3	-1,6	2,3	0,0	0,8
Sonstige Ausgaben	-34,7	24,3	17,1	0,0	0,0	0,0	-53,7	-100,0
Bereinigte Gesamtausgaben	5,8	4,1	2,1	3,8	2,1	1,7	1,9	3,0
Ausgaben für die aktuelle Aufgabenerfüllung¹⁾	4,8	4,5	3,4	5,6	1,1	-0,2	1,1	2,1
Personalausgabenquote	37,0%	36,4%	37,2%	37,6%	38,0%	38,4%	38,6%	38,5%
Kreditfinanzierungsquote	4,1%	3,6%	2,6%	2,0%	0,6%	0,8%	-0,9%	-1,0%
Zinsausgabenquote	6,3%	5,2%	6,2%	4,8%	5,0%	4,9%	4,9%	5,0%
Investitionsquote	9,4%	9,5%	6,8%	7,0%	6,7%	6,8%	6,6%	6,5%
Zinssteuerquote	8,2%	6,8%	8,1%	6,2%	6,3%	6,2%	6,0%	6,1%

1) ohne KFA, Zufüsse an den Pensionsfonds und die Versorgungsrücklage, Zahlungen an Pensionäre und Zinsen.

Stellenausschreibung

(Kennziffer hD PÖ/2018)

Das Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt

eine Referentin / einen Referenten

für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, befristet bis 31. Dezember 2019, in Teilzeit (20 Stunden).

Das Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des SMS ist erster Ansprechpartner für Medien, Bürger und Verbände. Es informiert regelmäßig über die politischen Schwerpunkte des Ressorts sowie über die Arbeit der Verwaltung und unterstützt öffentlichkeitswirksame Aktionen. Zudem ist es für Publikationen, der Pflege des Internetauftrittes sowie für die Social Media-Aktivitäten verantwortlich.

Zum Aufgabenbereich gehören insbesondere:

- Konzeptionierung, Planung und Erstellung von spezifischen Inhalten für alle Social-Media-Kanäle
- Informative Aufbereitung und stete Aktualisierung der Inhalte für verschiedene Kanäle und Zielgruppen
- Bewertung und abgestimmte Reaktion auf vorhandene aktuelle Kommunikation in verschiedenen Kanälen (Monitoring)
- Planung von Themen für Newsletter und Blog
- Beobachtung aktueller Entwicklungen (neue Kanäle, neue Techniken, neue Rechtsprechungen)
- Grafische Umsetzung von Inhalten in Form von Share-Pics, Infografiken für Social-Media-Kanäle
- Dreh/ Schnitt von Trailern und kurzen Einspielern nach redaktionellen Vorgaben

Anforderungen:

Zwingend erforderlich sind:

- ein mit einem akkreditierten Master abgeschlossenes Hochschulstudium im Bereich der Kommunikationswissenschaften oder ein gleichwertiger Abschluss an einer Universität oder einer Hochschule
oder
- ein mit einem akkreditierten Master abgeschlossenes Hochschulstudium **und** mindestens zweijährige berufliche Erfahrungen im Bereich der Presse und Öffentlichkeitsarbeit (bitte entsprechende Nachweise, Arbeitsproben beilegen), speziell hinsichtlich:
 - der Entwicklung von Social Media Strategien,
 - dem Online Marketing,
 - dem Umgang mit Video- und Bildinhalten und der Darstellung von Inhalten auf Mobil-Plattformen,
 - Sicherer Umgang mit Zielgruppenanalysen und der passenden inhaltlichen Ausrichtung,
 - Erfahrung im Erstellen von prägnanten Texten

Soweit Sie die vorgenannten Voraussetzungen erfüllen, bitten wir Sie um Zusendung Ihrer aussagefähigen Bewerbungsunterlagen unter der Kennziffer hD PÖ/2018 bis **28. März 2018**

an das
**Staatsministerium für Soziales
und Verbraucherschutz
Personalreferat
Albertstraße 10
01097 Dresden**

Falls Sie sich per E-Mail bewerben möchten, senden Sie Ihre Unterlagen bitte in **eine PDF-Datei** zusammengefasst an Bewerbung@sms.sachsen.de.

Bewerber, die bereits beim Freistaat Sachsen beschäftigt sind, werden zusätzlich gebeten, Ihre Zustimmung zur Einsichtnahme in die Personalakte zu erteilen und die personalaktenführende Stelle zu benennen.

Für Fragen im Zusammenhang mit der Stelle steht Ihnen Frau Wehnert unter der Telefonnummer 0351 564-5619 gern zur Verfügung.

Bewerbungen, die nach dem **28. März 2018** (in der Dienststelle) eingehen, können im Auswahlverfahren keine Berücksichtigung finden.

Von besonderer Relevanz für die Aufgabenwahrnehmung sind zudem folgende Aspekte:

• **Fachlich**

- umfassende Fähigkeiten bei der Nutzung digitaler Werkzeuge (Bild- & Videobearbeitung) & Plattformen (Social Media)
- Kenntnisse zur graphischen Umsetzung von Inhalten in Form von Share-Pics, Infografiken für Social-Media-Kanäle
- Kenntnisse in den Bereichen Dreh/ Schnitt von Trailern und kurzen Einspielern nach redaktionellen Vorgaben
- Kreativität, Stilsicherheit und den Blick für interessante Themen sowie deren Umsetzung in aufmerksamkeitsstarken Online- und Social Media-Formate
- berufliche Erfahrungen bei der Mitarbeit in Projekten

• **Persönlich**

- hohe schriftliche und mündliche Kommunikationskompetenz
- hohes Maß an Einsatzbereitschaft und Eigeninitiative
- Ausgeprägtes Interesse für Zeitgeschichte und das aktuelle politische und gesellschaftliche Geschehen und für die Vermittlung dieser Inhalte
- Organisationsgeschick, Durchsetzungsvermögen, Teamfähigkeit, Kontaktfreude sowie ein sicheres und verbindliches Auftreten
- gute Kenntnisse der englischen Sprache

Wünschenswert wären darüber hinaus:

- Kenntnisse im Sozial-, Gesundheits- und Verbraucherschutzbereich sind wünschenswert

Wir bieten Ihnen:

- flexible und familienfreundliche Arbeitszeiten im Rahmen der geltenden Dienstvereinbarung
- ein interessantes und verantwortungsvolles Tätigkeitsfeld
- regelmäßige Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten
- ein betriebliches Gesundheitsmanagement mit Angeboten zur betrieblichen Gesundheitsförderung
- das Angebot eines JobTickets der Deutschen Bahn bzw. des jeweiligen Verkehrsverbundes im Freistaat Sachsen

Das Entgelt bestimmt sich nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L). Beim Vorliegen aller Voraussetzungen erfolgt die Eingruppierung in Entgeltgruppe 13TV-L. Der Dienort ist Dresden.

Schwerbehinderte und diesen gleichgestellte Menschen fordern wir ausdrücklich auf, sich zu bewerben, und bitten, entsprechende Nachweise beizufügen.

Aus Kostengründen werden Bewerbungsunterlagen nur zurückgesandt, wenn ein ausreichend frankierter Rückumschlag beigelegt ist. Anderenfalls werden die Unterlagen nach Abschluss des Verfahrens vernichtet.

Pillenreport

Ein Statusbericht zu oralen Kontrazeptiva



Gerd Glaeske, Petra Thürmann

Erstellt mit freundlicher Unterstützung der Techniker Krankenkasse

Pillenreport 2015

Daniela Boeschen, Judith Günther, Dennis Chytrek,
Goentje-Gesine Schoch, Gerd Glaeske

Unter Mitarbeit von Svenja Blank, Angela Fritsch, Dörte Fuchs, Frieda Höfel und
Melanie Tamminga

Medizinische Beratung:
Prof. Dr. Petra Thürmann

Erstellt mit freundlicher Unterstützung der Techniker Krankenkasse (TK)

Anschrift der Verfasser: Universität Bremen, SOCIUM, Mary-Somerville-Str. 5, 28359 Bremen

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zum Pillenreport	5
Zweites Vorwort zum Pillenreport	8
Warum dieser Report?	11
1 Hormone zur Verhütung, sexuelle Befreiung und Pillenknick: Eine kurze Geschichte der Pille	13
1.1 Hormone zur Kontrazeption: Wirkstoffe und ihre »Generation«	15
1.2 Nutzen und Risiken neuerer Gestagene	16
2 Verordnungscharakteristika hormoneller Kontrazeptiva	22
2.1 Verordnungsprävalenzen hormoneller oraler Kontrazeptiva	22
2.2 Verordnungshäufigkeit neuerer Gestagene	23
2.3 Regionale Unterschiede	26
3 Marktzugang	30
3.1 Die Pille in der Werbung – Berücksichtigung des Heilmittelwerbegesetzes	31
3.2 Internetvermarktung	32
4 Kritischer Diskurs	40
4.1 Selbsthilfegruppe Drospirenon Geschädigter (SDG)	40
4.2 Neu ist keineswegs besser und schon gar nicht veträglicher	47
5 Keypoints	51
Anhang	53
Literaturverzeichnis	60

Vorwort zum Pillenreport

Dr. Jens Baas, Vorsitzender des Vorstands der Techniker Krankenkasse

Seit 2013 gibt die Techniker Krankenkasse den Innovationsreport heraus. Er wird vom SOCIUM, Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik, an der Universität Bremen erstellt und bewertet die Arzneimittelneuheiten eines Jahres. Dabei ist uns die Abbildung der Versorgungsrealität wichtig. Im aktuellen Report hat uns die schnelle Marktdurchdringung des neuen oralen Kontrazeptivums Zoely® überrascht. Es sind bereits zahlreiche Präparate zur oralen hormonellen Kontrazeption auf dem Markt, und es bestehen noch Unsicherheiten bezüglich des Thromboserisikos der verschiedenen Präparate im Vergleich zueinander.

Bei einem Blick auf die Verordnungsdaten fällt schnell auf, dass die neueren und moderneren Präparate der 3. und 4. Generation wesentlich häufiger verordnet werden als die Pillen der 1. und 2. Generation. Dabei ist neu nicht automatisch besser - im Gegenteil. Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte hat im März 2014 beschieden, dass in den Fachinformationen für einige Pillen der 3. und 4. Generation auf das größere Thromboserisiko hingewiesen werden muss. Gleichzeitig forderte es weitere Studien von den Herstellern für Produkte, bei denen das Risiko unklar ist. Für uns Grund genug, um uns kritisch mit dem Thema auseinanderzusetzen und ihm einen eigenen Report zu widmen.

Die Techniker Krankenkasse sieht sich sowohl gegenüber den verordnenden Ärzten als auch den Frauen, die diese Präparate einnehmen, in der Pflicht, eine Orientierungshilfe anzubieten. Denn die Entscheidung für die Pille fällt meist im Teenageralter, und meist bleibt es über mehrere Jahre beim gleichen Präparat. Bis zum 20. Lebensjahr tragen die gesetzlichen Krankenkassen die Kosten, eine deutliche Informationshoheit liegt jedoch bei der pharmazeutischen Industrie.

Der Report widmet sich der Frage, ob die neuen und modernen Pillen der 3. und 4. Generation wirklich ein therapeutischer Fortschritt sind. Er geht auf Nutzen und Risiken der neueren Gestagene ein und untersucht Verordnungscharakteristika genauer.

Ein separates Kapitel widmet sich dem Marktzugang der oralen Kontrazeptiva und untersucht, wie die pharmazeutische Industrie besonders junge Erstanwenderinnen mit den vorteilhaften Wirkungen der neueren Pillen auf Haut und Haare lockt. Eigentlich ist in Deutschland die Werbung für verschreibungspflichtige Arzneimittel bei Verbrauchern durch das Heilmittelwerbegesetz verboten. Doch die Industrie findet Wege, wie sie ihre Marketingbotschaften an die Zielgruppen bringt. Ein besonderes Augenmerk haben wir dabei auf einen Kanal gerichtet, aus dem die jungen Generationen sich heute ihre Informationen beschaffen: das Internet. Dabei ist aufgefallen, dass nahezu jeder größere Anbieter oraler Kontrazeptiva eine Webseite zum Thema Verhütung betreibt, um junge Frauen aufzuklären. Rechtlich zwar auf sicherem Terrain, findet hier jedoch ein ungefilterter Informationsfluss von Marketing- und Werbebotschaften an Teenager statt. Häufig finden sich zu den Informationen über Verhütung noch weitere Texte und Videos zu Themen wie Beziehungen, Beauty und Lifestyle.

In einem kritischen Diskurs lassen wir auch Betroffene der Selbsthilfegruppe Drospirenon-Geschädigter zu Wort kommen und von ihren Erfahrungen berichten. Frau Dr. Beckermann, Gynäkologin und Sexualtherapeutin aus Köln, schildert ihre Erfahrungen zu Marketingaktionen und den dadurch erzeugten Druck, der auf junge Frauen und Ärzte ausgeübt wird, eine Pille zu verordnen, die nicht nur eine ungewünschte Schwangerschaft verhindert, sondern subjektiv auch schöner macht.

Der nun vorliegende Report ist ausdrücklich kein Anti-Pillenreport. Die Pille ist ein wichtiges Arzneimittel zur sicheren Empfängnisverhütung. Der Report soll aber darauf hinweisen, dass es unterschiedliche Produkte gibt, die unterschiedlich hohe Risiken für Thrombosen haben. Ärzte und Frauen sollten hinter die Marketingbotschaften der Pharmaindustrie schauen und eine sorgfältige Wahl treffen.

Auch wenn das Risiko für eine Thrombose gering ist, können wir aufgrund der Menge an Verordnungen hier nicht von Einzelfällen sprechen. Ein solches Ereignis kann lebensbedrohlich werden und führt nicht selten zu lebenslangen körperlichen Beeinträchtigungen. Die Pille sollte daher nicht als Lifestyle Arzneimittel betrachtet und eingenommen werden. Uns sollte

bewusst sein, dass die Pille ein hochwirksames Arzneimittel ist, das täglich von gesunden Frauen zur Verhütung eingenommen wird.

Zweites Vorwort zum Pillenreport

Prof. Dr. Petra Thürmann, Direktorin des Philipp-Klee-Instituts für klinische Pharmakologie am HELIOS Klinikum Wuppertal

Pillen sind mittlerweile Bestandteil des modernen Lebens der sich selbstbestimmenden jungen Frau. Die selbstbestimmte Kontrazeption hat daher nicht nur einen medizinischen, sondern einen sehr starken psychosozialen Aspekt. Dennoch ist auch die Pille ein „richtiges“ Arzneimittel, auch wenn sie oftmals mehr als Bestandteil des Life Style und nicht als Medikament wahrgenommen wird.

Den Analysen von Verordnungsdaten der Techniker Krankenkasse kann man entnehmen, dass ab dem 17. Lebensjahr schon mehr als die Hälfte der jungen Frauen ein orales Kombinationskontrazeptivum verordnet erhält. Dementsprechend sind die Zielgruppen für jede Pille eine Population junger gesunder Frauen und deren GynäkologInnen, die ihren Patientinnen ein möglichst „gutes“ Präparat verordnen möchten. Es handelt sich um überwiegend gesunde und junge Frauen, die sich kein Risiko einhandeln möchten und sollten. Umso klarer sollten sich die Anwenderinnen und v.a. die verordnenden ÄrztInnen darüber sein, welches auch noch so geringe Risiko durch die Einnahme einer Pille auftreten kann. Jedes Ereignis, sei es Thrombose, Lungenembolie, Herzinfarkt oder Verschluss eines Gehirngefäßes ist eines zu viel.

An eine Pille werden zwei Anforderungen gestellt: sie soll wirksam verhüten (bei angemessener Adhärenz) und sie soll möglichst wenige Nebenwirkungen haben. Was also motiviert ÄrztInnen und Patientinnen zu einer neuen Pille, über die noch nicht so viel bekannt ist? Zunächst verspürt die Anwenderin vielleicht Übelkeit, oder nimmt an Gewicht zu, oder leidet unter häufigeren Kopfschmerzattacken. Wenn ein Hersteller hier zuverlässig belegen kann, dass diese Nebenwirkungen unter seinem neuen Präparat seltener auftreten, dann wäre das schon ein Argument. Aber trifft das zu? Zumindest beim Lesen der Packungsbeilage von Zoely® gewinnt frau nicht den Eindruck. Die Studiendaten für Zoely® belegen das ebenfalls nicht. Die Wirksamkeit im Sinne des Pearl-Index ist bei den Pillen vergleichbar, in den Studien traten unter Zoely® sogar mehr Nebenwirkungen als unter dem Vergleichspräparat auf.

Gefürchtet sind bei Pillen jedoch die thromboembolischen Komplikationen, die Unterschiede beruhen bisher auf den unterschiedlichen Gestagenkomponenten – welchen Vor- oder Nachteil ein neues Estrogen bietet, ist nicht bekannt. Gerade die Tatsache, dass es sich um seltene Ereignisse handelt, stellt erhöhte Ansprüche an das Verständnis von Risiken bei Arzt/Ärztin und Patientin. Nach Gerd Gigerenzer leiden fast alle Menschen, auch Ärzte und Patienten, unter „statistical illiteracy“, d.h. einem fehlenden Verständnis für die Dimensionen von Brüchen mit großen Nennern, Prozentangaben sowie absoluten und relativen Risiken. Es gibt für die einzelne Frau keine fünf-Zehntausendstel Thrombose oder Lungenembolie, hier gilt das alles oder nichts Prinzip: entweder es trifft eine Frau oder nicht. Andererseits führte dieselbe statistical illiteracy auch dazu, dass Warnmeldungen über einen Risikoanstieg um 100 % viele Frauen zum Absetzen ihrer Pille veranlassten und die Rate der Schwangerschaftsabbrüche in England deutlich anstieg. Umso bedeutsamer ist es, dass ÄrztInnen und Patientinnen verstehen, auf welches Risiko sie sich einlassen und wie man es möglichst klein halten kann: durch die Einnahme von Pillen, für die in zahlreichen epidemiologischen Studien das geringste Risiko gezeigt werden konnte.

Die Daten der Techniker Krankenkasse zeigen den seit Jahren bestehenden Trend zur Verordnung von Pillen, für die aufgrund der Gestagenkomponente ein höheres Risiko für thromboembolische Komplikationen belegt ist. Das erhöhte Thromboserisiko der Präparate mit den ungünstigeren Gestagenen hat Eingang gefunden in die Fachinformationen für Ärzte und Apotheker: Arzneimittel, die Levonorgestrel, Norgestimat oder Norethisteron enthalten, sind mit dem geringsten Risiko für eine VTE (venöse Thromboembolie) verbunden. Andere Arzneimittel, z.B. mit dem Gestagen Drospirenon (Präparate wie z.B. Yasmin®) können ein bis zu doppelt so hohes Risiko aufweisen. Die Entscheidung, ein Arzneimittel anzuwenden, das nicht zu denen mit dem geringsten VTE-Risiko gehört, sollte nur nach einem Gespräch mit der Frau getroffen werden, bei dem sicherzustellen ist, dass sie Folgendes versteht:

- das Risiko für eine VTE bei Anwendung dieses Präparates,
- wie ihre vorliegenden individuellen Risikofaktoren dieses Risiko beeinflussen,

- und dass ihr Risiko für VTE in ihrem allerersten Anwendungsjahr am höchsten ist.

Die Marktdominanz der Pillen mit dem höheren Risiko ist ein Beispiel dafür, dass wir noch nicht verstehen, wie Risikokommunikation wirksam funktioniert. Und andererseits scheint es effektive Strategien zu geben, diese Risiken geringfügig erscheinen zu lassen. Wie das funktioniert, wird im vorliegenden Pillenreport anhand von Interviews und Analysen von Internetseiten erstmals aufgezeigt. Die Hersteller von Pillen haben offenbar herausgefunden, wie man gerade für die Zielgruppe der jungen Frauen neue Medien nutzt, um diese spezifisch und mit ihrer Sprache zu erreichen. Die Warnhinweise hingegen sowohl von Behörden als auch die Stimmen kritischer Ärzte und Wissenschaftler verhallen offenbar im Raum.

Der Pillenreport beleuchtet exemplarisch einige Aspekte und kann für ausgewählte Phänomene Antworten bieten. Letztendlich sind hier verantwortungsbewusste Ärztinnen und Ärzte und deren Fachgesellschaften gefordert, in ihren Leitlinien Stellung zu beziehen.

Warum dieser Report?

Anfang des Jahres 2012 wurde Zoely® als ein neu kombiniertes orales Kontrazeptivum (»Antibabypille«, kurz »Pille« genannt) auf den Markt gebracht, das im Gegensatz zu den meisten bisher angebotenen Mitteln nicht das bewährte Ethinylestradiol als synthetisches Estrogen enthält, sondern das körpereigene Estradiol. Als Gestagen wurde der eher selten angewendete Wirkstoff Nomegestrol kombiniert. Bisher wurde die Gestagen-Komponente Nomegestrol nur in Frankreich in einem Präparat gegen Beschwerden in den Wechseljahren genutzt (in Kombination mit Estrogen im Handelspräparat Naemis®, als Monopräparat im Handelspräparat Lutenyl®). Die »Pille« Zoely® wurde bisher aufgrund von Sicherheitsbedenken in den USA noch nicht zugelassen. Auch die europäische Arzneimittelbehörde EMA weist darauf hin, dass diese neue Pille schlechter als u.a. Drospirenon-haltige Mittel zu bewerten sei. Bei Präparaten mit Drospirenon ist das Risiko für Thromboembolien höher als bei den bewährten Pillen, in denen als Estrogen das Ethinylestradiol und als Gestagen das Levonorgestrel kombiniert sind.

Da Zoely® im Jahre 2012 auf den Markt kam, wurde es auch im Innovationsreport 2015 der TK besprochen und bewertet. Die Gesamtbewertung ist im Anhang dieses Reports nachzulesen. Orale Kontrazeptiva sind im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) für Mädchen und junge Frauen bis zum vollendeten 20. Lebensjahr, d.h. bis einen Tag vor ihrem 20. Geburtstag, verordnungsfähig. Die Verordnungsdaten aus den Jahren 2012 und 2013 (Abbildung 1) zeigen, dass diese Pille trotz der Sicherheitsbedenken unmittelbar nach ihrem Markteintritt in steigendem Umfang verordnet wurde, im Jahre 2014 hatte sie bereits Platz 11 der meist verkauften Pillen in Deutschland erreicht (Tabelle 1).

Nun wird seit vielen Jahren das Risikopotential von neu angebotenen Pillen und den unterschiedlichen Gestagen-Komponenten diskutiert. Allgemein werden die Präparate mit niedrig dosiertem Ethinylestradiol und Levonorgestrel gegenüber Pillen mit anderen Gestagenen, die entweder ein bisher ungeklärtes (z.B. Dienogest oder Chlormadinon) oder ein schon oft nachgewiesenes höheres Thromboserisiko (z.B. Desogestrel oder Drospirenon) aufweisen, am ehesten empfohlen. Zu den Gestagenen mit einem ungeklärten Risiko gehört auch das Nomegestrol, das nun in dem seit dem Jahre 2012 angebotenen Zoely® enthalten ist.

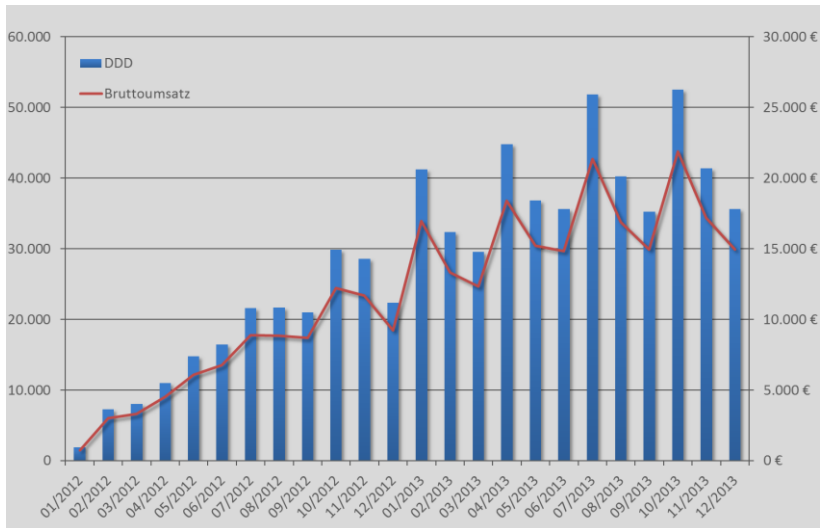


Abbildung 1: Verordnungscharakteristika für Zoely® im Jahr 2012 und 2013 (nach Tagesdosierungen und Umsatz in der TK)

Trotz aller Neuerungen gilt aber nach wie vor, dass Pillen mit dem Gestagen Levonorgestrel aufgrund ihrer besseren Nutzen-Schaden-Bilanz bevorzugt verordnet und eingenommen werden sollten, wenn keine wichtigen Gründe (in erster Linie Unverträglichkeitsreaktionen) dagegen sprechen (siehe Kapitel 1). Die Wirksamkeit ist bei allen angebotenen Mitteln vergleichbar, weswegen die Bewertung von Risiken und Unverträglichkeiten im Mittelpunkt stehen sollte, wenn Hormonkombinationen als Verhütungsmittel verordnet werden, schließlich wird mit diesen »Pillen« keine Krankheit behandelt, bei deren Therapie Risiken in Kauf genommen werden (müssen), sondern es soll eine möglichst wirksame und verträgliche sowie eine zuverlässige Verhütung erreicht werden. Allerdings wird dies bei einem Großteil der Pillen-Verordnungen zu wenig berücksichtigt, rund die Hälfte aller Pillenpackungen entfallen auf solche mit neueren Gestagenen mit zumeist höheren Risiken (Tabelle 1). Ein Umdenken bei der Verordnung von Pillen ist daher zugunsten von Mädchen und Frauen überfällig. Hierzu möchte dieser Report einen Beitrag leisten.

1 Hormone zur Verhütung, sexuelle Befreiung und Pillenknick: Eine kurze Geschichte der Pille

Die Geschichte der »Pille« begann 1951, als dem Chemiker Carl Djerassi (1923–2015) die synthetische Herstellung des Progesteron-ähnlichen Wirkstoffs Norethisteron (Norethindron) gelang. Djerassi selbst bewertete seinen naturwissenschaftlichen Erfolg bei allem Stolz mit Bescheidenheit. Er betrachtete sich nur als Erfinder einer chemischen Substanz, die auch zur Empfängnisverhütung eingesetzt werden konnte. 1956 schließlich war eine erste Verhütungspille im Rahmen von ethisch fragwürdigen Versuchen, die u.a. von Gregory Pincus (1903–1967) durchgeführt wurden, an armen Bevölkerungsschichten in Puerto Rico erprobt worden. Pincus hatte bereits früh erkannt, dass Progesteron-Derivate als wirksame Mittel zur Verhinderung einer Ovulation eingesetzt und daher als neuartiges Verhütungsmittel angewendet werden können.

Die erfolgreiche Synthese eines Sexualhormons und die nachfolgende Forschung führten letztlich zur Herstellung der ersten »Antibabypille«, die am 18. August 1960 in den USA als erstes Kombinationskontrazeptivum mit den Wirkstoffen Mestranol und Norethinodrel unter dem Handelsnamen Evonid® auf den Markt kam. Die Einführung der »Pille« als rasch verfügbares, einfach anzuwendendes und verlässlich wirksames Verhütungsmittel führte zu einem entscheidenden Wendepunkt bei der Empfängnisverhütung, da Frauen zum ersten Mal in die Lage versetzt wurden, ihre Sexualität eigenverantwortlich und selbstbestimmt zu leben. „Die Pille ist ein Meilenstein in der Geschichte der Emanzipation“, sagte die Frauenrechtlerin Alice Schwarzer mit Blick auf die Jahre vor der Pille. „Ich gehöre zu der Frauengeneration, die die ersten Jahre noch ohne Pille erlebt hat: voller Angst vor einer ungewollten Schwangerschaft“ (Deutsche Ärztezeitung, 2010).

Bald nach der ersten Vermarktung in den USA brachte das Berliner Pharmaunternehmen Schering am 1. Juni 1961 den ersten europäischen Ovulationshemmer Anovlar® auf den westdeutschen Markt. Eine Packung des verschreibungspflichtigen Medikaments, dessen Name so viel wie »kein Eisprung« bedeutete, kostete damals 8,60 DM. Enthalten waren 20 Dragees mit einer wirksamen Kombination von synthetischen Abkömmlingen der Hormone Estrogen und Gestagen. Anovlar® basierte auf Untersuchungen des belgischen Gynäkologen Ferdinand Peeters (1918-1998),

der mit Unterstützung von Schering nach einem Mittel zur Empfängnisverhütung suchte und schließlich mit einer Mischung aus 0,05 mg des Estrogens Ethinylestradiol und 4 mg des Gestagens Norethisteronacetat in einer Studie an 50 Frauen einen Erfolg verzeichnen konnte – die »Pille der ersten Generation« konnte auf dem Markt angeboten werden. Drei Jahre später wurde die erste Kalenderpackung mit 21 Tabletten eingeführt, mit der die Kontrolle der regelmäßigen Einnahme erheblich vereinfacht werden konnte. Ab 1965 gab es schließlich auch in der DDR eine selbstentwickelte Antibabypille, die unter dem Namen Ovosiston® vom VEB Jenapharm produziert wurde. Bei der Vorstellung des Präparates auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1965 erhielt Jenapharm dafür eine Goldmedaille für »besondere Verdienste«. Am 15. November 1965 wurde es in das Arzneimittelregister der DDR eingetragen. Bemühungen, statt des Begriffs »Antibabypille« den Begriff »Wunschkindpille« durchzusetzen, blieben allerdings ohne Erfolg. So wurde auch in der DDR der Begriff »Antibabypille« die übliche Bezeichnung für dieses zur damaligen Zeit dort kostenlos verteilte neue Verhütungsmittel.

Es ist heute kaum noch nachvollziehbar, dass dieses innovative Verhütungsmittel anfangs eher reserviert aufgenommen wurde. Der »Siegeszug der Pille« ließ jedenfalls noch einige Jahre auf sich warten. So waren die Pharmafirmen zu Beginn der Vermarktung eher zögerlich und hatten wegen der herrschenden Moralvorstellungen als Indikation zunächst die »Behebung von Menstruationsstörungen« in den Mittelpunkt gestellt. Zudem sollte das Mittel nur verheirateten Frauen verschrieben werden. Der Grund lag in der Befürchtung der Verwilderung von Sitte und Anstand. Vor allem Männer mit tradierten Moralvorstellungen und konservative Medienvertreter lösten sich nur langsam von ihren Vorurteilen. Liebend gern wurde über unerwünschte Wirkungen und Risiken der Pille berichtet. Solche Schlagzeilen sollten Ängste schüren und Zurückhaltung vor den neuen Mitteln zur sexuellen Befreiung verbreiten. Noch im Jahre 1965 warnten 140 Ärzte und 45 Professoren in einer »Ulmer Denkschrift« die Bundesregierung vor der »staatlich geförderten Hemmungslosigkeit« und prophezeiten die Verwandlung Deutschlands »in ein sterbendes Volk«. Geblieben ist von dieser Prophezeiung in der Tat der sogenannte »Pillenknick« ab Mitte der 1960er Jahre bis Anfang der 1970er Jahre, zu dem zumindest teilweise die Verfügbarkeit der Pille beigetragen hat. Der Rückgang des Babybooms der Nachkriegszeit kann aber auch durch Altersstruktur, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen sowie die sich

parallel entwickelnde Änderung der Moralvorstellungen erklärt werden. Es vergingen, so zeigten es die damaligen Absatzzahlen, noch mehr als fünf Jahre, bis die anfängliche Zurückhaltung vieler Frauen und das Misstrauen der konservativen Frauenärzte auch in Deutschland allmählich nachließen. Mitte bis Ende der 60er Jahre kam es zu einer sprunghaften Verbreitung der hormonellen Kontrazeption. Dies übrigens trotz der Enzyklika *Humanae vitae*, die von Papst Paul VI. am 25. Juli 1968 veröffentlicht wurde und in der diese offensichtlich der »Unmoral und Promiskuität« Tür und Tor öffnende Verhütungsmethode gläubigen Katholiken verboten wurde. Die Männer an der Spitze der katholischen Kirche hatten schon damals nur wenig Verständnis für die Selbstbestimmung der Frau, die auch ihre eigenen Entscheidungen für ihr Sexualeben betraf. Einer der von Papst Paul VI. befragten Experten war seinerzeit der österreichische Gynäkologe Hermann Knaus, der »Erfinder« einer Verhütungsmethode, die den Ruf hatte, bei ihrer Anwendung eher zu Schwangerschaften zu führen als sie zu verhindern. Bei der sogenannten »Knaus-Ogino-Verhütungsmethode« handelt es sich um eine natürliche Familienplanung, die auf der Protokollierung des weiblichen Menstruationszyklus beruht, um den möglichen Eisprung abschätzen und somit fruchtbare und unfruchtbare Tage ermitteln zu können.

1.1 Hormone zur Kontrazeption: Wirkstoffe und ihre »Generation«

Nach repräsentativen Erhebungen wird heute die Antibabypille in Deutschland von sechs bis sieben Millionen Frauen eingenommen (Wiegratz et al., 2011) und steht in der Rangfolge aller Verhütungsmethoden an der Spitze. Bis auf wenige Ausnahmen handelt es sich bei den Kontrazeptiva um Estrogen-Gestagen-Kombinationen, deren Wirkung auf der Beeinflussung der natürlichen Regulationsmechanismen des weiblichen Hormonhaushalts beruht.

Hormonelle Kontrazeptiva werden üblicherweise nach »Generationen« eingeteilt, die den Zeitpunkt der Entwicklung und Vermarktung widerspiegeln sollen. So war die damalige »Pincus-Pille« der ersten Generation, genannt nach ihrem Erfinder Gregory Pincus, mit einer Gesamthormonmenge von 207 Milligramm pro Zyklus eine regelrechte »Hormonbombe«. Eine einzige Tablette enthielt eine so hohe Dosis der Estrogenkompo-

nente, wie sie heute in einer gesamten Monatspackung enthalten ist. Dabei war schon damals bekannt, dass hohe Hormondosierungen das Risiko für Brustkrebs steigern.

Die danach folgenden Antibabypillen der zweiten Generation enthielten nur noch Hormonmengen im Mikrogrammbereich: Neben niedriger dosiertem Estrogen wurden in diesen Pillen nun auch andere Gestagene, in der Regel jedoch Levonorgestrel, in unterschiedlichen Konzentrationen eingesetzt. Insbesondere die Dosisreduktion der Estrogenkomponente förderte die Verträglichkeit der Pillen gegenüber der ersten Generation – bei gleicher Wirksamkeit und Sicherheit. Ab den 1990er Jahren wurden weitere kombinierte hormonelle Kontrazeptiva in den Markt eingeführt. Diese enthielten im Unterschied zur zweiten Generation neu entwickelte Gestagene und werden in der Literatur häufig als Kontrazeptiva der dritten (beispielsweise Pillen mit Gestoden oder Desogestrel) und vierten Generation (beispielsweise Pillen mit Drospirenon) bezeichnet (EMA, 2015).

1.2 Nutzen und Risiken neuerer Gestagene

Mehr als 50 Jahre sind mittlerweile vergangen, seit die erste Verhütungspille in den deutschen Arzneimittelmarkt eingeführt wurde. Inzwischen gehören kombinierte Kontrazeptiva zu den meist angewendeten Mitteln in der Schwangerschaftsplanung. Während die Auswahl an Estrogenkomponenten in den Pillenpräparaten überschaubar ist, steht eine Reihe verschiedener Gestagene als Kombinationspartner zur Verfügung. Die kontinuierliche Weiterentwicklung der Pille und ihrer Wirkstoffkomponenten wurde vor allem mit dem Ziel verfolgt, potentielle unerwünschte Wirkungen der Einzelkomponenten zu reduzieren und damit die Verträglichkeit der Pille zu verbessern. Dies ist gerade im Hinblick auf die üblicherweise längerfristige Einnahme hormoneller Kontrazeptiva von hoher Relevanz. Außerdem darf bei der Betrachtung kombinierter Kontrazeptiva nicht vergessen werden, dass hormonelle Verhütungsmittel nicht von Patientinnen mit bestimmten Krankheiten angewendet werden, sondern von gesunden Frauen, die eine wirksame und sichere Empfängnisverhütung suchen.

Im Fokus der Betrachtungen zur Verträglichkeit der Pillenpräparate stehen kardiovaskuläre Risiken, im Speziellen das Risiko für tiefe Beinvenenthrom-

bosen und Lungenembolien (Jick et al., 1995; van Hylckama Vlieg et al., 2009; Lidegaard et al., 2011; Jick et al., 2006; Bird et al., 2013; Gronich et al., 2011). Bekannt ist, dass bei zwei von 10.000 Frauen im gebärfähigen Alter, die keine Kontrazeptiva einnehmen und auch nicht schwanger sind, in einem Jahreszeitraum eine solche zumeist gefährliche Thromboembolie auftritt (EMA, 2013; EMA, 2015). Mit der Anwendung hormoneller Kontrazeptiva steigt dieses Risiko. Wenn mit der Einnahme der Pille zudem nicht auf Alkohol- und Zigaretten-Konsum verzichtet werden kann, wird die Gefahr von Herz-Kreislauf-Erkrankungen noch weiter erhöht. Frauen über 35 Jahre, die mehr als zehn Zigaretten pro Tag rauchen, sollten möglichst ganz auf die Pille als Verhütungsmittel verzichten. Bei Frauen unter 35 Jahren steigt das Risiko einer Herz-Kreislauf-Erkrankung allein durch das Rauchen auf das Drei- bis Elfache im Vergleich zu Nicht-Raucherinnen an. Nach Angaben der Leitlinien der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe erhöht sich das Risiko auf das 20- bis 87-fache, wenn Raucherinnen gleichzeitig die Pille einnehmen.

Die Risikoerhöhung für tiefe Beinvenenthrombosen oder Lungenembolien hängt neben individuellen Risikofaktoren wie Alter, Rauchen, Übergewicht und Diabetes mellitus aber auch von der eingenommenen Wirkstoffkombination und der Dosierung der Einzelkomponenten ab: Neben verschiedenen Estrogendosierungen zeigen auch die verschiedenen Gestagene differenzierte Risikoprofile (u.a. van Hylckama Vlieg et al. 2009; Lidegaard et al. 2011). Nach dem derzeitigen medizinischen Kenntnisstand lässt sich das Thromboembolierisiko durch eine Dosisreduktion der Estrogenkomponente und durch die Auswahl eines risikoarmen Gestagens vermindern. Und da viele Frauen die Pille nutzen, sollte jede auch noch so geringe Risikoerhöhung vermieden werden, wenn dies durch die Anwendung anderer Präparate möglich ist.

Obwohl seit der Entwicklung der ersten Verhütungspille stetig neue Pillenpräparate auf den Markt drängten, haben sich vor allem die Mittel der zweiten Generation mit niedrig dosiertem Estrogen (20-30 Mikrogramm Ethinylestradiol) und Gestagenen wie Levonorgestrel oder Norethisteron bewährt. Bei diesen Pillen kam es gegenüber den Pillen der ersten Generation zu einem deutlichen Gewinn an Verträglichkeit: Durch die Dosisreduktion von 150 Mikrogramm Ethinylestradiol pro Tablette auf unter 35 Mikrogramm konnte das Risiko für Thrombosen und Lungenem-

bolien, das hier noch bei fünf bis sieben pro 10.000 Frauen und Jahr liegt, deutlich gesenkt werden (EMA, 2015).

Da neue Arzneimittel zu höheren Preisen vermarktet werden können, wurden neben den bewährten Präparaten der zweiten Generation auch Pillen der dritten Generation in den Markt eingeführt, in denen niedrig dosiertes Estrogen mit neuartigen Gestagenkomponenten wie Desogestrel oder Gestoden kombiniert wurde. Diese Pillen sind in Wirksamkeit und Zuverlässigkeit mit den Mitteln der zweiten Generation vergleichbar. Sie erhöhen aber das Thromboembolierisiko gegenüber diesen um das 1,5- bis zweifache, also auf neun bis zwölf Embolien pro 10.000 Frauenjahre (EMA, 2015). Trotzdem hatten und haben diese Pillen weiterhin Erfolg. Marketing und Werbung der Hersteller konnten Ärzte trotz des bekannten erhöhten Risikos von den angeblichen Vorzügen dieser neuen Pillen überzeugen, so dass diese Mittel inzwischen die Absatzlisten nach Packungsmengen anführen (siehe Tabelle 1).

Nach Desogestrel und Gestoden wurde ein weiteres neuartiges Gestagen, das Drospirenon, angeboten. Pillen der vierten Generation mit diesem Gestagen sollten nach den Aussagen der Hersteller ein vergleichbares Thromboserisiko wie die Pillen der zweiten Generation besitzen. Auch diesem Argument folgten die Ärzte erneut, der nach wie vor hohe Absatz dieser Pillen nach Packungsmengen zeigt den Erfolg dieser Präparate auch im Jahre 2014 (siehe Tabelle 1). Schon im Jahre 2009 gaben aber Studien aus Dänemark und aus den Niederlanden für Drospirenon deutliche Hinweise darauf, dass das Risiko für Thromboembolien um das 1,7-fache höher lag als bei Levonorgestrel und somit dem der dritten Generation vergleichbar ist. Im April 2011 wurden zwei weitere Studien publiziert, die sogar ein mehr als dreimal höheres Risiko für Drospirenon-haltige Präparate im Vergleich zu Pillen mit Levonorgestrel aufzeigten. Für Dienogest, dem Gestagen der meistverkauften Pille im Jahr 2014 (Maxim®), fehlen demgegenüber noch immer ausreichende Daten für eine abschließende Bewertung seiner Verträglichkeit. In den vergangenen Jahren wurden ebenfalls mehrere Fälle von zerebralen venösen Thrombosen (CVT) im Zusammenhang mit der Einnahme von kombinierten oralen Kontrazeptiva berichtet (Bundesärztekammer, 2013). Nach Angabe der AkdÄ sind diese insgesamt seltener als tiefe Beinvenenthrombosen oder Lungenembolien und können einer frühzeitigen Diagnosestellung entgehen. Die CVT-Inzidenz wird derzeit auf drei bis vier Fälle pro

Millionen Erwachsener pro Jahr geschätzt (Stam, 2005). Frauen sind von dieser Komplikation aufgrund der Einnahme von oralen Kontrazeptiva (sechsfache Risikoerhöhung) sowie Schwangerschaft und Wochenbett häufiger betroffen als Männer (Bousser & Crassard, 2012).

Die französische Arzneimittelzulassungsbehörde entzog im Jahr 2013 den Pillen der dritten und vierten Generation die Erstattungsfähigkeit durch das öffentliche Gesundheitswesen. Dies führte zu einem Verordnungsrückgang dieser Präparate um 45 Prozent, während die Verordnungen der Pillen vor allem aus der zweiten Generation um 30 Prozent zunahmen (a-t, 2015). Gleichzeitig ging die Verschreibung kombinierter oraler Kontrazeptiva im Vergleich zum Vorjahr um fünf Prozent zurück, während nicht-orale Darreichungsformen wie Spiralen und Implantate häufiger verordnet wurden (a-t, 2015). Parallel dazu sanken in Frankreich Klinikaufnahmen aufgrund von Lungenembolien bei 15- bis 49-jährigen Frauen um 11,2 Prozent, bei 15- bis 19-jährigen sogar um 27,9 Prozent (a-t, 2015).

Die unterschiedlichen Risiken für tiefe Beinvenenthrombosen werden auch noch einmal durch eine im Mai 2015 publizierte Studie aus Großbritannien bestätigt (Vinogradova et al., 2015). Die Ergebnisse weisen in aller Deutlichkeit darauf hin, dass das Thromboserisiko der Pillenpräparate mit der Gestagen-Komponente variiert. So zeigen die publizierten Daten, dass die Einnahme von Pillen mit den Gestagenen Desogestrel, Gestoden und Drospironon im Vergleich zu Pillen mit Levonorgestrel ein nahezu doppelt so hohes Risiko für Thrombosen mit sich bringen. Dies gilt übrigens auch für kombinierte Hormonpräparate mit dem Gestagen Cyproteron. Die Anzahl der im Zusammenhang mit den Pillenpräparaten zusätzlich pro 10.000 Frauen und Jahr aufgetretenen tiefen Beinvenenthrombosen betrug bei der Einnahme von Levonorgestrel-haltigen Mitteln sechs, bei der Einnahme von Gestoden-haltigen Mitteln elf und bei der Einnahme von Drospironon-haltigen Mitteln 13. Am höchsten lag sie mit 14 bei Präparaten mit Desogestrel und Cyproteron. Leider waren auch in diese Studie keine Präparate mit Dienogest eingeschlossen. Für diese kann aber aufgrund älterer Studien ein bis zu ca. 1,8-fach erhöhtes Thromboserisiko gegenüber Levonorgestrel nicht ausgeschlossen werden. Für das Gestagen Chlormadinon, das vor allem bei Akne und fettiger Haut eingesetzt wird, liegen ebenfalls keine ausreichend validen Daten zum Thromboserisiko in

den Beinen vor, weswegen es auch hier (gegenüber den Pillen mit Levonorgestrel) bei Unsicherheiten für die Bewertung bleibt.

Tabelle 1 gibt einen Überblick über die meistverkauften Pillen-Präparate. Das bedrückende Ergebnis: Mehr als die Hälfte dieser Mittel enthält Gestagene, die entweder ein bisher ungeklärtes (z.B. Dienogest oder Chlormadinon) oder ein schon oft nachgewiesenes höheres Thromboserisiko (z.B. Desogestrel oder Drospirenon) aufweisen als Mittel mit Levonorgestrel. Pillen mit dem Gestagen Levonorgestrel sollten aber aufgrund ihrer besseren Nutzen-Schaden-Bilanz bevorzugt verordnet und eingenommen werden, wenn keine wichtigen Gründe (in erster Linie Unverträglichkeitsreaktionen) dagegen sprechen.

Übrigens: Es ist beruhigend zu wissen, dass die inzwischen vorliegenden Langzeitdaten (über einen Zeitraum von mehr als 30 Jahren) insgesamt keine Hinweise auf ein erhöhtes Krebsrisiko im höheren Lebensalter nach Einnahme der Antibabypille im gebärfähigen Alter ergeben haben (Collaborative Group, 2015). Die heutzutage verwendeten Pillen enthalten allerdings weniger Estrogen und teilweise andere Gestagene, so dass nicht sicher ist, ob diese Ergebnisse uneingeschränkt auf diese übertragen werden können. Dies ist ein weiterer Grund, die bewährten Präparate zu bevorzugen.

Fazit: Pillen der zweiten Generation bleiben nach dem derzeitigen Kenntnisstand die Mittel der Wahl zur oralen Verhütung, bei allen anderen Pillen sind die Risiken höher oder schwer einschätzbar – und beides birgt unübersehbare Gefahren für Frauen, die solche Pillen einnehmen!

Rang	Präparat	Hersteller (Markteinführung)	Gestagen	Packungen 2014 in Tsd.	Industrieumsatz 2014 in Mio. Euro
1	Maxim®	Jenapharm (01/2011)	Dienogest	2.027	33,7
2	Lamuna®	Hexal (09/2000)	Desogestrel	743	12,8
3	Evaluna®	Madaus (08/2010)	Levonorgestrel	677	5,8
4	Velafée®	Velvian (02/2012)	Dienogest	468	5,7
5	Belara®	Grünenthal (02/1992)	Chlormadinon	445	11,6
6	Dienovel®	mibe (08/2012)	Dienogest	413	3,5
7	Minisiston®	Jenapharm (01/1981)	Levonorgestrel	396	7,1
8	Leona-Hexal®	Hexal (04/2008)	Levonorgestrel	377	6,2
9	Asumate®	Velvian (08/2010)	Levonorgestrel	344	4,8
10	Maitalon®	Gedeon Richter (05/2012)	Drospirenon	341	9,1
11	Zoely®	MSD (01/2012)	Nomegestrol	331	6,1
12	Chariva®	Gedeon Richter (12/2009)	Chlormadinon	323	7,3
13	Bellissima®	Madaus (10/2008)	Chlormadinon	307	6,8
14	Minisiston® 20	Jenapharm (10/2007)	Levonorgestrel	278	3,8
15	Swingo®	Aristo Pharma (04/2011)	Levonorgestrel	263	2,3
16	Valette®	Jenapharm (03/1995)	Dienogest	230	7,2
17	Mayra®	Madaus (02/2012)	Dienogest	218	2,1
18	Leios®	Pfizer (04/1996)	Levonorgestrel	217	4,7
19	Desmin®	Gedeon Richter (10/1998)	Desogestrel	189	3,4
20	Bonadea®	Zentiva (02/2012)	Dienogest	188	1,7
21	Aristelle®	Aristo Pharma (03/2012)	Dienogest	178	1,7
22	Trigoa®	Pfizer (10/1995)	Levonorgestrel	178	2,8
23	Femigoa®	Pfizer (02/1992)	Levonorgestrel	177	2,7
24	Femigyne®	ratiopharm (02/2011)	Levonorgestrel	175	1,3
25	Microgynon®	KohlPharma (01/1994)	Levonorgestrel	172	1,9
26	Aida®	Jenapharm (09/2006)	Drospirenon	155	5,9
27	Yaz®	Jenpharm (09/2008)	Drospirenon	153	4,5
28	Levomin®	mibe (03/2011)	Levonorgestrel	147	1,1
29	Leanova AL®	Aliud (07/2012)	Levonorgestrel	145	1,1
30	Femikadin®	Dr. Kade/Besins(06/2012)	Levonorgestrel	131	1,4
31	Chloee®	Zentiva Pharma (02/2012)	Chlormadinon	131	1,6
32	Mona-Hexal®	Hexal (12/2009)	Chlormadinon	130	2,4
33	Enriqa®	Jenapharm (12/2009)	Chlormadinon	125	1,9
34	Yasminelle®	Jenapharm (09/2006)	Drospirenon	124	4,4
35	Minette®	Dr. Kade/Besins (06/2010)	Chlormadinon	120	1,8
36	Starletta Hexal®	Hexal (09/2012)	Dienogest	106	1,0
37	Yasmin®	Jenapharm (11/2000)	Drospirenon	104	3,5
38	Lilia®	Aristo Pharma (03/2010)	Chlormadinon	103	1,3
39	Illina®	Sandoz (04/2008)	Levonorgestrel	98	1,2
40	Neo-Eunomin®	Grünenthal (01/1985)	Chlormadinon	89	3,2
	Gesamt-Tabelle			11.516	192,4
	Gesamtmarkt			18.650	339,0

grün: 2. Generation, rot: andere und/oder neuere Gestagene

Tabelle 1: Überblick über den Markt der meist verkauften Pillen mit niedrigdosiertem Östrogen und Gestagen im Jahre 2014 (ohne Reimporte) – eine Orientierung über die unterschiedlichen Gestagene in den Pillenpräparaten (IMS, 2015)

2 Verordnungskarakteristika hormoneller Kontrazeptiva

Im Rahmen der GKV können Frauen bis zum vollendeten 20. Lebensjahr hormonelle Kontrazeptiva auf Kassenrezept verordnet bekommen. Diese Möglichkeit wird von zahlreichen Mädchen und jungen Frauen wahrgenommen. Die kontrazeptive Wirksamkeit der verschiedenen Produkte gilt als vergleichbar, daher sind bei der Präparateauswahl vor allem Sicherheits- und Verträglichkeitsaspekte zu beachten.

Seit März 2015 werden Notfallkontrazeptiva (die »Pille danach«) wie Pidana® (1,5 mg Levonorgestrel) und ellaone® (30 mg Ulipristalacetat) apothekenpflichtig ohne Rezept angeboten. Aufgrund der aktuellen Veränderungen der Arzneimittelverschreibungsverordnung werden zukünftig die Verordnungen von Notfallkontrazeptiva zu Lasten der GKV wohl deutlich zurückgehen, obwohl sie nach ärztlicher Verschreibung grundsätzlich als GKV-Leistung bis zum vollendeten 20. Lebensjahr erstattungsfähig sind.

2.1 Verordnungsprävalenzen hormoneller oraler Kontrazeptiva

Die vorliegenden Auswertungen zeigen, dass in den Jahren 2011 bis 2013 durchschnittlich pro Jahr 391.489 Mädchen im Alter von 11 bis 19 Jahren mindestens einen Tag bei der TK versichert waren. Für durchschnittlich 117.845 davon wurden insgesamt 1.137.570 Packungen hormoneller oraler Kontrazeptiva verordnet.

Nach den Daten bekamen in den Jahren 2011 bis 2013 bereits durchschnittlich pro Jahr zehn versicherte Mädchen im Alter von 11 Jahren hormonelle orale Kontrazeptiva verordnet, bei den zwölfjährigen Mädchen waren es durchschnittlich 74 Versicherte pro Jahr. Der Anteil an Mädchen mit Verordnung einer »Antibabypille« betrug demnach bei den elfjährigen TK-Versicherten < 0,1 Prozent (10 von 40.054) bzw. 0,2 Prozent (74 von 41.591 TK-Versicherten in diesem Alter). Bei den 14-Jährigen lag in den Jahren 2011 bis 2013 der Anteil an Anwenderinnen hormoneller oraler Verhütungsmittel zu Lasten der TK bei 6-6,5 Prozent, bei den 15-Jährigen war die Verordnungshäufigkeit mit 20 Prozent schon mehr als doppelt so hoch. Von den 16-Jährigen wendeten im Untersuchungszeitraum bereits gut 40 Prozent hormonelle orale Kontrazeptiva an. Mit dem Alter steigt

der Anteil der Versicherten mit mindestens einer Verordnung für solche Präparate kontinuierlich weiter an und erreicht bei den 19-Jährigen den maximalen Wert von bis zu 74 Prozent (Abbildung 2).

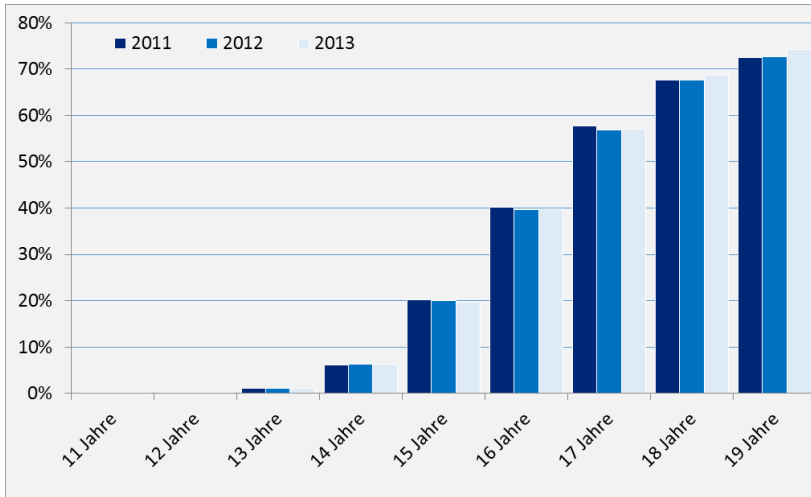


Abbildung 2: Anteil an Frauen mit Verordnung einer »Antibabypille« für TK-Versicherte nach Altersgruppen in den Jahren 2011 bis 2013

2.2 Verordnungshäufigkeit neuerer Gestagene

Die Abrechnungsdaten der oralen Kombinationskontrazeptiva zu Lasten der TK aus den Jahren 2011 bis 2013 zeigen, dass die jungen Frauen vorwiegend die neueren Gestagene, bzw. Präparate mit höherem oder unklarem VTE-Risiko einnahmen (siehe Abbildung 3-5). Als Präparate mit höherem, bzw. unklarem Risiko wurden »Antibabypillen« mit den Gestagenen Desogestrel, Gestoden, Chlormadinon, Dienogest, Drospirenon und Nomegestrol (»neuere Gestagene«) in Kombination mit einem Estrogen eingestuft. Unter niedrigerem Risiko (»ältere Gestagene«) wurden die Wirkstoffe Levonorgestrel, Norethisteron sowie Norgestim in Kombination mit einem Estrogen zusammengefasst. Besonders

hervorzuheben ist der über die Jahre konstant hohe Anteil der sehr jungen Mädchen (11-14 Jahre), die eine »Antibabypille« mit einem Gestagen mit höherem bzw. unklarem Risiko einnehmen. So ist davon auszugehen, dass für die Erstverordnung eines oralen Kombinationskontrazeptivums vorzugsweise eines der neueren Präparate ausgewählt wird. Auffällig ist zudem, dass es Frauen gibt, die innerhalb eines Jahres sowohl ein Präparat der älteren als auch der neueren Generation einnahmen. So wechselten 5.817 Frauen im Jahr 2011, 5.689 im Jahr 2012 und 6.096 im Jahr 2013 zwischen Präparaten mit erhöhtem und nicht erhöhtem Risiko. In den meisten Fällen (55 Prozent im Jahr 2011, 62 Prozent im Jahr 2012 und 59 Prozent im Jahr 2013) erfolgte der Wechsel von einem Präparat mit bekannt niedrigem Risiko zu einem Präparat mit höherem (oder unklarem) Risiko.

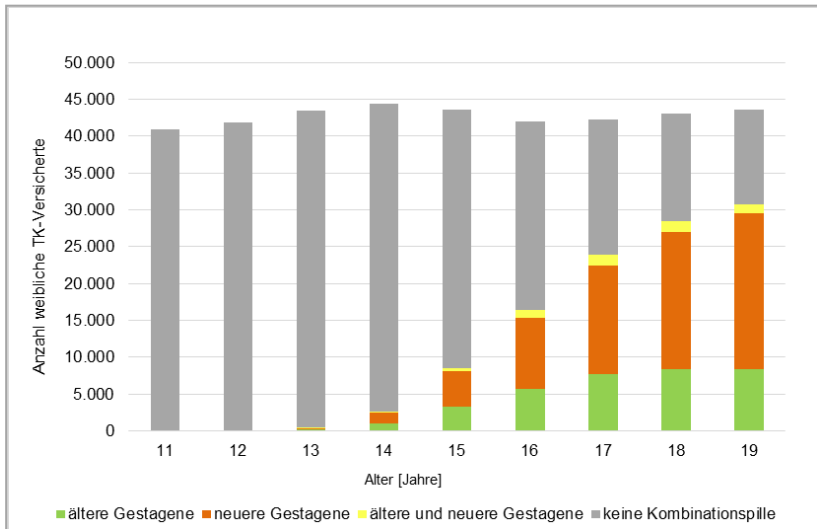


Abbildung 3: Verordnung von Kombinationspillenpräparaten an weibliche TK-Versicherte nach Altersgruppen und Art des Gestagens im Jahr 2011

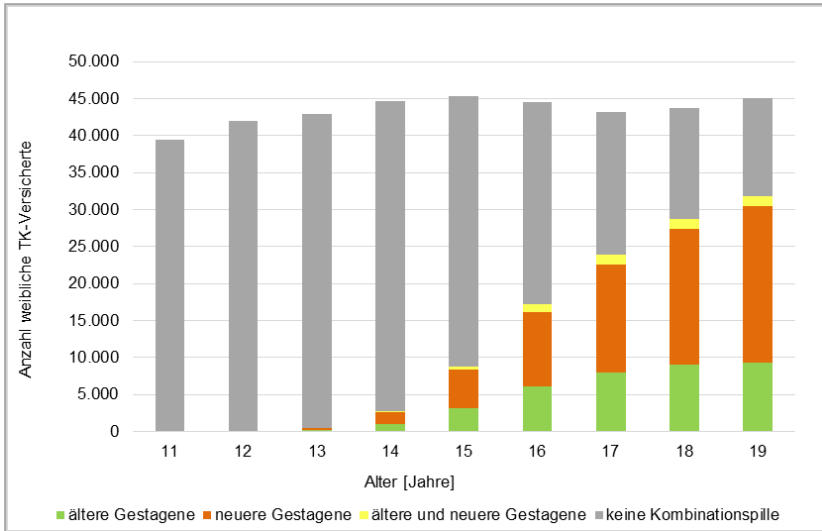


Abbildung 4: Verordnungsart von Kombinationspillepräparaten an weibliche TK-Versicherte nach Altersgruppen und Art des Gestagens im Jahr 2012

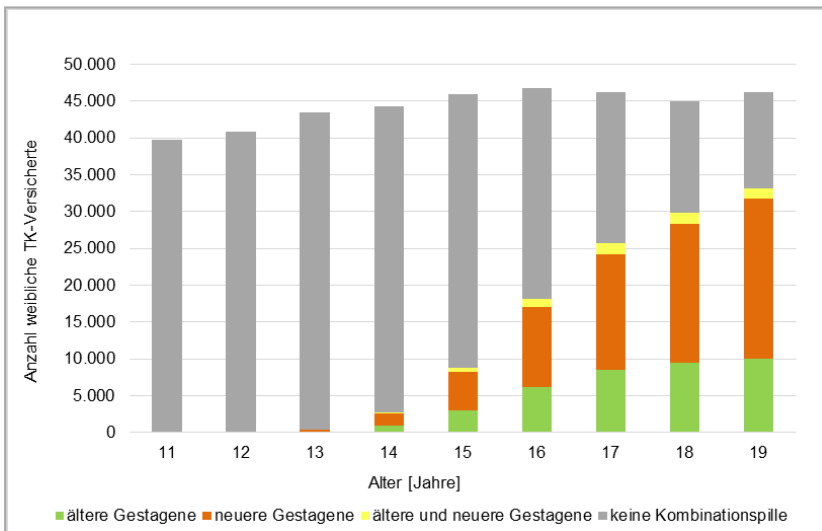


Abbildung 5: Verordnungsart von Kombinationspillepräparaten an weibliche TK-Versicherte nach Altersgruppen und Art des Gestagens im Jahr 2013

2.3 Regionale Unterschiede

Abbildung 6 zeigt die Verordnungprävalenz für hormonelle orale Kontrazeptiva bei den weiblichen Versicherten im Alter zwischen 12 und 16 Jahren auf Bundeslandebene. Die unterschiedliche Farbunterlegung stellt den Anteil der Frauen mit mindestens einer Verordnung eines hormonellen oralen Kontrazeptivums in dem Jahr 2013 dar. Auffällig ist der hohe Anteil der weiblichen Versicherten mit Verordnungen in den neuen Bundesländern (Thüringen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt) sowie teilweise in den Grenzregionen (Schleswig-Holstein und Saarland). In diesen Regionen wenden bis zu zwölf Prozent der weiblichen Versicherten in den genannten Altersstufen hormonelle orale Kontrazeptiva an.

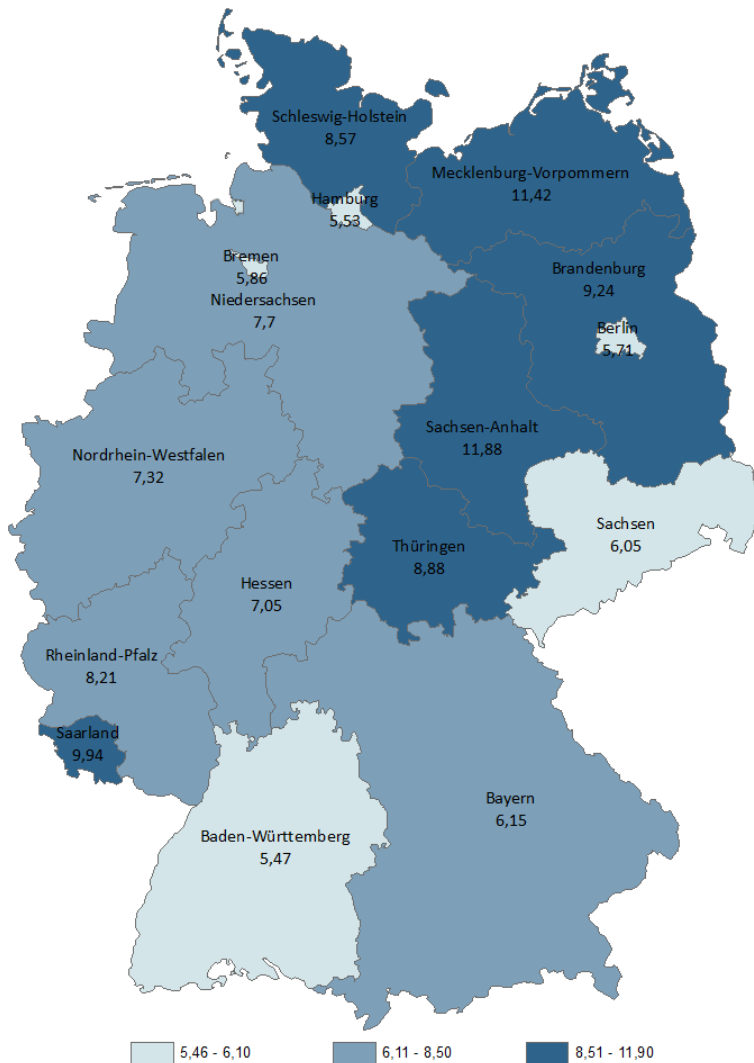


Abbildung 6: Verordnungsprävalenz auf Bundeslandebene bei weiblichen TK-Versicherten im Alter von 12 bis unter 16 Jahre im Jahr 2013 in Prozent

Abbildung 7 zeigt die Verordnungsprävalenz hormoneller oraler Verhütungsmittel in der Altersgruppe der 16- bis unter 20-Jährigen im Jahr 2013 auf Bundeslandebene für den angegebenen Beobachtungszeitraum. In dieser Versichertenkohorte zeigt sich die stark ausgeprägte Konzentration auch im norddeutschen Raum. Neben Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Saarland finden sich in dieser Altersgruppe auch in Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz Verordnungsprävalenzen von weit über 60 Prozent.

Die Auswertungen der Routinedaten der Techniker Krankenkasse ergeben, dass trotz wiederholt beschriebener negativer Nutzen-Risiko-Bewertungen nach wie vor überwiegend hormonelle orale Kontrazeptiva mit neueren Gestagenen wie Desogestrel oder Drospirenon (dritte und vierte Generation) verordnet werden – ein Trend, der für den gesamten deutschen Arzneimittelmarkt festgestellt werden kann.

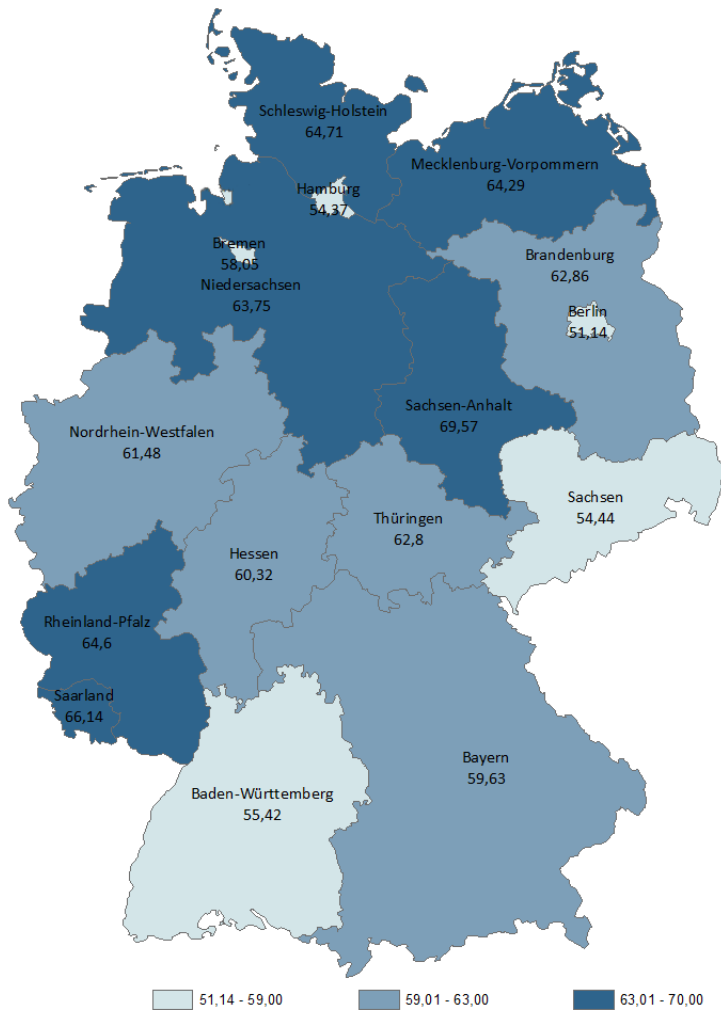


Abbildung 7: Verordnungsprävalenz auf Bundeslandebene bei weiblichen TK-Versicherten im Alter von 16 bis unter 20 Jahre im Jahr 2013 in Prozent

3 Marktzugang

Der Marktzugang ist der entscheidende Faktor für den kommerziellen Erfolg eines Arzneimittels. Eine wichtige Rolle dürfte das Marketing spielen. So zeigen aktuelle Absatzzahlen zweier kürzlich eingeführter GLP-1-Analoga, dass eine »stille« Markteinführung, d.h. ohne gezielte Werbung bei den Fachkreisen, dazu führt, dass das Präparat kaum zum Einsatz kommt. Eine mit gezieltem Marketing verbundene Markteinführung eines Wirkstoffs derselben Substanzklasse kann jedoch bereits kurz nach Markteintritt zu hohen Verordnungszuwächsen führen. Das Marketing muss in diesem Fall nicht zwingend der alleinige ausschlaggebende Faktor für den kommerziellen Erfolg gewesen sein, es wird aber maßgeblich dazu beigetragen haben. Für verschreibungspflichtige Medikamente sind bei der Vermarktung, d.h. insbesondere bei der Werbung, die besonderen rechtlichen Bedingungen des Heilmittelwerbegesetzes zu beachten (siehe 3.1). Für verschreibungspflichtige Arzneimittel darf gemäß § 10 Heilmittelwerbegesetz nur »bei Ärzten, Zahnärzten, Tierärzten, Apothekern und Personen, die mit diesen Arzneimitteln erlaubterweise Handel treiben, geworben werden«. Bei den oralen Kontrazeptiva handelt es sich jedoch um besondere Präparate. Zum einen werden diese Arzneimittel im Regelfall lediglich bis zum 20. Lebensjahr von den gesetzlichen Krankenkassen erstattet, zum anderen werden die Präparate oftmals nicht als »Arzneimittel« wahrgenommen. Somit ist anzunehmen, dass die Anwenderinnen bei der Auswahl des Präparates mitbestimmend sind, z.B. um ein kostengünstigeres auszuwählen, da die »Pille« selber gezahlt werden muss oder um ein Präparat mit bestimmten Wirkeigenschaften auszuwählen. Junge Mädchen und Frauen stellen demnach eine interessante Zielgruppe für das Marketing der Pillenhersteller dar. Junge Erwachsene nutzen häufig das Internet als Informationsquelle. Eine aktuelle Studie zeigt, dass der Anteil der Smartphonennutzer in der Altersgruppe der 14- bis 29-Jährigen im Jahr 2014 bei 78 Prozent lag (Lucht et. al., 2015). Daher stellt sich die Frage, welche Informationen rund um das Thema »Pille« im Internet zu finden sind, ob es sich dabei um unabhängige Informationen handelt oder ob die Pharmaindustrie das Internet als Medium für die Informationsverbreitung und eventuell auch als Marketingplattform nutzt.

3.1 Die Pille in der Werbung – Berücksichtigung des Heilmittelwerbegesetzes

Die Werbung für Arzneimittel steht seit vielen Jahren in der Diskussion. Es wird geschätzt, dass von den pharmazeutischen Unternehmen für Werbung und Marketingaktivitäten bei den rezeptpflichtigen Mitteln rund 14 bis 27 Prozent des Umsatzes ausgegeben werden, dies wären in Deutschland etwa 3,5 bis 6 Mrd. Euro (SVR, 2006). Allein 704 Mio. Euro wurden 2013 von der pharmazeutischen Industrie für Werbung in der Selbstmedikation ausgegeben (BAH, 2013). Für rezeptpflichtige Arzneimittel darf ausschließlich im Rahmen der Fachkreise (Ärzte, Apotheker) geworben werden, nicht aber in der Öffentlichkeit. Hier ist ausschließlich die Werbung für nicht-verschreibungspflichtige Mittel erlaubt, z.B. im Fernsehen, im Radio oder in Zeitschriften, aber auch im Internet.

Informieren sich Frauen via Internet über das Thema »Verhütung«, landen sie fast automatisch auf den Seiten der Pharmafirmen, die Arzneimittel zur oralen Kontrazeption anbieten. Um das Werbeverbot für rezeptpflichtige Medikamente außerhalb der Fachkreise zu umgehen, werden diese Seiten als »Informationsangebote« ohne konkrete Namensnennungen ins Netz gestellt. Geht es um die Werbung mit Arzneimitteln im Allgemeinen, greift hier letztendlich das Heilmittelwerbegesetz (HWG), welches eine grundlegende Unterscheidung zwischen Werbung gegenüber den Fachkreisen (Angehörige der Heilberufe) und der allgemeinen Publikumswerbung trifft. So gilt für die Publikumswerbung, dass für verschreibungspflichtige Arzneimittel wie in diesem Fall die Antibabypille als orales Verhütungsmittel nur bei Ärzten, Apotheken etc. geworben werden kann. § 4 HWG umfasst die sogenannten »Pflichtangaben«, die jede Werbung für Arzneimittel enthalten muss (u.a. Zusammensetzung des Arzneimittels, Anwendungsgebiete, Gegenanzeigen, Nebenwirkungen, Warnhinweis und Verschreibungspflichthinweis). Bei einer Werbung außerhalb der Fachkreise ist der bekannte Text »Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie Ihren Arzt oder Apotheker« hinzuzufügen.

Ein Werbeverbot gilt ebenfalls für die sogenannten »Notfallkontrazeptiva« oder umgangssprachlich »Pille danach«, obwohl diese seit März 2015 nicht mehr der Verschreibungspflicht unterliegen. Mit der Änderung der Gesetzgebung soll verhindert werden, dass durch die Werbung der Eindruck vermittelt wird, neben den »Standardverhütungsmitteln« stehe ein

verschreibungsfreies Kontrazeptivum in der Apotheke zur Verfügung. Für den Online-Versand von Internet-Apotheken ist die »Pille danach« ebenfalls ausgenommen. Schließlich sollte diese Form der Verhütung als »Notbremse« bei drohender Schwangerschaft und nicht als vorausschauende Empfängnisverhütung betrachtet werden. Unerwünschte Wirkungen der Notfallkontrazeptiva wie Kopfschmerzen, Übelkeit, Bauch- und Unterleibsschmerzen müssen beachtet werden. Ebenfalls ist die zuverlässige Wirkung bei Frauen mit starkem Übergewicht nicht gesichert.

3.2 Internetvermarktung

Marketing im Internet

Die Marketing-Abteilungen haben das Internet schon vor Jahren als Plattform für ihre Verkaufsbotschaften entdeckt. Vor allem bei jungen Generationen, die mit dem Netz aufgewachsen sind und sich hier zuhause fühlen (»digital natives«), bietet das Netz viele Möglichkeiten um den Absatz zu steigern. Die »Kostenloskultur« führt dazu, dass nicht immer neutrale Inhalte konsumiert werden. Offizielle Seiten, zum Beispiel von Bundesministerien, sind sowohl von der Sprache als auch grafisch nicht für die Ansprache von jungen Menschen ausgerichtet. Wenn Unternehmen hier ein Angebot schaffen, können Sie schnell einen wichtigen Platz in der Informationsbeschaffung junger Menschen einnehmen.

Das Internet hat zudem in den letzten Jahren auch im medizinischen Bereich zunehmend an Bedeutung gewonnen. »Dr. Google« wird nahezu selbstverständlich zu Rate gezogen, um Symptome und Nebenwirkungen zu verstehen oder Diagnosen zu stellen. Gefährlich wird es, wenn die Eigenrecherche den Arztbesuch ersetzen soll, aber gerade bei Tabuthemen können Informationen aus dem Internet den Betroffenen helfen.

Daher sind zwei Dinge naheliegend. Die jungen Frauen tauschen sich im Netz über das Thema Verhütung und Pille aus und die Pharmazeutische Industrie versucht mit legalen Marketing- und PR-Methoden, die Wahrnehmung zu Gunsten der Pille im Allgemeinen und zu ihren Präparaten im Besonderen zu beeinflussen und zu verändern. Wie in Kapitel 3.1 beschrieben, steht in Deutschland der Werbung für verschreibungspflichtige Arzneimittel, wie die »Pille« eines ist, das

Heilmittelwerbegesetz entgegen. Es ist den Unternehmen jedoch erlaubt »Aufklärungskampagnen« durchzuführen, in denen sie generell über eine Krankheit oder ein Thema wie Verhütung informieren. So betreiben viele große Hersteller von Anti-Baby-Pillen eine eigene Plattform zu dem Thema, gepaart mit Beautytipps.

Rechtlich bewegen sich die Hersteller mit ihren Seiten offensichtlich auf sicherem Terrain, solange keine Wirkstoffe genannt und der Herausgeber im Impressum genannt wird. Es muss jedoch kritisch hinterfragt werden, ob nicht häufig zwar auf das Thromboserisiko hingewiesen wird, die Bewerbung der Vorzüge aber klar im Vordergrund steht. Die Intention wäre dann: Junge Frauen sollen sich über die Pille auf einer, zumindest auf den ersten Blick, neutral wirkenden Internetseite informieren. Die Industrie könnte jedoch mit verdeckten Werbebotschaften auf diesen Seiten die Informationsbeschaffung dominieren. Die Frauen erfahren dabei hauptsächlich, dass es Pillen gibt, die bestimmte Schönheitseffekte haben oder moderne Pillen mit einer geringeren Dosis auskommen. Mit dem Wunsch, so eine Pille verschrieben zu bekommen, gehen sie dann zum Arzt. Deutliche Hinweise über ein erhöhtes Thromboserisiko im Vergleich zu anderen Pillen fehlen oder sind im Fließtext erwähnt.

Da klassische Internetseiten von den jungen Generationen weniger genutzt werden, bietet zumindest Jenapharm (z. B. Maxim®, Valette®, Aida® und Yaz®) auch einen YouTube-Kanal an. In kurzen Videos erklären junge Erwachsene, warum sie sich für die eine oder andere hormonelle Verhütungsmethode entschieden haben. Auf Nebenwirkungen wird in den Clips nicht eingegangen. Die Filme wurden im Rahmen eines Events in Berlin aufgenommen, zu dem Freundinnen aus ganz Deutschland eingeladen wurden, um von einem bekannten Stylisten geschminkt und anschließend professionell fotografiert zu werden. Das Schönsein, wird in den Vordergrund gestellt (Jenapharm, 2015). Spätestens hier stellt sich die Frage, ob nicht die Grenze zwischen einem Lifestyleprodukt und dem hochwirksamen Medikament, welches die Anti-Baby-Pille ist, verschwimmt. Die Aktion wurde ebenfalls auf Facebook beworben, wo die jungen Frauen zudem Tipps zur Sexualität aber auch zu Beziehungen und weiteren Lifestyle-Themen erhalten.

Noch jüngere Kunden werden mit dem knapp 13-minütigen YouTube-Clip »Liebe mit Sicherheit!« angesprochen (Jenapharm, 2012). Er soll

»Informationen und Antworten auf die am häufigsten gestellten Fragen zur Pille« liefern. Es sollte jedoch geprüft werden, ob es nicht eher ein reiner Werbefilm für die hormonelle Verhütung ist. Die moderne Mikropille wird hier angepriesen. Nebenwirkungen werden angesprochen: Macht die Pille dick? Die positiven Nebenwirkungen »auf Haut und Haare« werden unterstrichen. Kopfschmerzen werden weniger, gleiches gilt für Stimmungsschwankungen. Es erfolgt lediglich ein kurzer Hinweis, dass gesundheitliche Risiken wie Übergewicht und Rauchen gegen die Einnahme sprechen.

Sogar Apps für das Smartphone werden kostenlos zur Verfügung gestellt. Sie sollen die Nutzerinnen an die Einnahme der Pille erinnern. Außerdem können Kontaktdaten des Arztes gespeichert und ein persönliches Tagebuch geführt werden, in dem neben Angaben zu Blutungsstärke auch das Hautbild bewertet wird.

Einfluss der pharmazeutischen Industrie auf Internetinhalte

Gibt man Suchbegriffe wie »Pille« oder »Antibabypille« in Standard-suchmaschinen wie z.B. »Google« ein, findet man zahlreiche Treffer. Es ist im Internet nicht immer sofort klar zu erkennen, welche Person oder welche Firma sich hinter einer Website verbirgt. Folglich ist auch nicht immer offensichtlich, ob es sich bei diesen Suchergebnissen um eine seriöse Internetseite handelt. Damit ein Anbieter über eine Internetseite Einfluss ausüben kann, muss diese jedoch auch häufig aufgerufen werden. Somit stellt sich die Frage, ob es oft gelesene Internetseiten zu der Antibabypille gibt, hinter denen sich die pharmazeutische Industrie verbirgt. Dies muss nicht zwingend bedeuten, dass die dargestellten Inhalte unseriös sind, es könnte sich jedoch bei solchen Homepages um versteckte Werbung oder eine Form des »viralen marketings« handeln. Die Agentur *New Communication* hat im Auftrag der TK eine Analyse durchgeführt, hinter wie vielen Top-Google-Positionen rund um das Thema »Pille« sich ein Anbieter aus der pharmazeutischen Industrie verbirgt.

Methodik

In einem ersten Schritt ermittelte die Agentur *New Communication* die relevanten Keyword-Kombinationen zum Thema »Pille« mittels *Google Adwoord Planner*. In einem zweiten Schritt wurden 16 Suchphrasen der relevanten Schlüsselwörter, bzw. Schlüsselwort-Kombinationen verwendet um die Top-10-Treffer dazu bei Google mithilfe des SEO-Tools *Sistrix* zu ermitteln. Die verwendeten Suchphrasen sind in Tabelle 2 dargestellt. Auf diese Weise konnten »objektive« Suchmaschinen-Rankings generiert werden, die nicht zwangsläufig mit der persönlichen Suche übereinstimmen, da diese auch von Ort, Person, Suchhistorie etc. beeinflusst wird. Die Agentur entfernte Suchergebnisse, die nicht auf Anbieter aus der Gesundheitsbranche zurückzuführen sind, z.B. Angebote von Frauenzeitschriften und versah die gefundenen Ergebnisse ergänzend mit einer Einschätzung bezüglich der Seriosität.

Nummer	Suchphrasen für relevante Keywords, bzw. Keyword-Kombination
1	Pille
2	die Pille
3	Antibabypille
4	Antibabypille Sorten
5	Antibabypille Vergleich
6	Antibabypille Nebenwirkungen
7	Pille Wirkung
8	Verhütungsmittel
9	Verhütung
10	Ab wann wirkt die Pille
11	Antibiotika und Pille
12	Durchfall und Pille
13	Estrogenfreie Pille
14	Pille gegen Pickel
15	Pille gegen Akne
16	Johanniskraut und Pille

Tabelle 2: Suchphrasen für die Sistrix-Recherche

Ergebnisse

Insgesamt 31 der 160 Top-10-Treffer aller Suchphrasen (19 Prozent) sind auf die pharmazeutische Industrie zurückzuführen oder wurden als unseriös eingestuft. 25 dieser Treffer sind einem Pharmaunternehmen zuzuordnen. Die Anzahl der Treffer der Pharmaindustrie innerhalb der jeweiligen Suchphrase reichte von null bis vier. Die Suchphrasen, zu denen kein Angebot der Pharmaindustrie unter den Top-10-Google-Treffern gefunden wurde, waren »die Pille« und »Antibabypille Vergleich«. Die Suchphrasen »Ab wann wirkt die Pille?« und »estrogenfreie Pille« stellten mit jeweils vier Seiten der pharmazeutischen Industrie die am meisten beeinflussten Begriffe dar. Der Rang der Pharmaseiten innerhalb der Top-10 umfasste von Platz eins bis zehn jede mögliche Position. Eine eindeutige Häufung auf einer bestimmten Position war nicht zu erkennen, tendenziell fanden sich die Angebote der Pharmaindustrie am häufigsten im Mittelfeld. Die Internetangebote der Pharmaindustrie stellten somit unter den Top-10-Google-Treffern nicht immer den besten, aber auch nicht den schlechtesten Platz dar (Abbildung 8). Die Übersicht der Treffer ist in Tabelle 3 dargestellt. Eine Webseite konnte für mehrere Suchphrasen als Treffer erscheinen. Insgesamt wurden 13 verschiedene Seiten als der Pharmaindustrie zugehörig klassifiziert (siehe Tabelle 4).

verwendete Suchphrase	Anzahl Seiten der pharm. Industrie unter den Top 10	Rang der Seiten der pharm. Industrie
Pille	2	5 und 8
die Pille	0	-
Antibabypille	1	6
Antibabypille Sorten	1	4
Antibabypille Vergleich	0	-
Antibabypille Nebenwirkungen	1	4
Pille Wirkung	3	1, 3 und 5
Verhütungsmittel	1	5
Verhütung	1	1
Ab wann wirkt die Pille	4	2, 4, 5 und 7
Antibiotika und Pille	1	9
Durchfall und Pille	2	5 und 7
Estrogenfreie Pille	4	2, 4, 5 und 10
Pille gegen Pickel	1	6
Pille gegen Akne	1	7
Johanniskraut und Pille	2	7 und 9

Tabelle 3: Anzahl und Rang von Internetseiten der Pharmaindustrie unter den Top-10-Google-Treffern zu bestimmten Suchphrasen zu dem Thema »Pille«

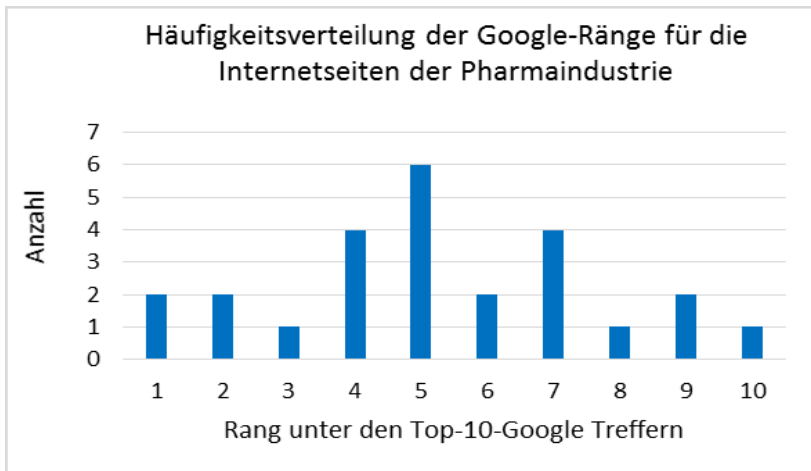


Abbildung 8: Häufigkeitsverteilung des Rankings der Pharmaseiten zum Thema »Pille«

Die Agentur machte für 20 der 25 der Pharmaindustrie zuzuordnenden Treffer eine Angabe, ob sich diese leicht als Internetseiten der Pharmaindustrie erkennen lassen. Dies war für 13 Treffer gegeben, für sieben wurde der Inhaber der Seite als schwer erkennbar eingestuft.

Internetseite	Inhaber	Erkennbarkeit des Inhabers
http://www.pille.de	MSD SHARP & DOHME GMBH	erst im Impressum
http://www.verhuetzung-1apharma.de	1 A Pharma GmbH	leicht erkennbar
http://www.jenapharm.de	Jenapharm GmbH & Co. KG	leicht erkennbar
www.kade.de	DR. KADE Pharmazeutische Fabrik GmbH	leicht erkennbar
http://www.schoen-sicher.de	DR. KADE / BESINS Pharma GmbH	erst im Impressum
http://www.verhuetzung-hormosan.de	Hormosan Pharma GmbH	leicht erkennbar
http://www.gynaekologie.hexal.de	Hexal	leicht erkennbar
http://www.meine-verhuetzung.de	Jenapharm GmbH & Co. KG	am Logo erkennbar
www.oestrogenfreie-pille.de	MSD SHARP & DOHME GMBH	am Logo erkennbar
http://www.zentiva.de/Home/ZENTIVA-Start.htm	Sanofi-Aventis Deutschland GmbH	leicht erkennbar
http://www.verhueten-gynefix.de	Gynlameda GmbH	leicht erkennbar
http://www.doktor-haut.de	Consulting in Healthcare (Werbung von Prontomed)	erst im Impressum, bzw. an der Werbung erkennbar
http://www.gesundheit.de	Alliance Healthcare Deutschland AG	erst im Impressum

Tabelle 4: Als der Pharmaindustrie zugehörig klassifizierte Internetseiten zum Thema »Antibabypille« unter den Top-10-Googletreffern (Stand. 18.09.2015)

Die Auswertung zeigt, dass die Pharmaindustrie das Internet als Marketingmedium nutzt. So findet sich nahezu bei allen untersuchten häufig zum Thema Antibabypille verwendeten Suchphrasen (14 von 16) mindestens eine Webseite der Pharmaindustrie unter den Top-10-Google-Treffern. Die Internetangebote der Industrie sind oft, aber nicht immer, gut als solche zu erkennen, z.B. im Impressum oder durch das Logo des Herstellers. Inwieweit die dargestellten Inhalte als sachlich richtig und/oder unabhängig einzustufen sind, muss an anderer Stelle untersucht werden. Die Analyse bestätigt jedoch eindeutig, dass es oft gelesene Internetseiten zu der Antibabypille gibt, hinter denen sich die pharmazeutische Industrie verbirgt. Eine weitere Möglichkeit des »viralen marketings« wäre die Einflussnahme über Internetforen. So soll z.B. die Agentur *mhoch3* eine Vielzahl an Identitäten erfunden und in deren Namen Postings in verschiedenen Onlinemedien und -foren vorgenommen haben. Sogenannte »Trolle« kommen zum Einsatz, um im Auftrag der Hersteller Produkte im Internet von vermeintlichen Anwendern bewerten zu lassen. Die Bayer AG hat von *mhoch3* fingierte Einträge zu der Hormonspirale Mirena® vornehmen lassen – mit dem Ziel, die Meldungen über unerwünschte Wirkungen zu entkräften (Wurzbacher, 2015). Der österreichische PR-Ethik-Rat rügte die Agentur und die Konzernkritiker von der Coordination gegen Bayer-Gefahren (CBG) hatten Ende 2014 Klage eingereicht. Das Verfahren wurde jedoch kürzlich von der Kölner Staatsanwaltschaft eingestellt, da das Heilmittelwerbegesetz (s. 3.1) nicht greift. Dies verbiete zwar »eine aus fachkundigen Kreisen vorgegebene objektive Informationsvermittlung vorzutäuschen«, nicht aber die Werbung durch fingierte Laien. So sollten weitere Recherchen durchgeführt werden, ob die Hersteller der oralen Kontrazeptiva »Trolle« als Marketinginstrument nutzen und ob dies aufgrund einer Gesetzeslücke möglicherweise sogar legal geschieht. Unter moralischen Aspekten und im Sinne der Patienten wäre diese Art der Werbung auf jeden Fall auf schärfste zu kritisieren.

4 Kritischer Diskurs

4.1 Selbsthilfegruppe Drospirenon Geschädigter (SDG)

Felicitas Rohrer (31) und Kathrin Weigele (33) haben nach Einnahme der Pille mit dem Wirkstoff Drospirenon in sehr jungen Jahren Thrombosen (Lungenembolien) erlitten. Sie gründeten die Selbsthilfegruppe Drospirenon-Geschädigter, als sie erkannten, dass sie keine Einzelfälle sind (www.risiko-pille.de).

- **Warum haben Sie angefangen die Pille zu nehmen?**

F. Rohrer: Ich habe vergleichsweise spät, mit 24 Jahren, angefangen die Pille zu nehmen. Damals war ich gerade in einer neuen Beziehung und wir haben gemeinsam über Verhütung gesprochen. Das Thema "Pille" stand schnell im Raum, aber ich war erstmal skeptisch. Mir war nicht wohl bei dem Gedanken, Hormone einzunehmen. Meine Frauenärztin hat mich dann aber beruhigt und meinte, dass die Pille zu Unrecht in Verruf geraten sei und die neuen Pillen viel niedriger dosiert seien, weniger Nebenwirkungen hätten und besser für den Körper seien. Von nichthormonellen Verhütungsmethoden hat sie mir abgeraten, weil diese zu unsicher seien. Sie hat mir dann gleich ein Präparat vorgeschlagen und gesagt, dass dieses auch für mein Hautbild besonders gut sei und meine Haare schöner mache. Außerdem würde es durch diese Pille nicht zu Wassereinlagerungen kommen und ich würde eventuell sogar etwas abnehmen. Eigentlich wollte ich ja nur verhüten, zumal ich überhaupt nicht übergewichtig war. Obwohl ich ja kein Teenager mehr war, habe ich mich überzeugen lassen.

K. Weigele: Ich hatte einen neuen Freund und bin eigentlich zu meinem Gynäkologen gegangen, damit er mir Alternativen zur Pille aufzeigt, weil so viele Freundinnen Probleme damit hatten. Der Arzt ist auf mein Anliegen mit keinem Wort eingegangen sondern hat immer wieder nur von der Pille gesprochen, er hat mich überhaupt nicht ernst genommen. Er sprach immer wieder von einer bestimmten Pille. Neu, sehr verträglich, niedrig dosiert und besonders schonend. Ich sollte mir überhaupt keine Gedanken machen. Er hat es rein als sicheres und risikoarmes Verhütungsmittel

angepriesen. Ich war damals sehr sportlich, hatte keine Probleme mit der Figur und meine Haut war auch in Ordnung. Für mich gab es also keinen Grund genau diese Pille zu nehmen und hätte man mich über das erhöhte Risiko aufgeklärt, das diese Pille verschiedenen wissenschaftlichen Studien zufolge mit sich bringt, hätte ich das Präparat nie genommen.

- **Wie sind Sie dann zu Ihrem Präparat gekommen?**

F. Rohrer: Die Frauenärztin hat mir gleich die erste Packung kostenlos mitgegeben. Die war hübsch verpackt in einer silbernen Box mit Schminkspiegel und Begleitheft.

K. Weigele: Ich habe sofort eine Probepackung bekommen. Das war so ein buntes Schächtelchen mit Stickern. Es sah gar nicht wie ein Medikament aus. Bunt verpackt, mit Schminkspiegel und Stickern wurde mir das Gefühl vermittelt, dass es sich bei der vorliegenden Pille wohl tatsächlich um ein besonders harmloses Präparat handeln musste. Und so habe auch ich mich von den Worten des Gynäkologen und der harmlosen Werbeverpackung überzeugen lassen, es doch einmal mit der Pille zu versuchen.

- **Sind Sie über die möglichen unerwünschten Wirkungen aufgeklärt worden?**

F. Rohrer: Meine Ärztin hat schon darauf hingewiesen, dass das keine Bonbons sind. Sie hat mich auch zu familiären Vorbelastungen in der Familie gefragt und ob ich rauche. Beides konnte ich verneinen. Dass ich nicht übergewichtig war, konnte sie ja sehen. Am Ende gab es für sie keinen Grund mehr warum, ich die Pille nicht nehmen sollte.

K. Weigele: Nein, der Arzt ist da überhaupt nicht drauf eingegangen. Von möglichen Nebenwirkungen war keine Rede. Er hat im Gegenteil immer wieder betont, wie schonend und niedrig dosiert dieses Präparat doch sei und dass ich mir daher keinerlei Sorgen machen müsse.

- **Wurde dieses Aufklärungsgespräch später wiederholt?**

F. Rohrer: Nein, danach habe ich das Rezept immer nur noch abgeholt. Ich hatte im ersten halben Jahr überhaupt keine Beschwerden und da gab es auch für mich keinen Grund noch mal nachzufragen.

K. Weigle: Nein, im Gegenteil. Als ich ihm später von der Lungenembolie erzählt habe, wollte er mir nur eine andere Pille verschreiben, die aber ebenfalls ein erhöhtes Risiko hatte. Das war mein letzter Besuch bei ihm.

- **Haben Sie sich über die unerwünschten Wirkungen Gedanken gemacht?**

F. Rohrer: In unserer Familie werden nicht viele Medikamente genommen. Wir greifen nie zu Kopfschmerz- oder Erkältungsmitteln. Darum habe ich mir auch wirklich den ganzen Beipackzettel durchgelesen. Natürlich habe ich auch von den Nebenwirkungen Thrombose und Lungenembolie gelesen. Aber da stand auch, dass das Risiko höher ist, wenn man über 30 Jahre alt ist, raucht, Übergewicht hat oder operiert wurde. Da ich das alles für mich ausschließen konnte, habe ich mich sicher gefühlt.

K. Weigle: Ich habe mir viele Gedanken über mögliche Nebenwirkungen gemacht, denn ich hatte ja schon viel darüber gehört und aus nächster Nähe erfahren. Die Worte des Gynäkologen und die harmlose Verpackung haben mir jedoch suggeriert, dass es sich wohl tatsächlich um ein besonders harmloses Präparat handeln musste. Auch ich habe mir den Beipackzettel genau durchgelesen und mir war immer bewusst, dass es bei der Einnahme der Pille in seltenen Fällen zu einer Thrombose kommen kann. Mir war zum damaligen Zeitpunkt aber nicht bewusst (da ein solcher Hinweis damals im Gegensatz zu heute nicht im Beipackzettel enthalten war), dass ich entgegen der Anpreisung als besonders schonende Pille eine Pille mit erhöhtem Thromboserisiko eingenommen hatte.

- **Haben Sie von den vermeintlich positiven Wirkungen etwas bemerkt?**

F. Rohrer: Bei Haut und Haaren habe ich nicht wirklich was gemerkt, hatte aber auch nie Probleme. Ich habe durch die Pille zwar keine Wassereinlagerungen bekommen, aber unterm Strich hat sich nichts getan. Es ist erstmal zumindest nicht schlechter geworden, bis dann nach einem halben Jahr die negativen Auswirkungen kamen.

K. Weigle: Nein. Davon hatte mir der Arzt auch nicht berichtet. Ich wollte wirklich nur verhüten.

- **Wie haben Sie dann bemerkt, dass etwas nicht stimmt? Was waren die Symptome?**

F. Rohrer: Zunächst hat meine Leistungsfähigkeit beim Sport rapide abgenommen. Mir ging schnell der Atem aus, ich war müde und abgekämpft. Aufgrund einer Erkältung habe ich mir zunächst nichts dabei gedacht. Außerdem habe ich in einem Café gearbeitet und musste dort viel und lange stehen. Dann wurde es aber so schlimm, dass ich kein Fahrrad mehr fahren konnte, weil ich so schnell aus der Puste war. Zuhause bin ich die Treppe in mein Zimmer nicht mehr ohne Pause hochgekommen. Mein Bauchumfang wurde größer, weshalb ich versucht habe, noch mehr Sport zu machen. In Wirklichkeit konnte mein Herz das Wasser nicht mehr abtransportieren, weil es die ganze Zeit gegen die Verstopfungen in der Lunge anarbeiten musste, daher hat sich das Wasser im Bauch angesammelt. Über Monate ist das dann immer schlimmer geworden. Eines Nachts bin ich mit dem Gefühl aufgewacht, dass ich erstickte. Mein Freund hat mich ins Krankenhaus gefahren und dort wurde fälschlicherweise eine Rippfellentzündung diagnostiziert. Als ich meinem Hausarzt nach der Antibiotikatherapie erzählte, dass es nicht besser geworden ist, hat er daraufhin meine Lunge abgehört und bestätigt, dass alles frei und in Ordnung sei. Vier Tage später wurde ich mit einer beidseitigen fulminanten Lungenembolie in die Uniklinik Freiburg eingeliefert, wo ich im Schockraum einen akuten Atem- und Herzstillstand erlitten habe. Von da an haben die Ärzte einen super Job gemacht. Ich hab riesiges Glück, dass ich überhaupt noch da bin.

K. Weigle: Im Januar war ich im Skiurlaub und da war noch alles normal. Im Februar, fünf Monate nach der ersten Einnahme der Pille, konnte ich eine bekannte einfache Strecke nicht mehr gehen ohne eine Pause zu machen. Alles war sehr anstrengend und ich war total schlapp. Ich habe mir zunächst nicht viel dabei gedacht, weil ich zu der Zeit viel gelernt habe und wenig Sport machen konnte. Wenn man immer gesund war, kann man sich auch nicht vorstellen, dass einem plötzlich etwas so Schlimmes passiert. Im März hat mein Hausarzt dann Verdacht geschöpft und verschiedene Tests auf Lungenembolie gemacht. Die Ergebnisse waren aber unauffällig. Der Besuch bei einem Orthopäden brachte die Diagnose, dass meine Schmerzen und die Atemnot wohl auf eine Blockade der Wirbelsäule zurückzuführen seien. Ich habe dann lange Zeit Krankengymnastik bekommen, aber es wurde von Tag zu Tag schlimmer.

Irgendwann kam ich kaum noch in meine Wohnung im zweiten Stock. Auf jeder Treppenstufe musste ich eine Pause machen. Durch die Schmerzen konnte ich nur noch im Sitzen schlafen. Ich bin eigentlich nur noch zwischen Bett und Couch gependelt. Im August war ich schließlich beim Lungenfacharzt, der aber keine Diagnose stellen konnte und mich ins Uniklinikum Regensburg überwiesen hat. Dort wollte man mich mit einem Schmerzmittel wieder nach Hause schicken, aber mein Mann hat auf ein CT bestanden. Dann ging alles ganz schnell. Beide Lungenflügel waren voll mit Thrombosen. Ich hatte eine pulmonale Hypertonie mit Rechtsherz-Vergrößerung. Der größte Thrombus in der Lunge war knapp sieben Zentimeter lang. Die Ärzte gaben mir für die nächsten Jahre eine Überlebenschance von fünf Prozent. Ich wurde dann nach zweieinhalb Wochen Intensivstation zum Sterben nach Hause entlassen. Es gab für mich auch keine Reha oder so, weil sich alle sicher waren, dass ich es nicht schaffe. In mühevoller Kleinarbeit habe ich mir dann selbst eine Therapie zusammengesucht. Das war häufig auch ein Kampf mit der Krankenkasse und ich musste vieles davon selbst bezahlen. Einige Ärzte hatten mich da schon aufgegeben.

- **Welche Auswirkungen spüren Sie heute noch?**

F. Rohrer: Während ich klinisch tot war, hat mein Gehirn glücklicherweise keinen messbaren Schaden erlitten, aber mein Körper sieht nicht mehr so aus wie er mal war. Ich habe Narben, kann nicht lange sitzen oder stehen, weil ich im Thrombosebein ein Lymphödem habe. Ich bin jetzt Thromboserisikopatientin. Ich weiß nicht, wann ich mir das letzte Mal keine Sorgen gemacht habe. Die Thrombose fühlt sich ja zunächst an wie ein Muskelkater und ich soll viel Sport machen. Jeden Tag nehme ich Medikamente, mit denen ich nicht schwanger werden darf. Obwohl eine Familie für mich immer ein Traum war. Ich leide unter einer posttraumatischen Belastungsstörung und bin deswegen noch heute in psychotherapeutischer Behandlung. Ich habe Angst, dass mich nächstes Mal keiner retten kann.

K. Weigle: Ich bin ein kleines medizinisches Wunder. Die pulmonale Hypertonie hat sich zurückgebildet und das Herz hat sich wieder normalisiert. Keiner kann sagen warum. Es war einfach Glück. In der Lunge sind einige Thromben mit dem Gewebe verwachsen. Mir fehlt etwa ein Viertel oder ein Drittel der Lungenfunktion. Für den Rest meines Lebens

muss ich Medikamente nehmen, die Nebenwirkungen haben. Wegen der Medikamente darf ich unter keinen Umständen schwanger werden, was für mich schon eine große Einschränkung ist. Meine Lebensplanung hat sich dadurch total verändert.

- **Wann kam das erste Mal der Gedanke auf, dass die Pille die Ursache ist?**

F. Rohrer: Meine Schwester ist Ärztin und hatte schon Verdacht geschöpft, als ich noch im Koma lag. Außerdem konnten die Ärzte in der Uniklinik es einfach nicht glauben, was mir in so jungen Jahren geschehen ist. Die haben mich dort einmal komplett durchgecheckt und im Ausschlussverfahren ist die Pille geblieben.

K. Weigle: In der Uniklinik wurden mehrere Tests gemacht. Ich war ja jung und eigentlich gesund. Gerinnungsstörungen konnten ausgeschlossen werden. Man hat mich gefragt, ob ich die Pille nehme und man hat mir gesagt, ich solle sie sofort absetzen. Dass die Pille tatsächlich der Auslöser der Embolie sein könnte, das stand dann aber erst später fest.

- **Denken Sie manchmal über Ihre Entscheidung, die Pille zu nehmen, nach?**

F. Rohrer: Ja schon. Im Internet gab es ja damals schon Hinweise zu einem erhöhten Risiko, wie ich später festgestellt habe. Aber auf der anderen Seite habe ich getan, was ich konnte. Ich war bei meiner Frauenärztin, habe mich beraten lassen und bin mit einem offiziellen Rezept in die Apotheke. Ich habe nichts falsch gemacht, sondern darauf vertraut, dass so ein großer Pharmakonzern nichts herstellen würde, dass mein Leben so in Gefahr bringen würde. Ich war ja nicht krank, sodass man sagen könnte, dass ich Medikamente nehmen muss, die eben Nebenwirkungen haben. Ich war gesund und wurde erst durch die Pille krank, das ist ein riesiger Unterschied.

K. Weigle: Mir hat damals keiner was von einem erhöhten Risiko gesagt, im Gegenteil. Meine Pille wurde mir von meinem Arzt als besonders schonend und niedrig dosiert verkauft. Auch aus dem Beipackzettel war eine erhöhte Thrombosegefahr nicht zu entnehmen. Als ich später in einem Fernsehbericht davon erfahren habe, wurde mir schlecht und ich

konnte es nicht fassen, dass ich trotz meiner Skepsis und dem Wunsch nach Aufklärung und Information so schlecht beraten wurde. Ich hätte ja nie was geschluckt, was gefährlicher ist. Verhüten kann man genauso gut mit einer Pille mit Levonorgestrel.

- **Was würden Sie jungen Frauen raten?**

F. Rohrer: Sie sollten als erstes die Notwendigkeit in Frage stellen. Viele nehmen die Pille prophylaktisch, obwohl sie nicht in einer festen Beziehung sind. Ich bin nicht gegen die Pille, aber es sollte jedem bewusst sein, dass sie ein Medikament mit Risiken und Nebenwirkungen ist. Man sollte auch nicht auf die Werbung der Pharmaindustrie reinfallen: Feel-Good-Effekt und Figurbonus sind Werbeversprechen, nicht mehr. Dies sollten zumindest nicht die Gründe für die eine und gegen die andere Pille sein.

K. Weigle: Die jungen Frauen sollten sich außerdem gut über die verschiedenen Pillen und deren unterschiedliche Risiken informieren und neben dem Gespräch mit dem Frauenarzt auch andere Quellen nutzen. Ich bin da ja nicht unvoreingenommen rangegangen. Obwohl ich skeptisch war, ist mir diese Pille verschrieben worden. Jedem sollte klar sein, dass die Pille ein Medikament ist, das ganz drastisch in den Körper eingreift und kein Bonbon. Jedem sollte außerdem das Risiko bewusst sein. Ich habe ganz oft den Spruch gehört "Sie sind ja so jung, was soll denn da sein" und das hat mich im Endeffekt fast das Leben gekostet. Niemand war für das Risiko sensibilisiert, obwohl es durchaus bekannt war.

4.2 Neu ist keineswegs besser und schon gar nicht veträglicher

Ein Interview mit Frau Dr. Maria Beckermann, Gynäkologin und Sexualtherapeutin aus Köln, Mitbegründerin der Frauenberatungsstelle FrauenLeben, zu den hohen Verordnungsraten neuer Verhütungspillen

- **Frau Dr. Beckermann, wie kommt es, dass immer wieder neue Kontrazeptiva verordnet werden?**

Frau Dr. Beckermann: „In meiner Praxis habe ich immer wieder die Erfahrung gemacht, dass Verhütungspillen massiv beworben werden. Der Markt ist für die Pharmafirmen lukrativ, es geht um dauerhaft verordnete Arzneimittel. Und da ist es wichtig, dass Frauen über Jahre beim gleichen Produkt bleiben. Es gab immer wieder Geschenke für die Frauen, kleine Täschchen, Musik-CDs, Etais mit Spiegel etc., alles in rosa – solche Dinge haben sowohl die Frauen gerne angenommen wie auch die Praxismitarbeiterinnen, die ebenfalls Einfluss auf die Auswahl von Präparaten nehmen können. Solche Geschenke gehen heutzutage eher zurück, weil sie nicht mehr in dem Umfang erlaubt sind. Aber es läuft trotzdem noch immer sehr viel subtile Werbung für die Pillen, die sich sowohl an die Ärztinnen und Ärzte als auch an die Nutzerinnen richtet, z.B. über redaktionelle Beiträge in Frauenzeitschriften oder über Interviews mit Experten/Expertinnen, die eher der Werbung als der Aufklärung dienen. Und obwohl für rezeptpflichtige Mittel nicht geworben werden darf, finden Pharmafirmen und Werbeagenturen immer wieder Wege, um neue Pillen bekannt zu machen. Auf diese Weise wird auch Druck auf die Praxen ausgeübt, damit Ärztinnen und Ärzte genau diese neuen Pillen bevorzugt verschreiben.“

- **Nun sind die Pillen mit den neuen Gestagenen ja durchaus nicht unproblematisch im Hinblick auf das erhöhte Thromboserisiko, zu diesem Thema sind eine ganze Reihe von Studien publiziert worden. Trotzdem werden sie häufig verschrieben. Nehmen Ärztinnen und Ärzte die wissenschaftlichen Fakten zu wenig zur Kenntnis?**

Frau Dr. Beckermann: „Ich kann mich erinnern, dass die Entwicklung der ersten Pille mit dem neuen Gestagen Drospirenon sogar eine Nachrichtermeldung wert war – ich weiß nicht mehr ob in der Tagesschau oder in der ZDF-Sendung »Heute«. Da wurde gesagt: „Der Firma Schering ist eine bahnbrechende Neuentwicklung gelungen. Aus einem Medikament zur Entwässerung wurde eine Pille entwickelt, die nicht mehr die unangenehmen Begleiterscheinungen der Pille wie Wassereinlagerung und Gewichtszunahme hat, sondern die im Gegenteil eher zu Gewichtsverlust führt“. Mit diesem Versprechen hat Schering – heute Bayer – natürlich viele Frauen aktiviert und motiviert, sich diese »gewichtsregulierende« Pille mit dem Handelsnamen Yasmin® verschreiben zu lassen. Aber auch viele Ärztinnen und Ärzte waren davon überzeugt, dass ein Gestagen, welches sich von Spironolacton ableitet, die Estrogen-bedingte Wasserretention verhindern kann. Später kam noch das Versprechen hinzu, dass Drospirenon das Haar dichter und voller macht – da gab es wohl kaum eine Frau, die sich nicht angesprochen fühlte. Der einzige Wermutstropfen war zu Anfang, dass Yasmin® viel teurer verkauft wurde als die anderen Pillen. Das konnten und wollten sich viele Frauen nicht leisten. So eine manipulativ-werbende Markteinführung wie bei der ersten Drospirenon-Pille ist mir in meiner gesamten Laufzeit bei keinem anderen Medikament begegnet. Damit war die Umdeutung eines Verhütungsmittels zu einem Lifestyle-Produkt gelungen. Alle weiteren Entwicklungen sind in diesem Licht zu sehen. Dass diese neueren Pillen der 3. und 4. Generation risikoreicher sind, wurde dagegen leider nicht in aller Öffentlichkeit dargestellt.“

- **Es gibt aber auch Kombinationen mit anderen Gestagenen – was ist von denen zu halten?**

Frau Dr. Beckermann: „Ja, das stimmt. Es kamen Pillen mit Cyproteronacetat auf den Markt, die heute aufgrund ihrer Risiken nur noch bei medizinischer Indikation verschrieben werden dürfen, aber damals häufig eingesetzt wurden, wenn Frauen reinere Haut und volleres Haar haben wollten. Bald gab es jedoch Diskussionen über die Risiken von Cyproteronacetat für Lebererkrankungen. Und als das Mittel dann nur noch bei eng umgrenzten Indikationen eingesetzt werden durfte, wurden Präparate mit Chlormadinonacetat aus der Kiste geholt. Diese Substanz war schon seit den 1970er Jahren bekannt, galt aber gegenüber Cyproteronacetat als altmodisch und wurde oft auch als weniger wirksam eingeschätzt.“

Heutzutage wird die Zielgruppe der Frauen, die sich reinere Haut und volleres Haar wünschen, mit »modernerer« Pillen bedient, die z.B., wie das Präparat Valette®, das Gestagen Dienogest enthalten. Diese Mittel sind sogar für diese Anwendung zugelassen. Der Marktanteil für Präparate, in denen dieses Gestagen mit einem Estrogen kombiniert wird, ist in der Zwischenzeit auffällig hoch. Dazu trägt bei, dass diese Pillen auch gerne bei solchen Frauen eingesetzt werden, die starke Blutungen haben, denn das Hormon Dienogest soll den Endometriumaufbau am stärksten unterdrücken. Kombinationspräparate mit Dienogest werden deshalb bei Frauen mit Endometriose als Mittel der Wahl eingesetzt, sofern ein Kombinationspräparat mit geringem Estrogenanteil überhaupt in Frage kommt und nicht nur ein reines Gestagen.“

- **Und wie hat sich der Markt überhaupt im Laufe der Zeit entwickelt?**

Frau Dr. Beckermann: „In den 1980er Jahren wurden Präparate entwickelt, die sowohl vom Estrogen- als auch vom Gestagen-Anteil sehr viel niedriger als die ersten Pillenpräparate dosiert waren. Viele davon enthielten das Gestagen Levonorgestrel, das gegenüber den »modernen« Pillen nicht nur als überholt, sondern auch als nachteilig dargestellt wird. Es soll nämlich im Gegensatz zu den »modernen« Mitteln zu unreiner Haut führen und Haarausfall begünstigen. Gynäkologinnen und Gynäkologen wurde dies mit der »androgenen Restwirkung« dieses Gestagens erklärt. Bisher wurden diese Effekte allerdings meines Wissens nicht durch eine zweifelsfreie Evidenz bestätigt. In der Praxis kommt es zu einem komplexen Zusammenspiel verschiedener Einflussfaktoren, auf denen die »ärztliche Erfahrung« aufbaut. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Rückmeldung der Patientin, gerade bei der Einstellung auf ein Dauermedikament wie es die Pille ja für viele Frauen ist. Die Einstellung auf orale Kontrazeptiva wird vor allem in den ersten drei bis sechs Monaten häufig von Nebenwirkungen begleitet, z. B. von Gewichtszunahme, Schwellungsgefühlen, Brustspannen und Zwischenblutungen. Solche Zwischenblutungen sind zwar harmlos und beeinträchtigen die Sicherheit der Verhütung nicht, sind aber lästig, und viele Frauen fühlen sich damit unwohl bis beunruhigt. Das kann zu einer Antipathie gegen diese Pille führen. Die Ärztinnen oder Ärzte kommen dann zu dem Schluss, dass diese Pille Probleme macht. Wenn dann nach drei bis sechs Monaten die Pille gewechselt wird, wird das neue Präparat mit einem neueren Gestagen

plötzlich viel besser vertragen, schon alleine aufgrund der fortgeschrittenen Umstellungsphase.“

- **Und so kann es dann auch zur Umstellung auf ein Produkt der 3. oder 4. Generation kommen?**

Frau Dr. Beckermann: „Das ist durchaus möglich, solche und ähnliche Faktoren können zu einer selektiven Wahrnehmung führen und der Grund für den Wechsel zu einem Mittel sein, das ein anderes Gestagen enthält. Damit will ich nicht abstreiten, dass Levonorgestrel bei einigen Frauen nicht tatsächlich zu androgen-bedingten Nebenwirkungen führt, vor allem bei einer Ersteinstellung. Aber diese sind häufig unbedeutend, vor allem gemessen an dem geringeren gesundheitlichen Risiko mit Blick auf die Häufigkeit von Thrombosen. Ob die auftretenden unerwünschten Wirkungen für die einzelne Frau subjektiv allerdings unbedeutend sind, ist eine ganz andere Frage. Mein Eindruck ist zudem, wenn eine Pille lange eingenommen wird, zum Beispiel länger als ein bis zwei Jahre, nivellieren sich die Unterschiede in der Verträglichkeit, so dass es immer eine Option sein sollte, auch nach längerer Einnahme eines oralen Verhütungsmittels der dritten und vierten Generation noch einmal eine Umstellung auf Pillen mit Levonorgestrel zu versuchen. Dies ist aus meiner Sicht ohne Frage die bessere Variante als die häufige Verordnung risikoreicherer Pillen mit Gestagenen wie Desogestrel, Cyproteronacetat oder Drospirenon. Und meine Aufgabe als Ärztin ist es, den jungen Mädchen und Frauen diese Informationen so verständlich und überzeugend wie möglich zu vermitteln – auch gegen die Werbung und die Verkaufsstrategien der Pharmafirmen.“

5 Keypoints

- Der Report widmet sich der Frage, ob die neuen und modernen Pillen der 3. und 4. Generation wirklich ein therapeutischer Fortschritt sind. Er geht dabei auf Nutzen und Risiken der neueren Gestagene ein und beschreibt die aktuelle Versorgungssituation anhand von Verordnungsdaten.
- Die Pillen der 3. und 4. Generation sind gezielt weiterentwickelt worden, um unangenehme Begleiterscheinungen zu vermindern und subjektive Schönheitseffekte zu verstärken. Diese Präparate werden mittlerweile deutlich häufiger verschrieben, als Pillen der zweiten Generation.
- Die Pille ist ein sicheres Arzneimittel zur Verhütung. Arzneimittel haben bei aller Sicherheit jedoch immer auch Risiken. Das Thromboserisiko für einige Pillen der 3. und 4. Generation ist jedoch höher (oder unklar) als bei der 2. Generation.
- Das Bundesministerium für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) hat im März 2014 beschieden, dass in den Fachinformationen für einige Pillen der 3. und 4. Generation auf das höhere Thromboserisiko hingewiesen werden muss. Gleichzeitig forderte es weitere Studien von den Herstellern für Produkte, bei denen das Risiko unklar ist.
- Hormonelle Verhütungsmittel mit Levonorgestrel (2. Generation) verhüten genauso sicher, wie Pillen der 3. und 4. Generation.
- Über 70 Prozent der weiblichen TK-Versicherten im Alter von 19 Jahren nehmen ein hormonelles orales Verhütungsmittel ein.
- Fast jede zweite TK Versicherte im Alter von 19 Jahren verhütete im Jahr 2013 mit einer Pille der 3. oder 4. Generation. Von den 19-jährigen TK Versicherten, welche die Pille einnahmen, erhielten über zwei Drittel ein Präparat mit höherem (oder unklarem) Thromboserisiko.

- Die Pharmaindustrie informiert im Internet ganz allgemein über das Thema Verhütung. Hier stellt sich die Frage, ob nicht tatsächlich versteckte Marketing- und Werbebotschaften der Hersteller im Vordergrund stehen. Bestehen zusätzlich noch Angebote zu Beziehungsthemen und Beauty, besteht die Gefahr, dass die Pille als Lifestyle-Arzneimittel wahrgenommen wird.
- Die Entscheidung für die Pille fällt oftmals bereits im Teenageralter, meist bleiben die Frauen dann über viele Jahre bei dem gleichen Präparat. Die Industrie ist daher auch auf YouTube und Facebook mit Informationsangeboten aktiv.

Anhang

Nomegestrolacetat + Estradiol

Handelsname: Zoely®	Hersteller: MSD
Indikation: Orale Kontrazeption	Markteinführung: Januar 2012
DDD: 1 Zykluspackung mit 28 Tabletten	Darreichungsform: Filmtablette







Zusammenfassende Bewertung

In Zoely® wurden erstmals in einem Einphasen-Präparat zur Kontrazeption das natürlich vorkommende Estradiol und das neuartige Gestagen Nomegestrolacetat fix kombiniert. Als Estrogen-Komponente wirkt Estradiol vergleichsweise schwach. Nomegestrol ist ein relativ selektiv wirkender Progesteron-Agonist, ohne relevante Wirkungen am Estrogen-Rezeptor und leicht antagonistischen Eigenschaften am Androgen-Rezeptor. Die Zykluspackung beinhaltet 24 wirkstoffhaltige Tabletten. An den verbleibenden vier Tagen eines Zyklus werden wirkstofffreie Tabletten eingenommen.

Die kontrazeptive Wirksamkeit von Zoely® unterscheidet sich nach den bisher vorliegenden Erkenntnissen nicht im Vergleich zu anderen – üblicherweise über 21 Tage eingenommenen – Einphasen-Präparaten¹. Direkte Vergleichsstudien liegen allerdings nur für Drospirenon/Ethinylestradiol-Einphasen-Präparate vor, Vergleichsuntersuchungen gegenüber der Standardkombination Levonorgestrel/Ethinylestradiol in niedriger Dosierung fehlen. In den publizierten klinischen Untersuchungen zeigte Zoely® ein den üblichen hormonellen Kombinationskontrazeptiva vergleichbares Nebenwirkungsprofil. Allerdings hat die neue Estradiol-Nomegestrol-Kombination deutliche Auswirkungen auf das Blutungsmuster der Anwenderinnen: Bereits in den ersten Einnahmemonaten kann die Abbruchblutung ausbleiben, ohne dass eine Schwangerschaft vorliegt. Nach den ersten drei Einnahmemonaten sind davon fünf von 100 Frauen

¹ Die kontrazeptive Wirksamkeit von Verhütungsmitteln wird mit Hilfe des *Pearl Index* beziffert. Dieser gibt die Anzahl an Schwangerschaften pro 100 Frauenjahre an. Bei Frauen, die nicht verhüten, liegt der *Pearl Index* bei 60 bis 80 Schwangerschaften pro 100 Frauenjahre. Der *Pearl Index* nach Sterilisation einer Frau liegt im Vergleich dazu bei 0,2 bis 0,3 Schwangerschaften pro 100 Frauenjahre. Bei der Pille wird der *Pearl Index* – vorausgesetzt sie wird regelmäßig und entsprechend der Einnahmeempfehlungen angewendet – mit 0,1 bis 0,9 angegeben (pro familia, 2013).

betroffen. Innerhalb des ersten Behandlungsjahres liegt die Amenorrhoe-rate, also das Ausbleiben der Regelblutung, zwischen 18 und 32 von 100 Frauen. Das erschwert die Einschätzung des Verhütungsschutzes durch die Anwenderinnen. Trotz der natürlich vorkommenden Estrogen-Komponente gelten für Zoely® die gleichen Gegenanzeigen und Warnhinweise wie auch für Ethinylestradiol-haltige Kombinations-kontrazeptiva, da spezifische Untersuchungen oder Erfahrungswerte für die neue Kombination bislang fehlen. So lässt sich auch das Thromboembolierisiko von Zoely® nicht sicher einschätzen. Das enthaltene schwach wirkende Estradiol lässt einerseits gegenüber Ethinylestradiol niedrigere Thrombooseraten erwarten, andererseits ist dem Mittel mit Nomegestrol ein wenig erprobtes Gestagen zugesetzt, für das noch keine Vergleichsdaten zu anderen Gestagen-Komponenten vorliegen. Im Vergleich zur Kombination bestehend aus Drospirenon/Ethinylestradiol scheint lediglich Akne häufiger aufzutreten (15,4 Prozent unter Zoely® vs. 7,9 Prozent unter Vergleich). Insgesamt werden unter Zoely® häufiger Nebenwirkungen beklagt (ca. 75 Prozent unter Zoely® vs. 69 Prozent unter Vergleich).

Verfügbare Therapien		(Zusatz-)Nutzen		Kosten	
	Neue Fixkombination, aber nur weitere Therapieoption		Keine relevante Verbesserung gegenüber vorhandenen, gut erprobten Therapieoptionen mit Unsicherheiten bzgl. Verträglichkeit		Da Zoely® als Kontrazeptivum nur in bestimmten Fällen der Erstattungspflicht der GKV unterliegt, findet kein Kostenvergleich statt
					
					

Erläuterung der Farben: **Verfügbare Therapien:** rot = weitere Therapieoption, gelb = Subgruppen-Novität, grün = Solist; **(Zusatz-)Nutzen:** rot = keine Verbesserung oder schlechte Nutzen/Schaden-Relation, gelb = teilweise Verbesserungen, grün = Verbesserung harter Endpunkte; **Kosten:** rot = teurer als bestehende Therapien, gelb = ungefähr gleich bzw. teils/teils, grün = günstiger als bestehende Therapien

Hintergrundinformationen

Wirkstoff und Pharmakologie

Orale Kontrazeptiva beinhalten in aller Regel eine Estrogen- und eine Gestagen-Komponente. Die Gestagen-Komponente verhindert den Eisprung (Ovulation), hemmt die Follikelreifung, hat Auswirkungen auf die Dicke der Gebärmutterschleimhaut und den Zervixschleim. Diese Teilwirkungen tragen allesamt zur kontrazeptiven Wirkung der Mittel bei. Die Estrogen-Komponente hat ebenfalls einen Anteil an der kontrazeptiven Wirkung der Kombination, wird aber in der Hauptsache zugesetzt, um den stabilen Aufbau der Gebärmutter zu gewährleisten und die – aufgrund der antiestrogenen Wirkung der Gestagene – sinkenden körpereigenen Estradiolplasmakonzentrationen zu kompensieren (EMA, 2011).

Mit dem natürlich vorkommenden Estradiol enthält Zoely® eine schwach wirkende Estrogen-Komponente. Das üblicherweise kombinierten oralen Kontrazeptiva zugesetzte Ethinylestradiol hat eine deutlich höhere estrogene Wirkpotenz und besitzt deswegen auch ein höheres Nebenwirkungsrisiko – einschließlich eines dosisabhängigen Risikos für thromboembolische Ereignisse. Auch Estradiol unterstützt in Kombination mit Gestagenen deren kontrazeptive Wirksamkeit und kann deswegen in hormonellen Kontrazeptiva zum Einsatz kommen. Um einen stabilen Zyklus zu erreichen, müssen Estradiol-haltige Kontrazeptiva aber an mehr Tagen eines Zyklus eingenommen werden als Mittel mit Ethinylestradiol. Das »junge« Gestagen Nomegestrol ist ein Hydroxyprogesteronderivat und zeigt enge strukturelle Verwandtschaft zu Medroxyprogesteron. Im Vergleich zu diesem zeichnet sich Nomegestrol durch eine ausgeprägtere progestagene Aktivität aus (Sitruk-Ware, 2004). Es bindet mit hoher Affinität an den Progesteron-Rezeptor, hat nur eine geringe Affinität am Androgen- und Glucocorticoidrezeptor und besitzt keine Bindungsaktivität am Estrogen- bzw. Mineralcorticoidrezeptor (Sitruk-Ware, 2004).

Zulassung und Präparat

Zoely® wurde im Juli 2011 durch die Europäische Zulassungsbehörde zugelassen und im Januar 2012 in den deutschen Arzneimittelmarkt eingeführt. Das Mittel ist seither zugelassen zur oralen Kontrazeption. In der Zulassung wird darauf hingewiesen, dass bei Verschreibung individuelle Risikofaktoren, insbesondere im Hinblick auf venöse

Thromboembolien, zu berücksichtigen sind und das Nebenwirkungsrisiko von Zoely® mit dem anderer kombinierten hormonellen Kontrazeptiva zu vergleichen ist. Das Mittel unterliegt als neuartige Kombination noch einer zusätzlichen Überwachung und trägt das schwarze Dreieck auf seiner Verpackung.

Informationen zum Indikationsgebiet

Mit dem Einsetzen der ersten Regelblutung beginnt für jede Frau eine etwa 35 bis 40 Jahre andauernde Zeit der Fruchtbarkeit. Damit stellt sich auch für jede Frau die Frage nach einer auf ihre individuellen Bedürfnisse abgestimmten Kontrazeptionsmethode. Am 1. Juni 1961, vor nunmehr mehr als 50 Jahren, wurde das erste orale Kombinationskontrazeptivum in den deutschen Handel eingeführt. Seit dieser Zeit prosperiert der Markt der Verhütungsmittel. Mittlerweile stehen unterschiedliche Applikationsformen wie Implantat, Pflaster, Vaginalring oder Intrauterinpressar (IUP), unterschiedliche Stärken, Zusammensetzungen und auch hormonfreie Kontrazeptiva zur Verfügung, so dass individuelle Erfordernisse bei der Auswahl berücksichtigt werden können. Von den schätzungsweise 20 Millionen Frauen im gebärfähigen Alter nimmt rund ein Drittel in Deutschland ein hormonelles Kombinationskontrazeptivum ein (Wiegratz et al., 2011). Mehr als 90 Prozent der Anwenderinnen sind damit sehr zufrieden (Skouby, 2010). Überwiegend handelt es sich dabei um Mittel mit niedrigerem Estrogenanteil (< 50 µg Ethinylestradiol) (DGGG, 2010).

Die kontrazeptive Wirksamkeit von Verhütungsmitteln wird mit Hilfe des *Pearl Index* beziffert. Dieser gibt die Anzahl an Schwangerschaften pro 100 Frauenjahre an. Bei Frauen, die nicht verhüten, liegt der *Pearl Index* bei 60 bis 80 Schwangerschaften pro 100 Frauenjahre. Der *Pearl Index* nach Sterilisation einer Frau liegt im Vergleich dazu bei 0,2 bis 0,3 Schwangerschaften pro 100 Frauenjahre. Bei der Pille wird der *Pearl Index* – vorausgesetzt sie wird regelmäßig und entsprechend der Einnahmeempfehlungen angewendet – mit 0,1 bis 0,9 angegeben (Pro Familia, 2013).

Da es sich bei der Anwendung der »Pille« um eine unter Umständen jahrelang bestehende Medikation des gesunden weiblichen Organismus handelt, ist die Frage nach einer verträglichen Anwendungsform zentral. Im Vordergrund stehen hier thromboembolische Ereignisse wie tiefe

Beinvenenthrombosen und Lungenembolien sowie kardiovaskuläre Ereignisse. Das Risiko steigt mit dem Alter der Frauen und nimmt bei Raucherinnen und Frauen mit kardiovaskulären Risikofaktoren wie Übergewicht und Diabetes mellitus noch weiter zu. Nach heutigem Wissen lässt sich das Thromboembolierisiko durch Dosisreduktion der Estrogen-Komponente und durch die Auswahl eines verträglichen Gestagens reduzieren.

Evidenz zum Nutzen und Schaden

Zoely® wurde aufgrund von zwei randomisierten Studien mit insgesamt mehr als 4.400 Frauen zugelassen (Mansour et al., 2011; Westhoff et al., 2012). Die kontrazeptive Wirksamkeit des Mittels wurde in diesen Studien als primäre Zielgröße im Vergleich zu Drospirenon (3 mg)/Ethinylestradiol (30 µg) untersucht. Da sich die Therapieregime (24 vs. 21 wirkstoffhaltige Tabletten) unterschieden, waren beide Studien unverblindet. Danach kann Zoely® mindestens ebenso gut Schwangerschaften verhindern wie eine Fixkombination aus Drospirenon und Ethinylestradiol. Zwar lagen die *Pearl Indices* für Zoely® etwas niedriger als unter der Vergleichstherapie, der Unterschied zwischen den Behandlungsregimen war aber statistisch nicht abzusichern.

Demgegenüber ergaben sich jedoch deutliche Unterschiede bei der Zykluskontrolle: Unter Zoely® kommt es in Abhängigkeit der Anwendungsdauer zu einer Abnahme der Blutungsintensität bis hin zum völligen Ausbleiben der Blutung. In den kontrollierten Studien lag die kumulative Amenorrhoeerate nach einem Jahr bei rund 26 Prozent im Vergleich zu einem Prozent in der Vergleichsgruppe. Dieser Unterschied war signifikant. Das Ausbleiben der Blutungen erschwert die Beurteilung des Verhütungsschutzes, auch wenn das Präparat regelmäßig und den Empfehlungen entsprechend angewendet wurde. Betroffene Frauen werden in diesem Fall wohl eine Abklärung wünschen. Bleibt die Regelblutung zweimal hintereinander aus, wird vom pharmazeutischen Unternehmer generell empfohlen, vor der weiteren Einnahme eine Schwangerschaft auszuschließen. Abgesehen von den Änderungen des Blutungsmusters entspricht das Nebenwirkungsprofil von Zoely® den allgemein bekannten unerwünschten Wirkungen hormoneller Kombinationskontrazeptiva. Im Vergleich zu Drospirenon/Ethinylestradiol scheint lediglich Akne häufiger aufzutreten (15,4 Prozent unter Zoely® vs. 7,9

Prozent unter Vergleich). Insgesamt werden unter Zoely® häufiger Nebenwirkungen beklagt (ca. 75 Prozent unter Zoely® vs. 69 Prozent unter Vergleich). Die Therapie wird deswegen auch häufiger abgebrochen (MSD, 2015). Daten zur Langzeitverträglichkeit der Fixkombination fehlen, weswegen eine Beurteilung des Thromboembolierisikos im Vergleich zu gut und lange erprobten hormonellen Kombinationspräparaten zur oralen Anwendung nicht möglich ist.

Leitlinienempfehlungen

Eine aktuell gültige Leitlinie steht derzeit in Deutschland nicht zur Verfügung. Laut Angaben auf der Website der AWMF ist ein Leitlinienvorhaben angemeldet, das unter Federführung der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe (DGGG) in Kooperation mit verschiedenen anderen Fachgesellschaften eine Erstellung einer evidenzbasierten Handlungsempfehlung für Ärzte zur Beratung von Frauen (S3) bis Ende 2016 fertigstellen will.

In der mittlerweile abgelaufenen Vorläuferversion dieser Leitlinie werden alle oralen Ovulationshemmer ohne Unterscheidung der Zusammensetzung als Mittel mit sicherer aber auch reversibler kontrazeptiver Wirksamkeit mit guter Zykluskontrolle beschrieben. Als nachteilig werden mögliche Wechselwirkungen und die typischen Nebenwirkungen einer Therapie mit Estrogenen und Gestagenen angegeben. Die kontrazeptive Sicherheit der Gruppe wird mit einem Pearl Index von 0,1 bis 0,9 angegeben, die durch die gleichzeitige Einnahme interagierender Arzneimittel oder bei schwerer Adipositas beeinträchtigt sein kann. Monophasische orale Kontrazeptiva werden vor diesem Hintergrund unterschiedslos als geeignet angesehen. Mögliche Verträglichkeitsunterschiede zwischen den verfügbaren hormonellen Kontrazeptiva sind nicht angesprochen (DGGG, 2010).

Mit möglichen Verträglichkeitsunterschieden befasste sich auf Antrag von Frankreich aber der Ausschuss für Risikobewertung in der Pharmakovigilanz (PRAC) der Europäischen Arzneimittelbehörde (European Medicines Agency, EMA): Er beurteilte im Jahr 2013 das Thromboembolierisiko der oralen Kontrazeptiva vor dem Hintergrund der verschiedenen darin enthaltenen Gestagene (EMA, 2013). Danach sind deutliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Gestagen-Kompo-

nenten erkennbar: Drospirenon, Gestoden und Desogestrel führen pro Jahr bei neun bis zwölf von 10.000 Frauen zu einer venösen Thromboembolie. Bei Levonorgestrel, Norgestimat und Norethisteron liegt diese Anzahl schätzungsweise bei fünf bis sieben von 10.000, bei Etonogestrel und Norelgestromin wird die Thromboembolierate auf sechs bis zwölf von 10.000 geschätzt. Für Chlormadinon, Dienogest und Nomegestrol liegen für die Risikoeinschätzung keine geeigneten Daten vor, um das Risiko einzuschätzen. Das Thromboembolierisiko ist vor allem im ersten Jahr der Anwendung erhöht oder wenn nach einer Pause von mehr als vier Wochen erneut mit der Einnahme begonnen wird und sinkt danach auf ein kontinuierlich niedrigeres Niveau. Immobilisation, Rauchen, Übergewicht und eine familiäre Disposition (Thrombophilie) können das Risiko für thromboembolische Ereignisse weiter erhöhen. Im Gegensatz zur Verträglichkeit konnte der PRAC keine Unterschiede im Hinblick auf die kontrazeptive Wirksamkeit der Mittel erkennen.

Da sich aufgrund der breiten Anwendung von Kontrazeptiva trotz der gering erscheinenden Unterschiede zwischen den verschiedenen Produkten erhebliche Abweichungen in den absoluten Thromboembolieraten ergeben, formuliert die Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft – im Gegensatz zum PRAC und derzeit auch den nationalen Fachgesellschaften – eine Empfehlung. Nach ihrer Ansicht sollen Erstanwenderinnen vorzugsweise kombinierte hormonale Kontrazeptiva mit einem niedrigeren Risiko für venöse Thromboembolien erhalten (Präparate mit Levonorgestrel, Norethisteron oder Norgestimat als Gestagenanteil). Dies gilt auch für Frauen mit einem aus anderen Gründen erhöhten Risiko für venöse Thromboembolien (wie z. B. Rauchen, Übergewicht), wenn nach individueller Nutzen-Risiko-Abwägung ein Kontrazeptivum verordnet wird (AKdÄ, 2014).

Literaturverzeichnis

- AKdÄ – Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft (2014). UAW-News International. Bei der Verschreibung von kombinierten hormonalen Kontrazeptiva sollte das Risiko für thromboembolische Ereignisse berücksichtigt werden. Dtsch Ärzteblatt. 111: A1533-A1534.
- a-t (2015). arznei-telegramm. 46: 41-42. Stand der Information: 15.05.2015.
- BAH – Bundesverband der Arzneimittelhersteller (2014) Zahlenbroschüre 2013. Berlin.
- Bird ST, Delaney JA, Etminan M, Brophy JM, Hartzema AG (2013). Drospirenone and non-fatal venous thromboembolism: is there a risk difference by dosage of ethinyl-estradiol? J Thromb Haemost. 11 (6): 1059-68.
- Bousser MG, Crassard I (2012). Cerebral venous thrombosis, pregnancy and oral contraceptives. Thromb Res. 130 Suppl 1: S19-22.
- Bundesärztekammer (2013). Bekanntgaben der Herausgeber – Arzneimittelkommission der Deutschen Ärzteschaft: „Aus der UAW-Datenbank“ – Cerebrale venöse Thrombosen im Zusammenhang mit kombinierten oralen Kontrazeptiva. Dtsch Arztebl. 110(50): A-2446 / B-2154 / C-2074.
- Collaborative Group on Epidemiological Studies on Endometrial Cancer (2015) Endometrial cancer and oral contraceptives: an individual participant meta-analysis of 27276 women with endometrial cancer from 36 epidemiological studies. Lancet Oncol 16: 1061-70
- Deutsche Ärztezeitung (2010). <http://www.aerztezeitung.de/panorama/article/594160/aliceschwarzer-pille-meilenstein.html>. Stand der Information: 17.03.2010. Letzter Zugriff: 14.09.2015.
- DGGG – Deutsche Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe (2010). Empfängnisverhütung: Familienplanung in Deutschland. Stand September 2010, ehemals S1-Leitlinie; AWMF 015/015; seit 01.09.2010 eingestuft als "Sonstiger Text" der DGGG.
- EMA – European Medicines Agency (2011).CHMP Assessment report for Zoely. International nonproprietary Name: nomegestrol/estradiol. Procedure No. EMEA/H/C/001213. Doc.Nr.: EMA/CHMP/906891/2011. http://www.ema.europa.eu/docs/en_GB/document_library/EPAR_-_Public_assessment_report/human/001213/WC500115833.pdf. Letzter Zugriff: 31.05.2015.
- EMA – European Medicines Agency (2013). CHMP Assessment report: Combined hormonal contraceptives containing medicinal products. Procedure under Article 31 of Directive 2001/83/EC. Stand der Information: 21 November 2013

- EMA/739865/2013.
http://www.ema.europa.eu/docs/en_GB/document_library/EPAR_-_Scientific_Conclusion/human/001213/WC500155400.pdf. Letzter Zugriff: 31.05.2015.
- EMA – European Medicines Agency (2015). European Medicines Agency – Combined hormonal contraceptives.
http://www.ema.europa.eu/ema/index.jsp?curl=pages/special_topics/general/general_content_000581.jsp&mid=WC0b01ac05806b6b24. Letzter Zugriff: 05.06.2015.
- Gronich N, Lavi I, Rennett G (2011). Higher risk of venous thrombosis associated with drospirenone-containing oral contraceptives: a population-based cohort study. *CMAJ*. 183 (18): E1319-25.
- IMS Health (2015). Der pharmazeutische Markt (DPM) 2014.
- Jenapharm (2012). https://www.youtube.com/watch?v=pVbb_BVHcA8. Letzter Zugriff: 17.09.2015
- Jenapharm (2015). <https://www.youtube.com/watch?v=yXHxjUSbGnc>. Letzter Zugriff: 17.09.2015
- Jick H, Jick SS, Gurewich V, Myers MW, Vasilakis C (1995). Risk of idiopathic cardiovascular death and nonfatal venous thromboembolism in women using oral contraceptives with differing progestagen components. *Lancet*. 346 (8990): 1589-93.
- Jick SS, Kaye JA, Russmann S, Jick H (2006). Risk of nonfatal venous thromboembolism with oral contraceptives containing norgestimate or desogestrel compared with oral contraceptives containing levonorgestrel. *Contraception*. 73(6): 566-70.
- Lidegaard Ø, Nielsen LH, Skovlund CW, Skjeldestad FE, Løkkegaard E (2011). Risk of venous thromboembolism from use of oral contraceptives containing different progestogens and oestrogen doses: Danish cohort study, 2001-9. *BMJ*. 343: d6423.
- Lucht M, Bredenkamp R, Boeker M, Kramer U (2015). Gesundheits- und Versorgungs-Apps. Hintergründe zu deren Entwicklung und Einsatz - Studie im Auftrag der Techniker Krankenkasse.
- Mansour D, Verhoeven C, Sommer W, Weisberg E, Taneepanichskul S, Melis GB, Sundström-Poromaa I, Korver T (2011). Efficacy and tolerability of a monophasic combined oral contraceptive containing nomegestrol acetate and 17 β -oestradiol in a 24/4 regimen, in comparison to an oral contraceptive containing ethinylestradiol and drospirenone in a 21/7 regimen. *Eur J Contracept Reprod Health Care*. 16: 430-443.

- MSD (2015). Zoely 2,5 mg/1,5 mg Filmtabletten. Stand der Information: Januar 2015.
- pro familia (2013). Pearl Index. <http://www.profamilia.de/erwachsene/verhuetung/pearl-index.html>. Stand der Information: 20.09.2013. Letzter Zugriff: 24.07.2015.
- Sitruk-Ware R (2004). New progestogens: a review of their effects in perimenopausal and postmenopausal women. *Drugs Aging*. 21: 865-883.
- Skouby SO (2010). Contraceptive use and behavior in the 21st century: a comprehensive study across five European countries. *Eur J Contracept Reprod Health Care. Suppl* 2: S42-53.
- Stam J (2005). Thrombosis of the cerebral veins and sinuses. *N Engl J Med*. 352 (17): 1791-8.
- SVR (2006). Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen – Koordination und Qualität im Gesundheitswesen. Ziffer 837 ff.
- van Hylckama Vlieg A, Helmerhorst FM, Vandenbroucke JP, Doggen CJ, Rosendaal FR (2009). The venous thrombotic risk of oral contraceptives, effects of oestrogen dose and progestogen type: results of the MEGA case-control study. *BMJ*. 339: b2921.
- Vinogradova Y, Coupland C, Hippisley-Cox J (2015). Use of combined oral contraceptives and risk of venous thromboembolism: nested case-control studies using the QResearch and CPRD databases. *BMJ*. 350: h2135.
- Westhoff C, Kaunitz AM, Korver T, Sommer W, Bahamondes L, Darney P, Verhoeven C (2012). Efficacy, safety, and tolerability of a monophasic oral contraceptive containing norgestrel acetate and 17 β -estradiol: a randomized controlled trial. *Obstet Gynecol*. 119: 989-999.
- Wiegatz I, Thaler CJ (2011). Hormonal contraception--what kind, when, and for whom? *Dtsch Arztebl Int*. 108: 495-505.
- Wurzbacher R, (2015). Für dumm verkauft - Pharmariese Bayer macht im Internet mit massenhaft gefälschten Postings Schleichwerbung für Risikoprodukte. Rüge aus Österreich. *Junge Welt* vom 16.09.2015. Abrufbar unter <https://www.jungewelt.de/2015/09-16/028.php>. Letzter Zugriff: 18.09.2015

RAHMENKONZEPT PERSONALENTWICKLUNG

in der Landesverwaltung

Stand: 21. Juli 2015

Impressum

Herausgeber Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur
Rheinland-Pfalz
Referat Personalentwicklung und Fortbildung

Schillerplatz 3 – 5
55116 Mainz

Telefon: 06131 – 16 – 3487
06131 – 16 – 3536

E-Mail: referat.personalentwicklung@isim.rlp.de

Web-Adresse: www.isim.rlp.de

VORWORT

Die Entwicklung des Rahmenkonzeptes zur Personalentwicklung im Jahr 2007 hatte das Ziel, Behördenleitungen, Führungskräfte sowie Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen ein Handwerkszeug zu geben, um Motivation, Kreativität, Arbeitszufriedenheit und Arbeitsergebnisse zu steigern. Acht Jahre später freuen wir uns, dass das Rahmenkonzept zur Personalentwicklung von allen Seiten positiv aufgenommen und mit Leben erfüllt wurde. In der vorliegenden überarbeiteten Fassung wurden gewonnene Erfahrungen und neueste wissenschaftliche Erkenntnisse berücksichtigt sowie neue Standards und Ziele formuliert.

Im Mittelpunkt des überarbeiteten Konzeptes stehen natürlich die Menschen, die in den Verwaltungen arbeiten. Es gilt, die guten Rahmenbedingungen für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen weiterhin zu optimieren um die Leistungsfähigkeit zu erhalten und nach Möglichkeit auszubauen. Hierbei kommt den Führungskräften eine besonders wichtige Rolle zu.

Ein aus heutiger Sicht zukunftsweisendes Thema ist das altersgerechte Arbeiten. Es ist sicherzustellen, dass auch ältere Kollegen und Kolleginnen u. a. vor dem Hintergrund der technologischen Entwicklung lange gesund bleiben und arbeiten können. Auch der Wissenstransfer, der sicherstellen soll, erworbenes Wissen und Erfahrungen transparent zu machen, ist Bestandteil des neuen Rahmenkonzeptes Personalentwicklung.

Um kommende Herausforderungen bewältigen zu können, ist es wichtig, gut qualifizierte Fachkräfte für die verschiedenen Bereiche der Landesverwaltung zu begeistern und zu gewinnen. Auch hierzu trägt das neue Rahmenkonzept Personalentwicklung bei.

Wir wünschen uns auch weiterhin, dass das neue und überarbeitete Personalentwicklungskonzept mit Leben gefüllt wird und dazu beiträgt, dass die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit Freude zur Arbeit gehen und die Verwaltungen zukunftsfähig bleiben.

A handwritten signature in black ink that reads "Malu Dreyer". The script is fluid and cursive.

Ministerpräsidentin

A handwritten signature in black ink that reads "Hans-Joachim Lauth". The script is fluid and cursive.

Minister des Innern, für Sport
und Infrastruktur

INHALT

1	Personalentwicklung als zentrale Aufgabe	7
1.1	Grundlagen	7
1.2	Ziele des Rahmenkonzeptes	8
1.3	Adressaten und Verantwortliche	11
2	Verbindliche Instrumente der Personalentwicklung	14
2.1	Systematische Personalgewinnung und -bindung	14
2.2	Anforderungsprofile	15
2.3	Integration neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	16
2.4	Führung und Zusammenarbeit	17
2.4.1	Führungsgrundsätze.....	17
2.4.2	Führungskräfteentwicklung und -qualifizierung	17
2.4.4	Vorgesetztenfeedback.....	18
2.5	Mitarbeitergespräch und Zielvereinbarungen	19
2.6	Fort- und Weiterbildung	21
2.7	Mobilität / Rotation	22
2.8	Beurteilung	24
2.9	Gesundheitsmanagement	24
3	Fakultative Instrumente der Personalentwicklung.....	26
3.1	Mitarbeiterbefragung.....	26
3.2	Mentoring.....	26
3.3	Coaching	27
3.4	Kollegiale Beratung.....	27
3.5	Wissensmanagement	28
3.6	Soziale Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner	29
4.	Ausblick.....	31

Anlagen

Anlage 1 a

Eckpunkte für die Fort- und Weiterbildung in der rheinland-pfälzischen Landesverwaltung

Anlage 1 b

Handreichung für die Umsetzung der Eckpunkte für die Fort- und Weiterbildung in der rheinland-pfälzischen Landesverwaltung

Anlage 2

Rahmenkonzept Betriebliches Gesundheitsmanagement in der Landesverwaltung

Anlage 3 a

Vermittlung von Kompetenzen zur Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern (Gender Mainstreaming)

Anlage 3 b

Vermittlung von Vielfaltskompetenz (Diversity Management)

Anlage 3 c

Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Anlage 4

Stärkung der Europa-Kompetenz

Anlage 5

Führungsgrundsätze der Mitglieder des rheinland-pfälzischen Ministerrates

1 Personalentwicklung als zentrale Aufgabe

Eine moderne und zukunftsorientierte Verwaltung braucht vor allem eins: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die engagiert ihre Aufgaben wahrnehmen und bereit sind, sich immer wieder neuen Herausforderungen zu stellen. Um bestens gerüstet zu sein, wird in der Landesverwaltung Rheinland-Pfalz seit mehreren Jahren eine zielgerichtete Personalentwicklung durchgeführt.

1.1 Grundlagen

Personalentwicklung soll die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Lage versetzen, jederzeit die Anforderungen, die sich aus ihren Aufgabengebieten ergeben, erfüllen zu können. Hierfür sind die Qualifikationen, Fähigkeiten und Fertigkeiten, aber auch Erwartungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit den Anforderungen und Zielen der einzelnen Dienststellen an ihre Beschäftigten in Übereinstimmung zu bringen. Systematische Personalentwicklung widmet sich daher folgenden Leitfragen:

Wie können Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter so gefördert werden, dass sie ihre Kompetenzen entwickeln und ihre Potenziale so entfalten können, dass sie der Organisation förderlich sind und zufrieden sind? Wie kann eine Organisation geschaffen werden, die einem stetigen Wandel und dem Willen nach Verbesserung aufgeschlossen ist, so dass für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Freiheit und Motivation besteht, sich weiterzuentwickeln? Dabei sollte Personalentwicklung strategisch und vorausschauend ausgerichtet sein, außerdem transparent und selbstreflektierend.

Der Ministerrat des Landes Rheinland-Pfalz hat bereits im Jahr 2005 den Auftrag erteilt, ein ressortübergreifendes Rahmenkonzept für die Personalentwicklung zu erarbeiten, das Anfang 2007 veröffentlicht wurde. Auf dessen Basis wurde ein Prozess angestoßen und daraufhin wurden in zahlreichen Dienststellen und Institutionen des Landes Personalentwicklungskonzepte erstellt. Um aktuellen und auch künftigen Herausforderungen gerecht werden zu können, hat der Ministerrat beschlossen, dass das bestehende Rahmenkonzept Personalentwicklung unter Federführung des

Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur überarbeitet und weiterentwickelt werden soll.

Die Rahmenbedingungen sind durch den zu deckenden Bedarf an qualifizierten Nachwuchs- und Fachkräften, eine verlängerte Lebensarbeitszeit, die fortschreitende technologische Entwicklung, einen der Haushaltskonsolidierung geschuldeten Personalabbau und eine damit verbundene Arbeitsverdichtung geprägt. Personalentwicklung muss diese Herausforderungen im Blick haben. Das ressortübergreifende Personalentwicklungskonzept wurde deshalb entsprechend fortgeschrieben. Dabei wurden die vorhandenen bewährten Instrumente zum Teil weiter ausgebaut und um zusätzliche Instrumente ergänzt.

1.2 Ziele des Rahmenkonzeptes

Es ist Hauptziel der Personalentwicklung, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben bestmöglich wahrnehmen zu können. Um dieses Ziel zu erreichen, hat die Landesregierung verschiedene Konzeptionen entwickelt, die für die Rahmenbedingungen des Arbeitens von Bedeutung sind. Dazu zählen insbesondere

- die Stärkung der guten Führungskultur,
- eine lebensphasenorientierte Personalpolitik,
- das lebenslange Lernen,
- die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie,
- die Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern,
- die Gleichstellung von schwerbehinderten Menschen,
- das Diversity Management und
- die Stärkung der Europa-Kompetenz.

Im Einzelnen:

Eine gute Führung ist ein wichtiger Faktor für qualitativ hochwertige Ergebnisse, Innovationen und Kreativität von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die Verantwortung für Führung ist dabei nicht delegierbar – eine gute Führungskultur muss von der Spitze des Hauses ausgehen. Der Ministerrat hat sich daher selbst Führungsgrundsätze gegeben, die in den Dienststellen durch Maßnahmen konkretisiert werden. (Anlage 5) Ein Katalog an Führungsinstrumenten, die geeignet sind, die Landesverwaltung auf die künftigen Herausforderungen vorzubereiten, die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erhalten und die Attraktivität des Landes als Arbeitgeber weiter zu steigern, werden zudem nachfolgend im Rahmenkonzept beschrieben.

Der gesellschaftliche und demografische Wandel erfordert eine **lebensphasenorientierte Personalpolitik**: Ziel ist die Erhaltung und Weiterentwicklung der Arbeitsfähigkeit unter Beachtung der Lebensphase, in der sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gerade befinden. Untrennbar damit verbunden ist das Prinzip des **lebenslangen Lernens**, das gerade auch für die berufliche Qualifizierung gilt. In einer sich immer schneller wandelnden Gesellschaft veraltet Wissen schnell, Anforderungen verändern sich. Personalentwicklung hat dabei die Aufgabe, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter so zu qualifizieren, dass jede und jeder über die Dauer des Berufslebens den wechselnden Anforderungen gewachsen ist. An dieser Stelle ist insbesondere die Aus-, Fort- und Weiterbildung gefragt, die erforderlichen Instrumente und Maßnahmen zur Verfügung zu stellen.

Das steigende Bedürfnis nach einer noch besseren **Vereinbarkeit von Beruf und Familie** war für die Landesregierung Anlass, sich durch die „**Selbstverpflichtung zur Sicherung und Weiterentwicklung einer familienfreundlichen Personalpolitik**“ in wichtigen Handlungsfeldern einheitliche Standards zu geben und diese fortzuentwickeln (Anlage 3 c).

Die Landesregierung sieht sich insbesondere nach den Vorgaben des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes dem Anspruch an ein umfassendes **Diversity Management** verpflichtet. Diversity Management will die Verschiedenheit der Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter wertschätzen und für den Erfolg der Organisation nutzbar machen. Arbeitsorganisationen, in denen beispielsweise Männer und Frauen, Ältere und Jüngere, Einheimische und Zugewanderte zusammen kommen, arbeiten nachweislich besser. Diversity Management sieht die Stärkung interkultureller Aspekte sowie integrative Maßnahmen vor und hat die Auseinandersetzung mit Geschlecht, Alter, Behinderung, Migrationshintergrund/ethnischer Herkunft, sexueller Orientierung und Religion/Weltanschauung zum Inhalt (Anlage 3 b).

Die Verwirklichung der **Gleichstellung von Frauen und Männern** auf der Grundlage des Landesgleichstellungsgesetzes von Rheinland-Pfalz ist ein integraler Bestandteil von Personalentwicklung und nimmt bei allen personalwirtschaftlichen Maßnahmen einen hohen Stellenwert ein. Gender Mainstreaming wird in allen Bereichen der Verwaltung gelebt. Die verabschiedeten Anwendungsleitlinien zur „Integration und Betreuung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst“ des Landes dokumentieren die Anstrengungen der Landesregierung zur Verwirklichung der **Gleichstellung von Menschen** mit Schwerbehinderung in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes (Anlage 3 a).

Seit der Einführung des Rahmenkonzepts zur Personalentwicklung im Februar 2007 sind die Anforderungen an die **Europa-Kompetenz** der Landesbediensteten weiter gestiegen, insbesondere durch die im Lissaboner Reformvertrag 2009 vereinbarten Erweiterungen der Zuständigkeiten der EU, die stärkere Einbindung und Verantwortung der nationalen Parlamente und Regionen sowie die neuen innerstaatlichen Mitwirkungsgesetze und das erhöhte Haftungsrisiko der Länder. Für eine moderne und strategisch effiziente Personalpolitik ist deshalb insbesondere für die Bediensteten, die in Arbeitsfeldern mit europäischen Bezügen arbeiten, der Erwerb bzw. die permanente Stärkung der Europa-Kompetenz aus fachlichen Gründen unverzichtbar und zugleich für ihre Motivation von erheblicher Bedeutung. Die wichtigsten Elemente einer **systematischen europaspezifischen Personalpolitik**, wie sie auch von der Konferenz der Europaminister der Länder (EMK) empfohlen wird, sind in Anlage 4 dargestellt.

Die im vorliegenden Rahmenkonzept in den Kapiteln 2 und 3 benannten Instrumente bezwecken in unterschiedlicher Weise sowohl die Verbesserung und Durchsetzung der vorgenannten Rahmenbedingungen und Konzeptionen als auch die weitere Festigung dieser Rahmenbedingungen. Beispielsweise dient die Schaffung einer guten Führungskultur dem Gesundheitsmanagement (da die Führungskraft gesundheitsbewusst führt) und gleichzeitig der Vereinbarkeit von Beruf und Familie (indem die Führungskraft die Erfordernisse in Bezug auf die Vereinbarkeit für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erkennt und geeignete Maßnahmen wie z.B. Telearbeit umsetzt). Ebenso kann die lebensphasenorientierte Personalpolitik und das alternsgerechte Arbeiten durch die Möglichkeiten zur Fortbildung, der Schaffung von Telearbeitsplätzen oder die Anpassung von Anforderungsprofilen umgesetzt werden.

Das Rahmenkonzept Personalentwicklung möchte durch die Festschreibung von obligatorischen und fakultativen Personalentwicklungsinstrumenten hierbei Orientierung geben. Dabei wird unterschieden zwischen den Instrumenten, die als notwendig und verpflichtend angesehen werden, und in einem zweiten Teil den Instrumenten, die wünschenswert sind. Dabei ist die Ausgestaltung eines Personalentwicklungskonzeptes Angelegenheit einer jeden Dienststelle. Es soll in enger Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen und Beteiligten vor Ort erarbeitet werden. Der Landesregierung ist es jedoch wichtig, durch das Rahmenkonzept Personalentwicklung Standards zu setzen, damit auf deren Grundlage die notwendigen Maßnahmen initiiert werden, um aktuelle und zukünftige Herausforderungen einer modernen Verwaltung leistungs- und bürgerorientiert bewältigen zu können.

1.3 Adressaten und Verantwortliche

Personalentwicklung ist eine Kooperationsaufgabe, deren Erfolg von dem Zusammenspiel vieler Beteiligter abhängt. So sind die Behördenleitungen, die Führungskräfte, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die für Personalentwicklung zuständige Organisationseinheit ebenso wie die Personal- und Schwerbehindertenvertretung sowie die Gleichstellungsbeauftragten für den Erfolg verantwortlich.

Dabei haben die einzelnen Funktionsträger nachfolgende Aufgaben:

Die Leitung der Behörde bekennt sich zu einer kontinuierlichen und systematischen Personalentwicklung und stellt die notwendigen Ressourcen zur Verfügung. Dass die Landesregierung sich dieser Aufgabe bewusst ist und sie auch entsprechend erfüllen will, zeigt der Auftrag des Ministerrats, dieses Rahmenkonzept als Grundlage für ressortspezifische Konzepte fortzuschreiben.

Die Führungskräfte sind hauptverantwortlich für die Personalentwicklung. Sie beraten und unterstützen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sie erkennen und fördern Potenziale, ermitteln Entwicklungsbedarf und arbeiten eng und vertrauensvoll mit der Organisationseinheit Personalentwicklung zusammen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tragen eine Mitverantwortung für ihre eigene Personalentwicklung. Sie melden Entwicklungsbedarf an die Führungskräfte und bereiten sich auf die Personalentwicklungsmaßnahmen vor, damit diese erfolgreich durchgeführt werden können. Soweit möglich, geben sie als Multiplikatoren ihre Erfahrungen weiter.

Die Organisationseinheit Personalentwicklung – ob als eigenständiges Referat oder eingebettet in den Personalbereich – bietet die geeigneten Personalentwicklungsinstrumente und -maßnahmen an. Sie sichert deren Anwendung, plant und führt Personalentwicklungsmaßnahmen durch und überprüft deren Erfolge. Sie berät die Führungskräfte ebenso wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Notwendige Grundlage für eine effektive und effiziente Personalentwicklung ist eine vorausgehende und vorausschauende Personalbedarfsplanung, basierend auf einer Altersstrukturanalyse. Nach Erfassung des vorhandenen Personalbestandes legt sie die erforderlichen personellen Kapazitäten in quantitativer und qualitativer Hinsicht für die Erfüllung derzeitiger und künftiger Aufgaben fest. Die Entwicklung, Umsetzung und Evaluierung von Personalentwicklungsmaßnahmen sollte dabei in einem Prozess erfolgen, der partizipativ und transparent gestaltet ist. Personalentwicklung erfolgt nicht um ihrer selbst

willen, sondern dient den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Führungskräften und damit auch der Organisation.

Die Personal- und Schwerbehindertenvertretungen sowie die Gleichstellungsbeauftragten unterstützen die Weiterentwicklung der Personalentwicklung und sind zusätzliche Ansprechpartnerinnen und –partner der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

2 Verbindliche Instrumente der Personalentwicklung

Zu den Instrumenten, die für eine gelungene Personalentwicklung für unerlässlich gehalten werden, gehören:

2.1 Systematische Personalgewinnung und -bindung

Die Frage der Personalgewinnung und -bindung wird vor dem Hintergrund des demografischen Wandels in den nächsten Jahren zunehmend in den Fokus der Personalarbeit rücken. Bereits jetzt treten in bestimmten Fachbereichen Besetzungsengpässe auf. Das Land steht in zunehmender Bewerbungskonkurrenz mit Unternehmen, aber auch mit Kommunen und Nachbarländern. Durch eine systematische Personalgewinnung und -bindung kann diesem Wandel Rechnung getragen werden.

Zu den Möglichkeiten, qualifiziertes Personal zu gewinnen, gehören unter anderem die zielgruppenspezifische Ansprache von potenziellen Bewerberinnen und Bewerbern an Schulen und Hochschulen, Angebote von Praktika, ansprechende Stellenausschreibungen und schnelle Auswahlverfahren, die das Augenmerk auf fachliche Qualifikation, soziale Kompetenz und Potenzialeinschätzungen richten.

Im Zusammenhang mit den Bemühungen des Landes zur Gewinnung von Nachwuchskräften, bereits Berufserfahrenen oder Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteigern wird an dieser Stelle beispielhaft auf das Karriereportal des Landes Rheinland-Pfalz verwiesen, auf dem unter anderem alle Ausbildungsberufe und Entwicklungsmöglichkeiten im Landesdienst aufgelistet sind. Es informiert über aktuelle Stellenangebote sowie Qualifizierungsmöglichkeiten und bietet zukünftig die Möglichkeit von Onlinebewerbungen. Mit dem einheitlichen Internetauftritt soll die Landesverwaltung gleichzeitig als attraktiver Arbeitgeber nachhaltig beworben werden. Den öffentlichen Dienst als Arbeitgeber zeichnet neben einem sicheren Arbeitsplatz insbesondere aus, dass er interessante und vielseitige Aufgaben zum Wohle des Gemeinwesens, eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie und vielfältige Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten bietet.

Aufgabe ist es, nicht nur qualifiziertes Personal zu finden, sondern alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter langfristig und motivierend zu binden. Dies kann durch Maßnahmen gelingen, wie sie im Rahmenkonzept aufgeführt werden, zum Beispiel das betriebliche Gesundheitsmanagement, Einarbeitungskonzepte, Mitarbeitergespräche, Maßnahmen zur Fort- und Weiterbildung, die Qualifizierung von Führungskräften sowie Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit beruflichen und privaten Lebens. Zudem trägt eine glaubwürdige und vertrauensvoll gelebte Organisations- und Führungskultur zur Steigerung der Zufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei. Dadurch werden die Beschäftigten langfristig gebunden. Gleichzeitig ergibt sich eine Attraktivitätssteigerung der Verwaltung als Arbeitgeber.

2.2 Anforderungsprofile

Die Ziele einer modernen Verwaltung können nur erreicht werden, wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit ihren individuellen Fähigkeiten den an sie gestellten Anforderungen entsprechen. Anforderungsprofile enthalten die wesentlichen Erfordernisse des Aufgabengebiets. Sie geben Auskunft darüber, welche Fähigkeiten, Kenntnisse und persönliche Kompetenzen an den einzelnen Arbeitsplätzen notwendig sind, damit die Aufgaben in der gewünschten Quantität und Qualität erledigt werden können. Neben einer Arbeitsplatz- und Tätigkeitsbeschreibung, den formalen Kriterien (Aus- und Vorbildung) und fachlichen Qualifikationen müssen auch persönliche Kompetenzen wie z. B. Teamfähigkeit, Kreativität, Kommunikationsfähigkeit, Innovationsbereitschaft sowie Problemlösungs- und Konfliktfähigkeit im Anforderungsprofil enthalten und je nach auszuübender Tätigkeit gewichtet sein.

Das Anforderungsprofil ist die zentrale Grundlage und das Schlüsselinstrument einer systematischen Personalentwicklung. Es bildet die Grundlage für Stellenausschreibungen, eine professionelle Personalauswahl, die Einführung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das Mitarbeitergespräch und die Fortbildungsbedarfsanalyse. Anforderungsprofile sollen daher für jede Funktionsebene und Fachrichtung erstellt werden. Für gleichartige Aufgabengebiete kann ein Anforderungsprofil ausreichend sein.

Soweit Anforderungsprofile noch nicht vollständig für jeden Arbeitsplatz erarbeitet wurden, soll als Einstieg zumindest vor jeder Stellenausschreibung ein detailliertes Anforderungsprofil für die zu besetzende Stelle erstellt werden. Da sich die Anforderungen fortlaufend verändern, müssen Anforderungsprofile regelmäßig aktualisiert werden.

2.3 Integration neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die systematische Begleitung des Einstiegs neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und auch solcher, die nach einer längeren Beurlaubung ihren Dienst wieder aufnehmen, dient sowohl der fachlichen Einarbeitung als auch der sozialen Integration. Sie verkürzt die Einarbeitungszeit, gibt neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mehr Sicherheit, wodurch die Leistungsbereitschaft gefördert wird und die volle Leistungsfähigkeit schneller entfaltet werden kann. Für jede Dienststelle soll ein auf die eigenen Bedürfnisse zugeschnittenes Einführungsprogramm erstellt werden. Ziele sollen unter anderem die Darstellung der Querschnittsaufgaben, der bestehenden Netzwerke, der Schnittstellen und der wichtigsten Bezugspunkte sein.

Aus der Sicht der Dienststelle sollen die neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter möglichst schnell mit den Inhalten der neuen Aufgabe vertraut werden, ihre eigenen Fähigkeiten einbringen und eine starke Identifikation mit dem Fachbereich und der gesamten Behörde entwickeln. Unabhängig hiervon müssen die Dienststellen vor Ablauf der Probezeit entscheiden, ob die in der Probezeit gezeigten Leistungen eine auf Dauer angelegte und Erfolg versprechende Zusammenarbeit erwarten lassen. Die systematische Einarbeitung und die frühzeitige soziale Integration erleichtern es den neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die erwarteten Leistungen zu erbringen und den an sie gestellten Anforderungen gerecht zu werden. Gleichzeitig trägt das Einführungsprogramm dazu bei, Wissen systematisch weiterzugeben und damit auch ein Wissensmanagement zu fördern.

2.4 Führung und Zusammenarbeit

Die Führungskräfte sind die verantwortlichen Träger sowohl der Organisations- als auch der Personalentwicklung. Unter Führungskräften werden hier all jene Personen verstanden, die unmittelbar Menschen führen, unabhängig von der Besoldung oder Eingruppierung. Führungskräfte in die Lage zu versetzen, diese Aufgabe erfüllen zu können, ist damit ebenfalls notwendige Aufgabe der Personalentwicklung.

2.4.1 Führungsgrundsätze

Die Leistungsfähigkeit der Verwaltung hängt wesentlich von ihren Führungskräften und der Qualität ihrer Führung ab. Mit der Vereinbarung von Führungsgrundsätzen kann Führungskräften ein Handlungsrahmen gegeben werden, der ihnen die Anforderungen und Erwartungen an ihre Führungsrolle bewusst macht. Sie helfen hierdurch auch bei der Selbstreflexion. Der Ministerrat hat sich für seine eigene Führungsarbeit Führungsgrundsätze gegeben. (Anlage 5) Im Mittelpunkt stehen hierbei die Verantwortung für Führung, die Vermittlung von Werten, Haltungen und Zielen, die Reflexion des Führungsverhaltens und die Förderung und Forderung von guter Führung. Die Führungsgrundsätze sollen in den Dienststellen mit konkreten Maßnahmen hinterlegt werden.

2.4.2 Führungskräfteentwicklung und -qualifizierung

Neue und zunehmend komplexere Aufgaben müssen in immer kürzeren Zeitintervallen bewältigt werden. Ohne ständige, das gesamte Berufsleben begleitende Weiterqualifizierung sind Führungskräfte nicht in der Lage, den an sie gestellten vielseitigen und wechselnden Herausforderungen gerecht zu werden. Bei den Reform- und Veränderungsprozessen kommt der Vorgesetztenebene eine herausgehobene und vorbildhafte Funktion zu.

Eine breit angelegte und standardisierte Führungskräfteentwicklung, die zudem ständig an die aktuellen Bedürfnisse angepasst wird, dient auch dem Ziel, die

gegenwärtige und künftige Handlungskompetenz in der Landesverwaltung durch eine verbesserte Führungs- und Kommunikationskultur, eine Steigerung der Motivation und eine Erhöhung der Arbeitszufriedenheit zu gewährleisten.

Der Förderung von Frauen für Führungsaufgaben ist im Hinblick auf ihre in der Gesamtbetrachtung noch immer gegebene Unterrepräsentanz in Leitungsfunktionen ein besonderes Gewicht beizumessen.

Das vom Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur entwickelte ressortübergreifende vierstufige Führungskräftequalifizierungskonzept sowie weitere ressorteigene Programme richten sich an die einzelnen Führungsebenen und beinhalten die systematische Vorbereitung auf Führungsaufgaben sowie die Festigung und Vertiefung der Führungsfähigkeiten.

Für Führungsnachwuchskräfte des vierten Einstiegsamtes in Rheinland-Pfalz ist die Teilnahme an Maßnahmen der Führungskräftefortbildung grundsätzlich verpflichtend. Führungsfunktionen sollen erst nach einer entsprechenden Fortbildung übertragen werden.

2.4.4 Vorgesetztenfeedback

Die Auseinandersetzung von Führungskräften mit dem eigenen Führungsverhalten ist ein Erfolgsfaktor guter Führungskräfteentwicklung. In der Praxis lässt sich beobachten, dass Führungskräfte die Situation hinsichtlich der Arbeitszufriedenheit und des Betriebsklimas anders wahrnehmen als ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ein Abgleich zwischen Selbst- und Fremdeinschätzung hilft den Führungskräften, die Sicht auf das eigene Verhalten zu schärfen, zu objektivieren und ihr Führungsverhalten kontinuierlich zu verbessern. Ein mögliches Instrument hierzu ist die Einholung eines Vorgesetztenfeedbacks im Rahmen eines Mitarbeitergesprächs oder durch eine Mitarbeiterbefragung. Hierbei wird nicht die Person eingeschätzt, sondern das Führungsverhalten, wie es von der Mitarbeiter- bzw. Mitarbeiterinnen-Ebene subjektiv empfunden wird.

Größere Organisationseinheiten erleichtern wegen der von den Betroffenen in den meisten Fällen geforderten Anonymität die Durchführung des Vorgesetztenfeedbacks. Grundsätzlich lässt sich das Vorgesetztenfeedback auch losgelöst von Mitarbeiterbefragungen mit diversen, erfolgreich praktizierten Instrumenten durchführen. Hierunter fallen: das moderierte Gespräch, das themenzentrierte Interview, das direkte Feedbackgespräch nach einer entsprechenden Workshop-Schulung und bedingt, je nach Aufgabengebiet, das 360-Grad-Feedback.

Erfolgsfaktoren für eine solche Maßnahme sind die rechtzeitige und umfassende Aufklärung der Bediensteten über die Ziele des Vorgesetztenfeedbacks und die Sicherstellung der Vertraulichkeit der erhobenen Daten, die Gewährleistung, dass die Ergebnisse allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zugänglich gemacht werden und die grundsätzliche Bereitschaft, Veränderungen einzuleiten. Die Aufarbeitung der Ergebnisse muss – auch unter dem Aspekt der Fürsorge und der weiteren vertrauensvollen Zusammenarbeit – behutsam erfolgen.

2.5 Mitarbeitergespräch und Zielvereinbarungen

Das Mitarbeitergespräch ist ein persönliches, vertrauensvolles und vertrauliches Gespräch zwischen der bzw. dem unmittelbaren Vorgesetzten und der Mitarbeiterin bzw. dem Mitarbeiter als gleichberechtigte Partner zur wechselseitigen Rückmeldung über die Ist- und Soll-Situation im Rahmen der Zusammenarbeit.

Menschen, Beziehungen und Arbeitsabläufe sind einem ständigen Wandel unterworfen. Deshalb ist es sinnvoll, in einem festen Rhythmus Gespräche zwischen Vorgesetzten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern über Fragen hinsichtlich der gemeinsamen Aufgabenerledigung zu führen. Hierbei hat sich ein in seinen Anforderungen klar definiertes Mitarbeitergespräch als Instrument der Personalentwicklung in vielen Behörden in Rheinland-Pfalz bereits bewährt.

Mitarbeiterzufriedenheit, Motivation, Kreativität und Eigenverantwortlichkeit werden maßgeblich davon getragen, dass die Mitarbeiterin bzw. der Mitarbeiter den Weg zur Erreichung der vereinbarten Arbeitsergebnisse mitgestalten kann. Deshalb sollte das Mitarbeitergespräch sich – auch auf der Grundlage des Anforderungsprofils der jeweiligen Stelle – mit den Aufgabeninhalten, Aufgabenzielen und Arbeitsergebnissen der Mitarbeiterin bzw. des Mitarbeiters befassen, um nach Ablauf einer gemeinsam festgelegten Frist Erfolg bzw. Misserfolg der Aktivitäten der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters bewerten zu können.

Wichtig ist, dass das Mitarbeitergespräch nicht Bestandteil des Beurteilungsverfahrens ist, sondern als Instrument der Personalentwicklung vor allem die vertrauensvolle und partnerschaftliche Zusammenarbeit fördert, was sich wiederum positiv auf die Arbeitsergebnisse auswirkt.

Im Laufe des Gesprächs sollen – nach einem Rückblick auf die Zeit seit dem letzten Mitarbeitergespräch – die Ziele, Schwerpunkte und Anforderungen für das Folgejahr erörtert werden sowie eventuell getroffene Vereinbarungen über die Aufgabenerfüllung erörtert werden. Die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter gibt eine Rückmeldung über die Wahrnehmung der Zusammenarbeit mit der bzw. dem Vorgesetzten und über mögliche Verbesserungen der Rahmenbedingungen der Arbeitssituation. Gegenstand des Gesprächs können insbesondere Vorschläge und Wünsche zur Steigerung der Leistung und Befähigung sein, wobei Fortbildungswünsche eine ganz entscheidende Bedeutung zukommt, sofern nicht ein gesondertes Fortbildungsgespräch geführt wird, wie es mehrere Konzepte vorsehen. So kann im Rahmen des Mitarbeitergesprächs bedarfsgerecht ermittelt werden, inwieweit die Mitarbeiterin bzw. der Mitarbeiter bereits über die notwendigen Qualifikationen und Fähigkeiten verfügt, um den aktuellen und zukünftigen Anforderungen gerecht werden zu können, oder ob Förder- und Entwicklungsmaßnahmen eingeleitet werden sollen.

Beide Gesprächspartner einigen sich vor Beginn des Gespräches darüber, ob die Ergebnisse des Gespräches als Gedankenstütze für das nächste Mitarbeitergespräch in einer einvernehmlich anzuerkennenden Gesprächsnotiz schriftlich festgehalten werden sollen. Grundsätzlich gilt jedoch, dass eine Nachhaltigkeit nur erzielt werden kann,

wenn die Gesprächsergebnisse konsequent und verbindlich umgesetzt werden. Es wird daher – auch im Hinblick auf das folgende Mitarbeitergespräch – empfohlen, die Ergebnisse als (persönliche Ziel-) Vereinbarung nachvollziehbar schriftlich zu erfassen.

Vereinbarungen können auch zu qualitativen und quantitativen Ausprägungen von Ergebnissen getroffen werden. Ob solche Zielvereinbarungsgespräche im Rahmen eines Mitarbeitergesprächs geführt werden, sollte jedes Ressort – orientiert an den jeweiligen Bedürfnissen – selbst entscheiden. Wichtig ist hierbei aber, dass die Erreichung von Zielen über Kriterien messbar, angemessen und realisierbar ist.

2.6 Fort- und Weiterbildung

Weiterbildung und lebenslanges Lernen sind zentrale Ansatzpunkte zur Bewältigung der künftigen Herausforderungen. Sie sind Teil der Modernisierung der Landesverwaltung. Die moderne Gesellschaft ist eine lernende. Einmal erworbenes Wissen reicht nicht mehr für ein ganzes Arbeits- und Berufsleben, zumal die Folgen des demografischen Wandels und die Anforderungen am Arbeitsplatz ständige Neuausrichtungen erforderlich machen. Die Notwendigkeit lebenslangen Lernens wird bei der Bewältigung und zur Nutzung der Chancen des demografischen Wandels noch wichtiger, um Beschäftigungsfähigkeit, Produktivität, Motivation, individuelle Herausforderungen, soziale Orientierung und Stabilität einer älter werdenden Gesellschaft zu ermöglichen und zu gewährleisten. Auch im Rahmen des technologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Wandels entstehen kontinuierlich neue Qualifikationsanforderungen. Fachliche, methodische, personale und soziale Kompetenzen können und müssen stetig und bedarfsgerecht über Fort- und Weiterbildung nachgefragt und ausgebaut werden.

Vom Ministerrat wurden im Jahr 2005 die Eckpunkte für die Fort- und Weiterbildung in der rheinland-pfälzischen Landesverwaltung beschlossen (siehe Anlage 1a). Als Leitfaden und Orientierung für ihre Umsetzung wurde von den Fortbildungsreferentinnen und -referenten der Ressorts, der Landesvertretung und der Staatskanzlei eine

Handreichung erarbeitet. Diese ist dem Rahmenkonzept ebenfalls als Anlage beigelegt (siehe Anlage 1b).

Die wichtigste Ressource des öffentlichen Dienstes ist sein Personal. Dessen Qualifikation und Qualifizierung ist daher ständige Notwendigkeit und Herausforderung.

Fort- und Weiterbildung sind deshalb die Kerninstrumente der Personalentwicklung. Sie bedürfen der besonderen Aufmerksamkeit sowohl im Hinblick auf jede und jeden Einzelnen als auch mit Blick auf die Erfordernisse der Organisation.

2.7 Mobilität / Rotation

Die Förderung der Verwendungsbreite ist ein wichtiges Instrument der Personalentwicklung. Der Einsatz in verschiedenen Arbeitsgebieten steigert die berufliche Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Das Entwicklungsziel besteht unter anderem darin, zusätzliche Qualifikationen und Erfahrungen zu erwerben, Verständnis für fachliche Zusammenhänge zu gewinnen, Netzwerke zu bilden, Überspezialisierung und Überperfektion zu vermeiden, eine stärkere Kommunikation und Teamorientierung zu erreichen, verschiedene Führungs- und Arbeitstechniken zu erlernen und Erfahrungen in der Mitarbeiterführung zu sammeln. Mobilität und Rotation geben sowohl den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als auch dem Arbeitgeber bzw. Dienstherrn Aufschluss über die Entwicklungspotentiale der Betroffenen. Sie ist darüber hinaus ein geeignetes Mittel der Korruptionsprävention.

Insbesondere für Führungskräfte sind Erfahrungen in unterschiedlichen Arbeitsgebieten, möglichst auf verschiedenen Verwaltungsebenen, unverzichtbar. Von ihnen wird erwartet, dass sie auch die übergreifenden gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Dimensionen ihres Handelns beurteilen können.

Die Dienststellen eröffnen ihren Bediensteten im Rahmen von Personalentwicklungskonzepten die Möglichkeit der Mobilität und der Rotation. Die Dienststellen setzen die

Mobilitätsbereitschaft voraus und fördern diese. Hierbei sind die ressortspezifischen Eigenheiten, die dienstlichen Interessen und die besonderen fachlichen Belange sowie die individuellen Verwendungswünsche und Entwicklungsziele der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu berücksichtigen und zu erörtern.

Ein Arbeitsplatzwechsel kann sowohl innerhalb einer Behörde, ressortübergreifend, zwischen den Verwaltungsebenen der Ressorts, zu einer Kommunalverwaltung, zur Bundesverwaltung, zu anderen Landesverwaltungen, zu Einrichtungen der EU sowie zu Wirtschaftsunternehmen erfolgen. Um Rotation zwischen den Ressorts zu erleichtern, soll an einer weiteren Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen gearbeitet werden.

Bei der Umsetzung der Mobilität und der Rotation sind familiäre Verpflichtungen und die Belange des Personals mit Schwerbehinderung zu berücksichtigen. Bei der Rotation soll darauf geachtet werden, dass durch den Personalwechsel möglichst wenig Wissen und Erfahrung verloren gehen und eine sachgerechte Aufgabenwahrnehmung sichergestellt ist. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den personalbewirtschaftenden Stellen ist deshalb nach einem im Rahmen der Mobilität erfolgten Arbeitsplatzwechsel ein Feedback zu geben.

Das Ziel der Verwendungsbreite wird nicht nur durch Arbeitsplatzwechsel erreicht, sondern kann in gewissem Umfang und im Einzelfall auch durch Veränderungen der Aufgabenstruktur auf demselben Arbeitsplatz erfolgen. So ist sowohl die Anreicherung des Aufgabengebietes mit Teilaufgaben mit höherwertigen Anforderungen (sogenanntes Job Enrichment) als auch die Erweiterung um Teilaufgaben mit gleichwertigen Anforderungen (Job Enlargement) denkbar. Vor- und Nachteile dieser Maßnahmen sind jedoch sorgfältig abzuwägen, insbesondere ist die Arbeitsbelastung zu berücksichtigen. Auch die tarifrechtlichen Auswirkungen sind zu beachten.

Beförderungen in Spitzenämter der jeweiligen Laufbahnabschnitte und die Übertragung der entsprechenden Funktionen erfordern grundsätzlich den Nachweis der Bewährung auf unterschiedlichen Dienstposten. Gleiches gilt für die Übertragung

höherwertiger Funktionen im Tarifbereich. Diese Dienstposten bzw. Arbeitsplätze sollten zumindest im vierten Einstiegsamt nicht alle der gleichen Verwaltungsebene angehören. Für Führungskräfte ist die Verwendungsbreite eine zentrale Schlüsselqualifikation. Die Ressorts sollen für ihren eigenen Geschäftsbereich Regelungen treffen, die die Voraussetzungen für die Übertragung höherwertiger Dienstposten und Arbeitsplätze und das Erreichen von Spitzenämtern festlegen.

2.8 Beurteilung

Gemäß § 3 LbVO gehört die Beurteilung zu den Personalentwicklungs- und -führungsmaßnahmen. § 15 LbVO bestimmt, dass Eignung, Befähigung und fachliche Leistung der Beamtinnen und Beamten zu beurteilen sind.

Dienstliche Beurteilungen haben zum Ziel, ein aussagekräftiges, objektives und dem Vergleich zugängliches Bild der Leistung und Befähigung zu gewinnen. Sie sollen die Möglichkeit bieten, Entscheidungen über den weiteren beruflichen Einsatz und das berufliche Fortkommen der Beamtinnen und Beamten am Grundsatz der Bestenauslese auszurichten (§ 9 BeamStG). Die Rechtsprechung fordert für die Auswahlentscheidung aktuelle Leistungsvergleiche. In Rheinland-Pfalz gibt es sowohl das System der Anlass- als auch der Regelbeurteilung.

2.9 Gesundheitsmanagement

Gesundheit ist unser höchstes Gut und Voraussetzung für persönliche Zufriedenheit und Wohlbefinden. Ziel jeder Gesundheitsstrategie muss es daher sein, die Menschen vor Gesundheitsrisiken zu schützen und die Gesundheit in allen Lebensbereichen zu fördern. Der Arbeitswelt kommt hierbei, neben der Familie, der Schule und der Freizeit, eine besondere Bedeutung zu. Ein geeignetes Instrument für die Umsetzung dieses Ziels ist das betriebliche Gesundheitsmanagement. Es setzt sich zusammen aus den gesetzlich vorgeschriebenen Maßnahmen für den Arbeitsschutz und der betrieblichen Gesundheitsförderung. Das betriebliche Gesundheitsmanagement befasst sich

dabei sowohl mit physischen als auch mit psychischen Belastungen und zielt nicht nur auf die Abwehr von Gesundheitsgefahren, sondern will aktiv Kräfte stärken. Es ist damit präventiv ausgerichtet.

Das "Rahmenkonzept Betriebliches Gesundheitsmanagement in der Landesverwaltung" ist Bestandteil des Rahmenkonzeptes Personalentwicklung und bietet den Dienststellen eine Orientierungshilfe für ihr Gesundheitsmanagement. Außerdem soll es dazu dienen, einen möglichst einheitlichen Standard in der Landesverwaltung auf dem Gebiet des Gesundheitsmanagements zu erreichen. Das aktualisierte Rahmenkonzept Betriebliches Gesundheitsmanagement ist als Anlage 2 beigefügt.

3 Fakultative Instrumente der Personalentwicklung

Folgende weitere Instrumente der Personalentwicklung werden empfohlen:

3.1 Mitarbeiterbefragung

Die Mitarbeiterbefragung ist ein wichtiges Führungsinstrument des modernen Personal- und Organisationsmanagements. Als Maßnahme zur Aufdeckung von Problemfeldern in Organisationseinheiten ebenso wie als Erkenntnisquelle für Verbesserungsmöglichkeiten bietet sie einen Einstieg in einen Veränderungsprozess. Damit wird sie zu einem wichtigen Bestandteil der wirkungsvollen Personal- und Organisationsentwicklung und bildet eine gute Grundlage für erfolgreiche Personalführung und Qualitätssteigerung in einer „lernenden Organisation“.

Hinsichtlich der Erfolgsfaktoren für eine Mitarbeiterbefragung gilt das für das Vorgesetztenfeedback Gesagte.

3.2 Mentoring

Ziel eines Mentoring ist, dass eine Nachwuchskraft (Mentee) die Erfahrungen und Kenntnisse einer erfahrenen Führungskraft - der Mentorin oder des Mentors - nutzt, um dadurch selbst neue Fähigkeiten und Kompetenzen zu entwickeln sowie Netzwerke aufbauen zu können. Mentoring ist eine geeignete Personalentwicklungsmaßnahme insbesondere für angehende Führungskräfte, die von Erfahrungen und Kenntnissen berufserfahrener Kolleginnen und Kollegen durch aktive Unterstützung bei Entscheidungs- und Problemsituationen sowie Handlungs- und Managementstrategien profitieren können.

In vielen Bereichen wird Mentoring erfolgreich als ein individuelles, attraktives und ziel führendes Instrument der Nachwuchsförderung eingesetzt. In der Landesregierung

existiert seit 2010 das Mentoring-Programm „Mehr Frauen an die Spitze!“. Ziel des jeweils ein Jahr dauernden Mentoring-Programms ist es, den Frauenanteil in Führungspositionen langfristig zu erhöhen, die berufliche Entwicklung von Frauen zu fördern sowie den Anteil von Frauen in Gremien, Beiräten und Ausschüssen nachhaltig zu steigern.

3.3 Coaching

Coaching ist eine spezielle Form der berufsbezogenen Beratung mit unterstützendem und beratendem Charakter. Coaching wird in erster Linie für Einzelpersonen angeboten. Zielgruppe sind Personen mit Managementaufgaben, das heißt Führungskräfte der obersten Ebene. In einer Kombination aus individueller, unterstützender Problembewältigung sowie persönlicher Beratung und Begleitung hilft eine ausgebildete Fachkraft (Coach) als neutraler Feedbackgeber. Ein Coach nimmt der Führungskraft keine Aufgaben und Entscheidungen ab, sondern berät sie primär auf der Prozessebene.

Ziel ist, die Selbstwahrnehmung der Führungskraft zu fördern, das heißt „blinde Flecken“ und Betriebsblindheit abzubauen, neue Gesichtspunkte zu erkennen und in der Folge neue Handlungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Die vorgenannten Ziele werden mit Hilfe eines Coaching-Konzepts erreicht, das auf die jeweilige Person individuell abgestimmt sein muss.

3.4 Kollegiale Beratung

Bei der kollegialen Beratung, die u.a. vom Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur ressortübergreifend angeboten wird, finden sich Gruppen von acht bis zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zusammen, um konkrete Situationen aus dem Berufsalltag gemeinsam zu beraten und einer konstruktiven Lösung zuzuführen. Die Gruppe gründet sich in Eigeninitiative und erhält in der Regel in einer Einführungsveranstaltung unter fachlicher Moderation eine Anleitung zur Durchführung der kollegialen Beratung. Folgeveranstaltungen werden ohne externe Moderation in Eigenregie der

Gruppe durchgeführt. Das Beratungsgespräch selbst ist strukturiert, funktioniert nach einem festgelegten Ablauf und mit stets wechselnden Rollen des festbleibenden teilnehmenden Kreises. Der Fokus liegt auf der vertraulichen Behandlung beruflicher und arbeitsbezogener Themen.

Der mit dem Instrument verbundene Qualifizierungsprozess, das entstehende Netzwerk der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die Förderung einer Unterstützerkultur und der Ausbau einer echten und offenen Kommunikationskultur machen die kollegiale Beratung zu einem effektiven und effizienten Personalentwicklungsinstrument, das eigenständig oder in Kombination mit anderen Qualifizierungsmaßnahmen auch als modulares Programm eingesetzt werden kann.

Zudem wird über kollegiale Beratung die Verankerung von in Seminaren erlerntem Führungs-, Kommunikations- und Selbstmanagementwissen im Arbeitsalltag mittels praktischer und von der Gruppe reflektierter Anwendung ermöglicht. Deshalb sollten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bereits über eine mehrjährige Berufserfahrung verfügen.

3.5 Wissensmanagement

Wissensmanagement umfasst alle Verfahren und Instrumente, die dazu beitragen, das in einer Organisation vorhandene Wissen transparent zu machen und seine interne und externe Weiterverwendung und Weiterentwicklung zu ermöglichen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sichern durch den strukturierten Erwerb, Erhalt, Ausbau und Transfer von Wissen ihre berufliche und persönliche Kompetenz, um den wachsenden Anforderungen an ihrem Arbeitsplatz gerecht zu werden und die Funktionsfähigkeit und Weiterentwicklung der Organisation zu gewährleisten.

Jeder Funktionswechsel und das Ausscheiden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern insbesondere in Schlüsselpositionen stellen für die Dienststelle eine Herausforderung dar, weil wertvolles Wissen nicht verlorengehen sollte. Es handelt sich hierbei nicht nur um das reine Fachwissen, sondern es geht in erster Linie um das Know-how

hinsichtlich der Prozesse und Ressourcen, das Erfahrungs- und Hintergrundwissen und das Wissen über die bestehenden Netzwerke.

Neben bereits existierenden Instrumenten zum Erhalt von Wissen, wie beispielsweise dem landeseinheitlichen Aktenplan, der digitalen Bibliothek, dem Inter- und Intranet und dem kollegialen Gespräch, werden die technischen Möglichkeiten weiter ausgebaut. Ferner sollten weitere Möglichkeiten berücksichtigt werden:

- die Erstellung eines verbindlichen Leitfadens bei Funktionswechsel und Ausscheiden,
- die Rotation, damit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Erfahrungen und Wissen in anderen Organisationseinheiten erwerben können,
- die Einarbeitung der neuen Mitarbeiterin oder des neuen Mitarbeiters möglichst durch die Vorgängerin oder den Vorgänger beim Ausscheiden aus dem Dienst oder bei Stellenwechseln,
- Zusammenfassung des weiterzugebenden Wissens mit Hilfe von Kreativtechniken, z. B. Mind-Mapping,
- Wissensverteilung innerhalb der eigenen Organisationseinheit.

3.6 Soziale Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Soziale Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner sind besonders qualifizierte Bedienstete oder beauftragte Dritte, die sich speziell um die psychosozialen Belange der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kümmern, für Direkthilfe sorgen, situativ weiterempfehlen und eine möglichst umfassende Betreuung anstreben.

Ziele der Beratung sind unter anderem die Unterstützung zur Erhaltung und Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit, die Förderung sozialer Kompetenzen, die Beratung bei Suchtproblemen und psychischen Erkrankungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie die Vermittlung von weiteren Beratungsangeboten. Hierdurch können insbesondere Probleme wie Mobbing, Fehlzeiten und Stress ganzheitlich angegangen

und negative Auswirkungen für Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter und die Dienststellen reduziert werden.

In gleichem Maße stehen soziale Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner aber auch Führungskräften sowie Kolleginnen und Kollegen von Betroffenen im Umgang mit deren Abhängigkeits- oder Suchtproblemen bzw. psychischen Erkrankungen beratend und Hilfestellung gebend zur Seite.

4. Ausblick

Personalentwicklung unterliegt dem ständigen Wandel und besteht aus einzelnen, sich gegenseitig ergänzenden Instrumenten. Das vorliegende Konzept gibt den Rahmen für die von den einzelnen Ressorts zu erstellenden Personalentwicklungskonzepte vor. Dieser wird unter Berücksichtigung der ressortspezifischen Besonderheiten und Erfordernisse ausgefüllt. Die Ressortkonzepte werden von den zuständigen Dienststellen ständig fortgeschrieben.

Eckpunkte für die Fort- und Weiterbildung in der rheinland-pfälzischen Landesverwaltung

(1) Die rheinland-pfälzische Landesregierung, hat mit Beschluss des Ministerrates vom 7. Juni 2005 Vorgaben für die Weiterentwicklung der Fort- und Weiterbildung in der rheinland-pfälzischen Landesverwaltung festgeschrieben.

Präambel

(2) Die moderne Gesellschaft ist eine lernende Gesellschaft. Einmal erworbenes Wissen reicht nicht mehr für ein ganzes Arbeits- und Berufsleben aus. Im Rahmen des technologischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Wandels entstehen kontinuierlich neue Qualifikationsanforderungen. Fachliche, methodische, personale und soziale Kompetenzen können und müssen über Fort- und Weiterbildung erweitert werden. Die Notwendigkeit des lebenslangen Lernens wird im Zusammenhang der Bewältigung und der Chancen des demographischen Wandels noch wichtiger, um Beschäftigungsfähigkeit, Produktivität und soziale Orientierung und Stabilität einer älter werdenden Gesellschaft zu ermöglichen und zu gewährleisten.

(3) Die Anforderungen an die Qualität der Arbeit der Landesverwaltung werden durch vielfältige Einflüsse geprägt und unterliegen einem Wandlungsprozess. Neue und zunehmend komplexere Aufgaben müssen von den Beschäftigten in immer kürzeren Zeitintervallen bewältigt werden. Dieses Umfeld stellt neue Herausforderungen an die Entwicklung und Anwendung neuer Organisations- und Arbeitsformen. Fort- und Weiterbildungsangebote sind auf diese neuen Anforderungen auszurichten. Dazu werden folgende gemeinsame Eckpunkte formuliert, die einen verbindlichen Gesamtrahmen für die von der Landesverwaltung angebotenen Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen enthalten. Dabei wird von folgenden Prämissen ausgegangen:

(3.1) Die wichtigste Ressource des öffentlichen Dienstes ist sein Personal. Dessen Qualifikation und Qualifizierung ist ständige Notwendigkeit und Herausforderung.

(3.2) Die Modernisierung der Verwaltung erfordert von den Beschäftigten über die formalen Berufsausbildungs- und Studienabschlüsse hinaus die permanente Aneignung und Verarbeitung von Wissen und Informationen.

(3.3) Auch im öffentlichen Dienst werden sich unter anderem wegen des demographischen Wandels die Erwerbsbiographien in Richtung längeren und qualifizierteren Verbleibs im Arbeitsleben verändern. Auch dies erfordert die permanente Aktualisierung des in der Landesverwaltung vorhandenen Wissens.

(3.4) Fort- und Weiterbildung als Teil des lebenslangen Lernens ist deshalb unabdingbar. Erfolgreich und nachhaltig ist sie nur, wenn sie sowohl an den Erfordernissen der Landesverwaltung als auch an den Kompetenzen und Bedürfnissen der Beschäftigten ansetzt und eine lernorientierte hohe Qualität ausweist.

(3.5) Fort- und Weiterbildungsplanung als ein Steuerungselement des berufsbegleitenden Lernprozesses ist als Führungsaufgabe zu verstehen und eng mit dem jeweiligen Personalentwicklungskonzept zu verknüpfen.

Zielsetzung

Fort- und Weiterbildung muss dazu befähigen, sich in verändernden Arbeitsstrukturen zu bewegen, in diesen zu handeln und sie mitzugestalten.

Ausgangspunkt für den gezielten Einsatz von Fort- und Weiterbildung im Rahmen der Personalentwicklung und der Organisationsentwicklung ist die Bedarfserhebung bei Beschäftigten und Vorgesetzten.

(6) Es werden abgestimmte und ausreichende Angebote vorgehalten und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angeboten.

(7) Für Führungskräfte gibt es Fort- und Weiterbildungsverpflichtungen, die ihre Sozialkompetenz stärken und sie in ihrer Führungsaufgabe unterstützen.

(8) Bei der Organisation und Durchführung von Fort- und Weiterbildung ist Gender Mainstreaming einzusetzen.

(9) Durch die Eckpunkte erhalten die Beschäftigten und die für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Verantwortlichen Orientierung über die Ausrichtung der Fort- und Weiterbildungsangebote. Die Eckpunkte gelten für die gesamte Landesverwaltung.

Inhalte

(11) Die Fort- und Weiterbildungsangebote sollen Beschäftigten die Möglichkeit eröffnen, sich auf die sich verändernden Arbeitsinhalte und -strukturen einzustellen. Ihnen sind methodische und fachliche Kompetenzen zu vermitteln, die sowohl geeignet sind, ihre Arbeitszufriedenheit als auch die fachliche Qualifikation zu verbessern und die Zusammenarbeit zu optimieren.

(12) Die **fachliche** Fortbildung soll die Beschäftigten fachlich auf dem neuesten Stand halten und sie befähigen, sich individuell themenspezifisch weiterzuqualifizieren.

(13) Die **fachübergreifende** Fort- und Weiterbildung soll Kompetenzen und Schlüsselqualifikationen wie z.B. Team-, Kommunikations-, Reflexions- und Konfliktfähigkeit, Verantwortungs- und Entscheidungsbereitschaft und Flexibilität vermitteln, damit die Beschäftigten in ihrer jeweiligen Funktion auf fachlich hohem Niveau und mit hoher Arbeitszufriedenheit in der Lage sind, folgende Anforderungen zu bewältigen:

- Changemanagement
- Team- und Projektarbeit
- Arbeitsgestaltung und -organisation
- Verantwortungsübernahme und Delegation
- Personalführung

(14) Insbesondere ist auch das selbstgesteuerte Lernen sowie die Nutzung neuer Lernformen zu fördern. In Betracht kommen u.a. elektronische Lernformen wie E-Learning und blended-Learning (Verbindung von E-Learning und Präsenzphasen).

Umsetzung

(15) Entsprechend des dienstlichen Einsatzes und der vorhandenen Potenziale sollen den Beschäftigten insbesondere folgende Fort- und Weiterbildungsinhalte zugänglich gemacht werden: Arbeits- und Zeitmanagement, Projektmanagement, Kommunikationstraining, Mitarbeitergespräche, Konfliktgespräche, Gesprächsführung und Sitzungsleitung, Präsentation und Moderation, Teamentwicklung, Gender Mainstreaming sowie Gesundheitsmanagement.

Zusätzlich zu diesen Inhalten sollen Beschäftigte vor der Übernahme von Führungsfunktionen Fort- und Weiterbildungen zum Gender-Aspekt, der Schwerbehinderten-Thematik und dem Umgang mit Suchtproblemen besucht haben oder bei der Übernahme der Führungsfunktion zeitnah nachholen.

(16) Die Teilnahme an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen kann Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befähigen, höherwertige Tätigkeiten wahrzunehmen.

(18) Führungskräfte haben im Rahmen ihrer Führungsaufgaben die Verantwortung für die Feststellung des Qualifikationsbedarfes und das Vorschlagen geeigneter Fort- und Weiterbildungsangebote für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

(19) Die Fort- und Weiterbildungswünsche der Beschäftigten und Fort- und Weiterbildungsempfehlungen der Führungskräfte sind u.a. Bestandteil des Mitarbeitergesprächs und in einer Zielvereinbarung festzuhalten.

(20) Beschäftigte, die ihre Berufstätigkeit zeitweise unterbrechen, können - wie alle übrigen - an dienstlichen Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen, um Qualifikationsverluste zu vermeiden.

(21) Alle Beschäftigten, auch die Führungskräfte, müssen ihre eigene Fort- und Weiterbildung als Teil ihrer dienstlichen Aufgaben begreifen. Somit ist auch die Teilnahme an Veranstaltungen im dienstlichen Interesse.

(22) In den Ressorts werden, falls erforderlich, allgemeine Regelungen zur Umsetzung dieser Eckpunkte erarbeitet. Die Personalräte sind einzubeziehen. Ebenfalls sind die Gleichstellungsbeauftragten und Schwerbehindertenvertretungen zu beteiligen.

Evaluation

(23) Das für allgemeine Fort- und Weiterbildung für die Beschäftigten zuständige Ressort erstellt in der Mitte der Legislaturperiode einen Bericht über die Umsetzung der Eckpunkte. Dieser wird in der Staatssekretärskonferenz behandelt.

Rheinland-Pfalz
Staatskanzlei

Handreichung für die Umsetzung der Eckpunkte für die Fort- und Weiterbildung in der rheinland-pfälzischen Landesverwaltung

Vorbemerkung

Gemäß dem Beschluss des Ministerrates vom 7. Juni 2005 wurde von den Fortbildungsreferentinnen und -referenten der Ressorts, der Landesvertretung und der Staatskanzlei eine Handreichung erarbeitet, die als Leitfaden und Orientierung für die Umsetzung der Eckpunkte für die Fort- und Weiterbildung in der rheinland-pfälzischen Landesverwaltung gilt.

Anlass dafür ist der Abschluss von Zielvereinbarungen zur Fort- und Weiterbildung in der rheinland-pfälzischen Landesverwaltung mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund Rheinland-Pfalz und dem Deutschen Beamtenbund Rheinland-Pfalz.

Allgemeines

Die Handreichung hat das Ziel, den handelnden Personen eine Hilfe bei der Umsetzung der Eckpunkte für die Fort- und Weiterbildung in der rheinland-pfälzischen Landesverwaltung zu liefern. Im Folgenden wird der Begriff "Fortbildung" verwendet, da dieser als beruflicher, fachlicher und überfachlicher Lernprozess verstanden wird.

Die Ressorts haben sich per Ministerratsbeschluss verpflichtet, diese Handreichung als Grundlage zur Umsetzung der Eckpunkte zu verwenden.

Die Handreichung wurde für die fachübergreifende Fortbildung erstellt. Eine Anwendung im Bereich der fachlichen Fortbildung ist möglich.

Bei der Erstellung der Handreichung wurden positive Erfahrungen aus den Ressorts zu Grunde gelegt. Sie ist ein Leitfaden, der von seiner Konkretisierung und Weiterentwicklung lebt.

Je einheitlicher die Umsetzung der Handreichungsinhalte ist, umso effektiver können Bedarfserhebung und Angebotsentwicklung in der und für die gesamte Landesverwaltung erfolgen.

Eckpunkte und Handreichung werden Bestandteil des zukünftigen ressortübergreifenden Personalentwicklungskonzeptes sein.

Verpflichtung und Information

Um den ständig steigenden Anforderungen am Arbeitsplatz gerecht zu werden, ist Fortbildung unerlässlich. Grundlagen dafür sind das Landesbeamtengesetz, die einschlägigen Tarifverträge und der Ministerratsbeschluss vom 7. Juni 2005. Die gezielte Fortbildung ist Dienstaufgabe und im Interesse des Arbeitgebers. Anreizsysteme können das Interesse der Beschäftigten unterstützen.

Bei der Planung von Fortbildungskonzepten sind die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Arbeitsbedingungen von Teilzeitkräften zu berücksichtigen und sowie der § 13 Landesgleichstellungsgesetz ist zu beachten.

Die Beschäftigten werden über Fortbildungsinhalte und -angebote umfassend informiert (Intranet, Rundverfügungen, Hausmitteilungen, gezielte Ansprache, Anschreiben an Beurlaubte etc.).

Die Beschäftigten sind für genehmigte Fortbildungen zeitlich und organisatorisch freizustellen.

Weiterbildungsinteressierte sind auf das Bildungsfreistellungsgesetz hinzuweisen.

Angebote

Das Ministerium des Innern und für Sport ist die zentrale Serviceeinrichtung für die fachübergreifende Fortbildung im Land. Durch die vom Ministerium des Innern und für Sport vorgelegten Fortbildungsangebote wird die grundsätzliche Ressortzuständigkeit und Verantwortung für die Fortbildung nicht berührt. Die Eckpunkte dienen der Erreichung von Synergieeffekten bei fachübergreifenden Fortbildungen durch eine verbesserte Zusammenarbeit und Koordination der für Fortbildung zuständigen Stellen im Land.

Diese Zielsetzung wird erreicht durch:

- Bereitstellung eines bedarfsgerechten Seminarangebotes durch das Ministerium des Innern und für Sport für die fachübergreifende Fortbildung unter Einbindung der Ressorts. Bei höherem Bedarf der Ressorts ist ein erweitertes Angebot bzw. die Teilnahme gegen Kostenerstattung möglich. Darüber hinaus bleibt es den Ressorts unbenommen, weitere fachübergreifende Fortbildung anzubieten,
- Kontinuierliche Koordination der Fortbildungsaktivitäten innerhalb der Landesverwaltung,
- Vorhalten einer Adressdatei von empfehlenswerten Fortbildungsreferentinnen und -referenten,
- EDV-mäßige Vernetzung der mit Fortbildung betrauten Personen.

Bedarfserhebung

Voraussetzung für die Entwicklung eines optimalen Angebotes ist die flächendeckende Bedarfserhebung. Dazu müssen die Vorgesetzten in die Lage versetzt werden, ihre Anforderungen an die Fortbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu formulieren. Daneben sind auch die mit Organisationsentwicklung und Personalentwicklung betrauten Einheiten einzubinden. Auch die Beschäftigten müssen in die Lage versetzt werden, ihre Vorstellungen zu äußern. Die abschließende Auswertung, Letztentscheidung und Bedarfsanmeldung erfolgt in den für Personal und Fortbildung verantwortlichen Organisationseinheiten nach dem Abgleich von konkretem Bedarf, der Angebote und des vorhandenen Budgets.

Ein geeignetes Verfahren dazu ist:

- Anwendung eines Erfassungsinstrumentes zur jährlichen Feststellung des Fortbildungsbedarfs,
- Kommunikation über den dienstlichen Einsatz und die Fortbildungswünsche/-empfehlungen zwischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Vorgesetzten. Dies kann im Rahmen des Mitarbeitergesprächs oder anlassbezogen stattfinden. Der Dialog bietet die Möglichkeit der Konkretisierung des Fortbildungswunsches und -bedarfes.

- Prüfung durch die für Personal und Fortbildung verantwortliche Organisationseinheit anhand konkreter Kriterien, z. B. Personalentwicklungskonzepte, Fortbildungsplanung, Anforderungen der Dienststellenleitung an den gemeldeten Bedarf der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der Vorgesetzten. Im Bedarfsfall ist ein Gespräch zwischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den für Personal und Fortbildung verantwortlichen Organisationseinheiten zu führen.
- Sicherstellung der Erfassung der Fortbildungswünsche und -bedarfe aller Beschäftigten zur Gewährleistung einer vollständigen Bedarfsanalyse im Rahmen der Personalentwicklung.

Qualität

Zur Sicherstellung der Qualität der Angebote ist der Einsatz eines Qualitätssicherungsverfahrens notwendig.

Elemente des Verfahrens sind u. a.:

- Regelmäßige Kommunikation zwischen den für Personal und Fortbildung verantwortlichen Organisationseinheiten der Ressorts, dem Ministerium des Innern und für Sport und den Anbietern von Fortbildungsveranstaltungen (Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Mayen, Deutsche Hochschule für öffentliche Verwaltung in Speyer, Kommunalakademie etc.),
- Standardisierung von Ausschreibungstexten und -inhalten der Fortbildungsangebote,
- Befragung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Darüber hinaus ist der Einsatz eines Evaluationsinstrumentes unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeit von Fortbildungsmaßnahmen notwendig.

Führungsaufgabe

Die Umsetzung der Eckpunkte und die Anwendung der Handreichung ist eine Führungsaufgabe. Dies beinhaltet die Verpflichtung, Fortbildungsmaßnahmen als eine gezielte Unterstützung hinsichtlich der Entwicklung und Weiterqualifikation von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und als Motivationsinstrument einzusetzen.

Führungskräfte werden für diese Aufgabe vorbereitet bzw. dafür gezielt fortgebildet. Das Ministerium des Innern und für Sport setzt im Rahmen der Führungskräftefortbildung diesen Schwerpunkt.

Die Wahrnehmung der Führungsaufgabe wird z. B. unterstützt durch:

- Thematisierung der Bedeutung der Fortbildung in Führungsleitlinien,
- Behandlung des Themas Fortbildung in den Leitfäden für das Mitarbeitergespräch,
- Anwendung des Top-down-Ansatzes, d. h. uneingeschränkte Unterstützung durch die Hausspitze und Wahrnehmung der Vorbildfunktion auf allen Führungsebenen.

Eckpunkte und Handreichung stellen einen Rahmen für die konsequente Weiterentwicklung der Fortbildung in der rheinland-pfälzischen Landesverwaltung dar. Dies bedeutet, die im Prozess der Anwendung gesammelten Erfahrungen werden kontinuierlich ausgewertet und zur praxisbezogenen Weiterentwicklung herangezogen. Damit wird sichergestellt, dass sich die Handreichung an den vorgegebene Zielen und aktuellen Bedingungen und Bedürfnissen orientiert.



RAHMENKONZEPT BETRIEBLICHES GESUNDHEITSMANAGEMENT (BGM)

in der Landesverwaltung

Stand: 21. Juli 2015

Impressum

Herausgeber

Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie
Rheinland-Pfalz
Bauhofstraße 9
55116 Mainz

Web-Adresse: www.msagd.rlp.de

Sehr geehrte Damen und Herren,



ich erfahre und schätze jeden Tag aufs Neue die gute Arbeit leistungsmotivierter und leistungsstarker Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Sie bilden mit die Grundlage für eine gut funktionierende öffentliche Verwaltung. Ihre Arbeitsfähigkeit und ihre Gesundheit sind dabei zentrale Erfolgsfaktoren für qualitative gute Arbeit der öffentlichen Verwaltung in Rheinland-Pfalz, heute und in Zukunft.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, der wachsenden Leistungsverdichtung und Anforderungen durch die rasanten Entwicklungen im Bereich der Digitalisierung und der kurzen Wissenshalbwertszeiten, müssen die Strategien zur Gesunderhaltung und zur inhaltlichen Kompetenzerhaltung und -erweiterung der Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung des Landes angepasst werden.

Das Rahmenkonzept „Betriebliches Gesundheitsmanagement in der Landesverwaltung“ wurde entsprechend aktualisiert und weiterentwickelt. Es zeigt Wege auf, wie erfolgreiches Arbeiten in der Landesverwaltung auch angesichts der zukünftigen Herausforderungen gelingen kann.

Nutzen Sie die Anregungen für die Weiterentwicklung des Betrieblichen Gesundheitsmanagements in Ihrer Dienststelle, um die Gesundheit und das Wohlbefinden ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterhin zu erhalten, zu fördern und damit ein effektives und effizientes Verwaltungshandeln in Rheinland-Pfalz auch in Zukunft sicherzustellen.

Ich danke Ihnen für Engagement und wünsche Ihnen auch weiterhin viel Erfolg!

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Sabine Bätzing-Lichtenthäler', written in a cursive style.

Sabine Bätzing-Lichtenthäler

Ministerin für Soziales, Arbeit,
Gesundheit und Demografie
des Landes Rheinland-Pfalz

INHALT

Präambel 7

Grundlage.....	9
Ziele.....	10
Adressaten und Verantwortliche.....	12
Handlungsfelder - Instrumente und Maßnahmen	13
A Rechtlich vorgeschriebene Instrumente und Maßnahmen	15
1. Arbeits- und Gesundheitsschutz (§§ 3 und 4 ArbSchG).....	15
1.1 Arbeitsmedizinische Vorsorge/Prävention (§ 11 ArbSchG).....	15
1.2 Gefährdungsbeurteilung (§ 5 ArbSchG).....	15
1.3 Arbeitsschutzausschuss (§ 11 ASiG).....	16
1.4 Bestellung sowie Aus- und Weiterbildung von Ersthelferinnen und Ersthelfern	17
1.5 Sicherheitstechnische und betriebsärztliche Betreuung (§§ 2 und 5 ASiG)	17
1.6 Berücksichtigung von besonders schutzbedürftigen Personengruppen	
(§ 4 ArbSchG)	17
2. Betriebliches Eingliederungsmanagement (§ 84 SGB IX)	18
B Rechtlich nicht vorgeschriebene Instrumente und Maßnahmen.....	20
1. Fehlzeitenmanagement	20
1.1 Empfehlungen.....	20
2. Führungsverantwortung im Betrieblichen Gesundheitsmanagement	21
2.1 Mindeststandards.....	23
2.1.1 Mitarbeitergespräch	23
2.1.2 Regelungen im Umgang mit moderner Kommunikation.....	23
2.1.3 Vielfalt nutzen.....	23
2.2 Empfehlungen.....	23
3. Arbeitsorganisation und -umfeld.....	24
3.1 Mindeststandards.....	24

3.1.1	Arbeitsorganisation optimieren.....	24
3.1.2	Flexible Gestaltung der Arbeitszeit.....	25
3.1.3	Familienfreundliche Personalpolitik.....	25
3.1.4	Flexible Gestaltung des Arbeitsortes.....	26
3.2	Empfehlungen.....	26
4.	Alternsgerechte Arbeitsorganisation und Erhalt der Beschäftigungs- fähigkeit	27
4.1	Mindeststandards.....	28
4.1.1	Schaffung von flexiblen Arbeits- und Organisationsformen für alle Altersgruppen.....	28
4.1.2	Wissens- und Erfahrungstransfer.....	28
4.2	Empfehlungen.....	29
5.	Aus-, Fort- und Weiterbildung.....	30
5.1	Mindeststandards.....	30
5.1.1	Führungskräfte-Fortbildung zum „gesunden“ Führen.....	30
5.1.2	Fortbildungen zu Gesundheitsprävention und zum Betrieblichem Gesundheitsmanagement für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.....	31
5.1.3	Notwendige Fortbildungen aufgrund besonderer Anforderungen und Gefährdungspotentiale.....	31
5.2	Empfehlungen.....	31
6.	Psychische Belastung am Arbeitsplatz	32
6.1	Mindeststandards.....	
	Negative Auswirkungen psychischer Belastungen vermeiden	32
6.2	Empfehlungen.....	33
7.	Suchtprävention.....	33
7.1	Mindeststandards.....	33
7.1.1	Handlungsempfehlungen gegen Suchtmittelmissbrauch	33
7.1.2	Schulungsveranstaltungen für Führungskräfte und Vorgesetzte.....	34
7.2	Empfehlungen.....	34
8.	Betriebliche Gesundheitsförderung und Prävention	34

8.1 Mindeststandards.....	36
8.2 Empfehlungen.....	36
Ausblick	40

Präambel

Die langfristige demografische Veränderung, die Anhebung der Regelarbeitsgrenzen, der Strukturwandel der Arbeitswelt und die knapper werdenden personellen und finanziellen Ressourcen beeinflussen auch die Arbeitsbedingungen sowie die Arbeitsorganisation der öffentlichen Verwaltung. Das Land Rheinland-Pfalz ist einer der größten Arbeitgeber im Land und hat arbeitsschutzrechtliche Verpflichtungen, politisch gestalterische Herausforderungen sowie personelle Anforderungen zu erfüllen. Es hat damit maßgebliche Vorbildfunktion nach innen und nach außen.

Die Landesregierung verfolgt Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM) im Geiste der Ottawa-Charta, der „Luxemburger Deklaration“, den Qualitätskriterien für die betriebliche Gesundheitsförderung des Europäischen Netzwerkes und dem seit 1996 vorgeschriebenen ganzheitlichen Arbeitsschutz.

Im sogenannten „Haus der Arbeitsfähigkeit“ nach Prof. Dr. Juhani Ilmarinen ist Gesundheit das Fundament für Arbeit und Erfolg von Unternehmen und Verwaltungen. Diesem Konzept folgt die Landesregierung und entwickelt Strategien als Arbeitgeber sowohl zur Gesunderhaltung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als auch zur inhaltlichen Kompetenzerhaltung und -erweiterung. Sie misst deshalb dem Betrieblichen Gesundheitsmanagement und dem alternsgerechten Arbeiten hohe Priorität bei und bezieht Konzepte von Work-Life Balance und Diversity mit ein.

Die Leitvorstellung unseres Verständnisses von Betrieblichem Gesundheitsmanagement ist, dass physische und psychische Gesundheit sowie Kompetenzen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wesentliche Voraussetzungen für das Wohlbefinden und somit für effektives und effizientes Verwaltungshandeln sind. Betriebliches Gesundheitsmanagement ist somit ein verbindliches Element der Personalentwicklung. Die Anerkennung von Arbeit und Erfahrungen, das Festigen oder Erlangen von Kompetenzen und der respektvolle Umgang miteinander schaffen eine Arbeitskultur, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihrer Arbeit motivieren und die Zufriedenheit stärken sollen.

Die Landesregierung will mit dem Betrieblichen Gesundheitsmanagement einen Beitrag zur Fachkräftesicherung leisten und berücksichtigt, dass durch Maßnahmen zur Mitarbeitergesunderhaltung und -bindung weniger finanzielle und personelle Ressourcen benötigt werden als zur Kompensation der Kosten, die durch krankheitsbedingte Abwesenheit, hohe Personalfluktuaton und Personalneugewinnung entstehen.

Grundlage

Das vorliegende Rahmenkonzept "Betriebliches Gesundheitsmanagement in der Landesverwaltung Rheinland-Pfalz" ist eine Überarbeitung der Fassung aus dem Jahr 2006 und trägt der Entwicklung eines Jahrzehnts Rechnung. Das sind zum einen die übergreifenden Veränderungen durch die Globalisierung, Technisierung und Digitalisierung der Arbeitswelt und zum anderen der demografische Wandel. Damit gehen einher steigende und zunehmend komplexere Anforderungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und damit auch die zunehmende Gefahr von arbeitsbedingten Krankheiten.

Muskel-Skelett-Erkrankungen, Atemwegserkrankungen, Verletzungen, Vergiftungen und Unfälle verursachen in Deutschland etwa die Hälfte aller Arbeitsunfähigkeitstage. Nach den Schätzungen der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) betrug der Verlust an Bruttowertschöpfung durch Arbeitsunfähigkeit im Jahr 2012 insgesamt 92 Milliarden Euro. Nach Angaben von BAuA ist der Anteil der Erkrankungen durch psychische Beeinträchtigungen und Verhaltensstörungen mit 11,4 Prozent der Krankheitstage fast genauso hoch wie der Anteil von Verletzungen, Vergiftungen und Unfällen zusammen (12,0 Prozent).

<http://www.baua.de/de/Informationen-fuer-die-Praxis/Statistiken/Arbeitswelt/Arbeitswelt-2014-07.html>

2014 hat nach Informationen der DAK die Zahl der Fehltage aufgrund psychischer Erkrankungen einen Höchststand erreicht. Demnach entfielen knapp 17 Prozent aller Ausfalltage auf Depressionen, Angststörungen und andere psychische Leiden. Das ist ein Plus von knapp 12 Prozent im Vergleich zu 2013. Nummer 1 waren mit 23 Prozent der Ausfalltage Muskel-Skelett-Erkrankungen wie zum Beispiel Rückenschmerzen. Hinter den psychischen Erkrankungen waren Erkrankungen des Atmungssystems (14 Prozent) drittgrößte Ursache.

http://www.dak.de/dak/bundesweite_themen/Hoehchststand_bei_Depressionen-1565820.html

In Rheinland-Pfalz sind, nach dem BKK-Gesundheitsreport 2014, psychische Störungen mit 11,6 Prozent nach Erkrankungen der Atemwege (17 Prozent) und Muskel-Skelett-Erkrankungen - inklusiv Rückenproblemen (20 Prozent) die häufigsten Gründe für Fehlzeiten.

http://www.bkk-dachverband.de/fileadmin/publikationen/gesundheitsreport_2014/BKK_Gesundheitsreport.pdf

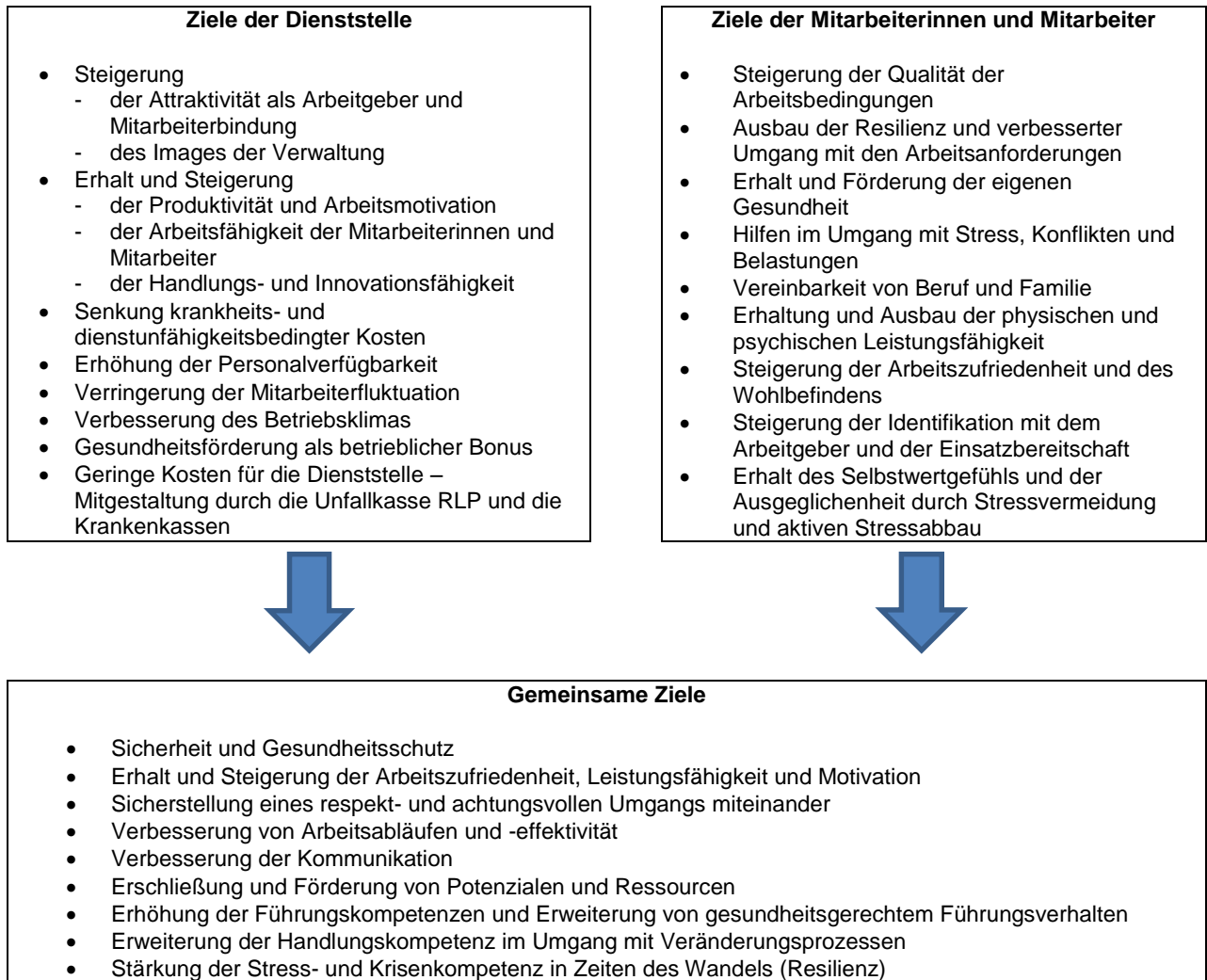
Das Rahmenkonzept Betriebliches Gesundheitsmanagement ist Bestandteil des Rahmenkonzeptes Personalentwicklung und zeigt auf, wie erfolgreiches Arbeiten in der Landesverwaltung im Spannungsfeld zwischen Fachkräftemangel, älter werdender Belegschaft und steigenden Anforderungen an die Kompetenzen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf der einen und Kostendruck auf der anderen Seite gelingen kann. Bewährtes wurde fortgeschrieben und entsprechend neuer Erkenntnisse und Bedarfe erweitert.

Ziele

Die Gesundheit und Beschäftigungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung zu erhalten und zu fördern, hat große Priorität für die Landesregierung. Sie wird die Veränderungen in der Arbeitswelt und die Veränderungen durch den demografischen Wandel daher auch in diesem Bereich bewusst gestalten und durch ein innovatives und flexibles Betriebliches Gesundheitsmanagement die psychische und physische Gesundheit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fördern und stärken.

Das Betriebliche Gesundheitsmanagement bezieht alle betrieblichen Strukturen und Prozesse mit ein. Es wird noch stärker als bisher als Führungsaufgabe verstanden und in der Führungsverantwortung verankert. Es trägt wesentlich dazu bei, die Gesundheitspotenziale zu stärken, das Arbeitsklima und die Mitarbeiterbindung zu verbessern sowie die Beschäftigungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erhalten und damit die Landesverwaltung demografiefest zu gestalten.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Dienststellen der Landesverwaltung können zunächst verschiedene Ziele mit dem Gesundheitsmanagement verfolgen, letztlich münden sie aber durchaus in gemeinsamen Zielen und haben einen großen gemeinsamen Nenner.



Die Ziele und Maßnahmen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements müssen den geschlechts- und altersspezifisch wirkenden Anforderungen und Belastungen am Arbeitsplatz und der daraus resultierenden ggf. unterschiedlichen Beanspruchung, den Verpflichtungen, die sich aus dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz ableiten sowie den zu erwartenden Folgen der demografischen Entwicklung gerecht werden.

Adressaten und Verantwortliche

Das Betriebliche Gesundheitsmanagement ist eine Führungsaufgabe. Dienststellenleitungen und Führungskräfte haben die besondere Verantwortung dem Fürsorge- und Präventionsgedanken Rechnung zu tragen und Tatsachen, Umständen und Strukturen, die die Gesundheit beeinträchtigen, nachzugehen und auf deren Beseitigung hinzuwirken. Es soll aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter motivieren und an deren Eigenverantwortung appellieren, ihre eigene Gesundheit zu stärken und gesundheitsfördernde Angebote innerhalb und außerhalb des dienstlichen Umfeldes zu nutzen.

An der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen werden Betriebsärztinnen und Betriebsärzte, Fachkräfte für Arbeitssicherheit, Arbeitsschutzausschüsse, Gleichstellungsbeauftragte, Schwerbehindertenvertretungen und soweit vorhanden Beauftragte für das Betriebliche Gesundheitsmanagement, Sportbeauftragte und Sozialberatungen miteinbezogen. Die Mitwirkung der Personalvertretung ist durch das umfassende Mitbestimmungsrecht bei Maßnahmen des Gesundheitsmanagements sichergestellt. Die Umsetzung dieses Rahmenkonzeptes wird in konstruktiver Zusammenarbeit sichergestellt.

Zu diesem Prozess gehört, dass Wissen, Erfahrungen und Bedarfe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Gestaltung eines gesundheitsförderlichen Umfeldes mit einfließen. Hilfreich kann auch die verstärkte Zusammenarbeit mit der Unfallkasse und den Krankenkassen sein. Sie verfügen über erhebliche Kompetenzen, Erfahrungen und Ressourcen für Beratungen im und bei der Ausgestaltung des Betrieblichen Gesundheitsmanagements.

Die Ausgestaltung des Betrieblichen Gesundheitsmanagements liegt grundsätzlich in der Verantwortung der jeweiligen Dienststelle und ist abhängig von der Aufgaben- und der Beschäftigtenstruktur. Es besteht der Anspruch, die verbindlichen Instrumente und Maßnahmen im Gestaltungsprozess anzuwenden und umzusetzen.

Die Umsetzung eines qualifizierten Gesundheitsmanagements an rheinland-pfälzischen Schulen wird - neben der arbeitsmedizinischen und arbeitssicherheitstechnischen Betreuung - durch das Institut für Lehrergesundheit sichergestellt.

Handlungsfelder - Instrumente und Maßnahmen

Das Betriebliche Gesundheitsmanagement setzt sich zusammen aus den gesetzlich verpflichtenden Regelungen sowie aus freiwilligen Maßnahmen des Arbeitgebers zur betrieblichen Gesundheitsförderung, die folgende Ansätze verfolgen:

- Gesundheitsfördernde Arbeitsbedingungen durch den Arbeitgeber schaffen (Verhältnisprävention): Ziel der Verhältnisprävention ist es, grundsätzlich Arbeitsverhältnisse und Arbeitsbedingungen vorausschauend und präventiv gesund und risikoarm zu gestalten, beispielsweise durch die Berücksichtigung von Ergonomie, Arbeitsorganisation, Arbeitszeit, Handlungsspielräumen, ausreichender Information und Kommunikation.
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befähigen und motivieren, sich gesundheitsförderlich zu verhalten (Verhaltensprävention): Die Verhaltensprävention zielt darauf ab, Kompetenzen und gesundheitliche Bewältigungsmöglichkeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erhalten und zu stärken. Sie fördert und unterstützt gesundes Verhalten wie Stressvermeidung und -bewältigung und gesunde Ernährung durch Gesundheitsaufklärung und -beratung, Gesundheitserziehung und -bildung sowie Gesundheitsselbsthilfe.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden aktiv an der Ausgestaltung der beiden Ansätze beteiligt. Durch die Partizipation orientieren sich die Maßnahmen an den Lebenswelten der Beteiligten und erhalten dadurch einen nachhaltigen Charakter.

Über diese Ansätze wirkt das Betriebliche Gesundheitsmanagement sowohl auf die organisatorischen Rahmenbedingungen als auch auf die Mitarbeiterschaft. Es richtet den Blick zuerst auf organisationsbezogene Interventionen. Verhaltenspräventive Maßnahmen sollten als Ergänzung zu den organisationsbezogenen Aktivitäten betrachtet werden.

Das Rahmenkonzept Betriebliches Gesundheitsmanagement umfasst neun Handlungsfelder. Sofern es sich nicht um rechtlich vorgeschriebene Instrumente und Maßnahmen handelt, unterscheidet es zwischen Maßnahmen und Instrumenten, die als grundlegend für eine erfolgreiche Umsetzung des Betrieblichen Gesundheitsmanagements und damit als verbindlich gesehen werden

(Mindeststandards) und solchen, die wünschenswert sind und daher empfohlen werden (Empfehlungen).

A Rechtlich vorgeschriebene Instrumente und Maßnahmen

Der Arbeits- und Gesundheitsschutz (einschließlich Notfall- und Krisenmanagement wie beispielsweise Erste Hilfe Organisation, Notfallpläne) sowie das Betriebliche Eingliederungsmanagement sind für Arbeitgeber gesetzlich verpflichtend.

1. Arbeits- und Gesundheitsschutz (§§ 3 und 4 ArbSchG)

Im Arbeitsschutz gilt ein Minimierungsgebot für Gefährdungen für Leib und Leben. Arbeit ist so zu gestalten, dass eine Gefahr für Leben sowie physische und psychische Gesundheit vermieden oder möglichst gering gehalten wird. Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz umfasst alle Anstrengungen, die dazu beitragen, Arbeitsunfälle, Berufskrankheiten und arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren zu vermeiden. Der Gesetzgeber fordert ein Mindestmaß an ergonomisch gestalteten Arbeitsplätzen einschließlich der ergonomischen, gebrauchstauglichen Gestaltung von Softwareanwendungen in unterschiedlichen Verordnungen und Gesetzen, beispielsweise im Arbeitsschutzgesetz, der Arbeitsstättenverordnung oder der Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit an Bildschirmgeräten. Der aktuelle Stand der Technik, Arbeitsorganisation, Arbeitsmedizin, Hygiene und sonstige arbeitswissenschaftliche Erkenntnisse sind zu berücksichtigen.

1.1 Arbeitsmedizinische Vorsorge/Prävention (§ 11 ArbSchG)

Die arbeitsmedizinische Vorsorge ist ein wichtiger Baustein eines präventiven Arbeitsschutzsystems, um arbeitsbedingte Erkrankungen und Berufskrankheiten frühzeitig zu erkennen und zu vermeiden. Sie trägt zum betrieblichen Gesundheitsschutz und zur Erhaltung der Beschäftigungsfähigkeit bei.

1.2 Gefährdungsbeurteilung (§ 5 ArbSchG)

Um die Sicherheit und den Gesundheitsschutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewährleisten und zu verbessern, ist der Arbeitgeber verpflichtet, Gefährdungen am Arbeitsplatz systematisch zu ermitteln und die dazu notwendigen Maßnahmen in einer Gefährdungsbeurteilung festzulegen. Dies gilt sowohl für physische wie auch für psychische Belastungen. Zur regelhaften Ermittlung und Bewertung von Ursachen und Bedingungen, die zu Unfällen bei der Arbeit und physischen und psychischen

arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren führen können, kann der Arbeitgeber die Gefährdungsbeurteilung durch den zuständigen Bereich oder durch eine geeignete Führungskraft selbst durchführen oder andere fachkundige Personen, beispielsweise Fachkräfte für Arbeitssicherheit oder Betriebsärztinnen und Betriebsärzte, damit beauftragen. Die Verantwortung für die Durchführung der Gefährdungsbeurteilung und die Umsetzung der Ergebnisse verbleibt bei der Dienststelle.

<http://www.gda-portal.de/de/Startseite.html>

<http://www.gefaehrdungsbeurteilung.de/de>

<http://www.gda-portal.de/de/Downloads/Downloads.html>

1.3 Arbeitsschutzausschuss (§ 11 ASiG)

In jeder Dienststelle mit mehr als 20 Beschäftigten ist ein Arbeitsschutzausschuss (ASA) zu bilden. Der Arbeitsschutzausschuss hat die Aufgabe, über Angelegenheiten des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung mindestens einmal vierteljährlich zu beraten. Er kann Arbeitsschutzthemen erörtern, Arbeitsprogramme erarbeiten und dem Arbeitgeber Vorschläge unterbreiten. So kann der Arbeits- und Gesundheitsschutz kontinuierlich verbessert, die Umsetzung betreut werden und für die Gesundheitsförderung genutzt werden. Der ASA setzt sich nach § 11 Arbeitssicherheitsgesetz zusammen aus:

- der Dienststellenleiterin oder dem Dienststellenleiter oder einer von ihr oder ihm beauftragten Person,
- der Fachkraft für Arbeitssicherheit,
- der Betriebsärztin oder dem Betriebsarzt,
- der oder dem Sicherheitsbeauftragten nach § 22 des SGB VII sowie
- zwei vom Personalrat bestimmten Personalratsmitgliedern.

Die Schwerbehindertenvertretung hat nach § 95 Absatz 4 SGB IX das Recht, an allen Sitzungen des Arbeitsschutzausschusses beratend teilzunehmen. Darüber hinaus können von der Dienststellenleiterin oder dem Dienststellenleiter benannte Ansprechpartnerinnen und -partner sowie Beauftragte, beispielsweise für Betriebliches Gesundheitsmanagement, für Gleichstellung, Sucht, Migration, Mobbing oder themenbezogen weitere, gegebenenfalls externe Expertinnen und Experten beteiligt werden.

1.4 Bestellung sowie Aus- und Weiterbildung von Ersthelferinnen und Ersthelfern

Die Dienststelle hat diejenigen Mitarbeitenden zu benennen, die Aufgaben der Ersten Hilfe übernehmen. Die Anzahl, Ausbildung und Ausrüstung dieser Beschäftigten variiert nach der Gesamtzahl der Beschäftigten und den bestehenden Gefahren in der Dienststelle.

Voraussetzung ist eine Erste-Hilfe-Grundausbildung, die zum Erhalt der Kenntnisse spätestens nach jeweils zwei Jahren durch ein praxisorientiertes Erste-Hilfe-Training erneuert werden muss.

1.5 Sicherheitstechnische und betriebsärztliche Betreuung (§§ 2 und 5 ASiG)

Die sicherheitstechnische und betriebsärztliche Betreuung dient der Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen und dem Erhalt der individuellen Beschäftigungsfähigkeit. Die individuelle Aufklärung und Beratung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über Wechselwirkungen zwischen ihrer Arbeit und physischer und psychischer Gesundheit stehen im Vordergrund. Die sicherheitstechnische und betriebsärztliche Betreuung stellt eine entscheidende Ergänzung der technischen und organisatorischen Arbeitsschutzmaßnahmen dar.

Betriebsärztinnen und -ärzte sollen das Vertrauen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genießen. Dazu müssen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wissen, dass die Gespräche zwischen ihnen und der Betriebsärztin oder dem Betriebsarzt der ärztlichen Schweigepflicht unterliegen. Sie sind absolut vertraulich und die Inhalte werden nicht an den Arbeitgeber weitergegeben, es sei denn, die Betroffenen stimmen der Weitergabe ausdrücklich zu.

1.6 Berücksichtigung von besonders schutzbedürftigen Personengruppen (§ 4 ArbSchG)

Das Arbeitsschutzgesetz regelt, dass bei Maßnahmen des Arbeitsschutzes spezielle Gefahren für besonders schutzbedürftige Personengruppen, wie beispielsweise für

Jugendliche sowie schwangere und stillende Frauen, zu beachten sind. Dem Schutzgedanken misst die Landesregierung einen hohen Stellenwert bei.

2. Betriebliches Eingliederungsmanagement (§ 84 SGB IX)

Sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter innerhalb von zwölf Monaten länger als sechs Wochen ununterbrochen oder wiederholt arbeitsunfähig, ist der Arbeitgeber verpflichtet, ein Betriebliches Eingliederungsmanagement anzubieten. Das Verfahren beginnt bereits während der Erkrankung der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters. Frühzeitig sollen gemeinsam mit der oder dem Betroffenen Wiedereingliederungsmöglichkeiten und Hilfestellungen des Arbeitgebers „ausgelotet“ und festgelegt werden.

Im Rahmen des Betrieblichen Eingliederungsmanagements soll geklärt werden,

- wie die Arbeitsunfähigkeit überwunden werden kann
- mit welchen Hilfen und Leistungen seitens des Arbeitgebers einer erneuten Arbeitsunfähigkeit vorgebeugt werden kann und
- wie der Arbeitsplatz erhalten und die Fähigkeiten der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters weiter genutzt und sichergestellt werden kann.

Die Kontaktaufnahme mit betroffenen Mitarbeiterinnen und betroffenen Mitarbeitern hat durch den Arbeitgeber zu erfolgen. Die Annahme des Betrieblichen Eingliederungsmanagements und die Festlegung der daraus resultierenden Schritte und Maßnahmen sind für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter freiwillig. Eine fehlende Zustimmung hat keine arbeitsrechtlichen Konsequenzen. Entscheidet sich die oder der Mitarbeitende für ein erstes Gespräch im Rahmen des Betrieblichen Eingliederungsmanagements, können auch weitere Personen, wie beispielsweise Personalrat, Betriebsärztin oder Betriebsarzt, Sozialbetreuung oder andere Vertrauenspersonen auf Wunsch oder mit Zustimmung der betroffenen Mitarbeiterin oder des betroffenen Mitarbeiters daran teilnehmen. Der Arbeitgeber muss nicht zwingend selbst tätig werden, sondern kann die Erfüllung seiner Pflichten delegieren.

Wichtig ist, dass der Arbeitgeber vermittelt, dass das Betriebliche Eingliederungsmanagement nicht der Kontrolle dient, sondern die Personalverantwortlichen versuchen, gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Lösung für einen unbelasteten Wiedereinstieg in den Berufsalltag und die weitere Gesundung oder eine weitere Gesunderhaltung zu entwickeln.

Zur Umsetzung des Betrieblichen Eingliederungsmanagements empfiehlt sich, eine Dienstvereinbarung mit allen Beteiligten gemeinsam zu erarbeiten, die Ziele, Maßnahmen und einheitliche Verfahrensschritte verbindlich vorgibt. So kann ein hohes Maß an Information und Transparenz, Akzeptanz und Vertrauen erreicht und der Fürsorgegedanke herausgestellt werden.

Stufenweise Wiedereingliederung

Am Ende einer längeren Erkrankung kann eine schrittweise Rückkehr an den Arbeitsplatz beziehungsweise eine stufenweise Wiedereingliederung sinnvoll sein. Die behandelnde Ärztin oder der behandelnde Arzt erstellt einen Wiedereingliederungsplan und empfiehlt wie Arbeitszeit und Belastung schrittweise bis zum vertraglich festgelegten Umfang angehoben werden sollen. Der Arbeitgeber kann diesem zustimmen oder diesen ablehnen.

Die Entscheidung soll in vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den behandelnden Ärztinnen und Ärzten, den Betriebsärztinnen und -ärzten sowie den Vorgesetzten, Personalverantwortlichen und der Krankenkasse getroffen werden.

B Rechtlich nicht vorgeschriebene Instrumente und Maßnahmen

1. Fehlzeitenmanagement

Wie auch beim Betrieblichen Eingliederungsmanagement (Buchstabe A Ziffer 2), das für die Dienststelle verpflichtend ist, steht der Fürsorgegedanke der Dienststelle bei dem ergänzenden (freiwilligen) Handlungsfeld eines Fehlzeitenmanagements im Mittelpunkt.

Ziel eines systematischen fürsorglichen Fehlzeitenmanagements der Dienststelle ist es, einen betrieblichen Prozess zu etablieren, um Gesundheitsbeeinträchtigungen oder Erkrankungen am Arbeitsplatz frühzeitig zu erkennen und geeignete Maßnahmen zeitnah einzuleiten und umzusetzen. Gleichzeitig soll der Mitarbeiterin und dem Mitarbeiter mit gesundheitlichen Problemen Unterstützung am Arbeitsplatz angeboten werden.

Neben dem gesetzlich vorgeschriebenen Betrieblichen Eingliederungsmanagement nach längerer Arbeitsunfähigkeit und der Möglichkeit der stufenweisen Wiedereingliederung (Buchstabe A Ziffer 2) kann beispielsweise auch bereits ein Gespräch mit der betroffenen Mitarbeiterin oder dem betroffenen Mitarbeiter ein sinnvolles Instrument sein, um Fehlzeiten zu vermeiden. Wichtig ist, dass alle Maßnahmen des Fehlzeitenmanagements im Rahmen der Fürsorgepflicht stattfinden und vertrauensbildend umgesetzt werden. Mit diesem Vorgehen ist das Fehlzeitenmanagement frei von Kontrolle und Disziplinierung.

1.1 Empfehlungen

- Krankenrückkehrgespräche

Krankenrückkehrgespräche können auf Wunsch der Dienststelle erfolgen und sind Ausdruck der Fürsorgepflicht des Arbeitgebers für die Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie werden im Sinne der Prävention oder Krankheitslinderung geführt. Entschließt sich die Dienststelle dazu ein entsprechendes Gespräch anzubieten, so ist die Teilnahme für die Mitarbeiterin oder den Mitarbeiter verpflichtend. Die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter hat aber das Recht ein Personalratsmitglied hinzuzuziehen, schwerbehinderte Menschen die

Schwerbehindertenvertrauensperson. Auch die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter kann um ein Gespräch bitten. Diesem Wunsch sollte die Dienststelle im Rahmen ihrer Fürsorgepflicht und der Führungsverantwortung unbedingt Rechnung tragen.

- Fehlzeitenbelastung abfedern

Die Führungskraft sollte auf die Fehlzeitsituation in ihrem Verantwortungsbereich achten und dafür Sorge tragen, dass bei Abwesenheit Einzelner das Arbeitsaufkommen so umverteilt wird, dass es nicht nur zu Lasten einzelner anderer Mitarbeitenden geht.

- Statistische Daten und Informationen nutzen

Grundsätzlich sollten allgemeine statistische Daten und Informationen, die Erkenntnisse über mögliche Ursachen von Erkrankungen geben, von den Dienststellen zur Prävention und Weiterentwicklung der betrieblichen Gesundheitsförderung genutzt werden.

2. Führungsverantwortung im Betrieblichen

Gesundheitsmanagement

Führungskräfte haben eine besondere Verantwortung und eine zentrale Aufgabe im Betrieblichen Gesundheitsmanagement.

Der Ministerrat hat in seine Führungsgrundsätze bereits Folgendes aufgenommen: „Wir nehmen in unsere Führungsverantwortung sowohl die Aufgaben und Ziele als auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Blick. Gute Führung hat zwei Aspekte: Aufgaben- und Zielorientierung und Mitarbeiterorientierung. Die fachliche Zielerreichung muss gesichert werden, gerade auch bei ressortübergreifenden Vorhaben. Dabei müssen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihren Fähigkeiten und Talenten entsprechend eingesetzt werden, damit sie motiviert gute Leistungen erbringen können. Die Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter spielt hierbei auch eine wichtige Rolle. Gute Führung wird situationsbezogen beiden Aspekten gerecht“.

Führungskräfte sind in alle Handlungsfelder des Betrieblichen Gesundheitsmanagements eingebunden und nehmen Einfluss auf die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter:

- Gesundheitsbezogene Rahmenbedingungen gestalten und verbessern
Führungskräfte können die Rahmenbedingungen für ein gesundheitsförderliches Arbeiten gestalten und verbessern, indem sie Arbeitsumfang und -inhalte, Aufgabenteilung, Zusammenarbeit und Zuständigkeiten zwischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, soziale Unterstützung, Beteiligung an Entscheidungen, passende Handlungs- und Gestaltungsspielräume sowie Kommunikationsmöglichkeiten bestmöglich strukturieren und steuern.
- Diversitymanagement umsetzen
Zukünftig werden mehr ältere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und solche aus unterschiedlichen Kulturen und Religionen in den öffentlichen Verwaltungen arbeiten. Führungskräfte müssen die Vorteile dieser personellen Vielfalt im Sinne einer effektiven Verwaltungsarbeit nutzen. Individuelle und kulturelle Vielfalt werden in den Arbeitsprozess einbezogen. Das gesamte Arbeitsumfeld soll von gegenseitigem Respekt und Wertschätzung geprägt sein.
- Gesundes Verhalten vorleben
Führungskräfte beeinflussen das gesundheitsförderliche Verhalten ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch über ihre Vorbildfunktion. Sie geben mit dem eigenen Arbeitsstil und einer gesunden Selbstführung eine Orientierung vor.
- Präsentismus erkennen und für die Risiken sensibilisieren
Neben krankheitsbedingten Fehlzeiten hat auch der sogenannte Präsentismus, das heißt, das Arbeiten trotz psychischer oder physischer Beeinträchtigung oder Krankheit, weitreichende Folgen auf die Produktivität und Gesunderhaltung einer Organisation und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Führungskräfte haben daher die Verantwortung, im Umgang mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf mögliche Anzeichen von Präsentismus zu achten und durch Gespräche und andere geeignete Maßnahmen dem Präsentismus entgegenzuwirken.

Aus der Führungsaufgabe leiten sich folgende Anforderungen an die Führungskraft ab:

2.1 Mindeststandards

2.1.1 Mitarbeitergespräch

Das Mitarbeitergespräch ist das Instrument, um die Arbeitssituation zu reflektieren und Maßnahmen zwischen Führungskraft und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu vereinbaren. Die Führungskräfte sollen die Ziele des Betrieblichen Gesundheitsmanagements ansprechen und gemeinsam mit der Mitarbeiterin oder dem Mitarbeiter mögliche gesundheitsbelastende Faktoren am Arbeitsplatz erheben und gemeinsam nach Lösungen suchen.

2.1.2 Regelungen im Umgang mit moderner Kommunikation

Informationsbearbeitung und -austausch durch mobile Kommunikationsmittel beschleunigen und erleichtern das Arbeiten, konfrontieren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aber auch mit stetig wachsenden Anforderungen und neuen Herausforderungen.

Führungskräfte sollen gesundheitserhaltende Regeln in der Arbeitsorganisation festlegen um eine diesbezügliche Überforderung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter möglichst zu verhindern. In diesem Sinne soll die Führungskraft zudem darauf hinwirken, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kontinuierlich und im Zuge der Einführung neuer Kommunikationsmittel und Technologien geschult und qualifiziert werden.

2.1.3 Vielfalt nutzen

Führungskräfte sollen darauf achten, dass die Fähigkeiten und Stärken aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gleichermaßen eingesetzt werden können und in einem Team wertgeschätzt werden. Regelmäßige Teambesprechungen bieten dafür ein geeignetes Forum.

2.2 Empfehlungen

- Aufnahme in die Führungsgrundsätze

Soweit Führungsgrundsätze in den jeweiligen Dienststellen bestehen, sollte der Anspruch an die Führungskräfte, das Betriebliche Gesundheitsmanagement als Führungsaufgabe zu verstehen, aufgenommen werden.

- Umgang mit elektronischer Post

„Handlungsempfehlungen zum Umgang mit elektronischer Post“ sind sinnvoll. Soweit in den Dienststellen vorhanden, sollten insbesondere Führungskräfte darauf achten, dass diese umgesetzt werden und dabei selbst mit positivem Beispiel vorangehen.

3. Arbeitsorganisation und -umfeld

Die Arbeitsorganisation regelt im Einzelnen, wie die Gesamtarbeit in einer Organisation auf die dort tätigen Personen aufgeteilt ist. Im Zusammenhang mit betrieblichem Gesundheitsschutz steht vor allem die Steuerung der Arbeitsbelastung im Vordergrund.

Die Landesverwaltung hat ein hohes Niveau der Arbeitszeit- und Arbeitsortflexibilisierung erreicht: Unterschiedlichste Modelle der Teilzeitarbeit, Telearbeit mit eigenem Zeit- und Terminmanagement am heimischen Arbeitsort und Projektarbeit, Kernarbeitszeiten, ausgedehnte Gleitzeitrahmen, Sabbaticals und vieles mehr, werden für eine weitgehende Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Privatleben praktiziert.

Unabhängig von einzelnen Arbeitszeit- und Arbeitsortmodellen werden – aufgrund der demografischen Entwicklung und damit einhergehender weiterer familiärer Anforderungen wie im Bereich der Pflege – zusätzliche Spielräume der Arbeitszeit- und Arbeitsortflexibilisierung benötigt. Bei der Übernahme von Pflegeaufgaben muss besonders berücksichtigt werden, dass sie in ihrem Verlauf weniger vorhersehbar sind und deshalb mehr zeitliche Flexibilität benötigen. Deshalb sind perspektivisch individuelle Maßnahmen erforderlich, deren Rahmenbedingungen in die tarif- und dienstrechtlichen Regelungen aufgenommen werden sollten.

3.1 Mindeststandards

3.1.1 Arbeitsorganisation optimieren

Die Dienststellen sollen grundsätzlich prüfen, welche neuen Formen der Arbeitsorganisation und Arbeitsgestaltung zur Optimierung im Sinne einer gesunden Organisation und ihrer Mitarbeiterschaft zielführend und sinnvoll sind. Sie sollen diese dementsprechend gestalten.

3.1.2 Flexible Gestaltung der Arbeitszeit

Grundsätzlich gelten vor dem Hintergrund veränderter Familienstrukturen und steigender Anforderungen im Beruf, dass intelligente Arbeitszeit- und Work-Life-Balance-Konzepte die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Überforderung bei Mehrfachbelastungen schützen können. Es sollen demografiefeste, familienfreundliche Arbeitszeitstrukturen unter besonderer Berücksichtigung von altersgerechten Arbeitsbedingungen angestrebt werden, die folgende Ziele verfolgen:

- Arbeitszeiten beziehen die spezifischen Arbeitsbelastungssituationen ein
- Arbeitszeiten berücksichtigen individuelle Lebensphasen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, beispielsweise bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dies gilt sowohl für die Kinderbetreuung wie auch für die Pflege von Angehörigen.

3.1.3 Familienfreundliche Personalpolitik

Maßnahmen einer familienfreundlichen Personalpolitik tragen zu einer höheren Arbeitszufriedenheit bei, da das Erwerbsleben besser mit dem Familienleben sowie der Pflege vereinbart werden kann. Dies kann wiederum gesundheitsfördernde und -stabilisierende Auswirkungen haben.

Die Landesregierung Rheinland-Pfalz versteht sich als ein familienfreundlicher Arbeitgeber und ermöglicht durch entsprechende Rahmenbedingungen die Vereinbarkeit von Erwerbsleben und Familien- und Pflegeaufgaben.

Dementsprechend sollen alle Dienststellen der Landesverwaltung Maßnahmen zur Sicherung und Weiterentwicklung einer familienfreundlichen Personalentwicklung durch geeignete Maßnahmen sicherstellen.

Mit der bereits im Dezember 2012 von den obersten Landesbehörden und der Verwaltung des Landtags verabschiedeten Selbstverpflichtung zur Sicherung und Weiterentwicklung einer familienfreundlichen Personalpolitik haben sich die Staatskanzlei, die rheinland-pfälzischen Ministerien und die Verwaltung des Landtags verpflichtet, konsequent an einer Sicherung der familienfreundlichen Personalpolitik zu arbeiten und diese weiter auszubauen. In sechs Handlungsfeldern (Arbeitszeit, Arbeitsort, Arbeitsorganisation, Führungskompetenz, Information & Kommunikation

sowie Service für Familien) wurden Standards definiert, die das bisher Erreichte sichern und Ziele vereinbart, die eine Weiterentwicklung voranbringen. Darüber hinaus hat jedes beteiligte Ressort hauseigene Ziel- und Maßnahmenpläne erarbeitet. Durch die Selbstverpflichtung werden die nachgeordneten Geschäftsbereiche nicht von ihrer Verpflichtung entbunden, eine familienorientierte Personalpolitik im Land Rheinland-Pfalz aktiv durch geeignete Maßnahmen in ihrem Zuständigkeitsbereich zu unterstützen und weiterzuentwickeln. Jedes Ressort entscheidet in eigener Verantwortung, wie es seinen nachgeordneten Geschäftsbereich anhält, der Verpflichtung zu einer familienorientierten Personalpolitik nachzukommen; ob durch den Abschluss einer eigenen Selbstverpflichtung, durch eine Verbindlichkeitserklärung dieser Selbstverpflichtung oder andere geeignete Maßnahmen.

3.1.4 Flexible Gestaltung des Arbeitsortes

Die in der Landesverwaltung praktizierte alternierende Telearbeit hat sich bewährt und wirkt sich erfahrungsgemäß positiv auf das allgemeine Wohlbefinden, das Arbeitsklima und damit auf die Produktivität und die Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus. Telearbeit ist eine Organisationform von Arbeit, die den flexiblen Arbeitsort favorisiert. Sie ist inzwischen fester Bestandteil der Arbeitswelt in der Landesverwaltung.

Sofern die in den Dienststellen vorhandenen Voraussetzungen erfüllt sind, kann Telearbeit in alternierender Form, das heißt durch das wechselweise Arbeiten von zu Hause sowie am Dienort, dienstliche Bedürfnisse und private Belange in möglichst idealer Weise kombinieren und zu einer Steigerung der Eigenverantwortung, Motivation und Arbeitszufriedenheit und damit zur Gesundheitsförderung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beitragen.

3.2 Empfehlungen

- Temporäre Telearbeit in besonderen Ausnahmefällen

Neben der alternierenden Telearbeit sollte das Arbeiten von zu Hause beziehungsweise temporäre Telearbeit in besonderen Ausnahmefällen in den Dienststellen möglich sein. Betreuungsnotfälle oder besondere familiäre Situationen, aber auch die Möglichkeit des ruhigen Arbeitens bei besonders anspruchsvollen oder terminierten Aufgaben, erfordern im Ausnahmefall auch kurzfristig und außerhalb

eines regulären Telearbeitsplatzes die Möglichkeit von zu Hause aus arbeiten zu können. Durch dieses Angebot können unvorhergesehene Arbeitsausfälle oder herausfordernde, gesundheitsbeeinträchtigende Situationen vermieden werden.

- Ergonomisch digitalisierte Arbeitsabläufe

Gesunde Arbeit zeichnet sich auch durch ergonomisch gestaltete Arbeitsprozesse unter Anwendung gebrauchstauglicher Arbeitsmittel aus. Digitalisierte Arbeitsabläufe sollten daher auf ihre ergonomische Ausgestaltung überprüft werden.

4. Alternsgerechte Arbeitsorganisation und Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit

In seiner 3. Bevölkerungsvorausberechnung für Rheinland-Pfalz aus dem Jahr 2012 hat das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz folgende Hauptentwicklungen vorausgerechnet: Der Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter (Alter zwischen 20 und 65 Jahren) sinkt voraussichtlich von derzeit 60,4 Prozent bis 2030 auf 55 Prozent und auf 50,8 Prozent bis 2060. Dabei wird auch der Altersdurchschnitt der Arbeitskräfte deutlich ansteigen.

Die Landesregierung setzt sich für eine demografiefeste Entwicklung der Landesverwaltung durch die Schaffung einer alternsgerechten Arbeitsorganisation und -struktur ein.

Alternsgerechte Arbeit zielt darauf ab, Arbeitsplätze und Arbeitsanforderungen auf die Fähigkeiten und Bedürfnisse aller Altersgruppen in allen Lebensphasen zuzuschneiden und in Übereinstimmung mit den Anforderungen der jeweiligen Aufgaben zu bringen.

Bei länger werdender Lebensarbeitszeit werden flexible Arbeits- und Organisationsformen benötigt, damit die Arbeitsfähigkeit in einer sich schnell wandelnden Arbeitswelt über die Zeitspanne eines gesamten Arbeitslebens gegeben ist.

Alternsgerechtes Arbeiten beginnt damit nicht erst in rentennahen Jahrgängen, vielmehr handelt es sich um ein ganzheitliches Vorgehen des Arbeitgebers entlang aller Altersgruppen und aller Aufgaben wie Personalentwicklung, Personalmanagement, Führung, Arbeitsorganisation, Organisationskultur und betriebliche Gesundheitsförderung.

4.1 Mindeststandards

4.1.1 Schaffung von flexiblen Arbeits- und Organisationsformen für alle Altersgruppen

Die Dienststellen sollen die Einführung altersgerechter Arbeits- und Organisationsformen in ihrer Dienststelle prüfen und sich für eine zeitnahe Umsetzung einsetzen.

4.1.2 Wissens- und Erfahrungstransfer

Die Dienststellen sollen die Kooperation der Generationen durch altersgemischte Teams oder Arbeitsgruppen fördern und unterstützen damit den Austausch von Wissen, Erfahrungen sowie neuen und innovativen Ideen.

Einen Beitrag dazu können grundsätzlich auch geeignete Informationssysteme leisten, indem sie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommunikativ vernetzen und Informationen bereitstellen und bewahren. Neben dem kodifizierbaren Wissen, das beschrieben werden kann und folglich geeignet ist, in Dokumenten vorgehalten zu werden, muss nach Möglichkeit auch das implizite Wissen, das nicht in kodifizierbare Form gebracht werden kann, erhalten werden. Voraussetzung dafür ist das Verständnis aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom systematischen Umgang mit Wissen, also von den Kernaufgaben Wissen erzeugen, speichern, verteilen und anwenden zu fördern.

Ein entsprechendes, systematisches Wissensmanagement ist damit - gerade vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung - eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Erhalt einer arbeitsfähigen Verwaltung.

So haben zum Beispiel sowohl das Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur als auch das Ministerium der Finanzen bereits ein strukturiertes Wissensmanagement eingeführt. Im Ministerium der Finanzen umfasst dies zum einen verpflichtende Regeln zum Wissenstransfer bei Personalwechseln, zum anderen auch unverbindliche Anregungen zu Fragen der internen Organisation, der Kommunikation, der Ablage / Archivierung sowie der Fortbildung. Der Wissenstransfer bei Personalwechseln wird in einer Kurzanleitung für die Führungskraft erläutert und mittels einer Checkliste für die Mitarbeiterin / den Mitarbeiter umgesetzt. Im Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur wurde das Wissensmanagement 2010 in das

Personalentwicklungskonzept aufgenommen. Ein Leitfaden und Checklisten sowohl für den Wissenstransfer beim Ausscheiden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als auch für die Einführung und Einarbeitung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden erarbeitet.

4.2 Empfehlungen

Schulung der Führungskräfte

Die Teilnahme der Führungskräfte an Seminaren zur Thematik „Altersgerechte Arbeit und altersgemischte Teams oder Arbeitsgruppen“ sollte von der Dienststelle beworben und gefördert werden.

5. Aus-, Fort- und Weiterbildung

Fortbildung ist ein wesentliches Element zur Erhaltung und Stärkung der Leistungsfähigkeit einer modernen öffentlichen Verwaltung. Sie umfasst nicht nur die zielgerichtete Weiterqualifizierung von fachlichen und sozialen Kompetenzen, sondern beschäftigt sich auch mit Fragen des Alltagsmanagements in der Verwaltung, das eine große Auswirkung auf die Arbeitsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben kann.

5.1 Mindeststandards

5.1.1 Führungskräfte-Fortbildung zum „gesunden“ Führen

Aufgrund der herausragenden Rolle der Führungskraft im Betrieblichen Gesundheitsmanagement sind Kenntnisse der Grundlagen zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement als Führungsaufgabe und zum Rollenverständnis der Führungskraft von großer Bedeutung.

Angehende und aktive Führungskräfte sollen daher auf ihre Führungsaufgabe im Betrieblichen Gesundheitsmanagement umfangreich vorbereitet werden und ihre Kompetenzen im Bereich der gesundheitsorientierten Mitarbeiterführung entsprechend aufrechterhalten und weiterentwickeln.

Fragestellungen zu Rahmenbedingungen und Einflussfaktoren auf die Gesundheit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, wie zum Beispiel Organisationsbedingungen, Arbeitsprozesse, soziale Beziehungen, und wie die Führungskraft diese Faktoren beeinflussen bzw. Risiken reduzieren kann, sind Inhalt der Fortbildungen. Dazu gehört auch, das Thema „Betriebliches Gesundheitsmanagement“ im Rahmen der Mitarbeitergespräche zu thematisieren.

Zudem ist die Sensibilisierung von Führungskräften für familienbewusste Arbeitsstrukturen (Kinderbetreuung und die Pflege von Angehörigen) ein wichtiger Fortbildungsinhalt, da sie unmittelbar Einfluss auf die Leistungsfähigkeit beziehungsweise Überforderung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern haben können.

Das für die fachübergreifende Fortbildung zuständige Ministerium hat das Betriebliche Gesundheitsmanagement als Themengebiet in das Führungskräftequalifizierungskonzept aufgenommen. Viele Dienststellen organisieren

hausinterne Fortbildungen und auch die Unfallkasse Rheinland-Pfalz bietet empfehlenswerte Fortbildungen zum „gesunden“ Führen an.

<http://www.ukrlp.de/die-unfallkasse-rlp-stellt-sich-vor/>

5.1.2 Fortbildungen zu Gesundheitsprävention und zum Betrieblichem Gesundheitsmanagement für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern soll ermöglicht werden, ihre Kompetenzen zu gesundheitsgerechtem und möglichst stressfreiem Arbeiten auch eigenverantwortlich auf- und auszubauen und die bestehenden Angebote zu nutzen. Das für die fachübergreifende Fortbildung zuständige Ministerium bietet zahlreiche und vielfältige Fortbildungsmaßnahmen zu Themenbereichen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements an.

5.1.3 Notwendige Fortbildungen aufgrund besonderer Anforderungen und Gefährdungspotentiale

Beim Arbeitgeber Land Rheinland-Pfalz gibt es neben der Verwaltungstätigkeit viele Bereiche, in denen die dort auftretenden besonderen Anforderungen oder Gefährdungspotentiale spezielle Fortbildungsangebote erfordern.

So sind beispielsweise im Bereich der Forstverwaltung, der Polizei, der Lehrerinnen und Lehrer, der Pflege, der Feuerwehr oder für Kraftfahrerinnen und Kraftfahrer spezifische Fortbildungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erforderlich. Hier obliegt es den einzelnen Dienststellen dieser Verpflichtung in hinreichendem Maße gerecht zu werden.

5.2 Empfehlungen

Für das Thema „Betriebliches Gesundheitsmanagement“ bereits in der Ausbildung sensibilisieren: In den gemeinsamen Ausbildungsinhalten der gängigen Ausbildungsberufe der Landesverwaltung sollte das Thema „Sicherheit und Gesundheitsschutz“ weiterhin gestärkt werden. So könnten Ausbildungsstationen in den Organisationseinheiten festgelegt werden, in denen aktuelle Fragen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements Schwerpunkte sind, beispielsweise altersgerechtes Arbeiten und demografiefeste Verwaltung.

6. Psychische Belastung am Arbeitsplatz

Hohe Verantwortung, Zeitdruck, und Überforderung können zu Fehlbelastungen und Stress führen und mittel- bis langfristig eine Beeinträchtigung der seelischen und körperlichen Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verursachen. Psychische Belastungen am Arbeitsplatz sind oft schwierig einzuordnen, da Beschwerden und Ursachen komplex und vielfältig sind und sich nicht immer eindeutig identifizieren lassen. So können beispielsweise Leistungsschwankungen, Unzufriedenheit und der Wunsch nach einem Arbeitsplatzwechsel oder auch ein verstärktes Rückzugsverhalten darauf hindeuten, dass die betroffene Mitarbeiterin oder der betroffene Mitarbeiter unter einer psychischen Fehlbelastung am Arbeitsplatz leidet. Entscheidend ist dabei, wie die psychische Belastung von der einzelnen Person erlebt und bewältigt werden kann.

Die Dienststellen sind verpflichtet, auf der Grundlage einer Beurteilung der Arbeitsbedingungen zu ermitteln, welche Maßnahmen des Arbeitsschutzes zur Beseitigung oder Reduzierung von Belastungen notwendig sind. Bei der Gefährdungsbeurteilung sind damit auch die psychischen Belastungen der Arbeit zu berücksichtigen. Das wurde vom Gesetzgeber durch die ausdrückliche Nennung der psychischen Belastungen im Arbeitsschutzgesetz im September 2013 klargestellt.

6.1 Mindeststandards

Negative Auswirkungen psychischer Belastungen vermeiden: Die Dienststelle soll in regelmäßigen Abständen unter Einbeziehung der Personalvertretung prüfen, welche verhältnispräventiven Maßnahmen gegebenenfalls erforderlich und sinnvoll sind, um psychische Fehlbelastungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu vermeiden, und soll diese umsetzen. Die Ergebnisse der Gefährdungsbeurteilung sollen entsprechend genutzt werden.

http://www.gda-portal.de/de/Betreuung/Leitlinie-Gefaehrdungsbeurteilung_content.html

6.2 Empfehlungen

Dienstvereinbarung für den Umgang mit psychischen Belastungen am Arbeitsplatz: Häufig werden psychische Probleme am Arbeitsplatz tabuisiert. Hier können qualifizierte Ansprechpartnerinnen oder Ansprechpartner in der Dienststelle oder qualifizierte externe Ansprechpartnerinnen oder Ansprechpartner als vertrauliche Anlaufstelle sinnvoll sein, um Wege der Bewältigung aufzuzeigen. Ebenso können gesonderte Dienstvereinbarungen beispielsweise zu partnerschaftlichem Verhalten am Arbeitsplatz („Mobbing-DV“) getroffen werden.

http://msagd.rlp/fileadmin/masgff_intra/Personal/Dienstvereinbarungen/Dienstvereinbarung_partnerschaftliches_Verhalten.PDF

7. Suchtprävention

Suchtprobleme durch den Konsum von Alkohol, Medikamenten, Nikotin oder illegale Drogen spielen in der Arbeitswelt eine große Rolle. Auch die Bedeutung von stoffungebundenen Süchten, wie Medien-, Arbeits-, Spiel- und Kaufsucht, steigt.

Kenntnisse über und den Umgang mit Suchterkrankungen sind für Vorgesetzte unerlässlich, da suchterkrankte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht nur die eigene Gesundheit schädigen, sondern auch den Zusammenhalt im Team oder der Arbeitsgruppe beeinträchtigen können. Suchterkrankte neigen außerdem dazu, sich das Problem lange Zeit nicht einzugestehen.

Im Rahmen der Fürsorge für die oder den Betroffenen und für das betroffene Team oder die betroffene Gruppe ist die frühzeitige Intervention durch Führungskräfte sinnvoll und notwendig.

7.1 Mindeststandards

7.1.1 Handlungsempfehlungen gegen Suchtmittelmissbrauch

Grundsätzlich bietet eine Handlungsempfehlung in Form beispielsweise einer Dienstvereinbarung oder eines Leitfadens gegen den Suchtmittelmissbrauch allen Beteiligten innerhalb einer Dienststelle, die im Falle eines Missbrauchs oder einer Abhängigkeit von Suchtmitteln betroffen sind, eine Orientierungshilfe im Umgang mit

dem entsprechenden Sachverhalt. Das sind in der Regel die Personalabteilung, die Vorgesetzten, der Personalrat, die Schwerbehindertenvertretung und die Betroffenen.

7.1.2 Schulungsveranstaltungen für Führungskräfte und Vorgesetzte

Entsprechende Schulungsveranstaltungen sollen Vorgesetzte dazu ermutigen, das Problem anzugehen und entsprechende Angebote in Anspruch zu nehmen. Das für die fachübergreifende Fortbildung zuständige Ministerium und andere einzelne Ressorts und Anbieter wie die Landeszentrale für Gesundheitsförderung haben bereits entsprechende Angebote aufgestellt. Ein weiterführendes allgemeines Schulungsangebot wird angestrebt.

7.2 Empfehlungen

Information und Sensibilisierung für die Gesundheitsgefahren von Nikotin und Suchtmittelmissbrauch: Die Dienststellen sollten Informationsveranstaltungen zu unterschiedlichen suchtspezifischen Themen anbieten oder vermitteln, um die Kenntnisse über Prävention sowie Behandlung von und im Umgang mit Suchterkrankungen zu verbessern. Durch das Nichtraucherschutzgesetz von 2009 besteht in den Dienststellen der Landesverwaltung Rauchverbot. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollten aber auch weiterhin über die Gesundheitsgefahren durch Rauchen oder Passivrauchen informiert werden und für gesundheitsförderliches Verhalten sensibilisiert werden.

8. Betriebliche Gesundheitsförderung und Prävention

Gesundheitsfördernde Maßnahmen dienen dem Wohlbefinden der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihrer dienstlichen und privaten Umgebung und sollen Gesundheitsbeeinträchtigungen vorbeugen oder lindern.

Solche Maßnahmen sind beispielsweise Impfungen, sportliche Aktivitäten, Vorträge zu verschiedenen Gesundheitsthemen und Empfehlungen zur gesunden Ernährung, Bewegung, Stressbewältigung oder Suchtprävention und viele weitere. Mit diesen Maßnahmen kann sowohl in der Verwaltung als auch im privaten Bereich jede oder jeder Einzelne Gesundheitskompetenz aufbauen.

Die gesetzlichen Krankenkassen sind in allgemeiner Form dazu verpflichtet, ihren Versicherten Leistungen zur primären gesundheitlichen Prävention anzubieten (§ 20 SGB V) und in den Betrieben Leistungen zur betrieblichen Gesundheitsförderung bereitzustellen, die den Risiken und Potenzialen der gesundheitlichen Situation der Beschäftigten Rechnung tragen (§ 20a SGB V).

Das sind beispielsweise:

- Bewegungsprogramme (nicht jedoch allgemeiner Freizeit- und Breitensport),
- Ernährungsangebote (nicht jedoch Koch- und Backkurse),
- Stressbewältigung (entspannungsorientierte, nicht jedoch therapeutisch oder weltanschaulich ausgerichtete Maßnahmen)
- Suchtprävention.

Die Maßnahmen müssen in ein Gesamtkonzept eingebunden und weltanschaulich neutral sein. Mitgliedschaftsgebundene Maßnahmen werden nicht gefördert. Die Förderung von Maßnahmen durch Krankenkassen und Beihilfe kann in persönlicher, sächlicher und/oder finanzieller Form erfolgen. Über die Einzelheiten muss auf Basis des GKV-Leitfadens Prävention vorab eine Vereinbarung zwischen der/den Krankenkasse(n) und dem Betrieb abgeschlossen werden.

http://www.gkv-spitzenverband.de/media/dokumente/presse/publikationen/Leitfaden_Praevention_2014_barrierefrei.pdf

Die Förderung von Maßnahmen durch Krankenkassen ist grundsätzlich zeitlich befristet. Zur nachhaltigen Weiterführung in eigener Verantwortung der Betriebe, können bedarfsorientiert Analyse- und Beratungsleistungen von den Krankenkassen wiederholt gefördert werden.

Erbringt der Arbeitgeber in eigener Verantwortung zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn Leistungen zur Gesundheitsförderung, sind die Leistungen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Rahmen des § 3 Nr. 34 des Einkommensteuergesetzes steuerfrei. Dies gilt auch dann, wenn die Maßnahmen nicht zeitlich befristet, sondern nachhaltig erbracht werden. Die Maßnahmen müssen hinsichtlich Qualität, Zweckbindung und Zielgerichtetheit den Anforderungen der §§ 20 und 20a SGB V genügen. Die Steuerbefreiung ist auf einen Höchstbetrag von 500 Euro je Mitarbeiterin oder Mitarbeiter und Kalenderjahr beschränkt. Dass die

Leistungen den Anforderungen der §§ 20 und 20a SGB V genügen, kann dem Finanzamt im Zweifelsfall mittels eines Gutachtens der Krankenkasse nachgewiesen werden.

Entsprechen die Gesundheitsförderungsleistungen der Dienststelle den vorstehenden Anforderungen (z.B. die Dienststelle übernimmt die Kosten eines Raucherentwöhnungskurses von 200 Euro je Teilnehmer oder zahlt die Kosten für die Rückenschule von 300 Euro je Teilnehmer), ist der den betreffenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zugewendete Betrag steuerfrei und somit nicht an die gehaltszahlende Stelle weiter zu melden.

Übernimmt die Dienststelle Kosten für Maßnahmen, die nicht den Anforderungen der §§ 20 und 20a SGB V genügen (z.B. die Dienststelle übernimmt die Kosten für den Mitgliedsbeitrag eines Fitnesscenters von 240 Euro jährlich), ist der den betreffenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zugewendete Vorteil als Arbeitslohn zu versteuern und von der Dienststelle zwecks Durchführung der Lohnversteuerung der gehaltszahlenden Stelle zu melden. Entsprechendes gilt, soweit dem Grunde nach begünstigte Gesundheitsförderungskosten den jährlichen Höchstbetrag von 500 Euro je Mitarbeiterin und Mitarbeiter übersteigen.

8.1 Mindeststandards

Teilnahme an gesundheitsfördernden Maßnahmen ermöglichen: Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern soll die Gelegenheit der Teilnahme an gesundheitsfördernden Aktivitäten und Maßnahmen im Rahmen des Gesundheitsmanagements - auch während der Kernzeit - unter Berücksichtigung der dienstlichen Erfordernisse ermöglicht werden.

8.2 Empfehlungen

- Informationen

Informationen über gesundheitsförderliche Maßnahmen und Angebote sollten grundsätzlich so barrierefrei wie möglich gestaltet werden - beispielsweise über das Intranet, über Aushänge, Mitarbeiterbriefe und Ähnliches.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollten regelmäßig auf die gesundheitsfördernden Angebote aufmerksam gemacht und ausreichend darüber informiert werden. Anreize zur Motivierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu

gesundheitsbewusstem Verhalten könnten beispielsweise folgende Themenbereiche sein:

- Ernährungswissenschaftliche Fakten
- Präventive Angebote und aktuelle Aktionen verschiedener Krankenkassen
- Massage
- Bewegte Mittagspause
- Progressive Muskelentspannung.

Zusätzlich sollten auch Angebote zu körperlichen Übungen so bereitgestellt werden, dass diese schnell und ohne große Anstrengung über Animationsprogramme durchgeführt werden können. Beispiele können sein: Nacken- & Schulterübungen, Beinübungen, Rückenübungen, die auch über Bildschirmschoner installiert werden können. Auch die Einführung eines sogenannten „Schwarzen Brettes“ oder einer eigenen Rubrik im Intranet, in der Treffpunkte zu Bewegung außerhalb der Dienststellen angeboten werden, kann hilfreich sein.

- Gesundheitstage und -wochen

Gesundheitstage und Gesundheitswochen in den einzelnen Dienststellen oder dienststellenübergreifend können gesundheitsbewusstes Verhalten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stärken (Verhaltensprävention). Beispielhaft sind als Themenschwerpunkte hier zu benennen:

- Gesunde Ernährung, Gesundes Sitzen im Büro
- Männergesundheitstage (Prostatakrebs)
- Frauengesundheitstage (Brustkrebs, Folsäure)
- Seelische Gesundheit (Entspannungstechniken)
- Vorträge zu speziellen Themen wie Herz-Kreislaufkrankungen, psychischen Erkrankungen, Atemwegserkrankungen, Muskel-Skelett-Erkrankungen, Krebserkrankungen oder Impfschutz.

- Bewegung und sportliche Betätigung

Sportliche Betätigung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kann nicht nur zu einem verbesserten Gesundheitszustand führen, sondern auch der Stärkung des sozialen Miteinanders dienen. Durch gezielte Ansprache von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, beispielsweise ausgebildeten Übungsleiterinnen und Übungsleitern, oder in Zusammenarbeit mit Krankenkassen und anderen Anbietern, können

Inhouse-Lösungen gefunden werden, um sportliche Aktivitäten anbieten zu können. Durch dienststellenübergreifende Maßnahmen, lassen sich dabei Synergieeffekte erzielen. Beispiele dafür sind:

- Bewegte Mittagspause
- Lauftreff und Walking-Gruppen
- Gesunde Wege zur Arbeit anregen

- Ergonomie am Arbeitsplatz

Beschwerden des Bewegungsapparates, sogenannte Muskel-Skelett-Erkrankungen, gehören heute mit zu den häufigsten Gesundheitsproblemen und sind einer der Hauptgründe für Arbeitsunfähigkeit. Dabei entstehen Muskel-Skelett-Erkrankungen nicht nur durch Überforderung des Muskel-Skelett-Systems. Auch bewegungsarme Tätigkeiten wie beispielsweise die zunehmende Computerarbeit in der Büroarbeit können zu Verspannungen, Fehlbelastungen und Beschwerden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiterinnen führen.

Mit den Veränderungen der Arbeitswelt sollten daher auch Anpassungen in der ergonomischen Arbeitsplatzgestaltung einhergehen, die physische und psychische Fehlbelastungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorbeugen können. Aktuelle Informationen, Beratungs- und Unterstützungsangebote bieten die Unfallversicherungsträger und die Krankenkassen und werden von unterschiedlichen Akteuren bereitgestellt.

Die Ergonomie am Arbeitsplatz umfasst aber mehr als nur die Anordnung einzelner Arbeitsmittel. Vielmehr betrifft es die gesamte Atmosphäre am Arbeitsplatz und damit verbunden das Wohlbefinden der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

http://www.gda-portal.de/de/pdf/4-Arbeitsschutzforum-03.pdf?__blob=publicationFile&v=2

<http://www.baua.de/de/Startseite.html>

<http://www.dguv.de/de/index.jsp>

- Präventive Maßnahmen

Die Dienststellen sollen Präventionsangebote und Vorsorgemaßnahmen, die über die gesetzliche Arbeitsmedizinische Vorsorge hinausgehen wie beispielsweise regelmäßige Schutzimpfungen, freiwillige oder spezifische Check-ups unterbreiten.

Gripeschutzimpfungen

Die Grippe (Influenza) ist eine akute Infektionskrankheit, die mit tödlichen

Komplikationen einhergehen kann. Für besonders gefährdete Personen empfiehlt daher die Ständige Impfkommission am Robert Koch-Institut (STIKO) die jährliche Grippe-Impfung, deren Kosten in diesen Fällen von den Kassen übernommen werden. Da aber grundsätzlich jeder von der Impfung profitieren kann, bieten viele Arbeitgeber Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Impfung an. So ermöglicht beispielsweise das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ministerien, der Staatskanzlei und der Landtagsverwaltung jedes Jahr eine betriebliche Gripeschutzimpfung. Die Dienststellen sollten zumindest Informationen über die verschiedenen Möglichkeiten der Grippeimpfung den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zur Verfügung stellen.

- Sozialberatung

Die Dienststellen sollten verschiedene Beratungs- und Unterstützungsangebote der Sozialberatung den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern anbieten, beispielsweise bei Konflikten am Arbeitsplatz, körperlichen und psychosomatischen Erkrankungen, Suchtmittelmissbrauch/Suchterkrankung, schwierigen Situationen im familiären Umfeld und Lebenssituationen, die nach eigenem Empfinden belastend wirken.

- Gute Beispiele für die Umsetzung des Fürsorgegedankens

Die Errichtung eines eigenständigen Instituts für Lehrgesundheit, die Möglichkeit für Selbstfahrerinnen und Selbstfahrer zur Teilnahme an einem Fahrsicherheitstraining, die Einstellung einer Gesundheitswirtin oder eines Gesundheitswirtes, sind gute Beispiele für die Umsetzung des Fürsorgegedankens der Landesregierung.

<http://www.unimedizin-mainz.de/ifl/startseite.html>

Ausblick

Das Betriebliche Gesundheitsmanagement ist ein fortlaufender Prozess und eine Daueraufgabe der Dienststelle. Eine erfolgreiche Umsetzung kann nur gelingen, wenn dies in einer vertrauensvollen und konstruktiven Zusammenarbeit mit den Personalvertretungen, Betriebsärztinnen und Betriebsärzten, Fachkräften für Arbeitssicherheit, Arbeitsschutzausschüssen, Gleichstellungsbeauftragten, Schwerbehindertenvertretungen und soweit vorhanden Beauftragten für das Betriebliche Gesundheitsmanagement, Sportbeauftragten und Sozialberatungen geschieht.

Da die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die wichtigste Ressource einer jeden Dienststelle und ein gesundes, motiviertes und leistungsfähiges Personal auch die Kernbedingungen für die Erfüllung der Aufgaben einer öffentlichen Verwaltung sind, muss in die Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter investiert werden.

Betriebliches Gesundheitsmanagement ist ein Prozess, der der permanenten Überprüfung und Anpassung unterliegt. Daher ist nach einem angemessenen Zeitraum eine Evaluierung der verbindlichen Instrumente und Maßnahmen des Rahmenkonzeptes zielführend. Hierzu können anonymisierte Mitarbeiterbefragungen, Gesundheitszirkel, Fehlzeitenstatistiken, Gesundheitsberichte des Landes, Altersstrukturberichte, Unfallstatistiken, Arbeitsplatzbegehungen, Gefährdungsbeurteilungen sowie Krankenstatistiken der Krankenkassen herangezogen werden.

Zum Informationsaustausch und als weiteres Evaluationsinstrument sind eine regelmäßige Befassung der IMA-Personalentwicklung sowie eine anlassbezogene Befassung der Konferenz der Zentralabteilungsleiterinnen und -leiter mit dem Thema vorgesehen. Um regelmäßig und aktuell über Themen und Maßnahmen zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement zu informieren, sollte eine zentrale Serviceseite „Betriebliches Gesundheitsmanagement“ im Landesintranet eingerichtet werden.

Zur Unterstützung der Dienststellen wird eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe „Betriebliches Gesundheitsmanagement“ vorgeschlagen, die die Umsetzung des Rahmenkonzeptes und den Prozess des Betrieblichen Gesundheitsmanagements als Planungs-, Steuerungs- und Vorschlagsgremium begleitet.

Vermittlung von Kompetenzen zur Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern (Gender Mainstreaming)

Bei dem Begriff „Gender Mainstreaming“ handelt es sich um einen feststehenden Fachterminus in der Europäischen Union.

Ausgangspunkt bei Gender Mainstreaming ist, dass sich die Lebenswirklichkeiten von Männern und Frauen in vielen Bereichen unterscheiden. Scheinbar „neutrale“ Maßnahmen können Frauen und Männer in unterschiedlicher Art und Weise betreffen und bestehende Unterschiede noch verfestigen.

Gender Mainstreaming ist dabei die Strategie, um geschlechterspezifische Ausgangspositionen und Folgen einer Maßnahme zu bestimmen. Werden hierbei Defizite festgestellt, sind ausgleichende frauen- aber ggf. auch männerfördernde Maßnahmen einzusetzen. Gender Mainstreaming findet Eingang in die Personalplanung, Personalentwicklung und in alle Personalentwicklungsinstrumente.

Die Landesregierung ist bestrebt, die Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern als durchgängiges Leitprinzip in allen Aufgabenbereichen zu berücksichtigen. Entsprechende Fortbildungen, sowohl für Führungskräfte als auch für alle übrigen Bediensteten, sollen dazu beitragen, das notwendige Problembewusstsein zu entwickeln.

Die Implementierung der Gender-Mainstreaming-Strategie bedeutet, dass alle Beschäftigten Gender Mainstreaming systematisch in ihr Aufgabengebiet einbeziehen und durchgängig gleichstellungsorientiert handeln. Dabei kommt Führungskräften eine besondere Vorbildfunktion zu. Damit die Bediensteten dies leisten können, ist es notwendig, dass sie die entsprechende Gender-Kompetenz besitzen bzw. diese durch Fortbildungen erwerben können. Aus diesem Grund ist Fortbildung ein Baustein der Implementierung von Gender Mainstreaming.

Fortbildungen im Bereich Gender Mainstreaming verfolgen unterschiedliche Ziele auf unterschiedlichen Ebenen:

- Vermittlung von Grundlagenwissen zu Gender Mainstreaming für alle Bediensteten der Landesregierung, insbesondere für neu eingestellte Personen, da nicht davon ausgegangen werden kann, dass Gender-Kompetenz in der allgemeinen Ausbildung vermittelt wird.
- Die Vermittlung von Gender-Kompetenz in Verbindung mit den Fachaufgaben der einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
- Gender-Kompetenz für alle Führungskräfte, insbesondere im Rahmen von Mitarbeiter- und Mitarbeiterinnengesprächen und im Rahmen von Beurteilungen,
- die individuelle Auseinandersetzung mit Gender-Fragen.

Bestehende Fortbildungskonzepte sowie bestehende Fortbildungsveranstaltungen sind vom Konzept, vom Inhalt und von der methodischen und didaktischen Ausgangslage gleichstellungsorientiert zu gestalten (Beispiel: Rahmenbedingungen wie Ort und Zeit, Auswahl von Themen und Schwerpunktsetzung).

Vermittlung von Vielfaltskompetenz (Diversity Management)

Mit dem Begriff „Vielfaltskompetenz“ ist die Fähigkeit von Führungs- und Fachkräften der Landesverwaltung gemeint, die Belange von Menschen unterschiedlichen Geschlechts, Alters, verschiedener ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, sexueller Identität und etwaiger Behinderung im beruflichen Alltagshandeln angemessen zu berücksichtigen. Es wird heute davon ausgegangen, dass die Lebenswirklichkeiten der Menschen von diesen Eigenschaften maßgeblich beeinflusst werden und sich daher unterscheiden können. Dies bedeutet, dass Verwaltungshandeln unterschiedliche Auswirkungen auf diese Lebenswirklichkeiten haben kann.

Der Landesregierung ist es wichtig, die Vielfalt der Menschen als Gewinn für die Gesellschaft sichtbar zu machen, in ihrem Handeln zu berücksichtigen und positiv zu gestalten. Die Vermittlung von Vielfaltskompetenz ist daher ein wichtiger Baustein, die Teilhabechancen zu verbessern und damit den in den vier europäischen Antidiskriminierungsrichtlinien genannten Zielen Geltung zu verleihen.

Vielfaltskompetenz wird sichtbar und umgesetzt durch das „Diversity Management“. Dies bedeutet, Planungen und Maßnahmen so vorzunehmen, dass unbeabsichtigte Benachteiligungen der genannten Personengruppen aufgrund ihrer Eigenschaften nicht eintreten oder möglicherweise bestehende Benachteiligungen beseitigt werden können.

Die Führungs- und Fachkräfte in der Landesverwaltung sollen

- durch Personalentwicklung, u. a. durch Angebote der Fortbildung, für Vielfalt sensibilisiert werden und
- das Wissen erwerben und die Instrumente des Diversity Managements kennen lernen, die sie in ihren Aufgaben- und Verantwortungsbereichen für die positive Gestaltung von Vielfalt benötigen und einsetzen können.

Vereinbarkeit Beruf und Familie

Familienbewusste Personalpolitik – ein Gewinn für Verwaltungen und Mitarbeitende

Das Land Rheinland-Pfalz hat bereits vor vielen Jahren erkannt, dass eine familienfreundliche Personalpolitik unerlässlich ist im Wettbewerb um Nachwuchs und Fachkräfte. Familienfreundlichkeit steigert die Attraktivität und Effizienz der Behörden und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf spielt bei der Auswahl eines Arbeitgebers eine immer größere Rolle.

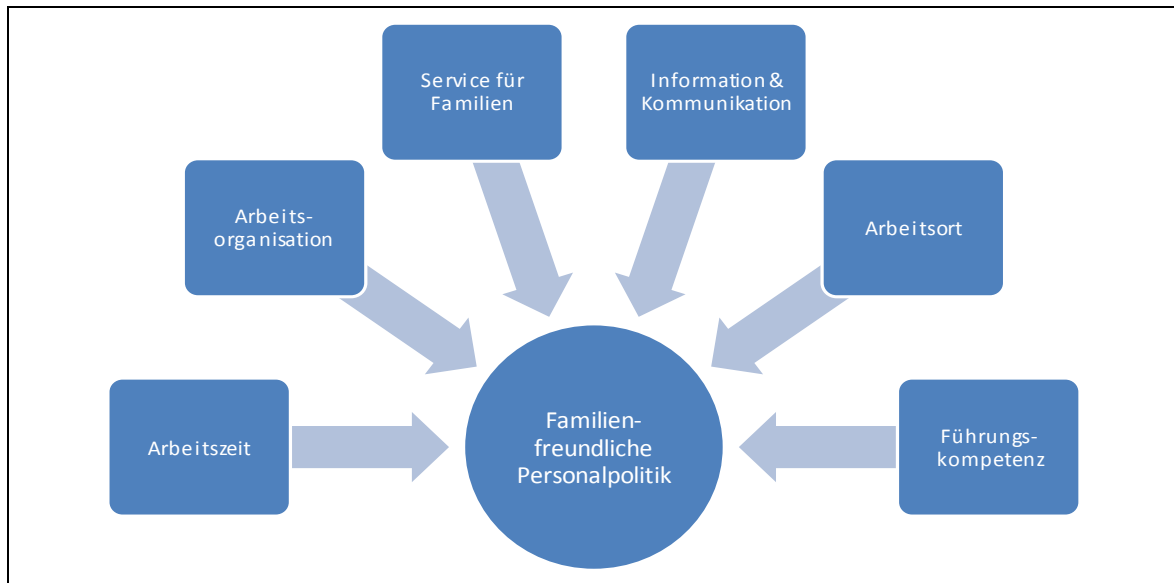
Aufgrund des sich abzeichnenden Fachkräftebedarfs, wird das Land künftig noch mehr als bisher in Konkurrenz mit der Wirtschaft um qualifizierten Nachwuchs treten. Gute Arbeitsbedingungen, attraktive Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten und ein übergreifendes Gesundheitsmanagement sind für unsere Behörden daher essentiell, um Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu halten und neue Kräfte zu gewinnen. Dazu gehört ganz elementar die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Teil der Personalentwicklung.

Familienfreundlichkeit steigert nachgewiesenermaßen die Arbeitgeberattraktivität und stellt somit einen Wettbewerbsvorteil bei der Fachkräftegewinnung und –bindung dar. Nicht nur die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter profitieren deshalb von familienfreundlichen Regelungen, sondern auch das Land Rheinland-Pfalz als Arbeitgeber.

Es gibt vielfältige Möglichkeiten, um etwa Kinderbetreuung oder die Pflege von Angehörigen in Einklang mit den beruflichen Anforderungen zu bringen: Eine hohe Arbeitszeitflexibilität, ein großzügiger Gleitzeitrahmen, individuelle Teilzeitmodelle oder Telearbeit können das Zusammenspiel von Familie und Beruf vereinfachen. Das bringt eine höhere Arbeitszufriedenheit und eine positive Identifikation mit dem Arbeitsplatz. Aber auch Personalentwicklungsmaßnahmen, so zum Beispiel im Bereich der Fortbildungen, unterstützen das Verständnis und die Befähigung der handelnden Personen – ob als Kolleginnen und Kollegen oder auch als Vorgesetzte -

das für sie Mögliche zu tun, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bzw. Pflege zu unterstützen.

Die 2013 abgeschlossene „Selbstverpflichtung zur Sicherung und Weiterentwicklung einer familienfreundlichen Personalpolitik“ enthält verschiedene für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wichtige Handlungsfelder.



Welche konkreten Verpflichtungen die Landesregierung und die Verwaltung des Landtages Rheinland-Pfalz eingegangen sind, um die Vereinbarkeit bestmöglich zu ermöglichen, lesen Sie bitte hier:

Link zum Karriereportal

oder

<http://mifkjf.rlp.de/familie/vereinbarkeit-familie-und-beruf/projekte-und-massnahmen-der-landesregierung>

Stärkung der Europa-Kompetenz

Anforderungen

Die Anforderungen an die Europa-Kompetenz der Landesbediensteten sind, entsprechend der kontinuierlich wachsenden Bedeutung der Europäischen Union als ein politisch, wirtschaftlich und rechtlich maßgeblicher Faktor für das staatliche Verwaltungshandeln weiter gestiegen. Insbesondere die im Lissaboner Reformvertrag 2009 vereinbarten Erweiterungen der Zuständigkeiten der EU, die stärkere Einbindung und Verantwortung der nationalen Parlamente und Regionen sowie die neuen innerstaatlichen Mitwirkungsgesetze und das erhöhte Haftungsrisiko der Länder haben den europäischen Integrationsprozess beschleunigt.

Zugenommen hat die Bedeutung der EU-Kompetenz nicht nur in Arbeitsbereichen mit „klassischem“ EU-Bezug wie Wirtschaft, Landwirtschaft, Umwelt oder Verbraucherschutz. Auch in vielen anderen Aufgabengebieten haben Regelungstiefe und Komplexität von EU-Vorlagen und EU-Gesetzgebung zugenommen.

Die erfolgreiche Beantragung und Verwendung von Fördermitteln aus den immer komplexeren EU-Strukturfonds ist stetig schwieriger und aufwändiger geworden. In vielen Aufgabengebieten hat die Befassung mit Strategien und Rahmenprogrammen der EU an Bedeutung gewonnen.

Wichtiger geworden ist auch die Fähigkeit, noch weiter im Vorfeld der Entscheidungen als strategisches „Frühwarnsystem“ tätig zu werden, d.h. EU-Vorhaben so frühzeitig zu erkennen und auf konkrete Handlungsbedarfe zu analysieren, dass die Beförderung und Durchsetzung rheinland-pfälzischer Interessen bereits möglich wird, bevor die EU-Organen Entscheidungen treffen.

Vor diesem Hintergrund erfordert EU-Kompetenz regelmäßig Kenntnisse über das Zustandekommen von EU-Rechtsakten im Zusammenspiel von nationalen und europäischen Institutionen, über die Kompetenzverteilung zwischen den Mitgliedstaaten und der EU über die Anwendung des EU-Rechts und die Mechanismen zu seiner Kontrolle. Oft bedarf es auch sehr detaillierter Kenntnisse über EU-Programme und Fördermöglichkeiten sowie zusätzlicher Qualifikationen in der Akquise, im Projektmanagement und im Haushaltsrecht oder im europäischen Wettbewerbsrecht, insbesondere über die Bedingungen für staatliche Beihilfen und die Prozesse zur europäischen Notifizierung.

Fast immer sind zur effektiven Wahrnehmung der Aufgaben mit EU-Bezug auch vertiefte Kenntnisse und Vorstellungen von den Interessen des Landes auf Ressortebene unerlässlich.

Weitere Elemente von Europa-Kompetenz sind regelmäßig gute Sprachkenntnisse in Englisch und möglichst auch mindestens Grundkenntnisse in Französisch, überdurchschnittliche Problemlösungs- und Kommunikationsfähigkeiten sowie kulturelle und interkulturelle Kompetenz im Sinne von Interessen und Einstellungen, bestenfalls auch Berufserfahrung in Aufgabenbereichen mit europäischen oder internationalen Bezügen.

Systematische europaspezifische Personalpolitik

Das Rahmenkonzept sieht die gesamte Personalentwicklung und damit auch die Stärkung der Europa-Kompetenz als einen andauernden und vielschichtigen Prozess, der die rheinland-pfälzischen Landesbediensteten auf allen Ebenen des Verwaltungshandelns, d.h. in allen Laufbahnen und gerade auch die Leitungsebenen betrifft.

Deshalb soll die Stärkung der Europa-Kompetenz künftig auch in den internen Personalentwicklungskonzepten der Staatskanzlei und der Ressorts sowie deren nachgeordneten Bereichen verankert werden.

Bereits in den landeseigenen Studien- und Ausbildungsgängen soll Europa-Kompetenz bedarfsgerecht vermittelt werden. Soweit erforderlich, wird der Erwerb bzw. die Verbesserung von Sprachkenntnissen in Englisch und/oder einer weiteren europäischen Fremdsprache (z.B. Französisch) im Rahmen der Möglichkeiten unterstützt.

Bei Einstellungen auf allen Ebenen soll bereits vorhandene Europa-Kompetenz (z.B. europapolitische/-rechtliche Studienschwerpunkte, Praktika bei EU- oder internationalen Institutionen, Auslandsaufenthalte und Sprachkenntnisse) nach Möglichkeit positiv berücksichtigt werden.

Abordnungen bzw. befristete Entsendungen von Landesbediensteten an europäische Institutionen und EU-bezogene oder andere internationale Institutionen werden im Rahmen der personalwirtschaftlichen Möglichkeiten gefördert, weil in dieser Zeit einschlägige Berufserfahrung erworben wird. Oft besteht zugleich die Möglichkeit, den aufnehmenden Institutionen ein besseres Verständnis rheinland-pfälzischer bzw. deutscher, insbesondere föderaler Verhältnisse und Interessen zu vermitteln.

Während der Abordnung/Entsendung soll mit den Bediensteten möglichst kontinuierlich Kontakt gehalten werden.

Bei ihrer Rückkehr sollen sie aufgrund einer möglichst frühzeitigen und umfassenden Personaleinsatzplanung mit Aufgaben betraut werden, die die Anwendung und Weitergabe der erworbenen Kenntnisse, Erfahrungen und Netzwerk - Kontakte ermöglichen. Diese qualifizierte Weiterverwendung dient nicht nur ihrer eigenen Motivation und als Anreiz für Interessierte, sondern liegt eindeutig auch im Interesse des Landes beim Aufbau von Europa-Kompetenz in der gesamten Verwaltung.

Europaspezifische Fortbildungen haben vor dem Hintergrund der sich stetig und schnell weiter entwickelnden Anforderungen einen besonders hohen Stellenwert.

Um dem steigenden Bedarf gerecht zu werden, ist der weitere Ausbau eines kohärenten, d. h. abgestimmten landeseigenen EU-bezogenen Fortbildungsprogramms erforderlich, in das die bereits vorhandenen Elemente einbezogen werden.

Zu den Eckpunkten dieses Programms gehört u.a., vorrangig den Bediensteten, die in ihren derzeitigen oder absehbar künftigen Aufgabengebieten europaspezifische

Kenntnisse und Fertigkeiten benötigen, bedarfsorientierte Fortbildungen zu ermöglichen.

Diejenigen Landesbediensteten, die im Rahmen ihrer Tätigkeiten bereits konkrete Erfahrungen im Umgang mit EU-Recht, EU-Fachpolitik und/ oder EU-bezogener Netzwerkarbeit erworben haben, sollen diese auch im Rahmen von Fortbildungen weitergeben.

Darüber hinaus soll möglichst vielen interessierten Landesbediensteten die Gelegenheit zum Erwerb von Grundkenntnissen im Europarecht und in den jeweils aktuellen europapolitischen Fragestellungen geboten werden.

Besondere europarechtliche Befähigungen können auch ein zusätzliches Qualitätsmerkmal im Auswahl- und Beurteilungsverfahren sein, wenn dies mit dem jeweiligen konkreten Anforderungsprofil bzw. Beurteilungssystem vereinbar ist.

Führungskräfte müssen sowohl ihre eigene Europa-Kompetenz als auch die ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stärken. Je nach Leitungsebene sind die Führungskräfte zugleich Teil der Steuerung des systematischen Prozesses zur Stärkung der EU-Kompetenz in der gesamten Landesverwaltung.

Die Europaministerkonferenz der Länder (EMK) hat sich bereits mehrfach mit der „Europafähigkeit der Landesverwaltungen“ befasst und zu deren Stärkung u.a. die vorstehenden Maßnahmen empfohlen, einschließlich deren systematischer Einpassung in die Personalentwicklungskonzepte.

Organisationsstrukturen der Landesverwaltung

Der Erwerb und die Stärkung der individuellen Europa-Kompetenz erfährt Unterstützung durch die vorhandenen Organisationsstrukturen, die ebenfalls auf die Stärkung der Europa-Kompetenz des Landes ausgerichtet sind. Die dafür bereits vorhandenen Strukturen sollen weiter effektiv genutzt und ausgebaut werden.

In diesem Zusammenhang kommt vor allem der Abteilung Europa der Staatskanzlei mit ihren Querschnittsaufgaben sowie den EU-Referentinnen und Referenten der Ressorts maßgebliche Bedeutung zu. Die Staatskanzlei / Abteilung Europa unterstützt die konkrete Umsetzung der Ziele des Rahmenkonzepts zur Stärkung der Europa-Kompetenz der Landesbediensteten u.a. durch Erstellung einer praxisnahen, mit den Ressorts abgestimmten Handreichung.

Führungsgrundsätze der Mitglieder des rheinland-pfälzischen Ministerrates

"Wir, die Mitglieder des Kabinetts des Landes Rheinland-Pfalz sind uns bewusst, dass die Leistungsfähigkeit unserer Verwaltung wesentlich von ihren Führungskräften und der Qualität ihrer Führung abhängt. Spitzenleistungen in unseren Verwaltungen können nur durch motiviertes und qualifiziertes Personal gesichert werden. Die Verantwortung für Führung ist dabei nicht delegierbar. Eine gute Führungskultur muss von der Spitze, also von uns aus, ausgehen.

Deshalb vereinbaren wir für unsere Führungsarbeit Grundsätze.

Dabei lassen wir uns von folgenden Prinzipien leiten:

Wir nehmen unsere Verantwortung für Führung an, wir leben gute Führung und nehmen uns Zeit dafür.

Wir geben mit unserer Führung Orientierung. Deswegen vermitteln wir unsere Werte, Haltungen und Ziele aktiv und bewusst.

Wir reflektieren unser Führungsverhalten und entwickeln unsere Führungskompetenzen weiter.

Wir fördern und fordern gute Führung.

Unsere Führungsgrundsätze:

1. Wir kommunizieren klar, offen, wertschätzend und zielgenau. Wir geben und nehmen Feedback.

In Organisationen entstehen Fehler, Demotivation oder schlechte Arbeitsergebnisse sehr oft durch unklare Kommunikation. Wir stellen sicher, dass alle Beteiligten das Gleiche verstehen. Informationen müssen umfassend sein und aktiv den entsprechenden Personen zur Verfügung gestellt werden. Dabei handeln wir respektvoll. Wir holen uns aktiv Feedback zur Aufgabenerledigung und zum Führungsverhalten.

2. Wir ermutigen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Klarheit und Verständlichkeit einzufordern.

Couragiertes Hinterfragen ist ausdrücklich erwünscht. Unklare Aufträge binden unnötig Ressourcen und demotivieren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

3. Wir treffen, erläutern und realisieren Entscheidungen. Wir tun dies transparent und nachvollziehbar.

Entscheidungen müssen zeitnah und klar getroffen werden. Alle Beteiligten sollen das Ergebnis verstehen und vertreten können.

4. Wir nehmen in unserer Führungsverantwortung sowohl die Aufgaben und Ziele als auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Blick.

Gute Führung hat zwei Aspekte: Aufgaben- und Zielorientierung und Mitarbeiterorientierung. Die fachliche Zielerreichung muss gesichert werden, gerade auch bei ressortübergreifenden Vorhaben. Dabei müssen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihren Fähigkeiten und Talenten entsprechend eingesetzt werden, damit sie motiviert gute Leistungen erbringen können. Die Gesundheit

der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter spielt hierbei auch eine wichtige Rolle. Gute Führung wird situationsbezogen beiden Aspekten gerecht.

5. Wir delegieren Aufgaben und Entscheidungen in verantwortungsvoller Weise.

Aufgaben und Entscheidungen, die für eine Delegation in Frage kommen, geben wir an dafür kompetente und für diese Aufgabe zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir stellen sicher, dass niemand unter- oder überfordert wird. Dieses Vertrauen in die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stärkt deren Motivation und Eigenverantwortung.

6. Wir fordern und fördern Leistungsbereitschaft und Leistungsstärke der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Wir bieten attraktive und sichere Arbeitsplätze mit einer Vielzahl von interessanten und verantwortungsvollen Aufgaben und Herausforderungen. Dafür brauchen wir fähige, motivierte und veränderungsbereite Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir würdigen die Leistungen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, besonders auch im Kontext abteilungs- und ressortübergreifender Projektarbeit.

7. Wir fördern Chancengleichheit und Gleichberechtigung der Geschlechter und erkennen die Vorteile in der Vielfalt der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Chancengleichheit und Gleichberechtigung muss in unseren Köpfen und Taten immer präsent sein, um Wirkung zu entfalten. Wir nutzen die vielfältigen Hintergründe und Kompetenzen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um Sachverhalte umfassend aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu beleuchten und um damit gute Lösungen und innovative Ideen zu entwickeln. Diskriminierungen treten wir aktiv entgegen.

8. Wir fördern die Vereinbarkeit von Beruf, Karriere und Familie.

Wir sind uns der unterschiedlichen Lebenssituationen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bewusst. Wir berücksichtigen diese bei den täglichen Arbeitsabläufen und unseren Personal- und Organisationsentscheidungen; wir verhindern strukturelle Benachteiligungen.

9. Wir ermutigen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sich mit ihren Kompetenzen einzubringen und so an Entscheidungen mitzuwirken.

Wir entscheiden nicht autoritär, sondern nutzen die vielfältigen Erfahrungen und Fähigkeiten unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Entscheidungsfindung. Der Blick über den Tellerrand ist eindeutig erwünscht.

10. Wir erkennen und klären Konflikte.

Ungelöste Konflikte können mit der Zeit zu immer größeren Problemen führen. Deshalb ist es notwendig, sich den störenden, internen und ressortübergreifenden Konflikten zu stellen. Wir wirken darauf hin, dass die Konfliktparteien den Konflikt so weit wie möglich selbst klären. Wenn es notwendig ist, unterstützen wir sie bei der Konfliktlösung.

11. Wir stehen für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter brauchen Sicherheit, um gut und mutig arbeiten zu können. Sie müssen sich dabei der Unterstützung/Rückendeckung durch ihre Vorgesetzten gewiss sein.

12. Wir streben eine Organisationskultur an, die auch Fehler für eine gemeinsame Weiterentwicklung nutzt.

Wir wollen ein Arbeitsklima, in dem man Verantwortung für Fehler übernimmt und sie nicht vertuscht. Sie sollen als Chance genutzt werden, neue Fehler zu vermeiden. So entwickelt sich eine lernende Organisation.

12.03.2018

Stellenangebot des Ministeriums des Innern und für Sport:

Beim Ministerium des Innern und für Sport ist in der Abteilung 4 „Polizei“ zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle einer Assistenzkraft zu besetzen.

Bewerbungsfrist läuft bis 2. April 2018.

Die gesuchte Assistenzkraft soll zur Unterstützung der Bediensteten der Abteilung 4 vor- und nachbereitende Tätigkeiten übernehmen. Die Einsätze erfolgen dabei, je nach Bedarf, auch wechselnd in verschiedenen Organisationseinheiten der Abteilung.

Die Aufgaben umfassen vorrangig:

- Mitarbeit im Bereich der „Leitstelle Kriminalprävention“ (beispielsweise Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen),
- Zusammenstellen von Besprechungs- und Arbeitsunterlagen,
- Vor- und Nachbereitung von Sitzungen und Besprechungen,
- Beantwortung einfacher Anfragen per E-Mail,
- Erstellen von Serienbriefen,
- Erstellen von Excel-Tabellen und PowerPoint-Präsentationen nach Vorgaben,
- Erstellen von Briefen nach Vorlage,
- Fertigen von Kassenanordnungen mittels IRMA,
- Verwaltung des Archivs,
- Wahrnehmung von Vertretungen im Vorzimmer der Abteilungsleitung.

Die Bewerberin / Der Bewerber sollte über mehrjährige Berufserfahrung im Bereich der Büroorganisation verfügen.

Eine einschlägige abgeschlossene Verwaltungsausbildung bzw. ein vergleichbarer Abschluss ist von Vorteil. Es wird eine selbstständige und eigenverantwortliche Arbeitsweise erwartet, die durch ein freundliches und verbindliches Auftreten geprägt ist. Ferner werden überdurchschnittliche Leistungsbereitschaft, Belastbarkeit, Motivation und Interesse an einer Arbeit im Team vorausgesetzt. Die Bereitschaft zu flexiblen Arbeitszeiten ist unabdingbar. Gute EDV-Kenntnisse in Microsoft-Office sind erforderlich.

Die Eingruppierung richtet sich nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L). Eine Eingruppierung kann bis zur Entgeltgruppe 5 TV-L erfolgen.

Das Ministerium unterstützt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch die Selbstverpflichtung „DIE LANDESREGIERUNG - EIN FAMILIENFREUNDLICHER ARBEITGEBER“.

Das Land Rheinland-Pfalz fördert aktiv die Gleichbehandlung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir wünschen uns daher ausdrücklich Bewerbungen aus allen Altersgruppen, unabhängig von Geschlecht, einer Behinderung, dem ethnischen Hintergrund, der Religion, Weltanschauung oder sexuellen Identität.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Ihre vollständigen und aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen richten Sie bitte innerhalb von drei Wochen nach Veröffentlichung dieser Stellenausschreibung unter Angabe der Kennziffer 08.18/4 in elektronischer Form an

bewerbung@mdi.rlp.de

oder schriftlich an das

Ministerium des Innern und für Sport
Personalreferat
Schillerplatz 3 - 5
55116 Mainz

(Staatsanzeiger Nr. 8 vom 12. März 2018)

Bevölkerung des Freistaates Sachsen am 31. Dezember 1990, 2000, 2014 bis 2016 nach Kreis

Gebietsstand 1. Januar 2018

Quellen: Bevölkerungsfortschreibung bis 2010 auf Basis der Registerdaten vom 3.10.1990, ab 2011 auf Basis

Jahr	Schl.Nr.	Kreis	Alter von ... bis unter ... Jahren	Männlich	Weiblich	Ingesamt
1990	14511	Chemnitz, Stadt	unter 10	18 082	17 305	35 387
1990	14511	Chemnitz, Stadt	10-20	18 724	18 044	36 768
1990	14511	Chemnitz, Stadt	20-30	22 484	22 075	44 559
1990	14511	Chemnitz, Stadt	30-40	22 616	23 407	46 023
1990	14511	Chemnitz, Stadt	40-50	21 649	22 141	43 790
1990	14511	Chemnitz, Stadt	50-60	20 858	21 869	42 727
1990	14511	Chemnitz, Stadt	60-70	12 930	19 220	32 150
1990	14511	Chemnitz, Stadt	70-80	6 506	14 407	20 913
1990	14511	Chemnitz, Stadt	80-90	3 351	8 710	12 061
1990	14511	Chemnitz, Stadt	90 und mehr	208	734	942
1990	14511	Chemnitz, Stadt	insgesamt	147 408	167 912	315 320
1990	14521	Erzgebirgskreis	unter 10	29 042	27 253	56 295
1990	14521	Erzgebirgskreis	10-20	28 926	27 173	56 099
1990	14521	Erzgebirgskreis	20-30	30 055	29 511	59 566
1990	14521	Erzgebirgskreis	30-40	34 825	34 036	68 861
1990	14521	Erzgebirgskreis	40-50	27 439	26 500	53 939
1990	14521	Erzgebirgskreis	50-60	28 528	31 133	59 661
1990	14521	Erzgebirgskreis	60-70	22 465	31 115	53 580
1990	14521	Erzgebirgskreis	70-80	9 741	20 775	30 516
1990	14521	Erzgebirgskreis	80-90	4 870	12 099	16 969
1990	14521	Erzgebirgskreis	90 und mehr	290	1 012	1 302
1990	14521	Erzgebirgskreis	insgesamt	216 181	240 607	456 788
1990	14522	Mittelsachsen	unter 10	24 614	23 411	48 025
1990	14522	Mittelsachsen	10-20	24 330	22 933	47 263
1990	14522	Mittelsachsen	20-30	27 511	26 749	54 260
1990	14522	Mittelsachsen	30-40	28 451	27 559	56 010
1990	14522	Mittelsachsen	40-50	22 982	22 678	45 660
1990	14522	Mittelsachsen	50-60	26 226	27 327	53 553
1990	14522	Mittelsachsen	60-70	17 794	26 576	44 370
1990	14522	Mittelsachsen	70-80	8 664	18 590	27 254
1990	14522	Mittelsachsen	80-90	4 577	10 928	15 505
1990	14522	Mittelsachsen	90 und mehr	318	973	1 291
1990	14522	Mittelsachsen	insgesamt	185 467	207 724	393 191
1990	14523	Vogtlandkreis	unter 10	16 765	16 133	32 898
1990	14523	Vogtlandkreis	10-20	16 135	15 137	31 272
1990	14523	Vogtlandkreis	20-30	19 798	19 741	39 539
1990	14523	Vogtlandkreis	30-40	21 272	21 261	42 533
1990	14523	Vogtlandkreis	40-50	18 343	18 640	36 983
1990	14523	Vogtlandkreis	50-60	20 136	21 291	41 427
1990	14523	Vogtlandkreis	60-70	13 269	20 408	33 677
1990	14523	Vogtlandkreis	70-80	7 060	15 835	22 895
1990	14523	Vogtlandkreis	80-90	3 611	10 101	13 712
1990	14523	Vogtlandkreis	90 und mehr	253	811	1 064
1990	14523	Vogtlandkreis	insgesamt	136 642	159 358	296 000
1990	14524	Zwickau	unter 10	23 849	22 587	46 436
1990	14524	Zwickau	10-20	22 537	21 165	43 702
1990	14524	Zwickau	20-30	28 431	28 287	56 718
1990	14524	Zwickau	30-40	29 623	29 405	59 028
1990	14524	Zwickau	40-50	25 296	25 770	51 066
1990	14524	Zwickau	50-60	27 754	29 048	56 802
1990	14524	Zwickau	60-70	19 255	28 624	47 879
1990	14524	Zwickau	70-80	9 767	20 826	30 593
1990	14524	Zwickau	80-90	4 708	11 871	16 579
1990	14524	Zwickau	90 und mehr	320	969	1 289
1990	14524	Zwickau	insgesamt	191 540	218 552	410 092
1990	14612	Dresden, Stadt	unter 10	32 786	30 961	63 747
1990	14612	Dresden, Stadt	10-20	31 440	29 712	61 152
1990	14612	Dresden, Stadt	20-30	37 603	37 033	74 636

1990	14612	Dresden, Stadt	30-40	35 679	35 901	71 580
1990	14612	Dresden, Stadt	40-50	31 856	33 703	65 559
1990	14612	Dresden, Stadt	50-60	34 290	36 012	70 302
1990	14612	Dresden, Stadt	60-70	18 964	29 122	48 086
1990	14612	Dresden, Stadt	70-80	10 037	22 991	33 028
1990	14612	Dresden, Stadt	80-90	5 743	15 417	21 160
1990	14612	Dresden, Stadt	90 und mehr	426	1 594	2 020
1990	14612	Dresden, Stadt	insgesamt	238 824	272 446	511 270
1990	14625	Bautzen	unter 10	27 361	25 616	52 977
1990	14625	Bautzen	10-20	26 087	24 888	50 975
1990	14625	Bautzen	20-30	29 083	27 221	56 304
1990	14625	Bautzen	30-40	29 559	27 699	57 258
1990	14625	Bautzen	40-50	22 017	22 070	44 087
1990	14625	Bautzen	50-60	26 669	27 014	53 683
1990	14625	Bautzen	60-70	15 841	23 249	39 090
1990	14625	Bautzen	70-80	6 910	15 198	22 108
1990	14625	Bautzen	80-90	3 278	8 495	11 773
1990	14625	Bautzen	90 und mehr	221	723	944
1990	14625	Bautzen	insgesamt	187 026	202 173	389 199
1990	14626	Görlitz	unter 10	24 865	23 543	48 408
1990	14626	Görlitz	10-20	23 461	22 213	45 674
1990	14626	Görlitz	20-30	27 001	25 681	52 682
1990	14626	Görlitz	30-40	27 885	25 906	53 791
1990	14626	Görlitz	40-50	21 342	20 685	42 027
1990	14626	Görlitz	50-60	24 202	24 833	49 035
1990	14626	Görlitz	60-70	14 614	23 037	37 651
1990	14626	Görlitz	70-80	7 190	16 091	23 281
1990	14626	Görlitz	80-90	3 707	9 705	13 412
1990	14626	Görlitz	90 und mehr	244	910	1 154
1990	14626	Görlitz	insgesamt	174 511	192 604	367 115
1990	14627	Meißen	unter 10	18 858	17 879	36 737
1990	14627	Meißen	10-20	18 251	17 247	35 498
1990	14627	Meißen	20-30	20 448	19 343	39 791
1990	14627	Meißen	30-40	21 189	20 470	41 659
1990	14627	Meißen	40-50	16 726	17 076	33 802
1990	14627	Meißen	50-60	19 942	20 308	40 250
1990	14627	Meißen	60-70	12 019	18 105	30 124
1990	14627	Meißen	70-80	5 814	12 929	18 743
1990	14627	Meißen	80-90	3 068	7 688	10 756
1990	14627	Meißen	90 und mehr	219	753	972
1990	14627	Meißen	insgesamt	136 534	151 798	288 332
1990	14628	Sächsische Schweiz-C	unter 10	17 288	16 211	33 499
1990	14628	Sächsische Schweiz-C	10-20	17 246	16 217	33 463
1990	14628	Sächsische Schweiz-C	20-30	19 297	18 286	37 583
1990	14628	Sächsische Schweiz-C	30-40	19 129	18 598	37 727
1990	14628	Sächsische Schweiz-C	40-50	16 869	16 861	33 730
1990	14628	Sächsische Schweiz-C	50-60	18 827	19 024	37 851
1990	14628	Sächsische Schweiz-C	60-70	11 741	17 356	29 097
1990	14628	Sächsische Schweiz-C	70-80	6 206	13 334	19 540
1990	14628	Sächsische Schweiz-C	80-90	3 377	7 834	11 211
1990	14628	Sächsische Schweiz-C	90 und mehr	232	681	913
1990	14628	Sächsische Schweiz-C	insgesamt	130 212	144 402	274 614
1990	14713	Leipzig, Stadt	unter 10	32 169	30 755	62 924
1990	14713	Leipzig, Stadt	10-20	30 196	28 611	58 807
1990	14713	Leipzig, Stadt	20-30	42 942	41 642	84 584
1990	14713	Leipzig, Stadt	30-40	40 199	39 951	80 150
1990	14713	Leipzig, Stadt	40-50	35 158	37 264	72 422
1990	14713	Leipzig, Stadt	50-60	38 634	41 674	80 308
1990	14713	Leipzig, Stadt	60-70	21 570	34 327	55 897
1990	14713	Leipzig, Stadt	70-80	11 632	26 564	38 196
1990	14713	Leipzig, Stadt	80-90	6 066	16 042	22 108
1990	14713	Leipzig, Stadt	90 und mehr	365	1 580	1 945
1990	14713	Leipzig, Stadt	insgesamt	258 931	298 410	557 341
1990	14729	Leipzig	unter 10	17 550	16 948	34 498
1990	14729	Leipzig	10-20	16 542	15 951	32 493

1990	14729	Leipzig	20-30	20 593	19 407	40 000
1990	14729	Leipzig	30-40	21 306	19 790	41 096
1990	14729	Leipzig	40-50	17 095	16 650	33 745
1990	14729	Leipzig	50-60	19 249	19 740	38 989
1990	14729	Leipzig	60-70	12 331	18 129	30 460
1990	14729	Leipzig	70-80	5 847	12 326	18 173
1990	14729	Leipzig	80-90	3 039	7 219	10 258
1990	14729	Leipzig	90 und mehr	179	655	834
1990	14729	Leipzig	insgesamt	133 731	146 815	280 546
1990	14730	Nordsachsen	unter 10	16 411	15 654	32 065
1990	14730	Nordsachsen	10-20	15 004	14 383	29 387
1990	14730	Nordsachsen	20-30	18 060	17 275	35 335
1990	14730	Nordsachsen	30-40	19 022	17 495	36 517
1990	14730	Nordsachsen	40-50	13 131	12 729	25 860
1990	14730	Nordsachsen	50-60	15 522	15 912	31 434
1990	14730	Nordsachsen	60-70	9 359	14 146	23 505
1990	14730	Nordsachsen	70-80	4 342	9 640	13 982
1990	14730	Nordsachsen	80-90	2 163	5 286	7 449
1990	14730	Nordsachsen	90 und mehr	132	440	572
1990	14730	Nordsachsen	insgesamt	113 146	122 960	236 106
2000	14511	Chemnitz, Stadt	unter 10	7 554	7 065	14 619
2000	14511	Chemnitz, Stadt	10-20	14 849	14 324	29 173
2000	14511	Chemnitz, Stadt	20-30	15 856	14 034	29 890
2000	14511	Chemnitz, Stadt	30-40	19 071	17 443	36 514
2000	14511	Chemnitz, Stadt	40-50	18 723	19 422	38 145
2000	14511	Chemnitz, Stadt	50-60	18 368	19 476	37 844
2000	14511	Chemnitz, Stadt	60-70	17 156	19 501	36 657
2000	14511	Chemnitz, Stadt	70-80	8 792	15 554	24 346
2000	14511	Chemnitz, Stadt	80-90	2 558	7 458	10 016
2000	14511	Chemnitz, Stadt	90 und mehr	407	1 635	2 042
2000	14511	Chemnitz, Stadt	insgesamt	123 334	135 912	259 246
2000	14521	Erzgebirgskreis	unter 10	13 517	13 165	26 682
2000	14521	Erzgebirgskreis	10-20	28 821	26 487	55 308
2000	14521	Erzgebirgskreis	20-30	26 375	21 692	48 067
2000	14521	Erzgebirgskreis	30-40	29 161	27 570	56 731
2000	14521	Erzgebirgskreis	40-50	34 202	33 408	67 610
2000	14521	Erzgebirgskreis	50-60	26 232	25 774	52 006
2000	14521	Erzgebirgskreis	60-70	24 706	29 195	53 901
2000	14521	Erzgebirgskreis	70-80	15 254	24 990	40 244
2000	14521	Erzgebirgskreis	80-90	3 528	10 468	13 996
2000	14521	Erzgebirgskreis	90 und mehr	537	2 119	2 656
2000	14521	Erzgebirgskreis	insgesamt	202 333	214 868	417 201
2000	14522	Mittelsachsen	unter 10	12 135	11 302	23 437
2000	14522	Mittelsachsen	10-20	25 099	23 609	48 708
2000	14522	Mittelsachsen	20-30	23 490	19 032	42 522
2000	14522	Mittelsachsen	30-40	28 066	26 238	54 304
2000	14522	Mittelsachsen	40-50	28 942	27 595	56 537
2000	14522	Mittelsachsen	50-60	22 312	22 378	44 690
2000	14522	Mittelsachsen	60-70	23 178	25 966	49 144
2000	14522	Mittelsachsen	70-80	12 507	21 891	34 398
2000	14522	Mittelsachsen	80-90	3 320	9 553	12 873
2000	14522	Mittelsachsen	90 und mehr	505	2 028	2 533
2000	14522	Mittelsachsen	insgesamt	179 554	189 592	369 146
2000	14523	Vogtlandkreis	unter 10	8 616	8 139	16 755
2000	14523	Vogtlandkreis	10-20	16 920	16 223	33 143
2000	14523	Vogtlandkreis	20-30	15 933	13 439	29 372
2000	14523	Vogtlandkreis	30-40	20 401	19 256	39 657
2000	14523	Vogtlandkreis	40-50	21 300	20 952	42 252
2000	14523	Vogtlandkreis	50-60	17 491	18 135	35 626
2000	14523	Vogtlandkreis	60-70	17 744	20 242	37 986
2000	14523	Vogtlandkreis	70-80	9 184	16 919	26 103
2000	14523	Vogtlandkreis	80-90	2 733	8 272	11 005
2000	14523	Vogtlandkreis	90 und mehr	438	1 891	2 329
2000	14523	Vogtlandkreis	insgesamt	130 760	143 468	274 228
2000	14524	Zwickau	unter 10	12 278	11 593	23 871

2000	14524	Zwickau	10-20	24 007	22 670	46 677
2000	14524	Zwickau	20-30	21 737	19 031	40 768
2000	14524	Zwickau	30-40	28 596	27 085	55 681
2000	14524	Zwickau	40-50	29 162	28 877	58 039
2000	14524	Zwickau	50-60	24 182	25 093	49 275
2000	14524	Zwickau	60-70	24 084	27 403	51 487
2000	14524	Zwickau	70-80	13 169	23 329	36 498
2000	14524	Zwickau	80-90	3 694	10 682	14 376
2000	14524	Zwickau	90 und mehr	508	2 225	2 733
2000	14524	Zwickau	insgesamt	181 417	197 988	379 405
2000	14612	Dresden, Stadt	unter 10	15 963	15 082	31 045
2000	14612	Dresden, Stadt	10-20	28 510	27 383	55 893
2000	14612	Dresden, Stadt	20-30	35 135	32 749	67 884
2000	14612	Dresden, Stadt	30-40	40 693	35 329	76 022
2000	14612	Dresden, Stadt	40-50	32 768	32 360	65 128
2000	14612	Dresden, Stadt	50-60	28 994	31 278	60 272
2000	14612	Dresden, Stadt	60-70	29 510	33 030	62 540
2000	14612	Dresden, Stadt	70-80	13 755	24 440	38 195
2000	14612	Dresden, Stadt	80-90	4 146	12 873	17 019
2000	14612	Dresden, Stadt	90 und mehr	743	3 066	3 809
2000	14612	Dresden, Stadt	insgesamt	230 217	247 590	477 807
2000	14625	Bautzen	unter 10	12 252	11 602	23 854
2000	14625	Bautzen	10-20	27 426	25 297	52 723
2000	14625	Bautzen	20-30	23 210	19 157	42 367
2000	14625	Bautzen	30-40	28 323	26 236	54 559
2000	14625	Bautzen	40-50	29 140	27 472	56 612
2000	14625	Bautzen	50-60	20 979	21 349	42 328
2000	14625	Bautzen	60-70	23 023	25 279	48 302
2000	14625	Bautzen	70-80	11 125	19 205	30 330
2000	14625	Bautzen	80-90	2 652	7 950	10 602
2000	14625	Bautzen	90 und mehr	381	1 619	2 000
2000	14625	Bautzen	insgesamt	178 511	185 166	363 677
2000	14626	Görlitz	unter 10	10 632	10 035	20 667
2000	14626	Görlitz	10-20	23 172	21 703	44 875
2000	14626	Görlitz	20-30	19 882	16 027	35 909
2000	14626	Görlitz	30-40	24 326	22 587	46 913
2000	14626	Görlitz	40-50	25 590	24 081	49 671
2000	14626	Görlitz	50-60	19 367	19 452	38 819
2000	14626	Görlitz	60-70	20 751	23 087	43 838
2000	14626	Görlitz	70-80	10 181	18 746	28 927
2000	14626	Görlitz	80-90	2 781	8 279	11 060
2000	14626	Görlitz	90 und mehr	450	1 896	2 346
2000	14626	Görlitz	insgesamt	157 132	165 893	323 025
2000	14627	Meißen	unter 10	8 867	8 434	17 301
2000	14627	Meißen	10-20	19 599	18 242	37 841
2000	14627	Meißen	20-30	16 836	14 148	30 984
2000	14627	Meißen	30-40	21 960	20 100	42 060
2000	14627	Meißen	40-50	21 902	20 817	42 719
2000	14627	Meißen	50-60	16 240	16 800	33 040
2000	14627	Meißen	60-70	17 641	19 272	36 913
2000	14627	Meißen	70-80	8 569	14 978	23 547
2000	14627	Meißen	80-90	2 263	6 850	9 113
2000	14627	Meißen	90 und mehr	351	1 544	1 895
2000	14627	Meißen	insgesamt	134 228	141 185	275 413
2000	14628	Sächsische Schweiz-C	unter 10	8 977	8 538	17 515
2000	14628	Sächsische Schweiz-C	10-20	19 083	17 632	36 715
2000	14628	Sächsische Schweiz-C	20-30	17 098	14 088	31 186
2000	14628	Sächsische Schweiz-C	30-40	21 661	19 574	41 235
2000	14628	Sächsische Schweiz-C	40-50	21 180	20 064	41 244
2000	14628	Sächsische Schweiz-C	50-60	17 113	17 061	34 174
2000	14628	Sächsische Schweiz-C	60-70	17 337	18 549	35 886
2000	14628	Sächsische Schweiz-C	70-80	8 501	14 568	23 069
2000	14628	Sächsische Schweiz-C	80-90	2 433	7 216	9 649
2000	14628	Sächsische Schweiz-C	90 und mehr	377	1 590	1 967
2000	14628	Sächsische Schweiz-C	insgesamt	133 760	138 880	272 640

2000	14713	Leipzig, Stadt	unter 10	15 194	14 696	29 890
2000	14713	Leipzig, Stadt	10-20	27 538	26 215	53 753
2000	14713	Leipzig, Stadt	20-30	33 174	31 835	65 009
2000	14713	Leipzig, Stadt	30-40	44 027	37 110	81 137
2000	14713	Leipzig, Stadt	40-50	36 998	34 215	71 213
2000	14713	Leipzig, Stadt	50-60	30 959	32 752	63 711
2000	14713	Leipzig, Stadt	60-70	31 014	35 781	66 795
2000	14713	Leipzig, Stadt	70-80	14 227	26 130	40 357
2000	14713	Leipzig, Stadt	80-90	4 194	13 431	17 625
2000	14713	Leipzig, Stadt	90 und mehr	661	3 057	3 718
2000	14713	Leipzig, Stadt	insgesamt	237 986	255 222	493 208
2000	14729	Leipzig	unter 10	9 481	9 164	18 645
2000	14729	Leipzig	10-20	20 296	19 282	39 578
2000	14729	Leipzig	20-30	17 130	14 722	31 852
2000	14729	Leipzig	30-40	24 181	22 345	46 526
2000	14729	Leipzig	40-50	24 104	22 468	46 572
2000	14729	Leipzig	50-60	17 992	17 823	35 815
2000	14729	Leipzig	60-70	17 698	19 521	37 219
2000	14729	Leipzig	70-80	8 735	15 195	23 930
2000	14729	Leipzig	80-90	2 269	6 359	8 628
2000	14729	Leipzig	90 und mehr	363	1 390	1 753
2000	14729	Leipzig	insgesamt	142 249	148 269	290 518
2000	14730	Nordsachsen	unter 10	7 767	7 138	14 905
2000	14730	Nordsachsen	10-20	17 061	16 106	33 167
2000	14730	Nordsachsen	20-30	14 482	12 102	26 584
2000	14730	Nordsachsen	30-40	19 194	17 753	36 947
2000	14730	Nordsachsen	40-50	19 547	17 964	37 511
2000	14730	Nordsachsen	50-60	12 985	12 915	25 900
2000	14730	Nordsachsen	60-70	13 783	15 392	29 175
2000	14730	Nordsachsen	70-80	6 557	11 757	18 314
2000	14730	Nordsachsen	80-90	1 574	4 799	6 373
2000	14730	Nordsachsen	90 und mehr	245	946	1 191
2000	14730	Nordsachsen	insgesamt	113 195	116 872	230 067
2014	14511	Chemnitz, Stadt	unter 10	10 085	9 598	19 683
2014	14511	Chemnitz, Stadt	10-20	8 503	8 192	16 695
2014	14511	Chemnitz, Stadt	20-30	16 613	14 139	30 752
2014	14511	Chemnitz, Stadt	30-40	16 239	13 645	29 884
2014	14511	Chemnitz, Stadt	40-50	15 102	13 733	28 835
2014	14511	Chemnitz, Stadt	50-60	16 332	17 198	33 530
2014	14511	Chemnitz, Stadt	60-70	15 141	17 519	32 660
2014	14511	Chemnitz, Stadt	70-80	15 075	18 976	34 051
2014	14511	Chemnitz, Stadt	80-90	5 095	9 662	14 757
2014	14511	Chemnitz, Stadt	90 und mehr	536	2 138	2 674
2014	14511	Chemnitz, Stadt	insgesamt	118 721	124 800	243 521
2014	14521	Erzgebirgskreis	unter 10	14 646	13 944	28 590
2014	14521	Erzgebirgskreis	10-20	13 686	13 066	26 752
2014	14521	Erzgebirgskreis	20-30	15 547	12 947	28 494
2014	14521	Erzgebirgskreis	30-40	20 709	18 227	38 936
2014	14521	Erzgebirgskreis	40-50	23 526	21 432	44 958
2014	14521	Erzgebirgskreis	50-60	28 622	29 128	57 750
2014	14521	Erzgebirgskreis	60-70	26 206	27 127	53 333
2014	14521	Erzgebirgskreis	70-80	19 384	25 166	44 550
2014	14521	Erzgebirgskreis	80-90	7 865	14 602	22 467
2014	14521	Erzgebirgskreis	90 und mehr	795	2 957	3 752
2014	14521	Erzgebirgskreis	insgesamt	170 986	178 596	349 582
2014	14522	Mittelsachsen	unter 10	12 908	12 282	25 190
2014	14522	Mittelsachsen	10-20	12 127	11 263	23 390
2014	14522	Mittelsachsen	20-30	15 873	12 748	28 621
2014	14522	Mittelsachsen	30-40	18 571	15 821	34 392
2014	14522	Mittelsachsen	40-50	21 753	19 846	41 599
2014	14522	Mittelsachsen	50-60	26 090	25 786	51 876
2014	14522	Mittelsachsen	60-70	20 945	21 847	42 792
2014	14522	Mittelsachsen	70-80	18 426	22 736	41 162
2014	14522	Mittelsachsen	80-90	7 277	13 067	20 344
2014	14522	Mittelsachsen	90 und mehr	693	2 652	3 345

2014	14522	Mittelsachsen	insgesamt	154 663	158 048	312 711
2014	14523	Vogtlandkreis	unter 10	8 977	8 302	17 279
2014	14523	Vogtlandkreis	10-20	8 834	8 187	17 021
2014	14523	Vogtlandkreis	20-30	10 145	8 970	19 115
2014	14523	Vogtlandkreis	30-40	12 989	11 402	24 391
2014	14523	Vogtlandkreis	40-50	16 058	14 931	30 989
2014	14523	Vogtlandkreis	50-60	19 464	19 567	39 031
2014	14523	Vogtlandkreis	60-70	15 800	17 545	33 345
2014	14523	Vogtlandkreis	70-80	14 787	18 677	33 464
2014	14523	Vogtlandkreis	80-90	5 064	9 892	14 956
2014	14523	Vogtlandkreis	90 und mehr	558	2 241	2 799
2014	14523	Vogtlandkreis	insgesamt	112 676	119 714	232 390
2014	14524	Zwickau	unter 10	12 807	12 194	25 001
2014	14524	Zwickau	10-20	12 238	11 648	23 886
2014	14524	Zwickau	20-30	15 410	13 477	28 887
2014	14524	Zwickau	30-40	18 380	16 412	34 792
2014	14524	Zwickau	40-50	22 430	20 814	43 244
2014	14524	Zwickau	50-60	26 854	26 640	53 494
2014	14524	Zwickau	60-70	21 525	23 846	45 371
2014	14524	Zwickau	70-80	20 038	25 393	45 431
2014	14524	Zwickau	80-90	7 237	13 774	21 011
2014	14524	Zwickau	90 und mehr	798	3 222	4 020
2014	14524	Zwickau	insgesamt	157 717	167 420	325 137
2014	14612	Dresden, Stadt	unter 10	27 141	25 773	52 914
2014	14612	Dresden, Stadt	10-20	19 892	19 003	38 895
2014	14612	Dresden, Stadt	20-30	46 359	42 107	88 466
2014	14612	Dresden, Stadt	30-40	42 539	38 072	80 611
2014	14612	Dresden, Stadt	40-50	34 456	30 741	65 197
2014	14612	Dresden, Stadt	50-60	32 047	32 180	64 227
2014	14612	Dresden, Stadt	60-70	24 196	28 556	52 752
2014	14612	Dresden, Stadt	70-80	27 645	34 446	62 091
2014	14612	Dresden, Stadt	80-90	9 823	16 260	26 083
2014	14612	Dresden, Stadt	90 und mehr	1 068	4 004	5 072
2014	14612	Dresden, Stadt	insgesamt	265 166	271 142	536 308
2014	14625	Bautzen	unter 10	13 333	12 768	26 101
2014	14625	Bautzen	10-20	12 230	11 525	23 755
2014	14625	Bautzen	20-30	13 574	11 304	24 878
2014	14625	Bautzen	30-40	18 393	15 943	34 336
2014	14625	Bautzen	40-50	21 373	19 592	40 965
2014	14625	Bautzen	50-60	27 107	26 732	53 839
2014	14625	Bautzen	60-70	19 443	20 203	39 646
2014	14625	Bautzen	70-80	18 340	22 949	41 289
2014	14625	Bautzen	80-90	6 656	12 110	18 766
2014	14625	Bautzen	90 und mehr	628	2 367	2 995
2014	14625	Bautzen	insgesamt	151 077	155 493	306 570
2014	14626	Görlitz	unter 10	10 439	10 171	20 610
2014	14626	Görlitz	10-20	10 043	9 724	19 767
2014	14626	Görlitz	20-30	11 224	9 979	21 203
2014	14626	Görlitz	30-40	14 230	12 286	26 516
2014	14626	Görlitz	40-50	17 394	16 061	33 455
2014	14626	Görlitz	50-60	22 771	22 237	45 008
2014	14626	Görlitz	60-70	17 470	18 394	35 864
2014	14626	Görlitz	70-80	16 615	20 594	37 209
2014	14626	Görlitz	80-90	6 164	11 347	17 511
2014	14626	Görlitz	90 und mehr	634	2 411	3 045
2014	14626	Görlitz	insgesamt	126 984	133 204	260 188
2014	14627	Meißen	unter 10	10 768	10 072	20 840
2014	14627	Meißen	10-20	9 773	9 294	19 067
2014	14627	Meißen	20-30	10 602	9 218	19 820
2014	14627	Meißen	30-40	14 675	12 976	27 651
2014	14627	Meißen	40-50	17 422	15 962	33 384
2014	14627	Meißen	50-60	20 795	20 510	41 305
2014	14627	Meißen	60-70	14 986	15 957	30 943
2014	14627	Meißen	70-80	14 827	18 336	33 163
2014	14627	Meißen	80-90	5 377	9 586	14 963

2014	14627	Meißen	90 und mehr	528	2 081	2 609
2014	14627	Meißen	insgesamt	119 753	123 992	243 745
2014	14628	Sächsische Schweiz-C	unter 10	11 090	10 398	21 488
2014	14628	Sächsische Schweiz-C	10-20	10 148	9 473	19 621
2014	14628	Sächsische Schweiz-C	20-30	10 860	9 651	20 511
2014	14628	Sächsische Schweiz-C	30-40	14 563	13 424	27 987
2014	14628	Sächsische Schweiz-C	40-50	17 611	15 977	33 588
2014	14628	Sächsische Schweiz-C	50-60	20 355	19 607	39 962
2014	14628	Sächsische Schweiz-C	60-70	15 570	16 499	32 069
2014	14628	Sächsische Schweiz-C	70-80	15 208	18 177	33 385
2014	14628	Sächsische Schweiz-C	80-90	5 285	9 236	14 521
2014	14628	Sächsische Schweiz-C	90 und mehr	600	2 222	2 822
2014	14628	Sächsische Schweiz-C	insgesamt	121 290	124 664	245 954
2014	14713	Leipzig, Stadt	unter 10	25 912	24 968	50 880
2014	14713	Leipzig, Stadt	10-20	18 252	18 503	36 755
2014	14713	Leipzig, Stadt	20-30	43 893	46 477	90 370
2014	14713	Leipzig, Stadt	30-40	45 234	40 483	85 717
2014	14713	Leipzig, Stadt	40-50	35 959	31 059	67 018
2014	14713	Leipzig, Stadt	50-60	33 593	33 636	67 229
2014	14713	Leipzig, Stadt	60-70	25 055	28 936	53 991
2014	14713	Leipzig, Stadt	70-80	26 547	34 734	61 281
2014	14713	Leipzig, Stadt	80-90	9 492	16 842	26 334
2014	14713	Leipzig, Stadt	90 und mehr	977	3 927	4 904
2014	14713	Leipzig, Stadt	insgesamt	264 914	279 565	544 479
2014	14729	Leipzig	unter 10	11 033	10 300	21 333
2014	14729	Leipzig	10-20	10 207	9 648	19 855
2014	14729	Leipzig	20-30	10 833	9 656	20 489
2014	14729	Leipzig	30-40	14 793	13 783	28 576
2014	14729	Leipzig	40-50	19 255	18 137	37 392
2014	14729	Leipzig	50-60	22 984	22 426	45 410
2014	14729	Leipzig	60-70	16 621	17 543	34 164
2014	14729	Leipzig	70-80	14 823	18 439	33 262
2014	14729	Leipzig	80-90	5 129	9 562	14 691
2014	14729	Leipzig	90 und mehr	505	1 970	2 475
2014	14729	Leipzig	insgesamt	126 183	131 464	257 647
2014	14730	Nordsachsen	unter 10	8 051	7 635	15 686
2014	14730	Nordsachsen	10-20	7 876	7 254	15 130
2014	14730	Nordsachsen	20-30	9 046	7 551	16 597
2014	14730	Nordsachsen	30-40	11 961	10 469	22 430
2014	14730	Nordsachsen	40-50	14 556	13 522	28 078
2014	14730	Nordsachsen	50-60	18 229	17 522	35 751
2014	14730	Nordsachsen	60-70	12 479	13 004	25 483
2014	14730	Nordsachsen	70-80	10 963	13 702	24 665
2014	14730	Nordsachsen	80-90	3 954	7 490	11 444
2014	14730	Nordsachsen	90 und mehr	362	1 416	1 778
2014	14730	Nordsachsen	insgesamt	97 477	99 565	197 042
2015	14511	Chemnitz, Stadt	unter 10	10 768	10 190	20 958
2015	14511	Chemnitz, Stadt	10-20	9 650	8 707	18 357
2015	14511	Chemnitz, Stadt	20-30	17 485	13 890	31 375
2015	14511	Chemnitz, Stadt	30-40	17 487	14 399	31 886
2015	14511	Chemnitz, Stadt	40-50	14 785	13 169	27 954
2015	14511	Chemnitz, Stadt	50-60	16 515	17 097	33 612
2015	14511	Chemnitz, Stadt	60-70	15 279	17 824	33 103
2015	14511	Chemnitz, Stadt	70-80	14 709	18 567	33 276
2015	14511	Chemnitz, Stadt	80-90	5 482	9 835	15 317
2015	14511	Chemnitz, Stadt	90 und mehr	588	2 219	2 807
2015	14511	Chemnitz, Stadt	insgesamt	122 748	125 897	248 645
2015	14521	Erzgebirgskreis	unter 10	14 698	14 001	28 699
2015	14521	Erzgebirgskreis	10-20	14 253	13 491	27 744
2015	14521	Erzgebirgskreis	20-30	14 708	12 171	26 879
2015	14521	Erzgebirgskreis	30-40	20 819	18 219	39 038
2015	14521	Erzgebirgskreis	40-50	22 671	20 460	43 131
2015	14521	Erzgebirgskreis	50-60	28 207	28 552	56 759
2015	14521	Erzgebirgskreis	60-70	27 211	28 467	55 678
2015	14521	Erzgebirgskreis	70-80	18 631	23 908	42 539

2015	14521	Erzgebirgskreis	80-90	8 305	14 960	23 265
2015	14521	Erzgebirgskreis	90 und mehr	861	3 072	3 933
2015	14521	Erzgebirgskreis	insgesamt	170 364	177 301	347 665
2015	14522	Mittelsachsen	unter 10	13 247	12 533	25 780
2015	14522	Mittelsachsen	10-20	12 558	11 606	24 164
2015	14522	Mittelsachsen	20-30	15 414	12 054	27 468
2015	14522	Mittelsachsen	30-40	19 099	16 093	35 192
2015	14522	Mittelsachsen	40-50	20 831	18 873	39 704
2015	14522	Mittelsachsen	50-60	26 032	25 592	51 624
2015	14522	Mittelsachsen	60-70	21 747	22 684	44 431
2015	14522	Mittelsachsen	70-80	17 703	21 862	39 565
2015	14522	Mittelsachsen	80-90	7 702	13 288	20 990
2015	14522	Mittelsachsen	90 und mehr	751	2 781	3 532
2015	14522	Mittelsachsen	insgesamt	155 084	157 366	312 450
2015	14523	Vogtlandkreis	unter 10	9 205	8 427	17 632
2015	14523	Vogtlandkreis	10-20	9 198	8 415	17 613
2015	14523	Vogtlandkreis	20-30	10 009	8 543	18 552
2015	14523	Vogtlandkreis	30-40	13 278	11 547	24 825
2015	14523	Vogtlandkreis	40-50	15 480	14 187	29 667
2015	14523	Vogtlandkreis	50-60	19 341	19 341	38 682
2015	14523	Vogtlandkreis	60-70	16 342	18 228	34 570
2015	14523	Vogtlandkreis	70-80	14 274	17 945	32 219
2015	14523	Vogtlandkreis	80-90	5 484	10 192	15 676
2015	14523	Vogtlandkreis	90 und mehr	563	2 319	2 882
2015	14523	Vogtlandkreis	insgesamt	113 174	119 144	232 318
2015	14524	Zwickau	unter 10	13 161	12 456	25 617
2015	14524	Zwickau	10-20	12 721	12 017	24 738
2015	14524	Zwickau	20-30	14 874	12 750	27 624
2015	14524	Zwickau	30-40	18 848	16 724	35 572
2015	14524	Zwickau	40-50	21 498	19 799	41 297
2015	14524	Zwickau	50-60	26 762	26 403	53 165
2015	14524	Zwickau	60-70	22 313	24 546	46 859
2015	14524	Zwickau	70-80	19 318	24 438	43 756
2015	14524	Zwickau	80-90	7 753	14 062	21 815
2015	14524	Zwickau	90 und mehr	819	3 272	4 091
2015	14524	Zwickau	insgesamt	158 067	166 467	324 534
2015	14612	Dresden, Stadt	unter 10	27 972	26 669	54 641
2015	14612	Dresden, Stadt	10-20	21 524	19 952	41 476
2015	14612	Dresden, Stadt	20-30	46 305	40 888	87 193
2015	14612	Dresden, Stadt	30-40	44 495	39 460	83 955
2015	14612	Dresden, Stadt	40-50	34 043	30 124	64 167
2015	14612	Dresden, Stadt	50-60	32 576	32 571	65 147
2015	14612	Dresden, Stadt	60-70	24 879	29 077	53 956
2015	14612	Dresden, Stadt	70-80	26 635	33 644	60 279
2015	14612	Dresden, Stadt	80-90	10 823	16 903	27 726
2015	14612	Dresden, Stadt	90 und mehr	1 158	4 127	5 285
2015	14612	Dresden, Stadt	insgesamt	270 410	273 415	543 825
2015	14625	Bautzen	unter 10	13 623	13 007	26 630
2015	14625	Bautzen	10-20	12 746	11 876	24 622
2015	14625	Bautzen	20-30	12 749	10 522	23 271
2015	14625	Bautzen	30-40	18 819	16 282	35 101
2015	14625	Bautzen	40-50	20 591	18 556	39 147
2015	14625	Bautzen	50-60	27 014	26 631	53 645
2015	14625	Bautzen	60-70	20 481	21 169	41 650
2015	14625	Bautzen	70-80	17 444	21 888	39 332
2015	14625	Bautzen	80-90	7 195	12 497	19 692
2015	14625	Bautzen	90 und mehr	687	2 496	3 183
2015	14625	Bautzen	insgesamt	151 349	154 924	306 273
2015	14626	Görlitz	unter 10	10 723	10 288	21 011
2015	14626	Görlitz	10-20	10 432	10 016	20 448
2015	14626	Görlitz	20-30	10 830	9 501	20 331
2015	14626	Görlitz	30-40	14 639	12 506	27 145
2015	14626	Görlitz	40-50	16 651	15 242	31 893
2015	14626	Görlitz	50-60	22 596	22 145	44 741
2015	14626	Görlitz	60-70	18 311	19 169	37 480

2015	14626	Görlitz	70-80	15 915	19 793	35 708
2015	14626	Görlitz	80-90	6 576	11 499	18 075
2015	14626	Görlitz	90 und mehr	652	2 516	3 168
2015	14626	Görlitz	insgesamt	127 325	132 675	260 000
2015	14627	Meißen	unter 10	11 004	10 320	21 324
2015	14627	Meißen	10-20	10 349	9 693	20 042
2015	14627	Meißen	20-30	10 342	8 667	19 009
2015	14627	Meißen	30-40	15 277	13 380	28 657
2015	14627	Meißen	40-50	16 839	15 160	31 999
2015	14627	Meißen	50-60	20 941	20 583	41 524
2015	14627	Meißen	60-70	15 759	16 628	32 387
2015	14627	Meißen	70-80	14 198	17 593	31 791
2015	14627	Meißen	80-90	5 850	9 947	15 797
2015	14627	Meißen	90 und mehr	573	2 141	2 714
2015	14627	Meißen	insgesamt	121 132	124 112	245 244
2015	14628	Sächsische Schweiz-C	unter 10	11 479	10 628	22 107
2015	14628	Sächsische Schweiz-C	10-20	10 706	9 875	20 581
2015	14628	Sächsische Schweiz-C	20-30	10 718	9 191	19 909
2015	14628	Sächsische Schweiz-C	30-40	14 998	13 696	28 694
2015	14628	Sächsische Schweiz-C	40-50	17 046	15 357	32 403
2015	14628	Sächsische Schweiz-C	50-60	20 484	19 634	40 118
2015	14628	Sächsische Schweiz-C	60-70	16 162	17 017	33 179
2015	14628	Sächsische Schweiz-C	70-80	14 647	17 704	32 351
2015	14628	Sächsische Schweiz-C	80-90	5 680	9 523	15 203
2015	14628	Sächsische Schweiz-C	90 und mehr	645	2 222	2 867
2015	14628	Sächsische Schweiz-C	insgesamt	122 565	124 847	247 412
2015	14713	Leipzig, Stadt	unter 10	27 705	26 360	54 065
2015	14713	Leipzig, Stadt	10-20	20 057	19 722	39 779
2015	14713	Leipzig, Stadt	20-30	45 067	46 998	92 065
2015	14713	Leipzig, Stadt	30-40	48 498	43 180	91 678
2015	14713	Leipzig, Stadt	40-50	35 764	30 723	66 487
2015	14713	Leipzig, Stadt	50-60	34 591	34 075	68 666
2015	14713	Leipzig, Stadt	60-70	25 682	29 700	55 382
2015	14713	Leipzig, Stadt	70-80	25 687	33 729	59 416
2015	14713	Leipzig, Stadt	80-90	10 294	17 577	27 871
2015	14713	Leipzig, Stadt	90 und mehr	1 069	3 994	5 063
2015	14713	Leipzig, Stadt	insgesamt	274 414	286 058	560 472
2015	14729	Leipzig	unter 10	11 269	10 580	21 849
2015	14729	Leipzig	10-20	10 791	10 071	20 862
2015	14729	Leipzig	20-30	10 338	9 056	19 394
2015	14729	Leipzig	30-40	15 270	14 212	29 482
2015	14729	Leipzig	40-50	18 324	17 130	35 454
2015	14729	Leipzig	50-60	23 163	22 498	45 661
2015	14729	Leipzig	60-70	17 419	18 248	35 667
2015	14729	Leipzig	70-80	14 269	17 912	32 181
2015	14729	Leipzig	80-90	5 513	9 798	15 311
2015	14729	Leipzig	90 und mehr	521	2 026	2 547
2015	14729	Leipzig	insgesamt	126 877	131 531	258 408
2015	14730	Nordsachsen	unter 10	8 337	7 834	16 171
2015	14730	Nordsachsen	10-20	8 191	7 512	15 703
2015	14730	Nordsachsen	20-30	8 623	7 103	15 726
2015	14730	Nordsachsen	30-40	12 380	10 813	23 193
2015	14730	Nordsachsen	40-50	13 907	12 710	26 617
2015	14730	Nordsachsen	50-60	18 223	17 635	35 858
2015	14730	Nordsachsen	60-70	13 253	13 705	26 958
2015	14730	Nordsachsen	70-80	10 481	13 135	23 616
2015	14730	Nordsachsen	80-90	4 271	7 641	11 912
2015	14730	Nordsachsen	90 und mehr	386	1 465	1 851
2015	14730	Nordsachsen	insgesamt	98 052	99 553	197 605
2016	14511	Chemnitz, Stadt	unter 10	10 776	10 218	20 994
2016	14511	Chemnitz, Stadt	10-20	9 539	8 892	18 431
2016	14511	Chemnitz, Stadt	20-30	16 231	13 073	29 304
2016	14511	Chemnitz, Stadt	30-40	17 648	14 687	32 335
2016	14511	Chemnitz, Stadt	40-50	14 309	12 748	27 057
2016	14511	Chemnitz, Stadt	50-60	16 635	16 907	33 542

2016	14511	Chemnitz, Stadt	60-70	15 587	18 389	33 976
2016	14511	Chemnitz, Stadt	70-80	14 092	17 728	31 820
2016	14511	Chemnitz, Stadt	80-90	5 831	10 081	15 912
2016	14511	Chemnitz, Stadt	90 und mehr	631	2 351	2 982
2016	14511	Chemnitz, Stadt	insgesamt	121 279	125 074	246 353
2016	14521	Erzgebirgskreis	unter 10	14 786	14 043	28 829
2016	14521	Erzgebirgskreis	10-20	14 539	13 520	28 059
2016	14521	Erzgebirgskreis	20-30	13 383	11 345	24 728
2016	14521	Erzgebirgskreis	30-40	20 643	18 303	38 946
2016	14521	Erzgebirgskreis	40-50	21 977	19 628	41 605
2016	14521	Erzgebirgskreis	50-60	27 527	27 919	55 446
2016	14521	Erzgebirgskreis	60-70	28 296	29 824	58 120
2016	14521	Erzgebirgskreis	70-80	17 856	22 669	40 525
2016	14521	Erzgebirgskreis	80-90	8 558	15 202	23 760
2016	14521	Erzgebirgskreis	90 und mehr	919	3 199	4 118
2016	14521	Erzgebirgskreis	insgesamt	168 484	175 652	344 136
2016	14522	Mittelsachsen	unter 10	13 423	12 636	26 059
2016	14522	Mittelsachsen	10-20	12 812	11 735	24 547
2016	14522	Mittelsachsen	20-30	14 508	11 362	25 870
2016	14522	Mittelsachsen	30-40	19 224	16 322	35 546
2016	14522	Mittelsachsen	40-50	19 955	17 900	37 855
2016	14522	Mittelsachsen	50-60	25 866	25 428	51 294
2016	14522	Mittelsachsen	60-70	22 619	23 675	46 294
2016	14522	Mittelsachsen	70-80	16 964	20 795	37 759
2016	14522	Mittelsachsen	80-90	7 997	13 530	21 527
2016	14522	Mittelsachsen	90 und mehr	849	2 905	3 754
2016	14522	Mittelsachsen	insgesamt	154 217	156 288	310 505
2016	14523	Vogtlandkreis	unter 10	9 306	8 603	17 909
2016	14523	Vogtlandkreis	10-20	9 419	8 482	17 901
2016	14523	Vogtlandkreis	20-30	9 362	8 047	17 409
2016	14523	Vogtlandkreis	30-40	13 399	11 776	25 175
2016	14523	Vogtlandkreis	40-50	14 757	13 444	28 201
2016	14523	Vogtlandkreis	50-60	19 267	19 198	38 465
2016	14523	Vogtlandkreis	60-70	16 989	18 837	35 826
2016	14523	Vogtlandkreis	70-80	13 709	17 231	30 940
2016	14523	Vogtlandkreis	80-90	5 804	10 483	16 287
2016	14523	Vogtlandkreis	90 und mehr	582	2 356	2 938
2016	14523	Vogtlandkreis	insgesamt	112 594	118 457	231 051
2016	14524	Zwickau	unter 10	13 294	12 592	25 886
2016	14524	Zwickau	10-20	12 901	12 190	25 091
2016	14524	Zwickau	20-30	13 894	12 050	25 944
2016	14524	Zwickau	30-40	18 965	16 936	35 901
2016	14524	Zwickau	40-50	20 499	18 719	39 218
2016	14524	Zwickau	50-60	26 627	26 343	52 970
2016	14524	Zwickau	60-70	23 219	25 455	48 674
2016	14524	Zwickau	70-80	18 465	23 279	41 744
2016	14524	Zwickau	80-90	8 149	14 319	22 468
2016	14524	Zwickau	90 und mehr	853	3 350	4 203
2016	14524	Zwickau	insgesamt	156 866	165 233	322 099
2016	14612	Dresden, Stadt	unter 10	28 756	27 309	56 065
2016	14612	Dresden, Stadt	10-20	22 476	20 866	43 342
2016	14612	Dresden, Stadt	20-30	44 829	39 212	84 041
2016	14612	Dresden, Stadt	30-40	45 287	40 339	85 626
2016	14612	Dresden, Stadt	40-50	33 587	29 956	63 543
2016	14612	Dresden, Stadt	50-60	33 435	32 933	66 368
2016	14612	Dresden, Stadt	60-70	25 734	30 019	55 753
2016	14612	Dresden, Stadt	70-80	25 283	32 219	57 502
2016	14612	Dresden, Stadt	80-90	11 772	17 671	29 443
2016	14612	Dresden, Stadt	90 und mehr	1 239	4 250	5 489
2016	14612	Dresden, Stadt	insgesamt	272 398	274 774	547 172
2016	14625	Bautzen	unter 10	13 884	13 151	27 035
2016	14625	Bautzen	10-20	13 068	12 095	25 163
2016	14625	Bautzen	20-30	11 623	9 821	21 444
2016	14625	Bautzen	30-40	18 847	16 413	35 260
2016	14625	Bautzen	40-50	19 898	17 639	37 537

2016	14625	Bautzen	50-60	26 795	26 497	53 292
2016	14625	Bautzen	60-70	21 638	22 403	44 041
2016	14625	Bautzen	70-80	16 436	20 576	37 012
2016	14625	Bautzen	80-90	7 640	12 941	20 581
2016	14625	Bautzen	90 und mehr	728	2 598	3 326
2016	14625	Bautzen	insgesamt	150 557	154 134	304 691
2016	14626	Görlitz	unter 10	10 748	10 454	21 202
2016	14626	Görlitz	10-20	10 708	10 061	20 769
2016	14626	Görlitz	20-30	10 022	8 954	18 976
2016	14626	Görlitz	30-40	14 681	12 814	27 495
2016	14626	Görlitz	40-50	15 904	14 446	30 350
2016	14626	Görlitz	50-60	22 394	21 994	44 388
2016	14626	Görlitz	60-70	19 245	20 100	39 345
2016	14626	Görlitz	70-80	15 048	18 645	33 693
2016	14626	Görlitz	80-90	6 992	11 732	18 724
2016	14626	Görlitz	90 und mehr	718	2 677	3 395
2016	14626	Görlitz	insgesamt	126 460	131 877	258 337
2016	14627	Meißen	unter 10	11 107	10 451	21 558
2016	14627	Meißen	10-20	10 467	9 919	20 386
2016	14627	Meißen	20-30	9 413	7 973	17 386
2016	14627	Meißen	30-40	15 238	13 487	28 725
2016	14627	Meißen	40-50	16 204	14 555	30 759
2016	14627	Meißen	50-60	20 974	20 579	41 553
2016	14627	Meißen	60-70	16 512	17 427	33 939
2016	14627	Meißen	70-80	13 406	16 728	30 134
2016	14627	Meißen	80-90	6 330	10 257	16 587
2016	14627	Meißen	90 und mehr	619	2 243	2 862
2016	14627	Meißen	insgesamt	120 270	123 619	243 889
2016	14628	Sächsische Schweiz-C	unter 10	11 609	10 849	22 458
2016	14628	Sächsische Schweiz-C	10-20	10 869	9 981	20 850
2016	14628	Sächsische Schweiz-C	20-30	9 475	8 612	18 087
2016	14628	Sächsische Schweiz-C	30-40	14 982	13 911	28 893
2016	14628	Sächsische Schweiz-C	40-50	16 470	14 751	31 221
2016	14628	Sächsische Schweiz-C	50-60	20 513	19 695	40 208
2016	14628	Sächsische Schweiz-C	60-70	16 814	17 780	34 594
2016	14628	Sächsische Schweiz-C	70-80	13 980	16 839	30 819
2016	14628	Sächsische Schweiz-C	80-90	6 079	9 855	15 934
2016	14628	Sächsische Schweiz-C	90 und mehr	654	2 348	3 002
2016	14628	Sächsische Schweiz-C	insgesamt	121 445	124 621	246 066
2016	14713	Leipzig, Stadt	unter 10	29 128	27 548	56 676
2016	14713	Leipzig, Stadt	10-20	21 365	20 972	42 337
2016	14713	Leipzig, Stadt	20-30	45 375	46 499	91 874
2016	14713	Leipzig, Stadt	30-40	50 529	45 292	95 821
2016	14713	Leipzig, Stadt	40-50	35 329	30 626	65 955
2016	14713	Leipzig, Stadt	50-60	35 214	34 351	69 565
2016	14713	Leipzig, Stadt	60-70	26 550	30 719	57 269
2016	14713	Leipzig, Stadt	70-80	24 567	32 240	56 807
2016	14713	Leipzig, Stadt	80-90	11 084	18 352	29 436
2016	14713	Leipzig, Stadt	90 und mehr	1 151	4 197	5 348
2016	14713	Leipzig, Stadt	insgesamt	280 292	290 796	571 088
2016	14729	Leipzig	unter 10	11 528	10 776	22 304
2016	14729	Leipzig	10-20	11 008	10 318	21 326
2016	14729	Leipzig	20-30	9 633	8 526	18 159
2016	14729	Leipzig	30-40	15 308	14 556	29 864
2016	14729	Leipzig	40-50	17 628	16 322	33 950
2016	14729	Leipzig	50-60	23 283	22 717	46 000
2016	14729	Leipzig	60-70	18 226	19 082	37 308
2016	14729	Leipzig	70-80	13 619	17 139	30 758
2016	14729	Leipzig	80-90	5 910	10 062	15 972
2016	14729	Leipzig	90 und mehr	558	2 134	2 692
2016	14729	Leipzig	insgesamt	126 701	131 632	258 333
2016	14730	Nordsachsen	unter 10	8 620	8 106	16 726
2016	14730	Nordsachsen	10-20	8 483	7 605	16 088
2016	14730	Nordsachsen	20-30	8 179	6 691	14 870
2016	14730	Nordsachsen	30-40	12 637	11 129	23 766

2016	14730	Nordsachsen	40-50	13 342	12 136	25 478
2016	14730	Nordsachsen	50-60	18 188	17 613	35 801
2016	14730	Nordsachsen	60-70	14 039	14 445	28 484
2016	14730	Nordsachsen	70-80	9 978	12 493	22 471
2016	14730	Nordsachsen	80-90	4 538	7 844	12 382
2016	14730	Nordsachsen	90 und mehr	424	1 573	1 997
2016	14730	Nordsachsen	insgesamt	98 428	99 635	198 063
1990	14	Sachsen	unter 10	299 640	284 256	583 896
1990	14	Sachsen	10-20	288 879	273 674	562 553
1990	14	Sachsen	20-30	343 306	332 251	675 557
1990	14	Sachsen	30-40	350 755	341 478	692 233
1990	14	Sachsen	40-50	289 903	292 767	582 670
1990	14	Sachsen	50-60	320 837	335 185	656 022
1990	14	Sachsen	60-70	202 152	303 414	505 566
1990	14	Sachsen	70-80	99 716	219 506	319 222
1990	14	Sachsen	80-90	51 558	131 395	182 953
1990	14	Sachsen	90 und mehr	3 407	11 835	15 242
2000	14	Sachsen	unter 10	143 233	135 953	279 186
2000	14	Sachsen	10-20	292 381	275 173	567 554
2000	14	Sachsen	20-30	280 338	242 056	522 394
2000	14	Sachsen	30-40	349 660	318 626	668 286
2000	14	Sachsen	40-50	343 558	329 695	673 253
2000	14	Sachsen	50-60	273 214	280 286	553 500
2000	14	Sachsen	60-70	277 625	312 218	589 843
2000	14	Sachsen	70-80	140 556	247 702	388 258
2000	14	Sachsen	80-90	38 145	114 190	152 335
2000	14	Sachsen	90 und mehr	5 966	25 006	30 972
2014	14	Sachsen	unter 10	177 190	168 405	345 595
2014	14	Sachsen	10-20	153 809	146 780	300 589
2014	14	Sachsen	20-30	229 979	208 224	438 203
2014	14	Sachsen	30-40	263 276	232 943	496 219
2014	14	Sachsen	40-50	276 895	251 807	528 702
2014	14	Sachsen	50-60	315 243	313 169	628 412
2014	14	Sachsen	60-70	245 437	266 976	512 413
2014	14	Sachsen	70-80	232 678	292 325	525 003
2014	14	Sachsen	80-90	84 418	153 430	237 848
2014	14	Sachsen	90 und mehr	8 682	33 608	42 290
2015	14	Sachsen	unter 10	183 191	173 293	356 484
2015	14	Sachsen	10-20	163 176	152 953	316 129
2015	14	Sachsen	20-30	227 462	201 334	428 796
2015	14	Sachsen	30-40	273 907	240 511	514 418
2015	14	Sachsen	40-50	268 430	241 490	509 920
2015	14	Sachsen	50-60	316 445	312 757	629 202
2015	14	Sachsen	60-70	254 838	276 462	531 300
2015	14	Sachsen	70-80	223 911	282 118	506 029
2015	14	Sachsen	80-90	90 928	157 722	248 650
2015	14	Sachsen	90 und mehr	9 273	34 650	43 923
2016	14	Sachsen	unter 10	186 965	176 736	363 701
2016	14	Sachsen	10-20	167 654	156 636	324 290
2016	14	Sachsen	20-30	215 927	192 165	408 092
2016	14	Sachsen	30-40	277 388	245 965	523 353
2016	14	Sachsen	40-50	259 859	232 870	492 729
2016	14	Sachsen	50-60	316 718	312 174	628 892
2016	14	Sachsen	60-70	265 468	288 155	553 623
2016	14	Sachsen	70-80	213 403	268 581	481 984
2016	14	Sachsen	80-90	96 684	162 329	259 013
2016	14	Sachsen	90 und mehr	9 925	36 181	46 106

en, Geschlecht und Altersgruppen

s der Zensusdaten vom 9.5.2011

Lebendgeborene und Gestorbene des Freistaates Sachsen 1990, 2000, 2014 bis 2016 nach Kreisen
Gebietsstand 1. Januar 2018

Jahr	Schl.Nr.	Kreis	Lebendgeborene	Gestorbene
1990	14511	Chemnitz, Stadt	3 025	4 280
1990	14521	Erzgebirgskreis	4 894	6 546
1990	14522	Mittelsachsen	4 120	5 690
1990	14523	Vogtlandkreis	2 749	4 840
1990	14524	Zwickau	4 003	6 525
1990	14612	Dresden, Stadt	5 386	6 655
1990	14625	Bautzen	4 470	4 791
1990	14626	Görlitz	3 993	5 155
1990	14627	Meißen	2 943	4 008
1990	14628	Sächsische Schwei	2 919	4 003
1990	14713	Leipzig, Stadt	5 613	7 982
1990	14729	Leipzig	2 985	4 274
1990	14730	Nordsachsen	2 674	3 185
1990	14	Sachsen	49 774	67 934
2000	14511	Chemnitz, Stadt	1 873	3 130
2000	14521	Erzgebirgskreis	3 004	5 018
2000	14522	Mittelsachsen	2 591	4 196
2000	14523	Vogtlandkreis	1 954	3 741
2000	14524	Zwickau	2 726	4 975
2000	14612	Dresden, Stadt	4 250	4 689
2000	14625	Bautzen	2 728	3 815
2000	14626	Görlitz	2 327	3 684
2000	14627	Meißen	2 040	2 966
2000	14628	Sächsische Schwei	2 033	3 008
2000	14713	Leipzig, Stadt	3 802	5 478
2000	14729	Leipzig	2 098	3 252
2000	14730	Nordsachsen	1 713	2 476
2000	14	Sachsen	33 139	50 428
2014	14511	Chemnitz, Stadt	2 091	3 250
2014	14521	Erzgebirgskreis	2 652	4 960
2014	14522	Mittelsachsen	2 446	4 180
2014	14523	Vogtlandkreis	1 669	3 391
2014	14524	Zwickau	2 601	4 795
2014	14612	Dresden, Stadt	6 300	4 995
2014	14625	Bautzen	2 519	3 978
2014	14626	Görlitz	1 997	3 849
2014	14627	Meißen	1 962	3 003
2014	14628	Sächsische Schwei	2 035	3 146
2014	14713	Leipzig, Stadt	6 253	5 853
2014	14729	Leipzig	1 923	3 259
2014	14730	Nordsachsen	1 487	2 500
2014	14	Sachsen	35 935	51 159
2015	14511	Chemnitz, Stadt	2 348	3 392
2015	14521	Erzgebirgskreis	2 693	5 092
2015	14522	Mittelsachsen	2 452	4 496
2015	14523	Vogtlandkreis	1 740	3 643
2015	14524	Zwickau	2 493	5 179
2015	14612	Dresden, Stadt	6 222	5 484
2015	14625	Bautzen	2 517	4 158
2015	14626	Görlitz	1 896	4 064
2015	14627	Meißen	1 996	3 220
2015	14628	Sächsische Schwei	2 026	3 482
2015	14713	Leipzig, Stadt	6 598	6 136
2015	14729	Leipzig	1 964	3 475
2015	14730	Nordsachsen	1 521	2 646
2015	14	Sachsen	36 466	54 467
2016	14511	Chemnitz, Stadt	2 321	3 282
2016	14521	Erzgebirgskreis	2 779	5 070
2016	14522	Mittelsachsen	2 580	4 342
2016	14523	Vogtlandkreis	1 814	3 624
2016	14524	Zwickau	2 548	5 048

2016	14612	Dresden, Stadt	6 467	5 135
2016	14625	Bautzen	2 632	4 204
2016	14626	Görlitz	2 017	3 935
2016	14627	Meißen	2 027	3 160
2016	14628	Sächsische Schwei	2 109	3 386
2016	14713	Leipzig, Stadt	6 983	6 088
2016	14729	Leipzig	2 059	3 356
2016	14730	Nordsachsen	1 605	2 700
2016	14	Sachsen	37 941	53 330

Schwangerschaftsabbrüche

nach dem Land des Wohnsitzes der Frauen und Quote je 1 000 Geborene

Merkmale	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Insgesamt	110 694	110 431	108 867	106 815	102 802	99 715	99 237	98 721
Bundesland des Wohnsitzes der Frauen								
Baden-Württemberg	11 539	11 828	11 882	11 809	11 176	10 452	10 667	9 661
Bayern	12 054	11 696	12 325	12 040	11 886	12 102	11 821	11 483
Berlin	9 402	9 503	9 393	9 269	8 800	8 643	8 494	8 871
Brandenburg	3 988	3 859	3 742	3 497	3 464	3 170	3 283	3 343
Bremen	1 630	1 599	1 630	1 578	1 537	1 421	1 544	1 484
Hamburg	3 838	4 300	3 969	3 867	3 638	3 318	2 939	3 090
Hessen	8 731	8 676	8 533	8 745	8 224	8 173	8 087	7 984
Mecklenburg-Vorpommern	3 134	3 124	2 991	2 970	2 831	2 633	2 614	2 774
Niedersachsen	9 134	9 089	8 887	8 558	8 166	7 895	7 727	7 830
Nordrhein-Westfalen	23 143	22 897	22 231	21 866	20 939	20 105	20 783	21 041
Rheinland-Pfalz	4 533	4 280	3 920	3 933	4 011	3 816	3 984	3 801
Saarland	1 278	1 322	1 217	1 177	1 168	1 216	1 196	1 164
Sachsen	6 027	5 884	5 903	5 594	5 506	5 420	5 083	5 368
Sachsen-Anhalt	4 217	4 078	4 066	3 891	3 633	3 474	3 566	3 399
Schleswig-Holstein	3 612	3 634	3 536	3 487	3 352	3 210	3 139	3 314
Thüringen	3 777	3 737	3 636	3 446	3 379	3 417	3 200	3 166
Ausland	657	925	1 006	1 088	1 092	1 250	1 110	948
Quote je 1 000 Geborene (Lebend- und Totgeborene) ¹								
Deutschland	164,9	160,9	162,2	156,4	148,6	137,2	132,5	132,1
Baden-Württemberg	128,3	130,0	133,3	131,5	121,7	109,2	106,1	96,1
Bayern	115,8	110,7	118,5	112,2	108,1	106,1	99,7	96,8
Berlin	291,8	293,2	282,8	266,1	249,9	231,1	222,3	232,2
Brandenburg	214,1	202,6	203,8	188,3	187,8	163,8	171,1	174,2
Bremen	296,6	284,7	300,9	278,9	266,7	228,6	235,9	226,7
Hamburg	227,8	246,8	231,1	217,7	199,9	174,1	148,1	155,8
Hessen	171,4	167,0	165,2	168,8	157,0	149,4	141,6	139,8
Mecklenburg-Vorpommern	239,8	233,1	235,6	232,5	224,2	205,1	195,8	207,8
Niedersachsen	146,3	143,5	144,5	138,7	129,4	118,8	114,4	116,0
Nordrhein-Westfalen	159,0	154,8	154,8	149,5	142,4	129,5	129,0	130,6
Rheinland-Pfalz	146,2	135,1	125,7	125,7	125,0	114,0	113,7	108,4
Saarland	183,9	186,6	171,2	170,6	170,0	165,8	158,5	154,3
Sachsen	176,2	167,0	170,8	160,8	157,6	150,7	138,9	146,7
Sachsen-Anhalt	245,0	234,9	240,5	229,5	215,4	203,4	204,0	194,5
Schleswig-Holstein	164,2	160,5	165,2	157,8	153,2	140,7	132,8	140,2
Thüringen	223,3	212,5	212,4	198,1	193,0	190,9	177,9	176,1

¹ Die Quotenberechnung für 2016 ist vorläufig.

Die Tabelle zum Thema "Schwangerschaftsabbrüche nach dem Land des Wohnsitzes der Frauen und Quote je 1 000 Geborene" mit weiteren Informationen findet sich auch im Informationssystem der Gesundheitsberichterstattung.

[nach oben](#)



[Startseite](#) [Zahlen & Fakten](#) [Gesellschaft & Staat](#) [Bevölkerung](#) [Sterbefälle, Lebenserwartung](#) **Sterbetafeln und Lebenserwartung**

Sterbetafeln und Lebenserwartung

Die Periodensterbetafeln der amtlichen Statistik basieren auf den Daten über die Gestorbenen und die Durchschnittsbevölkerung der letzten drei Jahre. Eine Sterbetafel ist ein demografisches Modell, das die zusammenfassende Beurteilung der Sterblichkeitsverhältnisse einer Bevölkerung unabhängig von ihrer Größe und Altersstruktur ermöglicht. Die Sterbetafel zeigt hierzu in einer nach Geschlecht getrennten Tabelle, wie viele Personen eines Ausgangsbestandes aufgrund von Sterbewahrscheinlichkeiten in den einzelnen Altersjahren überleben und sterben werden.

Darüber hinaus gibt die Sterbetafel Auskunft über die geschlechtsspezifische durchschnittliche Lebenserwartung in den einzelnen Altersjahren. Die sogenannte fernere Lebenserwartung gibt daher an, wie viele weitere Lebensjahre Menschen eines bestimmten Alters nach den in der aktuellen Berichtsperiode – zum Beispiel **2013/2015** – geltenden Sterblichkeitsverhältnissen im Durchschnitt noch leben könnten. Eine Periodensterbetafel beinhaltet damit keine Zukunftserwartung zur weiteren Entwicklung der Lebenserwartung. Die mit Hilfe der Sterbetafel berechnete durchschnittliche Lebenserwartung wird in internationalen und zeitlichen Vergleichen als Indikator für den Entwicklungsstand eines Landes verwendet.

[Ausführliche methodische Erläuterungen zur Berechnung von Periodensterbetafeln](#) und einen Aufsatz zum Thema: "Amtliche Sterbetafeln und Entwicklung der Sterblichkeit" erschienen in [Wirtschaft und Statistik 03/2011](#) finden Sie in den Publikationen.

Auf Grundlage der Absterbeordnung der Sterbetafel werden weiterführende Berechnungen zu den [Kommulationszahlen](#) und [Versicherungsbarwerten](#) für Leibrenten durchgeführt.

Modellrechnung

Durch die Veröffentlichung von Kohortensterbetafeln werden vom Statistischen Bundesamt auch Modellrechnungen zur Lebenserwartung nach Geburtsjahrgängen bereitgestellt. Diese Modellrechnungen enthalten aktuell Kohortensterbetafeln für die Geburtsjahrgänge von 1871 bis 2017.

Eine Kohortensterbetafel beschreibt die Lebenserwartung der Angehörigen eines Geburtsjahrgangs. Hierzu werden die Sterbefälle eines Geburtsjahrgangs über die gesamte Lebenszeit hinweg betrachtet. Kohortensterbetafeln sind als Modellrechnung anzusehen, weil einerseits bei älteren Geburtsjahrgängen Datenlücken geschlossen und Gebietsveränderungen berücksichtigt werden müssen. Andererseits sind Schätzungen zur Sterblichkeit der Geburtsjahrgänge notwendig, deren Angehörige noch leben.

Detaillierte methodische Erläuterungen und weitere Ergebnisbeschreibungen können der Publikation [Kohortensterbetafeln für Deutschland – Methoden- und Ergebnisbericht zu den Modellrechnungen für Sterbetafeln der Geburtsjahrgänge 1871–2017](#) entnommen werden. Ausführliche Kohortensterbetafeln für einzelne Geburtsjahrgänge und Übersichtstabellen sind in einem [Tabellenband](#) veröffentlicht.

Ausgewählte Ergebnisse aus den Modellrechnungen zu Kohortensterbetafeln finden Sie im [Tabellenteil](#).

Weitere Informationen erhalten Sie über unser [Kontaktformular](#)

Tabellen

AUF EINEN BLICK

Lebenserwartung (Sterbetafel 2013/15)

Mädchen (bei Geburt)	83,1 Jahre
Jungen (bei Geburt)	78,2 Jahre
Frauen (mit 65 Jahren)	20,9 Jahre
Männer (mit 65 Jahren)	17,7 Jahre
Gestorbene 2015	925 200
Weiblich	475 688
Männlich	449 512

HÄUFIG GESTELLTE FRAGEN

- [Welche Lebenserwartung haben Personen eines bestimmten Alters?](#)
- [Was ist der Unterschied zwischen dem durchschnittlichen Sterbealter und der Lebenserwartung?](#)

→ [Weitere FAQ zum Thema](#)

BEGRIFFE

- [Was sind Periodensterbetafeln?](#)
- [Was bedeutet Sterbeziffer?](#)

→ [Weitere Begriffe zum Thema](#)

METHODEN

- [Erläuterungen zur Statistik](#)
- [Qualitätsberichte](#)
- [Rechtsgrundlagen](#)

HOME / BELIEBT / WIE KANN ICH MICH SELBST VERWIRKLICHEN?



Aljoscha

25. AUGUST 2014 / VERÖFFENTLICHT IN BELIEBT, ERFÜLLUNG

Wie kann ich mich selbst verwirklichen?



A.7

Dieser Artikel ist auch als Audio verfügbar:

→ Abonniere den Podcast gerne bei iTunes, Stitcher, oder TuneIn

Auf den Begriff **Selbstverwirklichung** bin ich zum ersten Mal gestoßen, als ich die **Bedürfnispyramide** von Abraham Maslow entdeckt habe. Auf dieser Pyramide bildet die Selbstverwirklichung die Spitze der Pyramide und ist damit das höchste (allgemein bekannte) Bedürfnis, das ein Mensch haben kann.

Maslowsche Bedürfnispyramide



Was bedeutet Selbstverwirklichung?

Um sich selbst verwirklichen zu können, ist es zunächst einmal interessant herauszufinden, wer oder was Du eigentlich selbst bist.

Wenn Du diese Zeilen liest, dann gehe ich einfach mal davon aus, dass Du der edlen Rasse der Menschen angehörst 😊

Und wie im Artikel „Welche Grundbedürfnisse habe ich als Mensch?“ erwähnt und in der **Maslow-Pyramide** aufgezeigt, haben wir Menschen Grundbedürfnisse. Diese Bedürfnisse zu ignorieren, führt dazu, dass unsere gefühlte Lebensqualität sinkt.

Das Bedürfnis nach Nahrung zum Beispiel. Kennst Du die Situationen, in denen Du **extremen Hunger** hast und es weit und breit nichts zu essen gibt? In diesen Momenten ist mir persönlich dann alles andere ziemlich egal und ich renne wie ein Wilder durch die Gegend, um den nächstbesten Happen zu finden.

Da wir in der westlichen Welt leben, haben wir solche Momente durch Supermärkte, gefüllte Küchenschränke und Imbissbuden weitestgehend eliminiert, weil so gut wie überall eine **Fülle an Lebensmitteln** zu erschwinglichen Preisen angeboten wird.

Diese Entwicklung führt dazu, dass sich die Menschen in der westlichen Welt der Erfüllung immer **höheren Bedürfnissen** zuwenden können.

Und wenn Du Dein eigenes Leben mit der Maslowschen Bedürfnispyramide abgleichst, und feststellst, dass Du Deine physiologischen Bedürfnisse, Deine Sicherheitsbedürfnisse, Deine sozialen Bedürfnisse und Dein Bedürfnis nach Wertschätzung bereits stillen konntest, ja, dann wird für Dich nun das Bedürfnis der Selbstverwirklichung interessant.

Um Dir einen ersten Eindruck davon zu geben, wie sich andere Menschen bereits **selbst verwirklicht** haben, habe ich im Folgenden drei greifbare Beispiele für Dich vorbereitet.

Welche Menschen haben sich selbst verwirklicht?

- **Mahatma Ghandi:** eines der prominentesten Beispiele überhaupt ist wohl der gebürtige Inder. Er setzte sich für die Unabhängigkeit Indiens ein und erreichte dies in seiner Lebzeit.
- **Arnold Schwarzenegger:** „Arnie“ fing seine steile Karriere als Bodybuilder an, schaffte es dann als Schauspieler auf die Leinwand von Hollywood und ist jetzt ein Politiker in den USA.
- **Bill Gates:** der Konkurrent von Steve Jobs hatte als junger Mann die Vision, einen Computer auf jedem Schreibtisch und in jedem Zuhause zu ermöglichen. Wenn wir unsere heutige Gesellschaft betrachten, dann hat er seine Vision definitiv verwirklicht.

Die Gemeinsamkeit, die diese Menschen verbindet, ist, dass sie ihre **Träume oder auch Visionen** verwirklicht haben. Selbstverwirklichung bedeutet also, seine eigenen Ziele und Träume zu verwirklichen.

Wie kann ich noch heute damit beginnen, mich selbst zu verwirklichen?

Der erste Schritt, um sich selbst zu verwirklichen, ist, eine **Vision** zu haben. Auch wenn Du jetzt vielleicht denkst, dass Du so eine Vision noch nicht hast, dann stimme ich Dir nicht ganz zu.

Die Wahrheit ist, dass wir rund um die Uhr Visionen haben. Zum Beispiel die Überlegung, was ich mir jetzt zum Mittagessen mache, oder die Entscheidung, mich selbstständig zu machen oder in einem **Angestelltenverhältnis** zu bleiben.

All das sind Bilder von der Zukunft, die zunächst einmal nur in meinem Kopf vorhanden sind. Der Unterschied zwischen ihnen besteht lediglich darin, wie viel Zeit und wie viel **Aufwand** benötigt wird, um sie zu realisieren.

Ein Mittagessen ist schnell gemacht. Eine Selbstständigkeit aufzubauen, benötigt dagegen mehr Zeit, mehr Geduld und ist anspruchsvoller.

Gebe Dir also Zeit und fange mit dem Verwirklichen von kleinen Zielen und Visionen an. Steigere Dich dann langsam bis Du so viel **Erfahrung und Kraft** gesammelt hast, dass Du auch größere Ziele in Angriff nehmen kannst.

Ich wünsche Dir viel Spass dabei, Deine persönlichen **Träume und Visionen** zu realisieren!



(Illustration von Maria John Artwork)

TRAGE DICH JETZT FÜR DEN NEWSLETTER EIN:

Max. 1x im Monat. Jederzeit abmeldbar. Nur wertvolle Post!

Name *

Deine Email *

2 + 2 = ? *

PASSEND ZU DIESEM BEITRAG:

- Empfehlenswerte Produkte*
- Das Leben ist, was du draus machst
- Ein Resümee nach 3,5 Jahren psychologie-einfach.de
- Du bekommst keine Liebe?! Wieviel gibst du?
- Warum auch Du die Welt verändern kannst – das ist meine feste Überzeugung
- Wie Du Dich tagtäglich selbst hypnotisierst
- Wie kann ich mein Selbstwertgefühl steigern?
- Wie Du eine Arbeit findest, die zu Dir passt
- Die eine Sache, die wir in unserem Leben kontrollieren können
- Warum Arbeit Liebe und Liebe Arbeit ist
- Warum sie Dir einreden wollen, dass Geld haben schlecht ist
- Warum Du unbedingt aus Deiner Komfortzone raus musst
- Warum es ein Fehler ist, keine Fehler zu machen
- 7 Gewohnheiten, die ein erfülltes Leben fördern
- 10 Dinge, die es sich lohnt, in diesem Leben aufzubauen
- Wie kann ich reich werden?
- Wie kann ich glücklich werden?
- Wie kann ich mich selbst verwirklichen?
- Wie kann ich meine Angst überwinden?

VIDEO DES MONATS:

2 Comments to “ Wie kann ich mich selbst verwirklichen?”

Ralf Hauser sagt:

ANTWORTEN

16. Juni 2015 an 19:46

Die Dilts Pyramide aus dem NLP ist parallel zur Bedürfnispyramide anwendbar. Ich hab die kurz und knapp in meinem Blogartikel zum Six Step Reframing beschrieben. Vielleicht nützlich.

Aljoscha sagt:

ANTWORTEN

20. Juni 2015 an 17:19

Hallo Ralf,
vielen Dank für Deine Ergänzung! Die Dilts Pyramide kannte ich noch nicht.

LG
Aljoscha

Neueste Beiträge:

- Empfehlenswerte Produkte*
- Das Leben ist, was du draus machst
- Ein Resümee nach 3,5 Jahren psychologie-einfach.de
- Du bekommst keine Liebe?! Wieviel gibst du?
- Warum auch Du die Welt verändern kannst – das ist meine feste Überzeugung
- Wie Du Dich tagtäglich selbst hypnotisierst
- Wie kann ich mein Selbstwertgefühl steigern?

Schlagworte:

Probleme Affirmationen Geld Veränderung Glück Gewohnheiten Emotionen Ziele Arbeit
Gedanken Sinn Angst Erfüllung Bücher Inspiration Bedürfnisse Liebe Zitate Erfolg
Klarheit

Name *

Deine Email *

 $2 + 2 = ?$ *

Deine Sicherheit:



Impressum© 2014-2018 Aljoscha Laschgari. Alle Rechte vorbehalten.